3 12 38

Ha 983

Stadt-
Bibliothek
Elbing

E 9 2 Y 6 1

ZEITSCHRIFT FÜR
GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

Herausgeber:

DR. KARL HAUSHOFER

Professor an der Universität München, Generalmajor a. D.

XV. JAHRGANG 1938

I. HALBBAND

HEFT 1–6 / JANUAR–JUNI

HEIDELBERG–BERLIN

KURT VOWINCKEL VERLAG

33133

74093

050+070]:: 327 = 112.d

Stadt-Bibliothek Elbing

INHALTSVERZEICHNIS

von Heft 1—6 / Januar — Juni 1938

*Es bedeutet: * Mit Kartenbeigaben oder Zeichnungen*

AUFGLIEDERUNG DER HEFTE:

I / Januar:	Seite 1—84	III / März	Seite 169—256	V / Mai	Seite 341—424
II / Februar	85—168	IV / April	257—340	VI / Juni	425—516

VERFASSER-VERZEICHNIS

R. ALBERT / Der Kunstforst, ein Beispiel für schädliche Wirkung der Monokultur 211

G. AMANN / Das chinesische Dorf 175

F. W. BORGMAN / Klima und Politik im Eismeer 439*

P. BORSINGER / Der Mehrsprachenrundfunk und die Schweiz 319

(BURGDÖRFER) / Leben ist wichtiger als Lebensstandard 126

Z. DOMANIEWSKY / Geopolitische Grundlagen der Industrialisierung in Polen... 348*

W. DRASCHER / Zur Rassenfrage in der Südafrikanischen Union..... 13

A. R. EM / Das karelische Spannungsfeld 99

H. FALCK / Der Rundfunk in der Türkei 328

S. F. N. GIE / Das Bleibende ist auch das Gegebene 1

A. GIORDANO / Fragen des italienischen Kolonialbesitzes 190*

A. HAUSHOFER / Berichterstattung aus der atlantischen Welt....34—106—195 288—377—462

(A. HAUSHOFER) / Das ganze Deutschland.... 257

ALBRECHT HAUSHOFER / Ein Volk, ein Staat! 262

K. HAUSHOFER / Bericht über den indopazifischen Raum 38*—109—199* 291—382—465*

K. HAUSHOFER / Geopolitik um Neapel und sizilischen Frühling 425*

K. Haushofer / Geopolitisch Führendes aus dem Schrifttum 131
K. Haushofer / Aus den mittelasiatischen Pufferzonen 129
K. Haushofer / In fremdem Licht! 52
G. Herrmann / Italiens Weg zum Imperium 183
G. Herrmann / Italiens Imperium im Aufbau 277
H. Hummel / Büchertafel 304
H. Hummel / England—Frankreich—Amerika 217
H. Hummel / Kurznachrichten 44—114—205
298—388—475
W. Jantzen / Geopolitik in der neuen deutschen Schule 169
K. Kanazawa / Rundfunk über der „Neuen Erde" 141
H. K. E. L. Keller / Nationalismus und Etatismus 120
R. von Keller / Totale Statistik 397
W. Kiefer / Völker und Meere 451
W. von Korostowetz / Vor- und Nachkriegspolitik Rußlands 372
R. Krahmann / Die Lebensdauer des Goldbergbaues am Witwatersrand 19*
Ch. Kröger / Zur Lage in China 89*
W. G. Kuyck / Der Rundfunk in Niederländisch-Ostindien 321
O. Langbein / Wandlungen in der Raumverteilung der UdSSR.-Städte .. 284*
M. Markwart / Die Ukrainer in den Vereinigten Staaten 365
Josef März / Balkanbücher 480
J. März / Südost-Schrifttum 214
K. Mehnert / USA. annektiert pazifische Inseln 341*
H. Muth / Rundfunk in Brasilien 499
J. Newel / Die geschichtlichen Beziehungen zwischen China und der Mandschurei 95
E. Obst / Die britischen Eingeborenenprotektorate in Südafrika 27*
Österreichs Raumwanderung in der Geschichte / Eine Kartenfolge 259*
H. Ouvrier / Ukrainer und Polen — Ein Vergleich 361
H. Rahman / Rundfunkwesen in Indien 324
G. Reinboth / Italiener und der Rundfunk 147
G. Reinboth / Italienischer Rundfunkjournalismus 502
J. F. J. van Rensburg / Das südafrikanische Recht in seiner geopolitischen Gestaltung 7
K. Roepke / Bibliographie der Geopolitik 36—309—485
C. Ross / Das Weltbild als weltpolitische Voraussetzung 85
E. Samhaber / Ist der Weltmarktpreis noch König? 225
W. Schmidt-Pretoria / Der Große Trek der Buren 2*
H. H. Schmolck / Die wirtschaftliche Souveränität der lateinamerikanischen Staaten 402
R. v. Schumacher / Büchertafel 481
A. Seifert / Staatenwirtschaftliche Länderschau (Antarktis) 71*

A. SEIFERT / Staatenwirtschaftliche Länderschau (Wirtschafts- und Finanz-Chronik des Fernost-Konfliktes) 244
A. SEIFERT / Staatenwirtschaftliche Länderschau 413
A. SEIFERT / Staatliche Preissteuerung und Ausfuhrlenkung in Neuseeland 231
(A. SEIFERT) / „Hermann Göring — Werk und Mensch" 57
Materialien 80—421
Schrifttum 82—255—423
M. SELL / Das Sorgenkind der niederländischen Landesverteidigung in Europa: Um einen besseren Schutz von Limburg 273
W. SIEWERT / Die Seemachtlage im Fernen Osten 428
M. VAN SOUST DE BORCKENFELDT / Der Rundfunk und die Nationalsprachen in Belgien 317
S. D. SPICER / Das BBC-Rundfunkinstitut.... 505
K. VON STEINITZ / Rundfunksender in Südamerika 498
M. TH. STREWE / Der Staatsgedanke in der chinesischen Wirtschaft 239
G. VON TEVENAR / Verteidigungsprobleme Niederländisch-Indiens 267*
K. C. THALHEIM / Der „Lenkende" und die Wirtschaftsstruktur..... 62
K. WAGENFÜHR / Rundfunkwende in Österreich 313
K. WAGENFÜHR / Zum englisch-italienischen Rundfunkkrieg 151
(K. WAGENFÜHR):
Blick in die Rundfunkwelt 160—335—509
Fünf Jahre Deutscher Kurzwellensender 333
Hunderttausend besuchten die Fernsehstuben 157*
Die Internationale Radiokonferenz in Havanna 156
Tagung des Weltnachrichtenvereins in Kairo . 508
Tagung des Weltrundfunkvereins in Nizza 155
Schrifttum ..... 163—337—512
A. WEBER / Moltke als Geopolitiker 456*
K. WELLNER / Ibero-Amerika im Brennpunkt der Kurzwellen-Richtstrahler 489*
E. WISBERT / Völlige Unabhängigkeit oder Dominionsstatus der Philippinen? 473
E. WUNDERLICH / Neuere Karten und Kartenwerke über Afrika 54
E. WUNDERLICH / Neue geopolitisch zu beachtende Karten und Atlanten 56—136—223

SACHLICHE ÜBERSICHT

GEOPOLITISCHE BERICHTERSTATTUNGEN

A. HAUSHOFER / Berichterstattung aus der atlantischen Welt 34—106—195 288—377—462

K. HAUSHOFER / Bericht über den indopazifischen Raum 38*—109—199* 291—382—465*

H. HUMMEL / Kurznachrichten 44—114—205 298—388—475

Geleitworte, Hinweise und Berichte

(BURGDÖRFER) / Leben ist wichtiger als Lebensstandard 126

S. F. N. GIE / Das Bleibende ist auch das Gegebene 1

(A. HAUSHOFER) / Das ganze Deutschland .. 257

ALBRECHT HAUSHOFER / Ein Volk, ein Staat! 262

A. SEIFERT / Staatenwirtschaftliche Länderschau (Antarktis) 71

SEIFERT / Staatenwirtschaftliche Länderschau (Wirtschafts- und Finanz-Chronik des Fernost-Konfliktes) 244

A. SEIFERT / Staatenwirtschaftliche Länderschau ... 413

(A. SEIFERT) / Materialien .... 80*—421

S. D. SPICER / Das BBC-Rundfunkinstitut. ... 505

K. WAGENFÜHR / Rundfunkwende in Österreich 313

(K. WAGENFÜHR):

Blick in die Rundfunkwelt ..... 160—335—509

Die Internationale Radiokonferenz in Havanna 156

Fünf Jahre Deutscher Kurzwellensender .. 333

Hunderttausend besuchten die Fernsehstuben 157*

Tagung des Weltnachrichtenvereins in Kairo 508

Tagung des Weltrundfunkvereins in Nizza 155

E. WISBERT / Völlige Unabhängigkeit oder Dominionstatus der Philippinen? 473

AUFSÄTZE

1. Europa

P. BORSINGER / Der Mehrsprachenrundfunk und die Schweiz 319

Z. DOMANIEWSKI / Geopolitische Grundlagen der Industrialisierung in Polen 348*

K. HAUSHOFER / Geopolitik um Neapel und sizilischen Frühling 425*

Österreichs Raumwanderung in der Geschichte / Eine Kartenfolge 259

H. OUVRIER / Ukrainer und Polen — Ein Vergleich 361

G. REINBOTH / Italiener und der Rundfunk ... 147

G. REINBOTH / Italienischer Rundfunkjournalismus 502

(A. SEIFERT) / „Hermann Göring — Werk und Mensch“ 57

M. SELL / Das Sorgenkind der niederländischen Landesverteidigung in Europa: Um einen besseren Schutz von Limburg 273

M. VAN SOUST DE BORCKENFELDT / Der Rundfunk und die Nationalsprachen in Belgien 317

K. WAGENFÜHR / Zum englisch-italienischen Rundfunkkrieg 151

2. Sowjetunion

F. W. BORGMAN / Klima und Politik im Eismeer. 439*

A. R. EM / Das karelische Spannungsfeld 99

W. VON KOROSTOWETZ / Vor- und Nachkriegspolitik Rußlands..... 372

O. LANGBEIN / Wandlungen in der Raumverteilung der UdSSR.-Städte ... 284*

3. Amerika

M. Markwart / Die Ukrainer in den Vereinigten Staaten 365
K. Mehnert / USA. annektiert pazifische Inseln 341
H. Muth / Rundfunk in Brasilien 499
H. H. Schmolck / Die wirtschaftliche Souveränität der lateinamerikanischen Staaten 402
K. von Steinitz / Rundfunksender in Südamerika 498
K. Wellner / Ibero-Amerika im Brennpunkt der Kurzwellen-Richtstrahler 489*

4. Afrika

W. Drascher / Zur Rassenfrage in der Südafrikanischen Union 13
A. Giordano / Fragen des italienischen Kolonialbesitzes 190*
G. Herrmann / Italiens Weg zum Imperium 183
G. Herrmann / Italiens Imperium im Aufbau 277
R. Krahmann / Die Lebensdauer des Goldbergbaues am Witwatersrand 19*
E. Obst / Die britischen Eingeborenenprotektorate in Südafrika 27*
J. F. J. van Rensburg / Das südafrikanische Recht in seiner geopolitischen Gestaltung 7
W. Schmidt-Pretoria / Der Große Trek der Buren 2*

5. Asien

G. Amann / Das chinesische Dorf 175
H. Falck / Der Rundfunk in der Türkei 328
K. Kanazawa / Rundfunk über der „Neuen Erde" 141
Ch. Kröger / Zur Lage in China 89*
W. G. Kuyck / Der Rundfunk in Niederländisch-Ostindien 321
J. Newel / Die geschichtlichen Beziehungen zwischen China und der Mandschurei 95
H. Rahman / Rundfunkwesen in Indien 324
A. Seifert / Staatliche Preissteuerung und Ausfuhrlenkung in Neuseeland 231
W. Siewert / Die Seemachtlage im Fernen Osten 428
M. Th. Strewe / Der Staatsgedanke in der chinesischen Wirtschaft.. 239
G. von Tevenar / Verteidigungsprobleme Niederländisch-Indiens . 267*

6. Grundfragen

R. Albert / Der Kunstforst, ein Beispiel für schädliche Wirkung der Monokultur 211
W. Jantzen / Geopolitik in der neuen deutschen Schule 169
H. K. E. L. Keller / Nationalismus und Etatismus 120
R. von Keller / Totale Statistik 397
W. Kiefer / Völker und Meere 451
C. Ross / Das Weltbild als weltpolitische Voraussetzung 85
E. Samhaber / Ist der Weltmarktpreis noch König? 225
K. C. Thalheim / Der „Lenkende" und die Wirtschaftsstruktur..... 62
A. Weber / Moltke als Geopolitiker 456*

STAATENWIRTSCHAFT

R. von Keller / Totale Statistik 397
E. Samhaber / Ist der Weltmarktpreis noch König? 225
H. H. Schmolck / Die wirtschaftliche Souveränität der lateinamerikanischen Staaten 402
A. Seifert / Staatenwirtschaftliche Länderschau (Antarktis) 71*
A. Seifert / Staatenwirtschaftliche Länderschau (Wirtschafts- und Finanzchronik des Fernost-Konflikts) 244
A. Seifert / Staatenwirtschaftliche Länderschau 413
A. Seifert / Staatliche Preissteuerung und Ausfuhrlenkung in Neuseeland 231
(A. Seifert) / Materialien ..... 80*—421
(A. Seifert) / Schrifttum ..... 82—255—423

(A. SEIFERT) / „Hermann Göring — Werk und Mensch“ 57
M. Th. STREWE / Der Staatsgedanke in der chinesischen Wirtschaft 239
K. C. THALHEIM / Der Lenkende und die Wirtschaftsstruktur 62

WELT-RUNDFUNK

P. BORSINGER / Der Mehrsprachenrundfunk und die Schweiz 319
H. FALCK / Der Rundfunk in der Türkei 328
K. KANAZAWA / Rundfunk über der „Neuen Erde“ 141
W. G. KUYCK / Der Rundfunk in Niederländisch-Ostindien 321
H. MUTH / Rundfunk in Brasilien 499
H. RAHMAN / Rundfunkwesen in Indien 324
G. REINBOTH / Italiener und der Rundfunk 147
G. REINBOTH / Italienischer Rundfunkjournalismus 502
M. VAN SOUST DE BORKENFELDT / Der Rundfunk und die Nationalsprachen in Belgien 317
S. D. SPICER / Das BBC-Rundfunkinstitut 505
K. VON STEINITZ / Rundfunksender in Südamerika 498
K. WAGENFÜHR / Rundfunkwende in Österreich 313
K. WAGENFÜHR / Zum englisch-italienischen Rundfunkkrieg 151
(K. WAGENFÜHR):
Blick in die Rundfunkwelt ..... 160—335—509
Die internationale Radiokonferenz in Havanna 156
Fünf Jahre Deutscher Kurzwellensender 333
Hunderttausende besuchen die Fernsehstuben 157*
Schrifttum ..... 163—337—512
Tagung des Weltnachrichtenvereins in Kairo 508
Tagung des Weltrundfunkvereins in Nizza 155
K. WELLNER / Ibero-Amerika im Brennpunkt der Kurzwellen-Richtstrahler 489*

SPÄNE
der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

I/47: Staatswerdung in drei Teilen.
II/117: Geopolitik im neuen Erdkundeunterricht — Geburtenrückgang — einmal anders.
III/208: Freundnachbarliche Personalpolitik — Die deutschen Siedlungsräume im Osten.
IV/300: Eine italienische Stimme zur Geopolitik — Ein Engländer über deutsche Kolonialpolitik.
V/391: Schutzwaldanlagen in der Rhön.
VI/478: Außenarbeit der AfG.

SCHRIFTTUM

Einzelbesprechungen ..... 133—307—393—479
K. HAUSHOFER / Aus den mittelasiatischen Pufferzonen 129
K. HAUSHOFER / Geopolitisch Führendes aus dem Schrifttum 131
K. HAUSHOFER / In fremdem Licht! 52
H. HUMMEL / Büchertafel 304
H. HUMMEL / England—Frankreich—Amerika 217
JOSEF MÄRZ / Balkanbücher 480
J. MÄRZ / Südost-Schrifttum 214
K. ROEPKE / Bibliographie der Geopolitik ..... 136—309—485
R. v. SCHUMACHER / Büchertafel 481
(A. SEIFERT) / Schrifttum (zur Staatenwirtschaft) ..... 82—255—423
(K. WAGENFÜHR) / Schrifttum (zu Welt-Rundfunk) ..... 163—337—512
E. WUNDERLICH / Neue geopolitisch zu beachtende Karten und Atlanten 56—136—223—396
E. WUNDERLICH / Neuere Karten und Kartenwerke über Afrika 54

KARTEN, DIAGRAMME UND ZEICHNUNGEN

Innerhalb der Gruppen in der Reihenfolge des Erscheinens geordnet

1. Europa

Das geopolitische Bild des Dreiecks Berlin—Rom—Tokio 201
Österreich:
1. Besitz der Babenberger bis 1246 ... 259
2. Zuwachs durch die Habsburger (bis 1521) 259
3. Von 1521 bis 1683 260
4. Von 1683 bis 1740 260
5. Von 1740 bis 1792 ... 260
6. Von 1792 bis 1815/16 261
7. Von 1816 bis 1918 ... 261
8. Das heutige Deutsch-Österreich ... 261
Die Industriegebiete Polens am 1. Januar 1937 und ihr Industrialisierungs-Koeffizient ... 350
Gebiet wirtschaftlich isoliert gegen das Kohlen- und Hüttenbecken von Schlesien, Dabrowa und Krakau ... 351
Industrie-Territorien im „Zentralen Industriebezirk" — C.O.P. 355
Das „nasse Dreieck" Italiens 427

2. Eismeere und ihre Ausstrahlungen

Die politische Aufgliederung des Antarktischen Kontinents 75
Golfstrom und Ausläufer 439
Winter-0-Isotherme ... 440
Eiszeitartige Temperaturrückschläge in geschichtlicher Zeit ... 442
Maximalausdehnung der europäischen eiszeitlichen Kältezone und Vergletscherung 443
Abzug nordgermanischer Völker vor eiszeitlichen Kälterückschlägen in den Mittelmeerraum ... 444
Eurasische Völkerstraße Ost—West ... 445
Entdeckungsdynamik des 16. Jhdts. im Eismeer ... 447
Entwicklung des sibirischen Arktissektors der UdSSR. Stand Mitte 1937 448

3. Afrika—Amerika

Der große Trek der Buren ... 3
Die Golderzeugung am Witwatersrand in den letzten 50 Jahren ... 21
Der Witwatersrand ... 24
Die britischen Eingeborenenprotektorate in Südafrika ... 28
Das verwirklichte und das geplante abessinische Verkehrsnetz 191
Die Kurzwellen-Richtstrahler nach Südamerika ... 491

4. Asien

Die Kämpfe an der chinesischen Nordfront 91
Die Kämpfe um Schanghai 92
Plan der Halbinsel Singapore ... 199
Zur Wehrgeopolitik Niederländisch-Indiens 269
Verteilung der Großstädte im russischen Raum ... 284
Verteilung der Großstädte in der Ukraine 1897 und 1936 ... 287
Die von USA. am 3. März 1938 annektierten Inseln im Pazifik ... 343
Von Moltke vorausgesagte Entwicklung der Türkei 458
Österreichische Schiffahrtslinien in der Türkei 1840 459
Die Gesamtlage in China zur Märzwende 1938 ... 469
Die Lage am Gelben Fluß und bei Hsüchau Mai 1938 ... 470

5. Spottzeichnungen

Drei Reiter auf einem Kamel 38
Werbung um die Mongolei 39
Freskos für das Schanghai-Museum 40
Gleichgewicht an beiden Enden 41
99,73% — oder wie Franzosen den Anschluß sehen 391
Überlastung des japanischen Reiches 466
Rückenbedrohung Chiang Kaisheks 466
„Rückkehr zum Wohlstand“ 467
Die schwierige Lage der Chinesen im besetzten Gebiet 467
Kampfzähigkeit fernöstlicher Rassen 468
„Zurückberufene Botschafter“ 468

TABELLEN

In der Reihenfolge des Erscheinens

Vorausgesagte und tatsächliche Golderzeugung am Witwatersrand 20
Golderzeugung und Dividenden am Witwatersrand 21
Zahl der „Banditen“ in Manchukuo 1932—35 49
Chronologie der „Banditen“-Unterdrückung durch die Armee Manchukuos 50
Walöl. Welterzeugung und Weltmarktpreis 1905—1937 80
Weltwalöl-Erzeugung 1907—1937 ... 81
Walöl- und Spermöl-Preise 1888—1936 81
Rundfunksender in Manchukuo 142
Rundfunkhörer in Manchukuo (Nationalität) 143
Rundfunkhörer in Manchukuo (Gebietsweise gegliedert) 143
Rundfunkhörer in Manchukuo (nach Berufen gegliedert) 143
Rundfunkhörer in Manchukuo (nach Geräten gegliedert) 143
Programmaufteilung für Hsinking..... 144
Programmaufteilung: nach Sendegruppen — nach Sprachen — des Reklame-rundfunks in Manchukuo 146
Aufstellung der M.T.T.-Radioapparate (April 1937) 147
Besucherzahl in den Berliner Fernsehstuben 1937 158
Berufsstand der Großgrundbesitzer in Kiangsu 179
Das neue Straßensystem für Italienisch-Ostafrika 193
Weltbutterausfuhr 1932—1936 231
Gütegrade der Butter in Neuseeland..... 233
Neuseeländische Butterausfuhr 1936/37 234
Hörerverteilung in Österreich 316
Stärke der Rundfunksender in Indien 1937 327
Seestreitkräfte im Fernen Osten, Anfang 1938 436
Die Kriegsmarinen der drei großen Seemächte, Anfang 1938 436
Zeittafel scharfer Temperatur-Rückschläge in geschichtlicher Zeit (in Europa) 441
Senderstatistik für Mittel- und Südamerika..... 498
Hörerzahlen für Mittel- und Südamerika 498
Jährlicher Gesamt-Apparate-Umsatz in Südamerika 500

Das Bleibende ist auch das Gegebene

Internationale Probleme, die schnell gelöst werden sollen, unvorhergesehene Wandlungen, unerwartete Krisen sogar — das sind Kennzeichen der Zeit, in der wir leben. Das Gegebene scheint das Vorübergehende zu sein.

Die Geopolitik betont das Beständige in der menschlichen Entwicklung, und indem ich das Sonderheft „Südafrika" der Zeitschrift für Geopolitik gern mit einem kurzen Geleitwort begrüße und die Gelegenheit benutze, etwas über die Beziehungen zwischen der Union und Deutschland hinzuzufügen, spüre ich das starke Bedürfnis in mir, auch mit Bezug auf jene Beziehungen, wieder einmal ihre festen Unterlagen hervorzuheben.

Die Sache ist ganz einfach. Erstens, die Union und Deutschland sind wirtschaftlich aufeinander angewiesen. Es wäre wider die Natur, wenn sie nicht Güter austauschten — Wolle, Erze, Südfrüchte usw. von unserer und die Erzeugnisse einer großen und hochentwickelten Industrie von deutscher Seite. Zweitens, die weiße Bevölkerung der Union ist rassisch und sprachlich dem deutschen Volke nah verwandt. Und drittens, die kulturellen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern sind historisch tief verwurzelt und bestehen lebhaft weiter.

Einfache bekannte Feststellungen! Ich wiederhole sie nur, weil ich im Hinblick auf die jetzige Zeit mich freue, daß, was Südafrika und Deutschland in ihrem gegenseitigen Verhältnis anbetrifft, der bleibende Wert des ständig Gegebenen nicht vergessen wird. Ein Beweis dafür ist auch dieses Sonderheft.

Berlin, den 28. Oktober 1937.

S. F. N. Gie,

Bevollmächtigter Minister für die Union von Südafrika.

WERNER SCHMIDT-Pretoria:

Der Große Trek der Buren

Die Vorgeschichte

Das Volk der Buren hat die kürzeste Geschichte aller weißen Völker überhaupt. Je mehr sich der zeitliche Abstand von der Entwicklung der Nation bis zum heutigen Tage vergrößert, desto deutlicher tritt als Glanzpunkt allen Geschehens der Große Trek vom Kaplande aus nach Norden hervor.

In Südafrika sind Städte, die heute über die letzten Errungenschaften der Technik verfügen und deren Wolkenkratzer in den subtropischen Himmel hineinstoßen, nicht mehr als 50 Jahre alt. Im Vergleich dazu liegt die große Wanderung schon weit zurück. Sie hat genau vor einem Jahrhundert stattgefunden. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt sind die Teilnehmer an diesem großen Zuge, die Voortrekker, immer mehr aus dem geschichtlichen Dunkel, das sie umgab, herausgetreten; sie scheinen zukünftig zu den eigentlichen, von ihrem Volke verehrten Helden emporwachsen zu sollen.

Das Burenvolk wird in diesem und in den folgenden Jahren seiner Voortrekker ganz besonders gedenken. Kürzlich fand bereits im Oranje-Freistaat ein großes Zeltlager statt: es sollte das Lager der Voortrekker vom Jahre 1837 widerspiegeln. Inzwischen hat auch der Plan, in der Nähe von Pretoria ein großes steinernes Monument zu errichten, feste Form angenommen. Die südafrikanische Postverwaltung gibt seit längerer Zeit Briefmarken heraus, welche Bilder aus dem Leben der Voortrekker zeigen und deren Reinertrag dem Denkmalfond zugute kommt.

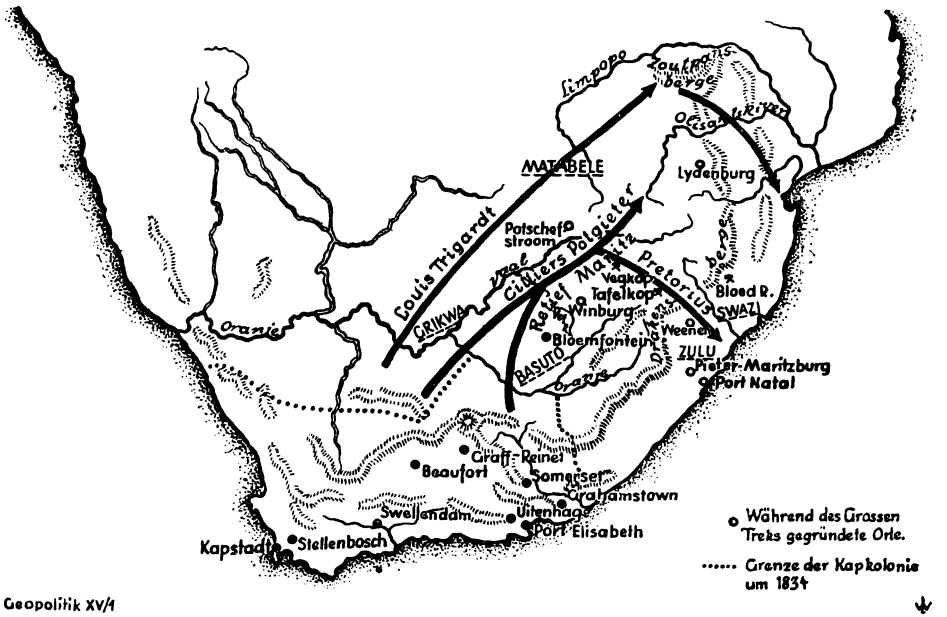
Die aus jenem Zeitabschnitt erhaltenen Dokumente und Briefe lagern im Unionsarchiv. Um der Kenntnis vom damaligen historischen Geschehen auf wissenschaftlicher Grundlage weitere Verbreitung zu sichern, hat die südafrikanische Regierung in diesem Jahre die Veröffentlichung der Archivstücke aus der Zeit zwischen 1829 und 1849 im Druck veranlaßt. Das Werk wurde von Dr. H. S. Pretorius und D. W. Kruger, M. A., unter Mitwirkung von Dr. C. Beyers, herausgegeben.

Um die Bedeutung des Großen Trekes zu erfassen, muß man die Verhältnisse am Kap seit der Besiedlung durch Angestellte der Holländisch-Ostindischen Kompagnie in Betracht ziehen. Die Niederlassung war ursprünglich nicht als Kolonie gedacht, sondern allein als Erfrischungsstation für holländische Schiffe, die zwischen Holland und Indien segelten. Lediglich aus Sparsamkeitsgründen hatte die Kompagnieverwaltung Angestellte, die das Kapland zum festen Wohnsitz wählen wollten, aus ihrem Dienst entlassen.

Durch Zuwachs von außen wie durch natürliche Vermehrung nahm die Zahl dieser Siedler schnell zu, so daß die Erzeugung schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts die Proviantforderungen der einlaufenden Flotten übertraf. Daß die Kompagnie sich nicht entschließen konnte, diesem Bürgertum das Recht auf freien Handel zu gewähren, wurde schließlich zur Wurzel einer Unzufriedenheit, die sich den Weg des geringsten Widerstandes zu ihrer Entspannung suchte. Dieser Weg führte über die Grenzen des vorläufigen Einflußgebietes der europäischen Verwaltung hinaus, stets tiefer in den dunklen Erdteil hinein. So kam es, daß die Viehbauern in erster Linie zu Trägern des europäischen Gedankens ins Innere Afrikas wurden.

Als nach dem Zusammenbruch der Holländisch-Ostindischen Kompagnie und der kurzen Regierungsperiode der Batavischen Republik die Engländer im Jahre 1806 endgültig von dem Kaplande Besitz nahmen, fanden sie eine Bevölkerung vor, in der bereits der Keim einer neuen, selbständigen Nation steckte. Blutsmäßig setzte sich dieser Volkskörper zur Hälfte aus holländischem, zu einem Drittel aus deutschem und zu einem Sechstel aus französisch-hugenottischem Blute zusammen. Die hervorstechendste Eigenschaft, herangebildet durch die nach Norden sich erstreckenden noch unbekannten Weiten des Landes, war ein unbändiges Gefühl der Freiheit und Unabhängigkeit.

Eine erste Reibung zwischen Buren und Briten entstand, als auf Grund der An-



schuldigungen englischer Missionare etwa 60 weiße Männer und Frauen wegen angeblich verübter Grausamkeiten an Eingeborenen verhaftet wurden. Kurz darauf verurteilte ein Kriegsgericht zum Entsetzen ihrer burischen Volksgenossen fünf von ihnen zum Tode. Es folgten Maßnahmen, die die Lage weiterhin erschwerten. Eine Verfügung, die das burische Element aufs allerschärfste traf, bildete das britische Gesetz, das die Einführung der englischen Sprache bei allen Amtshandlungen bestimmte. Dadurch sollte das Kapholländische der Buren, das sich späterhin zum Afrikaans entwickelte, unterdrückt werden.

Die Zahl der um diese Zeit in Südafrika gehaltenen Sklaven betrug rund 40 000. Bei einem angenommenen Gesamtwerte von drei Millionen Pfund Sterling waren sie als ein wichtiger Bestandteil des Volksvermögens zu betrachten. Der Beschluß der britischen Regierung, das Eigentumsrecht auf Sklaven im Kaplande Ende 1834 aufhören zu lassen, schlug daher wie eine Bombe ein und hatte eine völlige Verarmung der doch nur wenige tausend Köpfe umfassenden Burengemeinschaft zur Folge.

Um das Maß der Not und des Elends voll zu machen, überschwemmten 15 000 Neger vom Stamme der Kosas den östlichen Teil der Kolonie, verwüsteten die Farmen und ermordeten

jeden Weißen, dessen sie habhaft werden konnten. Zwar wurde die Gegend zwischen Fischfluß und Keiskamafluß durch ein Aufgebot von Soldaten gesäubert, Ende Dezember 1835 jedoch durch den britischen Kolonialstaatssekretär ein Erlaß herausgebracht, wonach das Gebiet den Kosas zurückgegeben werden mußte, weil „das Betragen der Siedler und Kapbehörden seit langem das Recht zu einem Rachefeldzug gegeben habe".

Es ist kein Wunder, daß einige hervorragende Männer unter den in den Außenbezirken wohnenden Buren den Plan vorbereiteten, aus dem Einflußbereich dieser englischen Herrschaft zu fliehen. Damit wurde zum zweiten Male seit der weißen Besiedlung ein Aufstand nicht in das Innere des bereits besetzten Gebietes hineingetragen, sondern durch Abwanderung in die sich unermeßlich erstreckenden Gegenden ausgeglichen. Hunderte von Familien verließen im Verlauf zweier Jahre ihre Wohnplätze. Sie wählten diesen Zeitpunkt um so lieber, als die mit unerhörter Grausamkeit geführten Kriege der Zulu- und Matabelekönige die nördlichen und östlich gelegenen Landstriche vollkommen entvölkert hatten.

Unter dem Kommando von Louis Trigardt und Janse van Rensburg setzten sich Ende 1835 bereits zwei kleinere Gruppen von Voortrekkern in Marsch. Die letztere verkam spurlos in den Steppen; Trigardt gelang es, die mit ihm ziehenden Familien über einen Fluß hinweg, dem die Buren wegen seiner fahlen Farbe den Namen Vaal gaben, bis zu den Soutpansbergen, im heutigen Nordtransvaal, zu führen. Er ließ kleine Häuser bauen und Gärten anlegen, so daß sich das Leben der Gruppe zunächst wohl zu gestalten schien. Bald machte sich jedoch der Mangel an Dingen des täglichen Gebrauches, besonders an dem für die Europäer unerläßlichen Schießpulver, unangenehm fühlbar.

Louis Trigardt und seine Genossen entschlossen sich, nachdem sie durch Boten Beziehungen zum portugiesischen Kommandanten in der Delagoa-Bucht aufgenommen hatten, die Reise nach dem Ozean anzutreten. Unter unsäglichen Anstrengungen, nach der Überquerung der Drakensberge, die heute beinahe unglaublich erscheint, zogen die schwerfälligen Ochsenwagen der Buren am Ende einer achtmonatlichen Reise in Lourenço Marques ein. Sechsundzwanzig Überlebende erreichten Natal; Trigardt selbst war am Fieber gestorben.

Der Große Trek

Inzwischen hatten zwei bedeutend größere Gesellschaften, die eine unter dem Befehl von Hendrik Potgieter, die andere unter dem von Sarel Cilliers, das Kapland verlassen. Sie vereinigten sich nördlich vom Oranje und hielten sich im allgemeinen mehr nach dem Osten, um der Kalahari, die ihnen nichts als Durst und braunes Gras zu bieten hatte, zu entgehen und der Küste näher zu kommen. Ein Überfall von Matabelehorden auf das Lager der Burenfamilien bildete die Einleitung zu einer Reihe von blutigen Zusammenstößen, die in der Folgezeit zwischen Weißen und Farbigen stattfanden.

Als beste Verteidigungsmöglichkeit erkannten die Buren ein Viereck, das von fünfzig aufgestellten Ochsenwagen gebildet wurde. Durch Dornenzweige wurde es von außen her unsichtbar gemacht; hinter jedem Spalt stand ein burischer Scharfschütze; die Frauen hatten Pulver und Blei anzureichen. Die anstürmenden Bantus konnten die Wagenkolosse nicht wegschieben und ihre Speere nicht in das Innere des Lagers werfen; sie selbst boten ein offenes Ziel. Sie ergriffen die Flucht, aber nicht ohne das gesamte Vieh der Weißen mitzunehmen. Ermattet, verwundet und

des Notwendigsten beraubt, wandten sich Potgieter und Cilliers samt den mit ihnen vereinigten Familien nach Süden, wo sie glücklicherweise auf eine unter dem Befehl von Gerrit Maritz stehende, nachdrängende Voortrekkergesellschaft stießen, die 100 Wagen mit sich führte. Als die vereinigten Gruppen vernahmen, daß sich Piet Retief nähere, sandten sie ihm einige der Ihren entgegen. An den Ufern des Vetflusses sammelten sich etwa 2000 Buren und gaben sich in groben Zügen eine Verfassung.

Piet Retief zweigte mit einer kleinen Gruppe nach Osten ab und erreichte Port Natal, das er von einem englischen Missionar und einer Reihe von englischen Familien bewohnt fand. Er erkannte aber bald, daß die entscheidende Aufgabe nicht die Auseinandersetzung mit den Weißen war, sondern die mit dem mächtigen Zulukönig. Während er die ersten Verhandlungen mit ihm einleitete, folgten tausend schwere Burenwagen über das Felsengewirr der Drakensberge, um sich schließlich an den Ufern des Tugela und seiner Nebenflüsse zu gruppieren.

Als sich aber Retief, nur von 100 Europäern begleitet, auf Einladung Dingaans zum zweiten Male in das Wohndorf dieses Zuluhäuptlings begab, kam es zu einer furchtbaren Metzelei. Der König ließ die Buren ermorden und schickte seine besten Regimenter nach deren Hauptlager, wo sie ein entsetzliches Blutbad anrichteten. Nach mehrfachen Zusammenstößen mit den Bantus sank die Zahl der Voortrekker auf etwas mehr als 3500 Köpfe herab. Durch den Tod verschiedener Führer erschien die Lage hoffnungslos.

Erst mit der Ankunft eines bereits dem Namen nach bekannten und von den burischen Gruppen geschätzten Mannes, Andries Pretorius, löste sich die Beklemmung. Pretorius organisierte die kleine Streitmacht von neuem, führte sie an und bereitete den Zulus nach tatkräftiger Vorbereitung Ende 1838 eine Niederlage an einem Flusse, der seither die Bezeichnung „Blutfluß" trägt.

Zum Gedenken dieses für die Einführung europäischer Kultur in Südafrika entscheidenden Tages wird heute jährlich in der Union das Dingaansfest gefeiert; die Veranstaltung wird sich in diesem Jahre aus den bisherigen besonders herausheben, weil ein Jahrhundert seit dem Siege des Kommandanten Pretorius vergangen ist.

Die Voortrekker übernahmen sofort die Ergebnisse ihres Erfolges, das große Gebiet des geflohenen Zulukönigs. Als Hauptstadt wurde Pietermaritzburg gegründet, dessen Namen zu Ehren der Volksführer Pieter Retief und Gerrit Maritz gewählt wurde. Ehe aber die Verwaltung des noch recht dünn bevölkerten Freistaates einsetzte, zogen neue Gewitterwolken herauf. Im Augenblick, da im britischen Kaplande bekanntgeworden war, daß sich ein Teil der Voortrekker in den Besitz Natals gesetzt hatte, sandte der Gouverneur Sir George Napier einige Truppenteile, die den nunmehr mit Durban bezeichneten Hafen, den Ort und das erreichbare Hinterland besetzen und zum britischen Besitz erklären sollten.

Nach wechselndem Schlachtenglück zog der große Teil des Burentums, zum zweiten Male seit seiner Formung der völkischen Freiheit beraubt, über die schon einmal mit unglaublicher Mühe überschrittenen Drakensberge ins Innere zurück und breitete sich nördlich des Vaalflusses und östlich bis zum Sabie aus.

Im Laufe weniger Jahrzehnte entstanden die staatlichen Vorformen zweier Bauernrepubliken, Transvaal und Oranje-Freistaat, die ausschließlich von Buren bewohnt waren. Die große Menge der im Kaplande zurückgebliebenen und die in

Natal noch siedelnden eingerechnet, hatte sich das Volk der Afrikaner nunmehr über das ganze südliche Dreieck verzweigt. Lediglich das von Großbritannien als Eingeborenenschutzgebiet erklärte Bassuto- und Swaziland war nicht in das Siedlungsland einbezogen worden.

Die Bedeutung des Großen Trekes und die Rolle des Deutschtums

Der Große Trek ist für das Burenvolk selbstverständlich von entscheidender Bedeutung gewesen. Er hat zu seiner heutigen Lebensform den Grund gelegt und den Umriß seines jetzigen Lebensraumes abgesteckt. Diese Erkenntnis ist im Wachsen, und das Forschen in der Geschichte hebt immer deutlicher die am Großen Trek beteiligten Männer und Sippen heraus.

Deutschland aber muß an diesem afrikanischen Geschehen vor 100 Jahren besonderen Anteil nehmen. Denn Deutsche — solche, die eben erst das Reich verlassen hatten, und andere, deren Blut sich schon längst mit dem verwandten Blut der Holländer vermischt hatte — haben den Großen Trek in bedeutender Weise beeinflußt.

Damalige Burenführer, wie Potgieter und Maritz, hatten einen Deutschen zum Stammvater, und hervorragende Sippen, wie Krüger, Kritzinger, Keet, Botha, Venter, Meiring, Eloff, Wolhüter, konnten sich auf Männer berufen, die zuzeiten der Holländisch-Ostindischen Kompagnie ihr deutsches Vaterland verlassen hatten. Zu ihnen waren Kaufleute gestoßen, die beispielsweise als erste in Pietermaritzburg ihre Ladengeschäfte errichteten, und Missionare, die das geregelte Leben im Deutschen Reiche mit einem abenteuerlichen und gefährlichen Dasein vertauscht hatten, nur, um dem weißen oder dem farbigen Menschen Beistand zu leisten.

Es wäre vermessen, wollte man die vorbildlichen Eigenschaften der Voortrekker, ihren Drang nach dem Norden, ihr unerhörtes Freiheitsgefühl und ihren kämpferischen Willen zur Selbsterhaltung einzig auf die Beteiligung des Deutschtums zurückzuführen. Aber es erfüllt uns mit Stolz, daß das Deutschtum am Bau und in der Verzweigung der Burennation einen starken Anteil gehabt hat.

An den hundertjährigen Gedächtnisfeiern, die in der kommenden Zeit in der Union von Südafrika begangen werden, wird das deutsche Volk verständnisvollen inneren Anteil nehmen.

J. F. J. VAN RENSBURG:

Das südafrikanische Recht in seiner geopolitischen Gestaltung

Die Südafrikanische Union bildet den südlichen Teil des afrikanischen Festlandes, und zwar den Teil südlich des Limpopo- oder Krokodilflusses. Dieser Raum umfaßt auch einige britische Schutzgebiete eingeborener Stämme (Protektorate), die aber in diesem Aufsatz unberücksichtigt bleiben dürfen.

Die Siedlungsgeschichte Südafrikas beginnt mit der Landung Jan van Riebeeks im Jahre 1652. Im Auftrage der Holländisch-Ostindischen Kompagnie gründete er am Kap der Guten Hoffnung eine Siedlung, die eigentlich eine Proviantstation für Kompagnieschiffe auf der Indienfahrt bedeutete. Aus dieser Unternehmung keimte und wuchs in den nächsten Jahrhunderten das Afrikanervolk oder, wie es allgemein in Deutschland heißt, das Burenvolk.

Die Siedler waren holländischer, deutscher (besonders niederdeutscher) und französischer Abstammung. Die letzteren waren Hugenotten, die nach der Widerrufung des Ediktes von Nantes 1688 ihre Heimat verließen, um die Glaubensfreiheit in der Fremde zu erstreben.

1806 wurde das Kapland von England erobert, und 1820 erfolgte eine englische Siedlung in der östlichen Provinz.

Somit entstand die weiße Bevölkerung des Landes, die nachträglich von Europa her verstärkt wurde, jedoch vorwiegend aus den erwähnten Muttervölkern (mit Ausnahme der Franzosen), und die somit als Volk ihr germanisches Gepräge behielt und vertiefte.

Im Jahre 1836 wurde es im Kapland den bodenständigen Weißen, den Buren, unter englischer Herrschaft und wegen der von dieser betriebenen Eingeborenenpolitik unerträglich und eine Art „volksverhuising" — Volkswanderung — erfolgte. Der „Groot Trek" (große Wanderung, s. den Aufsatz in diesem Heft) der folgenden Jahre bildet ein Epos im Burenvolk, dem nur der Burenkrieg gleichzustellen ist.

Mann, Frau und Kind zogen in Ochsenwagen von den ihnen liebgewordenen Heimstätten in der alten Kolonie fort und wandten sich nach Norden, wo die schwarzen Barbaren und besonders die gefürchteten Zulus unter ihrem „schwarzen Napoleon", dem König Tschakka, mit Speer und Feuer herrschten.

Ihr Siegesweg war zugleich ein Leidensweg. Aus dem „Groot Trek" aber erstanden die Burenrepubliken Oranje-Freistaat und Transvaal. Eine kurzfristige Republik in Natal wurde von den Engländern von der Küste aus bedrängt und aufgehoben.

Um die Jahrhundertwende fielen auch die beiden Republiken nach dreijährigem Ringen unter britische Herrschaft. Somit kam das ganze Südafrika unter eine Flagge. Es war ein Schritt zur Vereinigung, die endgültig im Jahre 1910 erfolgte. Die vier Kolonien Kapland, Natal, Freistaat und Transvaal wurden zu den vier Provinzen der Südafrikanischen Union.

Da in dieser Einleitung nur von Weißen gesprochen und die Eingeborenen nebenbei erwähnt wurden, könnte man annehmen, daß der Eingeborene keine besondere Rolle spiele. Ganz im Gegenteil. Die jüngsten Bevölkerungszahlen ergaben folgendes:

Weiße	2 000 000	Eingeborene	6 500 000
Asiaten (Inder)	215 000	Mischlinge	1 000 000

Es ist in Anbetracht dieser Buntheit der Rassen einleuchtend, daß die Rasse — und namentlich die Erhaltung und Befestigung der Rasse — das Grundproblem der Politik und somit des Rechts, der Gesetzgebung, bildet. Es kann bei einem rassenbewußten Volke schwerlich anders sein.

Das südafrikanische Recht

Da Südafrika kein kodifiziertes Recht besitzt, zerfällt sein Recht in zwei Teile: das gemeine Recht und das gesetzte Recht. Das gemeine ist das sogenannte römisch-holländische Recht. Es ist ein rezipiertes römisches Recht, wie es auch in deutschen Ländern vor Einführung der Koden benutzt wurde, und schleppt „von Geschlecht sich zu Geschlechte". Von einer geopolitischen Gestaltung des gemeinen Rechts kann kaum die Rede sein. — Völlig anders verhält es sich mit dem gesetzten Recht. In allen Kolonien, seit 1910 auch in der Union und deren Provinzen, kamen geopolitische Grundfaktoren in der Gesetzgebung zum Ausdruck. Die Spannungen zwischen Kolonie und Mutterland, zwischen Buren und Briten, zwischen Weiß und Schwarz mußten sich entladen. Wie nun in einem Rechtsstaat das Recht auch die höchste Instanz ist, so mußten Siege und Niederlagen im Recht erkennbar werden.

Im folgenden soll kurz skizziert werden, wie die Spannungen Kolonie—Mutterland, Bur—Brite, Weiß—Schwarz (eigentlich Weiß—Nichtweiß) sich bisher in der Entwicklung des Rechtes spiegeln.

Land. — Typisch südafrikanische Gesetzgebung, die sich mit dem Boden befaßt, ist in erster Linie die, welche die Bodenschätze (Gold und Diamanten) beschützt und deren Verkauf einschränkt und regelt. Gold und Diamanten im Naturzustand dürfen nur von staatlich lizensierten Personen verkauft werden. Andernfalls werden schwere Strafen verhängt. — Ferner wird das Bewässerungswesen, das größtenteils in Staatshänden liegt, gesetzlich geregelt; auch die Bekämpfung gewisser Viehseuchen und giftiger bzw. schädlicher Pflanzen ist gesetzlich vorgesehen. — Wildschutz — was wäre Afrika ohne sein Wild! — wird weitgehend durchgeführt (allerdings ist es reichlich spät in gewissen Gegenden). Das Krüger-Wildreservat stellt ein Wildasyl von etwa 9000 Quadratmeilen Umfang dar; diese weltberühmte Sehenswürdigkeit wird natürlich rechtlich streng geschützt.

Leute. — Die politischen und rassischen Motive haben das Recht viel auffallender beeinflußt, als es der Boden getan hat.

Die rassische Spaltung ist wohl in allererster Linie die zwischen Weiß und Nichtweiß. Hier wird ein zäher Streit ausgekämpft, um die Vorherrschaft — und damit die Existenz — des Europäertums, des „Wit Suid-Africa", zu behaupten und zu sichern. In einem parlamentarischen Staate sind die politischen Rechte, und namentlich das Wahlrecht, die ausschlaggebenden. An diesem Punkte also muß man den Verlauf der Dinge verfolgen. Hier hinein ragt auch die Spannung Kolonie—Downing Street.

In der Kapkolonie wurde 1853 eine Verfassung eingeführt, die allen männlichen Erwachsenen, die gewissen Bedingungen hinsichtlich Bildung und Eigentum entsprachen, das Wahlrecht verlieh. Also keine grundsätzliche Unterscheidung zwischen Weiß und Nichtweiß! Allerdings hatten die Weißen wegen ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Überlegenheit eine selbstverständliche Vormachtstellung inne — eine Vormachtstellung jedoch, die mit der wachsenden Erziehung der Nichtweißen

verhältnismäßig abnehmen mußte. Im Kapland bestand ein starker burischer Block, und man kann schwerlich umhin, die Verleihung des Wahlrechts an Nichtweiße als den Versuch zur Bildung eines Gegenblocks anzusehen, der nötigenfalls eingesetzt werden konnte, wenn der burische Druck sich unangenehm bemerkbar machte. Andernfalls zeigt die im Jahre 1865 eingerichtete Verfassung der Kolonie Natal, die weniger burisch bevölkert war, eine schwer zu verstehende Inkonsequenz. In Natal nämlich wurde es den Eingeborenen (Schwarzen) derart erschwert, auf die Wählerliste zu gelangen, daß sie überhaupt keinen Block bilden konnten. — Im Freistaat vor dem Burenkriege und auch nachher waren nur Weiße wahlberechtigt, ebenfalls in der Südafrikanischen Republik (Transvaal).

In der transvaalschen Verfassung (Grondwet) vom Jahre 1858 heißt es (§ 9): „Das Volk will keine Gleichstellung zwischen Farbigen und Weißen, weder in der Kirche noch im Staate." Ferner: „Weder Farbige noch Mischlinge werden in unsere Versammlungen zugelassen" (§ 13). Bei Gründung der Union 1910 siegte im Süden (d. h. Kapland) die liberale Auffassung und im burischen Norden die grundsätzliche Vorherrschaft der Weißen. Es war ein Kompromiß, „an agreement to differ". Außerhalb der Kapprovinz war das Wahlrecht Prärogative des weißen Mannes. Im Kapland blieb es beim alten. (Cf. the South-Africa Act 1909.)

Es ist nicht verwunderlich, daß Auseinandersetzungen über das Wahlrecht seitdem nicht aufgehört haben. Einerseits besteht das Bestreben, den Standpunkt des Nordens überall zur Geltung zu bringen, andererseits die Neigung, das nichtweiße Wahlrecht auch über die kapländischen Grenzen hin zu verbreiten. Im vorigen Jahr hat der Premierminister, General Hertzog, der zeit seines Lebens ein zäher Vorkämpfer für die rassische Segregation war, das Parlament dazu bestimmt, die Eingeborenen von den Wählerlisten zu streichen. Für die Zukunft werden sie auf eine andere Liste kommen, die ein Wahlkolleg für sich bildet und berechtigt ist, sieben Abgeordnete, je drei und vier in jeder der zwei Kammern, ins Parlament zu schicken, um die Eingeborenenbelange zu vertreten. Allerdings dürfen solche Abgeordnete nur Weiße sein. Der Mißstand, daß einige hundert Eingeborene in vielen Wahlbezirken das Zünglein an der Waage im Parteistreit der weißen Vorherrscher bildeten, ist also endgültig beseitigt. Außerdem wurde ein beratender Ausschuß für Eingeborenenineressen in der ganzen Union ins Leben gerufen, der auch von Eingeborenen gewählt wird. Direkte gesetzgebende Macht besitzt er nicht.

Im Kaplande, besonders an den Küstenstreifen, wohnen Mischlinge. Auch sie haben seit 1853 das Wahlrecht und bilden somit einen dritten Block. Ihr Einfluß in der Landespolitik ist aber — im Verhältnis zu dem der Weißen — erheblich geschwächt durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für alle erwachsenen Weißen, Frauen sowohl wie Männer — eine Einführung, die auf die Weißen beschränkt blieb.

Kurz zusammengefaßt ist der politische Machtfaktor, das Wahlrecht, in den letzten Jahren immer mehr in die Hände der Weißen gelangt. Es ist anzunehmen, daß sich diese Tendenz noch verstärken wird. Macht erzeugt ja Macht.

Auch im Recht, das den Grundbesitz der Schwarzen regelt, wird die Segregationspolitik in den letzten Jahren immer schärfer betont. Mit einem Gesetze des vorigen Jahres sind Riesensummen bewilligt worden, um Grund und Boden für Eingeborene in großen Landstücken zu erwerben. Dafür ist es keinem Eingeborenen gestattet, außerhalb dieser Gebiete Grundeigen-

tümer zu werden. Die Rassen werden also nach ihrem Grundeigentum getrennt. — Waffenerwerb durch Nicht-Weiße ist gesetzlich erschwert und beinahe ausgeschlossen. Alkoholische Getränke dürfen, bei Zuchthausstrafen, an Nicht-Weiße außerhalb der Kapkolonie nicht verkauft werden.

Rassenschande ist in Südafrika verpönt. Die Vor-Unionsgesetzgebung hatte schon den außerehelichen sexuellen Verkehr zwischen weißen Frauen und Negern (oder Asiaten) mit schweren Strafen bedroht. Im Jahre 1927 wurden weitere Konsequenzen gezogen und jeder außereheliche sexuelle Verkehr zwischen Europäern und Negern verboten. Das Verbot trifft beide Geschlechter.

Praktisch bedeutet dies Gesetz eine Unterbindung auch des nichtsträflichen sexuellen Verkehrs zwischen Weiß und Schwarz, da gesellschaftliche und gesetzliche Segregation eheliche Verhältnisse zwischen Weiß und Schwarz auf ein Mindestmaß beschränken. Im Transvaal sind solche Mischehen beispielsweise vom Gesetze überhaupt nicht vorgesehen.

In den meisten Ortschaften sind die Schwarzen in Eingeborenenvierteln außerhalb des Dorfes bzw. der Stadt einquartiert. Männliche Schwarze dürfen sich im Norden nachts nach 9 Uhr — also im Dunkeln — auf den Straßen nicht zeigen, ohne einen Paß vorweisen zu können, den ihr Arbeitgeber ihnen ausfertigen darf. Dadurch werden Diebereien und andere Verbrechen von arbeitsscheuen Schwarzen erschwert. Außerdem trägt der Farbige einen allgemeinen amtlichen Paß, der auch für Identifikations- und Steuerzwecke nützlich ist.

Asiaten. — Außer den Negern und kapländischen Mischlingen hat Südafrika eine indische Bevölkerung von 215000 Köpfen. Ihre Einwanderung ist wohl in erster Linie den Zuckerbaronen Natals zu verdanken. Sie leben vorwiegend in Natal und Transvaal. Der Oranje-Freistaat ist asiatenrein. Weitere Einwanderung aus Indien ist unterbunden; die Gesetzgebung hat Repatriation auf Staatskosten für willige Fälle vorgesehen. — Im Transvaal ist Asiaten der Erwerb von Grundeigentum praktisch verboten.

Dem Hochkapital der Johannesburger Goldminen verdankte Südafrika eine Zeitlang nach dem Burenkrieg ein zweites Asiatenproblem. Chinesische Kulis wurden als Grubenarbeiter massenweise importiert. Allerdings mußte das nach einigen Jahren wegen politischen Druckes aufhören; die Chinesen wurden wieder in ihr Vaterland zurückbefördert.

Kolonie — Europa

Es ist wohl selbstverständlich, daß ein bodenständiges Europäertum, das sich sechstausend Meilen von den Mutterländern entfernt ein neues und alleiniges Heim geschaffen hat, seine Probleme aus seinem eignen Gesichtswinkel heraus betrachten muß. Ob holländischer, deutscher, französischer oder englischer Herkunft, der bodenständige weiße Mann kann in den Jahrhunderten nur gelernt haben, Südafrika vom Standpunkt des Südafrikaners zu betrachten. Aus Blut und Boden ist ein neues Volk entstanden, mußte ein neues Volk entstehen; rassisch den Muttervölkern eng verwandt, doch politisch selbständig, dem eignen, afrikanischen Schicksal gehorchend.

Ebenso selbstverständlich ist es, daß die europäische Weltmacht, welche die Kolonien gegründet bzw. erobert hat, mit diesem südafrikanischen Gesichtswinkel nicht immer einverstanden war und ist. So entstanden und entstehen Reibungsflächen und Konflikte. Durch diesen Gegensatz England—Südafrika, der früher großenteils als mit dem Gegensatz Engländertum—Burentum gleichstehend erachtet wurde, entstand der tragische und im Grunde genommen ganz unnötige Streit zwischen den Buren und den bodenständig gewordenen Briten. Trotz allem Gerede liegen Gründe für einen Rassenkampf zwischen den beiden verwandten Rassen gar

nicht vor — höchstens für einen Kulturkampf, der seinerseits auf der Sprachenverschiedenheit beruht.

Der politische Kampf richtete sich nicht gegen die in Südafrika lebenden Briten, sondern gegen Britannien, soweit es dem Unabhängigkeitsbestreben im Wege stand. Wenn die Weltgeschichte anders verlaufen und die betreffende europäische Macht im Abendlande Holland oder irgendein beliebiges anderes Land gewesen wäre, so hätte die Auseinandersetzung ebenfalls kommen müssen. Von Rassenkampf kann ebensowenig die Rede sein wie im Falle der amerikanischen Kolonien zur Zeit der Revolution.

Anders allerdings steht es um den Kulturkampf. Die Buren haben eine eigne Sprache, dem Holländischen und den niederdeutschen Mundarten entstammend, entwickelt, die sich Afrikaans nennt. Als Kultursprache galt unter den Buren früher Holländisch. Bei Einführung der englischen Herrschaft entstand der Kulturkampf zwischen den Sprachen der bodenständigen Bevölkerung und der neuen politischen Machthaber und Eingewanderten — ein Kulturkampf, wie er in jedem Grenzlande auflodert. Nach dem Burenkriege erstreckte sich dieser Streit auch über den Freistaat und Transvaal. Mit der Verfassung, die der Union zugrunde liegt, ist (im Paragraphen 137) der Kampf rechtlich beigelegt: die Amtssprachen wurden Holländisch und Englisch. Sie sind gleichberechtigt. Im Jahre 1925 ist die Bezeichnung „Holländisch" vom Parlament ausdrücklich als auch „Afrikaans" umfassend ausgelegt worden.

Der Sprachendualismus hat in manchen Gesetzen einen Niederschlag gefunden, im Gesetz über die Staatsbeamten, das Radio und das Schulwesen (Kinder sind in den Anfangsklassen in der Muttersprache zu erziehen).

Ein weiterer Hinweis auf eine bewußte völkische Gestaltung liegt in dem Gesetz über die Einwanderung vom Jahre 1937. Bisher wurde an Einwanderer die Forderung gestellt, sie müßten weiß (also europäischer Abstammung) sein. Daneben gab es Bestimmungen über die gesundheitliche, charakterliche und finanzielle Lage der Einwanderer. Das jüngste Gesetz geht aber weiter und verlangt, daß Einwanderer „assimilierbar" sein sollen. Das heißt, sie müssen rassenverwandten Völkern entstammen.

Die Spannung Südafrika—Europa beruht in erster Linie auf dem Verhältnis zwischen „Kolonie" und „Downing Street", also auf Handlungsfreiheit oder — Gehorsam, überseeischen Wünschen gegenüber. Es ist das dynamische Gesetz aller Entwicklung und hat auch im südafrikanischen Recht die deutlichsten Spuren zurückgelassen... Spuren, die sich besonders in den letzten Jahren vermehrt haben.

Schon die Verfassungen des Kaplandes (1853), Natals (1865) und der eroberten burischen Staaten im Norden (1906, 1907) räumten eine gewisse Autonomie ein, behielten aber das Vetorecht des Königs vor. Die Verfassung der Union (The South-Africa Act 1909) war auch nicht anders. Dasselbe ist bekanntlich der Fall in Großbritannien, allerdings mit dem wesentlichen Unterschied, daß das königliche Veto verfassungsmäßig auf Anraten der Minister ausgeübt wird. Nun sind die britischen Minister wohl die Vertreter des britischen Volkes, und ihr Anraten entspricht vermutlich dem Gedanken: Vox populi, vox Dei; Vertreter des südafrikanischen Volkes sind sie jedoch eingestandenermaßen nicht. Das sind die südafrikanischen Minister. Die beratenden Minister über südafrikanische Gesetze waren aber die Engländer und nicht diese. Kurz gesagt, die britischen Minister konnten prinzipiell das südafrikanische Parlament, den südafrikanischen Volkswillen, in seiner Gesetzgebung lähmen. Das südafrikanische Parlament war nicht die souveräne Macht im Lande.

Mit dem Heranwachsen und dem Ausbau des nationalen Bewußtseins traten dementsprechende Momente auch im Rechte hervor. 1927 wurde das Nationalitäts- und Flaggengesetz erlassen, das eine eigne südafrikanische Nationalität sowie eine eigne südafrikanische Flagge als Hoheitszeichen vorsieht. Die britische Flagge (das bisherige Hoheitszeichen) wurde nur für genau umschriebene Zwecke an gewissen vorgeschriebenen Stellen beibehalten.

Im Jahre 1932 erfolgte das „Statute of Westminister", und zwei Jahre darauf kamen die Gesetze, die den Status der Union und die exekutiven Befugnisse des Königs sowie seine Amtssiegel regeln und definieren. Rechtliches Resultat ist folgendes: Südafrika wird zu einem souveränen, unabhängigen Staate erklärt, der mit den andern britischen Dominien (Großbritannien selbst, Kanada, Australien, Irland, Neuseeland) in freier Assoziation steht; der König kann südafrikanische Staatshandlungen nur mit Beratung seiner südafrikanischen Minister vollziehen. Prinzipiell fällt also die britische Regierung in südafrikanischen Staatshandlungen weg. Durch die Abdankung des Königs Eduard VIII. und die Krönung des heutigen Monarchen Georg VI. ist ein weiterer Meilenstein in der Verfassung erreicht. Gesetz Nr. 7 vom Jahre 1937 stellt fest, daß der Krönungseid, den der König bezüglich der Union zu leisten hat, der Vorschrift Südafrikas entsprechen soll. Auch die Thronfolge nach der Abdankung beruht in Südafrika auf einem Unionsgesetz und nicht auf dem des britischen Parlaments. Die Verfassungen unterscheiden sich auch insofern, als die Thronfolge in Britannien am 11. Dezember und in der Union schon am 10. Dezember erfolgte.

Ausblick

Das Gesagte sollte einen kurzen Blick auf die geopolitischen Gipfel in der südafrikanischen Gesetzgebung, d. h. in den höchsten rechtlichen Äußerungen des Volkswillens, geben.

Das Leitmotiv ist unverkennbar. Ein Vorposten des Nordeuropäertums, der im südafrikanischen Boden Wurzeln getrieben hat, und dem Europa schon längst eine Vorstellung und keine Erinnerung mehr ist, versucht, seine Machtstellung im südlichen Afrika auszubauen und zu befestigen. Um dies um so freier tun zu können, werden alle möglichen Hemmungen und Fesseln, die von Europa herüberreichen, abgestreift und beseitigt. Der Volkswille läuft auf die Vormachtstellung der weißen Rasse und keinesfalls auf Gleichheit hinaus — nicht aus Machtlüsternheit, sondern weil die Zahlenverhältnisse so liegen, daß nur die Vormacht die rassische Existenz sichern kann.

Ein Zurück nach Europa gibt es für dies junges Volk nicht. Es muß sich erhalten oder im schwarzen Meer der Eingeborenen versinken.

Ich glaube, daß es auf einem Wikingerdenkmal im Norden ist, wo das schicksalsschwere Wort steht: Sie konnten nicht weichen, sie konnten nur fallen.

WAHRHOLD DRASCHER:

Zur Rassenfrage in der Südafrikanischen Union

Die Grundentscheidung

Die Rassenpolitik der Südafrikanischen Union wird heute ausgerichtet nach zwei großen Gesichtspunkten: erstens, die berechtigte und für die weitere Entwicklung des Landes unentbehrliche Führerstellung der weißen Rasse zu sichern, zweitens aber und gleichzeitig den bestmöglichen Einsatz der Schwarzen in dem Gesamtleben und der Wirtschaft des Staates zu gewährleisten. Die Gesamtbevölkerung beträgt rund 2 Millionen Weiße, 7 Millionen Schwarze und 700 000 Farbige anderer Schattierungen, dazu über 200 000 Asiaten; sie bewohnen ein Gebiet von der fast dreifachen Größe des Deutschen Reiches. Jeder Verantwortliche ist sich daher bewußt, daß eine dem Reichtum des Landes entsprechende Aufschließung nur erfolgen kann, wenn die verschiedenen Rassen nicht nur zahlenmäßig, sondern erst recht ihrer eigensten Begabung nach daran teilhaben. Erst solch gemeinsame Schaffensfreude vermag wirkliche Ergebnisse zu bringen. Die Regierung muß daher die Entwicklung der Weißen, Schwarzen und Farbigen in Richtungen anzusetzen suchen, die ihrer Veranlagung entsprechen.

Infolgedessen scheidet die zu Beginn der Eroberung Afrikas herrschende Anschauung, daß der Weiße alle und die übrigen Rassen keine Rechte hätten, von vornherein aus. Beide haben Anspruch auf die Sicherung ihres Daseins; beide haben Anrecht auf Förderung ihres Aufstieges. Darin sind sich heute die Leiter der Geschicke völlig einig. Gleich wie die nationalsozialistische Rassenlehre von der Auffassung ausgeht, daß es zwar begabtere und unbegabtere Rassen gibt, denen infolgedessen ein verschiedenes Schicksal bestimmt ist, daß aber jede Rasse ihre eigentümlichen Veranlagungen, Vorzüge und Fehler hat, so ist man sich auch in Südafrika bewußt, daß eine Ausbeutung der einen durch die andere mit der Wohlfahrt des Landes sich nicht vereinigen läßt.

Es wird daher alles getan, um den verschiedenen Rassen die Möglichkeit zu geben, sich nur in den Formen zu entwickeln, die der inneren Veranlagung entsprechen. Dazu gehört in erster Linie die Fernhaltung ungeregelten und schädlichen fremden Einflusses. Aus diesem Grunde — nicht etwa aus Geringschätzung — ist Grundlage der Rassenpolitik die Segregation policy, mit deren scharfer Anwendung erreicht werden soll, daß eine beiden Teilen schädliche Mischung blutsmäßiger und räumlicher Art unterbleibt. Wie der Kenner der Verhältnisse zugestehen muß, wird sie hierdurch auch tatsächlich verhindert. Wenn somit seit einigen Jahren der illegitime Geschlechtsverkehr zwischen Weiß und Schwarz und damit die Geburt von Mischlingen erschwert wird, geschieht dies aus Erwägungen, die im höchsten Sinne als menschlich zu bezeichnen sind. Denn es gelingt — wie etwa ein Gang durch die großen Mischlingsviertel Kapstadts zeigt — dem Mischling (dem eine rein intellektuelle Begabung in Einzelfällen nicht abgesprochen werden soll) nicht, einen festen Ausgangspunkt für die Gestaltung seines Lebens zu gewinnen. Er bleibt ein Zwitter, weil er sich auch beim besten Willen nicht entscheiden kann, fest in einer, und zwar einer als eigen empfundenen, Gemeinschaft zu verwurzeln.

Die Rassenmischung wird am zuverlässigsten dadurch unterbunden, daß außerhalb der Arbeit, die gemeinsam geleistet werden muß und deren Normen die ver-

schiedene Veranlagung berücksichtigen müssen, möglichst wenig Gelegenheit gegeben wird, schädliche und störende Einflüsse in sich aufzunehmen. Hier weißen Mannes Land, dort schwarzen Mannes Land; hier das Europäerviertel, dort die Eingeborenenlokation; hier die weiße Schule, dort die farbige Schule; hier Afrikaans und Englisch, dort die Eingeborenensprache. So herrscht im Grundsätzlichen völlige Klarheit; es ist ein großer Fortschritt, für den alle dankbar sein müssen, daß die südafrikanische Regierung als erste diese Grundsätze ganz eindeutig aufgestellt hat und damit vorbildlich geworden ist.

Die Schwierigkeiten der Durchführung

So ist die Entscheidung klar getroffen; es gehört jedoch noch viel dazu, den richtigen Weg zur Durchführung und zum Ausgleich der verschiedenen Belange zu finden. Denn wenn auch das grundsätzliche Recht jeder Rasse auf die Sicherung ihrer Wesenseigentümlichkeiten zugestanden wird, so hängt die Gestaltung des Verhältnisses zueinander doch davon ab, welche Stellung jede der beiden im Staat einnehmen soll.

Hier gehen nun die Ansichten weit auseinander. Die Engländer stehen auf dem Standpunkt, daß zwar wirtschaftlich und sozial die Führerstellung der Weißen aufrechterhalten werden muß, daß aber eine allmähliche Aufnahme Andersrassiger in die Führung in Übersee nicht zu umgehen ist. Die Verhältnisse an der Westküste Afrikas, in Nigerien, aber auch die Umgestaltung Indiens beweisen, daß ein Aufstieg der Farbigen in größerem Maße als bisher für unvermeidlich gehalten wird. Die südafrikanische Regierung dagegen ist der Meinung, daß die Sicherung der Führerstellung der weißen Rasse der Ausgangspunkt für alle Maßnahmen der Regelung rassepolitischer Verhältnisse sein muß.

Nun besteht zweifellos die Tatsache, daß der Neger in der neueren Geschichte bisher nirgends den Beweis erbracht hat, daß er ein Staatswesen so entwickeln kann, daß es einem europäischen gleichwertig wäre. Es fehlt ihm anscheinend an Eigenschaften (vor allem an zähem Willen, an Dauerhaftigkeit), um bei dem heutigen Zustand der Welt große Gemeinwesen zu organisieren und zu leiten. Die Gefahr des Zurückfallens in Willkür und soziale Auflösung ist vorhanden, wie etwa die Geschichte Haitis seit 1789 eindeutig beweist. Vor allem aber verfügt der Schwarze nicht über den nötigen Einblick in die wichtige Handhabung der modernen Wirtschaftsorganisation; was ihm im Grunde wiederum nicht zum Vorwurf gemacht werden kann, da sie eben der Schöpferkraft der weißen Rasse — und zwar ihr allein — zu danken ist. Weil die Weißen Südafrika diesen Gesetzen unterworfen haben, sind sie allein imstande, das Land im Rahmen der Weltpolitik und Weltwirtschaft zu führen. Besonders Minister Pirow hat in verschiedenen Reden diese Rechtfertigung der weißen Rasse auf Grund ihrer Leistung überzeugend hervorgehoben. Wer die südafrikanischen Verhältnisse vorurteilsfrei ansieht, wird darüber nicht verwundert sein. Südafrika ist das Land der Farm und der Mine. Während auf der Farm Weiße und Schwarze leichter den Weg des gegenseitigen Verhältnisses finden, weil beide naturverbundener sind, bringt die Minenindustrie und vor allem das rasche Emporwachsen der Weltstädte (Johannesburg, vor 50 Jahren ein ödes Stück Land, hat heute mit dem Witwatersrand fast 1 Million Einwohner) schwere Gefahren mit sich. In den Minendistrikten werden die Schwarzen, die aus

ihrer Gemeinschaft, ihrem Stamm und ihrer Kultur dem Rufe des Werbers folgen und, wie wir sehen, folgen müssen, zu Zehntausenden, zu Hunderttausenden zusammengeballt. Als Hausboys, als Fabrikarbeiter, in den Minenkompounds kommen sie in unmittelbare Berührung mit der modernen Zivilisation und lernen nicht nur ihre Licht-, sondern auch ihre Schattenseiten gründlich kennen. Trotz aller Maßnahmen kann nicht verhindert werden, daß ein Teil der entwurzelten Massen zum Proletariat wird, das nach Ablauf des meist ein- bis zweijährigen Kontraktes den Weg in die alte Gemeinschaft, in den Stamm, nicht wieder zurückfindet. Die Zersetzungsgefahr ist hier viel größer als etwa in Ostafrika, wo diese Industrie fehlt.

Der Schwarze, der sich doch allmählich an die gesteigerten europäischen Lebensansprüche gewöhnt, der die fremden Sprachen lernt und sogar die Technik, das große Geheimnis des weißen Mannes, in Einzelheiten beherrschen lernt, wird anspruchsvoll und zur Auflehnung geneigt. Wenn der Schwarze Chauffeur ist, so glaubt er wohl, es dem Weißen gleich tun zu können, weil er den Wagen lenken und nötigenfalls ausbessern kann — er denkt aber nicht daran, daß der Wagen, den er lenkt, erst einmal erfunden werden muß, woran er nicht den geringsten Anteil hat. Dazu kommt, daß heute noch in großem Umfange eine wahllose Ausbildung der Schwarzen stattfindet, daß man ihnen die Möglichkeit gibt, hochwertige Examina abzulegen, deren Zeugnisse sie im Berufsleben nicht verwerten können, weil die Rassenschranke ihnen den raschen Aufstieg verwehrt. Es ist nicht zu verwundern, daß der scharfe Blick der bolschewistischen Machthaber seit langem erkannt hat, daß die Minendistrikte Südafrikas ein geeignetes Feld kommunistischer Wühlarbeit sind. Wenn augenblicklich die Folgen davon noch nicht allzu deutlich sind, so muß man sich vergegenwärtigen, daß die Durchdringung Südafrikas mit der weißen Zivilisation in ständigem Fortschreiten ist und daß daher die Zahl der betroffenen Eingeborenen immer größer wird.

Man versteht, daß unter diesen Verhältnissen die südafrikanische Regierung sehr darauf bedacht ist, jedes Lockern der Zügelführung zu verhindern. Eines der hauptsächlichen Mittel dazu sieht sie darin, daß alle gehobenen Stellen der Wirtschaft den Weißen vorbehalten bleiben und daß grundsätzlich Weiße und Schwarze nicht dieselbe Arbeit verrichten sollen. Auf diese Weise wird versucht, die Bildung eines schwarzen Mittelstandes zu verhindern, der sich mit der Zeit als geschlossene soziale und später vielleicht auch politische Schicht organisieren könnte. Wer den Aufstieg der Farbigen in Westindien studiert hat, wo sie infolge des Mangels solcher Sperrmaßnahmen in großem Umfang den Weißen aus seiner bisherigen Stellung herausgedrückt haben, wird die Befürchtungen verstehen. Sie sind heute besonders groß, weil das demokratische Parlamentssystem auf zahlenmäßiger Basis ruht, also im Grunde nach dem Prinzip der allgemeinen Gleichheit aller Menschen im Sinne der Zahl ausgerichtet ist. Zwar wird mit Ausnahme der unter englischem Einfluß stehenden Kapprovinz den Schwarzen das Wahlrecht nicht zuerkannt; aber es kann nicht ausbleiben, daß bei steigender Verbreitung staatsbürgerlichen Wissens von den Schwarzen diese Gedanken, gerade weil sie sich aus allgemeinen „Menschenrechten" herleiten, in Anspruch genommen werden.

Mit all dem soll natürlich nicht geleugnet werden, daß das Vorrechtssystem der Weißen nicht nur auf allgemeinen Erwägungen, sondern vor allem auf dem Egoismus des Besitzenden beruht, der nichts von dem aufgibt, was er hat. Aber so gerechtfertigt im Grunde höchste Wachsamkeit ist, so muß natürlich auf der anderen Seite auch dem Schwarzen sein Recht werden.

Die Bodenfrage

Damit gelangen wir zu dem Problem, das besonders ernste Betrachtung fordert, der Bodenfrage. Heute ist die Lage in Südafrika so, daß in der Union die Eingeborenen 70% der Bevölkerung ausmachen, aber kaum 8% des Bodens ihr eigen nennen. Die Afrikaner (Buren), die seit 1652 allmählich Südafrika in ihren Besitz brachten, haben von jeher extensive Wirtschaft vorgezogen; sie haben die besten und günstigst gelegenen Landstrecken unter sich verteilt. Als die Regierung im Laufe der Zeit dazu überging, den Schwarzen ihre Lokationen (Reservate) zu sichern, war das meiste brauchbare Land fest in Händen der Weißen, die natürlich keine Neigung zeigten, es abzugeben — um so weniger, als infolge der günstigen Wirtschaftsentwicklung Südafrikas der Boden an Wert stieg und die zahlreiche Nachkommenschaft der Farmer aus diesem Besitz ebenfalls versorgt sein wollte. Daher kommt es, daß ein erheblicher Teil der Lokationen (etwa die von mir im Jahre 1937 am Tugela besuchten) unter Überfüllung und Übervölkerung leidet, die sich um so drückender bemerkbar macht, als nach Ansicht erfahrener Fachleute in den ländlichen Teilen Südafrikas sich die Bevölkerungszahl nach längerer Stagnation wieder zu vermehren beginnt. Die Regierung hat sogar hier und dort schon eine Beschränkung der Viehzahl anordnen müssen, um eine Aussaugung des Landes zu verhindern. Wenn man bedenkt, daß das Vieh bei vielen Stämmen auch heute noch das Kapital schlechtweg darstellt, wird man die hinter dieser Anordnung stehende Notwendigkeit voll begreifen. Es ist nicht zu verwundern, daß die Regierung bei ihren jetzt nachdrücklich unternommenen Versuchen, hier Wandel zu schaffen und die Reservate zu erweitern, auf heftigen, vielfach durch Parlamentseinwirkungen verstärkten Widerstand stößt. Doch hat sie 1935 eine Land-Bill durchgebracht, die ihr im Notfall sogar das Enteignungsrecht zu diesem Zweck sichert; sie hat sich aber bisher damit begnügt, einige große, sehr verschuldete Farmen, hauptsächlich im Norden Transvaals, zu sichern, die auf Grund sorgfältig ausgearbeiteter Pläne ihrer neuen Bestimmung zugeführt werden sollen. Das soll nur ein Anfang sein; gegenüber vielen Angriffen legen diese Maßnahmen jedoch Zeugnis davon ab, daß die Regierung keineswegs eine Verkümmerung der Lebensrechte der Eingeborenen beabsichtigt, sondern daß sie die Lage richtig erkennt.

Sie muß bei der Durchführung auf erhebliche Widerstände stoßen, die um so schwerer überwunden werden, als das absolute Herrenrecht des Weißen in Südafrika in der Gesamtlebensanschauung des Afrikanertums verankert ist. Von jeher hat es sich als eine auserwählte Schicht angesehen, welcher von Gott die Beherrschung Afrikas als Geschenk verliehen ist; bei dem konservativen Grundcharakter des landgebundenen Farmers bedarf es einer ganzen Zeitspanne innerer Vorbereitung, ehe er den neuen Anschauungen Rechnung tragen kann. Die Sicherung der weißen Vorzugsstellung ist dessenungeachtet nur möglich, wenn als Ausgleich dem Eingeborenen die Möglichkeit eröffnet wird, in seinem Bereich ein gesichertes Leben zu führen. Nur unter dieser Vorbedingung können wir ihn davon abhalten, in die Bereiche der europäischen Zivilisation einzudringen und gerade das zu werden, was wir nicht wollen: ein schlechter Weißer anstatt eines besseren Schwarzen.

Zukunftsaussichten und -aufgaben

Bei der Eingeborenenbevölkerung selbst fehlt es noch weitestgehend an dieser Einsicht. Der Schwarze fühlt, daß die Kenntnis der fremden Sprachen, die Aneignung technischer Fähigkeiten und das Arbeiten in den großen Städten ihm Geld einbringt und die Befriedigung mancher gehobener Ansprüche erlaubt. Er sieht

nicht ein, daß er es damit nie zu einem geregelten Aufstieg bringen wird, weil die Rassenschranke ihn daran hindert. Wenn er erst erkannt hat, daß die bessere Kultivierung seines eigenen Bodens, die Anwendung modernerer Betriebsmittel und die bessere Viehpflege ihm Mittel des Aufstieges verschaffen, welche im eigenen Lebenskreise eine gehobene Stellung sichern, wird vieles leichter werden. Dazu ist aber — und darin ist Westermann[1]) durchaus beizustimmen — nötig, daß der ihm zuteil werdende Unterricht ganz anders als bisher auf seine Lebensbedürfnisse zugeschnitten wird. Wenn er in den Schulen in erster Linie Englisch und Afrikaans lernt und wenn ihm die Güter der Zivilisation ausschließlich angepriesen werden, so ist es kein Wunder, daß er sich von seiner bisherigen Gemeinschaft fortsehnt und nur den einen Wunsch kennt, im europäischen Bereich sich auszuleben. Eine Ausbildung in seiner eigenen Sphäre ist notwendig. Sie darf nicht eng sein (weil das moderne Nachrichtenwesen ihm unablässig Kenntnisse vermittelt); sie muß so geschehen, daß er den Führungsanspruch der Weißen innerlich als berechtigt und für sich selbst vorteilhaft anerkennt. Daher muß ihm das übermittelt werden, was ihn in seinem Vertrauen stärkt (wozu anrüchige Kriminalfilme westlicher Herkunft sicher nicht gehören).

Immerhin kann die Rassenpolitik der Südafrikanischen Regierung auch heute schon damit rechnen, daß die überwiegende Mehrheit der eingeborenen Bevölkerung willig und freudig an der Entwicklung des Landes mitarbeitet. Wenn durch die Kopfsteuer (£ 1), die alljährlich abzuführen ist, dieser Arbeitswilligkeit nachgeholfen wird, so ist dagegen nichts einzuwenden. Viel mehr als bisher wird es aber darauf ankommen, daß der einzelne Weiße in seiner Haltung dem Schwarzen gegenüber darauf achtet, daß er verdient, anerkannter Führer zu sein. Ich möchte dabei gerade unseren deutschen Landsleuten in Natal ein gutes Zeugnis geben: was ich dort an Behandlung der Schwarzen gesehen habe, hat großen Eindruck auf mich gemacht.

Ruhe, zielbewußtes Befehlgeben, Vermeidung von Exzessen und absolute Gerechtigkeit sind die Tugenden, die notwendig sind. Ich persönlich glaube, daß auf die Dauer das patriarchalische Verhältnis, wie es vielfach in Südafrika auf den Farmen zwischen Weiß und Schwarz üblich war, kaum zu halten ist. Der Eingeborene hat vor allem durch die Minenarbeit zuviel Gelegenheit, sein Fortkommen zu finden, als daß er sich auf die Dauer als gottgegebenes Anhängsel einer Farmerfamilie, auch bei guter Behandlung, ansehen wird. Das Entscheidende ist aber: er weiß, daß er gebraucht wird.

Hiermit stoßen wir zu dem Grundproblem vor, das in gewissem Sinne tragisch ist.

Die moderne Rassenpolitik der Regierung geht davon aus, daß eine möglichst scharfe Trennung von Weiß und Schwarz das Richtigste für beide Teile ist. Man will die Stellung der Häuptlinge, das Stammessystem, erhalten, den Familiensinn wieder festigen, die Pflege der angestammten Kultur erleichtern. Dazu gehört im Grunde, daß der Eingeborene diesem Lebenskreise auch wirklich erhalten und in ihm verwurzelt bleibt.

Die Wirtschaft aber hat andere Gesetze. Sie braucht Arbeitskräfte, sie sammelt die Schwarzen zu Massen in den großen Städten, entfremdet sie der Heimat, reißt sie gewaltsam hinein in das neue Leben. Zwischen beiden Ansprüchen hat die Regierung einen Weg zu finden.

---

1) D. Westermann, Der Afrikaner heute und morgen, Essen 1937.

Ganz Afrika teilt dies Problem. Vielleicht ist Südafrika insofern richtunggebend, als seine industrielle Erschließung am weitesten fortgeschritten ist; wenn jedoch nicht alle Anzeichen trügen, werden im Laufe der Jahre alle anderen kolonialen Gebiete angesichts des europäischen Rohstoffhungers diesen Weg gehen. Dann wird angesichts der zweifellos bestehenden Arbeiterknappheit in Afrika (zum Teil eine Folge der durch die Sklaverei angerichteten Verheerungen) der Schwarze im Werte steigen; er wird immer mehr darüber entscheiden können, wo er arbeiten will und wo nicht. Wieder wird die Regierung einen Weg finden müssen, die Bedürfnisse der Landwirtschaft und der Minen unter Berücksichtigung der Gesamtinteressen gegeneinander auszugleichen, was nur möglich ist bei Planung auf lange Sicht.

Grundvoraussetzung für alles weitere bleibt, daß die Weißen nicht nur wertmäßig, sondern auch zahlenmäßig genügend stark bleiben. Hier gibt die Lage in Südafrika zu Bedenken Anlaß. Die Einwanderung aus rein weißem Stamme hat seit dem Weltkriege stark abgenommen und war vorübergehend fast ganz zum Stillstand gekommen. An Stelle der nordischen Menschen kommen andere, wenig beliebte Gäste, die unassimilierbar sind und die Machtposition der weißen Rasse nicht verstärken. Darunter fallen die Juden, deren Fernhaltung jetzt mit scharfen Einwanderungsbestimmungen versucht wird, die jedoch aus mißverstandener Gerechtigkeit auch alle diejenigen treffen, welche im Sinne der Grundsätze der südafrikanischen Regierung geeignet wären, die Weißen zu verstärken.

Ebenso wichtig ist, daß der Gesamteinfluß der Weißen in Afrika in Zukunft erhalten bleibt und verstärkt wird. Das ist aber nur zu erreichen, wenn dem deutschen Volk wieder Gelegenheit gegeben wird, sich gleichberechtigt in den Kreis der Völker einzugliedern, welche das nordische Erbe auch in Afrika in sich bergen und Gewähr dafür bieten, daß dieser Erdteil mit seinen ungeheuren Werten nutzbar gemacht werden kann für die Befriedigung der gehobenen Lebensbedürfnisse der Nationen, welche die heutige Weltkultur tragen.

Der „geographische Sinn hat den praktischen Staatsmännern nie gefehlt und zeichnet auch ganze Nationen aus. Bei ihnen verbirgt er sich unter Namen, wie Expansionstrieb, Kolonisationsgabe, angeborener Herrschergeist; und wo man von gesundem politischen Instinkt spricht, da meint man meistens die richtige Schätzung der geographischen Grundlagen politischer Macht.“ *Friedrich Ratzel.*

RUDOLF KRAHMANN:

Die Lebensdauer des Goldbergbaues am Witwatersrand

Südafrikas größte geopolitische Gegebenheit ist seit fast zwei Menschenaltern der Goldbergbau am Witwatersrand; allein der Burenkrieg hat dies bewiesen. Es mag vielleicht daher eine kurze Betrachtung darüber interessieren, welche Faktoren die Lebensdauer dieses jetzt gerade 50 Jahre alten Bergbaufeldes am stärksten beeinflußt haben und noch beeinflussen werden.

Läßt man in dieser (jetzt 50jährigen) Entwicklung des Witwatersrandes die einzelnen Phasen der stetigen bergbautechnischen und aufbereitungstechnischen Entwicklung unberücksichtigt, so erhält man, unter lagerstättenkundlichen und bergwirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen, in der Hauptsache drei Entwicklungsabschnitte des hiesigen Goldbergbaues. Aus einer so eingestellten Betrachtungsweise werden die für die weitere Lebensdauer des Witwatersrand-Goldbergbaues grundlegenden Faktoren am besten erkennbar werden.

I. Anfangszeit des Witwatersrand-Goldbergbaues 1886—1892

Im Februar 1886 entdeckten George Walker und George Harrison den goldhaltigen „Main Reef Leader" auf der Farm Langlaagte und J. G. Bantjes das „Main Reef" auf der Farm Vogelstruisfontein. Im Juli traf J. B. Robinson, von Kimberley kommend, ein, kaufte Langlaagte für 7000 £ und teufte den ersten Schacht ab. Bereits im August kam unter anderem Cecil Rhodes an, und noch im September desselben Jahres wurde die Stadt Johannesburg gegründet. Die Heftigkeit dieses ersten Goldfiebers damals wird am besten aus den Einwohnerzahlen erkannt: 1885 lebten am Witwatersrand etwa 100 weiße und farbige Bewohner; nur drei Jahre später, 1888, waren es jedoch bereits 25000 weiße und 15000 farbige Einwohner! Im gleichen Jahre wurden die Kohlenvorkommen am Ostrand entdeckt.

Entscheidend für die Beurteilung der Lebensdauer dieses neuen Goldfeldes waren damals einerseits die ungeheure streichende Länge der „Main Reef" (Ausbisse von rund 60 km), andererseits aber die ziemlich steilen Einfallwinkel von 65—80°, nach denen man annehmen mußte, daß in nicht allzu ferner Zeit die technisch-wirtschaftliche Grenzteufe für einen rentablen Bergbau erreicht sein würde. Ungeklärt war ferner der Goldgehalt der Konglomerate nach der Teufe zu. Cecil Rhodes schreibt hierüber in einem Brief Ende 1888: „The only question is whether at that depth the reefs will not have changed into iron pyrites, and the iron pyrites be without gold even after treatment."

II. Erste große Entwicklungszeit des Witwatersrand-Goldbergbaues 1893—1930

Diese Entwicklungszeit wird eingeleitet durch die in mehrfacher Hinsicht überaus günstigen Ergebnisse einer Reihe von Tiefbohrungen der Jahre 1890—1894. Die berühmteste von ihnen, „The Rand Victoria", wurde 1892 etwa 1370 m südlich des steil nach Süden einfallenden „Main Reef"-Ausbisses angesetzt und durchteufte das Main Reef mit reichem Goldgehalt in der unerwartet niedrigen Teufe von nur 781 m.

Dieses Ergebnis der Rand-Victoria-Bohrung und die ähnlichen Ergebnisse der anderen nun immer weiter nach Süden vorrückenden Tiefbohrungen können in ihrer mehrfachen Bedeutung für die neueinsetzende Entwicklung gar nicht hoch genug bewertet werden. Zunächst

war die Sorge, der Goldgehalt könne, wie auf so vielen anderen Goldlagerstätten, nach der Teufe zu abnehmen, behoben. Dazu aber erhält man aus obigen Ergebnissen einen durchschnittlichen Einfallswinkel der Schichten von nur 30° statt der an den Ausbissen beobachteten 65—80°! Hierdurch wurde die Lagerstätte, die schon eine große westöstlich streichende Längsausdehnung besaß, noch um ein Mehrfaches der bisherigen Breite nach Süden hin ausgedehnt; denn große Gebiete wurden jetzt nach Süden hin goldhöffig, von denen man früher annehmen mußte, daß in ihnen das „Main Reef", wenn überhaupt, dann in unerreichbarer Tiefe liege. So begann die Zeit des sogenannten „Deep Level Mining", die Zeit, in der der Goldbergbau unaufhaltsam in immer größere Teufen vordrang. Die Village Deep Mine erreichte als tiefster Bergbau der ganzen Erde im Juni 1929 die Teufe von 2328 m, und heute hat der Schacht 15 B der Crown Mines bereits 2600 m erreicht!

In solche Teufen vorzudringen, ist überhaupt nur möglich infolge einer anderen grundlegenden und wiederum überraschend günstigen Eigenart dieser Lagerstätte, nämlich der ungewöhnlich großen geothermischen Tiefenstufe. Die normale Temperaturzunahme nach dem Erdinnern zu beträgt in anderen Teilen der Erde 1° C je 30—33 m. Am Witwatersrand jedoch nimmt die Temperatur erst alle 125 m um 1° C zu! Zur weiteren Kennzeichnung dieser ersten großen Entwicklungszeit mögen noch folgende Angaben dienen:

1892 Eisenbahnanschluß nach Kapstadt über Bloemfontein hergestellt.
1897 Jahresgolderzeugung übersteigt zum ersten Male 10 Millionen £.
1905 Der Witwatersrand erzeugt über ein Viertel der Weltgolderzeugung.
1906 Jahresgolderzeugung übersteigt 25 Millionen £.
1907 54 000 Chinesen importiert.
1908 Einführung des Preßluftbohrhammers.
1911 Durchschnittliche Jahresdividende 12,5%.
1912 Aufsehenerregende gute Neuaufschlüsse am Ostrand.
1920 Der Witwatersrand erzeugt über die Hälfte der Weltgolderzeugung.
1922 Streikunruhen mit über 600 Toten.
1924 Jahresgolderzeugung übersteigt 40 Millionen £.
1929 Durchschnittliche Jahresdividende 23,7%.

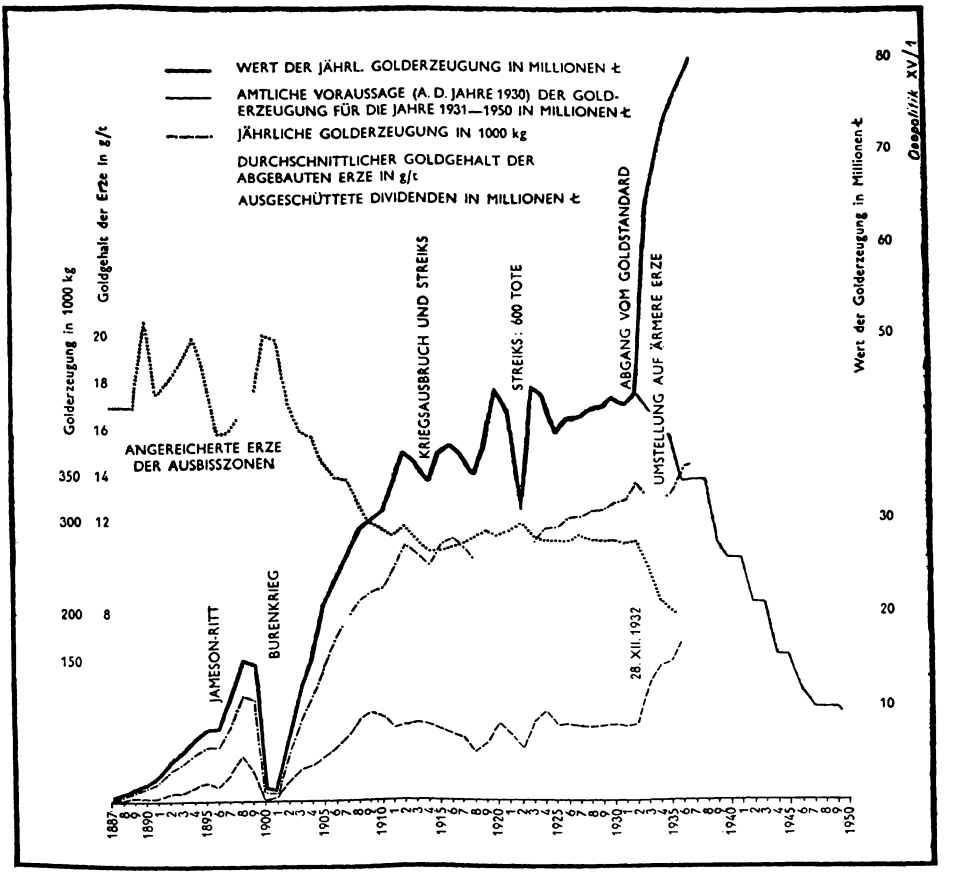
Im Jahre 1930, am Ende dieser zweiten Entwicklungsperiode, wurde die weitere Zukunft des Goldbergbaus am Witwatersrand amtlicherseits vom Government Mining Engineer, Dr. Hans Pirow (Bruder des Ministers Oswald Pirow), wahrlich nicht sehr hoffnungsvoll beurteilt. Die von Pirow für die nur noch 20jährige Lebensdauer unter den damaligen Gegebenheiten vorausberechneten Jahresgolderzeugungen sind folgende:

Jahr	Von Pirow vorausgesagte Golderzeugung in £	Tatsächliche Golderzeugung in £	Jahr	Von Pirow vorausgesagte Golderzeugung in £
1930	43 500 000	43 501 095	1940	25 500 000
1931	42 600 000	43 971 770	1941	25 500 000
1932	43 800 000	46 659 691	1942	20 100 000
1933	42 500 000	64 739 822	1943	20 100 000
1934	40 700 000	70 020 743	1944	15 500 000
1935	39 000 000	74 199 671	1945	15 500 000
1936	34 250 000	77 367 000	1946	11 700 000
1937	34 400 000	(Nur 1. Halbjahr) 40 018 674	1947	10 000 000
1938	34 400 000		1948	10 000 000
1939	27 400 000		1949	10 000 000

III. „Greater Witwatersrand", der Aufschwung seit 1931

In dieser Aufstellung der amtlich vorausgesagten Golderzeugungen für die Jahre 1930—1949 habe ich für die Zeit bis Mitte 1937 die tatsächlichen Golderzeugungen hinzugesetzt. Dies geschah nicht etwa, um die sehr sorgfältig durchdachten Voraus-

berechnungen Dr. H. Pirows, die auf damaligen Gegebenheiten beruhten, jetzt nach sieben Jahren lächerlich zu machen; nein, ich will damit zeigen, welch einen phantastischen Aufschwung der Witwatersrand-Goldbergbau seit 1931 genommen hat, so daß seit fast zwei Jahren der Wert der tatsächlichen Golderzeugung (wohlverstanden, der Wert derselben, nicht die Golderzeugung selbst!) über doppelt so groß ist, als man im Jahre 1930 ahnen konnte!



Was sind nun die Gründe für diesen weitaus größten aller „booms" in der so schon an Abenteuern überreichen Geschichte des Witwatersrandes? Hauptsächlich zweierlei:

1. Die seit Anfang 1931 mit modernen geophysikalischen Methoden begonnene planmäßige Erweiterung des bisherigen Bergbaugebietes nach Südwesten und Südosten hin, die sich jedoch in der Golderzeugung erst etwa vom Jahre 1940 an bemerkbar machen wird. Auf diese Erweiterungen komme ich noch zurück.

2. Das Abgehen vom Goldstandard am 28. Dezember 1932. (England war schon im September 1931, also 15 Monate früher vom Goldstandard abgegangen.) Die Unze Gold (= 31,1035 g) wurde im Dezember 1932 mit 84 sh bewertet, im Januar 1933 bereits mit 120 sh und seit September 1934 mit 140 sh! Hieraus erklärt sich

in der vorstehenden Aufstellung der große Sprung im Wert der Golderzeugung von 1932 von 46,6 Millionen £ auf 1933 zu 64,7 Millionen £.

Eine weitere Folge des Abgehens vom Goldstandard war, daß der Börsenmarktwert der gesamten Goldbergbau-Aktien des Witwatersrandes in ungefähr 5 Monaten, von Dezember 1932 bis Mai 1933, von weniger als 125 Millionen £ auf über 350 Millionen £ anstieg! Und dies bei einem Nennwert des beteiligten Kapitals von nur 75 Millionen £!

Der aufmerksame Leser der oben gegebenen Zahlen wird fragen, wie kommt es, daß bei fast gleichbleibender Golderzeugung die Goldbewertung um 70% steigt, die Aktienbewertung aber gleich um über 100% steigt? Das hat zwei Hauptgründe: erstens wird die Lebensdauer jeder Goldgrube durch solche Erhöhung in der Bewertung ihres Produktes Gold wesentlich erhöht (hierauf komme ich gleich noch einmal zurück), wodurch die Kapital-Amortisationsrate wesentlich erniedrigt wird; und zweitens erigbt sich durch eben diese Gegebenheiten die Aussicht, daß die verhältnismäßig hohe Dividende wesentlich länger ausgeschüttet werden kann, als vorher anzunehmen war.

Diese Abschweifung ins Börsentechnische bitte ich zu entschuldigen — sie führt uns zu der wichtigen Frage, warum die Lebensdauer einer Witwatersrandgrube durch höhere Goldbewertung so wesentlich gesteigert wird. Darauf ist zu antworten: Die Erze der Witwatersrand-Konglomerate sind sehr verschieden in ihrem Goldgehalt. Dieser schwankte zum Beispiel im Durchschnitt aller im letzten Quartal 1929 vermahlenen Erze zwischen 7,13 g/t auf der Rose Deep Mine und 29,41 g/t auf der Sub Nigel Mine. Auch die letztgenannte, im durchschnittlichen Goldgehalt ihrer Erze bei weitem reichste Grube hat große Mengen armer Erze, die sie nunmehr gewinnbringend ihren Erzvorräten und ihrer Förderung zuschlagen kann.

Man kann das auch noch von einem anderen Gesichtspunkt aus erläutern:

Vor dem Abgehen vom Goldstandard galt allgemein als der niedrigste Goldgehalt eines eben noch am Witwatersrand mit Gewinn abbauwürdigen Erzes 7,4 g/t. (Die damit zusammenhängenden Fragen, wie mächtig dieses Banket mit diesem Goldgehalt sein muß, und andere würden hier zu weit führen.) Diese „unterste Abbauwürdigkeitsgrenze" (der Engländer hat für fast alle praktisch-wirtschaftlichen Fachausdrücke herrliche kurze Bezeichnungen, so auch hier), dieses „pay-limit", hat sich durch die höhere Bewertung des Goldes von 7,4 g/t bis auf 4,8 g/t erniedrigt. Hierdurch haben sich die für Anfang 1931 auf rund 335 Millionen t geschätzten abbauwürdigen Erzvorräte um 150% vermehrt!

Hiermit sind, glaube ich, die für unsern Zusammenhang wichtigsten Auswirkungen des Abgehens vom Goldstandard auf die Lebensdauer des Witwatersrandes genügend erläutert worden, und wir müssen nun noch auf die andere, erstgenannte Haupterscheinung unseres jüngsten Entwicklungsabschnittes zurückkommen, auf den „Greater Witwatersrand" und seine immer noch fortschreitenden Erweiterungen.

In den letzten drei Jahrzehnten, 1900 bis 1930, hatte sich die Entwicklung des Witwatersrand-Goldbergbaus hauptsächlich auf immer weitergehende Verbesserungen und Ausgestaltungen seiner Bergbautechnik und seiner Aufbereitungsmethoden beschränkt. Eine Ausnahme hiervon machten die Neuaufschlüsse am Ostrand, die aber ganz innerhalb des geologisch bekannten Witwatersrandgebietes, das sich von Randfontein im Westen bis Springs und Nigel im Osten erstreckt, vor sich gingen und sozusagen schon auf dem Programm standen.

Als grundsätzliche Neuerscheinung in der Entwicklung des Witwatersrandes tritt nun seit 1931 ein planmäßiges Vordringen über seine bisherigen Grenzen hinaus in weite, von jüngerem Dolomit verdeckte Gebiete, hauptsächlich nach Südwesten, aber auch nach Osten hin auf.

Schon im Jahre 1930 war es dem Verfasser gelungen, durch praktische Versuche nachzuweisen, daß man eine Anzahl magnetithaltiger Schieferschichten, die in bestimmten Abständen hinter bzw. unterhalb des schrägeinfallenden „Main Reefs" liegen, mit Hilfe geophysikalischer, besonders magnetometrischer Untersuchungen auch dort nachweisen und kartieren kann, wo sie von mehreren hundert Meter mächtigen Dolomiten oder anderen jüngeren Deckschichten überlagert sind. Aus der Lage dieser Magnetit-Schiefer-Horizonte läßt sich die voraussichtliche Lage der Main-Reef-Serie ableiten, aus ihren Unterbrechungen die größeren Verwerfungen, aus ihren Abständen untereinander das Einfallen, aus der Intensität der magnetischen Anomalien die ungefähre Tiefenlage usw.

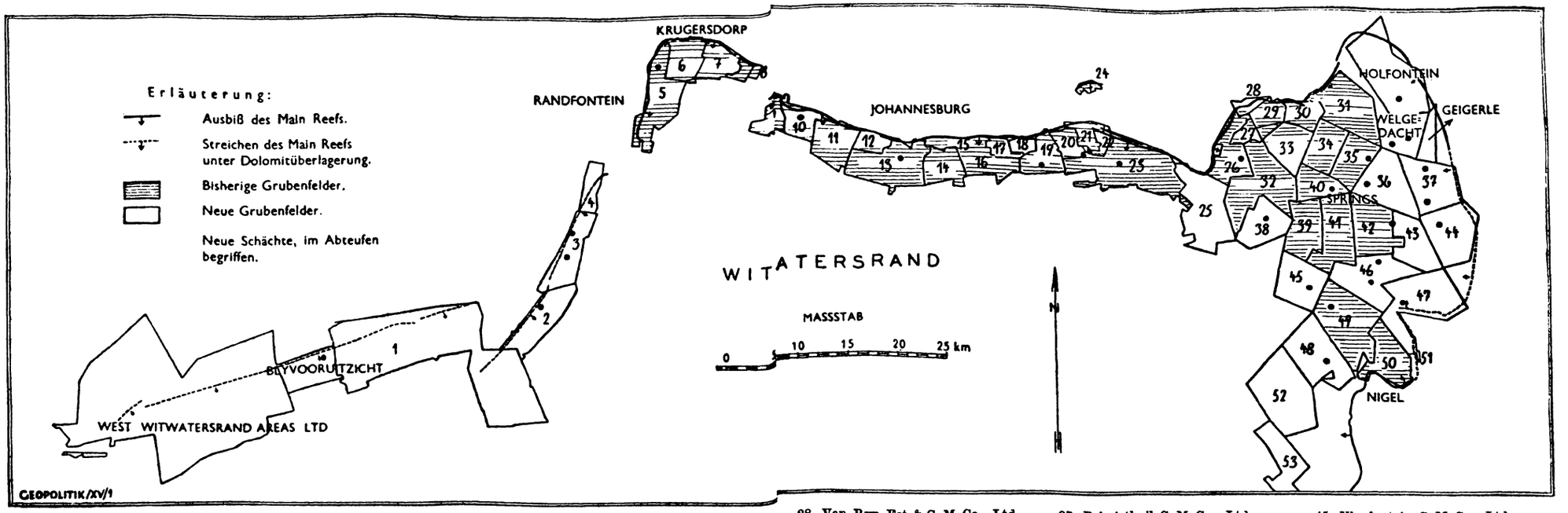
Mit Hilfe dieser magnetometrischen Kartierungsmethode wurde (noch ehe man vom Goldstandard abging) dem bestehenden Witwatersrandgebiet nach Südwesten hin ein von Witwatersrandformation unterlagertes Dolomitgebiet von rund 60 km (!) streichender Länge angefügt, was einer Erweiterung des ursprünglichen Witwatersrandes um 30% entspricht und Abbaufelder für mindestens 7 große Doppelschachtanlagen darstellt. Eine rege Tiefbohrtätigkeit bestätigte die Voraussagen der magnetischen Kartierung, und heute sind bereits 4 Schächte im Abteufen begriffen.

Diese grundsätzlich neuartigen Erweiterungsmöglichkeiten des Witwatersrandes in bisher noch unerschlossene, verdeckte Gebiete hinein, der Abgang vom Goldstandard und das Emporschnellen der Goldaktien an der Börse — diese drei Gegebenheiten zusammen erzeugten einen „boom", wie ihn der Witwatersrand bisher noch nicht erlebt hatte. Allein in den ersten 6 Monaten des Jahres 1933 wurden 42 neue Goldbergbau-Gesellschaften gegründet; bis Ende 1934 war die Zahl der Neugründungen auf 250 (!) gestiegen mit einem autorisierten Kapital von 30 Millionen £!

Daß in diesem Gründungsfieber — und die plötzlich „höffig" gewordenen Gebiete erstrecken sich bis in den nördlichen Oranje-Freistaat hinein — das fast gänzliche Fehlen geologischer Karten für die an den bisherigen Witwatersrand angrenzenden Gebiete einer Unzahl von gegenstandslosen „Nur-Papier"-Gründungen Vorschub geleistet hat, muß leider auch berichtet werden.

Da für die Zulassung von Aktien von Neugründungen an der Börse bestimmte Nachweise erbracht werden müssen, den vorläufig nur ein winziger Bruchteil dieser vielen Neugründungen erbringen konnte, und da bestimmte Kreise hier mehr an den Aktien als an den Lagerstätten interessiert sind, wurde alsbald eine „open call exchange", eine freie Börse errichtet, an der es oft lebhafter zuging als in der Hauptbörse.

Im übrigen kann nur die Zukunft entscheiden, eine wie große oder kleine Anzahl dieser überstürzten Neugründungen es je bis zu einer tatsächlichen Golderzeugung bringen wird; vor den Gerichten sind bisher leider nur einige wenige, gar zu betrügerische Fälle abgeurteilt worden. Daß die wirkliche Golderzeugung für gewisse Kreise hier durchaus nicht das Wichtigste an einer Neugründung ist, beweist die Johannesburger Redensart: "Even the best mining proposition can easily be spoilt by sinking shaft too quickly", auf deutsch: „Auch das schönste Grubenfeld kannst du leicht versauen, wenn du zu schnell anfängst, darauf einen Schacht abzuteufen."



1. West Witwatersrand Areas, Ltd.
2. Libanon G. M. Co., Ltd.
3. Venters Post G. M. Co., Ldt.
4. Middelvee Est & G.M.Co., Ltd.
5. Randfontein Estates G. M. Co., Ltd.
6. West Rand Consulid. Mines, Ltd.
7. Luipaahds Vlei Est and G. M. Co., Ltd.
8. Grey's Mynpacht.
9. Durbar Roodepoort Deep, Ltd.
10. Rand Leases (Vogelstr. Fontein) G. M. Co., Ltd.
11. Consolidated Main Reef M. & E., Ltd.
12. Lang-Laakte Est & G. M. Co., Ltd.
13. Crown Mines, Ltd.
14. RobinsonDep, Ltd.
15. Meyer & Charlton City Deep, Ltd.
16. City Deep, Ltd.
17. Nourse Mines Ltd.
18. Geldenhuis Deep, Ltd.
19. Simmer and Jack Mines, Ltd.
20. Rose Deep, Ltd.
21. Witwatersrand G. M. Co., Ltd.
22. Wit. Deep, Ltd.
23. East Rand Proprietary Mines, Ltd.
24. Rietfontein Consol. Mines, Ltd.
25. Van Dyk PTY Mines, Ltd.
26. New Kleinfontein Co., Ltd.
27. Van Ryn Deep, Ltd.
28. Van Ryn Est & G. M. Co., Ltd.
29. New Modderfont G. M. Co., Ltd.
30. Modderfontein B. G. M. Co., Ltd.
31. Modderfontein East, Ltd.
32. Brakpan Mines, Ltd.
33. Government Gold Mining Areas Modderfontein Consulid., Ltd.
34. Geduld Proprietary Mines, Ltd.
35. East Geduld Mines, Ltd.
36. Grootvlei Proprietary Mines, Ltd.
37. Palmietkuil G. M. Co., Ltd.
38. S. A. Land and Exploration Co., Ltd.
39. West Springs, Ltd.
40. New State Areas, Ltd.
41. Springs Mines, Ltd.
42. Daggerfontein Mines, Ltd.
43. East Daggerfontein Mines, Ltd.
44. Rietfontein (No. 11) Gold Mines, Ltd.
45. Vlagfontein G. M. Co., Ltd.
46. Vogelstruisbult Gold Mining Areas, Ltd.
47. MarievaleConsulidatedMines, Ltd.
48. Spaarwater G. M. Co., Ltd.
49. Sub Nigel, Ltd.
50. Nigel G. M. Co., Ltd.
51. Nigel van Ryn Reef, Ltd.
52. West Spaarwater Ltd.
53. Wwrand Nigel, Ltd.

IV. Zusammenfassung der für die Zukunft des Witwatersrand-Goldbergbaus entscheidenden Faktoren

Aus dem oben gegebenen kurzen Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Goldbergbaus am Witwatersrand können wir nun ableiten, daß seine Lebensdauer vornehmlich von der Entwicklung folgender 6 Faktoren abhängen wird:

a) Gegebenheiten aus der Natur der Lagerstätte des Witwatersrandes heraus:

1. Geographisch-geologische Ausdehnung des Witwatersrandes;
2. Einfallwinkel der goldführenden Schichten in größeren Tiefen;
3. Goldführung anderer, bisher noch nicht abgebauter Reefs, in der Witwatersrand Formation.

b) Gegebenheiten vom Menschen, seiner Technik und Wirtschaft her:

4. Eingeborenenbelegschaft;
5. Technik des Vordringens des Bergbaues in immer größere Tiefen;
6. Zukünftige Gestaltung des Goldpreises.

Zu diesen 6 Gegebenheiten ist zusammenfassend folgendes zu sagen:

Zu a) 1.: Die planmäßige räumliche Erweiterung des Witwatersrand-Bergbaufeldes hat erst vor 6 Jahren eingesetzt. Die bisher größten Erfolge liegen zwischen Randfontein und Potschefstroom und weiter westlich im Gebiet von Klerksdorp. Weitere sehr große Gebiete warten noch auf planmäßige geologisch-geophysikalische Untersuchung; nicht anzunehmen ist, daß sie sich alle als unbauwürdig erweisen werden.

Zu a) 2.: Auf 7 großen Gruben des mittleren Witwatersrandes betrug für die Zeit 1917—1934 der durchschnittliche Vortrieb nach der Teufe zu 49 m pro Jahr. Bei weiterem Vordringen nach dem Muldentiefsten der ganzen Witwatersrand-Synklinale hin kann man mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit mit einem ganz allmählichen weiteren Verflachen der Einfallwinkel der goldführenden Schichten rechnen.

Zu a) 3. Die im obigen noch nicht berührte Frage nach der Abbauwürdigkeit bisher noch nicht oder eben erst in Angriff genommener Reefs wird für die Lebensdauer des Witwatersrandes von sehr großer Bedeutung sein. Die wichtigsten in Betracht kommenden Flöze sind von oben nach unten:

Black Reef	An der Basis der Transvaal Formation
Contact Reef	An der Basis der Ventersdorp Lava
Elsburg Reef	Obere Witwatersrand Formation
Kimberley Reef	
Bird Reef	
Livingstone Reef	
South Reef	
Main Reef Leader	
Main Reef	
Government Reef	Untere Witwatersrand Formation

Die bei weitem wichtigsten goldhaltigen Konglomerate (Reef ist eigentlich eine

ganz irreführende Bezeichnung) sind „Main Reef", „Main Reef Leader" und „South Reef". Seit einigen Jahren werden in untergeordnetem, aber ständig wachsendem Ausmaß auf einigen Gruben auch schon die höher gelegenen „Livingstone", „Bird" und „Kimberley Reefs" mit abgebaut. Das „Contact Reef" ist in seiner Bedeutung sozusagen erst vor etwa 2 Jahren entdeckt worden und wird seit Anfang des Jahres von einer neuen Grubenanlage, der einzigen unter deutscher Leitung, abgebaut. Das Absinken des „pay-limits" von 7,4 auf 4,8 g/t (infolge des Abgehens vom Goldstandard) hat besonders auf den älteren Gruben, die ihre Höchsterzeugung schon überschritten haben, eine gründliche Nachprüfung der Bauwürdigkeit der höheren Reefs veranlaßt. Das Ergebnis dieser Nachprüfungen läßt sich noch gar nicht übersehen, wird aber bestimmt außerordentlich zur Verlängerung der Lebensdauer des Witwatersrandes beitragen.

Zu b) 4.: Daß von der Eingeborenen-Belegschaft und ihren Problemen die Lebensdauer des hiesigen Bergbaus wesentlich beeinträchtigt werden wird, ist kaum zu befürchten.

Aus rein kapitalistischen Gründen hatte in den Jahren 1905—1907 die hiesige Bergwerkskammer, „Chamber of Mines", 54 000 chinesische Kulis mit noch niedrigeren Löhnen importiert[1]). Ein rascher Anstieg aller nur denkbarer Verbrechen war die Folge. Auf allgemeinen Protest, besonders der weißen Randbevölkerung, erzwang die Regierung die Rücksendung der Kulis.

Die heute für rund 50 000 weiße und 350 000 farbige Belegschaft getroffenen Einrichtungen, vor allem die gesundheitliche Überwachung, sind vorbildlich. Der Umstand, daß im großen Durchschnitt kein Farbiger länger als $1^1/_2$ Jahre auf den Gruben arbeitet, beschränkt die gesundheitlichen Schädigungen und vor allem auch die Möglichkeit politischer Verhetzung außerordentlich.

Zu b) 5.: Welche Bedeutung für die Lebensdauer des Witwatersrand-Bergbaues das weitere Vordringen in immer größere Teufen hat, geht aus folgendem hervor: Der heutige Bergbau steht bei etwa 7500 ft (2285 m) Teufe. Die Erfolge der neuen großen Kühlanlagen (Wert der Anlage auf Robinson Deep z. B. 100 000 £!) berechtigen zu der Annahme, daß wir mit der heutigen Technik die Teufe von 10 000 ft (3050 m) erreichen werden. Bei einem Einfallen der Reefs von 25° (wahrscheinlich aber werden sie allmählich flacher einfallen) ergibt die zusätzliche Abbautiefe von 2500 ft (762 m) allein für den bisherigen Witwatersrand ohne seine neuen Erweiterungsgebiete einen zusätzlichen Erzvorrat von über 200 Millionen Tonnen, die bei einem sehr niedrig angenommenen Goldgehalt von nur 6,8 g/t einen Ausbeutewert von 280 Millionen £ darstellen. Und sicher wird die immer fortschreitende Technik uns auch noch Mittel an die Hand geben, in noch größere Teufen vorzudringen.

Zu b) 6.: Der hohe Goldpreis hat die Abbauwürdigkeitsgrenze („pay-limit") erheblich gesenkt, dadurch die Erzvorräte um mindestens 150% vermehrt und wird gegebenenfalls goldarme Konglomerate abbauwürdig machen, die bisher noch fast gar nicht untersucht wurden.

---

1) Wenig bekannt, aber Tatsache ist, daß im westfälischen Steinkohlengebiet einige Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges wirklich ähnlicher chinesischer Kuli-Import ernsthaft erwogen worden ist.

Die zukünftige Gestaltung des Goldpreises wird also auf die Lebensdauer des Goldbergbaus am Witwatersrand den allerstärksten Einfluß haben.

Die Zukunft des Goldpreises zu beurteilen, muß ich jedoch Berufeneren überlassen.

*

Vorläufig läßt keine der 6 wichtigsten, natürlichen und menschlichen Gegebenheiten, die die Lebensdauer des hiesigen Goldbergbaus bisher bestimmt haben, eine endgültige Schranke erkennen.

Irgendeine begrenzende Voraussage ist daher vorläufig unmöglich.

Dr. Hans Pirow hat Ende vorigen Jahres seine Ansicht in folgende Worte gekleidet: „Es ist äußerst beruhigend, feststellen zu können, daß die Goldgrubenindustrie nicht nur in der Lage ist, ihre gegenwärtige Erzeugung, ihre Gewinne und ihre Verbreitung von Gold für weitere 50 Jahre und länger aufrechtzuerhalten, sondern daß sie neue Höchstleistungen in der Erzeugung und in ihrer Förderung des Wohlstandes des Landes auf mindestens eine Geschlechterfolge hin schaffen wird, falls sie nicht durch ein unvorherzusehendes Unglück vernichtet wird."

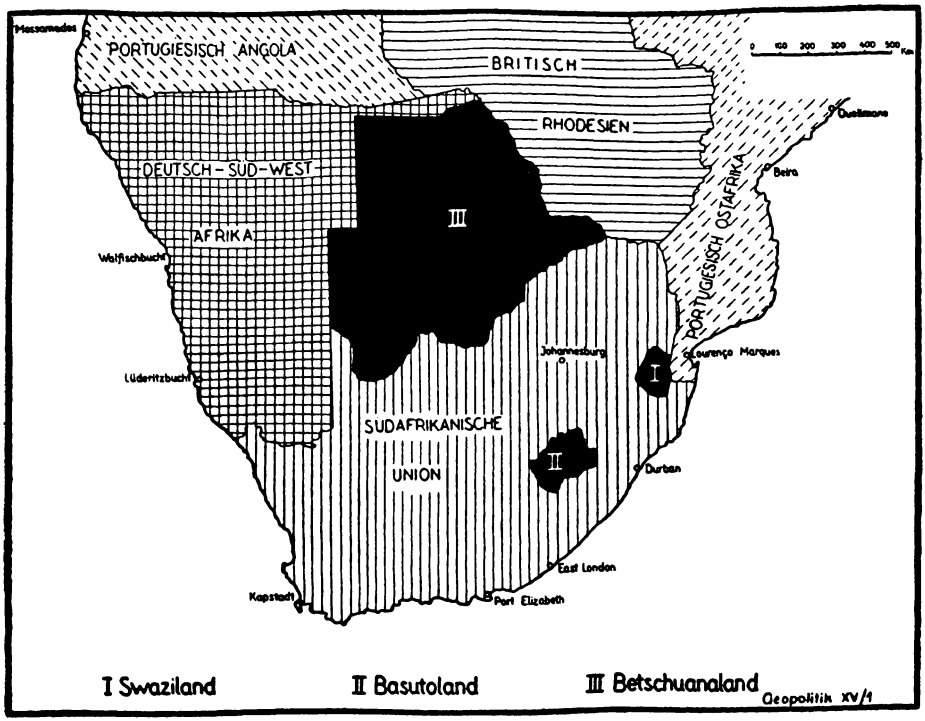
Schrifttum:

1930: Pirow, H.: Official Year Book of the Union of S. Afrika. 1928–1929. Nr. 11, S. 411. – 1931: Krahmann, R.: Die bergwirtschaftliche Entwicklung des Goldbergbaues der südafrikanischen Union. Ztsch. f. d. Berg-, Hütten- und Salinenwesen i. preuß. Staate. Bd. 79, B 139 – B 166. – 1934: Obst, E.: Witwatersrand. Das größte Goldbergbaurevier der Welt. Geograph. Wochenschr. – 1936: Krahmann, R.: The Geophysical Magnetometric Investigations on West Witwatersrand Areas between Randfontein and Potschefstroom, Transvaal. Trans. Geol. Soc. of S. Afr. XXXIX, 1–44. – 1936: Pirow, H.: Die Bedeutung der Goldgrubenindustrie für die Südafrikanische Union. Europäische Revue. XII. Jahrg. Heft 12b. S. 1034 bis 1040. – 1937: Krahmann, R.: Die magnetometrischen Untersuchungen am Witwatersrand. Ztsch. d. Deutsch. Geol. Ges. Bd. 89, Heft 2, 79–87. – 1937: Kayser, K.: „Greater Witwatersrand". Die Bedeutung der geophysischen Untersuchungen Dr. R. Krahmanns für die Zukunft des Goldbergbaues am Witwatersrand. Kolon. Rdsch. Bd. 28, Heft 3, 221–225.

ERICH OBST:

Die britischen Eingeborenen-Protektorate in Südafrika

Die Mehrzahl unserer Karten wird den tatsächlichen politischen Verhältnissen in Südafrika nicht gerecht. Für gewisse Übersichtszwecke mag es angebracht erscheinen, alle zum Britischen Reich gehörigen Gebiete mit einheitlicher politischer Signatur zu versehen; aber ein wirkliches Verständnis für die raumpolitischen Kräfte kann nur geweckt werden, wenn man das Gebiet des Dominion „Union of South-Africa" sorgfältig unterscheidet von den angrenzenden britischen Territorien mit völlig andersgearteter staatsrechtlicher Stellung (s. Skizze S. 28). Von diesen spielen wegen ihrer Lage zur Südafrikanischen Union drei eine besondere Rolle: Swaziland, Basutoland und Betschuanaland, drei Eingeborenen-Protektorate, die in keiner Weise der Südafrikanischen Union unterstehen, sondern von London durch einen gleichzeitig als englischer Gesandter bei der Union of South-Africa akkreditierten High Commissioner verwaltet werden. Die dadurch aufgeworfenen geopolitischen Probleme sollen im folgenden kurz skizziert werden.



Die britischen Eingeborenen-Protektorate in Südafrika.

I. Swaziland

Im äußersten Südosten von Transvaal schiebt sich zwischen Transvaal, Natal und Portugiesich-Ostafrika das britische Protektorat Swaziland ein. Es handelt sich um ein Gebiet von 17 300 qkm Größe, das nach Osten hin durch die Lebombo-Schwelle einen leidlichen natürlichen Abschluß aufweist, nach Westen zu in Gestalt einer stark zertalten Stufenlandschaft zum Transvaaler Hochland hinaufführt. Bei einer mittleren Regenmenge von 1000—1500 mm und einer mittleren Jahrestemperatur von etwa 15—17° eignet sich das stellenweise recht malerische Buschland zum Anbau von Mais, Weizen, Tabak, Baumwolle usw. sowie zur Zucht von Rindern und Schafen. In den Bergen des Nordens ist etwas Gold und Zinn gefunden worden.

Vor etwa 100 Jahren wanderte der Zulustamm der Swazi in dieses Gebiet ein und errichtete hier ein selbständiges Stammesreich. Nur zu bald aber wurde diesem politischen Gebilde die Lage zum Schicksal: die Buren von Transvaal bedrängten es auf der Suche nach einem Zugang zum Indischen Ozean, die Engländer warfen ein Auge auf dieses Gebiet, um den Buren den Weg zur See zu versperren. Die britische Abriegelungspolitik erwies sich als stärker; in den Verträgen zwischen London und Pretoria (1881/1884) mußte Transvaal die Unabhängigkeit des Swazilandes anerkennen.

In dieser Situation hing für das zukünftige politische Schicksal des Landes schlechthin alles von der Persönlichkeit des Oberhäuptlings, seinem politischen Instinkt, seiner Willenskraft und seiner Geschicklichkeit ab. Eine starke Persönlichkeit hätte aus der Rivalität der Großen Nutzen ziehen und seinem Staate die Unabhängigkeit sichern können; ein schwacher Mensch mußte früher oder später unter

fremden Einfluß geraten. Mbandeni, der damalige König der Swazis, war hauptsächlich darauf bedacht, durch Verkauf von Land und Konzessionen aller Art an Landfremde ein möglichst großes persönliches Einkommen herauszuschlagen. Die Mißwirtschaft nahm trotz des Wirkens der englischen Missionare solche Formen an, daß England schließlich mit einem Schein von Recht darauf bestehen konnte, dem Häuptling einen englischen „Berater" zuzuteilen (1888). Ohm Krüger setzte sich dagegen zur Wehr und erreichte, daß England 1890 darein willigte, eine britisch-burische Gemeinschaftsherrschaft für Swaziland zu errichten, 1894 sogar der Zwangsverwaltung des Swazilandes durch Transvaal allein zustimmte. Mit dem Burenkrieg endete natürlich dieser burische Einfluß, und Swaziland wurde britisches Protektorat.

Durch das charakterliche Versagen des Swazikönigs ist es dahin gekommen, daß sich gut ein Viertel des Landes in den Händen weißer Besitzer befindet, daß jetzt im Swazilande neben den 125000 Eingeborenen gegen 2900 Weiße wohnen, daß die Hauptsiedlungen Mbabane (400 Weiße) und Bremersdorp (120 Weiße) durchaus britischen Kolonialcharakter tragen, daß die alte Swazidynastie heute nur noch ein politisches Scheindasein führt.

Für das Britische Weltreich bedeutet das kleine und von Natur nicht eben reich ausgestattete Swaziland wenig. England entfaltet daher im Swaziland keine sonderlich große Aktivität. Der seit 1915 im Gange befindliche Zinnabbau liefert fast zwei Fünftel der Ausfuhr, dazu kommt die Ausfuhr von Ochsen, Häuten und Fellen, etwas Baumwolle u. a. m. Die Eingeborenen, unter denen Tuberkulose und Syphilis weit verbreitet sind, können durch Arbeit im Lande nicht genügend verdienen, um die hier recht hohe Kopfsteuer zu bezahlen; ein großer Teil der Männer geht daher zu mehrmonatiger Kontraktarbeit außer Landes und verdient auf den Farmen Transvaals oder in den Goldminen von Johannesburg das erforderliche Bargeld.

Ist für England das Swaziland heute im Grunde eine quantité négligeable, so liegen die Verhältnisse für die Südafrikanische Union durchaus anders. Mit den übrigen britischen Eingeborenen-Protektoraten in Südafrika stellt das Swaziland zunächst einen argen Schönheitsfehler in dem Bilde des „Greater South Africa" dar. Wie soll man die Expansion nach Rhodesien und weiter bis ins Herz des tropischen Afrika vortreiben, wenn im Aufmarschgebiet selbst noch Gebiete dem Machtbereich der Union entzogen sind? Auch Swaziland ist ein Pfahl im Fleisch des Unionkörpers und wird als solcher empfunden. Dazu kommt die unleugbare Tatsache, daß das Swaziland in wirtschaftlicher Beziehung durchaus auf die Union angewiesen ist und heute bereits als ein integrierender Bestandteil der Wirtschaftssphäre der Union zu gelten hat. Die britische Verwaltung des Landes aber, so behaupten die Südafrikaner, hindert die Union daran, das Land so zu erschließen, wie es an sich möglich und im Interesse der Union notwendig wäre.

Wann und wie schließlich einmal eine Verständigung zwischen London und Pretoria hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung des Swazilandes zustande kommen wird, ist schwer vorauszusagen. Einstweilen wehren sich die Engländer dagegen, in eine Annexion des Swazilandes durch die Südafrikanische Union einzuwilligen. Sie weisen darauf hin, daß neben der alten, auch von der Eisenbahn benutzten Transvaalstraße von Johannesburg über Witbank—Machadodorp—Komatipoort nach Lourenço Marques heute bereits die Autostraße durch das Swaziland (Johannesburg—

Witbank—Carolina—Oshoek—Mbabane—Goba—Lourenço Marques) fahrbar ist. Sie behaupten, durch die Verträge gezwungen zu sein, keine Entscheidung über die Zukunft des Landes ohne ausdrückliche Genehmigung der Eingeborenen zu fällen. Und sie versteifen sich auf dieses Argument um so mehr, als sie nur zu genau wissen, daß die Eingeborenen das Laissez-faire-laissez-aller-System des englischen Protektorats dem strengeren Regime der Südafrikanischen Union vorziehen. Ob man sich englischerseits auch an die Verträge gebunden erachtet, wenn bei einer späteren Neuregelung Mittelafrikas die Interessen am Swaziland vorteilhaft als Tauschobjekt in die Wagschale geworfen werden können, wird die Zukunft lehren.

II. Basutoland

Beim Basutoland handelt es sich nicht, wie beim Swaziland, um ein typisches Durchgangsgebiet, sondern um ein von der Natur vorzüglich isoliertes End- und Rückzugsgebiet, um eine Art natürlicher Festung. Das einförmige Binnenhochland des östlichen Südafrika ist durch eine getreppte Stufe gegen das Küstenland abgesetzt; die Stufe (Great Escarpment) führt im Bereich der östlichen Kapprovinz und Transvaals von durchschnittlich 1800—2000 m auf etwa 800—1000 m Seehöhe hinunter. Verfolgt man das nämliche West-Ost-Profil vom Oranje-Freistaat nach Natal, so begegnet man wesentlich anderen Verhältnissen. Die Fläche des Oranje-Freistaats steigt ostwärts allmählich von 1500 auf 2000 m an und ist hier, je weiter nach Osten, um so stärker, mit mächtigen, klotzartigen Sandstein-Restbergen besetzt. Aus diesem Bergland erhebt sich mit reich zerfranster Stufe ein aus Lavadecken aufgebautes, hier und da von tiefen Terrassentälern zersägtes Plateau von rund 3000 m Seehöhe, das auch seinerseits noch etwas pultförmig gebaut ist und im äußersten Osten in einer Fläche von über 3200 m Seehöhe endet. Jäh und unvermittelt bricht dann hier diese Tafel in einer gewaltigen Wand von über 1700 m Höhe zu den in rund 1500 m Seehöhe gelegenen Treppenflächen des inneren Natals ab. Das gesamte Gebiet zwischen der Bloemfonteiner Fläche und Natal, soweit es von Restbergen und Lavaplateau eingenommen wird, war ursprünglich das Land der Basutos.

Der Lebensraum dieses klugen und fleißigen Kaffernvolkes ist zwiegeteilt. Das das Lavaplateau hufeisenförmig im Norden, Westen und Süden einrahmende Basuto-Unterland liegt in rund 2000 m Seehöhe und verfügt über ein günstiges Klima, so daß hier Ackerbau (Hirse, Mais, Weizen) und Viehzucht (Rinder, Pferde, Schafe, Ziegen) getrieben werden kann. Das Basuto-Oberland, das Lavaplateau, dagegen ist ein rauhes Mattengelände, in dem der Anbau von Körnerfrüchten nur noch ausnahmsweise hier und da möglich ist, das daher vorzugsweise bloß während des Sommers in Form einer Almwirtschaft genutzt wird.

Einheitlicher politischer Lebensraum wurde das Basutoland erst im Anfang des 19. Jahrhunderts, als der geniale Moschesch den in den Zulukriegen aufgewirbelten Stämmen der Ostbetschuanen hier unter seinem Regiment eine neue, fest organisierte Heimat schuf. Die Restberge des Unterlandes, allen voran der gewaltige Klotz des Thaba Bosigo, boten vorzügliche Gelegenheit, das Volk in Stunden der Not zu versammeln und zur Verteidigung anzusetzen. Moschesch führte in politisch-militärischer Beziehung ein straffes Regiment und sicherte seinem Willen in allen Teilen des Landes die Durchführung. Er war gleichzeitig auf die kulturelle Entwicklung seines Volkes bedacht und rief zu diesem Zwecke bereits 1833 französisch-evangelische Missionare ins Land, die hier außerordentlich segensreich gewirkt

haben und noch heute wirken. Ihr Mutterhaus Morija liegt südlich von Thaba Bosigo—Maseru.

Als die Buren bei ihrem Treck vom Kapland nach Nordosten das Gebiet des heutigen Freistaates erreicht hatten und sich hier nach weiterem Lebensraum umschauten, erregte das gesegnete Basuto-Unterland mit seinen ständig fließenden Flüssen, den reichen Feldern und üppig grünen Weiden naturgemäß ihre Begehrlichkeit. Moschesch konnte die ersten Eindringlinge abwehren, wurde aber in so langwierige Kämpfe mit den Buren verstrickt, daß er schließlich in die Abtretung eines breiten westlichen Grenzstreifens willigen mußte. Selbst damit aber war dauernder Frieden nicht zu erkaufen. Als in den Jahren 1866/67 die Buren erneut und mit überlegenen Streitkräften anrückten, mußte sich Moschesch nach einem Bundesgenossen umsehen und erwählte als solche die fanatischen Gegner der Buren: die Engländer. Er stellte sich und sein Volk im Jahre 1868 unter den Schutz Großbritanniens, sicherte dabei aber sich und seinen Nachfahren das Recht weitgehender Eigenverwaltung. Nachdem vorübergehend (1871—1884) das Basutoland der Kapkolonie übereignet worden war, kam das Protektorat 1884 wieder und endgültig unter direkte englische Obhut.

Dem Weitblick und der Tatkraft von Moschesch ist es zu danken, daß fremde Farmer und Prospektoren von dem Basutoland ferngehalten wurden. Das ganze Land (30 300 qkm) gehört wirklich noch heute den Basutos, abgesehen von den geringfügigen Flächen, die den englischen Verwaltungsstationen, den Missionsanstalten und den wenigen konzessionierten Händlern zugewiesen worden sind. Einer Eingeborenen-Bevölkerung von heute rund 500 000 Seelen stehen im Basutoland bloß gegen 1600 Weiße gegenüber, die große Mehrzahl davon im Dienste der Landesverwaltung. An der Stammesverfassung und Eigenverwaltung haben die Engländer sehr wenig gerüttelt. Der aus 100 Köpfen bestehende Eingeborenenrat hat natürlich nur beratende Stimme; aber es geschieht in der Tat kaum etwas, was nicht die Billigung des Oberhäuptlings und seiner Unterführer gefunden hätte.

Im Basutoland lebt noch ein Stück des „guten, alten Afrika", wenngleich dem Ansturm der europäischen Zivilisation auch hier schon manche alte Sitte zum Opfer gefallen ist. Ein moderner Verkehr durch das Basutoland ist weder in der Richtung West-Ost noch Nord-Süd möglich. Man ist in der Hauptsache noch immer auf Reittiere angewiesen; nur im Bereich des Unterlandes ist streckenweise ein Verkehr mit Kraftwagen möglich. Eine Eisenbahn fehlt auch im Basutoland noch immer gänzlich, wenn man von der Stichbahn absieht, die von dem Netz des östlichen Oranje-Freistaats abzweigt und noch wenige Kilometer über die Basutoland-Grenze bis zur peripherisch gelegenen Landeshauptstadt Maseru führt.

Im Verein mit der christlichen Mission sorgt England im Basutoland für Ruhe und Frieden. Es ist keine schwere Arbeit, die die englischen Beamten in dem gesunden und mit mancherlei Naturreizen ausgestatteten Protektorat zu leisten haben. Freilich vermögen sie nicht zu erreichen, daß sich die relativ große Bevölkerung durch Tätigkeit im eigenen Lande alles das verschafft, was zur Bestreitung der Lebenskosten und zur Aufbringung der Kopfsteuer erforderlich ist. Aber längst sind die Basuto-Männer daran gewöhnt, sich der südafrikanischen „Sachsengängerei" anzuschließen und für Zeit außer Landes zu gehen. In den Goldminen von Johannesburg arbeiten alljährlich zwischen 50 000 und 100 000 Basutos, und auch als Hausboys, Farmgehilfen usw. verdienen sich viele ihr Brot im Oranje-Freistaat und in Transvaal. Die Ausfuhr von Wolle, Ziegenhaar, Häuten und Fel-

len, Lebendvieh, Weizen u. a. m. erreicht im ganzen längst nicht den Wert der Einfuhr. Eine Änderung wäre wohl möglich, scheitert aber an der Haltung der Südafrikaner, die sich unter Zuhilfenahme veterinär-polizeilicher Bestimmungen gegen eine Überschwemmung ihres Marktes mit Vieh aus dem Basutoland wehren.

Südafrika kann für eine Angliederung des Basutolandes an die Union mancherlei Gründe anführen: die vielfachen wirtschaftlichen Verflechtungen, bei denen die Union einstweilen tatsächlich der gebende Teil ist; die Notwendigkeit einer einheitlichen wasserwirtschaftlichen Behandlung des Oranje, dessen Oberlauf im Basutoland gelegen ist usw. Unschwer könnte hinter das Annexionsbegehren noch mehr Druck gesetzt werden; denn die Verhältnisse im Basutoland müßten zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen, wenn die Union sich gegen alle Erzeugnisse des Basutolandes vollständig abkapseln und die Einstellung von Basuto-Arbeitern in den Goldminen am Witwatersrand untersagen würde. Zu dieser äußersten Kraftprobe ist es bislang noch nicht gekommen, und England wartet auch hier in Ruhe ab. Auch im Falle des Basutolandes verschanzt sich England hinter den Verträgen, die jede Änderung von der Einwilligung der Eingeborenen abhängig zu machen vorschreiben. Es kann als völlig ausgeschlossen gelten, daß der Paramount Chief of Basutoland jemals freiwillig seine Zustimmung zu einer Angliederung an die Union erteilt. Aber vielleicht setzt sich England auch über diese Klausel hinweg in einem Zeitpunkt, wo es bei der Auseinandersetzung England—Südafrikanische Union um Größeres geht.

III. Betschuanaland

Das Betschuanaland gehört bei einer Ausdehnung von rund 712 000 qkm zum allergrößten Teil zur Kalahari, jenen weiten, buschbestandenen Sandfeldern im Herzen des südafrikanischen Subkontinents. Wassermangel, häufige Dürren und massenhaftes Auftreten von Heuschreckenschwärmen bedingen, daß der Feldbau ganz zurücktritt gegenüber einer freilich von der Ungunst des Klimas auch noch oft genug schwer heimgesuchten Viehzucht (Rinder, Kleinvieh). Abgesehen von den Buschmannhorden und den vielfach auch nomadisierenden Mischlingen zwischen Buschmännern und Betschuanen wird das Land von rund 150 000 Betschuanen und gegen 1700 Weißen bewohnt. Der klimatisch relativ am günstigsten gestellte Teil ist ein Streifen Landes längst der Westgrenze von Transvaal, wo sich merkwürdige Betschuanen-Städte, wie Serowe (25 000 Einwohner), entwickelt haben. Im Inneren sind die kleinen Siedlungen an die spärlichen Wasserstellen, meist Kalkpfannen, gebunden.

Das südliche Betschuanaland stellt ein altes Wirkungsgebiet englischer Missionen dar. In Kuruman besichtigten wir Ende 1935 jenes alte Kirchlein, in dem einst Livingstone und sein Schwager Moffat gepredigt haben. Als sich 1882/83 im Westen von Süd-Transvaal neue kleine Burenrepubliken bildeten, fanden es die Engländer des Kaplandes an der Zeit, dagegen einzuschreiten, um sich hier nicht den Weg nach Norden verriegeln zu lassen. Kein Geringerer als Cecil Rhodes war es, der unermüdlich predigte: „Von der Frage Betschuanaland hängt die ganze Zukunft der Kapkolonie ab." Trotzdem wäre es vorerst wohl nicht zur Tat gekommen, wenn nicht die deutsche Flagge in Lüderitzbucht gehißt worden wäre. In völliger Verkennung der wahren deutschen Absichten munkelte man in England von einem

Zusammengehen zwischen Bismarck und Krüger und von dem Bestreben, die englische Kapkolonie durch eine Ausdehnung Deutsch-Südwestafrikas nach Osten und Transvaals nach Westen einzukreisen. Noch Ende 1884 wurde daher seitens Englands die militärische Besetzung des Betschuanalandes angeordnet. Unter dem Druck dieses Entschlusses gab Paul Krüger die kleinen Burenrepubliken bei Vryburg und Mafeking preis und verzichtete 1885 auf alle burischen Ansprüche in Betschuanaland. Dessen südlicher Abschnitt wurde auf Betreiben von Cecil Rhodes 1895 zur Kapkolonie geschlagen. Das mittlere und nördliche Betschuanaland unterstand kurze Zeit einer eigenen Chartergesellschaft, wurde aber 1896 zum regelrechten englischen Protektorat erklärt. Bezeichnenderweise sitzen die englischen Verwaltungsbehörden für das Betschuanaland-Protektorat weder in Serowe, Palapye oder Gaberones noch in Maun am Ngami-See, sondern außerhalb des Landes in Mafeking (nördlichster Zipfel der Kapkolonie).

Das Gebiet des Betschuanen-Protektorates ist ein armes Land, dessen politisches Eigenleben in erster Linie durch seine Lage und seine geopolitische Struktur als britischer Puffer zwischen Deutsch-Südwestafrika und den alten Burenrepubliken bedingt ist. Betschuanaland bringt nicht einmal genug Lebensmittel hervor, um die eigene Bevölkerung zu ernähren. Seine Ausfuhr besteht hauptsächlich aus Lebendvieh, Häuten und Fellen, Wolle, etwas Butter usw.

Das einstige englische Interesse daran, der Kapkolonie die Wachstumsmöglichkeit nach Norden zu erhalten und das ernstlich gefürchtete Zusammenwachsen von Deutsch-Südwestafrika und Transvaal zu unterbinden, ist schließlich zu begreifen. Warum man aber nach dem Burenkriege bzw. nach der 1909/1910 erfolgten Bildung der Südafrikanischen Union das Protektorat nicht der Union übertrug, ist ohne weiteres nicht einzusehen. Die Südafrikaner, die dem Traum des „Greater South Africa" verfallen sind, behaupten mit Recht, bei dieser ihrer Wachstumspolitik auf Betschuanaland unter keinen Umständen verzichten zu können. Sie heben weiter hervor, daß im Betschuanaland die Viehzucht noch eine große Zukunft hat, sofern man (d. h. der Südafrikaner) zielbewußt an die Lösung der Wasserfrage, Bekämpfung der Seuchen usw. herangeht. Die systematische Bekämpfung der Heuschreckenplage in der Union, so fährt man fort, ist schlechterdings unmöglich, wenn man nicht Betschuanaland ohne weiteres darin einbeziehen kann; denn die Schwärme, die in die Union einfallen, kommen hauptsächlich aus dem Betschuanaland. Auf alle diese Argumente, die sich noch erheblich vermehren ließen, antwortet der Engländer mit eisigem Schweigen, sofern er sich nicht auch hier wieder auf die Bestimmungen des Protektorat-Vertrages beruft. Er will jetzt der Entscheidung ausweichen. Auch bei ihm besteht ernstlich wohl kein Zweifel daran, daß in naher Zukunft die drei britischen Eingeborenen-Protektorate in Südafrika an die Union fallen müssen. Aber die Zeit ist offenbar nach der Meinung Englands dafür noch nicht reif. Man hat der Südafrikanischen Union gegenüber die drei Faustpfänder in der Hand und wird sie erst herausgeben, wenn man in der großen Politik den Beistand der Südafrikanischen Union noch mehr benötigt als jetzt. Dann, im richtigen Augenblick, wird man in hochherziger Geste der Übereignung zustimmen und dadurch Südafrika für eine Politik gewinnen, wie sie England im Interesse des British Commonwealth of Nations für richtig und notwendig erachtet.

ALBRECHT HAUSHOFER:
Berichterstattung aus der atlantischen Welt

Die Aufgabe politischen Nachdenkens, vor der die Regierungen der drei sog. „großen Demokratien" zum Jahreswechsel von 1937 auf 1938 stehen, ist keine beneidenswerte. Sowohl in Washington wie in London und Paris steht man vor der Notwendigkeit, ein in wesentlichen Stützen zusammengebrochenes Gebäude der Außenpolitik von Grund auf neu zu bauen. Der Unterschied zwischen den Hauptstädten diesseits und jenseits des Atlantik ist nur der, daß die Einsicht in diese Notwendigkeit sowohl in London wie in Paris von einem verhältnismäßig großen Kreis von Menschen gesehen wird; in Washington beschränkt sie sich auf einige wenige.

Der völlige Mangel an Interesse für außenpolitische Fragen, der in den Vereinigten Staaten auch solche Bevölkerungsschichten auszeichnet, die in Europa eher zuviel als zuwenig außenpolitisches Interesse haben (wir scheiden dabei sorgfältig zwischen Interesse und Verständnis!), hat seine Wurzel in der kontinentalen Sicherheit und Weite Nordamerikas. Diese Sicherheit ist zum Teil naturgegeben: Solang die räumliche Größe des Stillen und des Atlantischen Ozeans sowie der nördlichen Polarzone auch gegenüber der Entwicklung des Flugwesens noch Größe bleibt. Zum anderen Teil aber beruht sie auf der unausgesprochenen Arbeitsteilung, die der bisher in weiten Teilen der Welt durchgesetzten Pax Anglosaxonica zugrunde liegt: Amerika bildet den geschützten, „inneren" Teil der Welt, während das britische Empire mit seiner Flotte in den Außenzonen die Wache hält. Dieser Zusammenhang, und damit das auch für Amerika lebenswichtige Zusammenstehen beider Mächte in kritischen Zeiten, ist aber nur den Führenden in den Vereinigten Staaten klar bewußt. Sie versuchen dieses Wissen bei günstiger Gelegenheit auch in Taten umzusetzen. Aber der Widerhall, den z. B. Roosevelts Redevorstoß in der Ostasienfrage in der breiten Mitte der Vereinigten Staaten gefunden hat (wobei wir Mitte sowohl geographisch wie sozial verstehen), war doch so wenig günstig, daß die Brüsseler Konferenz kurz darauf genötigt war, sich ohne jedes Ergebnis und auf unbestimmte Frist zu vertagen. Sie war einberufen worden unter der Voraussetzung, daß Amerika bereit sein werde, den mutigen Reden seines Präsidenten ein bescheidenes Maß von Taten wenigstens auf wirtschaftspolitischem Gebiete folgen zu lassen. Die Taten blieben aus. So mußte England den Eindruck gewinnen, daß es von Amerika bei der Wahrung seiner chinesischen Rechte im Stich gelassen worden sei. Die amerikanische Antwort darauf könnte sein, daß die Außenpolitik Kellogs und Stimsons bei ihrem Wunsch, den ersten Schritt der japanischen Eroberung (in der Mandschurei) zu hemmen, von England und Frankreich im Stich gelassen worden sei. Da die späteren Unternehmungen Japans ohne die vorherige Eroberung der Mandschurei undurchführbar wären, hätten die Westmächte lediglich sich selbst zu danken, wenn sie jetzt die Hauptlast der Sorge um ihren südostasiatischen Besitz zu tragen hätten. Manche Amerikaner gehen in ihren Begründungen noch weiter zurück: Sie erklären, daß der amerikanische Rückzug von den Philippinen nicht zuletzt dadurch erklärt werde, daß die Übertragung der ehemaligen deutschen Südseegebiete an Japan die erfolgreiche Verteidigung der Philippinen gegen einen Angriff von Norden unmöglich gemacht habe. Vieles an diesen

amerikanischen Erklärungen ist richtig; aber das bloße Ressentiment ist noch immer eine schlechte Grundlage für außenpolitisches Handeln gewesen. So schwankt die amerikanische Außenpolitik zwischen dem Bedürfnis, ihre westpazifische Geltung aufrecht zu erhalten (zugleich dem Empire in seinen Nöten zu helfen) und der Neigung, sich auf den unmittelbaren Einflußbereich in Mittelamerika und Westindien zurückzuziehen. Auch dort — in einer machtpolitisch ungefährdeten Zone — geht nicht alles nach Wunsch. Konflikte zwischen den beiden Staaten auf Haiti gefährden nicht nur das Leben von Tausenden von Negern, sondern auch das nordamerikanische Kapital; nationale Bewegungen in einigen der mittelamerikanischen Republiken betonen in unerwünschter Weise deren Unabhängigkeit von den Wünschen der United Fruit Company; bei der Besitzregelung jahrelang umstrittener mexikanischer Ölfelder haben die britischen Ölgesellschaften einen bemerkenswerten Erfolg über die nordamerikanischen davongetragen. Die mexikanische Regierung des Präsidenten Cardenas mag sich gesagt haben, daß ferngelegener britischer Kapitalismus immer noch angenehmer sei als benachbarter amerikanischer, wenn die Aufschließung wichtiger Lager aus eigenen mexikanischen Kräften allein nicht geleistet werden kann. Auch in Südamerika betont man die Unabhängigkeit stärker, als den Vertretern des Panamerikanismus und der Monroedoktrin lieb ist. Argentinien hat durch den Mund seines Außenministers seine Verbundenheit mit Europa wieder einmal sehr deutlich zur Schau gestellt; und wenn man auch die Erklärungen südamerikanischer Präsidenten besonders dann nicht mit der Goldwaage messen darf, wenn es sich um die Begründung einer persönlichen Diktatur handelt, wie in Brasilien, so darf man doch denjenigen nordamerikanischen Stimmen nicht ganz unrecht geben, die in den brasilianischen Vorgängen und in dem Auseinanderklaffen der lateinamerikanischen Haltung gegenüber dem spanischen Konflikt ein für nordamerikanische Augen sehr unerwünschtes Hinübergreifen europäischer Frontstellungen in die Neue Welt erkennen wollen. Nicht alles, was von Getulio Vargas als kommunistisch bezeichnet wird, ist kommunistisch. Aber es gibt vor allem in den großen Hafenstädten Südamerikas genug echten Kommunismus, um den herrschenden Schichten Sorge zu bereiten. — In den Vereinigten Staaten selbst haben die sozialen Auseinandersetzungen in den letzten Monaten an Schärfe wieder verloren. Immer wieder muß davor gewarnt werden, New York mit den Vereinigten Staaten zu verwechseln. Entscheidend für das Schicksal der Vereinigten Staaten ist nicht, was in New York, in Boston oder in Chicago, sondern das, was in Minneapolis und Omaha, in Knoxville und Atlanta, in Dallas und Portland möglich oder unmöglich ist. Darüber täuschen sich allerdings nicht nur zahlreiche europäische Beobachter, sondern ebensosehr große Teile der amerikanischen „Intelligenz".

Tiefer als in den Vereinigten Staaten wurzelt das Bewußtsein der außenpolitischen Krise in England. Es gehört schon die ganze eigensinnige Zähigkeit des Britentums dazu, einen Außenminister im Amt zu belassen, der einen so negativen Leistungserfolg aufzuweisen hat wie der gegenwärtige. Diejenigen Persönlichkeiten des englischen Kabinetts, die mehr von der Wirklichkeit als von gewissen Idealen bestimmt werden, haben noch immer einen schweren Stand. Ein Teil der öffentlichen Meinung Englands (und derer, die sie bilden) kann es noch immer nicht lassen, im Namen der Moral Fensterscheiben auch dort einzuwerfen, wo keinerlei britisches Interesse auf dem Spiel steht. Besonders die englischen Bischöfe sind darin groß.

Sie haben offenbar wenig von dem Takt einer so durchaus religiös bestimmten Persönlichkeit, wie es der gegenwärtige Lordpräsident ist; und noch weniger von der klaren Sachlichkeit und Weltkenntnis, die den gegenwärtigen Innenminister auszeichnen. Halifax und Hoare haben beide die Verantwortung für Indien getragen; der eine als Vizekönig, der andere als Staatssekretär. Es ist ein bedauerliches Zeichen für den Mangel an imperialer Verantwortung in wichtigen Schichten nicht nur der englischen Linken, wenn die wirklichen Träger des Weltreichs immer wieder an denen scheitern, deren politischer Horizont nicht über die Linie London-Paris-Genf hinausreicht. Das japanische Vorgehen in China rüttelt an den Toren des Empire, nicht nur an Außenstellungen, die man ohne Schaden opfern kann. Mag auch in Japan selbst der Wunsch eines Konfliktes mit England nicht (oder noch nicht) bestehen — England muß sich darüber klar sein, daß die gesamte nördliche Lebenslinie des Empire von Gibraltar bis nach Hongkong heute nicht mehr sicher ist. Wie lange wird man in Mitteleuropa den ungewollten Wächter schlecht gezogener Deiche spielen können?

Die enge Arbeitsgemeinschaft zwischen England und Frankreich ist im Lauf des letzten Jahres noch enger geworden. Es bestehen gemeinsame Verteidigungspläne nicht nur für das vom Rhein her nur in der Vorstellung gewisser Leute bedrohte Westeuropa, sondern auch für das Mittelmeer. Für den Fernen Osten sind sie vielleicht noch nicht im einzelnen ausgearbeitet. Sie werden es in kurzer Zeit sein. Wenn zwei Mächte so eng zusammenarbeiten, sind sie auch gezwungen, ihre Außenpolitik wenigstens in groben Umrissen aufeinander abzustimmen. Das geschieht heute schon in Ostasien. Im Bereich der islamischen Welt und im Mittelmeer ist es schon schwieriger. Hier stoßen die Engländer auf die eigenartige Divergenz der französischen Eingeborenenpolitik in Syrien und in Nordafrika. Der Versuch Englands, eine lockere Herrschaftsführung mit „selbständigen" Staaten zu erproben, der zuerst im Irak angewandt wurde, hat eine vielfältige Entwicklung auch in den anderen islamischen Gebieten eingeleitet. Was dem Irak billig war, konnte dem höher entwickelten, dichter bevölkerten Ägypten nicht verweigert werden. Die Selbständigkeit des Irak und des Nillandes (die sich heute in zum Teil recht heftigen Staatskrisen äußert) nötigte wiederum die Franzosen, in die Verselbständigung Syriens zu willigen. Damit aber wurde auf der einen Seite der arabisch-türkische Gegensatz in der Sandschakfrage wieder aufgerissen (die Ratifizierung des Sandschakvertrages steht noch immer aus!), auf der anderen Seite die Frage nach dem Schicksal Palästinas gestellt. Als dritte Wirkung stellt sich nun die Verstärkung der Unabhängigkeitsbewegung in den arabisch-berberischen Landschaften Nordafrikas ein. Während sich nun die Engländer bemühen, die Quadratur des Zirkels in der Palästinafrage zu finden, ohne auf der einen Seite die amerikanische Judenschaft, auf der anderen Seite den indischen Islam und die selbständigen Araberstaaten zu grimmigen Feinden zu machen, stehen die französischen Gouverneure und Residenten in Marokko, Algier und Tunis vor der Beantwortung der peinlichen Frage, warum den Berbern und Arabern der Atlasländer die Selbstbestimmung vorenthalten werden soll, wenn für Syrien eine halbwegs befriedigende Lösung gefunden werden konnte. Natürlich gibt es eine Antwort auf die Frage. Sie lautet nackt und nüchtern: Weil man sich einen Feldzug am Rhein ohne afrikanische Truppen nicht denken kann. Aber so etwas sagt man nicht gern. Sonst könnte man in den Atlas-

ländern zur Antwort bekommen: Warum sollen wir mit den Deutschen Krieg führen? — Daß arabische Rundfunksendungen aus Bari sich gelegentlicher Ironie nicht enthalten, wird daher in England wie in Frankreich peinlich empfunden. So spielt man zur Antwort dem arabischen Nationalismus in die Hände. Was für Tunis und Palästina ärgerlich ist, mag auch in Tripolis und Äthiopien von Übel sein...

Daß es unter diesen Umständen in England Leute gibt, die bereit wären, ein deutsches Stillschweigen in der Kolonialfrage auf anderer Leute Kosten zu erkaufen, kann nicht wundernehmen. Zumal es auch ohne deutsches Dazwischentreten in Mittel- und Südafrika nicht an Schwierigkeiten fehlt. Die Verhandlungen über das weitere Schicksal der Eingeborenen-Reservate Basuto-, Swazi- und Betschuanaland haben die englische Regierung davon überzeugt, daß es nicht nur ein burisches Selbstbewußtsein, sondern auch so etwas wie einen südafrikanischen Imperialismus gibt. Wenn nun eine britische Studienkommission nach Afrika fährt, die prüfen soll, wie man aus Nord- und Südrhodesien ein britisches, und nun in der Führung wirklich britisches, Dominion machen kann, so ist das ein sehr deutlicher Schlag gegen die Bestrebungen der Regierung in Pretoria.

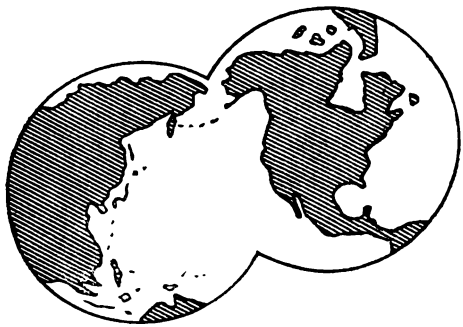
Es ist für die Schwierigkeiten, in denen England steckt, bezeichnend, daß ein Ereignis, das früher den höchsten Wellengang hervorgerufen hätte, fast unbeachtet blieb: der Vollzug der neuen irischen Verfassung. Die nunmehrige Stellung Irlands im britischen Reichsverband spottet jeder staatsrechtlichen Beschreibung. An der inneren Haltung beider Völker gegeneinander aber hat sich nichts geändert. Ulster wird sich weiterhin weigern, zu „Eire" zurückzukehren — und niemand wird in der Lage oder willens sein, Ulster zu zwingen, die neue Verfassung für Gesamt-Irland anzuerkennen. Auf der anderen Seite aber kann sich auch England nicht entschließen, den Schritt zu tun, der dem Verhalten De Valeras gegenüber England entspräche: den Ausschluß des neuen „Eire" aus dem britischen Reichsverband zu verfügen, und alle Iren aus England als „aliens" abzuschieben. Damit wäre die Arbeitslosigkeit in England gelöst, und die Revolution in Irland wahrscheinlich gemacht: — aber es wäre ein gefährliches Spiel...

Bilanz zu machen ist wohl auch der innere Sinn der Ostreise des französischen Außenministers Delbos gewesen. Während sich eine neue Tragödie des spanischen Bürgerkriegs an der Grenze des katalanischen und des kastilischen Volksbodens in den Bergen von Teruel vollzieht, schwankt eine der östlichen Stützen der französischen Außenpolitik, die Delbos noch vor wenigen Wochen für tragfähig halten mußte. Nach der Verselbständigung der südslawischen Außenpolitik — wer hätte es noch vor zwei oder drei Jahren für möglich gehalten, daß ein südslawischer Ministerpräsident kurz vor dem Eintreffen eines französischen Außenministers in Belgrad demonstrativ zu einer freundschaftlichen Unterhaltung nach Rom führe? — kommt die der rumänischen. Es ist ein weiter Weg von Titulescu bis zu Goga...

In Prag allein freut man sich noch an den Klängen einer vergangenen Zeit; und in Wien geistern die Vertreter einer noch älteren Vergangenheit durch die verblichene Herrlichkeit von Laxenburg und Schönbrunn. Tempi passati...

Unterdessen aber rollen in Moskau die Köpfe weiter, und der Kreml beraubt sich aus Motiven, die auch seine Völkerbundsfreunde nicht mehr begreifen können, seiner wirksamsten Generale und Diplomaten. Spätes, unheimliches Schicksal derer, die nicht oft genug den Gang der Französischen Revolution analysieren konnten...

KARL HAUSHOFER:
Bericht über den indopazifischen Raum



Das nebenstehende Wahrzeichen und der Zeitschriftname „Amerasia"—„A Review of America and the Far East" finden sich auf einem Unternehmen in Neuyork. Es behauptet von sich, eine unentbehrliche Veröffentlichung und Stoffsammlung für Botschaften, Kanzleien, Staatsmänner, Kriegs- und Marineministerien, Büchereien, Forschungsgemeinschaften und -institute, Lehrer und andere Autoritäten für Fernostfragen in fast jedem Lande der Welt zu sein. Sein Inhalt ist zu neun Zehntel reine Geopolitik.

Jedenfalls werden sich europäische Leser an diese neue Gedankenverbindung genau so gewöhnen müssen, wie an Benoy Kumar Sarkars' Amerika wie Europa von den Altkulturländern Asiens absetzende, um nicht zu sagen abstoßende Sammelbezeichnung „Euramerika".

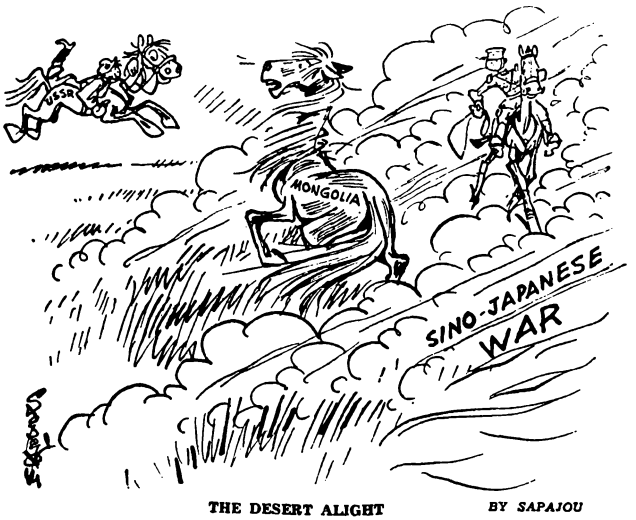
Als drittes Schlagwort gesellt dann der Fragebogen der paneuropäischen Union die Anregung hinzu, Europa als eigenen Weltteil fallen zu lassen und als Halbinsel „Eurasien" anzuhängen, wie Arabien, Indien, Hinterindien und China auch.

Unter den Namen der „Amerasia"-Mitarbeiter sind einige der ersten Fernostkenner, zum Teil scharfe, politisch - wissenschaftlich bereits abgestempelte Kämpfer. Bezeichnend ist die Umgrenzung der Kraftfelder, die „Eurafrika", Europa und Westasien, die Indische Welt und das sichtlich auf Selbstbestimmung und Selbstgenügen gegenüber Nordamerika hinarbeitende Südamerika als zunächst minder erheblich wegläßt. Europa mag daraus seine Lehren ziehen. Vielleicht zieht sie auch das

Britische Weltreich nicht nur aus der Zurückhaltung der USA. in Brüssel, sondern auch aus kleinen Freundlichkeiten, wie dem Spottbild der „Post-Dispatch", St. Louis: „Drei Männer auf einem Kamel" — die wir als kürzeste Zusammenfassung des Standes der Palästina-Frage wiedergeben. (Spottbild 1.)

Ebenso klar geht die Lage der in eine Äußere und eine Innere getrennten Mongolei aus unserem Spottbild 2 hervor. Jede der beiden umwerbenden Mächte will natürlich das bisher auf weiten Räumen bei geringen Bedürfnissen frei weidende Volk aus dem Schatten einer großen Vergangenheit herauslocken und seinen politischen Zwecken dienstbar machen, wenn auch diese Absicht hüben und drüben verschleiert wird.

Auf diese Verschleierung zur Propaganda beiderseits geht endlich auch die Zeichnung 3 über die Umwerbung Schanghais hinaus, in dem Japan jetzt seine schwere Hand gezeigt hat. Zu einer in der Tagespresse wirklich ausreichenden Schilderung dessen, was die labile Menschenmenge von rund vier Millionen in der weiteren Umgebung des ehemaligen Haupthafens von China erlebt, gesellt sich noch eine Betrachtung im Novemberheft der „Amerasia" von Olga Lang: „Foreign and Chinese Shanghai faces war" — wobei die Rolle von „Foreign Shanghai" zwar persönlich immer noch ungleich angenehmer, die Sachverluste aber, soweit möglich, noch größer sind als die seines chinesischen Teils.



THE DESERT ALIGHT BY SAPAJOU

Unvorteilhafte Vergleiche ihres Chinageschäfts mit ihrem Japangeschäft dürften zu der Zurückhaltung der Vereinigten Staaten bei der Tagung in Brüssel, der ein unerfreuliches Ende in einer Sackgasse unschwer vorauszusagen war, beigetragen haben. Diese voraus zum Mißlingen verurteilte Veranstaltung hat den sicher nicht beabsichtigten Zweck erreicht, die Japaner bloß zu reizen und die Chinesen so zu enttäuschen, daß es augenblicklich schwer zu entscheiden ist, auf welcher Seite ihr unfreundlichere Grablieder gesungen werden. Wenn irgendwo die Absicht bestand, sie zu einem Verurteilungstribunal gegen Japan zu gestalten, so wäre sie gründlich mißlungen. Litwinow ist besorgt und verstimmt von ihr abgereist; die Berichterstattung in Moskau über die Londoner und Brüsseler Erfolge dürfte nicht leicht sein. Deutschland und Japan können zum Fernbleiben, Italien zu seiner Zurückhaltung und Warnung beglückwünscht werden. Es ist auch geopolitisch immer erwünscht, bei Verlegenheitsbilanzfrisuren nicht beteiligt zu sein.

Eingriffe in schwebende weltpolitische Prozesse erster Ordnung sollten möglichst vermieden werden. Raumpolitisch sind ja Zustandsübersichten leicht möglich.

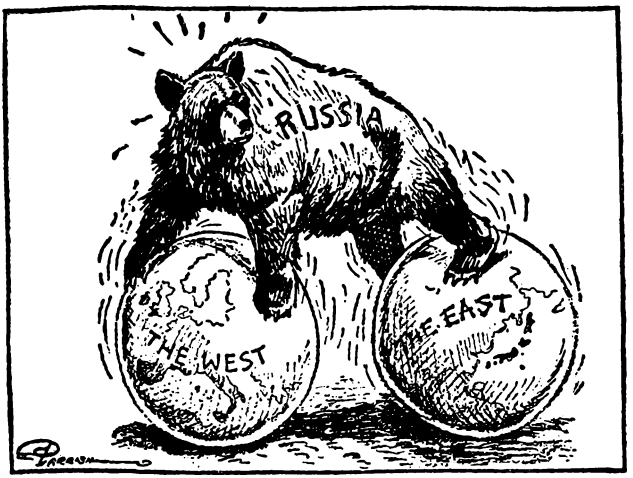
Japan dürfte etwa zwei Millionen Mann ohne Gefährdung seines Wirtschaftsgefüges für Wehrzwecke aus ihm herausziehen können. Davon wird eine halbe Million zu drei Fünfteln als Amurwacht gegen die Sowjetbünde, zu zwei Fünfteln zur Sicherung der Ordnung in Mandschurei, Innerer Mongolei, auch wohl in Korea unerläßlich sein. Bleiben für die Wehrentwicklung südlich der Großen Mauer rund 1½ Millionen. Mindestens eine halbe Million wird für das nördliche Fünftel des eigentlichen China zum Ausbau der jetzt nur im Skelett gesicherten Machtstellung nötig; bleibt eine Million für Vorgehen über den Hwangho hinaus nach Süden, für die Kämpfe um Schanghai und am unteren Jangtse (200000?) bis Nanking, für ein Brechen des Willens einer chinesischen Regierung, die sich zunächst ihre Willensfreiheit jangtseaufwärts über Kiukiang auf Hankau-Wuhan und Changsha, dann nach Szechuan zu wahren sucht. Dazu kommt — bei bisher sichtlich vorsichtigem Flotteneinsatz — die Auseinandersetzung mit dem chinesischen Süden, wo mehr und mehr Lebenslinien zunächst des Britischen Reiches, dann aber auch Frankreichs und der Vereinigten Staaten in Sicht und Griffweite (Hongkong) kommen. Das mag die weltkundige japanische Flotte von Landstoßdruckversuchen südlich der Formosastraße abgehalten haben, die ihr wehrtechnisch und machtmäßig mindestens südlich bis Hainan leicht möglich wären.

Freskos für das Schanghai-Museum

Hat das japanische Vorgehen den chinesischen Volkswillen wirklich zu einer Einheit geschmiedet, die von der Propaganda der Kuomintang in 25 Jahren nicht fertig gebracht worden ist, dann bedarf es ungewöhnlich genialer Führerleistungen, nicht nur Truppenleistungen, um das höher und höher emporschnellende japanische Kriegsziel in dem verkündeten Umfang zu erreichen. Der Einsatz vieler tätiger Menschen und mancher Jahre ist nötig, bis die Verluste der mittleren und niederen Führung ersetzt werden können, während der Menschenrückhalt in China, wenn nicht Verrat die Reihen bricht (der sich in Schantung wie Schansi hätte zeigen können), unerschöpflich ist; nicht ebenso aber steht es mit dem technischen Heeresbedarf, für den der Zugang zu Schanghai und zum unteren Jangtse ein unersetzlicher Verlust bleibt. Der chinesische Raum allein ist durch ein kluges Wehrverkehrsskelett bis an die Bahn vom Hwangho über Hankau nach Kanton überwindbar, so groß die hemmende Kraft der Wasserwirtschaft ist; darüber hinaus kaum, wenn wir die noch freien aktiven Kräfte überschlagen.

Unberechenbar bleiben die Zwischenentwicklungen, die sich aus dem hemmungsloser gewordenen Eindringen des Bolschewismus und durch kommunistische Bewegungen innerhalb festgefügter Truppenteile in China ergeben können. Für solche Chinafreunde in Mitteleuropa, welche das Vorhandensein beider in Abrede stellen, sei auf die Karten und Diagramme des Heftes VIII, Bd. XXXIII, der „Far Eastern Review" von S. 301 bis 309: „Red activities in China and Manchuria" und „Soviet Submarines in the Far East" hingewiesen.

Die Karte auf S. 301 bringt eine gute Übersicht über den Stand des roten Einflusses im Fernen Osten, soweit er kartographisch faßbar ist; auf S. 302 und 303 finden sich Übersichten der politischen Behörden und der Wehrmacht, des Instanzenzugs und das Budget der Kommunisten, dann ihre Abzapfung von öffentlichen Mitteln der Nankingregierung. Das Vorhandensein einer schweren roten Gefahr für China danach leugnen zu wollen, ist ebenso unsinnig wie das Gegenteil: ganz China als dem Bolschewismus verfallen hinzustellen. Sehr viele Chinesen haben noch etwas zu verlieren: mindestens 25mal mehr, als Kommunisten in Rußland leben.



Gleichgewicht an beiden Enden *Chicago „Tribune"*

Die Karte der U-Boot-Pforten der Japan-See auf S. 306 gibt eine gute Überschau dieser Auslässe: der tatarischen Straße, der La-Pérouse- und Tsugaru-Straße, der Straße von Shimonoseki mit ihrem Ausgang zur Bungo-Straße und der Doppelpforte von Tsushima. Das Wertvolle an dem die Karte begleitenden Aufsatz ist die Anführung einzelner wichtiger Vorgänge aus dem Russisch-Japanischen Kriege. Darunter ist bemerkenswert die Vernichtung von drei Dampfern auf der Hauptverkehrsstraße, einer mit einem Bataillon und 18 schweren Haubitzen durch ein Kreuzergeschwader, das im Nebel der japanischen Wachsamkeit entschlüpfte. Im großen werden die Aussichten des russischen U-Boots ozeanopolitisch günstig gegenüber dem japanischen gesehen, wäre nicht mit dem festländischen Seemannsungeschick der Russen zu rechnen, das sie andererseits so hohen Wert auf Minen, auf Unterseeverteidigung und auf Hinundherwerfen von U-Booten auf Schienen zwischen Ostsee, Pazifik und Schwarzem Meer legen läßt. Die Zahl der Sowjet-U-Boote wird auf 145 (1936) geschätzt; wurde der Bau im gleichen Tempo fortgesetzt, mögen es jetzt 200 sein.

Wenn wir auf diese Weise in wenigen Zeilen den wesentlichen Inhalt wichtigster, freilich dem normalen Binnendeutschen schwer erreichbarer Quellen mitteilen, möchten wir uns ein für alle Male mit einer Zerrung innerhalb des Leserkreises auseinandersetzen, von denen zwar die einen froh sind, auf solche Funde hingewiesen zu werden, um sich nachher die Quellen zu verschaffen, und sie aus-

zuwerten wissen, die anderen aber ihre Erwähnung als lästige Störung am laufenden Bande normalen Zeitungslesens empfinden. „Normale" Zeitungsaufsätze können aber geopolitische Berichte nicht sein, die aus der Verarbeitung von mehr als fünfzig Zeitungen und Zeitschriften und einem weltumspannenden Schriftwechsel in gedrängter Form entstehen müssen. Wer sie flüchtig liest, muß eben über die Nachweise hinweglesen, die eine unentbehrliche Beigabe politisch-wissenschaftlicher Berichterstattung sind, wenn sie ernst genommen werden will, was wir anstreben, solange die Gründer der Zeitschrift noch Einfluß auf ihre geistige Haltung haben.

Für eiligere Leser umreißen wir noch einmal die geopolitischen Wesenszüge des fernöstlichen Ringens. In Nordchina ist man beiderseits unter falschen Voraussetzungen in den Krieg „gestolpert", in den sich das Landheer mit größerer Begeisterung warf, als die Flotte und als alles in Japan, was die Zukunft Japans mehr im Südosten, auf den warmen Meeren sieht, als im Nordwesten, auf der kontinentalen, nur scheinbar auf der Linie des geringeren Widerstands liegenden nordischen und rauhen Hochland-Raumweite, die japanischer Siedlung widerstrebte. Denn es ist ein alter, echt geopolitischer Fehler aller Inselreiche, die Widerstände festländischer Raumtiefe und größerer Festland-Raumbeherrschungskunst zu unterschätzen. Dazu ist der chinesische Kriegsschauplatz eben durch seine hochentwickelte Wasserwirtschaft seitab der großen Verkehrswege für Kampf um Zeitgewinn und örtliche Reibungswiderstände günstig. Damit kann sehr viel lebendige Kraft eines Angreifers aufgezehrt werden, namentlich dann, wenn (wie nach einer gelungenen Operation von Schanghai und der Jangtsemündung aus auf Nanking) weiterhin keine so eindeutigen und suggestiven Stoßziele wie Nanking mehr gegeben sind, andererseits ein weitmaschiges Verkehrsskelett gehalten werden muß.

Mit dem Fall von Nanking unter Einzelheiten (die auf die Bewohner der erst kürzlich aus der Asche der Taipingzeit neuerstandenen Hauptstadt wie ein vorzeitig angebrochener jüngster Tag gewirkt haben müssen) ist geopolitisch und staatsrechtlich eine völlig neue Lage eingetreten. Im Vordergrund steht nun die völkerrechtliche Frage, was die Fremdmächte von einst zum Zusammenbruch ihrer Chinastellung zunächst sagen und was sie dann tun werden.

Den Ernst ihrer Lage sehen sie ja schon geraume Zeit; nicht umsonst sagte der niederländische Premierminister Hendryk Colijn schon am 18. 2. 1937, daß „die Niederlande mit ihrem Kolonialreich in einer ernsten Gefahrzone, in ein Unheil von unberechenbarer Ausdehnung verwickelt werden könnten" — von den Beklemmungen des Britenreichs nicht zu reden. Die Lage ist, kurz gefaßt, daß ein Rudel aufs höchste gereizter Wölfe, von Gier und Furcht geschüttelt, dem Zweikampf zweier Tiger um die Vorherrschaft in ihrem Jagdgefilde zuschaut, wovon der eine im Augenblick seinen festen Stand verloren hat, unten liegt, weil der andere, jüngere, stärker organisiert ist und seinen ganzen Willensauftrieb in eine Großkampfhandlung zusammenrafft, was der größere, ältere, übersah.

Darum donnerten Mitte Dezember die japanischen Geschütze vom Purpurberg über das Sunyatsen-Gedächtnismal hinweg auf die alte Südhauptstadt Chinas herunter, rauschten die japanischen Kreuzer durch drei gesprengte Sperren den Jangtse hinauf, der seinen breiten Rücken zur Flucht seiner eigentlichen Herren und ihrer Nanking-Armee von 250 000 Mann bieten mußte. Es war ein furchtbares Memento, daß es von Jungchina ein Irrtum war, statt der eigenen Reichserneuerung und

hastiger Bewehrung internationale demokratische Lehren in aller Verwaschenheit, wie sie Sunyatsen nach China übertrug, und kollektive Schutzgläubigkeit an Stelle der Selbstverteidigung um jeden Preis zu setzen, wie es seinerzeit Japan bei seiner Reichserneuerung gemacht hatte. Zwei Grundrichtungen: Staat vor Familie in Japan, Familie vor Staat in China stießen aufeinander: der totale Staat hat augenblicklich auf dem Schlachtfeld gesiegt.

Aber dieser augenblickliche Sieg ist um einen schweren Preis erkauft: eine langfristige Entfremdung der Besten unter den beiden großen ostasiatischen Altkulturvölkern, eine Überforderung der Staatskräfte und Zertrümmerung großer Wirtschafts- und Kulturwerte.

Dieser Wertsturz bewegt besonders den Teil der Zuschauer, der mit großem Einsatz daran beteiligt war, wie vor allem England und die USA.; derer, die in zweiter Linie gefährdet sind, aber nicht stark genug, um einen Eingriff zu wagen, wie Frankreich, die Niederlande, Portugal; endlich jene anderen, die durch Zerstörung von Werten der Volksseele und des Volkswohlstandes ihre bolschewistische Lehre und deren Ausbreitung gefördert sehen.

Dieser Teil gewinnt durch „Brodelnlassen" und Warten und wird deshalb vorläufig China nur Propaganda- und Rüstungshilfe, letztere gegen bar in Geld oder Land, zu leisten wünschen. Das Britenreich ist mit seinen Vorbereitungen auf den vorzeitig eingetretenen Fall, namentlich von Schanghai und des Vorfeldes von Hongkong erst 1940 einigermaßen fertig, zur Zeit nur mit dem angeblich uneinnehmbaren Singapore. (Ernst Otto Hauser in „Anglo-Japanese rivalry in Southeast Asia" gab in „Foreign Policy Reports" (15. 5. 1937) N. Y. eine Übersicht der Einzelheiten.) Die Vereinigten Staaten scheuen den transpazifischen Krieg, sobald es ernst mit seiner Möglichkeit wird. Das Sinnbild dafür war die Flucht des USA.-Botschafters jangtseaufwärts, die Verwundung des britischen bei seiner Autofahrt zur weltpolitischen Unfallstelle, die Spannung zwischen Schanghai und Nanking begann zu steigen.

Nun liegen etwa 65% der chinesischen Seezölle in japanischer Hand, und angesichts des wahrscheinlichen nächsten Schritts zu Lande, einer Verbindung der japanischen Hwanghostellung mit Nanking längs der Bahn von Pukau nördlich, vielleicht Handlegen auf Hankau und die Magistrale, einer vollständigen Küstenblockade zur See wird sich Schantung über seine Haltung entscheiden müssen, die bis jetzt durch den Wirtschaftseinfluß der Schantung-Chinesen auf die Mandschurei erklärbar, wenn auch nicht haltbar war.

Noch schwerer aber fällt ins Gewicht, ob das Angelsachsentum den Verlust seiner mehr als neunzigjährigen Schanghaistellung mit dem äußerlichen Zeichen des japanischen Siegesmarsches durch die internationale Niederlassung hinnehmen muß, den es zum Teil der völkerrechtlich unmöglichen Haltung des internationalen Schanghai verdankt, während die französische Niederlassung ungleich festeren Rechtsboden unter sich hat, aber natürlich allein auch keinen Widerstand auf die Dauer leisten kann.

Die Schrift der Pressestelle der chinesischen Delegation in Genf: „Der japanische Angriff und der Völkerbund 1937", gibt jedenfalls den chinesischen Standpunkt im Sinne der Nankingregierung wieder. Aber auch darin spiegelt sich der vollkommene tatsächliche Zusammenbruch der „kollektiven Sicherheit" und derer, die trotz allen

gegensätzlichen Symptomen noch an sie glaubten oder an sie zu glauben vorgaben. Eine ähnliche Ablehnung drückte die japanische Antwort auf die bereits sehr nach dem Erfolg abgestimmte Note von Brüssel aus, mit der Feststellung, „die Mächte täten besser, ihren Beitrag zur Stetigkeit (stability) im Fernen Osten im Einklang mit der wirklichen Lage zu leisten". Angesichts dieser dürften Vier- und Neun-Mächte-Pakt der Vergangenheit angehören, zumal weder vier noch neun Mächte redlich zusammen helfen wollen, wie das etwa aus der Schwarz-in-Schwarz-Malerei Englands in den Sowjetschulen hervorgeht, oder aus dem Sitzenlassen der Westmächte in Brüssel durch Amerika, nachdem Roosevelt und Hull sie durch so große Worte ermutigt hatten. Solange die außerhalb des Kampfplatzes umhersitzenden Wölfe einander aber so wenig trauen, dürften die einheimischen Tiger im Fernen Osten bei ihrem Kampf um die übervölkerten Futterplätze unter sich bleiben und selbst ein Ende finden müssen, wenn sie nicht beide verbluten wollen. Diese Gefahr weiter Beutegelegenheit erst würde das in den chinesischen Berichten an die Wand gemalte endgültige Erweitern der Krise des Fernen Ostens zur Weltkrise bedeuten. Darüber entscheidet das Jahr 1938.

HANS HUMMEL: Kurznachrichten

ÄGYPTEN. — Zwischen dem König Faruk, der von britischen Ratgebern unterstützt wird, und der regierenden Wafdpartei ist es zu Auseinandersetzungen gekommen, die eine in London sehr beachtete Verfassungskrise heraufbeschworen haben. Der König hat schließlich Nahas Pascha entlassen und den Wafd in die Opposition gedrängt. Eine liberale Regierung ist gebildet worden, die scharf gegen die nationalistischen Wafdisten vorgeht.

Die englischen Besatzungstruppen haben zusammen mit britischen Schiffseinheiten umfangreiche Manöver in der Suezkanalzone und auf der Sinaihalbinsel durchgeführt, denen der Gedanke eines feindlichen Angriffs von der ägyptischen Seite her zugrunde lag.

ALASKA. — In Sitka wurde ein neuer amerikanischer Flugstützpunkt angelegt, der nach einer Verlautbarung der Marinebehörde zunächst meteorologischen Zwecken dienen soll. Sitka liegt unter 57° n. Br. auf einer Insel des südlichen, Kanada vorgelagerten Küstenzipfels Alaskas.

AUSTRALIEN. — Die englisch-amerikanischen Wirtschaftsverhandlungen haben besonders in Australien zu Erwägungen über den Fortbestand des Empire-Vorzugssystems von Ottawa geführt. Australien verlangt nun, in die Verhandlungen eingeschaltet zu werden und aus der Lockerung des Empire-Vorzugssystems Vorteile für einen neuen australisch-amerikanischen Handelsvertrag ziehen zu können, der besonders die australische Wollausfuhr nach den USA. begünstigen soll.

BRASILIEN. — Die Bahn von der Küste nach Puerto Esperanza in Matto Grosso wird nach einem brasilianisch-bolivianischen Abkommen bis Corumbà an der bolivianischen Grenze verlängert werden, wo eine gemeinsame Handelsinstitution geschaffen werden soll. Bolivien erhält dadurch, vor allem auch für die gemeinsam auszubauende ostbolivianische Ölzone von Perepti, über Brasilien einen neuen Ausgang zum Weltmeer.

Eine Statistik über die Einwanderung nach Brasilien in den letzten 50 Jahren zählt amtlich auf: 155000 Deutsche, davon allein 1924 22000, 83000 Österreicher, 107000 Russen, 9000 Schweizer, 1354000 Italiener, 1148000 Portugiesen und allein in den letzten 10 Jahren 128000 Japaner.

BRITISCH-INDIEN. — Die Unterwerfungsexpedition gegen den Fakir von Ipi in Waziristan ist offiziell beendet worden. Der politische Resident hat seine Funktionen von der Militärverwaltung wieder übernommen. Die Truppen sind zurückgeführt worden. Trotz des zahlenmäßig großen Truppeneinsatzes waren die Verluste gering, was von militärischen Kreisen dem starken Einsatz von leichten Tanks, Bomben- und Versorgungsflugzeugen zugerechnet wird.

Der Zivilflughafen Gwadar in Belutschistan wird in eine militärische Luftbasis umgewandelt.

BRITISCHES REICH. — Unter der Voraussetzung wesentlicher Zugeständnisse auf beiden Seiten werden die englisch-amerikanischen Wirtschaftsverhandlungen vorwärtsgetrieben, um dadurch die Einschaltung der USA. auch in andere politische Fragen vorbereiten zu können. Dazu war eine Rede Neville Chamberlains bemerkenswert, die das Ottawa-Abkommen verteidigte, auf die Erhöhung des interbritischen

Handels um über 40 % hinwies und die Gliedstaaten der Loyalität des Mutterlandes versicherte. (Siehe auch Australien.)
Das Marineministerium beabsichtigt die Kiellegung einiger 46 000 t-Schlachtkreuzer als Gegenmaßnahmen gegen japanische Bauten gleicher Größe.
Durch den Beginn arabischer Sendungen über den englischen Rundfunk ist ein Funkkrieg mit Italien eröffnet worden. (Siehe auch Palästina.)
Die Pläne, das Gros oder einen Teil der Mittelmeerflotte nach Ostasien zu entsenden, sind vorläufig, angesichts der Lage im Mittelmeer, wie es amtlich heißt, zurückgestellt worden. Immerhin sind mit dem französischen Außenminister Besprechungen darüber geführt worden, wie Frankreich dazu beitragen könne, die britische Sicherheit im Mittelmeer im Falle der Entsendung der Flotte nach Ostasien aufrechtzuerhalten. In Singapore wird hartnäckig von dem Bestehen eines britisch-holländischen Abkommens über die gegenseitige Benutzung der Stützpunkte Singapore und Surabaja gesprochen. Der Vizeadmiral Osborne erklärte vor einem Ausschuß des Unterhauses, daß es für Englands Ostasienpolitik drei Möglichkeiten gebe: 1. England verliert seinen Einfluß im Fernen Osten. 2. England müsse das europäische Risiko auf sich nehmen, die Flotte in Ostasien zu vergrößern. 3. Gemeinsamer Aktionsausschuß mit Frankreich und den USA.

CHINA. — Die Südmandschurische Eisenbahngesellschaft Mantetsu dürfte mit dem Ausbau des Nordchinesischen Eisenbahnnetzes beauftragt werden, um Nordchina in den Wirtschaftszusammenhang mit Mandschukuo zu stellen. Es sollen folgende Linien beabsichtigt sein: Tientsin—Schichiachwang, Schi-chiachwang—Tschingsing und Tung—Kupeikau in Hopei, Tsinan—Taukau in Schantung, Taiyuan—Tatung in Schansi.
Ein Friedensangebot Japans ist abgelehnt worden. Es soll folgende Forderungen u. a. enthalten haben: Beteiligung an der Seezollverwaltung, Demobilisierung einiger Zonen und japanische Besatzungsstationen, unabhängige Regierung der Inneren Mongolei.
Auf der Insel Quemoy vor Amoy wurde eine japanische militärische Basis fertiggestellt.
Tschiangkaischek erklärte in Hankau, daß die Versorgungslinien der Kuomintangregierung von Indochina über Yünnan und von Sowjetrußland über Kansu im Ausbau seien. Besonders sei eine Heerstraße von Urumtschi in Sinkiang über Lantschau nach der Provinz Szetschwan im Bau.

DEUTSCHES REICH. — Programmäßig konnte der zweitausendste Kilometer der Reichsautobahn fertiggestellt werden. Die größten zusammenhängenden Strecken des Netzes sind jetzt: Leipzig—Nürnberg, Gießen—Karlsruhe und Berlin—Hannover. Im Jahr 1938 wird die erste Langstrecke von der Ostsee—Berlin—Leipzig—Nürnberg—München nach Berchtesgaden fertig sein.
Die Lübeck-Büchener Eisenbahn geht mit dem Jahresende in das Eigentum des Reiches über. Das Netz wird zum größten Teil der Reichsbahndirektion Schwerin eingegliedert werden.
Der Angriff auf den 1000-km-Geschwindigkeitsweltrekord für Flugzeuge, Landmaschinen mit 1000 kg Nutzlast, glückte einer Heinkelmaschine auf der Strecke Hamburg—Stolp—Hamburg mit 505 h/km Durchschnittsgeschwindigkeit.

FRANKREICH. — Der Posten des sogenannten Koordinationskommissars für Nordafrika, der vor kurzem aus Anlaß der nordafrikanischen Unruhen eingerichtet wurde, wird zu einem Sitz in der Regierung ausgebaut werden. Der Kommissar will jetzt vor allem die Sender zur Verbreitung französischen Propagandamaterials in Nordafrika heranziehen.

HAWAI. — Die USA.-Admiralität opponiert scharf gegen die Bestrebungen der Bevölkerung von Hawai, die Anerkennung als 49. Staat der USA. zu erlangen, die zur Zeit von einer Kongreßdelegation geprüft wird. Präsident Roosevelt gab zu, daß Pearl Harbour neuerdings sehr ausgebaut wird, da nach der Verselbständigung der Philippinen Hawai die erste Verteidigungslinie für die USA. werden würde.

IRLAND. — Die neue Verfassung für Irland ist in Kraft gesetzt worden. Durch sie wird der Name Irischer Freistaat beseitigt und die völlige Unabhängigkeit des neuen Staates festgelegt. Dem englischen König wird eine Vertretungsbefugnis nach außen zugestanden. Die 6 Grafschaften Nordirlands, deren „Souveränität ruhe", sind in die Verfassung einbezogen. Die britische Regierung erkennt in einer amtlichen Erklärung nicht an, daß sich das Verhältnis Irlands zum Britischen Reich irgendwie geändert habe.

ITALIEN. — Italien ist am 11. Dezember aus dem Völkerbund ausgetreten.
Im Frühjahr 1938 wird eine Flugverbindung von Italien über Tripolis—Sahara—Kapverden nach Buenos Aires eingerichtet werden. Genua baut einen Industrieflughafen bei Sestri.

ITALIENISCH-OSTAFRIKA. — Von Massaua nach Asmara ist eine Seilbahn zur Entlastung der Straße und der Eisenbahn fertiggestellt worden. Sie überwindet auf 75 km über 2300 m Höhendifferenz.
Durch die Ernennung des koptischen Bischofs von Eritrea zum Oberhaupt der koptischen Christen Abessiniens durch den Vizekönig wurde die koptische Kirche Abessiniens von der ägyptischen koptischen Kirche, die bisher die Aufsicht ausübte, getrennt.

JAPAN. — Vor dem Genfer Mandatsausschuß legte der japanische Vertreter Rechenschaft über die japanischen Inselmandate ab. Deren Ausfuhr habe sich von 2 Mill. Yen 1922 auf 26 Mill. Yen 1936 gesteigert. Die planmäßige Förderung der Zuckerrohrpflanzungen habe eine

große Zahl japanischer Siedler angezogen. (Siehe auch China.)

JUGOSLAWIEN. — Nach der neuen Schätzung eines jugoslawischen Fachmannes besitzt Jugoslawien in seinen Wasserkräften eine Mindestleistung von 3,5 und eine mittlere Leistung von 9 Mill. PS. Es steht in Europa nach Sowjetrußland an zweiter Stelle. Ausgenutzt sind bisher jedoch nur 3 %.

KANADA. — Die englische Regierung hat für 5 Mill. £ das Vorkaufsrecht auf die gesamte kanadische Getreideernte als Verteidigungsmaßnahme erworben. Im Kriegsfall sind als Ankunftshäfen Plätze an der Westküste und in Schottland vorgesehen, die nicht leicht anzugreifen seien.

MEXIKO. — Die Regierung hat der Mexican Eagle, der der Shellgruppe nahestehenden britischen Petroleumgesellschaft, die Konzession für die Pozarica-Felder endlich erteilt und damit einem langjährigen Streit ein Ende gemacht. Allerdings hat die Regierung sich gleichzeitig einige Felder zur eigenen Ausbeutung und einen Anteil an der Produktion der Mexican Eagle im Rahmen der Nationalisierung der mexikanischen Rohstoffe gesichert. Gleichzeitig hat die neue britische Gesellschaft Centralamer gegen eine Anleihe einige Bohrkonzessionen und Konzessionen für Raffinieranlagen erhalten. Die USA.-Ölgesellschaften beobachten verärgert die Entwicklung.

NEUSEELAND. — Ende Dezember ist der regelmäßige Flugverkehr zwischen Hawai und Neuseeland durch die Panamerican Airways eröffnet worden. Die Strecke Honolulu-Auckland wird zunächst als Poststrecke geflogen.

PALÄSTINA. — Nach amtlicher Bekanntgabe sind in den ersten neun Monaten des Jahres 1937 nur 10200 Personen gegen 28000 Personen im gleichen Zeitraum des Vorjahres eingewandert.

Auf Grund der schlechten Aufnahme in Palästina, Genf und England ist der Teilungsplan des Peelberichtes zurückgestellt worden. Eine neue Kommission wird entsandt werden.

Bei der Behandlung der Palästina-Unruhen im englischen Unterhaus wurde die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die italienischen Rundfunksendungen in arabischer Sprache gelenkt. Es wurde versucht, die Verantwortung für die Vorgänge auf Italien abzuwälzen. (Siehe auch Britisches Reich.)

POLEN. — Die Herstellung einer Verwaltungseinheit für das Zentralindustriegebiet, das sogenannte Polen C, das die Wojewodschaften Lublin und Kielce umfaßt, steht in Aussicht.

RUMÄNIEN. — An allen von deutschen Kindern besuchten Staatsschulen ist der deutsche Unterricht für alle Klassen wieder eingeführt worden. In Galatz wird ein Freihafen errichtet werden, der auch die erste rumänische Werft erhält.

Die Übernahme der Regierung durch Goga verstärkt die Entwicklung, die von Titulescu über Tartarescu einen weiteren Rechtskurs anzeigte. Das Verhältnis zu den einzelnen europäischen Mächten wird revidiert werden.

SCHWEDEN. — Die Stockholmer Flottenbasis wird weiter herausverlegt werden, um das Zentrum der Stadt nicht zu gefährden. Die Insel Lidingö soll als neuer Flottenstützpunkt, 5 km von Stockholm, angelegt werden.

SCHWEIZ. — Im Zusammenhang mit dem Austritt Italiens aus dem Völkerbund erwägt die Schweizer Regierung neue Sicherungen für die Neutralität der Schweiz, die ihr durch den Restvölkerbund nicht mehr garantiert erscheint.

SIAM. — In Satahib, 230 km von Bangkok, wird ein neuer Flottenstützpunkt gebaut.

Auf der Bahn nach dem Hafen Penang sind die Frachttarife für siamesische Waren erhöht worden. Die Kautschukhändler Penangs befürchten, daß nunmehr der siamesische Kautschuk über die japanischen Händler in Bangkok geleitet werden wird.

SOWJETRUSSLAND. — Die Streitkräfte in Ostasien sollen durch einen Teil der Schwarzmeerflotte verstärkt werden. Damit wird das Montreuxabkommen und das sowjetrussisch-britische Flottenabkommen zum erstenmal in Anspruch genommen.

Die Arbeiten für den Ausbau des eisfreien Murmanskhafens Poljano zu einem großen Kriegshafen werden sehr beschleunigt.

Die Anlage neuer Befestigungen an der estnischen Grenze hat zu einer Massenaussiedlung der dortigen Bevölkerung geführt.

Im Bezirke von Aljano-Maisk im Fernen Osten sollen nach Moskauer Meldungen umfangreiche Erdöllager festgestellt worden sein.

Die 165 km lange Erdölleitung von Ischimbajewo nach Ufa ist in Betrieb genommen worden. In Ufa wird das Rohöl bearbeitet.

SPANIEN. — Die Frontlinien haben sich nicht wesentlich verändert. Bolschewistische Versuche, Teruel, den der Provinz Valencia nächsten nationalspanischen Zipfel, zu erobern, sind nach schweren Kämpfen gescheitert.

SÜDAFRIKA. — Im Jahre 1938 wird das Luftstreckennetz um eine Linie von Johannesburg über Windhuk-Benguella (Angola)-Leopoldville (Kongo, Anschluß an die belgischen Strecken) nach Kisumu, dem heutigen Nordpunkt der südafrikanischen Strecken, mit Anschluß über Nairobi an die Imperial Airways, erweitert.

SÜDRHODESIEN. — Eine Königliche Kommission ist unterwegs, um die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Süd-, Nordrhodesien und Njassaland zu prüfen. Es geht dabei bekanntlich um die Frage eines rhodesischen Dominons.

SYRIEN. — Das syrische Parlament hat den Beschluß des Völkerbundes über die zukünftige Verwaltung des Sandschak von Alexandrette zurückgewiesen. Angesichts der Demonstra-

tionen in der Türkei und in Syrien und der Nichtverlängerung des türkisch-syrischen Beistandspaktes hat auch die französische Regierung den Vertrag noch nicht ratifiziert.

TIBET. — Der Taschi Lama ist gestorben, der dem nach dem Tode des Dalai Lama eingesetzten Regenten erhebliche Schwierigkeiten gemacht hat. Er verfügte zweifellos über Verbindungen nach China, während man in Lhasa nach der Abtrennung von China seit langem einen britischen Kurs eingeschlagen hat.

TSCHECHOSLOWAKEI. — Die Befestigungen an der österreichischen Grenze sind wesentlich verstärkt worden. Die ganze Zone am Kerschbaumer Sattel, bei Gmünd, an der Thaya, entlang der March und im Preßburger Brückenkopf ist stark ausgebaut worden. Durch eine Novelle zum Parteiauflösungsgesetz sind die Rechte der Minderheitenorganisationen neuerlich beschnitten worden.

UNGARN. — In der Nähe von Lispe in Westungarn, ganz nah an der jugoslawischen Grenze, sind reiche Erdölfelder entdeckt worden, die 24000 qkm Ausdehnung haben dürften. Die Ausbeute geschieht durch ein englisch-amerikanisches Konsortium. Auch bei Oedenburg sind Bohrungen erfolgreich gewesen.

VEREINIGTE STAATEN VON NORDAMERIKA. — Vom 14. März bis 29. April 1938 werden große Flottenmanöver zwischen Kalifornien und der Datumslinie und den Aleuten und dem Äquator stattfinden.

SPÄNE
der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

Staatswerdung in drei Teilen

Es ist nicht zu leugnen, daß das 20. Jahrhundert eine gewisse Virtuosität in der Gründung von Staaten beweist. Trotzdem besitzen die wenigsten Laien eine rechte Vorstellung von einer mit reichlich Hilfe vollzogenen Geburt eines Staates, sei es, daß ihnen der Einblick in die Geschehnisse mangelt, sei es, daß ihnen der Vorgang als solcher nicht recht faßbar und greifbar erscheint. Im folgenden sei darum eine solche Gründung an Hand authentischen Materials dem Leser plastisch vorgeführt. Dramatisch in der Wucht der Handlung läßt der Aufbau der Szenen humoristische Lichter nicht vermissen, wie die geschickte Verwandlung des Generals Ma in der zweiten Szene zum Banditenführer Ma und seine Rückverwandlung in der dritten zum General. Oder: wenn im zweiten Teil die Banditen als Folge der Arbeitslosigkeit erscheinen, heißt das natürlich nicht, daß in der Statistik statt „Banditen" gesetzt werden kann: „Arbeitslose", wobei sich der Hinweis erübrigt, daß es im Februar 1933 in der Mandschurei 191199 Banditen gab und nicht 191198. Die Behauptung der letzteren Zahl beruht auf einem Irrtum. Trotz der bewegten Handlung ist aber die Zahl der eigentlichen Akteure scheinbar gering. Und in diesem Punkt kehrt der Scherz zwischen den Zeilen hoher Politik in den Ernst des Alltags zurück: Alle jene, die erstaunt sind, daß heute die japanische Armee mit einer verhältnismäßig geringen Truppenzahl das chinesische Riesenreich durcheilt oder die, wie manche Londoner Kreise, verwundert waren, daß das ostasiatische Inselreich nicht in Mandschukuo auf Jahrzehnte hinaus saturiert war, sondern schon nach wenigen Jahren zu einem neuen Stoß ausholen konnte, alle diese Irrenden in politicis mögen sich die Verlustziffern des „Banditenfeldzuges" ansehen. Sie werden dann vielleicht etwas von der Eigenart ostasiatischer Krieg- und Politikführung verstehen und gegen kommende Überraschungen mehr gefeit sein. Man soll übrigens nicht vergessen, wie eine Handvoll Briten ein ähnliches Riesenreich in Indien erobert hat. Haben viele nicht die Lehren aus dem Geschichtsunterricht auf die Gegenwart gezogen, so können sie jetzt aus dem politischen Lehrfilm des unmittelbaren Geschehens sich die Geschichte vergegenwärtigen.

Und um im Stil unseres Titels zu bleiben: Im dritten Teil steigert sich die Handlung zu einer wundervollen Apotheose: das Staatenkind tritt auf den Altar einer heiligen Sendungsidee, um die Mission der neuen Heilslehre in die Welt hinauszutragen. Nach den ernst-heiteren Verwicklungen des zweiten Teils mit seiner komischen Sprache, wie „sechste Winterbefriedigung", „Blockade der Ostgrenze" usw. eine erhabene Feierlichkeit des Geschehens und der Sprache: „Wenn Wangtao angenommen würde, würden sich die Aussichten der ganzen Welt ändern" . . .

Es folgt der Text.

Teil I.

„Die Gründung Mandschukuos und die Erklärung seiner Unabhängigkeit."

(Auszug aus: „A General Outline of Manchoukuo", Kap. 2, hsg. vom Auswärtigen Amt von Mandschukuo, Hsinking 1932.)

„Die Unabhängigkeit der Provinzen.

Als der Vorfall vom 18. September 1931 die Garnison von Mukden zerstreute, brach Chang Hsueh-liang völlig in sich zusammen. Die Zivilbeamten flohen entweder auf die andere Seite der großen Mauer oder verbargen sich irgendwo, um der Wut eines Volkes zu entgehen, das sie unterdrückt hatten. Die Regierung in China ist die Armee. Wenn die Armee vernichtet ist, verschwindet jede Autorität. Es gibt wenige Zivilisten, die für die Weiterführung zuständig sind.

Das waren die Zustände in Mukden nach der Nacht des 18. September. Die Zivilverwaltung verschwand und ein Vakuum entstand, das gefüllt werden mußte. Zur Erhaltung von Gesetz und Ordnung ernannte der Oberstkommandierende der Kwantungarmee infolge eines dringlichen Erfordernisses am 30. September Oberst Doihara zum provisorischen Bürgermeister von Mukden. Die Wahl dieses Beamten wurde allein durch die Tatsache bestimmt, daß er fließend chinesisch spricht und mit allen führenden Chinesen der Stadt bekannt war . . .

Fengtien (Mukden) Province. — Wie die Stadtverwaltung, so brach die Provinzverwaltung von Mukden mit der Flucht ihrer Beamten in sich zusammen. Am 25. September oder eine Woche nach dem Zwischenfall wurde das Komitee für die Erhaltung der lokalen Ruhe und Ordnung unter der Führung vom Mr. Yuan Chin-kai organisiert. Am 21. Oktober 1931 übernahm dieses Komitee die Aufgaben der Provinzialverwaltung. Am 10. November 1931 wurde das Vorbereitende Komitee für die Selbstregierung in Mukden eingerichtet . . . Am 15. Dezember 1931 wurde in Mukden eine Versammlung der Delegierten der bürgerlichen Verbände aus der ganzen Provinz abgehalten. Bei dieser Sitzung wurde die Unabhängigkeit und die Bildung einer neuen Regierung beschlossen. Es wurde Mr. Tang Shih-yi als Gouverneur der Provinz vorgeschlagen und gewählt und deren Unabhängigkeit erklärt.

Kirin-Provinz. — Die Lage in dieser Provinz war etwas anders. Die alten Beamten blieben auf ihren Posten und in Achtung der Wünsche des Volkes übernahm der Stabschef der Kirin-Armee, General Hsi Hsia, am 26. September 1931 das Amt des Gouverneurs. Zwei Tage später erklärte er die Unabhängigkeit der Provinz . . .

Heilungkiang-Provinz. — Nach der Errichtung einer neuen Regierung in Taonan versuchte General Chang Hai-peng von Tsitsihar Besitz zu ergreifen, fand sich aber daran durch die Armee des Generals Ma Chan-shan behindert, der die Eisenbahnbrücke über den Nonni zerstörte.

Zur Wiederherstellung der Brücke und der Öffnung des Durchgangsverkehrs waren die japanischen Truppen gezwungen, die Armee General Mas zu bekämpfen.

Nach dem Einzug der japanischen Truppen in Tsitsihar am 19. November 1931 zog sich General Ma Chan-shan nach Hailun zurück. Als er die eigentliche Absicht der japanischen Armee zu verstehen begann und erkannte, daß seine Meinung mit der von General Chang Chinghui übereinstimmte, der die Unabhängigkeit des Spezialdistrikts der Nordostprovinz erklärt hatte, stimmte General Ma zu, daß General Chan sich nach Tsistihar begeben sollte, um den Posten des Gouverneurs der Heilungkiang-Provinz zu übernehmen. Nach einer weiteren Konferenz und Verständigung mit General Chan folgte General Ma diesem als Gouverneur nach und erklärte die Unabhängigkeit der Provinz.

Jehol Provinz. — General Tang Yu-lin, der Gouverneur der Jeholprovinz, erklärte die Unabhängigkeit jener Provinz am 29. September 1931 . . .

Fortschritt der Bewegung für die Errichtung eines neuen Staates.

Chang Hsueh-liang und seine Klique versuchten ohne Erfolg, ihre Machtstellung wiederzugewinnen, und als das Chinchowregime zusammenbrach, flohen sie südwärts der Großen Mauer und suchten in Peking Zuflucht. Inzwischen schritt die Bewegung in der Mandschurei für die Errichtung eines neuen Staates stetig vorwärts. Im Januar 1932 leitete das Vorbereitende Komitee für die Selbstregierungsbewegung eine systematische Kampagne zur Erziehung der Massen und der Verteidigung ihrer Rechte ein, indem sie solche einfache Parolen prägte, wie ‚Errichtet unseren eigenen Staat', ‚Erhaltung der öffentlichen Sicherheit', ‚Erhaltung der Volkskraft', ‚Beseitigt die üblen Sitten und Gewohnheiten', ‚Förderung der Erziehung', ‚Ausbau der Industrie' usw. usw.

Am 16. Februar versammelten sich Chang Ching-hui, Tsang Shih-yi, Hsi Hsia, Chao Hsin-po und andere Vertreter des Volkes in Mukden, um die Errichtung eines neuen Staates zu diskutieren und dessen Ziele darzulegen. Am 18. Februar veröffentlichten diese Vertreter eine Unabhängigkeitserklärung und organisierten das Verwaltungskomitee der Ostprovinzen unter der Leitung von Chang Chinghui und sechs führenden Mitgliedern, nämlich Tsang Shih-yi, Hsi Hsia, Tang Yu-lin, Ma Chanshan, Ling Shan, Chi Wang, und am 25. kabelten sie an das In- und Ausland die Ankündigung der Organisation und Errichtung eines neuen Staates und seiner Ziele.

Die Bewegung verbreitete sich rasch über alle Teile der Mandschurei . . . Am 29. Februar, als die Bewegung einen Höhepunkt erreicht hatte, wurde eine Versammlung der All-Mandschurischen Bewegung für die Gründung eines neuen Staates in Mukden abgehalten, die von 700 Delegierten aus jeder Provinz und Präfektur und aus der Mongolei besucht war. Koreaner aus verschiedenen Distrikten waren ebenfalls bei der Versammlung anwesend. Die Tagung beschloß eine Resolution und eine Verlautbarung bezüglich der Gründung eines neuen Staates und wählte einstimmig Mr. Pu Yi als Chef der Exekutive.

Gründung von Mandschukuo.

Am 25. Februar 1932 kündigte das Verwaltungskomitee der Nordostprovinzen den Generalplan für die Organisation des neuen Staates an; d. h. daß der neue Staat Mandschukuo heißen soll; daß der Herrscher Haupt der Exekutive

sein soll; daß die Flagge fünffarbig sein soll; daß die neue Ära Ta-Tung heißen soll; und die Hauptstadt Changchun sein soll ...

Am 1. März gab das Verwaltungskomitee der Ostprovinzen im Namen der Mandschurischen Regierung eine formelle Erklärung über die Errichtung des neuen Staates heraus, auf Grund deren die alten vier Östlichen Provinzen, nachdem sie ihre Verbindung mit der Republik vollständig gelöst hatten, als neuer Staat namens ‚Mandschukuo' ins Dasein traten..."

Teil II.

„Die Unterdrückung der Banditen."

(Auszug aus: Japan-Manchoukuo-Yearbook 1937, S. 727ff.)

„Die Verbesserung der nationalen Verteidigung im Vergleich zu den Zuständen unter dem vorangehenden Regime spiegelt sich in den zur Unterdrückung der Bandentätigkeit unternommenen Schritten wider. Zur Zeit der Gründung Mandschukuos im Februar 1932 belief sich die Gesamtzahl der Banditen auf 130000. Bis zum September desselben Jahres war die Zahl auf 360000 gewachsen, hauptsächlich infolge der subversiven Tätigkeit der Truppenreste Chang Hsueh-liangs, die nach dem Sturz des jungen Marschalls beschäftigungslos wurden. Seither ist jedoch die Zahl dieser Banditen im Abstieg als ein Ergebnis ihrer Unterdrückung durch die mandschurischen und japanischen Streitkräfte.

Verglichen mit den Zuständen, wie sie 1932 herrschten, stehen zwei Tatsachen hinsichtlich des Bandenwesens besonders hervor. Erstens kann die tatsächliche Verminderung der Banditen im gesamten vermerkt werden, und andererseits die Abnahme der einzelnen Banditengruppen an Umfang. 1932 hatten manche Banditengruppen eine aktive Kampfstärke von 30000 Mann, während gegenwärtig der Durchschnitt eine Stärke zwischen 40—50 Banditen je Gruppe ist. Der Hauptgrund für das Bestehen der Banditen in Mandschukuo ist ein wirtschaftlicher und ist die Folge der Arbeitslosigkeit. Sobald das Farmerelend Anzeichen einer Linderung zeigt, glaubt man, daß die restlichen Banditen bald verschwinden werden.

Der Fortschritt in der Verminderung der Zahl der Banditen seit 1932 ist in der folgenden Tabelle veranschaulicht:

Zahl der Banditen:	
1932:	
März	130000
April	130000
Mai	150000
Juni	183000
Juli	—
August	200000
September	360000
Oktober	360000
November	284000
Dezember	173000
1933:	
Januar	212300
Februar	191199
März	56000
April	60900
Mai	52000
Juni	64500
Juli	55700
August	71200
September	70500
Oktober	36000
November	30000
Dezember	39000
1934:	
Januar	15300
Februar	10400
März	15000
April	12800
Mai	12000
Juni	15900
Juli	20100
August	19300
September	23800
Oktober	25500
November	24500
Dezember	21800
1935:	
Januar	22400
Februar	21310
März	21270
April	25000

Verluste: In dem Feldzug zur Unterdrückung der Banditen, der vom Mai 1932 bis zum Mai 1935 dauerte, wurden insgesamt 1470 mandschurische Offiziere und Soldaten getötet und 1261 verwundet. Die japanischen Verluste beliefen sich auf 41 Tote und 7 Verletzte."

Teil III.

„Die ‚Wangtao'-Lehre."

(Auszug aus „Japan-Manchoukuo-Yearbook"; 1937, S. 699.)

„Sowohl die innere als auch äußere Verwaltungspolitik Mandschukuos beruht auf der ‚Wangtao'-Lehre. Dieses Wort, das wörtlich ‚der Weg des Königs' bedeutet, aber frei übersetzt werden kann mit ‚Weg des wohltätigen Herrschers', ist in keiner Hinsicht ein Produkt der modernen Zeit; es ist die fundamentale Idee des Konfuzianismus. Die breiten Massen von Mandschukuo wandten, ermüdet von den importierten Ideen des Republikanismus, Nationalismus und Dr. Sun Yat-sens ‚Drei Volkslehren', die sich alle als große Fehlschläge in China erwiesen haben, ganz selbstverständlich ihren eigenen überlieferten politischen Ideen zu, die vom Konfuzianismus nicht zu trennen sind. Das Goldene Zeitalter solcher alter Weisenkönige, wie Yao und Shun leuchteten hell und faszinierend in ihre Augen und das Ergebnis war die einmütige Stimme des 30-Millionen-Volkes: ‚Zurück zu Wangtao'."

Es folgt eine Erklärung des ehemaligen Premierministers Cheng Hsiao-hsu über die innerpolitischen Ideen des Wangtaoismus. Dieser beruht darauf, daß der Herrscher das Leben seines Volkes mitfühlt, als ob er es selbst führen würde, und daß es die höchste Aufgabe ist, dem Volk den Frieden zu geben. Gemeinnutz vor Eigennutz ist die schon von den alten chinesischen Staatslehren geforderte Doktrin, die sich in einer Erfüllung aller sittlichen und wohltätigen Staatsprinzipien verwirklicht. Das „Yearbook" fährt fort: „Der ‚Weg des Königs' soll aber nach

Chronologie der Banditenunterdrückung durch die Armee Mandschukuos[1].

Datum	Militärische Aktion	Zahl der gegnerischen Streitkräfte	Zahl d. mandschurischen Streitkräfte	Beschreibung der mandschurischen und der gegnerischen Streitkräfte	Bemerkungen
März-Juni 1932	Unterdrückung der Anti-Kirin-Truppen	20000	7000	Mandschukuo: Kirin-Armee u. Fluß-Patrouillenflotte Kmdt. Gen. Yu Shen-chang. Gegner: Anti-Kirin-Truppen. Anführer: Li Ting Tiao usw.	Die mandsch. Armee trieb in gemeinsamem Vorgehen mit jap. Streitkräften die Anti-Kirin-Truppen in den nördl. Teil der Kirin-Provinz zurück, sicherte die Wasserwege des Sungari und gewann Iran-hsin-en zurück.
Mai-Juni 1932	Erste Befriedung (1st pacification) d. Tung-pien-Tao-Gebietes	20000	4000	Mandschukuo: Fengtien-Armee. Kmdt. Gen. Yu Chi-shan. Gegner: Heilsarmee der nordöstl. Bevölkerung und Ta-ta-hui (Liga des großen Schwertes). Anführer: Tang Tsu-wu u. Wang Feng-ke	Tang Tsu-wu revoltierte und griff das jap. Konsulat in Tunghua an. Die Fengtien-armee versuchte in Zusammenarbeit mit dem jap. Polizeikorps die Banditen zu schlagen, wurde aber zurückgeworfen.
April-Juli 1932	Niederwerfung von Ma Chan-shan	16000	5000	Mandschukuo: Heilungkiang-Armee in Zusammenarbeit mit der jap. Armee. Kmdt. Chang Chin-yuan. Gegner: Ma Chan-shan-Truppen und Li-Banditen. Anführer: Ma Chan-shan u. Li Hai-ching.	Ma Chan-shan sammelte nach seiner Flucht aus Tsitsihar im April seine Truppen wieder u. revoltierte. Die mandschurische Armee entsandte zwei Abteilungen und griff gemeinsam mit der jap. Armee sein Hauptquartier in Hailin an.
Mai 1932	Niederwerfung von Li Hai-ching	10000	6000	Mandschukuo: Die Armeen von Heilungkiang, Kirin und Taoliao, unterstützt vom jap. Fliegerkorps. Gegner: Ein Teil der Truppen Ma Chan-shans und Li-Banditen. Anführer: Li Hai-ching.	Mit der Besetzung des südl. Teils der Heilungkiang-Prov. u. von Fuyu in der Kirin-Prov. riß der Bandit Li in diesem Gebiet die Herrschaft an sich. Die mandsch. Armee griff die Banditen mit Unterstützung des jap. Fliegerkorps an.
Juni 1932	Strafexpedition geg. Feng Chan-hai bei Yoshou (Kirin)	15000	1600	Mandschukuo: Kirin-Arm. Gegner: Anti-Kirintruppen Anführer: Feng Chan-hai u. Kung Chan-hai.	Zusammenrottung der Anti-Kirin-Truppen südl. von Harbin. Die mandsch. Armee stieß mit dem Gegner bei Ssuhocheng (Pinkiang) zusammen, wurde aber zurückgeschlagen.
Juli 1932	Überwältigung der restlichen Banditen der Li Hai-ching-Scharen	2000	1500	Mandschukuo: Heilungkiang-Armee. Gen.-Mjr. Feng Kuan-you. Gegner: Die restlichen Banditen von Li Hai-ching.	Die mandsch. Armee griff die restlichen Banditen an und tötete 50 und fing 2 Anführer.
Juni-Juli 1932	Erste Strafexpedition gegen Feng Chan-hai	15000	7000	Mandschukuo: Taoliao- u. Kirin-Armee in Zusammenarbeit mit der jap. Armee. Gegner: Anti-Kirin-Truppen. Anführer: Feng Chan-hai u. Kung Chan-hai.	Die mandsch. Armee pazifizierte die Bezirke Shuangcheng, Acheng, Yushou, Wuchang u. Shulan.
August 1932	Strafexpedition geg. mongolische Bandit.	2000	2000	Mandschukuo: Taoliao-Armee. Kmdt. Gen.-Mjr. Tang Yu-lin. Gegner: Mongolische Banditen. Anführer: Hu Pao-shan, Hei Pao-tao und Li Pao-ting.	Die mongolischen Banditen besetzten Chanyu-hsien und zerstörten die Eisenbahn. Die mandsch. Armee griff gemeinsam mit der jap. Armee den Gegner an und eroberte Chanyu-hsien wieder.
August 1932	Angriff auf die Tien-chen-Banditen bei Shuangcheng (Pinkiang)	3500	700	Mandschukuo: Kirin-Arm. Gegner: Tien Chen-Banditen. Anführer: Tien Chen.	Die Tien Chen-Banditen belagerten Shuangcheng, wurden aber von der mandsch. Armee vertrieben.
September 1932	2. Strafexpedit. geg. Feng Chan-hai	10000	7000	Mandschukuo: Kirin-Arm. Gegner: Anti-Kirin-Truppen. Anführer: Feng Chan-hai u. Kung Chan-hai.	Auf Grund der Beobachtung, daß die Feng Chan-hai-Banditen nach Jehol zogen, bedrängte die mandsch. Armee diese im Kirin-Changchun-Distrikt, aber der Gegner entkam nach Jehol durch den Nungan-Bezirk.

[1] Die Tabelle ist ein Auszug aus dem Original. Ganz wiedergegeben ist nur die Chronologie des Jahres 1932. Aus den folgenden Jahren sind nur einige bemerkenswerte Daten übersetzt.

Datum	Militärische Aktion	Zahl der gegnerischen Streitkräfte	Zahl d. mandschurischen Streitkräfte	Beschreibung der mandschurischen und der gegnerischen Streitkräfte	Bemerkungen
Sept.-Dezbr. 1932	Niederwerfg. von Su Ping-wen bei Hailar	20000	4500	Mandschukuo: Heilungkiang-Armee u. Hsingans-Süd-Provinz-Garde in Verbindung mit den Japanern. Gegner: Su Ping-wen-Truppen. Anführer: Su Ping-wen u. Chang Tien-chiu.	Aufruhr Su Ping-wens und d. Mandschuli-Zwischenfall. Die mandsch. u. jap. Armeen vereint im Gefecht bei Fulaluchi. Su Ping-wen floh nach seiner Niederlage nach Rußland.
Oktober 1932	2. Befriedung (2nd pacification) d. Tungpien-Tao-Gebietes	20000	8000	Mandschukuo: Fengtien-Armee. Gegner: Nordöstl. Volksheilsarmee. Anführer: Tang Tsu-wu.	Die mandsch. Armee unternahm eine Expedition in die Tungpien-Tao-Region mit d. jap. Armee. 1000 Banditen ergaben sich und 270 wurden getötet.
Oktober 1932	Strafexpedition geg. Li Hai-ching	3000	3500	Mandschukuo: Heilungkiang-Armee. Gegner: Li Hai-ching-Banditen. Anführer: Li Hai-ching.	Die mandsch. Armee griff die Li-Banditen an, die den mandsch. u. jap. Armeen zur Unterstützung Su Ping-wens in den Rücken fallen sollten, und trieb sie nach Jehol.
Nov.-Dezbr. 1932	Befriedung d. mittleren Gebietes zwischen Kirin und Hailung	5000	5000	Mandschukuo: Fangtien-u. Kirin-Armee, gemeinsam mit der jap. Armee operierend. Gegner: Berufsbanditen einschließlich kommunistischer Banditen. Anführer: San Kiang-hao, Tien-chen, Sung Kuoschung usw.	Die mandsch. u. jap. Armee operierten gemeinsam, um d. mittlere Gebiet zwischen Kirin und Hailung zu befrieden.
Nov.-Dezbr. 1932	3. Befriedung (3rd pacification) d. Tungpien-Tao-Gebietes	2000	5000	Mandschukuo: Fengtien-Armee. Gegner: Berufsbanditen.	Die mandsch. Armee pazifizierte den Distrikt und entwaffnete 1800 Banditen.
Okt.-Nov. 1933	Strafexpedition in die Kirinprovinz	20000	35000	Mandschukuo: Kirin-, Heilungkiang- und andere Truppen in gemeinsamer Operation mit der jap. Armee. Gegner: Berufsbanditen in der Kirin-Provinz.	Die mandsch. u. jap. Armee pazifizieren in gemeinsamen Unternehmungen die Kirin-Prov. Wang Tien-chen und 2 andere Anführer wurden getötet und viele Banditen ergaben sich oder wurden ausgerottet.
Sept. 1934	1. Befriedung des Yenkidistriktes (Chientao)	1000	1000	Mandschukuo: 2. Distrikt-Armee in gemeinsamen Operationen mit d. jap. Armee. Kmdt. Gen.-Mjr. Chin En-Kuei. Gegner: Revolutionstruppen der Nordost-Bevölkerung. Anführer: Chu Chen, Pe Chun usw.	Die mandsch. Armee überwältigte gemeinsam mit der japanischen das Hauptquartier der kommunistischen Banditen und entsandte eilig Streitkräfte an mehrere Plätze, um die Operationen der Banditen zu unterdrücken u. den Farmern bei der (ungestörten) Einbringung der Ernte zu helfen.
Okt.-Nov. 1934	Blockade der Ostgrenze und gemeins. japanisch-mandschurische Herbstbefriedung von Kirin, des Tungpien-Tao-Geb. u. d. Provinz. Pinkiang u. Sankiang	12000	19600	Mandschukuo: 1., 2. u. 4. Distriktsarmee in gemeinsam. Vorgehen mit d. jap. Armee. Kmdt. Gen. Yu Chi-shan, Gen. Kie Hsing u. Gen.-Mjr. Wang Tsi-chung. Gegner: Professionelle und andere Banditen in Kirin, Tung-Pien-Tao und anderen Bezirken. Anführer: Sieh Wen-tung, Tien Hu, Wang Tien-yang usw.	Die mandsch. Armee sammelte ihre Streitkräfte in der Kirin-Prov., begann eine Herbstexpedition und blokkierte die Ostgrenze, um ihre Operationen wirksam zu machen. Die Expedition endete im November, aber die Blokkade wurde weiter geführt. (In diesem Zeitabschnitt machte jeder Armeedistrikt eine Strafexpedition in mehrere Bezirke.)
Febr.-März 1935	6. Winterbefriedung des Tungpien-Tao-Gebietes	4000	6000	Mandschukuo: 1. Distriktsarmee. Kmdt. Gen.-Ltnt. Wang Tien-chung. Gegner: Berufsbanditen einschließl. kommunistischer Banditen. Anführer: Wang Feng-ke, Ma Tuan, Tien Hu, usw. (Wang Tien-yang getötet).	Die mandsch. Armee griff die kommunistischen Banditen in den gebirgigen Bezirken an und trieb sie an die Grenze von Korea.

Premierminister Cheng Hsiao-hsu nicht nur die innere Politik, sondern auch die internationalen Beziehungen beherrschen. Er sagt:
Es wird behauptet, daß in diesem Zeitalter des Nationalismus und Militarismus keine Nation ohne Militarismus existieren kann, keine Nation ohne militärische Macht bestehen kann. Doch die Geschichte erzählt uns, daß es Männern wie Napoleon und Wilhelm II. nicht gelang, ihren Ehrgeiz zu befriedigen, obwohl ihre militärischen Kräfte weit mehr als genügend waren für ihren eigenen Schutz. Heute finden wir kleine Länder als unabhängige Nationen bestehen unbekümmert um ihre militärische Stärke. Größere und stärkere Nationen werden von ihrer Annektion abgehalten durch den Grundsatz des Gleichgewichts der Mächte, welcher die kleine Nation vor der Furcht vor der größeren bewahrt. Die Sicherheit der kleinen Nationen ist gleicherweise der Schutz der größeren.
Eine ähnlich entwickelte Nation, eine ‚Wangtao-Nation' im Fernen Osten würde daher, wenn sie ins Leben gerufen würde, von enormem Vorteil für die Gesamtheit sein und sie würde unter dem Schutz der großen Nationen stehen. Ihre Schwäche wird ihre Stärke sein, da die Anwendung ungerechtfertigster Gewalt gegen sie durch irgendeine Macht die übrigen reizen muß, zu ihrer Unterstützung herbeizueilen und eine Invasion zu verhindern. Als das Ergebnis einer Übersättigung mit Krieg ist die Welt krank am Krieg. Wenn Wangtao angenommen würde, würden sich die Aussichten der ganzen Welt ändern . . ." R. v. S.

KARL HAUSHOFER:
In fremdem Licht!

1. **Frederic Prokosch: Die Asiaten.** Roman einer Reise. Wien 1936. Dr. Rolf Passer. 360 S. Ungeb. 5,20, geb. 6,80 RM.

Wer ein Volk nicht — wie Freytag einst riet — da aufsucht, wo es am tüchtigsten ist: bei seiner Arbeit, sondern bei seinem Müßiggang, bei seinen Landstreichern — armen und wohlhabenden (Globetrotter inbegriffen) —, bei seinen Rauschgifthändlern, Strolchen, Verhetzern von Völkern untereinander und ähnlichen Typen, selbst als Edel-Tramp montiert, — der wird an der Strecke von Beirut über Aleppo — Adana — Smyrna — Istambul — Trapezunt — Kars — Tiflis — Eriwan — Täbris — Mesched — Mirojawa — Quetta — Peschawar — Bergstaaten — Lahore — Kalkutta — Kandy — Rangun — Bhamo — Bankok — Indonesien manches gut gezeichnete Erlebnis, auch viel Gesindel, Läuse und andere Tramps und Untermenschen auflesen können. „Die Asiaten" dürfte ein solcher Sammler sein Erinnerungsbuch aber nicht nennen, denn von den Chinesen und Japanern, den beiden ostasiatischen Altkulturvölkern, bringt es so gut wie nichts, von Indien nur das Erleben an einem verrotteten, kleinen Fürstenhof aus der Hofschranzenperspektive. Es gibt ohnehin Mißverständnisse genug zwischen Amerika, Europa und Asien; man sollte sie also nicht ohne dringende Berufung vermehren, namentlich wenn eine gewollte leise Verpfefferung durch das Streifen schwüler Erlebnisse dazukommt. So, wie sie hier geschildert werden, sind „Die Asiaten", auf die es bei Zukunftsausgleichen ankommt, nicht, sondern nur die Hemmenden auf ihrem Arbeitswege.

2. **Mary A. Nourse: 400 Millionen. Die Geschichte der Chinesen.** Berlin 1936. Alfred Metzner Verlag. 400 S., 6 Abb. 6,50 RM.

Umschlag und Vorsatzpapier von ausgesuchter künstlerischer Wahl, das Heranziehen von Lin Tsiu-sen, dem wohlbekannten, klugen geistigen Vorkämpfer seiner Heimat für das höchst fesselnde und allein schon lesenswerte Schlußkapitel, die gute Übersetzung von Scherer und Steinsdorf verraten, daß der Verlag mit Recht etwas über reine Übersetzung hinausgehendes bieten wollte, und das ist zweifellos geglückt. So kommen die Gediegenheit des deutschen Sprachausdrucks und die Unbefangenheit des amerikanischen Beobachtens zusammen, um zwar nicht das noch schwebende, große Ideal einer rassen- und volkspolitischen Geschichte der Chinesen, aber eine gute Chinas — ein Bedürfnis weiter Kreise — zu gestalten.

3. **Georg Gothein: Japans Expansionsdrang.** Die wirtschaftliche, soziale und politische Weltgefahr. Zürich und Leipzig 1936. Rascher Verlag. 285 S.

Genau dieselben Angriffe, die sich heute, wie der vorliegende, gegen Japan richten, sind seinerzeit gegen Deutschland gerichtet worden, und ebenso zur Hälfte wahr und zur Hälfte unzutreffend. Denn daß 100 fleißige Millionen auf zu engem Raum nicht verhungern wollen, sondern entweder Waren oder Menschen ausführen müssen, und das erstere versuchen, wenn ihnen das zweite in notorisch leere Länder hinein verweigert wird, ist noch keine wirtschaftliche, soziale und politische Weltgefahr. Die ist weit größer, wenn sich

Reiche, wie das der Sowjets, viel raumweitere Gebiete als Japan, aus reinem Macht- und Geltungsbedürfnis ihrer Staatsauffassung aneignen. Wir haben es also mit einer einseitig übersteigernden Darstellung zu tun, von der auch Schultzes mehrfach zitiertes Werk leider nicht frei ist. Eine der wichtigsten Tatsachen ist doch, daß ein Japaner auf zwei Fünfteln des gleichen Bodenanteils mit gleichem Kulturstand leben kann, wie die meisten weißen Siedler; eine andere die, daß es in erster Linie Sache der 480 Millionen Chinesen wäre, sich nicht von den 100 Millionen des Japanischen Reiches vergewaltigen zu lassen, und daß schon örtlich die weiße Rasse mitten innerhalb der gelben nicht als Verteidiger, sondern als Angreifer auftritt (286!). Beneficia non obtruduntur!

4. **Felix Guse: China. Ereignisse und Zustände.** Berlin 1936. Georg Stilke. 77 S. 8^0 3 RM.

„Eine Skizze" benennt sich diese knappe, klare, nüchterne, volksnahe Zusammenstellung. Sie greift nicht weiter zurück als unbedingt nötig (für rückschauende Betrachtung hat ja der Deutsche die Werke von O. Franke, die Geschichte Ostasiens von Krause), bietet aber alles Notwendige zur Tagesgeschichte und ihrem vollen Verständnis vom Standpunkt eines jahrelangen Beobachtungsdienstes. Ein grundtüchtiges, fest mit verantwortungsfrohen Urteilen aus Eigenschau stehendes Heft!

5. **Karl Bartz: Englands Weg nach Indien, Schicksalsstunden des britischen Weltreichs.** Berlin 1936. Verlag Ullstein. 315 S. 45 Abb. 24 Tafeln. Ungeb. 5,50, geb. 6,80 RM.

Dankenswert ist es, daß in bewegter, fast romanhafter Form das Waten durch Blut und Schweiß, die Taten höchster Verantwortungsfreudigkeit und die düstersten diplomatischen Künste dargestellt werden, durch die das Herrenrecht in Indien und die Wacht an den Zugängen erworben worden ist. Die dabei unvermeidliche Auswahl wird immer einzelne glänzende Schicksale bevorzugen, wie Clive und Warren Hastings, ihre Gegner nach innerer Wahlverwandtschaft in Licht oder Schatten stellen. Auch die Zugänge von Osten, Singapore und seine Begründer und Stanford Raffles hätten herangezogen werden können; man könnte auch Jawaharlal Nehru noch vor Gandhi stellen. Entscheidend bleibt das Heroische des Kampfes um Indien, aber auch die Wahrheit, daß dabei von Recht und Völkerbundsgrundsätzen noch viel weniger die Rede war, als bei irgendeiner Erwerbung der „Havenots": Deutschlands, Italiens, Japans; auch nicht, als Frankreich mit allen Listen und Künsten mit dem heutigen Westmachtbruder um den Riesenbissen stritt, den Napoleon I. noch einmal erraffen wollte.

6. **Paul Herrmann: Das große Wagnis, 6000 Jahre Kampf um den Erdball.** Berlin 1936. Zeitgeschichte-Verlag. 397 S., 53 Abb. u. Karten — faßt seine Aufgabe „als Heldenlied menschlicher Größe" noch breiter und umfassender und ist von einem vorbildlichen Zusammenbau von Geopolitik und Geschichte in packender und überzeugender Form getragen. So stellen wir uns in großen Zügen die Art vor, wie an weltumspannendem Geschehen das ewige Zusammenraufen von Blut und Boden von Geschlecht zu Geschlecht der nachwachsenden Jugend zum persönlichen Erlebnis gemacht werden müßte. Hinter spannender Form steckt ein gediegener, durch Bilder wohltätig aufgelockerter Wissensbau und ist ein Musterbeispiel, wie man kommende Geschlechter mit leidenschaftlichem Anteil an Weltbild und Weltgeschehen erfüllen könnte. Glück auf!

Gern knüpft man an solchen Auftakt eine Betrachtung an, deren Helden wir im gleichen Heft schon an fremder Darstellung von Sykes ins Licht rückten.

7. **Oskar Ritter von Niedermayer: Im Weltkrieg vor Indiens Toren.** Hamburg 1936. Hanseatische Verlagsanstalt. 228 S., 27 Abb., 1 Karte. Ungeb. 5,60, geb. 6,80 RM.

22000 km über das von Sykes ohne seine Führung der Deutschen Afghanistan-Expedition prophezeite vorzeitige Ende in Aleppo hinaus hat O. v. Niedermayers Führerbegabung diese Expedition gebracht: trotz ihrer denkbar talentlosen Anfangsorganisation als die im Verhältnis zu den Mitteln denkbar erfolgreichste aller deutschen Außenunternehmungen jenseits von Europas Grenzen. Nicht wir, sondern der Gegner, Sykes, macht sie verantwortlich für den dritten Afghanenkrieg mit allen seinen Indien erschütternden Folgen und für die Niederlage von Kut el Amara. In Niedermayers prächtiger, knapp geschürzter Selbstdarstellung erfährt der junge Deutsche in praxi alles, was er vorher von Bartz und Herrmann an weltgeschichtlichen Exempeln hören konnte, wie man Reiche baut und Reiche zerstört und nebenbei mit einem höchst fesselnden abenteuerlichen Zwischenspiel im Lebenslauf auch noch als Mann der Tat auf seine Rechnung kommt. Nebenher werden die Schwierigkeiten mit den heimatlichen Ämtern — (vielleicht die größten) türkische Kraft-

überschätzung und passiver Widerstand, Perser, Afghanen, Wüsten und Hochgebirgswälle (aber ohne Hütten und Wege) — überwunden; zuletzt wird noch ein einsames Vorbild kriegerischer Mannesleistung gegeben, wie es nur je den kühnsten Träumen des Prinzen Friedrich Karl entsprach. Das sollte Oskar von Niedermayers Name alles zusammen dem deutschen Volk bedeuten; er müßte ihm so vertraut sein, wie dem Japaner sein Volksheld Yoshitsune mit seinem getreuen Knappen Benkei, in diesem Fall dem Altbayer Jacob; und damit hat der Herausgeber der Geopolitik endlich einmal die willkommene Gelegenheit, seine unumwundene Meinung über seinen wehrgeopolitischen Kollegen zu Berlin niederzulegen, der schon sorgen wird, daß die Fahne der Wehrgeopolitik in der nächsten Geschlechtsfolge nicht sinkt.

Dr. Werner Schmidt-Pretoria: Der Kulturanteil des Deutschtums am Aufbau des Burenvolkes. Sonderveröffentlichung II der Geographischen Gesellschaft zu Hannover. 303 Seiten mit 16 Bild- und Kartentafeln. Verlag Hahnsche Verlagsbuchhandlung, Hannover 1938, Preis geb. RM. 8,—.

Das inhaltreiche und gut ausgestattete Werk von Dr. Schmidt-Pretoria, das man als Ehrentafel der frühen deutschen Kapsiedler bezeichnen möchte, ist dem Chef der Auslands-Organisation im Auswärtigen Amt, Gauleiter E. W. Bohle, gewidmet. Man kann dem mit ebensoviel Fleiß wie stilistischem Geschmack gearbeiteten Werk nur weiteste Verbreitung wünschen. In vorbildlicher Gründlichkeit widerlegt der Verfasser die einst von Theal und von Colenbrander verbreitete Auffassung, die Kapdeutschen seien zumeist als ältere Leute und nach langjähriger Dienstzeit in Holländisch-Indien nach Südafrika gekommen, sie hätten erst nach ausschweifendem Leben und so spät geheiratet, daß ihre Ehen wenig fruchtbar gewesen seien. Nicht mit Redensarten, sondern mit archivalisch genau belegten Tatsachen beweist Schmidt-Pretoria, daß das gerade Gegenteil zutrifft. Kerngesunde Männer waren die deutschen Stammväter des Burenvolkes, gesund an Leib und Seele, fleißig und erfinderisch, begabt und tüchtig und deshalb von ihren Mitbürgern geachtet und immer wieder reich mit Ämtern und Würden bedacht. Wir können stolz sein auf diese Volksgenossen, ohne deren tatkräftige Mitwirkung die Bildung des Burenvolkes in dem Zeitraum 1652—1806 schwerlich geglückt wäre. Wir können stolz sein auch auf dieses Buch, das endlich die großen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Verdienste der frühen deutschen Kapsiedler ins rechte Licht rückt.

In allen Teilen unseres Vaterlandes wird das hervorragende Buch von Schmidt-Pretoria auch um dessentwillen Freunde finden, weil die einwandfrei deutschen Siedler mit kurzer Lebensgeschichte einzeln behandelt werden, das Werk infolgedessen zugleich eine reiche Fundgrube für familiengeschichtliche und sippenkundliche Forschungen darstellt.

E. Obst.

Neuere Karten und Kartenwerke über Afrika

Von Hochschulprofessor Dr. E. Wunderlich, Stuttgart

Nachstehend wird eine kurze Übersicht wichtiger neuer Kartenwerke und einzelner Karten gegeben, die namentlich auch die Verfolgung aktueller geopolitischer Vorgänge in Afrika erleichtern können[1]).

Für die erste Orientierung bieten die afrikanischen Blätter der internationalen Erdkarte 1:1 Mill. die beste Gesamtübersicht. Wertvoll ist bei diesem grundlegenden Kartenwerk vor allem auch, daß — ganz abgesehen von der gleichartigen Ausführung der verschiedenen Blätter — der einheitliche Maßstab einen unmittelbaren Größenvergleich der verschiedenen Gebiete ermöglicht. Leider liegt dieses Kartenwerk noch nicht für den Gesamtbereich des Kontinents vor. Dennoch gehört Afrika mit zu den Erdteilen, deren Darstellung am meisten fortgeschritten ist[1]); von Nordafrika fehlen z. B. nur noch wenige Blätter. Gerade in den letzten Jahren ist eine Reihe neuer Teilblätter erschienen, die geopolitisch besonderes Interesse bieten, wie z. B. die Blätter von Ägypten, von Südwestafrika usw. Für den Nordosten von Afrika sind inzwischen auch die meisten Blätter der 17teiligen italienischen Sonderausgabe erschienen, die auch die Randgebiete des italienischen Kolonialbesitzes mit zur Darstellung bringen.

Eine gute Ergänzung bietet für viele

1) Weitere Auskunft über Einzelheiten erteilt jederzeit bereitwillig und unentgeltlich der Volksdeutsche Kartendienst, Stuttgart, Haus des Deutschtums.

1) Vgl. auch „Die Internationale Weltkarte im Jahre 1936". Mitt. des Reichsamts für Landesaufnahme 1937, H. 5.

Zwecke das von englischer Seite herausgegebene, gleichfalls ganz Afrika umfassende Kartenwerk, 1:2 Mill., das ebenfalls für den größten Teil des Kontinents, zum Teil schon in neuen Auflagen einzelner Blätter, vorliegt. Diese enthalten z. B. auch die wichtigsten Luftverkehrsstrecken. In diesem Zusammenhang sei auch die französische Übersichtskarte „Carte Générale d'Afrique" i. M. 1:5 Mill. erwähnt; sie erscheint in neuer Auflage.

Gute Gesamtübersichten in noch kleineren Maßstäben gibt es in größerer Zahl; erwähnt sei z. B. die englische politisch-geographische Übersicht i. M. 1:16 Mill. (1935). Entsprechende Gesamtdarstellungen enthalten natürlich auch alle neueren großen Atlanten. Hingewiesen sei an dieser Stelle besonders auf die umfassende physische und politische Übersicht in dem großen Weltatlas des Bibliographischen Instituts, auf die 5 Blätter in der neuesten Ausgabe von Andrees Handatlas, sowie auf die 9 völlig neu bearbeiteten Gesamt- bzw. Teilkarten von Afrika in der noch im Erscheinen begriffenen internationalen Ausgabe des Stielerschen Atlasses usw. In diesem Zusammenhang sind aber vor allem auch die großen neueren Atlantenwerke der verschiedenen europäischen Kolonialmächte zu nennen. So namentlich einige englische Atlanten von Bartholomew oder der umfangreiche „Atlas of Empire" von Horrabin, die naturgemäß die englischen Kolonialgebiete besonders berücksichtigen, ferner der ausgezeichnete italienische Atlas (Atlante Internazionale del Touring Club Italiano), der für die Darstellung der italienischen Kolonien wichtig ist, sowie der große „Atlas des Colonies Françaises", der zugleich wertvolle physische und anthropogeographische Karten der verschiedensten Art über die einzelnen französischen Kolonialgebiete mit erläuterndem Text enthält.

Für die ehemaligen deutschen Kolonien[1]) gibt der erfreulicherweise wieder neu herausgegebene deutsche Kolonialatlas wenigstens die wichtigsten Übersichten. Bei dieser Gelegenheit darf an die außerordentlich großen Leistungen der früheren deutschen Kolonialkartographie erinnert werden, deren Kartenwerke noch heute zum Teil für weite Gebiete als Grundlage dienen müssen. —

Kurz die Einzelkarten der verschiedenen afrikanischen Teilgebiete:

1) Vgl. auch die eben herausgegebene Übersicht in Wandkartenform „Deutschlands Kolonien" im Verlag von Vollbrecht in Nörten-Hardenberg, Hannover.

Wir nennen für den Nordwesten besonders noch den „Atlas d'Algérie et de Tunisie", der noch im Erscheinen begriffen ist und wichtige Übersichten über die Kolonisation, Anbauverhältnisse usw. bietet, während das Kartenwerk „Principales Routes et Pistes de L'Afrique Française" vor allem für die neuere Verkehrsentwicklung des nordwestlichen Afrikas zu beachten ist (M. 1:2,5 Mill.).

Für den anglo-ägyptischen Sudan verweisen wir auf die 1934 erschienene englische Übersichtskarte 1:3 Mill., die südwärts bis zum Kongogebiet bzw. bis zur Kolonie Kenya reicht und auch die Randgebiete von Äthiopien (Abessinien) noch mit umfaßt. Über letzteres einschließlich des übrigen italienischen Kolonialbesitzes in Nordostafrika liegt eine ganze Reihe neuer italienischer Übersichten, zum Teil bereits in mehrfachen neuen Auflagen, vor. Hervorgehoben sei hier namentlich die gute Übersichtskarte des Istituto Geografico Militare 1:3 Mill. und die verschiedenen Darstellungen aus dem Verlag de Agostini in Novara.

Für Ostafrika nennen wir die neuere Übersichtskarte 1:2 Mill., „Map of Tanganyika Territory", die neben der physischen Darstellung auch verkehrsgeographische und administrative Angaben bietet. Dann ist für Ostafrika besonders noch auf die Bevölkerungs- und Wirtschaftskarte von Gillmann bzw. die erweiterte Darstellung von Troll hinzuweisen, die für die Kolonialfrage besonderes Interesse bieten.

Für Südafrika ist die unlängst herausgegebene, noch im Erscheinen begriffene Topographische Karte der Union von Südafrika i. M. 1:500 000 zu erwähnen, die in 5 Blättern den gesamten Südosten, von Transvaal bis zur Linie Bloemfontein—Port Elizabeth, in farbigen Höhenstufen usw. darstellt.

Für Deutsch-Südwestafrika ist die englische 3blätterige „Farm-Area"-Karte, die an die ältere deutsche „Besitzstands-Karte" von 1911 anschließt, wichtig.

Für Angola bietet die 1935 erschienene 4teilige Carta de Angola 1:1 Mill. eine brauchbare Orientierung, vor allem nach der administrativen und verkehrsgeographischen Richtung.

Für Kamerun ist die 1936 herausgekommene Karte „Territoires du Cameroun", vorzugsweise für verkehrs- und politisch-geographische Übersichtszwecke, zu nennen. Sie berücksichtigt freilich nur das französische Mandatsgebiet; für den englischen Teil: die ähnlich gehaltene 4teilige Karte von „Nigeria" 1:1 Mill.

Neue geopolitisch zu beachtende Karten und Atlanten

Zusammengestellt von Prof. Dr. E. Wunderlich,
Leiter des Volksdeutschen Kartendienstes Stuttgart

(Die erklärenden Vorbemerkungen über Zweck und Einteilung der Bibliographie, vgl. Heft 9, S. 768, 1937.) Nähere Auskünfte über die Karten erteilt jederzeit gern und unentgeltlich der Volksdeutsche Kartendienst, Stuttgart, Haus des Deutschtums.

Stieler, Adolf: Grand Atlas de Géographie moderne. 114 feuilles, comprenant 263 cartes gravées sur cuivre. 10. ed. Edition internationale. Publiée par Prof. Dr. H. Haack avec la collaboration du Berthold Carlberg et de Rudolf Schleifer. 57. Lfg. Livraison 23.–26. Gotha, J. Perthes 1937. Jede Lieferung RM. 1.50.

Meyers Universalatlas. Mit 225 Haupt- und Nebenkarten, darunter 2 Großraumkarten, etwa 300 Abb. v. Landschaften und Volkstypen usw., nebst ausführl. Erläuterungen u. umfassenden Textteil. Format: 35 × 25 cm. Leipzig, Bibliograph. Institut A.-G. 1936. RM. 19.50 bzw. RM. 24.–.

Meyers Lexikon: Atlasband (Band 12), 8. gänzl. neubearb. Aufl. 250 Haupt- und Nebenkarten. Register rd. 70000 Namen. Leipzig, Bibliograph. Institut A.-G. 1936. RM. 15.– bzw. 20.–.

Eggers, Dr. W.: Deutsches Land – deutsches Volk und die Welt. Ein Kartenwerk. 76 S. Unter Mith. zahlr. Dienststellen u. Erzieher. Leipzig, List & v. Bressensdorf 1937. Best. Nr. 225 RM 4.95.

Harms, Heinrich: Neuer deutscher Geschichts- und Kulturatlas. Hrsg. unter Mitarbeit namhafter Erzieher v. Dr. Eberhardt. 2. erw. Aufl. Leipzig, List & v. Bressensdorf 1937, 94 S. geb. RM. 3.95.

Luth, Rudolf zu der: Wehrwissenschaftlicher Atlas, 4. Ausg. Wien, Lenobel in Kommission. 1937. 96 S. mit Kt. 29 × 31 cm. Vowinckel, Heidelberg. RM. 3.50 bzw. RM. 4.50.

Umrißkarte der Erde, 1:45 Mill. im Äquator. Arbeitskarte, Blau-Weißdruck. Stuttgart, Verlag: Der praktische Schulmann, Heft 2, 1937. RM. –.48.

Deutsches Volkstum in aller Welt, 1:45000000. Bearb. v. Dr. Friedr. Lange. Mehrf., mit Nebenkt. Format: 87 × 70 cm. Hrsg. vom Verlag Volksbund f. d. Deutschtum i. Ausland, Wirtschaftsunternehmen G. m. b. H., Berlin 1937. RM. –.70.

Das Deutschtum in der Welt, Maßstab im Äquator 1:32000000. Bearb. v. Prof. Dr. Wunderlich in Verb. mit S. Endreß. Format: 109 × 72 cm. Mehrfarbendruck. Stuttgart, Verlag: Der praktische Schulmann 1937. RM. 4.–, mit Erläuterungsheft RM. 4.50.

Korytko, S.: General Survey Map of the world's mining industry and means of communication. 1:60000000, mit 1 Beikt., 3 Nebenkt. u. zahlr. Fig. (Lwow) Lemberg: Selbstverlag (lt. Mittlg.: Gubrynowicz & Syn), 1936. 80 × 100 cm. RM. 23.–.

*

Afryka (Afrika), 1:10000000; bearb. v. E. Romer, Format: 83 × 110 cm. Farbendruck mit 1 Nebenkt. Lemberg (Lwow)-Warschau, Verlag v. Ksiaznica Atlas 1936.

Vollbrecht, August: Deutschlands Kolonien, Wandkarte (1 Tafel m. Kt. i. verschd. Maßstäben, graph. Darst. u. Text), Format 172,5 × 109 cm. Nörten-Hardenberg, Verlag Vollbrecht 1937. Mit Lw. u. St. RM. 17.50 bzw. 27.–.

L'Italia. Il Levante e L'Africa Italiana, 1:3000000. Bearb. v. R. Allmagia, Farbendruck 156 × 186 cm mit 5 Nebenkt. Herausg. v. G. L. Paravia & Co. Turin (Torino) 1937. RM. 3.90 bzw. RM. 9.10.

Topographical Map of the Union of South Africa. – Topografiese Kaart van die Unie van Suid Afrika. 1:500000. Bl. 1–5. – Buntdruck, Format 83 × 100 cm Hrsg. v. Office of the Director of irrigation. Pretoria 1935/36. Je S 3.–.

Romer, E.: Ameryka Polnocna (Nordamerika), Ameryka Południowa (Südamerika) 1:10 Mill. Buntdruck. Format je 83 × 109 cm. Bearb. v. Instytut Imiena Kartograficzny E. Romera, Vlg. Ksiaznica Atlas (Lwów) Lemberg 1936.

Rothaug, J., Prof.: Australien und Polynesien, Schulwandkarte, 1:3 Mill. Wien, Freytag & Berndt, 1937. Format 189 × 157 cm. RM. 13.20 bzw. RM. 30.–.

Das bedrohte **Europa.** Der tschechisch-bolschewistische Korridor. Mehrsprachig, etwa 1:6 Mill. Hrsg. v. Slowakischen Rat, Genf, etwa 1936.

Strategischer Atlas zum Weltkrieg. Hrsg. von Major Volkmann. Mit 13 Kt. und Namensverzeichn. Leipzig, Bibliograph. Institut A.-G. 1937. RM. 2.60.

Karte von Spanien. Carte de l'Espagne. 1:2500000; mehrfarbig. Format 48 × 45 cm. Hrsg. vom Geogr. Verlag Kümmerly & Frey, Bern 1937. S.Fr. 1.20.

Gaebler, Eduard: Spezialkarte von Spanien und Portugal, 1:1200000. Format 83,5 × 97 cm. 6farbig. 2 Nebenkarten, hrsg. v. E. Gaeblers Geographischem Institut, Leipzig 1937.

Karta Kraljevine Jugoslavije i Susednih Pokajine (Karte des Königreiches Jugoslawien), 1:1000000. Mehrfarbig. 83,5 × 74 cm. Hrsg. v. Geodetskog Generala S. P. Boskovica (Militärgeograph. Institut), Belgrad 1936.

Schema der Eisenbahnlinien der Sowjetrepubliken, 1:5000000. Mehrfarb. Format 83 × 58 cm. Hrsg. vom Verkehrskommissariat der Sowjetrepubliken, Moskau 1936.

(Schluß folgt.)

Dieser Ausgabe liegen 4 Prospekte bei, die wir der freundlichen Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen: einer Teilauflage Ferd. Enke-Stuttgart für sein Werk Schmidt-Pretoria „Südafrika gestern und heute"; einer Teilauflage Schule der Freiheit-Uchtdorf für seine Zeitschrift; der ganzen Auflage Buchvertrieb G. m. b. H. Berlin für Duden und „Deutschland, Ein Handbuch"; Blut und Boden Verlag-Goslar für sein Werk „Die Beichte des Ambros Hannsen" und der Verlag der Zeitschrift für Geopolitik selbst für die Einbanddecken des Jahrganges 1937.

Staatenwirtschaft

Beiträge zum Staatshandeln in den Außenwirtschaften

STÄNDIGE BEILAGE ZUR ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Schriftleitung: Dr. Arnold Seifert, Leipzig

1938 **Januar** **Nr. 1**

„Hermann Göring — Werk und Mensch"
Der „Lenkende" in der Außenwirtschaft

Zu Erich Gritzbachs Buch

Der Gedanke der Planmäßigkeit der synthetischen Rohstoffwirtschaft ist, so schrieben wir in der November-Nummer der „Staatenwirtschaft", untrennbar verknüpft mit der Besinnung ganzer Völker auf ihre eigene Kraft. Seit langem werden auf synthetischem Wege Ausgangsstoffe für die Industrie erzeugt. Das ist nichts Neues. Das Epochemachende unserer Zeit ist die Tatsache, daß die Staatsführungen großer europäischer Nationen planmäßig an die Bewirtschaftung der synthetischen Rohstofferzeugung gehen und sie durch die Ausrichtung der technischen, geistigen und Willenskräfte der Nation zu bewältigen suchen. Damit erst rückt die Frage der synthetischen Erzeugung in das Licht unserer Zeit, und damit erhält sie auch erst eigentlich ihr politisches Gesicht, denn — so gesehen — zwingt gerade sie die „Handelnden" zur Lösung des Problems „Volksführung-Staatsführung-Wirtschaftsführung", wie es aus dem Lebensraum des einzelnen Volkes erwächst.

Wir haben im November diese Dinge noch mit wissenschaftlichem Abstand erörtert. Sie waren damals für uns nicht mehr als ein Maßstab für die politisch-wirtschaftliche Haltung der europäischen Nationen zur Frage eines Neubaues der europäischen Wirtschaft. Wir verwiesen zwar schon mit Nachdruck darauf, daß die beiden Großmächte in der Mitte des Kontinents, Deutschland und Italien, ihre beiden Völker bereits am Ausbau der synthetischen Erzeugung mit totalem Einsatz von Geist, Kraft und Stoff arbeiten lassen. Aber wir haben damals noch nicht gewußt, daß die Erörterung dieser Grundsätze um die Jahreswende in Deutschland zu einer solchen Aktualität heranreifen würde, wie es tatsächlich geschehen ist: Anfang Dezember übernahm der Beauftragte für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Hermann Göring, das Reichs- und Preußische Wirtschaftsministerium, um es organisatorisch zu dem zu machen, wozu es der Führer ausersehen hat: zur zentralen politisch-wirtschaftlichen Einsatzstelle für die Lenkung der deutschen Wirtschaft, die neben der Weiterführung ihrer bisherigen Aufgaben zum Exekutivorgan des Vierjahresplans werden soll.

Wer die Bedeutung dieses Ereignisses richtig erfassen will, muß sich von den zweifellos sehr wichtigen technischen und wirtschaftlichen Einzelheiten des Vorganges freizumachen suchen. Das Beste, was er tun kann, ist: das Buch „Hermann Göring — Werk und Mensch" zur Hand zu nehmen, das ein alter Mitarbeiter des Generalobersten, der Generalreferent und Chef des Stabsamtes, Ministerialdirigent Dr. Erich Gritzbach, soeben veröffentlicht. (Erich Gritzbach: Hermann Göring — Werk und Mensch, Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 1938, 345 S., geb. 6,50 RM.) Der „Wirtschaftler" tut gut daran, nicht in seinen alten Fehler zu verfallen, d. h. als „Vielbeschäftigter" aus dem Buch nur das Kapitel „Der Beauftragte für den Vierjahresplan" zu lesen und die „nicht sein Interesse unmittelbar berührenden Teile" zu überschlagen. Will man die organisatorische Neuordnung des Reichswirtschaftsministeriums durch den Beauftragten für den Vierjahresplan als eine Sache verstehen lernen, die das ganze deutsche Volk angeht, d. h. die den letzten deutschen Volksgenossen persönlich — nicht nur seine wirtschaftliche Existenz — tief berührt, so muß man die Gritzbachsche Schau des Menschen Hermann Göring von A bis Z miterleben. Man muß den „Gefolgsmann und Politiker", den „Preußischen Ministerpräsidenten und Innenminister", den „Reichsminister der Luftfahrt und den Oberbefehlshaber der Luftwaffe", den „Soldaten und den Staatsmann", den „Beauftragten für den Vierjahresplan" und den „Arbeiter und Arbeitskamerad", den „Reichsforstmeister und den Reichsjägermeister", den „Menschen und den Künstler" kennenlernen. Dann erst wird erlebnishaft klar, daß das Schicksal der deutschen Wirtschaft in den Händen eines Mannes ruht, der in sämtlichen Bereichen seines Lebens und Schaffens immer wieder derselbe ist: der politische Mensch des Nationalsozialismus. Hermann Göring ist der oberste „Lenkende" der deutschen Wirtschaft, jener gleichen Wirtschaft, die vor 1933 als „politisiert" galt und die heute durch ihn eine politische Wirtschaft geworden ist. „Volksführung" — das ist der Mann Göring, der im Volke wurzelt, „Staatsführung" — das ist der Staatsmann Göring, den das Vertrauen des Führers in seine staatsmännische Kraft an die Spitze wichtigster Ämter gestellt hat, und „Wirtschaftsführung", das ist der Politiker Göring, der dem deutschen Volke gezeigt hat, daß auch „Wirtschaften" eine Tat politischer Begeisterung sein muß: daß „Wirtschaften" heute und in Zukunft für das deutsche Volk „Besinnung und Verlaß auf die eigene Kraft" heißt.

Aus dieser Erfassung des Ganzen des deutschen Volkes ergibt sich von selbst die Planmäßigkeit der Lenkung. Wie weit dringt die Führernatur Göring in die Praxis der Lenkung ein? Wo beginnt seine Beschränkung auf das Wesentliche und Grundsätzliche? Auch hier weist Erich Gritzbachs Buch den Weg zum Verständnis der Zusammenhänge. In dem Abschnitt: „Der Arbeiter und der Arbeitskamerad" (S. 284 und 285) heißt es:

„Das Temperament des Generalobersten drängt nach unablässiger Betätigung. Wenn der Steuermann Göring sein Ruder nicht in der Hand hat, ist ihm nicht wohl... Das Geheimnis der Arbeitsleistung liegt in der Persönlichkeit des Mannes mit dem weitschauenden Führerblick und der nur Führern eigenen Fähigkeit, Wesentliches vom Unwesentlichen zu unterscheiden und unter diesem Grundsatz die Organisation der Arbeit aufzustellen, zu leiten und zu lenken. Ob er als Minister-

präsident oder Generaloberst, als der Beauftragte des Vierjahresplanes oder als Luftfahrtminister, als Reichsforstmeister oder als Präsident des Deutschen Reichstages handelt, niemals gibt er sich mit nebensächlichen Dingen ab, wenn sie ihm auch noch so laut und häufig vorgetragen werden. Eine solche Fähigkeit erspart viel Zeit. Das charakteristische Merkmal seiner Arbeitsweise aber ist noch ein anderes. Es ist die Tatsache, daß Hermann Göring mit beispielloser Energie jede neue Aufgabe binnen kürzester Zeit zum Inhalt seines ganzen Denkens macht, daß er ein neues Amt in wenigen Monaten persönlich und sachlich vollends mit dem Geist des Leiters erfüllt, seinem Denken und Folgen gleichschaltet, und daß er dann einen Mann aussucht, der die Fähigkeiten besitzt, dieses Amt unter seinem vollen Vertrauen zu leiten. Läuft der Laden einmal, dann bekümmern den Chef nur noch die großen entscheidenden Fragen, so sehr er sich in den ersten Tagen und Wochen auch mit den geringsten Einzelheiten beschäftigt hat. Es ist typisch für sein Schaffen, Wirken und Werken, daß er sich mit seiner ungeheuren Arbeitskraft sofort neuen Aufgaben zuwendet, wenn dieser Abschnitt, den eben nur eine Führernatur erkennen kann, erreicht ist."

Mit diesen Worten erklärt sich sehr einfach und natürlich, wie der „Mensch" sein „Werk" anpackt. Es zeigt sich, daß die vom Generalobersten verantwortete Arbeit in einem spezifisch soldatisch-politischen Stil geleistet wird, der den Einwand „Das geht nicht!" überhaupt nicht kennt. Und aus diesem wesensmäßig politischen Geist der Führung der deutschen Wirtschaft ergibt sich gleichzeitig aber auch Form und Inhalt des Verhältnisses Deutschlands zur Wirtschaft der übrigen Welt, denn planvolle Erfassung der nationalen Kraft heißt zugleich Befreiung von unnötigen außenwirtschaftlichen Bindungen. Dennoch oder gerade deswegen ist der deutsche Vierjahresplan „kein Hemmnis für den Aufbau einer neuen Weltwirtschaft. Vielmehr bringt Deutschland mit diesem gefestigten und gestählten Wirtschaftskörper ein wertvolles Aktivum in die Weltwirtschaft ein. Denn die Erfindungen und technischen Neuerungen in den Laboratorien und Konstruktionsbüros eines Industrielandes und die daraus neu entwickelten Produktionen und Industrien sind nicht nur nationalwirtschaftlich für das eigene Land, sondern zugleich auch international bedeutungsvoll. Die aus dieser Produktion wachsenden neuen Erzeugnisse stellen ebenso eine Stärkung der nationalen Wirtschaft wie eine Bereicherung der Weltwirtschaft dar. Und ebenso wie Deutschland vorangeschritten ist, besinnen sich ja auch die anderen Länder heute auf die letzten Quellen ihrer eigenen wirtschaftlichen Kraft. So bilden sich gleichberechtigte Partner, die als freie und unabhängige Wirtschaftsnationen in friedvoller Zusammenarbeit das Problem der Weltwirtschaft sicherlich besser lösen werden als schwache Kontrahenten, von denen immer Unruhe und Unsicherheit in den Welthandel einströmt.

Über die Methoden, die Weltwirtschaft zu einem ersprießlichen großen Ganzen zusammenzuformen, werden immer Meinungsverschiedenheiten bestehen. Jedoch sollte es nicht schwerfallen, für diese Zielsetzung Grundsätze aufzustellen, wenn frei und offen die derzeitig bestehenden Schwierigkeiten erörtert werden. Ich bin persönlich der Ansicht, daß ein exportfreudiges und exportfähiges Land auch gleich-

zeitig ein importfreudiges Land sein muß. Aber ebenso steht für mich auch fest, daß sich eine ihrer nationalen Aufgaben bewußte Wirtschaft nicht von außen her diktieren lassen kann, was exportiert oder importiert werden soll. Um jeden Preis importieren oder gar sich Exportmöglichkeiten durch politische Bindungen, die national nicht erträglich sind, verschaffen, kommt für Deutschland nicht in Frage. Aus einer solchen Zwangslage führt uns der Vierjahresplan heraus. So gesehen, ist dieser Plan der Sicherheitskoeffizient, der uns freies Handeln garantiert. Wir werden in Zukunft unsere Einfuhr nach eigenem Ermessen gestalten, und wir werden nur das kaufen, was wir für richtig halten und was unseren Bedürfnissen entspricht. Und ebenso können wir naturgemäß nicht das exportieren, an dem wir selbst Mangel haben, sondern wir werden das ausführen, woran das Ausland Bedarf hat. Das sind in erster Linie die qualitativ hochstehenden Leistungen unserer Fertigwarenindustrie und die Erzeugnisse unserer ständig fortschreitenden chemischen und technischen Forschungsergebnisse.

Diese Maxime schließen Zugeständnisse, wenn sie nationalwirtschaftlich vertretbar sind, in keiner Weise aus. Im Handel wird gehandelt. Und ebenso wie bei den zahlreichen Faktoren, die den Welthandel bedingen, der Lebensstandard des eigenen Volkes nicht vergessen werden darf, werden sich auch zeitweise Notwendigkeiten ergeben, die eigene Produktion nach der Lage des Weltmarktes auszurichten. Wenn aber unter gesunder Weltwirtschaft verstanden wird, daß jedes Land grundsätzlich in vorderster Linie das einführt, woran es echten Bedarf hat und was es aus seinen eigenen natürlichen Schätzen und seinen Arbeitskräften nicht erzeugen kann, und das exportiert, was es aus seiner besonderen, ihm eigenen natürlichen und geistigen Leistungsfähigkeit hervorbringt, womit es also die Weltwirtschaft bereichert, so ist die nationalwirtschaftliche Lebenssicherung, jenes leider so häufig mißverstandene ‚Autarkiestreben', nichts anderes als eine unerläßliche Voraussetzung für den Aufbau einer neuen und gesunden Weltwirtschaft. Deutschland ordnet daher seinen eigenen Wirtschaftsraum, um als vollwertiger und gleichberechtigter Partner in den internationalen Güteraustausch einzutreten". (Hermann Göring vor der Internationalen Handelskammer, Juni 1937. — Erich Gritzbach a. a. O., S. 173 bis 175.)

Das ist der Standort, von dem aus Hermann Göring die deutsche Außenwirtschaft lenkt, und das ist auch der Punkt, an dem es der „Staatenwirtschaft" möglich ist, im In- und Ausland an dem Werke mitzuhelfen, das ihn und seinen alten Kampfkameraden, den neuen Reichswirtschaftsminister Funk, verbindet. Im vergangenen Jahre sind die drei ersten Hefte dieser „Beiträge zum Staatshandeln in den Außenwirtschaften" erschienen. Sie haben daheim und draußen eine gute Aufnahme gefunden, wenn auch der neu geprägte Begriff „Staatenwirtschaft" nicht allen sofort klargeworden ist. So hat uns beispielsweise Wilhelm Vogel mißverstanden, wenn er in seinen „Blättern für geistige Erneuerung" schreibt: „Das Arbeitsprogramm, das sich die Zeitschrift gestellt hat, ist in mehrfacher Hinsicht bezeichnend für die Richtung, in der heute die Lösungen

gesucht werden. Wir wollen uns vorläufig einer Stellungnahme zu diesen Bestrebungen enthalten, obwohl uns einige Zweifel beschleichen, ob in solcher Betrachtungsweise nicht allzusehr Übergangserscheinungen und Notbehelfe als Elemente einer ganz neuen Entwicklung genommen werden." Schon „mit bloßem Auge sind die Grenzen" abzulesen, die „der Staatenwirtschaft im Verhältnis zur persönlichen Initiative und Verantwortung gezogen sind". Hier ist sichtlich „Staatenwirtschaft" mit „staatlicher Regiewirtschaft" verwechselt worden. In Wirklichkeit ist „Staatenwirtschaft" zunächst einmal, d. h. bis weitere theoretische Klärung den Begriff exakter abgrenzt, nichts anderes als die „neue Weltwirtschaft", wie sie Hermann Göring definiert hat, d. h. eine internationale Zusammenarbeit, die sich langsam unter staatlicher Lenkung der einzelnen Außenwirtschaften entfaltet, nachdem die alte Weltwirtschaft, die der Liberalismus schuf und später selber verriet, zerbrochen ist. Der Begriff „Weltwirtschaft" nutzt sich allmählich ab, und er trifft in zunehmendem Maße auch nicht mehr das, was heute neu zu wachsen beginnt. Die lenkende Einflußnahme der Staatsführungen auf ihre Außenwirtschaften ist — in den mannigfachsten Graden und Schattierungen — schon heute universell. Sie kann dazu führen, daß sich einzelne Nationen in engstirniger Eigensucht von dem Rest der Welt fast völlig abschließen. Dann würde aus der „alten Weltwirtschaft" in der Tat keine neue „Wirtschaft der Staaten der Welt", wie sie uns als „Staatenwirtschaft" vorschwebt, entstehen können. Aber wir glauben an eine solche Wendung nicht. Wir sind überzeugt, daß wir an der Schwelle einer neuen weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit stehen, die ihre Ausmaße und ihre Ziele von den Staatsführungen der einzelnen beteiligten Nationen her empfangen wird. „Die neue weltwirtschaftliche Ordnung", so schrieb die „NS. Niedersächsische Tageszeitung", Hannover, „zeichnet sich durch die heute vielerorts noch die Erkenntnis verhängenden Nebelschleier hindurch als eine von den Staaten geregelte Ordnung, als ‚Staatenwirtschaft', ab. Helfer und Wegbereiter für sie wird die neue Zeitschrift durch Aufzeigen der Entwicklungslinien und beobachtende Wertung sein."

Eine Staatenwirtschaft der Zukunft wird entscheidend bestimmt werden von denen, die in den einzelnen Ländern die Wirtschaft und damit auch die Außenwirtschaft lenken werden, also von den persönlichen Trägern des Staatswillens im Ökonomischen. Damit aber hängt in größerem Umfange denn je Wohl und Wehe der nationalen wirtschaftenden Gemeinschaften von der Großzügigkeit, Willenskraft und Einsicht dieser „Lenkenden" ab, in deren Händen sich eine früher ungeahnte Machtfülle ansammelt. Eine der wenigen unabdingbaren Voraussetzungen für das Vorhandensein solcher Einsicht und solcher Großzügigkeit aber ist, wie Karl C. Thalheim an anderer Stelle dieses Heftes es verdeutlicht, die wechselseitig voneinander abhängige Verbundenheit des „Lenkenden" mit Volk und Wirtschaft. Die erlebnismäßige Erfassung der Wirtschaftsstruktur ist nur auf dem Urgrund völkischer Gemeinsamkeit denkbar. Aus dem Fehlen dieser Gemeinsamkeit bei den derzeitigen volksfremden Beherrschern des russischen Volkes erklärt sich der ganze Jammer der sowjetrussischen Mißwirtschaft. Bei uns in Deutschland besteht dieser letzte völkische Zusammenhang. Wir treffen uns mit der Gritzbachschen Schau des Menschen Hermann Göring, wenn wir im vor-

liegenden Heft bei der Besprechung der deutschen Initiative im Londoner Internationalen Walfangabkommen aussprechen, daß Deutschland mit dem Volksmann Hermann Göring an der Spitze der deutschen Wirtschaft auch international die Gewähr für eine verständnisvolle Zusammenarbeit unter den Staaten bietet. Es liegt eine tiefe Symbolik darin, daß dieses internationale Abkommen durch die deutschen Verhandlungspartner ein Stück vom Geist des deutschen Vierjahresplans und damit vom Geiste Hermann Görings bekommen hat. In London ging es um profitwirtschaftliche Ausrottung oder verständnisvolle Hegung des Walbestandes in der Antarktis, und es war das Ereignis der Konferenz, daß die deutschen Delegierten uneingeschränkt für die Durchsetzung der hegewirtschaftlich-biologischen Denkweise eintraten. Hier hat sich in einem höheren Sinne erwiesen, daß die Hegung des deutschen Wildes, wie sie dem Reichsjägermeister ans Herz gewachsen ist, und die Sorge um die deutsche Wirtschaft, die den Beauftragten für den Vierjahresplan beschäftigt, ein und demselben Geist entspringt: dem wahrhaft sozialistischen Geiste des Deutschlands Adolf Hitlers, der alles wertvolle Wachstum hegt und pflegt, der die Güter seines Volkes und seines Lebensraumes nicht der „selbsttätig regulierenden Kraft" des privaten Bereicherungstriebes überläßt, sondern sie aufbaut und für künftige Geschlechter regeneriert!

Karl C. Thalheim:
Der „Lenkende" und die Wirtschaftsstruktur

Außenwirtschaft in der Hand und unter der planvollen Lenkung des Staates — das ist die sich heute immer deutlicher abzeichnende Gestalt, die die Beziehungen von Volkswirtschaft zu Volkswirtschaft annehmen. So klar die gegenwärtige Lage der „Weltwirtschaft" diese künftige Gestalt schon erkennen läßt, so verwirrend ist noch die Vielfalt der Zielsetzungen und Methoden im einzelnen. Kann man in dieses Vielerlei eine Ordnung bringen, in dem scheinbaren Chaos eine innere Logik entdecken? Eine Verneinung dieser Möglichkeit muß jede wissenschaftliche Arbeit auf dem Felde der neuen Außenwirtschaft zur bloßen Deskription stempeln; und der Arbeitskreis um die „Staatenwirtschaft" muß sich darüber klar sein, daß sein Wirken in einer solchen bloßen Beschreibung der Tätigkeit der „Lenkenden" versanden muß, wenn es nicht gelingt, die Beschäftigung mit diesem Gegenstande auch theoretisch zu unterbauen. Der Vergleich mit dem Merkantilismus liegt nahe; im merkantilistischen Schrifttum handelte es sich in erster Linie um eine Sammlung von „Rezepten" für die Wirtschaftspolitik oder um bloße Beschreibung ihrer Maßnahmen. Die Möglichkeit einer geistigen Fundierung der Beschäftigung mit der staatlichen Lenkung der Außenwirtschaften scheint nur dann gegeben, wenn man dabei von der Struktur der Volkswirtschaft, den sie bestimmenden Faktoren und ihren Einflüssen auf die Gestaltung der Außenwirtschaftsbeziehungen ausgeht. Das ist der gleiche Grundsatz, der sich durch den geistigen Umbruch unserer Tage für die Volkswirtschaftslehre überhaupt ergibt.

Dem alten individualistischen und mechanisch-kausalen Wirtschaftsdenken war die Vorstellung eines in jeder einzelnen Erscheinungsform individuelle Züge aufweisenden Organismus „Volkswirtschaft" fremd; es kannte nur „die Wirtschaft" schlechthin, in der man in höchst gefährlicher Abstraktion von der Wirklichkeit überall die gleichen Grundzüge und die gleichen „Gesetze" zu erkennen glaubte. Das eigentliche Zentrum der wissenschaftlichen Betrachtung wurden die Phänomene des Marktes und der Preisbildung. Die Enge und Wirklichkeitsfremdheit solcher Auffassung wird heute — wenigstens in Deutschland — von niemandem mehr bestritten. Doch braucht auch eine neue, „organische" Betrachtungsweise ein geistiges Zentrum; sie braucht es um so mehr, als ihr auf die Tatsachen gerichteter Blick dadurch allein der Gefahr bloßer Diskription zu entgehen vermag, deren Auswirkungen wir an dem Schicksal der sogenannten „historischen Schule" der deutschen Volkswirtschaftslehre deutlich genug gesehen haben.

Zentralbegriffe einer wirklichkeitsnahen Wirtschaftstheorie sind in erster Linie die produktiven Kräfte einer Volkswirtschaft, deren überragende Bedeutung gegenüber einer bloßen „Theorie der Werte" schon Friedrich List mit aller Klarheit herausgearbeitet hat, und in engem Zusammenhang damit die Struktur der Volkswirtschaft. Da das Wort „Struktur" heute zu einem ähnlich vieldeutig-verschwommenen Modewort wie das Wort „organisch" zu werden droht, soll eindeutig gesagt werden, was wir darunter verstehen: die Art und Weise, wie die Teile eines Ganzen untereinander und zu diesem Ganzen verbunden sind. Die in sich geschlossene Ganzheit ist dabei der lebendige Organismus „Volkswirtschaft", dessen inneren Aufbau (und damit auch seine Lebens- und Entwicklungsbedingungen) zu erhellen, das Ziel jeder strukturellen Untersuchung ist. Eine von der Struktur ausgehende volkswirtschaftliche Betrachtungsweise kann deshalb jede Einzelheit des Wirtschaftslebens immer nur in ihrer gliedhaften Verbundenheit mit dem ganzen Organismus „Volkswirtschaft", in ihrer Eignung für die Erfüllung des Lebenssinnes und der Lebensziele dieses Ganzen sehen, sie ist damit also im Grundsatz gegen individualistisch-atomistische Irrungen geschützt. Ebenso kann aber eine strukturelle Betrachtungsweise immer nur historisch-dynamisch sein; denn die Struktur einer Volkswirtschaft, die wir in einem gegebenen Augenblick vorfinden, ist nie etwas Festes, ein für allemal Fertiges, sondern immer etwas Werdendes, in Gestaltung und Umgestaltung Befindliches — *„geprägte Form, die lebend sich entwickelt"*.

Die Kräfte, aus deren Wirksamwerden sich die jeweilige Struktur einer Volkswirtschaft ergibt, nenne ich die strukturbestimmenden Faktoren, die sich in fünf große Gruppen gliedern lassen: der Raum, das Volk, Technik und Wissenschaft, die (in engstem Zusammenhang mit der Rasse stehende) Wirtschaftsgesinnung, und schließlich, mit der Wirtschaftsgesinnung eng verknüpft, die politische Gestaltung in ihrer Verbindung mit der geschichtlichen Vergangenheit und der jeweiligen Staatsform. Von diesen strukturbestimmenden Faktoren sind zu unterscheiden die Strukturelemente, d. h. die Teile der volkswirtschaftlichen Struktur, deren Inbegriff — nicht etwa als bloße Summe gedacht, sondern gerade in der Eigenart ihrer Verflechtung untereinander und zum Ganzen — eben die Struktur der Volkswirtschaft ausmacht. Strukturelemente sind z. B. das Verhältnis der großen Wirtschaftszweige (Industrie, Landwirtschaft, Han-

del und Verkehr) zueinander; das Verhältnis der Betriebsgrößen und Unternehmungsformen; die Standortsverteilung; die soziale Schichtung; die weltwirtschaftliche Verflechtung; die Wirtschaftsverfassung, d. h. insbesondere das Verhältnis des Staates zur Wirtschaft. Es ist wichtig zu betonen, daß Strukturelemente, wie wir sie hier sehen, immer Verhältnisgrößen, niemals absolute Größen sind. Beispielsweise also: nicht die Landwirtschaft an sich ist für unsere Betrachtungsweise ein Strukturelement der deutschen Volkswirtschaft, wohl aber das — größenmäßige und artmäßige — Verhältnis, in dem Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr zueinander stehen.

Diese Leitgedanken einer strukturtheoretischen Betrachtungsweise sind bisher keineswegs schon Allgemeingut der Wirtschaftswissenschaft, sondern Bausteine zu dem uns heute aufgegebenen Neubau einer „volksorganischen" Wirtschaftslehre. Die strukturtheoretische Betrachtungsweise ist unabdingbare Voraussetzung für eine wissenschaftliche Klärung der Probleme der Außenwirtschaftsbeziehungen und ihrer staatlichen Regelung. Aber die Bedeutung der strukturellen Betrachtungsweise geht über den Bereich der wissenschaftlichen Forschung hinaus; sie greift in die Bezirke der Wirtschaftspolitik. Denn auch die Träger des Staatswillens, die „Planenden und Lenkenden" selbst, müssen bei der Lenkung der Außenwirtschaft von einer genauen Kenntnis der volkswirtschaftlichen Struktur ausgehen. Alles menschliche Handeln muß mit der Eigenart des Stoffes, des Materials rechnen, in und an dem dieses Handeln sich verwirklicht. Gewiß kann der geniale, schöpferische Mensch aus seinem Stoff Wirkungen herausholen, die der Stümper für völlig unmöglich halten würde; eine letzte Bindung an die Eigenschaften und Eigenarten des Stoffes bleibt jedoch auch für ihn bestehen. Das „Material" für die Wirtschaftspolitik ist die jeweilig überkommene und gegebene Struktur der Volkswirtschaft, und nur die genaue Kenntnis der Strukturelemente und der strukturbestimmenden Faktoren kann die Wirtschaftspolitik vor Irrwegen bewahren und dazu befähigen, angestrebte Ziele mit einem Höchstmaß von Wirksamkeit und einem Mindestmaß an Opfern zu erreichen.

Solche Kenntnis der Struktur einer Volkswirtschaft kann auch nicht lediglich auf rationallogischem Wege, ebensowenig allein durch noch so intensive Zusammentragung und Durchdringung statistischer Daten gewonnen werden. Denn die Elemente der Struktur sind keineswegs alle wägbar und meßbar, sie sind großenteils nicht quantitativ, sondern qualitativ zu bewerten, da sie — wie z. B. die Frage, ob in der Wirtschaft eines Volkes die statischen oder die dynamischen Faktoren vorherrschen — aufs engste mit der Wirtschaftsgesinnung und dem Volkscharakter, d. h. also mit der inneren Haltung der Menschen, deren Handeln gelenkt werden soll, zusammenhängen. Das bedeutet, daß die Voraussetzung der Wirtschaftslenkung auch die erlebnismäßige, „intuitive" Erfassung der Wirtschaftsstruktur sein muß, die nur auf dem Urgrund völkischer Gemeinsamkeit denkbar ist. Wir können es uns heute nicht mehr vorstellen, daß der Staatsmann, dessen Aufgabe die Wirtschaftslenkung ist, Angehöriger eines fremden Volkes ist, wie das in den merkantilistischen Staaten gar nicht selten der Fall war. Die irrationalen Faktoren, die ja doch für das Ganze der Wirtschaftsstruktur eine so wesentliche Rolle spielen, wird eben nur der Volks-

genosse voll zu erfassen vermögen. Ein besonders kennzeichnendes Beispiel dafür ist die Volksfremdheit der heutigen Herrscher der Sowjetunion, die in ihrer Wirtschaftspolitik immer wieder zu schweren Fehlern führt (man denke an die übersteigerte Technisierung in der russischen Landwirtschaft!), eben weil hier aus dem Mangel der Erlebnisgrundlage der verfehlte Versuch gemacht wird, Wirtschaftsstrukturpolitik rein logisch-rational zu betreiben.

Zu den Strukturelementen, mit denen die staatliche Wirtschaftslenkung zu rechnen hat, gehört auch das Ausmaß und die Art der weltwirtschaftlichen Verflechtung der Volkswirtschaft. Der Eingriff der staatlichen Wirtschaftspolitik wird ja überhaupt besonders dann notwendig, wenn eine bestehende Wirtschaftsstruktur einem — heute regelmäßig außerwirtschaftlich bestimmten — strukturellen Idealbild nicht entspricht. So entsteht auch die Notwendigkeit der staatlichen Lenkung der Außenwirtschaftsbeziehungen besonders dann, wenn die bisherige — „überkommene" — weltwirtschaftliche Verflechtung quantitativ oder qualitativ (oder in beidem zugleich) als unbefriedigend empfunden wird, weil man in ihr einen Störungsfaktor für die angestrebte innerwirtschaftliche Gestaltung sieht. Die staatliche Lenkung der Außenwirtschaft ist also heute in aller Regel auf eine Umgestaltung der bestehenden weltwirtschaftlichen Verflechtung und damit auch auf eine Umgestaltung derjenigen Struktur der Volkswirtschaft gerichtet, die der Staat bei seinem Eingriff vorfand. Dabei muß die Wirtschaftspolitik freilich berücksichtigen, daß, wie die Wirtschaftsstruktur überhaupt, so auch das Strukturelement „Weltwirtschaftliche Verflechtung" in der Regel das Ergebnis einer langen, oft jahrhundertelangen Entwicklung ist und daß bei dieser Entwicklung alle obengenannten strukturbestimmenden Faktoren mitgewirkt haben. Deshalb kann der „Lenkende" auch nicht — oder doch nur mit schweren, vielleicht unverhältnismäßig großen Opfern — von heute auf morgen hier einen grundlegenden Wandel schaffen.

Mit diesem entwicklungsgeschichtlichen Faktor hängen Art und Ausmaß des Staatseingriffs in die außenwirtschaftlichen Beziehungen eng zusammen. Je weiter in der Geschichte einer Volkswirtschaft die Anfänge einer intensiven — d. h. in diesem Falle: lebenswichtig gewordenen — weltwirtschaftlichen Verflechtung zurückreichen, je länger diese besonders unter dem bestimmenden Einfluß liberaler Weltwirtschaftsideologie gestanden, sich also einseitig an Kostenvorteilen orientiert hat, desto schwerer werden die Widerstände sein, die sich einer grundsätzlichen Neuorientierung entgegenstellen. Völlig anders ist dagegen die Lage bei Staaten, die heute ganz neu entstehen — wie etwa die Philippinen oder Ägypten — oder erst zu wirklicher Eigenstaatlichkeit sich entwickeln und damit auch die Möglichkeit gewinnen, ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen neu zu ordnen, die ihnen bisher von fremden Mächten diktiert worden sind; Beispiele dafür bieten die sich emanzipierenden früheren Halbkolonialgebiete des Orients oder auch zum Teil die lateinamerikanischen Staaten. Gerade in diesen Ländern wird die allgemeine Tendenz zur Nationalwirtschaft durch den politischen Nationalismus besonders gefördert. Die frühere Form ihrer „Eingliederung in die Weltwirtschaft" war nicht aus ihrem eigenen freien Willen geboren, sondern von fremden Mächten aufgezwungen, und sie wird heute von ihnen schon deshalb abgelehnt, weil sie ihnen ein wesentliches

Stück der nationalen Unfreiheit ihrer Vergangenheit bedeutet. Ein geringeres Maß von Widerständen gegen die Außenwirtschaftslenkung sehen wir auch bei den Ländern, die zwar schon früher selbst über ihre weltwirtschaftliche Verflechtung entscheiden konnten, ohne doch dabei je so stark von liberalen Ideen beherrscht gewesen zu sein wie die Länder Industrieeuropas. Das gilt weitgehend von Japan, und auch Rußland können wir in diese Linie eingliedern. Alle diese Länder sind nicht oder doch nur teilweise mit einem Vergangenheitserbe belastet, mit dem auch die staatliche Wirtschaftslenkung rechnen muß und das sie nicht einfach hinwegdekretieren kann. Sie können also die planmäßige Lenkung ihrer Außenwirtschaft und die Regelung ihrer Beziehungen zu anderen bereits mehr oder weniger entschieden gelenkten Außenwirtschaften viel kompromißloser und mit viel einheitlicherer Linie treiben; daher gewinnen sie einen — im Falle der UdSSR. allerdings mit monopolistischem Dumping rigoros erzielten — Vorsprung vor den hochentwickelten Ländern, die aus ihrer geschichtlichen Tradition heraus in die Form der autoritär gelenkten Außenwirtschaft erst hineinwachsen müssen, ein Vorgang, der selbstverständlich Zeit braucht. Freilich zeigen uns die Beispiele Deutschlands und Italiens, daß der Staatswille das Tempo dieses Vorgangs wesentlich beschleunigen kann, sofern nur eben die Staatsform die Voraussetzungen dafür schafft, daß dieser Staatswille sich einheitlich und ohne Rücksicht auf parlamentarische Mehrheitskonstellationen zu bilden und auszuwirken vermag.

Sehen wir also schon in der Art der staatlichen Einflußnahme auf die Außenwirtschaft und in dem Tempo, in dem autoritäre Formen sich durchsetzen, deutliche Einflüsse der Wirtschaftsstruktur und der strukturbestimmenden Faktoren Geschichte, Wirtschaftsgesinnung und politische Gestaltung, so zeigen sich solche Einflüsse der Struktur noch viel deutlicher in dem Inhalt der staatlichen Eingriffe und den ihnen zugrunde liegenden Zielsetzungen. Macht man mit dem Gedanken der Eigenständigkeit und der Individualität jeder einzelnen Volkswirtschaft ernst, so ergibt sich daraus schon, daß der Gedanke eines für alle Volkswirtschaften verbindlichen Idealtyps der Wirtschaftsstruktur absurd ist. Konstruktionen dieser Art müssen in einem wirklichkeitsfremden Dogmatismus enden, dessen Gefahren kaum weniger groß sind wie die des liberalen Wirtschaftsbildes. Es gibt nicht zwei Volkswirtschaften mit völlig gleichartiger Wirtschaftsstruktur; es gibt aber auch nicht zwei Volkswirtschaften, für die sinnvollerweise ein völlig gleichartiges Idealbild der Wirtschaftsstruktur aufgestellt werden könnte. Nur aus der vollen Wirklichkeit des Hier und Heute jeder Volkswirtschaft in ihrer ganzen Breite und Tiefe kann ein solches Idealbild gewonnen werden. Deshalb muß auch diejenige Art und dasjenige Ausmaß weltwirtschaftlicher Verflechtung, das für ein Höchstmaß von Lebensförderung und Lebenssicherung des Volksganzen notwendig ist, bei jedem einzelnen Volke verschieden bestimmt werden.

Es sollen hier nicht alle Formen der außenwirtschaftlichen Beziehungen einer Analyse unter strukturellen Gesichtspunkten unterzogen werden. Am wichtigsten sind ohne Zweifel die Außenhandelsbeziehungen; sie bieten der staatlichen Regelung der Außenwirtschaft deshalb besondere Schwierigkeiten, weil es sich beim internationalen Güteraustausch mehr als bei irgendeinem anderen Teilgebiet der „Weltwirtschaft" um eine Sache der Gegenseitigkeit handelt. Jeder staatliche Eingriff muß deshalb immer auch die Rückwirkungen in Rechnung stellen, die bei dem Partner durch ihn ausgelöst werden können. Die durch die Struktur einer Volkswirtschaft bedingte Möglichkeit zum Außenhandel soll im folgenden als „Außenhandelskapazität" bezeichnet werden[1]).

1) Den Begriff „Außenhandelskapazität" übernehme ich aus der demnächst als Buch erscheinenden Dissertation meines Schülers Dr. E. Hans Krämer: „Die Wechselbeziehungen zwi-

Die Außenhandelskapazität ist sowohl auf der Beschaffungs- wie auf der Absatzseite gegeben; auf der Beschaffungsseite durch denjenigen Teil des möglichen Bedarfs, der durch die einheimische Erzeugung nicht gedeckt werden kann; auf der Absatzseite durch denjenigen Teil der möglichen Erzeugung, der unter den gegebenen Verhältnissen vom Binnenmarkt nicht aufgenommen werden kann. Die Einsicht in den Gegenseitigkeitscharakter des Außenhandels zeigt ohne weiteres, daß zwischen den beiden Seiten ein gewisses Gleichgewicht geschaffen werden muß (soweit nicht eine Veränderung durch andere, sich zahlungsbilanzmäßig auswirkende Faktoren, wie z. B. die Kapitalanlage im Auslande, eintritt). Bleibt der Außenhandel sich selbst überlassen, so wird nur in den seltensten Fällen die jeweils gegebene Außenhandelskapazität eines Landes voll ausgenutzt sein. Zahlreiche, hier im einzelnen nicht zu behandelnde Faktoren bestimmen unter dieser Voraussetzung über den Grad der Ausnutzung und damit über den tatsächlichen Umfang des Außenhandels.

Je näher auch ohne staatliche Lenkung dieser tatsächliche Umfang des Außenhandels an die Außenhandelskapazität heranreicht, desto weniger wird der Außenhandel ein wirtschaftspolitisches Problem sein. Klafft aber die Diskrepanz zwischen beiden Größen immer weiter auf, dann müssen sich daraus wachsende Spannungen im Gefüge der Volkswirtschaft ergeben, die die bisherige weltwirtschaftliche Verflechtung als mit einer gesunden Wirtschaftsstruktur nicht mehr vereinbar erscheinen lassen. Das ist genau die Lage, in der sich heute der größte Teil aller Länder der Erde befindet. Die liberale Idee der internationalen Arbeitsteilung bezweckte eine maximale Steigerung der Außenhandelskapazität, und die wirtschaftspolitische Forderung des Freihandels sollte den tatsächlichen Außenhandel dieser maximalen Außenhandelskapazität weitestmöglich anpassen. Die Wirkungen zeigen sich in dem übergroßen Umfang der Außenhandelskapazität bei allen europäischen Industrieländern auch heute noch. Die weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen der letzten Jahre, vor allem der Weltkrieg, die Neuindustrialisierung vieler Länder, die Weltwirtschafts- und Weltwährungskrise, die stetig stärkere Anerkennung und Durchsetzung national-, sozial- und wehrpolitischer Zielsetzungen in der Wirtschaftsführung haben zum Zusammenbruch der alten Weltwirtschaft, zur Schrumpfung des Außenhandelsvolumens und damit zu einer vielfach unerträglich werdenden Diskrepanz zwischen Außenhandel und Außenhandelskapazität geführt.

Wie die einzelnen Länder auf die durch den Wandel der Tatsachen und den Wandel der Wirtschaftsgesinnung gegebene neue Lage reagieren, hängt eng mit ihrer bisherigen Wirtschaftsstruktur und mit den Möglichkeiten und Grenzen eines Strukturwandels zusammen, die nur aus der Einsicht in die strukturbestimmenden Faktoren heraus richtig beurteilt werden können. Im letzten entscheidend bleibt auch hier die Wirtschaftsgesinnung; nicht ein blinder Zwang äußerer Tatsachen, sondern das Wollen und Handeln der Menschen ist es, das die Ursache einer Umgestaltung der Wirtschaft wird, und in dem Wandel der Wirtschaftsgesinnung, der seinerseits wieder wurzeltief verbunden ist mit dem geistigen Wandel unserer Epoche überhaupt, sehe ich den stärksten Beweis dafür, daß der äußere Wandel der weltwirtschaftlichen Organisation nicht eine episodische Schwankung ist, sondern den Beginn eines neuen Zeitalters in den Wirtschaftsbeziehungen der Volkswirtschaften untereinander bedeutet. Für die Umgestaltung des zwischenstaatlichen Güteraustauschs ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung das beherrschende Hervortreten der Sicherheitsidee, der gegenüber die vom Liberalismus einseitig in den Vordergrund gerückte Reichtumsidee sehr viel an Überzeugungskraft eingebüßt hat. Wir dürfen bei der Sicherheitsidee nicht ausschließlich an die Frage der wehrwirtschaftlichen Sicherheit denken, die ja gerade heute beherrschend im

schen Wirtschaftsstruktur und Außenhandel", die von strukturtheoretischen Grundlagen aus zu wertvollen Ergebnissen hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Wertung des Außenhandels gelangt.

Vordergrund der staatlichen Wirtschaftslenkung nahezu in allen Ländern steht. Nicht weniger wichtig ist die Sicherung der Arbeitsmöglichkeiten des Volkes; haben doch die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise gezeigt, daß die Wiederkehr einer derartigen Massenarbeitslosigkeit eine unerträgliche Zerreißprobe für das soziale Gefüge eines Volkes bedeuten müßte.

Soweit die bisherigen Außenwirtschaftsbeziehungen einer Volkswirtschaft als mit der Verwirklichung der Sicherheitsidee nicht vereinbar angesehen werden, wird also die staatliche Wirtschaftspolitik ihre Umgestaltung anstreben. Von ganz entscheidender Bedeutung ist dabei die Frage, in welchem Umfange die bisherigen Beschaffungs- und Absatzmöglichkeiten auf den Außenmärkten als sicher angesehen werden können oder aber die staatliche Wirtschaftslenkung sie zu sichern vermag. Die strukturellen Voraussetzungen sind deshalb völlig andere bei einem Lande, das selbst über einen eigenen Kolonialbesitz verfügt, als bei Ländern, deren staatliche Wirtschaftslenkung sich auf die Grenzen ihres eigenen Territoriums beschränken muß. Die nationalwirtschaftlichen Tendenzen der Gegenwart gehen überall auf die möglichste Entfaltung der landeseigenen Produktivkräfte; dabei aber wird in den Begriff dieser landeseigenen Produktivkräfte durchaus auch der Kolonialbesitz mit einbezogen. Staatsgebiet und Währungshoheitsgebiet sind entscheidend, und der Kolonialbesitz ist so unmittelbar verbunden mit der eigenen staatlich-wirtschaftlichen Kraft, daß in die Sicherheit der Wirtschaftsbeziehungen zu den politisch abhängigen Gebieten kaum weniger Zweifel gesetzt werden als in die Sicherheit der Produktivkräfte, die sich in den engeren Grenzen des Staatsgebietes befinden. Länder, die in der Lage sind, ihre eigene Produktivkraft durch die Kraft politisch abhängiger Gebiete zu ergänzen, werden deshalb viel weniger geneigt sein, dem weltwirtschaftlichen Strukturwandel durch einen Umbau ihrer inneren Wirtschaftsstruktur zu begegnen.

Aber auch wenn diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, kann die staatliche Wirtschaftslenkung bestrebt sein, den Fortbestand der bisherigen Außenhandelskapazität durch zwischenstaatliche Vereinbarungen zu sichern. Die staatliche Wirtschaftslenkung wird in diesem Falle um eine feste Fundierung der Wirtschaftsbeziehungen zu solchen Ländern bemüht sein, mit denen auf der Grundlage der beiderseits verschiedenen Wirtschaftsstruktur Ergänzungsmöglichkeiten gegeben sind. Voraussetzung ist dann allerdings, daß diese Ergänzungsmöglichkeiten nicht lediglich vorübergehenden Charakter tragen, sondern die Gewähr der Dauer bieten. Wir sehen, daß diese Tendenz sich in der Entwicklung des Güteraustauschs zwischen dem Deutschen Reiche und den Staaten des europäischen Südostens bereits stark durchgesetzt hat; hier hat das Streben nach Aufrechterhaltung der bisherigen Außenhandelskapazität insofern zu einer Umgestaltung der inneren Wirtschaftsstruktur geführt, als in den Südoststaaten mit Rücksicht auf die in Deutschland gegebenen Absatzmöglichkeiten Produktionsumstellungen vorgenommen worden sind.

In aller Regel kann nur die staatliche Lenkung und die staatliche „Garantie", wie sie sich insbesondere auch in dem Abschluß zwischenstaatlicher Verträge äußert, dafür sorgen, daß die nötige Sicherung der Außenwirtschaftsbeziehungen erreicht wird. Deshalb eben ist die staatliche Lenkung der Außenwirtschaft viel mehr als eine Notmaßnahme einer krisenhaften Gegenwart; sie wird von Jahr zu Jahr mehr

und unumkehrbarer zu einem konstitutiven Element der „neuen Weltwirtschaft", der Staatenwirtschaft.

Entscheidend ist weiter, ob die bisherigen Außenwirtschaftsbeziehungen für eine Volkswirtschaft lebenswichtig geworden sind oder sich im Umkreis des „Zusätzlichen" abspielen. Die Lebenswichtigkeit der Außenwirtschaftsbeziehungen kann sowohl artmäßig wie mengenmäßig begründet sein. Artmäßig sind sie es dann, wenn die Beschaffung lebenswichtiger Nahrungsmittel und Rohstoffe bisher nur auf dem Wege des Imports möglich gewesen ist. Die mengenmäßige Bedeutung dagegen ist in erster Linie auf der Absatzseite zu suchen. Das typischste Beispiel dafür bieten die Monokulturländer, bei denen die schrankenlose Anwendung der Prinzipien internationaler Arbeitsteilung zu der völlig einseitigen, hypertrophischen Entwicklung einzelner, kostenmäßig besonders begünstigter Wirtschaftszweige geführt hat. Für sie wurde bei ihrer bisherigen Wirtschaftsstruktur der Absatz auf dem Weltmarkte schlechthin die Voraussetzung ihrer wirtschaftlichen Existenz überhaupt, und die Wirkungen, die die Durchbrechung des früheren chilenischen Salpetermonopols durch die Entwicklung der Luftstickstoffindustrie für Staat, Volk und Wirtschaft Chiles gehabt haben, sind nur eines unter vielen Beispielen dafür, welche verheerenden Folgen sich für ein Monokulturland aus der plötzlichen Veränderung der Voraussetzungen ergeben müssen, auf denen bisher die einseitige Ausrichtung seiner Wirtschaft aufgebaut war.

Je unsicherer die bisherigen Außenwirtschaftsbeziehungen einer Volkswirtschaft und auf der anderen Seite je lebenswichtiger diese Beziehungen waren, desto eher wird sich die Reaktion auf die veränderten weltwirtschaftlichen Voraussetzungen in dem Bestreben geltend machen, die Lösung der Spannungen in dem Umbau der inneren Wirtschaftsstruktur zu suchen. Da die Ursache dieser Spannungen in dem Mißverhältnis zwischen der Außenhandelskapazität und dem tatsächlichen Volumen des erzielbaren Außenhandels liegt, so geht in diesem Falle also das Bestreben auf einen Abbau der Außenhandelskapazität, indem entweder lebenswichtiger Import durch die Entfaltung bisher unentwickelter landeseigener Produktivkräfte überflüssig gemacht wird oder aber an die Stelle der Monokultur eine vielseitigere Wirtschaft tritt.

Freilich auch die Möglichkeit eines solchen Abbaus der Außenhandelskapazität hat ihre strukturbedingten Grenzen. Auch in dieser Beziehung sind die strukturbestimmenden Faktoren Voraussetzungen des menschlichen Handelns, die nicht einfach aus der Welt geschafft werden können. Umfang und Artung des Wirtschaftsraumes spielen dabei eine ganz entscheidende Rolle. Ein großes Land wird in aller Regel in seinen Grenzen sehr viel mehr an naturgegebenen Produktivkräften vorfinden und wird, um mit Friedrich List zu sprechen, durch die „nationale Konföderation der Produktivkräfte" viel leichter einen Strukturwandel erreichen können, als das in kleinen Ländern mit geringer Bevölkerungszahl und mit beschränkten natürlichen Produktionsvoraussetzungen möglich ist. Gerade die kleinen Länder Industrieeuropas mit hochentwickelter Wirtschaft und hohem Lebensstandard der Bevölkerung sind deshalb diejenigen, die am stärksten an dem Fortbestand eines möglichst ausgedehnten und intensiven internationalen Güteraustauschs interessiert sind und die am wenigsten geneigt sind, die Lösung der Spannungen in einem

Umbau ihrer inneren Wirtschaftsstruktur zu suchen; man denke etwa an die skandinavischen Länder oder an die Schweiz. Die Oslo-Konvention bietet dafür einen typischen Beleg. Wie sich das in der Stellung zur Frage der synthetischen Rohstofferzeugung auswirkt, ist in der „Staatenwirtschaftlichen Länderschau" des letzten Heftes der „Staatenwirtschaft" (S. 978/79) gezeigt worden. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß, wofür ja gerade die synthetische Rohstofferzeugung besonders kennzeichnend ist, durch die Entfaltung der Technik die Voraussetzungen für den Abbau der Außenhandelskapazität ungleich günstigere geworden sind, als sie es in der Hochblüte des Weltwirtschaftszeitalters waren. Wie seinerzeit die Technik erst durch die Entwicklung der modernen Verkehrsmittel die Voraussetzungen für den Aufbau einer „Weltwirtschaft" schuf, so ist sie es umgekehrt heute, die auch den von Natur aus weniger begünstigten Ländern die Möglichkeit zur Umstellung auf eine verstärkte Entwicklung der landeseigenen Produktionsgrundlagen gibt, ohne daß sie deswegen eine Minderung ihres bisherigen Lebensstandards in Kauf nehmen müßten.

Aus den strukturellen Voraussetzungen ergeben sich also zwei Verhaltungsweisen für die Lösung der Spannungen, die durch die Diskrepanz zwischen Außenhandelsvolumen und Außenhandelskapazität entstanden sind. Die offensive Methode sucht die Lösung außerhalb der Landesgrenzen. Ein deutliches Beispiel ist Japan, das sowohl durch kolonialen Imperialismus wie durch eine Vielzahl staatlicher Lenkungsmaßnahmen zur Exportförderung die bisherige Außenhandelskapazität sogar auszuweiten bestrebt ist. Die defensive Methode sucht die Lösung der Spannungen im Innern durch den Abbau der Außenhandelskapazität, das bedeutet auch den Umbau der bisherigen Wirtschaftsstruktur. Beide Methoden brauchen sich keineswegs auszuschließen.

Welcher Weg auch immer gewählt wird: Ziel der staatlichen Wirtschaftslenkung ist in jedem Falle die Sicherung der eigenen Volkswirtschaft, und das bedeutet, daß die außenwirtschaftlichen Beziehungen nur dann noch als wirtschaftsfördernd betrachtet werden, wenn sie auch ihrerseits so weit gesichert sind, daß dadurch keine Gefährdung der inneren Wirtschaftsstruktur eintritt. Die Sicherung der inneren Wirtschaftsstruktur ist also in jedem Falle die unabdingbare Voraussetzung der zukünftigen Weltwirtschaft, deren langsames und spannungsreiches Werden wir heute erleben. Soweit aber eine Gefährdung der Sicherheit der eigenen Wirtschaftsstruktur von den Außenwirtschaftsbeziehungen her durch die staatliche Lenkung ausgeschlossen wird, stehen diese auch zu dem neuen wirtschaftlichen Wollen unseres Zeitalters nicht in Widerspruch. Wenn ein Land das, was es mit seinen landeseigenen Kräften im Überfluß herzustellen vermag, gegen das Nichtherstellbare abgibt, so kann auch eine Nationalwirtschaft dadurch nur gewinnen. So werden also außenwirtschaftliche Beziehungen ein Strukturelement auch der zukünftigen Nationalwirtschaft bleiben — nur mit dem Unterschied, daß sie nicht den unübersehbaren Zufälligkeiten eines liberalistischen „Weltmarktes" preisgegeben sind, sondern von der staatlichen Wirtschaftslenkung Form und Ausmaß erhalten, in dem sie die Entwicklung der Lebenskräfte des eigenen Volkes nicht zu stören, sondern zu fördern geeignet sind.

ARNOLD SEIFERT:

Staatenwirtschaftliche Länderschau (Antarktis)

Am 9. September hat Deutschland als erstes Land das internationale Abkommen zur Regelung des Walfanges (Agreement for the Regulation of Whaling) ratifiziert, das am 8. Juli in London zwischen der Südafrikanischen Union, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Argentinien, dem Australischen Bund, Großbritannien, dem Irischen Freistaat, Neuseeland und Norwegen zustande gekommen ist. (Reichsgesetzbl. Teil II, Nr. 32 v. 17. 9. 1937, S. 539/548.) Absicht dieses Abkommens ist es, „die Wirtschaftlichkeit der Walfangindustrie zu sichern und zu diesem Zweck den Walbestand zu erhalten".

Devisenfreies Eismeer-Fett

Als wir das erstemal auf dieses Londoner Abkommen hinwiesen (vgl. „Staatenwirtschaft", Nr. 1, S. 604), sprachen wir von der Anziehungskraft, die das „Niemandsland der Weltwirtschaft", die hohe See, in den letzten Jahren für alle diejenigen Länder gewonnen habe, die innerhalb ihres Währungshoheitsgebietes — und dazu gehört der Boden der unter eigener Flagge fahrenden Schiffe — möglichst viele Nahrungs- und Rohstoffquellen erschließen müssen: für die Devisenbewirtschaftungsländer, unter denen Deutschland in bezug auf Planmäßigkeit und Konsequenz seit Jahren die Führung innehat. Jetzt scheint uns der Augenblick gekommen zu sein, sich mit diesem Fragenkreis noch näher zu befassen. Das Walöl ist einer der kostbarsten Fett-Rohstoffe, und dieser Rohstoff ist mit landeseigener Kraft in riesigen Mengen zu gewinnen. Ein Blauwal von 70 t Rohgewicht liefert etwa 25 t Rohöl. Man müßte also etwa 500 Mastschweine einführen, um die gleiche Fettmenge zu erlangen! An Stelle dessen kann man dieses Fett auf einem Felde gewinnen, welches als „Inland" gilt und auf dem die Rechte keiner anderen Nation verletzt werden können: im Niemandsland der hohen See!

„Pelagischer" Walfang in der Antarktis

Seit mehr als einem Jahrzehnt wird der Fang ganz überwiegend „pelagisch", d. h. ohne Küstenstützpunkt auf hoher See, betrieben. Von Fangbooten begleitet, ziehen die Walfangmutterschiffe, welche Kocherei, Fabrik, wissenschaftliches Laboratorium, Walölspeicher, Hospital und geselliger Mittelpunkt von Hunderten von Menschen in einem sind, hinaus in die „Brausenden Vierziger" und die „Wütenden Fünfziger" (Breitengrade), die sich wie ein Abwehrgürtel um den antarktischen Kontinent legen. Die Antarktis ist seit 1905 in außerordentlich rascher Entwicklung zum hauptsächlichsten Jagdgrund der Welt geworden. 1931 — also vor dem großen Niedergang durch den Absatzschwund in der Weltwirtschaftskrise — wurden in der ganzen Welt (d. h. in der Antarktis, in Afrika, im Nordpazifik, in der Arktis und um Japan) 42 874 Wale gefangen, davon kamen 40 201, also 93,8%, aus der Antarktis, gegenüber 4,2% im Jahre 1905 und bereits über 50% im Jahre 1911. Dort, im südlichen Eismeer also, liegen die Walfangmutterschiffe in den Monaten des antarktischen Sommers beigedreht zwischen Eisbergen und Treibeis, während besondere Tankschiffe die laufende Versorgung mit Betriebsstoffen, Nahrungsmitteln und Materialien vermitteln und das ausgekochte Walöl abholen. Beim pelagischen Fangsystem kann niemand den Fängern das Jagdrecht streitig machen; denn die hohe See gehört keinem. Das bedeutet, daß der Ausbeutung der Fettschätze des Eismeeres niemand entgegentreten kann, wenn nicht — — wenn nicht das biologische Gesetz der Natur selbst dem Wüten

des Maniaks Mensch eine Grenze setzt! Und die tausendjährige Geschichte des Walfanges ist eigentlich nur eine Geschichte dieses Vetos der Natur, denn es ist erwiesen, daß der Mensch den Wal nacheinander in fast allen großen Fanggebieten der Weltmeere durch rücksichtslose Verfolgung praktisch ausgerottet hat! Schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts war der Nordatlantik „leergefischt", und der „eigentliche" oder Glattwal (Right Whale) ist überall so gut wie vertilgt; er teilt fast das Schicksal der Rüssel-Robbe (See-Elefant) und der Pelz-Robbe, die von den Engländern und Amerikanern zwischen 1775 und 1825 im Südeismeer so gut wie vollständig ausgerottet worden sind. Und nun ist seit Jahren offenbar, daß die Gefahr der gänzlichen Ausrottung auch in der Antarktis besteht, wo heute hauptsächlich der Blau- und Finnwal gejagt wird.

Der Blauwal ist der gefährdetere; für ihn ist besonders tragisch, daß ihm nicht ein Umstand zugute kommt, der viele andere Tiere vor der gänzlichen Vernichtung bewahrt hat: daß nämlich die Jagd auf ein Tier, wenn es seltener wird, keinen wirtschaftlichen Nutzen mehr bringt und daher aufgegeben wird. Da er sich in Gemeinschaft mit den Finnwalen aufhält, dürfte er gejagt werden, solange noch Walfänger hinter Finnwalen her sind. Die Hauptnahrung der Wale sind kleine krabbenähnliche, sehr ölige Krebse, die zu Myriaden im Eismeer vorkommen und sich ungeheuer rasch vermehren. — Alle Walarten dagegen pflanzen sich als Säugetiere verhältnismäßig sehr langsam fort. Die Wale der Antarktis paaren sich meist in den südlichen Wintermonaten, vor allem im Juni und Juli, und die Schwangerschaft dauert ungefähr ein ganzes Jahr, während die Zeit zwischen zwei aufeinanderfolgenden Schwangerschaften etwa zwei volle Jahre betragen dürfte. Das junge Walkalb folgt der Mutter ungefähr sieben Monate und erreicht die Geschlechtsreife etwa zwei Jahre nach seiner Geburt. (Discovery Reports. — Southern Blue and Fin Whales, Cambridge Univ. Press, 1925/27.)

Diese langsame Regeneration macht jeden Angriff auf den Bestand fühlbar, zumal wenn dieser Angriff — wie heute — in einer Form durchgeführt wird, in der sich vitalste Urinstinkte des Menschen mit vollendetster, grausamster Technik in unerhörter Zweckausrichtung treffen. Denn Walfang ist Jagd, ist eine der Urformen menschlichen Wirtschaftens, eine Form der Raubjagd, in der sich heute die Kühnheit, Zähigkeit, Geschicklichkeit und Kraft des Menschen verbindet mit einer hochentwickelten technischen Apparatur, vor deren uhrwerkhaft genauem Ablauf es für die Dickhäuter des Meeres so gut wie kein Entrinnen gibt. Daß auch Flugzeuge für die Ermittlung günstiger Fangfelder eingesetzt werden, wurde schon für die japanische Walfangflotte berichtet (vgl. „Staatenwirtschaft", Nr. 2, S. 798). Durch das pelagische Fangsystem aber ist die Gefahr der gänzlichen Ausrottung, deren Bekämpfung das Londoner Abkommen unternimmt, vertausendfacht worden, wobei wir noch nicht einmal an die noch so gut wie unerforschte Frage der Walwanderungen denken wollen, scheint doch der Wal aus einem Urinstinkt heraus die Jagdgründe jeweils allmählich zu verlassen und in andere Weltmeer-Gegenden abzuwandern, wohin ihm aber eben beim pelagischen System bald gefolgt werden kann. Solange noch die Norweger, das Haupt-Walfangvolk, den Fang von Küstenstützpunkten auf den Falkland-Inseln, den Süd-Shetland-Inseln, den Süd-Orkneys und Süd-Georgien aus betrieben, konnten die Besitzer des Landes, die Engländer, durch Lizenz-Bewirtschaftung und andere gesetzliche Mittel eine gewisse „Hegewirtschaft" mit Schonzeiten usw. durchsetzen. Tatsächlich ist dies auch durch gesetzliche Verordnungen (ordinances) des britischen Gouverneurs auf den Falkland-Inseln geschehen: die nicht erheblichen Lizenzgebühren sind vom britischen Kolonialamt zu Kapital geschlagen und zur Ausrüstung der Expeditionsfahrten der „Discovery" benutzt worden; und diesen Fahrten verdankt der internationale Walfang wohl mit das meiste Wissen um die Lebensverhältnisse der verschiedenen Walarten. Dann aber setzte die Emanzipation der Walfänger von

der Küste ein. Nach Lars Christensen liegt der Beginn des pelagischen Fangsystems in der Fangperiode 1923/24 mit der Fahrt der „Sir James Clark Ross" (Kapitän C. A. Larsen) in das Roß-Meer. Zwei Jahre später wurde das erste Fabrikschiff („Lancing") mit dem von Peter Sörlle erfundenen Aufholslip ausgestattet, und 1931 wurden von den oben erwähnten, in der Antarktis gefangenen 40 201 Walen bereits 32 242 „pelagisch erlegt". Damit entglitt den Regierungen der gesetzgeberische Einfluß immer mehr. Die britische Regierung machte wohl mehrere Versuche, auch dann noch Kontrollen auszuüben — wir werden darauf noch zu sprechen kommen —, aber im ganzen war die Jagd aufs neue frei!

Internationale „Hegewirtschaft" und deutscher Sozialismus

Dem dadurch ausgelösten ungeheuren Aufschwung des Fanges bis 1930/31, der aus unseren Tabellen und graphischen Übersichten im Abschnitt „Materialien" ersichtlich wird, setzte dann aber eine andere Macht ein vorläufiges Ende: die Wirtschaftskrise, die den Absturz auf der Absatzseite in den Krisenjahren herbeiführte. Damit drängte der zweite, der rein erwerbswirtschaftliche, Gesichtspunkt die Beteiligten dazu, sich an den grünen Tisch zu setzen, und damit ist dann endlich die Frage einer internationalen Regelung des Walfanges tatsächlich ins Rollen gekommen. (Der rein humanitäre Gesichtspunkt der Genfer Völkerbundskonvention von 1931 [Société des Nations: Convention pour la Reglementation de la Chasse à la Baleine, Genève, le 24 septembre 1931, C. 642. M. 256, 1931. IIB] hat die Frage der Bestandsschonung nur um ein kleines Stück vorangebracht.) Zu diesen beiden Alarmzeichen — Bestands- und Absatzschwund — gesellte sich indessen mit der Wiedererstarkung Deutschlands unter dem Nationalsozialismus seit 1933 ein drittes: die Gefahr einer rücksichtslosen nationalwirtschaftlichen Ausbeutung der großen antarktischen Walbestände durch Deutschland, dem Hauptverbraucher des Walöls. In den Jahren 1930 bis 1937 führte Deutschland jährlich durchschnittlich 184 000 t Fisch-, Robben- und Waltran ein, 1936 161 000 t. Man hat in den Jahren 1936/37, vor der Londoner Konferenz, in der englischen und norwegischen und in der Presse anderer Länder sehr viel von dem „Störenfried Deutschland" gesprochen, dessen unersättliches, auf die Erzielung absoluter Eigenversorgung gerichtetes Verlangen zu einer hemmungslosen Raubwirtschaft führen müsse. Diese Befürchtungen sind zumindest höchst voreilig gewesen; denn Deutschland blieb der Londoner Konferenz nicht fern! Es übernahm sogar auf ihr die Führung und setzte gegenüber den rein wirtschaftlichen Interessen anderer Länder die biologischen Gesichtspunkte (zu schonende Arten, Schonzeiten und Schongewässer) durch! Der Artikel 2 des Abkommens bringt ausdrücklich den pelagischen Fang unter die Gesetzgebung; Artikel 4 verbietet den Fang von Grau- und Glattwalen; Artikel 5 und 6 untersagen den Abschuß von Jungtieren, Muttertieren und Kälbern; Artikel 7 bis 9 regeln die Schonzeiten (kurze Fangsaison im südlichen Sommer) und die Schongewässer im Atlantischen, Indischen und Pazifischen Ozean, und Artikel 11 und 12 verfügen die erdenklich weitgehende Ausnutzung des einzelnen abgeschossenen Tieres.

Und nun ist es jetzt ausgerechnet wiederum Deutschland — dessen Gesetzgebungsmaschinerie keine parlamentarischen Fußangeln zu überwinden hat —, welches als erstes Land das neue Abkommen ratifiziert! Uns Deutsche kann das nicht verwundern. Wir leben in einem Lande, in welchem die Hegung des jagdbaren Wildes in den Händen des gleichen Mannes liegt, der auch über die sinnvolle Verwendung aller anfallenden Devisen zu entscheiden hat. Im national-

sozialistischen Deutschland wird alles wertvolle Wachstum, ob es nun um die Hütung des flüchtigen Wildes oder um die Sorge für die Wirtschaft des ganzen Volkes geht, in wahrhaft sozialistischem Geist gehegt. Wir opfern nichts auf dem Altar der hemmungslosen Bereicherungsidee des Liberalismus, der der Ausbeuteschwund so mancher Naturgabe des Erdballs zuzuschreiben ist.

Staatenwirtschaftliche Zusammenarbeit auf individual- oder nationalwirtschaftlicher Grundlage

Das Ganze ist ein spezifisch staatenwirtschaftliches Problem! Ist die Zusammenarbeit der staatlich straff gelenkten Volkswirtschaften im internationalen Felde möglich? Kann sich eine neue Weltwirtschaft, die sich aus solchen staatlich gelenkten Außenwirtschaften zusammensetzt, überhaupt entwickeln? Kann sie mit einer betonten Weitherzigkeit der handelnden staatlichen Organe rechnen? Es gibt zur Zeit keine besseren Beispiele für eine Bejahung dieser Fragen als die Beschäftigung mit dem Vorstoßen von einerseits individual- und andererseits nationalwirtschaftlich interessierten Produktionseinheiten in die noch unerforschten Räume des Erdballs, d. h. in das verbliebene „weltwirtschaftliche Niemandsland"! Deswegen haben wir uns in Nr. 2 der „Staatenwirtschaft" mit der Arktis und ihren wichtigen Verkehrsproblemen (Nr. 2, S. 793 ff.) befaßt, und deswegen fesseln uns heute besonders die Vorgänge in der fernen Antarktis.

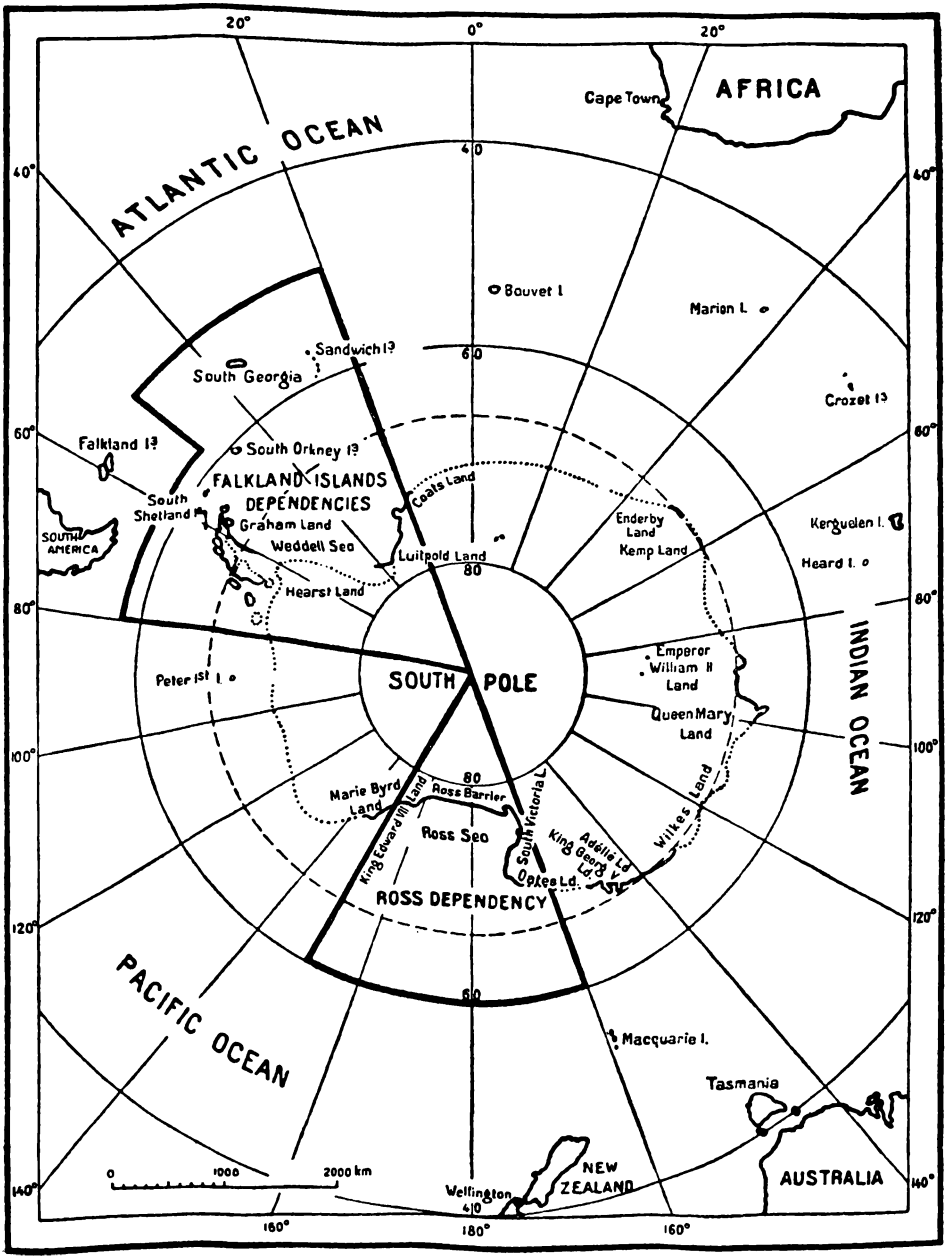
Es sind nämlich nicht nur die privaten Walfanggesellschaften, die in Richtung des ewigen Eises des Südens vorgestoßen sind; auch die Staatsführungen selbst haben in letzter Zeit mit wachsendem Interesse den Blick nach dem neuen Kontinent gerichtet, dessen Landmasse so groß ist wie die Europas und Australiens zusammen, und sehr wahrscheinlich wird man in den nächsten Jahrzehnten gerade an der politisch-wirtschaftlichen Entwicklung in den beiden Polgebieten der Erde erkennen können, welche Staaten ihre Macht im Interesse der privaten Bereicherungslust ihrer Bürger und welche im Interesse eines allgemeinen Wohles, das über Landesgrenzen hinweggeht, einzusetzen gewillt sind.

Der Kontinent des Südens in der Weltpolitik

Mitten im Weltkrieg, am 28. März 1917 — also in einer Zeit, in der die Welt anderes zu tun hatte, als sich mit der britischen Regierung wegen ein paar unter ewigem Schnee und Eis begrabenen Gebieten am südlichen Ende der Welt in die Haare zu geraten —, haben die Engländer, ohne viel Aufhebens davon zu machen, durch eine Annexionserklärung (Letters Patent of 28th March, 1917) alles Land zwischen dem 20. und dem 50. Grad westlicher Länge, soweit es südlich vom 50. Grad südlicher Breite, und alles Land zwischen dem 50. und dem 80. Grad westlicher Länge, soweit es südlich des 58. Grades südlicher Breite liegt, unter britische Hoheit gebracht, und zwar gelten diese Gebiete als von der Regierung der Falkland-Inseln abhängige Kolonien (Dependencies). Schon seit dem 21. Juni 1908 waren Süd-Georgien, die Süd-Orkney-, die Süd-Shetland-, die Sandwich-Inseln und Graham Land zu „Dependencies" der Regierung der Falkland-Inseln erklärt worden. Jetzt, d. h. 1917, wurde ausdrücklich verfügt, daß die britische Regierung ihren Hoheitsanspruch auch auf das antarktische Festland bis zum Südpol erstreckt.

Wir wollen nicht bestreiten, daß bei dieser Entscheidung im Kriegsjahr 1917 für die Londoner Politik in erster Linie noch der Gesichtspunkt der Ausbeutung der Meeresschätze, also des Walbestandes, im Mittelpunkt gestanden hat. Seit 1905 haben die Norweger in eben diesen Ge-

Die politische „Aufgliederung" des Antarktischen Kontinents[1])



[1]) Aus: Smedal, Gustav, Acquisition of Sovereignty over Polar Areas, Oslo 1931, S. 57.

wässern den hauptsächlichsten, ungemein einträglichen Küstenwalfang betrieben, und während des Weltkrieges sind sie darin von den Engländern selbst abgelöst worden, die das Walöl für kriegswirtschaftliche und kriegsernährungswirtschaftliche Zwecke dringend brauchten. Das Walöl wurde höchst bedeutsam als fast einziger Rohstoff für die Gewinnung von Glyzerin für die Munitionsherstellung und als Ausgangsstoff für die Margarine-Erzeugung. Vor dem Krieg war das Glyzerin ein Abfallprodukt der Seifenherstellung gewesen, im Krieg wurde die Seife ein Abfallerzeugnis der Glyzeringewinnung. Ein bekannter englischer Fachmann erklärte später: „Ohne das Walöl hätte die Regierung tatsächlich weder ihren Nahrungsmittel- noch ihren Munitionsherstellungs-Feldzug durchführen können, da die Verwendung des Öls für die Glyzerinherstellung andere Fette für Ernährungszwecke freimachte!"

Wie gesagt: Wir wollen das nicht bestreiten, aber der englische Griff nach dem antarktischen Festland legt doch darüber hinaus den Schluß sehr nahe, daß die Engländer schon damals den Gedanken gehegt haben, sich rechtzeitig bei der Verteilung des antarktischen Kontinents anzumelden. Die hier wiedergegebene Karte ist der englischen Ausgabe des vorzüglichen Buches von Gustav Smedal (Acquisition of Sovereignty over Polar Areas, Oslo 1931) entnommen. Der dort eingezeichnete „Falkland-Sektor" schließt praktisch alles von dem Weddell-Meer umgebene antarktische Festland ein. Am 30. Juni 1923 kam es zum nächsten Vorstoß. König Georg V. schuf durch eine Kabinettsorder (Order in Council) die „Ross Dependency" und betraute den Generalgouverneur von Neuseeland mit der Ausübung der Hoheitsrechte in diesen Gebieten. Der „Ross-Sektor" schließt alles Land und alle Inseln zwischen dem 160. Grad östlicher Länge und dem 150. Grad westlicher Länge ein, soweit sich diese Gebiete südlich des 60. Grades südlicher Breite befinden. (Order in Council under the British Settlements Act, 1887 [50 & 51 Vict., c. 54] providing for the Government of the Ross Dependency; Statutory Rules and Orders 1923, No 974.)

Auch damals, 1923, dürften noch Walfanginteressen die Hauptrolle gespielt haben, denn nach Lars Christensen ist die Kabinettsorder über die „Ross Dependency" ergangen, weil eine norwegische Walfanggesellschaft um eine Lizenz für das Ross-Meer in London eingekommen war (s. o.) und tatsächlich hat der Generalgouverneur von Neuseeland in der Folge mehrfach unter Bezug auf die genannte Königliche Verfügung sogenannte „Ross Dependency Whaling Regulations" herausgebracht (zuletzt am 24. Oktober 1929, New Zealand Gazette, 1929, Nr. 73), doch ist sein Recht, solche Regulations zu erlassen, völkerrechtlich wiederholt bestritten worden, zumal sich innerhalb des beanspruchten „Ross-Sektors" keine einzige feste — britische oder andere — Ansiedlung befindet. Im „Falkland-Sektor" besteht außer der Regierung auf den Falkland-Inseln wenigstens noch eine feste Niederlassung mit einem Resident Magistrate in Grytviken (King Edward's Cove) an der Ostküste Süd-Georgiens. Außerdem aber konnten, nachdem die internationale Walfangindustrie in der Antarktis so gut wie vollständig zum pelagischen Fangsystem übergegangen war, die Verordnungen der britischen Behörden in Neuseeland und auf den Falkland-Inseln lediglich noch Wert für englische Walfänger und sonst nur noch für den Fang innerhalb der Dreimeilenzone haben, wenn man nicht einzelne Meere, wie z. B. das Weddell-Meer oder das Ross-Meer, als britische Binnenmeere ansehen will. Da aber Großbritannien an den Küsten des Ross- und des Weddell-Meeres keinerlei Niederlassungen unterhält und also das völkerrechtliche Besitzverhältnis mindestens als sehr umstritten gelten muß, so sind auch diese beiden Gewässer „hohe See".

Daß es aber bei all diesen britischen Schritten um weit mehr als um den Walfang geht, wurde 1929 deutlich. Am 12. Oktober 1929 informierte die britische Regierung Norwegen, daß eine „Discovery"-Expedition unter der Führung von Sir Douglas Mawson „in den Sektor zwischen Enderby Land und dem Ross-Meer" entsandt werde und daß die australische Regierung beabsichtige, über diesen Sektor — mit Ausnahme des früher von Franzosen entdeckten Adélie Landes — formell die britische Hoheit zu errichten. Lars Christensen führte indessen gleichzeitig im Einvernehmen mit der norwegischen Regierung eine schon seit 1927 geplante norwegische Expedition (mit dem kleinen Schiff „Norwegia" der Firma Christensen) in das gleiche Gebiet durch, was in der englischen und der australischen Presse allergrößten Unwillen erregte. Der „Discovery"-Expedition

wurde von der australischen Regierung ausdrücklich zur Aufgabe gemacht, nach wirtschaftlich wichtigen Bodenschätzen zu forschen bzw. die immer wiederkehrenden Meldungen anderer Forscher zu prüfen, nach denen der antarktische Kontinent wertvolle Metalle und Mineralien in ungeheuren Mengen beherberge. Der australische Premierminister Bruce erklärte am 21. Februar 1929 im australischen Parlament, daß die Expedition neben der wirtschaftlich ebenfalls sehr wichtigen Erforschung der meteorologischen Verhältnisse in erster Linie diese geologisch-mineralogische Aufgabe habe, und tatsächlich hat die „Discovery" später auch (vor allem in Kemp Land) wertvolle Mineralien festgestellt. Es ist nicht ohne Ironie, daß hier die Engländer eine Expedition zum Zwecke des Erwerbs neuer Gebiete durchführten, die zu einem außerordentlich beträchtlichen Teile von dem Land finanziert worden ist, über dessen Vordringen in die gleiche Zone sie höchstes Mißfallen äußerten: von Norwegen! Die norwegischen Walfänger haben zwischen 1919 und 1928 an die Falkland-Regierung 437221 £ an Lizenzgebühren usw. abgeführt. Als einzige Extraausgabe erhöhte die Falkland-Regierung in dieser Zeit das Polizeikorps von Port Stanley von zwei auf acht Mann, während die Norweger die Leuchtfeuer, die Seekartenerneuerung, das Hospital, die Kirche usw. auf ihre Kosten in den von Großbritannien besessenen Gebieten bezahlen mußten. Mit den Einkünften aus den Gebühren sind die „Discovery"-Expeditionen zu einem großen Teil bezahlt worden. Sie haben unbestritten sehr gute Forschungsarbeit auf dem Gebiete des Walfanges geleistet, aber sie sind sonst — wie wir sehen — doch recht massiv dafür eingesetzt worden, daß der Union Jack auch über der Antarktis weht.

Am 13. Juli 1933 wurde in Australien Gesetz, daß alles Land zwischen Enderby Land und dem Ross-Meer bis zum Südpol (mit Ausnahme von Adélie Land) australisch sei. Damit war der „Australische Sektor" ins Leben gerufen. (Bei den Debatten im Parlament von Canberra vor der Abstimmung standen die wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten der Antarktis im Mittelpunkt; der die Vorlage einbringende Minister wies auf die Möglichkeit eines zweiten „Klondyke" hin.) Die norwegische Expedition hatte aber inzwischen im „Australischen Sektor" an verschiedenen Stellen eher als die „Discovery" Land festgestellt und für norwegisch erklärt. Dazu gehören: Lars Christensen Land (zwischen 75 und 60 Grad östlicher Länge), welches Sir Douglas Mawson unter dem Namen „MacRobertson Land" für Australien beansprucht, Kemp Land (zwischen 60 und 58 Grad östlicher Länge), Enderby Land (zwischen 58 und 50 Grad östlicher Länge), Königin Maud Land (zwischen 50 und 37 Grad östl. Länge), Prinzessin Ragnhild Land (zwischen 37 und 10 Grad östlicher Länge) und Kronprinzessin Märtha Land (zwischen 10 Grad östlicher und 18 Grad westlicher Länge). Leute, die Norwegen wohlmeinen, sprechen in bezug auf diese Länder gelegentlich von einem norwegischen „Bouvet-Sektor", da die Londoner Regierung 1927 nach sehr hartnäckigen Auseinandersetzungen die Bouvet-Insel, auf der am 1. Dezember 1927 die Walfänger der Firma Lars Christensen mit Zustimmung des norwegischen Königs die Flagge gehißt hatten, den Norwegern zugestanden haben und diese Insel den norwegischen Festlandsgebieten sozusagen „gegenüber" liegt.

Am 17. November 1928 bot die britische Regierung den Vereinigten Staaten in einer Note jede mögliche Unterstützung für die Südpolar-Expedition des Admirals Byrd an, „falls Byrd von den britischen Besitzungen auf dem antarktischen Kontinent Gebrauch machen wolle". Sie definierte gleichzeitig, was sie unter „ihren Besitzungen" verstehe. Mit Rücksicht auf die damals bevorstehende Lon-

doner Flottenkonferenz von 1930 gab Washington am 15. November 1929 eine ausweichende Antwort, und London ist dann auch nicht wieder darauf zurückgekommen. Auf Grund der damaligen Presseerörterungen hat aber Argentinien darauf hingewiesen, daß es ebenfalls einen „Sektor" der Antarktis als nächstes Anliegerland beanspruche. Dieser argentinische Sektor müßte sich natürlich mit dem Falkland-Sektor überschneiden.

„Haves" und „Have-nots" im Südpolareis

Es ist nicht uninteressant, daß demnach England eher als im Nordpolargebiet die UdSSR. Zuflucht zu dem völkerrechtlich höchst umstrittenen sogenannten „Sektor-Prinzip" genommen hat. Wir hatten über den 1926 von den Sowjets erhobenen Anspruch auf alles Land, welches zwischen den beiden äußersten, das russische Festlandsgebiet einschließenden Längengraden bis zum Nordpol liegt, bereits gesprochen (vgl. „Staatenwirtschaft", Nr. 2, S. 793). Im Nordpolargebiet werden die politischen, wirtschaftlichen und staatenwirtschaftlichen Entscheidungen vermutlich eher zur Reife gelangen als im Süden. Im Norden besteht die Zweckmäßigkeit und Möglichkeit eines großen transpolaren Flugverkehrsnetzes, und im Norden reichen vor allen Dingen seit Jahrhunderten feste staatliche Gebilde bis weit in die subarktische Zone hinein, so daß man immerhin dort noch eher — wenn auch völkerrechtlich unbegründbar — von sogenannten Anliegerstaaten sprechen kann als etwa auf der südlichen Halbkugel, auf der die geographischen Verhältnisse gerade umgekehrt sind (dort Ozean, hier Festland), und auf der es kein einziges Staatswesen gibt, das mit seinem normalen Staatsgebiet über die gemäßigte Zone hinausragt.

Trotzdem lohnt es, die Lage, wie sie sich allmählich auf dem großen Festland des Südens zu entwickeln beginnt, nicht außer acht zu lassen. Die Technik und die für unser Jahrhundert charakteristische Ausnutzung der Möglichkeiten einer voll-organisatorischen Zusammenfassung von wissenschaftlichen, technischen und menschlichen Kräften rücken heute — worauf wir schon öfter verwiesen haben — Dinge in den Bereich des Wahrscheinlichen, über deren Durchführungsmöglichkeit man bei allem Fortschrittsglauben noch vor einem Jahrzehnt gelächelt hätte. Der Beurteilungsfehler der Engländer in der Walfanggesetzgebung in bezug auf die Entwicklung des pelagischen Fanges ist nur ein Beispiel unter vielen. Für uns Deutsche ist daneben aber nicht ohne Interesse, daß sich an dem Rennen um einen Anteil am antarktischen Kontinent bisher lediglich die Kolonial-„Besitzenden", die „haves", nicht aber die „have nots" beteiligt haben — — —!

Deutscher Walfang in der Antarktis

Was immer die künftige deutsche Politik sein wird, es ist von größtem praktischen Wert, daß sich nunmehr auch deutsche Seeleute an Ort und Stelle Kenntnisse in den natürlichen, klimatischen und meteorologischen Bedingungen des Südpolargebietes durch unmittelbare Beteiligung am antarktischen Walfang erwerben. Deutschland nahm bereits an der Fangperiode 1936/37 mit gecharterter Flotte teil, und zwar benutzte der Deutsche Margarine-Verband bzw. seine Tochtergesellschaft, die Margarine-Rohstoff-Beschaffungs-G. m. b. H., Berlin, die zwei norwegischen Mutterschiffe „Skytteren" und „C. A. Larsen" mit je 6 Fangbooten. Auch die Deutsche Ölmühlen-Rohstoff-G. m. b. H., Berlin, hatte zwei norwegische Kochereien, „Sydis" und Orwell", angekauft. Die „Skytteren" und die „C. A. Larsen" wurden in der gegenwärtigen Fangperiode 1937/38 wieder eingesetzt; dazu aber erstmalig auch unsere eigene neue Flotte, die das größte, 1937 vom Stapel gelaufene Walfangmutterschiff der Welt, die „Unitas" ihr eigen nennt.

Die „Unitas" (30000 t) verfügt über 8 Fangboote und — als kombiniertes Tank- und Fabrikschiff — über eine Ölkapazität von ungefähr 138000 Fässern (6 Fässer = 1 t) und gehört der „Unitas" Deutsche Walfang-G. m. b. H. Die Besatzung ist 400 Personen stark, darunter 200 Arbeiter für die Fabrik und 120 Personen als Fangmannschaften. Die Fabrikanlage kann innerhalb 24 Stunden etwa 25 Wale von je rund 100 t bewältigen. Die „Walter Rau Neußer Ölwerke A.-G." ist Eigentümerin des Mutterschiffs „Walter Rau", dessen Ölkapazität etwa 117000 Fässer beträgt und das ebenfalls mit 8 Fangbooten ausgestattet ist. Die „Walter Rau" ist also etwas kleiner als die „Unitas"; sie kann etwa 20 Wale täglich verarbeiten. (In der Fangperiode 1936/37 hat die „Erste deutsche Walfanggesellschaft m. b. H.", die mit Düsseldorfer Kapital arbeitet, das Mutterschiff „Jan Wellem" mit 6 Fangbooten ausgesandt. Die „Jan Wellem" ist die zum Fabrikschiff ausgebaute und vergrößerte „Württemberg" der Hapag.)

Unsere junge deutsche Walfangflotte ist ein wichtiger Teil des Vierjahresplans. Wir haben keine Sorge, daß sie sich bewähren wird, hat sie doch neben allen Vorzügen moderner Technik einen Schatz, den ihr niemand rauben kann: die seemännische und und auch walfängerische Tradition der deutschen Wasserkante, auf die Albrecht Janssen in seinem jüngst erschienenen Buche „Tausend Jahre deutscher Walfang" so eindeutig hinweist. Unsere Walfänger werden etwa 100000 t Walöl nach Hause bringen, die uns so gut wie keine Devisen kosten. Das heißt indessen nicht, daß wir uns damit gänzlich in der Walölzufuhr verselbständigen; auch diese Alarmgerüchte aus Norwegen sind abwegig. Der deutsche Bedarf ist weit größer, und wir werden auf dem internationalen Walölmarkt, der seinen Hauptsitz in London hat, immer noch einer der größten Abnehmer bleiben. Aber die Art, wie wir die Sache in die Hand genommen haben, zeigt schon, daß wir aus einem höheren nationalwirtschaftlichen Gesetz, nicht aus profitwirtschaftlichem Trieb handeln.

In dieser Beziehung hinkt auch jeder Vergleich mit Japan, das in den bereits erwähnten Presseurteilen ebenfalls schlecht weggekommen ist. Japan ist mindestens in der Fettversorgung kein „have not" wie Deutschland. Von den 70000 t Walöl, welches die japanischen Fänger („Nippon Suisan Kabushiki Kaisha" mit den Mutterschiffen „Tonan Maru" [5 Fangboote] und „Tonan Maru II" [8 Fangboote] und kleinere Gesellschaften mit 17 Landstationen in Japan) herbeischaffen, kann man auf dem Weltmarkt mindestens 60000 t ohne weiteres kaufen. Der japanische Walfang steht nicht unter den Direktiven einer nationalen Fettwirtschaft, und auch der Hinweis, daß Japan aus kriegswirtschaftlichen Gründen (Glyzerin für die in China benötigte Munition) der Londoner Konferenz ferngeblieben sei, ist aus den gleichen Gründen zumindest bis zur Stunde abwegig.

Deutschland verwendet jedes Kilo Walöl selbst zur Ernährung und Versorgung seines eigenen Volkes. Es hat vor der Ausfahrt seiner eigenen neuen Flotte das Londoner Abkommen ratifiziert, dessen volle Wirkung sich erst geltend machen kann, wenn möglichst alle Staaten der Erde beigetreten sind, damit die Walfänger nicht beliebig unter anderer Flagge das jagen können, was ihnen die eigenen Gesetze verbieten. Deutschland hat außerdem seine eigene Walfang-Gesetzgebung bereits erlassen und praktisch durchgeführt. Die Walfanginspektoren des Reichswirtschaftsministeriums, die nach dem Gesetz zur Regelung des Walfanges vom 6. Oktober 1937 (Reichsgesetzbl., Teil I, 8. Oktober 1937, Nr. 111, S. 1097ff.) die Einhaltung der Bestimmungen des Londoner Abkommens zu überwachen haben, befinden sich bereits mit der deutschen Flotte als „Hegemeister" im Südlichen Eismeer!

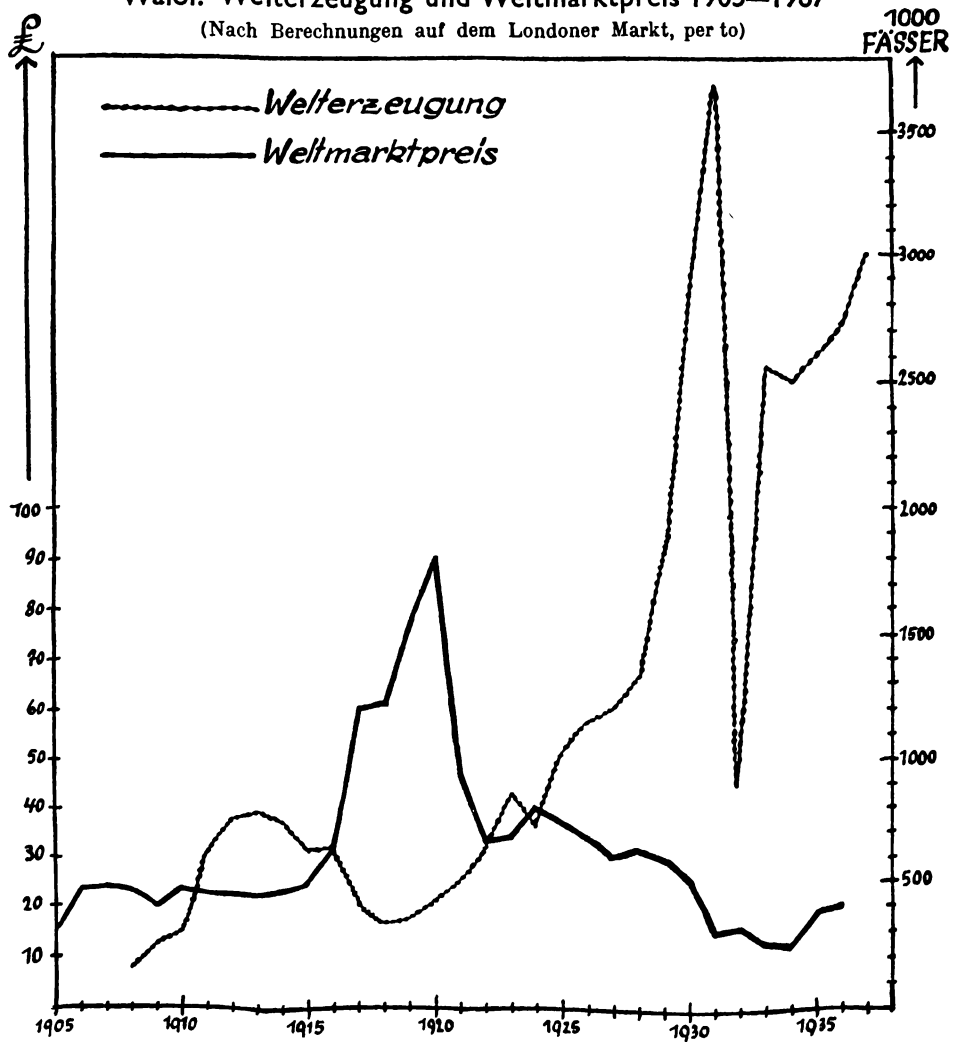
In Deutschland selbst aber wird unter staatlicher Lenkung die Walverwertung als selbständiger Wirtschaftszweig aufgebaut und damit dem Walfang das fieberhaft Spekulative, das er bisher immer hatte, vollständig genommen. Die deutschen Beweggründe für den Eintritt in den Walfang kennen wir: Deutschland kommt vom Verbrauch her. Daher hat in der deutschen Verwertungstechnik alles am Wal Interesse, nicht nur das Wertvollste, das Öl. Die Haut, die Barten, die Knochen — alles findet Verwendung, und so entsteht in der Tat ein gleich-

mäßig arbeitender Wirtschaftszweig und damit von vornherein eine feste innere Marktlage, die auch auf den internationalen Walölmarkt zurückwirken dürfte. Wir hoffen in der Lage zu sein, über diese Markt- und Preisprobleme und ihre internationale Steuerung später noch etwas mehr sagen zu können. Heute möge genügen, gezeigt zu haben, wie das nationalsozialistische Deutschland der Welt durch die Tat beweist, daß es jede Zusammenarbeit unter den Staaten, wenn sie nationalwirtschaftlichem Geiste entspringt oder mit ihm vereinbar ist, von ganzem Herzen bejaht!

MATERIALIEN

Walöl. Welterzeugung und Weltmarktpreis 1905—1937

(Nach Berechnungen auf dem Londoner Markt, per to)



Welt-Walöl-Erzeugung 1907—1937 (Schätzung)

(6 Fässer = 1 t)

Im antarktischen Sommer des Jahres	und in anderen Gebieten	Fässer	Im antarktischen Sommer des Jahres	und in anderen Gebieten	Fässer
1907/08	1908	150000	1922/23	1923	847000
1908/09	1909	240000	1923/24	1924	731000
1909/10	1910	300000	1924/25	1925	1043000
1910/11	1911	615000	1925/26	1926	1161000
1911/12	1912	755000	1926/27	1927	1190000
1912/13	1913	775000	1927/28	1928	1340000
1913/14	1914	735000	1928/29	1929	1863000
1914/15	1915	630000	1929/30	1930	2787000
1915/16	1916	630000	1930/31	1931	3673000
1916/17	1917	375000	1931/32	1932	884000
1917/18	1918	340000	1932/33	1933	2559000
1918/19	1919	360000	1933/34	1934	2500000
1919/20	1920	430000	1934/35	1935	2598000
1920/21	1921	500000	1935/36	1936	2711000
1921/22	1922	640000	1936/37	1937	2984000

Walöl- und Spermöl-Preise 1888—1936

Londoner Notierungen per to.

Jahr	Walöl (I. Qualität) höchster Preis £ s	Walöl (I. Qualität) niedrigster Preis £ s	Spermwalöl höchster Preis £ s	Spermwalöl niedrigster Preis £ s	Jahr	Walöl (I. Qualität) höchster Preis £ s	Walöl (I. Qualität) niedrigster Preis £ s	Spermwalöl höchster Preis £ s	Spermwalöl niedrigster Preis £ s
	einschl. Fässer		einschl. Fässer			einschl. Fässer		einschl. Fässer	
1888	20 15	20 10	28 0	21 0	1913	23 5	21 0	27 0	22 0
1889	22 10	21 0	29 0	26 0	1914	24 0	19 10	25 5	21 0
1890	23 0	18 0	29 0	24 0		ausschl. Fässer			
1891	22 10	20 0	21 10	20 0	1915	25 0	21 0	31 0	25 0
1892	18 0	17 0	21 0	12 0	1916	32 0	28 10	42 0	38 0
1893	22 0	17 0	25 0	19 10	1917	59 10	48 0	70 0	49 15
1894	18 5	15 0	22 0	18 0	1918	60 10	53 0	102 0	76 0
1895	16 10	15 0	21 10	17 10	1919	77 0	58 10	85 0	70 0
1896	18 0	15 0	21 0	17 0	1920[1])	90 0	82 0	92 10	55 0
1897	16 15	15 10	20 0	17 10	1921	47 0	27 0	46 0	26 0
1898	16 10	15 5	25 0	19 0	1922	33 10	31 0	32 0	26 0
1899	17 0	15 5	—	—	1923	34 0	32 10	32 0	24 0
1900	22 15	21 5	—	—	1924	40 0	33 0	33 0	29 0
1901	21 10	19 0	24 0	24 0	1925	37 0	34 0	33 0	27 10
1902	22 0	19 10	31 10	27 0	1926	34 0	30 0	28 0	23 0
1903	20 10	17 10	35 0	28 0	1927	30 0	26 10	26 0	20 0
1904	16 0	14 0	25 10	23 10	1928	31 10	28 0	29 0	24 0
1905	15 10	13 10	26 10	25 10	1929	29 10	25 0	28 0	21 0
1906	23 10	15 10	34 0	28 0	1930[2])	26 0	17 0	20 0	14 0
1907	24 0	21 0	—	—	1931	15 0	10 0	23 0	13 0
1908	23 10	17 0	—	—	1932	16 0	10 0	23 0	17 0
1909	20 0	18 0	26 0	23 0	1933	14 0	10 0	18 10	15 0
1910	24 0	19 10	33 0	28 0	1934	13 0	8 10	17 10	14 0
1911	23 10	18 0	31 0	—	1935	20 0	10 0	20 0	13 0
1912	23 0	17 0	27 10	—	1936	21 0	17 0	21 0	16 0

[1] Absturz verursacht durch Aufhebung der Preisüberwachung seitens der Britischen Regierung.
[2] Aufhebung des Goldstandards der britischen Währung und Absatzschwund.

SCHRIFTTUM

Erich Gritzbach: Hermann Göring — Werk und Mensch, Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 1938, 345 S., geb. 6,50 RM.

Über dieses Buch ist im Eingangsartikel des vorliegenden Heftes das Grundsätzliche bereits gesagt worden. Hermann Görings Werk und Gestalt sind des deutschen Volkes lebendiger Besitz. Jeder kennt ihn, aber wenige nur wissen um die Technik seiner Arbeitsleistung und um die persönliche Art seines Einsatzes auf den zahlreichen Lebensgebieten der Nation, auf die ihn das Vertrauen des Führers handelnd gestellt hat. In Heft 1 der „Staatenwirtschaft" haben wir gesagt: „Wir wollen vom Staat bestimmtes Geschehen dort zu erfassen und zu deuten suchen, wo es in den Bereich der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen dringt, also in den Außenwirtschaften. Selbstverständlich gehört zur Erfassung des Willens der Staatsführungen auf außenwirtschaftlichem Gebiet auch ein Verständnis der Vorgänge innerhalb der Länder, Völker und staatlichen Organe, und auch die Beurteilung des Gestaltwandels der „Weltwirtschaft" unter dem Einfluß des außenwirtschaftlichen Staatshandelns wird erst möglich, wenn wir die von Land zu Land verschiedenen natürlichen, volkhaften, wirtschaftlichen, politischen, geschichtlichen, kulturellen, personellen und organisatorischen Voraussetzungen in Ansatz bringen. Zu ihnen gehören Bevölkerungszahl und Bevölkerungsdruck, Lebensstandard und Preisniveau, natürliche Grundlagen der Volkswirtschaft und Struktur der Binnenwirtschaft, Staatsform, Partei- und Ständewesen, Wirtschaftsrecht, Instanzenzug der Wirtschaftsbehörden, Organisationsformen, Grad des Zentralismus u. a. Drei Gesichtspunkte erweisen sich dabei als ganz besonders wichtig: das Strukturproblem, der Entwicklungsstand der statistischen Methoden und das Wirken der tragenden Persönlichkeiten des Staatswillens." Erich Gritzbach macht das Wirken der tragenden Persönlichkeit des Staatswillens in der deutschen Außenwirtschaft intuitiv spürbar. Deshalb gehört sein Buch in besonderem Maße in die Hand und das Herz eines jeden, der sich zu unserem staatenwirtschaftlichen Arbeitskreis zählt; denn nur auf solche Weise — d. h. durch die Beschäftigung mit dem Leben der „Handelnden" — können wir von Land zu Land zu gültigen Antworten auf die Frage kommen, in welchem Maße der staatliche Wille dem Gedanken des totalen Einsatzes für die Totalität der eigenen Wirtschaft (oder der politischen Gemeinschaft) verpflichtet ist und wie weit es ihm auf eine gesamt- oder nationalwirtschaftliche, nicht auf eine einzel- bzw. gruppenwirtschaftliche Erfolgsrechnung ankommt. —sft—

Walter Grävell: Der Außenhandel in der Nationalwirtschaft. Mit 9 graphischen Darstellungen, 37 Tabellen und einem statistischen Anhang. Stuttgart 1937, Ferdinand Enke, 118 S., RM. 4,70.

Die Veränderungen im Welthandel haben ihre „Ursachen in einem Wandel der Anschauungen vom Wesen der Nation und ihren Verpflichtungen. Das Gesetz der internationalen Arbeitsteilung und das Gesetz von Angebot und Nachfrage beherrschen nicht mehr grundsätzlich den Welthandel. Der Staat hat die Regelung des Außenhandels übernommen." Auf diesem Grund steht die neue Arbeit Walter Grävells, die sich damit von vornherein und durchgängig darauf stützt, daß „die Wiederherstellung des internationalen Handels niemals gleichbedeutend mit einer Rückkehr zu früheren Tauschbeziehungen sein kann".

Das Buch ist eine vortreffliche Analyse der deutschen Außenhandelslage, die — nach einem kurzen Abriß der „Gefahrenpunkte" des Vor- und Nachkriegsaußenhandels — einsetzt mit der kritischen Zuspitzung kurz vor dem Inkrafttreten des „Neuen Plans" und darauf systematisch die Durchführung des Handelsbilanzausgleichs nach der „Lebenswichtigkeit" der Einfuhrwaren und die Umlagerungsleistungen bespricht. In diesen Abschnitten wird der statistische und wirtschaftspolitische Stoff von dem hervorragenden Sachkenner Grävell in bestechender Manier mit einer wohltuend einfachen Sprache gemeistert. Nach dem Titel vermutet man allerdings im Buch außer dieser Abhandlung der deutschen Situation mehr. Tatsächlich versucht der Verfasser auch in einem als Einführung gedachten Kapitel über den „Sinn des Außenhandels" eine Art neue Theorie

des Außenhandels mit dem Anspruch auf generelle Gültigkeit für den Außenhandel in jeder Nationalwirtschaft zu geben. Trotz einer Fülle sehr überzeugend entwickelter Einsichten ist dieser Versuch nicht geglückt: man spürt allenthalben die Ableitung aus der einmalig für Deutschland gültigen Augenblickslage der Tatbestände. Das vorletzte Kapitel bricht eine Lanze für stärkere Ausbeutung der Außenhandelsstatistik durch die private Wirtschaft. Die Rolle, die die Außenhandelsstatistik für den Einzelbetrieb praktisch überhaupt spielen kann, wird nach unserer Meinung über-, die ihrer Wichtigkeit für die handelnden Mächte des Staates eher unterschätzt. Auch hier Verallgemeinerungen über die deutschen Grenzen hinaus: „Der Staat steckt die Bahn ab, er bestimmt das Ziel und setzt die Spielregeln fest, das Spiel selbst wird von der Wirtschaft gespielt." Das scheint bedenklich im Angesicht der wachsenden Neigung zu Außenhandelsmonopolen bei inner- und außereuropäischen Staaten. Auch kann in einer Wirtschaft, in welcher der volkswirtschaftliche Effekt, nicht der privatwirtschaftliche Nutzen oberste Richtschnur ist, das „Spiel" der „Wirtschaft" zwangsläufig nur noch aus der begrenzten Freiheit einer Organeinheit entspringen. — sft —

Paul Krusch: Die Metallischen Rohstoffe, ihre Lagerverhältnisse und ihre wirtschaftliche Bedeutung, 1. Heft: Vanadium, Uran, Radium, Stuttgart 1937, Ferdin. Enke, VIII + 148 S., 17 Abbildg., RM. 10.—.

Die Weltrohstoff-Frage zwingt die lenkenden Kräfte des wirtschaftlichen Weltgeschehens zu einer umfassenden Inventur der verfügbaren Vorräte. Die Lagerstättenforschung gewinnt daher in demselben Maß an Bedeutung, als eine Wirtschaft sich vom reinen Erwerbsabbau der Rohstoffe zur planvollen Nutzung wendet. Es ist deshalb höchst begrüßenswert, daß — nachdem über ein Jahrzehnt die amerikanische Society of Economic Geologists und das Londoner Imperial Institute unbestritten den ersten Rang innehatten — nun auch in Deutschland mit einer umfassenden Weltlagerstättenkunde der metallischen Rohstoffe ein Anfang gemacht worden ist. Paul Krusch, Präsident i. R. der Preuß. Geologischen Landesanstalt, legt den ersten Band eines Sammelwerkes vor, in dem nach und nach die Forschungsergebnisse über die nutzbaren Lagerstätten aller Länder unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Bedürfnisse zusammengestellt werden sollen. Im ganzen sind 15 Hefte vorgesehen, die in vierteljährlichen Abständen bis 1940 erscheinen sollen.

Die erste Lieferung behandelt Vanadium, Uran und Radium; hier sind mit peinlicher Gewissenhaftigkeit „Miniaturporträts" der drei Metalle entstanden. Der geologische, der mineralogische und der technische Aufriß ist vorbildlich. Die ökonomischen Kapitel beschränken sich auf die Faktenzusammenstellung in bezug auf Marktlage, Weltproduktion, Vorräte und Preise. Diese Abschnitte werden vermutlich von wirtschaftlicher Seite vielfach als zu knapp empfunden werden. Eine Vertiefung nach dem Wirtschafts- und Machtpolitischen hin — die sich keineswegs von den unbedingt feststehenden Daten spekulativ entfernen soll — würde den Wert des Sammelwerkes nicht nur für den Forscher, sondern vor allem auch für den Wirtschaftspolitiker beträchtlich erhöhen. Bei den bereits angekündigten Abhandlungen über das Zinn, das Aluminium, das Gold usw. wird sich die Einbeziehung problematischer Gesichtspunkte, etwa die Aufzeigung fiskalischer Monopolpolitik, ohnedies unabweisbar aufdrängen. —ff—

Erik Lynge: Der Walfang. Ein Beitrag zur Weltwirtschaft der Fettstoffe, Heft 7 der Sammlung Wandlungen in der Weltwirtschaft, Bibliogr. Institut, Leipzig 1936. 124 u. VIII S.

Es gibt kein besseres Buch über die wirtschaftliche Seite des internationalen Walfanges als diese umfassende Studie des Dänen Lynge, die — nicht zuletzt durch ihre systematische Klarheit und Knappheit — zu einer Art Nachschlage- und Textbuch der Sparte Walfang in der „Weltwirtschaft der Fettstoffe" wird. Es ist kein schwacher Punkt feststellbar: eine schlüssige historische Darstellung führt zu den modernen Fangproblemen, deren natürliche, technische, organisatorische, wirtschaftliche und politische Bedingungen überprüft und aufgezeigt werden. Nichts wird übersehen; auch die sozial- und arbeitspolitische Seite erhält ihre Bewertung. Und nichts geht ins Uferlose; trotzdem werden die nötigen Parallelen, z. B. zu dem Markt für Kokos- und Sojabohnenöl, gezogen. Die Gefahr des Bestands- und des Absatzschwundes wird an Hand des Akten- und Verhandlungsmaterials beurteilt; sowohl die staatlichen Bemühungen als auch die Kartellbestrebungen finden ausführlich Berücksichtigung. Verarbeitet

ist alles Wissen bis einschließlich 1935. Die Studie dürfte schwerlich rasch veralten; die neuen nationalwirtschaftlichen Grundsätze, wie sie deutscherseits in den Vordergrund gerückt werden, schließen logisch und tatsächlich ohne Bruch an Lynges Gedanken an.

—sft—

Lars Christensen: Such is the Antarctic. Translated by E. M. G. Jayne, Hodder & Stoughton, London 1935. XIV u. 265 S., Abb.

Das Buch ist von dem Walfang-Magnaten Lars Christensen geschrieben, der dem größten norwegischen Walfangkonzern gleichen Namens vorsteht. Christensen gehört zur zweiten Generation; sein Vater war der Walfangpionier Sören Christensen, der 1893 die erste norwegische Antarktis-Walexpedition unter Kapitän C. A. Larsen ausrüstete. Lars Christensens literarisches Erzeugnis ist ein neuer Beweis für den Wert, den unsystematische Aufzeichnungen für wissenschaftliche Zwecke haben können, wenn sie von Männern stammen, die sachlich wirklich etwas zu sagen haben und es ohne Umschweife tun. Es ist eine Reisetagebuch über drei Reisen in die Antarktis zwischen 1931 und 1934, in das an passenden und unpassenden Stellen eine Unmenge von geographischen, ozeanographischen, meteorologischen, botanischen, zoologischen, wirtschaftlichen und politischen Bemerkungen gestreut sind, wie sie nur einer von sich gibt, der in den Dingen lebt. Christensen hat im norwegischen Regierungsauftrag (den er wiederum selbst beantragt hat) die Bouvet- und die Peter I.-Insel besetzen und für norwegisch erklären lassen und außerdem für einen riesigen Teil des antarktischen Festlandes zwischen dem Roß-Meer und dem britischen „Falkland-Sektor" (vor allem südlich der Bouvet-Insel, daher „norwegischer Bouvet-Sektor") das norwegische Hoheitsrecht angemeldet. Diese Ansprüche werden gegenüber den Briten und Australiern sachlich, versöhnlich, aber beharrlich behauptet. Der von Christensens Aktivität ausgelöste britisch-norwegische Streit um Bouvet war eines der ersten Regierungsgeschäfte Fridtjof Nansens als norwegischer Gesandter in London. — Eine genußreiche Lektüre von großem heuristischen Wert für eine ganze Gruppe von Fachwissenschaften. Trotz aller Abschweifungen bleibt der Walfang Mittelpunkt; in der Sorge um die Erhaltung des antarktischen Bestandes klingt das Buch aus. —sft—

E. Keble Chatterton: Whalers and Whaling, Philip Allan & Co., London 1930, 251 S.

Ein 1930 in zweiter, wenig veränderter Auflage erschienenes Buch aus dem Jahre 1925, dessen Wert noch heute beträchtlich ist, weil es mit der Sorgfalt, die man von den bei Allan & Unwin herauskommenden Schriften der Nautilus Library gewöhnt ist, alles erreichbare Material verarbeitet. Es stützt sich in erster Linie auf den Report to the Interdepartmental Committee on research and development in the Dependencies of the Falkland Islands (His Majesty's Stationery Office Cmd. 657), London 1920, den es in ansprechender Weise, fast plaudernd, auflockert. Das Schlußkapitel „Colonial Control" ist heute höchst aktuell.

—sft—

Albrecht Janssen: Tausend Jahre deutscher Walfang. F. A. Brockhaus, Leipzig 1937. 54 Abb., 2 Karten, 259 S., Leinen RM. 5,—.

Das Herbst 1937 erschienene Buch ist eine gute Einführung in alle Fragen, die mit dem Walfang zusammenhängen, für den allgemein interessierten Leser, der wirtschaftlich nicht besonders tief schürfen will. Der Schwerpunkt liegt auf einer fesselnden Erzählung der Geschichte des deutschen Walfanges, die sich — soweit sie nennenswerte wirtschaftliche Bedeutung gehabt hat — wenn auch nicht 1000 Jahre, so doch bis in das Mittelalter zurück verfolgen läßt. Das kleine Werk ist aber keineswegs ausschließlich historisch; es ist höchst gegenwartsbezogen und will das deutsche Volk aufrufen, mit dem Herzen dabei zu sein, wenn jetzt der Walfang des neuen nationalsozialistischen Deutschlands praktischen und ideellen Einsatz fordert; deswegen gehört das Buch auch in die Hände der heranwachsenden männlichen Jugend.

—sft—

Mitarbeiter dieses Heftes: Dr. Karl C. Thalheim, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Handels-Hochschule Leipzig, Leipzig C 1, Sophienstr. 47; Schriftleitung: Schriftleiter Dr. Arnold Seifert, Leipzig S 3, Dohnaweg 11.

COLIN ROSS:
Das Weltbild als weltpolitische Voraussetzung

Gemeinhin nehmen wir die Welt, in der wir leben, als selbstverständlich Gegebenes, als Weltwirklichkeit, ohne uns darüber klar zu sein, wie weitgehend diese „Wirklichkeit" durch die Vorstellung, das Bild, das wir uns von ihr machen, bedingt ist und gewandelt wird.

Das gilt selbst von einer so elementaren Selbstverständlichkeit wie der Kugelgestalt der Erde. Seit etlichen tausend Jahren ahnten zum mindesten einzelne die sphärische Natur der Erde, seit etlichen Jahrhunderten ist das Wissen darum Allgemeingut aller von der europäischen Zivilisation Erfaßten. Und trotzdem denkt und fühlt die Mehrzahl von uns, selbst wenn es sich um weltpolitische Fragen handelt, nicht sphärisch, sondern flächig.

Der tatsächliche und später wenigstens gedankliche Widerstand gegen die richtige geometrische Auffassung der Erde ist begreiflich. Als Magellanes rundherum um die Erde gefahren war und es beim besten Willen keinen Zweifel mehr an der Kugelgestalt der Erde geben konnte, gab man zwar notgedrungen die Vorstellung von der Scheibe auf, in der man bisher gelebt hatte, aber man konnte sich höchstens entschließen, das Weltganze als Zylinder zu erleben.

Der Grund dafür ist verständlich. Da die Pole bis in unsere Zeit ein absolutes Sperrgebiet für jeglichen Verkehr blieben, ja überhaupt die ganze nördliche wie südliche Kuppel unseres Globus, war die Erde für die verkehrspolitische Wirklichkeit vielmehr ein Zylinder denn eine Kugel. Diese Vorstellung wurde nicht zum wenigsten unterstützt durch die Mercatorsche Weltprojektion. Ja, diese Weltkarte, die im Zeitalter der Entdeckungen ein Deutscher schuf, der eigentlich Krämer hieß, ist bis auf unsere Tage in der Hauptsache dafür verantwortlich, daß wir bis in die praktische Weltwirtschaft und Weltpolitik hinein nicht kugelig, sondern zylindrisch denken. Die Mercatorsche Weltkarte ist ein zum Rechteck aufgerollter Zylinder. An sich ist sie wohl die krasseste Verzerrung der Weltwirklichkeit, die man sich denken kann, ja eine direkt lügenhafte Darstellung. Auf dieser Karte ist ja die nördliche wie die südliche Begrenzungslinie ebenso lang wie der durch ihre Mitte laufende Äquator, während sie tatsächlich so gut wie Null, d. h. überhaupt nicht vorhanden sind.

Diese falsche Weltkarte und die dadurch bedingte unrichtige räumliche Vorstellung von der Erde war tragbar, solange die Kugelgestalt der Erde praktisch bedeutungslos blieb, d. h. solange der Verkehr rund um die Erde sich in der Hauptsache auf das Gebiet in der Mitte des vermeintlichen Zylinders bewegte. Die Aufhebung des Sperrgebietes rings um die beiden Pole bedingte jedoch, daß wir von nun ab die Kugelgestalt der Erde zur erlebten Wirklichkeit unseres alltäglichen Denkens machen müssen.

Gerade weil alt überlieferte Begriffe und Anschauungen so zähe haften, weil sie ihre Erledigung durch Erfindungen oder Entdeckungen so lange zu überleben pflegen, gerade deshalb kamen und kommen all die grundstürzenden Umwälzungen und Wandlungen für die Zeitgenossen viel unbemerkter und unauffälliger, als man gemeinhin annimmt. Wir können uns gar nichts anderes vorstellen, als daß die Entdeckung Amerikas, oder gar die erste Erdumseglung, zum mindesten ganz Europa in geradezu ungeheuerliche Aufregung versetzte, daß sich der letzte Pfahlbürger des dadurch

bedingten grundsätzlichen Weltwandels vollkommen bewußt war. Versetzt man sich jedoch auf Grund zeitgenössischer Berichte in die damalige Epoche, so stellt man mit Erstaunen fest, daß die uns so bedeutsame Erschließung der Erde als Kugel für die Mehrheit der damals Lebenden gar kein so welterschütterndes Ereignis war und daß für die Masse das Leben durchaus seinen alltäglichen Gang beibehielt.

Wir haben wenig Veranlassung, deshalb auf die Menschen des 16. Jahrhunderts herabzusehen; denn in ähnlichem, wenn auch in geringerem Umfange erleben wir selber eine ähnliche Wandlung der Weltvorstellung, ja der Weltwirklichkeit, ohne sie sofort voll zu erfassen.

In diesem Sommer ist das erste Flugzeug im Nonstopflug von Moskau nach St. Franzisko geflogen, ohne daß man in den meisten europäischen Ländern diesem Ereignis größere Bedeutung beigemessen hätte als seinerzeit der Fahrt der drei Karavellen nach Westindien. In Wirklichkeit handelt es sich um etwas Ähnliches. Es ist zwar keine neue Welt erschlossen worden, wohl aber ein neues Weltmeer. Und wie seinerzeit die Fahrt des Kolumbus, die doch bereits auf der Vorstellung beruhte, daß man die Erde umfahren kann, den Übergang vom flächigen zum zylindrischen Denken bedingte, so heute der Flug des Sowjet-Flugzeuges den Übergang vom zylindrischen zum sphärischen.

Dadurch, daß man die Erde nicht mehr nur lediglich parallel zum Äquator umfahren kann, sondern auch im rechten Winkel zu ihm, ist die Erde erst wirklich auch für die weltwirtschaftliche und die weltpolitische Praxis zur Kugel geworden. Durch die Überfliegbarkeit des Pols rückt er genau wie seinerzeit der Atlantische Ozean aus der nebelhaften Ferne des unendlichen Weltmeeres in die praktische Realität der Verkehrsfläche. Ja, das Nördliche Eismeer, das bisher die Anökumene war, d. h. das unbetretbare Ende der Welt, wird dadurch zum Mittelmeer. Seine Ränder, die bisher weltenweit von einander getrennt waren, rücken in unmittelbare Nachbarschaft. Dadurch ergeben sich Berührungspunkte aller Art zwischen Asien und Amerika, die bis heute noch unvorstellbar waren.

Diese Wandlung des bisher lebens- und verkehrsfeindlichen Nördlichen Eismeeres wird noch durch eine weitere Reihe von Faktoren unterstützt. Neben das Flugzeug tritt, vor allem für den Rand- und Küstenverkehr, der Eisbrecher. Die Probleme der nordwestlichen wie der nordöstlichen Durchfahrt, die jahrhundertelang die Polarforschung beschäftigten, sind heute gelöst, die letztere ist sogar bereits praktische Wirklichkeit. Jeden Sommer fahren die Geleitzüge sowjetrussischer Frachtschiffe hinter dem „Krassin" oder den anderen mächtigen Eisbrechern von der Murmanküste am nördlichen Asien entlang. Dadurch ist ein riesiges Gebiet erschlossen, das ganze nördliche Sibirien, das bisher wenigstens der europäischen Vorstellung als wertlos galt. Die großen sibirischen Ströme, Lena, Ob und Jenissei, deren Mündung bisher durch ewiges Eis blockiert war, sind damit Zubringerlinien geworden, die in ein Weltverkehrsmeer münden.

Die gleichen Möglichkeiten der russischen Arktis bietet mehr oder weniger auch die amerikanische und kanadische. Es ist sehr wahrscheinlich, daß man in Kanada wie in USA. die größten Anstrengungen machen wird, den Vorsprung wieder einzuholen, den die Russen heute in der arktischen Flug- und Eisbrecher-Technik errungen haben.

Der Polflug und die bevorstehende Wandlung der arktischen Eiswüste in ein

Gebiet der Weltwirtschaft und des Weltverkehrs sind zwar das eindrucksvollste, keineswegs jedoch das einzige Beispiel dafür, in welchem Maßstabe und in welchem Umfange die Welt, und zwar die Weltwirklichkeit durch unsere technischen Mittel gewandelt wird. Die Verkehrstechnik mag hier wiederum nur als ein Beispiel für die erdumwandelnden Möglichkeiten der Gesamttechnik dienen. Alles, was bisher in dieser Hinsicht geschehen ist, an Bewässerung und Entwässerung, an der Verwandlung von Wasser in Land, von Land in Wasser, an Beseitigung der klimatischen Schwierigkeiten, an Züchtung geeigneter Pflanzen- und Tierrassen für arktische wie tropische Gebiete, sind lediglich winzige Anfänge, die ahnen lassen, was in dieser Hinsicht noch geschehen kann.

Für uns technisch erzogene Menschen des 20. Jahrhunderts ist das alles durchaus einleuchtend, ja fast selbstverständlich. Was wir jedoch gerade aus unserer naturwissenschaftlichen Weltbetrachtung heraus nur allzu leicht übersehen, ist die gedankliche Bedingtheit jeglicher Weltwirklichkeit. Man muß sich nur einmal klarmachen, wie grundsätzlich anders diese unsere heutige Weltwirklichkeit etwa auf einen buddhistischen Inder wirkt. Er und wir sehen die Welt nicht nur mit anderen Augen an, sondern sie ist für jeden von uns tatsächlich eine andere.

Auf dem Verkennen dieser Gegebenheiten beruht der weltanschauliche Bruch unserer Zeit. Man hat bisher versucht, ihn durch Technik zu überkleiden, durch Zivilisation, durch ein Überbetonen des Fortschrittsgedankens, durch die Fiktion von dem Vorhandensein eines weltanschaulichen Rezeptes gewissermaßen, das auf alle Völker und Rassen anwendbar ist. Deshalb aber, und gerade weil wir über den technischen Möglichkeiten die gedanklichen Voraussetzungen übersahen und vernachlässigten, befinden wir uns heute, trotz unseres riesigen technischen Apparates, unserem Produktionsvermögen, in einer selbst materiell so unbefriedigenden Lage, wenn wir Erde und Menschheit als Ganzes betrachten. Daraus folgert, daß die Voraussetzung für jede Besserung der materiellen Weltlage, erst recht natürlich für eine befriedigendere und beglückendere seelische Haltung, eine Weltvorstellung, ein Weltbild ist, das unserer Entwicklung, unserer gedanklichen Reife, unseren technischen Möglichkeiten entspricht.

Worauf es also ankommt, ist der Besitz eines visionären positiven Weltbildes, einer schöpferischen Weltanschauung. Auf den Menschen von heute lastet als Erbe die Weltanschauung des 19. Jahrhunderts, die wiederum letzten Endes das Produkt der vorhergegangenen Jahrtausende ist. Sie ist hervorgegangen aus einer Reihe von Weltvorstellungen, die jede für sich universalen Charakter beanspruchte, und die sich in verschiedenen Reichen verwirklichte, in dem ägyptischen, dem assyrischen, babylonischen und persischen, wie auch dem chinesischen oder den alt-indianischen. Durch einen Zusammenschmelzungsprozeß entstand eine Reihe von Kulturkreisen, von denen sich jeder einzelne für den ausschließlichen hielt. Selbst wir Heutigen leiden ja noch an dieser Überschätzung, indem wir uns im allgemeinen nicht klarzumachen vermögen, daß zum mindesten der ostasiatische Kulturkreis gleichwertig neben dem abendländischen steht, den wir auch heute noch allzu leicht wenn nicht für den ausschließlichen, so doch für den wichtigsten halten. Europa zahlt heute für die bisherige Verkennung und Mißachtung der kulturellen wie politischen Kräfte Ostasiens. Eine ähnliche Rechnung muß uns in späterer Zeit auch von den Nachfahren der anderen außereuropäischen Kulturkreise aufgemacht werden.

Für alle, die dieser universalistischen Weltanschauung noch verhaftet sind, besteht die Tragik unserer Zeit darin, daß heute, wo die technische Möglichkeit für eine wirklich universale Zivilisation und allgemeine Menschheitskultur gegeben ist, die Völker sie anscheinend nicht wollen, sich von den allgemeinen humanitären Ideen abwenden und vorziehen, ihre eigenen Wege zu gehen.

Der Grund dafür ist sehr einfach: eine universale Idee mit dem Anspruch auf Allgemeingeltung war wenigstens in der Theorie solange möglich, als die Erde praktisch noch nicht eine Einheit bildete. Im Zeitalter von Karawane und Segler, ja selbst noch von Eisenbahn und Dampfer mochte man die Fiktion von einer an sich besten, auf alle Menschen anwendbaren Regierungsform aufrechterhalten; auf einer Erde, die praktisch keine Entfernungen kennt, auf der alle Völker und Rassen in unmittelbare Verbindung miteinander treten, ist dies nicht möglich.

Hierin liegt der Grund für den scheinbaren Widersinn unserer Zeit. Tatsächlich ist es jedoch so, daß die Weltwirklichkeit dem überkommenen Weltbild nicht mehr entspricht. Was wir — wir, das heißt die Gesamtheit der Kulturvölker — brauchen, ist eine zeitgemäße Weltvorstellung, auf deren gemeinsamem Boden wir uns, ungeachtet unserer völkischen und rassisch bedingten Verschiedenheiten, zusammenfinden können. Das aber bedeutet den Bruch mit den universalen Ideen an sich. Es handelt sich heute also nicht wie in früheren Epochen um die Ablösung einer als allgemeingültig angenommenen Weltanschauung durch eine andere, sondern vielmehr um ihren Ersatz durch eine grundsätzlich neue Weltvorstellung, die nicht vom Menschheitskörper ausgeht, sondern von der völkischen Zelle.

Nach der Meinung der Gegner muß eine derartige Weltanschauung zum Zerfall jeglicher Völkergemeinschaft, zum Krieg aller gegen alle führen. Tatsächlich ist sie jedoch die Voraussetzung für die Schöpfung einer langwährenden Weltwirklichkeit. In einem Zeitalter der Vermassung, der Raumnot, des hart Aufeinandergerücktseins der Rassen kann sich nur eine regional aufgespaltene und gegliederte Weltanschauung als tragfähig erweisen, die nicht mit dem, im Grunde weder geglaubten noch gewünschten Bild einer gleichartigen, gleichberechtigten Menschheit arbeitet, sondern mit den harten Tatsachen ihrer Verschiedenheit.

Gerade in dem Anerkennen dieser Verschiedenheit liegt jedoch nicht Rassenhaß noch Rassenkrieg beschlossen, sondern im Gegenteil eine viel größere Gewähr für eine leidlich friedliche Weltordnung als unter der Herrschaft einer sich für allgemeingültig haltenden und demgemäß natürlich intoleranten universalen Idee.

Dazu kommt jedoch noch ein Zweites und Wichtigeres: Die gegenwärtige Weltkrise ist nicht ausgebrochen, weil einige böse Männer und Völker für ihre Eroberungsabsichten neue Ideen in die Welt setzten, sondern weil die bisher gültige Weltanschauung nicht mehr genügte. Und sie genügte insbesondere nicht mehr, weil sie rein rational war, weil sie die spirituellen Kräfte des Menschen in ein Jenseits verwiesen hatte. Mit das Wesentlichste der neuen Ideen, die sich im Nationalsozialismus, im Faschismus und verwandten Formen auszuwirken beginnen, ist jedoch, daß sie die durch das Fortschrittszeitalter in ein Jenseits verbannten seelischen Fähigkeiten, die Glaubenskraft der Menschheit wieder in das „Hier" und „Heute"' heruntergeholt haben. Sie sind die Quelle einer schöpferischen Welteinstellung, aus der eine neue Weltwirklichkeit hervorzugehen im Begriffe ist.

Wir bringen im folgenden den Bericht eines deutschen Kaufmannes, der seit Jahren in China lebt, Land und Leute kennt und den chinesisch-japanischen Konflikt in Schanghai aus nächster Nähe miterlebt hat. Es versteht sich von selbst, daß dieser Bericht mit der Entwicklung der Lage nicht Schritt halten konnte — er scheint uns aber mit seiner klaren geopolitischen Anschauung und seiner lebendigen Einsicht in die Zusammenhänge und Kräfteverteilungen über den Tag hinausreichende Bedeutung zu besitzen. Daß der Verfasser aus der inneren Anteilnahme an dem Geschick seines Gastlandes schreibt, ist verständlich und richtig. Um das Bild aber abzurunden, stellen wir mit dem folgenden Aufsatz eines Mitarbeiters in der Mandschurei dieser Sicht eine andere gegenüber: die Sicht des Gegners, der ebenfalls um das Lebensrecht seines Volkes kämpft. *Die Schriftleitung.*

CHRISTIAN KRÖGER:

Zur Lage in China

Der Beginn der Kämpfe

Zwischen Japan und China sind seit Anfang Juli überaus heftige Machtkämpfe entbrannt, die eine vollständige Umgestaltung bringen werden und einen Krieg entfesselt haben von bisher im Fernen Osten unbekannten Ausmaßen. Die sich widersprechenden Meldungen in der europäischen Presse machen es fast unmöglich, ein klares Bild zu formen.

Bereits nach Beendigung der Kämpfe 1932 verkündete der japanische Generalmajor Tada in nüchternen Worten, daß Nordchina in weitem Maße dem japanischen Reich eingegliedert werden müsse.

Als Vorspiel sind ferner die Grenzstreitigkeiten am Amur mit Rußland aufzufassen, wobei die Russen zwei Kanonenboote verloren und sonstige schwere Verluste erlitten. Rußland zeigte sich nicht geneigt, diesen Zwischenfall („incident") ernst zu nehmen, es schickte keine Verstärkungen. Verhandlungen fanden statt und kamen am 2. Juli zum Abschluß. Japan hatte freie Hand.

Am 7. Juli fielen die verhängnisvollen Schüsse gelegentlich eines kleinen Manövers japanischer Truppen bei Liukouchiao, südlich von Peking. Es folgten Verhandlungen, um den Streit zu lokalisieren, jedoch konnten und sollten die Waffenstillstandsbedingungen von den Chinesen nicht gehalten werden. Weitere blutige Gefechte folgten, die Ermordung von etwa 200 Japanern in Tungchow durch chinesische Miliz, nördlich von Peking in dem von Japanern kontrolliertem Gebiet. Der Anstoß war gegeben, die Heeresmaschinerie lief. Einzelheiten sind unwichtig. Am 17.—19. Juli hatte es den Anschein, als wäre eine friedliche Beilegung möglich, die chinesischen Truppen zogen sich zurück. Wieder brachen Kämpfe aus, diesmal bei Lanfang, zwischen Peking und Tientsin, in Peking wurde eine japanische Truppe vorm Hatamentor fast aufgerieben. Vom 28. bis 31. Juli fanden erbitterte Kämpfe statt in Tientsin und Peking. Die Chinesen wur-

den mit großen Verlusten aus beiden Städten hinausgedrückt. Uneinheitliche Kommandos und eine unklare Lage trugen dazu bei. Dieser Teil Nordchinas war damit fest in den Händen der Japaner und ihr Aufmarschgebiet gesichert.

Es folgten Vorbereitungen von beiden Seiten, sowohl militärisch als auch propagandistisch in den eigenen Ländern, um große Operationen vorzubereiten. Der Japanische Reichstag bewilligte Kredite, von der Militärpartei in die Lage hineingedrängt, obgleich offensichtlich die Wirtschaft und ein großer Teil des Volkes gegen den Krieg sind. — Von beiden Seiten wurde die Zivilbevölkerung abtransportiert.

Die Chinesen bauten ihre Stellungen bei Paoting und Tsangchow aus, etwa 150 km von Peking bzw. Tientsin entfernt, und führten Verstärkungen von Süden herauf, die Japaner ihrerseits aus Japan und der Mandschurei, bis sich auf beiden Seiten nach und nach etwa 400 000 und 200 000 Mann gegenüberstanden, die Japaner mit starker Flugwaffe, motorisierten Abteilungen, die Chinesen ohne moderne Waffen, fast ohne Flieger.

Die Forderungen der Japaner für Nordchina waren kurz:

1. Einstellung der japanfeindlichen Propaganda und Beseitigung der japanfeindlichen Beamten und Organisationen.
2. Zurückziehung aller Truppen, insbesondere der Verstärkungen.
3. Einstellung von japanischen Beratern, auch Zivilberatern.
4. Erteilung von Wirtschaftskonzessionen, Bau von Bahnen u. a.

So unscheinbar die Forderungen aussehen, so würde ihre praktische Anerkennung bedeuten, daß Nordchina nur noch formell unter chinesischer Oberhoheit stehen würde, die tatsächliche ausführende Gewalt dagegen in den Händen der Japaner läge. Diese Forderungen konnten nie von der chinesischen Zentralregierung anerkannt werden, wurden abgelehnt und mit Gegenforderungen beantwortet, am schärfsten in der öffentlichen Stellungnahme Chiang-Kaischeks am 17. Juli. Ganz China stand hinter dieser Stellungnahme, wie man mit Recht sagen kann, daß die Japaner China zu einem Nationalstaat zusammengeschweißt, ja das Nationalbewußtsein erst geweckt haben. Der äußere Druck und der gemeinsame Feind haben viele Gegensätze vergessen lassen. Für China geht der Kampf um seine nationale Geltung und um seine Existenz. Aber auch Japan kann sich einen verlorenen Krieg oder auch nur ein Kompromiß nicht leisten, will es nicht von seiner Stellung als herrschende Macht des Pacific herabsteigen. Auch heute noch ist dieser Krieg nicht entschieden, trotz vieler militärischer Siege der Japaner, und der Ausgang ist mehr als ungewiß.

In Schanghai fielen die verhängnisvollen Schüsse, denen ein japanischer Offizier und sein Adjutant zum Opfer fielen, beim Hungyao-Flugplatz am 9. August. Es dürfte feststehen, daß die Japaner auf die Ereignisse in Schanghai nicht vorbereitet waren, und dieser Kriegsschauplatz, der bei weitem der blutigste werden sollte, ihnen sehr ungelegen kam. Für die Chinesen war die Überlegung klarer, zumal man hoffte, angesichts der großen Interessen die ausländischen Mächte zu einem Eingreifen bewegen zu können, während Nordchina weit weniger Aufsehen erregt hätte. In Schanghai konnten die chinesischen Truppen den Japanern mit mehr Aussicht auf Erfolg entgegentreten. Die besten Truppen wurden nach dort geschickt mit moderner Ausrüstung. Am 13. entwickelten sich dort die ersten Kämpfe, am 14. fand der Bombenangriff auf die „Idzumo" statt, das japanische Flaggschiff, der fehlging und bei dem leider vier Bomben in die Internationale Niederlassung fielen und etwa 2000 Opfer fordrten.

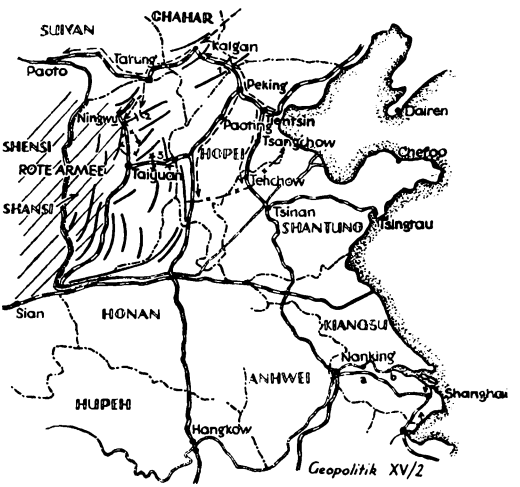
Ein Ereignis verdient festgehalten zu werden am Vorabend der großen Kämpfe:

der Abschluß des Nichtangriffpaktes mit Rußland am 21. August und bereits vorher die Einstellung der Bekämpfung der chinesischen Kommunisten in Shensi und Kansu und deren Verpflichtung zum Kampf gegen Japan. Es ist falsch, daraus zu folgern, China bekenne sich zum Bolschewismus. Die chinesische Regierung mit Chiang-Kaischek als Führer ist national und den bolschewistischen Ideen mehr als abgeneigt. In einem Existenzkampf wie dem kommenden wäre es aber ein Verbrechen am eigenen Volk gewesen, diese Bündnismöglichkeit mit Rußland und den eigenen roten Truppen als wirksamsten Gegenpol gegen Japan auszuschlagen oder nicht zu fördern, zumal von anderer Seite her eine wirksame Hilfe nicht zu erwarten ist.

Die territorialen Ziele der Japaner im Norden sind folgende:

1. Zusammenschluß der Mongolen in Suiyan, Chahar zu einem neuen Mongolenstaat in der ausgeprägtesten Form eines Nationalstaates als Gegenpol zur rotrussischen Äußeren Mongolei. Diese Staatsgründung ist inzwischen erfolgt; die Mongolen werden Gelegenheit haben, unter ihrem Führer Teh-Wang zu beweisen, daß die ihnen innewohnenden Kräfte stark genug sind, die Mongolei zu verjüngen und zu modernisieren.

2. Zusammenschluß der Provinzen Shansi, Hopei und Shantung zu einem autonomen Staat oder einem doch Zentralchina nur lose angegliederten Gebilde mit einer den Japanern genehmen Regierung. Dies ist noch nicht erreicht und wird erheblich mehr Schwierigkeiten bieten, ist aber inzwischen in Peking begonnen worden.



1. Nangkou-Paß; 2. Yen-ming-Paß; 3. Niang-tze-Paß; a) Sperre bei Chingkiang; b) Sperre bei Kiangyin; × — × Ungefähre Fronten am 30. 10. 37

Die strategischen Ziele und Operationen

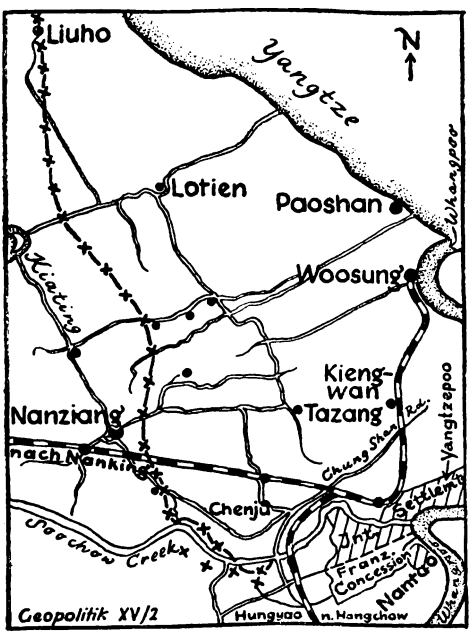
Der Vorstoß der Japaner im Norden geht in Gruppen vor sich:

1. nach Westen die Peking-Suiyan-Bahn entlang über den Nankou-Paß, Kalgan, Tatung bis nach Paoto in Suiyan. Dieses Gebiet ist inzwischen vollständig in die Hände der Japaner gekommen. Verstreute chinesische Truppenteile werden noch von den Mongolen bekämpft. Der Kampf um den Nankou-Paß war sehr heftig. Frontal von Peking aus war er nicht zu nehmen. Jedoch gelang den Japanern eine Umfassung von Jehol und Chahar her, die die chinesischen Truppen überraschte und ausmanövrierte.

Von Tatung geht die Stoßrichtung nach Süden über Taimuanfu zum Gelben Fluß, etwa 750 km. Die Japaner fanden kaum Widerstand, zwei Säulen vorwiegend motorisierter Einheiten stießen vor, überschritten den 1200 m hohen Yenming-Paß und gelangten in die Ebene etwa 150 km von Taiyuanfu entfernt. Hier stießen sie auf starken Widerstand, entfacht durch Nanking-Truppen und unterstützt von Fliegern. Vom Westen her aus dem Gebirge stießen rotchinesische Truppen her-

unter, griffen stark an, störten die rückwärtigen Verbindungen und haben den Yenming-Paß wieder geschlossen, so daß diese japanischen Truppen, etwa 30 bis 40 000, von jedem Nachschub abgeschnitten sind. Das Gelände ist dort gebirgig und sehr unübersichtlich, wobei den Chinesen die Kenntnis ihrer Heimat sehr zustatten kommt. Die Kämpfe gehen heute noch mit großer Heftigkeit weiter.

2. Die Peking-Hankau-Bahn entlang nach Süden bis zum Gelben Fluß, etwa 600 km. Die erste Verteidigungsstellung der Chinesen fiel beinahe kampflos. Schlechte Führung und schlechte Truppen, besonders uneinheitlicher Oberbefehl und mangelhaftes Zusammenarbeiten tragen hier die Schuld. Trotzdem werden die Nachschubschwierigkeiten der Japaner täglich größer, da die im Rücken liegende Bahn von den kleinen chinesischen Abteilungen dauernd gestört wird. — Der Vormarsch an der abzweigenden Bahn nach Shansi hinein wird den Japanern sehr schwer, da die Chinesen alles rollende Material dieser Schmalspurbahn nach Shansi hineingezogen haben. Nur Paßwege für Maultiere führen durch den engen Gebirgspaß, der leicht zu verteidigen ist. Nur ein zäher Kampf mit starker Fliegerunterstützung kann diesen für die in Shansi eingeschlossenen japanischen Truppen voranbringen.



1. Erste Kämpfe mit japan. Truppen in Yangtze poo 14. August.
2. Landung bei Liuhe und Woosung.
3. Verbindung der Jap. Front Woosung-Lotien-Yangtze.
4. —×—× Front am 30. Oktober nach schweren Kämpfen.
5. Durchbruch der Japaner am 3. November +++

3. Die Tientsin-Pukow-Bahn entlang zum Gelben Fluß und darüber hinaus bis zur Grenze von Shantung, etwa 500 km. Den Japanern ist es gelungen, ohne ernsthafte Kämpfe bis nach Shantung vorzudringen und die Stadt Tehchow einzunehmen. Der Shantung-Gouverneur gilt als unzuverlässig, jedoch haben seine Truppen den Kampf mit den Japanern aufgenommen und bedrohen die Flanke. Ein weiterer Vormarsch ohne größere Operationen in Shantung ist kaum möglich. Es wird vermutet, daß die Japaner an der Nordküste Shantungs, vielleicht bei Lunkow landen werden, dort, wo auch 1914 die Landung vorgenommen wurde, von dort auf die Bahn stoßen und dann Shantung sowohl nach Tsinan als auch nach Tsingtau hin erkämpfen. Ein starker Widerstand ist kaum zu erwarten, da die Shantung-Truppen nur mangelhaft ausgerüstet und nicht modern geschult sind.

Die Gesamtbreite der Front von Shansi bis an die Tientsin-Pukow-Bahn beträgt etwa 550 km. Dies nur, um ein Bild zu geben von der gewaltigen Ausdehnung der Fronten.

Am heftigsten haben sich die Kämpfe in Shanghai entwickelt. Hier sind die modernen chinesischen Divisionen eingesetzt worden und schlugen sich hervorragend.

Die Japaner besaßen zu Anfang der Kämpfe den Yangtzepoo-Sektor der Internationalen Niederlassung. Hier landeten die ersten Verstärkungen und fanden die ersten Kämpfe statt. Weitere Landungen wurden erzwungen durch die überlegene japanische Schiffsartillerie in Woosung vom Whangpoo her und vom Yangtze aus. Die weiteren Kämpfe wurden jedoch außerordentlich hartnäckig ausgetragen, und die Japaner mußten Verstärkungen über Verstärkungen landen, bevor es gelang, eine Verbindung zwischen Yangtze und Whangpoo zu bekommen. Die Anfang September mit etwa 70—80 000 Mann angesetzte Offensive verlief trotz vollkommener Luftbeherrschung und überlegener Artillerieüberlegenheit ergebnislos. Erst in den letzten Kämpfen gelang es, die chinesische Front zu brechen und zum Zurückweichen zu zwingen. Vor allem mußten die Chinesen den Nordbahnhof und den Chapei-Sektor räumen und verloren den Halt an der Internationalen Niederlassung. Auf seiten der Japaner kämpften dabei etwa 120 000 Mann mit starkem Fliegereinsatz, und auf seiten der Chinesen etwa 250 000. Die guten chinesischen Divisionen konnten in den Kämpfen mehr als zwei Monate lang nicht abgelöst werden, da man keinen vollwertigen Ersatz hatte.

Das Ziel der Japaner in Shanghai war, bis Nanking vorzustoßen, das chinesische Heer weitmöglichst aufzureiben und dann die Kampfhandlungen abzuschließen. Ein Weitermarsch auf Nanking hat sich äußerst schwierig gestaltet — ist aber geglückt.

Ausblick

Das Ende des Krieges ist heute noch nicht abzusehen. Selbst wenn die Japaner ihre Kriegsziele erreicht haben, wird sich keine Regierung finden, den Verlust dieser Gebiete anzuerkennen, jedenfalls nicht innerhalb einiger Monate. Die chinesische Währung ist intakt und wird es auch noch auf längere Zeit hin bleiben. Die chinesische Binnenwirtschaft leidet weniger als die Japans, und China ist auf Außenhandel nicht unbedingt angewiesen. Japans Handel mit China ist vollkommen vernichtet, und gerade er stellte weitaus den größten Teil des Gesamthandels Japans dar. Möglich, das Wirtschaftsleben in Nordchina kommt schnell wieder in Gang und die Japaner ziehen den Vorteil daraus. Trotzdem leidet der Handel Japans erheblich, da Devisen- und Einfuhr-Zwangswirtschaft eingeführt und allgemein die ganze Wirtschaft auf Kriegswirtschaft umgestellt wurde.

Zu erwähnen ist hier die Blockade, die am 25. August für alle chinesischen Häfen, mit Ausnahme Tsingtaus, erklärt wurde. Frei ist Hongkong als englischer Hafen, und durch diesen geht die gesamte chinesische Einfuhr, besonders an Kriegs- und Eisenbahnmaterial. Bisher ist es den Japanern nicht gelungen, die Bahnen endgültig zu zerstören, und der Strom geht ununterbrochen von dort nach Mittelchina. Geringe Einfuhren gehen auch über Shanghai, Tsingtau und Hanoi[1]).

Blockade, fortgesetzte Fliegerangriffe auf Eisenbahnen und Städte, notfalls auch Weitermarsch über Hankow hinaus, sind die Mittel, mit denen Japan den Krieg fortsetzen kann, auch nach Erreichung seiner eigentlichen Ziele. Vielleicht gelingt es bei großem Einsatz, China im Laufe eines Jahres auf die Knie zu zwingen. Ist Japan wirtschaftlich stark genug, die Opfer zu bringen? Die Chinesen hoffen

1) Inzwischen setzt Japan nach einer ergebnislosen Verhandlungspause dazu an, auch das südliche Tor Chinas zu verriegeln.

dabei auf Einwirkung der angelsächsischen Mächte. Ob sie kommen wird? Es sieht noch immer nicht danach aus.

Wer kann Japan zwingen, die Waffen aus der Hand zu legen?

China kann den Krieg militärisch nicht gewinnen, ihn aber für Japan so teuer wie möglich machen und dadurch hoffen, Japan zum Aufgeben zu bringen. Werden die Militärkreise Japans sich durch wirtschaftliche Gründe überzeugen lassen? Es ist schwer, das heute zu glauben!

Der lachende Dritte

Den größten Vorteil wird Rußland aus diesen Kämpfen ziehen. Die Äußere Mongolei steht bereits seit fast acht Jahren unter russischer Herrschaft. Jungmongolische Truppen sind ausgebildet worden, Flieger und Offiziere nach Moskau geschickt, die Propaganda hat weitgehend gearbeitet und alle alten Bindungen zu den einzelnen Fürsten aufgelöst und eine neue Ordnung geschaffen. — Sinkiang, die reiche Provinz in Chinesisch-Turkestan, steht unter russischem Einfluß, dem nur die Mohammedaner engegentreten, ohne Erfolg. In Nord- und Westshensi sitzen die rotchinesischen Truppen, zum Teil auch in Kansu und Ninghsia, verwalten das Land, propagieren, heben Truppen aus, ernähren sich von den Provinzen und erhalten russische Flugzeuge und Flieger, Instrukteure und Berater. Der mohammedanische Teil Kansus wird nicht lange standhalten können, und ebensowenig Sining. Damit ist der ganze Nordwesten Chinas dem roten Einfluß preisgegeben, die Verbindung mit der roten Äußeren Mongolei, wenn auch durch Wüstengebiete, hergestellt. Dieser Teil wird für immer verloren sein; Rußland hat bereits vorweg, ohne auch nur einen Soldaten einzubüßen, mehr gewonnen, als Japan je gewinnen kann. Will Japan diesen Kampf in Gebieten mit endlosen Weiten aufnehmen? Es scheint mehr als fraglich, ob seine Kräfte dazu ausreichen.

Die Kämpfe zwischen Japan und China werden von Rußland überschattet, von dem schwer zu sagen ist, wie schlagkräftig es wirklich ist, wie hoch seine militärische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bewertet werden kann. Die Gefahr besteht, daß China sich ganz Rußland zuwendet, wenn Japan unbedingt auf einer Beseitigung der jetzigen Regierung mit Chiang-Kaischek, T. V. Soong und H. H. Kung besteht, d. h. der Sung-Familie. Ist Rußland bereit, China zu unterstützen, wie es die Valencia-Regierung in Spanien unterstützt, obgleich der russische General Blücher und Borodin bereits einmal von den gleichen Köpfen zu Beginn der Revolution ausgebootet wurden. Russisches Material ist nach Sianfu geliefert, und russische Offiziere bilden die rote Armee aus. Einige Flugzeuge und Flieger sind bereits in Nanking gewesen. Wird diese Verbindung weiter ausgebaut werden? Hinter diesen Möglichkeiten steckt die viel größere Gefahr eines Konfliktes zwischen Japan und Rußland; es wird ein erheblich schlagfertigeres „non-intervention-committee" notwendig sein, um diesen „incident" zu lokalisieren, als in Spanien, denn die Kräfte sind gewaltiger und ungezügelter.

An eine schnelle Beilegung des Krieges ist unter den herrschenden Umständen kaum zu denken; sicher gehen noch viele Monate ins Land, bis eine Lösung gefunden ist — wenn dieser Brand nicht noch weiter frißt.

JOHANN NEWEL:

Die geschichtlichen Beziehungen zwischen China und der Mandschurei

1.

Dem Durchschnittseuropäer, der von der Geschichte des Fernen Ostens nur eine verschwommene Vorstellung hat, erscheint China als ein geschlossenes Ganzes, das mehrere Jahrtausende unverändert überdauert hat. Wer sich aber die Karten der verschiedenen Jahrhunderte ansieht, stellt mit Erstaunen fest, daß die dort zutagetretenden Veränderungen einen Vergleich mit einem europäischen Geschichtsatlas sehr wohl aushalten können. Zeiten der kraftvollen Ausdehnung und Entwicklung wechseln ab mit Perioden des Rückganges und der Schrumpfung. Gebiete von der Größe halber Erdteile werden erobert und gehen wieder verloren im kaleidoskopischen Wechsel der Dynastien, mit deren Namen die ostasiatische Geschichte unlösbar verknüpft ist.

Ethnologisch betrachtet besteht das eigentliche China aus dem Gebiet zwischen der Großen Chinesischen Mauer und Kanton. Das innerhalb dieser Grenzen lebende Volk ist jedoch keineswegs ein homogenes Ganzes, sondern setzt sich aus verschiedenen Stämmen zusammen, die ganz charakteristische Unterschiedsmerkmale aufweisen und voneinander stark abweichen, Dialekte sprechen, während die Schriftsprache im ganzen Reiche dieselbe ist. Die früher zu China gehörenden Außenprovinzen, Tibet, die Mongolei und die Mandschurei haben seit alters her nicht nur ihre eigenen Sprachen, sondern auch ihre eigenen Schriftsprachen.

In den letzten Jahrzehnten befindet sich China staatlich in einem Schrumpfungsprozeß, während es sich als Volk ausdehnt und neue Räume besetzt. Tibet ist schon seit längerer Zeit nur noch lose mit China verknüpft. Die Außenmongolei hat sich vor 15 Jahren unter dem Beistand von Sowjet-Rußland autonom erklärt und erkennt die chinesische Oberhoheit nicht mehr an. Chinesisch-Turkestan gehört nur noch auf dem Papier zu China, so daß der Abfall auch dieses Gebietes nicht ausgeschlossen erscheint. Aber während die Chinesen die Abtrennung dieser Gebiete mit einer gewissen Gleichgültigkeit über sich ergehen ließen, haben die Ereignisse in der Mandschurei seit dem Jahre 1931 sie in eine starke Erregung versetzt, die durch eine geschickte und wirkungsvolle Propaganda zwar in ruhigere Bahnen gelenkt worden ist, aber im Volk selbst tief verwurzelt ist.

2.

Die Geschichte der Mandschurei ist ebenso wechselvoll wie die des eigentlichen China. Ursprünglich wurde das Land von den sogenannten Tungus bewohnt, die schon 2000 Jahre vor unserer Zeitrechnung dort gewesen sein sollen, und die sich später nach Korea und, wie japanische Geschichtsforscher festgestellt haben, auch nach Japan ausdehnten.

Die Geschichte Chinas nennt im Laufe der Zeit eine Reihe von Stämmen, die Suschen, Ilon, Tunghu, Fuju, Kaoli und andere, die weniger hervorgetreten sind. Die Suschen und ihre Nachfolger, die Ilon, bewohnten den nördlichen Teil des Landes. Die Fuju lebten in der Ebene nordwestlich der heutigen Hauptstadt Hsinking und breiteten sich im Tale des westlichen Liaoflusses aus. Die Kaoli, das ist der chinesische Name für Korea und die Koreaner, saßen ursprünglich am oberen Yalufluß und nahmen mit der Zeit die ganze Halbinsel in Besitz. Die Wuwon und Kitan, ebenfalls Abkömmlinge der Tunghus, die sich jedoch mit mongolischen Tataren vermischten, hatten den westlichen Teil des Landes inne. Sie waren Nomaden, die mit

ihren kriegerischen Streifzügen öfters das eigentliche China bedrohten. Zur Abwehr ihrer Einfälle baute im Jahre 255 v. Chr. der Kaiser Tschau Hsing die Große Mauer, die 214 v. Chr. von Schi Hwangti, dem ersten Kaiser der Tschin-Dynastie, verbessert und verlängert wurde. In den chinesischen Analen werden diese Stämme unter dem Namen Tunghu und Hsingnu (Hunnen) angeführt.

Schon früh vermischten sich die genannten Stämme unter sich sowie mit eingewanderten Chinesen. Diese standen auf einer viel höheren Kulturstufe; man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Zusammenfassung und Organisation der verschiedenen Staatengebilde in der Hauptsache ihrem Einfluß zuzuschreiben ist. Die chinesische Geschichte nennt uns mehrere dieser Staaten: Fuju (37 v. Chr. bis 494 A. D.), Kaoli (37 v. Chr. bis 668 A. D.), Pohai (717 bis 927), Kitan (916 bis 1125), Kin (1125 bis 1234). Diese Königreiche waren manchmal selbständig, manchmal standen sie in einem Tributverhältnis zu China, doch sind die chinesischen Angaben darüber mit einer gewissen Vorsicht zu behandeln. Die chinesischen Geschichtschreiber sind dafür bekannt, daß sie mit einer gewissen Großzügigkeit alle benachbarten Völker summarisch als zu China gehörig betrachteten, und sogar die Herrscher ganz weit entfernter Länder, die einmal einen Gesandten mit Geschenken nach China schickten, als unterjocht und tributpflichtig bezeichneten.

Schon in jenen fernen Zeiten tauchten die Japaner auf dem Festlande auf, wo sie verschiedene Kriege führten, sich aber meist nicht lange halten konnten. Noch heute steht auf der mandschurischen Seite des Grenzflusses Yalu, etwa 700 km von Antung entfernt, ein Stein, dessen Inschrift die heroischen Taten des neunzehnten Königs der Kaoli in seinen Kriegen gegen China und Japan verherrlicht. Als die Kaoli sich durch eine Invasion seitens der chinesischen Tang-Dynastie bedroht sahen, schlossen sie im Jahre 662 ein Bündnis mit Japan, das ihnen jedoch wenig nützte, bereits zwei Jahre später wurden sie von den Chinesen überrannt und besiegt.

Nach den Kaoli kamen die Pohei, die verhältnismäßig friedlich waren und rege Handelsbeziehungen mit China und Japan unterhielten. Sie hielten sich über 200 Jahre lang und wurden im Jahre 927 durch die Kitan-Tartaren verdrängt. Diese hatten 916 unter dem Namen Liao einen neuen Staat gebildet und entfalteten eine äußerst rege kriegerische Tätigkeit nach allen Seiten. Sie drangen über die Große Mauer vor, nahmen Peking und machten es zur Hauptstadt ihres Landes. Zum Schluß beherrschten sie außer der Mandschurei noch die Äußere Mongolei, den nördlichen Teil von Korea sowie von Nordchina den größten Teil der Provinz Tschili.

Den Chinesen war der Verlust von Peking bitter genug; sie vermochten jedoch nicht, es durch eigene Machtanstrengungen zurückzugewinnen. Inzwischen hatte ein Zweig der Nutschen, Abkömmlinge des mandschurischen Stammes der Suschun, die ursprünglich in der Gegend des heutigen Harbin ihre Wohnsitze hatten, sich weiter ausgebreitet; ihr Führer Akuteng hatte im Jahre 1115 unter dem Namen Kin (Gold) einen neuen Staat gegründet, der sich auf Kosten der Kitan immer mehr ausdehnte. Mit diesen Kin schlossen die Chinesen im Jahre 1120 einen Geheimvertrag auf Vernichtung der Kiten. Darin versprachen sie den Kin die Einnahme von Peking sowie eine jährliche Zahlung von 500 000 Unzen Silber, während die Kin sich verpflichteten, den Chinesen 17 Kitanprovinzen im Liaotale zu überlassen und unter keinen Umständen über die Große Mauer hinaus vorzudringen.

Nun begann der Feldzug gegen die Kitan von zwei Seiten. Die Kin waren auch sehr erfolgreich und schlugen ihre Feinde in einer Schlacht nach der anderen. Die Chinesen hingegen erreichten nichts und konnten nicht einmal Peking erobern. Sie ließen sich daher verleiten, die Kin zu Hilfe zu rufen, und diesen kam diese Gelegenheit, sich südlich der Großen Mauer ausbreiten zu können, sehr gelegen. Sie eroberten Peking und blieben — unter dem Vorwand, daß die Chinesen ihr Versprechen nicht gehalten hatten. Doch damit nicht zufrieden, drangen sie immer weiter nach Süden vor und eroberten innerhalb von neun Jahren ganz China nördlich des Yangtse.

Ihre Herrschaft dauerte jedoch nur hundert Jahre. Sobald die Kin mit der üppigen Zivilisation der Sung in engere Berührung kamen, begannen sie zu verweichlichen, wie nach ihnen die Tartaren und noch später die Mandschu. Bald

waren sie nicht mehr imstande, den aufstrebenden Mongolen unter Dschingis Khan Widerstand zu leisten. Im Jahre 1234 wurde ihre Dynastie von Ogotai, dem dritten Sohne Dschingis Khans, gestürzt. Bei dieser Gelegenheit folgten die Chinesen wiederum dem politischen Leitsatz, der in ihrer Geschichte eine so große Rolle spielt: Um einen fremden Teufel zu bekriegen, verbinde dich mit einem anderen. Sie zogen dabei diesmal den kürzeren. Die Mongolen eroberten nicht nur das Kin-Reich, sondern drangen weiter vor und nahmen ganz China. Kublai Khan war der erste Mongolenkaiser, der ganz China beherrschte.

Die Mongolen hielten ihre Herrschaft über China 134 Jahre, dann wurden sie von dem Chinesen Tschu Yuan-tschang gestürzt, der über die Große Mauer nach Norden vordrang, die Süd-Mandschurei eroberte und die Ming-Dynastie gründete. Diese beherrschte bis zum Jahre 1644 China und die heutige Provinz Mukden der Mandschurei. Der größte Teil der Mandschurei jedoch behielt seine Selbständigkeit. Dort saßen die drei Stämme der Nutschen, die Haisi im westlichen Sungarital, die Tschientschou an der Grenze von Korea und die sogenannten wilden Nutschen auf beiden Seiten des Amur.

Zwei Jahrhunderte lang beunruhigten diese Stämme ihre Nachbarn, die Tartaren sowohl wie die Koreaner und Chinesen. Im Jahre 1583 einigte einer ihrer Häuptlinge namens Nuerhatschi die drei Stämme und trieb die Chinesen hinter die Große Mauer zurück. Es gelang ihm jedoch nicht, bis nach Peking vorzustoßen, und als er im Jahre 1626 starb, führte sein Sohn Abkai den Feldzug gegen China fort. 1636 gab er seiner Familie den Namen Ta Tsching — Große Reinheit — und nannte sein Land nach seinem Vater, dem nach buddhistischem Ritus nach seinem Tode der Name Mandschu beigelegt worden war.

Im Jahre 1643 starb Abkai, ohne in seinem Kriege gegen China nennenswerte Erfolge gehabt zu haben, und sein neunter Sohn kam im Alter von fünf Jahren auf den Thron, während sein Onkel die Regentschaft führte. Diesem Kinde fiel das in den Schoß, was sein Vater und Großvater vergeblich versucht hatten. In China brach eine Revolte gegen das Herrscherhaus aus, und der Rebell Li Tze-tscheng nahm Peking ein. Der letzte Ming-Kaiser erhängte sich in dem noch heute stehenden Pavillon auf dem sogenannten Kohlenhügel der Pekinger Kaiserstadt. Diese günstige Gelegenheit benutzend, stießen die Mandschus mit Macht nach Süden vor und besetzten im Mai 1644 Peking, ohne Widerstand zu finden. Der junge Kaiser verlegte seine Hauptstadt von Mukden nach Peking, und schon am 1. Oktober desselben Jahres wurde die Herrschaft der Ta Tsching über ganz China erklärt.

268 Jahre saßen die Mandschukaiser auf dem Drachenthron Chinas. Bald nachdem sie ihre Herrschaft angetreten hatten, erklärten sie ihr Stammland für einen Teil Chinas, ließen ihm aber seine besondere Verwaltung sowie seine alten Sitten und Gebräuche. Natürlich konnten sie das gewaltige China nicht selbst regieren — so viele Mandschus, wie dazu nötig gewesen wären, gab es gar nicht — sondern überließen die zivile Verwaltung den chinesischen Literaten und reservierten nur gewisse Posten am Hofe und in den Zentral- und Provinzialregierungen für ihre Landsleute. Nur die drei mandschurischen Provinzen wurden je einem Militärgouverneur unterstellt, der nebenbei auch volle zivile Autorität besaß. Dieser Modus wurde erst nach dem Russisch-Japanischen Krieg auf ein Immediatgesuch von Hsu Schih-tschang und Tang Schao-yih hin abgeändert. Im Jahre 1907 wurden auch in der Mandschurei die Militärgouverneure durch Zivilgouverneure ersetzt und unter die Kontrolle eines Generalgouverneurs oder Vizekönigs gestellt. Der erste Vizekönig der Mandschurei war ein Chinese, ebenso Hsu Schih-tschang, der später auch noch Präsident der Republik von China wurde.

Nach dem Sturz der Mandschus ernannte die republikanische Regierung für die drei mandschurischen Provinzen je einen Zivil- und Militärgouverneur. Die ersteren wurden jedoch bald durch die Militärs in den Hintergrund gedrängt, und von diesen trat besonders Tschang Tso-lin hervor, der sich eine dominierende Stellung zu verschaffen verstand. Als im Jahre 1916 der damalige Präsident von China, Li Yuan-

hung, sich weigerte, an Deutschland den Krieg zu erklären, machten sich die drei Militärgouverneure der Mandschurei unabhängig, zogen aber später ihre Erklärung wieder zurück. Im Jahre 1918 wurde Tschang Tso-lin zum Generalgouverneur ernannt, und seither ist die Mandschurei nur noch formell ein Teil von China gewesen, bis sich sein Sohn Tschang Hsueh-liang mit der inzwischen zur Macht gekommenen Kuomintang aussöhnte.

Von 1922—28 war die Mandschurei nicht rechtlich, aber tatsächlich fast unabhängig; sie ließ nur gewisse Einrichtungen der chinesischen Regierung, wie Post, Zoll- und Salzverwaltung, unangetastet bestehen. Im Jahre 1924 schloß Tschang Tso-lin im Namen der „Regierung der autonomen drei östlichen Provinzen Chinas" sogar ein eigenes Abkommen mit Rußland über die Ostchinesische Eisenbahn, ohne sich im geringsten um die Zentralregierung zu kümmern. Während der Dauer seiner Herrschaft führte er beständig Krieg gegen die Kuomintang-Regierung, nahm dabei auch ein paarmal Peking ein, mußte es aber immer wieder aufgeben. Auf seinem letzten Rückzug wurde er am 4. Juni 1928 mit seinem Zuge in die Luft gesprengt und starb an den Folgen der erlittenen Verletzungen. Sein Sohn übernahm den Posten des Vaters und wurde, nachdem er die Zentralregierung der inzwischen zur Macht gekommenen Kuomintang-Partei offiziell anerkannt hatte, von dieser in seinem Amte bestätigt. Im September 1931 wurde er dann von den Japanern vertrieben.

3.

Aus diesem kurzen Überblick über die geschichtlichen Beziehungen zwischen China und der Mandschurei ergibt sich, daß die Mandschurei von Zeit zu Zeit China gehörte, daß andererseits aber China mehrere Male von der Mandschurei bzw. Mongolei her erobert wurde, jedoch mit dem Unterschied, daß die Herrscher dieser Länder zugleich Kaiser von China waren, während umgekehrt im Falle der chinesischen Oberhoheit die tributpflichtigen Länder ihre Herrscherhäuser sowie ein starkes Maß von Selbständigkeit behielten. Wenn die Chinesen heute die Mandschurei als einen unabtrennbaren Teil Chinas erklären, so hätte diese theoretisch fast das Recht, die umgekehrte Behauptung aufzustellen. Das scheint denn auch die Ansicht des früheren Machthabers Tschang Tso-lin gewesen zu sein, der es immer wieder versuchte, China mit Waffengewalt zu erobern, und dem man nachsagt, daß er eine neue Dynastie aufrichten wollte.

Etwas anderes ist es jedoch, wenn China seine Ansprüche mit den seit dem Jahre 1905 in die Mandschurei eingewanderten 28 Mill. Chinesen begründet. Als nach dem russisch-japanischen Kriege infolge der beständig steigenden Sojabohnenausfuhr die Mandschurei einen gewaltigen Aufschwung erlebte, strömten die Chinesen aus den ärmeren Nordprovinzen innerhalb der großen Mauer dorthin, um den ewigen Hungersnöten, hervorgerufen durch Naturkatastrophen und die dauernden Bürgerkriege, zu entgehen. Außerdem kamen mehrere Hunderttausend Koreaner, einige Zehntausend Japaner und einige Hunderttausend Russen, Flüchtlinge vor dem Bolschewismus. Zusammen mit den 3—4 Millionen Mandschus, etlichen Tataren und Abkömmlingen anderer Stämme, bietet also die heutige Mandschurei ein recht buntes Bild, wobei das chinesische Element überwiegt. In der neuen Geschichte liegt der Vergleich mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika nahe, wo das englische Element überwog, das sich aber trotzdem vom Mutterland trennte

und einen eigenen Staat aufrichtete. Und ebenso wie die Vereinigten Staaten ihre Unabhängigkeit nicht allein aus eigener Kraft erwirkten, sondern kräftige Unterstützung von außen fanden, ebenso wie England die Bestrebungen Tibets unterstützte und die Mongolei sich von Rußland helfen ließ, wie die Vereinigten Staaten Panama abtrennten und einen selbständigen Staat daraus machten, dessen Unabhängigkeit nur durch die Bajonette seiner Schöpfer gehalten wird, und endlich, um ganz in der Nähe zu bleiben, wie deutsche Soldaten Polen und die baltischen Staaten befreiten, genau so schaffte Japan einen neuen Mandschustaat, nicht aus irgendwelchen verschwommenen altruistischen Motiven, sondern weil es glaubt, daß das in seinem Lebensinteresse notwendig ist[1]).

Anton Rudolf Em:
Das karelische Spannungsfeld

I. Umfang und Aufbau Kareliens

Als Karelien wird, seit diese abseitige Wildniseckc Europas zu Beginn der Wikingerzeit in das Erdbild nordischer und slawischer Völker einbezogen wurde, der Wohnraum der Karelen verstanden. Doch sind die Grenzen dieses Gebietes heute ebensowenig eindeutig, wie sie es im Ablauf jahrhundertelangen Geschichtsgeschens waren. Es gibt weder eine ausgeprägte geographische noch eine volkliche oder eine klare Sprachengrenze, in deren Einrahmung Karelien ganz erfaßt werden könnte. In allem und jedem tritt der Übergangscharakter, die Zwischenstellung klar zutage.

Geographisch-geologisch ist Karelien die Randlandschaft der fennoskandischen Urscholle gegen die nordrussische Tiefebene hin; klimatisch ein Mischgebiet zwischen dem westlichen ozeanischen und dem östlichen kontinentalen Klima; zoologisch Brücke und Durchzugsgebiet bis zur Umgewöhnung für fennoskandische und nordrussische Tierformen; staatlich ist und war es Tummel- und Schlachtplatz eines nordisch-östlichen Macht- und Kulturkampfes. Wechselnd mit Stärke und Schwäche der beiden auf karelischem Boden sich streitenden Großreiche Schweden (Skandinavien) und Nowgorod, an dessen Stelle später Rußland trat, war das Schicksal des Landes und damit seiner Grenzgestaltung; nur ganz selten wurden Grenzen und Geschick von den einheimischen Karelen bestimmt. So war das karelische Landgebiet im Laufe der Jahrtausende, seit es ein — wenn auch beinahe unaufgezeichnetes — geschichtliches Leben in diesem abseitigen Raum gab und gibt, so verschieden umgrenzt, zerrissen und in Hoheitsgebiete stärkerer Nachbarn aufgeteilt, daß es schwer fällt, karelisches Kernland und dessen Glacis, zugleich aber auch die Vorlandsbestrebungen der Anrainer auf diesem Boden klar und eindeutig zu erfassen. Viel karelisches Land ging bei diesem Vor und Zurück dem Volke im Verlaufe der Zeiten verloren, neues eroberte es sich und erschloß es; es war immer fließende Bewegung, die auch heute, da die bolschewistischen Machthaber wieder ganze Landstrecken entkarelisieren, noch nicht zum Stillstand gekommen ist.

Klar ausgeprägt verläuft die Grenze des geographischen Karelien nur im Osten: als Rand der fennoskandischen Urscholle von der Newamündung in die Ostsee fluß-

1) Vgl. hierzu in den „Spänen" der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik, XV. Jhg. 1938, Heft 1, S. 47: „Staatswerdung in drei Teilen" von *Ry. S.*

aufwärts zum Ladogasee, am Swir entlang zum Onega, und von dessen Südostufer ungefähr nördlich zum Hintergrund der Onegabucht im Weißen Meer. Ungefähr hält sich der neue Ostsee-Eismeerkanal in seiner Linienführung an den Sumpfseegraben, der diese Großlandschaftsgrenze markiert. Gerade hier griff aber früher die Volkstumsgrenze weit über diese natürliche Grenze hinaus; war doch die weite Strecke zwischen Newamündung und Onegasee das breite Einmarschtor der karelischen Landnahme und kolonisierten die Karelen doch das Land bis über die Dwinamündung ins Eismeer; im Süden aber wurden sie von den nachdrängenden Slawen vertrieben und ausgerottet, im nordöstlichen Grenzgebiet verschluckt und eingeschmolzen.

Die Syrjänen nennen heute noch die Stadt Archangelsk „Kar-dor", was zu deutsch „Karelenstrand" heißt und zeigt, daß das Volk der Syrjänen diesen Küstenstrich schon von Karelen besetzt vorfand, als es ungefähr um die 1. Jahrtausendwende in diese Gebiete vorstieß. Auch der noch im 16. Jahrhundert in russischen Chroniken für die Südostküste des Weißen Meeres gebrauchte Name „Koreljskij bereg" hält die gleichen Zustände für diese Zeit fest. Heute verläuft Sprach- und Volkstumsgrenze um vieles westlicher: so ist das Gebiet um den Seg-See nördlich des Onega noch stockkarelisch, während man trotz gleicher rassischer Grundstruktur auf halbem Wege von dort zum Onega nur mehr „Russen" antrifft. War im 16. Jahrhundert selbst noch die Ostküste des Weißen Meeres karelisch, so verrusste im Laufe des letzten Jahrhunderts sogar die Westküste. Doch ist sie — sowohl vom geographischen wie auch vom historischen Standpunkt aus — ausgesprochen karelisches Land.

Durch die scharf markierte Bucht von Kandalakscha, die Karelien von der Halbinsel Kola trennt, wird die Nordgrenze verhältnismäßig klar angedeutet. Von diesem letzten festen Punkt aus ist die weitere Grenzziehung gegen Finnland zu unsicher, da erdkundlich durch beinahe völlige Gleichheit der Landschaftsformen keine Handhaben mehr geboten werden und im geschichtlichen Hin und Her jedwede Abgrenzung zu beinahe völliger Unkenntlichkeit verwischt wurde. Am besten ist es, vom Kandafluß eine gerade Ostwestlinie zur finnischen Grenze zu ziehen und dieser dann südwärts zu folgen bis auf die Höhe des Lokschasees. Die Sinnlosigkeit dieser Grenze wird zwar sofort offensichtlich, wenn man ihren Verlauf und den des Tuntsaflusses, der bald ganz hüben, bald drüben fließt, betrachtet, und ihre volkspolitische Löchrigkeit ist zuzugeben, da die Karelen zu beiden Seiten wohnen und wohnten; aber diese Grenzlinie hat wenigstens den Vorteil, daß sie einigermaßen historisch begründet ist, weil sie seit dem Frieden zu Stolbowo im Jahre 1617 zwischen Schweden und Rußland als anerkannt besteht. Auf der Höhe des Lokschasees verläßt die karelische Grenzlinie die heutige finnisch-russische Staatsgrenze und greift auf finnisches Gebiet über, wobei sie zuerst in Westrichtung ungefähr der kaum ausgeprägten Wasserscheide des Suomen-selkä zwischen dem nördlich gelegenen Oulu-Seengebiet und dem Zuflußgebiet des Pielissees folgt; an der Quelle des Kokkaflusses südwärts ausbiegend erreicht sie am Syväri das zentralfinnische Seengebiet. Kalla- und Hauki-vesi, Kokon-selkä und Saimasee sind weiterhin der breite westliche Grenzgraben von Nord nach Süd; am Nordhang der riesigen Doppelmoräne des Salpaus-selkä entlang zieht die Grenze dann vom Westufer des Saimasees bis zum Kymenefluß, mit dem sie zum Finnischen Meerbusen hinabsteigt. —

So verschwommen und undeutlich Kareliens Grenzen nach außen hin sind, so klar und eindeutig ist die innere landschaftliche Gliederung. Seen und Seengruppen, die gleich Juwelen an ihren Zu- und Abflüssen aufgefädelt und durch nicht hohe Moränenrücken voneinander geschieden und in sich abgeschlossen sind, bestimmen das

von den Gletschern der Eiszeit geformte und zugehobelte Landschaftsgesicht. Beinahe durchgehend beherrscht eine südöstlich-nordwestliche Strichrichtung in so unbedingter von den Eisströmen der Urzeit ausgenarbter Ausrichtung die Formgestalt des Bodens, daß der Karele ‚pitkin maitse' (längs des Landes) wandert, wenn er von Südost nach Nordwest oder umgekehrt seinen Weg nimmt, und ‚poikki maitse' (quer über Land), wenn er eine andere Richtung einschlägt.

Drei große in sich geschlossene Seensysteme sammeln ihre Gewässer in Karelien und sind zugleich seit alters her die naturgegebenen Wander- und Handelsstraßen, denn die niederen, kaum hindernden Moränengrenzen wurden und werden auf oft nur einige hundert Meter langen „Tragstellen" leicht und mühelos selbst mit belasteten Booten überwunden.

Im Süden fängt das große System Saimasee-Ladoga alles Wasser ein und sendet es durch die Newa zur Ostsee; noch im Mittelalter entwässerte dieses Seengebiet aber zugleich auch noch bei Viipuri in das gleiche Meer (durch andauernde Hebung der fennoskandischen Landscholle ist dieser Abfluß aber verlandet, nur ein künstlicher Kanal schuf in allerjüngster Zeit in etwas anderer Linienführung als einst die Natur wieder die alte Verbindung Saimasee-Viipuri). Weitverzweigt holt sich dieses mächtige Seen- und Flußsystem im Nordwesten sein Wasser aus dem nördlichen Mittelfinnland, schließt aber zugleich auch durch den Swir das Riesengebiet des Onegasees sich an. Parallelsysteme wie der Abfluß des Pielisjärvi auf finnischer Seite, des Tuloss- und Lokschasees auf russischem Staatsgebiet haben die versumpften Wasserscheiden durchnagt und sich an dieses System angehängt, wobei der Lokschasee durch die aus dem Peningasee kommende Pengä über den Tschirka-Kem, den zweiten Abfluß des Peninga, zum nächst nördlicheren Kemsystem eine Verbindung hat. Schmal und — wie gerade gezeigt — sogar durchbrochen ist die Wasserscheide und Abgrenzung gegen das nördlichere Abflußgebiet des Kemflusses, das auch noch zutiefst aus Finnland sich sein Wasser zusammenholt, um damit das Weiße Meer zu speisen. Im Südosten drängt sich zwischen beide Gebiete das des Segsees und des Wygsees, zu dem der Lage nach auch der durch den Swir an den Ladoga angeschlossene Onega gehören würde. Erst der Ostsee-Eismeer-Kanal hat die trennenden Sümpfe durchstoßen und eine einstige uralte Verbindung wiederhergestllt.

Tausende von Seen — mit die größten Europas —, endlose Waldwildnis, die gegen Norden zu ärmer und ärmer wird, und weites Sumpfland, — das ist Karelien.

II. Rasse und Volkswerdung

Dieses karelische Land, das südwärts an der Newa kaum den 60. Breitegrad unterschreitet, im Norden aber über den Polarkreis hinausgreift, lag für eine lateinisch orientierte Geschichtsbetrachtung, die durch Jahrhunderte ihren Blick nur auf das Mittelmeer als Kulturzentrum ausgerichtet hatte, völlig außerhalb der Grenzen des Gesichtsfeldes, war ihr das Ende der Welt.

In Wirklichkeit entluden sich aber in diesem Grenz- und Übergangslande von Urzeiten an gewaltige Spannungen zwischen Ost und West. Wikinger und Schwedenkönige kämpften hier einen Weltmachtskampf gegen den anstürmenden Osten; Roms Päpste ließen die Blüte der europäischen Ritterschaft für ihre Machtpläne an der Newa verbluten; Karl XII. zerschellte im Kampf um dieses Land fernab am Schwarzen Meer; Napoleon hieß den russischen Zaren von hier aus den unbeugsamen Schweden an die Kehle springen; Rußland baute auf den Leichen ungezählter Kriegsgefangener durch dieses Land die Bahn ans Eismeer, um von der Entente sich Hilfe zu holen, als Deutschland die Ostsee sperrte; Karelen und Finnen opferten hier für ein erträumtes Groß-Finnland Blut und Leben; und die bolschewistischen Machthaber bauten und bauen hier einen Reichsblock aus, geeignet für Angriff und Verteidigung.

Den Triebkräften, die hier am Werke sind und waren, nachzuspüren, die Geschehnisse aufzuzeigen, ist lehrreich, denn heute noch wie immer schon durch Tausende von Jahren, prallt hier West und Ost aufeinander; nur Gesicht und Form des Kampfes haben sich geändert, die Idee blieb die gleiche — und noch nie wurde ein endgültiger Sieg erfochten.

Am Beginn unseres dämmerigen Wissens um diese Erdecke war Karelien größtenteils lappisches Glacis, ja Lappland, also der Wohnraum des Lappenvolkes, griff im Osten und Südwesten noch über die weitest gezogenen Grenzen Kareliens hinaus. Spuren davon lassen sich außer in alten Urkunden auch heute noch in Ortsnamen bis über Archangelsk hinaus und bis weit südlich vom Onegasee greifen: Namen wie Počezero (ein See östlich vom Onega — (Ozero heißt auf russisch See) —, Poča (Fluß bei Pinega östlich von Archangelsk) gehen auf eine Dialektform des lappischen boaco (= gezähmtes Renntier), zurüX; desgleichen erinnern Kočkomozero (bei Kem), Kočkomskoje Ozero (bei Bjelozersk), worin ein lappisches goaskem (Fischadler) steckt, an die längst verschwundenen Namengeber.

Bei Tichwin südlich des Ladoga deutet auf ehemalige Lappenbevölkerung ein Ortsname Kukas, ein gleichnamiger Berg und ein russifizierter Seename Kukasskoje, die alle drei auf ein lappisches gukkes (= lang) zurückzuführen sind. Der Name einer Insel Lopskij Ostrov in einem See der Koža, die rechtsseitig in den Onegafluß mündet, bewahrt sogar eine direkte Erinnerung russischerseits an die früheren lappischen Einwohner. — Es ist hier nicht der Raum, alle die an das Hundert heranreichenden lappischen Ortsnamen aufzuzählen, weswegen die paar angeführten genügen müssen, um darzutun, daß wir als erste rassisch greifbare Bewohner Kareliens die Lappen anzusehen haben, wenn wir von den ältesten Steinzeitmenschen absehen, die — nach ihren spärlichen Hinterlassenschaften zu schließen — zur Zeit der Kökenmöddiger in Südskandinavien wahrscheinlich aus einem westlichen Zentrum über die See in diese weitabgelegene Wildnis ausstrahlten. Daß in dieser weit zurückliegenden Frühzeit, in der der größte Teil des Landes noch unter Wasser lag und nur die höchsten Erhebungen als Inseln und Inselketten bewohnbares Land waren, schon Handels- oder Raubwege von oder nach Mitteleuropa bestanden, beweisen Bernsteinfunde in Karelien. Schon in dieser frühesten Zeit fanden in dem anscheinend abseitigen Raum weitausholende Völkerbewegungen statt. Wann die Lappen aus ihrer Heimat an der Eismeerküste, wo sie schon seit einigen tausend Jahren gleich den Grönlandeskimos auf schmalem Küstenstreifen zwischen Inlandeis und Meer fischten und jagten, nach Süden vorrückten, ist ebenso im Dunkel der Vergangenheit verborgen wie die Triebkräfte, welche sie dazu verleiteten; mit Fug und Recht wird man annehmen können, daß sie in das vom Eis freigegebene Land als erwünschtem neuem Jagdgebiet eindrangen, und zwar schon zu einer Zeit, als sie noch die primitivsten Schieferwerkzeuge gebrauchten.

Wie lange die lappischen Fischerhirten sich des ungestörten Besitzes der Fisch- und Weidegründe Kareliens erfreuen konnten, wird nie ganz sicher festzustellen sein, doch geht aus dem mit boaco (= gezähmtes Renntier) zusammenhängenden Ortsnamen eindeutig hervor, daß sie selbst in weitest nach Süd und Ost vorgeschobenen Wachstumspitzen noch in der ersten Jahrtausendhälfte saßen, da sie nachgewiesenermaßen erst kurz vor der Wende unserer Zeitrechnung die Renntierzähmung und zugleich auch ihre heutige finnisch-ugrische Sprache von auswärts übernahmen.

Die Übernahme einer ganzen Kulturform und einer damit zusammenhängenden Fremdsprache zeigt aber eindeutig, wie weitausgreifend um die Zeitwende der Völkerverkehr dort oben schon ausgebildet war, denn aus dieser Zeit stammen Tierzuchtworte in der lappischen Sprache, deren Wurzelform aus dem Persisch-Indischen stammt. Aus all dem können wir ersehen, daß in Ur- und Frühzeit Karelien ein saugendes Völkertiefdruckgebiet war, was ja selbstverständlich ist, da es wie auch das heutige Finnland noch in der Litorinazeit (5000 bis

4000 v. Ztw.) ein kaum bewohntes Schärenmeer war, wie heute noch die schwedische und finnische Ostseeküste. In dieses Neuland im wörtlichsten Sinne drängten natürlich die Anrainer. War die Stoßrichtung in der frühesten Zeit, abgesehen von der schmalen Küstensiedlung der Kökenmöddingerleute, eine von Nordwest nach Südost gerichtete, so bringt in den letzten Jahrhunderten vor der Zeitwende eine genau umgekehrte ein Renntierzüchtervolk auf den karelischen Schauplatz, das Rückenverbindungen bis nach Iran hatte.

Die Südwest-Nordost Stoßrichtung bleibt für die nächsten Jahrhunderte ausschlaggebend, denn bald nach den Renntierzüchtern müssen die ersten Karelen nachgerückt sein, da der Normane Othere — wie er Alfred dem Großen berichtete — um das Jahr 875 herum mit ihnen schon an der Dwinamündung ins Weiße Meer in Handelsbeziehungen stand. Außerdem berichten die isländischen Sagas, daß um 700 ein Ivar Vidfamn über den Kyrjalabotn nach Rußland reiste. Ein ganzer Meerbusen dürfte aber kaum nach einem Volke benannt worden sein, wenn nicht seine Anwohner hauptsächlich sich aus diesem Volke erstellten.

Gleich wie Westfinnland durch seinen Pelztierreichtum auf gotische Veranlassung hin von den finnischen Hämen (Tavasten) zuerst bejagt, dann für die Dauer über die Ostsee weg besiedelt wurde, war sicherlich auch Karelien für die südöstlich davon sitzenden Karelen erst zeitweilig aufgesuchtes Pelztierjagdland. Wie im Westen wurde die bis Byzanz und bis in den Orient begehrte Pelzbeute nicht nur durch mühsame eigene Jagd aufgebracht, sondern vor allem durch eine ertragreichere Beraubung der Lappen. Das einträgliche Pelzgeschäft nach dem Südosten verrückte aber den karelischen Schwerpunkt natürlicherweise ins Quellgebiet der Reichtumsbasis. Dadurch wurde die karelische Landnahme zu einer langsam vorgeschobenen familiensippenweisen Umsiedlung und nicht zu einer geschlossenen Einwanderung, was aber der Fall gewesen wäre, wenn die Karelen durch eine Völkerverschiebung an den Grenzen ihrer Wohnbasis im mittelrussischen Raum aus ihrem Wohngebiet gewaltsam vertrieben worden wären. In Wirklichkeit schoben sich aber die karelischen Siedlungen punktförmig zwischen die lappischen hinein, was schon daraus ersehbar ist, daß sogar noch im 12. Jahrhundert im südlichen Karelien um Ladoga und Onega Lappen und Karelen durcheinander wohnten. Wären die Karelen in geschlossener Masse eingewandert, hätten lappische Siedlungsinseln im geschlossenen karelischen Raum resthaft übrigbleiben können, aber nie über das ganze Land verstreute Einzelfamiliensiedlungen. Daß die Karelen nicht die vorhererwähnten Renntierzüchter waren, sondern ein zweites Volk, das die gleiche Straße zog, ist daraus ersichtlich, daß die Lappen nicht die karelische, sondern eine andere finnisch-ugrische Sprache übernahmen und daß die Karelen keine Renntierzüchter waren.

Das nordwestlich vordrängende Wachstum der Karelen wurde gehemmt, als sie im Saimagebiet auf die von Westen anrückenden Hämen stießen; in Jahrhunderte dauernden Kämpfen trugen sie ihren Streit aus, aus dem weder sie noch die Hämen die Früchte ernteten, sondern die neu auf den Plan getretenen Schweden und Nowgoroder.

III. Karelien in der Geschichte

Religiöse Dogmen standen sich nun gegenüber und hetzten die Völker gegeneinander: Rom hinter Schweden, Byzanz hinter Nowgorod. 1240 schlug Fürst Alexander Nevskij von Nowgorod den englisch-schwedischen Bischof Thomas an der Newamündung — der Osten war für Roms Machtpläne verloren. Die Karelen aber mußten als Folge dieses Streites stärkerer Nachbarn auch weiterhin die Leidenden sein. In dem einen Jahr wurden sie mit Wasser und Blut römisch getauft, im nächsten wieder orthodox. Noch blieben sie aber ungebeugt und fielen selbst plündernd bald im Nordwesten, bald im Südosten ein. Nowgorod errang aber das Übergewicht, und im Frieden von Schlüsselburg sicherte es sich 1323 das Ausbeuterecht Kareliens

und des ganzen Nordwestens bis ans Eismeer. Den Schweden verblieb nur Süd- und Mittelfinnland.

Doch brachte der Friedensschluß keine Ruhe, denn Grenzen wurden nicht respektiert. Schon 1337—1338 rebellierten die Karelen mit schwedischer Hilfe gegen die Zwingherren von Nowgorod.

In den nächsten hundert Jahren verlor Nowgorod durch ostwärts gerichtete Verteidigungskämpfe seine Machtstellung. Dadurch erstarkte der schwedische Einfluß in Karelien, und die Schlüsselburger Grenzlinie wurde hinfällig. Die Zwingburgen wurden mit schwedischer Hilfe zerstört, aber die Helfer blieben selbst als Zwingherren im Lande. Doch auch den Schweden gelang eine eindeutige Befriedung des Landes nicht; dazu lag es vom schwedischen Machtzentrum zu weit ab und war durch das Fehlen eines landschaftlichen Grenzwalles gegen die östliche Tiefebene zu sehr den von dort her vordringenden Einflüssen aufgeschlossen. Die nachhaltigste Wirkung, die alle Stürme der folgenden Jahrhunderte überdauerte, ging von dem — 1429— auf einer Insel im Weißen Meer gegründeten — orthodoxen Kloster Solowezki aus, denn das Religionsbekenntnis setzte sich, als die Karelen orthodox wurden, auf Kosten der Volks- und Rassenzugehörigkeit durch und wirkte eine lange Zeitspanne als widerstandsfähige Grenze. Und das 1478 an Nowgorods Stelle getretene Moskau verstand die geistige Trennung zu eigenem Vorteil auszunutzen und zu schüren; erleichtert wurde das Vordringen in die für den Osten beinahe verlorene Position durch die innerskandinavischen Machtkämpfe zwischen Adel, Klerus und Volk. Das darauffolgende Erstarken Schwedens unter den Wasakönigen, die die Macht von Klerus und Adel dadurch brachen, daß sie protestantisch wurden, vereitelte noch eine völlige Einbeziehung Kareliens in die moskowitische Machtsphäre, und der nie schlummernde Grenzkrieg mit andauernden Raubzügen nach Hüben und Drüben setzte wieder in verstärktem Maße ein, obwohl der offizielle Krieg 1557 beendet und ein 70jähriger Friede geschlossen wurde.

Während ein Versuch, das protestantisch gewordene Schweden mit dem katholischen Polen unter einem schwedischen Wasakönig zu vereinen, an den dadurch heraufbeschworenen religiösen Streitigkeiten scheiterte, veranlaßte er aber Moskau zu erneutem Vorstoß gegen Karelien, als gegen die Naht, an der eine großzügige Ostpolitik der Schweden die Abwehrfront gegen ein anstürmendes Rußland—Asien zusammenheften wollte.

Erst 1617 wurde die 33jährige Raubkriegperiode, die vom Schlüsselburger Frieden an Karelien verwüstete, durch den Friedensschluß von Stolbova beendet. Schweden konnte die Grenze bis an die heute wieder gültige finnische Staatsgrenze und stellenweise darüber hinaus vorschieben. Jetzt ging aber die Saat der Mönche von Solowezki auf, ungewollt unterstützt durch eine harte, ungeschickte schwedische Politik: die orthodoxen Karelen waren ihren nächsten Rassenverwandten, den unter schwedischer Herrschaft stehenden protestantischen Finnen, entfremdet. Tausende karelischer Familien wanderten aus dem Schweden zugesprochenen Landesteil ins eigentliche Rußland aus; sie wurden in der Gegend von Twer angesiedelt und spielten im Kampf um ihre Heimat nie mehr eine Rolle. Noch 1656/57 überschritten 4000 Familien aus der Gegend zwischen Ladoga und Saima die Grenze. In den leergewordenen Landstrichen siedelte Schweden Neubauern aus den westfinnischen Provinzen Savo und Häme zwischen den zurückgebliebenen Karelen an,

aber erst durch den erwachenden finnischen Nationalismus wurde die trennende Kluft zwischen protestantischen und orthodoxen Finnen gegenstandslos.

Der Moskau zugefallene Teil Kareliens blieb zwar die weiteren Jahrhunderte beinahe völlig vor neuen Kriegsnöten verschont, aber ein andauernder stiller Krieg der Verrussung entriß den Karelen all die nordöstlichen Glacislandschaften, die sie teils in den vorangegangenen unruhigen Zeiten auf ihrer Flucht vor Krieg und Hunger erobert, teils aber auch schon in frühester Zeit als Beuteland in ihre Sphäre miteinbezogen hatten.

Das weitere Geschehen spielte sich immer auf der seit Urzeiten schicksalhaft vorgezeichneten Pendellinie West-Ost und ihrer schon vom Normannen Othere beschrittenen Umgehungslinie um das Nordkap ab. Solange Schweden als Ostseegroßmacht dieses Binnenmeer beherrschte, mußte Rußland die mit England aufgenommene Verbindung über Archangelsk aufrechterhalten, wie die gleiche Linie wieder im Weltkrieg für Rußland und die Entente von ausschlaggebender Bedeutung wurde, da Deutschland die Ostsee abriegelte. Als aber Schweden unter Karl XII. den Bogen überspannte und einen dauernden Ostausschlag des Pendelschwunges zu seinen Gunsten erzwingen wollte (und sich dabei verblutete), stieß Rußland das „Fenster an der Ostsee" auf, ja, nahm sich, als Europa zur Zeit Napoleons uneinig haderte, ganz Finnland. Erst hundert Jahre später begann 1917 beim russischen Zusammenbruch wieder ein ostwärts gerichteter Pendelschwung, Rußland wurde bis an das „Fenster" zurückgetrieben, aber für Karelien begann von neuem eine Zeit der Unruhen und des Kampfes.

Diesmal war die geistige Idee, welche sich im ostwärts gerichteten Schwunge des Pendels ausprägte, nicht mehr eine großschwedische, sondern eine finnische. Nachdem Finnland seine Selbständigkeit gegenüber dem Bolschewismus behauptet hatte, hätte es zwangsläufig, um den eigenen Bestand zu sichern und ihm Festigkeit zu verleihen, auch Karelien in seine Grenzen einbeziehen müssen. Erschöpfung, aber auch der englische Druck hinderten eine solche Lösung, so daß es den Russen ein leichtes war, die aufflackernden Freiheitsbewegungen und den Anschlußwillen der Karelen an Finnland im Blute zu ertränken. Wieder war der Pendelschwung gestoppt worden. In der autonomen karelischen Sowjetrepublik, die eine Zeitlang unter der Führung von bolschewistischen Emigranten aus Finnland stand, begannen die Machthaber in Moskau aber bald die nördliche Flankenstellung gegen Gesamteuropa auszubauen, wobei gegenüber den Karelen eine rücksichtslose Russifizierungspolitik getrieben wird.

Geist der Beobachtung und Geist der Weissagung sind die Fittiche des menschlichen Genius. Zum Gebiete des ersteren gehört alles Gegenwärtige: zum Gebiete des letzteren alles Abwesende der Vergangenheit und Zukunft. Das philosophische Genie äußert seine Macht dadurch, daß es, vermittelst der Abstraktion, das Gegenwärtige abwesend zu machen sich bemüht; wirkliche Gegenstände zu nackten Begriffen und bloß denkbaren Merkmalen, zu reinen Erscheinungen und Phänomenen entkleidet. Das poetische Genie äußert seine Macht dadurch, daß es, vermittelst der Fiktion, die Visionen abwesender Vergangenheit und Zukunft zu gegenwärtigen Darstellungen verklärt. Kritik und Politik widerstehen den Usurpationen beider Mächte und sorgen für das Gleichgewicht derselben, durch die nämlichen positiven Kräfte und Mittel der Beobachtung und Weissagung.
(Johann Georg Hamann, 1730—1788)

ALBRECHT HAUSHOFER:
Berichterstattung aus der atlantischen Welt

In den letzten Tagen des Januar hatte der Völkerbund Gelegenheit, seine hundertste Tagung zu feiern. Vergleicht man die Stimmung, in der diese Tagung sich vollzog, mit den Hoffnungen Wilsons und sogar noch mit dem Feuerwerk Briands, dem anglikanischen Optimismus Austen Chamberlains, dann möchte man meinen, daß die geschichtlichen Wandlungen, die ein solcher Vergleich heraufbeschwört, auch den britischen und französischen Staatsmännern der Gegenwart bewußt geworden sein müßten. Der Völkerbund ist niemals ein wirklicher Völkerbund gewesen. In welchem Maß er schon immer ein Instrument westmächtlicher Politik gewesen ist, war uns Deutschen immer bewußt. Daß diese hundertste Tagung, zu der eine Reihe von Außenministern kleinerer Staaten sich versammelt hatten, um eine Woche verschoben werden mußte, lediglich weil in Frankreich wieder einmal das parlamentarische Spiel der Regierungskrise betrieben wurde, beleuchtet diese Abhängigkeit aufs neue. Nur liegt die Führung der Regie nicht mehr allein bei England und Frankreich; sie haben in dem sowjetrussischen Außenkommissar eine mephistophelische Hilfskraft darin bekommen — die um so gefährlicher ist, als sie dabei um die eigene physische Existenz zu spielen gezwungen ist. Ein Außenminister, der hilflos zusehen muß, wie seine sämtlichen Mitarbeiter abgesetzt, eingesperrt und getötet werden, als Maître de plaisir der politischen Börse in Genf: das ist ein Bild, das selbst Eden und Delbos zu schleuniger Heimreise veranlassen konnte. Konsequenzen daraus werden freilich nicht gezogen, es sei denn, daß die skandinavischen Staaten, die Niederlande, Belgien und die Schweiz den Entschluß fänden, eine rechtliche Form für die Feststellung ihrer Neutralität auch gegen die Satzungen des Völkerbundes zu suchen und zu finden. Diese kleineren europäischen Staaten haben an den einmaligen Erfahrungen des Sanktionskrieges gegen Italien genug. Sie suchen individuelle, nicht kollektive Sicherheit. Neu ist, daß auch einige der europäischen Mittelstaaten, dem Beispiel Polens folgend, aus den Verstrickungen des Genfer Systems einen Ausweg suchen. An ihrer Spitze steht Jugoslawien, dessen Ministerpräsident Stojadinowitsch durch Besuche in Rom und Berlin, vor und nach dem Belgrader Aufenthalt des französischen Außenministers, die Unabhängigkeit seiner Politik bewiesen hat. Der Umschwung der rumänischen Verhältnisse durch die Berufung von Goga und die von ihm eingeleitete Politik einer nationalen Rekonstruktion bewirkt, daß die Abhängigkeit der rumänischen Außenpolitik von Paris, wie sie durch Titulescu verkörpert wurde, in scharfer Weise abgeschnitten worden ist. Damit hat die Kleine Entente aufgehört, eine politische Wirklichkeit zu sein. Noch vor einem Jahr glaubte die tschechische Politik, in ihren militärischen Berechnungen sich darauf verlassen zu können, daß Rumänien einem sowjetrussischen Durchmarsch durch das nördliche Bessarabien und das Buchenland keinen Widerstand entgegensetzen werde. Diese Möglichkeit ist vorüber. Die bessarabische Grenze ist in aller Schärfe wieder zur Grenze geworden.

Eine Reihe von schwer überprüfbaren Meldungen besagen, daß die Sowjetunion auch ihrerseits den Grenzcharakter ihres äußeren Umzugs verschärfe. Wenn es richtig ist, daß an der europäischen Grenze vom Nordmeer bis zum Schwarzen Meer ein Streifen von 50 km völlig menschenleer gemacht werden soll, dann spricht sich

damit ein Bedürfnis völliger Isolierung seitens der bolschewistischen Machthaber aus. Alle Kontakte mit der Außenwelt sollen vermieden werden. Und während Stalin den größten Teil der Auslandkenner in der Sowjetunion ausmerzt (sehr viele waren es ohnehin nicht), werden die Beobachtungsmöglichkeiten des Auslandes innerhalb der Sowjetunion immer mehr beschränkt. Es gibt keine fremden Sachverständigen mehr; die diplomatischen Vertretungen werden immer mehr auf Moskau beschränkt, die Reisemöglichkeiten werden aufgehoben. Als nächster Schritt kommt vielleicht die Sperre des Transitverkehrs von Europa nach Ostasien.

Eines ist allerdings mit dieser Absperrung und Abschließung leider nicht verbunden: der Verzicht auf revolutionäre Einmischung in die Verhältnisse der übrigen Welt. Überall, wo sich eine Gelegenheit zu bieten scheint, in Süd- und Mittelamerika, in West- und Südosteuropa, in den kolonialen Bereichen Nordafrikas und Südasiens, wird kommunistische Propaganda betrieben. Die schärfsten Formen dieser Einmischung aber zeigen sich immer noch an der spanischen Ostküste.

Der Kampf um Teruel hat, ähnlich wie im vorigen Jahr der mißlungene Vorstoß auf Guadalajara, eine schwere Belastung für die nationale Front gebracht. Nach einer tapferen Verteidigung gegen überlegene Truppen, denen im entscheidenden Augenblick die Schneestürme des Winters zu Hilfe kamen, hat ein großer Teil der Besatzung von Teruel Anfang Januar kapituliert. Wassermangel hat dazu mit beigetragen; entscheidend aber war wohl der massenhafte Einsatz asturischer Dynamiteros, die aus Santander nach Frankreich geflüchtet und dann in freundlicher Weise zu neuer Verwendung über die Pyrenäengrenze geliefert worden waren. Der Gegenangriff Francos hat zwar einen großen Teil des verlorenen Geländes wieder gewonnen; er griff im Norden von Teruel sogar über die Ausgangsstellung des Gegners hinaus, aber Teruel selbst befindet sich noch in der Hand der internationalen Brigaden. An den übrigen Fronten Spaniens ist winterliche Ruhe. Ob ein lokaler Durchbruch an der Front von Granada, der zur Besetzung wichtiger Bleigruben durch die Nationalisten geführt hat, mehr ist als ein lokaler Stoß, wird sich zeigen. Von einem Abschluß ist der spanische Konflikt noch weit entfernt, aber die Wahrscheinlichkeit, daß er sich nicht zu einem größeren Konflikt im Mittelmeer oder in Europa ausweiten werde, ist sehr viel größer als vor einem Jahr.

An dem Zustand der Unruhe in den nordafrikanischen Besitzungen Frankreichs hat sich wenig geändert. Hier bereiten sich große künftige Störungen vor. Im Augenblick aber nimmt die Ostküste des Mittelmeers das Interesse der englischen und französischen Kolonialverwaltungen und die Leidenschaft der islamischen Völker in Anspruch. Das endgültige Schicksal der Kilikischen Tore oder des Sandschaks von Alexandrette, wie die moderne Bezeichnung dieser alten Schlüssellandschaft lautet, steht zwischen Türken und Arabern. Ob diesem kleinen Gebiet innerhalb Syriens ein größeres oder geringeres Maß von Autonomie gewährt wird, oder ob es einmal ganz oder teilweise zur Türkei geschlagen wird, kann der französischen Mandatsmacht verhältnismäßig gleichgültig sein. Die Bevölkerung ist gemischt, mit einem sehr starken türkischen Anteil. Der arabische Nationalismus aber sträubt sich dagegen, daß ein staatlich mit Arabien vereinigtes Gebiet in irgendeiner Form den Türken wieder ausgeliefert werde.

Im benachbarten Palästina aber läßt sich beobachten, wie die englische Kolonialverwaltung den samtenen Handschuh von der gepanzerten Faust abstreift. Hier

herrscht Kriegsrecht. Und doch verhüllt dieses Kriegsrecht einen politischen Rückzug: der Teilungsplan Palästinas ist zurückgestellt worden; wenn er jemals wieder hervorgeholt wird, dann wird er Veränderungen zugunsten der Araber, sicher nicht zugunsten der Juden aufweisen. Es scheint, als ob auch in England eine stille, aber sehr folgenschwere Entscheidung gegen das Judentum gefallen wäre, über die der lärmende Schritt zum Schutz der Juden in Rumänien (an sich ein Hohn auf alle anderen Minderheiten) nur hinwegtäuschen soll. England ist im Begriff, einen Teil der jüdischen Interessen in Palästina zu opfern, und bemüht sich nun, durch judenfreundliches Auftreten in anderen Teilen der Welt vor allem das amerikanische Judentum darüber zu täuschen. Das Weltproblem der jüdischen Auswanderung wird damit freilich nicht gelöst. Rumänien hat etwa eine halbe Million Juden, die erst seit dem Krieg nach Rumänien gekommen sind und die es loswerden will. Die benachbarten Staaten wehren sich mit Recht gegen die Aufnahme. Polen hat 3 Millionen Juden, deren Fremdkörperwirkung immer stärker wird. So verzeichnen wir als ein sehr interessantes Spannungszeichen die Bildung einer Studienkommission, welche die Möglichkeiten einer Massenansiedlung von Juden, vor allem von polnischen Juden, in Madagaskar prüfen soll.

Eine Gruppe von Vorgängen, die an der Grenze des indischen Bereichs liegen, sei auch hier verzeichnet, weil sie in ihrer Dynamik in engem Zusammenhang mit der Zone des Suezkanals stehen: die Ausdehnung des englischen Schutzgebietes um Aden, das unter Verfünffachung seiner Fläche zur Kronkolonie gemacht worden ist. Wie sich versteht, ohne jedes Aufsehen und in friedlichster Weise. Wer wird denn auch gleich unter der harmlosen Bezeichnung einer Luftblockade räuberischer Dörfer etwas sehen wollen, was in Abessinien geübten Methoden gleichgesetzt werden könnte? Über diese Dinge schweigt auch die sonst gewiß nicht stille britische Rüstungspropaganda.

Die Zeiten der „Abrüstung" sind in England (übrigens auch in Amerika) endgültig vorbei. Es wird aufgerüstet und befestigt. Die Suez-Kanal-Zone wird mit neuen Flottenstützpunkten und vor allem Flugplätzen versehen. Dabei zieht man sich aus dem eigentlichen Ägypten in die dünn besiedelten Randgebiete hinaus und kann die Innenpolitik Ägyptens weitgehend sich selbst überlassen. Sie macht in neuen Konflikten zwischen Hof und Wafd, die nun wirklich nicht mehr auf englische Einmischung zurückgeführt werden können, einen den englischen Interessen durchaus nicht unangenehmen Gebrauch davon. Inzwischen baut England seine Sperrstellung von Cypern bis zur Sinai-Halbinsel aus, ohne daß darum der Außenweg um das Kap der Guten Hoffnung vernachlässigt würde. Sowohl das englische wie das amerikanische Flottenprogramm versorgt die Werften auf lange Jahre. Von Begrenzung der Flotten ist ebensowenig die Rede wie von der Abschaffung der Schlachtschiffe. Im Gegenteil: es scheint, als ob auch die letzte Erbschaft des Washingtoner Abkommens, die obere Begrenzung der Schiffsgröße, demnächst verschwinden würde.

Als letzte Aufgabe der Wehrhaftigkeit des Empire aber bleibt noch eines: die Wehrbereitschaft der Bevölkerung des Mutterlandes zu heben. Hier bahnen sich große Veränderungen an. Die Zeiten, in denen man in England von allgemeiner Dienstpflicht nicht reden konnte, nähern sich dem Ende. Die Verteidigung des Reiches fordert einen stärkeren Einsatz der Menschen. Wieweit er geleistet werden

kann oder erzwungen werden wird, ist noch fraglich. Auf lange Sicht liegt das Schicksal des Empire in dieser Willensentfaltung.

Die Vereinigten Staaten freilich werden auf diesen Wegen zunächst nicht folgen müssen — wenn sie sich dazu aufraffen können, einmal eine konsequente Außenpolitik zu entwickeln. Davon aber scheinen sie entfernter als je. Der Präsident selbst wäre zwar wohl imstande, nicht nur eine klare, sondern auch eine aktive Außenpolitik durchzuführen. Sein letzter Gesetzentwurf über die Philippinen, der eine Ausdehnung der Periode wirtschaftlicher Verbindung über eine volle Generation vorsieht, spricht für die Klarheit seines Urteils ebenso wie für seinen Willen, den amerikanischen Einfluß im ganzen Pazifik zu behaupten. Der Präsident aber ist, wie so viele Beispiele der amerikanischen Geschichte beweisen, in der Durchführung seiner Außenpolitik nicht frei, sondern abhängig von vielfältigen lokalen und wirtschaftlichen Interessen. Dadurch erhält die amerikanische Außenpolitik immer ein hohes Maß von Unberechenbarkeit.

Südamerika bemüht sich, in den großen weltpolitischen Verwicklungen abseits zu bleiben. Sowohl in Argentinien wie in Brasilien werden die Geschäfte von verhältnismäßig starken Regierungen geführt. Die wiederholten Staatsbesuche zwischen Buenos Aires und Rio de Janeiro verdienen Beachtung. Sie stellen den Versuch dar, eine dauernde Arbeitsgemeinschaft zwischen dem größten der spanisch-amerikanischen Staaten und dem aus portugiesischer Tradition erwachsenen Brasilien zu schaffen. Im Inneren steht die brasilianische Regierung noch immer vor schwierigen Fragen, in denen Regionales, Nationales und Soziales sich immer wieder verschlingt. Getulio Vargas hat die Gruppe der auf lusobrasilianischer Grundlage stehenden Integralisten aufgelöst. Ihr nationalistisches Programm hat er weitgehend übernommen mit dem Erfolg, daß zum erstenmal in der brasilianischen Geschichte gefährliche nationale Spannungen aufzutreten beginnen. Von diesen werden leider auch die deutschen Volksgruppen in den brasilianischen Südstaaten betroffen. Die Zeiten, in denen in Südamerika „die Staatsangehörigkeit keine Rolle spielte", sind wohl endgültig vorbei.

KARL HAUSHOFER:
Bericht über den indopazifischen Raum

In pazifischen Landen hat sich — wie man in Japan annahm — niemand zum wirklichen Eingreifen von außen her in Ostasien bereitgefunden. Japan hatte deshalb zunächst freie Hand in der Inneren Mongolei, in dem allerdings noch schwer im Partisanenkrieg durchkämpften Shansi, in Hopei, für den Einmarsch in Shantung; Verfügung über die Yangtsemündung bis Nanking und Wuhu, mit der Möglichkeit, beide besetzte Gebiete zu verbinden, und Kontrolle der südchinesischen Küste bis rings um Hongkong und Makao.

China verkündete Widerstand bis zum äußersten und seine Wiederaufnahme binnen drei Monaten. Hat es diese drei Monate?

„Amerika will nicht kämpfen", schrieb mit Recht ein kluger Beobachter aus Washington; nach heftigem Kreischen und Zeigen des „Panay"-Films in allen Städten schluckte der amerikanische Adler die aufgebauschte „Panay"-Angelegenheit des im Kampf auf dem Yangtse mitzerschossenen Kanonenboots ebenso wie der

britische Löwe nach lautem Brüllen das Zufallsfeuer auf kleine Flußdampfer, die sich mitten in den Kampf begeben hatten und dabei zu dem Schaden gekommen waren, den jeder gewärtigen muß, der sich mit Zuschauern — auch wenn sie fremde Flaggen schwenken — in schlachtdurchtobte Großkampffelder begibt.

Dabei schenkte der britische Premier der Welt ein köstliches, leider unübersetzbares Wortspiel, weil nur in England „China" zugleich das Wort für den gleichnamigen Staat und für Porzellan ist: „A China shop ist kein guter Platz zum Austrag eines Fechtturniers" — womit er sicher den Beifall aller Vernünftigen fand. Ebenso fanden ihn für den Nahen und Mittleren Osten die Lords Halifax, Winterton, Zetland und Innenminister Sir Samuel Hoare (also sämtliche britischen Kabinettsminister, die von Indien und Nahem Osten aus eigener Erfahrung wirklich etwas verstehen), wenn sie sich gegen den Palästina-Teilungsplan wandten und damit gegen die Zionisten, die nur an den eigenen Vorteil, kaum an den des Britenreichs denken.

Der Besuch von vier amerikanischen Kreuzern in Sidney, Singapore, Samoa und Hawai als Extragabe neben den Großflottenübungen zwischen Aljuten, Japans Außenrand, Samoa und Panama ist natürlich eine rein zufällige Freundschaftsmaßnahme und hat gar nichts zu bedeuten, wie beiderseits amtlich versichert wird. Ebenso stellen die Niederlande jede Wehrverabredung in Indien amtlich in Abrede.

Gern bestätigen wir dem ebenso aufmerksamen wie liebenswürdigen Konsul der Niederlande in München die uns im Auftrag des Herrn Kgl. Niederländischen Gesandten in Berlin Dr. jur. C. Ritter von Rappard namens S. Exc. des Herrn Ministers des Auswärtigen im Haag, Dr. jur. J. A. N. Patjin, freundlich zugegangene Mitteilung, daß zwischen den Niederlanden und Großbritannien bezüglich der Verteidigung Niederländisch-Ostindiens kein Geheimvertrag besteht.

„Irgendeine solche Vertragsabmachung würde sich nicht verstehen mit der politischen Einstellung der Niederlande, welche immer besonders auf eine absolute Unabhängigkeit von jedem anderen Lande gerichtet ist. In dieser Beziehung gestatte ich mir hinzuweisen auf die Antwort, welche S. E. der damalige Herr Minister des Auswärtigen einem Mitglied der Zweiten Kammer gab, als in der Presse die Frage einer Nichtangriffsversicherung oder eines solchen Vertrages seitens des Deutschen Reiches an die Niederlande auftauchte, welche ebenfalls besagte, daß eine solche Lösung gerade wegen der absoluten Selbständigkeit Hollands nie in Frage kommen könne."

Solche Erklärungen mit ihrer Spannweite beleuchten blitzartig die Schwierigkeit eines Küstenstaats mit starken Festland- und Hochseenachbarn, auch 12 000 km jenseits von sieben Meeren — wenn man die kleineren mitrechnet — und, auf dem kürzesten Wege, sechs wirksamen Seesperren in verschiedensten Händen, gleich fest auf seinen festländischen wie ozeanischen Beinen stehenzubleiben, was wir gern als den selbstverständlichen Wunsch der Niederlande verzeichnen.

Immerhin ist es tröstlich, beruhigende Versicherungen sowohl des überseeisch benachbarten britischen Inselreiches wie des festländisch benachbarten Deutschen Reiches in der Tasche zu haben; Teeunterhaltungen von Admiralen im Hafen von Singapore verpflichten ja zu nichts, so wenig wie die U.S.-amerikanischen Kreuzerbesuche in Sidney. „Immo meminisse juvabit." „Immerhin: Eingedenk bleiben macht Freude."

Erinnerung wird aber auch festzuhalten haben, daß es das Umsichgreifen der heute so gesättigt scheinenden Genfer Mächte Frankreich und Großbritannien, der raffenden Russen und ihres stillen Teilhabers, des imperialistischen Teils der Vereinigten Staaten war, das China und Japan aus ihrem volks- und kulturpolitischen Gleichgewicht warf und in ihre heutigen Wirren hineinzwang. Eine einigermaßen ehrliche Überschau des heute noch geltenden Fremdenrechts rings um den Pazifik (1. Anhg.) verrät ebenso genau, was hier unter der Decke steckt, wie eine Überschau des Verkehrswesens der Sowjetunion (2. Anhg.), daß diese Verkehrswege nicht bloß zum friedlichen Austausch gebaut sind. Auch brauchte ein Staatsgebiet von rund 22 Mill. qkm, von dem erst 8,2 Mill. qkm voll reichster Bodenschätze geologisch erforscht sind, nicht nach Mongolei, Tannutuwa und Chinesisch-Turkestan zu greifen, wenn es nicht selbst voll angreiferischen Wesens wäre, was Ankara und Iran langsam zu erkennen scheinen und deshalb von ihm abrücken; Mr. Eden aber noch nicht. Die Zwiespältigkeit der amerikanischen Fernostpolitik geht vielleicht am klarsten aus der schwankenden Haltung der einst so unparteiischen „Pacific Affairs" (3. Anhg.) hervor, während die unter großen Schwierigkeiten in Shanghai weiter erscheinenden „Far Eastern Review" (4. Anhg.) ein Gegengewicht dazu bildet, ebenso (7. Anhg.) der immer noch eine glänzende Spottbilderrundschau der Welt zusammentragende „North China Herald".

Ein ausgezeichnetes Umrißbild der japanischen Seemacht gibt zur rechten Zeit aus ihren ozeanopolitischen Grundlagen und ihrer Entwicklungsgeschichte heraus Gustav Jensen (5. Anhg.). Wer danach noch leichtfertig die japanische Flotte am Bart zu zupfen versucht, hat sich selbst die peinlichen Folgen zuzuschreiben. Frankreich in Indochina scheint, wenn man Senator Berenguer danach fragt, nicht dazugehören zu wollen; es will gern die für diesen Fall angedrohte Besetzung der chinesischen Südinsel Hainan und Bombardierung der nach China führenden Bahnen vermeiden. Paris ist nicht minder vorsichtig als der Haag in Ostasien; und rings um den Pazifik, bis Chile und Bolivia hin, ist man sich darüber klar.

Wie wachen Sinnes unsere deutschen Landsleute, nicht nur die Iberoamerikaner im pazifischen Amerika, den Fernost-Vorgängen folgen, davon gibt uns eine Glanznummer des „Westküsten-Beobachters" (10. Anhg.) eine Probe. Noch wichtiger ist sie deshalb, weil sie erkennen läßt, wieviel größer die Schwierigkeiten des kulturpolitischen Zusammenhaltens der Deutschen in den mehr äquatorialen Andenstaaten, namentlich in Bolivia sind, als in dem langgestreckten, im Süden wunderbar schönen Chile, das nur vor schwierigen wirtschaftspolitischen Experimenten mit seiner Küstenschiffahrt steht, die an Lebensbedingungen des über 4000 km langen, stellenweise nur 25 km breiten Küstenlebewesens rührt.

H. G. Aldenhoven schildert ausgezeichnet, wie sehr die großen reinen Höhenspannungen Bolivias mit 4000 m Unterschied der Siedlungshöhe seine verschiedenartigen Naturformen zur „dünnen Verstreuung und Vereinzelung der Einwanderung" die Voraussetzungen stellen. Doppelt anerkennenswert ist, was dennoch zur Zusammenfassung und zur Vertiefung in den fremden Kulturboden geleistet wurde. Diese Art von Sammlungen zur Landeskunde, wie auch die dynamische Art und Weise von Rohmeders Landeskunde und Volkskunde von Argentinien sind unentbehrliche Vorschulen für richtige politische Haltung gegenüber aufstrebenden Ländern mit reichen Möglichkeiten, denen wir genau so gegenüberstehen müß-

ten wie das England Cannings den aufstrebenden spanischen Kolonien. Deren Erben wünschen sich jetzt ebenso aus der angelsächsischen Wirtschaftsumklammerung zu befreien, wie einst ihre Väter aus dem Machtbau Spaniens, in dem zwar die Sonne nicht unterging, aber die Freiheit und Selbstbestimmung auch so beharrlich am Aufgehen verhindert wurde, daß eine Ware von der La-Plata-Mündung über Peru und Panama nach Spanien reisen mußte, und die Philippinen von Mexiko aus „betreut" wurden.

Kein Wunder, daß die Verwaltungsspesen den Reichsgewinn auffraßen und schließlich alles aus solchen Komplexen fort wollte; freilich liefen die „Befreiten" Gefahr, wie in Mexiko und anderwärts, zurück zum Indio zu gleiten; eine Gefahr, die sicher jetzt wieder über unabhängig werdenden Philippinen schwebt.

Wie schwer es ist, uralte Ostkulturgebiete mit Maßstäben westlicher Kolonialkultur zu behandeln, zeigen die Vergleiche zwischen den Gemeinwelten, wie sie Australien und Kanada darstellen, und dem künftigen Zustand von Indien, wo zwischen 600 und 700 Gebiete ungleichster Größenordnung und grundverschiedener Herkunft nebengeordnet werden sollen. Die indische Presse vor der Jahreswende 1938 verriet zweierlei: 1. daß es doch noch weit an jenem Ausgleich zwischen Islam- und Hindudenken fehlt, der eine Grundlage geopolitischen Gemeinlebens innerhalb des Erdteils Indien sein müßte, und 2., daß auch die Hinduwelt sich darüber klar ist, daß sie in einem ungeheuren Aufbruch lebt, einer „Renaissance" (wie Mahabendra Nath Roy schreibt) entgegenreift, und zwar in einem solchen Tempo, daß die vermittelnden und ausgleichenden Kräfte wie der alternde Gandhi wichtiger scheinen als die anfeuernden, wie Jawaharlal Nehru.

Daß nicht der starke menschliche Auftrieb allein entscheidet (wie man nach Hollington K. Tongs letztem Lebensbild von Marschall Chiang Kai-shek versucht sein könnte zu glauben [11. Anh.]), beweisen die sich hart im Raume stoßenden Tatsachen der Ölpolitik, auf die Japan trotz einer gewissen Reservenbildung bei seinem unzureichenden Selbstgenügen in der Öl-Ausstattung angewiesen ist. Von seiner fremden Ölergänzung stammen 63,6% aus den Vereinigten Staaten von Amerika, 20,6% aus Niederländisch-Indien; 6,6% aus Britisch-Borneo, nur 0,5% aus Sowjet-Rußland und 9% aus anderen Ländern, vornehmlich Persien. Nun fällt — was ja an sich auch eine kriegstechnische Anomalie ist — flüssiges Heizmaterial nicht unter die Bestimmung von „Waffen und Kriegs-Rohstoffen" im Sinne des U.S.-amerikanischen Neutralitätsgesetzes; die japanische Tankflotte würde vollkommen genügen, formalrechtliche Schwierigkeiten zu überwinden, wenn nicht ein direktes Ausfuhrverbot (Embargo) erginge (North China Herald, 8. 12. 37, S. 357), was nicht wahrscheinlich ist, solange Japan zahlen kann. Immerhin zeigen sich hier Abhängigkeiten. Deutlicher noch verraten sich solche Frankreichs in Indochina („Posener Tageblatt" [12. Anhg.]).

Gewiß werden ganze Reiche und Völker über diese geopolitischen Abhängigkeiten oft bis zur Erschöpfung emporgerissen werden können. Aber schließlich müssen die Urheber dieser Überforderung wissen, wie lange der Mensch hungernd auf den Zehenspitzen stehen kann und ein Staat auf Bajonetten zu sitzen vermag, um in einer bestimmten Lage durchzuhalten oder ein hochgestecktes Ziel zu erlangen.

Schätzungsfehler auf solchen Gebieten machen auch den überbegabten Menschen

schließlich zum Narren der eigenen Phantasie, und die von ihm fortgerissenen Völker mit ihm.

Die Gefahr, daß im ganzen Fernen Osten an gefährlichen Rändern und auf steilen Graten gegangen werden muß, von denen ein falscher Schritt schweren Absturz für Hunderte von Millionen bedeuten kann, macht den tragischen Hintergrund des chinesisch-japanischen Abringens so dunkel und zukunftschwer.

Dabei müssen sich Männer, wie der japanische Außenminister oder wie der politisch offenbar vorzüglich durchgeschulte Verfasser der „Informationsblätter" über „Das Neue China", ganz gewiß im Innern sagen, daß sie und ihresgleichen es sein werden, die einmal wieder ein Zusammenleben der mehr als fünfhundert Millionen Menschen in Ostasien durch einen konstruktiven Frieden ermöglichen müssen, nicht die Vernichtungsträger um jeden Preis hüben und drüben, die schließlich nur bei vollkommenem Ausbluten ein breites Unheilsfeld zum Einströmen von Volkselend im Moskauer Stil auf dem Festland übrig lassen würden. Vielleicht blättert Jung-China weiter in der „Geopolitik" zurück und fragt, wer in den Zwanziger Jahren den Wiederaufstieg zur Selbstbestimmung publizistisch erkannt und gefördert hat, aber auch die Gefahren sah, der eine jähe Amerikanisierung den viertausendjährigen Volksboden der „guten, aber alten, alten Erde" aussetzen mußte, der kaum das ganz anders in sich geschlossene Japan entgangen war. Es ist ein Unglück für die Welt, daß ihre verschiedene Dynamik beide Völker an der Verständigungsmöglichkeit vorübertrieb. Darüber freuen sich nur ihre Feinde, nicht ihre Freunde. Aber jetzt sind die Würfel geworfen. Die Leidenschaft des Kampfaustrags hat über Politik, Wirtschaft und Kulturgemeinschaft gesiegt.

Anhang zum Geopolitik-Bericht über den indopazifischen Raum II/38

1. „The Legal Status of Aliens in Pacific Countries", herausgegeben v. Norman Mackenzie. Oxford University Press. London, Newyork, Toronto 1937. $ 7 Sh. 21. Nützliche Überschau des Fremdenrechts in allen pazifischen Uferstaaten. — 2. Mcj. Mr. I. Swart: „Verkeerswezen in de Sowjet-Unie." (Holld.) S. 294 d. „Tijdschrift voor Economische Geographie", s'Gravenhage 15. 12. 37. Gute Überschau des Verkehrswesens der Sowjet-Union in großen Zügen mit 3 Karten der Land-, Wasser- und Luftverkehrswege. Feststellung der Tatsache, daß von rund 22 Mill. Quadratkilometer Staatsgebiet erst 8,2 Mill. geologisch erforscht sind. — 3. „Pacific Affairs", Bd. X, Nr. 4, 37, geben: Frederick V. Field: „American Far Eastern Policy." Gute Überschau; wertvolles neuestes pazifisches Schrifttum; gute Streiflichter auf Japans Presse und Wirtschaft; ein völlig nach Moskau orientiertes Bild des „Phantomstaats Mengkukuo" (Mongolei) (Lattimore). — 4. Die Doppelnummer 8 und 9/37 der „Far Eastern Review", Shanghai, spiegelt deutlich die Schwierigkeiten dieser Bevölkerungsballlung von rund 4 Millionen zwischen Krieg und Frieden, im Zustand „Abwesenheit des Friedens" wider. Immerhin bildet sie ein Gegengewicht gegen die prorussische Haltung der „Pacific Affairs", etwa mit „China from Washington to Brussels via Geneva" oder mit „The Crisis at Shanghai". — 5. Gustav Jensen: „Japans Seemacht": im Gegensatz zu vielen der Konjunktur dienenden Japanbüchern eine höchst wertvolle Überschau des Wesens japanischer Seegeltung im Pazifik, ihrer Ursprünge und geopolitischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten (Berlin 1938, Karl Siegismund). Im Gegensatz zu den großen Perspektiven dieses Buches etwa die blühendste Zusammenfassung parlamentaarischen Unsinns über Japans Weltlage durch Yukio Ozaki, „Transpacific" Bd. XXV, No. 8. Tokyo 25. 2. 37. — 6. 7. Abbildungen, politische Spottbilder und Umschau über die Spottzeichnungen zur Fernost-Politik in der Weltpresse fortlaufend in „North China Herald", Shanghai, dessen Erscheinungsform und -nöte die schwankende Lage von Shanghai widerspiegeln. — 8. Fortlaufend indische Kritik der chinesisch-japanischen Spannung in „Amrita Bazar Patrika", Calcutta, fortlaufend. — 9. Beste zusammenfassende Übersichten in deutscher Sprache über Fernost-Vorgänge knüpfen in alphabetischer, nicht wertender Reihenfolge

etwa an die Namen Otto Moßdorf („D. A. Z."), Otto Richter („Ostasiatische Rundschau"), Wolf Schenke und Fürst v. Urach („V. B."), Giselher Wirsing („Münchner N. N.") u. a. m. — 10. „Westküsten-Beobachter", vorzügliche deutsche Zeitschrift aus Santiago de Chile, bringt im Jahrg. 5, Nr. 217, 2. 12. 37 ein „Bolivia"-Sonderheft, das vorbildlich für die kulturpolitische Betrachtung sämtlicher süd- und mittelamerikanischer pazifischer Küstenstaaten der Reihe nach sein könnte. Wir hoffen sehr, daß ähnliche Hefte die ganze „Westküste beobachten" werden, und wünschen dafür Glückauf! Wir heben H. G. Aldenhoven, Fritz Buck und Hans Mayer (La Paz) u. a. wegen des geopolitischen Untertons ihrer Betrachtungsweise und den Verfasser der Ibero-Amerikanischen Wochen-Chronik (Erweiterung von der Heimat aus erbeten!) rühmend hervor. — 11. Hollington K. Tong: „Chiang Kai-shek, Soldier and Statesman." Authorized Biography, 2 Bände. China Publishing Co. 1937. $ 18. Das neueste breite und eingehende Lebensbild des Marschalls. — 12. „Frankreich im Fernen Osten". Vorzügliche Original-Korrespondenz des „Posener Tageblatt" vom 5. 1. 1938 aus Saigon, Anfang Januar 1938, worin die Ausbeuterrolle und innere Unsicherheit Frankreichs in den Protektoraten Annam, Cambodja, Laos und Tongking, dann der Kolonie Cochin-China, zusammen anderthalbmal Frankreichs Größe, klar und richtig geschildert wird. Ebenso tritt die Blutabzapfung während des Weltkrieges (40 000 Tote!) peinlich hervor, die Gefahr von Hainan aus und die Unterwühlung durch die Dritte Internationale, bei Zwangsarbeit an vielen Stellen und Verwicklungsgefahr in die China-Japan-Auseinandersetzung, sobald sie die britische Lebenslinie Hongkong-Singapore berührt.

HANS HUMMEL: Kurznachrichten

ÄGYPTEN. — Im Zusammenhang mit der Erweiterung der anglo-ägyptischen Militärabmachungen aus dem Vertrage von 1936 steht der Ausbau zweier Flugstützpunkte am Suezkanal. In erster Linie wird bei Geneffa an den Bitterseen, am südlichen Teil des Kanals, ein großer Militärflughafen entstehen, an dessen Errichtung sich auch die ägyptische Regierung beteiligen wird. Geneffa soll der größte britische Militärflughafen im Orient werden. Die Militärfluganlagen in Port Said werden ebenfalls ausgebaut. — Das Jahr 1937 brachte dem Suezkanal einen neuen Rekordverkehr von 6635 Schiffen mit 36,49 NRT.

ARGENTINIEN. — Am 9. Januar wurde in Anwesenheit der Präsidenten Argentiniens und Brasiliens der Grundstein für eine große Verkehrsbrücke über den Uruguay-Strom zwischen Uruguayana und Libres gelegt. Die Brücke wird die Bahnnetze Argentiniens und Brasiliens verbinden. Bei den Feiern sagte der brasilianische Präsident Vargas im Hinblick auf die Ergebnisse der Panamerikanischen Konferenz von 1936, Amerika müsse als Zusammenballung von Völkern gleicher geschichtlicher Bildung und geographischer Beständigkeit sich zusammenschließen, um der Welt ein Beispiel friedlichen Zusammenlebens und loyaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu geben. Präsident Justo erwiderte für Argenti ien, daß die Völker glücklich seien, die sich in einer Zeit, wo viele Länder blind vor Haß politische und wirtschaftliche Schranken gegeneinander aufrichteten, brüderlich die Hand reichten.

AUSTRALIEN. — Die australische Regierung plant die Errichtung einer starken Kurzwellenstation für Nachrichtendienst, mit der Australien auf die Meinungsbildung am Pazifik Einfluß nehmen zu können hofft. (Siehe auch Ver. St. v. Nordam.)

BRASILIEN. — Nachdem die Entscheidung über Konzessionserteilung für die Ausbeutung der reichen Eisenerzlagerstätten von Minas Geraes sich viele Jahre herausgezögert hat, soll jetzt die Itabira-Gesellschaft, als Inhaberin der Konzession, früher in europäischen, jetzt in nordamerikanischen Händen, die Arbeit aufnehmen. Die Erzreserven im Minas-Gebiet werden heute auf 13 Millarden t geschätzt. (Siehe auch Argentinien.)

BRITISCH-MALAYA. — „Straits Times" schrieben am 25. Januar: „Wir werden es noch erleben, daß Singapur die gemeinschaftliche Flotten- und Flugbasis von Britisch-Malaya, Niederländisch-Indien und Französisch-Indochina wird."

CHINA. — Das militärische Ziel des weiteren japanischen Vormarsches in China war im Januar die Vereinheitlichung der Fronten, also die Verbindung der Nanking-Südfront mit der Hoangho-Schantung-Nordfront. Nachdem Tsingtau durch Landungsmanöver und Einschnürung von der Landseite kampflos gefallen war, entwickelte sich bei Sütschau am alten Hoangho-Lauf im Nordwesten der Provinz Kiangsu eine umfangreiche Schlacht, mit der die Japaner die Verbindung der Nanking- und Hoanghotruppen erzwingen wollen. — Kriegsminister Sugiyama nannte als nächstes Ziel der Japaner nach der Ein-

nahme der Lunghaibahn, für die Sütschau wichtiger Knotenpunkt ist, die Eroberung der Kanton-Hankau-Bahn. — Die Meldungen über den Bau neuer Verbindungen zwischen Westchina und der Sowjetunion, die wir in Heft 1/1938 an gleicher Stelle brachten, bestätigen sich in noch größerem Umfange. Die chinesische Presse berichtete bereits Einzelheiten über den beschleunigten Bau einer Eisenbahn von Szetschwan über Tschengtu durch das Gebiet Chinghais nach Sinkiang in einer Länge von etwa 4000 km. Die Bahn soll, ähnlich wie die neue Verkehrsverbindung von Yünnan in Südchina nach Burma, vor allem den Munitionstransporten dienen. Sie wird von Sowjetrußland gebaut, das für das Baumaterial und die Kriegslieferungen das Eigentums- und Ausbeutungsrecht an dieser Bahn erhalten soll. Später soll die Anleihe amortisiert werden. „Daily Express" meldet dazu, daß als Gegenleistung außerdem der chinesischen kommunistischen Armee (?) Handlungsfreiheit in den Provinzen Szetschwan, Schensi und Sinkiang (?) gewährt werden solle, während Sowjetrußland bei einer Niederlage Japans die unbeschränkte Herrschaft über die Äußere und Innere Mongolei und die westliche Mandschurei angeboten werde. Wir zitieren diese Meldung als Stimmungsbild mit allem Vorbehalt. — Die japanische Regierung hat die Pläne der Mantetsu-Bahngesellschaft und der Kochu-Koshi-Erschließungsgesellschaft für Nordchina abgelehnt, weil beide Pläne zu sehr auf Mandschukuo abgestellt sind. Es soll vielmehr eine Kontrollgesellschaft unter Beteiligung chinesischen Kapitals geschaffen werden. — Die Autonome Antikommunistische Regierung von Osthopei ist nach zweijährigem Bestehen aufgelöst und mit der Vorläufigen Regierung in Peking verschmolzen worden. (Siehe auch Japan.)

DEUTSCHES REICH. — Ab 1. Mai wird der Dienst auf zwei neuen direkten Flugverbindungen aufgenommen: Berlin—Bukarest, das bisher nur über Belgrad oder Sofia zu erreichen war, und Deutschland—Albanien. — In Magdeburg wurde am 15. Januar ein Seegeltungsinstitut eröffnet. Bei der Feier sagte Generaladmiral Dr. h. c. Raeder u. a., man müsse Verständnis dafür fordern, daß die See der Tummelplatz der Kraft für alle Völker der Erde und die Wiege ihrer Freiheit sei, daß ausgeschlossen sei von allen guten Dingen und Ehren der Welt, wer an der See keinen Anteil habe. — Der Wert der deutschen Einfuhr betrug 1937 5,47 Milld. RM. gegen 4,22 in 1936, der Wert der Ausfuhr 5,91 gegen 4,77. In der Einfuhr haben Weizen, Mais und Kupfer starke Steigerungen erfahren, in der Ausfuhr Papier, Eisenwaren und Kraftfahrzeuge. Die ersten 10 Einfuhrländer sind: Großbritannien, Argentinien, USA., Schweden, Italien, Niederlande, Belgien, Brasilien, Rumänien, Britisch-Indien (42% der Einfuhr); die 10 ersten Ausfuhrländer: Niederlande, Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, Schweden, Schweiz, Dänemark, USA., Brasilien (49% der Ausfuhr). Starke Einfuhrsteigerungen aus Argentinien, Kanada, Jugoslawien, starke Ausfuhrsteigerungen nach Argentinien, Griechenland, Jugoslawien, Norwegen.

FRANKREICH. — In einer öffentlichen Erklärung fordert die „Elsaß-Lothringische Landespartei" am 5. Januar die Verständigung mit Deutschland und die Autonomie für Elsaß-Lothringen. „Hinter unübersteigbaren Zollmauern und Festungswänden muß Elsaß-Lothringen wirtschaftlich verkümmern." Das Land habe den Charakter eines Militärglacis angenommen.

FRANZÖSISCH-KAMERUN. — Mit einem Dekret vom 19. Oktober 1937 wird die Eingeborenenauswanderung außerordentlich beschränkt, da die bevölkerungspolitischen Erhaltungsmaßnahmen des Mandatars nicht von Erfolg gewesen sind.

FRANZÖSISCH-INDOCHINA. — Am 23. Dez. 1937 ist die Fluglinie Hanoi—Yünnanfu eröffnet worden.

HAWAI. — Über den Ausbau des Stützpunktes Hawai wird weiter bekannt, daß die ganze Insel Oahu, auf der auch Honolulu liegt, festungsartiger Charakter erhalten wird. Vor allem werden unterirdische Flughäfen angelegt werden.

IRAK. — Der neue Gesandte des Irak in London, der früher verbannte Nationalistenführer Nuri Pascha, wird in London eine Denkschrift überreichen, in der ein großarabisches Reich unter Zusammenschluß Iraks, Palästinas und Transjordaniens unter dem König Ghazi vom Irak gefordert wird. — Der Weiterbau an der Bagdadbahn macht schnelle Fortschritte. Zur Zeit wird von Mossul aus westwärts, von Telkotschek aus ostwärts und von Beidschi aus nordwärts gebaut, so daß man hofft, noch im Jahre 1938 die Bahn von der syrischen Grenze bis Mossul fertiggestellt zu haben. Das Endstück bis Beidschi, das an das irakische Netz anschließt, soll dann 1939 fertig werden.

IRLAND. — Mit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung ist der Name „Irischer Freistaat" in „Irland" geändert worden.

ITALIEN. — Ein neuer Geschwaderflug dreier Bomber nach Rio de Janeiro mit dem Ziele, die Möglichkeiten für einen ständigen Flugdienst zu erkunden, ist insofern gelungen, als zwei Flugzeuge nach schnellem Flug in Rio eintrafen, während das dritte nach einer Reparaturlandung in Natal nachkam.

ITALIENISCH-OSTAFRIKA. — In Rom ist die Gesellschaft SAIGA gegründet worden,

die die Aufgabe hat, Kautschukpflanzungen in Ostafrika anzulegen.

JAPAN. — Am 16. Januar wurde das erwartete Manifest der Regierung herausgegeben, das sich gegen die chinesische Hankauregierung wendet. Es heißt darin, Japan werde die Einrichtung einer neuen chinesischen Regierung unterstützen, mit der es an der Wiederherstellung der Beziehungen und an dem Aufbau eines verjüngten China zusammenarbeiten werde. In der Reichstagssitzung vom 22. Januar erklärte Außenminister Hirota, Japan habe keine territorialen Absichten in China und beabsichtige auch nicht, Nordchina vom gesamten Reich zu trennen. Die Friedensbedingungen Japans seien: 1. Aufgabe der prokommunistischen und antijapanischen Politik und Aufnahme der Antikominternpolitik; 2. Einrichtung demilitarisierter Zonen mit Sonderregime in nicht näher bezeichneten Gegenden; 3. Abschluß eines Wirtschaftsabkommens; 4. Kriegsentschädigungen für Japan. — Nach einer Mitteilung des japanischen Kriegsministeriums vom 15. Januar sind nunmehr auch Koreaner zum freiwilligen Militärdienst zugelassen. — Der erste Zug mit nordchinesischem Eisenerz ist Ende Dezember von Kalgan abgefahren und hat den regelmäßigen Erztransport von Nordchina über den Hafen Taku nach Japan, vor allem den Hüttenwerken von Yawata, eröffnet.

KANADA. — Die Einwanderung nach Kanada erreichte 1937 nur 16 200 Personen, während 27 300 Personen auswanderten. — Durch die Erschließung neuer Ölfelder in Westkanada (Turner-Tal) ist die Ölproduktion 1937 gegen 1936 um 93 % auf 387 000 t gestiegen.

MADAGASKAR. — Eine Kommission polnischer Juden hat die Siedlungsmöglichkeiten für Juden in Madagaskar geprüft und einen Bericht in Warschau überreicht. Es wird von 30 000 Familien, also 120 000 Köpfen, die auswandern können, gesprochen. Eine „Gesellschaft der Freunde der polnischen Kolonisation in Madagaskar" soll von den jüdischen Organisationen Polens gegründet werden, die eine Schiffahrtslinie einrichten wird, die auf der Fahrt nach Madagaskar auch die Häfen Palästinas anlaufen wird.

PALÄSTINA. — Am 4. Januar wurde das Palästina-Weißbuch des Kolonialministers Ormsby-Gore veröffentlicht, in dem die britische Regierung von dem Peel-Teilungsplan zunächst abrückt und die Durchführung einer Teilung von dem Bericht einer neuen Kommission abhängig macht. Die britische Regierung könne in die Notwendigkeit versetzt werden, die Anregung der Ständigen Mandatskommission zu erwägen, die arabischen und jüdischen Gebiete zeitweise unter einem Kantonalsystem oder unter getrennten Mandaten zu verwalten.

PHILIPPINEN. — Am 11. Januar gab Präsident Roosevelt bekannt, daß er dem Kongreß eine Abänderung des Philippinen-Unabhängigkeitsgesetzes vorschlagen werde, das die Freigabe der Philippinen weiter hinauszögert. Statt bis 1946 solle bis 1960 die Ausgleichung der Zollsätze durchgeführt werden, so daß die Philippinen erst 1960 den vollen Zolltarif zu zahlen hätten und also volle Souveränität bekämen. Anlaß zu dieser Änderung gibt die Lage in Ostasien und der wirtschaftlich verständliche Wunsch der philippinischen Regierung. — Der Präsident der Philippinen hat nach Meldungen aus Manila der Standard Oil eine Konzession zur Durchforschung der Philippinen auf Erdölvorkommen angeboten.

POLEN. — Im Zusammenhang mit der Einrichtung einer besonderen Verwaltungseinheit „Polen C", dem zentralen Industriegebiet mit der Hauptstadt Sandomir, steht der Plan, aus den östlichen Wojewodschaften zwei Statthaltereien mit den Sitzen in Lemberg (für Lemberg, Stanislau, Tarnopol und Wolhynien) und Wilna (für Polesien, Nowogrodek und Wilna) zu machen. Diese Gebiete umfassen die vorwiegend nicht polnisch besiedelten Ostwojewodschaften. — Nach dem Zusammenschluß von Königshütte und Chorzow hat die neue Gemeinde den Namen Chorzow erhalten. Ferner sollen Bismarckhütte, Hohenlinde und Teile von Schwientochlowitz eingemeindet werden. Damit würde Chorzow-Königshütte zur größten Stadt Polnisch-Schlesiens. — Die französisch-polnische Eisenbahngesellschaft hat von den polnischen Staatsbahnen am 1. Januar die Kohlenmagistrale Schlesien-Gdingen übernommen.

PORTUGAL. — Die englische Militärmission, die am 20. Februar in Portugal eintrifft, hat u. a. den Auftrag, für England bestimmte Rechte auf den Kapverden und Azoren zu sichern.

RUMÄNIEN. — Die Schätzungen über die Zahl der zu Unrecht in Rumänien lebenden Juden, die voraussichtlich ausgewiesen werden, schwanken zwischen 250 000 und 500 000.

SIERRA LEONE. — Der Hafen Freetown, der bisher ein Flottenstützpunkt von untergeordneter Bedeutung war, wird nunmehr im Zusammenhang mit dem Ausbau des Kapweges als Stützpunkt erster Klasse eingerichtet werden. Die Arbeiten sollen noch 1938 beendet sein.

SOWJETRUSSLAND. — Die englische Presse sieht die Hintergründe der Moskauer Forderung, das englische Konsulat in Leningrad zu schließen, darin, daß Leningrad zusammen mit Kronstadt zum größten westlichen Flottenstützpunkt der UdSSR. ausgebaut werden soll.

— Die Ansammlung großer Mengen GPU.-Gefangener an der mandschurischen Grenze wird von sowjetischer Seite damit begründet, daß man die neu entdeckten Erdölfelder östlich des Baikalsees durch eine Leitung mit Wladiwostok verbinden will. — Nach einer Meldung des „Express Poranny" würde bei einer systematischen Fortsetzung der Aussiedlung an der polnisch-sowjetischen Grenze die Sowjetunion 75 000 qkm entvölkern. Der Wüstgürtel soll 75 km breit sein.

SÜDAFRIKANISCHE UNION. — Der südafrikanische Verteidigungsminister Pirow bezeichnete als strategische Ziele bei einem etwaigen Kriege, einen Feind daran zu hindern, die südafrikanische Grenze und die lebenswichtigen Interessen Südafrikas zu bedrohen. Dazu gehöre auch Portugiesisch-Ostafrika.

TSCHECHOSLOWAKEI. — In der Tschechoslowakei beginnt man sich jetzt mit bevölkerungspolitischen Fragen zu befassen. Die Professoren Chura und Trapl nahmen zur bevölkerungspolitischen Entwicklung der Tschechen Stellung und prophezeiten eine schlechte Zukunft, wenn nicht Maßnahmen der Säuglingsfürsorge, der Eheförderung, der Krankenhauspflege usw. ergriffen würden. Anläßlich einer Schenkungsabsicht der Schuhfabrik Bata wurde festgestellt, daß etwa 2500 Familien 10 und mehr Kinder haben. Die kinderreichen Familien sind aber in erster Linie in der Slowakei und in Schlesien, auch in Mähren ansässig, während im inneren Prag keine Familie über sieben Kinder hat, in ganz Prag höchstens sieben Familien, in weiteren sechs böhmischen Bezirken keine einzige Familie, in anderen 17 Bezirken Böhmens nur je eine Familie mit mehr als 7 Kindern. Dagegen hat man berechnet, daß in der Stadt Brünn die Geburtsquote für Deutsche 3,1 pro Tausend, für Tschechen und Slowaken 14,1 im Jahre 1935 beträgt. Der Sterbeüberschuß der sozial durchschnittlich gut gestellten deutschen Bevölkerung macht jährlich über 300 Personen aus. — Am 1. April geht die Reichsbahnstrecke Reichenberg—Zittau in den Besitz der tschechischen Staatsbahnen über.

VEREINIGTE STAATEN VON NORDAMERIKA. — Die amerikanische Einwanderungsstatistik verzeichnet für 1937 30 900 Bewilligungen, obgleich die Gesamtquote 154 000 Personen beträgt. Es wurden also nur 20% ausgenutzt. Die Kontingente für Albanien, Griechenland, Rumänien, Syrien und Türkei wurden erfüllt, ferner für Ungarn zu 90%, für Spanien zu 99%, für Deutschland zu 48%, für Polen zu 39%. Aus England kamen aber nur 4% des großen Kontingents von 60 000 Personen. — Als Entlastung für San Diego wird Alameda in Kalifornien als Hauptsammelplatz der Marineflugstreitkräfte ausgebaut. — In demonstrativer Form besucht ein Kreuzergeschwader Australien anläßlich der 150-Jahrfeier und trifft sich dann mit britischen Streitkräften bei der Eröffnung der neuen Marinestation in Singapur am 14. Februar. — Der „Samoa-Clipper" ist bei seinem zweiten regulären Postflug nach Australien zwischen Samoa und Neuseeland abgestürzt und gesunken. — Mit Wirkung vom 1. Februar haben die USA. Australien — im Hinblick auf die Verhandlungen mit Großbritannien — Meistbegünstigung gewährt und den Handelskrieg beendet.

(Abgeschlossen am 3. Februar.)

SPÄNE

der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

Geopolitik im neuen Erdkundeunterricht

In der Zeit vom 3. bis 10. Dez. 1937 veranstaltete das Zentralinstitut für Unterricht und Erziehung Berlin in seiner Schulungsstätte Rankenheim ein „Einleitendes Lager für Erdkunde an höheren Schulen". Das Ziel dieses Lehrganges, der unter der Leitung des Sachbearbeiters für Erdkunde Dr. Jantzen stand, war eine erste Ausrichtung auf die Grundhaltung der sich zur Zeit vollziehenden Schulreform. Jeder Gau hatte durchschnittlich 3 Vertreter entsandt. Eine größere Anzahl von Gausachbearbeitern und von Dozenten an Hochschulen und Studienseminaren waren vertreten. Das Lager bekam eine besondere Note dadurch, daß Ministerialrat Dr. Benze und der Reichssachbearbeiter für Erdkunde, Prof. Dr. Burchardt, daran teilnahmen. Unter den übrigen Vortragenden seien genannt: Prof. Dr. Hinrichs, Prof. Dr. Hurtig-Elbing, Prof. Dr. Knieriem-Frankfurt, Landesplaner R. Brüning-Hannover. Die Geopolitik war durch Prof. Dr. Neser-Heidelberg vertreten, der in eindringlicher Weise das Wesen geopolitischer Denkart klarlegte.

Nur kurz seien die Grundgedanken eines neu ausgerichteten Erdkundeunterrichts, wie sie im Lager herausgearbeitet wurden, skizziert. Wie stark geopolitisches Denken sich in Zukunft auf der höheren Schule durchsetzen soll, wird aus dem folgenden klarwerden: Grundsätzlich ist die Aufgabe des Unterrichts die politische Erziehung und nicht eine möglichst umfassende Belehrung. Entsprechend der nationalsozialistischen Haltung des Lehrers steht das Volk im Mittelpunkt des Unterrichts, vor allem selbstverständlich das deutsche. Aufgabe der

Erdkunde ist es, die Auseinandersetzung des Volkes mit seinem Raum aufzuzeigen. Daraus ergeben sich wesentliche Folgerungen:

1. Der Schwerpunkt des zukünftigen Unterrichts liegt beim deutschen Lebensraum. Dieser findet seinen Abschluß nicht an den heutigen Reichsgrenzen; sondern beim Thema Deutschland verdienen die grenzdeutschen Gebiete, die zusammen mit ihrem benachbarten innerdeutschen Gau behandelt werden, die gleiche Beachtung wie Landschaften innerhalb des Dritten Reiches. Auch die übrigen auslandsdeutschen Siedlungsgebiete und die zur Zeit in fremder Hand befindlichen deutschen Kolonien sind als deutsche Heimat anzusehen.
2. Auslandskunde darf trotzdem nicht vernachlässigt werden, da sie in hervorragendem Maße der Weitung des politischen Denkens dient.
3. Die früher so hoch bewertete Allgemeine Geographie tritt gegenüber einer Kunde der Landschaftsräume zurück. Natürliche Gegebenheiten werden in dem Maße Beachtung finden, als sie für ein Verständnis der Auseinandersetzung der Völker mit ihren Räumen notwendig sind. Also Zeitprinzip ist eine volkbezogene Länderkunde.

Bei länder- und landschaftskundlichen Betrachtungen müssen folgende Gesichtspunkte stets die Einstellung zum Unterrichtsstoff bedingen: Der Raum hemmt und fördert, er gibt Möglichkeiten und setzt Grenzen. Es liegt bei den Völkern, diese Möglichkeiten auszunutzen und ihren Raum innerhalb dieser räumlichen Grenzen zu gestalten (Raum und Rasse in den Tropen!). Wirtschaftsformen und -zweige werden immer stark durch die natürlichen Gegebenheiten beeinflußt werden. In der Landschaft selbst wird aber der Mensch, besser gesagt: werden die Völker, ihren Stil, ihr Wesen zum Ausdruck bringen in Haus und Hof, in der Anlage von Stadt und Dorf u. a. m. Aus diesem Zusammenwirken natürlicher Kräfte und dem rassisch bedingten Gestaltungswillen der Völker erwächst die Harmonie des Lebensraumes (Organisches Denken!). Bei einer solchen dynamischen Betrachtungsweise muß immer wieder hervortreten, wie insbesondere die deutsche Kulturlandschaft das Werden und das Ringen der deutschen Stämme mit ihrem Raum, ja deren Leistung widerspiegelt.

Noch viel stärker wird auf der Oberstufe geopolitisches Denken sich durchsetzen müssen, wo die machtpolitische Verteilung der Erde im Mittelpunkt steht. Bei den einzelnen Weltreichen müssen ihre Größe, ihr Kolonialbesitz, ihr Reichtum oder Mangel an Rohstoffen und vor allem auch jene Faktoren und Kräfte herausgearbeitet werden, die für ihren Werdegang und ihre heutigen Tendenzen von Bedeutung sind (Völkische Kräfte, leitende Ideen!). Eine allgemeine Staatenlehre, die den Staat als juristischen Begriff oder andererseits nur als lage- und raumbedingt zu erfassen sucht, ist restlos abzulehnen. Die Völker sind die Träger der Staaten; von ihnen hängt es ab, den Staat mit Leben zu erfüllen und seine Organisationen für ihren Lebenskampf einzusetzen.

Weiträumiges Denken, das sowohl die leitenden Ideen (britisches und römisches Imperium, Bolschewismus, Japan als Führer Asiens) und die räumlichen Gegebenheiten (Rohstoffe als machtpolitische Faktoren, volküberfüllte und volkarme Räume) als auch die rassische Bedingtheit der tragenden Völker und ihrer Leistungen einbezieht, ist unbedingt zu schulen. Von selbst fügen sich wehrpolitische Gedankengänge ein (Befestigungen, Ausnutzung des „Raumes als Waffe" und Ausbau einer zweckmäßig aufgebauten Wehrmacht). Gerade dann erfahren Lage und Rohstoffbedarf wichtiger Industriezweige und Sicherung der Ernährung besondere Bewertung. Klare, eindringliche Zeichnungen (knallige Flächen, Kraftpfeile) müssen helfen, solche geopolitische Zusammenhänge im Gedächtnis einzuprägen.

Aus dieser geopolitischen Schau und aus diesem Wissen um die Leistung der Völker in ihren Räumen gewinnt der Schüler am Abschluß der Schule das politische Verständnis für die Lage seines eigenen Vaterlandes. Er ermißt den Wert der politischen Stärke und der wirtschaftlichen Unabhängigkeit (Vierjahresplan), die Bedeutung einer starken Wehrmacht und der Anpassung aller Kräfte in Richtung auf ein gemeinsames Ziel. Er weiß um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und bevölkerungspolitischen Gefahren; er ist andererseits stolz auf die Leistungen seines Volkes. Durch Vergleiche Deutschlands mit anderen Großmächten werden außenpolitische Forderungen und Maßnahmen in ihrer ganzen Notwendigkeit verständlich (Kolonien). Zugleich wird in den jungen Menschen der Wille zur Leistung und zum Einsatz für die Volksgemeinschaft, der gefühlsmäßig schon vorhanden ist, verstandsmäßig vertieft. Damit wird das geopolitische Denken ein wesentlicher Faktor der nationalpolitischen Erziehung.

Heinz Harder

Geburtenrückgang — einmal anders

Es ist ja nicht so, daß man sich in Österreich keine Gedanken über das Absterben des Volkskörpers macht, — in Österreich, das zwar eines der kleinsten Staaten der Welt, aber auf dem Gebiet der Geburtenbeschränkung so etwas wie ein Vorkämpfer ist. Und man findet dort gelegentlich recht überzeugende Formulierungen für Tatbestände, die man nun aber leider nicht zu ändern versteht. Unsere Leser werden gleich sehen weshalb, wenn wir einem Aufsatz von Ria von Meyern Hohenberg in der MONATSSCHRIFT FÜR KULTUR UND POLITIK II/1937, Heft 8, S. 681ff. einen Abschnitt entnehmen:

Ich bin meiner Sache nicht ganz sicher, aber ich habe das Gefühl, daß es viele Menschen geben müßte, die meine Ansicht teilen, daß Kinderkriegen nicht zuletzt eine Privatsache sei. Und darum scheint es mir nicht uninteressant, das Problem einmal vom privaten Standpunkt zu betrachten und zu beleuchten, sozusagen subjektiv und nicht objektiv.

Da sei mir vorerst eine pseudogenealogische Studie über den Stammbaum eines meiner jungen Freunde gestattet, den ich zum Subjekt meiner Betrachtungen machen möchte.

Helge, geboren 1920, nennt seinen Vater: Schwuppsl. Er klopft ihm auf die Schulter, wenn er mit ihm zufrieden ist, und gibt seiner Meinung freimütigst Ausdruck, wenn dies nicht der Fall ist. — Helge ist das einzige Kind seines Vaters Jo.

Jo, geboren 1890, nannte seinen Vater Paps. Sie waren gute Kameraden, aber immerhin anerkannte Jo die Autorität seines Vaters. — Jos Vater Sepp hatte außer ihm noch ein Kind.

Sepp, geboren 1860, nannte seinen Vater Papa und hätte nicht gewagt, ihm zu widersprechen. — Sepps Vater Peppi hatte außer ihm noch vier Kinder.

Peppi, geboren 1830, nannte seinen Vater Herr Vatter und „Sie". Er hätte nicht gewagt, in seines Vaters Gegenwart ungefragt seine Meinung zu äußern. — Peppis Vater Josef hatte außer ihm noch sieben Kinder.

Josef, geboren 1800, nannte seinen Vater Euer Gnaden. Er hätte nicht gewagt, sich in seines Vaters Gegenwart zu setzen. Sein Vater hatte außer ihm noch elf Kinder.

Helge, um aus diesem Ausflug in die Vergangenheit zurückzukehren, ist ein wahres Musterexemplar eines modernen jungen Mannes. Er ist ein begeisterter Sportsmann, Turner, Boxer, Fußballspieler, Schwimmer, Segelflieger, Bergsteiger, Skifahrer — selbstverständlich gesund, dabei klug, fleißig und gewissenhaft. Man könnte sich ihn nicht besser wünschen.

Dieser Helge hat nun eine junge Kameradin, namens Ingrid. Auch über ihre Vorfahrinnen ließe sich, ähnlich wie bei Helge, eine pseudogenealogische Studie, von Mi über Mimmi und Mizzi bis zu Marie, führen. Auch Ingrid könnte man ein Musterexemplar ihrer Art nennen. Auch sie zeichnet sich in allen Gattungen des modernen Sports aus. Auch sie ist klug, fleißig und gewissenhaft. Dazu kommt noch, daß sie ihrer weiblichen Eigenart entsprechend sehr hübsch ist und einen vollkommen durchgebildeten schmalhüftigen und hochbeinigen Körper besitzt.

Sie werden sich nicht wundern, daß Helge und Ingrid fest entschlossen sind, sich zu heiraten, nicht heute und nicht morgen, aber doch in absehbarer Zeit.

Die beiden haben sich auch schon einen ganzen Lebensplan zurechtgelegt.

Vorerst trainieren sie für die nächste Olympiade und vollenden gleichzeitig ihre Studien. Später wird Helge irgendeinen Beruf ausüben. Er hofft, eine Anstellung zu bekommen, die mit einem monatlichen Gehalt von S 120.— beginnt, der sich im Laufe der Zeit so steigert, daß er mit vierzig oder fünfundvierzig Jahren monatlich S 400.— verdient. Mit sechzig Jahren rechnet Helge auf eine Pension von S 250.—.

Sie werden jeden Samstag und Sonntag Sportausflüge machen; im Sommer schwimmen und kraxeln, im Winter skilaufen. Wochentags werden sie nach Arbeitsschluß, so gut es eben geht, trainieren. Im übrigen werden beide sehr sparsam sein, um ihre Ferien auf schönen Reisen genießen zu können. Vielleicht werden sie sich auch ein Motorrad ersparen. Noch später werden sie auf ein kleines Häuschen sparen, in dem sie ein geruhsames Alter verbringen wollen. Vielleicht, wenn Ingrid es sich sehr wünscht, werden sie in der Zwischenzeit auch ein Kind haben, sonst nur einen Hund.

Diese recht amüsante Betrachtung gipfelt in der Feststellung: Der Staat muß die Kinder gesetzlich zwingen, die Eltern im Alter zu unterhalten. Dann werden die Eltern aus Angst vor dem Alter und gleichsam als Altersversicherung möglichst viele Kinder in die Welt setzen. Abgesehen von dem Kummer, den das den Versicherungsgesellschaften bereiten müßte, — sollten die Dinge so einfach liegen?

Oder hat nicht unsere Einstellung tiefere Begründung: daß der Rassenwille entscheidend sei und alle staatlichen Hilfsmittel nur den Zweck haben können, diesem Rassenwillen die in den Verstädterungsverhältnissen unseres zu eng wohnenden Volkes liegenden Hindernisse möglichst aus dem Wege zu räumen? V

Wo die Natur das meiste getan, muß der Mensch am enthaltsamsten sein, ihr Werk zu verderben oder zu überladen. Mit Furcht und Zittern, Ehrerbietung und Dank nachahmen, nicht die Natur aus Eitelkeit oder durch Eigendünkel auszustechen suchen.

(Johann Georg Hamann an Hartknoch, 1786)

HANS K. E. L. KELLER:

Nationalismus und Etatismus

Was ist eine Nation? Ist sie — worauf die Herkunft des Wortes schließen läßt — eine natürliche Abstammungsgemeinschaft oder ist sie eine durch Geschichte, Wirtschaft, Staatsmacht, Strategie und andere Erlebnisse und Beweggründe bestimmte Schicksalsgemeinschaft? Hat sie ein eigenes, inneres und ursprüngliches Wesen oder ist sie nur ein Formbegriff, dessen Inhalt nach Bedarf aus willkürlichen, äußeren Gegebenheiten abgeleitet wird?

Als Abstammungsgemeinschaft kann die Nation nur von Völkern aufgefaßt werden, die sich das Gefühl, eine einzige große Familie — im eigentlichen Sinne von Blutsverwandtschaft — zu sein, durch die Jahrhunderte erhalten haben. Als Schicksalsgemeinschaft wird die Nation von allen übrigen Völkern verstanden werden, die — bewußt oder unbewußt — Mischvölker sind und daher — weil sie die ordnunggebende und grenzsetzende seelische Artechtheit eingebüßt haben — zu äußerlichen Ordnungen und Grenzen ihrer selbst Zuflucht nehmen müssen.

Solch äußerliche Formen sind z. B. das Christentum und der Staatsgedanke. Beide sind aus der Mischvölkerkultur des Mittelmeerkreises erwachsen. Keine von beiden vermochte wirkliche Ordnung zu schaffen, weil sie beide der wichtigsten Bedingung dauernder Ordnung, nämlich natürlicher Grenzen ermangeln. Wie hätten sie sonst der Versuchung erliegen können, über ihren Ursprungsbereich hinausgreifend, die jungen Völker des Nordens und Ostens sich zu unterwerfen?

Natürliche Grenzen in diesem Sinne sind aber weder Meere, noch Ströme, noch Gebirge. Sie können die Ausbreitung einer Idee nicht aufhalten, wenn diese sich nicht an dem Wall einer gefestigten völkischen Weltanschauung bricht. Wie sollte der Staatsgedanke, der selbst nicht aus völkischer Weltanschauung, sondern aus der Notwendigkeit heterogene Volksteile durch Macht und Form zusammenzuhalten, entsprungen ist, fremdvölkische Eigenart achten?

Nur mit Verachtung spricht Cicero von den Nationen:

„Omnes nationes servitutem ferre possunt, nostra civitas non potest." Eine Nation, die sich dem römischen Joche beugte, hörte auf, Nation zu sein. Sie war fortan nicht mehr „barbarisch", sie genoß Bürgerrecht, gehörte zur Civitas, war „zivilisiert". Ähnlich bezeichnet das Wort „Nation" im Sprachgebrauch der Kirchenväter einen Zustand, der überwunden werden muß, nämlich den verabscheuens- und bedauernswerten Zustand des Heidentums. So heißt es etwa bei Tertullian: „Benedici per deos nationum Christo initiatus non sustinebit." Diese Verwerfung alles Nationalen und Eigentümlichen durch die christliche Lehre ist wohlgemerkt eine Folge der Angleichung des Christentums an den römischen Staatsapparat. Dem Urchristentum war sie fremd, wie die Kreuzinschrift „König der Juden" besagt.

Das Empfinden für die Nation als Höchstwert ist als geschichtebewegende Kraft um Jahrtausende älter als der Begriff Nationalismus, den das „Deutsche Wörterbuch" von Jacob und Wilhelm Grimm noch i. J. 1889 gar nicht kennt. Dieser ursprüngliche Nationalismus galt selbstverständlich der Nation als Abstammungsgemeinschaft, nicht als Schicksalsgemeinschaft. Denn auch das römische Imperium und das romanisierte Christentum boten ja die Teilnahme an Schicksalsgemeinschaften, die überdies mit besonderen Privilegien im Diesseits und im Jenseits ausgestattet waren, als Preis für den Verzicht auf die Nationalität.

Im Anfang war die Welt eine Welt von Völkern, eine Vielheit von Abstammungsgemeinschaften, die nicht im Kampf aller gegen alle, sondern — wie ein Mitglied der Akademie für die Rechte der Völker, Gerald C. Wheeler, am Beispiel der Ureinwohner Australiens nachgewiesen hat — in Frieden miteinander

lebten, obwohl — richtig: gerade weil — jeder Volksstamm seine eigenen Götter verehrte und sich seiner rassischen Eigenart so stark bewußt war, daß er Vermischung mit anderen mied.

In Europa war dieser natürliche Nationalismus nach dem Siege des römisch-christlichen Reichsgedankens eingeschläfert. Ein gütiges Geschick hat der Nation auf der römisch-christlichen Werteskala nicht nur nicht den letzten, sondern gar keinen Platz angewiesen. Tausend Jahre planmäßiger Entnationalisierungspolitik hätten sonst vielleicht genügt, um die vielgestaltige europäische Völkerwelt zur gestaltlosen ununterschiedlichen Menschenmasse einzuschmelzen.

Die Nationen führten ein unbeachtetes Schattendasein, bis sie beim Zerfall des römisch-christlichen Reiches wiederauflebten. Aus den Provinzen dieses Reiches wurden — eine nach der anderen — selbständige Nationen. Die mehr oder minder lange Zeit ihres Provinzdaseins war freilich nicht spurlos an ihnen vorübergegangen. Einige der Weltbilder, mit denen wir uns heute noch auseinanderzusetzen haben, sind nichts als Überbleibsel römisch-christlicher Provinzialismen.

Der Mangel an Achtung vor volklicher Eigenart, an dem das römisch-christliche Reich litt und schließlich zerbrach, hat sich auf seine Erben fortgepflanzt. Den Universalitätsanspruch, dem sie einst erlegen waren, erheben sie nun in eigenem Namen für ihre nationalen Lebens- und Denkformen. Daß die Nation ursprünglich eine Abstammungsgemeinschaft war, daran erinnern sie sich nur noch, falls sie glauben, dieser Hinweis könne ihren Universalitätsanspruch gelegentlich verstärken. Es fällt ihnen aber gar nicht ein, Angehörige fremder Nationen, die das Unglück ihrer Staatsmacht unterworfen hat, freizulassen oder ihnen auch nur die geringste Autonomie zu gönnen. Die widersprechendsten Maßnahmen werden mit dem Nationalitätsprinzip begründet, indem je nach Bedarf der Begriff Nation als Abstammungsgemeinschaft oder als Schicksalsgemeinschaft ausgelegt wird. Die Gesetze der Logik (Identitätsprinzip) und die einfachsten Erkenntnisse der Völkerpsychologie scheinen für die vom Wahnsinn der Universalität Befallenen jede Geltung verloren zu haben.

Ermöglicht wird dieser krankhafte Provinzialismus durch jahrhundertelange Erziehung im Gleichheitsdogma, in welcher ebenfalls Christentum und Staatsidee zusammenwirken. Freilich will man die Verschiedenheit der Menschen nach Hautfarbe, geistigen Anlagen und körperlichen Fähigkeiten nicht leugnen, sie in der Hauptsache, nämlich „vor Gott" und „vor dem Gesetz", indessen als g l e i c h betrachten. Sieht man aber seine Nebenmenschen als in diesem Sinne g l e i c h an, weil man es eben für die Hauptsache hält, sie dem eigenen Gott und dem eigenen Gesetz zu unterwerfen, wie sollte man sich dann bei seinen Bekehrungsversuchen überhaupt Schranken auferlegen? Hat man in der Hauptsache Erfolg gehabt, so mag man ja noch immer großzügigerweise den Unterworfenen eine gewisse „Ausgliederungsfülle" gönnen.

Es kann nicht ausbleiben, daß dieser nach außen gerichtete schrankenlose „Nationalismus" sich dem eigenen Volke schließlich entfremdet. Dem Imperialismus der Staatsmacht und der Wirtschaftsinteressen werden Glück und Leben der Völker immer unbedenklicher geopfert. Kein Wunder, wenn das Wort „Nationalismus" heute selbst für wirklich national gesinnte Bürger großer Nationen, die dem Etatismus verfallen sind, einen schlechten Klang bekommen hat und wenn jüdische Kommunisten und Freimaurer mit ihrer Kampfansage gegen den Nationalismus bei doch tief, wenn auch unbewußt, im Volkstum verwurzelten Bauern und Arbeitern unvermuteten Beifall finden.

Daß der Internationalismus in seinem Kampfe gegen den Nationalismus heutzutage Hilfstruppen unter den Angehörigen von Bevölkerungsschichten findet, die nie über die Grenzen ihres Gesamtvolkes hinaus geschaut haben, ist überhaupt nur

dadurch zu erklären, daß das Wort Nationalismus zwei Begriffe deckt, die genau so starke Gegensätze sind wie Nationalismus und Internationalismus. Der Internationalismus ist damit als eine Art Nationalismus entlarvt, die volksfeindlich ist.

Es gibt ja tatsächlich gar keinen Internationalismus an sich. Der Internationalismus läßt sich vielmehr, auch wenn er ohne Beiwort auftritt, meist leicht auf eine dieser drei Richtungen zurückführen: freimaurerisch-„demokratischer" Pazifismus im Westen, römischer Universalismus im Süden, jüdisch-„kommunistische" Internationale im Osten.

Weil es also nicht einen Internationalismus gibt, sondern eben so viele Internationalismen wie wir Etatismen kennen, muß endlich auch die „Geschichte des Internationalismus" oder „Geschichte der internationalen Organisation" neu geschrieben werden, will sagen: nicht vom „internationalen" Gesichtspunkte aus, der immer ein unbewußt nationaler Gesichtspunkt ist, wenn auch mitunter der einer anderen Nation, sondern bewußt die nationalen Ursprünge und Beweggründe der verschiedenen Internationalismen herausarbeitend, wie ich das in meinem Buche „Das Rechtliche Weltbild" versuche, in der Überzeugung, indem ich damit den Nachweis erbringe, daß es eigentlich keinen Internationalismus gibt, der Verständigung zwischen den Völkern einen großen Dienst zu erweisen.

Jeder der verschiedenen sogenannten Internationalismen behauptet, dem Frieden zu dienen und im ausschließlichen Besitze des Geheimnisses seiner Verwirklichung zu sein. Seltsamer, aber doch nach dem eben Ausgeführten gar nicht überraschenderweise ist dieses Geheimnis bei all den verschiedenen Internationalismen im Grunde eines und dasselbe. Staatsnationalisten können sich den Weltfrieden nur nach staatsrechtlichem Vorbilde, also durch eine Art Weltpolizei in einem allumfassenden Weltstaate gesichert denken. Bescheidenere würden sich vorerst mit den „Vereinigten Staaten von Europa" zufrieden geben. Aber über das Regime, das den Weltstaat oder die „Vereinigten Staaten von Europa" regieren soll, über die sekundäre aber entscheidende Frage, ob es „demokratisch" nach französischem oder amerikanischem Muster, ob es „faschistisch" nach dem Plane „La Corporazione nel Mondo" des italienischen Botschafters de Michelis, oder ob es kommunistisch sein soll, wird unter den Internationalisten oder, was dasselbe ist, Etatisten eine Einigung nie zu erzielen sein. Bis auf weiteres bleibt ihnen deshalb gar nichts anderes übrig, als auf ihre gegenseitige Vernichtung, auf die Vergrößerung ihrer Staatsmacht, ihres Staatsgebietes und ihres Staats-„Volkes" auszugehen und dabei ihrem Friedensideal einstweilen platonische Treue zu halten. Da dieses Ideal indessen ja doch erst mit der Errichtung des Weltstaates, ihres Weltstaates ganz erreicht sein wird, verzichten sie, falls es das große Ziel erfordert, gelegentlich um so leichteren Herzens darauf, sich in der gegenwärtigen Übergangszeit bis zur Verwirklichung des Weltstaates nach Friedensrecht zu richten.

Warum unter den für den Weltstaat in Vorschlag gebrachten Regierungsformen nicht auch die nationalsozialistische aufgeführt wurde, geht aus der Schlußansprache des Führers auf dem letzten Reichsparteitag in Nürnberg hervor: „Die Welt kann nicht bestreiten, daß unser Nationalismus Nationalsozialismus heißt. Es ist nun nicht sehr logisch von dieser Umwelt, von jemand anzunehmen, daß er als fanatischer Nationalist ausgerechnet die Idee anderen zu verraten oder gar aufzuzwingen wünscht, die seinem eigenen nationalen Stolz erst die ideellen politischen und realen Voraussetzungen schuf. Nein: Der Nationalsozialismus ist unser wertvollstes Deutsches Patent."

Ein anderer Nationalist, der vor Jahren verkündete, sein „Nationalismus" sei kein Exportartikel, hat diesen Satz selbst später feierlichst dementiert. Adolf Hitler wird sein Wort — „Wir billigen jedem anderen Volke das natürliche Recht zu, nach seinen eigenen Auffassungen und Bedürfnissen weltanschaulich, politisch oder wirtschaftlich selig zu werden, allerdings unter der Voraussetzung einer gleichen Einstellung auch uns gegenüber!" — nie widerrufen. Dieses Wort ist die schlichte und doch alles sagende Formel für das Weltbild eines folgerichtigen Nationalisten, der als nicht national alles von sich weist, was nicht ausschließlich für das eigene Volk Geltung beansprucht.

Weil der Nationalsozialismus wirklicher Nationalismus ist, heißt sein Grundbegriff nicht „Staat", sondern „Volk". Er hat dem nach außen gerichteten, zu Unrecht sogenannten „Nationalismus", der vom Staate ausgeht, dem Etatismus, abgeschworen. „Zum Unterschied vom Etatismus der Französischen Revolution, der alle Grenzen überflutend die ganze Welt zu seinen Ideen bekehren wollte, richtet sich die Dynamik der Deutschen Nationalen Revolution, die Kräfte des eigenen Volkes erneuernd und belebend, nach innen." In diesem Satze aus meinem Buche „Das Dritte Europa" (1934) soll die nicht etwa von außen aufgezwungene, sondern von innen gewachsene Beschränkung zum Ausdruck gebracht werden, die den echten Nationalismus vom falschen unterscheidet und uns berechtigt, dem wahren Nationalismus, d. i. dem Volksnationalismus, friedenfördernde Eigenschaften zuzusprechen. Denn die wichtigste Vorbedingung des Friedens sind natürliche Grenzen, wie nur Völker, nicht Staaten, sie haben können.

Dauerhaft ist eine Grenze indessen nur, wenn sie wirklich natürlich, also willwillkürlicher Veränderung entzogen ist. Das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Völker dient demnach nicht der Grenzziehung, sondern nur der Grenzfindung. Es fördert den Frieden um so mehr, je strenger es ausgelegt wird. Namentlich darf es nur Völkern zustehen, nicht Menschengruppen, die erst durch Ausübung dieses „Selbstbestimmungrechts" Bestandteil anderer Völker werden wollen. Das Selbstbestimmungsrecht ist kein Mittel der Volkwerdung. Als solches konnte es nur gelten, solange Volk gleich Staatsvolk angesehen wurde. Weil diese Gleichsetzung aber den Staat zum Entscheidenden, das Volk zur bloßen Folgeerscheinung macht, ist auch das so verstandene Selbstbestimmungsrecht im XX. Jahrhundert, das den Völkern gehört, nicht mehr zeitgemäß.

Das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" ist eine Frucht des liberalistischen Zeitalters gewesen. Ganz abgesehen davon, daß es sogar von seinen Erfindern nur ernstgenommen wurde, falls es ihnen selbst zugute kam, hatte es wohl nie den Sinn, daß ganze Völker in allen Lebensbereichen „nach ihrer Fasson selig werden" sollten. Es war überhaupt nicht als ein Recht der Volksgemeinschaft gedacht, vielmehr lediglich als ein Recht der Mehrheit der Bevölkerung eines umstrittenen Landstriches, zu entscheiden, welchem Staate dieser zugeschlagen werden sollte.

Die Zugehörigkeit zu einem Volke hängt nicht von Willensentscheidungen ab. Das Zeitalter des Liberalismus, welches das Volk nur als Einwohnerschaft des Staates kannte, hat den Juden die Einbürgerung so leicht wie möglich gemacht. Trotzdem konnten sie, auch wenn sie es wollten, keine Volksgenossen werden. Am naturgegebenen Anderssein hat die schrankenloseste Selbstbestimmung nichts zu ändern vermocht.

Der Nationalismus des XX. Jahrhunderts fordert kein Selbstbestimmungsrecht, das der etatistischen Vergangenheit angehört; er kämpft für die Unverletzlichkeit des Selbstseinsrechts aller Völker, ganz unabhängig von ihrer staatlichen Aufteilung. Er lenkt damit die Aufmerksamkeit der Welt auf längst vergessene Formen der Ordnung zwischen und über den Völkern, etwa auf das mittelalter-

liche Personalitätsprinzip, zu dem wir zwanglos zurückgeführt werden, wenn wir über die Ungeheuerlichkeit nachdenken, daß das herrschende sogenannte Völkerrecht das Volk als Zubehör des Staatsterritoriums betrachtet (Territorialitätsprinzip).

Es mag sein, daß wir im Mittelalter den einen oder anderen Anknüpfungspunkt für das von uns zu schaffende Völkerrecht von Morgen finden. Es versteht sich aber von selbst, daß das Mittelalter deswegen noch bei weitem nicht durchweg als gegenwärtig verbindliches Vorbild gelten kann. Hat es doch den Volksbegriff, dem die Zukunft gehört, gar nicht gekannt. Daß es die Völker „nur" um ihre arteigene Religion betrog und ihnen sonst wenig zuleide tat, ist ja nicht etwa auf eine positive Einstellung des mittelalterlichen Denkens dem Volkstum gegenüber, sondern lediglich darauf zurückzuführen, daß das Mittelalter glücklicherweise den Begriff des Nationalstaates ebensowenig kannte.

Wenn ich die uns vorschwebende gerechte Völkerordnung „das Völkerreich" genannt habe, so war mithin gar kein Zweifel darüber möglich, daß das mittelalterliche „Heilige Römische Reich" nur ein Gleichnis oder, wie ich es auch nannte, eine Verfälschung des Reiches war. Vielleicht ist es dem Anteil germanischen Geistes an der mittelalterlichen Reichsschöpfung zu danken, daß wir im heutigen Europa überhaupt noch eigenständige Volkspersönlichkeiten unterscheiden können. Jedenfalls haben die Vertreter des römisch-christlichen „Reichsgedankens" unter unseren Zeitgenossen kein Recht, sich der Idee des Völkerreiches mit dem Hinweis darauf zu widersetzen, daß im Zeitalter vorgerückter Rassenvermischung Volksgrenzen mitunter schwer bestimmbar sind. Man ist versucht, den Anwälten Roms mit einem Satze des römischen Rechts (nemo contra factum proprium ...) zu entgegnen, da diese Rassenvermischung gerade der von ihnen vertretenen Weltanschauung zur Last fällt.

Das mittelalterliche Reich war — mindestens der Idee nach — ein Weltstaat, ein Imperium. Die Völker waren — nach römischem Sprachgebrauch — die Unterworfenen (parcere subjectis ...). Im Völkerreich von Morgen werden die Völker die Herrschenden sein. Die Frage, nach welchem Regime das Völkerreich regiert werden soll, stellt sich nur in der Form der Frage nach einer Ordnung, die den Völkern volle Entfaltung ihres Selbstseins gewährleistet. Vorgezeichnet ist diese Ordnung in der natürlichen Vielfalt der Völkerwelt, genau wie die nationale Ordnungsform in der Einmaligkeit jedes Volkes angelegt ist.

Autoritäre oder totalitäre Staatsform bedeutet an sich keineswegs nationale Ordnungsform. Die autoritäre und totalitäre Sowjetregierung bestreitet das Selbstseinsrecht des russischen und aller anderen Völker. Das autoritär und totalitär geführte faschistische Italien will keine Nationalitätenfrage kennen. Der Staat ist ja nur eine tote Form, die nationalen ebensogut wie antinationalen Zwecken dienstbar gemacht werden kann.

„Der neue nationalsozialistische Staat lebt nach einem volklichen Ideal, das seine Befriedigung im Kreislauf des eigenen Blutes findet. Die nationalsozialistische Lehre erkennt den Zweck der Existenz des Staates in der Erhaltung des Volkstums. Sie glaubt damit noch am ehesten einen Weg zu zeigen, um auch jenen Aufgaben gerecht zu werden, die sich aus der unglückseligen Diskrepanz zwischen der Grenzziehung der europäischen Staaten und der der Völker ergeben. Eine Lehre, die die künstliche oder gar gewalttätige Entnationalisierung eines Volkes als etwas Unnatürliches ablehnt, schafft vielleicht überhaupt die einzige Möglichkeit einer nach höheren und edleren Gesichtspunkten denkbaren europäischen Verständigung über diese Probleme, ohne daß durch neue Kriege immer wieder neues Leid und neues Unrecht über die Welt gebracht werden braucht!" (Adolf Hitler, Nürnberg 1936).

Voraussetzung der Friedenswirkung des Volksnationalismus oder — wenn wir definieren: Nationalist ist, wer sein Volk über den Staat stellt — des Nationalismus schlechthin ist die universale Geltung des Volksbegriffes. Ist der Nationalismus also auch „universalistisch"? Auch der Nationalismus hat ein Weltbild, das er durchsetzen muß, und wäre es nur, um sich selbst vor den Universalansprüchen der Anderen zu retten. Aber weit entfernt, anderen Völkern seine Lebens- und Denkformen bescheren zu wollen, möchte der Nationalismus alle Völker zu ihren eigenen Lebens- und Denkformen führen, wohl wissend, daß in deren organischer Vielfalt und bewußter Begrenztheit die einzige Gewähr für „Sicherheit" im Völkerleben liegt. Zum Unterschied vom vorhin erwähnten und gemeinhin ausschließlich sogenannten Universalismus, der auf dem Gleichheitsdogma beruht (egalitärer Universalismus), pflege ich unseren „Universalismus" organischen Universalismus zu nennen — um eine Wortneubildung zu vermeiden, die etwa Pluriversalismus oder Organizismus heißen müßte.

Der Nationalsozialismus hat das Wort Sozialismus zu Ehren gebracht, indem er den volksfeindlichen internationalen „Sozialismus" als Marxismus brandmarkte. Wenn wir ein nationalistisches Weltbild verkünden, müssen wir das Wort Nationalismus gleichfalls zu einem Ehrentitel erheben und es dementsprechend nur mit Überlegung und nur dort gebrauchen, wo wir wirklich von Volksnationalismus sprechen können. Der Staats-„Nationalismus" anderseits muß folgerichtig bei seinem eigentlichen Namen: Etatismus genannt werden.

Die Erkenntnis, daß Volk und Staat — ganz abgesehen davon, daß ihre Grenzen sich meist nicht decken — wesensverschieden sind, hat sich erst in den Völkern durchgesetzt, die durch willkürliche staatliche Grenzziehung zerrissen sind. Diese Beobachtung könnte zu dem Fehlschluß verleiten, Völker, die einen Staat ihr eigen nennen, hinter dessen Grenzen sie weit zurückbleiben, dürften den Unterschied zwischen Volk und Staat gleich wie eine boshafte Erfindung der von ihnen unterdrückten Fremdvölker mißachten. Wer so denkt, ahnt nicht, welche Bereicherung — selbst falls es Menschen verliert — ein Staats-„Volk" erfährt, wenn es zur Volksgemeinschaft wird. Was ein Volk an Augenblicksvorteilen (etwa wirtschaftlicher Art) durch Entnationalisierung und gewalttätige Kulturpropaganda auch gewinnen könnte, vermag unmöglich den Schaden aufzuwiegen, den es durch den Verlust seiner rassischen und kulturlichen Homogenität erlitte. Unermeßliches Leid ist über die Menschheit gekommen, weil verführte Völker den Schaden an ihrer Seele zu gering achteten im Vergleich mit der verlockenden Aussicht, „die ganze Welt zu gewinnen".

Die „Internationale Arbeitsgemeinschaft der Nationalisten" könnte sich kaum ein größeres Verdienst um den Weltfrieden erwerben, als wenn es ihr gelänge, die Völker sich selbst zurückzugeben und so die Welt dazu zu machen, was sie eigentlich ist: zu einer Welt von Völkern.

Obwohl, an der Größe dieses Erziehungswerkes gemessen, es ein Leichtes sein wird, die Rechtsform der Völkerwelt zu finden, für die ich das Wort: Völkerreich (Commonwealth of Nations) vorgeschlagen habe, dürfen wir uns auch dieser Aufgabe nicht, gleich als handele es sich um eine nicht gerade dringliche cura posterior, entziehen. Der Kampf für das Recht der Völker erfordert scharfgeschliffene Rechtsbegriffe. Im Arsenal des heutigen, zu Unrecht sogenannten Völkerrechtes finden wir ja nur die altbekannten von den „Internationa-

listen" erfundenen Waffen, von denen wir nie mit Bestimmtheit sagen können, ob wir uns nicht am Ende selbst verletzen, wenn wir mit ihnen zu operieren versuchen.

Um den Nationalismus und sein Weltbild künftig mit unseren eigenen geistigen Waffen verteidigen zu können, wurde auf dem Dritten Internationalen Kongreß der Nationalisten (1936) zu Oslo die Akademie für die Rechte der Völker ins Leben gerufen.

Weil wir auf dem sicheren Grunde unserer völkischen Weltanschauung stehen, können wir freilich das neuzubildende Recht mitunter, ohne Schaden zu nehmen, an das Bestehende anknüpfen. Mein auf dem Londoner Kongreß im Sommer 1935 geäußerter Vorschlag, den „Völkerbund" in eine Kammer der Staaten und eine Kammer der Völker zu teilen — die letztgenannte müßte eine möglichst genaue Projektion der europäischen Völkerkarte sein, da die „Minderheiten" durch Persönlichkeiten ihres Volkstums und ihrer Wahl vertreten wären — entsprang gewiß nicht dem Wunsche, durch eine derartige Neuordnung das gegenwärtige Staatensystem zu verewigen, vielmehr der Überzeugung, daß wir — mit dem Bismarck-Worte — die Völker nur in den Sattel heben brauchen. Reiten werden sie schon können.

Leben ist wichtiger als Lebensstandard

Unser Mitarbeiter Direktor Friedrich Burgdörfer berichtet in dem ausgezeichneten Archiv für Bevölkerungswissenschaft (Volkskunde) und Bevölkerungspolitik, VIII. Jhg., Heft 1 über ein Gespräch, das er über Bevölkerungsfragen mit Mussolini hatte. Wir geben einen Auszug:

Besonders lebhaft interessierte sich Mussolini für die neueste Bevölkerungsentwicklung im Deutschen Reich, wobei ihm offenbar die wichtigsten Tatsachen schon bekannt waren. Ich wies im besonderen auf die Tatsache hin, daß von 1933 bis 1936 die Zahl der Lebendgeborenen im Deutschen Reich von rund 970 000 auf rund 1 280 000, also um über 300 000, angestiegen sei und daß zusammengerechnet in den drei Jahren 1934, 1935 und 1936 um über 900 000 Kinder mehr geboren worden seien als bei Fortdauer der Heirats- und Fortpflanzungsverhältnisse, wie sie vor der Machtübernahme durch die nationalsozialistische Bewegung (1932/1933) bestanden, zu erwarten gewesen wären.

Rund 300 000 oder ein Drittel dieser Mehr-Geborenen seien der durch Ehestandsdarlehen geförderten Zunahme der Eheschließungen, die anderen 600 000 oder volle zwei Drittel der Gesamtzahl der Mehr-Geborenen dagegen einer echten Steigerung des Fortpflanzungswillens zu danken.

„Worauf", so fragte Mussolini weiter, „ist die Geburtenzunahme und im besonderen die Steigerung des Fortpflanzungswillens zurückzuführen, auf ökonomische oder moralische Ursachen?" Ich erwiderte, daß wohl beides dabei im Spiele sei. In erster Linie handele es sich allerdings wohl um eine grundlegende seelische Umstimmung des Volkes in dieser Frage, um einen Wandel der Lebensauffassung und inneren Haltung, wie sie durch den Nationalsozialismus auch in dieser Frage angebahnt worden ist. Allerdings dürfte man die wirtschaftliche Seite der Angelegenheit nicht unterschätzen. Vor allem sei durch die Rückgliederung der Millionenarmee von Arbeitslosen in die Wirtschaft für viele erst wieder die langentbehrte materielle Grundlage zur Familiengründung und Familienentfaltung zurückgewonnen worden und ganz allgemein sei jetzt wieder das Vertrauen in die wirtschaftliche und politische Zukunft des Volkes wie der einzelnen Familien zurückgekehrt, ohne daß eine ausreichende Fortpflanzung in den heutigen Kulturstaaten nicht mehr denkbar sei. Recht günstig haben auch die Ehestandsdarlehen gewirkt, eine Tat-

sache, die den Duce stark interessierte, da Italien neuerdings die gleiche Maßnahme eingeführt hat. Natürlich sei es notwendig, darüber hinaus auch einen wirksamen Ausgleich der Familienlasten zu schaffen. Ansätze zur Schaffung eines Ausgleichs der Familienlasten seien in Deutschland in verschiedener Richtung vorhanden; doch können die bisher festzustellenden Zunahmen der Geburten nicht in erster Linie diesen Maßnahmen zugeschrieben werden, sondern beruhen in ganz entscheidendem Maße auf einer Änderung der seelischen Haltung, die sich deutlich aus der Tatsache ergebe, daß die eheliche Fruchtbarkeit gerade auch in den Ehen, die schon vor 1933 (also noch ohne Ehestandsdarlehen usw.) geschlossen wurden, am stärksten zugenommen habe. Der Duce fragte dann, nachdem er die Notwendigkeit des Ausgleichs der Familienlasten unterstrichen hatte, nach meiner Ansicht über den Urbanismus. Ist die Verstädterung eine Gefahr für die Bevölkerungsentwicklung? Ich bejahte die Frage, jedoch, so fügte ich bei, sei die Verstädterung keine unmittelbare, sondern eine mittelbare Gefahr. Das wesentliche sei auch hier die geistig-seelische Haltung, die Gesinnung, die entweder die Zivilisationsschäden der Großstadt und ihren, die natürliche Fruchtbarkeit beeinträchtigenden Auswirkungen Vorschub leiste oder aber sie immunisieren und überwinden könnte. Die Hauptgefahr bestehe wohl darin, daß die Verstädterung leicht zu einer Übersteigerung der Lebensansprüche, zu einer Überhöhung des Lebensstandards auf Kosten des Lebens selbst führen könne. Aber das Leben sei nun einmal wichtiger als der Lebensstandard, — eine Formulierung, die dem Duce offenbar gefiel, denn er wiederholte sie zweimal mit besonderer Betonung.

Als ich dann anschließend darauf hinwies, daß noch auf dem Internationalen Bevölkerungskongreß in Berlin 1935 ein hervorragender englischer Delegierter seine (entgegengesetzte) Meinung etwa dahin formuliert habe, daß es für sein Land besser wäre, eine kleinere Bevölkerung bei besserem Lebensstandard zu haben, fragte Mussolini lebhaft: „Nun, wie wären wohl die ökonomischen Bedingungen Englands, wenn es einmal nur noch fünf Millionen Einwohner hätte?" (Er spielte dabei offenbar auf eine Berechnung an, die in der Unterhausdebatte über die Bevölkerungsfrage von Anfang Dezember erwähnt wurde.) Ich bemerkte, daß England dann wohl längst aufgehört haben würde, ein großes Kolonialreich zu besitzen und daß die kleinere Zahl von Engländern wahrscheinlich erheblich schlechter leben würde als die größere Zahl ihrer heute lebenden Vorfahren. Der Duce stimmte lebhaft dieser Auffassung zu und fügte hinzu: „Es ist doch immer so: Leben ruft Leben hervor!" Dieses Wort darf als eine geradezu klassische Widerlegung der alten Malthusschen Gedankengänge gelten.

„Nun", so fragte Mussolini weiter, „was sagt die Geschichte? Hatte die Bevölkerungspolitik des Augustus Erfolg oder Mißerfolg?" Ich bemerkte, daß man zunächst eine Vorfrage stellen müsse, nämlich die Frage, ob nicht die bevölkerungspolitischen Maßnahmen im alten Rom und auch im alten Griechenland schon dadurch zum Mißerfolg verurteilt gewesen seien, daß sie durchweg zu spät kamen. Bei dem Mangel einer brauchbaren bevölkerungsstatistischen Tatsachenfeststellung, geschweige denn einer vorausschauenden bevölkerungsdynamischen Betrachtung, wie sie uns heute mit Hilfe der Vorausberechnungen der Bevölkerungsentwicklung möglich ist, konnten die Auswirkungen der Geburtenbeschränkung erst festgestellt werden am Rückgang der Zahl der wehrfähigen Männer, der Steuerzahler usw., also erst lange nach dem Beginn der verhängnisvollen Entwicklung, und da war es für eine wirksame Abhilfe meist schon zu spät. Demgegenüber verfügen wir heute über hinreichende Unterlagen, die es uns ermög-

lichen, die Tendenz der Bevölkerungsentwicklung und ihre Dynamik frühzeitig zu erkennen; ich erläuterte das kurz an Hand des Bilderanhangs zu „Völker am Abgrund". Heute seien die Völker des Abendlandes rechtzeitig gewarnt und über die ihnen aus der Geburtenbeschränkung drohende Gefahr aufgeklärt. Es komme darauf an, daß die Staatsführungen rechtzeitig die Konsequenzen daraus zögen. Aber nicht alle seien dazu in der Lage oder Willens. Es sei auch auf diesem Gebiet der große Vorsprung und das Glück der autoritär geführten Länder, daß ihre Führer das Problem nicht nur klar erkannt, sondern auch den Willen, den Mut und die Macht hätten, es zur rechten Zeit und damit mit Aussicht auf Erfolg anzupacken.

„In Deutschland besteht wohl großes Interesse an diesen Fragen?" Ich bejahte unter Hinweis darauf, daß erst seit der Machtübernahme durch den Führer und die nationalsozialistische Bewegung diese Lebensfragen mit dem ihnen zukommenden Ernst behandelt werden. — „In Italien", so fuhr der Duce fort, „besteht ein ganz großes Interesse an der Bevölkerungsfrage." Auf meine Bemerkung, daß die Weckung dieses Interesses des italienischen Volkes und seiner Ausrichtung auf die Bevölkerungsfrage als das große entscheidende Zentralproblem ja wohl in erster Linie sein eigenes Verdienst sei, gab der Duce lächelnd mit den Worten „mag sein" zu und schloß damit die bevölkerungspolitische Unterhaltung ab.

Der italienische Regierungschef erkundigte sich dann noch nach der Organisation des statistischen Dienstes im Deutschen Reich. Besonders interessierte ihn einerseits die Frage der räumlichen Dezentralisation des statistischen Dienstes (Landesämter usw.), andererseits und vor allem die Frage der sachlichen Zentralisation der statistischen Tätigkeit aller Verwaltungszweige in den statistischen Zentralstellen des Reichs, der Länder und der Städte. Er betonte, daß auch nach seiner Auffassung die sachliche Zusammenfassung des statistischen Dienstes in einer statistischen Fachbehörde die zweckmäßigste Form sei und daß diese Zusammenfassung auch in Italien in den letzten Jahren durchgeführt worden sei und sich ausgezeichnet bewährt habe.[1]) Nach einigen weiteren Fragen über den Umfang des Statistischen Reichsamts, die Art der Ausbildung unseres statistischen Nachwuchses usw. verabschiedete mich dann der Duce in ebenso liebenswürdiger Weise, wie er mich empfangen hatte. Die Audienz, die genau eine halbe Stunde dauerte, war für mich ein stolzes und beglückendes Erlebnis.

[1]) Es darf hier auf das ungewöhnlich starke Interesse Mussolinis an den Aufgaben und Ergebnissen der Statistik hingewiesen werden, das er wiederholt in öffentlichen Reden, Kundgebungen usw. zu erkennen gegeben hat, und das schon rein äußerlich in der Tatsache zum Ausdruck kommt, daß er sich als Regierungschef das Statistische Zentral-Institut unmittelbar unterstellt hat. Vgl. hierzu den Abschnitt „Il Duce e la Statistica" in dem Jubiläumswerk „Istituto Centrale di Statistica Decennale 1926/36", Rom 1936, mit einem Geleitwort des Präsidenten des Statistischen Zentral-Instituts, Prof. Dr. Franco Savorgnan. Eine ausführliche Würdigung der Verdienste Mussolinis um die Statistik hat soeben der Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamts, Prof. Dr. F. Zahn, im „Allgemeinen Statistischen Archiv", Bd. XXVII, S. 316 ff., unter dem Titel „Mussolini und die Statistik" veröffentlicht.

KARL HAUSHOFER:
Aus den mittelasiatischen Pufferzonen

(Schluß aus Heft 12, 1937)

Ein Gegenstück dazu, mit stärkerem wirtschaftsgeographischem Einschlag, hat vor Jahren Larson geschrieben, das nun von Ruth Andreas-Friedrich verdeutscht und in einem interessanten Nachwort des Verlegers während einer innermongolischen Reise Larsons bis zur Gegenwart ergänzt wurde. Er schildert eine große Viehzüchter-Reserve-Landschaft der Erde, wie Larson sie in jahrelanger, zeitweise mit viel Glück gesegneter Arbeit erlebt hat. Er zerstört die landläufige Vorstellung, die Mongolei und Gobi in einen Topf wirft, weil die meisten Durchreisenden die Gobi passieren müssen, und läßt erkennen, was ohne Raubbau, bei pfleglicher Bewässerungswirtschaft, aus vielen Strecken zu machen wäre, freilich ohne die verwüstende Wirkung überstarker politischer Bewegung. Sympathisch berührt das Urteil über Sven Hedin: „Er lebt zwei Leben. Er tut dasselbe tagsüber, was wir tun, und nachts macht er Bilder und schreibt Bücher!" Zwei Schweden, Schulter an Schulter, die an Hochasien zu Rittern geworden sind!

5. Gustav Krist erklärt zwar ausdrücklich seine 12 000-Kilometer-Fahrten während 16 Monaten durch das südkaspische Gebiet, West-Turkestan, Buchara, Ferghana, Pamir, wieder Buchara und Nordpersien nicht als Forschungsreise. Lediglich Abenteuerlust habe ihn veranlaßt, in verbotenes Land einzudringen und mehr davon zu sehen, als ihm bei früheren Reisen möglich war. Wollte Gott, wir hätten viele, die es ihm nachtäten und dann soviel Nebenertrag für die Landeskunde und Volkskunde herausbrächten, wie dieser wagemutige Österreicher unter den Zähnen der Gefahr aus West-Turkestan herausgeholt und glänzend geschildert hat — selbst wenn nicht die Schilderung des Endes von Enver Pascha, der Sitten der Turkmenen und Kirgisen, der letzten Freiheitszuckungen in Alai und Pamir, von Buchara wesentliche Lücken unseres durch die Sowjets sehr kurz gehaltenen zentralasiatischen Wissens geschlossen hätten. Hier ist wirkliche Kenntnis des kontinentalen Übergangs vom Nahen über den Mittleren zum Fernen Osten, durch ausgezeichnete Aufnahmen unter schwierigsten Umständen belegt, durch Leid, Mühsal und Wagnis erworben, und obendrein in anmutiger, anspruchsloser Weise geschildert — in schroffem Gegensatz zu der häufigen Unsitte breiter Aufmachung dürftigen Erlebens. Krist ist ein Schilderer mit eigenem Stil, bei dem die bestehende Gefahr zurücktritt hinter dem Vollreiz spürfreudiger geographischer und folkloristischer Leistung.

6. G. Stratil-Sauer hat sich aus der 12 000-Kilometer-Fahrt-Strecke von Gustav Krist die eine wichtige Wendeflagge Meschhed herausgesucht, um an ihr ein mittel-östliches städtegeographisches Kabinettstück zu entwerfen. Er nennt es „einen Prellbock in einer Hauptkraftlinie zwischen der Sowjetunion und dem britischen Weltreich", an der großen Transversal-Straße Vorderasiens, in der die Stadt eine Ausgleichszelle war, längst, ehe der indische Raum britisch, der west-turkemnische russisch wurde. Gern würden wir — nach der Stadtbildschilderung mit ihren vielen Zitaten — dem Zusammenbau von Erdkunde und Geschichte einen Abschnitt geweiht gefunden haben, der die frühe Bedeutung des arischen Gebietes in Persien gewürdigt hätte; das S. 43 oben Gesagte scheint uns zu wenig. Es gab ein wohlorganisiertes Großreich Iran, von dem das heutige ein Reststaat ist, das lange dauerte, ehe es einer der größten Eroberer der Weltgeschichte erschütterte; das heutige muß erst gleiche Dauer erweisen! Hat es Vorschußlorbeer nötig?

7. Egar Lajthas „Welterleben" ist nicht das der Geopolitik; wohl ein Brillantfeuerwerk von Werturteilen, nicht alle richtig, aus einem zweidimensionalen Parkett emporgeschossen. Wo bleibt vor dem Ernst des Ost-West-Gegensatzes „die beispiellose Brüderlichkeit von fast einem Dutzend asiatischer und polynesischer Rassen" (S. 121), wo die Gewißheit: „Wenn sich die Völker kennen würden, würden sie sich nicht hassen" des ersten Kapitels, noch dazu auf Amerikaner und Japaner angewandt! Wenn sich Japaner und Amerikaner kennen würden, wie sie wirklich sind, mit welcher Überlegenheit sie beide aufeinander herabsehen und beide füreinander das Verderben für ihr Bestes sind, oder was sie für ihr Bestes halten: der pazifische Krieg wäre heute noch unvermeidlich. Wie kann man ein Buch „Yamato damashii" widmen und es mit einem solchen Paradoxon beginnen? Das ist entweder die überlegenste Iro-

nie, die jemals ein geistvoller Beobachter, wie Lajtha, gegen minder geistvolle Leser losgelassen hat, oder eine zweidimensionale Flüchtigkeit des Urteils, die wir nicht mehr ernst nehmen können. Aber um das zu glauben, nehmen wir einzelne große Schönheiten des Buches neben solchen Flüchtigkeiten zu ernst. Die Schnappschüsse vom japanischen Dampfer, in das indische Zwischendeck abgefeuert, geben einige trügerische Lichter: Buddha ist in Indien in verschwindender Minderheit! — und Bushido besteht nicht erst, wie es in einem zuverlässigen Japanbuch steht, seit 250 Jahren, sondern ist in seinen Wesenszügen schon von dem harten Yoritomo Minamoto aufgezeichnet worden. Wahr ist, daß „Tsu Hsi (S. 92) wohl an vielem schuld war, das den Zusammenbruch des chinesischen Reiches herbeiführte"; wahr ist vieles, das von S. 96 bis 118 über Japan gesagt ist, und es wiegt doppelt, weil es aus der unruhigen Perspektive des Bildberichterstatters kommt, der die Tiefenwirkung dieser Augenblickseindrücke weit überschätzt und dennoch die Seelentiefe japanischen Staatsdenkens erfaßt; freilich auch Hollywood, die sonst solcher Weltschau kongeniale Kulisse, durchschaut (S. 154), als die Talmi-Schöpfung, die es ist, und die den guten Geschmack der Welt verdirbt. Aber eine große Pressebegabung verpflichtet; auch wenn sie noch so eilig um die Erde kreist. Es wäre schade, wenn Lajthas Talent auf den Bahnen Alfred Kerr'scher Stilentwicklung für ernste Weltschau verlorenginge.

8. Es macht dem Ferngefühl (Flair) von Professor Ernst Schulze, Leipzig, alle Ehre, daß er Sudhir Sens: „Deutschland und die indische Wirtschaft" in seine Reihe: „Wirtschaftlich-soziale Weltfragen" aufgenommen hat. Damit ist eine Zukunftsströmung erspürt, der im großen Stil B. K. Sarkars: „Creative India" dient, und auch H. Manzooruddin Ahmads: „Geheimnisvolles Indien", das wir später besprechen werden. Denn Indien, das ja auch in Hamburg eine vorzüglich arbeitende wirtschaftliche Verbindungsstelle unterhält, hat ein Recht darauf, daß sich Deutschland viel eingehender mit seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten und ihren Gegenwartsgrundlagen beschäftige, als es geschieht. Dafür gibt Dr. Sudhir Sen eine vorzügliche Grundlage, innerhalb deren uns die Zusammenfassung der Landwirtschaft, die Tauschverkehrsmöglichkeit in den Textilmärkten, die Betrachtung über „Deutschland und den indischen Markt" besonders gelungen erscheinen. Vor allem aber wirkt die berechtigte Überzeugung, daß bei wirklichem kulturpolitischen Zusammenklang die gegenseitige Abnahmefähigkeit ungemein gesteigert werden könnte, soweit noch Indien von letzten Entwicklungen der Kaufkraft seiner 360 Millionen entfernt sein mag. Aber die Reise nach großen Zielen ist in Indien angetreten; Sudhir Sen zeigt Richtungen, die sie einschlägt; und alle Kenntnis Indiens, wie es war, wird den Mitteleuropäer nicht vor hoffnungslosem Zurückbleiben hinter stürmischen Entwicklungen schützen, wenn er sich nicht aufs nachdrücklichste mit dem Indien von heute und morgen beschäftigt, wozu Sudhir Sen ein guter Anfangsführer sein mag.

9. In ähnlicher Weise muß man sich auch aus Veröffentlichungen, wie der General Survey of Conditions in Manchukuo und dem Manchukuo Year-Book auf dem laufenden halten, und darf darüber die chinesische Gegenseite nicht vergessen, wie sie 10. abgewogen in den Schriftchen der Chinese League of Nations Union zu Wort kommt, stürmisch in der „Denkschrift des Vaterländischen Komitees aller in Deutschland weilenden Chinesen für den heiligen Krieg gegen die japanischen Militaristen", — die ihrerseits genau so, wie ihre Gegner, für letzte und höchste Ziele ihres Volkstums und asiatischer Kultur zu kämpfen überzeugt sind. Das eben ist das Tragische daran; was aber um so mehr verpflichtet, den Kämpfern so gerecht zu werden wie möglich, und sich deshalb allseitig die bestmögliche Information zu sichern.

11. Wenn ein scheinbar außerhalb der „Osteuropäischen Forschungen" (der verdienstvollen Unternehmung Professor Hans Übersbergers) liegender Gegenstand aus tiefsten geopolitischen Gründen hineingehörte, so war es Dr. Fuad Kazaks „Ostturkistan zwischen den Großmächten". Hier können Sowjetmethoden in Reinkultur studiert werden. Wir bedauern, daß wir nicht den auf seinem Arbeitsfeld so gut gesattelten Verfasser Sir Eric Teichman gegenübersetzen und aus ihrer Aussprache Gewinn ziehen können. (Sir Eric Teichman: „Journey to Turkistan." London. Hodder and Stoughton; 1937; 15 Sh.) Denn Teichmans Sendung von 1935 nach Urumchi und seine Rückkehr über Kaschgar nach Indien (wo man sehr froh war, ihn wiederzusehen!) ist ja die beste praktische Rechtfertigung für das Erscheinen eines

so handlichen und sachlichen deutschen Ost-Turkistan-Buches, das ebenso, wie Teichmans Reisebericht, wohltuend absticht von der marktschreierischen Aufmachung anderer, weniger aufschlußreicher Berichte. Es ist die nüchterne, bisherige Nachrichten zusammenfassende Beschreibung eines wichtigen Wirtschaftsgebietes mit mindestens soviel Nutzquadratkilometer, wie sie vor dem Kriege das zweite deutsche Reich umfaßte, unter seinen 1,642 Mill. qkm. im ganzen, mit vier bis sechs Millionen — an Zahl kaum feststellbarer — streitender Menschen darin, dessen Bodenschätze und Entwicklungsmöglichkeiten sang- und klanglos in die Hände der Sowjets geglitten sind. Wo blieb in diesem Fall Wellington Koos beredte Zunge in Genf? Hatte auch die Türkei kein Wort darüber zu sagen, nachdem Fuad Kazak begreiflicherweise den türkischen Bevölkerungsanteil mit 75—80% hervorhebt? (S. 11), die höchst aktiven Tunganen nur mit 7% anschlägt, was ihrer politischen Dynamik noch mehr Ehre macht? Das über Volksdichte Gesagte, wie vieles andere Grundsätzliche können wir geopolitisch nur billigen. Volkspolitische Dynamik (Bewegungswucht), Tragfähigkeit und Wirtschaftskraft der Einzellandschaften ist gesehen und dargestellt worden; Durchschnittszahlen von Volksdichte, auf das ganze ausgeschlagen, bedeuten gerade im Fall Ostturkistan gar nichts geopolitisch Greifbares. Alles in allem: eine vorzügliche, wirtschaftspolitisch gediegen untermauerte Darstellung eines der wichtigsten geopolitischen Pufferräume der Erde, gleich verdienstlich für Verfasser und Herausgeber.

12. Dem niederländischen Indienbericht haben wir schon eingangs nachgerühmt, daß er nicht nur ein Muster für die Gediegenheit der niederländisch-indischen Verwaltung an sich ist, sondern auch ein Beweis, mit welcher bewundernswerten Sparsamkeit an wehrgeopolitischen Mitteln die im Verhältnis zu diesem Aufwand wertvollste Kolonie der Erde gehalten wird.

Einer Schwierigkeit begegnen wir dabei, die auch bei den vorzüglichen statistischen Arbeiten des japanischen Reiches die Liebhaber genauer Zahlen zur Verzweiflung bringen kann: den Schwankungen von Umfang, Küstenlinie und Flächeninhalt (1936: 1 904 345,7 qkm; 1933: 1 899 751 — ohne daß ein landvermehrender Krieg dazwischenläge!). Vorsichtigerweise spart sich Indonesien den von Japan so mutig aufgenommenen Kampf mit der Küstenentwicklung und der dort in vielen Ministerien verschiedenen Transkription, so daß man beim einen den bekannten Reichsvulkan unter F, beim andern unter H suchen muß. Die volkspolitischen Tafeln lassen aus bloßen Zahlenreihen wertvollste Erkenntnisse aufspringen: 240 417 Europäer standen 1936 1 233 214 Chinesen, 56 218 anderen Ostasiaten und 71 335 Arabern unter 58 214 877 Eingeborenen gegenüber, wovon sich 40 891 093 auf Java und Madura zusammendrängten, nur 17 323 784 die weiten Außenlandschaften mit ihren 1 772 171,6 qkm besiedelten. Geschickte Zahlenanordnung, dazu das Gefühl unbedingter Vertrauenswürdigkeit der Aufnahmen und Wiedergaben lassen gerade die bevölkerungspolitische und die wirtschaftliche Bewegungswucht (Dynamik) in fesselnder Weise hervortreten. Wer immer unserm Volke neue kolonisatorische Möglichkeiten wünscht, sollte nicht an der bienenfleißigen erkenntnismäßigen Verwaltung des niederländischen Außenbesitzes vorübergehen, nicht nur die machtmäßigen Großbetriebe Englands und Frankreichs beschauen, sondern vor allem die niederländische Kleinarbeit würdigen, in der zudem soviel deutsche Leistung seinerzeit beim Aufbau und heute noch bei der Erfüllung der weitgespannten Pflichten gegen Riesenräume beteiligt ist.

Darum Ehre der niederländischen Durchdringungsarbeit!

KARL HAUSHOFER:
Geopolitisch Führendes aus dem Schrifttum

Vorbemerkung: Starker Andrang, berechtigte Wünsche von Lesern und Verlag, den Raum für Ur-Beiträge nicht unziemlich zu verkürzen, zwingen uns straffste Führung der Buchbesprechungen auf.

1, **Georg Wüst:** Das Meer. Bd. 6. **„Kleine Wehrgeographie des Weltmeeres."** Eine Einführung in Beiträgen von Th. Arps, N. Gadow, H. Heye, O. Ritter von Niedermayer. Berlin 1938. E. S. Mittler & Sohn. 136 S., 8 Tafeln, 23 Text-Abbildg. RM. 4,80.

Eine gedrängte Fülle von Wehrwissen aus erster Hand, von vier Männern, die auf an-

erkannte Wehrleistungen zurückblicken dürfen und sich, im Gegensatz zu manchem anspruchsvollen und geltungsbedürftigen Bücherschreiber ohne solche, in den würdigen Formen Moltkescher Sachdarstellung und seelischer Durchdringung zugleich bewegen. Weltumspannend, unentbehrlich!

2. **The Pacific area and its proplems.**" A study guide; v. Donald R. Nugent u. Reginald Bell. American Council; Institute of Pacific relations 1936. 234 S.

Ein unschätzbarer Einblick in amerikanische geopolitische Methoden am Pazifik als Versuchsgegenstand, mit bienenfleißig zusammengetragener Schau über den in englischer Sprache, auch in Japan und China erschienenen Quellen-Zufluß. Kompendium der pazifischen Kultur- und Wirtschaftspolitik, die das nächste, im New Deal erzogene Geschlecht der USA. machen wird; dementsprechend wichtig!

3. **Udo Tornau: „Menschen und Weltreiche."** Berlin 1937. Verlag der Deutschen Ärzteschaft. 216 S., 6 Textkt., 1 Graph. RM. 3,45, gebd. RM. 4,35.

Wertvolle und würdige, lebendig geschriebene Zusammenschau des bevölkerungspolitischen Ringens am Stillen Ozean, mit verhaltenen, desto wirksameren Richtpunkten für die Mächte der weißen Rasse und seelenkundiger Wertung des wieder vordringenden farbigen Blutes in seinen artgemäßen Lebensräumen. Richtige, abwägende Stellung zu Nohara, „Farbige Front" und andern Alarmbüchern.

4. **Juri Semjonow: Die Eroberung Sibiriens."** Ein Epos menschlicher Leidenschaften. Roman eines Landes. Berlin 1937. Ullstein (Deutscher Verlag). 396 S., 40 Tafeln, 8 Karten.

Vom Schutzumschlag (Ausschnitt aus einer Rußland-Karte von Olaus Magnus von 1539) bis zum Vorsatzpapier (Seite aus dem ersten Atlas von Sibirien des Bojarensohns Semjon Remesow für Peter d. Gr.), bis zu den sorgfältig durchdachten Abschnitt-Überschriften überzeugend gestaltet, in der Kennzeichnung von raumerweiternden Persönlichkeiten, ein Meisterwerk, das tiefste Einsichten in Grenzen, Gefahren und Leistungen des Russentums erschließt. Großartig und vernichtend zugleich liest sich auf S. 385 das Erlebnis des alternden Murawjew mit den drei Vertretern der herrschenden Klasse seiner Zeit. Darin liegt ein Gericht für Zaren-Rußland. Aus dem Erfolg des Buches aber erwächst die „edle Pflicht" für Verfasser und Verlag, Sibiriens Werdegang zu ergänzen durch einen zweiten Teil: „Rußland am Pazifik: gestern, heute und morgen —", der erzählt, was die wahrhaft russischen Leute mit ihren transpazifischen Träumen von San Francisco und der Anlehnung an Spanien bis zum Verkauf der transpazifischen Habe (Alaskas) 1867 und dem Angebot einer amerikanischen Sibirien-Durchdringung bis Kansk angefangen haben. Hic salta, Semjonow-magister et judex Ruthenorum!

5. **Ivar Lissner: Menschen und Mächte am Pazifik."** Hamburg 1937. Hanseatische Verlagsanstalt AG. 382 S., 5 Kt. Skizzen. Kart. RM. 5,50, Leinen RM. 6,50.

Lissner hat, ähnlich wie A. E. Johann (Wollschläger), nicht nur die „Prominenten" aufgesucht, sondern den Mann und das Volk bei seiner Arbeit. Er besitzt die Gabe, in glänzenden, rasch vor dem Leser aufleuchtenden und in ihm lebendig werdenden Bildern seinen Riesengegenstand, den Pazifik, dem kleinen Alltag Europas nahezubringen. „Der Ozean kommt nicht, wenn man ihn ruft. Man muß zu ihm gehen." Aber man kann ihn bei so großer Kunst der Darstellung in das Binnenleben der Volksgenossen hereinspiegeln. Auch so kann man das „japanische Dumping" sehen, wie Lissner auf S. 45—47 es sieht, mit den Augen des verstehenden Menschen, warum ein Land aus solchem Volksgedränge sich müht um jede, jede Arbeit, wenn es nur Arbeit ist und bescheidenste Lebensmöglichkeit bietet — bei sehr viel zur Anpassung nötiger Lebensweisheit. Und doch: „In ganz Japan fand ich nicht einen so schrecklichen Ort wie die Slums in Lancashire." Das gehaltvolle Buch liest sich nicht leicht. Es fordert viel vom Leser, gibt ihm aber dafür ein wesenstreues Bild des wirklichen Lebens rund um den Pazifik. Auch das Kräftespiel wird gesehen, wie es ist: „Weltpolitik ist der Presse immer weit voraus" (Kra, S. 238).

6. **Nippon.** Ein Überblick. Tokio 1937. Verlagsanstalt Nippon Dempo Tsushinsha. Mit einem Anhang Mandschuko. 597 S., Klappkte., 4 Buntbilder, 84 Vollbilder. Handschrift v. Admiral Osumi u. General Hayashi. Vorwort von Graf Mushakoji.

45 genannte japanische, einige deutsche hervorragende Sachkenner und viele ungenannte haben sich zusammengetan, um dem Partner im Antikomintern-Vertrag ein möglichst lückenloses Bild des Inselreichs in allen Strah-

lungen seiner Kultur, Macht und Wirtschaft zu geben; begreiflicherweise zweckbestimmt, aber eine Fundgrube von Einsichten und Stoff. So muß es gewertet und ausgewertet werden. Denn Beschäftigung mit ihm bedeutet ernste Arbeit und tiefes Pflügen sowie Lesen zwischen den Zeilen. Wer das kann, hält eine fast unerschöpfliche Quellensammlung; wer es nicht kann, immerhin ein besseres Gesamtbild, als durch vieles von der Konjunktur angeregtes Marktgeschrei über den Fernen Osten. Ein Vorbild guter, sachlicher, durch Tatsachen begründender Werbung.

7. **Weltwirtschaftliches Archiv;** 46. Band, Heft 1 (Juli) der Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, herausgegeben von Andreas Predöhl, der Industrialisierung Japans gewidmet, mit Zubehör 390 S., ist ein wertvolles Seitenstück dazu. Die vorzügliche Sammlung, von besten japanischen Namen, wie Y Takata, E. Honjo, geschichtlich eingeführt, im heutigen Kräftespiel von Japans ersten Wirtschaftslehrern geschildert, gibt ein lückenloses Wirtschaftsbild, vorzüglich quellenmäßig ergänzt, erschließt allseitig letzte und tiefste Kraftursachen aus Raum und Volk, Blut und Boden und wertet landfremde und landeigene Beiträge gerecht und verlässig. (So u. a. durch Ramming, Rosinski, Yamada.)

Willy Hellpachs Einführung in die Völkerpsychologie [1]).

Als einer der stärksten Anreger zu eigenständigem Denken über letzte Fragen im Verhältnis von Mensch und Erde, Blut und Boden steht Willy Hellpach nicht erst seit dieser Völkerpsychologie vor seiner Zeit, sondern seit ihm vor einem Menschenalter der große Wurf der „Geopsyche" gelang. Was allein auf den wenigen Seiten über Volkslebensraum (42—52) zusammengedrängt an Erkenntnissen ausgestreut ist, ersetzt Bücher; gern grüßen wir den Satz: „Die Völkerpsychologie, hierin gewiß eine willige Helferin der Geopolitik, wird Zusammenhänge zwischen Volksleistung und Volkslebensraum) für die ganze Erde und ihre Volkstümer nachzuweisen haben."

In dieser Forderung, bei der die gegenseitige Unentbehrlichkeit beider für Erhaltung und Mehrung des Volkslebensraums begründet ist, liegt zugleich ein fast unbegrenzter Forschungsauftrag für beide. Er fordert ebensoviel wissenschaftliche Gediegenheit bei der Begründung jeder neuen Bauschicht von Einsichten wie Kühnheit in der Fortsetzung der großen Linien, wie sie Hellpach in dieser Krönung des für volksnahe Wirkung allzu breiten Schaffens seines Altmeisters Wundt bewies. Denn in Wahrheit ist ein weltumspannendes, umfangreiches und vielseitiges Wissen in diese 180 Seiten auf engstem Raum zusammengeschmiedet; in der Auswertung dieses echt königlichen Baues haben noch viele Kärrner zu tun. Wenn sich Kärrner dabei überheben und schwer Erpflügtes leichthin ernten wollen, so können weder Völkerpsychologie noch Geopolitik für das Verkehrte eines solchen Tuns. Aber in ihre Reihe stellt sich, wer um solcher Nebengeräusche willen wertvolle Werkzeuge der Volkspolitik auf weite Sicht oberflächlich aburteilt. Das wird Hellpach vielleicht ebenso begegnen, wie den ernsthaften Arbeitern am Tiefpflügen in der Geopolitik. Aber er mag sich dann mit dem dankbaren Widerhall trösten, die sein Werk bei allen finden muß, die im Volke und an Völkern „Wirken wie Forschen" ernsthaft wollen.

K. Haushofer.

1) Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1938.

Schmidt, Walter: Die Binnenschiffahrt Deutschlands. Mit einer Übersichtskarte. Deutsche Sammlung. Reihe: Geographie, 8. Band. Herausgeber: Prof. Dr. Walter Geisler. Dr. Karl Moninger-Verlag, Karlsruhe a. Rh. 1937. 136 S.

Seit Jahren stehen die Fragen der deutschen Binnenschiffahrt und die damit zusammenhängenden Fragen der Flußregulierungen und Kanalbauten im Brennpunkt der öffentlichen Meinung, die häufig lediglich aus Zeitungsartikeln sich über Einzelfragen zu informieren imstande war, da die vorhandene Literatur z. T. zu stark fachlich orientiert war. Verfasser gibt, ohne den Wust technischer termini technici, einen besonders dem Laien verständlichen Überblick über die deutsche Binnenschiffahrt und ihre einzelnen Stromsysteme bei spärlicher Verwendung von hier sonst nur verwirrendem Zahlenmaterial. Die gebotenen Überblicke sind knapp und erschöpfend, z. T. — wie bei der „fossa Carolina" — geopolitisch gut unterbaut. Es dürfte sich empfehlen, bei einer Neuauflage die neuen Gedankengänge über die Fortführung der Main-Kanalisierung über Würzburg hinaus bis Bamberg mit zu verwerten. Die beigegebene Karte ist gut. Das Werk ist geeignet, eine Einführung in die Fragen der Binnenschiffahrt und einen Überblick darüber zu bieten.

Markmann-Magdeburg.

„Südafrika gestern und heute", von Dr. Werner Schmidt-Pretoria, D. Litt. („Wirtschaftlich-soziale Weltfragen", herausgeg. von Prof. Dr. E. Schultze, H. 7, 91 S., 1 Karte. 1937. Geh. RM. 4.—)

Es hat bisher auf dem deutschen Büchermarkt eine zusammenfassende Schrift gefehlt, die uns über die Geschichte Südafrikas in Vergangenheit und Gegenwart ein anschauliches Bild vermitteln konnte.

Dr. Werner Schmidt-Pretoria, der ein guter Kenner der Südafrikanischen Union und ihrer weißen Bevölkerung ist, hat diese Lücke mit seinem kürzlich erschienenen übersichtlichen Buch ausgefüllt. Begrüßenswert im historischen Teil dieser Schrift ist die Tatsache, daß das 17. und 18. Jahrhundert, also die frühesten und grundlegenden Kapitel der südafrikanischen Geschichte sehr breit und ausführlich behandelt werden, während sie in bisherigen Darstellungen stets zu kurz gekommen sind. Besonders hat auch in dieser Schrift der Verfasser den starken, blutmäßigen Anteil des Deutschtums in Südafrika hervorgehoben, den er auf Grund eigener Forschungen auf mehr als 30% berechnet.

Auch in dem zweiten Teil des Buches „Das gegenwärtige Gefüge Südafrikas" wird den deutschen Siedlungsgebieten besondere Beachtung geschenkt. Die rassenpolitische Betrachtungsweise des Verfassers äußert sich sowohl in der geschichtlichen Schau als in der Würdigung der Maßnahmen der Regierung.

Die einzigartige geopolitische Situation, neben dem gesunden, bäuerlichen Menschentum nordischer Rasse die Grundlage von Südafrikas machtpolitischer Bedeutung, wird an mehreren Stellen hervorgehoben. Die ganze Schrift ist geeignet, zur Vertiefung der guten Beziehungen zwischen der Südafrikanischen Union und Deutschland beizutragen. J. B.

Hans Krebs und **Emil Lehmann: Wir Sudetendeutsche!** („Deutsches Volk" Bd. 16. Hgg. von A. Hillen Ziegfeld.) Verlag E. Runge, Berlin 1937. 168 S. mit zahlr. Zeichn. u. Kärtch.

In der Fülle des reichen wissenschaftlichen und volkstümlichen Schrifttums über das Sudetendeutschtum ist dieses von zwei seiner führenden Männer verfaßte und reizend ausgestattete Büchlein etwas Neues. Aufbauend auf wissenschaftlichen Ergebnissen, durchpulst von eigenem Erleben, Forschen und Handeln, dargestellt in schlichter, wahrhaft volkstümlicher Art — haben wir in dieser Schrift so eigentlich die Volksfibel, im besten Sinne des Wortes, über das Sudetendeutschtum, für das ganze deutsche Volk.

Der Herausgeber umreißt in der Einführung einen wesentlichen Charakterzug des Sudetendeutschtums: Einheit in der Vielfalt! Als getreues Kleinbild des Gesamtdeutschtums! Und diese reiche Vielfalt in Gauen und Landschaften, stammesmäßiger Gliederung und mundartlicher Ausprägung, wirtschaftlicher Entwicklung und künstlerischen Ausdrucks, die reiche Vielfalt aber auch im geschichtlichen Werden und im politischen Ringen, sie wird uns bewußt und offenbar bei jeder Seite, die wir lesen. Und immer wieder erfahren wir von der Beharrlichkeit des Sudetendeutschen, die zu Beginn der Schrift als ein besonderer Wesenszug mit Recht hervorgehoben wird. Kurz, aber eindringlich, sind Raum und Stammesgliederung veranschaulicht; eingehender ist der geschichtliche Abriß unter deutlicher Unterstreichung der bestimmenden Zeiträume. Besonders gelungen erscheint der Abschnitt über Art und Wesen der Sudetendeutschen, über die Begabung und ihren Ausdruck in Hausbau und Volkskunst, über das Wesen des sudetendeutschen Bauern und seine Verwurzlung mit der Scholle, über den sudetendeutschen Bauernadel, der in mancher Gegend wetteifern kann an Erbeingesessenheit mit dem Bauerntum in den mutterdeutschen Altstammgebieten. Aufschlußreich ist auch die Charakterisierung des sudetendeutschen Arbeiters, der als Bergarbeiter, als Heimarbeiter und als noch scholleverwurzelter Arbeiter in der Großindustrie verschieden geprägt ist, als fleißig und kenntnisreich anerkannt und leider heute zu einem großen Teil seiner Arbeit, seines Verdienstes beraubt ist.

Die Schlußabschnitte behandeln die Kulturleistungen des Sudetendeutschtums, die jenen anderer begabter deutscher Volksteile in keiner Hinsicht nachstehen; sie bringen ferner wertvolle Zahlen für die Unterrichtung über die jüngste wirtschaftliche und bevölkerungspolitische Entwicklung und schließlich im Ausklang einen tiefen Einblick in das in Kampf und Not geborene Zusammenwachsen des Sudetendeutschtums zur wahren Gemeinschaft.

Gustav Fochler-Hauke.

Robert Sager und die nordische Frage (Robert Sager och den Norska Fragan). Stockholm 1837; P. A. Norstedt & Sönner. 188 S. Schwedisch.

Vorwort.

Als der Verfasser die Vorarbeiten für sein im Herbst 1935 erschienenes Werk machte, „Sverige upplever världen", erhielt er von dem Legationsrat Leo Sager eine Sammlung politischer Korrespondenzen, welche sich in dessen Vaters

Nachlaß befunden hatten. Dieser Robert Sager (1850—1919) (er war Gesandter und nahm verschiedene hohe staatliche Stellen ein) hatte ein besonderes Interesse für die Unionsfrage, und zwar in ihren späteren Stadien; in diesem Rahmen hat er sich selbst persönlich eingesetzt. Aber die Sammlung geht viel weiter; sie gibt ein gutes Bild der allgemeinen politischen Lage sowohl in Schweden als auch in Europa, um die Jahrhundertwende. Um dieser historisch interessanten Gesichtspunkte willen, veröffentlicht der Verfasser eine Auswahl des Materials.

Die Dokumente reichen bis kurz vor Sagers Tod 1919. Die Auswahl geht nur bis 1905, bis zur staatlichen Trennung zwischen Schweden und Norwegen.

Einleitung (Seite 7—20).

Biographische Skizze über Robert Sager. Geboren in Jönköping; Vater sehr wohlhabender Bergwerksbesitzer. Anhänger von Robert Peels nationalökonomischer Lehre. Typischer Repräsentant jener Gruppe schwedischer Unternehmer, welche durch vorschauenden wirtschaftlichen Unternehmungsgeist in hohem Grade zum wirtschaftlichen Aufschwung Schwedens (um 1850) beigetragen haben.

Seine Familie hat deutsche Abstammung; Urgroßvater war von Preußen eingewanderter Regimentsarzt.

Entwicklung zum Großindustriellen durch Teilnahme an Erz- und Streichholzindustrie.

Im Alter von 8 Jahren verliert Robert Sager seinen Vater. Mutter zieht mit Söhnen nach Uppsala. Schulbesuch in Stockholm. Juristisches Studium in Uppsala. Großes Interesse für Malerei. Frage ob Ergreifen der Künstlerlaufbahn ratsam.

Nach Abschluß der Universitätsstudien Ergreifen der diplomatischen Laufbahn.

Attaché in Paris; dann Berufung in das Außenministerium; dann nochmals in Paris 6 Jahre. Er wird hier ein realistischer und vorurteilsfreier Beurteiler. Rasche Karriere. Staatssekretär, Abteilungsleiter. Intrigen — er nimmt seinen Abschied. 1887.

Vermählt mit Komtesse Marie Moltke-Huitfeldt. — Als reicher Privatmann lebt er teils in Paris, teils in Schweden.

Nahe Verbindungen mit der internationalen Diplomatie, vornehmlich durch Familie seiner Frau.

Sein tiefes Interesse für die großen Fragen des Staates, insbesondere für die Außenpolitik, führt ihn zu einer neuen Aufgabe: die nordische Frage.

Sein Standpunkt: die ganze Unionsfrage ist bisher falsch behandelt worden; kleinliche Rechthaberei über die Befugnisse beider Länder innerhalb der Union. Die eigentliche Bedeutung der Union, ihre Zusammenarbeit gegenüber dem Ausland, ist darüber ganz in den Hintergrund getreten. Ihr wieder das berechtigte und natürliche Primat zu geben, macht er sich zur Aufgabe. Arbeitet eine neue Grundlage für die Union aus, an Stelle der ganz veralteten Unionsbestimmungen. Nahe Verbindung mit Schwedens führenden Männern und Norwegens. Umfassende Korrespondenz und viele Zeitungsartikel. 15 Jahre hingebendster Tätigkeit.

Vom schwedischen Gesichtspunkt aus zu beklagen, daß die Wirksamkeit nicht den gewünschten Erfolg hatte.

Die Union blieb während der letzten Jahrzehnte ihres Bestehens eine für die schwedische Staatskunst verlorene Aufgabe.

Herbst 1905 Auflösung der Union.

Juni 1905 wird er Gesandter in Madrid und Lissabon.

1906 vertritt er Schweden auf der Konferenz in Algeciras. Sein Auftrag: wohlwollende Neutralität gegen Deutschland und Frankreich.

Sein Wunsch, Gesandter in London zu werden, geht nicht in Erfüllung.

Wiederum Rücktritt.

1907 wird er Oberzeremonienmeister am königlichen Hof.

1918 erster Kammerherr am Hof Gustaf V.

Diese letzten Jahre, da er keinen eigentlichen Staatsdienst mehr hatte, waren in vielleicht noch höherem Maße als je vorher von seinem lebhaften und selbstlosen Interesse für die allgemeine, aber hauptsächlich für Schwedens äußere Lage ausgefüllt.

Große Reisen, Verbindungen mit Persönlichkeiten der leitenden Kreise in allen großen europäischen Städten.

Ungewöhnlich gute Information. Die Korrespondenz dieser Jahre von ganz besonderem Interesse. Im vorliegenden Buch reicht Wiedergabe aber nur bis 1905.

Ein Studium seiner hinterlassenen Papiere zeigt deutlich, daß sein Einfluß viel größer war, als seine Zeit geahnt hat.

Und was wichtig ist: sein Einfluß war ganz und gar auf sachliche Beweggründe aufgebaut. Sein Lebenseinsatz war beherrscht vom reinsten Willen und großer skandinavischer Schau.

Der Wert der Sammlung als historische Quelle ist groß.

Die einzelnen Dokumente sind kapitelweise zusammengefaßt und vom Verfasser jeweils mit einem vorzüglichen Kommentar versehen.

Gertraud Wolf.

Neue geopolitisch zu beachtende Karten und Atlanten

Zusammengestellt von Prof. Dr. E. Wunderlich, Leiter des Volksdeutschen Kartendienstes Stuttgart

(Die erklärenden Vorbemerkungen über Zweck und Einteilung der Bibliographie, vgl. Heft 9, S. 768, 1937.) Nähere Auskünfte über die Karten erteilt jederzeit gern und unentgeltlich der Volksdeutsche Kartendienst, Stuttgart, Haus des Deutschtums.

(Schluß aus dem vorigen Heft)

Haack, H. Dr.: Industrie und Gewerbe Mitteleuropas, 1:6000000 (2. Aufl.). Gotha: J. Perthes (1936), 211 × 191 cm. Farbendruck. RM. 53.—.

Westermanns Deutscher Reichsatlas. Mit 70 Kt. geschichtl. u. wirtschaftl. Angab. Namensverz. Braunschweig, Westermann 1937. RM. 4.80.

Volk an der Arbeit. H. 6/7. Stuhlfath, Walter: Deutsches Schicksal. Ein geopolitisches Erziehungsbuch. 5. Aufl. Langensalza-Berlin: Verlag J. Beltz. 1936. 62 Bl. Kart. Skizzen. RM. 1.80.

Springenschmid, Karl: Deutschland kämpft für Europa. Geopol. Bildreihe m. 64 Zeichngn. 1. bis 6. Tsd. Leipzig, Wunderlich 1937. Format 17 × 24,5 cm. RM. 2.80.

Die Gliederung der deutschen Volksgrenze v. K. C. v. Loesch, etwa 1:3,5 Mill. Format 44 × 43 cm, zweifarbig mit Text. Verlag Volk und Reich, Berlin 1937. RM. 1.50.

Ravensteins Übersichtskarte von Deutschland. (Politische Gliederung u. Gaugrenzen d. NSDAP.) 1:2 Mill. 7 Nebenkt. Frankfurt a. M., Ravenstein. 1936. RM. 1.10 bzw. RM. 2.70.

Ravensteins Übersichtskarte von Deutschland, (Polit. Gli ederg. u. Treuhänder-Wirtschaftsbezirke), 1:2 Mill. 7 Nebenkarten. Frankfurt a.M., Ravenstei 1937. RM. 1.10 bzw. RM. 2.70.

Kumsteller, Dr. B.: Von Versailles zum Dritten Reich. 1919—1933, 1:1 Mill., mit 2 Nebenkarten. Braunschweig, Westermann 1937. Form. 117 × 114 cm. Lw. mit St. RM. 32.—.

Gea-Verkehrskarte: Deutsches Reich mit Nachbargebieten, 1:1000000, Ortsverz. Format 118 × 104 cm. Berlin Gea-Verlag, 1937. Gefalzt RM. 7.50, als Wandkarte RM. 16.—

Kumsteller, Dr.: Das Deutsche Reich im Zeitalter der Reformation und Gegenreformation, 1:1000000. 172,5 × 110 cm. 2 Nebenkarten, Einführ. Text. 6 Farben. Braunschweig, G. Westermann, 1936. RM. 32.—.

Prof. Schmidt, Prof. Haack: Werdegang des Deutschen Volkes, 2. Aufl. 1936. 1:1500000. Mit Erläuterungen. 220 × 153 cm. Gotha, Verlag J. Perthes. RM. 45.—.

Schier, Stud.-Rat: Atlas zur allgemeinen und österreichischen Geschichte. Kleine Ausgabe. Wien, Hölzel 1936. 32 Kt., gr. 8. Österr. S. 3.80.

Fliegerkarte von Österreich. Offizielle Karte des österr. Aeroklubs, 1:500000. Mehrfarb. Format 115 × 58 cm. Hrsg. von d. Kartogr. (früher militärgeogr.) Institut Wien, ungef. 1936. Österr. S. 6.—.

Oberösterreich. Die Einteilung des Landes in politische Bezirke. Gerichtsbezirke. Ortseintragungen. 1:250000. Format 70 × 86 cm. Nach amtl. Angaben bearb. v. Hans Wimmer, Linz 1937. Hrsg. v. d. Verlag der Buchhandlung Querin-Haßlinger, Linz.

Osonka Magyaroszag Közig azgafasi Terkepe = Verwaltungskarte von Ungarn, 1:500000, mehrfarbig. Format 106 × 76 cm. Budapest. Verlag Kiadja A Kir. Allami Terkupeszet, 1935. RM. 5.—.

Volksdeutsche Straßenkarte von Ungarn, 1:700000. Format 63 × 43 cm, dreifarb. Nebenkarte: Straßenkarte u. deutsche Umgebung von Budapest. 1:300000. Iro-Verlag, München 1937.

Altrichter, Dr. Anton: Geschichtsatlas für die deutschen Schulen in der tschechoslowakischen Republik. Brünn, Rohrer, 1937. 52 Kt. Kc. 38.—.

Winkler, E.: Die Tschechoslowakei im Spiegel der Statistik. Republika Ceskoslovenska ve svetle statistiky. Czechoslovakia in the flashlight of statistics. Karlsbad, Verlag Frank 1937. 89 S. mit Kt. u. Fig. 1 Karte 21 × 30 cm. RM. 2.—.

Romer, E.: Polityczny Atlas Kieszonkwy. 135 S. einschl. Ortsverz. Lemberg, Verlag Ksiaznica Atlas, 1937; etwa Cena zl. 8.—.

*

Handwörterbuch des Grenz- und Auslanddeutschtums unter Mitwirkung von 800 Mitarbeitern in Verb. m. 40 Teilredaktoren; hrsg. v. Carl Petersen, Otto Scheel, Paul Hermann Ruth, Hans Schwalm. Band 1. Verlag Hirt, Breslau 1935.

Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten, seine Verbreitung und Entwicklung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts von Max Hannemann. Frankfurt a. M. Mit 4 Tabellen im Text, 13 Tafeln. Gotha, J. Perthes 1936. Ergänzungsheft Nr. 224 aus Petermanns Mitteilungen.

KURT ROEPKE: Bibliographie der Geopolitik

Bemerkung: Die Bibliographie verzeichnet laufend die neueste deutschsprachige Literatur zur Geopolitik mit Ausnahme der in der „Zs. f. Geopolitik" erscheinenden Aufsätze. In der Titelfassung dient das „Lit. Zbl. f. Deutschland" als Vorbild. Selbständig erschienene Arbeiten sind durch *, Aufsätze usw. durch „In:" gekennzeichnet. Ergänzungen der Titelaufnahmen durch den Verfasser stehen in ( ), wenn sie dem Objekt selbst, in [ ], wenn sie anderen Quellen entnommen sind.

1. Allgemeine Fragen

Ammon, K.: Das Volk in der Wirtschaftsforschung. In: Nation u. Staat. Jg. 11, 1937, 1. S. 29—32.

Baasen, C.: Volk und Staat. Eine geopolit. Betrachtung. In: N. S. Erzieher. Jg. 5, 1937, 24. S. 586—589.

Bär, K.: Der Beitrag der Forschung zur Landgewinnung und Landeskultur. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 1, 1937, 14/15. S. 601—605.

Becker, K.: Um Staatsideen, Erdräume und Völkerrechte. [In: Schule d. Freiheit. Jg. 5, 1937, 11. S. 325 bis 332.

***Beiträge zur Raumforschung und Raumordnung.** Hrsg. f. d. Reichsarbeitsgemeinschaft f. Raumforschung v. Prof. Dr. K. Meyer. Heidelberg, Berlin: Vowinckel 1937. gr. 8°.

Beyer, H. J.: Zur Frage der Umvolkung. In: Auslandsdt. Volksforschung. Bd. 1, 1937, 4. S. 361—386.

Boehm, M. H.: Die Krise der Volkskunde. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volkskunde. Jg. 1, 1937, 4. S. 907—932.

Bramstedt, P.: Volksgemeinschaft, Raumordnung, Standortpolitik. In: Die dt. Volkswirtschaft. Jg. 6, 1937, 23. S. 795—799.

Constantini, O.: Staatsgrenzen, eine geopolitische Betrachtung. In: Der getreue Eckart. Jg. 15, 1937, 1. S. 21–26.

***Danzer, P.: Geburtenkrieg.** 2. völlig neu bearb. Aufl. München: Lehmann (1937). 80 S. gr. 8° = Politische Biologie. H. 3. 1,50 RM.

Ebert, P.: Seewesen und geopolitische Prognose. In: Dt. Adelsblatt. Jg. 55, 1937, 36. S. 1104–1105.

***Fischer von Poturzyn, F. A.: Luftmacht.** Gegenwart u. Zukunft im Urteil d. Auslandes. Unter Mitarb. v. E. Billeb. Mit 30 Zeichngn u. Kt., 35 Abb. Heidelberg, Berlin: Vowinckel 1938. 174 S. 8°. Lw. 5,80 RM.

Geith, R.: Landwirtschaftliche Planung der Bodenverbesserung und Bodennutzung. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 1, 1937, 14/15. S. 581–584.

Gellert, J. F.: Gegenwartsaufgaben der deutschen Kolonialwissenschaft. In: Volk im Werden. Jg. 5, 1937, 12. S. 595–609.

***Glungler, W.: Lehre von Volk und Staat.** München u. Leipzig: F. & J. Voglrieder 1938. 344 S. gr. 8°. Lw. 20 RM. Erweiterte Neufassung d. Vorlesung über Volk u. Staat.

***Hellpach, W.: Einführung in die Völkerpsychologie.** Stuttgart: Enke 1938 [Ausg. 1937]. V, 178 S. gr. 8°. 8 RM.; Lw. 9,60 RM.

Hensen: Raumordnung, Raumforschung und Vierjahresplan. In: Politische Erziehung: Jg. 1937, 10. S. 265–271.

***Hoffmann, H.: Blut und Boden, Wirtschaft und Politik.** Wirtschaftserdkunde. 3. Aufl. Stuttgart: Holland & Josenhans (1937). 96 S. 8°. 1,50 RM.

Kaufmann, H.: Das Auslandsdeutschtum im Geschichtsunterricht. In: Niedersächs. Erzieher. Jg. 5, 1937, 21. S. 598–602.

Kroh, O.: Zur Psychologie der Umvolkung. In: Auslandsdt. Volksforschung. Bd 1, 1937, 4. S. 386–397.

(Lincke, W.): Deutsche Volkskunde als politische Wissenschaft. In: Der Auslandsdeutsche. Jg. 20, 1937, 8. S. 554–555.

Linke, M.: „Raum und Volk". Sächs. Schulgeographentag 1937 auf dem Aschberg. In: Mitteldt. Blätter f. Volkskunde. Jg. 12, 1937, 4. S. 228–230.

Ott, H.: Sippenkunde und Geopolitik in der Schule. In: Nat. soz. Bildungswesen. Jg. 2, 1937, 8. S. 482 bis 486.

Plitzner, J.: Faschismus und Bevölkerungspolitik. In: Volk und Rasse. Jg. 12, 1937, 11. S. 403–407.

Riecke, H. J.: Landgewinnung und Landeskultur. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 1, 1937, 14/15. S. 562–564.

Rieker, K.: Volk und Raum. Eine bevölkerungspolit. Umschau. In: Länder u. Völker. Jg. 67, 1937, 12. S. 373–378.

***Schepers, H.: Geopolitische Geschichtsschreibung.** Leipzig, Berlin: Teubner 1937. 24 S. gr. 8° = Stoffe u. Gestalten d. dt. Geschichte. Bd 2, H. 1. Kart. 0,80 RM.

Schmitz, W.: Landgewinnung durch Raumordnung. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 1, 1937, 14/15. S. 565–570.

Schroeder, G.: Wasserwirtschaft und Raumordnung. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 1, 1937, 14/15. S. 588–591.

***Schumacher, R. v., u. H. Hummel: Vom Kriege zwischen den Kriegen.** Die Politik des Völkerkampfes. (61 histor. Bilddokumente, 40 Kt., 10 Textbilder.) Stuttgart: Union [1937]. 302 S. gr. 8°. Lw. 9,50 RM.

Siebold, Fr.: Umlegung als Voraussetzung und Weg zur praktischen Planung. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 1, 1937, 14/15. S. 585–588.

***Stimmen aus dem Südosten.** Hrsg. i. A. d. Südost-Ausschusses d. dt. Akademie München v. G. Gesemann u. G. Fochler-Hauke. Jg. [1] 1937/38, (6 Doppelh.) H. 1/2. München: Deukula 1937. 32 S. 4°. Jährl. 10 RM.; Einzelh. 1 RM.

Thalheim, K. C.: Gegenwartsprobleme der Wanderungspolitik. In: Archiv f. Wanderungswesen. Jg. 9, 1937, 3. S. 89–96.

***Trenz, Klara: Wilhelm Heinrich Riehls „Wissenschaft vom Volke" unter besonderer Heranziehung seiner Darstellung des saarpfälzischen Volkstums.** Berlin: Junker u. Dünnhaupt 1937. 103 S. gr. 8° = Neue dt. Forschungen. Abt. Neuere Geschichte. Bd 5 = Bd 160 [d. Gesamtreihe]. Zugleich Frankfurt, Phil. Diss. 4,50 RM.

2. Regionale Arbeiten

Mehrere Erdteile

***Deutschland in der Wirtschaft der Welt.** Hrsg. v. H. Marschner. Berlin: Deutscher Verl. f. Politik u. Wirtschaft 1937. 135 S. mit Abb. u. Kt. 4°. Kart. 5,80 RM.

— A.) Der Mensch u. sein Lebensraum. Enth. u. a. **Winter, H.-G.:** Deutschland — die Großmacht ohne Kolonien; die Völker d. Erde u. ihr Lebensraum; Deutschlands Bevölkerungsdichte (mit Schaubildern u. Tabellen).

***Haushofer, K.: Geopolitik des pazifischen Ozeans.** Studien über d. Wechselbeziehungen zwischen Geographie u. Geschichte. Mit 42 Kt. u. Taf. 3. erg. Aufl. Heidelberg, Berlin: Vowinckel 1938 [Ausg. 1937]. 337 S. 4°. Lw. 15 RM.

***Hoops, R.: Die Zukunft des britischen Weltreichs.** Berlin: Stilke 1937. 188 S. gr. 8° = Schriftenreihe d. Preußischen Jahrbücher. H. 45. Lw. 5,50 RM.

***Hüber, R.: Deutschland und der Wirtschaftsaufbau des vorderen Orients (Türkei, Ägypten, Iran, Irak, Syrien-Libanon, Palästina).** Mit 1 Kt.Skizze. Stuttgart: Enke 1938 [Ausg. 1937]. 115 S. gr. 8° = Strömungen d. Weltwirtschaft. Bd 3. 6 RM.; Lw. 7,60 RM.

***Lissner, I.: Menschen und Mächte am Pazifik.** Mit 5 Kartenskizzen. Hamburg: Hanseat. Verl.Anst. (1937). 379 S. 8°. 5,50 RM.; Lw. 6,50 RM.

Maull, O.: Europa und Ostasien. Geopolit. Berichterstattung. In: Zs. f. Erdkunde. Jg. 5, 1937, 22. S. 930 bis 934.

Meinhof, C.: Europäer und Afrikaner. In: Afrika Rdsch. Jg. 3, 1937, 7. S. 200–203.

Mouths, F.: Die Bedeutung der kleinen Seemächte für die Machtverhältnisse im Mittelmeer. In: Marine-Rdsch. Jg. 42, 1937, 10. S. 607–615.

(Pahl, W.): Luftpolitik im pazifischen Raum. In: Deutsche Rdsch. Jg. 64, 1937, Dezember. S. 166–167.

Schmalz, H.: Strategie im Mittelmeer. In: Dt. Wehr. Jg. 41, 1937, 47. S. 759–761.

***Schmitz, P.: All-Islam!** Weltmacht von morgen? Leipzig: Goldmann (1937). 260 S. mit Kt.Skizzen, 8 Bl. Abb., 2 Kt. 8°. 6 RM.; Lw. 7,50 RM.

Schultze, E.: Das Raumwachstum des britischen und russischen Reiches. In: Wehrfront. Jg. 4, 1937, 24. S. 647–652; Jg. 5, 1938, 1. S. 13–15.

Thies, J.: Das Verhältnis Japan-U.S.A. im pazifischen Raum. In: Praxis d. Volksschule. Jg. 46, 1937, 8. S. 231–238.

***Kleine Wehrgeographie des Weltmeeres.** Eine Einführung in Beiträgen v. Th. Arps [u. a.]. Mit 8 Taf. u. 23 Textabb. Berlin: Mittler 1938 [Ausg. 1937]. VII, 136 S. gr. 8° = Das Meer in volkstümlichen Darstellungen. Bd 6. Lw. 4,80 RM.'

***Wunderlich, E.: Begleitworte zu einer neuen Wandkarte „Das Deutschtum in der Welt".** In Verb. mit S. Endress. Stuttgart: Fleischhauer & Spohn 1937. 9 Bl. mit Kt. 4° = Unterrichtsbeiträge zur Pflege d. Geographie u. d. geogr. Landeskunde mit bes. Berücks.

Württembergs. H. 14 = Veröffentlichungen d. Geogr. Inst. d. Techn. Hochschule Stuttgart. Reihe B. 0,50 RM.

***Zander, Fr. H.: Die Verbreitung der Juden in der Welt.** Statist. Beiträge zu d. Fragen d. Zeit. Berlin-Charlottenburg: Kämmerer 1937. 190 S. 8°. 3,80 RM.

Deutschland
(deutsches Sprachgebiet)

Bornstedt, W.: Das östliche Grenz- und Auslandsdeutschtum. In: Niedersächs. Erzieher. Jg. 5, 1937, 21. S. 594–597.

(Burkhardt, A.): Volksbiologischer Querschnitt durch das gesamte deutsche Volkstum. In: Der Auslandsdeutsche. Jg. 20, 1937, 11. S 682–694.

***(Dahl, G.): Eupen, Malmedy, St. Vith.** Berlin: Verl. Grenze u Ausland 1938. 103 S., 2 Kt. 4°. 3,60 RM.

***Durach, M.: Grenzland als Erzieher.** Am Beisp. e. Grenzlandkunde v. Obersachsen. Erfurt: Stenger 1937. 192 S. mit Abb. gr. 8° = Volkhafte Schularbeit. 4 RM.; geb. 4,50 RM.

***Erbe, H.: Die Hugenotten in Deutschland.** Mit 2 Kt. (Essen): Essener Verl.Anst. 1937. 296 S. gr. 8° = Volkslehre u. Nationalitätenrecht in Geschichte u. Gegenwart. Reihe 2, Bd 1. Lw. 6,50 RM.

Fittbogen, G.: Bevölkerungsbewegung in Luxemburg. In: Volk u. Reich. Jg. 13, 1937, 12. S. 863–865.

Flohn, H.: Das Luxemburger Land. Ein länderkundl. Versuch. In: Zs. f. Erdkunde. Jg. 5, 1937, 21. S. 865 bis 877.

Gley, W.: Bevölkerungs- und Siedlungsfragen. Die neue „bereinigte" Bevölkerungsbilanz des Deutschen Reiches. In: Zs. f. Erdkunde. Jg. 5, 1937, 22. S. 934 bis 938.

***Hassinger, H.: Österreich im mitteleuropäischen Raum.** Wien, Leipzig: Deutscher Verl. f. Jugend u. Volk (1937). 14 S. mit Abb. gr. 8° = Schriften d. pädag. Inst. d. Stadt Wien. H. 15. 0,55 RM.

***A. Hillen Ziegfeld, Grenzkampf – Volkskampf.** [3 Bde] Bd 1. 2. (Berlin): Runge 1937. 8° – 1. Dt. Westraum. 75 Kt., 80 Bilder. 287 S. Hlw. 4 RM. – 2. Dt. Nord- u. Ostraum. 99 Kt., 159 Bilder. 410 S. Hlw. 6 RM.

Hinrichs, E.: Das neue Reich im Erdkundeunterricht. In: Zs. f. Erdkunde. Jg. 5, 1937, 19. S. 782–794; 20 S. 838–851; 21. S. 884–897.

Jessen, O.: Landgewinn und Landverlust im deutschen Raum. Eine allgem. Bilanz. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 1, 1937, 14/15. S. 570–574.

***Isbert, O.-A.: Volksboden und Nachbarschaft der Deutschen in Europa.** Ein Taschenbuch. Langensalza, Berlin, Leipzig: J. Beltz (1937). 160 S. mit Abb. 8°. 2,50 RM.

***Kärtner, J.: Der Wandel der politischen Landkarte des Rhein-Main-Gebietes.** Grundzüge d. geopolit. Entwicklung. Mit 10 Fig. im Text. Frankfurt-M.: Brönner 1936. 33 S. gr. 8° = Rhein-Mainische Forschungen. H. 16. 1,20 RM.

***Kauder, V.: Das Deutschtum in Posen und Pommerellen.** Mit 1 Übersichtskt. Plauen: Wolff 1937. 116 S. mit Abb. gr. 8° = Kauder: Das Deutschtum in Polen. T. 3. 4,50 RM.; Lw. 5,50 RM.

Koch, H.: Zur Frage der Umvolkung der evangelischen Deutschen in Kongreßpolen. In: Auslandsdt. Volksforschung. Bd 1, 1937, 4. S. 398–406. – Vgl. auch ders. in: Dt. Mhe in Polen. Jg. 4, 1937, 4. S. 139–143.

***Krebs, N.: Atlas des deutschen Lebensraumes in Mitteleuropa.** Im Auftr. d. Preuß. Akademie d. Wissenschaften hrsg. [10 Lfgn. Lfg 1.] Leipzig: Bibliogr. Inst. (1937). 8 B., 6 Kt. 47,5 × 34 cm. Das vollst. Werk Lw. 22,50 RM.

Krebs, N.: Die Ostgrenze des deutschen Volkstums im Spiegel der Bevölkerungsverschiebung. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung. Jg. 1, 1937, 4. S. 793 bis 807. – Mit 1 Karte.

***Krebs, H., E. Lehmann: Wir Sudetendeutsche!** (Vorw.: A. Hillen Ziegfeld. Zeichngu: O. Kraus u. a. Berlin): Runge 1937. 168 S. 8° = Deutsches Volk. Bd 16. 3,20 RM.; Lw. 4,35 RM.

Kuhn, W.: Zahl und Siedlungsweise der Deutschen in Polen 1931. In: Dt. Mhe in Polen. Jg. 4, 1937, 4. S. 143–160.

Latzke, W.: Schlesiens Südgrenze bis zum Anfange des 13. Jahrhunderts. Mit 1 Kt. In: Zs. d. Vereins f. Geschichte Schlesiens. Bd 71, 1937. S. 57–101. – Die natürliche Südgrenze d. Oderraumes.

Loesch, K. C. von: Die Westmark. Wort u. Inhalt. In: Die Westmark. Jg. 5, 1937, 2. S. 103–108.

Lüdtke, F.: Die deutschen Stämme und das Werden des deutschen Volkes. In: Dt. Kulturwart. Jg. 4, 1937, November. S. 691–693.

***Miltschinsky, V.: Kärntens hundertjähriger Grenzlandkampf.** Eine zsfass. Darstellung. Mit 1 Kt. v. O. Zell. Wien: E. M. Engel 1937. 191 S. gr. 8°. 3 RM.; Lw. 4 RM.

***Moczarski, Cristel: Der Kreis Lyck.** Ein ostpreuß. Wirtschaftsraum. (Mit 8 Bildern u. 28 Textkt.) Breslau: F. Hirt 1938. VI, 134 S. gr. 8° = Wirtschaftsgeograph. Arbeiten. H. 3. 3 RM.

***Mogg, F.: Österreich – eine Tatsache!** Ein Beitrag zur Geo- u. Kulturpolitik Mitteleuropas. Wien: Österr. Bundesverl. 1937. 44 S. gr. 8°. 1,25 RM.

***Mortensen, H., u. G. Mortensen: Die Besiedlung des nordöstlichen Ostpreußens bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts.** T. 1. Leipzig: Hirzel 1937. gr. 8° = Deutschland u. d. Osten. Bd 7. – 1. Die preußisch-deutsche Siedlung am Westrand d. Großen Wildnis um 1400. Mit 5 Abb. u. 2 mehrfarb. Kt. XII, 212 S. 9 RM.; Lw. 10,60 RM.

***Paschinger, V.: Landeskunde von Kärnten.** Mit 110 Abb. im Text. Klagenfurt: Gutenberghaus 1937. 344 S. gr. 8°. 10 RM.; Lw. 12 RM.

***Poetschke, O.: Das Staatsverteidigungs-Gesetz im Volkstumskampf der Tschecho-Slowakei.** Dresden A 1: Krueger & Horn [1937]. 54 S. 8°. 0,50 RM.

***Pudelko, A.: Wir Schlesier!** (Zeichnungen: B. Zimmermann, K. Schneider u. G. Ulrich. Berlin): Runge 1937. 238 S. 8° = Deutsches Volk. Bd 15. 3,85 RM.; Lw. 5 RM.

***Rauecker, B.: Die sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Elsaß-Lothringen und dem Saargebiet 1920–1935.** Heidelberg, Berlin: Vowinckel 1937. 173 S., 2 Taf. gr. 8°. Lw. 5,50 RM.

***Routil, R.: Völker und Rassen auf dem Boden Kärntens.** Klagenfurt: Kollitsch [1937]. 88 S. mit Abb., 6 Bl. Abb. 8° = Schriften zur Geistesgeschichte Kärntens. Bd 3. 3,50 RM.

***Scheibe, I.: Weibliche Landjugend im Grenzland Ostpommern.** [Mit] 8 Bildtaf. mit 16 Abb. Heidelberg, Berlin: Vowinckel 1937. VI, 147 S. gr. 8° = Beiträge zur Raumforschung u. Raumordnung. Bd 3. Lw. 5,50 RM.

***Schmidt-Wodder, J.: Schicksal, Sendung und Glaube der Nordmark.** Gedanken zum Werdegang Schleswig-Holsteins. (1.–3. Tsd.) Wolfshagen-Scharbeutz (1937). 95 S. 8°. 2,80 RM.

***Schneefuss, W.: Österreich.** Zerfall u. Werden eines Staates. Leipzig: Goldmann (1937). 170 S. 8° = Weltgeschehen. 2,85 RM.

***Selk, P.: Die sprachlichen Verhältnisse im deutschdänischen Sprachgebiet südlich der Grenze.** Eine statistisch-geograph. Untersuchung. Mit 5 Sprachenkt. v. H. N. Andresen u. Sprachproben aus d. Grenzgebiet v. B. Ketelsen. Textbd, Kartenbd. Flensburg: Verl.

Heimat u. Erbe (1937). 171 S.; 5 Kt. gr. 8° = Beiträge zur Heimatforschung. H. 3. Geh. u. in Mappe 7 RM.

Stadermann, R.: Grundlagen und Ziele der Landgewinnung in Deutschland. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 1, 1937, 14/15. S. 574–581.

***Staritz, E.: Deutsches Volk und deutscher Raum.** Vom alten Germanien zum Dritten Reich. (Berlin): Verl. d. Deutschen Arbeitsfront 1938. 192 S., 16 Bl. Abb. 8°. 3 RM.; Lw. 3,50 RM.

***Stormarn.** Der Lebensraum zwischen Hamburg u. Lübeck. Eine Landes- u. Volkskunde. Als Gemeinschaftsarbeit Stormarner Heimatfreunde hrsg. v. C. Bock von Wülfingen u. W. Frahm. Hamburg: Hartung 1938. 699 S. 4°. Lw. 15 RM.; Hldr 24 RM.; Ldr 50 RM.

Viererbl, K.: Der Kampf um Oberschlesien. Das Schicksal e. dt. Grenzlandes seit d. Kriege. In: Nat. soz. Mhe. Jg. 8, 1937, 91. S. 866–880.

Vries, J. de: Die germanische Landnahme in den Niederlanden. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung. Jg. 1, 1937, 4. S. 894–906.

Übriges Europa

***Beloch, K. J.: Bevölkerungsgeschichte Italiens.** 1. Berlin u. Leipzig: de Gruyter 1937. 8° = 1. Grundlagen. Die Bevölkerung Siziliens u. d. Königreichs Neapel. VIII, 284 S. 14 RM.; Lw. 15 RM.

Daitz, W.: Die Verkehrsidee im mitteleuropäischen Raum. In: Verkehrstechn. Woche. Jg. 31, 1937, 40. S. 473–476.

***Doxiadis, K. A.: Raumordnung im griechischen Städtebau.** Mit 10 Bildtaf. u. 51 Abb. Heidelberg, Berlin: Vowinckel 1937. VIII, 146 S. gr. 8° = Beiträge zur Raumforschung u. Raumordnung. Bd 2. Lw. 12 RM.

Die nationale Frage in der Sowjetunion am Vorabend der Wahlen. In: Nation u. Staat. Jg. 11, 1937, 2. S. 82–91.

Fromme, F.: Die vlämische Frage. In: Volk u. Führung. Jg. 3, 1937, 11. S. 503–509.

Gardiner, R.: England und die europäische Ostgrenze. In: Das Innere Reich. Jg. 4, 1937, 8. S. 958–965.

***Europas Geschichte als Rassenschicksal.** Vom Wesen u. Wirken d. Rassen im europäischen Schicksalsraum. Mit Beiträgen von ... Hrsg. v. R. L. Fahrenkrog. Mit 33 Abb. u. 5 Kt. Leipzig: Hesse & Becker Verl. [1937]. 439 S. gr. 8°. 5 RM.; Lw. 6,50 RM.

***Groß, H.: Südosteuropa.** Bau u. Entwicklung d. Wirtschaft. Leipzig: Noske 1937. VIII, 231 S., 1 Taf. gr. 8° = Leipziger Vjschr. f. Südosteuropa. Beihefte. H. 1. 6 RM.

Heilmann, M.: Zur Geschichte des Deutschtums in Litauen. In: Auslandsdt. Volksforschung. Bd 1, 1937, 4. S. 447–459.

Jacob, E. G.: Das Deutschtum in Portugal. In: Volk im Werden. Jg. 5, 1937, 12. S. 630–637.

Die gefährlichen Inseln. Der Balearen-Traum d. Mächte. In: Wille u. Macht. Jg. 5, 1937, 22. S. 22–26.

Isbert, O. A.: Die statistischen Verluste des ungarländischen Deutschtums. In: Dt. Arbeit. Jg. 37, 1937, 8. S. 341–351.

(Isbert, O. A.): Volkszahl der Deutschen in Europa. In: Der Auslandsdeutsche. Jg. 20, 1937, 11. S. 672 bis 681. – Materialien zur Volkstumsstatistik.

***Koltz, H.: Europa als Abenteuer.** Hinter d. Kulissen d. Zeitgeschehens. (Mit 7 Bildnissen u. 1 Kt.) Stuttgart: Union [1937]. 172 S., 4 Taf. gr. 8°. Lw. 5,80 RM.

Kosack, H.-P.: Ein Beitrag zur Methodik der Bevölkerungskarten. Nationalitätenkarte von Bulgarien. In: Zs. d. Ges. f. Erdkunde. Jg. 1937, 9/10. S. 348–372.

Kuhn, W.: Die deutschen Siedlungsräume im Südosten. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung. Jg. 1, 1937, 4. S. 808–827. – Mit 1 Karte.

***Lange, Fr.: Volksdeutsche Kartenskizzen.** 4. neubearb. Aufl. Berlin: Volksbund f. d. Deutschtum im Ausland (1937). 80 S. 4°. 0,50 RM.

Mende, v.: Der Bolschewismus und die Nationen in der UdSSR. In: Contra Komintern. Jg. 1938, Januar. S. 16–25.

***Niemeier, G.: Die deutschen Kolonien in Südspanien.** Beiträge zur Kulturgeographie d. untergegangenen Deutschtumsinseln in d. Sierra Morena u. in Niederandalusien. Mit 22 Abb. [Kt.Skizzen, Kataster- u. Ortspl. usw.] u. 20 Photographien. Hamburg: Behre 1937. 126 S. gr. 8° = Iberoamerik. Studien d. iberoamerik. Instituts Hamburg. 10. 5 RM.

***Ostsee-Jahrbuch.** Die Wirtschaft der Länder im Ostseeraum. Hrsg. v. d. Industrie- u. Handelskammer zu Lübeck. (4.) 1937. Lübeck: Schmidt-Römhild (1937). 160 S. 8°. 2 RM.

Enth. u. a.: **Dietrich, A.:** Nordeuropa im Blickfeld, u. Aufs. über Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, d. baltischen Staaten, Polen u. Rußland.

(Pasemann, M. E.): XIII. Europäischer Nationalitäten-Kongreß in London. In: Zs. f. Politik. Bd. 27, 1937, 10 S. 515–518.

***Schickert, K.: Die Judenfrage in Ungarn.** Jüdische Assimilation u. antisemitische Bewegung im 19. u. 20. Jahrh. Essen, Berlin, Leipzig: Essener Verl. Anst. 1937. 201 S. gr. 8° = Die Juden im Leben d. Völker. Bd 1. 4 RM.

Schöps, E.: Die Entwicklung des Deutschtums in der Zipser Sprachinsel in der Zeit von 1880–1930. In: Der Ackermann aus Böhmen. Jg. 5, 1937, 9/10. S. 417 bis 423; 11/12. S. 516–524.

Schricker, R.: Tschechen und Slowaken. In: Der Sudetendeutsche. Jg. 1937, 12. S. 228–232.

***Schultze-Pfaelzer, G.: Die große Grenze.** Streifzüge am Rande Europas. Berlin: Safari-Verl. [1937]. 379 S. mit Kt., 12 Bl. Abb. 8°. Lw. 5,80 RM.

***Simoleit, G.: Ostdeutschland und Osteuropa.** Ein Hilfsbuch zur Behandlung dt. Ostfragen aus Geschichte u. Gegenwart. Mit 16 Kt.Skizzen. Osterwieck u. Berlin: Zickfeldt 1937. VIII, 207 S. 8°. 5,40 RM.; Lw. 6,60 RM.

***Singule, H.: Der Staat Masaryks.** Mit 8 Kunstdr.Taf. Berlin: Freiheitsverl. 1937. 326 S. 8°. Lw. 6,80RM

Springenschmid, K.: Wie wird sich England entscheiden? In: Der getreue Eckart. Jg. 15, 1937, 2. S. 91 bis 96. – Geopolit. Betrachtungen zur englischen Europapolitik.

***Ungern-Sternberg, R. von: Bevölkerungsverhältnisse in Schweden, Norwegen und Dänemark.** Berlin: R. Schoetz 1937. 106 S. mit Abb. gr. 8° = Veröffentlichungen aus d. Gebiete d. Volksgesundheitsdienstes. Bd 50, H. 2. 4,50 RM.

Wache, W.: Das Programm des tschechischen Imperialismus. In: Osteuropa. Jg. 13, 1937, 2. S. 110 bis 118. – Zu d. tschechoslowak. Denkschriften für d. Friedenskonferenz von Paris.

Zeck, H. F.: Wirtschaftliche Großraumbildung in Mitteleuropa. In: Geograph. Anz. Jg. 38, 1937, 22. S. 512–515.

Asien

***Bohner, A.: Japan und die Welt.** Langensalza, Berlin, Leipzig: J. Beltz [1937]. 136 S. mit 1 Kt.Skizze. kl. 8° = Raum u. Volk. Gruppe 5, H. 4. 1 RM.

(Erl, N.): Verkehrswege im asiatischen Teil der Sowjetunion im Dienst der Komintern. In: Contra Komintern. Jg. 1937, November. S. 357–363.

Haushofer, K.: Japans Stellung im Ostasiatischen Raum. Mit 2 Kt.Skizzen. In: Japan. Eine Einführung in d. Verständnis von Staat u. Volk. H. 2, 1938. S. 1–17.

Jäschke, G.: Der Vertrag von Saadabad, ein Markstein in der Geschichte Vorderasiens. In: Zs. f. Politik. Bd 27, 1937, 10. S. 495–499.

***Jensen, G.: Japans Seemacht.** Der schnelle Aufstieg im Kampf um Selbstbehauptung und Gleichberechtigung in den Jahren 1853–1937. Berlin: Siegismund 1938. 379 S. mit Abb., 1 Titelbl. gr. 8°. 8,– RM.; geb. 10 RM. – I. Teil: Das Erwachen u. Werden e. neuen Großmacht 1853–1895 (zugleich Hamburg, Phil. Diss. u. d. T.: Japans Wille u. Weg zur Seemacht); II. Teil: Der Aufstieg zur Weltmacht 1895–1936 [mit Nachwort: Das freie Japan 1936/37].

***Kato, H.: Mandschukuo.** Führer durch d. mandschur. Wirtschaft. Bearb. v. E. Thiel. Königsberg, Berlin: Ost-Europa-Verl. (1937). VI, 79 S., 1 Kt. 8°. 2 RM.

***Krai, A. Ritter von: Das Land Kamâl Atatürks.** Der Werdegang der modernen Türkei. 2. vollst. umgearb. u. stark erw. Aufl. Mit e. Kt. Wien, Leipzig: Braumüller 1937. XI, 344 S. gr. 8°. 7,50 RM.; Lw. 9 RM.

Loeber, Irmgard: Das niederländische Kolonialreich in Ostindien. In: Dt. Kolonial-Dienst. Jg. 2, 1937, 12. S. 17–21.

***Meizig, H.: Kamâl Atatürk.** Untergang und Aufstieg d. Türkei. Frankfurt a. M.: Societäts-Verl. (1937). 293 S., 8 Bl. Abb. 8°. Lw. 6,80 RM.

Moßdorf, O.: Japans fernöstliche Ziele. In: Zs. f. Politik. Bd 27, 1937, 11/12. S. 525–540.

***Nippon.** Ein Überblick. Anh.: Mandschukuo. Tokio: Nippon Dempo Tsushinsha [lt Mitteilg: Ausliefg: R. Heublein, Leipzig 1937]. 4, 597 S., zahlr. Bl. Abb., 1 Kt. 8°. Lw. 10 RM.

***Oncken, H.: Die Sicherheit Indiens.** Ein Jahrhundert englischer Weltpolitik. Mit 1 Kt. Berlin: Grote 1937. 181 S. gr. 8°. 4,80 RM.; Lw. 5,80 RM.

Ostwald, P.: Der chinesisch-japanische Konflikt. In: Wissen u. Wehr. Jg. 1937, 10. S. 609–616.

Pahl, W.: Von Chinas Wehrkraft. In: Dt. Rundschau. Jg. 64, 1937, November. S. 86–89.

Panse, E.: Das japanische Auswandererproblem. In: Archiv f. Wanderungswesen. Jg. 9, 1937, 1/2. S. 51 bis 56.

***Praesent, H., u. W. Haenisch: Bibliographie von Japan.** 1933–1935. Mit Erg. f. d. J. 1906–1932. Bd 5 des v. O. Nachod begonnenen Gesamtwerkes. Leipzig: Hiersemann 1937. XI, 452 S. gr. 8°. Lw. 48 RM. – Aus d. Inhalt: Abt. II: Der Lebensraum S. 40ff.; III: Das Volk S. 84ff.; V: Politik S. 113ff. (Geopolitik S. 161ff.); XIV: Außenländer u. Mandatsgebiete Japans S. 358ff.; XV: Mandschurei S. 386ff.

(Reichelt, E.): Aden, die jüngste Kolonie Englands. In: Orient-Nachrichten. Jg. 3, 1937, 18. S. 261–264.

Rohrbach, P.: China geopolitisch. In: Hallische Nachrichten. Jg. 49, 1937, Nr 293. S. 1–2.

Schäfer, O.: Die Frage des Sandschaks von Alexandrette und ihre Lösung. In: Petermanns Mitteilungen. Jg. 83, 1937, 12. S. 357–358.

Schmalz, H.: Strategie im Pazifik. In: Dt. Wehr. Jg. 41, 1937, 44. S. 711–712; 45. S. 731–732.

***Schriftenreihe zur Ostasienfrage.** Nr 1. 2. Berlin W 15, Kurfürstendamm 218: „Das neue China", Sektion d. Kuomintang in Deutschland (1937). gr. 8°. – 1. Der chinesisch-japanische Konflikt. 40 S.; 2. Der Kommunismus in China und der chinesisch-russische Nichtangriffspakt [mit d. Wortlaut d. Nichtangriffspaktes]. 24 S.

Wenzel, H.: Agrargeographische Wandlungen in der Türkei. In: Geograph. Zs. Jg. 43, 1937, 11. S. 393 bis 409. – Mit 5 Karten.

Afrika

Roebern, F. C. von: Angola. In: Archiv f. Wanderungswesen. Jg. 9, 1937, 1/2. S. 41–46.

***Schmidt-Pretoria, W.: Südafrika gestern und heute.** Mit 1 Kartenskizze. Stuttgart: Enke 1937. 90 S. 8° = Wirtschaftlich-soziale Weltfragen. H. 7. 4 RM.

Spannaus, G.: Die Eingeborenenpolitik der großen Kolonialmächte in Negerafrika. In: Afrika Rdsch. Jg. 3, 1937, 8. S. 245–247.

***(Starke, C.): Angola.** (Leipzig: Geograph. Anst. v. C. Opitz; Gesamtauslfg: Ruhl [1937].) 4 Bl. 8°. 0,50 RM. – Eine wirtschaftspolit. Betrachtung mit 5 Kt.Beilagen.

Weindel: Siedlungs- und Eingeborenenfragen in Südwestafrika. In: Archiv f. Wanderungswesen. Jg. 9, 1937, 1/2. S. 33–41.

***Wiese, E.: Weißes Reich im schwarzen Erdteil.** Mit 53 Abb. auf Taf. u. 6 Diagrammen u. Kt. im Text. Leipzig: Voigtländer [1937]. 200 S. 8°. Lw. 4,20 RM. – Betr. Abessinien.

Wunderlich, E.: Das Inder-Problem in Afrika. In: Länder u. Völker. Jg. 67, 1937, 12. S. 383–385.

Amerika

***Grant, M.: Die Eroberung eines Kontinents.** Die Verbreitung der Rassen in Amerika. (Die dt. Übers. besorgte Else Mez.) Berlin: Metzner (1937). 231 S. 8°. Lw. 8,50 RM.

***Meynen, E.: Bibliographie des Deutschtums der kolonialzeitlichen Einwanderung in Nordamerika,** insbesondere der Pennsylvanien-Deutschen und ihrer Nachkommen 1683–1933. Zsgest. u. hrsg. Leipzig: Harrassowitz 1937. XXXVI, 636 S. gr. 8°. 18 RM. Lw. 20 RM.

***Möllmann, A.: Das Deutschtum in Montreal.** Mit 9 Kt. im Text. Jena: Fischer 1937. XII, 124 S. gr. 8° = Schriften d. Inst. f. Grenz- u. Auslanddeutschtum an der Univ. Marburg. H. 11. 6 RM.

***Nielsen-Reyes, F.: Boliviens Aufbauwille.** Berlin SO 16 [Köpenickerstr. 79]: Verl. f. auswärtige Politik (1937). 62 S. mit 1 Kt.Skizze. 8°. 2 RM.

***Paul, O. E.: Südamerika, Rohstoffkammer und Absatzkontinent.** Leipzig: Deutsche Verlagsges. 1937. 232 S. mit Kt.Skizzen, 12 Bl. Abb. gr. 8°. Lw. 6,50 RM.

***Ross, C.: Unser Amerika.** Der deutsche Anteil an den Vereinigten Staaten. Mit 6 Kt. 2. Aufl. Leipzig: F. A. Brockhaus 1937. 319 S. 8°. 3 RM.; Lw. 4 RM.

Schäfer, E.: Das spanisch-amerikanische Kolonialreich. Grundzüge e. histor.-geogr. Kartenwerkes. In: Ibero-Amerikan. Archiv. Jg. 11, 1937, 2. S. 153–165.

Dieser Ausgabe liegen 2 Werbeblätter bei, die wir der freundlichen Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen:

Enke-Verlag, Stuttgart: Einführung in die Völkerpsychologie; Buchvertrieb-Gesellschaft (in Teilauflage) für den neuen Brockhaus.

Welt-Rundfunk

STÄNDIGE BEILAGE ZUR ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Schriftleitung: Dr. Kurt Wagenführ, Berlin

II. Jahrgang Februar 1938/Nr. 1

KAKUTARO KANAZAWA:
Rundfunk über der „Neuen Erde"

Der Direktor des Rundfunks in Mandschukuo, der nach einer fast einjährigen Rundfunk-Studienreise durch Europa nach USA abgereist ist, stellt uns folgende eingehende Analyse des Rundfunkes seines Landes zur Verfügung. Wir verweisen auf den Beitrag von Horst Schaefer im Juni-Heft 1937.

Am 31. August 1933 wurde die Mandschurische Telephon- und Telegraphen-Aktiengesellschaft — M. T. T. abgekürzt — mit einem gemeinschaftlichen mandschurisch-japanischen Kapital von 50 Millionen Yen gegründet, ein staatliches Unternehmen, das der nachrichtenmäßigen Erschließung Mandschukuos, der „Neuen Erde" dient. Damit wurden alle Verkehrsunternehmungen, wie Telephonie, Telegraphie, Rundfunk und verwandte Betriebe, die bis dahin in der Mandschurei, im Kwantung-Pachtgebiet und in der Eisenbahnzone der S. M. R. teils in öffentlichen, teils in privaten Händen waren, einheitlich in eine Gesellschaft zusammengeschlossen. Der Rundfunk speziell wird somit vom Staate in Form einer Aktiengesellschaft geleitet, seinem Wesen nach ist er Träger der staatspolitischen und völkischen Mission, der Kultur zu dienen, die Volksbildung zu heben und die Idee der Reichsgründung zu künden.

Dieser Neubau war nicht einfach durchzuführen. Es mußte eine enge Zusammenarbeit zwischen Rundfunk und den verschiedensten staatlichen Stellen, wie Wirtschaft, Erziehungswesen, Verkehr, Sicherheitsdienst usw. geschaffen werden, damit die M. T. T. unter Aufsicht der beiden genannten Regierungen eine systematische Erschließung des Landes durch den Rundfunk, einen Ausbau der Anlagen und der Programme vornehmen konnte. Die geographischen und kulturellen Bedingungen in Mandschukuo sind nicht einfach für eine solche Entwicklung, und die neue Gesellschaft mußte alle ihre Kräfte konzentrieren, um gewissermaßen aus dem Nichts etwas zu schaffen. So ist allein die Bevölkerung nicht einheitlich, wie z. B. in Japan oder Deutschland. Die sog. „Fünf Rassen" — die Japaner, Koreaner, Chinesen, Mandschuren und Mongolen — müssen aneinandergeführt werden, damit aus einer neuen Einheit ein Volksbewußtsein und ein kulturelles Wachstum entsteht. (Unter Mandschuren versteht man grundsätzlich die in Mandschukuo Geborenen und die aus dem Süden eingewanderten Chinesen.) Außer den Japanern sind fast alle Rassen kulturell noch auf einem sehr niedrigen Niveau, so daß der Rundfunk seine Erziehungsarbeit zunächst ganz besonders auf diese Volksteile richten muß. Es darf

ferner nicht übersehen werden, daß der Rundfunk auch die Interessen der in Mandschukuo lebenden Ausländer, unter ihnen nicht zuletzt die der zahlreichen „weißen" russischen Emigranten, berücksichtigen muß.

Drei Hauptschwierigkeiten stellen sich der Rundfunkentwicklung entgegen: einmal das Mehrsprachenproblem, dann ein Mangel an original mandschurischen Programmen und schließlich wirtschaftliche Schwierigkeiten. Ferner sind auch die Gebühren für eine Versorgung mit elektrischem Strom durchaus noch nicht einheitlich geregelt, was die Aufbauarbeit erschwert. Des weiteren wird dies Land mit dem jungen Rundfunkorganismus seit langem aus dem Norden und Süden vom Auslande her mit mandschukuofeindlichen, propagandistischen und demagogischen Rundfunksendungen nicht nur in chinesischer und russischer, sondern auch koreanischer und mongolischer Sprache überzogen, wozu noch die Anwendung von Störwellen tritt.

Wer in Mandschukuo Rundfunkhörer werden will, muß zunächst mit der M. T. T. einen „Rundfunkteilnehmervertrag" abschließen, er erhält dann von beiden Regierungen verwaltungsmäßig die Genehmigung. Dieser Akt findet auf Grund des Telekommunikationsgesetzes vom Oktober 1936 in Mandschukuo und im Kwantung-Pachtgebiet mit der Eisenbahnzone der S. M. R. (September 1933) statt. Nach dem Durchführungsgesetz sind für den Rundfunkempfang die Wellen 200—545 m und 1666 m freigegeben. Die Monatsgebühr beträgt 1 Yen (etwa 80 Pfennig), die einmalige Genehmigungsgebühr wird an die Regierungen gezahlt, die weiteren Gebühren fließen an die M. T. T.

Das staatliche Organ der Rundfunkverwaltung, dessen Kompetenz sowohl die Technik als auch die Programmverwaltung untersteht, ist in Mandschukuo das Verkehrsministerium und im Kwantunggebiet mit der Eisenbahnzone das Kwantungamt. Daneben gibt es eine Rundfunkkommission, in der Mitglieder der Kwantungarmee, der mandschurischen und japanischen Regierung und der M. T. T. vertreten sind, die die rundfunkpolitische Linie beratend verfolgen. Die M. T. T., die Zentrale des gesamten Rundfunkbetriebes, leitet die Abteilung Rundfunk im Hauptbüro in Hsinking, mit drei Unterabteilungen für Verwaltung, Programm und technischen Betrieb, dem neben dem Rundfunk auch die Telephon- und Telegraphenämter unterstellt sind. Jeder Rundfunksender hat die gleichen drei Abteilungen für Programmgestaltung, Gebührenverwaltung und Apparateversorgung. 702 Telephon- und Telegraphenämter erteilen neben ihrem eigentlichen Dienst Auskünfte, betreiben Gerätehandel, registrieren Rundfunkhörer usw.

Sender	Rufzeichen	kHz	m	kW
Dairen I .	JQAK	760	395	1
Dairen II		1065	310	1
Dairen III	JDY	9925	33,25	10
Mukden (Hoten) . .	MTBY	890	338	1
Hsinking (Schinkio) I .	MTCY	560	535	10
Hsinking (Schinkio) II		180	1666	100
Charbin (Harbin) .	MTFY	674	445	3
Mutankiang (Botankow)	MTGY	1015	295	0,5
Jehol (Schotoku)	MTHY	915	360	0,5
Antung (Antow)	JQBK	805	410	0,5

Dairen II (für Mandschuren) und Antung sind im Herbst 1937 erbaut, ferner sind Mukden II und noch weitere Sender geplant. Von Dairen III (Kurzwelle) ist seit August 1937 nach

Mittel- und Südchina täglich von 21 Uhr 15 bis 22 Uhr Musik und Nachrichten in japanischer, chinesischer und englischer Sprache gesandt worden. — Das Pausenzeichen von Hsinking ist eine Melodie aus der Mandschukuo-Hymne.

Die Zahl der Rundfunkhörer ist Mitte 1937 rund 16mal so groß wie bei der Übernahme 1933, als man rund 5200 Hörer zum Jahresanfang zählte; sie wird bis zum Ende 1937 100000 Hörer erreichen.

Jahresende	Japaner u. Koreaner	Mandschuren	Ausländer	Insgesamt
1933	7143	415	475	8033
1934	10284	1384	718	12386
1935	16651	2640	473	19764
1936	34752	5815	635	41202
1937 (Mai)	48942	8935	760	58637
1937 (Juli)	—	—	—	72679

Von der Gesamthörerschaft sind 1,3% von der Gebührenzahlung befreit.

Von der Gesamtbevölkerung von 33 Millionen Mandschuren, Chinesen und Mongolen sind rund 500000 Japaner, 800000 Koreaner, 65000 Fremde (von diesen wieder etwa 50000 russische Emigranten). Die Rundfunkdichte beträgt also 0,2% von der Gesämtbevölkerung, der Anteil der Japaner und Koreaner am Rundfunk ist prozentual der höchste.

Rundfunkhörer in den einzelnen Bezirken (nach dem Stande vom April 1937)

Bezirk	Japaner	Mandschuren	Fremde	Insgesamt
Dairen	16974	1055	108	18137
Mukden	11643	2835	74	14202
Hsinking	11369	2709	18	14096
Charbin	4058	1207	511	5771
Tsichicharu	833	399	31	1263
Jehol	431	262	2	695
Insgesamt	45303	8117	744	54164

Rundfunkhörer nach Berufen gegliedert (April 1937)

Angestellte	22073	Hotel, Gaststätten .	1550
Kaufleute .	11376	Banken, Gesellschaften	307
Beamte, Militär	9740	Behörden, Schulen	303
Industrielle . .	1511	Seemannshäuser	91
Erzieher, Juristen	1405	Vereine, Klubs .	75
Ärzte .	1193	Sonstige .	1804
Studenten	973		
Bauern	355		
ohne Beruf	1408		
		insgesamt	54164

Rundfunkhörer nach Geräten gegliedert (April 1937)

Detektorempfänger	78	6 Röhren .	3675
1 Röhre	47	7	3251
2 Röhren .	116	8	2292
3	11418	9 „	125
4	25262	10 „ . . .	72
5	7792	mehr als 10 Röhren	36
		insgesamt	54164

Bei der Programmgestaltung muß nun auf alle die verschiedenen Rassen und Gruppen Rücksicht genommen werden. Die Programmsendungen für die Japaner nehmen auf allen Sendern etwa 90% ein, für die Mandschuren wird in erster Linie

über Hsinking II gesendet, dessen Langwelle fast ganz Mandschukuo erfaßt; für die mandschurischen Programme genügt allerdings eine Langwelle nicht, deshalb sollen die Neubauten von Mukden II und noch andere (sie werden wahrscheinlich auf 1 kW gebracht) beschleunigt gefördert werden. Auch die russischen Emigranten werden bei der Programmzusammenstellung berücksichtigt, da sie ja nach der Verbannung aus ihrem Vaterlande und der Flucht vor dem roten Dämon in Mandschukuo dauernden Aufenthalt nehmen. Für sie wird aus Charbin und auch über Hsinking II täglich mehrere Stunden gesendet; über Hsinking wird auch für Mongolen und Koreaner wöchentlich bzw. täglich ein ein- oder zweistündiges Programm verbreitet. Die Station Hsinking hat für diesen vielfältigen Dienst allein fünf japanische, fünf mandschurische (davon zwei weibliche), einen koreanischen, einen mongolischen und zwei russische Ansager, die die betreffende Sprache fließend beherrschen.

Bezüglich der musikalischen und literarischen Sendungen hat sich allerdings noch kein eigener kultureller Stil in Mandschukuo entwickelt. Die alte Kultur der Mandschurei ist seit Jahrhunderten von Nordchina und auch aus dem Süden hereingetragen worden, heute wird ein starker Kultureinfluß von Japan nach Mandschukuo mit allen Mitteln gefördert. So verfolgt der mandschurische Rundfunk in erster Linie die Aufgabe, auf dem Wege einer „Rassenharmonie" eine mandschurische Kultur zu schaffen und zu verbreiten.

Im musikalischen Leben ist ein wesentlicher Faktor die europäische Musik, die z. B. die russischen Emigranten mitbrachten, die einheimische primitive Musik der Mongolen, die klassische Musik der Mandschurei, die der Boden für die japanische klassische Musik „Gagaku" gewesen ist. Bei Übertragungen aus nordchinesischen Theatern bleiben die mandschurischen Hörer bis tief in die Nacht hinein vor den Lautsprechern sitzen; ebenso sammeln sich auf den Straßen der Ortschaften die Einwohner — von Kaufleuten, Soldaten, Rikschamännern bis zum Kuli hinunter — vor den Lautsprechern, um der chinesischen Musik oder einem Theaterstück zu lauschen. Man sagte früher für „ins Theater gehen" auf chinesisch „Tin-Hsih", das bedeutet: ein Theaterstück hören, es liegt also in diesem Ausdruck schon eine größere Annäherung an das Akustische als an das Optische. (In den Theaterstücken liegt ja auch das Hauptgewicht auf dem Gesang, der großen Arie; die Bühnenanlagen sind einfach und primitiv, ähnlich dem japanischen klassischen Spiel „Nô", der ganz anders als das klassische Schauspiel „Kabuki" ist.) Die Mandschuren lieben ihre einheimische Musik über alles. In den in der Mongolei und in Korea verbliebenen Resten der alten Musik schlummert reiches Material für eine künftige musikalische Rundfunkkunst in Mandschukuo, der aufmerksame Pflege gewidmet werden muß. Gerade bei einem vielsprachigen Rundfunk ist die Musik ein Mittel, um ohne das trennende oder unverständliche Wort direkt in die Herzen zu dringen.

Programmaufteilung für Hsinking I (für Japaner)

Wochentag			Sonntag		
7,30	(20 min)	Gymnastik	7,30	(30 min)	Gymnastik
7,50	(25 min)	mandsch. Sprachunterricht	8,00	(40 min)	Wetter, Musik
8,15	(30 min)	Wetter, Frühkonzert (Schallpl.)			
8,45	(15 min)	Gymnastik			
9,00	(10 min)	Börse	9,30	(30 min)	Kinderstunde
10,00	(40 min)	Frauenstunde (Vortrag, Kochen Kleinhandelspreise)	10,00	(110 min)	Gottesdienst, Vortrag, Musik

10,40	(10 min)	Börse			
11,35	(25 min)	Börse			
12,00		Zeitansage	12,00		Zeitansage
12,05	(35 min)	Musik, Unterhaltung, Reklame	12,30	(20 min)	Nachricht., Bekanntmachungen
12,40	(20 min)	Nachrichten, Bekanntmachung.	12,50	(160 min)	Vortrag, Musik, Unterhaltung, Reklame. Regelmäßig 30 Min. Progr.-Austausch mit Japan
13,00	(20 min)	Börse			
15,00	(10 min)	Börse			
15,50	(10 min)	Börse	15,50	(10 min)	Börse
16,00	(30 min)	Nachricht.,Bekanntmachungen	16,00	(40 min)	Nachricht., Bekanntmachungen
16,30	(20 min)	Börse			
17,20	(40 min)	Stunde für Koreaner (Nachr., Unterhaltung, Vortrag)			
18,00	(20 min)	Kinderstunde	18,00	(25 min)	Kinderstunde
18,20	(05 min)	Nachrichten für Kinder			
18,25	(30 min)	Vortrag	18,25	(30 min)	Vortrag
18,55	(05 min)	Reklame	18,55	(05 min)	Reklame
19,00	(30 min)	Nachricht.,Bekanntmachungen, Programmhinweise	19,00	(30 min)	Nachrichten, Bekanntmachung
19,30	(120 min)	Vortrag, Unterhaltung, Musik	19,30	(120 min)	Vortrag, Unterhaltung, Musik
21,30	(30 min)	Zeitansage,Nachricht.,Bekanntmachungen, Wetter, Reklame	21,30	(30 min)	Zeit, Nachr., Wetter, Reklame
22,00	(30 min)	Unterhaltung, Musik, Vortrag, Reklame	22,00	(30 min)	Vortrag, Unterhaltung, Musik, Reklame
22,30	(30 min)	Stunde für Emigranten (Nachr., Musik, Unterhaltung, Vortrag)	22,30	(30 min)	Stunde für Emigranten (Musik, Nachr., Unterhaltung, Vortrag)

Programmaufteilung für Hsinking II (für Mandschuren)

Wochentag			Sonntag		
7,30	(30 min)	Gymnastik	7,30	(30 min)	Gymnastik
8,00	(20 min)	Kernspruch, Musik			
8,20	(25 min)	japan. Sprachunterricht			
8,45	(15 min)	Gymnastik			
9,00	(30 min)	Schulfunk	9,00	(30 min)	religiöser Vortrag
10,50	(10 min)	Börse	9,30	(60 min)	Musik, Vortrag
12,00		Zeitansage	12,00		Zeitansage
12,01	(70 min)	Musik, Hörspiel	12,01	(80 min)	Vortrag, Unterhaltung, Musik, Reklame
13,10	(10 min)	Börse			
13,20	(15 min)	Nachrichten, Bekanntmachung	13,30	(30 min)	Nachrichten, Bekanntmachung
13,35	(25 min)	Unterhaltung, Reklame			
16,30	(15 min)	Nachrichten, Bekanntmachung			
16,45	(15 min)	Börse			
17,30	(10 min)	Nachrichten in Englisch			
17,40	(20 min)	Musik, Reklame			
18,00	(25 min)	Kinderstunde	18,00	(20 min)	Kinderstunde
18,25	(65 min)	Kommentar zum Tagesereignis, Nachr.,Bekanntmachung,Börse, Wetter	18,20	(40 min)	Börse, Musik, Reklame
			19,00	(30 min)	Zeitansage, Nachr., Bekanntmachung
19,15	(15 min)	amtl. Hinweise			
19,30	(120 min)	Vortrag, Unterhaltung, Musik Hörspiel (Theater)	19,30	(210 min)	Vortrag, Unterhaltung, Hörspiel, Reklame
21,30	(30 min)	Zeitansage, Nachr., Börse, Bekanntmachg., Prog.-Hinweise			
22,00	(60 min)	Unterhaltung, Musik, Hörspiel (Theater), Reklame			

In das Programm werden bisweilen Stunden für Mongolen (Musik, Vortrag, Unterhaltung) eingeführt.

In alle Programme werden gelegentlich aktuelle Sendungen (z. B. sportliche Ereignisse) von Ort und Stelle übertragen, die in die allgemeinen Programmzeiten je nach Wichtigkeit eingefügt werden. Der Beginn der Sendezeiten ist je nach der Jahreszeit verschieden: im Frühling (März bis April) 7 Uhr 30, im Sommer (Mai bis September) 6 Uhr oder 6 Uhr 30, im Herbst (Oktober bis November) 7 Uhr 30 und im Winter (Dezember bis Februar) 7 Uhr 50.

Programmaufteilung nach Sendegruppen (April 1937)

	Nachrichten		Vortrag		Kinderstunden		Musik		Unterhaltung		Schulfunk		Reklame		Sonstiges		Insgesamt	
	Zahl	Min.	Zahl	Min.	Zahl	Min.	Zahl	Min.	Zahl	Min.	Zahl	Min.	Zahl	Min.	Zahl	Min.	Zahl	Min.
Dairen .	962	5934	189	3875	61	855	90	2303	82	2479	33	506	69	197	42	1143	1528	17292
Mukden .	715	5400	198	3889	73	1066	88	2327	74	2329	—	—	75	141	127	1696	1350	16845
Hsinking I	874	6235	208	4185	68	1119	110	2640	63	1951	—	—	78	199	94	1528	1495	17857
„ II	513	3147	200	3850	57	661	—	—	317	8487	—	—	6	12	—	—	1093	16157
Charbin .	722	5554	223	4037	66	1012	83	2156	45	1515	—	—	57	134	147	3707	1343	18115
																Insgesamt	6809	86266

Aufteilung nach Sprachen (April 1937)

	Japanisch		Mandschurisch		Koreanisch		Russisch		Sonstiges	
	Zahl	Min.	Zahl	Min.	Zahl	Min.	Zahl	Min.	Zahl	Min.
Dairen	1349	15239	—	—	157	1943	—	—	22	110
Mukden. .	1319	16459	—	—	28	325	—	—	3	61
Hsinking I	1378	16056	—	—	51	939	65	850	1	12
„ II	5	111	1060	15728	—	—	—	—	28	318
Charbin	1120	13701	—	—	—	—	223	4414	—	—
Insgesamt	5171	61556	1060	15728	236	3207	288	5264	54	501

Im Laufe der Jahre muß erreicht werden, daß der Rundfunk in Mandschukuo ganz auf eigene Füße gestellt wird. Es gibt noch nicht viel Rundfunkteilnehmer, so daß eine eigene Rundfunkindustrie noch nicht allein aus sich bestehen kann. Es wurden daher in erster Linie Reklamesendungen zugelassen, um die daraus erzielten Einnahmen für die Programmverbesserung zu benutzen und auch gleichzeitig die Werbung für den Verkauf japanischer Waren in Mandschukuo, dem wichtigen Absatzgebiet für Japan, zu fördern. Diese Reklamesendungen laufen seit November 1936. Die Verwaltung dieses Programmteiles hat im Auftrage der M. T. T. die Mandschurische Nachrichten AG. übernommen. Über Form und Inhalt der Reklamesendung entscheidet die M. T. T., die auch bestimmt, welche und wieviel Programmzeiten für Reklame verwendet werden dürfen. Die Reklame muß im Dienste des Hörers stehen und inhaltlich einwandfrei sein. Man kann allerdings die Wirtschaftlichkeit der Reklamesendungen noch nicht absehen, über ihre Zweckmäßigkeit wird ein endgültiger Entscheid erst in der Zukunft gefällt werden.

Aufteilung des Reklamerundfunks (April 1937)

	Waren		Ausverkauf		Unterhaltung		Kunde		Bekanntmachung		Verschiedenes		Insgesamt	
	Zahl	Min.	Zahl	Min.	Zahl	Min	Zahl	Min.	Zahl	Min.	Zahl	Min.	Zahl	Min.
Dairen	24	51	7	14	1	2	3	6	7	14	3	37	45	124
Mukden	10	20	7	14	7	14	—	—	5	10	2	9	31	67
Hsinking	35	70	2	4	16	80	—	—	9	64	1	7	63	225
Charbin . . .	9	18	12	24	—	—	—	—	2	4	1	7	24	53
												Insgesamt	163	469

Reklamegebühren sind verschieden gestaffelt, je nachdem, ob nur ein Durchspruch oder ein Reklameprogramm (Werbung gemischt mit Musik, Vortrag, Hörspiel usw.) verbreitet wird; außerdem richten sich die Gebühren danach, ob die Werbung über einen oder mehrere Sender (nach Reichweite) geht.

Um billige, aber verhältnismäßig gute Empfänger (aus japanischen Fabriken) für jeden Rundfunkhörer zu liefern, hat die M. T. T. seit Oktober 1936 selbst den Vertrieb in die Hand genommen.

Aufstellung der M.T.T.-Radioapparate (April 1937)

Art	Preis Yen	Funktion		Verkaufszahl Stück
Populär I.	16	für Mittelwelle	näheres Gebiet	1144
II	18	für Mittel- und Langwelle		37
„ III	17	für Mittelwelle		590
Standart I	27	für Mittel- und Langwelle	weiteres Gebiet	147
II.	40	für Mittel- und Langwelle		105
III	42	für Mittelwelle		1189
IV	45	für Mittel- und Langwelle		1116
				4328

Eine Kabelverbindung zwischen Hsinking und Tokio ist im Bau und auf mandschurischem Boden bereits beendet; es wird nach Fertigstellung ein noch intensiverer Rundfunkaustausch zwischen Japan und Mandschukuo eintreten können.

In Nordchina werden drei kleine Sender in Peking, Tientsin und Kalgan bereits durch die M.T.T. betrieben, die für die Einheimischen Unterhaltungsprogramme und Musik verbreiten, nach Mandschukuo und Japan von Nordchina Nachrichten und Vorträge senden.

*

Mandschukuo hat es nicht leicht, eine große Rundfunkorganisation zu entwickeln. Die geographischen und kulturellen Bedingungen — die Mandschuren sind zu einem hohen Prozentsatz Analphabeten — sind ungünstig. Die Rundfunkführung ist aber immer mehr bemüht, gerade durch den Rundfunk eine immer intensivere kulturelle Erschließung der „Neuen Erde" vorzunehmen.

GERHARD REINBOTH:
Italiener und der Rundfunk

Seit langen Jahren lebt Gerhard Reinboth als deutscher Schriftleiter in Italien, er gilt als einer der besten Kenner des gesamten italienischen Rundfunkwesens. Seine Betrachtungen über den Rundfunkhörer jenseits der Alpen geben einen Eindruck von den Schwierigkeiten, die der Steigerung der Hörerzahl entgegenstehen, aber auch vom Einsatz vielfältiger Mittel, die der faschistische Staat in den Dienst der Rundfunkerschließung des Landes stellt.

Spricht man zu einem Italiener ganz gleich welcher Landschaft, welchen Standes, Geschlechtes und Bildungsgrades vom Rundfunk, so fällt innerhalb weniger Minuten unweigerlich der Name Marconi und damit die Feststellung, daß der Funk italienische Erfindung ist; diese unbedingte Glaubenssicherheit, der Funk sei einzig und allein ein Geschenk des italienischen Genius an die Menschheit, ist grundlegend. Damit ist von Anfang an die äußere Haltung des italienischen Menschen dem Rundfunk gegenüber bestimmt, ganz gleich, ob er einmal im Jahre oder tagtäglich Sendungen hört: der Rundfunk ist eine italienische Sache und infolgedessen zu bejahen.

Solch eine positive Einstellung aber bedeutet bei einem romanischen Volke und damit bei den Italienern keineswegs, daß nun sich bei ihnen ein inneres Verhältnis zum Rundfunk entwickeln müßte. Die Erscheinung Marconi ist ohnedies für die Italiener ein Wunder, noch längst nicht völlig verstanden, gerade deshalb

aber um so wunderbarer. Keinen Italiener überrascht es, wenn ein anderer Ideen, wirklich geniale Ideen hat. (Es gibt kaum irgendein anderes Volk der Erde, in dem Ideen so wohlfeil wären wie im italienischen. Glänzende Ideen, geniale Lösungen verzwicktester Probleme, Erfindungen überraschendster Art werden an jeden Ausländer, der in Italien lebt, in einer unglaublichen Fülle herangetragen.) Aber die Ausführung all dieser Gedanken, die Verwirklichung ist ebenso selten wie die Ideen häufig. Das große „Wunder" Marconi ist aber für den Italiener, daß er die Idee hatte und sie verwirklichte. Sich durch die Leistung Marconis aber zum Rundfunk verpflichtet zu fühlen, eben weil der Rundfunk eine geglaubte italienische Angelegenheit ist, wird noch nicht sehr bewußt.

Wenn oberflächliche Reisende aus Mittelmeerländern heimkommen, sprechen sie von der Armut des südlichen Volkes, wenn tiefer blickende und erkennende Reisende berichten, reden sie von der Einfachheit des italienischen Volkes. Was aber mit der Einfachheit gemeint ist, wird kaum einmal beschrieben. Sie zu erkennen ist aber wesentlich, wenn man die verhältnismäßig geringe Verbreitung des Rundfunks in Italien verstehen will.

Die Einfachheit ist nämlich der Hauptgrund für den niedrigsten Hundertsatz von ordentlichen Teilnehmern, den Italien mit seinen knapp 800000 Abonnenten bei 43 Millionen Bewohnern unter den größeren Ländern Europas hat.

Einfachheit bedeutet: mit einer sehr geringen Zahl von Dingen und Erzeugnissen auszukommen und zufrieden zu sein. Das beginnt beim Essen und hört bei der Wohnungseinrichtung auf; die Kleidung ist hierbei vielleicht eine Ausnahme. Gebrauchsgegenstände, ohne die eine deutsche Hausfrau nicht auszukommen meint, sind in italienischen Haushaltungen unbekannt oder — wenn vorhanden — ein Zeichen für Luxus. Das Budget der Familien, gleich welchen Standes, ist für alle Dinge nicht unmittelbaren Lebensbedarfes niedriger als etwa in Deutschland. Dadurch erscheinen Gegenstände wie der Rundfunk als eine Art Luxus, den man sich nicht erlauben kann. Um ein Gegenbeispiel zu geben: Zeitungsabonnements sind selten, man kauft für Pfennige das Blatt auf der Straße, aber die Zeitung abonnieren, auch zu dem dann verminderten Preise, hieße das Haushaltsgeld überlasten. Wenn der Rundfunk dann 82 Lire Beitrag im Jahre, dazu Strom, Röhren (die sehr teuer sind), Gerätamortisierung usw. kostet, so kommt selbst mit Volksempfängern, die es jetzt preiswerter als in Deutschland gibt (auf die Goldmark umgerechnet), ein Empfängerkauf nicht mehr als in den 800000 „Ausnahmefällen" in Frage.

Bei Kleidern, sagten wir, besteht vielleicht die Einfachheit nicht: der Italiener hält sehr auf sein Aussehen, und so hat er auch bei größerer Wohlhabenheit gleich zwei, vielleicht sogar drei Empfänger im Hause (einen für die Dienstboten). Aber das sind Ausnahmen, und im Gegensatz dazu stehen die Tausende von Dorfgemeinden, die sich selbst bei Zusammenlegen der Mittel nicht kaufkräftig genug erwiesen, um auch nur einen der Landfunkapparate für den Gemeinschaftsempfang zu erwerben. Man bezweifelte gerade kürzlich von seiten des

Handels, daß bei den gegenwärtigen Kosten des Rundfunks sich eine Steigerung der Teilnehmerzahl und eine höhere Rundfunkdichte im Lande erzielen lassen würde. Die schnelle Erhöhung der Einzelempfänger um rund 250000 (bei einem 43-Millionen-Volk) während des abessinischen Krieges ist einmalig gewesen; die Umsatzziffern sind lange schon wieder auf die normale Höhe wie vor dem abessinischen Kriege zurückgegangen.

Was der Mensch will, das muß er haben, und so bringen die Italiener in allen Städten an jedem Sonntag die zehn Lire auf, um ein National-Fußballspiel zu sehen. Das Fußballspiel müssen sie haben, aber den Rundfunk brauchen sie nicht unbedingt — müßte man folgern und fragen, ob die geringe Verbreitung des Rundfunks wirklich nur ein wirtschaftliches Problem ist. Oder ob nicht ein zu geringes Begehren der Anlaß ist. Das immer wieder in den Vordergrund gerückte Leben des Italieners auf der Straße kann nicht als der alleinige Anlaß anerkannt werden; es lebt ja nur der Mann auf der Straße; die Frauen sind zu Haus. Und wenn die Frauen im Haus den Rundfunk hören wollten, wenn sie es sich in den Kopf gesetzt hätten, ihn zu haben, so würden sie ihn bekommen, gerade in Italien. Wohl aber drückt das Straßenleben des Mannes sich darin aus, daß dem Rundfunk in den Häusern, in denen er nun einmal sein hauptsächliches und natürliches Wirkungsfeld hat, jener Teil des Publikums entzogen wird, der geistig interessierter, gebildeter und strebsamer ist. Zum mindesten gilt das für alle Tagesstunden vor dem in italienischen Häusern gewöhnlich reichlich spät gelegenen Abendessen. Der Bildungs- und Interessenunterschied ist zwischen den Geschlechtern in ganz Italien außerordentlich; schon die norditalienische Frau ist nicht in allen Ständen, ganz bestimmt aber nicht auf dem Lande, auf dem auch der größere Teil der oberitalienischen Bevölkerung zu suchen ist, emanzipiert wie die nordalpine Schwester. Vom Arno aber südwärts lebt die Frau fast aller Stände (mit Ausnahme der Frauen der Aristokratie und des Hochbürgertums, einer sehr dünnen Schicht) in einer Frauenwelt; durch den Mann, für das Haus, mit den Kindern. So erlebnisreich, schicksalsvoll und glücklichmachend dieses Leben sein kann, es ist nicht geeignet, Zuhörerinnen für Rundfunkvorträge über moderne Probleme zu schaffen. Aber die italienische Frau ist sinnenfreudig, und Musik möchte sie meist nicht aus ihrem Leben missen. Der schöne Ton erschüttert sie — im allgemeinen — bis zu einer dem Deutschen durchschnittlich unverständlichen Weise. Hier hat der Lautsprecher seine große Bedeutung gefunden: der Lautsprecher und nicht der Rundfunk. Denn im allgemeinen wird der Empfänger zunächst einfach angestellt; er bildet für das häusliche Leben eine Klangtapete; aber sobald die Musik, meist die Vokalmusik, eine beachtliche künstlerische Höhe, eine besondere Stimmschönheit entwickelt, bleibt alle Arbeit liegen, und die Musik herrscht für einige Minuten allein im Hause. Die Riesenbedeutung der Opernsendung erklärt sich aus dieser Einstellung: kaum jemand verfolgt die ganze Oper, sie füllt mit ihren Klängen zwar die Wohnung, und im Sommer durch einen Lautsprecher, der auf das Fensterbrett gestellt ist, auch die Nachbarschaft;

doch erst bei der großen Arie, bei einem Finale, bei irgendeiner Stelle, die ein Höhepunkt ist, wird alles durch die Musik gebunden, die Wohnungsinsassen und die Nachbarschaft dazu: alles schweigt, lächelt sich beglückt an, und wenig fehlt, daß man klatscht. Die italienische Oper als Gesellschaftserlebnis, wie sie tausendmal geschildert worden ist, ist in ihrer typischen südlichen Behandlung auch im Rundfunk auferstanden.

Die 800 000 meist städtischen Empfänger sind nun für die italienische Regierung wahrlich nicht das Vorbild des italienischen Rundfunkhörers. Da der Rundfunk neben dem Kino das einzige Mittel ist, mit dem man endlich die Kluft zwischen dem Lande und der Stadt, die noch schlimmere Trennung zwischen dem Analphabeten und dem hochgebildeten Italiener der Oberschicht verringern kann, so hat die faschistische Partei im Auftrag der Regierung die Rundfunkdurchdringung des Landes übernommen. Man hat einen Landfunk geschaffen; für ihn besteht ein besonderes, der Sendegesellschaft nebengeordnetes Amt. Man hat den Versuch gemacht, in jedes Dorf wenigstens einen Empfänger einziehen zu lassen, der dem Gemeinschaftsempfang dienen soll. Die Zentren hierfür sind der Wichtigkeit nach die Schulen, die Lokalbüros der Landarbeitergewerkschaften, der Landwirtschaftskonföderation und die Klubs der Dopolavoro (der „Kraft durch Freude" etwa entsprechenden Organisation). Die Dorfgemeinden haben teilweise Geräte aus gemeinschaftlichen Mitteln gekauft, ferner hat die Großindustrie Jahre hindurch als Stiftungen Empfänger gegeben, und die Staatsgewerkschaften und Federazionen haben ebenfalls aus ihren Mitteln Apparate gekauft. Aber von den etwa 40 000 Dörfern Italiens haben bisher nur etwa 6000 Gemeinden einen Landfunkempfänger. Das ist freilich schon ein ungeheurer Fortschritt, und man muß immer wieder darauf aufmerksam machen, daß dieses Gerät das dörfliche Leben von Grund auf geändert hat: es ist eine neue Welt eingebrochen. Die Sendungen werden stark besucht; nicht etwa nur bei den großen politischen Übertragungen. Für die Schulkinder ist der Rundfunk nun schon überall dort, wo das Lichtnetz hingedrungen ist (die innerapenninischen Dörfer sind vielfach noch nicht angeschlossen), eine Selbstverständlichkeit geworden; der Schulfunk ist methodisch aufgebaut und sehr wichtig für die Elementarschulen geworden. In den Städten aber ist es zu einer allgemeinen Sitte geworden, die Empfänger der öffentlichen Lokale, vor allem der Cafés und Bars, in die Türen zu stellen; hier hat sich eine Art von öffentlichem Gemeinschaftsempfang entwickelt: er wird in dem Augenblick wirksam, in dem durch den Rundfunk eine Übertragung größeren und allgemeinen Interesses (fast niemals künstlerischer Art) vorgenommen wird. Sport und Politik sind die beiden Gebiete, die es fertig bringen, vor sämtlichen Lautsprechern, in Stadt und Land, das italienische Volk — allerdings fast nur die Männer — zu versammeln. Dieser Gemeinschaftsempfang ist auf dem Lande, aber nicht in der Stadt organisiert worden; er ist aber in beiden Wohneinheiten in gleicher Weise eine Tastache. Das ganze iatlienische Volk eint und findet sich vor dem Rundfunk dann, wenn aus dem Rundfunk eine Mitteilung

tönt, die jeder kennen will. Und die scheinbar ein jeder — weil sie erregt — in Gemeinschaft hören will.

Wenn Mussolini spricht, so schalten viele Rundfunkhörer ihren Apparat zu Haus nicht ein, sondern begeben sich auf die Straße: sie wollen — bei sicherlich schlechteren Hörbedingungen — die Gemeinschaftserregung, die Mitteilungsmöglichkeit, die Gemeinsamkeit mit den Mitmenschen nicht entbehren. Sie streben immer dann, wenn der Rundfunk ihnen etwas Wichtiges gibt, nach der Nähe eines „Publikums", mit dem sie sich im Beifall einen können. Das ist auf dem Lande so wie in der Stadt: es scheint fast so, als sei der Rundfunk erst dann Zeitausdruck und Realität für den Italiener, wenn er in Volksgemeinschaft vor dem Empfänger steht. Geringe Privatteilnehmerzahl, organisiertes Gemeinschaftshören auf dem Lande und in der Schule, freiwilliges Aufsuchen auch selbst schlechter öffentlicher Empfangsanlagen durch den Hörer bei besonderen Gelegenheiten — das zusammen läßt die Richtung erkennen, in der ein südeuropäischer Rundfunk seinen Weg zu gehen haben wird: es ist der Weg durch die Volksgemeinschaft zum Volk, durch das gemeinsame Hören von Vielen zur Wirkung auf ein geschlossenes Publikum; es ist die Schaffung eines Volkes und einer polis vor dem Lautsprecher, ein freiwilliges Sichzusammenfinden zur Volksgemeinschaftung unter Führung des Duce, der auch zielbewußt den Rundfunk leitet.

KURT WAGENFÜHR:
Zum englisch-italienischen Rundfunkkrieg

Wir verweisen auf die Veröffentlichung „Das Mittelmeer als Rundfunkraum" im Augustheft 1937.

Vor einiger Zeit meldete der britische Rundfunk, daß er seine bisherige Praxis, nur in englischer Sprache zu senden, für den Kurzwellenprogrammdienst ändern würde. Nach schneller, aber eingehender Vorbereitung begannen am 3. Januar 1938 Sendungen in arabischer Sprache, nachdem diese Absicht vorher lebhaft im englischen Parlament sowie in der Presse erörtert worden war. Mit dem Beginn der Sendungen und kurz vorher erschienen die Meldungen über den neuen Fremdsprachendienst immer häufiger auf der ersten Seite der englischen und italienischen Presse, die Schlagzeilen jeder Größe sprachen von einem „Rundfunk-Krieg", und es fehlte nicht an harten Worten; der Äther über dem Mittelmeerraum wurde zu einem Aufmarschgebiet für die Propaganda des gesprochenen Wortes. Am 4. Januar wurde ferner bekannt gegeben, daß der englische Botschafter in Rom beim italienischen Außenminister vorgesprochen habe, Gegenstand der Unterredung sei unter anderem auch der sogenannte Rundfunkkrieg gewesen, den man durch eine Interessenabgrenzung in gewisser Hinsicht neutralisieren wolle.

Soweit zunächst der Tatbestand. Wo liegt der Ursprung der Vorgänge?

Der italienische Sender Bari verbreitet seit 1932 regelmäßige Fremdsprachensendungen, die mit Nachrichtendiensten in Albanisch und Kroatisch begannen und bald auf Arabisch ausgedehnt wurden. Bari richtete seine Stimme also zunächst zum Balkan, dessen Rundfunk damals noch am Anfang der Entwicklung stand, und an

die arabisch sprechenden Völker im Mittelmeerraum, also besonders nach Nordafrika, Ägypten, Syrien, Palästina usw. Das war ein Tatbestand, über den damals nicht viel Worte verloren wurden, auch dann nicht, als Bari seine Fremdsprachensendungen systematischer ausbaute, sie auf über 10 Stunden täglich steigerte und einen neuen Sender (Bari II) errichtete, der für Süditalien in Italienisch sandte, da Bari I durch seine außenpolitische Mission fast ganz für einen innerpolitischen Dienst absorbiert war. Im Laufe der Zeit unterstützte das neue Kurzwellenzentrum Rom den Sender Bari I in seiner Arbeit. Man kann diese Entwicklung verstehen, wenn man weiß, daß der italienische Rundfunk ein politisches Instrument ist, das die Stimme Italiens auch über die Landesgrenzen hinaus zu vertreten hat.

Diese Bari-Sendungen rückten jedoch mit dem Ausbruch des Italienisch-Abessinischen Krieges bereits stark in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. Die Sanktionsländer stellten die Presse und den Rundfunk in den Dienst ihrer politischen Propaganda. Es war verständlich, daß Bari an erster Stelle antwortete, berichtete und dementierte, wobei es sich herausstellte, daß sich diese Station im Mittelmeerraum bereits einen festen Hörerkreis erworben hatte. Dieser Rundfunkdienst brachte Spannungen besonders in Palästina und Ägypten, so daß in der englischen Interessensphäre zum Teil der öffentliche Empfang der Bari-Sendungen — also die Verbreitung der Darbietungen über öffentlich aufgestellte Lautsprecher — verboten wurde.

Nach dem Feldzuge machte man sich selbstverständlich Gedanken über diesen gut eingespielten und erfolgreichen italienischen Rundfunkdienst, der seine Vormachtstellung im Mittelmeerraum mehr denn je gestärkt hatte. England studierte das Problem eingehend. Der zunächst stillschweigend zur Kenntnis genommene Tatbestand der Bari-Sendungen war durch sein Funktionieren in einem Ernstfalle zu einem politischen Faktor von größter Bedeutung geworden, die daraus gewonnenen Erfahrungen führten zu Maßnahmen, die in der Einrichtung eines arabischen Dienstes auf englischen Kurzwellen bestanden. Das ging naturgemäß nicht ohne — gelinde gesagt — Diskussionen ab.

Man wird sich nach der heutigen Lage nun einmal die Frage vorlegen müssen, wo die Zielsetzung der arabischen Rundfunkdienste liegt. Betrachten wir das Problem vom Sprachlichen her, so treffen wir auf arabisch sprechende Völker in Ägypten, Nordafrika (Französisch-Marokko, Tunesien und Algerien, Spanisch-Marokko, Libyen), Palästina, Syrien, Saudi-Arabien, Jemen, Transjordanien und den Irak. Damit hätten wir — wenn wir zur Zeit von Spanien absehen — drei Interessensphären: die italienische, englische und französische. Betrachten wir eine Religionskarte, so erweitert sich das Einflußgebiet auf die Türkei, Abessinien, Afghanistan und Iran. Wir hätten damit, unter gleichzeitiger Ausdehnung der Einflußzone in Afrika selbst, die großen Gebiete der Völker erfaßt, die dem Islam angehören.

Wie ist die Rundfunklage in diesen Ländern? Mit europäischen Verhältnissen verglichen noch sehr unentwickelt. Ägypten und Palästina haben einen seit mehreren Jahren im Aufbau befindlichen Sendedienst, die französischen Interessengebiete (außer Syrien, das noch keinen Rundfunk besitzt) desgleichen; von Paris her wird über Radio-Colonial und von Marseille über den dortigen Staatssender ein zusätzlicher Dienst verbreitet, geradeso wie Libyen von Italien aus mit Programmen ver-

sehen wird. (Später werden in Tripolis und in einem noch nicht genau bekannten Ort in Abessinien, das zur Zeit auch von Italien her Programme erhält, Großsender errichtet werden.) Die offiziellen Rundfunkteilnehmerzahlen in diesen Ländern sind nicht hoch. Algerien hat etwa 70000 zahlende Hörer, Marokko 33000, Tunesien 13500. Der Anteil der Eingeborenen an der Hörerzahl ist gering, man wird ihn etwa mit 20% höchstens annehmen können. Syrien wird auf rund 6000 Teilnehmer geschätzt, wahrscheinlich liegt diese Zahl aber weit höher, da man — wie überall — auch hier mit zahlreichen Schwarzhörern rechnen muß. Über Libyen liegen keine Zahlen vor, dergleichen nicht über Abessinien. Ägypten zählt 70000 Rundfunkteilnehmer, Palästina 13000 (nach anderen Angaben 25000), die Türkei hat vielleicht 10000 Hörer, Afghanistan wird mit rund 500 angesetzt, Irak mit 4000, Saudi-Arabien mit 25 (?), Iran mit 700, über Jeman und Transjordanien liegen keine Angaben vor, in dem Stadtgebiet Aden schätzt man 150 Teilnehmer.

Es scheint hier zunächst die Frage verständlich: welch ein Rundfunkaufwand für eine so winzige Hörerzahl, die im Prozentsatz zur Bevölkerung der einzelnen Staaten noch verschwindender erscheint. Es kommt hinzu, daß der Empfang in südlichen Gegenden unter starken atmosphärischen Störungen leidet. Man wird ferner bedenken müssen, daß ein großer Teil der genannten Völker „untechnisch", also entwicklungshemmend, eingestellt ist. Ein Beispiel sei im Blick auf die religiöse Haltung genannt: in Mekka soll seit langem ein Sender für die islamitische Welt erbaut werden. Da Ungläubige die Heilige Stadt nicht betreten dürfen, mußten Araber erst lange in England und auch Italien technisch geschult werden, erst jetzt geht man die Errichtung des Senders. Soweit man hört, soll allerdings ein kleiner Sender in Bagdad arbeiten, über dessen Reichweite nichts bekannt ist; er soll aber eifrig abgehört werden. (Offenbar über Empfänger in Cafés usw., wahrscheinlich wird der Bagdadsender von Amateuren betrieben.) Dann ist wesentlich, daß sich das Leben im Orient zum größten Teile in der Öffentlichkeit, auf der Straße und im Café oder Basar abspielt, der Rundfunk kommt also als „Hausgerät" wenig in Frage, dagegen spielt er eine Rolle als öffentlicher Empfänger, eben in den Cafés usw. Dies wirkt sich nun wieder günstig aus, denn von diesen Stellen geht eine Nachricht wie ein Lauffeuer von Mund zu Mund weiter. Die Rundfunknachricht gibt gewissermaßen nur das Stichwort und den Anstoß. So meldete die englische Presse kürzlich, daß ein Zwischenfall im ägyptischen Parlament innerhalb von zwei Stunden im ganzen Nahen Osten bekannt geworden sei: durch den ägyptischen Rundfunk und durch den englischen Kurzwellendienst! Wir wollen auch die Apparatefrage nicht unbeachtet lassen. Bari sendet auf Mittelwelle, die Empfänger für diesen Wellenbereich sind billig und werden in weitaus größter Zahl benutzt werden. Daventry und Rom senden auf Kurzwellen — es ist fraglich, ob die Empfänger für diese Wellenlängen zahlreich zu finden sind.

Die größere Ausweitung der Hörerschaft kann vielleicht erkennen lassen, daß sich die verschiedenen Rundfunkstimmen nicht allein — was deutlich erkennbar ist — an den engeren „arabischen" Mittelmeerraum richten, sondern — was zunächst noch nicht so klar in Erscheinung tritt — die Welt des Islams zu erfassen suchen. Die englischen Interessen in dieser Hinsicht sind aus der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Situation bekannt, die italienischen Interessen dürften gleichlaufend

sein. Erinnern wir uns: als Mussolini während seines Besuches in Libyen das Heilige Schwert überreicht erhielt, das er der Menge hoch über seinem Haupte schwingend zeigte, wurde er „Schirmherr des Islam" genannt...

Ein Blick auf die Karte erlaubt einige weitere Folgerungen. Die Mohammedaner haben kaum einen eigenen Rundfunkdienst, zunächst würde also die Nachrichtenversorgung von Italien und England vorgenommen werden. Italien hat als Zentrale Bari (Mittelwelle, die für den größeren Raum nicht genügend wirksam ist) und Rom (Kurzwelle, deren Reichweite das genannte Gebiet des Islams erfaßt). England kann mit gleicher Wirksamkeit seinen Kurzwellensender Daventry benutzen, dazu aber einmal den Rundfunk in Palästina und Ägypten einschalten und ferner zusätzlich in Indien, wo der Rundfunk stark ausgebaut wird, ein zweites Zentrum schaffen. So würde eine durchgehende „Rundfunkbrücke" von London bis Madras laufen, die sogar über den Rundfunkorganismus in den Malaiischen Staaten verlängert würde. Und zwar nach Niederländisch-Indien hin, wo ja auch zahlreiche Mohammedaner wohnen. (Der niederländisch-indische Rundfunk ist allerdings auch schon sehr gut organisiert.) Italien andererseits könnte Abessinien als einen Rundfunkstützpunkt ausbauen, der einmal raumbeherrschend für das Mittelmeer, den Nahen Osten und das Gebiet des Indischen Ozeans sein könnte. (Die Stellung anderer Länder, so z. B. Frankreichs, und die Rolle, die einmal der Südafrikanische Rundfunk über seinen Senderaum hinaus spielen könnten, soll hier unerörtert bleiben; es könnten jedoch durch einen erweiterten Einsatz ganz neue Sendezentren entstehen.) Wenn ferner in den neuesten Meldungen wieder der Gedanke eines englischen Großsenders auf Zypern auftaucht, so würde damit der Mittelwellenrundfunk im Mittelmeerraum einen zusätzlichen, wesentlichen Stützpunkt erhalten. Ob er zu einer Schwergewichtverlagerung im Mittelmeerraum oder darüber hinaus führen könnte, ist noch nicht zu übersehen. Wird ferner einmal in Mekka ein Großsender errichtet, so dürfte er — wie Mekka das religiöse Zentrum ist — die „Stimme des Islams" werden, womit nicht nur den arabischen Sendungen ein neues Zentrum gegeben würde.

Wie sich der Programmbetrieb der englischen und italienischen Sendungen aufbauen wird, muß man abwarten. Die musikalischen Darbietungen werden sicher nur eine lockende „Verpackung" des Kernstückes, des Nachrichtendienstes nämlich, sein. Italien hat gerade am 3. Januar den beliebtesten arabischen Sänger für Bari verpflichtet, England hat in den ersten Sendungen viel prominente Sprecher eingesetzt und sich außerdem den bekanntesten Ansager des ägyptischen Rundfunks verpflichtet. Die hörpsychologische Methodik ist klar erkennbar. England wird allerdings — ganz allgemein gesprochen — Umstellungen grundsätzlicher Art vornehmen müssen, denn bisher galt sein Grundsatz: wer uns hören will, muß eben Englisch verstehen.

Davon abgesehen wird sich in der allgemeinen Haltung der englische Dienst vom italienischen sicher unterscheiden; man braucht nur an die Spannungen in Palästina zu denken: die dortigen arabischen Rundfunkhörer werden von Bari sicher in anderer Weise angesprochen werden als von Daventry aus. Generell kann man vielleicht folgende Prognose stellen: das Mittelmeergebiet hat Raum für viele Sender. Ihre Interessen werden nebeneinander bestehen können, wenn die Sender über eigene Angelegenheiten berichten und der Wahrheit dienen. Ein Abkommen wird

sicher einen tendenziösen Nachrichtendienst zu verhindern suchen und eine „Neutralisierung" anstreben, durch die mit neuen Methoden auf lange Sicht das geschaffen werden kann, was man eine „Atmosphäre" nennt. Hat diese als Ziel eine Verständigung, wird der Rundfunkraum über dem Mittelmeer an Spannungen verlieren.

Die außerordentlichen Impulse, die vom neuen Italien ausgehen, sichern ihm einen Vorsprung; was dem heutigen England an diesem Impulse fehlt, wird es durch seine großen Erfahrungen auszugleichen suchen.

Tagung des Weltrundfunkvereins in Nizza

Der Weltrundfunkverein (Union Internationale de Radiodiffusion, UIR) tagte vom 30. Nov. bis 8. Dez. 1937 unter dem Vorsitz des Präsidenten Dubois (Holland) in Nizza. Den Verhandlungen der Technischen Kommission unter dem Vorsitz von R. Braillard (Brüssel) kam im Hinblick auf die im Februar bevorstehende Konferenz von Kairo, an der Regierungsvertreter aller Länder Fragen des Weltnachrichtenverkehrs besprechen werden, besondere Bedeutung zu, da es galt, die Forderungen des Rundfunks für die Delegation der UIR in Kairo zu formulieren. Während auf dem Gebiet der mittleren und langen Wellen vor einigen Jahren im Luzerner Plan eine Ordnung gefunden werden konnte, ist für das immer wichtiger werdende Gebiet der Kurzwellen dringend eine Regelung nötig. Die Verhältnisse sind hier fast unhaltbar geworden, und die Wirksamkeit des gesamten Kurzwellendienstes ist bedroht. Nach den bisherigen offiziellen Vereinbarungen stehen dem Rundfunk gegenwärtig insgesamt 91 Kurzwellen zur Verfügung; nach den Feststellungen der Brüsseler Wellenkontrollstelle sind bereits 245 Sender tätig, eine Zahl, die noch dauernd zunimmt. Die UIR hat im vergangenen Sommer im Zusammenwirken mit zahlreichen Sendern und Laboratorien Europas sowie Nord- und Südamerikas aufschlußreiche Versuche über die Wirkungsweise gerichteter Wellen, die Möglichkeiten der Synchronisation usw. durchgeführt, die es der Konferenz von Kairo ermöglichen werden, das Problem auf breiter Basis zu prüfen.

Auf dem Gebiete der Mittel- und Langwellen sind erfreulicherweise Verminderungen der störenden Interferenzen durch die Zunahme des Gleichwellenrundspruchs festzustellen; sieben Länder Europas betreiben 19 Sendergruppen mit insgesamt 55 Sendern bereits nach diesem System. Seine vermehrte Anwendung ist den technischen Fortschritten in der genauen Einhaltung der Wellenlängen zu verdanken. Ferner besprach die Kommission eine Reihe akustischer Fragen, wie z. B. die Festlegung des Normal-a in der Musik auf 435 Schwingungen in der Sekunde. Der Neubau der Kontrollstelle in Brüssel, wo täglich 800 Frequenzmessungen in allen Wellenbereichen ausgeführt werden, ist bald fertiggestellt.

Die Programmkommission unter Vorsitz von Dir. Dymling (Schweden) legte mit Rücksicht auf die erforderliche lange Vorbereitungsdauer schon jetzt die Weltsendung für den Neujahrstag 1939 fest. Es wurde bestimmt, daß jedes Land während 20—30 Sekunden das Geläute seiner bekanntesten Kathedrale überträgt und Glückwünsche in der Landessprache darbringt; die Gesamtsendung wird etwa 15 Minuten dauern. Die Einzelsendungen werden auf Schallplatten aufgenommen,

die aus der ganzen Welt der Reichsrundfunk-Gesellschaft in Berlin einzusenden sind, die mit der Zusammenstellung und Durchführung des Programms betraut wurde. Demnächst soll nun der internationale Austausch von Tonaufnahmen organisiert werden, die von den einzelnen nationalen Rundfunkorganisationen hergestellt wurden; sie liegen heute vielfach in den Archiven, während durch sie die Programme anderer Länder in willkommener Weise bereichert werden könnten. Für diesen Austausch sollen Zollerleichterungen angestrebt werden; ferner wurden Wünsche für die Erleichterung des Grenzübertritts von Reportagewagen sowie für die Gleichstellung ausländischer Rundfunkreporter mit denen des eigenen Landes in der Ausübung ihrer Berichterstattertätigkeit niedergelegt.

Als Neuerung gedenkt die UIR vom nächsten Jahre an Fachkonferenzen für die einzelnen Gebiete der Programmgestaltung einzuführen, an denen die Spezialisten der nationalen Rundfunkorganisationen teilnehmen und in einen Erfahrungsaustausch treten sollen. Zunächst wird wahrscheinlich das Vortragswesen einschließlich der Mehrgespräche und Hörfolgen zur Aussprache gestellt. Noch nicht abschließend konnten die Frage des Ausbaus der Zeitschrift „Radiodiffusion" der UIR und die Aufstellung einer einheitlichen Terminologie behandelt werden. Über die Fortschritte des Fernsehens ließ sich die Tagung eingehend unterrichten.

Die Juristische Kommission besprach unter Leitung von Dr. Sourek (Tschechoslowakei) Fragen der Autorengebühren, des Schutzes der ausübenden Künstler u. a. Die Budgetkommission, die Dir. Starzynski (Polen) leitet, behandelte interne Finanzfragen der UIR.

In gemeinsamer Sitzung diskutierten die Juristische und die Programmkommission Maßnahmen gegen die drohende Zunahme der Kommerzialisierung des Rundfunks (Reklamesender), die unerlaubte Verwertung der Sendungen, die Verstärkung der Beziehungen mit dem außereuropäischen Rundspruch, die Anwendung des Pressetarifs für die den Rundfunk betreffenden Telegramme usw.

Der aus der UIR ausscheidende britische Delegierte Vizeadmiral Sir Charles Carpendale, einer der Gründer der UIR und ihr hochverdienter erster Präsident, wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

Die nächste Tagung des Weltrundfunkvereins wird in der zweiten Junihälfte in Lausanne-Ouchy stattfinden.

Die Internationale Radiokonferenz in Havanna

Als eine Art Vorbereitung zur Konferenz in Kairo, gleichzeitig aber auch „um das eigene Haus in Ordnung zu bringen", tagte im November und Dezember 1937 eine Interamerikanische Radiokonferenz in Havanna. Verabredungen über die Verteilung der verfügbaren Wellenlängen auf der westlichen Halbkugel hatten bisher lediglich zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada bestanden. Die Tatsache, daß auch in Lateinamerika der Rundfunkbetrieb sich immer mehr entwickelte, verbunden mit dem Umstand, daß die südamerikanischen Staaten fast auf dem gleichen Längengrad wie Nordamerika liegen, hatte in den letzten Jahren zu einem sehr lästigen Durcheinander im amerikanischen Rundfunk geführt. Zwar hatten einige der lateinamerikanischen Staaten die Wellenverteilungs-Verträge von Washington und Madrid unterzeichnet, aber bei den in der Nähe des Karibischen Meeres

liegenden Republiken war die Erkenntnis für die Notwendigkeit unbedingter Durchführung dieses Verteilungsplanes noch nicht genügend entwickelt. Es handelte sich aber darum, diese Staaten zu energischem Vorgehen gegen die Missetäter (Schwarzsender im eigentlichen Sinne waren es nicht, da sie mit behördlicher Genehmigung arbeiteten) zu korrekter Einhaltung des ihnen zugewiesenen Wellenbereichs zu veranlassen. So versammelten sich in Havanna im November 1937 Vertreter der Dominikanischen Republik, Haiti, Kanada, Kuba, Mexiko und USA. Der kanadische Delegierte vertrat zugleich die Interessen von Neufundland.

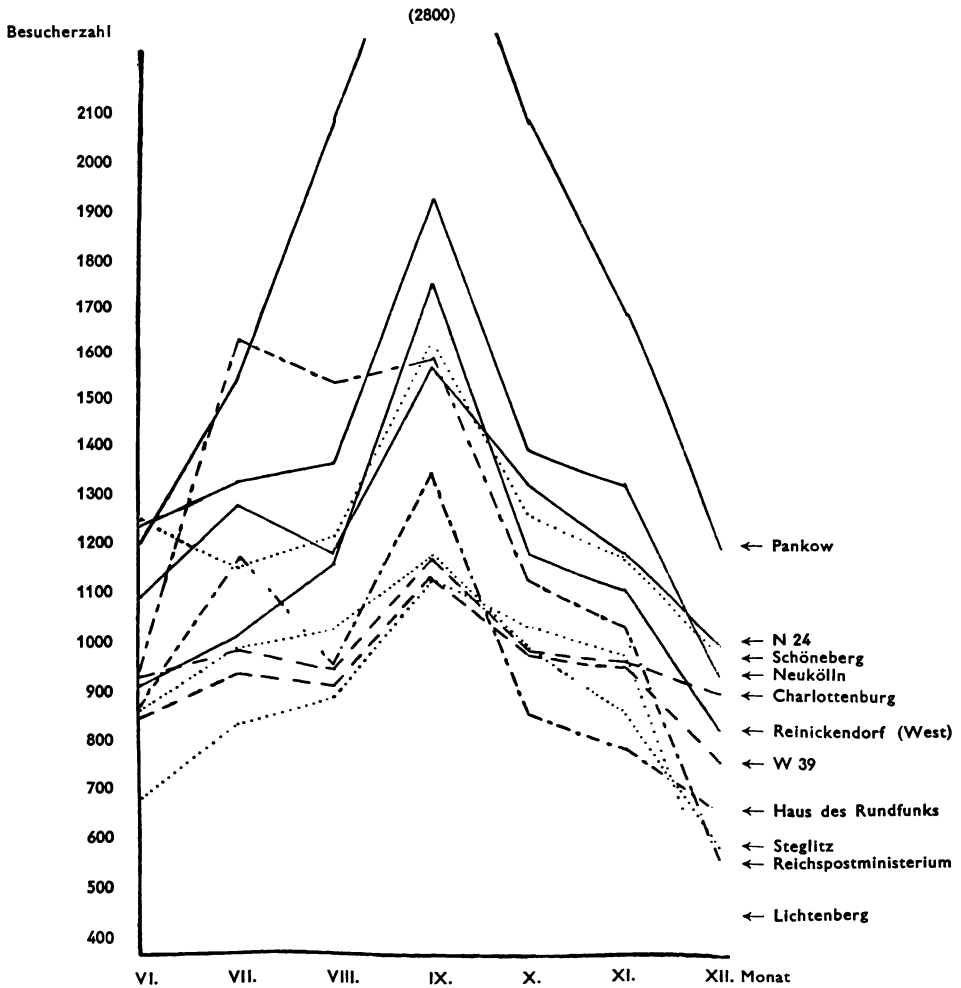
Nach über sechswöchigem Ringen gelang es, das nordamerikanische Wellenband, das nur 106 „Kanäle" umfaßt und das höher nur zwischen USA und Kanada abgegrenzt worden war, so zwischen den genannten sechs Nationen zu verteilen, daß die USA nicht einen einzigen ihrer 700 Sender zu opfern brauchte. Dieses „Rundfunkwunder" wurde dadurch erzielt, daß man das Rundfunkband etwas streckte, und zwar von 550 bis 1600 kHz. Innerhalb dieses Bandes müssen einige der USA-Sender ihre bisherige Wellenlänge ändern, teilweise bis zu 30 kHz, aber es bleibt ihnen die relative Position innerhalb des Rundfunknetzes erhalten. Die Änderungen müssen, nachdem der Bundessenat in Washington den Vertrag ratifiziert hat, innerhalb der nächsten zwei Jahre durchgeführt werden. Die Gegenleistung, die USA und Kanada für diese Änderungen erhielten, besteht darin, daß Kuba und Mexiko usw. sich jetzt auf definitive Wellenlängen verpflichtet haben und daß dadurch die Sender stillgelegt werden, die bisher nahe der USA-Grenzen in Mexiko und Kuba auf mehr oder weniger willkürlichen Wellenlängen arbeiteten. Danach griffen sie nicht nur störend in den Sendebetrieb der legitimen Sender ein, sondern sie wurden auch von gewissenlosen amerikanischen Geschäftsleuten dazu benutzt, um — dem Arm der amerikanischen Gerechtigkeit entfernt — unlautere Reklame, insbesondere Quaksalberkuren, durch den Rundfunk in USA zu verbreiten.

Am 4. Januar fährt die amerikanische Delegation nach Kairo ab. Zu ihr gehören der Senator White als Vorsitzender, Gesandtschaftsrat de Wolf vom amerikanischen Auswärtigen Amt, sowie Vertreter der Federal Communications Commission und der Kriegsmarine. Wie verlautet, wird sich das Hauptaugenmerk der amerikanischen Delegation nicht so sehr auf die Einzelheiten des regulären Wellenbandes erstrecken, denn in dieser Beziehung sind, wie oben dargelegt, die nordamerikanischen Bedürfnisse bereits in Havanna befriedigend geregelt worden. Wohl aber wird man sich mit den Ultrakurzwellen befassen, sowohl für Fernsehen wie für Faksimileübertragungen. Daneben wird man der Frage der kommerziellen drahtlosen Telegraphie erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden.

Hunderttausend besuchten die Fernsehstuben

Seit Mai 1937 ist in Deutschland das Fernsehprogramm erweitert worden, wobei gleichzeitig die unmittelbaren Sendungen auf Kosten der Filmübertragungen vermehrt wurden. Das Fernsehprogramm erhielt damit Form, Inhalt und Zielsetzung, ein Umstand, der sich auch in der Besucherzahl der Fernsehstuben ausdrücken mußte. Wir haben diese Zahlen zusammengestellt. In den Monaten Juni bis Dezember 1937 wurden in den Berliner Fernsehstuben rund 100000 Besucher

Besucherzahl in den Berliner Fernsehstuben vom Juni bis zum Dezember 1937



während der werktäglichen Abendsendungen von 20 bis 22 Uhr gezählt, es treten noch rund 13600 Besucher hinzu, die an den Übertragungen der Ereignisse vom Nürnberger Parteitag und anläßlich des Staatsbesuches des italienischen Regierungschefs teilnahmen. Diese Sendungen lagen an insgesamt 11 Tagen in den Vormittags- und Nachmittagsstunden. Wenn man auch mit einer ganzen Anzahl von „Stammkunden" rechnen kann, die regelmäßig die Stuben aufsuchen, so stellt die Gesamtzahl doch ein sehr schönes Ergebnis dar, das noch aufschlußreicher wird, wenn man die Aufgliederung nach der Lage der elf Fernsehstuben vornimmt.

Danach halten die Rekordzahl mit 40000 Besuchern die Fernsehstuben in den Vororten, in denen vornehmlich eine werktätige Bevölkerung wohnt (—— Linie).

Ein Zeichen, wie richtig es war, die Stuben besonders in diese dichtbevölkerte Gegend zu legen, wo die Menschen jedes zusätzliche Kulturinstrument begierig in ihren Lebenskreis aufnehmen. An zweiter Stelle stehen mit über 20000 die Vororte Lichtenberg, Schöneberg und Steglitz (..... Linie), es folgen schließlich mit etwa je 15000 die Fernsehstuben Rundfunkhaus und Reichspostministerium (-.-.-.- Linie) sowie die zwei Fernsehstuben im Westen Berlins (----- Linie). Die Besucherzahl ist am kleinsten, wo wahrscheinlich einmal später die ersten Käuferschichten zu finden sein werden. Es muß dabei bedacht werden, daß diese Gegenden weit dünner besiedelt sind als zum Beispiel die Wohnviertel der werktätigen Handarbeiter, und daß im Berliner Westen der Besuch der Stuben meist einmalig, gewissermaßen „informatorisch" ist.

Die Besucherkurven steigen im Juni an, sind im Juli uneinheitlich, gehen aber im August außerordentlich steil in die Höhe. Hier wirkt sich die Propaganda zur Rundfunkausstellung aus, desgleichen auch die Zahl der zusätzlichen Besucher aus dem Reich. Im September folgt ein Abstieg, der im Oktober — wenn auch schwächer werdend — anhält. Ende November zeigt das Gesamtergebnis überall durchschnittlich einen Aufstieg gegenüber Juni.

Im Dezember folgt dann ein erhebliches Absinken der Besucherzahlen, das zunächst befremdlich wirken müßte. Es wird aus drei Gründen leicht erklärlich. Einmal fallen die Weihnachtstage aus, zum zweiten waren zwei Fernsehstuben zusammen drei Wochen geschlossen (wegen Erneuerung), zum dritten wurde wegen des Umzuges des Fernsehprogrammbetriebes in neue Räume mehrere Wochen ein Programm gesendet, das sich nur aus Filmen zusammensetzte. Und dieser Grund erscheint uns der wichtigste, denn wir können an der Abschwächung des Interesses aus Programmgründen ersehen, daß die Besucher nicht allein wegen der technischen Neuheit die Fernsehstuben besuchen, noch weniger etwa — soweit dies überhaupt gesagt werden muß — die Räume im Winter als „Wärmehalle" benutzen, sondern daß sie bereits den Programmaufbau verfolgen, ihn werten und das grundsätzlich Neue, sich vom Film unterscheidende, die unmittelbare Sendung also bevorzugen. Daß unter diesen direkten Übertragungen wiederum dem aktuellen Dienst der Vorzug gegeben wird, beweist die Besucherzahl während der Sendungen vom Parteitag und vom Mussolinibesuch. Aus diesen Betrachtungen, die auf reines Zahlenmaterial gestützt sind, können naturgemäß wichtige Richtlinien für die zukünftige Programmgestaltung abgeleitet werden. — Mit dem Einsetzen der verbesserten 180-Zeilen-Sendung zieht die Zahl im Jahre 1938 wieder an.

Diese Zahlen sind gerade in ihren Schwankungen außerordentlich aufschlußreich, bei einer Betrachtung der genannten Gründe können die Aufstellungen nicht zu falschen Ergebnissen führen. Das Fernsehen hat sich bereits einen sicheren Platz in der Reichshauptstadt erobert; in den kommenden Monaten wird durch die systematische Erschließung neuer Gebiete durch die Fernsehsender auf dem Brocken und dem Feldberg (Taunus) sowie durch die Einführung des 441-Zeilen-Fernsehens in Berlin und in einer Reihe anderer Städte die Anteilnahme der Bevölkerung in hohem Maße gesteigert werden. Die bisherigen ersten Ergebnisse lassen diese Rückschlüsse ohne weiteres zu.

BLICK IN DIE RUNDFUNK-WELT

I. Europäischer Rundfunk

Deutschland Hörerzahl 1. Dezember: 8795967, am 1. Januar: 9087454. — Der Präsident der Reichsrundfunkkammer forderte in einem Vortrag an der Universität Breslau, daß der Rundfunk in allen seinen Erscheinungsformen im Rahmen einer selbständigen wissenschaftlichen Disziplin erforscht werde. — Der Reichsintendant gab bekannt, daß Berlin, Stuttgart, Köln, Saarbrücken und Leipzig neue Rundfunkhäuser erhalten werden, für Hamburg, Frankfurt und Breslau sind Erweiterungsbauten vorgesehen. — Am 19. Dezember beendete der Reichssender Leipzig die Sendung aller Bachkantaten, die im Laufe von sechs Jahren unter Leitung von Prof. Dr. Karl Straube mit dem Thomanerchor und dem Gewandhausorchester an Sonn- und Feiertagen durchgeführt wurden. — Auf der Jahrestagung der Akademie für Deutsches Recht kündigte Reichsminister Dr. Frank die Gründung eines Ausschusses für Rundfunkrecht an. — Am 13. Dezember bezog der Fernsehprogrammbetrieb neue, erweiterte Aufnahmeräume im Deutschlandhaus.

Österreich Hörerzahl 1. November: 612142, am 1. Dezember: 616125, am 1. Januar: 619623. — Im Januar wurde der neue 15-kW-Sender Graz in Betrieb genommen. — Prof. Oswald Kabasta, der Leiter der musikalischen Abteilung der RAVAG, ist zur Leitung der Münchener Philharmoniker berufen worden.

Belgien Hörerzahl 1. November: 997264, am 1. Dezember: 1008169. — Es taucht erneut der Plan auf, in Eupen einen deutschsprachigen Sender zu errichten.

Bulgarien Hörerzahl am 1. Januar: 34000.

Dänemark Hörerzahl am 1. November: 691425, am 1. Dezember: 693250, am 1. Januar: 704062. — Seit Januar erscheint ein neues technisches Rundfunkmagazin „Radio Ekko", Herausgeber ist der bekannte Rundfunkpionier und Begründer der ersten skandinavischen Rundfunkzeitschrift George W. Olesen.

Danzig Hörerzahl 1. November: 34461, am 1. Dezember: 35571, am 1. Januar: 36848.

Spanien Die Hörerzahl in Nationalspanien wird am 1. Dezember mit 143434 (ohne Asturien und Santander) angegeben. — Die nationalspanische Regierung verfügt über 39 Kleinsender von je 0,2 kW-Leistung, 6 Mittelwellensender von 20—0,5 kW, neben einigen kleinen auch 6 Kurzwellensender von 20—0,15 kW; 2 Mittelwellensender von 60—120 kW sind im Bau. — Valencia verfügt über 5 Mittelwellensender von 5—0,2 kW und 1 Kurzwellensender von 20 kW, 6 Mittelwellensender (2 zu 50 und 4 zu 2 kW) sollen in Bau sein; Katalonien sendet über 11 Mittelwellenstationen, darunter eine zu 5 kW und eine zu 3 kW, alle anderen haben nur 0,2 kW. — Die Nationalregierung hat eine Gebührenregelung festgesetzt, die sich nach drei Stufen staffelt: für verschiedene Empfänger in Privathaushalten, für öffentlich aufgestellten Geräte und für Geräte an Gaststätten usw., für deren Besuch Geld erhoben wird. Auf den Verkauf von Rundfunkgeräten wird eine Abgabe von 5% gelegt.

Estland Hörerzahl 1. November: 43370, am 1. Dezember: 46653. — Am 1. Dezember hatten 610 Schulen mit 30000 Schülern Empfangsgeräte.

Finnland Hörerzahl 1. November: 213600, am 1. Dezember: 221639, am 1. Januar: 231696. — Der neue 10-kW-Sender Vasa arbeitet auf Welle 211,3 m. — Der 1-kW-Sender Helsingfors wird auf 25 kW verstärkt.

Frankreich Hörerzahl 1. November: 4053884, am 1. Dezember: 4099404, am 1. Januar: 4163692. — An die Stelle des beim Kabinettswechsel ausgeschiedenen Ministers Lebas wurde Gentin Postminister. — Radio-Normandie soll eine 100-kW-Station (nach anderen Meldungen eine 20-kW-Station) errichtet haben, deren Inbetriebnahme jedoch die Regierung nicht erlaubte. Es wurde für den neuen PTT-Sender Limoges ein Grundstück bei Nieul erworben. — England hat gegen die englischen Werbesendungen auf französischen Sendern erneut Protest erhoben. — Die Sondersteuer auf Rundfunkröhren wurde ab 1. 1. 1938 um 100% erhöht, d. h. auf jeder Röhre liegt eine Abgabe von 8 Franks.

Griechenland Die Hörerzahl wird Ende 1937 auf rund 13000 Teilnehmer geschätzt. — Mit der Firma Telefunken wurde ein Konzessionsvertrag auf 25 Jahre abgeschlossen; es werden drei Mittelwellensender errichtet: 100 kW in Athen, 15 kW in Saloniki und 5 kW auf Korfu, ferner ein 10-kW-Kurzwellensender in Athen mit Richtstrahlern nach USA und Australien. Zum Frühjahr wird zunächst ein 15-k-W-Sender in Athen in Betrieb

genommen, der später nach Saloniki verlegt wird. Die Regierung sendet täglich eine Stunde Nachrichten und eigene Sendungen.

Großbritannien Hörerzahl 1. Dezember: 8424200, am 1. Januar: 8479600. — Vizeadmiral Sir Charles Carpendale wird zum 31. März von seinem Posten als stellvertretender Generaldirektor der BBC zurücktreten, sein Nachfolger wird C. G. Graves, bisher Leiter der Programmabteilung. B. E. Nicolls (bisher Verwaltungsabteilung) übernimmt die Programmabteilung, die Verwaltungsabteilung wird T. L. Lochhead leiten. — Die BBC baut zwei Sender aus, eine 100-kW-Station in South Devon (Start Point) auf Welle 285,7 m und eine Station in Clevedon (Somerset) auf Welle 203,5 m. Plymouth und Bornemouth (Welle 203,5 m) werden stillgelegt, wenn Start Point arbeitet. Es verlautet, daß ein Kurzwellensender auf Cypern errichtet werden soll, der vom östlichen Mittelmeerraum aus besonders nach Ägypten, Palästina und Arabien senden wird. Zwei weitere Kurzwellensender (man spricht von je 100 kW) sollen in Daventry erbaut werden, die Sendehäuser werden erweitert. Die Stationen sollen in erster Linie für den neuen am 3. Januar begonnenen Kurzwellendienst in fremden Sprachen benutzt werden. Der Fremdsprachendienst sendet zunächst in arabischer Sprache, er wird demnächst durch Progamme in Portugiesisch und Spanisch (nach Südamerika) ausgedehnt. Zum Leiter des Fremdsprachendienstes wurde A. E. Barker (bisher Schriftleitung der „Times") ernannt. — Durch den Schulfunk wurden Mitte Dezember rund 7000 Schulen erfaßt (5654 im Vorjahr). — Die Zeitschrift „Wireless World" hat Ende 1937 ihr Erscheinen eingestellt. — Gegen die französischen Reklamesendungen in englischer Sprache wurde auf diplomatischem Wege Protest erhoben, es sind Besprechungen aufgenommen worden. — Mit der Türkei finden Verhandlungen über Lieferungen von Programmen in türkischer Sprache statt. — Von April ab soll auch an Sonntagen ein zweistündiges Fernsehprogramm gesendet werden. An der bisherigen Norm von 405 Zeilen soll drei Jahre festgehalten werden, 17 Firmen arbeiten an der Normierung der Empfänger. Meldungen, nach denen Fernsehvorführungen in etwa 300 Kinotheater von einem besonderen Sender verbreitet werden sollen, sind noch nicht bestätigt. Die Übertragung des Derbys aus Epsom wurde von der Rennvereinigung nicht genehmigt. John L. Baird soll erfolgreiche Versuche gemacht haben, Fernsehen in natürlichen Farben zu senden, Einzelheiten fehlen noch.

Ungarn Hörerzahl 1. November: 374719, am 1. Dezember: 378797, am 1. Januar: 383274. Zwischen Italien und Ungarn wurden Verhandlungen über eine enge Rundfunkzusammenarbeit geführt.

Irland Hörerzahl 1. November: 111037, am 1. Dezember: 112550, am 1. Januar: 112792. — Am 1. Dezember waren 105 Schulen mit 6000 Schülern mit Empfängern versehen.

Italien Hörerzahl 1. November: 750750, am 1. Dezember: 760500, am 1. Januar: 825000. — Rundfunkanlagen in Parteistellen genießen eine Gebührenermäßigung um 50%, Empfänger in Dopolavore- und Kriegsteilnehmerorganisationen eine Ermäßigung um 25%. — Neben dem englischen und französischen Sprachunterricht wurde ein Lehrgang für Deutsch eingerichtet, ferner ein Lehrgang in Amharisch, der wichtigsten Sprache Äthiopiens. — Am 1. Dezember waren 14295 Schulen (2352094 Schüler) mit Empfängern versehen. Es wurde zum Studium des weiteren Ausbaues unter Leitung von Enzio M. Gray eine Schulfunkkommission vom Kultusministerium eingesetzt. — Durch den Landfunk werden 14000 Gemeinden mit 2 Millionen Landwirten erfaßt. — Es verlautet, daß Bologna („Radio Marconi") stillgelegt und Rom, Bari sowie Triest verstärkt werden sollen. — Mit Ungarn und Japan wurden Verhandlungen über Rundfunkaustauschsendungen geführt. Der König von Albanien sprach am Unabhängigkeitstag über den italienischen Rundfunk, und zwar über Bari II (Mittelwelle) für Albanien und über Rom II (Kurzwelle). — Der Fernsehversuchssender Monte Mario (bei Rom) hat regelmäßige Versuchssendungen für Tonprogramme aufgenommen.

Lettland Hörerzahl 1. Oktober: 105000, am 1. November: 107600, am 1. Dezember: 110342, am 1. Januar: 114305.

Litauen Hörerzahl 1. November: 41870, am 1. Dezember: 43931, am 1. Januar: 45800. — Am 1. Januar waren 528 Schulen mit Empfängern versehen.

Holland Hörerzahl am 1. Januar: 1071869.

Norwegen Hörerzahl am 1. November: 284307, am 1. Dezember: 295658, am 1. Januar: 304913. — Der 10-kW-Sender Vigra soll auf 100-kW verstärkt werden. Die Sender Stavanger, Bodö und Porsgrunn arbeiten auf Gleichwelle 360,6 m, Oslo, Bergen und

Vigra auf Welle 1154 m, auch Tröndelag und Kristianssund sollen auf Gleichwellenbetrieb gebracht werden.

Polen Hörerzahl 1. November: 774048, am 1. Dezember: 801349, am 1. Januar: 861265. — Der 10-kW-Sender Krakau hat seine Versuchssendungen begonnen.

Portugal Hörerzahl 1. Januar: 69102. — Ing. A de Q. R. Vaz Pinto ist von seinem Posten als Direktor im Postministerium zurückgetreten, seine Vertretung in der UIR hat Ing. Bivar übernommen. — Der 15-kW-Sender Lissabon hat am 15. Januar seine Kurzwellensendungen aufgenommen (Welle 25,34 m, 27,17 m und 30,18 m).

Rumänien Hörerzahl 1. Januar: 215808. — Alexander Hodos, bisher Leiter des Rundfunknachrichtendienstes, wurde im Kabinett Goga Unterstaatssekretär im Ministerpräsidium, ihm untersteht Presse, Film und Rundfunk. Es wurde beschlossen, daß die neuen Minister weit mehr als bisher über den Rundfunk zur Bevölkerung sprechen sollen. Die Reihe der Vorträge begann mit einer Ansprache von Goga, es folgte eine Rede des Finanzministers Savul. — Es wurde der erste Übertragungswagen in Dienst gestellt. — Neben dem bereits bestehenden Kurzwellensender des Elektrotechnischen Institutes, der dreimal wöchentlich auf Welle 31 m sendet, wurde ein offizieller Sender von 0,5 kW auf Welle 31,64 m in Dienst gestellt; er übernimmt zunächst die Programme von Radio Bukarest. — Der französische Privatsender Rueil-Malmaison stört Radio Bukarest, Rumänien will intervenieren.

Schweden Hörerzahl 1. Januar: 1041737. — Christian Günther, der zum Gesandten in Oslo ernannt wurde, legte seinen Posten als Vorsitzender der Direktion Radiotjänst nieder, sein Nachfolger wurde Seth Ljugqvist (bisher Bürochef der Telegraphengeneraldirektion), Vizepräsident wurde Gustaf Reuterswärd. — Karlskrona wurde von 0,2 auf 0,5 kW verstärkt. — Neben den Kurzwellensendern in Stockholm und Motala soll eine dritte Station in Hörby errichtet werden. — Die Regierung hat 25000 Kronen zum Ankauf von Schulfunkgeräten zur Verfügung gestellt.

Schweiz Hörerzahl 1. Dezember: 496504, am 1. Januar: 504132. — Als vierte Nationalsprache wird in Rhätoromanisch gesendet. — Es werden von der eidgenössischen Technischen Hochschule mit einem 0,5-kW-Sender Ultrakurzwellenversuche von einem Berg bei Zürich durchgeführt.

Tschechoslowakei Hörerzahl 1. November: 998517, am 1. Dezember: 1024301. — Es verlautet, daß bei Marienbad und am Nordrande des Altvatergebirges je ein 5-kW-Sender erbaut werden soll, die als Nebensender von Melnik arbeiten sollen. — Ende 1937 waren 8167 Schulen mit Empfängern versehen.

Türkei Die Hörerzahl wird auf rund 10000 geschätzt. — Mit der BBC (London) schweben Verhandlungen wegen Übernahme von Programmen in türkischer Sprache.

UdSSR. Die Jahresgebühren betragen für die Einzelhörer für einen Detektor 3 Rubel und 24 Rubel für ein Röhrengerät. Ist dieses Gerät öffentlich aufgestellt (Hospital, Klub, Schule, Restaurant usw.), dann steigt die Gebühr auf 36,50 Rubel. Rundfunkzentralen zahlen 36 Rubel für jeden Teilnehmer, bei öffentlicher Aufstellung der Lautsprecher (siehe oben) 108 Rubel, angeschlossene Schulen zahlen gleichfalls 108 Rubel für jeden Lautsprecher. — Die offizielle Zeitschrift „Industrialisation" stellt fest, daß die Leistungen der Rundfunkgerätefabriken 75% hinter dem vorgesehenen Plan zurückgeblieben sind.

Vatikan Der Kurzwellensender wurde durch eine neue 50-kW-Station ersetzt.

Jugoslawien Hörerzahl 1. November: 105002, am 1. Dezember: 111187, am 1. Januar: 112918. — Ende Januar fand in Belgrad die erste internationale Rundfunkausstellung statt.

Andorra Der französische Postminister teilte mit, daß der Bau eines Großsenders in Andorra nicht geduldet werden würde. Die Schweiz bedeutete vor kurzem, daß sie den Bau eines 100-kW-Senders in Liechtenstein als einen unfreundlichen Akt ansehen würde.

Kongresse Die Weltnachrichtenkonferenz wurde am 1. Februar in Kairo durch König Faruk I. eröffnet. Es nehmen 600 Delegierte mit etwa 300 Begleitern an ihr teil. Die letzte Konferenz fand vor fünf Jahren (1932) in Madrid statt.

II. Außereuropäischer Rundfunk

USA. Die NBC hat Ende 1937 zwei kanadische Sender in Montreal an ihr Netz angeschlossen. Die Stationen werden verstärkt und senden in englischer und französischer Sprache. —

Für die Fremdsprachenabteilung des Kurzwellendienstes der NBC wurden neue Räume geschaffen; die Zahl der Sendungen stieg von 173 im Juli auf 564 im September. — Die General Electric Company hat die Erlaubnis erhalten, in Belmont (Kal.) einen 20-kW-Kurzwellensender zu errichten, der nach dem Fernen Osten sendet. — Die Mormonengemeinde in Salt Lake City, die bereits über einen 50-kW-Sender verfügt, will einen Kurzwellensender errichten. — Im Kalenderjahr 1937 sind rund 9 Mill. Empfänger abgesetzt worden (im Vorjahr 8,2 Mill.). — Die NBC verpflichtete Michael Weightman-Smith als Bühnenbildner und Bildspielleiter für den Fernsehversuchsbetrieb.

Kanada Laurence Gilliam, der Fachmann der BBC auf dem Gebiete des Hörspiels und der Großreportage, ist auf sechs Monate zum kanadischen Rundfunk als Berater beurlaubt worden; er wird auch die Möglichkeiten eines Programmaustausches untersuchen. — Zwei Sender in Montreal wurden der NBC angeschlossen, sie sollen verstärkt werden, der Programmdienst wird in zwei Sprachen durchgeführt.

Südamerika Die argentinische Postverwaltung hat bestimmt, daß die privaten Sendegesellschaften ausländische Rundfunkprogramme nur noch mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde übernehmen dürfen; desgleichen ist der Programmaustausch unter den argentinischen Sendern genehmigungspflichtig. — In La Plata wurde ein 30-kW-Mittelwellensender in Betrieb genommen. — Der nationale Kaffeeverband in Brasilien beabsichtigt, für eine internationale Kaffeepropaganda einen 50-kW-Kurzwellensender zu errichten.

Afrika Hörerzahlen. Algerien: 1. Oktober: 70707, am 1. November: 71683. Franz.-Marokko: 1. Oktober: 33201 (davon 27239 Europäer, 3656 mohammedanische Marokkaner, 1615 einheimische Juden), 1. Dezember: 33887, 1. Januar: 34240. — Ägypten: Hörerzahl am 1. November: 66054, am 1. Dezember: 66950, am 1. Januar: 67923. Es wurde ein 100-kW-Sender für Mittelwellen in Auftrag gegeben. — Abessinien: Der Kurzwellensender der Djibuti arbeitet einmal monatlich, die Station Addis-Abeba täglich. Der Vizekönig Herzog von Aosta gab bekannt, daß Abessinien mit einem ausreichenden Sendernetz überzogen werden soll, das Zentrum wird in Addis-Abeba liegen. Es wurden 200 Anlagen für Gemeinschaftsempfang geschaffen, die den 1-kW-Sender Addis-Abeba hören können. — Südafrika: Hörerzahl am 1. September: 172394. Der Kurzwellensender Johannesburg wurde durch die 5-kW-Station Klipheuwel ersetzt, die die Programme von Kapstadt überträgt.

Asien Palästina: Hörerzahl am 1. Januar: 28515. — Siam: Hörerzahl am 1. Januar: 24000. — Britisch-Indien: Hörerzahl am 1. Oktober: 47771, am 1. November: 48524. In Bombay wurde ein 20-kW-Kurzwellensender in Betrieb genommen. In Neu-Delhi wird ein Rundfunkhaus errichtet. In Bombay sollen Fernsehversuche aufgenommen werden. — In Britisch-Malaya wird ein neuer Kurzwellensender in Betrieb genommen.

Japan Hörerzahl am 1. September: 3177219, am 1. Oktober: 3248904, am 1. November: 3297134. — Mit Deutschland und Italien wurde im Blick auf den Antikominterpakt ein Programmaustausch durchgeführt. In Shanghai wurden in die Rundfunkgesellschaften Kontrolloffiziere eingesetzt; der Großsender wurde unter japanischer Leitung eröffnet.

Mandschukuo Hörerzahl am 1. August: 72679.

Australien Hörerzahl am 1. Oktober: 985983, am 1. Dezember: 1000860. Es wurden in den letzten Monaten neun neue Mittelwellensender mit 0,1—0,5 kW in Betrieb genommen, acht von diesen Stationen werden von Privatrundfunk betrieben.

Neuseeland Hörerzahl am 1. September: 265810, am 1. Oktober: 272691. Es wurden zwei 1-kW-Stationen (Mittelwelle), Christchurch und Dunedin, in Betrieb genommen.

SCHRIFTTUM

Atlante Radiofonico Mondiale. Herausgegeben unter Mitwirkung der Ente Italiano per le Auditione Radiofoniche (EIAR). 1937.

Vor etwa zwei Jahren erschien im Verlag der Weidmannschen Buchhandlung, Berlin, ein „Welt-Rundfunk-Atlas". Dieses Werk von Dr. Kurt Wagenführ war die erste zusammenfassende Darstellung der Rundfunkverhältnisse in allen Ländern der Welt, es leitete seinen Namen von den beigegebenen Kartenskizzen ab, die die genaue Senderverteilung der einzelnen Länder zeigten. Darüber hinaus war das Buch aber auch noch mit charakteristischen Photos, Senderverzeich-

nissen usw. verdienstvoll bereichert. Das nunmehr in Italien unter dem fast gleichen Titel „Atlante Radiofonico Mondiale" erschienene Werk ist in erster Linie ein Taschenatlas mit 28 mehrfarbigen Karten und Tabellen. Die Karten zeigen die Senderverteilung der einzelnen Länder und der ganzen Welt an. Wie es mit allen solchen Senderverzeichnissen geht, so haben sie nur Gültigkeit für einen gewissen Stichtag, aber für einen Gesamtüberblick ist das verarbeitete Material dieses Atlasses ausreichend. Eindrucksvoll ist die Weltkarte, die zeigt, wie dicht die Sender in Europa verteilt sind, wie sich in Amerika die Sender an der Ostküste der Vereinigten Staaten häufen, wie in Mittelamerika eine recht beachtliche Senderdichte ist, und schließlich auch wieder bei einigen Staaten Südamerikas. Afrika, Asien und Australien sind als Ganzes genommen natürlich nicht so stark mit Rundfunksendern überzogen, abgesehen vielleicht von Japan. Besondere Beachtung verdient die Europakarte, in der die rundfunkgeeigneten Kabelverbindungen unter den einzelnen Ländern dargestellt ist, sowie eine weitere Karte, die alle Einzelheiten der italienischen Senderverteilung und Senderverbindung zeigt. Eine Weltzeitkarte, eine farbige Statistik über Zahl und Stärke der Sender in den einzelnen Erdteilen, sowie über die Hörerverteilung, sind Beigaben, die in großen Umrissen richtige Begriffe vermitteln. Ein Anhang von 56 Seiten bildet dann den Versuch einer zusammenfassenden Tabelle aller Rundfunksender der Welt mit kurzen Erläuterungen über die Namen der Rundfunkgesellschaften, die Zahl der Hörer usw. Hierbei scheint allerdings auch noch veraltetes Archivmaterial mit verarbeitet worden zu sein, so wird im Abschnitt Deutschland noch von der „Deutschen Welle" gesprochen, die schon seit mehreren Jahren nicht mehr besteht, und von der „Dradag" (fälschlicherweise „Dravag" geschrieben), die inzwischen längst vom Drahtlosen Dienst abgelöst worden ist. Solche kleinen Unstimmigkeiten sind auch bei anderen Ländern unterlaufen. Diese Fehler der Darstellung haben ihre Ursache wohl darin, daß das Buch nicht aus eigener Kenntnis der einzelnen Rundfunkländer entstand, sondern sich auf Archivmaterial stützt, das der Verfasser vielleicht nicht einmal selbst zusammengetragen hat, sich also auf fremde Archivarbeit verlassen mußte. Uns will es erscheinen, daß eine wirklich einwandfreie Darstellung der Weltrundfunkverhältnisse wohl nur durch die Zusammenstellung von authentischen Berichten, die jedes Land selber liefert, möglich ist. Es wäre eine verdienstvolle Aufgabe, wenn dieser Weg einmal beschritten werden könnte.

Menzel.

*

Dr. Karl-Heinz Richter: „Der Umfang des Senderechts". Erschienen im Verlag Bernhard Sporn, Zeulenroda (Thür.) 1937. 3.— RM.

Es werden dankenswerterweise nicht nur die deutschen Rechtsverhältnisse untersucht, sondern auch ausländische berücksichtigt (Polen, Rußland, Österreich, Tschechoslowakei, Italien, Schweiz, Frankreich und Belgien, England sowie die nordischen Staaten). Interessant ist die Auffassung Sowjetrußlands. Das vom Verfasser angeführte Gesetz vom 24. September 1927 erteilt den sowjetrussischen Behörden und Organisationen, die das Recht zur Übertragung durch Rundfunk haben, die Befugnis, durch Rundfunk und auf dem Drahtwege die in Theatern, Konzertsälen, Hörsälen und sonstigen öffentlichen Orten zur Aufführung gelangenden musikalischen, dramatischen Erzeugnisse, sowie Vorlesungen, Vorträge usw. zu übertragen, ohne hierfür eine besondere Vergütung an die Autoren und Darsteller, noch an die Theater, Unternehmer u. dgl. zu zahlen. Sowjetrußland kann sich solche Vorschriften leisten, weil es nicht — wie die „übrige" zivilisierte Welt — der Berner Übereinkunft angehört. Was das Buch Richters aber, abgesehen von der Beschäftigung mit ausländischem Recht, auszeichnet, ist die liebevolle Behandlung und das verständnisvolle Eingehen auf die praktischen Bedürfnisse des Rundfunks. Es ist ganz klar, daß der Verfasser aus einer tieferen Beschäftigung mit dem Rundfunkurheberrecht heraus zu der Erkenntnis vordringen muß: schafft die gesetzliche Rundfunklizenz! Verfasser muß auch zwangsläufig in der Frage der Schallplattensendung zu einer, dem Urteil des Reichsgerichts widersprechenden Rechtsauffassung gelangen, weil für jeden Rundfunkurheberrechtler die reichsgerichtlichen Entscheidungsgründe nicht deutbar sind. Irgendwo gibt es nun einmal Grenzen des Rechts — auch beim Senderecht. Und hier zeigt nun Verfasser im einzelnen auf, welche Kollisionen bei Sendespielen, Opern, Rundfunkberichten, ja bei jeder schöpferischen Rundfunkarbeit urheberrecht-

lich auftreten. Richter entwickelt dabei nicht nur die Tatbestände, sondern schlägt auch Lösungen vor. In einem solchen Falle dient eine Dissertation der wirklichen Bereicherung des vorhandenen Rundfunkschrifttums.

Dr. jur. Gustav Rollwage: „Das französische Rundfunkrecht". Druck der August Pries GmbH., Leipzig C 1. 1937.

Der Verfasser bietet eine rechtspolitische Untersuchung der Entwicklung des französischen Rundfunks zum „service public". Nach den Begriffsbestimmungen beschäftigt er sich mit dem technischen Instrument, geht zurück auf das Nachrichtenwesen, zeigt, warum dieses nicht die geeignete rechtliche Grundlage sein konnte und stellt klar die Unterscheidungen von „technischem" und „geistigem" Monopol heraus. In dem Abschnitt über die „Programmarbeit" werden die liberalen Grundrechte erläutert, die den Rundfunk in Frankreich zuerst völlig den Privatinitiativen überließen. Rollwage meint, daß die Neutralität der Programmarbeit zwar der typischen Staatsauffassung des Liberalismus entspreche, aber mit dem Wesen und der kulturellen Mission des Rundfunks unvereinbar sei. Er stellt dabei mit Recht fest, daß die „liberté contrôlée" eben doch keine „liberté" mehr ist, sondern bereits das Eingeständnis der Unzulänglichkeit liberalistischer Gedankenkonstruktionen bedeutet. Analogien zu Theater, Schule und Presse unterstreichen diese Erkenntnisse. Die Anerkennung als Kulturinstrument im Rechtsleben wird beim Urheberrecht, im Antennen- und Störschutzrecht sowie bei der Rundfunkreklame nachgewiesen; die ausführliche Gesetzesentwicklung beschließt diesen Abschnitt. Gesamtergebnis: der französische Staatsrundfunk ist entgegen Wortlaut und Sinn der Vorschriften vom 28. Dezember 1926 praktisch als „service public" organisiert. Die Zweiteilung der Rundfunkarbeit in „Technik" und „Programm" ist durch die einheitliche und zentrale Leitung beider Gebiete, die letztlich dem französischen Ministerpräsidenten untersteht, beseitigt.

Wilhelm Naegeli: „Die rechtliche Stellung der British Broadcasting Corporation". A.-G. Buchdruckerei B. Fischer, Münsingen (Schweiz).

Aus der Organisation der British Broadcasting Corporation stellt Naegeli für das englische Recht die verfassungsrechtlichen Grundlagen und die positiven Rechtsquellen heraus. Er schildert dabei zunächst die Entstehung und die heutige Bedeutung des Rundfunkmonopols des Staates. Die gesetzlichen Grundlagen, die Royal Charter of Incorporation der BBC, Begriff und Inhalt dieser Charter, sowie das Verhältnis von Royal Charter und Licence bilden den Inhalt der weiteren Erörterungen. Interessant sind dabei die beiden sich überschneidenden Kreise — Befugnis und Umfang der Selbstverwaltung der Corporation einerseits und Überwachung der BBC durch den Staat andererseits. Darüber hinaus unternimmt Naegeli den bemerkenswerten Versuch, das Verhältnis von Staat und BBC in der Gestaltung des Rundfunkprogramms nachzuweisen. In diesem Zusammenhang werden die Grundsätze der Bildung und Gestaltung (Inhalt des Programms) erörtert und dabei das Kontrollrecht des Staates berücksichtigt. Das Buch ist für jeden europäischen Rechtswahrer, der sich mit dem englischen Rundfunk und seinem Recht beschäftigt, eine Fundgrube für die Beobachtung der Rechtsentwicklung jenseits des Kanals. Pridat-Guzatis.

Diplom-Kaufmann **Dr. Alfons Höckel: „Die deutsche Rundfunkwirtschaft".** Erschienen bei G. A. Gloeckner, Verlagsbuchhandlung in Leipzig, 1938. (IV, 150 S.) Kart. RM. 7,50.

Der Entwicklungsstand der Rundfunkwirtschaft ist einer der Hauptbestimmungsfaktoren für die rundfunkmäßige Erfassung eines Gebiets. 5o v. H. der deutschen Haushaltungen sind heute an den Rundfunk angeschlossen. Die Gewinnung der übrigen 5o v. H. der Haushaltungen wird hauptsächlich eine wirtschaftliche Frage sein, da diese Haushaltungen zu den wirtschaftlich schwächeren gehören. Höckels Arbeit schließt daher zur rechten Zeit eine Lücke in der deutschen Wirtschaftsliteratur. Sein Buch bringt einen in mühsamer Kleinarbeit durch gutes Material belegten Überblick über die Gesamtprobleme der deutschen Rundfunkwirtschaft. Die in der Einleitung und im ersten Teil geschilderte Entwicklung des deutschen Rundfunkwesens und der deutschen Rundfunkindustrie dürfte neben rein wirtschaftlich Interessierten allen Mitarbeitern am deutschen Rundfunk notwendigstes Wissen vermitteln.

Von besonderem Interesse ist neben dem zweiten Teil: Die Produktion, der dritte Teil: Der Vertrieb. Hierin wird der deutsche Markt und der Weltmarkt für Rundfunkgeräte behandelt. Die Untersuchungen über die Nach-

frage, das Angebot, die Absatzmöglichkeiten und die Werbung, bringen interessante Einzelheiten, wie z. B. die Vergleiche der Absatzkurven von Marken- und Volksempfängern. Auch Höckel stellt auf Grund seiner Untersuchungen fest, daß der Volksempfänger, der heute in über 1,6 Millionen Stück abgesetzt worden ist, nicht nur ein rein zusätzliches Geschäft darstellt, sondern Schrittmacher für den Kauf wertvollerer Geräte wurde. Reiches Material enthält die Schilderung der Marktverhältnisse in der deutschen Rundfunkwirtschaft. Die Probleme der Marktregelung, die Wirtschaftsverträge von 1934/35 und das Vertragswerk der Jahre 1936/38 sind eingehend gewürdigt.

Das vorliegende Buch erfüllt seine Aufgabe, allen Lesern Stand und Entwicklung der deutschen Rundfunkwirtschaft aufzuzeigen, sehr gut. H. Schaefer.

*

Über den gegenwärtigen Stand des Erziehungsrundfunks liegt ein umfangreiches amerikanisches Werk vor, **„Educational Broadcasting 1936"**, Proceedings of the first national conference on educational broadcasting in Washington, D. C. Als Konferenzbericht hat es den Vorzug, daß die Probleme von vielen Seiten beleuchtet werden und die besonderen Situationen und organisatorischen Pläne für die Zukunft stärker in Erscheinung treten, als wenn die Fragen nur vom Standort des einzelnen Verfassers gesehen wären. Die Notwendigkeit einer solchen wertvollen Zusammenstellung von Urteilen mit Vorschlägen vieler Fachmänner ergibt sich aus der allgemeinen Lage des Erziehungsrundfunks der Gegenwart, die im Vorwort durch zwei Feststellungen charakterisiert wird:

1. Der Erziehungsrundfunk ist trotz aller seiner Fortschritte noch nicht in einem Stadium voller Ausgestaltung und höchster Wirkungsfähigkeit.

2. Die Erzieher haben inzwischen erkannt, daß es schwieriger ist, ein zweckmäßiges Programm zu schaffen, als es ursprünglich den Anschein hatte.

Man versteht also leicht, daß es von Nutzen sein muß, wenn eine Konferenz in Rückblick und Ausblick sich über den Stand der Dinge Rechenschaft ablegt. Das geschah auf breitester internationaler Grundlage: Es nahmen 25 Vertretungen von 17 Ländern teil, und zwar von Australien, Belgien, Bulgarien, Brasilien, Kanada, Tschechoslowakei, China, Columbien, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Guatemala, Mexiko, Neu-Seeland, Südafrika, Schweden und Türkei. Die Behandlung der Einzelheiten ist so mannigfaltig, daß an dieser Stelle nur auf einen kleinen Ausschnitt der dort besprochenen Themen hingewiesen werden kann. John W. Studebaker referierte über den „Rundfunk im Dienste der Erziehung" (S. 21 ff.) und stellte u. a. folgende Grundsätze für die zukünftige Arbeit auf: Im Vordergrund hat das Bemühen um einen im Erziehungsrundfunk erfahrenen Nachwuchs zu stehen, der aus Studenten gebildet werden soll. Es müssen feste organisatorische Voraussetzungen für die ständige Zusammenarbeit zwischen Erziehern und Rundfunkfachleuten geschaffen werden. Staatliche und örtliche Behörden müssen auch die Versuchsarbeiten fördern. Es müssen zur Ausbreitung des Erziehungsfunks auf dem Lande in Nordamerika Kurzwellensender errichtet werden. Diese Forderungen sind dann von einem Vertreter des Rundfunks, William Mather Lewis in einem Referat „The Claims of Education Broadcasting" ergänzt worden (S. 137 ff.). Eine breitere Grundlage gewann die Erörterung dieser zunächst an nordamerikanischen Verhältnissen untersuchten Probleme durch ein Sammelreferat über den Erziehungsfunk in einigen anderen Ländern. Es wurden besprochen die Südafrikanische Union, Kanada, China, Bulgarien, Tschechoslowakei, Ägypten, Deutschland (Bericht von Kurt G. Sell), Ungarn, Mexiko, Polen, Rumänien und Schweden (S. 168 ff., S. 425 ff.). Neben den Erörterungen der Aufgaben und Ziele des Erziehungsrundfunks vom Erzieher und vom Sender aus gesehen verdient ein Sammelbericht Beachtung, der unter dem Titel „Radio in the life of the child" (S. 187 ff.) den gesamten Fragenkreis vom Empfänger aus betrachtet. Das ist besonders wichtig und aufschlußreich; denn mehr als im Rundfunkempfang der Erwachsenen bildet die psychologische Aufnahmefähigkeit des Kindes ein ständiges Korrektiv für die Programmgestaltung, das niemals außer acht gelassen werden darf. Darbietungen, die den differenzierten geistig-seelischen Entwicklungsstadien angeglichen sind, und Anleitung zu sinngemäßem, vor allem auch zeitlich begrenzten Hörens durch Kinder, stellen die Hauptforderungen dar, die eingehend begründet werden. In einem Referat unter dem Thema „Classroom

Broadcasting" (S. 207 ff.) werden die gleichen Fragen in ähnlicher Weise für die dort vorliegenden Verhältnisse erörtert.

Als eine Ergänzung zu diesem großen Berichtswerk kann eine Sonderschrift angesehen werden, die den Titel führt **„Present and Impending Applications to Education of Radio and Allied Arts"**. Hier werden besonders der gegenwärtige Stand und die künftigen Möglichkeiten in der technischen Entwicklung des Rundfunks in der Erziehungsarbeit erörtert, zu denen auch die spätere Einführung des Fernsehens gezählt wird.

Für den engeren Rahmen der Schulfunkarbeit in London liegt ein kurzer Rechenschaftsbericht vor, den der London County Council unter dem Titel **„Broadcast Lessons in London Elementary Schools"** herausgegeben hat. Neben einem geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung seit 1920 stehen ausführliche statistische Angaben über die Programmgestaltung, die eine Angleichung der Rundfunkarbeit an die Unterrichtseinteilung der Elementarschulen zeigt.

In letzter Zeit sind eine Reihe von neuen Hilfsheften für die Schulfunkarbeit erschienen, die schon früher an dieser Stelle genauer besprochen wurden und auf die deshalb hier nur kurz hingewiesen wird. The Central Council for School Broadcasting gibt sie heraus für den Unterricht im Französischen und Deutschen, für Biologie, Geschichte, Geographie, Musik u. a. The Scottish Coucil for Broadcasting veröffentlicht ähnlich angelegte Hefte über Landeskunde, Naturkunde, Biologie, Geschichte, französischen Sprachunterricht u. a.

Besonders möchten wir hinweisen auf einen **deutschen Sprachführer,** der für die ibero-amerikanischen Hörer vom Deutschen Kurzwellensender herausgegeben wurde. Im Vorwort wird betont, daß der Versuch mit einem Unterrichtskursus im Deutschen geglückt ist und nun ein erweiterter Lehrgang eingerichtet werden soll, für den das vorliegende Hilfsbuch gedacht ist. Der sprachliche Stoff ist den einzelnen Situationen des Rundfunkhörens selbst entnommen und dient damit zugleich der Ausbreitung der deutschen Sendungen in Südamerika. Grammatische Übungen sind geschickt und unauffällig eingebaut; durch bunte Bilder wird die Arbeit erleichtert und zugleich vertieft. Wenke.

*

„Gegner, die Freunde wurden". Aus Zuschriften überseeischer Kriegsteilnehmer an den deutschen Kurzwellensender. 1937. Eine Sammlung von Briefen, ähnlich der Zusammenstellung, die nach den Olympischen Spielen herausgegeben wurde. Die Idee ist ausgezeichnet, das einfache Buch muß in die Hände aller am Rundfunk interessierten Kreise des In- und Auslandes kommen. Es ist eine reiche Fundgrube für jeden, der sich mit hörpsychologischen Problemen und Fragen der Verständigungsarbeit des Rundfunks beschäftigt. Der Kurzwellensender sollte diese Veröffentlichungen unter wechselnden und wieder so interessanten Themen fortsetzen, das Rundfunkschrifttum erfährt dadurch eine wichtige Bereicherung. Eindringlicher als an diesen Originalzuschriften ehemaliger Kriegsteilnehmer und Angehöriger der Besatzungsarmee aus Übersee kann ein Wollen nicht unter Beweis gestellt werden Wgf.

Paul Heinrich Gehly: Deutsche Meister der Musik im Rundfunk. Ein kleines Handbuch f. Musikfreunde. Musikverlag P. I. Tonger, Köln 1937.

Der Verfasser, Abteilungsleiter am Reichssender Köln und Leiter der Rundfunkarbeitsgemeinschaft an der Staatlichen Hochschule für Musik in Köln, hat aus der Praxis heraus kurz gefaßte Porträts deutscher Meister, deren Werke im deutschen Rundfunk einen festen Platz einnehmen, in einem Büchlein zusammengefaßt, das das Verhältnis des Hörers zu den Werken selbst und zum Rundfunk enger gestalten will. In leicht faßlichen, knappen Lebens- und Schaffensübersichten bringt es dem Leser Persönlichkeit und Eigenart der Meister nahe und gibt ihm zugleich einen Einblick in die Rundfunkplanung auf musikalischem Gebiet. In der geschickt durchgeführten Verbindung dieser beiden Gesichtspunkte, der Einführung in klassisches Musikschaffen und des Überblicks über ein wichtiges Gebiet kultureller Rundfunkarbeit liegt sein Wert. Man erfährt Aufschlußreiches über die Eignung der einzelnen Meister und ihre Stellung in den Sendeprogrammen. Durch die volkstümlich-schlichte, mit Zitaten und Anekdoten gewürzte Sprache und die schlagkräftige Kürze wird die Absicht, Vorfreude auf die musikalischen Sendungen zu wecken, geschickt unterstrichen. Ein Vorwort über das Rundfunkhören und ein Kapitel über die Musikgattungen im Rundfunk dienen demselben Ziel. (Die Anwendung der Bezeichnungen Funk und Rundfunk ist bisweilen falsch.) Killer.

BBC Music Programmes (January — March 1938). (Broadcasting House, London W 1), Die kleinen, regelmäßig erscheinenden Hefte bringen eine Zusammenstellung der genauen Vortragsfolgen aller großen Konzerte, die vom englischen Rundfunk im ersten Vierteljahr 1938 veranstaltet werden. Aufschlußreich ist das Verzeichnis der in den Programmen vertretenen Werke. Die deutschen Komponisten wie Bach, Beethoven, Brahms und Mozart, aber auch Haydn, Schubert, Schumann, Wagner und Weber werden am meisten aufgeführt. Weiter ist bemerkenswert, daß Schumanns kürzlich erst veröffentlichtes Violinkonzert seine erste englischen Aufführungen am 16. und 20. II. erlebt. An größeren Werken werden angekündigt: Mozarts „Requiem", Brahms „Deutsches Requiem" und Bachs h-moll-Messe. Von deutschen Künstlern hört man die Pianisten Edwin Fischer und Wilhelm Backhaus. Bd.

Die NBC hat ein **„Yearbook of NBC-Programms 1936"** herausgegeben; in 130 Seiten und zahlreichen lebendigen statistischen Darstellungen wird Überblick über alle Programmsparten der Sendegesellschaft gegeben. Eine interessante und wichtige Arbeitsunterlage, aufschlußreich in den Vergleichen mit früheren Jahren oder in den Zusammenstellungen der monatlichen Ergebnisse. Er würde für Forschungsarbeiten wichtig sein, wenn ähnliche Unterlagen von allen Gesellschaften aufgezeichnet würden. W.

*

Deutsche Postgeschichte. Herausgegeben im Auftrag des Reichspostministeriums (Berlin W 66), Konkordia-Verlag Reinhold Rudolph, Leipzig C 1 (1937).

Es liegen bisher zwei Hefte dieser neuen Zeitschrift vor, die halbjährlich erscheinen wird. Sie ist ausgezeichnet in der Ausstattung und Aufmachung, im Inhalt gründlich, sorgsam berichtend und wertend auf Quellenmaterial fußend, das durch gute historische Bilder und ganz ausgezeichnete Beigaben erläutert wird. Die Zeitschrift ist eine wertvolle Bereicherung auf dem Gebiete des deutschen Zeitschriftenwesens. Ihre Aufgabe ist — nach dem Geleitwort des Reichspostministers Dr.-ing. e. h. Ohnesorge —, ein Organ für ernste Postgeschichtsforscher zu sein, es folgt den Gedankengängen eines Ranke und Stephan, es will eine politische Postgeschichte schreiben, nicht als Teil der Wirtschaftsgeschichte, sondern als Teil der Staatsgeschichte. Die ersten beiden Hefte beschreiten diesen vorgezeichneten Weg in Aufbau und Inhalt durchaus erfolgreich. Wgf.

Televisione. Rivista del Centro Internazionale di Televisione dell' I. C. E. — Rom. Jahrgang I. 1937.

Eine neue italienische zweimonatlich erscheinende Zeitschrift, die ihren internationalen Charakter durch Veröffentlichungen in italienischer, deutscher, englischer und französischer Sprache betont. Sie behandelt in wissenschaftlichen Beiträgen aus der Feder führender Fachleute Fragen der technischen Entwicklung des Fernsehens, unterstützt durch Zeichnungen und Bilder, ergänzt durch eine Bibliographie und Materialnachweis.

Das Heft 5 der Zeitschrift **„Radiodiffussion"** enthält eine Reihe Gedenkartikel aus der Feder führender Rundfunkfachleute zum Tode Marconis und einen bemerkenswerten aktuellen Beitrag im Blick auf die Kairo-Konferenz von Raymond Braillard. Deutschland ist mit zwei Artikeln über den deutschen Rundfunk und die Völkerverständigung (wir verweisen auf Heft 4 des „Welt-Rundfunk") und über Rundfunk und Schallplatte vertreten. Das Heft, das eine Anzahl weiterer interessanter Beiträge enthält, hat durch die Bildbeigaben gewonnen; es ist vielseitig in den Themen und wesentlich im Inhalt. —r.

Wir zeigen an:

Es ist in J. F. Lehmanns Verlag, München - Berlin, ein **„Rundfunk - Taschenbuch für jedermann"**, I. Jahrgang 1938. Herausgeber: Eckart Klein, erschienen. Preis 2,80 RM., 230 Seiten, 114 Abbildungen und Zeichnungen.

Eine **Sender-Tabelle** haben die Ideal-Werke, Aktiengesellschaft für drahtlose Telephonie, Berlin, herausgegeben. Sie umfaßt die Kurzwellensender der Erde und die Mittel- und Langwellensender von Europa, sowie eine Zeittafel. Umfang: 16 Seiten, die Listen berücksichtigen den Stand von etwa Ende 1937.

Das **Radio-Bladet,** Oslo, hat eine Tabelle der Kurzwellensender, Telephonie-Sender und Fernseh - Sender zusammengestellt. Umfang 4 Seiten, Preis 15 Öre.

Es erschien ein wieder sehr sorgfältig zusammengestellter **„Deutscher Reichspost-Kalender 1938"**, der in Wort und hübschen Bildern auch Angaben über den deutschen Rundfunk enthält. —r.

Nichtsnutzig eine Freiheit, die vergißt,
Was sie der Reichesehre schuldig ist!

Nichtsnutzig eine deutsche Libertät,
Die prahlerisch in Feindeslager steht!

Geduld! Es kommt der Tag, da wird gespannt
Ein einig Zelt ob allem deutschen Land!

Geduld! Wir stehen einst um ein Panier,
Und wer uns scheiden will, den morden wir!

Geduld! Ich kenne meines Volkes Mark!
Was langsam wächst, das wird gedoppelt stark.

Geduld! Was langsam reift, das altert spat!
Wann andre welken, werden wir ein Staat.

Conrad Ferdinand Meyer

Im Jubel seiner Heimat fährt der Führer des deutschen Volkes die alte Donaustraße nach Wien, um die Heimkehr der Ostmark ins Reich zu vollenden. Das deutsche Blut der Alpenländer hat sich befreit in einem fruchtbaren Zusammenwirken der eigenen Kraft mit der brüderlichen Macht des Reiches. Die großen Schatten der deutschen Geschichte steigen auf in einer Stunde, in der sich aus dem Volk zum Staat zusammenfügt, was durch die Teilungen der staatlichen Gewalt im alten Reich, durch das Gegeneinander dynastischer Großstaaten im 18. und 19. Jahrhundert getrennt worden war. Die Ostmark kehrt zurück zu ihrer ersten und stärksten Sendung; ihre geschichtliche Leistung aber bleibt als Wirkendes für die Zukunft: nicht nur für die gesamtdeutsche Schau der Geschichte, sondern für die Aufgaben, die das neue, das Dritte Reich der Deutschen in Europa zu erfüllen hat. Indem sich in diesem Reich der Südraum mit dem Nordraum des deutschen Bodens unlösbar vereinigt, vollendet sich das Antlitz deutschen Wesens aus der Tiefe einer klaren völkischen Erneuerung, mit dem Blick in eine Zukunft, die der Würde einer großen Vergangenheit in Nord und Süd nicht minder entspricht wie der Pflicht, entscheidenden Anteil an der Neugestaltung der europäischen Mitte zu nehmen.

WALTHER JANTZEN:
Geopolitik in der neuen deutschen Schule

Im Februar dieses Jahres übergab Reichserziehungsminister Rust den Erlaß zur Neuordnung des höheren Schulwesens der Öffentlichkeit. Wir geben dem Sachbearbeiter für Geopolitik und Erdkunde am Deutschen Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin, das Wort über die in den Plänen für die höhere Schule niedergelegte Neuordnung des Erdkundeunterrichts. Die Schriftleitung.

Dem humanistischen Bildungsideal einer früheren Zeit hat die neue deutsche Schule eindeutig das Ziel der politischen Erziehung entgegengestellt. Das mußte notwendig zur Folge haben, daß auch die einzelnen Unterrichtsfächer eine neue Ausrichtung erfuhren, die nicht mehr allein von dem vermeintlich in ihnen ruhenden absoluten Bildungswerten bestimmt sein konnte, sondern von dem Erziehungsziel her getroffen werden mußte.

Wenn politische Unterweisung in der Vorkriegszeit darin bestand, daß „vaterländisches Empfinden" mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit eingeimpft wurde, und wenn die Nachkriegszeit den Versuch unternahm, über den Weg hemmungslosen Diskutierens zu Staatstheorien schlechthin zu führen — so bot die Entwicklung der Geopolitik zum ersten Male einen tiefgreifend neuen Erziehungsfaktor im Rahmen des Politischen. Sie lehnte scharf jedes bloße Staatsdenken an sich ab, was uns heute im Kampfe gegen jeden „Etatismus" längst geläufig geworden ist. Sie stellte sich weiterhin schroff gegen jede bloße Ideologie, die auf dem Wege über Staatstheorien zu allgemeinen Lehren kommen wollte. Sie verlangte eindeutig als Grundlage für jede politische Urteilsbildung die Gleichbewertung von Raum- und Volksgrundlage der politischen Einzelerscheinung. Sie lehrte systematisch, das politische Erscheinungsbild zurückführen auf das jeweils vorliegende Kraftfeld aus dem raum-volklichen Spannungsverhältnis.

Aus solcher geopolitischer Schau ergab sich mit Leichtigkeit ein neuer Weg politischer Schulung überhaupt. Der politische Vortrag der Vergangenheit arbeitete allein mit der Aufreihung und Beleuchtung von Daten, Tatsachen und Berichten in ihrem zeitlichen Nacheinander, so wie es innerhalb der Geschichtsschreibung und politischen Abhandlung gang und gäbe geworden war. Die Geopolitik ebnete den Weg zu der unserer Zeit weit mehr entsprechenden dynamischen Darstellungsweise in der Zusammenschau von zeitlichem Nacheinander und bildhaften Nebeneinander. Sie verlangte, daß jegliches Geschehen a u f der Erde in unmittelbare Beziehung gesetzt werde zum Raume selbst. Sie entwickelte Methoden raumpolitischer Darstellungsweise, die die gewünschte dynamische Zusammenschau ebensowohl im gesprochenen Worte wie auch im Kartenbild plastisch hervortreten ließ.

Die Schule selbst war an der Weiterentwicklung der gebotenen Methoden maßgeblich beteiligt. Sie stellte sie nachdrücklich in den Dienst ihrer neuen Erziehungsaufgabe. Aus beidem, dem neuen Ziel und der neuen Methode ergibt sich von selbst die starke Bedeutung der Geopolitik in der deutschen Schule.

Alle politische Erziehung in Deutschland ist bestimmt durch die nationalsozialistische Weltanschauung. Die Art und Weise der Unterrichtsunterweisung entwickelt die Schule selbst. Wenn sie heute weitgehend die politischen Erziehungsgrundsätze der Geopolitik übernimmt, so hat sie naturgemäß ein nicht geringeres Interesse an

dem Gegenstand der Geopolitik als an ihrer Methodik. Gerade darüber aber war bekanntlich der Streit der Meinungen aufs heftigste entbrannt, und als Endergebnis blieb in vielen Köpfen am Ende des Tumultes ein unklares Gewirr recht vager Vorstellungen. Es muß heute als ein Zeichen rückständiger Informierung bezeichnet werden, wenn da und dort noch immer die Vorstellung besteht, Geopolitik beschäftige sich in erster Linie oder überhaupt nur mit dem Feststellen von Raumlagen, gleichgeschalteten Flüssen, Küsten und Gegenküsten oder etwa gar dem staatsbestimmenden Einfluß von Steppen, Wüsten, Inseln und dergleichen mehr. Was einst ein notwendiger Bestandteil geopolitischer Propädeutik war, nistete sich in nicht wenigen Köpfen fälschlich als Kernteil und Grundgeheimnis aller Geopolitik ein. Daß bereits vor der Machtübernahme die Zeitschrift für Geopolitik die Fragen des Raumorganismus, der Bevölkerungspolitik und der Rassenfragen stellte, wurde von vielen damals nicht bemerkt, von anderen schnell wieder vergessen. Es verdient heute besonderer Hervorhebung, daß ein so maßgebendes Buch, wie Burgdörfers „Volk ohne Jugend" und Harmsen, „Bevölkerungsprobleme Frankreichs" im Verlage dieser Zeitschrift erschienen. Nachdem also Mitläufer und Konjunkturritter bereits auf dem besten Wege gewesen waren, der Geopolitik in ihrem echten Sinne den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie wenig durchdachte und schnell hingeworfene geopolitische Rezeptbücher auf den Markt warfen, galt es, gerade dort wieder anzuknüpfen, wo diejenigen maßgeblichen geopolitischen Fragen im Sinne des Volksgefüges angeschnitten worden waren, die sich eben nicht so leicht in ein paar hingeworfenen Kartenskizzen einfangen ließen. Heute ist die Geopolitik eine wesentlich tiefere Angelegenheit, als sich gewisse Schreiberlinge vor fünf Jahren träumen ließen. Sie hat sich restlos abgekehrt von allem, was sie irgendwie in die Nähe eines mit Recht bekämpften Raummaterialismus bringen könnte. Sie weiß sich in wesentlicher Fühlung mit jenen bedeutenden Erkenntnissen der Biologie, die dort in einer neuen Auffassung des organischen Lebensraumes und der untrennbaren Lebenseinheit ihren Ausdruck gefunden haben. Die Anwendung solchen biologischen Denkens auf Raumkörper und Volksgefüge führt nicht nur zu wesentlichen volksorganischen Erkenntnissen, sondern auch zu überzeugender nationalpolitischer Willensbildung, wie sie die deutsche Schule anstrebt. Es braucht nicht bewiesen zu werden, daß es für den jungen Deutschen weit wesentlicher ist, das Gefüge des deutschen Lebensraumes in seiner ganzen Dynamik erfaßt zu haben, als mit oberflächlichen Teilerkenntnissen, die zu Formeln erstarrt sind, herumzuspringen. Hierher gehören u. a. die bekannten Behauptungen, die glauben machen wollen, daß Städte von überragender Bedeutung nur da zur Entwicklung kommen konnten, wo das Klima, ein gutes natürliches Verkehrsnetz oder ein entsprechendes Bodenrelief, etwa der Mittelpunkt einer großen Mulde, diese Entwicklung erzwangen oder so stark herausforderten, daß der Mensch das eben merken mußte. Es gibt Gegenbeispiele genug, die solche Rezepte entkräften können. Aber — was sich einmal herumgesprochen hat, wird oft als heilige Wahrheit gehütet, auch wenn es unsinnig ist. Es bedurfte immerhin aller Anstrengungen einer verantwortungsvolleren Geopolitik, um an die Stelle solchen dilettantischen Formelkrames Wesentlicheres zu setzen. Erste und oberste Frage eigenverantwortlicher geopolitischer Raumbetrachtung wird in Zukunft sein müssen: „Welche Naturgegebenheiten an Raumlage, Bodenbedeckung, Relief und Klimabedingtheit bietet ein Raum; wie hat sich das ihn bewohnende

Volk zu diesen verhalten?" Nicht der Raum als solcher kann ein Spannungsfeld, eine Wachstumsspitze oder ein strategisches Subjekt sein! Erst die Art seiner Erfülltheit mit Volk bringt ihm politische Bewertungsmöglichkeit. Von einem geopolitischen Raumgefüge kann erst gesprochen werden, wenn Volk aus der gegebenen Materie Raum das Wechselspiel erweckt, das Gegenstand der Betrachtung sein kann. Raumgefüge ist nicht denkbar ohne Beziehung zum Menschen, Volksgefüge sinnlos ohne Beziehung zum Lebensraum.

Daraus geht hervor, daß es keine geopolitischen Gesetze an sich gibt, wie die Raumskizzierer sich das dachten, sondern daß das geopolitische Gesetz sich von Fall zu Fall aus der Kräftelagerung ergibt und nicht ohne weiteres verallgemeinert werden darf. Es ist zum mindesten abhängig von der im Volk gegebenen Rasseneigenart und dem wieder daraus sich ergebenden Führertum.

Aus dem Gesagten geht klar hervor, daß die Geopolitik innerhalb der Schule weder ein Fach noch eine Lehre sein kann, sondern eine Betrachtungsweise ist. Ihre Anwendung erscheint allerdings in den Fächern Geschichte, Erdkunde und Biologie fast auf Schritt und Tritt zweckmäßig und sinnvoll. Sie dient in hohem Maße der Auflockerung und Verlebendigung des nationalpolitisch wertvollen Unterrichtsstoffes, führt zu nachhaltigeren und überzeugenderen Vorstellungen und regt stärkstens zu eigener Weiterarbeit und steter Anwendung an.

*

Da die Geopolitik ihren besonderen Wert innerhalb der Urteilsbildung darin hat, daß sie die Raumbezogenheit volklicher Vorgänge klärt, dürfte in der Schule ihre Hauptpflege dem Erdkundeunterricht zufallen. Die neuen Lehrpläne tragen dem in stärkstem Umfange Rechnung. Sie haben geopolitisches Denken, wo immer es nur anging, in diesem Fache verankert. Aber auch die Biologie und die Geschichte bedienen sich weitgehend geopolitischer Fragestellung. Die Arbeitsteilung der Fächer ist im wesentlichen darin festgelegt, daß die Erdkunde die raumbezogenen Vorgänge des Völkerlebens, wie sie sich im Nebeneinander des volkerfüllten Landschaftsbildes dem Auge darbieten, verarbeitet, während die Geschichte in das Abrollen der zeitbestimmten Vorgänge den Raumfaktor in ihr entsprechender Weise einbaut. Die Biologie wiederum beschäftigt sich mit den eigentlichen Lebensvorgängen, beschränkt sich jedoch dabei nicht wie früher auf die Einzelerscheinung, sondern sieht diese jeweils als organischen Bestandteil eines größeren Lebensgefüges, das sinnvoll im Rahmen seines Lebensraumes in Erscheinung tritt. Erst das Zusammenklingen der drei verwandten Unterrichtsfächer kann, gemeinsam mit der Deutschkunde, zu einer Wesensschau von Volk und Welt führen, wie die Geopolitik sie zum Gegenstand ihrer Forschung, ihrer Lehre und ihrer Erziehungsarbeit gemacht hat.

Die geopolitischen Aufgaben der Schulerdkunde, des in diesem Sinne wichtigsten Unterrichtsfaches, sollen im folgenden umrissen werden. Für Geschichte und Biologie wird das ihnen Entsprechende leicht daraus abgeleitet werden können.

Die neue Erdkunde erschöpft sich schon lange nicht mehr darin, bloße Topographie zu sein. Es ist wohl ihre erste propädeutische Aufgabe, aber nicht ihr letztes Ziel, über die Verteilung der Räume auf dem Erdball, die Lage der Gebirge, Flüsse und Städte, die Art der Bodenbedeckung usw. zu unterrichten. Das sind erste

Grundlagen des Unterrichts, auf ihnen erst erhebt sich die Möglichkeit der Erziehungsarbeit. Diese bedingt, daß den alten geographischen Gegebenheiten der Räume die der Menschen hinzugefügt werden. An die Stelle der alten natürlichen Landschaften, in denen der Mensch den kleinsten Teil darstellte, tritt fortan die volkerfüllte Landschaft im Sinne des Lebensraumes. Wenn früher versucht wurde, ursächliche Zusammenhänge „herauszukristallisieren" (spöttische Folgerung: weil die Alpen ein tertiäres Faltengebirge sind, jodelt der Senn...), geht es heute darum, zu erkennen, welche Leistung ein Volk vollbracht hat, indem es sich einen Lebensraum eroberte, einrichtete und mehr oder weniger umgestaltete — oder aber vor ihm kapitulierte. Während vormals die geographische Kulturlandschaft einer unberührten Urlandschaft gegenübergestellt wurde, geht es fortan um die Frage, in welchem Maße der Mensch in seiner volklichen Gebundenheit die Landschaft meisterte. Zerstörte er nur den naturgegebenen Organismus durch die brutalen Eingriffe seiner Zivilisation, oder wurde er wahrhaft Meister des Raumes, indem er einen organischen Kulturorganismus zum Leben erweckte? Der Begriff der Kultur hat heute einen vollen Klang bekommen. Keineswegs kann fortan alles Kulturlandschaft geheißen werden, was Spuren menschlichen Eingriffs offenbart. Ja selbst die Weizenfluren Kanadas oder anderer Monokulturgebiete dürften nicht im vollen Sinne Kulturlandschaften genannt werden. Denn mit dem Begriff eines Kulturraumes muß sich unter allen Umständen die erfüllte Forderung eines lebensfähigen Organismus verbinden. Eine restlose Versklavung eines Raumes zugunsten einer einzigen Anbauform ist im höchsten Grade unorganisch. Ein in solchem Raume wohnendes Volk ist nicht in der Lage, sich auch nur einigermaßen in Ernährung, Lebensbedarf und „Kultur" auf sich selbst zu stellen. Der Lebensorganismus einer wahren Kulturlandschaft erfordert einen hohen Grad von Eigenständigkeit, Nähr- und Wehrfreiheit. In diesem Sinne kann auch ein Industriegebiet in seiner eigentlichen Begrenzung noch kein Raumorganismus sein. Es kann jedoch dazu werden, wenn ihm eine ausreichende Nährfläche für seine Bevölkerung und ein ausreichendes Mindestabsatzgebiet angeschlossen sind. Das Deutsche Reich ist zweifellos ein Kulturgebiet höchster Intensität. Daß es in seiner heutigen Begrenzung kein kulturlandschaftlicher Organismus sein kann, ist einer der Beweggründe für die Verurteilung der Friedensdiktate, die diese weitgehend beschädigten, und für die Forderung auf Rückgabe unserer Kolonien. Der Weg, aus eigener Kraft den Ausbau des Reichsraumes zum Raumorganismus zu fördern, wird außerdem durch Raumordnung und Planung, Neulandgewinnung und Bodenverbesserung unter Einsatz aller Kräfte beschritten.

Während in der alten „natürlichen Landschaft" die Belehrung sich an das allgemein bekannte Schema: „geologische, morphologische, klimatologische Grundlagen, Vegetation, Siedlung" hielt, geht es heute in der Schulerdkunde um die Frage, wie innerhalb eines politisch, kulturell, stammhaft oder auch staatlich bestimmten Raumes das Leistungsbild des sie erfüllenden Volkes aussieht. Es wird als wesentlich angesehen, in welcher Weise und in welchem Ausmaße die pflanzliche Bodenbedeckung beeinflußt oder gewandelt worden ist, wieweit vorhandene Bodenschätze genutzt werden, welches Gefüge die Bevölkerung nach ihrer blutmäßigen Zusammensetzung, ihrer Geburtenfreudigkeit, ihrer ständischen Schichtung, ihrer Wohndichte und -verteilung sowie nach ihrem Binnenwanderungsfaktor hat. Erst wenn sich das

Betrachtungsfeld mit solchen Größen gefüllt hat, ist es möglich, wertende Schlüsse zu ziehen und damit politisch zu erziehen. Nicht der Schrei nach Revanche ist dem deutschen Volke gemäß, sondern das geopolitische Gewissen, das in dem Wort vom „Volk ohne Raum" schlägt, bewegt uns, wenn wir gegen Diktate anrennen!

Sobald der Blick sich vom deutschen Raume den fremden zuwendet, fordert politische Erkenntnis, daß das alte Schema der Staatsräume gesprengt wird zugunsten der eigentlichen Volksräume, die heute in vielen Gegenden der Erde die politischen Bewegungskräfte gebären, sehr im Gegensatz zu den nicht selten stagnierenden Staatsräumen, von denen in solchen Fällen das Gegenspiel aller organischen und somit nationalsozialistischen Auffassung der Politik inszeniert wird. Nicht das britische Kaiserreich Indien ist politisch aktiv, sondern das Volk der Inder handelt in seinem Volksraum, nicht ein mandatarisches Staatsgebilde Palästina politisiert, sondern ein arabisches Volkstum läßt Rufe ertönen. Die Staatenkarte Europas täuscht an allen Ecken und Enden politische Gebilde vor, die die eigentlichen Herde volkspolitischen Geschehens überdecken. Der Erdkundeunterricht muß dem Rechnung tragen, wenn er politisch erziehen will, oder er erfüllt seine Aufgabe nicht. Eine Landschafts- und Staatenkunde von Südosteuropa im alten Sinne ist keinesfalls ausreichend, wenn sie weder die Völker, und unter ihnen besonders die Kroaten, Slowenen und Makedonen erwähnt, noch ihre seelische, kirchliche und kulturelle Gebundenheit beleuchtet. Die Staatengrenzen zu kennen gehört zum einfachsten Rüstzeug der Erdkunde, die Volksräume, Zerrungszonen und wahren Wirbelgebiete des Volkstums und der tiefergehenden Einflüsse zu erkennen, wird wichtige Aufgabe politischer Bildung. Daß hierauf früher kein Wert gelegt wurde, hat sich im Kriege und in den Nachkriegsjahren bitter gerächt. Der Durchschnittsdeutsche hat nicht einmal über seine eigenen Volkstumsfragen Bescheid gewußt, geschweige denn über die seines verbündeten österreich-ungarischen Nachbarn!

Es ergibt sich von selbst, daß einem Volksgefüge in der Betrachtung auch ein Wirtschaftsgefüge zu entsprechen hat. Wirtschaftsgeographie als Waren-, Produktions- und Lagerstättenkunde ist wahrlich für die Schule nicht brauchbar. Geopolitische Ausrichtung verlangt auch hier das Erkennen der dynamischen Zusammenhänge. Nicht die nackten Zahlen der Ein- und Ausfuhr als solche vermögen die Wirtschaft eines Volkes zu spiegeln, sondern ihr Wert im Hinblick auf freien Leistungseinsatz, kapitalistische Ausbeutung, Raubwirtschaft oder gesunde Wirtschaftsplanung. Es ist völlig unzweckmäßig, einen Schüler in statistischen Feststellungen, und seien sie noch so zierlich in Bildkärtchen u. dgl. aufgemacht, buchstäblich ersaufen zu lassen, ohne ihn mit der eigentlichen Dynamik der weltbewegenden Zusammenhänge, aus denen allein sie zu verstehen sind, bekannt zu machen. Ein Zopf verstaubtester alter Systeme sind noch jene Wirtschaftswandkarten, die da und dort an den Wänden hängen und zu Schemen erstarrten Lexikons gleichen, wenn sie dutzenderlei Wirtschaftssignaturen an die Wand bannen. Kommt es darauf an, um irgendein entlegenes Vorkommen zu wissen, oder ist nicht vielmehr das Beziehungs- und Spannungsverhältnis als solches für Schule und Erziehung viel wichtiger? Nicht daß es da und dort auf der Erde gerade Baumwolle gibt, ist wissenswert, sondern warum diese und jene Baumwollgebiete für uns eine Bedeutung haben oder untereinander in tödlichem Konkurrenzkampf stehen! Das darzustellen vermag allerdings keine Einblattwandkarte, sondern allein die geopolitische

Kartenserie, deren Methode bereits soweit entwickelt ist, daß auch Schulkartenzeichner sich heute darum kümmern sollten.

Zur Wirtschaftsgeopolitik tritt betont heute die Wehrgeopolitik. Gerade sie, die von Karl Haushofer meisterhaft vertreten wird und von Banse keineswegs aus den Angeln gehoben werden konnte, kann die Schulerdkunde vielseitig befruchten. Sie vermag den Blick wie kaum eine andere Betrachtungsweise für die Notwendigkeiten in einem Kriegsfalle zu schulen. Darüber hinaus wirkt sie zutiefst erziehend auf die kampfesfrohe Vorstellungswelt aller Jugendlichen. Auf keinem Gebiet ist es so notwendig, ja lebenswichtig, romantisch-heroische Einbildungen auf sehr reale Grundtatsachen zurückzuschneiden wie gerade hier. Kriege werden weder durch brausendes Hurrageschrei, noch durch herrliche Reiterattacken entschieden, was manchem Jungen immer noch vorschwebt. Daß Kriegführung sich in Landschaftsräumen bewegt, vermag aber auch ein Dreizehnjähriger schon zu verstehen. Es wird kein Schaden sein, wenn auch ihm schon eine gewisse Vorstellung dämmert, daß gerade bei der geballtesten menschlichen Leistung, der Kriegführung, der Raum sehr erheblich mitspielt und der Mensch nur dann in diesem ungleichen Wechselspiel mit seinem naturgegebenen Partner Sieger bleibt, wenn er sich mit den Gesetzen der Landschaft im Kriege vertraut gemacht hat.

Wehrgeopolitik führt hinaus in alle Zonen der Landmassen, auf die Meere und in den Luftraum. Sie bietet die Standorte der Betrachtung für länderkundliche, wirtschaftsgeopraphische und politische Fragen. Sie verbindet die politische Staatenkunde mit den Fragen des Raumgeschehens und führt da und dort zum Brechen der reifen Frucht geopolitischer Forschung und Wertung: zur Feststellung raumbedingter geopolitischer Stellungen, die fälschlich von Dilettanten oft genug an den ersten Anfang kindertümlicher Betrachtung gerückt wurden!

Ein Wort sei noch gesagt zu den Hilfsmitteln geopolitisch ausgerichteten Erdkundeunterrichts. Aller Anfang muß das eigene Sehen in der Landschaft sein und bleiben! Da es fast immer im engbegrenzten Heimatraum bleiben muß, sollen Abbilder des Sichtbaren weiterhelfen. Das sind Karten und Bilder. Unsere an sich hochentwickelte Kartenherstellung wird sich wohl oder übel dazu bequemen müssen, endlich auch einmal dem Geist der Zeit nachzugeben und ihm entsprechende neue Karten zu entwickeln. Was zur Zeit noch immer auf den Markt gebracht wird, ist fast ausnahmslos noch rein morphologisch ausgerichtet. Der Schritt zum Neuen wird auch nicht mit ein paar eingedruckten Pfeilen und Farbschattierungen gelingen. Die Neugestaltung des Erdkundestoffes bedingt auch eine grundlegende Neuformung der Karten und Atlanten, wofür eine Revolutionierung der Darstellungsmittel ebenso dringlich ist wie die sinnvolle Neuauswahl der Räume und Raumeinheiten, je nach ihrer Zusammengehörigkeit. Sehr wesentlich ist die verantwortungsvolle Behandlung der Farben und der die Dynamik darstellenden Signaturen. Leider muß auch — was früher selbstverständlich war — äußerste zeichnerische Genauigkeit verlangt werden, denn die Karte dient zur bleibenden Einprägung von Raumvorstellungen. Nur ungefähr und unsauber angelegte Konturen von Ländern sind abzulehnen.

Neben die Wandkarte tritt der Atlas. Er ist seit langem ein unentbehrliches Hilfsmittel des Unterrichts, ohne daß diese Unentbehrlichkeit immer zu stetem Schritthalten mit der Weiterentwicklung der erdkundlichen Erziehungsaufgabe angeregt

hätte. Nicht der Atlas ist wertvoll, der zu einem uralten Grundstock physikalischer Karten eine Unzahl aller nur erdenklichen Nebenkarten gepackt hat. Was an Nebenkarten nur selten einmal benutzt wird, gehört nicht in den Atlas, sondern in das Lehrbuch. Im Atlas aber muß sich das sinnvolle Gebäude des Erdkundeunterrichts klar und überzeugend spiegeln. Dazu muß er das in den Vordergrund rücken, was Mittelpunkt zu sein hat: das wirkliche Landschaftsbild. Weder die Staatenkarte, noch die bisherige physikalische Karte konnte das annähernd richtig vermitteln. Hier tut der „neue Wurf" not! In allen Nebenkarten sollte die geopolitische Methode benutzt werden. Sie hat den Nachweis erbracht, daß mit den geringsten Mitteln in Schwarz-Weißtechnik durch Beschränkung auf das Wesentliche Maßgebliches erreicht werden kann. Es besteht kein Zweifel, daß dieser Weg sich gegenüber dem alten ausgetretenen durchsetzen wird. Leitmotiv muß werden, jedem Vorgang oder jeder darzustellenden Reihe ein Kartenbild vorzubehalten, anstatt vielerlei miteinander zu verknüpfen und damit das Bild selbst zu verwirren.

GUSTAV AMANN:
Das chinesische Dorf

Im Anschluß an die Aufsatzfolge unseres japanischen Mitarbeiters R. S. über die japanische Agrarfrage (1937, Heft 1, 2, 3) veröffentlichen wir im folgenden eine Darstellung chinesischer Bauernfragen, die auf neuen, bisher nicht ausgewerteten Erhebungen beruht.

Der Aufsatz ist ein Abschnitt aus dem in Vorbereitung befindlichen Werk von Gustav Amann: Chiang Kaisheks Ringen mit dem Kommunismus, das voraussichtlich zu Ende des Jahres erscheinen wird. Die Schriftleitung.

Achtundsiebzig Prozent aller Chinesen sind Bauern.

Mit einem Schritt aus den Straßen der Stadt heraus, steht man schon im Bauernland. Es drängt sich an die Städte, in den Schatten der Stadtmauern heran, umkreist sie in unabsehbarer Weite. Dieses Land ist wie ein Zauberteppich, der im Herbst zu einem Meer goldgelber Fruchthalme wird. In der unteren Yangtze-Ebene hat das Reisland nur kleine und kleinste Felder; die Flächeneinheit des Ackerlandes beträgt in China nur den sechsten Teil des europäischen Morgen. Die Felder sind kunstvoll, stufenartig, mit eben notwendigstem Bewässerungsgefälle angelegt; die einen steigen auf, andere wieder fallen zu den Gräben und Kanälen, die das Land gleich einem Spinnennetz überziehen: ein Leuchten, grün und gelbgrün in jeder Schattierung, ein Zauberteppich aus Erde und Wasser.

Das Ackerland in China ist alte Erde, seit tausend Jahren ausgesaugt, und wird doch jedes Frühjahr vom Zaubermeister, der Bauernarbeit, zum leuchtenden Grün des Fruchtbarkeitsteppichs neu belebt. Man sagt, daß die Chinesen das Geheimnis besäßen, aus einem Korn sieben Halme zu treiben. Das ist nicht wahr. Der Reisertrag in China ist nur die Hälfte von dem in Japan, fast nur ein Drittel von dem in Italien und weniger als der dritte Teil von dem in Spanien. Aber Mühe und Arbeit des chinesischen Bauern sind unendlich.

Der aufmerksame Beobachter kann auf einer Reise durch das flache Land recht vieles sehen und von diesem Bauernland China, das 78% der Bevölkerung Arbeit gibt, recht viel verstehen lernen. Bis vor wenigen Jahren waren die Beförderungsmittel über Land noch ausschließlich Tragstuhl und Schiebkarren. Von der Sitz-

bank zwischen den langen Stangen des Tragstuhls, vorn und hinten auf den Schultern der Kulis getragen, überblickt man die Felder und hat beim sanften Wippen im Takt der Kulischritte Muße, auf den 30 Kilometern Tagesmarsch nachzudenken.

Man sieht wenig Arbeitstiere auf dem Reisland. Neben dem Grünfutter, das sich die Wasserbüffel, mit dem Hirtenjungen auf dem Rücken, Sommer und Winter an Feldrändern und auf den Grabhügeln hier und dort selbst suchen müssen, kosten sie den Bauern doch auch Reisstroh und Bohnen, und sind sehr teuer. Bohnen werden auf hochgelegenen und trockenen Äckern angebaut, aber sie müssen sich in den neben dem Reisbau verfügbaren Boden mit der süßen Kartoffel, der Baumwolle und, im sandigen Land, mit der da ertragreicheren Erdnuß teilen. Sieht man darum wenig Arbeitstiere, so begegnet man aber nicht selten Pflügen, die von Menschen gezogen werden, und überall der Hackarbeit auf den Feldern. Es hat also schon seinen Grund, daß die Felder von so kleinem Flächenausmaß sind. Bis an die Knie im Wasser, eine Reihe nackter Rücken im Brand der Sonne, muß das Bauernvolk viel selbst ackern, Wasser mit den hölzernen Tretwerken schöpfen, und tun, wozu sonst Tiere dienen.

Dieses Land ist weit und still. Die Schritte der barfüßigen Tragkulis des Reisenden betonen noch die Stille. Zu sprechen haben diese Kulis nicht viel; ihr wichtigstes Interesse: wo und was es zu essen geben wird und wieviel Trinkgeld sie wohl erwarten dürfen, ist bald erschöpft, und es ist lang bis zum Abend. Auf ein Dorf zu, das sich mit einigen uralten, breitausladenden Kamphorbäumen anzeigt, wird die Landstraße belebt. Von weit her kann man das eintönige Gesinge der Frachtenträger hören: Bauern, die mit ihrer Ware, an einer Tragstange über die Schulter geschwungen, mit He-ho, Hi-ho dahergeschleppt kommen —, oder es schrillt das Kreischen eines schwerbeladenen Schubkarrens. Vielleicht ist gerade Markt, der alle fünf Tage stattfindet, und zu dem Bauern und Händler aus der Umgebung kommen, um ihren Handel zu treiben. Das ist der wichtigste Tag der Woche auf dem flachen Lande. Denn außer zu Hochzeiten oder Begräbnissen kennt der Bauer keinen Feiertag von Neujahr bis Neujahr. Aber zum Markte muß er gehen, weil er erst verkaufen muß, um dann kaufen zu können, was er braucht. Drei Hühner in einem Korb, und im andern, um das Gleichgewicht an der Tragstange zu halten, ein Stein; oder ein Sester Reis, ein Schwein, auf dem Schubkarren festgebunden — das ist die Ware, die zum Markte geht. Klein, wie die Felder, ist auch der Bauernbesitz. Einen schwerbeladenen Erntewagen gibt es hier nicht. Die Landstraße ist nur 3 Fuß breit. Eifersucht auf Ernteland duldet sie nur wie einen Strich zwischen den Städten, und zwischen den Äckern muß der erhöhte Rand der Reisfelder als Feldweg dienen. Die Straße verrät uns: die Bauern sind arm, es gibt zu wenig Kulturland für all die Bauern in China.

Wenn das Ernteland der Provinz Chekiang gleichmäßig verteilt würde, fielen auf jede Bauernfamilie 12,4 (72—75 ar) chinesische Morgen (1 Mow = 6,144 ar), in der Provinz Fukien 14 Morgen (85—90 ar), und ähnlich verhält sich der Anteil in allen Gebieten Chinas.

Wie arm die Dorfbewohner sind, erfährt der Reisende, wenn er an einem der größeren Plätze Station macht. Die Tragkulis bekommen da ihren Taglohn, 1000 Cash (80 cts.) der Mann; sie beeilen sich, eine Strecke des Wegs zum vorherliegenden Dorf zurückzulaufen, weil sie dort ihr Essen um 10 Cash billiger

bekommen, als auf der Reisestation. Die Häuser sind, auch in den großen Dörfern, meist aus gestampften Erdmauern und nur das Dach aus gebrannten Ziegeln; Küche, Schlafraum, Stall, alles gewöhnlich mehr oder minder ein einziger Raum. Im Sommer laufen die Kinder nackt, die Mädchen mit einem winzigen Schürzchen vorgebunden. Eine Backsteinmauer, von den Dächern schmucker, durch mehrere Höfe voneinander getrennter Gebäude überragt, zeigt das Gehöft an, in dem ein reicher Bauer mit seiner Familie und großem Gesinde lebt: der Dorfvorstand, ein Familienältester. Ein Kramladen oder Getreide-Handelsgeschäft hat wohl auch noch ein bürgerlich-bäuerliches Haus, aber es sind zusammen nur sehr wenige im Dorf. In der Herberge muß der Reisende im gemeinsamen Wohn- und Küchenraum Vorlieb nehmen. Das Bett bringt jeder mit, eine Strohmatte, die auf dem Fußboden ausgebreitet wird, und eine wattierte Steppdecke, die nachts warm hält. So ein Haus ist natürlich nicht geheizt. Die Reisgegenden haben aber auch im Winter ein mildes Klima; es ist mehr feucht als kalt, und des Nachts schließt man Türen und Fenster mit Brettern. Aber die Freundlichkeit der Hausleute, ihre Aufmerksamkeit, den Gästen Tee anzubieten, können doch eine warme Atmosphäre schaffen. — Kein Bauer ist zu arm, einem Einkehrenden nicht wenigstens warmes Wasser anzubieten, an der Stelle von Tee. — In der Herberge gibt es gedämpften Reis mit etwas gekochtem Gemüse; kleine Stückchen Hühnerfleisch oder Schinken hinzugefügt, ist es schon ein Festessen. Es ist indessen brauner Reis, in der Schale gedämpft, damit er mehr ausgibt. Fragt man nach poliertem, weißem Reis, so ist die entschuldigende Antwort einmal, wie allemal: hier haben wir keinen weißen Reis, der wird nach den Städten verkauft. Die Bauern haben aber auch meist keinen braunen Reis; sie essen die Hirse, die ihnen als zweite Ernte wächst. Wie reich auch das Land, so arm ist doch das Landvolk — und hat dieses Gesicht der allgemeinen Armut nicht auch noch für jeden seine eigene Grimasse? — Ist des Bauern Freund der Regen, so vereitelt er doch den landlosen Taglohnarbeitern die Arbeit auf den Feldern. Dann sind die Straßen aufgeweicht, und ans Reisen nicht zu denken; dann muß der Kuli essen ohne zu verdienen. Bleibt aber der Regen aus, so hängt über den Bauern die Gefahr, daß die Ernte auf dem unbewässerten Boden verdorrt, die Nahrungsnot an Mensch und Vieh herantritt, und schließlich die Saat fürs kommende Jahr aufgegessen werden muß.

Es gibt kein Jahr, in dem nicht Menschen in China Hungers sterben.

Und war das immer so für das Bauernvolk in China? — Man kann mit gutem Gewissen sagen: ja, es war immer so, und niemand fühlt sich schuldig. Denn wird das Geschick nicht für jeden, wie zwischen zwei Mühlsteinen gemahlen, und war das nicht immer so, seit Anbeginn? —

*

Es gibt zu wenig Ernteland in China, und darum mahlen die Mühlsteine, Angebot und Nachfrage, so tödlich fein auf dem flachen Lande, daß allzuvielen gar kein Land zum Besitze bleibt. So ist in der Provinz Kwangtung die Hälfte des Ackerbodens Eigentum von 2% der Bauernfamilien.

Der Landbesitz ist in Kwangtung überwiegend in den Händen der Stammfamilien der großen Clans. Clanland ist unveräußerlich; von einzelnen Clanfamilien privat erworbener Grund und Boden fällt beim Ableben der Besitzer an den Clan,

so daß sich das Clanland nur vermehren, nie vermindern kann. Der Ehrgeiz der Clans, durch das Besitzrecht der direkten männlichen Linie am Land, den Namen auf immer und ewig fortzusetzen, hat hier also schon einmal das „freie Spiel" des Wirtschaftsgesetzes von Nachfrage und Angebot aufgehoben. — Die Clanverfassung reicht aber auch noch weiter. — Es muß der ungeheuere Besitz der Stammfamilien natürlich von Pächtern bewirtschaftet werden; das Vorrecht der Pacht ist den „Trägern des glücklichen Namens", das heißt den entfernter dem Clan angehörigen Bauernfamilien, vorbehalten. Das bedeutet aber gleichzeitig auch, daß die Bauernfamilien eines Clans als Pächter zu wirtschaften gezwungen sind. Es ist hier also gar nicht das blinde Gesetz, sondern es sind in Wirklichkeit die Clanältesten, die einer weiten Schicht von Pächter-Landwirten die Lebensbedingungen bestimmen. —

Das übrige Land in Kwangtung ist in privatem Besitz —, und zwar im Besitz vorzüglich von Ausgewanderten, die ihre Ersparnisse im Heimatboden anzulegen lieben. So kommt es, daß in Kwangtung 78% des Bauernvolkes Pächter und Landarbeiter sind, und nur 22% der Bauern von der Bewirtschaftung eigenen Bodens leben können.

Ganz ähnlich ist die Eigentumsverteilung in der Provinz Kwangsi. Im Landkreis Nanning entfallen auf 60% der Bauernfamilien nur Besitzungen unter je 5 chinesischen Morgen, während Besitzer von 20 Morgen Land ihren Boden bereits zum Teil verpachten. Man kann daraus erkennen, wie einträglich die Verpachtung sein muß, daß auch kleine, selbstbewirtschaftende Bauern ihr Land verpachten.

In anderen Teilen Kwangsis herrscht trockene Landwirtschaft vor. Es geht da die Zahl der ganz, oder fast landlosen Bauern auf 20% zurück; aber auch hier ist der vierte Teil der gesamten Anbaufläche im Besitz von 1,5% der Bauernschaft. Auf ärmerem Boden ist die Konzentration des Landeigentums recht oft geringer, denn die kaufkräftige Schicht, die Stärkeren, die sich zu behaupten vermögen, erwerben vorzüglich den reichen Boden. So finden wir in der wasserreichen Provinz Tschekiang, und in den Tälern des Yangtzekiang und des Hwaiho die Clanwirtschaft wieder in größter Ausdehnung. Im Kreise Pukiang von Tschekiang ist der dritte Teil der Anbaufläche Clanland. Ein weiteres Drittel ist im Besitze von abwesenden Verpächtern, ein Sechstel wird von wohlhabenden Bauern bewirtschaftet, und nur das letzte Sechstel entfällt auf Pächter und Landarbeiter als Eigentum. In anderen Distrikten steigt das Clanland bis auf 40% allen Bodens an; an der Meeresküste sind 80% der Landwirte auf Pacht für ihren Lebensunterhalt angewiesen, und die Hälfte von ihnen ist ganz landlos. —

In der Provinz Kiangsu herrscht zwischen Hwaiho und Huangho trockene Landwirtschaft vor. Hier leben die Bauern vorwiegend auf eigenem Boden, es gibt wenig Großbetriebe und wenig Pachtlandwirte. Dennoch ist auch hier die Hälfte der Bauern erschreckend arm.

Der Löß, der in diesem Teile Chinas den Ackerboden ausmacht, ist ein fruchtbarer Boden. Ähnlich ist es im fruchtbaren Schwemmland von Nantung an der Yangtzemündung; auch da ist der Landbesitz wenig konzentriert und es gibt viele mittelgroße Eigentumsbetriebe, und dennoch große Armut.

Ist die Clanwirtschaft also einer der Gründe, die den Bauern ein Hungerdasein bereiten, so kommen aber auch noch weitere hinzu, die ihn in Armut halten, auch wenn er im Besitz von fruchtbarem Land ist.

Da ist, zum Beispiel, auch das nördliche Kiangsu mit ärmster, salziger Erde. Riesiger Großgrundbesitz von Landgesellschaften, auf dem 50000 Bauern leben, und Tempel-Güter, bis zu 50000 Morgen groß, unterscheiden hier die Landwirtschaft durchaus vom Clan-Betrieb; aber die Armut der großen Bauernmasse unterscheidet sich auch da nicht von anderen Gegenden Chinas. —

Was sind dann also die Umstände, die die breite Masse der Bauern als Ganzes beherrschen und ihnen das Hungerdasein bereiten?

Die Provinzialregierung von Kiangsi hat eine Zusammenstellung der Gesamtbevölkerung eines ländlichen Reviers (Pao) von 6 Zehnfamilienvorständen gemacht, die uns dazu folgendes sagt:

Landwirte sind 70,5% der Bevölkerung,
Gewerbetreibende 11%
Handeltreibende 8,5%
Beamte (Polizei) 10%

und die Provinzialregierung von Kiangsu stellte den Berufsstand von 500 Großgrundbesitzern wie folgt fest:

	Beamte und Militärs	Geldverleiher	Händler	Industrielle
in Südkiangsu	27,3%	42,9%	22,3%	7,5%
in Nordkiangsu	57,28%	28,17%	14,55%	

Es ist also außer dem Landadel auf der einen Seite das Bürgertum auf der anderen Seite, für welche die breite Masse der Bauern das Land bewirtschaften muß, um leben zu können. Und das ist im ganzen der Umstand, der sie bedrückt.

Es wird geschätzt, daß der Großgrundbesitz in den südwestlichen Provinzen 70%, in den Yangtzeprovinzen 60%, in Hupeh 30% des Erntelandes innehat.

Nördlich des Hwaiho und im ganzen Nordwesten Chinas ist die Landwirtschaft der Natur nach vollkommen verschieden von der im Reisland des Südens. Der Boden ist Löß, die trockene, extensive Landwirtschaft herrscht vor. — Das Arbeitstier spielt hier eine entscheidende Rolle. Es wird Weizen angebaut, Hirse, Kauliang, süße Kartoffeln, Erdnüsse, Baumwolle, und die Zucht von gelben Rindern, Pferden, Eseln, Maultieren und Schafen wird weitläufig betrieben. Es ist eine andere Welt gegenüber dem Süden. Die Nahrung der Bauern ist hier Brot, Kauliang und Hirse. Rohe Straßen ziehen sich über das Land an Stelle der Kanäle des Südens. Man fährt mit dem Dreigespann vor einachsigen Wagen, die mit riesigen, soliden Rädern die Fahrbahn zu zwei tiefen Furchen aufpflügen. — Nur das Geschick der breiten Bauernmasse ist dasselbe wie im Süden Chinas. —

Im Landkreise Tatung der Provinz Schansi haben 41% der Bauern nur 8,5% des Erntelandes im Besitz. Dabei entfallen weniger als zehn Morgen Ackerland auf die einzelne Familie; zu wenig um Arbeitsvieh zu halten. Auf eigenem Grund und Boden so eben zu existieren, vermögen 30% der Landwirte mit zusammen 19,5% des Landes in Eigenbesitz, während 29% Verpächter 72% des Erntelandes besitzen.

In Schansi arbeiten die größeren Grundbesitzer nicht selbst mit auf dem Felde, sie überwachen nur die Landbestellung. Es lohnt sich für sie mehr, die billige Arbeit der Landarmen anzusetzen, sei es als Landarbeiter oder in der Form von Pächtern.

Übrigens bearbeiten auch im ganzen China aus demselben Grunde die landbesitzenden Bauern selten mehr als ein Viertel ihres Landes. — Der Landarbeiter ist billiger als Arbeitsvieh. —

Ein Knecht erhält das Essen, jährlich ein Kleidungsstück aus Baumwolle und 20 bis 30 Dollar Lohn im Jahr. — Die „helfenden Hände" bekommen im Tagelohn in der trockenen Landwirtschaft von Kiangsu 12 bis 15 Cents im Tag.

In Kwangsi wird zur Zeit des Ackerns und Erntens 33 Cent für den Tag bezahlt, oder bei Engagement für vier Tage ein Dollar. An Regentagen haben diese langfristigen Arbeiter nur auf das Essen Anspruch. Frauenarbeit gilt in der Zeit des größten Arbeitsbedarfes 25 Cent und das Essen. Im Kreise Shian in der Provinz Kwangsi gibt es sogar völlig unbezahlte, in der Hungersnot vor zehn Jahren auf Lebenszeit gekaufte Knechte. —

In Tschekiang verdienen die Frauen 8 Cent im Tag bei der Tee-Ernte, und 3 Cent den Tag bei dem zweiten Pflücken. Beim Morgengrauen begeben sich Männer und Frauen ins Dorf und stehen in Reihe; gar manche müssen erfolglos wieder heimziehen. In der flauen Zeit überläßt der arme Bauer die Feldarbeit den Frauen und zieht zur nächsten Stadt, um als Kuli Landprodukte für die Händler abzutransportieren oder um Asche und Müll für Dünger aufs Land zurückzuschleppen. Züge von hundert und mehr Männern wandern dann die Nacht hindurch, um beim ersten Morgengrauen, wenn die Stadttore geöffnet werden, ihre Last abzuladen oder sie für den Heimweg aufzunehmen. Der Kulitransport ist billiger als die Warenbeförderung durch Vieh, und so kommt es, daß man auch im nördlichen Lößland trotz der Fahrstraßen Karawanen von Schiebkarren trifft, die hochgehäufte Lasten 300 Kilometer weit durch das Land schaffen. —

„Langfristige" Arbeitsverdingung erstreckt sich überall in China zumeist nur auf die Monate der Höchstarbeit, selten bis zu zehn Monaten im Jahr. Im Lößland greifen nur Besitzer von 60 Morgen oder mehr zu dieser Form, die dauernde Verköstigung und feste Bezahlung der Arbeitskräfte bedeutet.

In Kiangsu sind 8% der armen Bauern langfristige Landarbeiter. Manchmal nimmt die Verdingung die Gestalt eines Dauerverhältnisses mit Verköstigung ohne Lohn an, schließt dann auch die Hausarbeit ein, aber erlaubt dem Dienenden Verwendung der Arbeitstiere des Herrn oder auch Benutzung einiger Morgen Land des Arbeitgebers. Natürlich geht dabei die Arbeitsforderung des Grundherrn zeitlich der eigenen Bodenbestellung des Dienenden voran. Verleihung von Arbeitstieren steht höher im Preis als Menschenarbeit; es kann deshalb dieses Verhältnis für den armen Bauern von Vorteil sein.

Auf weniger als zehn Morgen Land ist es im Lößgebiet unmöglich, ein Tier zu halten; die kleinen Landwirte tun sich deshalb zu „Gespannpartnern" zusammen und teilen sich in ein Arbeitstier. In Nord-Kiangsu sind 48% aller Bauern auf Gespannteilhaberschaft angewiesen.

Die Zahl der sich berufsmäßig verdingenden Landarbeiter ist aber überall in China klein. Die armen Bauern ziehen die Landpacht vor, und sie wird auch von den Landbesitzern vorgezogen, denn diese können ja wahrlich nichts Besseres tun, als die Bürde der Landbestellung ganz auf die Bauern abzuwälzen.

An Pachtverhältnissen gibt es jede erdenkliche Abart; prinzipiell hängen die Pachtbedingungen von dem Verhältnis der Nachfrage zum Angebot von Pachtland

ab, das von Ort zu Ort aus dem Landbesitzverhältnis resultiert, und sind in diesem Verhältnis mehr oder minder schlecht für die Bauern. —

Vorwiegend ist die Teilpacht, wobei der Ertrag des Bodens in abgemachtem Verhältnis zwischen Pächter und Verpächter geteilt wird. Dabei kann es sein, daß der Verpächter die Betriebsmittel, Dünger und Saat zur Verfügung stellt, dann erhält der Pächter für seine Arbeitsleistung 20% vom Weizen bei Trockenwirtschaft oder 30% der Reisernte. Das sind die Pächter, „die arbeiten um zu leben". Meistens aber gibt der Verpächter nur den Boden und teilt dann hälftig mit dem Pächter. In dieser Kategorie gibt es aber wieder alle möglichen Nuancen. Im Norden muß der Pächter oft noch zehn oder mehr Tage Zusatzarbeit auf den Feldern des Grundherrn leisten, damit dieser die Arbeitstiere hergibt. Ist das Land gut, so kann der Verpächter auch 60% der Ernte fordern, oder er verlangt im voraus 20% des Ertrages, und der Rest wird hälftig geteilt. Bei zwei guten Ernten vermag der Besitzer auch die große Ernte für sich zu nehmen und dem Pächter die zweite Ernte allein zu überlassen. Oder der Verpächter nimmt 60% der ersten und 40% der zweiten Ernte usw., — immer bis zur Hungergrenze für die Bauern.

In Tschekiang heißt der Pachtvertrag „vom Untergebenen zum Vorgesetzten" und bezeichnet, wie die Ertragsteilung anzusehen ist. Der Vorgesetzte kann bei der Vertragszeichnung noch mindestens ein Geschenk von Hühnern fordern. Zusatzforderungen des Vorgesetzten, wie „Reis für den Eigentümer", „Weingeld", „Gänserente" sind in vielen Gegenden fester Brauch. Die Pacht wird in Natura bezahlt, und wenn sie vom Verpächter eingeholt wird, so ist noch „Transportgeld" vom Pächter zur Pacht hinzuzuzahlen. Als letztes kann, wo die Landknappheit groß genug und der Boden fruchtbar ist, die Pacht auch in Festpacht übergehen. In Fukien beträgt dann die Pachtsumme zum Beispiel 100 chinesische Pfund Reis (ein Tan) per Morgen. Damit ist dann auch noch das Risiko des Ernteausfalls auf die Pächter abgewälzt.

Geldpacht ist recht selten. Sie tritt meist nur in der Nähe von Städten für Gemüseland auf. Im Innern des Landes haben die Grundbesitzer den größeren Vorteil von Naturalzahlungen. Denn wie das Land, ist ja auch der Wert der Ernte ein Spiel des Angebotes und der Nachfrage, das die Besitzenden wohl zu spielen wissen. Der Preis von Reis und Weizen schwankt sehr mit den Jahreszeiten; da die Grundherren sehr häufig zugleich Händler sind, können sie aus dem Aufspeichern des Getreides außergewöhnliche Gewinne ziehen. Ist es doch die Regel, daß die armen Bauern sofort nach der Ernte, wenn der Marktpreis am niedersten steht, ihren Getreideanteil verkaufen müssen. Es vergeht dann kaum ein Jahr, in dem sie nicht gezwungen wären, Nahrungsmittel oder gar Saat zur teuersten Zeit zurückzukaufen. Geld besitzen diese Bauern aber nicht; so ist es Brauch, ihnen Leihgut zu geben, das ihnen auf die nächste Ernte angekreidet wird. Solche Naturaldarlehen werden ohne Sicherheit und ohne Zinsen hingegeben; aber nach der Ernte sind für den geborgten Scheffel bis zu drei Scheffel in Ware zurückzugeben.

Man sieht, das Beleihungsgeschäft auf dem flachen Lande ist nicht schlecht. Es sind darum die Grundherren in den Dörfern meist zugleich Inhaber der Kramläden, wo die Bauern während des Jahres ihren Kaufbedarf auf gleicher Grundlage decken können; und die Händler verkaufen ihnen in gleicher Weise Salz und Dünger. Das Geschäft ist sogar so gut, daß der Bauer kein Pachtland bekommen kann, wenn er etwa nicht beim Grundherrn kauft — und borgt.

Doch nicht genug damit!

An vielen Orten ist dem Grundbesitzer bei Abgabe von Pachtland auch noch Kaution zu stellen, die zinslos stehen bleibt, solange die Pacht dauert. Wird die Kaution in Form von Bürgschaft gestattet, so sind vom Pächter jährliche Zinsen zu bezahlen und vielfach dazu noch eine jährliche Verfahrensgebühr. Diese Form der „Kapitalisierung des Grundherrn" durch die Pächter erstreckt sich in manchen Gegenden bis auf die Hälfte allen Pachtlandes; mehr geht offenbar nicht, sei es, weil das Land oder weil die Pächter zu arm sind. Denn bares Geld besitzt die breite Masse der Bauern ja nicht, es muß geborgt werden, und Geld zu borgen vermag nur der Bauer, der Eigentum zum Pfande geben kann. — Allerdings ist auch dafür gesorgt, daß die Bauern alles versetzen können, was sie nur besitzen. Ist der Grundherr nicht zugleich Ladenbesitzer oder Getreidehändler, so ist er sicher Geldverleiher. Kein Dorf ist ohne Pfandhaus; und die Armen versetzen da was sie haben: die silberne Haarnadel der Frau, die eigenen Kleider, die Schuhe; und im Sommer muß halbnackt und barfuß das Einlösegeld auf dem Felde wieder erworben werden. Der übliche Zinssatz beträgt 2% per Monat. Bei Naturalzurückzahlung kann den Bauern ein Darlehen aber bis zu 50% Zins kosten, denn zur Erntezeit steht sein Zahlungsmittel am tiefsten im Wert; übrigens wird es mit dem Hohlmaß des Geldverleihers gemessen. — Auf Grundbriefe als Sicherheit wird bis zu 40 und 50% des Landwertes in bar geliehen, zu den gleichen Zinssätzen, je nach der Art der Rückzahlung. Ein Bauer wird indessen auf sein Land nur das äußerst Nötige leihen; denn ist die Ernte schlecht, so muß er ja weiter darauf borgen können, um das Geborgte abzuzahlen.

Es ist wohl interessant, diese Kapitalwirtschaft des Dorfes an einem konkreten Beispiel zu verfolgen:

In einem Landkreis von Hupeh waren in fünf Dörfern von 526 Familien, im Mittel von drei Jahren (1929—1931), 45% der Familien verschuldet. Davon schuldeten die Hälfte unter 100 Dollar und acht Familien über 500 Dollar. —

Es war in 45% der Schuldenfälle geborgt worden, um alte Schulden abzuzahlen, in 31% der Schuldfälle zur Beschaffung von landwirtschaftlichen Betriebsmitteln, bei 14% für Konsumzwecke, für Handels- und Gewerbebetrieb in 10% der Darlehensfälle. — Von den 526 Familien liehen 9,5% Geld aus.

Die Häufung der Bauernverschuldung wird hier ganz deutlich. Schafft also der Besitzstand auf dem Lande recht grobe Steine für die Mühle von Angebot und Nachfrage, und hält er die Mühle scharf im Gang, so verewigt die fortschreitende Verschuldung des Bauernlandes den Kreislauf der Daseinsmühle.

Die Enteignungsmühle mahlt langsam, das ist wahr, aber tödlich fein. Zunächst fällt dem Geldverleiher nach altem Brauch nur das Nutzungsrecht am Schuldnerlande zu, wenn die Beleihungsquote überschritten ist, und dies, solange als der Schuldner noch die Steuern bezahlt; schließlich das Land. Die Nationalökonomen bezeichnen den Vorgang als Konzentration des Landbesitzes. Sie geht in China mit zähester Stetigkeit vor sich, und wie zu erwarten steht, im fruchtbarsten Land am schnellsten. So ist im Kreise Tsangwu in Kwangsi das Pachtland von 1929 bis 1934 von 62,5% auf 66,4% angestiegen, im Kreise Shian von 10,1% auf 11%.

Und was haben die Bauern, um es der Schicksalsmühle entgegenzustellen? Sie haben ihre Leidensfähigkeit; sie haben zuletzt Verzweiflung und Revolution. —

GERHARD HERRMANN:

Italiens Weg zum Imperium

1.

Als am Sonntag, dem 9. Mai 1936, die Ausrufung des „Imperio Italiano" mit beispielloser Begeisterung überall in Italien gefeiert wurde, war dies mehr als ein Ausbruch südländischen Temperaments. Das italienische Volk hatte allen Grund, auf diesen größten Erfolg seines Duce stolz zu sein. Es war kein leichter und gerader Weg, der nach siebzigjährigem Bemühen endlich zu diesem Ziel geführt hatte. Er war nicht leicht gewesen, denn viele, oft vergebliche Kämpfe und nicht zuletzt die Katastrophe von Adua lagen an diesem Wege. Er war aber auch nicht gerade gewesen, denn die Eroberung des Kaiserreichs von Äthiopien hatte nicht von Anfang an das Ziel der italienischen Expansionspolitik gebildet. Vielmehr hatte es ursprünglich viel näher gelegen, die dem Mutterlande gegenüberliegende nordafrikanische Küste zu gewinnen.

Wenn dem Ministerium für Italienisch-Afrika, wie man bezeichnenderweise das frühere Kolonialministerium vor einem Jahre umbenannt hat, heute Italienisch-Ostafrika und Libyen, nur durch den anglo-ägyptischen Sudan voneinander getrennt, unterstellt sind, so ist dieses jüngste Kolonialreich nicht von Anfang an das Ergebnis einer zielstrebigen Entwicklung gewesen. Beide Reichsteile, in Nord- wie in Ostafrika, haben sich unter zahlreichen Rückschlägen aus zunächst tastend und zufälligen Bemühungen heraus entwickelt, die nur durch die Hilfestellung der führenden Großmächte möglich und ursprünglich nicht mehr als Brosamen waren, die von der Reichen Tische abfielen. Erst der Faschismus hat dieser unwürdigen Schlepptaupolitik ein Ende bereitet und das Gesetz des Handelns selbst bestimmt.

Die nordafrikanische Gegenküste lag schon sehr frühzeitig im Blickfeld des jungen Königreichs. Ganz selbstverständlich war ursprünglich Tunis, und nur Tunis, das Ziel. Immer muß der Besitzer von Sizilien seine Blicke auf die Küste von Tunis richten, die an der engsten Stelle des Mittelmeeres nur 142 km von der Westspitze Siziliens entfernt ist. Italiens Haltung war aber nicht nur durch diesen räumlichen Zwang bestimmt, sondern auch dadurch, daß um 1880 die italienische Bevölkerung in Tunis gegenüber den übrigen Ausländern weitaus an der Spitze lag. Noch 1911 lebten dort 88 000 Italiener gegenüber nur 46 000 Franzosen.

Noch vor der eignen Einigung (1870) bemühte sich das junge Italien um Tunis. Schon 1864 hatte Napoleon Italien Tunis angeboten unter der Bedingung, daß Viktor Emanuel II. und Cavour auf die Eroberung von Rom verzichteten. Doch unterblieb die Expedition, da den italienischen Freiheitskämpfern dieser Kaufpreis zu hoch erschien. Man hatte Grund zu der Hoffnung, diesen Erwerb später nachholen zu können.

Eine zweite Expedition stand bevor als im Herbst 1870 Frankreich zur Räumung Roms genötigt und durch den Krieg mit Deutschland anderweit beansprucht war. Da war es der Einspruch Großbritanniens und der Türkei, der auch die zweite Unternehmung vereitelte.

Noch einmal bot sich Italien eine große Chance: auf dem Berliner Kongreß 1878. Kurz vorher hatte die Rundreise von Crispi durch die europäischen Hauptstädte in London und Berlin eine italienfreundliche Haltung bewirkt. Doch wurde Crispi wenig später gestürzt, und der neue Ministerpräsident Cairoli und sein Außenminister Corti ließen englischen Fühlern gegenüber erklären, daß „die Regierung nicht Verpflichtungen übernehmen könne, die sie gegebenenfalls zum Handeln zwingen würden". Kein Wunder, daß eine so schwächliche Haltung die italienischen Vertreter auf dem Berliner Kongreß zu einer Aschenbrödelrolle ver-

urteilte. Dort entschied sich aber das Schicksal von Tunis. Der britische Außenminister erklärte nun Frankreich sein Einverständnis falls es Tunis besetzen wünsche, um die schwere französische Verstimmung über die britische Besetzung von Cypern beizulegen. Bismarck, dem eine Ablenkung der französischen Aktivität nach Afrika nur recht sein konnte, schloß sich diesem Angebot an. Gewiß dauerte es noch drei Jahre, ehe Frankreich sein Protektorat über Tunis erklärte (Mai 1881), da in Frankreich selbst zunächst keine Einigkeit über die einzuschlagende Tunispolitik bestand.

Cairoli, in seiner ebenso franzosenfreundlichen, wie österreichfeindlichen Haltung (er war unter österreichischer Herrschaft in der Lombardei geboren!) ließ sich von wiederholten französischen Zusicherungen, man werde dort nichts ohne Einvernehmen mit Italien unternehmen, täuschen und wurde von der Protektoratserklärung völlig überrascht. Sein unmittelbarer Sturz war die Folge. Eine heftige diplomatische und Pressefehde zwischen den beiden lateinischen „Schwesternationen" entbrannte zwar, aber Italien mußte sich mit den Tatsachen abfinden, da es diplomatisch isoliert dastand: ein weiterer Beweis dafür, daß es ohne die Unterstützung der Großmächte damals noch keine eigene Kolonialpolitik treiben konnte.

Wenn auch 57 Jahre seit jenen Ereignissen verstrichen sind, so ist doch die Tunisfrage heute noch zwischen Frankreich und Italien nur auf Zeit gelöst. Noch bei den Verhandlungen zwischen Mussolini und Laval Anfang 1935 hat sie eine Rolle gespielt. Damals wurde die Frage der Staatsangehörigkeit der Italiener in Tunis geregelt, doch wurde bis zum Jahre 1965 nur eine Übergangslösung gefunden. Ob sich hieraus eine endgültige Regelung entwickeln wird, muß abgewartet werden.

Noch einmal, 1882, bot sich Italien eine Chance, doch noch in Nordafrika Fuß zu fassen. Kurz vor der Besetzung Ägyptens durch Großbritannien bot Gladstone Italien an, sich an diesem Unternehmen zu beteiligen. Dies lag um so näher, als damals der italienische Einfluß in Ägypten größer war als der englische oder französische. Trotz des dringenden Zuratens von Crispi, der mit Recht hier eine Möglichkeit sah, die Niederlage von Tunis wettzumachen, verfiel die italienische Regierung wieder in ihre alte Schwäche und lehnte das englische Angebot aus Furcht vor Frankreich ab. Hiermit aber war für Italien die letzte Möglichkeit versäumt, unmittelbar im Mittelmeerraum ein eigenes Kolonialreich aufzubauen.

Die Schwäche der damaligen italienischen Kolonialpolitik wird ohne weiteres begreiflich, wenn man berücksichtigt, daß damals die an sich schwachen und zersplitterten Kräfte des jungen Staatswesens auf die innere Festigung verwandt werden mußten und, soweit überhaupt eine aktive Außenpolitik betrieben wurde und im eigenen Lande Widerhall fand, die Irredentafrage durchaus im Vordergrunde stand. Es ist kein Zufall, daß die italienische Kolonialpolitik Dauererfolge erst dann zu verzeichnen hatte, nachdem die Irredentafrage durch den Weltkriegsausgang im wesentlichen gelöst war.

Die Enttäuschung von Tunis hat Italien bekanntlich in den Dreibund getrieben. Aber erst die erste Vertragsverlängerung von 1887 brachte die deutsche Zusicherung, Italien Beistand zu leisten, falls es wegen nordafrikanischer Fragen in Konflikt mit Frankreich geriete. Noch mehr wurde die italienische Stellung durch die stille Teilhaberschaft Großbritanniens am Dreibund (1887) gekräftigt. Wieder kein Zufall also, daß nun die ersten realen Ergebnisse kolonialer Politik erzielt wurden.

1882 wurden die Konzessionen der Reederei Rubattino an der Bucht von Assab von der Regierung übernommen. 1885 Massaua besetzt und 1890 Eritrea als Kolonie errichtet. Großbritannien gab zu diesem Vorgehen nicht ohne Eigennutz sein Einverständnis. Stand es doch damals im Sudan mit den Mahdisten im Kampfe und befand sich dort seit dem Fall von

Khartum (1885) in schwieriger Lage. Es begrüßte daher die italienische Festsetzung am Roten Meer um eine Ausbreitung des Mahdismus dorthin zu verhindern. Das englische Vorgehen war weiter dadurch bestimmt, ein schon lange befürchtetes französisches Vordringen von Äquatorial-Afrika nach dem Roten Meer durch eine italienische Festsetzung zu verhindern.

Freilich erwies sich dieses Kalkül als Fehlschlag, da Italien durch die Niederlage von Adua (1896) jede weitere Aktivität in Ostafrika aufgeben mußte, so daß schließlich Großbritannien bei Faschoda (1898) Frankreich selbst entgegentreten mußte. Kein Wunder, daß England seitdem kein Interesse mehr an einer weiteren Ausbreitung Italiens hatte.

Zunächst aber hatte sich die italienische Stellung am Roten Meer recht erfolgversprechend entwickelt. Gewiß war die Besetzung von Eritrea zunächst nur eine Verlegenheitslösung gewesen. Es bedeutete ein Abbiegen der natürlichen Expansionsrichtungen von Nordafrika weg nach Ostafrika. Die Behauptung des Außenministers Mancini, Italien werde im Roten Meer die Schlüssel zum Mittelmeer finden, war, zumindesten für die damalige Zeit, nicht berechtigt, so daß Giolitti später bemerken konnte, die Schlüssel zum Mittelmeer seien in Massaua leider nicht gefunden worden

Die Stellung in Eritrea, das keine Siedlungs- und nur geringe wirtschaftliche Möglichkeiten bot, hatte erst dann Sinn, wenn es auch gelang, sein natürliches Hinterland, Abessinien, zu gewinnen. Zunächst verlief alles nach Wunsch. 1889 gelang Antonelli durch geschickte Einschaltung in innerabessinische Thronstreitigkeiten der Abschluß des Vertrages von Utschali mit dem eben auf den Thron gelangten Menelik. Hiernach verpflichtete sich der Negus, seine Außenpolitik nur durch Vermittlung Italiens zu betreiben.

Die Besetzung von Somaliland (1891) mit britischer und deutscher Unterstützung war ein weiterer Schritt zur Umklammerung Abessiniens. Nun aber tauchte Italiens alter Kolonialgegner Frankreich wieder auf. Es gelang den Franzosen mehr und mehr, in Addis Abeba Einfluß zu bekommen. Nachdem Menelik durch italienische Hilfe auf den Thron gekommen war, verstand er es meisterhaft, sich die Rivalität der drei benachbarten Großmächte, Großbritannien, Frankreich und Italien, zunutze zu machen und sie gegeneinander auszuspielen. Er sagte sich ausdrücklich von dem Vertrage von Utschali los mit der Behauptung, er könne, aber er müsse sich nach diesen Abmachungen nicht Italiens in außenpolitischen Fragen bedienen. Nach jahrelanger Spannung zwischen Italien und dem von Frankreich ermunterten Abessinien kam es Ende 1895 zum offenen Kriege, in dessen Verlauf Italien nach der Katastrophe von Adua zur Anerkennung der vollen abessinischen Unabhängigkeit gezwungen war.

Die Schlacht von Adua war im Grunde ein Sieg Frankreichs und eine Niederlage Großbritanniens und des Dreibundes. Angesichts der Tatsache, daß Italien vom Dreibund nicht die von ihm erhoffte wirksame Unterstützung in seiner Kolonialpolitik erhielt und, nicht zuletzt wegen seiner Zugehörigkeit zum Dreibund, in Afrika immer wieder auf die Gegnerschaft Frankreichs stieß, suchte es um die Jahrhundertwende mit Erfolg Anschluß an die lateinische Schwester. Wenn es auch unter dem Eindruck von Adua auf Jahrzehnte keine Aktivität in Ostafrika entfaltete und Eritrea und Somaliland zu völliger Bedeutungslosigkeit herabsanken, so glückte es ihm doch nun mit Frankreich zu einer Verständigung über die nordafrikanischen Fragen zu gelangen, wobei freilich Tunis außer acht blieb.

In zwei Abkommen von 1900 und 1902 erreichte Italien von Frankreich die Garantie für Tripolitanien gegen Anerkennung der französischen Vormachtstellung in Marokko. Als es schließlich im Jahre 1904 zu der Verständigung zwischen

Großbritannien und Frankreich über ihre beiderseitigen Interessen in Ägypten und Marokko kam, als Großbritannien nicht mehr als stiller Teilhaber des Dreibundes betrachtet werden konnte, geriet Italien mehr und mehr in das Fahrwasser der Westmächte. Schon 1882 bei den ersten Dreibundverhandlungen hatte Italien erklärt, daß es niemals gegen England stehen könne. Die italienische Schwenkung zu Beginn des Jahrhunderts war also nur die natürliche Folge dieser zwangsläufigen Abhängigkeit von Großbritannien. Wenn auch der Dreibund formell weiter verlängert wurde, so konnte doch die italienische Haltung bei Weltkriegsausbruch den Kundigen kaum überraschen.

Die Zusammenarbeit mit den Westmächten wirkte sich aber auch auf dem abessinischen Schauplatz aus, wo alle drei Mächte als die Anrainer des Kaiserreiches ein unmittelbares geopolitisches Interesse hatten. Frankreich hatte als Entgelt für die 1895/96 geleistete Hilfestellung eine Konzession auf den Bau einer Bahn von Dschibuti nach Addis Abeba erhalten, die freilich erst 1917 bis zur Hauptstadt in Betrieb genommen wurde. Großbritannien errang eine Sonderstellung in Westabessinien und am Tanasee, dessen Wasser für die Baumwollwirtschaft im Sudan und in Ägypten von lebenswichtiger Bedeutung sind. Dies ist freilich nicht so zu verstehen, daß Dammbauten am Tanasee, dem Sudan und Ägypten große Wassermengen entziehen würden, sondern daß dadurch die jahreszeitliche Verteilung der vom Blauen Nil aus dem Tanasee herbeigeführten Wassermengen sich einschneidend verschieben würde. Eine katastrophale Folge für die Wirtschaft des Niltales würde freilich in jedem Falle eintreten. — Bereits in den Jahren 1900 und 1902 hatte sich England vom Negus seine Sonderstellung am Tanasee bestätigen lassen.

Am unmittelbarsten fiel Italiens Interesse an Abessinien in die Augen. Eritrea und Somaliland fehlte jedes Hinterland, und sie entbehrten auch einer territorialen Verbindung miteinander. Die Schwierigkeit lag nun darin, die widerstreitenden Interessen der drei Kolonialmächte miteinander in Einklang zu bringen. Nach der britisch-französischen Verständigung 1904 und der italienischen Annäherung an die Westmächte gelang dies aber; um so eher, als keine der Mächte den beiden anderen die alleinige Vormachtstellung in Abessinien gönnte. Das Dreier-Abkommen von 1906 war das Ergebnis. Es stellte eine verschleierte Aufteilung Abessiniens in Interssenzonen dar und war bis zum Abessinenienkonflikt 1935 in Geltung.

Im Falle einer Veränderung des status quo sollte Frankreich die Bahnzone, Großbritannien das Entwässerungsgebiet des Nil und Italien das Hinterland von Eritrea und Somaliland und die territoriale Verbindung zwischen diesen beiden Kolonien westlich (also außerhalb der französischen Bahnzone) von Addis Abeba zufallen.

Wenn auch dieses Abkommen durch die dilatorische Haltunng Frankreichs unmittelbar keine Bedeutung erlangt hat, so kennzeichnet es doch mit aller Schärfe die bis zum Abessinienkonflikt bestehende Interessenlage der drei Kolonialmächte.

Da Frankreich nicht gewillt war, seine klugerweise rein wirtschaftlich ausgeübte Vormachtstellung in Abessinien aufzugeben, so sah Italien seine Absichten auf Abessinien wieder einmal an der Haltung seiner lateinischen Schwester scheitern.

Es wartete daher nun auf eine günstige Gelegenheit den ihm früher schon ausgestellten Wechsel auf Tripolitanien einzulösen.

Im Herbst 1911 war es so weit. Nach kurzem Ultimatum an die Türkei wurden einige Küstenplätze von Tripolitanien und der Cyrenaika besetzt und bald darauf die Einverleibung dieser beiden türkischen Provinzen erklärt. Freilich glückte die tatsächliche Eroberung dieser Länder damals noch nicht. Das greifbarste unmittel-

barste Ergebnis des Tripoliskrieges war vielmehr die Besetzung des Dodekanes mit Rhodos. Nur der Ausbruch der Balkankriege zwang die Türkei im Oktober 1912 zum Friedensschluß und zur Anerkennung der italienischen Besitzungen in Nordafrika, während Italien die Rückgabe des Dodekanes versprach.

2.

Die tatsächliche Besitzergreifung der Kolonien war noch nicht erfolgt, als der Ausbruch des Weltkrieges eine völlig neue Lage schuf. Nichts zeigt deutlicher das Fehlen einer konstruktiven Idee in der vorfaschistischen Kolonialpolitik als die kolonialen Abmachungen im Vertrage von London vom 26. April 1915, worin die italienischen Kriegsziele bei einem Kriegseintritt auf Seiten der Entente festgelegt wurden. Wieder stand die Irredentafrage im Vordergrunde, während die kolonialen Forderungen nur beiläufig geregelt wurden. Der einschlägige Artikel 13 hat folgenden bezeichnenden Wortlaut:

„Für den Fall, daß Frankreich und Großbritannien ihre afrikanischen Besitzungen auf Kosten Deutschlands vergrößern sollten, erklären sich diese beiden Mächte im Prinzip damit einverstanden, daß Italien eine angemessene Entschädigung fordern darf, vor allem was die Regelung zugunsten Italiens hinsichtlich der Grenzen der italienischen Kolonien in Eritrea, Somaliland und Libyen und der benachbarten französischen und britischen Kolonien betrifft."

Es handelte sich also lediglich um Grenzregulierungen, die noch dazu nur dann gewährt werden sollten, falls Großbritannien und Frankreich ihrerseits deutsche Kolonien erwarben. Es ist damals, ebensowenig wie später 1919 bei den Friedensverhandlungen, Italien nicht einmal geglückt, von Frankreich das heiß ersehnte Gebiet von Dschibuti zugesichert zu erhalten.

Der Kampf um die Erfüllung der Zusagen des Artikel 13 des Vertrages von 1915 hat die italienische Haltung in Kolonialfragen bis in die Gegenwart beherrscht. Erst bei den römischen Besprechungen vom Januar 1935 hat dieses Kapitel durch die Erweiterung der libyschen Südgrenze bis an das Tibestigebirge auf Kosten von Französisch-Äquatorialafrika, durch Grenzverbesserungen zwischen Eritrea und Französisch-Somaliland, sowie durch finanzielle Beteiligung Italiens an der französischen Dschibuti-Bahn seinen Abschluß gefunden. Mussolini konnte damals dieses für Italien wenig ertragreiche Feilschen um so leichter beenden, als der Abessinienkonflikt mit seinen ganz neuen Perspektiven schon vor der Tür stand.

Andere Abschlagszahluungen der Weltkriegsverbündeten an Italien waren vorhergegangen: Während noch auf den Friedensverhandlungen Großbritannien und Frankreich alle koloniale Zugeständnisse an Italien mit der Begründung ablehnten, sie hätten keine deutschen Kolonien erworben, sondern sie nur als Mandate erhalten, besann man sich später eines Besseren. 1924 trat England das Djubaland, das südlich an Somaliland angrenzte, an Italien ab. 1925 erfolgte eine Grenzberichtigung zwischen Ägypten und Libyen, wobei vor allem die Oase von Jarabub an Italien fiel. Weitere Grenzverbesserungen des libyschen Hinterlandes zu Lasten von Ägypten schlossen im Jahre 1934 die Verhandlungen mit England und Ägypten ab.

Alle diese Landgewinne, mochten sie flächenmäßig noch so erheblich sein, waren für Italien nur von untergeordnetem Wert. Mussolini hat später mit Bitterkeit erklärt, er sei kein Wüstensammler.

Die Kolonialpolitik des jungen Faschismus bewegte sich zunächst in den ihm von seinen liberalen Vorgängern vorgezeichneten Bahnen. Diese Anlehnung an die Politik der alten Kolonialmächte war schon deswegen zunächst unvermeidlich, weil der Faschismus in den ersten Jahren seiner Herrschaft noch zu

sehr mit der Befestigung seiner Stellung im Innern beschäftigt war, um eine selbständige Kolonialpolitik zu betreiben. Immerhin war es erst dem Faschismus geglückt, die Westmächte zu einer, wenn auch unzureichenden, Einlösung ihrer kolonialen Versprechungen auf Grund des Vertrages von 1915 zu veranlassen.

Gleichzeitig gelang es nun erst, die italienische Herrschaft in Libyen, die bei Weltkriegsende auf einige Küstenplätze zusammengeschrumpft war, tatsächlich, wenn auch erst nach schweren Kämpfen, auf das ganze Territorium dieser Kolonie auszudehnen. Diese Entwicklung fand mit der bisher für unmöglich gehaltenen Eroberung der Oase Kufra durch Graziani und der Niederwerfung der Senussi im Jahre 1931 ihren Abschluß.

Hand in Hand hiermit ging der erneute Versuch, eine Position in Abessinien zu gewinnen. Im Dezember 1925 war es zu einem Notenwechsel zwischen Mussolini und dem britischen Botschafter in Rom gekommen, wonach England Italien seine diplomatische Unterstützung für eine Konzession auf den Bau einer Eisenbahn von Eritrea nach Somaliland und die Erringung einer wirtschaftlichen Vormachtstellung in Westabessinien zusagte. Als Gegenleistung anerkannte Italien die britischen Sonderrechte an der Wasserwirtschaft des Tanasees und dem Bau einer Autostraße vom Sudan nach diesem See.

Noch einmal — zum letztenmal — wurde die italienische Absicht durch den auf französische Veranlassung erfolgenden Einspruch Abessiniens vereitelt. Mussolini entschloß sich daher, direkt vorzugehen und den Stier bei den Hörnern zu packen: Im Jahre 1928 wurde ein Freundschaftsvertrag mit dem Negus abgeschlossen. Außerdem war die Errichtung einer abessinischen Freihafenzone in Assab und der Bau einer Autostraße von Assab nach Dessie vorgesehen, wovon sich Italien eine weitgehende Erschließung des abessinischen Hinterlandes von Eritrea versprach.

Als es nun Frankreich gelang, das abessinische Mißtrauen gegen diese Abmachungen zu wecken und die Verwirklichung der Verkehrskonvention zu hintertreiben, mußte Italien einsehen, daß es mit friedlichen Mitteln nicht an sein Ziel gelangen würde.

Es ist bezeichnend für das neue koloniale Wollen unter dem Faschismus, daß Italien nun nicht mehr auf eigene Aktivität verzichtete, sobald es auf den Widerstand anderer Mächte stieß. Kein Geringerer als De Bono erwähnt in seinem Rechenschaftsbericht[1]), schon 1933 habe sich der Duce eine klare Vorstellung davon gemacht, daß die abessinische Angelegenheit spätestens 1936 geklärt werden müsse. Er war also entschlossen, gegebenenfalls auch gegen den Willen der anderen Mächte zum mindesten ein Protektorat über Abessinien zu erringen. Erst in diesem Zusammenhang gewinnen die an sich nicht sehr inhaltsreichen römischen Verhandlungen vom Januar 1935 ihr volles Gewicht. Angesichts der späteren Haltung der italienischen Presse kann es keinem Zweifel unterliegen, daß Frankreich damals Italien freie Hand für sein bevorstehendes Vorgehen in Abessinien gegeben hat.

Der Abessinienfeldzug selbst wie auch der „Sanktionenkrieg" hat dann das grandiose Schauspiel geliefert, in dem Italien, zum ersten Male wahrhaft als Großmacht handelnd, im Kampfe fast gegen die ganze Welt sein Kolonialreich errichtet hat. Nur die einheitliche und straffe faschistische Führung konnte dieses Ziel trotz ständig drohender Sperre des Suezkanals und der Erdölzufuhr erringen.

1) a. a. O. S. 12.

Dadurch, daß Mussolini alles wagte, konnte er auch darauf verzichten, durch Kompromißvorschläge, wie den Hoare-Laval-Plan, die zukünftige Stellung Italiens in Abessinien von vornherein unterminieren zu lassen. Er wagte alles, und er gewann alles. Daran kann auch die Haltung der Genfer Liga nichts ändern.

Unmittelbar nach dem Abschluß der Eroberung hat der Duce selbst erklärt, daß Italien nun zu den saturierten Mächten gehöre. In Abessinien, das bekanntlich mit Eritrea und Somaliland zu Italienisch-Ostafrika zusammengefaßt worden ist, schon im Namen die neue Einheit ausdrückend, findet Italien Aufbauarbeiten für Jahrzehnte vor. Um das neue Gebiet zu erschließen, braucht es Zeit.

Unter diesen Umständen ist die Friedensliebe Italiens unbezweifelbar. Mag während des Sanktionsfeldzuges die Spannung zu Großbritannien noch so stark gewesen sein, heute muß Italien mehr als je daran gelegen sein, mit ihm in Frieden zu leben, denn bei einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen dem Empire und dem Impero müßte es zwangsläufig zu einer Sperrung des Suezkanals kommen. Damit aber wäre für Italien der Weg zu seinem Kolonialreich gesperrt, während für seinen Gegner immer noch der Weg ums Kap offen stände. Daran vermag auch die gefährliche Umklammerung Ägyptens durch Libyen und Italienisch-Ostafrika nichts zu ändern, ebensowenig wie die Sperrung des Mittelmeers an seiner engsten Stelle von Sizilien und Pantelleria aus, und schließlich die Bedrohung des Suezkanals, Zyperns und Haifa vom Dodekanes aus.

Daß das italienische Imperium heute besteht, gegen eine Welt von Feinden errungen, ist das Werk des Duce ganz persönlich. Ohne seine ständig treibende Kraft, ohne die straffste Zusammenfassung aller staatlichen Machtmittel in seiner Hand, wäre das Ziel niemals erreicht worden. Großes ist errungen, aber noch Größeres ist zu leisten. Aus den alten zersplitterten und aus eigner Kraft noch nicht lebensfähigen vier Kolonien sind zwei große Landblöcke entstanden, die zwar noch durch eine Entfernung von 1250 km an der günstigsten Stelle voneinander getrennt sind, aber zum mindesten im Kriegsfall in der Luftwaffe zusammen operieren können.

Es ist die große Zukunftsaufgabe des Faschismus, die beiden Teile des Imperiums wirtschaftlich und siedlungsmäßig so stark zu entwickeln und zu kräftigen, daß sie im Ernstfall nicht mehr auf Gedeih und Verderb von der Verbindung mit dem Mutterlande abhängen. Italien ist heute bereits mehr als eine Mittelmeermacht. Es sitzt nicht nur in Libyen, sondern auch am Indischen Ozean nud am Roten Meer. Die Stellung in Libyen zwingt es zur Auseinandersetzung mit dem französischen Nachbarn im Westen und Süden und Ägypten—Großbritannien im Osten. Seine Stellung in Ostafrika zwingt zur Auseinandersetzung mit dem britischen Weltreich: Kenya im Süden, das India-Meer im Osten, Sudan und Ägypten im Westen und Norden. Hierbei überschneiden sich die italienischen und britischen Kraftlinien in doppelter Hinsicht: auf der Landbrücke von Südostlibyen nach Eritrea und im Roten Meer und Suezkanal.

Die sich hieraus ergebenden Gefahren und Reibungsmöglichkeiten in einer Weise zu bannen, die den Interessen beider Imperien gerecht wird, ist die gewiß nicht leichte Aufgabe der italienischen und britischen Staatsmänner. Die Verhandlungsbereitschaft Chamberlains und der Rücktritt Edens sind ein verheißungsvoller Auftakt für die Zukunft. Denn an der italienischen Bereitwilligkeit kann im eigensten Interesse kein Zweifel sein.

ANTONIO GIORDANO:
Fragen des italienischen Kolonialbesitzes

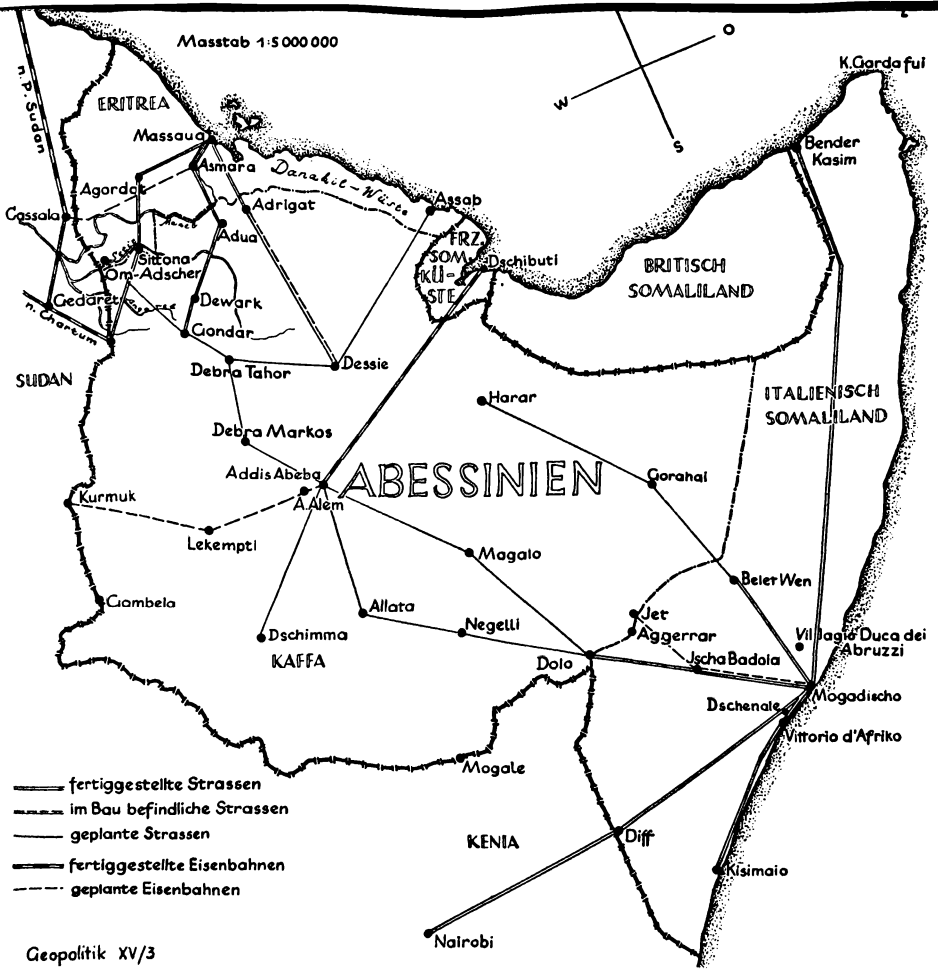
Das italienische Kolonialproblem wurde schon im 18. Jahrhundert aufgeworfen, als Italien die Bucht von Assab erwarb; aber die politische Lage ließ die Frage bis 1936 vollständig ruhen. Tatsächlich zeigte die italienische öffentliche Meinung, als die Expeditionen nach China für den Boxerkrieg Italien verließen, und als Italien später versuchte, Konzessionen im Fernen Osten zu erhalten, keinerlei Interesse an den Unternehmungen. Sogar als Francesco Crispi sich in den Krieg mit dem Negus Menelik einließ, hielt der größte Teil der öffentlichen Meinung Italiens dies Unternehmen für unklug. Die Einschränkungen, die der Handlungsfreiheit der Regierung durch die öffentliche Meinung auferlegt wurden, sind wohl der Hauptgrund, der Italien hinderte, seine Kolonialfrage damals schon zu regeln.

Die Kolonialfrage war bis zur Jahrhundertwende vorwiegend unter dem Einfluß der vielen italienischen Reiseberichte betrachtet worden, die den afrikanischen Erdteil mehr unter wissenschaftlichen, als politischen oder wirtschaftlichen Gesichtspunkten schilderten. Weiterhin ist zu oft von italienischen Politikern behauptet worden, Eritrea und Italienisch-Somaliland hätten keine wirtschaftliche Bedeutung, als daß wir Italiener hierdurch hätten veranlaßt werden können, uns auf koloniale Expansion einzulassen. Man kann doch nicht erwarten, daß Leute ihr Geld in Ländern anlegen, von denen es allgemein hieß, daß sie keine wirtschaftlichen Möglichkeiten hätten; aber auch von der Regierung wurde nichts unternommen, um die koloniale Ausbreitung zu finanzieren. Hätte nicht die verstorbene Herzogin der Abruzzen und einige andere mit der wirtschaftlichen Ausbeutung von Italienisch-Somaliland und Eritrea begonnen, hätte nicht die Banco di Roma ihre Tätigkeit noch unter türkischer Herrschaft bis nach Libyen ausgedehnt, die italienische öffentliche Meinung hätte die wirtschaftliche Bedeutung der Kolonialfrage überhaupt nicht beachtet.

Erst in der Zeitspanne von 1905—1910 begann die italienische Öffentlichkeit unter dem Einfluß der Pionierarbeit und einer eifrigen Propaganda, die von einer kleinen Gruppe Begeisterter getragen war — unter ihnen auch der jetzige Präsident des italienischen Senats, H. E. Federzoni — die Bedeutung von Kolonien zu ahnen und die Notwendigkeit der Besitzergreifung Libyens und der Inseln des Dodekanes durch Italien einzusehen. Der große Krieg und die unbeständige innerpolitische Lage Italiens nach dem Kriege brachten es mit sich, daß die verschiedenen aufeinanderfolgenden Regierungen die Möglichkeiten nicht nutzten, die der Kolonialbesitz im Hinblick auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bot, die von der Bevölkerungszunahme des Landes herrührten. Das erklärt auch, warum Italien auf der Friedenskonferenz nur ein Teil von Djubaland und eine Berichtigung der Grenzen in Eritrea und Libyen zugestanden wurden — Zugeständnisse, die erst verwirklicht worden sind unter der Regierung Mussolini; denn die sozialdemokratische Regierung trug nicht einmal dafür Sorge, daß die Abmachungen von England und Frankreich eingehalten wurden.

Mussolini war nach Crispi der erste Regierungschef, der die Bedeutung des Kolonialproblems erkannte. Sein verstorbener Bruder Arnaldo Mussolini hat in den Spalten des Popolo d'Italia einen großangelegten Feldzug durchgeführt, um die Aufmerksamkeit der italienischen öffentlichen Meinung auf die Bedeutung der Kolonialfrage in politischer, geographischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu lenken. Wenn Phosphate einerseits in Algerien und Tunis vorkommen, andererseits in Ägypten — so führte der große Bruder des italienischen Regierungschefs aus —, warum sollte es dann nicht möglich sein, Phosphate in Libyen zu finden, das zwischen Tunis und Ägypten liegt?

Bis 1922 blieb die Kolonisation Libyens praktisch auf die Küste beschränkt; erst unter der faschistischen Regierung ist die italienische Besitzergreifung bis zur Oase Kufra vorgedrungen, bis zu der Verbindungslinie vom englisch-ägyptischen Sudan zum



Tschadsee. Das Problem der Ausbeutung der italienischen Kolonien in Ostafrika erwies sich als wesentlich schwieriger. Das hatte seinen Grund darin, daß Abessinien wie ein Keil zwischen den beiden Kolonien lag, und in den Anstrengungen, die von Französisch-Somaliland, Britisch-Somaliland und dem englisch-ägyptischen Sudan aus unternommen wurden, um den abessinischen Handel an sich zu ziehen. Denn Eritrea grenzte — und grenzt heute noch — im Norden und Westen vom Kap Ras Kasar am Roten Meer bis Umbrega an den englisch-ägyptischen Sudan, während es im Süden von der Danakil-Wüste bis Umbrega an Abessinien grenzte. Italienisch-Somaliland grenzte — und grenzt heute noch — im Westen an die Kolonie Kenya, im Norden an Abessinien und im Osten an Britisch-Somaliland. In Eritrea lenkte die Eisenbahn von Port Sudan nach Kassala, die der italienischen Grenze entlang läuft, einen großen Teil des italienischen Handels von den italienischen Häfen ab, während der Einfluß der Dschibuti-Bahn auch in Ital.-Somaliland fühlbar war.

Nur durch eine Vereinigung mit dem Land, das zwischen den italienischen Kolonien in Ostafrika lag, nämlich mit Abessinien, konnte es möglich werden, ein vernünftiges Aufschließungsprogramm durchzuführen. So wurden unmittelbar nach der Machtergreifung durch Mussolini Unterhandlungen mit der damaligen abessinischen Regierung aufgenommen in der Absicht, zu einer Vereinbarung über eine italienisch-abessinische Zusammenarbeit in Wirtschaftsfragen zu kommen. Eine solche Zusammenarbeit war Voraussetzung für das koloniale Ausdehnungsprogramm

der italienischen Regierung für Eritrea und Italienisch-Somaliland, besonders hinsichtlich der Erfordernisse, die durch die wachsende Bevölkerung Italiens entstanden. Diese Unterhandlungen führten zu dem italienisch-abessinischen Vertrag von 1928, demzufolge Abessinien die Möglichkeit gehabt hätte, seinen Überseehandel über Assab zu entwickeln.

Aber die Bestimmungen dieses Vertrages sind von der ehemaligen abessinischen Regierung niemals beachtet worden. Im Gegenteil: sie tat alles, um die friedliche Kolonisation Italiens in den beiden ostafrikanischen Kolonien zu verhindern. Gleichwohl hat die italienische Regierung, den abessinischen Feindseligkeiten zum Trotz, umfangreiche Arbeiten in Italienisch-Somaliland durchgeführt. Unter den Gouverneuren Cesare Maria de Vecchi und Dr. Guido Corni ist ein beachtliches Straßennetz in Italienisch-Somaliland entstanden. Dieses Straßensystem schließt ein:

1. Die Autostraße Kisimaio—Bender Kasim; sie soll die westlichen Gebiete Italienisch-Somalilands mit Bender Kasim an der Nordküste vor Aden verbinden, um dem Handel von Somaliland die Dampferwege über Perim zu den Mittelmeerhäfen zu erschließen.

2. Die Autostraße von Mogadischo nach Diff, dem Ausgangspunkt der Straße nach Nairobi.

3. Die Autostraße von Mogadischo nach Dolo, von wo aus sie nach Magalo und Addis Abeba hätte fortgesetzt werden sollen, und

4. die Autostraße von Mogadischo nach Belet Wen, die in Richtung auf Gorrahei und Harrar fortgeführt werden sollte. Ferner war ein Plan für den Bau einer Eisenbahn von Mogadischo nach Iet durch Ischa Badoia ausgearbeitet.

Die Ausfuhr von Rohbaumwolle wurde von 205 Centals 1920—1922 auf ungefähr 10000 Centals 1936 durch Anlage von Pflanzungen hauptsächlich in dem Villagio Duca degli Abruzzi und in den Vittorio d'Africa-Bezirken gesteigert; die Ausfuhr von Bananen aus Dschenal von 447 Centals 1928 auf 150000 Centals 1935, die Ausfuhr von Mais von 4800 (1928) auf 167130 (1934); nicht zu reden von den Zuckerrohrpflanzungen, von Kopra usw. Eine geologische Untersuchungskommission unter Ing. Felsenhardt, einem der führenden Erzschürfer des Belgisch-Kongo, hat sogar den Boden von Italienisch-Somaliland untersucht; bei Kap Gardafui sind bedeutende Silbervorkommen gefunden worden.

Wir hatten auch die Möglichkeiten untersucht, das Wasser der Aggerrar-Sees, der viel Charakteristisches mit der Danakil-Salzwüste gemeinsam hat, auszubeuten; auch zum Ausbau und zur Verwertung des Viehbestands in Italienisch-Somaliland werden Pläne entworfen: man wollte eine Fleischindustrie ins Leben rufen; ebenso in den Küstengewässern der Kolonie die Fischerei entwickeln, besonders die Perlfischerei.

Jedoch weigerte sich die ehemalige abessinische Regierung nicht nur, die Abmachungen des italienisch-abessinischen Vertrages von 1928 durchzuführen, sie unternahm auch nichts gegen die ununterbrochenen feindlichen Überfälle abessinischer Stämme auf die friedliche Arbeit, die in den italienischen Kolonien geleistet wurde; diese Tatsache führte zum italienisch-abessinischen Krieg.

Der Sieg des italienischen Heeres in Äthiopien hat für die Ausbeutung aller Gebiete zwischen dem Roten Meer und dem Indischen Ozean, zwischen den Grenzen des englisch-ägyptischen Sudan und der Kolonie Kenya im Norden und Westen, zwischen Französisch- und Britisch-Somaliland im Osten eine neue Ära eröffnet. Um den Wechsel der Wahl in diesen Gebieten zu verstehen, genügt es, sich ins Gedächtnis zurückzurufen, daß die Anlage der verschiedenen Zollstellen entlang den Grenzen des ehemaligen abessinischen Reiches von Gallabat, Kurmuk, Gambela bis

nach Moyale, daß die Konzessionen, die der ehemalige Negus am Tana-See vergeben hatte, daß das Angebot, eine Bahnlinie von Kurmuk über Lekempti, Addis Alem nach Addis Abeba zu bauen usw. den Willen zeigten, den äthiopischen Handel nach dem Westen zu ziehen. Obwohl die 1600 km lange britische Strecke nach Gallabat, Khartum, Port Sudan durch den Bau der Bahn von Kassala nach Gedaref um ungefähr 400 km abgekürzt worden ist, begünstigt heute die Ausschaltung der Grenze am Mareb-Fluß zweifellos den Handel auf italienischen Straßen, — eine Straße über Gallabat, Angareb, Sittona, Setit, Agordat und Massaua, die 750 km lang ist, und eine über Gondar, Dewark, Adua, Asmara und Massaua, die 600 km lang ist und so eine Ersparnis von wenigstens 450 km gegenüber der Port-Sudan-Strecke bietet. Wird diese Lage zu einer Konkurrenz zwischen italienischen und anglo-ägyptischen Verkehrswegen führen, oder wird sie die Grundlage für eine Verständigung bilden? In diesem Zusammenhang ist die Tatsache wichtig, daß ein Plan vorliegt, die 347 km lange Strecke von Massaua nach Asmara und Biscia in Richtung auf Tessenei und Kassala zu verlängern, wo sie mit dem englisch-ägyptischen Eisenbahnsystem verbunden werden soll. So wäre es möglich, direkte Verbindungen zwischen Ägypten und Italienisch-Ostafrika durch Schiene und Fluß einzurichten. Dieses Projekt bezeugt den Wunsch nach Zusammenarbeit auf italienischer Seite.

Andererseits hat sich die italienische Regierung entschlossen, den Bau eines neuen Straßensystems über das ganze Italienisch-Ostafrika in Angriff zu nehmen, das folgende Autostraßen einschließen soll:

1. Om Adscher—Gondar—Debra Tabor—Dessie (650 km),
2. Debra Tabor—Debra Markos—Addis Abeba (500 km),
3. Adigrat—Dessie—Addis Abeba (850 km),
4. Assab—Dessie (300 km),
5. Addis Abeba—Dschimma (300 km),
6. Addis Abeba—Allata—Negelli—Dolo (1100 km).

Die letzte soll im Laufe einer zweiten Bauperiode ausgeführt werden.

Man muß bedenken, daß mit dem Bau dieses Straßensystems einerseits eine direkte 950 km lange Verbindung zwischen der italienisch-englisch-ägyptischen Sudangrenze und Assab eingerichtet wird, und eine direkte, ungefähr 1000 km lange Verbindung zwischen Massaua und Addis Abeba durch die schon gebaute Autostraße Massaua—Adigrat und die neue im Bau befindliche Straße Adigrat—Addis Abeba; und andererseits ist eine 700 km lange Verbindung zwischen Addis Abeba und Assab eingerichtet, um die ausschließliche Abhängigkeit des Handels von der Bahn Dschibuti—Addis Abeba zu beheben. Nach einer Entscheidung der italienischen Regierung soll bis 1939 der Bau eines Hafens in der Bucht von Assab fertiggestellt werden, dessen Wassertiefe nicht weniger als 12 m betragen soll, mit einem in der Mitte liegenden Kai von 1000 m Länge, das Ganze geschützt von zwei Wellenbrechern, der eine 900 m, der andere 180 m lang, die eine Einfahrt von 150 m Breite frei lassen. So hat Addis Abeba seinen eigenen Zugang zum Meer auf italienischem Boden, ein Zugang, der geeignet ist, die Erleichterungen zu vervollständigen, die durch Dschibuti schon bestehen. Man muß bedenken, daß die Bahn Addis Abeba—Dschibuti eine begrenzte Transportfähigkeit hat und hohe Betriebskosten, infolge ihrer hohen Baukosten, die 2 Mill. Lire pro Kilometer erreichten. Als äußerste Leistungsfähigkeit der Bahn Addis Abeba—Dschibuti hat sich die Be-

förderung von 1500 t Güter täglich in beiden Richtungen erwiesen, — das macht im ganzen 45 000 t monatlich. Durch die gute Zusammenarbeit zwischen der französischen Gesellschaft, die diese Linie verwaltet, und den italienischen Behörden in Äthiopien ist zwar die Kapazität der Bahn gegen früher bis zu einem gewissen Grade gewachsen, aber sie kann niemals den Anforderungen des Handels genügen, die aus der Kolonisationsarbeit entstehen, wie sie von der italienischen Regierung in Ostafrika geleistet wird. Daher die Notwendigkeit, eine unabhängige Verbindung durch die Bucht von Assab zu bauen. Das Straßenbauprogramm unter italienisch-ostafrikanischen Gesichtspunkten muß also sein: der Bau einer Autostraße in einem zweiten Abschnitt von Addis Abeba nach Dolo, das ungefähr an der alten, italienisch-abessinischen Grenze liegt, und als Abschluß eine Autostraße von Mogadischo nach Dolo: die direkte Verbindung Rotes Meer—Indischer Ozean.

Ein wichtiger Punkt des Bauprogramms ist ferner die Straße, die Addis Abeba mit den Gebieten von Dschimma und Caffa verbinden soll, sowohl in geographischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht, denn sie wird Italienisch-Ostafrika mit dem afrikanischen Gebiet der Großen Seen verbinden und damit für die Aufschließung dieser Gebiete die Grundlagen schaffen. Dschimma und Caffa sind die bedeutendsten Kaffee-Erzeugungsgebiete von Äthiopien und sollen reiche Platinvorkommen enthalten. Daher würden die italienischen Kolonien durch eine solche Straße zweifellos neuen Handel an sich ziehen.

Man sieht: die italienische Regierung unter Mussolini hat die Grundlagen für eine vernunftgemäße Ausbeutung der italienischen Kolonien und für die Heranziehung italienischer Bauern und Arbeiter zur Kolonisation geschaffen. Wirtschaftlich gesprochen ist ein solches Werk von beträchtlicher Bedeutung, wenn man bedenkt, daß der Einfluß der Weltwirtschaftskrise, die Einschränkungen, die dem Außenhandel gerade von solchen Ländern auferlegt sind, die die wichtigsten Rohstoffquellen der Welt unter Kontrolle haben, die italienische Regierung zwangen, ihre Handelspolitik umzustellen. Aber wir haben auch nicht vergessen, daß die Sanktionen uns die Wichtigkeit wirtschaftlicher Unabhängigkeit unter politischem Gesichtspunkt gezeigt haben. Es muß und wird möglich sein, mit der Zeit den italienischen Baumwollbedarf wenigstens zu einem großen Prozentsatz in den italienischen Kolonien zu erzeugen. Während Italien 1922 aus seinen Kolonien nur 0,5% seines Bedarfs an Häuten und Fellen einführte, gelang es ihm 1935 35% aller Häute und Felle aus den Kolonien zu beziehen, und wenn man die Bedeutung des äthiopoischen Häute- und Fellehandels bedenkt, kann man sagen, daß Italien nicht länger von fremder Einfuhr an Häuten und Fellen abhängig sein wird, sondern sogar selbst den internationalen Häute- und Fellehandel beherrschen kann.

Welche Wichtigkeit man dieser Frage in Italien beilegt, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Geschäftswelt Neapels, geführt von der Banco di Napoli, auf der Konzentration des Häute- und Fellehandels aus dem italienischen Empire in diesem Hafen besteht. Die Länder, die den größten Teil der Rohstoffe der Welt beherrschen, versteifen sich auch weiter darauf, daß ihre Kolonien ihre eigenen Fertigwaren bevorzugen sollen. Sie schließen dadurch aber die Waren von Ländern aus, die Rohstoffe brauchen und sie ohne Export nicht kaufen können. Diese Politik ist die Hauptursache der internationalen Krise und der Notwendigkeit des Strebens nach Kolonien, wie sie bei den „Have-nots" fühlbar geworden ist.

ALBRECHT HAUSHOFER:
Berichterstattung aus der atlantischen Welt

Wenn man aus der Fülle der Ereignisse, die den Februar 1938 kennzeichnen, diejenigen herausgreifen soll, denen die größte Dauerwirkung zukommt, dann wählen wir vier: die Entscheidung über das deutsche Schicksal Österreichs, die an einem Mittwintertag in den Bergen von Berchtesgaden gefallen ist; der Entschluß Neville Chamberlains, unter Ausbootung eines erfolglosen, dem Völkerbund verschriebenen Außenministers, direkte Wege zur Verständigung mit Italien und mit Deutschland zur Vermeidung eines neuen europäischen Krieges zu suchen; die Rückkehr der Vereinigten Staaten zum imperialen Programm eines ausgedehnten Flottenbaus und einer Rücknahme des Verzichts auf ihre Stellung im westlichen Stillen Ozean; die Selbstenthüllung des russischen Regierungssystems auch für die Augen derjenigen, die sowjetrussische Vorgänge nur durch viele gefärbte Brillen zu betrachten pflegen.

Die Vernichtung der letzten Vertreter von Lenins „alter Garde" durch den kaukasischen Gewaltherrscher im Kreml läßt keine andere Deutung mehr zu, als daß die Sowjetunion sich in einer tiefen Krise befindet. Mögliche Ausgänge sind nur mit asiatischen Maßstäben nach Zeit und Art zu bewerten. Aus Europa scheidet die Sowjetunion jetzt auch für diejenigen aus, die sich noch vor wenigen Jahren darum bemühten, sie in den Genfer Kreis hereinzuholen. Keine Verteidigung bestehender Verträge durch Chautemps und Delbos wird dem französischen Volk seinen Zweifel an Sinn und Wirksamkeit des russischen Bündnisses nehmen; auch der kluge Herr des Hradschin wird sich darüber klar sein, welch geringen Wert eine russische Karte noch hat.

Gegenüber den Reden der Volksfront hat der ehemalige Ministerpräsident Flandin, dessen gute Londoner Verbindungen bekannt sind, das französische Volk mit Nachdruck darauf hingewiesen, wie gefährlich das Beharren in veralteten Bahnen einer Kontinentalpolitik für Frankreich schon einmal in seiner Geschichte gewesen ist. Einmal schon habe Frankreich dadurch ein überseeisches Reich verloren. Das Verständnis für die Bedeutung seiner überseeischen Besitzungen ist in Frankreich nicht allzu groß (wenn man von den Atlas-Ländern absieht). Aufrufe zur überseeischen Politik haben bisher in Frankreich nur kurzes Gehör gefunden. Dürfen wir Herrn Flandin wünschen, daß seine klugen Vorschläge ein besseres Gehör unter seinen Landsleuten finden möchten, als vor fünfzig Jahren diejenigen Jules Ferry's?

In England hat sich mit dem Rücktritt Edens eine große Veränderung vollzogen. Die nüchterne Erwägung der Wirklichkeit, die mit dem mißglückten Versuch Sir Samuel Hoares im Herbst 1935 begann, die dann im Frühjahr 1936 nach der Besetzung von Addis Abeba durch die Italiener ihren ersten schärferen Ausdruck fand, hat sich politisch in England durchgesetzt. Ihre Träger sind, neben Simon und Hoare, die gewiß nicht ohne Teilnahme den Sturz des jungen Mannes betrachtet haben mögen, der an der Verkürzung ihrer eigenen Amtszeit im Foreign Office so lebhaft beteiligt war, zwei Persönlichkeiten von klarem Profil: Neville

Chamberlain und Lord Halifax. Neville Chamberlain ist der Erbe einer großen Tradition — einer Tradition, die an dem Aufbau des modernen britischen Kolonialreiches anknüpft und mit dem Bestehen des heutigen Empire aufs engste verknüpft ist. Lord Halifax hat den Mantel eines Vizekönigs von Indien getragen und hat das Land verlassen mit dem seltenen Ergebnis, sowohl von den Engländern wie von den Indern als ein wahrer großer Mensch geachtet zu werden. Ein Ruf, dessen sich nur wenige rühmen können.

Eine Übersicht über die Lage der britischen Außenpolitik beweist allerdings, daß das Empire seiner besten Köpfe bedarf, um seine Beziehungen zur Umwelt neu zu ordnen. Wir versagen uns hier, den ostasiatischen Bereich zu berühren. Wir weisen auch nur kurz auf den einzigen Gegenstand unmittelbarer deutsch-englischer Kollision hin: den deutschen Anspruch auf afrikanischen Kolonialbesitz. Allein die Gegenstände, die ein englisch-italienischer Ausgleich umfassen müßte, sind Stoff genug für lange Konferenzen. Wenn zwei Großmächte sich mehrere Jahre hindurch in einem verdeckten Kampf gegenüberstehen, so bereiten sie sich Schwierigkeiten, wo sie können. Manche politische Unternehmung wird dabei mit dem Ziel eines dauernden Gewinns gemacht, manche wird nur begonnen in der Absicht, Positionen als Tauschobjekte zu gewinnen. Alles, was Italien zur Aufwieglung der Araber gegen England getan hat, alles, was England in gleichem Sinn sowohl in Libyien wie in Abessinien unternommen hat, gehört in die zweite Gruppe hinein. Die Frage der Flotten- und Luftstützpunkte, die Frage der beiderseitigen Truppenstärken in Afrika sind schon wesentlich ernster. Auf der einen Seite steht Libyen und eine mögliche Bedrohung des Sudans sowie Kenias von Italienisch-Ostafrika her, auf der anderen Seite die Sperrstellung am Suezkanal und an der Straße von Perim. Auf der einen Seite steht der Dodekanez, auf der anderen Zypern; auf der einen Seite Pantelaria, auf der anderen Malta; Gibraltar und die Balearenstellung schließen das Gegeneinander im Westen ab. Ein reiches Feld von scharfen Möglichkeiten des politischen Handels — selbst wenn man Spanien ganz außer acht läßt. Es ist verfrüht, die Grenzen der englischen, aber auch der italienischen Verhandlungsbereitschaft aufzeigen zu wollen. Daß die Anerkennung des italienischen Imperiums in Ostafrika als Preis der Verständigung winkt, ist kein Geheimnis. Wichtiger als die juristische Anerkennung wird allerdings die damit verbundene Bereitschaft Englands sein, die bisher geübte Unterstützung der abessinischen Freischärler künftig zu unterlassen. England wird dafür ein Übereinkommen über die in Afrika zu haltenden Truppenstärken, vielleicht auch über die Wasserkräfte der Nilzuflüsse verlangen. Italien wird gewisse Wünsche über den Suezkanal vielleicht mehr andeuten als aussprechen. England wird gerade hier sehr schwerhörig sein. Gleiche Schwerhörigkeit ist auf der italienischen Seite in bezug auf Mallorca zu vermuten — es sei denn, daß England über den Ausbau von Zypern freundlicher mit sich reden ließe, als es den Anschein hat. Die Sicherstellung englischer Rechte in Spanien, d. h. die Neutralisierung Spaniens zwischen England und Italien wird einen Hauptpunkt des englischen Programms bilden. General Franco würde nur dabei gewinnen. — Griechenland, Südslawien und die Türkei haben an dem Ausgang der englisch-italienischen Besprechungen ein großes Interesse. Der Balkanbund hat die Anerkennung des italienischen Imperiums schon vollzogen; die Front der alten Sanktionsstaaten und Völkerbundsfreunde ist in voller Auflösung begriffen.

Im Positiven oder im Negativen werden starke Wirkungen von den englisch-italienischen Verhandlungen auf die ganze arabische Welt ausgehen. Kommt es zu einer Einigung, dann sind die Zeiten wieder vorbei, in denen sich der arabische Nationalismus von der einen gegen die andere Seite benutzen ließ, und dabei Fortschritte machen konnte. Einstweilen wird Arabien noch umworben. Daß der ehemalige Generalgouverneur von Südafrika, Earl Athlone, ein naher Verwandter des Königshauses, den beschwerlichen Weg nach der Hauptstadt Ibn Sauds findet, ist etwas Neues. Wenn man auch betont, daß es sich um eine Jagd- und Forschungsreise handele, so möchten wir doch glauben, daß dieser Besuch nicht ganz ohne Zusammenhang mit den englisch-italienischen Verhandlungen und mit den Vorgängen in Palästina steht.

Zu gleicher Zeit findet ein yemenitischer Staatsbesuch in Rom statt. Es ist eine hübsche Frage, ob solche Unternehmungen seitens des Yemen im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrags mit Ibn Saud stehen oder nicht? Auch hier spürt man den Positionskampf um den Beginn der englisch-italienischen Verhandlungen.

In Spanien ist Teruel nach erbitterten Kämpfen im verschneiten Bergland von den Truppen Francos zurückerobert worden. Dabei ist im Norden von Teruel ein geographisch wichtiger Teil des Berglandes neu gewonnen worden, so daß ein zweiter überraschender Vorstoß des Gegners an dieser Front keine Aussicht auf Erfolg mehr hätte. Fast wichtiger als der Geländegewinn, auch als die Rückeroberung einer von Grund auf zerstörten Stadt ist der Verlust an Kampfmitteln, den die spanische Linke erlitten hat. In dem Kampf um Teruel war ein großer Teil der ausgebildeten Reserven sowohl der Katalanen wie der Internationalen Brigaden geworfen worden; ein großer Teil davon ist außer Gefecht gesetzt. Die Möglichkeit einer großen strategischen Offensive ist damit für Franco zurückgewonnen. Inzwischen besteht die Möglichkeit, daß eine wirkliche britische Neutralität die Einmischungsmöglichkeiten der französischen Linken verringert; auch ist es nicht ausgeschlossen, daß die Moskauer Vorgänge negativ auf die Einigkeit in Barcelona einwirken.

Ein britischer Flottenbesuch in Lissabon, der mit der Anwesenheit deutscher Schiffe zusammentraf, unterstrich die alte britisch-portugiesische Freundschaft und das Interesse, das jede englische Regierung an Vorgängen auf der Iberischen Halbinsel nehmen muß. Auf französischer Seite ist man dabei, die Konsequenzen aus den Veränderungen im Mittelmeer für Nordafrika zu ziehen: man baut die Verbindungen im Hinterland von Osten nach Westen aus mit dem Ziel, im Notfall die atlantische Küste Marokkos zur Basis der Verbindung mit Frankreich zu machen. Große Pläne, einen erheblichen Teil der französischen Rüstungsindustrie nach Nordafrika zu verlegen, werden abgekündigt. Ob sie noch sinnvoll sind, ist eine zweite Frage. Die Möglichkeiten, auch große Räume rasch zu überwinden, steigert sich in diesen Jahren so schnell, daß man schon über ein sehr tiefes Hinterland verfügen muß, wenn große Industrieverlagerungen Wert haben sollen in dem Zeitpunkt, in dem sie vollendet werden können, und nicht nur in dem, wo sie geplant werden. Betrachtet man z. B. die geographische Gestalt der Tschechoslowakei, dann fragt man sich doch sehr, ob eine Verlegung der Skoda-Werke von Pilsen nach dem Osten des Staates auch in militärischem Sinn eine vernünftige Maßregel ist. Auf die Dauer gibt es eine Sicherung für das tschechische Volk nur durch einen ehrlichen Aus-

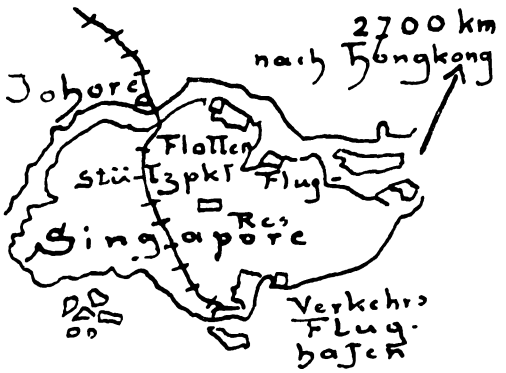
gleich mit dem deutschen Nachbarn. Auch wenn Herr Hodza immer wieder betont, daß die Fragen des Sudetendeutschtums innere Fragen des tschechoslowakischen Staates seien, wird man sich in Prag daran gewöhnen müssen, daß die Einheit des deutschen Volksbewußtseins eine politische Wirklichkeit ist, und daß der tschechoslowakische Staat der Gegenwart, über die Jahrhunderte gesehen, eine Eintagsfliege sein wird, wenn es nicht rechtzeitig gelingt, ihm jene Form des Nationalitätenstaates zu geben, die als schweizerisches Muster in Reden sooft gepriesen wird — nur um in der Wirklichkeit mit Aufwand vieler List und vielen Geschicks vermieden zu werden.

Die Vorgänge in Moskau haben dazu geführt, daß in Polen das Bewußtsein gemeinschaftlicher Interessen mit dem Deutschen Reich wieder stärker zum Ausdruck kommt, als das in der vorangehenden Zeit der Fall war. Wir haben nur auch Polen gegenüber den Wunsch, daß z. B. in der Agrarreform auf das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes etwas größere Rücksicht genommen würde. Das Fürsorgerecht des Deutschen Reiches für deutsche Volksteile außerhalb der Grenzen ist vom Führer in seiner Reichstagsrede vom 20. Februar klar und deutlich in Anspruch genommen worden. Die Verfasser des Versailler Friedensvertrages sind daran schuld, daß es heute mehr als einen Staat gibt, den diese Mahnung angeht.

Während die deutsche Luftwaffe mit berechtigtem Stolz auf die drei Jahre seit ihrem ersten sichtbaren Auftreten zurückblickt, setzt die englische Regierung eine Aufrüstung von ungeheueren Ausmaßen in die Wirklichkeit um. Das Problem dabei sind nicht wie anderwärts Rohstoffe und Finanzen, sondern die Menschen. Auch wenn England auf die Aufstellung einer Massenarmee verzichtet, verlangen Spezialtruppen zu Land, Flotte und Luftwaffe mehr Menschen, als freiwillig zur Verfügung stehen. Und jede englische Regierung, die den Versuch selbst einer verschleierten Wehrpflicht machen würde, stellt sich damit gegen eine der stärksten Traditionen der britischen Entwicklung.

Gleichzeitig mit der Ausweitung des englischen Rüstungsprogramms vollzieht sich die Ausweitung des amerikanischen. Die Gleichrichtung dieser Rüstung wird nach außen abgestritten. Aber es ist doch merkwürdig, daß die amerikanische Regierung in ihren ursprünglichen Plänen nicht den geringsten Wert darauf legte, eine Flotte im Atlantik zu haben, und erst unter dem öffentlichen Druck dazu gebracht wurde, auch die Verteidigung der atlantischen Küsten unter eigene Verantwortung zu nehmen. Offenbar ist man in Washington mit guten Gründen davon überzeugt gewesen, daß man den Atlantik dem Schutz der britischen Flotte überlassen könne. — Noch nicht entschieden ist die Frage nach der Größenbegrenzung der neu zu bauenden Schiffe. Hier stellt sich wieder die Frage, an der das Washingtoner Abkommen zerbrochen ist: Japan weigert sich, die Überlegenheit der angelsächsischen Flotten vertragsmäßig anzuerkennen, und ist nicht bereit, ohne eine gemeinsame Grenze der Gesamttonnage einzuwilligen. Auch Japan kann in seiner gegenwärtigen Lage kaum wünschen, daß immer größere Schlachtschiffe gebaut werden, aber es ist eine Frage des Gesichts geworden, das nicht zuzugeben. Und nichts bewahrt man in Ostasien strenger als sein „Gesicht".

KARL HAUSHOFER:
Bericht über den indopazifischen Raum



Deutet man einzelne Zeichen, wie die britischen Studentendebatten in Oxford (Anhang 1), richtig, so mehren sich auch innerhalb der Westmächte — ganz abgesehen von Flandin — die Schwalben, die dem Sommer einer kolonialpolitischen Einsicht über die Notwendigkeit kolonialer Mitheranziehung aller als Kolonisatoren tauglichen Völker vorangehen. Aber die Einsichtigen sind in Politik und Hochschule zu spärlich, um sich noch rechtzeitig für die Auseinandersetzung geltend zu machen, die ihren Anfang im Fernen Osten genommen hat und von dort aus weitergeht.

Hätte die Geographie zur rechten Zeit jenen Stand von Ansehen gewonnen, den die Geopolitik für sie erringen wollte, dann hätten dieser Auseinandersetzung Arbeiten, wie Wilhelm Hollsteins Bonitierung der Erde auf landwirtschaftlicher und bodenkundlicher Grundlage (Anhang 2) mit der höchsten auf Erden erlangbaren Autorität vorangehen, nicht nachhinken müssen.

Dann würde sich das Britenreich ohne weiteres Äußerungen wie die des jetzigen japanischen Innenministers Suetsugu über die Notwendigkeit der Austreibung weißer Herrschaft über farbigen Völkern (Anhang 3), des Generals Itami über den nahe bevorstehenden Fall und Sturz des „Empire" vielleicht erspart haben. Ebenso unterblieb vielleicht der leise Hohn, der aus den Betrachtungen von Sakutaro Tachi über das Prinzip der offenen Tür in China und Mandschurei spricht (Anhang 4), oder aus der stolzen Übernahme der Wächterpflicht für die Rettung der östlichen Zivilisation für die Welt, welche Rolle nun Japan für sich beansprucht (Anhang 5), — obwohl sie solange von England und Amerika aus als „the white mans burden" bezeichnet worden war; ein Recht, das man im Weltkrieg durch die Mobilisierung der farbigen Welt verscherzte.

Nun holen es alle Manöver um Singapore und Hawai nicht mehr zurück.

Selbstverständlich steht an der Jahreswende schon der japanischen Werbung eine chinesische mit Geschick und Schärfe gegenüber, wenn sie auch zu glauben scheint, man müsse ihr alle und jede Propagandawährung zum vollen Goldwert abnehmen, was gerade die Geopolitik keiner Papierwährung gegenüber darf. Ihr sind Rückzüge eben Rückzüge, Raumverluste Raumverluste, so sehr sie den Wunsch aller Völker begreift, nur Raumgewinn, nicht Raumverlust zu verbuchen.

Wer aber den Raumgewinn bezahlen muß, und den Raumverlust mit allen Folgen zu tragen hat, das ist bei der Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur Ostasiens noch immer nicht der Student oder Großbürger, der Unternehmer oder Landgewaltige, ob er nun Parteihäuptling oder General sei, sondern der Bauer.

Wieweit er der Bezahlung des Raumgewinns in Japan gewachsen ist, und wieweit er darunter stöhnt, das enthüllt sehr zur rechten Stunde eine kurze, aber eingehende Schrift „Japans Agrarian-Problem" (Anhang 7); wie es dem koreanischen und chinesischen zumute sein könnte, wissen wir eigentlich fast nur aus Romanen, wie dem recht gut deutsch übersetzten Buch von Younghill Kang: „Das Grasdach" (ein Koreaner erzählt sein Leben), Leipzig 1933, Paul-List-Verlag, oder aus den chinesischen Bauernromanen im Stil von Pearl C. Bucks — „Guter Erde". Gute Besprechungen über japanisches Sozialgefüge enthalten die neuen „Monumenta Nipponica" der Sophia Universität Tokyo, eine kulturpolitisch im höchsten Grade zu begrüßende Neuerung (Anhang 8), — in der auch Volksdruck (Ryoichi Ishii), Siedelungsformen (Bruno Taut), Industrialisierung, sogar so vorzügliche grammatische Hilfsmittel wie Oreste Vaccaris und seiner gelehrten Frau Konversationsgrammatik neben religionsgeschichtlichen und weltanschaulichen Aufsätzen die wohlverdiente Würdigung finden.

Aus den „Sinica" (Anhang 9) seien die Veröffentlichungen aus dem Nachlaß von Heinrich Hackmann mit ihren kritischen Quellenangaben, die Arbeiten von Marianne Rieger zur Finanz- und Agrargeschichte der Ming-Dynastie mit ihrer Aufnahme der Bodenleistungen, und unter den Bücherbesprechungen die vorzügliche von Friedrich Otte über Dr. Chu Chia Huas „China's Postal and other Communication Services" (London; Kegan Paul; 37) hervorgehoben. Auch wer sich die „Sinica" nicht abonnieren kann, wird doch ein einzelnes Heft von solchem Informationswert erstehen können, wie 5/6 des XII. Jahrgangs der verdienstvollen Zeitschrift des China-Instituts, des berufenen Anwalts der „andern Seite" in ihren kulturpolitischen Werten.

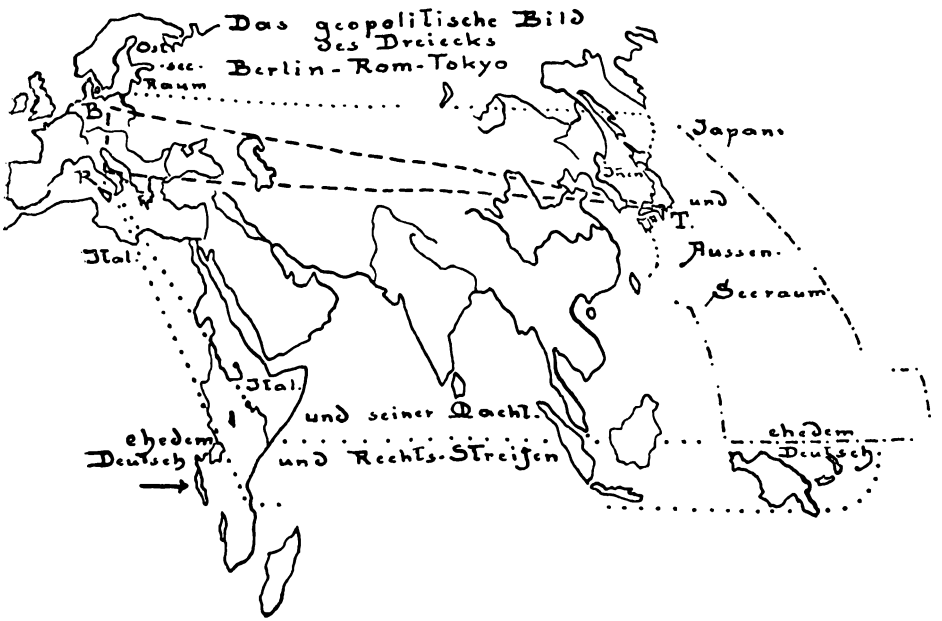
Der Ferne Osten kennt chinesisch und japanisch den harten Spruch: „Wer auf einem Tiger reitet — kann nicht absitzen." Niemand erwartet, daß losgelassene Tiger beiderseits auf Bildungseinrichtungen oder Industriewerke Rücksicht nehmen. Aber daß die gegenwärtigen Vormärsche in China 3 Universitäten ganz, 14 beinahe zerstört haben, und zwar in Schanghai, Tientsin, Pautingfu, Nanchang und Nanking allein, dazu 53 höhere Schulen; daß auf der andern Seite 90% der Industrie um Tsingtau ohne eigentliche Kriegsnot gesprengt worden sind und 300 Mill. Y. an Werten vernichtet wurden, das läßt doch darauf schließen, daß über die Kriegsnotwendigkeit hinaus bestimmte Zerstörungsabsichten und hemmungslose Leidenschaft tätig waren. Wenn eine britische Stimme freilich die 50000 obdachlos gewordenen chinesischen Studenten beklagt, so darf wohl angenommen werden, daß diese Studenten nach ihren Äußerungen längst unter den Fahnen stehen, nachdem einmal der totale Krieg bis aufs Messer proklamiert ist.

Nur wird ein Zeitalter, das in Spanien und China in diesem Stil mit den Kulturschöpfungen der Gegenseite verfährt, sich nicht mehr über das Vorgehen Dschingiskhans aufregen können, der wenigstens in religiösen und Weltanschauungsfragen zusammen mit seinem chinesischen Kultusminister ungleich toleranter war, als etwa die spanische frente popular, oder ihre roten Helfer, mit neu proklamierter Weltrevolution.

1938 ist nach der Reihenfolge des ostasiatischen Tierkreises ein „Tigerjahr", und als solches in der Volksmeinung behaftet mit den Eigenschaften dieses kraftvollen, wilden

und vielfach erfolgreichen, aber nicht gerade gemütlichen Patronatstieres „voller Tätigkeit, das keine Furcht vor Mißerfolgen kennt", — wie die deutsch-japanischen Nachrichten von ihm rühmen. 1937 stand im Zeichen des Stiers, der auch mutig, aber weniger klug ist. Das „Tiger"(Tora)-Jahr gilt „als gesegnetes Jahr der Expansion und Tätigkeit, in dem nur allzu sorgloses Vorstürmen unangenehme Folgen haben kann".

„Um fortschrittlich, tatkräftig und erfolgreich" zu enden, wie der Volksglaube in Japan von ihm hofft, weniger wohl der in China, wird also etwas Vorsicht beim Vorstürmen nötig sein. Diese Erkenntnis lenkt auch ganz ohne mystologische Einflüsse unsere Betrachtung den Nachbarkraftfeldern des gegenwärtigen Raumes „mit Abwesenheit des Friedens" zu.



Dabei unterstützen uns zwei ausgezeichnete Aufsätze des H. 12 der „Far Eastern Review" (Anhang 14 und 15), vor allem aber Professor Gilbert Murrays Offenherzigkeiten über angelsächsische Zusammenarbeit, auch wenn sie amtlich von den Vereinigten Staaten aus in Abrede gestellt wird.

Ein großes pazifisches Manöverfeld der USA. von 7000 km Frontbreite zwischen dem subpolaren Dutch Harbour und dem transäquatorialen Pago-Pago, mit 770000 qkm Seeraum dahinter, in dem 170 Kriegsschiffe und 500 Flugzeuge mit 60000 Mann Besatzung herumturnen, reicht durch ein Kreuzergeschwader einem australasiatischen bei Singapore die Hände, das sich auf die angeblich uneinnehmbare Seeburg stützt, der Hongkong — 2700 km entfernt — und Port Darwin als Vorwerke dienen. Und trotzdem weicht der ganze gewaltige Kulissenbau im Grunde dem Problem, der japanischen inneren Seewehrzone aus. Das läßt uns an der Überzeugung festhalten, daß die zwei heute noch größten Seemächte zur Zeit so wenig um ihr bleichendes Prestige fechten wollen, wie bisher

die größte Landmacht trotz ihrem gewaltigen Fern-Ost-Aufmarsch der 500 000 anders, als durch Partisane und Rüstungshilfen, und „unterirdisch" kämpft.

Über der gelben Erde bleiben vorläufig ihre beiden alten Kulturmächte allein: aufmerksam beobachtet vom dritten der Großvölker der Monsunländer, dem indischen.

Wie viele sehen heute schon geopolitisch konstruktiv über den Zusammenstoß in China hinaus? Professor Seishi Idei (1) von Waseda sieht jenseits davon große Wanderbewegungen der asiatischen Völker zum mindesten voraus, während die transatlantische Wanderung, ehedem so kennzeichnend, einschrumpfe, so daß England seine Einwanderungsquote in die USA. nur zu 4%, Deutschland nicht zur Hälfte nütze. Umgekehrt müsse für die rund eine Million Chinesen, die in die Mandschurei jährlich eingeströmt seien, ein Auspuff geschaffen werden. Fast alle Bevölkerungsballungen Asiens zeigen ein sehr labiles Gesicht, große Volksdichten unmittelbar neben leerem Land, neben den 18 je Quadratkilometer der Mandschurei die 184 Japans, neben dem reizvollen Java das leere Sumatra, das dichte Luzon neben dem spärlich bevölkerten Mindanao usw.

Der japanische Volksdruck fand einige Auslässe, so in Davao, in der Südsee, nicht aber — wegen schlechter Anpassung — in der Mandschurei, in Nordchina. Soll Indien nun volkspolitisch bremsen oder die 600 Millionen anstreben, die eines einzelnen Bevölkerungswissenschaftlers Phantasie ihm als möglich vorspiegelt?

Vielleicht die wichtigste Frage in diesem Tigerjahr 1938 ist die nach der inneren Festigkeit des Kuomintang-Gefüges in Rest-China (Anhang 18). Hier Wunsch und Wirklichkeit zu scheiden ist nicht leicht; denn die heute noch China in seinen wesentlichsten Lebenskräften beherrschende Partei ist aus ihren Anfängen um 1885 Meister darin, das Nichtwirkliche für wirklich, mindestens im Eindruck des Auslandes zu setzen; sie hat viel damit erreicht. Einer der besten Freunde Chinas in Deutschland ist Friedrich Otte, Eisenach, gerade dadurch, daß er versucht, China zu zeigen, wie es in seinem Gefüge wirklich ist, nicht wie es von außen und innen geträumt wird. Darin wird er durch eine langjährige Erfahrung auf gelber Erde unterstützt. Seine beiden Arbeiten: „Erziehung der Volksmassen zum nationalen Denken in China — als Mittel zur Rettung von Staat und Volk — durch das Schrifttum" von 1936, und „Staat und Partei in China" von 1937 (Anhang 18) sind ausgezeichnete Behelfe zur eigenen Meinungsbildung darüber. Nur einige wichtige Fragen an die Kuomintang vermag auch er nicht zu lösen: Wie man sich einbilden konnte, man könne die ganze klassische Ethik von 1885 bis 1928 aus Haß gegen unbeliebte Staatsmethoden mit Hilfe eingeschleppter, überimpfter amerikanischer republikanischer Lehren in Grund und Boden durch Agitation ruinieren und von 1928 an auf Rückpfiff wieder „als einigendes Band für alle Chinesen" verwenden? Wie man glauben konnte, die rein dynastische Verbindung zu Mongolen, Mandschu, Mohammedanern, Tibetern werde eine totale Revolutionierung überleben? Wie man die roten Geister, die man rief, so schnell wieder loszuwerden hoffen konnte, als man ihre Verderblichkeit erkannte, deren Giftwirkung gerade auf das uralte chinesische Volksgefüge Otte auf Seite 5 in klassischer Schönheit und Gedrungenheit nachweist.

Wer mit dem Teufel reitet, wie jetzt wieder China, der muß sehr fest im Sattel sitzen, nicht im politischen Stil drittrangiger amerikanischer Universitäts-

weisheit und Nankinger Studentenpolitik. Die Hinrichtung verräterischer Generale ist ein verheißungsvoller Auftakt, daß die Einsicht dafür aufdämmert. Noch aber fehlt sie für den Nordwesten.

Über den Vorgängen auf dem Schauplatz der chinesischen „Abwesenheit des Friedens", die sich langsam wie ein Ölfleck im westpazifischen Gebiet ausbreitet, deren Entwicklung auf japanischer Seite an die doch wohl von Amerika aus zuerst sinnbildlich so genannten Anakonda-Methoden der systematisch arbeitenden und sich einverleibenden Riesenschlange erinnert, dürfen die Bewegungen im Innern des dritten der Altkulturländer des Monsunbereiches nicht übersehen werden: Indiens.

Wohl hatte dort vorübergehend, durch den alternden Gandhi mit seinen Nicht-Widerstands-Methoden geführt, eine scheinbare Ruhe unter Beteiligung der Kongreßpartei an den örtlichen Regierungen der Länder trügerische Evolutionsmöglichkeiten vorgetäuscht. Aber sie beruhten auf überspannten Kompromissen, die mit einer kolonialpolitischen Herrenstellung einerseits, dem Unabhängigkeitsstreben andererseits fast nicht mehr zu vereinigen waren. Die geopolitische Struktur war bis zum Brechen und Reißen überlastet. Diese Schein-Waffenstillstände zerbrachen denn auch an der Frage der Amnestierung von politischen Gefangenen, in denen die Inder Märtyrer, die Briten Zerstörer ihrer Herrschaft sehen mußten. Unter solchem Druck mußte der Gedanke einer Kaiserkrönung in Delhi mit allem Pomp zum Leidwesen einer kleinen, zur Freude einer großen Schicht in Indien aus Gründen der Sparsamkeit und Vorsicht aufgegeben werden: ein weithin sichtbarer Verzicht auf Beaconsfields Empire-Vorstellung.

„Umsturzartige Wandlungen sind in Sicht; es ist den Studenten Indiens auferlegt, sie von einem richtigen Standpunkt aus als wirklich zu sehen, zu verwirklichen (to realise) und bereit zu sein, ihnen standzuhalten, wenn die Zeit kommt und erfüllt ist. Denn es geht über ihre Kraft, diesen Mächten zu entrinnen, die den Wandel verkünden. Er ist schon da; und kommen muß er, ob Ihr wollt oder nicht."

So hatte an der Jahresschwelle des Tigerjahres 1938 Jawaharlal Nehru mit einem mehr als Hamletischen „Bereitsein ist alles" der indischen Intelligenz zugerufen (Sylhet, 7. 12. 37) und Dienst am Volk durch Tat, nicht durch Geschrei gefordert. Noch viel schärfer steht jetzt die gleiche Forderung vor China. Wieweit es bereit ist, versucht uns Otte zu umreißen (Anhang 18). Die Antwort ist nicht nur für Ostasien entscheidend. Sie gibt einem neuen Weltalter Form und Inhalt, dessen Heraufdämmern die „Geopolitik" oft genug und deutlich genug gezeigt hat.

Anhang zum Geopolitik-Bericht über den indopazifischen Raum III/38

1. „Times": 8. 1. 1938 S. 7 Bericht über die Jahrestagung d. Konserv. u. Unionistischen Univers. Verbds, Oxford über Annäherung an Deutschland „ohne Opfer einerseits des Britenreichs, andrerseits d. europäischen Kleinstaaten auf irgendeinem wesentlichen Interessengebiet", den Geburtenrückgang und stärkeren Anteil d. Jugend am Parteileben. — 2. Wilhelm Hollstein: „Eine Bonitierung der Erde auf landwirtschaftlicher und bodenkundlicher Grundlage; Justus Perthes; Gotha; 1937 Erg. Heft No. 234 zu „Petermanns Mittlg. mit ausgezeichneter Bonitierungskarte der Erde. — 3. Admiral Suetsugu, jetzt jap. Innenminister vor seiner Ernennung über die Notwendigkeit des Vertreibens der weißen Rasse aus Asien und des Zusammenstoßes mit England; Generalleutnant Itami, Kaiserbegleiter nach England 1922 darüber, daß er damals glaubte, sein Enkel, später, 1931 sein Sohn, und heute, er selbst noch werde den Fall des britischen Reiches erleben (Kurzbericht) darüber Times, 8. 1. 39 S. 9. — 4. Sakutaro Tachi: „The principle of the open door in

China and Manchukuo." Foreign Affairs Association of Japan; 1938. — 5. The Truth behind the Sino-Japanese Crisis — (Japan acts to keep eastern civilisation safe for the World); Japan Times and Mail; 1937; Tokyo. — 6. „Das Neue China"; Informationsblätter No. 5: Marschall Chiang Kai-shek spricht zum Volk. Berli ; 18. 12. 37 — dsgl. No. 7 Die Japaner in Shantung: Der Angriff und der „Traum". (29. 12. 37). Vom gleichen Herausgeber, Kuo Mintang in Deutschland, Berlin W 15, Kurfürstendamm 218 Nachrichtenblätter frtlfd. No. 122: Kampflage um die Jahreswende. Ders. Informationsblätter No. 8: „China und der Völkerbund — Eine Plauderei, angeregt durch Herrn Professor Karl Haushofer" — zu welcher Anregung wir uns angesichts einer so aufschlußreichen Auseinandersetzung gern bekennen und dazu sagen, daß die „Geopolitik", wenn sie Jung-China im Recht glaubte durchaus nicht nur einmal einen ausgesprochen chinafreundlichen Aufsatz veröffentlichen ließ, und zum Beispiel den Zug Chiang Kai-sheks nach Norden zu einer Zeit freundlich begleitete, wo das nicht selbstverständlich in Europa war und den Verrat von Sianfu scharf mißbilligte, was die Gerechtigkeit des Verfassers der Informationsblätter bei näherem Zusehen gern zugeben wird. Gerade über Sun Yat Sen und Chiang Kai-shek hat der Verlag der „Geopolitik" mehr Gutes gedruckt, als irgendein anderer in Deutschland; aber er hat genau so die Pflicht, den Deutschen mitzuteilen, wenn man in China Dinge tut, die geopolitisch schwer verantwortet werden können, auch wenn man volles Verständnis dafür hat, daß die Ehre ein Auskämpfen glückloser Lagen fordern darf und kann. — Der Glaube der „Geopolitik" an den etwas zu großen Glauben Chinas an den Völkerbund stammt aus dem Kuo Mintang Kreise um die „Peoples Tribune" in Shanghai und deren Aufsätzen; wir bedauern, wenn diese Herren „auf vertraulicher, persönlicher Basis" uns über den Völkerbund anders berichtet hätten, als sie es in China für In- und Ausland drucken ließen! — Wenn der Völkerbund dort nun wirklich gesehen wird, wie „eine gütige Großmutter, die Süßigkeiten verteilt und für das Wohl ihrer Kinder betet" —, auch „wenn sie keine Süßigkeiten verteilt, und auch wenn ihr Beten nichts nützt" — dann gehen die Meinungen über Genf nicht so weit auseinander! — 7. „Japans Agrarian Problems" — Foreign Affairs Assoc. of Japan-Tokyo, XII. 1937 — Höchst erwünschte Ergänzung zu 2. für die soziale Seite des japanischen Agrarproblems. Ein chinesisches Seitenstück wäre erwünscht. — 8. Monumenta Nipponica; Tokyo 1938. Sophia University, mit wertvollen Aufsätzen und Buchbesprechungen in kulturwerbendem Geist. — 9. „Sinica"; XII. Jahrgang; Heft 5/6 Verlag des China-Instituts Frankfurt 1937. S. 265 die Leidensgeschichte der Versuche zur Rückgewinnung der Verkehrshoheit; S. 268 „das Schmerzenskind" der chinesischen Schiffahrt. — 10. Professor Seishi Idei in „Transpacific", 6. 1. 1938; S. 31 „Large Migrations seen for future". — 11. Aviator Biren Roy in „Amrita Bazar Patrika", 25. 12. 37: „Calcutta faced with the peril of Air Attak Most vulnerable City" S. 16; mit Karte, wo Gefahr der östlichen Großstädte betont wird, und Bomber-Flugnetz über bisher so sicherem Südostasien zwischen Tatsienlu-Yünnan und Calcutta gezeigt wird. — 12. „United Empiee", Januar 1938 bringt unter den Herausgeber-Notizen: „Australia and Migration" S. 3, von R. T. E. Latham: „Australian Foreign Policy" S. 11—17 und von Hugh Molson „The Present Position in India" S. 5—10, recht ungeschminkt! — 13. „Asiatica" Heft 5, 37 bringen gute Besprechungen mit Skizzen über den japanischen Vormarsch vom Herzog von Avarna, von C. S. Lin feine Untersuchungen über das Verhältnis von Partei und Regierung in China, dann Inhaltsangaben mit Kritik über Arvid Balk: „Singapur, Englands Panzerfeste im Fernen Osten"; C. M. Cahangs: „A new government for rural China Levine Paayots La Mongolie" u. a. — 14., 15. und 16. „Far Eastern Review" Bd XXXIII Dez. 1937: „The Psychology of Asia for Asians"; „Soviet Policy in the Far East" und „The Ressources of North China". — 17. „Westküstenbeobachter, Santiago", 20. 1. 38: „Hongkongs Rolle im China-Konflikt", mit Angaben über die 120 im nächsten Jahrfünft hineinzubauenden M. Millionen. — 18. Friedrich Otte: Erziehung der Volksmassen zum nationalen Denken in China — als Mittel zur Rettung von Staat und Volk — durch das Schrifttum" und Staat und Partei in China"; beide in Mitteilungen der Auslandhochschule an der Universität Berlin, Jahrg. XXXIX und XL, Abtlg. 1 Ostasiatische Studien; Berlin 1936 und 1937 — jeweils nur einige dreißig Seiten, aber von klassischem Wert, überlegener Stoffbeherrschung in einer unvergleichlichen Weise den inneren Gehalt und die Möglichkeit ihrer Abschätzung daraufhin für große volkspolitisch sonst schwer erfaßbare Räume an Hand gebend.

HANS HUMMEL: Kurznachrichten

ADEN. — Der britische Kolonialminister Ormsby-Gore dementierte am 9. Februar alle Gerüchte, die von Unruhen im Hinterland Adens wissen wollten. Er gab aber zu, daß es gelegentlich notwendig gewesen sei, gegen widerspenstige Stämme mit Luftangriffen vorzugehen. Dies sei die wirksamste und humanste Methode, und die Lage habe sich seither gebessert.

ÄGYPTEN. — Im Zusammenhang mit der Eröffnung des britisch-italienischen Gespräches wurde Ende Februar als möglich hingestellt, daß Italien um Aufnahme eines eigenen Vertreters in den Aufsichsrat der Suezkanalgesellschaft einkommen werde. Auch beabsichtige Italien den Ankauf eines Aktienpaketes der Gesellschaft. — Der Verkehr im Suezkanal erreichte 1937 36,5 Mill. NRT mit 32,8 Mill. t Warengewicht und überstieg damit erstmalig das Rekordjahr von 1929 in der Höhe der Schiffstonnage. Gegen 1936 nahm die Tonnage um 13 %, das Warengewicht aber um 20 % zu.

ALGERIEN. — In der „Revue de l'armée de l'air" wurde die Verlegung des französischen Rüstungszentrums nach den Atlastälern Algeriens vorgeschlagen, und zwar von einem anerkannten Luftfahrtfachmann. — Im Vorschlag für den Rüstungsetat sind neue Kredite für den Ausbau von Mers el Kebir in Westalgerien und für die Einrichtung eines neuen Flottenstützpunktes mit Seefestung in Nordwest-Marokko vorgesehen.

BELGISCH-KONGO. — Der Berichterstatter für die internationale Lage im Auswärtigen Ausschuß der belgischen Kammer, van Cauwelaart hat einen Bericht vorgelegt, in dem erklärt sei, daß zwar die Integrität von Belgisch-Kongo nicht in Frage gestellt sei, daß aber früher oder später Verhandlungen über das Mandatsgebiet Ruanda-Urundi ins Auge gefaßt werden müßten. Der Berichterstatter wurde zu einer Neuformulierung aufgefordert.

BRITISCH-INDIEN. — Bei der Eröffnung des Indischen Nationalkongresses in Haripur erklärte dessen Präsident S. Bose am 19. Februar u. a.: „Das Endziel unseres Vormarsches wird die Loslösung aus dem Britischen Reiche sein." Später könne man dann die Beziehungen durch ein freiwilliges Bündnis neu regeln. Das Reich könne sich kaum noch Beherrscherin der Meere nennen. Der Abstieg Großbritanniens als Empire werde durch die Luftwaffe herbeigeführt werden. — Das Vetorecht für die britischen Gouverneure gegen Beschlüsse der indischen Staatsregierungen hat in Bihar und den Vereinigten Provinzen zu einer ernsten Verfassungskrise geführt. Beide Ministerpräsidenten waren auf einige Zeit zurückgetreten.

BRITISCH-MALAYA. — Bei der Eröffnung des neuen Flottenstützpunktes Singapur durch die Einweihung des großen Trockendocks erklärte der Zivillord der britischen Admiralität, Llewelline, am 14. Februar, die Fertigstellung sei eine Gemeinschaftsleistung des Empire, und erwähnte insbesondere die Kostenzuschüsse Neuseelands.

CHINA. — Während die Kämpfe um die Tientsin-Pukaubahn noch nicht zum Abschluß gebracht sind, ging die japanische Nordarmee längs der Peking—Hankau-Bahn nach Süden vor und erreichte Mitte Februar den nördlichen Hoangho-Brückenkopf dieser Bahn in der Provinz Honan. Bis Anfang März waren an verschiedenen Stellen der Provinzen Honan und Schensi japanische Truppen jenseits des Hoangho vorgegangen; die Provinz Schansi ist völlig in japanischen Händen. — Die Einrichtung eines Flugdienstes durch eine neu gegründete japanische Gesellschaft auf der bisher von der „China National Aviation Corp." beflogenen Strecke Schanghai—Haitschau—Tsingtau—Tientsin—Peking mit Anschluß an die Peking—Tokio-Strecke ist sofort nach Ausbesserung der Flugplätze vorgesehen. — Die halbstaatliche Japan Iron Manuf. Co. hat einen Untersuchungsbericht über die Bodenschätze Nordchinas veröffentlicht, der erkennen läßt, daß Japan in erster Linie die Eisenerzvorkommen von Lyungyen in Tschachar und die Kohlenvorkommen von Tatung in Schansi auszubeuten gedenkt.

DEUTSCHES REICH. — Am 20. Februar gab der Führer vor dem Reichstag im Rahmen eines großen Rechenschaftsberichtes Erklärungen von weltpolitischer Bedeutung ab. Die Einzelheiten der Rede können als bekannt vorausgesetzt werden. — Auf einer Tagung im Reichsernährungsministerium wurden am 25. Februar Zahlen über die bäuerliche Neusiedlung genannt. Danach hat die Preußische Domänenverwaltung außer 11 Kögen und großen Flächen an Streubesitz 95 Domänen, insgesamt etwa 50000 ha der Besiedlung freigegeben. Etwa 30 % des preußischen staatlichen Grundbesitzes sind seit dem Reichssiedlungsgesetz der Siedlung zugeführt worden. — Der Kanalausbau des Neckar oberhalb Heilbronn ist durch Verhandlungen sichergestellt worden. 1944 wird der Hafen Stuttgart für 1200-t-Schiffe erreichbar sein. Später wird die Strecke bis Plochingen hinauf eröffnet.

ESTLAND. — Bei einer Tagung in Dorpat sprach Anfang Februar General Laidoner. Der mittelalterliche deutsche Ordensstaat müsse als eine in seiner Art vorbildliche Einrichtung mit ausgeglichener Macht anerkannt werden, zumal der Orden bei der Russenabwehr eine große Rolle gespielt habe. — Die wachsende und durch Moskauer Drohreden gesteigerte Spannung an den Grenzen der Sowjetunion zu den baltischen Staaten wurde durch einen neuen Grenzzwi-

schenfall auf dem Eis des Peipussees weiter verschärft.

FINNLAND. — Der steigende Außenhandel Finnlands bedingt neue Hafenbauten. In Helsinki, Abo, Viborg, Kotka und Raumo werden die Hafenanlagen erweitert, in Frederikshamn, Björneborg, Wasa, Uleaborg, Kemi und Tornea werden Häfen für tiefgehende Schiffe angelegt.

FRANKREICH. — Unter Hinweis auf das Beispiel Deutschlands forderte Senator Pernot am 8. Februar vor dem Senat schnelle Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang. Im Jahre 1867 habe die Zahl der Geburten über 1 Million, 1900 900000, 1936 nur noch 630000 betragen. In den letzten $2^1/_2$ Jahren habe Frankreich über 57000 Einwohner durch Sterbeüberschuß verloren.

GILBERT- UND ELLIS-INSELN. — Die bisher zum britischen Verwaltungskomplex der Gilbert- und Ellis-Inseln gehörigen Inseln Enderbury und Canton im Archipel der Phönixinseln werden seit Anfang März von den Vereinigten Staaten beansprucht. Der Entsendung eines amerikanischen Kriegsschiffes mit anzusiedelnden Personen aus Hawaii folgte die Ausreise einer neuseeländischen Siedlergruppe, die zu gleicher Zeit auf den Inseln eintraf. Die USA. haben die Absicht, aus den beiden Inseln einen Stützpunkt für die Handelsluftfahrt zu machen. Großbritannien bestreitet den amerikanischen Rechtsanspruch. (Siehe auch Hawaii.)

GROSSBRITANNIEN. — Die japanische Weigerung, die Flottenzahlen bekanntzugeben, führte zu ersten Verständigungen zwischen Großbritannien, USA. und Frankreich über eine neue Flottenvereinbarung. Alle großen Seemächte sprechen von Bauten über 35000, ja über 42000 t. Weder Beginn noch Ende des Wettrüstens ist abzusehen. Großbritannien hält sich zunächst von allen Bindungen frei. — Für die Erörterung der schwebenden Fragen zwischen England und Italien nach dem Rücktritt des Außenministers Eden ist die Behandlung des ganzen Mittelmeerkomplexes vorgesehen, nach englischen und italienischen Blättermeldungen einschließlich der Fragen des Ausbaus Cyperns, Pantellerias und der italienischen Besitzungen am Roten Meer, der Spannung an der ägyptisch-libyschen Grenze, des Palästinaproblems und des Rundfunkkrieges. — Der „Star" nannte am 22. Februar die Vereinheitlichung der Befehlsgewalt der britischen Mittelmeerstreitkräfte als bevorstehend. Es handele sich dabei um die getrennten Kommandostellen in Gibraltar, Malta, Ägypten und Palästina. (Siehe auch Vereinigte Staaten.)

GUAM. — Das amerikanische Marineministerium beabsichtigt die Einrichtung eines ständigen Bombengeschwaders auf Guam.

HAWAII. — Im Zusammenhang mit der Annektierung der Inseln Canton und Enderbury erklärte Staatssekretär Hull am 10. März, man werde die Landungsberechtigung für britische und holländische Linienflugzeuge auf Hawaii vielleicht zum Kompensationsobjekt für die amerikanische Annektierung der beiden Inseln machen. (Siehe auch Gilbert- und Ellis-Inseln.)

ITALIEN. — In der Februarsitzung des Landesverteidigungsrates soll die Verlegung einiger wichtiger Rüstungsbetriebe des nördlichen Grenzgebietes nach dem Inneren und nach dem Süden beschlossen worden sein. — Nach der Erledigung der Meliorationsarbeiten in den Pontinischen Sümpfen werden nunmehr Landverbesserungsarbeiten in Apulien in Angriff genommen. (Siehe auch Großbritannien.)

KENYA. — Der kenya-indische Kongreß hat im Januar einen Protest gegen den Plan eines Gesetzes beschlossen, das die ausschließlich europäische Besiedlung des Hochlandes von Kenya vorsieht. Der Gouverneur hat jedoch erklärt, daß dies Gesetz unter allen Umständen durchgeführt wird.

KUBA. — Ende Februar hat der kubanische Gesandte in USA. in New York die Errichtung einer kubanischen Notenbank und damit die Feststellung der Währungsautonomie in Kuba angekündigt.

MANDSCHUKUO. — Am 20. Februar hat das Deutsche Reich Mandschukuo anerkannt. — Anläßlich des 6jährigen Bestehens Mandschukuos wurden einige interessante Zahlen veröffentlicht: u. a. wuchs Hsinking von 130000 auf 330000 Einwohner (1932—1937), 35000 japanische und 15000 koreanische Bauern sind eingewandert, die Eisenbahnlänge wuchs von 6000 auf 9500 km, die Länge der Autobuslinien von 1000 auf 7500 km.

NICARAGUA. — Im Zusammenhang mit den Besprechungen über den nordamerikanischen Marineetat ist die Möglichkeit eines Kanalbaus in Nicaragua wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt.

ÖSTERREICH. — Am 11. März trat die Regierung Schuschnigg unter dem Zwange der innerpolitischen Krise zurück. Es wurde ein nationalsozialistisches Kabinett gebildet, das die militärische Hilfe des Deutschen Reiches zum Schutze gegen bolschewistischen Terror und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung erbat. Dem Ersuchen wurde seitens des Deutschen Reiches am 12. März stattgegeben. Deutsche Truppen rückten am 12. März in allen Bundesländern Österreichs und am 13. März in Wien ein, und der Anschluß wurde vollzogen.

PALÄSTINA. — Die Ölraffinerie der Irak-Petrol-Co. wird nun endgültig nach Haifa gelegt werden. Zuerst war das syrische Tripoli als Alternative vorgesehen.

PANAMAKANALZONE. — Der Verkehr im Panamakanal stieg von 27,4 Mill. Gewichtstonnen 1936 auf 29,3 Mill 1937, und von 28,0 Mill. NRT. 1936 auf 28,6 Mill. NRT. 1937. Die amerikanische Flagge führten etwa 30 % der passierenden Schiffe.

POLEN. — Die alljährlich am 15. Februar verkündeten Parzellierungen für das laufende Jahr brachten auch 1938 eine scharfe Benachteiligung des deutschen Grundbesitzes, der fast 60 % der Parzellierungen zu tragen hat, obgleich er nur mit 29 % an der Fläche Westpolens anteilig ist. Insgesamt werden in Polen 39000 ha parzelliert werden, davon entfallen nur 500 ha auf die Wojewodschaft Krakau, nur je 1000 ha auf die Wojewodschaften Lodz und Warschau, aber 36100 ha auf die ehemals deutschen Provinzen Posen und Westpreußen. — Der Berichterstatter für den Etat des Verkehrsministeriums bemängelte die Dürftigkeit der für die 15000 km langen Wasserwege bereitgestellten Mittel, die geringer seien als die Gelder, die die Freie Stadt Danzig für denselben Zweck ausgibt. Die Weichsel versande immer mehr. — Zwischen Polen und Litauen wurde der kleine Grenzverkehr eröffnet.

RUMÄNIEN. — Die Regierung Goga wurde überraschend gestürzt und durch eine Diktatur des Königs ersetzt. Das Parlament wird als ständische Kammer weitergeführt. Eine neue Verfassung ist am 24. Februar durch Volksentscheid beschlossen worden. — Im Zusammenhang mit dem Fall Budenko, sowjetrussischem Geschäftsträger in Bukarest, droht die Moskauer Prawda am 15. Februar, die „politische und geographische Lage Rumäniens sei keineswegs dergestalt, daß die rumänischen Regierungskreise sich erlauben könnten, auf die von Moskau erhobenen Fragen einer Antwort auszuweichen".

SANKT HELENA. — Im Zuge des Ausbaus der Kaproute wurde in London Ende Februar der Ausbau St. Helenas zum Flottenstützpunkt beschlossen.

SCHWEIZ. — Durch Volksabstimmung wurden die Rhätoromanen den deutsch, französisch und italienisch sprechenden Volksteilen der Schweiz gleichgestellt.

SOWJETRUSSLAND. — Am 14. Februar wurde ein offener Brief Stalins veröffentlicht, in dem unter anderen Kriegsdrohungen erklärt wird, daß „die ganze Sowjetbevölkerung im Zustand der Mobilisierung gehalten werden" muß. — „Daily Express" meldete am 17. Februar, daß 100000 Einwohner Leningrads in das Innere ausgewiesen werden, da aus Leningrad das sowjetrussische „Singapur" gemacht werden solle. In einem Vierteljahr sollen über 120000 Marinesoldaten nach Leningrad gelegt sein. Nachdem als Antwort auf die Schließung des britischen Konsulats in Leningrad auch das britische Konsulat in Moskau von der englischen Regierung geschlossen worden war, besteht keine konsularische Vertretung Großbritanniens in Sowjetrußland mehr. — Am 4. März traten die Angeklagten Scharangowitsch aus Weißrußland und Chodschajew aus Usbekistan bei dem großen Moskauer Theaterprozeß auf und gaben unglaubwürdige Erklärungen über die Abtrennungsversuche in diesen beiden Sowjetrepubliken ab, die aber doch den Ernst der Lage in den Staaten der nichtrussischen Nationalitäten der Sowjetunion erkennen lassen. Weißrußland sollte „unter das Protektorat Polens gestellt werden", und Usbekistan sollte die Kernzelle eines „unabhängigen mittelasiatischen Staates unter Anrufung britischer Hilfe" werden.

SPANIEN. — Teruel ist am 22. Februar wieder in nationalspanischen Besitz übergegangen, nachdem an der Alfambrafront wochenlang gekämpft worden ist. In den ersten Märztagen begann eine große nationale Offensive an der Aragonfront, die bis zum 12. März einen Geländegewinn von 2000 qkm brachte. Die Nationalen stehen 200 km breit in einem Abstand von wenig über 100 km von der Mittelmeerküste.

SYRIEN. — Die Regierung des Libanon hat erstmalig an zionistische Siedlungsgesellschaften an der Libanon-Palästinagrenze Landkonzessionen erteilt.

TSCHECHOSLOWAKEI. — Die Forderungen der Slowaken auf Grund des Pittsburger Vertrages werden immer dringender vorgetragen. Der slowakische Parteiführer Hlinka hat in einem am 28. Februar veröffentlichten Interview erklärt, daß eine Regierungsbeteiligung der slowakischen Volkspartei erst in Frage komme, wenn die Slowakei die versprochene Autonomie erhalten habe. — Am 26. Februar gab der tschechische Generalstabschef Krejci bekannt, daß die Skodawerke von Pilsen nach einem militärisch besser gelegenen Ort, zum größten Teil nach der Slowakei, verlegt werden würden.

TÜRKEI. — Am 28. Februar wurde in Ankara ein Militärvertrag zwischen der Türkei und Griechenland paraphiert, nach dem sich die Partner verpflichten, sich jedem von Fremden erzwungenen Durchmarsch durch das eigene Gebiet mit Waffengewalt zu widersetzen. Im Kriegsfall sichern sich die Partner Neutralität zu.

VEREINIGTE STAATEN VON NORDAMERIKA. — Die Kongreßdebatte über den Marinerüstungsstaat erstreckte sich über viele Tage des Februar. Sie wurde von seiten der Regierung durch Admiral Leahy geführt, der in schärfstem Tone eine Zweifrontenflotte, also eine pazifische und eine atlantische, und den Schutz Südamerikas forderte. Dagegen steht die Meinung, daß bei Absprachen mit Großbritannien für den Atlantik auch ohne zweite Flotte die Sicherheit zu erzielen sei. — Die großen Marinemanöver finden von Mitte März bis Ende April im Raum zwischen der pazifischen Küste, Alaska, Hawai und Samoa (12 Millionen Quadratmeilen Meeresfläche) statt. (Siehe auch Großbritannien.) (Abgeschlossen am 13. März.)

SPÄNE

der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

Freundnachbarliche Personalpolitik

Herbe Sorgen nisten in den Verwaltungen der europäischen Kolonialmächte. The white man's burden ist nicht leicht und noch schwieriger ist's, ihr Gewicht auf den eigenen Schultern weiterzuschleppen, ohne daß man ihr Gewicht spürt. Gewiegte Köpfe haben zu diesem Behufe eine Arbeitsteilung erfunden, die nicht schlecht zu den Idealen paßt: die Verantwortung bürdet sich die eifrig um das Wohlergehen der Untertanen besorgte Macht auf, die Arbeit machen die Untertanen. Das ist gewiß eine Kunst, aber wer würde bezweifeln, daß Verwalten nicht überhaupt eine Kunst ist. Eine ganz besondere ist sie jedoch dort, wo zwar der arme Eingeborene noch nicht reif genug ist, um sich selbst zu regieren, aber immerhin schon reif genug ist, sich selbst zu verwalten. In solchen Fällen muß man wirklich die Selbstaufopferung und Selbstverleugnung bewundern, mit der die Träger (citizens) der Verantwortung den Ruhm der Öffentlichkeit meiden und bescheiden den Untertanen (subjects) die Arbeit überlassen. Man hat auch den geeigneten Namen für solches ideales Handeln gefunden: „indirect rule" — indirekte Herrschaft. Ein bißchen ungeschminkt, aber ganz will man offenbar auf die Bekundung der eigenen Sendung nicht verzichten... Solche Gedanken sind abwegig, man soll schließlich schweren Ernst nicht zum Gegenstand der Glosse machen. Wir sind reuig. Aber wer konnte sich ein Schmunzeln verkneifen, wenn ihm der Zufall ein Zusammentreffen zwischen Preisgesängen auf „indirect rule" und ostasiatischer Verwaltungskunst beschert. Humor hat auch in politicis seinen Platz und man möchte ihn beim Anblick mancher „mandated"-Wohltäter nicht missen, die sich in die dröhnende Stille zurückziehen wollen, um möglichst deutlich — unerkannt zu bleiben. Man kann einfach das Lachen nicht unterdrücken, wenn ein Mann in asiatischen Filzstiefeln dem Ritter in knarrender Rüstung das Leisegehen mit deutlichen Gebärden vormacht, und alle Bemühungen des Ritters vergeblich sind, beim „indirect" Auftreten das Knarren der „rule", manchmal sogar gesteigert zu „mandated" Sprengungen (Palästina) zu vermeiden. Und dabei kann sich der Mann in der Rüstung wahrhaftig nicht beschweren, daß ihm der freundliche Have-not ein Geheimnis vorenthält, drückt dieser doch dem gelehrigen Zuschauer noch ein Lehrbuch zu autodidaktischem Weiterstudium in die Hand, wie es solcherart sich kaum als Eigenzeugnis in der Literatur des klassischen Latein findet, die bei einer in Weltreichstraditionen schwelgenden Schicht einer self-made-nation so beliebt ist.

Freilich, das ewige Lächeln des Ostens scheint einem neckischen Kobold zwischen den Zeilen anzugehören, wenn wir die folgenden Ausführungen des offiziösen Japan-Manchoukuo-Yearbook (1937, S. 692) lesen, die von der Verwaltung Mandschukuos handeln:

„Die offizielle Liste der Männer, die in der einen oder anderen Stellung in der gegenwärtigen Verwaltung Mandschukuos dienen, setzt sich aus 5700 Namen zusammen, wovon ungefähr 3250 Japaner sind, wie man auf Grund der Personennamen feststellen kann. Vom restlichen Teil sind die chinesischen und mandschurischen Beamten in überwiegender Zahl, während die Mongolen und Koreaner je einen kleinen Hundertsatz ausmachen. Diese japanischen Beamten, die in Mandschukuo dienen, sind zum größten Teil in Ruhestand versetzte Zivil- und Militärbeamte, von denen einige aus dem aktiven Dienst gezogen wurden. Die Ministerposten werden ohne Ausnahme von Persönlichkeiten chinesischer, mandschurischer oder mongolischer Abstammung verwaltet (are held). Diese Minister werden beständig unterstützt von hohen Verwaltungsbeamten japanischer Herkunft.

Es ist kaum von geringerer Bedeutung, einen Blick in die Zusammensetzung des Verwaltungssystems vom Rassenstandpunkt aus zu werfen. Japanische Organisationsfähigkeit scheint überall, wo es notwendig war, benützt worden zu sein. Wo in früheren Tagen die Korruption herrschte und sie am meisten zu fürchten war, wurden die mandschurischen Beamten in untergeordnete Stellungen verwiesen. Die Posten der Berater, die in jedem Geschäftsbereich die praktische Verwaltungsarbeit beaufsichtigen, sind in den Händen von Japanern.

Die neun Staatsministerien stehen mit Ausnahme jenes für die Verwaltung der Mongolischen Angelegenheiten unter der Leitung von mandschurischen Ministern, die z. T. von mandschurischen Vizeministern unterstützt werden, aber in keinem Fall sind Japaner auf einen dieser hohen Posten gesetzt. Aber die Büros und Abteilungen unter diesen Ministern werden von japanischen Verwaltungsvorständen (chief executives), die als Beiräte (councillors) bekannt sind, beaufsichtigt. Dem Ministerium für die Mongolische Verwaltung präsidiert ein mongolischer Prinz. Von den drei Hauptverwaltungsabteilungen unter ihm sind zwei unter der Aufsicht von mongolischen Beamten, an der Spitze der dritten steht ein japanischer Sektionschef. Unter dem Ministe-

rium für Zivile Angelegenheiten umfaßt das Büro für die Polizeiangelegenheiten den größten Stab. Das Innere Polizeikorps (central police force) ist zu gleichen Teilen aus Mandschus und Japanern gebildet. Aber die Grenzpolizei-Schutztruppen (frontier police guard forces), die zusammen (jene Truppe) bilden, die als Spezialpolizeikorps bekannt ist, wird gebildet von etwa 170 Japanern gegen 50 Mandschus, welch letztere als subalterne Patrouillengänger beschäftigt werden. Die unter dem Namen Harbin Mobile Police Force bekannte Truppe ist ausschließlich aus Japanern gebildet.

Das Ministerium des Auswärtigen ist die einzige Behörde mit einem japanischen Vizeminister, während die entsprechenden Posten in den anderen Ministerien in den Händen von Mandschus sind. Die vier Ämter für Allgemeine Angelegenheiten, Handel, Politische Angelegenheiten, und Information und Öffentliche Meinung (publicity) sind alle von Japanern geleitet. Im Verteidigungsministerium sind alle wichtigen Positionen in Händen von mandschurischen Offizieren. Im Generalstab übertreffen die Mandschus bei weitem an Zahl die Japaner. Die beratende Körperschaft des Generalstabs besteht aus mehr japanischen als mandschurischen Militärs.

Die tatsächliche Verwaltung der Finanzen in Mandschukuo ist anscheinend den japanischen Beamten anvertraut, die an Zahl bei weitem die anderen Volksangehörigen im Finanzministerium übertreffen. Die praktische Verwaltungsarbeit in den Monopolbehörden für Zündhölzer, Opium usw. und in der Salzverwaltungsbehörde sind hauptsächlich mandschurischen Beamten anvertraut, die in überwiegender Zahl sind.

Das Ministerium für Verkehr, Post und Flugdienst wird praktisch von mandschurischen Beamten und Angestellten geführt, obgleich die höheren Posten in Händen von Japanern sind. Die Postämter sind ohne Ausnahme unter der Aufsicht von chinesischen und mongolischen Postmeistern.

In der Gerichtsverwaltung, wo die früheren chinesischen Behörden offenkundig schuld an der Mißwirtschaft waren, überrascht es nicht, daß die meisten der verantwortlichen Stellen mit Männern aus Japan besetzt wurden. Jede der vier Abteilungen wird von ihnen geleitet. Die Bezirksgerichte stehen ebenfalls unter der Aufsicht von japanischen Juristen. Sie haben auch die Leitung der Staatsanwaltschaft. Es ist auch von Bedeutung, daß sechs Gefängnisse von Kirin und Mukden japanischen Beamten unterstellt sind. Hinsichtlich der Angelegenheiten der öffentlichen Erziehung ist es selbstverständlich, daß Japan im Hinblick auf seine bitteren Erfahrungen in der Vergangenheit darauf sieht, daß sie auf eine von Rassengegensätzen freie Weise verwaltet werden. Während der Minister und Vizeminister beide Mandschus sind, sind die beiden Abteilungen für allgemeine Angelegenheiten und Erziehungsangelegenheiten unter der Aufsicht von japanischen Chefs, bloß die Abteilung für Kultus und Konfessionen (rites and religions) ist mandschurischer Leitung überlassen.

Das Ministerium für die Mongolische Verwaltung ist nach einer etwas abweichenden Politik gestaltet, wenn die Zahl der beschäftigten Mongolen als Richtlinie genommen wird. Abweichend von anderen Verwaltungsressorts ist ein weit größerer Hundertsatz von Beamten mongolischer Abstammung in der Exekutive und den anderen Geschäftsbereichen beschäftigt. Die Gesamtzahl der in den Zentralstellen dienenden Leute beträgt annähernd 415, von denen die Japaner schwach mehr als ein Viertel umfassen. Von jenen unteren Beamten, die in den subprovinziellen und Banner-Behörden dienen, sind ungefähr 50 Mongolen und 30 Japaner.

In den zentralen Behörden der lokalen Verwaltung gibt es ungefähr 450 Japaner gegenüber 1500 Chinesen und Mongolen. Von dem Stab, der bei den unteren und den Hsien (county-Kreis)-Behörden beschäftigt ist, zählen die Japaner ungefähr 250 gegenüber einer Gesamtzahl von etwas mehr als 300. In den Provinzen Kirin, Lunkiang, Jehol, Pinkiang, Chinchou, Heiho und Sankiang sind die Hsien- und Bannerämter unter ausschließlicher Leitung von japanischen Beamten, die zusammen 300 zählen, wobei ein oder zwei, manchmal mehr niedere Beamte unter dem japanischen Berater in jedem Kreis bestellt sind. Mit Bezug auf die lokale Verwaltung läßt sich sagen, daß ihre ganzen Angelegenheiten unter der Leitung dieser japanischen Ratgeber stehen, eine Lage, die jener in den rein mongolischen Gebieten völlig entgegengesetzt ist."

Soweit die japanisch-mandschurische Quelle. Wie heißt es doch in einem Gedicht Issas, eines Vertreters der klassischen japanischen Dichtung? —

„Ihr kleinen Spatzen, von der Mutter
verlassen: kommt und s p i e l t mit mir"

R. v. S.

Die deutschen Siedlungsräume im Osten

Soeben schließt das **DEUTSCHE ARCHIV FÜR LANDES- UND VOLKSFORSCHUNG** Hsg. v. Brackmann, Hassinger, Metz unter der Schriftleitung von E. Meynen (Verlag S. Hirzel, Leipzig, jährlich 20.—) seinen ersten Jahrgang ab: ein Unternehmen, das in vier großen Heften seine Bedeutung gerade auch für die Geopolitik erwiesen hat. Aus dem Bereich des deutschen Volks- und Kulturbodens werden Einzeluntersuchungen in einer Fülle angeregt und gesammelt, wie wir sie zur Vertiefung unserer Arbeit dringend benöti-

gen. Als ein Beispiel bringen wir einen kurzen Auszug aus dem Beitrag von Walther Kuhn, Die deutschen Siedlungsräume im Südosten (I. Jhg. Heft 4. S. 808—827):

Naturräume werden zu Volksräumen, indem einerseits die Volksstämme bei ihren Wanderungen die Gebiete bevorzugen, die ihnen nach Landesart und wirtschaftlichen Voraussetzungen zusagen, anderseits das Hineinleben in einen Raum und seine Lebensbedingungen die Volksart mitbildet und die Absonderung von stammverwandten Gruppen in anderen Räumen begünstigt. Südosteuropa ist ein Musterbeispiel für diese Zusammenhänge zwischen Boden und Volk. [...]

Die Übereinstimmung von Natur- und Volksräumen ist so im Südosten außerordentlich stark. Die Volksgrenze der Madjaren gleicht ursprünglich fast einer Höhenschichtenlinie, dem Ufer eines das ungarische Tiefland erfüllenden Meeres. Erst die Verschiebungen im Gefolge der Türkenkriege haben diese Lage etwas gestört. Die Anpassung der osteuropäischen Völker an je nur eine Landschaft und Wirtschaftsweise erschwerte ihnen die Kolonisation in einem andersartigen Gebiet. Die Deutschen dagegen, deren Volksboden sich von den Marschen bis in die höchsten Tallandschaften der Alpen erstreckt, hatten unter ihren Stämmen gleichsam Spezialisten für die Erschließung aller Landesarten. Darin liegt eine der Voraussetzungen für ihren durchschlagenden Erfolg als Kolonisten. [....]

Für alle diese Gruppen, ob sie nun aus dem Hügellande der Pfalz, dem Marschenboden des Werders oder den Sandflächen Kongreßpolens kamen, bedeutete der Übergang in die Steppe einen grundstürzenden Wandel der geographischen Umwelt. Durch weitgehende Fürsorge des Staates konnte er erleichtert werden, dennoch forderte er überall das Opfer der ersten Generation. Die Wirtschaftsweise mußte völlig umgestellt werden. So wurde z. B. die deutsche Scheune aufgegeben und das Dreschen im Freien eingeführt, in Bessarabien mit der geriffelten Steinwalze. Der Roggenbau trat zurück gegen den Weizen in Südrußland, gegen Weizen und Mais in Ungarn Mit der zunehmenden Verkehrserschließung trat immer mehr der Getreidegroßbau für den Weltmarkt in den Vordergrund, in dem sich die Deutschen bald eine führende Stellung eroberten. Die Wirtschaftsrechnung mußte sich auf die im Steppengebiet periodisch wiederkehrenden Mißernten einstellen, die dann wieder durch einzelne Rekordernten wettgemacht werden. So verliert der Ackerbau die binnendeutsche Stetigkeit und erhält spekulative Züge. Nach vollzogener Anpassung aber verwachsen die Menschen so mit dem neuen Siedlungsraum, daß sie bei der Ausbreitung durch Tochtersiedlungen, die wie bei allen jungen Volksinseln sehr stark ist, immer wieder ähnlichen Steppenboden suchen. [....]

Die Eigenart des Steppendeutschtums wird erst deutlich, wenn man ihm die völlig andersartige Siedlungsbewegung im Norden der Lößgrenze gegenüberstellt.

Im Norden hatte es die deutsche Kolonisation mit ursprünglichem Waldland zu tun, dessen slawische Besiedlung wohl nicht voll ausgereift, aber auch nicht durch die Nomadeneinfälle gestört war. Innerhalb des geordneten Landes bestanden noch größere Waldinseln, namentlich auf den landwirtschaftlich ungünstigen Böden (Sandern); ebenso waren die Niederungen der Stromtäler mit Auenwald erfüllt. Die deutschen Siedler stießen also nicht, wie in der Steppe, in weites Neuland des Pfluges vor, sondern füllten nur kleinere oder größere Lücken im polnischen, ukrainischen und weißrussischen Volksboden aus. [....]

So sind der Nordosten und der Südosten der neuzeitlichen deutschen Kolonisation nach geographischem Gebiet, geschichtlicher Stellung, Stammesart, Siedlungs-, Sozial- und Wirtschaftsform und in einer Reihe weiterer Lebensformen verschieden. Das Deutschtum im Mittelstreifen, im alten Waldsteppenland, nimmt auch seinen Formen nach eine Mittelstellung ein, steht aber dem Süden näher, Als eigentliche Grenze zwischen dem nordöstlichen und südöstlichen Volksinseltum ergibt sich so die Lößgrenze. V.

Vor 90 Jahren

„Lassen Sie eine Lücke für uns, daß wir immer hereinkönnen – wir werden kommen, leider vielleicht nicht mehr alle; wir Deutsche Österreichs kommen, wie und wann, wer kann es sagen? Wer kann im Buche der Zukunft lesen? Wir kommen aber!“

Aus der Rede des österreichischen Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am Main, Kamillo Wagner (Steyr) vom 11. Januar 1849.

R. ALBERT:

Der Kunstforst, ein Beispiel für schädliche Wirkung der Monokultur

Wer sich eines unserer besonders grundlegenden Hefte: Monokultur und Autarkie (X. Jhg. 1933, Heft 1) entsinnt, kennt den Zusammenhang, aus dem heraus wir den nachfolgenden Beitrag veröffentlichen. Zu den Grundfragestellungen der Geopolitik gehört die Frage nach der Einheit des Lebensvorganges in einem Untersuchungsraum. Für den außermenschlichen Raum, in diesem Fall für den Wald, steht die völlige Verflechtung allen, noch so artverschiedenen Lebens fest. Sie gibt uns die Berechtigung, von einem Überorganismus, von einer eigenen Lebensform „Wald" zu sprechen. Es ist eine Frage, die noch der Durchforschung harrt: ob und in welchem Umfang der Mensch als Volkskörper Glied eines Raumkörpers kraft der Verbundenheit der Lebensvorgänge ist. Aber weist nicht der von uns schon 1933 als notwendig und kommend vorausgesagte Drang aller Völker, von der selbstgeschaffenen Bindung ihres Schicksals an eine Monokultur zur Selbstbestimmung im Zeichen der Autarkie zu gelangen, darauf hin, daß es sich hier um den Durchbruch einer Naturforderung gegen blinden Menschenwillen handelt? Die Betrachtung des Waldes bietet hierzu einige Gesichtspunkte, die zum Nachdenken reizen. *Die Schriftleitung.*

Der Wald ist eine gewaltige Lebensgemeinschaft von Pflanzen; sie breitet sich auf natürliche Weise überall dort aus, wo die klimatischen Vorbedingungen erfüllt sind, d. h., wo der große Wasserbedarf des Waldes durch eine entsprechend hohe und jahreszeitlich günstig verteilte Niederschlagsmenge gesichert ist. Daneben ist der Wald auch die vielseitigste natürliche Pflanzengenossenschaft. Dies beweist allein seine oberirdische Vertikalgliederung in Baum-, Strauch-, Kraut- und Moosschicht; hierzu gesellt sich aber noch der im Dunkel des Bodens ruhende Lebensraum der Algen, Bakterien und Pilze. Zur Biozönose des Waldes gehört schließlich auch die artenreiche und vielgestaltige Tierwelt, die in ihm lebt und webt. Zwischen allen diesen Gliedern vollzieht sich einerseits ein erbitterter Kampf ums Dasein, insbesondere um Nahrung, Licht und Wasser; trotzdem stellen sie auf der anderen Seite wieder eine biologische Einheit dar, deren Einzelteile durch organisches Zusammenwirken und gegenseitiges Sichergänzen ein äußerst lebensstarkes Ganzes bilden.

Wie diese Lebensgemeinschaft Wald an ein bestimmtes Klima gebunden ist, so weiß sie sich auch ihr lokales Eigenklima über und in dem Boden zu verschaffen, das sich von dem ihrer unmittelbaren Umgebung insbesondere durch die Milderung der Extreme auszeichnet. Ebenso wandelt der Wald den Boden unter sich bis in große Tiefe hinein physikalisch, chemisch und biologisch in der Weise um, wie dies zu seinem optimalen Gedeihen erforderlich ist.

Vielgestaltig ist der Wald als Ganzes; er ist es auch in seinen einzelnen Gliedern. Waldbestände, deren Baumschicht nur aus einer einzigen Nutzart besteht, schafft nur der Mensch, aber nicht die Natur; es gibt keinen Boden, der so geringwertig wäre, daß er ausgerechnet nur einer

einzigen Holzart geeignete Lebensbedingungen gewähren könnte. Der vom Menschen unberührte Urwald ist ausschließlich Mischwald, und wo wir einmal Ausnahmen von dieser Regel finden, sind sie stets nur die vorübergehende Folge gewaltiger Naturkatastrophen wie Feuer und Sturm, die einer der vielen im Urwalde vertretenen Holzarten besonders günstige Verjüngungsmöglichkeiten schufen und sie dadurch für einige Zeit in den Alleinbesitz eines Bodengebietes gelangen ließen. Aber der Urwald ist ewig; in ihm geht nichts verloren, sondern er erneuert sich stets wieder aus sich selbst heraus; insofern ist auch dem vom Menschen genutzten Kulturwald nicht vergleichbar.

Noch vor einigen Jahrhunderten war die Nutzung des Waldes durch den Menschen eine höchst extensive, die sich weniger auf die Entnahme von Holz als auf Weidewirtschaft und Schweinemast erstreckte. Mit der Zunahme der Bevölkerung und dem Aufblühen der Industrie, des Handels und der Schiffahrt aber steigerte sich der Holzbedarf so gewaltig, daß selbst ein so waldreiches Land wie Deutschland nicht mehr in der Lage war, ihn aus den eigenen Vorräten zu decken, sondern sich gezwungen sah, alljährlich erhebliche Mengen an Holz aus dem Auslande einzuführen. Dieser Umstand erweckte in der Forstwirtschaft das ökonomische Streben nach höchstmöglichem Gewinn aus dem Walde. Man suchte ihn durch vorwiegenden bis ausschließlichen Anbau von Holzarten, die vom Handel besonders begehrt und mit geringstem Kostenaufwand und in kürzester Zeit wieder nachgezogen werden konnten. So ist es gekommen, daß heute große zusammenhängende Waldgebiete in der Ebene und im Gebirge nur mit einer einzigen Holzart bestockt sind. Der Wald wurde zum Forst und der Forst zur Holzfabrik!

Aber schon heute zeigen sich dem Sachverständigen in aller nur wünschenswerten Klarheit und nach den verschiedensten Richtungen hin die verderblichen Folgen dieser ins Ungeheuere getriebenen Monokultur. Worin erkennen wir sie im einzelnen? Am deutlichsten zunächst im „Rückgang des Bodens". Der fortgesetzte Anbau ein und derselben Holzart auf gleicher Fläche bedingt eine dementsprechend starke und einseitige Erschöpfung an Nährstoffen und Wasser derjenigen Bodenschichten, in denen sich das Hauptverbreitungsgebiet der Wurzeln der betreffenden Holzart befindet. Sie führt schließlich zu einer Art von Bodenmüdigkeit. Eine Erscheinung, die in der Landwirtschaft als Folge eines mehrfach wiederholten Anbaues ein und derselben Frucht längst bekannt ist. Daß letztere weder durch Düngung noch durch Bearbeitung des Bodens, sondern nur durch Fruchtwechsel endgültig zu beseitigen ist, beweist, daß auch Störungen biologischer Art im Boden vorliegen müssen. Was aber den Landwirt zum Fruchtwechsel zwingt, wird auch den Forstwirt über kurz oder lang zur Abkehr von der Reinkultur zwingen, soll Waldbau nicht zum Raubbau am Boden werden.

Der Wald als sparsamer Haushalter legt von der alljährlich dem Boden entzogenen Nährstoffmenge nur etwa den dritten Teil in dem Holzkörper der Bäume fest, der Rest aber kehrt im herbstlichen Streufall wieder zum Boden zurück, um

dort von den Kleintieren und Mikroben wieder aufs neue in Pflanzennahrung umgewandelt zu werden. Dieser Kreislauf wird aber sofort gestört, wenn die natürlichen Lebensbedingungen dieser Kleinlebewelt des Bodens sich ungünstig gestalten, was sich alsdann in einer unerwünscht starken Anhäufung mangelhaft zersetzter und versäuernd wirkender Abfälle auf dem Boden zu erkennen gibt. Gerade diese leicht wahrnehmbare Erscheinung ist eine der häufigsten Folgen seiner Bestände und beweist, wie tiefgreifend die Ökologie des Waldes durch Monokultur gestört werden kann.

Es kommt ferner hinzu, daß jeder Reinbestand, welcher Art er auch sei, das Waldbodenklima nach irgendeiner Richtung hin ungünstig beeinflußt. Handelt es sich um eine lichtbedürftige Holzart, so wird ihr weiter Stand den Boden zu stark entblößen und damit das Einwandern waldschädlicher Unkräuter fördern, in erster Linie der sog. Zwergsträucher, insbesondere der Heide- und Beerkräuter, deren stark verholzte Stengel und Wurzeln die Streumassen torfartig verfestigen und nahezu unzersetzlich machen. Eine Schattenholzart dagegen in Reinkultur schließt durch ihr dicht geschlossenes Kronendach den Boden zu stark von Wärme und Feuchtigkeit ab, so daß er leblos und tot, wie er äußerlich erscheint, auch in seinem Innern wird.

Gefährdet somit die dauernde Aufzucht reiner Bestände die erforderliche Nachhaltigkeit der Forstwirtschaft, indem sie das Bodenkapital rasch vermindert, so bedroht sie auch das Leben der Bestände selbst: sie setzt sie schutzlos der Vernichtung durch Sturm und Insekten aus. Insbesondere ist es der mit unheimlicher Periodizität wiederkehrende Insektenfraß, der die Reinbestände oft in kurzer Zeit in gewaltigstem Umfange vernichtet und deren Vorbeugung und Bekämpfung trotz aller Anstrengungen von Wissenschaft und Technik nicht gelingt; der Forstmann steht ihm auch heute noch n a h e z u m a c h t l o s gegenüber. Es wird selbst dem Laien einleuchten müssen, daß der Anbau einer einzigen Holzart auf großer Fläche auch die Vermehrung ihrer natürlichen Feinde außerordentlich begünstigen muß. Gleichzeitig werden aber auch in gleichem Maße die Existenzbedingungen aller derjenigen Lebewesen des Waldes (Vögel!) verschlechtert, die wir als die natürlichen Feinde waldschädlicher Insekten kennen und die unter günstigen Verhältnissen deren Vermehrung in Schranken halten.

Wie anders im Mischwald! Tief- und flachwurzelnde, lichtbedürftige und schattenertragende Laub- und Nadelhölzer bilden eine natürliche und darum auch äußerst lebenskräftige Gemeinschaft. Alle Stockwerke des Bodenraumes werden durch das verschiedengestaltige Wurzelwerk der einzelnen Holzarten gleichmäßig in Anspruch genommen. Alles, was durch Verwitterung im Boden löslich wird, tritt in den Kreislauf des Stoffes ein und wird festgehalten anstatt durch Auswaschung mit dem Sickerwasser verlorenzugehen. Die mannigfaltige Zusammensetzung der Streuabfälle gibt einer an Zahl und Arten reichen Kleinlebewelt tierischer und pflanzlicher Herkunft günstigste Ernährungsmöglichkeiten, so daß deren wertvolle und

kostenlose Mitarbeit dem Forstwirt alles das ersetzt, was der Landwirt an Mühe und Geld für Düngung und Bodenbearbeitung aufwenden muß. Gleichzeitig schafft die Ungleichartigkeit der Baumkronenformen der verschiedenen Holzarten ein ideales Bodenklima, indem sie das Verhältnis von Licht, Wärme und Feuchtigkeit harmonisch gestaltet. Auf diese Weise wird die Entwicklung einer vorwiegend aus krautartigen Pflänzchen zusammengesetzten Bodenflora gefördert, die die Humusstoffe der Bodendecke rasch aufzehrt, um sie in Form ihrer zarten und leicht vergänglichen Organe wieder in den Kreislauf der Nährstoffe einzuschalten.

So und nach manch anderer Richtung hin unterscheidet sich der natürlich zusammengesetzte Wald vorteilhaft von dem eintönigen Kunstwald, der seinen Namen insofern nicht mit Recht trägt, als seine Schaffung und Erhaltung weit weniger Kunst erfordert als die des ersteren. Rationeller Waldbau aber soll nicht zur schablonenmäßigen Technik herabsinken, sondern zu einer auf naturwissenschaftlicher Grundlage ruhenden hochentwickelten Kunst emporsteigen, entsprechend den Worten des Nationalökonomen Schmoller: „Der Mensch löst sich mit höherer Kultur und Technik nicht von der Natur los, sondern verbindet sich immer enger mit ihr, beherrscht sie, indem er sie versteht, aber auch indem er sich ihren Schranken unterwirft."

Josef März:
Südost-Schrifttum

Von der „Revue Internationale des Etudes Balkaniques" des Belgrader Balkan-Instituts, das seine Einrichtungen immer mehr ausbaut und auf wachsende Erfolge blicken kann, liegt die 1. Hälfte des III. Bandes vor. Zu nennen sind darin außer einem Beitrag des Italieners Pisani über das Makedonische und zwei Aufsätzen (von Syme-Oxford und Skok-Zagreb) über die Römerzeit des Balkans eine Darstellung der Tätigkeit der Fürsten Ypsilanti, von denen Alexander, der in Munkatsch internierte, auch in der deutschen Ballade bekannt geworden ist, als Hospodare (Fürsten, die von der Pforte ernannt wurden) der Moldau und Walachei. J. März entwickelt in einem Grundriß seinen Arbeitsplan für die Forschung über die Raumgeschichte des Balkans. Das Balkan-Institut hat aus den beiden ersten Bänden der „Revue", die je etwa 600 Seiten umfaßten, je ein „Buch vom Balkan", „Kniga o Balkanu", in serbokroatischer Sprache zusammengestellt und darin die für die Geschichte, den Raum, die Kultur und das soziale Leben der Balkanvölker besonders aufschlußreichen Beiträge gesammelt. Gemeinverständlich gehaltene Ausführungen bilden ein Büchlein „Balkan i Balkanci", „Der Balkan und die Balkaner", das auch in breiteren Schichten für die Bestrebungen des Balkan-Instituts werben soll. Sonderdrucke aus der „Revue" in französischer Sprache geben kurze Abrisse über die zeitgenössische jugoslawische, die neue bulgarische und die rumänische Literatur und Dichtung, sowie einen Überblick über ein halbes Jahrhundert neugriechischer Dichtung. An größeren Veröffentlichungen behandelt eine von Drag. Mihailowitsch das zeitgenössische Wirtschaftsleben der Türkei, eine andere von B. Konstantinowitsch den Stand der öffentlichen Gesundheitspflege in Jugoslawien, wobei bevölkerungspolitisch bemerkenswert ist, daß die Geburtenzahl (4 Kinder auf eine Familie) den Bestand des Volkes gewährleistet, die Sterblichkeit 1934 aber 17 auf 1000 Einwohner und die Säuglingssterblichkeit bis 15% beträgt. Im übrigen ist der Gesundheitszustand des Volkes einigermaßen verschieden, je nach dem Landesteil, am schlechtesten noch in Südserbien, das deshalb seit Jahren mit einem engen Netz von Gesundheitseinrichtungen überzogen ist. Die Bilder sind wertvoll.

Der „Ekonomist" ist eine hochstehende kroatisch geschriebene wirtschaftliche Monatsschrift, die in Zagreb erscheint. Professor Schtschetinev analysiert sachlich die Grundgedanken des Nationalsozialismus — Führerschaft wächst nach ihm aus der sozialen Differenzierung —; an der Sozialgesetzgebung Jugoslawiens, die in den letzten Jahren sehr umfangreich war, wird kritisiert, daß der Staat zwar die Lasten vorschreibe, aber sich nicht selbst beteilige. Ein Beitrag von Dr. Hermann Groß vom Leipziger Südosteuropa-Institut über die Bedeutung Südosteuropas für den Außenhandel Deutschlands erklärt die Ursachen für die Zunahme der Handelsbeziehungen; von 1929 bis 1936 ist der Anteil Südosteuropas an der deutschen Einfuhr von 4,4 auf 12,6 und an der deutschen Ausfuhr von 4,8 auf 9,5 % gestiegen. Einen breiten Raum nehmen soziologische und ähnliche Beiträge ein; so wird die Lage der Landarbeiter und Knechte in Jugoslawien und die Bildung von Agrarproletariat untersucht. Bemerkenswert sind die Angaben über die Gründung eines Instituts zum Studium der bäuerlichen Wirtschaft durch die kürzlich gegründete und jetzt schon 150000 Mitglieder starke „Gospodarska Sloga", die Wirtschaftsorganisation der kroatischen Bauern.

Im Novemberheft 1937 des „Ekonomist" bekämpft Vilko Rieger mit schlagenden Beweisen die Rententheorie von Karl Marx und bezieht sich dabei besonders auf die heutigen Verhältnisse in Sowjetrußland. Nikola Tintschitsch behandelt die Rechtsgrundlagen der Arbeit und den Begriff der „Schwarzarbeit" als Arbeit ohne Recht. Der jugoslawische Gesetzentwurf über Wirtschaftsberater wird kritisch untersucht von Josip Petrowitsch; er fordert längere Praxis und eine Trennung zwischen Wirtschaftsberatern und Buchprüfern. Auch der neue Jahrgang 1938 des „Ekonomist" bringt scharfsinnige Untersuchungen. Vladimir Pertot, der jetzt längere Zeit Assistent am Weltwirtschaftlichen Institut in Kiel war und von dem wir grundlegende Darstellungen vieler Zweige der jugoslawischen Wirtschaft erwarten dürfen — wir möchten ihn, soweit wir ihn kennen, für einen der künftigen führenden Köpfe der dortigen Wirtschaftswissenschaft halten —, behandelt mit mathematisch-logischen Methoden die Preisbildung des Weizens im Donaubecken. Methodisch und wirtschaftsgeschichtlich ist der Überblick über Entwicklungsformen der Wirtschaftspolitik (feudale, merkantilistische, liberalistische) von Mirko Lamer, dem Leiter des „Ekonomist".

Eine hervorragende Leistung ist das Buch des Senators und ehemaligen Landwirtschaftsministers Dr. Otto Frangesch, eines Kroaten: „Die sozialökonomische Struktur der jugoslawischen Landwirtschaft" im Rahmen der Schriften der Internationalen Konferenz für Agrarwissenschaft (Berlin 1937, Weidmannsche Buchhandlung), das die natürlichen Produktionsbedingungen Jugoslawiens, seine soziale und Agrarverfassung, Agrarreform, Bauernentschuldung, Genossenschaftswesen erschöpfend behandelt und eine Fundgrube für jede Arbeit über Jugoslawien ist, obwohl es die Ergebnisse der Zählung von 1931 noch nicht verarbeiten konnte. Das Deutsch dieses Buches ist besser als das in manchen unserer eigenen Gelehrtenarbeiten, und ähnlich steht es mit den beiden Arbeiten des schon genannten Vladimir Pertot, der als Ausschnitte eines größeren Werkes „Die Wandlungen im jugoslawischen Warenverkehr in Hinblick auf die drei Verkehrsmittel" und „Die Weizenregulierungen in Jugoslawien" gesondert vorlegt (Band 43, Heft 2, und 45, Heft 3, des „Weltwirtschaftlichen Archivs", Jena, Gustav Fischer). An der Verkehrsstudie fesselt die Aufgliederung, die ein Anwachsen des Flußverkehrs zeigt, an der Studie zur Marktregulierung die innere Aufgabenstellung, die Not der Bauern zu lindern und den Ausfuhrertrag zu steigern, sowohl durch Vermehrung der Ausfuhrmenge als durch Herabsetzung der Vermittlungskosten; der Versuch von 1931/32 ist aber wenig geglückt.

Das Zentralpreßbüro in Belgrad setzt die Reihe seiner Veröffentlichungen (bisher: Geschichte Jugoslawiens; Jugoslawien in Ziffern; Belgrad usw.) durch zwei französische Bändchen fort: Milosch Savkowitsch, „La Littérature yougoslave moderne", und Dr. Ksenija Atanasijewitsch, „Penseurs yougoslaves", die beide einen guten Überblick über das südslawische Kulturleben zu bieten vermögen. Ganz groß angelegt und gedacht ist die „Serbische Trilogie" des Dichters Steban J. Jakovlewitsch, erschienen 1937 in Belgrad (Übertragung ins Deutsche ist geplant), die den heroischen Weg des serbischen Volkes von 1914—1918 zum Gegenstand hat. Die Trilogie zeigt, daß die epische Veranlagung der Südslawen den Griff nach einem großen Stoff auch der eigenen Zeit nahelegt. Zwei größere Arbeiten von deutscher Seite heben diese im Völkerleben fast einmalige Erscheinung des epischen Volksliedes hervor: Maximilian Braun untersucht „Kosovo. Die Schlacht auf dem Amselfeld in geschichtlicher und epischer Überlieferung in strenger Quellenkritik (Leipzig 1937, Markert & Petters Verlag, „Slawisch-baltische Quellen und Forschungen"

Heft VIII), wobei die tiefe Wirkung der Niederlage von 1389, die zur nationalen Auferstehung wurde, und ihr Fortleben in den Heldenliedern gekennzeichnet wird, und aus dem Nachlaß des Bonner Professors Leopold Karl Goetz haben seine Freunde Clemen, Dyroff und Meyer-Lübke durch Karl L. Meyer (Königsberg) mit Unterstützung durch das Reichserziehungsministerium zwei Bände „Volkslied und Volksleben der Kroaten und Serben" („Slavica", Band 12, Heidelberg, Carl Winter) zusammengefügt, die vielleicht die gründlichste bisherige Untersuchung des überreichen Schatzes an Helden- und Volksliedern der Südslawen sind und systematisch alle Lieder nach jeder Richtung hin bearbeitet haben. Sitte, Brauch, Kulturgeschichte und seelische Haltung eines Volkes sind in einer nur scheinbar trockenen Behandlung erschöpfend dargestellt. An Einzelarbeiten aus Jugoslawien ist noch zu nennen: Vladislav Skaritsch, Mitglied der Königl. Serbischen Akademie, „Sarajevo." Das Buch, herausgegeben von der Stadt Sarajevo, behandelt deren Geschichte von den Anfängen bis zur Besetzung 1878, während eine weitere Schrift von Hamdija Kreschevljakowitsch die Okkupationszeit und die Vorgänge, die sie begleiteten, zum Gegenstand hat. Da es uns bisher sehr an solchen Monographien, zumal aus geschichtlich viel umstrittenen Ländern, fehlt, sind beide Veröffentlichungen zu begrüßen, wenn sie auch, kroatisch geschrieben, nur einem kleinen Kreis zugänglich sind. Geschichtlich-politisch gehalten ist: Johannes Rosenbauer, „Eine Welt zerbrach. Der Weg nach Sarajevo" (G. Schönfelds Verlagsbuchhandlung, Berlin), eine etwas schlichte Darstellung, die aber das Verdienst hat, den Scheinwerfer grell auf die Sünden Habsburgs zu lenken.

Einer sehr aufmerksamen Betrachtung muß der Historische Atlas von Kroatien empfohlen werden („Hrvatska Povijest in 19 karata"), der von Dr. Stjepan Skrulj bearbeitet worden und von der Offset-Druckerei „Tipografije" in Zagreb hergestellt ist. Der Vielfarbendruck ist vorbildlich. Die wissenschaftliche Leistung, diese Karten zu entwerfen, ist groß. Auch Südost-Spezialisten müssen gestehen, daß ihnen bisher für manche Abschnitte der südslawischen Geschichte, denn nicht nur die kroatische allein ist dargestellt, so gutes Material und solche Anschauungsmöglichkeit fehlte. Es ist oft sehr schwierig, in der fremdsprachlichen Literatur das zu finden, was man gerade wissen will, und wer die tausend Hemmungen kennengelernt hat, die eine tiefgehende wissenschaftliche Untersuchung über den Südosten auf ihrem Wege findet, muß es dankbar begrüßen, daß die dortige Wissenschaft ein so vorzügliches Hilfsmittel bereitstellt. Was die Karten nicht aussagen können, gibt der Begleittext auf etwa 80 Seiten. Das Ganze ist eine Leistung, der wir Hochachtung zollen müssen.

Es mag ein Gradmesser für die unterschiedliche Stärke der Beziehungen zu den Balkanländern sein, daß aus anderen von ihnen weniger Neuerscheinungen vorliegen. Der Berliner Romanist Ernst Gamillscheg als Herausgeber der Reihe „Vom Leben und Wirken der Romanen" hat das Verdienst, uns die Gedichte von Mihail Eminescu zugänglich gemacht zu haben (Jena und Leipzig, Verlag von Wilhelm Gronau). Die Übertragung der Lyrik dieses etwas an Hölderlin gemahnenden und wie dieser in geistiger Umnachtung, erst 40 Jahre alt, gestorbenen bodenständigen und in seiner rumänisch-völkischen Gesinnung sehr bewußten Dichters ist von Konrad Richter besorgt, und zwar so hervorragend, daß die Rumänische Akademie das erstemal bei ihr eine Auszeichnung (auf Grund eines Vermächtnisses für Nachgestaltung der Gedichte Eminescus in einer Weltsprache) ausgesprochen hat. Der Südostausschuß der Deutschen Akademie hat die Herausgabe gefördert. Er hat das ebenso getan bei der Reihe „Bücherei Südosteuropa" des Albert Langen/Georg Müller Verlages, München; sein Vorsitzender Professor Gerhard Gesemann hat mit Frau Dragnewa „Neue bulgarische Erzähler" gesammelt und übertragen, für die die Unmittelbarkeit des Erlebens, die scharfe Abgrenzung der Gefühle, die kritische Haltung gegen sogenannte Zivilisation ein sehr bezeichnendes Bild der bodenverwurzelten Kultur des bulgarischen Volkes vermittelt. Der 3. Jahrgang der „Revue de Transsylvanie", die in Klausenburg (Cluj) erscheint, bestätigt den bisherigen Eindruck, daß wir es hier mit einer vorzüglich geleiteten, gut ausgestatteten und allen Scharfsinn auf die Verfechtung rumänischer und Abwehr fremder Ansprüche aufwendenden Zeitschrift zu tun haben, die als politisches Werkzeug hochwertig ist und zeigt, wie geschickt heute die Völker jede Waffe, gerade auch die geistige, handhaben. Dabei bietet die Zeitschrift eine Unmenge sonstigen Stoff; so gibt sie Proben aus dem Rumänischen Sprachenatlas des auch im Deutschen Reich bekannten Sprachforschers Sextil Puscariu oder gliedert die Dorftypen im Banat und in Siebenbürgen nach deutschen Begriffen (Haufen-, Tal-, Straßen-, Streudorf usw.).

Ferner sind, aus dem Randgebiet Südosteuropas, drei Arbeiten aus der Schule von Uhlig (Tübingen) zu nennen, die in den Schriften des Deutschen Auslands-Instituts, Stuttgart (Verlag

Ausland und Heimat) zu finden sind: Gottlob Schuon, „Die nordöstliche Schwäbische Türkei", Gottlob Holder, „Das Deutschtum in der unteren Baranya", eine bevölkerungs- und siedlungsgeographische Studie, und Otto Faas, „Deutsches Bauerntum im Bergland der Schwäbischen Türkei". Diese Untersuchungen haben ihren besonderen Wert, weil sie viel beitragen zur besseren Kenntnis eines deutschen Siedlungsgebietes, wobei auf die kleinsten Einheiten zurückgegriffen werden muß. Die Lage inmitten eines Begegnungsgebietes mehrerer Volkstümer und die gegenseitige Beeinflussung (Absaugung der Oberschicht durch das Magyarentum usw.) werden hier besonders lehrreich behandelt. Bilder und Karten verstärken den Wert dieser Veröffentlichungen.

Von dem Sammelwerk „Steirische Burgen und Schlösser", das Robert Baravalle bei Heinrich Stiasný Söhne, Graz, in Lieferungen herausgibt (die einleitende wurde vor einem Jahr an dieser Stelle gewürdigt), liegt nun der erste Band abgeschlossen vor, vom zweiten Band die beiden ersten Hefte, beide reich an Plänen und alten Bildern. Sehr viel Heimatliebe, waches Grenzbewußtsein und verlegerischer Idealismus gehören zu einem solchen Werk, das sich nur an einen kleinen Kreis wenden kann. Über diesen hinaus ist aber allgemein wichtig, wie eng das Netz von Wachstellen an der gefährdeten Ostgrenze war, gesichert durch das System der Kraidfeuer (von crier, schreien, abgeleitet), für die, um nahende Feinde anzukündigen, immer brennbare Stoffe gelagert sein mußten. Die deutsche Gemeinschaft wußte in der Steiermark, daß sie auf Vorposten stand. Die Burgen deckten die großen Durchgangsstraßen nach Kärnten. Im 18. Jahrhundert verlor der Adel das Wissen um seine geschichtliche Rechtfertigung, zog in die Städte, um Prunk zu entfalten, und die Burgen gingen an die Gläubiger über — oft genug an die Juden, deren sich die Steiermark, um das Grenzlandgefüge stark bleiben zu lassen, im 15. Jahrhundert entledigt hatte. So waren Juden die längste Zeit auch in die österreichische Militärgrenze nicht zugelassen.

Das kroatisch geschriebene Buch des in Berlin lebenden Dalmatiners Stevo Kluitsch „Putevi Nematschkog Preporoda" (1936, Wilhelm Limpert Verlag, Berlin) ist 1937 in deutscher Übersetzung mit dem neuen Titel „Ein Reich? Ein Volk? Ein Führer?" erschienen (Brunnenverlag Willi Bischoff, Berlin). Es gehört zu den Arbeiten, die ehrlich für die Annäherung zweier Völker tätig sind. (Übertragung: Dr. Amadeus Grohmann.) Kluitsch übernimmt nicht kurzweg das vorgefundene Material, sondern gruppiert und verwertet es nach eigenem Urteil; er zeigt uns deshalb Seiten unseres Wesens, deren wir uns selbst nicht ganz bewußt sind, und was er bringt, hat Gewicht, auch wenn seine Auffassungen von den unseren abweichen, so im Rassenbegriff. Sein scharfer Kampf gegen alles Zersetzende führt ihn an unsere Seite.

Hans Hummel:

England—Frankreich—Amerika

Schrifttumsbericht über drei Weltmächte

Es liegt an der Politik der derzeitig und vor kurzem amtierenden britischen Staatsmänner, daß das Interesse für Fragen des Britischen Weltreiches in Deutschland im Wachsen begriffen ist. Nicht daß wir nicht seit langem bedeutende Werke über England besäßen, auch die großen englischen Klassiker der Politik übersetzt hätten, sondern vielmehr gibt die tägliche Politik dem deutschen Zeitungsleser täglich neue Rätsel auf. Unwandelbare gerade politische Linie, unbedingte Vertragstreue und ähnliche politische Elementargrundsätze, wie sie zum gewöhnlichsten Hausrat des deutschen außenpolitischen Baues gehören, sind nicht in gleichem Maße in der englischen Politik zu finden. Und so wenden wir heute — selbstverständlich ohne Bezugnahme auf den neuen Status zwischen den Beziehungen Englands und Ägyptens — gerne das Wort von der englischen Sphinx an, deren Rätsel auch nur oberflächlich zu lösen sehr selten einem Autor gelingt. So tun wir schon einen besseren Blick in die englische Seele und Politik, wenn wir die Historiker dieser Nation selbst sprechen lassen. Diese Art bezeichne ich als ein durchaus gelungenes Buch

George Macaulay Trevelyan: Geschichte Englands. 2 Bde. 852 S., 36 saubere, historische Karten. (Der verdienstvolle Übersetzer wurde leider nicht genannt.) Oldenbourg, München u. Berlin 1935. Br. RM. 15.—, Ln. RM. 17,50.

Damit findet die 10. englische Auflage dieses berühmten Werkes ihre wichtige deutsche Übersetzung. Keinen besseren zweiten Vornamen konnte sich der englische Historiker wählen als

Macaulay, denn er setzt die große Reihe bekannter britischer Historiker ruhmvoll fort. Das Werk reicht bis zur Jahrhundertwende und hat noch einen bis zum Weltkrieg fortführenden kurzen Anhang bekommen. Tr. geht streng chronologisch vor, entwickelt zunächst die Vor- und Frühgeschichte der englischen Inseln, das Mittelalter und unter den Tudors und Stuarts der Beginn britischer Seemacht folgen. Besonders diese Kapitel sind Musterbeispiele der Geschichtsschreibung, die eines geopolitischen Grundtenors nicht entbehrt. In den beiden letzten Büchern, beginnend mit der Thronbesteigung des Hauses Hannover, widmet sich Tr. besonders der industriellen Revolution, dem Zeitalter der Wirtschaft und ihrem Einfluß auf die Politik, vor allem aber der Entwicklung des englischen demokratischen Ideals. Es sieht im ganzen sehr logisch aus, daß das umfangreiche Werk mit dem Kampfe Gladstones und Salisburys ausklingt und die Freude am Erfolg der Demokratisierung durch die Zeilen blickt — jedoch, wird es immer so bleiben? Das Gesamtwerk gehört neben den „Dibelius" in jede politische Bücherei Deutschlands.

Walter Görlitz: Georg V. 431 S., 15 Abb. Quelle u. Meyer, Leipzig 1937. Ln. RM. 7.—.

Basil Maine: Prinz von Wales, König Eduard VIII. 232 S. u. 31 S. Anh., 22 Abb. Siegismund, Berlin 1937. Ln. RM. 6.—.

Arthur Bryant: Baldwin. 203 S., 8 Abb. Siegismund, Berlin 1937. Ln. RM. 6.—.

Stanley Baldwin: Freiheit und Friede. 74 S. Vita Nova, Luzern 1936. Kt. RM. 1.80.

Der Thronwechsel und der Premierwechsel in England haben die englische Gegenwartsgeschichte besonders interessant gemacht. Das Lebensbild, das uns G. über den toten König gibt, ist mit ruhiger Sachlichkeit unter Verzicht auf die heute so beliebte biographische Erzählform in bestem Stile niedergeschrieben. Die Entwicklung des Reiches seit etwa 1900 wird von der Position des Königs aus gesehen und stellt sich in vielen Einzelzügen, die G. sehr fein herausarbeitet, oft in ganz anderem Lichte dar als die rein diplomatische Geschichte. Dagegen nimmt sich die Übersetzung des Buches von M. über Eduard VIII., von einer gewissen Sensation umwittert, stark konjunkturhaft aus. Über einen so widerspruchsvollen Menschen wie den „Prinz von Wales" zu urteilen, mag schwer sein; die politischen Fragen, die Eduard hartnäckig geprüft und verfolgt hat, werden in dem Buch auch, aber eben skizzenhaft behandelt, während das Hauptgewicht auf die persönlichen Eigenheiten und menschlichen Züge des Thronfolgers gelegt wird. Ein Anhang vermittelt eine kurze Geschichte der Abdankung, bei der jener Premier Baldwin die maßgebliche Rolle gespielt hat, dem Bryant in seinem Buche ein liebenswürdiges Denkmal setzt. Mit Baldwin ist die englische Nachkriegsgeschichte eng verknüpft, und B. versteht es, die Persönlichkeit des ruhigen und überlegenen Staatsmannes — als Dank Englands nach seinem Rücktritt — in das rechte Licht zu rücken. Eine Ergänzung findet dies schöne Buch in der kleinen Sammlung Baldwinscher Reden, die unter dem Titel „Freiheit und Friede" vorwiegend theoretisch-politische Arbeiten bringt. Eine größere Herausgabe auch der Reden, die sich weniger in der — wenn auch sehr sorgsam behandelten — Völkerbundideologie bewegen, wäre sicher noch begrüßenswerter.

Kurt von Stutterheim: England heute und morgen. 316 S. Herbig, Berlin 1937.

W. Kellinghusen: England, das unbekannte Land. 132 S. Nationaler Bücherdienst, Berlin 1937. Br. RM. 2.—.

St.s Werk bringt die Quintessenz einer langen Korrespondentenerfahrung. Es gehört zu den besten, Charakter und Kultur des Engländers schildernden Bücher, die seit langem erschienen sind. Aus den kleinen Beobachtungen des Alltags formt St. das Bild des Engländers, wie er wirklich ist, wie er uns begegnet, und räumt mit einer Reihe von Vorurteilen und Stellungnahmen auf, die nur deswegen so verbreitet sind, weil sich eben der Engländer schwer verstehen läßt. St.s essayartige Kapitel behandeln die Erziehung, das soziale, politische, konfessionelle, kulturelle und gesellschaftliche System, gewürzt mit geistvollen Urteilen und Ausblicken auf die Zukunft. Viele Englandfahrer sollten vor ihrer Reise dies Buch genau lesen, wofür auch das Buch K.s gut dienen kann, der nun Englands Charakter weniger von der lebendigen Gegenwartsbeobachtung als aus der Geschichte abliest. Trotzdem sind auch seine Urteile vorsichtig und — nach einem längeren geschichtlichen Teil — im Schlußkapitel sehr lesenswert. Er begegnet sich stark mit St., behandelt jedoch fast ausschließlich die politischen Wesenszüge.

Reinald Hoops: Die Zukunft des Britischen Weltreiches. 188 S. Stilke, Berlin 1937. Ln. RM. 5.50.

H. schildert in einer gedrängten Übersicht die einzelnen Teile und Probleme des Weltreichs, wobei er besonders die Probleme der Nachkriegszeit berücksichtigt, die in der Zukunft bedeutsam werden können. Eine gute und handliche Zusammenfassung der Empirepolitik.

Hermann Lufft: Das Empire. 96 S., 9 Kt. In der Reihe „Völker und Staaten". Schneider, Reichenau/Sa. 1936. Kt. RM. 1.50.

Eine staatenkundliche Zusammenfassung der politisch-geographischen Tatsachen des Britischen Weltreiches, soweit sie Tatsachenmaterial zusammenträgt, knapp und richtig — soweit sie dieses Material auswertet, ein klein wenig an Laienstrategie erinnernd. Trotzdem stellt das Büchlein, wie überhaupt die ganze Reihe „Völker und Staaten" brauchbares Material für Schulung und Unterricht dar.

Mit wirtschaftlichen Fragen des Empire befassen sich:

Gerhard Mackenroth und Franziska Krebs: Die Wirtschaftsverflechtung des Britischen Weltreiches. In: Zwischenstaatl. Wirtschaft, H. 12. 229 S. Junker u. Dünnhaupt, Berlin 1935.

Hans-Joachim von Schumann: Standortsveränderungen der Industrien in Großbritannien seit dem Kriege. 99 S., 6 Sk. Beltz, Langensalza 1936. Kt. RM. 3.—.

Richard Deutsch: Geographie der Haupt- und Großverkehrshäfen Großbritanniens unter besonderer Berücksichtigung der Zeit nach dem Kriege. In: Wiener geogr. Studien, H. 2. Müller, Klosterneuburg 1933.

Alle drei Arbeiten sind der dynamischen Entwicklung der interbritischen Wirtschaft gewidmet. Zu der ersten Arbeit hat im wesentlichen die Reichskonferenz von Ottawa Anlaß gegeben: die Handels- und Kapitalpolitik Englands vor Ottawa, die Wirtschaftsentwicklung der Dominien und die Entwicklung des interbritischen Handels erfahren genaue Behandlung, dann wird die Ottawapolitik beschrieben und zum Schluß die Frage nach der Empireautarkie und den Entwicklungstendenzen gestellt. Das dann folgende, sehr sorgfältig bearbeitete statistische Material nimmt die Hälfte des wertvollen Werkes ein. Die zweite Arbeit von Sch. über Standortsveränderungen in Großbritannien ist eigentlich eine negative Arbeit, denn es ergibt sich, daß wesentliche Standortsveränderungen der alten Industrien nicht stattgefunden haben, daß jedoch die jungen Industrien in der Wahl ihrer Standorte alle in Frage kommenden Gesichtspunkte berücksichtigten. Zu diesen Bedingungen gehört im besonderen für die Außenhandel treibende Industrie selbstverständlich auch eine gute Lage zu den englischen Welthäfen, wie sie D. in einer eingehenden geographischen Studie beschreibt. In diesem Heft werden nach allgemeinen Kapiteln über Verkehrslage und Außenhandel Großbritanniens die Häfen einzeln abgehandelt.

Zwei kürzere militärische Betrachtungen liegen vor:

Liddell Hart: Wenn England zu Felde zieht. In: Graue Bücherei. 130 S. Voggenreiter, Potsdam 1937. Kt. RM. 2.70, geb. RM. 3.50.

Ernst von Eisenhart-Rothe u. Walther Beckmann: Deutsch-britische Front in der Geschichte. 122 S. Kyffhäuser, Berlin 1936. Kt. RM. 3.60, geb. RM. 4.50.

Die „Graue Bücherei", längst bekannt als eine unserer besten, über das Militärwesen und die Wehrpolitik anderer Staaten unterrichtende Reihen, legt einen Auszug aus einem größeren Werke des vielgelesenen englischen Autors vor, dessen Name in Deutschland nach seinem Auftreten in der Ossietzky-Affäre reichlich gelitten hat. Trotzdem möchten wir dieses kleine Werk empfehlen, da es sehr verständig in die Probleme der britischen Friedens- und Kriegsstrategie und seine Wehrpolitik einführt und eine gute Grundlage für das Verständnis der englischen Aufrüstungsvorgänge bietet. Liddell Hart sollte gelegentlich das andere Werk von Eisenhart-Rothe und Beckmann lesen, um zu lernen, wie oft in der Geschichte deutsche und britische Truppen zusammen gefochten haben und ihre Kameradschaft mit ihrem Blute besiegelten. Aber die englischen Schriftsteller sind eben wie ihr Vaterland etwas unberechenbar. Es war längst an der Zeit, die Tatsachen britisch-deutscher Waffenkameradschaft einmal darzulegen, die allzu schnell vergessen worden sind. Leuchtendes Vorbild dieser gemeinsamen Front ist für uns Waterloo, der Krieg gegen die napoleonische Hegemonie, der zu Lande von England und Deutschland gemeinsam geführt wurde, während der Sieg zur See der englischen Flotte allein zuzuschreiben ist — und vor allem einem Helden, Lord Nelson, über den

W. H. Edwards: Lord Nelson. Ein Lebensbild. 184 S., 1 Abb., 1 Kt. Klostermann, Frankfurt 1936. Br. RM. 4.—, geb. RM. 5.—,

eine vollständige Biographie vorlegt, die sich dadurch auszeichnet, daß sie fast ganz auf der Wiedergabe interessanter Dokumente aufgebaut ist. Denn durch seine Briefe und Berichte wird die Gestalt dieses Mannes am besten lebendig und erinnert uns an so viele deutsche Kriegshelden, die den gleichen ruhmvollen Tod im Zenit ihres Lebens fanden.

Clennell Wilkinson: Nelson. 288 S., 8 Abb. Goldmann, Leipzig 1937. Ln. RM. 7.50.

stützt sich in seiner sorgfältigen Biographie auf Briefe und Dokumente, verwendet sie jedoch zu einer freieren und im ganzen recht spannenden Darstellung, wie sie dem biographischen Geschmack der Zeit entspricht. Wir können auch diese Arbeit in die Reihe der vielen in den letzten Jahren erschienenen Nelson-Biographien stellen.

Gewissermaßen seinem Gedenken gewidmet, hat Mahan die Schlachten von Abukir und Trafalgar beschrieben, eine seestrategische Skizze:

A. Th. Mahan: Die Seeschlachten bei Abukir und Trafalgar. Her. von W. Scheidt. In: Kriegsgesch. Büch., H. 19. 61 S., 2 Sk. Junker u. Dünnhaupt, Berlin 1936. Br. RM. 1.—,

die nunmehr in deutscher Sprache in der bekannten Reihe vorliegt. So steht ein interessantes Vergleichsmaterial für zwei Bücher zur Verfügung, die ebenfalls Gestalten der englischen See- und Kriegsgeschichte schildern:

Lord Jellicoe: Erinnerungen. Englands Flotte im Weltkrieg. Übers. v. Kapitänltnt. a. D. Spiess. 294 S., 17 Abb., 5 Sk. Vorhutverlag Schlegel, Berlin 1937. Br. RM. 6.—, geb. RM. 7.50.

Lord Jellicoe: Erinnerungen. Bd. II. Zwischen Skagerrak und Scapa Flow. 247 S., 14 Abb. Vorhutverlag Schlegel, Berlin 1937. Kt. RM. 6.—, geb. RM. 7.50.

Arthur Hodges: Kitchener. 258 S., 8 Abb., 2 Kt. Deutsch v. Th. Lücke. Vorhutverlag Schlegel, Berlin 1937. Kt. RM. 5.50, geb. RM. 6.50.

Mit der gleichen Offenheit, mit der Lord Nelson wenig weitsichtige englische Politiker seiner Zeit angriff, berichtet Lord Jellicoe über den Einsatz und die Bedeutung der englischen Flotte im Weltkrieg. Er beschönigt nichts, sondern zeigt ganz klar, daß zumindest bei Kriegsbeginn die englische Flotte so schlecht organisiert war, daß die Vermeidung einer katastrophalen Niederlage zur See nur dem Zögern der deutschen Führung zuzuschreiben war. Außerordentlich spannend beschreibt Lord Jellicoe die Furcht vor deutschen U-Boot-Angriffen, die Abwehrmaßnahmen der Engländer, den Neuaufbau der englischen Flotte, die Gefechte bei Helgoland und an der Doggerbank, um nach einem Rückblick auf Trafalgar einen Hauptteil des Werkes dem Bericht über die Skagerrakschlacht, battle of Jutland, zu widmen. Die Amtlichkeit der Darstellung erfordert, daß Lord Jellicoe den Anspruch der Deutschen an den Sieg am Skagerrak bestreitet und den Sieg für England in Anspruch nimmt. Im zweiten Band beschreibt er dann den letzten Teil des Krieges, die U-Boot-Frage, den Eintritt der USA. in den Seekrieg, die Ereignisse auf den Nebenschauplätzen, und schließt mit einer skeptischen Betrachtung des Völkerbundes, um den Anspruch Englands auf den Ausbau seiner Rüstungen kräftig zu unterstützen. Das Werk gehört zweifellos zu den auch für uns wichtigsten und interessantesten Erinnerungsbüchern an den Großen Krieg. Gleichgroßem Interesse wird jedoch die Biographie Kitcheners begegnen, die ebenfalls die Dramatik des Geschehens aus der Handlung selbst schöpft, und sie nicht wie so viele neue deutsche Biographien durch erfundene Dialoge und sonstige Steigerungsmittel kümmerlich zu beleben sucht. Die Geschichte des Britischen Reiches von der Beschießung Alexandriens bis zum Beginn des Krieges zieht in diesem Buche vorüber, denn Kitchener, der Reichsbaumeister, verkörpert in sich selbst einen Gutteil dieser Entwicklung. Sudan und Indien, Burenkrieg und Ägyptens Ende sind die Meilensteine auf dem Lebensweg Kitcheners — dann die Berufung als Kriegsminister, seine klare Politik gegen und mit den Militärs, der Höhepunkt seines Lebens, aus dem er wie Lord Nelson frühzeitig und zum Schaden der britischen Kriegsführung herausgerissen wird. Er, der weite Länder und Kolonien unter die britische Flagge brachte, fand den Tod in den Wellen des Meeres, das allein alle Teile des Reiches verbindet.

*

Das Meer — Quelle und Ziel der englischen Politik und des englischen Lebens; das Land, der Kontinent in seinem festen Gefüge — Quelle und Ziel von Politik und Leben in Frankreich: das ist der Grund für die Entente cordiale zweier Nachbarn, ein Argument, das das Gesetz der Nachbarfeindschaft für die Zeiten außer Kraft setzt, in denen die beiden Nachbarn diesen ihren Zielen ausschließlich nachgingen. Es ist in Deutschland viel über und gegen Frankreich gesprochen und diskutiert worden, wenige aber verfügten wirklich über die Kenntnis der Geschichte und politischen Situation unseres westlichen Nachbarn, denn es fehlte uns die politische Literatur über ihn. Jetzt kamen zu gleicher Zeit drei kleinere Arbeiten heraus, die diesem Mangel abhelfen, wie ihm im großen vor allem das Werk von Curtius und Bergsträsser abgeholfen hat:

Roderich von Ungern-Sternberg: Frankreich — Lebensraum und Wesen. 132 S. 1 Abb. Stilke, Berlin 1937. Br. RM. 4.50.

Otto Maull: Frankreich — Länderkunde und Geopolitik. Und ein zweiter Band: **Frankreichs Überseereich.** In: Sammlung Göschen 1095 und 1089. 179, 164 S., 10, 12 Kt. De Gruyter, Berlin u. Leipzig 1936. 1935. Je geb. RM. 1.62.

Heinrich Klinkenberg: Frankreich. In: „Völker und Staaten", Bd. 2. 109 S., einige gute Karten. Schneider, Reichenau 1937. Kt. RM. 1.50.

Die Zusammenfassung Ungern-Sternbergs geht wesentlich vom Soziologischen aus, die Maulls vorwiegend vom Geographischen. Aus beiden zusammen ließe sich jetzt leicht eine knappe Geopolitik Frankreichs und seines Imperiums schreiben. Ungern-Sternberg beschäftigt sich vor allem mit Rasse, Bevölkerung und Wirtschaft Frankreichs und gibt zum Schluß einen Ausblick auf das Reich. Seine Arbeit ist im ganzen sehr viel knapper als die Maulls, die sich auf sehr sachlicher länderkundlicher Schilderung der Landschaften des Reichskernes, also Frankreichs, und der einzelnen Teile des Kolonialreiches aufbaut. Maull schreibt in beiden Bänden einleitend über die Entwicklung Frankreichs und des Kolonialreiches und schließt jeweils mit einer hervorragend geopolitischen Zusammenfassung über den Raumorganismus und Reichszusammenhalt des französischen Reiches. K. gibt in seinem kleinen Bändchen eine kurze Übersicht über die wesentlichsten Probleme, streift die Sozialverfassung und die innerpolitische Geschichte, um in einem Schlußkapital auf die gegenwärtige Situation in Frankreich einzugehen, was er vielleicht lieber gelassen hätte.

Paul Distelbarth: Lebendiges Frankreich. 382 S., 27 Abb. Rowohlt, Berlin 1936. Br. RM. 6.50, Ln. 8.—.

Ein ebenso problematisches wie anspruchsvolles Buch. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß neben allen liebevoll gezeichneten Einzelzügen, die einer wirklichen Beobachtung entspringen, das Ganze zu schnell geschrieben ist, mindestens da, wo D. versucht, wissenschaftliche Ergebnisse in die Diskussion zu führen. Ob es sich nun um rassische, historische, philologische oder kunsthistorische Fragen handelt, wo es sich den wissenschaftlichen Anstrich gibt, begibt sich D. auf sehr gefährlichen Boden, weil er unvorsichtig ist, sehr unvorsichtig. Zu einem solchen Buch gehört langjähriger Aufenthalt in Frankreich und nicht einige Reisen, die nur dorthin führen, real und symbolhaft gesprochen, wohin man eben gerade will. Reisebekanntschaften erfassen doch nur einen kleinen Teil des Volkes, und auch nicht einmal unbedingt jenen, der die Politik macht. So ist D. in den politischen Kapiteln Verschiedenes nicht gelungen, es ist alles salopp und nicht etwa die schöne und sorgfältig gepflegte Frucht langer Erfahrung, sondern nur ein bißchen, auch anderen Menschen gegebene Beobachtungsgabe, um die nun vorschnell ein Netzwerk aller Probleme gerankt wird.

Carl Leonhard Grüneberg: Der Sozialismus in Frankreich. In: Neue deutsche Forschungen. 74 S. Junker u. Dünnhaupt, Berlin 1936. Br. RM. 3.50.

G. gibt eine Geschichte der sozialistischen Ideen in Frankreich seit der Revolution, stellt die Thesen Babeufs, Saint-Simons, Proudhons und Leroux' dar und zeigt sehr zeitgemäß, wie sich der autochthone Sozialismus in Frankreich unter dem Einfluß des Marxismus gewandelt hat.

Hans K. E. Keller: Gegenreich Frankreich. 186 S. Batschariverlag, Berlin 1935.

Der bekannte Vorkämpfer für Nationalismus schildert in historischem Aufbau die Kräfte, die Frankreich immer wieder eingesetzt hat, um die alten Reichslösungen des Europaproblems zu zerstören und an ihre Stelle einen Internationalismus zu setzen. Ein kluges und durch wissenschaftliche Vorarbeit fundiertes Buch.

Charles de Gaulle: Frankreichs Stoßarmee. 89 S. Voggenreiter, Potsdam 1935. Br. RM. 1.80.

G. schreibt unter dem Zeichen der „Sicherheit" auf, wie er sich die Abwendung der natürlich ausschließlich deutschen Gefahr durch stoßkräftige, langdienende Divisionen vorstellt. Das Buch führt sehr gut in die Psyche des Franzosen ein, zumal zum Anfang eine interessante Gegenüberstellung der Sicherheit Deutschlands und Frankreichs und des deutschen und französischen Charakters gegeben wird.

Bibliographie zur Wirtschafts-, Sozial- und Geistesgeschichte und zur militärischen Geschichte Frankreichs im Weltkrieg. 2 Hefte der Weltkriegsbücherei, Stuttgart 1937. Je RM. 2.—.

Wiederum zwei neue Hefte der bibliographischen Arbeit der Weltkriegsbücherei. Sie sind ebenso sorgsam wie die früheren und ein wichtiges Handwerkszeug für jeden, der politisch arbeitet.

Adolf Günther: Frankreich und sein Überseereich in der Weltwirtschaft. 312 S. Enke, Stuttgart 1936. Rr. RM. 15.—, Ln. 16.60.

Seitdem Frankreich auch in die große Wirtschaftskrise hineingeglitten ist, während die übrige Welt schon an ihrem Ende steht, interessieren in immer stärkerem Maße die französischen Wirtschaftsfragen, von denen hier G. einen umfangreichen Abriß gibt. Er zeichnet weniger die Entwicklung, sondern vor allem den Zustand, der eine Reihe von Rückschlüssen auf die Zukunft zuläßt. Das Buch ist auf sehr genau gesammeltem Zahlenmaterial aufgebaut, das zu einer Darstellung des französischen Außen- und Binnenhandels und zu einer Schilderung der Wirtschaft der einzelnen Kolonien verwandt wird. Zwischendurch wird überall die Politik gestreift, wobei G. gerade noch den Umschwung durch die Ernennung des Volksfrontkabinetts mit berücksichtigen konnte, so daß er ein sehr zeitnahes Handbuch geschaffen hat.

*

Nun der Sprung über den Ozean zu der letzten und intolerantesten der drei „großen Demokratien", der USA. Es ist in den letzten Jahren viel von der Schicksalswende der USA. geschrieben worden, ausgelöst durch die reformierende Präsidentschaft F. D. Roosevelts, dessen Tätigkeit so revolutionär und befreiend begann, um sich nun in der Verächtlichmachung anderer Völker und der Rolle des predigenden Friedensrichters mit Kriegsgeschrei zu erschöpfen. Charakter und Wesen der „Roosevelt-Revolution" wird von einer Reihe Autoren geschildert, unter ihnen:

Johannes Stoye: USA. lernt um. 301 S. Goldmann, Leipzig 1936. Kt. RM. 6.—, Ln. RM. 7.—.

Hans F. Kiderlen: Fahrt in neue Amerika. 140 S. Hanseatische Verlagsanst., Hamburg 1936.

Joseph Engert: Wohin geht Amerika? 80 S. Schöningh, Paderborn 1937. Br. RM. 1.50,

Franklin Delano Roosevelt: Das neue Amerika. 71 S. Vita Nova, Luzern 1937. Kt. RM. 1.80.

Alle vier Bücher gehen von verschiedenen Standpunkten an das Problem der Roosevelt-Revolution. St. meint, vom geopolitischen auszugehen, K.s Bericht ist stark tagespolitisch gefärbt und sehr negativ, E. berichtet vom katholischen Standpunkt her positiv, und die Sammlung der Reden Roosevelts unter ihrem bezeichnenden Titel spricht doch ausschließlich im Sinne der letzten Reden des Präsidenten über Kriegsgefahr und Demokratie. Nichts ist darunter, was voll befriedigte. An E. sind die Abschnitte über die Wandlung des philosophischen und sozialethischen Denkens besonders instruktiv, aus den Reden lernt man den wirklichen Geist jener so begrüßten Roosevelt-Politik, und K.s im ganzen wohl sehr informierte Einzelangaben sind zum Teil sehr interessant, um zum anderen Teil, besonders durch die Verwendung eines sehr burschikosen und unerfreulichen Stils, sehr einseitigen Urteilen Platz zu geben und mit Unrecht ganz USA. einem überheblichen Gespött auszusetzen. Aber das ist das alte Kreuz bei USA.-Darstellungen, zu übertreiben oder zu untertreiben. St. hält im allgemeinen, aufgebaut auf einer guten Durcharbeitung der Quellen, die Mitte, schildert allerdings seitenlang rein feuilletonistisch, um dann wieder in einen trockenen und langweiligen Aufzählungsstil zu verfallen. Trotz der Ankündigung ist von Geopolitik wenig zu merken, nur in den planwirtschaftlichen Kapiteln. Sonst besteht das Buch zum größeren Teil aus einer wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Darstellung der Roosevelt-Gesetze, die bis in alle Einzelheiten verfolgt werden. Bereits die einleitenden Kapitel vorwiegend verfassungsrechtlicher Natur deuten schon auf den Hauptteil der Behandlung der Roosevelt-Revolution hin.

Vier nicht so tagespolitisch gebundene und kleinere Arbeiten geben im ganzen doch mehr Aufschluß und lassen uns die Dinge leichter verstehen als mehr oder weniger parteiische Stellungnahmen:

Hermann Lufft: USA. 112 S., 4 Kt. Schneider, Reichenau 1936. Kt. RM. 1.50.

Friedrich Luckwaldt: Das Verfassungsleben in den Vereinigten Staaten von Amerika. 79 S. Stilke, Berlin 1936. Kt. RM. 3.—.

Bruno Dietrich: Vom Wesen des Amerikaners. Wirtschaftsgeographie, H. 10. 32 S. Österr. Wirtschaftsverlag, Wien 1936.

Gerold von Minden: Wirtschaftliche Mobilmachung der USA. Schr. z. kriegsw. Forsch. u. Schul. 60 S. Hanseat. Verlagsanst., Hamburg 1937.

Das Büchlein von Lufft zeichnet sich durch Prägnanz und gute Auswahl des Stoffes aus. Es ist als Einführung sehr zu empfehlen und keineswegs anspruchslos. Nach einem knappen Überblick über Land, Menschen und Wirtschaft, wie sie in der Reihe „Völker und Staaten" üblich ist, geht aber nun Lufft auf die wesentlichen Fragen des Volkscharakters, der Volkwerdung, der Grundtheorien des Gesellschaftsgesetzes in USA. ein, stellt sehr gut

Puritaner und Grenzer gegeneinander, die sich dann mit der Einwanderung vermischen, und gibt so eine sehr brauchbare Unterlage für die heutige Sozial- und Kulturkrise in USA. Luckwaldts sorgfältige Arbeit über die Verfassung ist durchaus aktuell und ergänzt die Unterlagen von der staatsrechtlichen Seite her. D. gibt dazu die politisch-geographischen Unterlagen mit einer feinen völkerpsychologischen Studie am Schluß seiner kleinen Arbeit, und M. rundet das Bild nach der Seite der Kriegsvorbereitung, von der heute in USA. so viel die Rede ist, unter Zugrundelegung der wesentlichsten Gesetze und Maßnahmen seit dem Weltkriege ab. Diese erfaßbaren Dinge der Wirtschaftsplanung sind jedenfalls sehr viel fruchtbarer zu behandeln als müßige Streite, ob nun Roosevelt ein Genie ist oder nicht.

So fern uns ideologisch und politisch die USA. sind, so sehr berührt uns doch ihre Politik am nächsten von allen Methoden der drei „großen Demokratien" — denn es sind eine Millionenzahl deutscher Menschen und eine noch größere Menge deutschen Bluteinschlags, mit dem die Experimente Roosevelts, aus der Krise herauszukommen, gemacht werden. Wir schließen deshalb diesen Bericht über die Situation und die Sorgen der drei „demokratischen Großmächte" mit dem Hinweis auf:

Heinz Kloss: Um die Einigung des Deutschamerikanertums. 328 S. Volk und Reich, Berlin 1937. Ln. RM. 10.—.

Die umfangreiche Arbeit behandelt alle deutschamerikanischen Organisationen seit etwa 100 Jahren, gibt zunächst einen Zahlen- und Grundsätzeüberblick, vertieft sich in die konfessionellen Einigungsbestrebungen protestantischer und katholischer Art und kommt mit einer Schilderung der weltlichen Einheitsversuche zum interessantesten Teil, der Geschichte der Pittsburger Bewegung um 1830, der 48er und der Spätliberalen vor und nach dem Weltkrieg, eine sehr ins einzelne gehende, gründlich informierende Untersuchung.

Neue geopolitisch zu beachtende Karten und Atlanten

Zusammengestellt von Prof. Dr. E. Wunderlich, Leiter des Volksdeutschen Kartendienstes Stuttgart

(Die erklärenden Vorbemerkungen über Zweck und Einteilung der Bibliographie, vgl. Heft 9, S. 768, 1937.) Nähere Auskünfte über die Karten erteilt jederzeit gern und unentgeltlich der Volksdeutsche Kartendienst, Stuttgart, Haus des Deutschtums.

Stieler, Adolf: Grand Atlas de Géographie moderne. 114 feuilles, comprenant 263 cartes gravées sur cuivre. 10. ed. Edition internationale. Publiée par Prof. Dr. Hermann Haack avec la collaboration du Berthold Carlberg et de Rudolf Schleifer. (57 Lfgn.) Livraison 27–30. Gotha: J. Perthes 1937. Jede Lieferung RM. 1.50.

The University Atlas by Philip & Darby, 96 Kartenblätter. 4°. Namensverzeichnis. London: Philip & Son 1937. Etwa RM. 12.—.

Knaurs Weltatlas, Neuausgabe, 130 farbige und schwarze Haupt- und Nebenkarten, Textteil mit Spezialkarten und Tabellen, Register von 29 Stichwörtern, 603 Seiten. 8°. Verlag Th. Knaur, Nachfolger, Berlin 1937. RM. 2.85.

Putzger, F. W.: Historischer Schulatlas. Gr. Ausg. 54. Aufl. Bearb. u. hrsg. v. Max Pehle (u. a.). 12 S. 160 Kt. Bielefeld u. Leipzig, Velhagen & Klasing 1937. Hlb. RM. 5.40.

Harms: Übungsatlas für Geschichte und Erdkunde. 38 Kt. 5. Neue Auflage. 18 Bl. 4°. Umschlagt. Leipzig, List & v. Bressensdorf 1937. Best. Nr. 325. RM. —.40.

Winkels beste Planisphäre: Umrißkarte des Erdganzen, 1: 80 Mill. Blau-Weißdruck, Format 30 : 50 cm. Leipzig, Velhagen & Klasing 1937. RM. —.30.

*

Afrika, Staatenkarte, 1 : 6 Mill. Format 138 : 156 cm. 5. Aufl. C. Dierckes Schulwandkarte. Braunschweig, Westermann. RM. 35.—.

Tanganyika Territory, 1 : 2 Mill. Farbendruck, Format 65,5 : 62 cm. Hrsg. vom Survey Division, Dept. Lands & mines, Tanganyika Territory 1937. ca. RM.8.50.

Map of the Dominion of Canada, exclusive of Northern Regions, indicating main natural resources, 1 : 6 336000, hrsg. von Department of Mines and Resources, Ottawa 1937.

Australia, 1 : 5200000 (Map oft he Commonwealth), Format: 83 : 62 cm, Mehrfarbendruck, hrsg. von Property and Survey Branch. Dept. of the Interior Canberra 1937. RM. ca. —.60.

*

24 Karten zur Rassen- und Raumgeschichte des deutschen Volkes von Prof. Dr. Folkers. 4°. Querformat. Für Lehrer und Schüler in verschiedener Ausführung. Langensalza-Berlin, J. Beltz 1937. Lehrerheft RM. 2, Schülerheft RM. —.40.

Volk an der Arbeit, H. 6/7. Stuhlfath, Walter, Porf: Deutsches Schicksal. Ein geopolitisches Erziehungsbuch. 9. Aufl. 62 gez. Bl. Kt. Skizzen. Berlin-Langensalza, J. Beltz 1937. RM. 1.40.

Carte Ethnique et Linguistique de l'Europe Centrale. Etablié en collaboration sous la direction de Charles Burky Prof. Seminaire de Géographie de l'Université, Genf-Genève. Maßstab 1 : 2000000. Format 98 : 81,5 cm Bern, Kümmerly & Frey 1937. Schw.Fr. 3.—.

Deutsche evangelische Landeskirche. Bevölkerungsanteil . 1 : 2750000. Berlin-Charlottenburg, Kirchenstatistisches Amt der Deutschen evang. Kirche 1937. RM. —.75.

Die bäuerliche Siedlungskapazität des Deutschen Reiches. Karte der bodenmäßigen Mindestsiedlungs-

größe nach der von H. Stremme hrsg. Bodenkarte des Deutschen Reiches, bearb. von E. Ostendorff, Danzig. 1 : 1 Mill. Mehrfarbendruck. Format 114 : 85 cm. Gotha, Perthes 1937. RM. 28.—.

Siedlungsformenkarte des oberösterreichischen Mühlviertels und südböhmischen Grenzgebietes. 1 : 300000. Bearb. von A. Klaar. Schwarz-Weißdruck. Format 32 : 33,5 cm. Ersch. in d. Zeitschrift Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung, Heft 1, 1937. Verlag Hirzel, Leipzig 1937

Ethnographische Karte der Julischen Mark des Venezianischen Sloweniens und der Provinz Zara nach der amtl. italienischen Volkszählung von 1921. 1 : 300000. Buntdruck, Format 41 : 84 cm. Hrsg. Publiz. Abtlg. d. Verbandes Jugoslaw. Emigrantenvereine in Beograd (Belgrad) 1937.

Schematische Karte eines projektierten tschechisch-ukrainischen-russischen Korridor. 1 : 5,5 Mill.

Schematische Karte ohne den projektierten tschechisch-ukrainischen-russischen Korridor. 1 : 5,5 Mill. Format 30 : 28 cm. Mehrfarbendruck, hrsg. vom Slowakischen Rat in Genf. 1936.

Die Tschechoslowakei und ihre Nationalitäten, mehrsprachig. Etwa 1 : 2 Mill. Format 44,5 : 24 cm. Farbendruck. Hrsg. vom Slowakischen Rat in Genf. Etwa 1936.

Bevölkerungsdichte und bereinigte Bevölkerungsdichte. Wachstum — Stillstand. Rückgang der Bevölkerung durch Geburten und Sterbefälle in der Tschechoslowakei 1935. Bearb. von Wolters. Schwarz-Weißdruck. Maßstab verschieden. Kartenbeilage z. Aufsatz im: Deutschen Archiv für Landes- und Volksforschung, Heft 1, 1937. Leipzig, Hirzel 1937.

Deutsches Stadtrecht in Böhmen, entw. v. Weizsäcker, etwa 1 : 1,7 Mill. Schwarz-Weißdruck. Format 25 : 17 cm. Karte in Heft 1 des Deutschen Archives für Landes- und Volksforschung 1937. Leipzig, Hirzel 1937.

Entwicklung des Deutschtums im österreich. Burgenland. 1923—1934. Entw. v. Richard Marek. 1 : 200000. Mehrf. Format 51 : 78 cm. Kartenbeil. zu Petermanns Geograph. Mitteilungen, Heft 7/8. Jahrg. 83, Tafel 22. Gotha, Perthes 1937.

Das Deutschtum im Sudetenraum. 1 : 700000. Bearb. v. R. Rogmann. Mehrfarbendruck. Format 116,5 : 77 cm. Hrsg. vom Bund Deutscher Osten, Landesgruppe Schlesien. Breslau 1937. RM. 2.50.

Das Deutschtum in Mittelpolen. Etwa 1 : 1,5 Mill. Schwarz-Weißdruck. Format 19,5 : 16,5 cm. Bearb. von J. Schomacker, in der Zeitschrift: Deutsche Arbeit, Heft 7, Juli 1937. 37. Jahrg. Berlin: Grenze und Ausland 1937.

Das Deutschtum in Estland.

Das Deutschtum in Lettland. 1 : 1600000. Bearb. von A. Hillen-Ziegfeld. Beilage: Deutsche Arbeit, Heft 11, 1937. Berlin: Grenze und Ausland.

Das Deutschtum in Espirito Santo. 1 : 750000. Bearb. von Dr. S. Endress. Format 21 : 29 cm. Schwarz-weißskizze. Kartenbeilage zum Aufsatz im: Auslandsdeutschen, Heft 8. Stuttgart 1937.

Das Deutschtum in Südwest- und Südafrika. 1 : 10 Mill.

Das Deutschtum in Australien. 1 : 7500000. Format 24,5 : 19 cm. Bearb. von A. Hillen Ziegfeld. Kartenbeilage zur Deutschen Arbeit, Heft 7. 1937. Berlin: Grenze und Ausland.

*

Verwaltungsatlas der Rheinprovinz und angrenzenden Landesteilen. 86 S. mit 40 mehrfarb. Kartenblättern. Format 26,5 : 36 cm. Hrsg. vom Landeshauptmann d. Rheinprovinz. Düsseldorf, L. Schwann 1937. RM. 9.50.

Atlas der Pommerschen Volkskunde. Textband und Kartenmappe (44 Karten). Hrsg. von Karl Kaiser in den Veröffentlichungen des Volkskundlichen Archives für Pommern. Band 4—5. 4°. Querformat. Greifswald, Bamberg 1936. RM. 8.—.

Dieser Ausgabe liegen 2 Werbeblätter bei, die wir der freundlichen Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen:

Deutscher Verlag für Politik und Wirtschaft GmbH., Berlin, für sein Werk „März, Jugoslawien"; Edwin Runge, Berlin-Tempelhof, für sein Werk „Ziegfeld, Deutsches Volk".

Staatenwirtschaft

Beiträge zum Staatshandeln in den Außenwirtschaften

STÄNDIGE BEILAGE ZUR ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Schriftleitung: Dr. Arnold Seifert, Leipzig

1938 März Nr. 2

ERNST SAMHABER:

Ist der Weltmarktpreis noch König?[1])

Nach den Gesetzen der Natur fließt das Wasser den Berg hinab. Keine Beschwörung des Menschen kann es umgekehrt den Berg hinansteigen lassen. Nach „rein wirtschaftlichem" Denkgesetz strömt die Ware aus dem Lande, wo sie billig ist, in das Land, wo sie teuer ist, und umgekehrt das Geld aus dem teuren in das billige Land, um so einen Ausgleich herbeizuführen. Aber der Warenstrom kann beeinflußt werden, denn er vollzieht sich nicht mechanistisch nach selbsttätigen Gesetzen, sondern nach dem Willen des Menschen. Wenn der Warenstrom höheren Gesichtspunkten als den rein wirtschaftlichen widerspricht, so kann gesammelter, organisierter menschlicher Wille, d. h. der handelnde Staat, eingreifen, den Fluß des Warenstromes ändern oder ihn sogar in die entgegengesetzte Richtung umkehren.

Je größer das Preisgefälle zwischen den Ländern ist, und je mehr dies auf besondere, nicht in der Wirtschaft liegende Ursachen zurückzuführen ist, desto notwendiger wird das Eingreifen der staatlichen Wirtschaftsführung werden. Wo der einzelne vielleicht von der Wucht widriger Konstellation wirtschaftlicher Kräfte erdrückt würde, kann die Gemeinschaft durch festes Zusammenstehen solchem Schicksal trotzen. Das freie Spiel der Kräfte wird dann allerdings ausgeschaltet werden müssen, auf die Annehmlichkeiten, die es auch dann noch einzelnen bieten kann, muß verzichtet werden, bis das Preisgefälle wieder ausgeglichen ist. Auf dieses Ziel wird das Eingreifen des Staates in erster Linie ausgerichtet sein: in Zeiten der Krise die verheerenden Auswirkungen der Preisspannen zu überbrücken und dann dem Übel auf den Grund zu gehen, d. h. nicht die äußeren Erscheinungen, sondern die tieferen Ursachen zu beheben. Die Frage ist, ob das Geschehen des letzten Jahrzehntes erklärt werden kann lediglich als ein Wechsel der Defensiv- und Offensivpositionen, die die staatlichen Wirtschaftsführungen der verschiedenen Länder gegenüber den Gefällen der Weltmarktpreise bezogen haben, oder ob das Vordringen der staatlichen Beeinflussungsmaßnahmen die relative Bedeutung des Weltmarktpreises für die einzelnen Volkswirtschaften und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker generell vermindert hat.

1) Vgl. dazu den Aufsatz „Politischer Machtfaktor Gold" von Heinrich Rittershausen in: Staatenwirtschaft Nr. 2, September 1937, S. 781 ff.

Die Hochkonjunktur der Jahre 1928/1929 beruhte in hohem Maße auf den großen Krediten, die von Nordamerika, England, Holland und der Schweiz nach Mitteleuropa gegeben wurden. Diese gewaltigen Summen, die allein bei Deutschland rund 25 Milliarden Reichsmark ausmachten, haben es verhindert, daß der Warenstrom die Richtung gewann, die sich aus den Folgen des Weltkrieges hätte ergeben müssen.

Deutschland hatte fast seinen gesamten Auslandsbesitz verloren, es mußte ungeheure Kriegslasten aufbringen und den durch die Inflation zusammengeschrumpften Goldvorrat wieder auffüllen. Dazu wäre es notwendig gewesen, daß der deutsche Außenhandel einen starken Ausfuhrüberschuß aufgewiesen hätte. Das Gegenteil war der Fall. Die fremden Gelder ermöglichten es Deutschland, sich einen starken Einfuhrüberschuß zu leisten, der zu den politischen Schulden noch den Berg der privaten häufte. Gewiß war es nötig gewesen, die deutschen Fabriken zu rationalisieren, den Maschinenpark aufzufrischen, die leeren Rohstofflager neu zu versorgen. Aber nachdem dieser Prozeß abgeschlossen war, hätte kein Pfennig Kredit mehr nach Deutschland kommen dürfen. Es kam aber anders.

Das Ausland, vor allem Nordamerika, sperrte sich willensmäßig — sei es durch Schutzzölle, sei es durch Einfuhrverbote —, deutsche Waren in genügender Menge aufzunehmen. Als es den Berg der Kredite nicht weiter auftürmen wollte, ja sogar Bezahlung der kurzfristigen Schulden verlangte, sollte diese in Form von Gold und nicht von Waren erfolgen. Dieses Verlangen ließ aus der amerikanischen Börsenkrise vom Herbst 1929 erst die große Weltkrise werden, wobei politisch-wirtschaftliche Manöver, wie der Youngplan, den wahren Sachverhalt nur zeitweilig verschleiern konnten. Der Zusammenbruch der Jahre 1930 bis 1933 war um so jäher, als er sich in erster Linie auf der Geldseite und nicht der Warenseite abspielte.

Es ist bewunderswert gewesen, wie die deutschen Banken in jenen kritischen Monaten vom Herbst 1930 bis zum Juli 1931 dem Ansturm Widerstand geleistet haben, bis sie zusammenbrachen. Damals wurden rund 5 Milliarden Reichsmark zurückgezahlt, nicht durch Waren, sondern durch vorsorglich bereitgestellte Reserven. Aber damit war auch die deutsche Kraft erschöpft, der Zusammenbruch der Banken unvermeidlich geworden. Sollte die Vernichtung der gesamten Volkswirtschaft vermieden werden, mußte der Staat eingreifen. Seine Aufgabe war es, den Abzug der fremden Gelder aufzufangen und auf die Warenseite hinüberzuleiten durch Steigerung der Ausfuhr. Als Mittel erschien der deutschen Regierung damals nur der Druck auf die Preisentwicklung möglich. Darin lag ihr Fehler, an dem sie scheitern sollte. Die Deflationspolitik der liberalistischen deutschen Wirtschaftsbehörden vor 1933 wollte ein Preisgefälle schaffen, das den Abstrom der deutschen Waren in alle Welt ermöglichen sollte. Aus diesem Gedanken heraus drückte die Regierung im Reiche die Preise so stark, daß der innere Wirtschaftskreislauf ins Stocken geriet, aber sie wurde in ihren Hoffnungen auf Steigerung der Ausfuhr bitter enttäuscht, als nun — zusammen mit der allgemeinen Schrumpfung der Weltnachfrage — die anderen Staaten den Kampf mit dem deutschen „Dumping", wie sie es nannten, aufnahmen.

Man kann die Geschichte der letzten zehn Jahre fast ganz unter dem Gesichtspunkt des Kampfes um das richtige Preisgefälle in der Welt betrachten. Von 1930 an beginnt ein Wettlauf der Staaten um die Palme des Sieges, die niedrigsten Ausfuhrpreise der Welt zu haben. Lag im deutschen Bestreben noch ein gewisser Sinn, der sich aus dem Zwang der Bezahlung der politischen wie der privaten Schulden ergab, so läßt sich die defensive Haltung der staatlichen Wirtschaftsführung anderer Länder nur aus der Unfähigkeit erklären, eine große Menge fremder Güter aus der Auflösung der Auslandsguthaben ohne Brachlegung der heimischen Arbeitskraft aufzunehmen. So wurde die zweifellos höchst aliberale Forderung, der Staat möge mit totaler Defensive eingreifen, zum Programmpunkt der im Innern meist gerade um die Erhaltung des „liberalen status quo" bemühten Kräfte. Der Wettlauf der staatlichen protektionistischen Maschinerien bekam überdies dadurch ein

eigenes Gesicht, daß die Rohstoffpreise schneller sanken als die der Fertigwaren. Das mag auf den ersten Blick überraschen, wenn wir davon ausgehen, daß der Preisdruck von den hochindustrialisierten mitteleuropäischen Ländern herkam. Aber diese Entwicklung ergab sich aus der modernen Technik dieser Länder, die durch Steigerung der Abbaufähigkeit auch geringwertiger Erze, und aus der Wissenschaft, die durch Züchtung widerstandsfähigerer Pflanzen die Erzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen in ungeahnter Weise gesteigert hatten. Das Auseinanderklaffen der Preise, das sich so durch die verschiedene Entwicklung von Rohstoff- und Fertigwarenpreisen ergab, führte dazu, daß Deutschland seine Schulden leichter abtragen konnte, daß also der Sinn und der tiefere Zweck der Preisveränderung erreicht wurde.

Wer Lust am Theoretisieren hat, kann diesen Gedankengang folgerichtig zu Ende denken; etwa so: Bei den gleichen Preisen des Jahres 1928 hatte Deutschland 1932 einen Einfuhrüberschuß von einer Milliarde Mark ausgewiesen, während die Statistik bei den wirklichen Preisen einen Ausfuhrüberschuß von fast 3 Milliarden zeigte. Wäre das so weiter gegangen, und hätte sich die Industrie in diesen Prozeß ganz eingliedern können, nachdem sie erst einmal auf das neue Preisniveau eingespielt gewesen wäre, so kann man sich ausmalen, welchen Aufschwung die deutsche Ausfuhr in den darauf folgenden Jahren hätte nehmen können. Die große Arbeitslosigkeit hätte von dieser Seite her aufgefangen werden können, man hätte — — usw. usw. Eine solche Hoffnung rechnete mit dem Fortdauern einer überwiegend liberalistischen Haltung bei den anderen, nicht aber bei sich, d. h. nicht mit der Tatsache, daß sich die wachen Staatsführungen fremder Länder gegen die Überschwemmung mit deutschen Waren zur Wehr setzen würden.

Es ist allein angesichts des Tempos und Ausmaßes der Zersprengung des damals eingespielten internationalen Preisgefälles nicht richtig, nachträglich die Vorgänge der Jahre nach 1931 mit logischen Plänen begreifen zu wollen. Dazu war der Sturm zu jäh und unerwartet. In der Panikstimmung ergriff jedes Land rein defensiv die Maßnahmen, die sich ihm aufdrängten. Das sollte man nicht vergessen, besonders wenn, wie wir es erleben, Maßnahmen, die nach vergeblichem Kampf und nach Zusammenbruch aller anderen Methoden in später Nachtstunde von einem verzweifelten Kabinett beschlossen wurden — wie das Abgehen des Pfundes vom Goldstandard —, nachträglich als weiseste und bedachteste Handlungen einer weitblickenden Regierung gefeiert werden, während andere, die als grundlegender Wendepunkt in der Krise gefeiert wurden — etwa die Erklärung des Hoover-Moratoriums für die europäischen Mächte — von den Wogen der Krise als völlig unzulänglich hinweggeschwemmt wurden. Erst allmählich und erst in letzter Zeit begannen seitens der Staatsführungen in größerem Stile die Korrekturen an jenen hastigen Krisenmaßnahmen, indem zunehmend die staatlichen Eingriffe — alte und neue — der politischen, geopolitischen, sozialen, wirtschaftlichen Struktur von Land und Volk, kurz der staatenwirtschaftlichen Lage des einzelnen Landes angepaßt werden.

Der Zusammenbruch der Rohstoffpreise traf in erster Linie die Angelsachsen und von ihnen zunächst die Dominions des britischen Weltreiches. Die Vereinigten Staaten konnten noch versuchen, ein geschlossenes Wirtschaftssystem zu bilden, die Einfuhr und damit den Wettbewerb von außen abzuriegeln und im Inneren die nicht mehr exportfähigen Rohstoffe vom Staat aufkaufen und auf Lager nehmen zu lassen. Der Zolltarif des Jahres 1930 war der Ausdruck dieser Politik Hoovers. Die Folge war aber ein verschärfter Druck auf die Rohstofferzeuger im britischen Weltreich und in Südamerika, die sich nun eines der bedeutendsten Absatzmärkte beraubt sahen. Die Stabilisierung der Weizenpreise in Chikago bedeuteten einen verstärkten Druck in Winnipeg. Und dazu kamen die Klagen der Schuldner, die nun noch weniger in der Lage waren, ihre großen Verpflichtungen durch Sachlieferungen abzutragen.

England konnte und kann sich seinen großen Einfuhrüberschuß immer nur so lange leisten, solange es aus aller Welt Zinsen und Dividende bezieht. Aber auch dieser Zufluß hörte auf, als die Rohstofferzeuger, die in der Hauptsache die Kapital- und Zinsschuldner waren, sich nicht mehr in der Lage zeigten, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. So sah sich England einem dreifachen Druck ausgesetzt, dem Abzug der fremden Gelder, die es zwar weiter nach Mitteleuropa ausgeliehen hatte, die aber dort festgefroren waren, der Unmöglichkeit, den Fehlbetrag in der Zahlungsbilanz aus den Einnahmen im Auslande zu decken, und der Überschwemmung durch fremde Fertigwaren, die die heimische Industrie zum Erliegen zu bringen drohten, zum mindesten aber deren Ausfuhr schwer beeinträchtigten. Die Lösung ist gemeinsam von Whitehall und City in erster Linie von der Geldseite her versucht worden, indem das Pfund um rund 40% abgewertet wurde. Daneben hat England aber zugleich über die Preisbeeinflussung hinaus mit Zollmauern einen gesicherten Binnenmarkt für seine Industrie aufgebaut. Im Jahre 1932 sollte der Schutz auf das Imperium ausgedehnt werden, und in der Tat kam es dann in Ottawa zu den bekannten Beschlüssen, die ein Viertel der Wirtschaft der Erdoberfläche dem nichtbritischen Wettbewerb entrückte. Dieser Politik sind Erfolge nicht zu bestreiten. Die Preisentwicklung konnte aufgefangen werden, und zugleich wurde das Verhältnis von Fertigwaren zu Rohstoffen wieder ausgeglichen.

Ursprünglich wird der Preis der Fertigwaren vom Fabrikanten bestimmt. Er kann sorgfältige Kalkulationen anstellen mit Selbstkosten, Gewinnspannen und Risiko. Er kann, wenn diese Berechnungen sich als verfehlt erweisen und der Preis nicht zu erzielen ist, den er nach seinen Berechnungen haben müßte, sein Werk stillegen oder wenigstens auf Kurzarbeit setzen. Der Landwirt kann das nicht. Wenn er sät, weiß er weder, wie groß seine Ernte sein wird, noch kann er ausrechnen, wie groß die Ernte der anderen sein wird, von denen der Preis abhängt, den er auf dem Weltmarkt erzielt. In der Krise hat die Industrie in aller Welt die Arbeiter entlassen und die Preise nur langsam gesenkt, die Landwirtschaft die Produktion gehalten, dafür den schweren Zusammenbruch ihrer Preise erlebt. Die Abwertung des Pfundes brachte für die englische Wirtschaft den Umschwung, denn jetzt gingen die Kalkulationen der Industrie fast um den Betrag der Abwertung zurück (die Preise blieben in Pfund Sterling fast unverändert), während die Rohstoffe sich vom Weltmarkt, also vom Goldpreis, beeinflussen ließen. Da dort die Tendenz weiter nach unten gerichtet blieb, stiegen sie nur etwas, in Pfund gerechnet; aber der Gegensatz des Auseinanderklaffens war nicht mehr so stark.

Die Auswirkung dieser Politik machte sich erst voll geltend, als Washington 1933 daranging, den Dollar abzuwerten, weil die inneren Spannungen aus dem Gegensatz von Rohstoffen und Fertigwaren die Landwirtschaft zu zerschlagen drohten, die Industrie völlig daniederlag und die Banken den an sie gestellten Anforderungen innerhalb selbst des großen Goldbestandes nicht gewachsen waren. Erst die Dollarabwertung brachte es der Welt zum Bewußtsein, daß die Fertigwarenpreise über die bisherigen Abwertungen der Krise und der gesenkten Selbstkosten hinaus um 40% gesenkt waren, und zwar ausgehend gerade von den beiden Gläubigerländern, die 1929 beide über je 80 Milliarden RM. Auslandsguthaben verfügten. Der Warenstrom, der 1932 ein normales

Gefälle anzunehmen versprach, wurde jäh gestoppt und in sein Gegenteil verkehrt. Das bedeutete für die anderen Länder: Wenn verheerende Erschütterungen vermieden werden sollten, die sich von dieser Lage ergeben mußten, so blieb nur das Eingreifen des Staates übrig.

Seit 1933 kämpfen die nichtangelsächsischen Staaten den schweren Kampf, den Strom der Waren nicht bergab entsprechend den Preisen fließen zu lassen. Sie haben die verschiedensten Mittel versucht. Die Goldblockländer, Frankreich, Holland, die Schweiz und — eine Zeitlang — Belgien versuchten, durch Einfuhrerschwerungen, Zollerhöhungen, Kontingente und Verbote ihren Außenhandel so lange zu retten, bis sie die Preise im Inneren tief genug hinabgedrückt hätten. Sie befolgten also das deutsche Beispiel von 1930—1932 aber unter völlig veränderten Begleitumständen. Nach schwersten inneren Kämpfen und nach einer außerordentlichen Krise haben sie im Jahre 1936 den Kampf aufgegeben und die Währungen absinken lassen, nachdem der Widerstand Frankreichs unter der Volksfrontregierung Blum, trotz aller großen Ankündigungen erlahmt und schließlich zusammengebrochen war. Belgien hatte diesen Schritt bereits 1935 vollzogen. Italien schloß sich der Abwertung 1936 an. Dabei waren sich alle Staaten darüber klar, wo eigentlich die „Schuld" lag: in der unsinnigen Abwertungspolitik der Angelsachsen, die gewaltige Goldmengen in London und in Nordamerika „sterilisiert" aufhäuften, statt ihre Währungen wieder gegenüber den anderen Valuten auspendeln zu lassen. Da weder Pfund noch Dollar steigen durften, mußten Franken und Gulden sich (etwa auf der ursprünglichen Basis) unten treffen. Aber damit wuchs nur die Unsicherheit, weil das Gold als unmittelbare Grundlage der Tauschbeziehungen und Währungen ausgeschaltet war. Man erkennt hier die ungeheure Macht, die die Staatsführungen in der modernen Weltwirtschaft durch ihre Position an den „Schalthebeln der Stauwehre des Preisgefälles" besitzen, und man sieht auch, welche Höhe die Einsätze zum Guten und zum Bösen, die sich in der Nähe dieser Schlüsselstellungen massieren, erlangt haben.

Deutschland ist 1933 ebenfalls in den Strudel dieser angelsächsischen Preis- und Währungspolitik gezogen worden, was an dem Rückgang des Außenhandels von Monat zu Monat (besonders in der ersten Hälfte von 1934) schreckhaft sichtbar wurde. Und es ist nun das Entscheidende in der Beurteilung der heutigen Lage der Wirtschaft der Welt, daß es die deutsche Regierung damals ablehnte, dem tollen Spiel der Abwärtsbewegung der Preise zu folgen. Sie schuf neue Kampfmittel. Ausgehend von einer Stabilisierung der Fertigwarenpreise im Inneren und einer Angleichung der Agrarpeise nach dem nationalen Gesichtspunkt der Erhaltung der deutschen Landwirtschaft wurde die Spanne, die sich so gegenüber dem herumirrlichternden „Weltmarktpreis" ergab, überbrückt. Die Einrichtung der Skrips, der mit einem Disagio verbundenen Vergütung bei der Zahlung der fälligen Zinsen durch Warenlieferungen aus Deutschland, war der Anfang, dem sich bald verfeinerte Methoden anschlossen. Aber bald mußte man erkennen, daß das schwierigste Problem nicht bei der Ausfuhr, sondern bei der Einfuhr lag.

Hatte die Entwicklung von 1930—1933 den Zusammenbruch der Preise bei den Rohstoffen und deren drängenden Überfluß gebracht, so begannen jetzt umgekehrt nach den Abwertungen die Fertigwaren vom Ausland nach Deutschland zu strömen, während die Rohstoffe nicht den nötigen Gewinn abwarfen, um längere Zeit auf Zahlung zu warten, als die Devisenbilanz immer ungünstiger wurde. Als der Goldvorrat der Reichsbank nicht mehr ausreichte, die kaufmännischen Verpflichtungen des Einfuhrhandels sofort zu befriedigen, sondern dieser ausschließlich auf den Eingang von Devisen aus der Ausfuhr angewiesen war, drohte der deutsche Import sich von den Rohstoffen auf die Fertigwaren umzulagern. Ein verhängnisvoller Zu-

stand! Hätte er sich frei ausgewirkt, so wäre der deutsche Export an Mangel an Rohstoffen zum Erliegen gekommen, hätten wir unsere Lager aufgezehrt auf Kosten einer entsetzlichen Arbeitslosigkeit und wären schließlich doch gezwungen gewesen, die Fertigwarenpreise durch künstliche Maßnahmen, wie Abwertung der Mark zu senken. Da griff der Neue Plan ein. Sein Gedanke war hauptsächlich die Abdrosselung der Fertigwareneinfuhr durch die Überwachungsstellen, damit die Eingänge aus der Ausfuhr in erster Linie für die Einfuhr der lebensnotwendigen Rohstoffe zur Verfügung stünden. Dieses Ziel konnte nur begrenzt erreicht werden, weil die fremden Staaten darauf bestanden, Fertigwaren nach Deutschland liefern zu dürfen, und so mußte Position für Position in Handelsvertragsverhandlungen ausgekämpft werden. Bei den ausgesprochenen Rohstoffländern wie Südamerika lagen die Dinge sehr viel einfacher, dort konnte ein Clearing eingerichtet werden, wobei die Handelsbeschränkungen auf den Ausgleich zwischen Einfuhr und Ausfuhr begrenzt blieben.

Wenn wir so gesehen haben, wie die Angelsachsen durch ihre Währungspolitik die ganze Welt in Unruhe versetzten, so müssen wir jetzt sehen, wie sie an anderer Stelle mit ihren eigenen Waffen geschlagen wurden. 1931 hat Japan den Yen abgewertet, aber gleich so gründlich, daß die Angelsachsen dagegen nicht ankamen, nämlich auf ein Drittel der ursprünglichen Wertes. So konnte Japan den Vorteil wahrnehmen, der sich aus dem steten Absinken der Rohstoffpreise, vor allem der Baumwolle, ergab, und eine blühende Exportindustrie aufziehen. Die großen Gewinne, die sich daraus ergaben, hat es in einen technischen Ausbau neuer Fabriken hineingesteckt, die zusammen mit der billigen Arbeitskraft und staatlicher Unterstützung Japan zum ersten Ausfuhrland von Baumwollerzeugnissen machte. Gestützt auf diese Erfolge, hat dann Japan auch andere Exportindustrien großgezogen, besonders in Wollwaren und Kunstseideartikeln. Die Entwicklung, die bei den Angelsachsen also erst zwei Jahre später eintritt, hat Japan vorweggenommen, und es hat dementsprechend auch große Erfolge erzielen können. Es erschien in der ganzen asiatischen Welt als unübertroffener Lieferant billiger Massenartikel.

Es dauerte nicht lange, bis sich auch hier die Staaten gegen das Gefälle des Warenstromes stemmten, das sich aus den Preisverhältnissen ergab. Die Gründe waren sehr verschieden. In China überwogen politische Erwägungen, Boykott wegen der Vorgänge im Norden und vor Schanghai, in Britisch-Indien war es die Rücksicht auf die heimische Baumwollindustrie, in Niederländisch-Indien war es der Wunsch, die Zahlungsbilanz auszugleichen, in Australien das Bestreben, den Waren des Empires den Vorrang zu geben, obwohl die Handelsbilanz den Kauf japanischer Waren zur Bezahlung der japanischen Wollkäufe sehr nahelegte. Stets sind es auch außerwirtschaftliche Erwägungen, die aber die japanische Wirtschaft immer wieder daran erinnern, daß ihre wirtschaftlichen Voraussetzungen so lange ungenügend sind, als die gesicherte Rohstoffbasis fehlt und Japan gezwungen bleibt, für die Bezahlung seiner Rohstoffe eine starke Ausfuhr zu unterhalten. Das mußte sich um so empfindlicher auswirken, als die Preisentwicklung der Rohstoffe nicht weiter bergab führte, sondern vor allem mit der großen britischen Aufrüstuung scharf nach oben ging. Jetzt konnte auch die gesteigerte Ausfuhr den Rohstoffbedarf nicht mehr decken, der sich mit den neuen Preisen ergab, und dazu kam, daß der Preisvorsprung durch den Yenabwertung langsam aber sicher mit der Preissteigerung im Inlande verlorenging. Während die Ausfuhr mit immer größeren Schwierigkeiten politischer Art zu kämpfen hat,

wird auch der wirtschaftliche Vorsprung immer kleiner. Die Preisentwicklung geht heute gegen Japan, und das Absinken der Rohstoffpreise seit Herbst 1937 hat nur eine ungenügende Erleichterung gebracht.

So ergibt sich besonders aus dem deutschen Beispiel vor 1933, daß der deflationistische Druck auf die eigenen Preise als Mittel regulativer staatlicher Einwirkung, die sich in dem Rahmen der „normalen" Praxis der Zentralnotenbank, der Steuer- und der Sozialgesetzgebung abspielt, unzeitgemäß geworden ist. Gegenüber den angelsächsischen Goldmächten ergaben sich neue Kampfmittel zwangsläufig gerade aus den Methoden, mit denen sich diese Mächte über die „liberalen Spielregeln" hinwegsetzten, nach denen ganz absolut der Preis König war. Die neuen Kampfmittel werden von den Staatsführungen mehr oder weniger autoritär bestimmt, wobei das deutsche Beispiel als Typus defensiver Planung, das japanische als Muster offensiver Lenkung gelten mag. Der Preis ist nicht länger König, König ist der politisch-wirtschaftliche Wille der Völker.

ARNOLD SEIFERT:

Staatliche Preissteuerung und Ausfuhrlenkung in Neuseeland

Der Übergang der neuseeländischen Regierung zu totaler staatlicher Lenkung der Ausfuhr von Molkereiprodukten ist ein Musterfall staatenwirtschaftlicher Aufbauarbeit in der internationalen Preisbildung. Neuseeland kennt als verhältnismäßig junges Kolonialland das Problem Agrarstaat—Industriestaat so gut wie nicht. Seine Staatsführung ist daher in der beneidenswerten Lage, unbeschwert von dem Motiv einer „Verteidigung oder Flucht vor der Krise" vor sehr eindeutigen Problemen zu stehen. Das macht das dortige Geschehen für eine plantheoretische Bewertung in Verbindung mit den vorstehenden Gedanken Ernst Samhabers besonders geeignet.

Am 6. Dezember 1935 ist in Neuseeland eine Labour-Regierung ans Ruder gekommen, die sich am 15. Mai 1936 durch ein Gesetz „zur Marktregelung der Bodenprodukte" (Primary Products Marketing Act, 1 EDW. VIII, 1936, No. 5) ermächtigen ließ, den Binnen- und Außenhandel mit allen Bodenprodukten zu verstaatlichen, wobei in erster Linie die Planung der Ausfuhr von Milch, Butter, Käse (und Nebenprodukten) und von solchen Produkten ins Auge gefaßt ist, die üblicherweise im Milchgutsbetrieb hergestellt werden, also vor allem die Erzeugnisse der Rinder- und Schweinezucht.

Weltbutterausfuhr 1932—1936 (in t).

Länder	1936	1935	1934	1933	1932
Dänemark	143 896	136 116	147 460	148 334	155 306
Neuseeland	139 810	139 466	130 725	131 760	109 277
Australien	82 889	102 898	110 171	94 434	102 258
Niederlande	59 235	46 047	36 304	27 925	20 056
U. d. S. S. R.	22 732	28 929	37 305	36 617	30 446
Irland	25 907	26 549	25 396	20 193	16 488
Schweden	18 806	19 939	22 836	16 857	13 333
Lettland	17 017	16 550	15 453	15 399	18 304
Litauen	14 398	11 962	9 518	9 429	9 770
Finnland	13 766	10 081	10 923	11 697	14 295
Argentinien	10 107	6 753	8 191	13 688	24 963
Estland	10 782	10 667	9 958	9 079	12 333

Neuseelands Hauptwirtschaftszweige sind Milchwirtschaft, Viehwirtschaft, Wollerzeugung und Obstbau. Wie aus der Zahlenübersicht hervorgeht, kämpft Neuseeland mit Dänemark um den Rang des größten Butterausfuhrlandes der Welt, den es für Käse unbestritten innehat. Die Ausfuhr dieser beiden Produkte macht zwei Fünftel der Gesamtausfuhr des Dominions aus.

I.

In der Präambel zum Gesetz heißt es, daß die Regierung die Verstaatlichung des Handels mit allen Bodenprodukten erstrebe, wozu Fleisch, Wolle, Häute, Früchte, Honig, Eier usw. gehören, die zusammen mit den Molkereiprodukten rund 96% der neuseeländischen Ausfuhr ausmachen. Sie wolle indessen schrittweise vorgehen und zunächst mit der Verstaatlichung der Butter- und Käseausfuhr einen Anfang machen, um Erfahrungen für einen Gesamtplan zu sammeln. Am 1. August 1936 beseitigte sie mit einem Schlag den privaten Ausfuhrhandel mit Butter und Käse, am 29. August ging das erste Schiff mit „Regierungsbutter" in See, und am 9. Oktober 1936 verließ die letzte private Schiffsladung mit Butter und Käse Neuseeland.

Die Männer, die sich an dieses Experiment gewagt haben, bezeichnen sich als Sozialisten. Sie wollen drei Punkte ihres politischen Programms erfüllen: Der neuseeländische Bauer soll erstens sicher sein können, für das, was er erzeugt, immer auch Absatz zu finden; er soll zweitens nicht länger mehr den Schwankungen der Weltmarktpreise und der internationalen Spekulation auf den Produktenmärkten ausgesetzt sein, es soll ihm vielmehr die Stetigkeit der Preise über lange Zeiträume hinweg gesichert werden; drittens soll er einen sozial gerechten Preis gewährleistet bekommen.

Den Absatz sichert das Gesetz (§ 18), indem es ein Regierungseigentum an aller Ausfuhrware präsumiert:

„Alle Molkereiprodukte, deren Ausfuhr beabsichtigt ist, werden Eigentum der Krone, d. h. der Neuseeländischen Regierung, sobald sie mit Zustimmung des Ministers zum Zwecke der Ausfuhr aus Neuseeland an Bord irgendeines Schiffes gebracht werden. Im gleichen Augenblick werden sie frei von allen Rechten, Rechtstiteln oder Ansprüchen Dritter."

Für die so in den Besitz der Krone gelangten Produkte zahlt das „Ausfuhramt", das als „Primary Products Marketing Department" den Rang eines Ministeriums hat, den Preis, der durch Kabinettsorder des Generalgouverneurs jährlich festgesetzt wird. Der erste Preis ist in einem vorgeschriebenen Verfahren (§ 20) nach Erfahrungswerten ermittelt worden. Es wurde der gewogene Durchschnitt der in Neuseeland in den zehn Jahren vom 1. August 1925 bis 31. Juli 1935 für Exportbutter und Exportkäse annähernd gleicher Art und Güte erzielten Preise zugrunde gelegt. Das waren etwa je zur Hälfte „gute" und „schlechte" Jahre. Man kam für die Grundpreisqualität Butter („Feinste Sorte 93 bis 93½ Punkte") auf 1 s. $^{11}/_{16}$ d. NZ. für das (engl.) Pfund und auf $6^{31}/_{32}$ d. NZ. für das (engl.) Pfund Vollfettkäse der Grundpreisqualität „Erste Sorte 92 bis 92½ Punkte". (Dairy Produce Export Prices Order, S. N. 27/16. 9. 1936, §§ 3, 4.) Diese Preise haben vom 16. September 1936 bis zum 31. Juli 1937 unverändert gegolten. Am 1. August 1937 sind neue festgesetzt worden, mit denen nun erstmalig unternommen wurde, auch die Festlegung eines sozial gerechten Preises zu verwirklichen. Das Verfahren regeln die Absätze 4 und 5 des § 20:

„(4) Bei Festsetzung der Preise für Molkereiprodukte, die nach dem 31. Juli 1937 ausgeführt werden, sollen die vordem festgesetzt gewesenen Preise und folgende Punkte berücksichtigt werden:

a) das öffentliche Interesse an der Erhaltung der Stabilität der Milchwirtschaft;

b) die Kosten einer Höchstleistungserzeugung von Molkereiprodukten;

c) der allgemeine Lebensstandard der Personen, die in der Milchwirtschaft beschäftigt sind, verglichen mit dem allgemeinen Lebensstandard in Neuseeland;
d) eine Schätzung der Absatzspesen und der allgemeinen Verwaltungskosten des Ausfuhramtes;
e) sonstige wichtig erscheinende Gesichtspunkte.

(5) Wenn die in Abs. 4 erwähnten Punkte sorgfältig berücksichtigt worden sind, sollen die Preise für nach dem 31. Juli 1937 auszuführende Molkereiprodukte so festgesetzt werden, daß ein tüchtiger, in der Milchwirtschaft beschäftigter Erzeuger unter üblichen Bedingungen und normalen Verhältnissen eines Nettoertrages seines Betriebes sicher ist, der ausreicht, um ihn und seine Familie in einem angemessenen Zustand des Wohlstandes zu erhalten."

Einzelheiten darüber, wie dieser „gerechte" Preis praktisch zustande gekommen ist, finden sich in dem soeben erschienenen ersten Jahresbericht des neuen Ministeriums (Primary Products Marketing Department, Annual Report and Accounts for the Year ended 31st July, 1937, Wellington 1937, S. 5ff.), der auch für deutsche Stellen (Reichsnährstand usw.) sehr interessante Einblicke eröffnen, mindestens einen hohen Vergleichswert haben dürfte. Im Sommer 1937 wurde ein Guaranteed Prices Investigation Committee eingesetzt, das eine Umfrage bei 21500 Bauern veranlaßte, von denen 19307 verwertbare Angaben machten. Gefragt wurde nach dem Umfang der Herden, dem Durchschnittsertrag an Milchfett per Kuh und per Acker, nach den Beschäftigungsverhältnissen auf dem Gut in bezug auf die Zahl der männlichen und weiblichen Arbeitskräfte und des Arbeitsanteils der Familienmitglieder und nach dem Verhältnis der Zahl der männlichen Arbeitskräfte zum Herdenumfang. Außerdem wurde eine sorgfältige Erhebung über die Betriebskosten des üblichen Milchgutsbetriebes und dann weiter über die Betriebsrechnung der Molkereien durchgeführt. Als Standardleistung, die von „jedem tüchtigen Bauern unter üblichen Bedingungen und normalen Verhältnissen" erzielt werden kann, wurden 100—175 (engl.) Pfund Milchfett per Acker und 258 (engl.) Pfund Milchfett per Kuh errechnet. (Aus einer Gewichtseinheit Milchfett ergibt sich bekanntlich eine etwas größere Einheit Butter.)

Nach Ermittlung der Betriebslage bei Zugrundelegung dieses Durchschnittsstandards für den einzelnen Milchgutsbetrieb (unter sorgfältigem Einbezug aller Kleinigkeiten bis zu den gelegentlichen Telephonspesen und den Mitgliedsbeiträgen für die landwirtschaftlichen Organisationen) und ferner unter Ansatz der Molkereibetriebskosten und der sonstigen Spesen bis zur fob-Lieferung hat der Generalgouverneur den Preis für die Saison 1937/38 auf 13, 25 d. NZ. für das (engl.) Pfund Butter der Grundpreisqualität und auf 7,54 d. NZ. für das (engl.) Pfund Käse der Grundpreisqualität festgesetzt. Der zugrunde gelegte Durchschnittsertrag kann von jedem tüchtigen Bauern erreicht oder übertroffen werden, und die Regierung erblickt in der sofortigen pekuniären Auswirkung einer Mehrleistung den Hauptanreiz zur Höchstleistung. Sie ermutigt den Bauern außerdem zur Lieferung nur des besten Gütegrades und damit zur Erzielung des höchsten Ertrages durch die Staffelung der Preise nach Gütegraden. Nach dieser Staffelung gehörten von den im ersten Betriebsjahr 1936/37 für Ausfuhrzwecke angelieferten 149810 t Butter und 86708 t Käse den einzelnen Graden folgende Hundertteile an:

Gütegrade (lt. Verordnung vom 16. 9. 1936)	Butter %	Käse %
Feinste Sorte:		
94 Punkte und darüber	35,94	2,40
93—93½ Punkte	44,53	18,18
Erste Sorte:		
92—92½ Punkte	10,38	55,41
91—91½ Punkte	—	21,41
90—91½ Punkte	8,81	—
Zweite Sorte	0,34	2,60
149810 t Butter =	100,00	—
86708 t Käse =	—	100,00

Schließlich zahlt die Regierung noch Prämien für ungesalzene Butter, farbigen und tieffarbigen und gewachsten Käse. Sie kann jedenfalls für sich in Anspruch nehmen, daß ihre Ausschaltung der unbegrenzten Bereicherungschance nicht zu einem Qualitätsschwund geführt hat. Die gewiß noch keine endgültige Beurteilung erlaubenden Ziffern des ersten Jahres lassen gegenüber 1935/36 immerhin schon eine Verschiebung der Produktion nach den höheren Gütegraden hin erkennen. Gegenüber 1935/36 stieg bei Butter die Anlieferung „Feinster Sorte" von 76,5 auf 80%, während der Anfall „Erster Sorte" von 22,4 auf 19,1% zurückging. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so günstig, ist die Entwicklung beim Käse.

Den Vertrieb im Ausland hat das Ausfuhramt im wesentlichen in eigener Regie. Das Hauptabsatzfeld sind die britischen Inseln. Von den 149003 t Butter, die 1936/37 aus Neuseeland ausgeführt worden sind (gegen 141448 t in 1935/36), sind nicht weniger als 97,9% nach England gegangen:

Neuseeländische Butterausfuhr 1936/37	t	%
Großbritannien	145935	97,9
Panama-Kanalzone	922	0,6
Hawai	649	0,4
Britisch-Westindien (Bahamas, Bermudas, Jamaika)	449	0.3
Andere Gebiete (Kanada, USA, Japan, China, Philippinen, Singapore, Indien)	1148	0,8
Insgesamt	149003	100,0

Noch ausschließlicher ist im Falle des Käse England der Abnehmer; 1935/36 gingen von 85169 t 99,8% nach den britischen Inseln; der Rest (180 t) wurde nach China, Jamaika und in die Panama-Kanalzone verkauft. So versteht sich, daß der Schwerpunkt der Absatztätigkeit des Ausfuhramtes in England liegen muß. Das Amt unterhält in London eine eigene Organisation, die „Dairy Sales Division", die den Absatz in England betreut und außerdem — in Verbindung mit einem „Trade and Tourist Commissioner for Europe" in Brüssel — um eine Erweiterung des Geschäfts auf dem Kontinent bemüht ist.

II.

Die Zahlung an die Erzeuger erfolgt durch das Ausfuhramt im Augenblick der Lieferung frei Bord Schiff, und zwar nicht an die Bauern direkt, sondern an die Molkereien, die aber überwiegend genossenschaftliche Zusammenschlüsse der Bauern sind und gesetzlich verpflichtet werden, für Milchfett, das zum Buttern geliefert wird, 13,88 d. NZ. (1936/37: 13,5 d. NZ.) per (engl.) Pfund, und solches, das für die Käseherstellung verwandt werden soll, 15,88 d. NZ. (1936/37: 14,5 d. NZ.) per (engl.) Pfund zu zahlen. (Das in Käsereien gelieferte Milchfett enthält noch die Magermilch, die daher nicht zur Rinder- und Schweinezucht zur Verfügung steht.) Das Amt nimmt die Beträge aus einem besonderen Konto, dem „Dairy Industry Account", das bei der Reserve Bank of Zealand errichtet worden ist. Diese Bank ist von der Regierung durch § 12 der Reserve Bank of New Zealand Act von 1936 vollständig verstaatlicht, zu der zentralen Devisenbank gemacht und ermächtigt worden, jederzeit ein Überziehen des Dairy Industry Account zu ermöglichen.

Wenn also die Erlöse aus den Auslandsverkäufen von Butter und Käse, die das Ausfuhramt auf das Dairy Industry Account einzahlt, kleiner sind als die Summen, die zur Bezahlung der gesetzlich erworbenen Butter- und Käsemengen (und zur Bestreitung der Absatz- und Verwaltungskosten) nötig sind, so springt die Reserve Bank mit eigenen Mitteln ein, die schließlich aus dem normalen Staatshaushalt abgedeckt werden müssen. Es richtet sich somit der Stand des Account danach, wieweit die den Molkereien (und damit den neuseeländischen Bauern) gezahlten Preise mit den im Ausland erzielten Preisen übereinstimmen. Ein gesetzlicher Zwang, die Weltmarktpreise in Einklang zu bringen mit dem Preis, der dem neuseeländischen Bauern garantiert wird, besteht aber nicht, und eine Angleichung ist auch unmittelbar nicht beabsichtigt! Bei Festsetzung des Grundpreises für das erste Jahr hat die Regierung die damals in „Tooley Street", dem Londoner Butter-Großmarkt, notierten Preise gekannt und mit einem Jahrespassivsaldo des Dairy Industry Account von

548 750 £ NZ. von vornherein gerechnet. In der ersten Hälfte des Jahres schien angesichts der Entwicklung der Londoner Notierungen ein noch größeres Defizit, etwa 650 000 £ NZ., wahrscheinlich, aber der Minister für die Marktregelung, Walter Nash, erklärte schon damals, daß eine solche Summe ein angemessener Zuschuß sei, den der Bauer für seine der Gemeinschaft geleisteten Dienste erhalte („justly goes to the dairy-farmer for services rendered to the community"). Dank der Erholung der Marktpreise schloß das Jahr dann zwar mit nur 338 700 £ NZ. Fehlbetrag, aber trotz dieser immer noch erheblichen Summe sind die Grundpreise für 1937/38, wie wir sahen, unter dem Gesichtspunkt sozialer Angemessenheit erhöht worden, und wenn man die Londoner Durchschnittsnotierungen für 1936/37 zugrunde legt, so machen diese neuen Ankaufspreise einen Jahresverlust von 2 000 000 £ NZ. wahrscheinlich. Das wird indessen die Regierung von ihrer Politik nicht abbringen, denn sie ist ja eben bereit, ein etwaiges beträchtliches Defizit wieder aus dem allgemeinen Staatshaushalt zu decken.

Gewiß rechnet das Ausfuhramt — nicht unbegründet — mit ansteigenden Weltmarktpreisen, aber der entscheidende Gesichtspunkt ist das nicht, und es heißt den Sinn des ganzen Geschehens verkennen, wenn der City Editor der „Times" am 10. August 1937 schreibt, das Experiment könne so lange noch nicht als erprobt gelten, solange es noch nicht durch eine Periode fallender Marktpreise gegangen sei. Alles, was das Ausfuhramt in dieser Hinsicht erstrebt, ist eine optimale Befreiung vom Weltmarktpreis, d. h. es wird stets bemüht sein, ein erträgliches Verhältnis zwischen den festen neuseeländischen Einkaufs- und den auswärtigen Verkaufspreisen zu schaffen. Aber primär ist ihr die Sorge um den Wohlstand und die Erhaltung der Leistungskraft des neuseeländischen Bauern, denn dieser bedeutet für Neuseeland wohl wie in keinem anderen Lande der Welt das A und O aller Wirtschaft, ist er doch nicht nur „Nährstand" im deutschen Sinne, sondern zugleich der eigentliche Erschließer des ausfuhrfähigen natürlichen Reichtums des Landes, das nach Klima und Bodenbeschaffenheit zu milch- und viehwirtschaftlicher Nutzung — und mehr oder weniger nur dazu — ideal geeignet ist. Da aber Abmelk- und Zuchtwirtschaften in der Gesamtwirtschaftsrechnung und zum großen Teil auch im einzelnen Gutsbetrieb zusammenfließen, so sind die über das Dairy Industry Account subventionierten Bauern bereits fast alle diejenigen, die die obenerwähnten 96% der neuseeländischen Ausfuhrgüter erzeugen, mithin derjenige Teil der Wirtschaft, der ganz überwiegend die Devisen schafft und damit auch die gewerblich-industrielle Eigenentwicklung Neuseelands erst ermöglicht. Die Welt hat aber gerade in jüngster Zeit erfahren, daß manches, was in privater Rechnungslegung Plage wäre, gesamt- oder nationalwirtschaftlich gesehen Wohltat sein kann. Das Interesse an einem laufenden Anfall von Devisen kann es in einer nationalwirtschaftlichen Erfolgsrechnung höchst sinnvoll machen, einen Ausfuhrwirtschaftszweig mit einem dauernden Zuschuß aus Mitteln der eigenen Währung zu versehen.

Zudem wirkt sich ein Vorzug der Ausfuhrplanung hier zugleich auch für den sozialen Zweck günstig aus: die Fungibilität des Handelsgutes. Butter und Käse „schreien nach Planung", denn sie verbinden mit den Eigenschaften hochwertiger Edelerzeugnisse die der Primitivität von Massenerzeugnissen, deren Einheiten jederzeit untereinander vertretbar gehandelt werden können. Deshalb ist auch die von volkshygienischen Motiven ausgegangene Milchabsatzregelung in der ganzen Welt am stärksten bei den Ausfuhrländern entwickelt, und diese (voran Dänemark, die Randstaaten, Schweden, Holland und Australien) betreiben alle ebenfalls schon eine gewisse Lenkung der Ausfuhr. Setzt man dazu die besondere Übersichtlichkeit der ganzen neuseeländischen Erzeugungswirtschaft ins Verhältnis, so wird das System der garantierten Ausfuhrpreise in der Tat zur gerechtesten Form der Subvention, denn es kann effektiv allen der gleiche Preis gezahlt werden. Durch die Staffelung der Gütegrade wird die Bezuschussung überdies unmittelbar auf

die Leistung und damit auf die einheitliche Erhaltung der Leistungsfähigkeit des ganzen Wirtschaftszweiges im internationalen Qualitätswettbewerb abgestellt.

Ist man sich aber über das „Ob" des laufenden Zuschusses im klaren, so kann nur noch das „Wie" interessieren, d. h. vor allem die von der „nationalen Opposition" in Neuseeland gestellte Frage, ob es nötig war, den privaten Ausfuhrhandel zu beseitigen, bzw. ob nicht mit Ausfuhrprämien oder anderen direkten Zuwendungen der gleiche Erfolg hätte erzielt werden können. Wir glauben es nicht. Ein direktes Subventions- oder ein Ausfuhrprämiensystem alten Stils verhindert die Inangriffnahme einer wirklich umfassenden Neuordnung, weil es notwendigerweise mit der Fiktion arbeitet, einen vorübergehenden Notstand (Preissturz auf den Weltmärkten usw.) zu mildern und die vollständige Eigenverantwortung von Erzeuger und Händler wiederherzustellen, sobald wieder „normale" Marktverhältnisse in der Welt oder wenigstens im Ottawaraum eingetreten sind. Der Zustand des den weltwirtschaftlichen Wechsellagen Ausgeliefertseins bliebe bestehen. Wenn dagegen ein laufender Zuschuß als natürlich und devisenwirtschaftlich sogar als ausgesprochen nützlich angelegt betrachtet wird, so eröffnen sich mit dieser, den nationalwirtschaftlichen Staatsgedanken instituierenden neuen Haltung, die in einem guten Sinne „politisch" ist, sofort auch neue Perspektiven, die jede Bejahung des Plangedankens mit sich bringt. Mit einer Ausfuhrplanung, die einen Zuschuß programmatisch einbezieht, können in der Tat viele der Markt- und Preisvorteile verwirklicht werden, die auf das der neuseeländischen Regierung vorschwebende Ziel hinführen: auf die Befreiung des neuseeländischen Bauern von den Einflüssen der internationalen Spekulation und überhaupt der „profitwirtschaftlichen Unruhe"! Das ist so wichtig, daß man sagen möchte, dafür ist kein Preis zu hoch, denn eine solche Unruhe muß auf die Dauer jedes echte Bauerntum zerstören.

Man darf nach diesen Überlegungen auch keinen europäischen Maßstab daranlegen, daß die neuseeländische Regierung sich als „sozialistisch" bezeichnet. Die „nationale Opposition" in Neuseeland ist „national" im Sinne von „britisch-reichstreu", und Neuseeland gilt bekanntlich als das Land mit den stärksten britischen Traditionen. Die Labour-Regierung, die mit geringen, aber wesentlichen Nuancen nicht weniger treu zum Reichsgedanken steht, denkt in erster Linie an die Zukunft der neuseeländischen Heimat und ist also mindestens in diesem Sinne die eigentlich „nationale". Es steht dahin, in welchem Grade sie sich dessen bewußt ist, jedenfalls kämpft sie dafür, daß Neuseeland nicht das Schicksal des amerikanischen (und kanadischen) mittleren Westens erfährt, wo vorwiegend „landwirtschaftliche Kaufleute" ohne bäuerliche Tradition in ihrer Farm eine Roggen- oder Weizenfabrik sahen, die sie je nach der Laune des „Königs Weltmarktpreis" mit Gewinn verkauften oder im Stich ließen. Der neuseeländische Bauernschlag ist anders. Er ist bestes britisches Bauernblut, wie sich aus der Geschichte der Besiedlung eindeutig ergibt. So verbindet sich — wenn auch in einer nüchtern angelsächsischen Prägung und mehr oder weniger latent — mit der neuen Planpolitik der Labour-Regierung, soweit sie die Herausnahme der Bauernwirtschaft aus dem unmittelbar erwerbswirtschaftlichen Zusammenhang von Geld und Preis erstrebt, offenbar das Erwachen eines spezifisch neuseeländischen Nationalgefühls.

III.

Die „notorischen" Vorteile, die jeder Ausfuhrplanung zufallen, wenn sie — mit dem Angebot eines ganzen Landes in einer Hand — in einer privatkapitalistischen Umwelt operieren kann, nutzt auch Neuseeland. Der Londoner Zweig des Ausfuhramtes arbeitet in Tooley Street mit 20 Maklerfirmen, die sich mit einer Kürzung ihres Provisionssatzes von 2½ auf 2% mit der Begründung zufriedengeben mußten, daß die Auflösung ihrer nunmehr überflüssig gewordenen Einkaufsfilialen in Neuseeland sie in den Stand setze, billiger zu arbeiten. Die Kürzung bedeutet eine jährliche Einsparung von 100000 engl. £, die von Neuseeland bisher in Devisen zu leisten waren. Die Makler haben sich weiterhin verpflichten müssen, in neuseeländischen Molkereiprodukten künf-

tig nicht mehr zu spekulieren! Das hätte noch vor wenigen Jahren einmal irgendwer einem City-Makler zumuten sollen! Die einschneidende generelle Bedeutung dieser Spekulationsklausel im Wettbewerb mit den übrigen Lieferländern liegt auf der Hand. Mit der finanziellen Autorität der Staatsbank hinter sich, kann das Amt langfristig Vorräte halten und mit großzügigen Zahlungsbedingungen aufwarten. Infolgedessen gibt es im neuseeländischen Angebot auch keine Warenpartien mehr, die die Spekulation in Zeiten geringer Nachfrage aus „schwachen Händen" billig erwerben kann.

Daneben hat die Spekulationsklausel eine besondere Wirkung. In England sind nämlich diejenigen Käufer gegen die Planregelung aufgetreten, die zu fob- oder cif-Bedingungen in Neuseeland Gelegenheitsposten erwarben, um damit zu spekulieren. Der Agent kaufte in der Annahme, daß beim Eintreffen der Ware in England die Notierung gestiegen war. Der Umfang dieser Spekulation schwankte zwischen 15 und 34% der Butter- und 5 und 20% der Käseausfuhr. Dadurch wurden die Preise für die Londoner Lagermengen und die laufend ankommenden Sendungen gestört, was die beträchtliche Unruhe in der Preisbildung, die durch die klimatisch bedingten Verschiebungen in der Anlieferung der verschiedenen Länder an sich gegeben ist, noch vergrößerte. Diesem Übelstand hat das Ausfuhramt, das alle Ware erst auf englischem Boden „on landing terms" verkauft, schon durch seine bloße Existenz ausrotten können, wobei es auch gewisse Mittel haben dürfte, einer etwaigen Verlagerung solcher Spekulationskäufe von Neuseeland nach Australien entgegenzuwirken.

Das Ausfuhramt hat ferner gegenüber der Seeversicherung eine starke Stellung, und da sehr viel von rechtzeitiger und regelmäßiger Lieferung abhängt, ist schließlich auch die Aufstellung eines einheitlichen Verladungsplanes von großer praktischer Bedeutung, die ebenfalls durch die Zentralisierung erleichtert wird. Als alleiniger Verhandlungspartner kann das Amt gegenüber dem Overseas Shipowners' Allotment Committee viel mehr herausholen und bei der beschränkten Anzahl von Kühlraumschiffen die kombinierten Verladungen von Butter, Käse, Obst und Fleisch viel zweckentsprechender durchführen. Schließlich ist auch die Möglichkeit einer Zusammenfassung aller absatzpropagandistischen Maßnahmen ein nicht zu unterschätzender Vorteil des Plansystems.

Handelspolitisch ist bedeutsam, daß aus der Butter- und Käseausfuhr ein so beträchtlicher Teil des gesamten Devisenanfalls erwächst, daß es sich währungswirtschaftlich günstig auswirken muß, wenn ein solcher Posten von vornherein der privaten Verfügungsgewalt entzogen ist. Daraus ergeben sich Chancen für die allgemeine Handelspolitik, deren Nutzung der Gesetzgeber beabsichtigt. § 13 des Gesetzes ermächtigt den Minister zur Einleitung von Verhandlung mit anderen Ländern mit dem Ziele des Abschlusses von Gegenseitigkeitsabkommen. „Wenn die Regierung eines Landes neuseeländische Bodenprodukte kauft oder für sie günstige Absatzverhältnisse schafft oder beibehält, so erklärt sich die neuseeländische Regierung bereit, über die Reserve Bank of New Zealand dafür zu sorgen, daß die auf diese Weise in dem betreffenden Land entstehenden Guthaben ganz oder teilweise für den Ankauf von Erzeugnissen des betreffenden Landes verwandt werden." Das erste Abkommen dieser Art ist mit Deutschland abgeschlossen worden und am 1. Januar 1938 in Kraft getreten. Deutschland hat sich u. a. verpflichtet, ein Kontingent für Butter und Obst einzuräumen.

Der § 13 bezieht also unmittelbar bestimmte Einfuhren in die Ausfuhrplanung für Molkereiprodukte ein. Auch hier wirkt sich demnach sofort einer der obersten Erfahrungssätze der Planwirtschaft aus: ein Teilplan zieht zwangsläufig weitere Planungen nach sich. Hier haben wir bereits den Staatseinfluß auf die Fertigwareneinfuhr, und die Preisbildung und Marktregelung für Butter und Käse auf dem Binnenmarkt, die das Gesetz vorsah und die am 1. Februar 1937 durchgeführt wurde, ist ebenfalls ein Zeichen für das Wirken dieses Erfahrungs-

satzes[1]). Ein weiterer Schritt aber ist in jüngster Vergangenheit getan worden. Im November 1937 brachte die Regierung ein Ergänzungsgesetz, die „Primary Products Marketing Amendment Bill", ein, das nunmehr auch Früchte, Honig, Eier und andere Lebensmittel unter die Plankontrolle des Ausfuhramtes bringen wird. Es ist am 4. Dezember 1937 nach einer stürmischen Nachtsitzung des neuseeländischen Parlaments angenommen worden. Charakteristischerweise ist zwar von der Opposition viel Dogmatisches gegen das neue Gesetz vorgebracht worden („Verletzung der Grundrechte des wirtschaftenden Individuums", „diktatorische Gelüste", „Meilenstein auf dem Wege zum Kommunismus"), aber auf die wirklichen Schwächen und Gefahrenpunkte ging man so gut wie nicht ein.

Und solche Schwächen und Gefahren sind vorhanden. Denn zunächst sind die „notorischen" Vorteile jeder Außenhandelsplanung entweder nur einmalige Initiativvorteile, oder aber nur so lange wirksam, solange die Planorganisation in einer liberal-kapitalistischen Umwelt arbeiten kann. Sie verschwinden mit der Durchbildung planwirtschaftlicher Handelsmethoden auf seiten der Partner. Für das neuseeländische Plansystem steht wie zunächst für jedes der Gedanke im Vordergrund, in den Handel ein langersehntes Element der Stabilität zu bringen. Der Stabilitätsgedanke aber ist im Grunde statisch, und da Neuseeland bevölkerungs- und produktionsmäßig noch wachsen will und wohl auch muß, so ist Dynamik vonnöten, und diese dynamische Seite des neuen Systems muß sich erst noch zeigen bzw. erproben. Da die neuseeländische Regierung eine staatskapitalistische Gewinnerzielung ablehnt, kann für sie Dynamik nur heißen: Ausdehnung der Absatzfelder in wirkungsvollerer Form, als es der private Handel vermag. Zunächst steht und fällt das System mit der Tatsache, daß das hauptsächlichste Absatzfeld England ist, wo dem neuseeländischen Bauern ein grundsätzlicher „goodwill" denkbar größten Ausmaßes entgegenkommt und wo im übrigen z. Zt. ein Rüstungsprogramm von jährlich 300 Mill. £ die Stabilität der englischen Prosperität und damit die Aufnahmefähigkeit für neuseeländische Butter auf Jahre hinaus sichert. Welches andere Land aber hat die Möglichkeit, in seinen ausländischen Absatzgebieten den Absatz mit einer solchen Propaganda und einer solchen allseitigen Unterstützung des Abnehmerlandes zu organisieren? England bezog von Neuseeland 1935 26,4%, 1936 27,6% und 1937 31,2% der überhaupt eingeführten Butter, und vom Gesamtkäseverbrauch auf den britischen Inseln werden 29% daheim erzeugt und 45% liefert Neuseeland. Darüber hinaus beherrscht Neuseeland den Markt in Britisch-Westindien, in der Panama-Kanalzone und auf Hawai. Dort erleichtert der geographische Standort den Absatz, und bei den übrigen kleineren Märkten handelt es sich entweder um Gebiete unter britischer Krone oder um die Belieferung einer gehobenen Schicht von Kolonialeuropäern mit überwiegend britischen Lebensgewohnheiten. In allen Ländern außerhalb Englands aber hat das Ausfuhramt den Absatz noch gar nicht übernommen, sondern es überläßt ihn neuseeländischen Exporteuren, denen es die Ware f. o. b. neuseeländischer Hafen liefert. Hier — nicht dort, wo ihn der City Editor der „Times" sieht — erblicken wir den Punkt, wo sich das „Experiment" erst noch bewähren muß. Vielleicht werden in künftigen Ausdehnungsversuchen die handelspolitischen Mittel im Vordergrund stehen. Das Beispiel des

1) In Australien ist eine ähnliche Zwangsregelung des inneraustralischen Handels mit Molkereiprodukten, die ebenfalls von der Ausfuhrseite her (durch die Dairy Produce Export Control Act von 1924) notwendig wurde, so bekämpft worden, daß sie 1936 vom Kabinettsrat wegen Widerspruchs mit Sektion 92 der Bundesverfassung wieder aufgehoben werden mußte. Vgl. Prinzing, Wirtschaftslenkung — Das australische Beispiel, Berlin 1937, S. 30.

Zahlungsabkommens mit Deutschland, in dessen Artikel 5 das Ausfuhramt ausdrücklich als Lieferungspartner erwähnt ist, macht es wahrscheinlich.

Die Welt ändert sich rapid und radikal, und auch im „demokratischen" Weltverband des British Empire entstehen autoritäre Wirtschaftsformen! Aber es empfiehlt sich, den Ursprung nicht zu übersehen, aus dem die neuen Welthandelsformen zu wachsen beginnen. Daß heute auf einigen Inseln im Südpazifik ein Planapparat den ansässigen Bauern gesunde Lebensbedingungen schafft und gleichzeitig dafür sorgt, daß auf der anderen Seite des Erdballs Millionen von Menschen regelmäßig ihr Stück Butter auf dem Tisch haben, ist die Frucht der Lebensarbeit von Generationen wirtschaftender Einzelner. Erst die Welle der Erfindungen des Industrieliberalismus des 19. Jahrhunderts schenkt dem 20. Jahrhundert solche neue Möglichkeiten. Erst die Erfindung des Kühlraumschiffes, das die Butter unverdorben über den Äquator bringt, und erst der Bau des Suezkanals, der die Verfrachtung rentabel macht, hat dem neuseeländischen Bauern in einem Land ohne nennenswerten Binnenabsatz (Neuseeland hat heute 1,6 Mill. Einwohner) das Tor zur Butterausfuhr geöffnet. Erst mußten einmal Leute etwas „riskieren", „spekulieren" in einem guten Sinne, bevor umfassende Planlösungen dem dynamischen Element der „Spekulation" das statische der „Stabilität" entgegenstellen konnten. Die Dynamik des von den übergroßen Bindungen der vorliberalistischen Epoche befreiten Individuums ist es gewesen, die das Gebäude der modernen Weltwirtschaft bis zu dem Punkte hin aufgeführt hat, der heute Lösungen wie die neuseeländische ermöglicht. Die Würdigung dieses — historischen — Verdienstes darf jedoch nicht dazu veranlassen, die neuen Möglichkeiten nicht zu nutzen, die sich aus den nunmehr erschwinglichen technischen und organisatorischen Kombinationen und den neuen politischen Ideen einer gemeinschaftsgebundeneren Lebensführung sinnfällig ergeben. Wer kann sagen, ob nicht das, was heute noch vom Wirtschaftsdenken des liberalen Individuums als „statisch-steril" verdammt wird, nicht morgen schon eine neue Dynamik entfaltet, die von den „Lenkenden" der staatlichen Wirtschaftseinheiten ausgeht und die mit den größren Möglichkeiten — und den größren Risiken! — weitere Fortschritte und weitere Segnungen hervorbringt, von denen wir uns heute noch nichts träumen lassen? — —

M. Th. Strewe:

Der Staatsgedanke in der chinesischen Wirtschaft

Der Huangho, der Gelbe Fluß, ist mit Recht wegen seiner immer wiederkehrenden Überschwemmungen und der Vernichtung fruchtbarsten Bodens der chinesischen Landschaft von dem Mandschu-Kaiser Chia ching der Kummer Chinas genannt worden. Aber gerade seine zerstörenden Kräfte machten ihn seit Jahrtausenden zum Lehrmeister der Chinesen in der Abwehr und Regelung der Naturgewalten. Im Ringen mit dem Strom liegen die Anfänge staatlicher Lenkung chinesischen Wirtschaftens. In prähistorischen Zeiten baute geologisch der Gelbe Fluß aus seinen Lößsedimenten die nordchinesische Ebene auf. Im Morgendämmer der Geschichte ziehen aus der Urheimat Chinas, dem Tale des Weiflusses in der heutigen Provinz Shensi, wo der Gelbe Fluß aus der nordsüdlichen Richtung bei der alten Feste Tung kuan im rechten Winkel nach Osten abbiegt, immer dichtere Scharen siedelnder und landanbauender Chinesen in die weite Ebene des Unterlaufs des Huangho. In der Nutzung des frucht-

baren Alluvialbodens, und im Kampf gegen Überflutungen des Gelben Flusses, bildete sich aus den aus Not und gemeinsamen Interessen geborenen Deichgenossenschaften bewußt eine immer weitergreifende und straffer zusammengefaßte staatliche Organisation. So war es kein Wunder, daß die Reichsgeographie des mythischen Kaisers Yü im Buche Yükung schon von einem staatlichen Wasserbau im agrar-patriachalischen Gemeinwesen des chinesischen Altertums zu melden weiß.

Ackerbau war von Anbeginn die Grundlage der chinesischen Kultur, und in weiten Gebieten des Reiches ist wiederum der staatlich geleitete Wasserbau und die kollektive Wasserwirtschaft Ausgangspunkt der so hoch entwickelten chinesischen Landwirtschaft. So wurde der Wasserbau zu einer „Staatskunst", von deren Leistungen auch heute noch die Eindeichungen der Riesenströme und die von Hangchow bis Tientsin im Norden sich hinziehenden Seedämme zeugen. Der 1000 km lange Kaiserkanal bildet mit seinem verwirrenden Netz von natürlichen und künstlichen Wasseradern eine der großartigsten Schöpfungen des menschlichen Geistes. Wie ein besonderes Amt, an dessen Spitze ein hoher Beamter stand, häufig sogar ein kaiserlicher Prinz, die wasserbaulichen Anlagen des Gelben Flusses überwachte, so sind auch unter der Oberleitung des 1931 geschaffenen Nationalen Wirtschaftsrates in den verschiedenen Provinzen, Wasserbauämter geschaffen, denen mit der Instandhaltung der Werke gleichzeitig die Verwaltung der Kanal- und Flußsysteme untersteht. So geht durch die Jahrtausende staatlicher Leitung der Wasserwirtschaft ein roter Faden vom Wasseramt des mythischen Kaisers Yü im dritten Jahrtausend v. Chr. bis zum Huangho-Ausschuß der von der chinesischen Regierung 1931 wieder gebildet worden ist.

Die patriarchalische Struktur des chinesischen Volkes vor der Revolution 1911, in der „die Familie die eigentliche Keimzelle des staatlichen Organismus ist, der bestimmende Begriff des Ganzen, in dem der einzelne völlig verschwindet" mit ihrer cäsaropapistischen Spitze in der Person des Kaisers, als Sohnes des Himmels, bot ein weit fruchtbareres Feld für die staatliche Lenkung der Wirtschaft als der Lebenszusammenhang des westlichen liberalen Individualismus. Die konfuzianische Lehre hat vom Ende der vorchristlichen Zeit bis zur jüngsten Vergangenheit das ganze Staats-, Kultur- und Wirtschaftsgefüge der chinesischen Welt geformt. Danach ist die Familie ein Staat im Kleinen, wie der Staat nur eine Familie im Großen ist. Wie das Familienoberhaupt die Verantwortung für die Wirtschaft der Familie hat, so hat sie auch der Kaiser in Erfüllung des Mandates des Himmels für die Wirtschaft seines Volkes. Naturkatastrophen wie Dürre und Überschwemmungen waren für das Volk Zeichen des Himmels, daß der Kaiser als Mandatur seinen Auftrag nicht im Sinne des Himmels ausführte, und nach konfuzianischer Lehre war damit das Recht zur Revolution, zum Sturz des Sohnes des Himmels gegeben.

Die Folge war, daß die chinesischen Kaiser aus eigener Initiative oder durch ihre Lehnsfürsten und später Provinzgouverneure der wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes die größte Sorge zuwandten. Im Agrarstaat China zeigte sich diese staatliche Initiative natürlicherweise in erster Linie auf dem Gebiete der Landwirtschaft und hier wiederum entsprechend der morphologischen Struktur des chinesischen Bodens auf dem Gebiet des Wasserbaus und der Wasserwirtschaft. Ein klassisches Beispiel innerstaatlich gelenkter Wasserwirtschaft in China ist das Bewässerungssystem des roten Beckens in der Provinz Szechuan, 2500 km von der Küste des Gelben Meeress entfernt. Ein Gebiet von der Größe der Provinz Westfalen, das im Norden dürres Land und im Süden Sumpfgebiet war, wurde von den genialen Wasserbauern Li ping Vater und Sohn durch Bewässerung und Entwässerung in eins der fruchtbarsten Ackerbaugebiete Chinas verwandelt, in dem heute noch mehr als 5 Millionen Menschen wohnen.

Vor 2000 Jahren wurde durch teilweise Ableitung des bei der Stadt Kwanhsien aus dem

Hochgebirge heraustretenden Minflusses das Gebiet um die Hauptstadt Chengtufu in tausenden von Kanälen bewässert, die im Süden der Ebene wieder zusammenfließend in den Minfluß 300 km südlich zurückströmen. Dank einem vorbildlichen Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Volk arbeitet das ganze System auch heute noch so reibungslos wie vor 2000 Jahren. Überall an den Kanälen sieht man kleine Steinsäulen, auf denen geschrieben steht: „Die Kanalsohle tief, die Ufer niedrig." Die Verfolgung dieses von der Staatshoheit aufgestellten, streng überwachten Prinzips hat die Möglichkeit der Erhaltung dieses Wunderwerkes menschlicher Technik gegeben. Jedes Jahr bei Ausgang des Winters wird der durch einen in die Ebene vorspringenden Berg geschlagene Abzugskanal des Minflusses durch mit Kiesel gefüllte Bambussäcke gesperrt, so daß die Wasser wieder in das alte Flußbett abfließen und die Kanäle im gesamten Bewässerungsgebiet leerlaufen. Unter Darbringung von Opfern für die Manen der Gründer des Werkes, die Ingenieure Li ping, und unter Vortritt des Ortsbeamten steigt die gesamte ansässige Bevölkerung in das Kanalbett hinein, um Steine und Schlamm, die während des vergangenen Jahres angeschwemmt wurden, zu entfernen. Vor Jahrtausenden versenkte Eisenplatten zeigen die richtige Tiefe des Kanalbetts an.

So hat sich gerade unter dem patriarchalischen System Chinas die Idee der staatlichen Leitung und Führung der Wirtschaft in einem ganz spezifisch chinesischen Sinne entwickelt. Diese Betätigung ist verschieden je nach der Dynastie, die über China herrschte und hat sich auf alle Gebiete des Handels und der Industrie bezogen. Im Zugriff des Staates auf den Außenhandel finden wir das beste Beispiel in der Art und Weise, wie der Außenhandel in Kanton, Macao und Ningpo im Anfang des vorigen Jahrhunderts geregelt wurde: nur bestimmte chinesische Kaufleute durften mit den Fremden Handelsgeschäfte abschließen, wobei sie die Verpflichtung übernehmen mußten, genau auf die staatlichen Vorschriften zu achten. Auch das spätere System der sogenannten offenen Häfen, in denen allein die Ausländer ansässig sein durften, um Handel zu treiben, ist nichts anderes als ein sehr weitgehend staatlich kontrollierter und geleiteter Außenhandel.

Als Dr. Sun Yat sen nach der Revolution von 1911 ein großzügiges Programm für den Wiederaufbau Chinas und insbesondere für die wirtschaftliche Entwickung nach den Grundsätzen moderner westlichen Technik aufstellte, unterschied er im industriellen Aufbau zwischen Unternehmungen, die der privaten Initiative überlassen sein sollten, und solchen, die, da sie alle gemeinsamen Interessen berührten oder an und für sich schon monopolistischen Charakter trugen, der staatlichen Leitung und Kontrolle unterstellt werden sollten. In dem von ihm aufgestellten Aufbauprogramm, das unter dem Titel „The International Development of China" auch in Buchform erschienen ist, bezeichnet er als erste industrielle Revolution den Übergang von der Handarbeit zur Maschine, oder vom Handwerk zur Fabrik, während er als zweite industrielle Revolution die Verstaatlichung und Zusammenfassung der gesamten Industrie betrachtet. Während Europa und Amerika bereits in das zweite Stadium eingetreten seien, befände sich China noch im ersten. Daher sei China gezwungen, gleichzeitig in beide industrielle Stadien einzutreten, sowohl in die Einführung der Maschinenindustrie wie auch in die Verstaatlichung der Produktion. Bei der Rückständigkeit Chinas sei es aber notwendig, daß der Staat in vielen Fällen auch in den Zweigen der Industrie zunächst die Führung und Lenkung übernehmen müßte, die an und für sich später dem Privatunternehmer überlassen werden. Die Tätigkeit des Staates auf diesem Gebiet muß aber nur eine vorläufige sein, um die im Beginn noch mangelnde Privatinitiative zu ersetzen, und durch Aufstellung musterhafter

Betriebe dem Privatunternehmer das notwendige Beispiel und dem Privatkapital den notwendigen Anreiz zu geben.

Das von Sun Yat sen als vom chinesischen Staate durchzuführende Programm erscheint phantastisch. Es wollte aber zunächst nur eine Übersicht über das sein, was für China zum Zwecke der Entwicklung zu einem modernen Wirtschaftsstaat notwendig war. Es sollte dem Ausland zeigen, welche ungeheuren Möglichkeiten sich in China dem ausländischen Unternehmer und dem fremden Kapital bieten. Sun Yat sen hat selbstverständlich mit einer auf Jahrzehnte verteilten Durchführung gerechnet und war sich auch bewußt, daß China dieses Programm nicht aus eigenen Kräften, sondern nur unter Zuhilfenahme des fremden Kapitals durchführen konnte. Als rein staatliche „regiewirtschaftliche" Aufgabe sah er den Bau von 180 000 km Eisenbahnen, von 1 500 000 km makadamisierten Straßen vor, den Ausbau alter Kanäle und den Bau neuer großer Flußregulierungen und den Ausbau von Seehäfen. Lenkend sollte der moderne chinesische Staat vor allem in der Entwicklung des Ackerbaus, des Bergbaus und der Aufforstung mit modernen Mitteln, der Schaffung der Schlüsselindustrien und des modernen Ausbaus der Städte mit den notwendigen Wasser- und Elektrizitätswerken sowie der städtischen modernen Verkehrsmittel sein. Die Passivität der fremden Mächte und die dadurch bedingte Zurückhaltung des internationalen Kapitals, innere Wirren und Bürgerkriege, sowie die Weltwirtschaftskrise haben es mit sich gebracht, daß dieses großartige Wirtschaftsprogramm eines Staates über die ersten Anfänge, die zudem meist nur der Initiative einzelner Provinzialregierungen zu verdanken waren, nicht hinauskam.

An dem Aufbau der chinesischen Wirtschaft unter Marschall Chiang-Kai-shek, der im Jahre 1928 die Zentralregierung in Nanking fest begründete, hat deutscher Geist und deutsche Tat nicht unbeträchtlichen Anteil. Im Winter 1928 war Oberst Bauer, der Mitarbeiter General Ludendorffs während des Weltkrieges gewesen ist, militärischer Berater des Marschalls Chiang-Kai-shek geworden. Oberst Bauer, dem die Prinzipien der deutschen Kriegswirtschaft geläufig waren, hat das Verdienst, durch seine Vorschläge den rationellen Aufbau der nationalen Wirtschaft in China gefördert zu haben. In erster Linie von Marschall Chiang-Kai-shek als militärischer Berater zur Reorganisierung der chinesischen Armee berufen, unterbreitete er gleich zu Beginn seiner Tätigkeit dem Marschall die grundsätzlichen Vorbedingungen für die moderne Aufrüstung eines Landes. In diesem Memorandum führte er aus, daß das mit modernsten Waffen ausgerüstete und von ausländischen, erfahrenen Offizieren gedrillte und organisierte Heer in einem Krieg nur dann einen wirkungsvollen Schutz Chinas garantieren könne, wenn gleichzeitig eine Wirtschaftsaufrüstung des Landes durchgeführt würde. Der Weltkrieg habe gezeigt, daß ebenso notwendig wie Waffen und Munition die Sicherung und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und der Industrie sei. Er unterbreitete deshalb dem Marschall ein ausführliches Programm für den Aufbau einer staatlichen Rüstungsindustrie in China, beginnend als Ausgangspunkt mit der Schaffung einer Schwerindustrie durch Errichtung eines Eisen- und Stahlwerkes. Leider starb Oberst Bauer im Jahre 1930, so daß die treibende Kraft für einen gesunden und unter staatlicher Aufsicht und Lenkung stehenden Aufbau der Wirtschaft und Industrie Chinas im Zusammenwirken mit der deutschen Industrie ausfiel. Aber sein Wirken ist dennoch auch heute noch spürbar. Die im Jahre 1930 vom Reichsverband der deutschen Industrie entsandte Studienkommission hatte Gelegenheit, sich in Nanking, Schanghai, und anderen wichtigen Plätzen Chinas, sowohl über das, was die Wirtschaftsplanung bereits durchgeführt hatte, als auch über das, was beabsichtigt war, genau zu orientieren. Dabei wurde festgestellt, daß die Wirtschaftsplanung sowohl in der chinesischen Zentralregierung wie auch in der Pro-

vinzialregierung weit über das Maß der Planung hinausging, die bisher in anderen Ländern, mit Ausnahme von Rußland, durchgeführt war. Die Industrialisierung des russischen Agrarstaates in Verbindung mit geschickter Sowjetpropaganda hatte dahin geführt, daß ein Teil der chinesischen Regierung in der Nachahmung des russischen Staatssozialismus und der Sowjetwirtschaft und Industrieplanung das Heil auch für die Wirtschaft Chinas sah. Die Majorität der Mitglieder der chinesischen Zentralregierung vor allem Marschall Chiang-Kai-shek, lehnte dieses kommunistische Experiment aber ab. Sie sah den richtigen Weg in dem Aufbau einer nationalen Wirtschaft auf Grund staatlicher Planung, aber ohne die Privatinitiative und das Privatkapital völlig auszuschalten. Die der deutschen industriellen Studienkommission vorgelegten Pläne zeigten nach dieser Richtung hin, auch bei den Provinzialbehörden, insbesondere in Kanton, sehr gesunde Ansätze, doch schossen die Projekte zum Teil weit über das zunächst Erreichbare hinaus. Für die staatliche Planung elektrischer Überlandzentralen fehlte z. B. zunächst noch bei unentwickelter Industrie der notwendige Absatz an elektrischer Kraft, und die namentlich auf den Gebiete des Verkehrswesens geplanten Unternehmungen erforderten Kapitalien, die von dem chinesischen Staat nicht aufzubringen waren und bei der Zurückhaltung des internationalen Kapitals auch nicht vom Ausland zur Verfügung gestellt wurden. Gesunde Ansätze waren insbesondere sichtbar auf dem Gebiet des Wege- und Städtebaus, der sich in vielen Fällen der modernsten Mittel der Versorgung der Bürgerschaft mit Wasser, Elektrizität und Kanalisation bediente, und im Ausbau eines modernen Straßennetzes, das häufig rücksichtslos auf Kosten der Privateigentümer durchgeführt wurde.

Dieser Entwicklung trat das Vordringen der Japaner in der Mandschurei 1931 hindernd in den Weg. Der chinesische Staat wurde in den folgenden Jahren gezwungen, Millionen für unproduktive Abwehrzwecke zu verausgaben. Die nach seiner Planung vorgesehenen großzügigen Unternehmungen mußten infolgedessen in vielen Fällen zurückgestellt werden. In dieser Zeit, 1931, stellte der Völkerbund der chinesischen Regierung zur Vorbereitung einer grundsätzlichen Wirtschaftsplanung Sachverständige von internationalem Ruf zur Verfügung, so insbesondere auf dem Gebiete der Landwirtschaft, der öffentlichen Gesundheitspflege, der Flußregulierung und des Baus moderner Überlandstraßen. Aber auch auf anderen Gebieten der Produktion, auf denen China früher führend gewesen war, wie z. B. Tee, Seide, Baumwolle, die in der Ausfuhr Chinas immer mehr zurücktraten, wurden der chinesischen Regierung Experten zur Verfügung gestellt, die sowohl die Produktion, wie die Fabrikation und den Handel nach modernen Methoden, aber immer unter Aufsicht der chinesischen Regierung, organisieren sollten. So hat sich China allmählich immer mehr in das nach dem Weltkrieg von den verschiedensten Nationen durchgeführte System der staatlichen Planung und wirtschaftlichen Lenkung eingeschaltet und endlich im Jahre 1933 in dem chinesischen Reichswirtschaftsrat ein amtliches Organ geschaffen, das allein schon durch die Persönlichkeiten seines ständigen Ausschusses, zu dem Marschall Chiang-Kai-shek, Wang Ching wei und der Präsident der Bank of China, T. V. Sung, sowie der chinesische Finanzminister und jetzige Ministerpräsident Dr. H. H. Kung gehörten, Erfolg versprach. Die Vollmachten des Reichswirtschaftsrates waren die Prüfung und Konzessionierung aller Projekte für

den wirtschaftlichen Wiederaufbau, die Prüfung und Abwicklung der notwendigen Ausgaben, die Überwachung und Leitung der Durchführung der Projekte und unter besonderen Umständen die direkte Ausführung der Projekte.

Die Aufgaben, die diesem chinesischen Reichswirtschaftsrat gestellt sind, sind bei der ungeheueren Weite des Landes, bei der Verschiedenartigkeit der geographischen und geologischen Bedingungen, bei den im Inneren des Landes noch vorherrschenden mittelalterlichen Wirtschafts- und Produktionsformen und dem Mangel an einem modernen System von Verkehrswegen mit ganz außergewöhnlichen Schwierigkeiten verbunden. Sie gehen weit über das Maß der Wirtschaftsplanungen anderer Völker hinaus, wenn man von der Sowjetunion absieht, die eine Wirtschaftsplanung in ähnlich großem Stil nur durch Versklavung des ganzen russischen Volkes erreichen will.

Wie im Jahre 1931 so ist jetzt wieder im Jahre 1937 durch den japanisch-chinesischen Konflikt die normale Weiterführung der amtlichen Wirtschaftsplanung gestört. Die chinesische Regierung hat diesen Verhältnissen schon Rechnung getragen, indem sie den Reichswirtschaftsrat auflöste und entsprechend den Prinzipien der Kriegswirtschaft die Organisation dem Kriegsrat und Wirtschaftsminister unterstellte. Aber das Marschall Chiang-Kai-shek hinterlassene Vermächtnis des Obersten Bauer, daß der Organisierung einer Armee einer wirtschaftlichen Aufrüstung parallellaufen müsse, erfüllt sich heute als erste Forderung des Staates in größerem Maße denn je. Die Zentralregierung ist sich dieser Lage bewußt.

ARNOLD SEIFERT:

Staatenwirtschaftliche Länderschau (Wirtschafts- und Finanz-Chronik des Fernost-Konfliktes)

Bei Zusammenstellung dieser Chronik hat alle erdenkliche Sorgfalt obgewaltet. Es sind nur Originalmeldungen aus dem Fernen Osten verwandt worden, wobei jede einzelne Nachricht aus voneinander unabhängigen Quellen dreifach geprüft wurde. Insoweit kann eine wissenschaftliche Gewähr für die Verbürgtheit der Tatsachensubstanz übernommen werden. Die diplomatischen Schritte und die militärischen Ereignisse sind in Kursiv gehalten; in dieser Anordnung soll keine sachliche Bewertung zum Ausdruck kommen.

Nordchina (die Provinzen Hopei, Shantung, Shansi, Tschahar und Suiyuan) hat rund 80 Mill. Einwohner. Hopei (mit Peking und Tientsin) hat rund 31,5 Mill. Einwohner. Seine Kohlenvorkommen werden auf 3,100 Mill. Tonnen, davon 1,000 Mill. Tonnen Anthrazitkohle, geschätzt; die Ausbeute ist bis jetzt geringfügig. Sie betrug 1931 nur 7,7 Mill. Tonnen. Erzeugt werden außerdem hauptsächlich Baumwolle, Seide, Sesamöl, Erdnüsse, Weizen, Gerste, Hirse, Reis und Salz. In den Baumwollspinnereien von Tientsin laufen 264000 Spindeln; davon sind 200000 in japanischem und nur 64000 in chinesischem Besitz. Shantung (Hauptstadt Tsinan) hat etwa 30 Mill. Einwohner; sein Kohlenvorrat wird auf 1,650 Mill. Tonnen geschätzt; die Förderung betrug 1931 2,1 Mill. Tonnen. Mit der Kohle zusammen finden sich gute Eisenerze. Seiden- und Baumwollerzeugung dominieren. In den Tsingtauer Baumwollspinnereien laufen 520000 japanische und nur 48000 (!) chinesische Spindeln. In den Webereien sind von insgesamt 9400 Webstühlen nur 400 chinesisch. Im übrigen werden vor allem Tabak, Weizen, Gerste, Hirse, Reis und Erdnüsse gebaut. Shansi (Hauptstadt Taiyüan), mit etwa 12 Mill. Einwohnern, erzeugt Sesamöl, Weizen, Hirse, Tabak, Baumwolle, Seide und Reis. Es ist berühmt wegen seiner riesigen, so gut wie noch nicht ausgebeuteten (1931 nur 2,3 Mill. Tonnen) Kohlenlager, die auf 127,130 Mill. Tonnen (!), davon 36,500 Mill. Tonnen Anthrazit, geschätzt werden. Auch Eisenerze finden sich in der Nähe der Shansi-Kohle in großen Mengen und gutem Eisengehalt. Tschahar (Hauptstadt Kalgan) hat 2 Mill. Einwohner und ebenfalls beträchtliche Kohlenvorkommen. Suiyuan (Hauptstadt Pautow), mit 2,1 Mill. Einwohnern, erzeugt Weizen,

Hirse und Gerste und soll etwa 420 Mill. Tonnen Kohlenvorräte besitzen, von denen bisher so gut wie noch nichts ausgebeutet wird. In ganz Nordchina rechnet man mit 180 Mill. Tonnen Eisenerz-Vorkommen mit einem Eisengehalt von 40—65 %. In den drei Provinzen Hopei, Shantung und Shansi werden rund 40 % der ganzen chinesischen Baumwolle erzeugt. Erdöl ist in allen fünf Provinzen wahrscheinlich nicht vorhanden. Die japanischen Investitionen in Nordchina betrugen Ende 1935 schätzungsweise 1155 Mill. Yen. Davon waren 730 Mill. Yen Wertpapierbesitz, 183 Mill. betrafen Beteiligungen an chinesischen Gesellschaften, und 242 Mill. befanden sich in eigenen japanischen Unternehmungen. Die chinesischen Seezölle brachten 1936 61,6 Mill. Yuan. Nach einer japanischen Zählung befinden sich in Tientsin 124 japanische, 98 englische, 65 deutsche, 50 nordamerikanische und 31 russische Firmen mit einem Kapital von über 50000 Yen; in Tsingtau 96 japanische, 25 deutsche, 15 nordamerikanische, 14 englische und 5 russische.

Die innere Verschuldung Japans betrug am 31. März 1937 9,257 Mill. Yen, die äußere (in Goldyen) 1,316 Mill. Yen. Das entspricht (bei Umrechnung der in Goldyen geführten äußeren Verschuldung) einer Gesamtverschuldung des Staates von rund 12 Milliarden Yen. Die haushaltmäßigen Wehrausgaben Japans betrugen im Finanzjahr 1931/32 454 Mill. Yen, 1936/37 1,060 Mill. Yen.

Die innere Verschuldung Chinas betrug am 1. Juli 1937 2,014 Mill. Yuan (= chines. Dollar), die Auslandsverschuldung rund 900 Mill. Yuan.

1937 7. Juli	*Gefecht zwischen chinesischen und japanischen Truppen 10 km südlich von Peiping.* **Die japanische Regierung verlängert die im Januar 1937 eingeführte Einfuhr- und Devisenkontrolle auf unbefristete Zeit.**
10. Juli	Notenumlauf in China: rund 1,5 Milliarden Yuan. Die chinesische Regierung bringt den Kanton-Dollar in ein festes Verhältnis zum Shanghai-Dollar (Yuan). Bis zum 1. Januar 1938 soll der Kanton-Dollar außer Verkehr gesetzt sein. Bisher hat sich das neue nationale Währungssystem nur in den Provinzen Kwangtung und Kwangsi noch nicht durchgesetzt. **Der chinesische Finanzminister Kung schließt in Washington ein Abkommen mit dem amerikanischen Finanzminister Morgenthau. China tauscht eine ungenannte Menge Gold aus den Vereinigten Staaten gegen Silber ein. Falls eine Verteidigung des Yuan-Kurses nötig wird, kann China über gewisse Dollar-Guthaben verfügen.**
21. Juli	**Die japanische Regierung beschließt die Neubewertung der Goldreserven der Bank von Japan auf Grundlage von 3.50 Yen (bisher 1.33 Yen) für das Gramm Feingold.** Dadurch wird die Jahre zurückliegende Yen-Abwertung auch bei der Bewertung der Goldreserven berücksichtigt. Der Nominalwert der Goldreserven steigt von etwa 500 Mill. auf 1312 Mill. Yen. Das bedeutet praktisch einen Gewinn der Bank von Japan an freien Mitteln von über 800 Mill. Yen.
22. Juli	Die Londoner Besprechungen zwischen Vertretern der britischen Industrie und einer japanischen Wirtschafts- und Handelsabordnung werden mit beiderseits befriedigendem Ergebnis abgeschlossen.
29. Juli	*Der Marschall Tschiang-Kai-Schek ruft die chinesische Nation im Namen der chinesischen Zentralregierung (Nanking-Regierung) zu bewaffnetem Widerstand auf.*
30. Juli	*Die Japaner nehmen Peiping und Tientsin ein. Die Eisenbahnlinie Peiping-Tientsin-Tanku ist in japanischen Händen.*
30. Juli	Nachdem sich die Bereitstellung von 10,2 Mill. Yen aus einem Reservefonds des laufenden Haushaltes zur Deckung der Kosten des Feldzuges in Nordchina als unzureichend erwiesen hat, beschließt die außerordentliche 71. Tagung des japanischen Reichstags die Bewilligung von zunächst 96,8 Mill. und sofort darauf von noch weiteren 419,6 Mill. Yen. Von diesen insgesamt 526,6 Mill. Yen sollen 100 Mill. Yen durch neue Steuern gedeckt werden, zu denen besonders Personen und Gesellschaften herangezogen werden sollen, die durch die Rüstungskonjunktur große Gewinne gemacht haben. Die übrigen rund 400 Mill. Yen werden durch die Ausgabe neuer Schatzanweisungen beschafft. Yuki, Präsident der Bank von Japan, begegnet der aufkommenden Inflationsangst durch eine beruhigende Erklärung.

2. August	Der japanische Kabinettsrat erläßt Strafbestimmungen gegen unerlaubte Kriegsgewinne und wucherischen Aufkauf von Metallen, Kohle, Baumwolle, Benzin, Papier, Leder, Kraftwagen, Maschinen und anderen wichtigen Waren.
3. August	Die japanische Regierung setzt die alte Verordnung zur Bekämpfung spekulativer Preissteigerungen von 1917 (Nr. 20) verschärft wieder in Kraft.
5. August	Der chinesische Finanzminister Dr. Kung erzielt in London eine Zusage bezüglich Gewährung einer Anleihe von 20 Millionen Pfund an China, die aus Zolleinnahmen gesichert werden und Industrie- und Verkehrsbauten sowie Konversionszwecken dienen soll. Sie soll nach Klärung der politisch-militärischen Lage aufgelegt werden, und der Erlös soll in London bleiben bzw. für Material- und Ausrüstungskäufe in England verwandt werden.
9. August	Der chinesische Haushaltsvoranschlag für 1937/38 ist mit 1000,6 Mill. Yuan ausgeglichen. Von den Ausgaben betreffen 39 % die Armee, 32 % den Schuldendienst. Auf der Einnahmenseite machen die Zölle 37 %, das Salzmonopol 23 % und die Steuern 18 % aus.
10. August	Der chinesische Finanzminister Dr. Kung erhält von einer französischen Bankengruppe (Banque de Paris et des Pays-Bas, Banque Francochinoise, China Development Corporation, Compagnie des Chemins de Fer de Szetchwan et de Kweitchou, Lazard Frères, Banque de l'Indochine) einen Kredit von zunächst 100 Millionen Franken für die Central Bank of China zur Stärkung der Devisenreserve. Der Anleiheerlös soll zur Verfügung der chinesischen Regierung in Paris bleiben und als zusätzliche Währungsreserve nur im Notfall tatsächlich in Anspruch genommen werden. — Eine schweizerisch-holländische Bankengruppe gewährt der chinesischen Regierung einen Kredit von 100 Mill. Franken, der durch ein Silberdepot gedeckt wird. Die Skoda-Werke in Prag räumen China einen Industriekredit von 10 Mill. engl. Pfund ein, der insbesondere zur Finanzierung von Rüstungslieferungen verwandt werden soll.
13. August	*Beginn der Kämpfe in und bei Schanghai.* Die Londoner „Times" beziffert den Wert britischer Interessen in Shanghai auf 180 Mill. £. (Britische Interessen in ganz China: 250 Mill. £.)
16. August	Internationale Erhöhung der Risikoprämien in der Transportversicherung von und nach China und Japan.
19. August	Der amerikanische Handelsminister Roper erklärt vor der Presse, die Regierung der Vereinigten Staaten wolle das Neutralitätsgesetz, welches bekanntlich ein Ausfuhrverbot an kriegführende Mächte einschließt, auf den China-Japan-Konflikt nicht anwenden, da dadurch eine der beiden Nationen begünstigt werden könnte und ungeklärt sei, ob die Anwendung in diesem Falle der Aufrechterhaltung des Friedens diene. Die Vereinigten Staaten hätten auch nicht die Absicht, auf diese Weise ihre Handelsbeziehungen mit China und Japan zu opfern.
21. August	*Die chinesische Regierung schließt mit der UdSSR. einen Nichtangriffspakt auf 5 Jahre ab.* Ein Sprecher des japanischen Außenamtes gibt bekannt, es sei anzunehmen, daß der Pakt Geheimklauseln über die Lieferung von Kriegsmaterial durch die UdSSR. an China enthalte.
23. August	Die britische Regierung teilt den Regierungen von Nanking und Tokio mit, daß sie vollen Ersatz für alle Schäden fordere, die britischem Eigentum aus den Feindseligkeiten zwischen China und Japan erwachsen.
25. August	Die Bank von Japan gibt für 200 Mill. Yen $3^1/_2$proz. Schatzanweisungen zum Kurs von 98 aus (Laufzeit bis Dezember 1954.)

31. August	*Die chinesische Regierung verfügt die Mobilmachung aller wehrfähigen Männer im Alter von 18 bis 45 Jahren.*
1. September	Die chinesische Regierung legt zur Deckung der Kosten des Feldzuges gegen Japan eine nationale Rüstungsanleihe („Freiheitsanleihe") von 500 Mill. Yuan (= 365 Mill. RM.) auf, die in 20 Jahren zurückzahlbar ist.
4. September	Die japanische Regierung unterbreitet dem Reichstag eine Vorlage, in der sie zur Ausgabe von Schatzanweisungen im Betrag von 2265 Mill. Yen zur Deckung der militärischen Kosten des Feldzuges in China ermächtigt wird. Diese Ermächtigung ist zusätzlich zu der am 30. Juli erfolgten Aufnahme von 526,6 Mill. Yen. — Der Minister begründet die Notwendigkeit der scharfen Kontrolle des Devisenmarktes damit, daß der Yen unbedingt auf 1 s. 2 d.-Parität gehalten werden müsse, um genügend Mittel für Kriegslieferungen aus dem Ausland zu haben.
5. September	Japan dehnt die Blockade der chinesischen Küste auf die ganze Küste (mit Ausnahme von Tsingtau und der Pachtterritorien dritter Mächte) aus. *Japanische Luftangriffe auf Kanton.*
6. September	Das amerikanische Handelsministerium erläßt eine Warnung an alle amerikanischen Frachtdampfer, den Hafen von Shanghai anzulaufen.
10. September	Die chinesische Regierung kündigt Gegenmaßnahmen gegen die japanische Küstenblockade an. Die außerordentliche 72. Tagung des japanischen Reichstages stimmt dem am 4. September eingebrachten Nachtrags-Kriegskredit von 2265 Mill. Yen zu und nimmt 11 Gesetze an, durch die der Regierung Sondervollmachten erteilt werden, die ganze Wirtschaft in eine Kriegswirtschaft überzuführen und alle Wirtschaftstätigkeiten zentral aufeinander abzustimmen. Die wichtigsten dieser Notgesetze sind das Kriegsfinanzkontrollgesetz, das Außenhandelskontrollgesetz, das Goldindustriekontrollgesetz und das Gesetz betr. die Mobilmachung der Munitionsindustrie vom 17. IV. 1918. Nach dem ersten unterliegen alle Kapitalveränderungen, Neugründungen, Ausgabe neuer Obligationen, Änderung oder Ausdehnung des Geschäftszweckes der staatlichen Kontrolle und Genehmigung. Ausgenommen sind die eigentlichen Kriegswirtschaftsbetriebe (Munitionsfabriken, Flugzeugwerke, Maschinenindustrie usw.), die bei Ausdehnungsbestrebungen besondere staatliche Förderung erfahren. Durch das Gesetz soll der japanische Kapitalmarkt entlastet werden, da die Unterbringung der Kriegs-Schatzanweisungen auf dem freien Markt — bei aller Bereitwilligkeit zur Zeichnung seitens der Bevölkerung, die aber in Anbetracht ihrer sozialen Struktur nur geringe Summen aufnehmen kann — große Schwierigkeiten macht. Bisher sind nur geringe Beträge davon vom Markt aufgenommen worden, so daß die Hauptlast auf der Zentralbank liegt. Die Notwendigkeit des Außenhandelskontrollgesetzes hat sich aus der Entwicklung der japanischen Handelsbilanz ergeben. Sie ist heute (10. September) mit 786,05 Mill. Yen passiv, das ist 541,19 Mill. Yen mehr als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Das Gesetz untersagt die Einfuhr aller entbehrlichen Waren und ermächtigt die Regierung, die Ein- und Ausfuhr jeglicher Art von Waren zu beschränken oder ganz zu untersagen. Das dritte Gesetz führt eine weitgehende Staatsaufsicht über die gesamte Goldgewinnung ein.
15. September	Die Bank von Japan gibt für 100 Mill. Yen $3^1/_2$proz. Schatzanweisungen zum Kurs von 98,50 aus (Laufzeit bis Dezember 1948). In der Völkerbundsversammlung begründet der chinesische Delegierte Wellington Koo den Appell Chinas an den Völkerbund wirtschaftlich. Der Mangel an Lebensraum sei nur ein japanischer Vorwand. In Formosa hätten die Japaner in 40 Jahren nur 250000 Ansiedler und in Korea in 50 Jahren nur 500000 Kolonisten untergebracht. Die Bevölkerungsdichte Japans sei geringer

	als die der chinesischen Nordprovinz Hopei. Auch der angebliche Mangel Japans an Rohstoffen sei nur ein Vorwand. Japan beziehe die wichtigsten Rohstoffe gar nicht aus China, sondern die Baumwolle aus USA., das Erdöl aus USA. und Niederld.-Indien, das Eisen aus Britisch-Indien, die Wolle aus Australien und den Holzstoff aus Kanada und Skandinavien. Die mandschurische Kohle habe Japan bereits vor Besetzung der Mandschurei ausgebeutet. Die Politik der gepanzerten Faust der japanischen Kriegspartei bedrohe die umfangreichen europäischen und amerikanischen Interessen im Fernen Osten. Wenn Japan sich zum Herrn über China machen sollte, dann würde es sich stark genug fühlen, um alle vertraglich gesicherten Rechte der Europäer und Amerikaner zunichte zu machen und deren Herrschaftsgebiete in Asien und in der Südsee anzugreifen.
17. September	Präsident Roosevelt untersagt bis auf weiteres allen in amerikanischem Staatsbesitz befindlichen Handelsschiffen, Waffen, Munition und anderes Kriegsmaterial nach China und Japan zu transportieren. Alle anderen Handelsschiffe, die die Flagge der USA. führen, befördern Waren dieser Art auf eigene Gefahr. Durch diese Maßnahme erfolge indessen keine amtliche Feststellung, daß zwischen China und Japan ein Kriegszustand bestehe. Auch werde von ihr das Neutralitätsgesetz nicht berührt.
20. September	Für alle australischen Verschiffungen nach dem Fernen Osten werden Kriegsrisiko-Versicherungssätze eingeführt.
21. September	Die Londoner Handelskammer und die Federation of British Industries beginnen mit der Feststellung der Schäden an britischem Eigentum in China.
28. September	Boykottbewegung gegen japanische Waren in Mittelengland, in den Vereinigten Staaten und unter den australischen Gewerkschaften. In Japan entsteht unter Leitung von Baron Goh eine Liga aller Wirtschaftsverbände mit patriotischen Zwecksetzungen. — Die Neustoff-Erzeugung soll in großem Stil begonnen werden. Die Bevölkerung sammelt Alt-Materialien und spart im Verbrauch. Patriotische Propaganda für die Zeichnung von Schatzanweisungen.
29. September	Die am 10. September vom japanischen Reichstag beschlossenen Notgesetze treten in Kraft. Sie sollen „ein Jahr nach Beendigung des Zwischenfalls mit China" außer Kraft treten. Die britische Regierung erklärt die japanische Blockade der chinesischen Küste für ungesetzlich; sie verlangt Beobachtung von Genehmigungs-Formalitäten bei Kontrollierung britischer Handelsschiffe. Die französische Regierung besteht auf einem ähnlichen Modus. — Der britische Oberkommandierende an der chinesischen Küste, Admiral Sir Charles Little, sieht wenig Gefahren, wenn eine begrenzte Zahl von Ozeandampfern in den Wangpu (Fluß, an dem Shanghai liegt) einfahre und an gewissen vereinbarten Punkten vor Anker gehe. — Die britische China-Küstenschiffahrt macht ein glänzendes Geschäft.
30. September	**Im September sind große Silbervorräte von Kanton nach Hongkong verbracht worden. Die chinesische Silberausfuhr betrug im September 208 Mill. Yuan.**
1. Oktober	Die Bank von Japan bringt im September im ganzen für 23 Mill. Yen Schatzanweisungen unter; Abnehmer sind hauptsächlich die Lebensversicherungsgesellschaften.
2. Oktober	Die liberale Opposition im englischen Unterhaus fordert wirtschaftliche Maßnahmen gegen Japan.
3. Oktober	Der australische Ministerpräsident Lyons warnt den New South Wales Labour Council und verschiedene pazifistische Körperschaften vor voreiligen Schritten in der Frage des Boykotts japanischer Waren.

4. Oktober	In den Vereinigten Staaten von Amerika wird unter Fabrikanten eine „League for the Protection of American Standards" mit dem ausdrücklichen Zweck des dauernden Ausschlusses japanischer Waren von den Staaten gegründet.
5. Oktober	*Rede Präsident Roosevelts in Chikago, in der er seine Ansichten über internationale Rechtlosigkeit entwickelt.*
6. Oktober	Die UdSSR. hat nach einer Verlautbarung des amerikanischen Staatsdepartements im September 1937 in den Vereinigten Staaten Waffen, Munition und Kriegsmaterial im Werte von 10 Mill. Dollar gekauft. China hat für 2,8 Mill. Dollar Bomben, Torpedos und Minen bezogen. Der Präsident der Völkerbundsversammlung richtet an die Mitglieder des Neunmächtevertrages, soweit sie Mitglieder des Völkerbundes sind, gemäß einer Entschließung der Völkerbundsversammlung eine Einladung zu einer Konferenz.
13. Oktober	Die Bank von Japan gibt für 200 Mill. Yen $3^1/_2$proz. Schatzanweisungen zum Kurse von 98,5 aus (Laufzeit bis Dezember 1948).
15. Oktober	Der Kaiser von Japan genehmigt die Bildung eines außerordentlichen Beraterstabes (Kriegsrates) für das Kabinett, dem 2 Vertreter der Armee, 2 Vertreter der Marine und je 3 Vertreter der politischen Kreise und der Wirtschaft angehören.
17. Oktober	Bis heute sind auf die am 1. September aufgelegte chinesische „Freiheitsanleihe" von 500 Mill. Yuan 250 Mill., also die Hälfte, gezeichnet worden.
20. Oktober	Der parlamentarische Unterstaatssekretär im japanischen Finanzministerium, Dr. Ota, bezeichnet als obere Grenze einer tragbaren inneren Kriegsverschuldung Japans 40 Milliarden Yen.
23. Oktober	**Der englische Ministerpräsident Chamberlain erklärt im Unterhaus, es wäre ein Fehler, wenn man die bevorstehende Neunmächtekonferenz mit dem Gedanken an wirtschaftliche Sanktionen und Gewaltanwendungen besuche.**
26. Oktober	Die japanische Regierung verschärft die Vorschriften über spekulative Preissteigerungen.
27. Oktober	Die Regierung von Mandschukuo verfügt eine strenge Devisenkontrolle und eine Kontrolle der Ein- und Ausfuhr. Japan ist von der Gesetzgebung ausgenommen.
31. Oktober	Der Notenumlauf in China ist 1656360000 Yuan.
1. November	**Die japanische Regierung verfügt auf Grund des Außenhandelskontrollgesetzes vom 10. September 1937 die Beimischung von Zellwolle zu Wollerzeugnissen. Militärstoffe und Exportwaren sind ausgenommen.** Der Politische Zentralrat der chinesischen Regierung beschließt die Ordnung der Währung der Südprovinz Kwangsi. Der Yuan wird gesetzliches Zahlungsmittel im Verhältnis 2 Kwangsi-Dollar = 1 Yuan. Die Kwangtung-Währung ist bereits in ähnlicher Weise angeglichen worden. Der chinesische Finanzminister hat die Behörden der Provinzen Honan, Shantung, Shansi, Shensi, Kansu, Ninghsia und Chinghai darauf hingewiesen, daß er die von der Provinzbank von Hopei (zur Zeit unter Einfluß der japanischen Armee) ausgegebenen Banknoten für nichtig erklärt hat. Der Zentralverband der australischen Gewerkschaften, der „Australasian Council of Trade Unions", ruft offiziell zum Boykott japanischer Waren auf.
3. November	*Neunmächtekonferenz in Brüssel beginnt.*

4. November	Der Verband australischer Wollerzeuger, der „Australian Woolgrowers Council", und der Verband australischer Landwirte, der „Graziers Federal Council of Australia", äußern schwere Bedenken gegen den Boykott der Gewerkschaften.
5. November	*Die Japaner errichten aus Teilen von Shansi, Suiyuan und Tschahar einen „Autonomen Staat der Inneren Mongolei".*
8. November	*Die Japaner erobern Taiyuan, die Hauptstadt der Provinz Shansi.*
11. November	**Die englischen Versicherungsgesellschaften setzen die Kriegsrisikoprämie für Shanghai herab (von 20 auf 5 s. je 500 £).** *Shanghai ist durch die militärischen Aktionen vom chinesischen Hinterland vollständig abgeschnürt.*
12. November	Als erster großer Übersee-Schnelldampfer fährt der „Président Doumer" von den Messageries Maritimes den Wangpu hinauf nach Shanghai.
16. November	Die Bank von Japan gibt für 200 Mill. Yen $3^1/_2$proz. Schatzanweisungen zum Kurse von 98 aus (Laufzeit bis März 1955). 150 Mill davon dürften vom Depositenbüro des Finanzministeriums übernommen werden. 50 Mill. sind klein gestückelt und werden durch die Postanstalten dem großen Publikum zum Kauf angeboten.
17. November	Die chinesische Abordnung überreicht den Mitgliedern der Brüsseler Neunmächtekonferenz eine Begründung der chinesischen Forderung auf Anwendung wirtschaftlicher Sanktionen gegen Japan. Die wirtschaftliche Abhängigkeit Japans vom Auslande lasse eine bedeutende Wirkung erwarten.
20. November	**Die Japaner beschlagnahmen die Zollkutter der chinesischen Seezollverwaltung im Hafen von Shanghai und veranlassen das chinesische Seezollamt, japanische Beamten in den Außendienst und als Direktoren zu übernehmen.** (Die Seezollverwaltung Chinas hat internationalen Charakter insofern, als sie mit der Sicherung der Auslandsverschuldung Chinas und der Schulden aus dem Boxer-Protokoll verbunden ist. Oberster Zollverwaltungskommissar ist ein Engländer, Sir Frederick Maze.)
21. November	*Die chinesische Regierung verlegt ihren Sitz von Nanking vorübergehend nach Hankau. Endgültig ist Tschunking am Yangtsekiang, etwa 750 km westlich von Hankau, als Regierungssitz in Aussicht genommen.*
22. November	In Tokio fordert eine große japanische Volkskundgebung gegen England die Aufhebung der britenfreundlichen Politik, eine strenge Kontrolle Hongkongs als Zentrum der englischen Hilfeleistung an China und das Fallenlassen der Praxis, finanzielle Transaktionen Japans im Ausland von der Londoner City abhängig zu machen.
26. November	Die Japaner nehmen die chinesischen Post-, Telegraphen- und Funk-Verwaltungen Shanghais unter ihre Kontrolle.
27. November	*Das japanische Militärkommando in Shanghai übernimmt die chinesischen Regierungsstellen und öffentlichen Einrichtungen in der Internationalen und in der Französischen Niederlassung.* Die Botschafter Englands und der Vereinigten Staaten bringen der japanischen Regierung zur Kenntnis, daß evtl. Veränderungen in der chinesischen Seezollverwaltung nur im Einvernehmen mit ihren Regierungen durchgeführt werden dürfen.

28. November	*Die Japaner bilden in Changte eine „Autonome Regierung" für die chinesische Provinz Honan, die politisch im allgemeinen nicht zu Nordchina gerechnet wird.*
29. November	Der Sprecher des japanischen Außenamtes erklärt, Japan beabsichtige nicht, an dem Verwaltungssystem der chinesischen Seezölle etwas zu ändern. Die Rechte dritter Mächte an diesen Einnahmen würden nicht beeinträchtigt werden. Japan wolle nur verhindern, daß die Zolleinnahmen zum Ankauf von Kriegsmaterial für China verwendet werden.
1. Dezember	*Die japanische und die Regierung von Mandschukuo beschließen die Anerkennung der Nationalspanischen Regierung.* Die Japaner gründen eine Zentralbank für den neuen autonomen innermongolischen Staat durch Vereinigung der Bank von Süd-Tschahar, der Fengyieh Bank und der Suiyuan Bank.
2. Dezember	*Die Japaner bilden in Taiyuan eine „Autonome Regierung" der Provinz Shansi, die im Zusammenwirken mit der japanischen Besatzungsarmee einen selbständigen Shansi-Staat schaffen soll.*
5. Dezember	Auf einer Sitzung des japanischen Baumwollspinnerei-Verbandes in Osaka wird die Gründung einer Nordchinesischen Rohbaumwoll-Gesellschaft beschlossen.
8. Dezember	Japan unterzeichnet einen neuen Handelsvertrag mit Siam.
10. Dezember	Die Bank von Japan gibt für 300 Mill. Yen $3^1/_2$proz. Schatzanweisungen zum Kurse von 98 aus (Laufzeit bis März 1955). Die japanische Regierung verschärft erneut die Devisenkontrolle.
11. Dezember	*Japanische Flugzeuge versenken drei amerikanische Tankdampfer der Standard Oil Co., nachdem bereits am 10. Dezember ebenfalls von japanischen Flugzeugen das amerikanische Kanonenboot „Penay" versenkt worden ist.*
13. Dezember	*Die Japaner erobern Nanking.*
14. Dezember	Die Japaner bilden in Peking eine „Vorläufige Regierung der Chinesischen Republik in Peking" für alle von ihnen bisher besetzten Gebiete. Zum Programm der neuen autonomen Regierung gehört eine vernünftige Bauernpolitik, Aufschließung der Naturschätze und Förderung der Industrie, keine Beeinträchtigung der fremden Interessen, Übernahme der Auslandsschulden der bisherigen Regierung, freundschaftliche Beziehungen zu allen Nachbarländern und Zusammenarbeit mit den Antikominternmächten. Die neue Pekinger Regierung beschließt die Übernahme der Zollverwaltung in Nordchina. Die Zolleinnahmen werden auf 44 Mill. Yuan jährlich geschätzt.
16. Dezember	*Die Japaner haben jetzt ein Gebiet von 868000 qkm (also doppelt so groß wie Japan) mit einer Bevölkerung von 59 Mill. Menschen besetzt.* Die Pekinger Regierung übernimmt die Seezollverwaltungen in Tientsin und Chingwangtao. Sie führt Verhandlungen mit dem britischen Zollkommissar wegen Übernahme der gesamten Verwaltung Nordchinas und beauftragt die Zollkommission beim Zollamt in Tientsin mit der Ausarbeitung eines Planes für die Senkung der Zollsätze „im Interesse der notleidenden Bevölkerung Nordchinas".
18. Dezember	In England lebt die Boykottbewegung gegen japanische Waren wieder auf. Der Ausweis der Zentralbank von Mandschukuo zeigt einen starken Anstieg der Notenausgabe. Die Zunahme beträgt gegenüber Ende November 33 Mill. Yuan bei einem Umlauf von insgesamt 288,5 Mill. Yuan.

21. Dezember	Die japanischen Behörden von Shanghai ersuchen die ansässigen britischen, amerikanischen und dänischen Telegraphenbüros, die eingehenden Einnahmen, die vorher an die chinesische Regierung abgeführt worden sind, an sie selbst abzugeben.
22. Dezember	Die chinesische Regierung erläßt Verordnungen zur kriegswirtschaftlichen Kontrolle der gesamten chinesischen Wirtschaft.
26. Dezember	*Die Japaner besetzen die Hafenstadt Hangchow, sw. von Shanghai.*
27. Dezember	*Die Japaner erobern Tsinan, die Hauptstadt der Provinz Shantung, und besetzen die chinesische Insel Pratas, 300 km sö. von Hongkong.*
28. Dezember	Die Bank von Japan gibt für 300 Mill. Yen $3^1/_2$proz. Schatzanweisungen zum Kurse von 98,5 aus (Laufzeit bis März 1949).
30. Dezember	Japan schließt einen Handelsvertrag mit Italien ab.
31. Dezember	Die japanische Handelsbilanz schließt im Jahre 1937 mit einem Passivsaldo von 636 Mill. Yen gegenüber 131 Mill. Yen (!) im Jahre 1936. Der Außenhandel Gesamtchinas ist 1937 trotz der Kriegswirren von 1,647 Mill. Yuan im Jahre 1936 auf 1,791 Mill. Yuan gestiegen. Die Einfuhr betrug 953 Mill. Yuan; davon entfielen auf die sieben Friedensmonate Januar bis Juli 730 Mill. Yuan, so daß die Einfuhr von August bis Dezember nur noch 223 Mill. Yuan brachte. Die Ausfuhr von 838 Mill. Yuan ist zu 571 Mill. Yuan in den sieben Friedensmonaten erfolgt. Notenumlauf im Dezember: rund 1,700 000 000 Yuan. — Silberausfuhr in 1937: 399 086 203 Yuan (gegen 254 336 763 Yuan in 1936).
1938 1. Januar	*Marschall Tschiang Kai-Tschek tritt als chinesischer Ministerpräsident zurück, um seine ganze Kraft seiner Stellung als Oberbefehlshaber der Armee zu widmen. Finanzminister Kung wird Ministerpräsident.*
3. Januar	*Die britischen Behörden verhängen über Hongkong den Belagerungszustand.*
7. Januar	Die Leitung der britischen Arbeitergewerkschaften beschließt den Verzicht auf einen Boykott japanischer Waren, da er als untaugliches und die englischen Interessen schädigendes Kampfmittel angesehen wird.
10. Januar	*Die Japaner besetzen Tsingtau.*
16. Januar	*Die japanische Regierung erklärt in einem Manifest, daß sie auch noch nach der Einnahme Nankings Geduld bewiesen habe, um der chinesischen Regierung Gelegenheit zur Überprüfung ihrer Haltung zu bieten. Trotzdem habe diese ohne Würdigung der wahren Absichten Japans ihre Opposition gegen Japan fortgesetzt. Deshalb werde die japanische Regierung von nun an aufhören, sich mit der chinesischen Regierung überhaupt noch zu befassen. Statt dessen werde sie die Einrichtung einer neuen chinesischen Regierung unterstützen und mit dieser gemeinsam an der Wiederherstellung der chinesisch-japanischen Beziehungen zusammenarbeiten. Hierdurch werde keinerlei Änderung in der japanischen Politik der Wahrung der Souveränität und der territorialen Unverletzlichkeit Chinas und der Rechte und Interessen anderer Mächte in China eintreten. — Das Manifest bedeutet nach japanischen Pressemeldungen den vollständigen Abbruch aller Beziehungen zur chinesischen Regierung.*
18. Januar	Die Zollverwaltung in Tsingtau wird vom englischen Kommissar im Einverständnis mit dem Generalzollinspektor zur Vermeidung von Schwierigkeiten einem neuen japanischen Kommissar übergeben.
22. Januar	*Vor dem japanischen Reichstag erklärt Außenminister Hirota, Japan habe nicht die Absicht, Nordchina vom übrigen chinesischen Reich loszutrennen. Die japanische Regierung habe China folgende Bedingungen für die Beilegung des „Zwischenfalls" zur Kenntnis bringen lassen: 1. Verzicht Chinas auf seine prokommunistische, antijapanische und antimandschurische Politik und Bereit-*

	schaft zur Zusammenarbeit mit Japan und Mandschukuo in deren Antikominternpolitik; 2. Errichtung demilitarisierter Zonen in Bezirken, in denen sich die Notwendigkeit dazu herausgestellt hat, und eines besonderen Regimes für diese Bezirke; 3. Abschluß eines Wirtschaftsabkommens zwischen Japan, China und Mandschukuo; Zahlung der notwendigen Entschädigungen an Japan. *Da die chinesische Regierung darauf keine ausreichende Antwort erteilt habe, sei die Erklärung vom 16. Januar notwendig gewesen.* Die Rechte und Interessen in den besetzten Gebieten Chinas respektiere Japan nicht nur, sondern es sei auch gewillt, das Tor Chinas weit offen zu lassen für die kulturelle und wirtschaftliche Mitarbeit aller Mächte. Seine Beziehungen zu Mandschukuo seien dafür das beste Beispiel. So habe Japan dort im Juni 1936 auf seine Exterritorialitätsrechte verzichtet und im November 1937 die japanischen Verwaltungsrechte in dem Gebiet der Südmandschurischen Eisenbahn auf Mandschukuo übertragen. Die provisorische Autonome Chinesische Regierung in Peking setzt die revidierten Aus- und Einfuhrzölle in Kraft, mit deren Senkung am 16. Dezember eine Kommission „im Interesse der notleidenden Bevölkerung Nordchinas" beauftragt worden war. Die Senkung ist in Japan mit Befriedigung aufgenommen worden, da die Ausfuhrzollherabsetzung die Rohstoffversorgung Japans preislich wesentlich verbessern dürfte und die Senkung der Einfuhrzölle den nordchinesischen Markt für wichtige japanische Waren öffnen wird. Für die Kunstseidenindustrie ist der Zollsatz für 100 kg von 120 auf 31 Yuan herabgesetzt worden. Die Liste der Einfuhrzoll-Änderung ist auf diejenigen Waren abgestimmt, die Japan leicht liefern kann. Die chinesische Regierung verschifft für 30 Mill. Yuan Silber an die Bank von England. Der Gesamtwert der chinesischen Silberverschiffungen in den letzten drei Monaten wird auf 320 Mill. Yuan geschätzt.
23. Januar	Nach dem jetzt vorliegenden Bericht über die Zolleinnahmen Chinas sind diese 1937 trotz des Konfliktes mit Japan höher als im Vorjahr gewesen (342,9 Mill. Yuan 1937 gegen 324,63 Mill. Yuan 1936). Die Einnahmen für die ersten sieben Monate des Jahres 1937 (262,26 Mill. Yuan) sind eine Rekordeinnahme für einen Siebenmonate-Zeitraum und berechtigen zu der Annahme, daß die Rekordeinnahmen des Jahres 1931 in Höhe von 388,51 Mill. Yuan 1937 übertroffen worden wären, wenn die Feindseligkeiten nicht ausgebrochen wären.
24. Januar	*Die chinesische Regierung gibt bekannt, daß die scheinbar einen weiten Spielraum lassenden Grundbedingungen Hirotas vom 22. Januar in Wirklichkeit so umfassend seien, daß sie die chinesische Souveränität und die verwaltungsmäßige und territoriale Unversehrtheit Chinas verletzten. Die Regierung bedaure die japanische Erklärung vom 16. Januar, mit der Japan die diplomatischen Beziehungen praktisch abgebrochen habe, ohne daß die japanische Regierung der chinesischen die von dieser für notwendig gehaltenen Erklärungen zu den Grundbedingungen gegeben habe.*
26. Januar	Die Bank von Japan gibt für 300 Mill. Yen 3½ %ige Schatzanweisungen zum Kurse von 98,5 aus (Laufzeit bis März 1949). 50 Mill. Yen sind vom Depositenbüro des Finanzministeriums übernommen worden.
27. Januar	Die Japaner öffnen die Banken in Tsingtau. Die Banknoten der Bank von Japan, der Bank von Korea und der Bank von Osthopei gelten als gesetzliche Zahlungsmittel. Der chinesische Yuan wird gegen diese Noten zu pari getauscht. Die Regierung der UdSSR. gibt der japanischen Postverwaltung bekannt, daß jeder direkte oder auf dem Transitwege erfolgende Austausch von Postsachen zwischen beiden Staaten von heute ab aufgehoben wird, da sowjetrussische Postsendungen wiederholt von den japanisch-mandschurischen Behörden zurückgehalten bzw. beschlagnahmt worden seien. Damit ist der Transitpostverkehr zwischen Europa und Japan via Sibirien gesperrt.
1. Februar	Die japanische Regierung führt durch Verordnung den Beimischungszwang für Baumwollgarne und -gewebe (mindestens 30 % Zellwolle) ein. Die Beimischung von Zellwolle zu Wollgeweben wird verschärft.

4. Februar	Das Planamt des japanischen Kabinetts berät einen großangelegten Plan der Errichtung einer zentralen japanischen Gesellschaft für die Erschließung Nordchinas. Die Gesellschaft soll ein Kapital von 300—400 Mill. Yen erhalten und nicht mit der Südmandschurischen Eisenbahn-Gesellschaft (Mantetsu) bzw. der Kochu Koshi K. K. (Nordchina-Erschließungsgesellschaft) identisch sein. Die Vorschläge dieser Gesellschaft haben keinen Beifall gefunden, da in ihnen nicht genügend der politische Unterschied zwischen Mandschukuo und Nordchina berücksichtigt worden ist.
8. Februar	*Die chinesische Regierung verlegt ihren Sitz von Hankau nach Tschunking.*
10. Februar	Der Sprecher des chinesischen Finanzministeriums erklärt, die chinesische Regierung erkenne die Zollsenkungen der provisorischen autonomen Regierung von Nordchina in Peking nicht an. Die Zollsenkungen wirkten sich ausschließlich zum Vorteil der japanischen Ausfuhr aus und setzten zugleich die Einnahmen des chinesischen Seezollamtes herab.
11. Februar	Wiedereröffnung der Eisenbahnlinie Tsingtau-Tsinan-Tientsin durch die Japaner unter Verwaltung der Südmandschurischen Eisenbahn-Gesellschaft.
15. Februar	Die Bank von Japan gibt für 300 Mill. Yen 3½%ige Schatzanweisungen zum Kurse von 98 aus (Laufzeit bis Juni 1955). Sie wird einen kleinen Teil davon dem Publikum durch die Postanstalten zum Verkauf anbieten. 50 Mill. Yen übernimmt das Depositenbüro des Finanzministeriums.
18. Februar	Der dem 73. japanischen Reichstag vorzulegende Kriegs-Ergänzungs-Haushalt beträgt 4850 Mill. Yen. Die Bewilligungen des japanischen Reichstags für das Sonderkonto „Chinesischer Zwischenfall", wie sie unter dem 30. Juli und dem 10. September gewährt wurden bzw. jetzt vorgesehen sind, betragen somit insgesamt 7641 Mill. Yen. Auch bei den neuen 4850 Mill. Yen wird die Deckung zu 90% durch Schatzanweisungen erfolgen; nur 300 Mill. sollen aus Steuererhöhungen, 90 Mill. aus Sonderguthaben und 10 Mill. aus dem Tabakmonopol gewonnen werden. Der normale Staatshaushalt enthält außerdem einen Voranschlag von 1241 Mill. Yen für Wehrmachtausgaben. Nach einer englischen Pressemeldung aus Tokio soll der Feldzug in China bis zum 31. Dezember 1937 2540 Mill. Yen gekostet haben.
20. Februar	*Der Führer und Reichskanzler gibt im Deutschen Reichstag eine Erklärung zum Fernost-Konflikt ab, in der er nochmals den deutschen Neutralitätsstandpunkt festlegt, die Linie des Antikomintern-Abkommens hervorhebt und die bevorstehende Anerkennung Mandschukuos durch Deutschland verkündet. Deutschland habe in Ostasien keine territorialen Interessen.*
25. Februar	Die chinesische Regierung kündigt für den 14. März 1938 eine Einschränkung des freien Devisenverkehrs an. Der Verkauf von Devisen wird bei der Central Bank of China in Hankau zentralisiert. Die chinesische Regierung sieht sich dazu durch die bevorstehende Errichtung einer Zentralnotenbank für Nordchina in Peking genötigt.
27. Februar	*Kämpfe am Gelben Fluß um den Besitz der Lunghai-Eisenbahn.*
1. März	**Eröffnung der Zentralnotenbank für Nordchina in Peking und Tientsin.** Die provisorische chinesische Nordregierung übernimmt von dem Gründungskapital von 50 Mill. Yuan (= Yen) die Hälfte, die für ihre Rechnung von der Bank of Korea, der Japan Industrial Development Bank und der Yokohama Specie Bank geleistet wird. Um dem neuen Noteninstitut einen Deckungsfonds zu beschaffen, sind ihm die Silbervorräte aller Banken in Peking und Tientsin zuzuführen.

SCHRIFTTUM

Otto Pfleiderer: Pfund, Yen und Dollar in der Weltwirtschaftskrise. Monetäre Konjunkturpolitik in Großbritannien, Japan und den Vereinigten Staaten, ihre volks- und weltwirtschaftliche Bedeutung, 4. Heft der Schriften zum wirtschaftlichen Schicksal Europas, I. Teil: Arbeiten zur europäischen Problematik, Junker & Dünnhaupt Verlag, Berlin 1937, VIII, 256 S. RM. 14.00.

Eine bewundernswerte Arbeitsleistung steckt hinter dieser Studie, die — obgleich bereits 1935 abgeschlossen — angesichts der unverminderten Bedeutung der staatlich monetären Konjunkturpolitik hohen Gegenwartswert besitzt. Hier wird wirklich einmal das „Komplexe" der Fragestellung gemeistert, wie es sich durch die Standortwahl des Betrachters in der Nähe der Zentralnotenbank und des Staatshaushaltes ergibt. Ohne ins Uferlose zu gleiten, sind Geld- und Währungstheorie, Zinspolitik, Geldumlauf, Kreditmarktlage, Außenhandel, Kostenniveau, Arbeitslosigkeit, Produktionsvolumen, Rentablität, Staatsfinanzen, Preise und Löhne, Bevölkerungsprobleme usw. in ihrem wesentlichen Gehalt berücksichtigt, und auch Sekundärwirkungen, wie etwa die Währungsreform Chinas auf Grund der Rooseveltschen Silberpolitik, werden sinnvoll einbezogen. Dies und die bewußte Beschränkung auf die „drei exemplarischen und weltwirtschaftlich bedeutsamsten Fälle der Abwertung des englischen Pfundes, des USA-Dollars und des japanischen Yen" (zwei Gläubigerländer, ein Schuldnerland) geben der Schrift weltwirtschaftliche Abrundung und theoretische Tiefe.

Für staatenwirtschaftliche Arbeiten wie etwa die Untersuchung Ernst Samhabers und die fernöstliche Finanzchronik Arnold Seiferts im vorliegenden Heft ist Pfl.s Buch ein wertvoller Handapparat für Vergleich und Vertiefung. Freilich hemmt die minutiöse Darstellungsart und die unwillkürliche Überbetonung der monetären Lösungsmöglichkeiten unserer Weltwirtschaftsnöte etwas die „dynamisch"-politische Sicht, die allein den Blick auf die durch die Abwertungen so gut wie nicht geförderte Überwindung struktureller Schwierigkeiten öffnet. Wir vermissen z. B. eine schärfere Hervorhebung des Vordringens des autoritären Gedankens, der sich auch in den Währungsmanipulationen derjenigen Staatsmänner äußert, die Pfund, Dollar und Yen mit dem Einsatz von Interventionsreserven auf grundsätzlich noch freiem Devisenmarkt lenken. Die von Roosevelt mit der *Gold Reserve Act* vom 30. Januar 1934 durchgeführte Enteignung der gesamten Goldbestände des Bundesreservesystems zugunsten der Bundesregierung gegen Gold-Zertifikate ist u. E. nicht allein damit erklärt, daß der Präsident den aus einer Neubewertung der Goldbestände sich ergebenden, einmaligen Buchgewinn zur Schaffung eines Reservefonds der Bundesfinanzen „appropriieren" wollte. Auch die in England bis heute heftig diskutierte Unterstellung des *Exchange Equalisation Account* unter die alleinige Verantwortung des Schatzamtes bei Befreiung von allen Publizitätspflichten, Ausschaltung der Bank von England und Beseitigung der parlamentarischen Kontrolle deuten auf neuartige Bestimmungsfaktoren in der Entwicklung, die auch und ausführlich in den Bereich solcher wissenschaftlicher Untersuchungen gehören; erst damit wird der Anspruch „politisch-bezogener" Wissenschaft erfüllt. —sft—

Albert Prinzing: Wirtschaftslenkung — Das australische Beispiel. 6. Heft der Schriften zum wirtschaftlichen Schicksal Europas, II. Teil: Arbeiten zur deutschen Problematik. Junker & Dünnhaupt, Verlag, Berlin 1937, XI, 192 S., RM. 9.00

„Wie heute wirtschaftspolitisch der überseeische Landwirt der eigentliche Schicksalsgenosse des deutschen Bauern ist, so wachsen auch in der Übersee, nicht im außerdeutschen Europa die großen Beispiele totaler staatlicher Wirtschaftslenkung heran, die mit den neuen deutschen Wirtschaftsdenken wenigstens die beiden entscheidenden Züge des Antiliberalismus und des Antibolschewismus gemein haben", sagt Carl Brinkmann einführend zu diesem Buch, das eine behende Monographie der australischen Binnen- und Außenwirtschaft ist, die sich in entscheidenden Teilen auf D. B. Copland's „Australia in the world crisis 1929 bis 1933" (Cam-

bridge 1934) stützt. Die eigenartige Anlage läßt vermuten, daß ursprünglich nur dies beabsichtigt war und erst die mit dem deutschen Umbruch in den Mittelpunkt der Forschung rükkenden Fragestellungen dazu führten, das australische Beispiel in die gesamte Problematik der totalen staatlichen Wirtschaftslenkung zu kleiden. Wenn dem so ist, so liegt einer der seltenen Fälle vor, in denen das Wagnis gelungen ist.

Dieses Urteil ist mit einer Einschränkung zu verstehen: Nicht in der Beschreibung, wohl aber im Fazit sucht Pr. allen Ursprung staatlicher Lenkung in der Rassenpolitik des „weißen Australien" bzw. noch enger in der Politik des „Australiens der Angelsachsen". Hier fehlt die Beweisführung, offensichtlich aus Mangel an Sorge um die Begriffsbestimmung dieser „Rassenpolitik", die zumindest als etwas der deutschen Ähnliches unterstellt wird. Methodisch wird im Buch „Rassenpolitik" nur als Prämisse allgemeinster Art verwandt, eine Darstellung einer bewußten rassenpolitischen Ausrichtung auch der kleinsten Einheiten australischen wirtschaftlichen und völkischen Geschehens wird nicht unternommen. Sie dürfte auch — trotz der nicht zu leugnenden Beeinflussung der Wirtschaftspolitik durch die Einwanderungspolitik gegenüber den Farbigen und einer Reihe von weißen Nationen — schwerlich gelingen. Der Eindruck des Gewollten der Herleitung verschärft sich dadurch, daß eine plausiblere Deutung nebenherläuft: die Entstehung der neuen Organisationsform der australischen Wirtschaft aus dem politischen Willen einer „ganz neuen, überparlamentarischen und auch überbürokratischen, dafür aber stark wirtschaftswissenschaftlich bestimmten Führerschicht", wie sie Carl Brinkmann umschreibt. Der Verfasser selbst gibt dieser Schicht das einem Ausspruch Roosevelts entnommene Prädikat „brain-trust", und über den politischen Standort dieses „brain-trust" sagt er: „Da es in Australien gegenüber der Parteienvielheit keine klare Verantwortung gibt, sehen wir die sonderbare Unverantwortlichkeit der politischen Führerschicht gegenüber irgendeiner Institution. Diese Schicht wird aber vom Vertrauen des Volkes getragen. Es ist eine angelsächsische Eigenart, in die Haltung der führenden Männer über alle Parteigrenzen hinweg so viel Vertrauen zu setzen, daß diese, auch ohne einer Institution direkt verantwortlich zu sein, ihre Machtmittel nur zum Wohle der Gesamtheit gebrauchen." Das ist eine dem Rassischen und Volkstumhaften viel näherstehende Deutung.

Das — in einer bestechend sauberen wissenschaftlichen Manier — über die australische Lenkung Gesagte ist frappant in seiner augenfälligen Verwandtschaft mit kontinentaleuropäischem Geschehen. Auch das im vorliegenden Heft über Neuseeland Berichtete findet verblüffende Bestätigungen im Nachbarland; offenbar ist man in Neuseeland in der Ausfuhrlenkung und auch in der Klarheit der theoretischen und politischen Fundierung der Methoden schon weiter. Pr. unterscheidet in Australien vier interdependente Lenkungsmittel: die Lohnkontrolle, die Außenhandelskontrolle mit einer Einfuhrzollkontrolle und Ausfuhrkontrollämtern für Molkereiprodukte, Früchte, Wein und Weizen (auf halb genossenschaftlicher Basis und vorwiegend noch ohne inneraustralische Marktregelung), die Schuldenkontrolle und die Währungskontrolle. Bei den Ausfuhrkontrollämtern, denen der Verfasser — ähnlich, wie wir für Neuseeland —, eine große handelspolitische Aufgabe zuspricht, fehlt uns der Hinweis, daß sie ihre Bewährung erst auf nichtenglischen Absatzfeldern erbringen müssen. Z. B. gilt für australische Butter wie für neuseeländische, daß zunächst nur der englische Markt unter Kontrolle steht: „Die Bestimmungen gelten nicht für den Butterexport nach Gebieten östlich des 180. Grades östlicher Länge."

In ihrer stets klaren Gedankenführung wird die Arbeit Wesentliches beitragen nicht nur zur Kenntnis der australischen Lage und des Wirtschaftsgefüges des Britischen Weltreiches (dem der ganze zweite Teil in Verbindung mit einer Würdigung der Ottawa-Verträge gewidmet ist), sondern auch zur Theorie der Außenhandelslenkung in der Staatenwirtschaft.

—sft—

Mitarbeiter dieses Heftes: Dr. Ernst Samhaber, Berlin W 35, Bendlerstr. 38; M. Th. Strewe, China-Studien-Gesellschaft, Berlin W 15, Württembergische Str. 25; Schriftleitung: Schriftleiter Dr. Arnold Seifert, Leipzig S 3, Dohnaweg 11.

Das ganze Deutschland

Große geschichtliche Ereignisse erfassen die Menschen mit solcher Stärke, daß Vergangenheit und Zukunft darüber versinken. Das deutsche Volk wird am 10. April mit einer Stimme seinem Führer den Dank dafür aussprechen, daß er die Vereinigung dessen, was in Versailles vom kleindeutschen Reich geblieben war, mit dem, was in St. Germain von Österreich geblieben war, vollzogen hat, ohne daß ein Tropfen Blutes geflossen wäre, ohne daß eine der vielen Spannungen, die in der europäischen Politik vorhanden sind, Gelegenheit bekommen hätte, sich auf deutschem Boden zu entladen. Der cauchemar des coalitions, von dem Bismarck gegenüber dem Grafen Schuwalow sprach, ist ein ständiger Begleiter gerade der größten unter den deutschen Staatsmännern. Die Lage des deutschen Raumes in der Mitte Europas mit allen fruchtbaren Möglichkeiten, die sie mit sich bringt, hat zur Folge, daß keine große Bewegung von deutscher Seite geschehen kann, ohne daß die Interessen fast aller europäischen Völker mittelbar oder unmittelbar berührt würden. Ungeschickte Handhabung der deutschen Politik hat mehr als einmal dazu geführt, daß Deutschland zum Schlachtfeld Europas wurde, selbst wenn der Anlaß zur Auseinandersetzung in fremden Bereichen gelegen war. Umgekehrt ist es z. B. eine der größten staatsmännischen Leistungen des Prinzen Eugen, daß er das Zusammenfließen des Spanischen Erbfolgekriegs und des Nordischen Kriegs auf dem Boden des Reiches verhindert hat. Die schnelle militärische Erledigung der gestellten Aufgaben in den Jahren 1866 und 1870 ist das Verdienst Moltkes und Roons. Die Leistung Bismarcks bestand darin, daß es ihm gelungen war, die Kriegsgebiete diplomatisch zu isolieren. Man hat diese Leistung eine Zeitlang als eine Selbstverständlichkeit hingenommen, die Rückschau erst erkennt, wie ungerecht ein solches Urteil war. In gleicher Weise werden erst spätere Zeiten ganz ermessen können, welches Maß von außenpolitischem Instinkt, von Sicherheit des Urteilens und des Handelns und von diplomatischem Geschick dazu gehörte, eine solche Steigerung der deutschen Macht in Europa, wie sie im März 1938 vollzogen worden ist, zu erreichen, ohne daß die große Koalition gegen das deutsche Volk, die als Möglichkeit in jedem Augenblick der europäischen Geschichte vorhanden ist, Zeit hatte, sich zu bilden.

Wenn man im Ausland den Willen hätte, geschichtlich zu denken, dann würde man freilich sehen, daß die Rückkehr der alten Ostmark ins Reich nur eine Wiedergutmachung dessen ist, was in den letzten fünf Jahrhunderten an der Einheit des deutschen Volkes gesündigt wurde. Im Ausland aber weiß man wenig von der deutschen Geschichte. Das beruht zum Teil auf bösem Willen, zum Teil auf Unkenntnis, zu einem gewissen Teil freilich auch darauf, daß die deutsche Geschichtswissenschaft des 19. Jahrhunderts bei aller persönlichen Größe einzelner ihrer Vertreter versäumt hat, auch dem deutschen Volk selbst ein Bild von der Tiefe und Hintergründigkeit der deutschen Entwicklung einzuprägen. Die Schaffung eines wahrhaft deutschen Geschichtsbildes ist auch heute noch eine Aufgabe.

Die deutsche Entwicklung seit dem Zusammenbruch der mittelalterlichen Kaisermacht hat sich Jahrhunderte hindurch in Sonderbildungen ausgelebt. In den beiden größten dieser Sonderbildungen wuchs die Neigung, den Teil für das Ganze zu setzen; in der Erfüllung einer preußischen oder einer österreichischen Sendung den Vollzug der deutschen Aufgabe zu sehen. Die beliebten Gegenüberstellungen: Friedrich der Große oder Maria Theresia, Schwarzenberg oder Bismarck sind heute überwunden. Durch den Zusammenbruch der Dynastien wurde der Aufbau eines gesamtdeutschen Staates möglich, an dem der gute Wille des nationalen Aufbruchs von 1848 gescheitert war.

Freilich haben die geschichtlichen Umwege, die seit 1848 gegangen wurden, vielleicht gegangen werden mußten, wertvolles Blut gekostet. Die Prophezeiung eines schlichten österreichischen Abgeordneten vom 11. Januar 1849, daß die Österreicher kommen würden, aber vielleicht nicht mehr alle, hat sich bewahrheitet. Vergleicht man den Raum, aus dem im Jahr 1848 Abgeordnete zur deutschen Nationalversammlung entsandt wurden, mit dem Raum, der heute zum Großdeutschen Reichstag wählen darf, so empfindet man schmerzliche Lücken, im Westen wie im Süden und im Osten. Aber wenn wir auch sowohl am westlichen wie am südlichen Grenzsaum gegenüber dem Romanentum deutsche Volksgenossen wissen, denen die Vereinigung mit dem Reich durch staatliche Notwendigkeit versagt ist, wenn wir in manchen Bereichen des Ostens auch noch die Hoffnung haben, durch friedlichen Ausgleich bessere Lösungen für unsere Volksgenossen jenseits der Grenze erzielen zu können, so erscheint doch heute auf den Karten ein Deutschland, das die Ganzheit seiner Stämme verkörpert, auch wenn an dieser oder jener Stelle des Grenzumzugs noch Wunden oder Narben bestehen.

Jetzt erst ist deutsche Geschichte wieder in vollem Sinn zur Reichsgeschichte geworden, mit allem, was die Tradition eines tausendjährigen Reiches der Vergangenheit für den Aufbau des Kommenden bedeutet. Jetzt gibt es auch für das übrige Europa keinen Weg mehr, der um das deutsche Volk herum in die Zukunft führte!

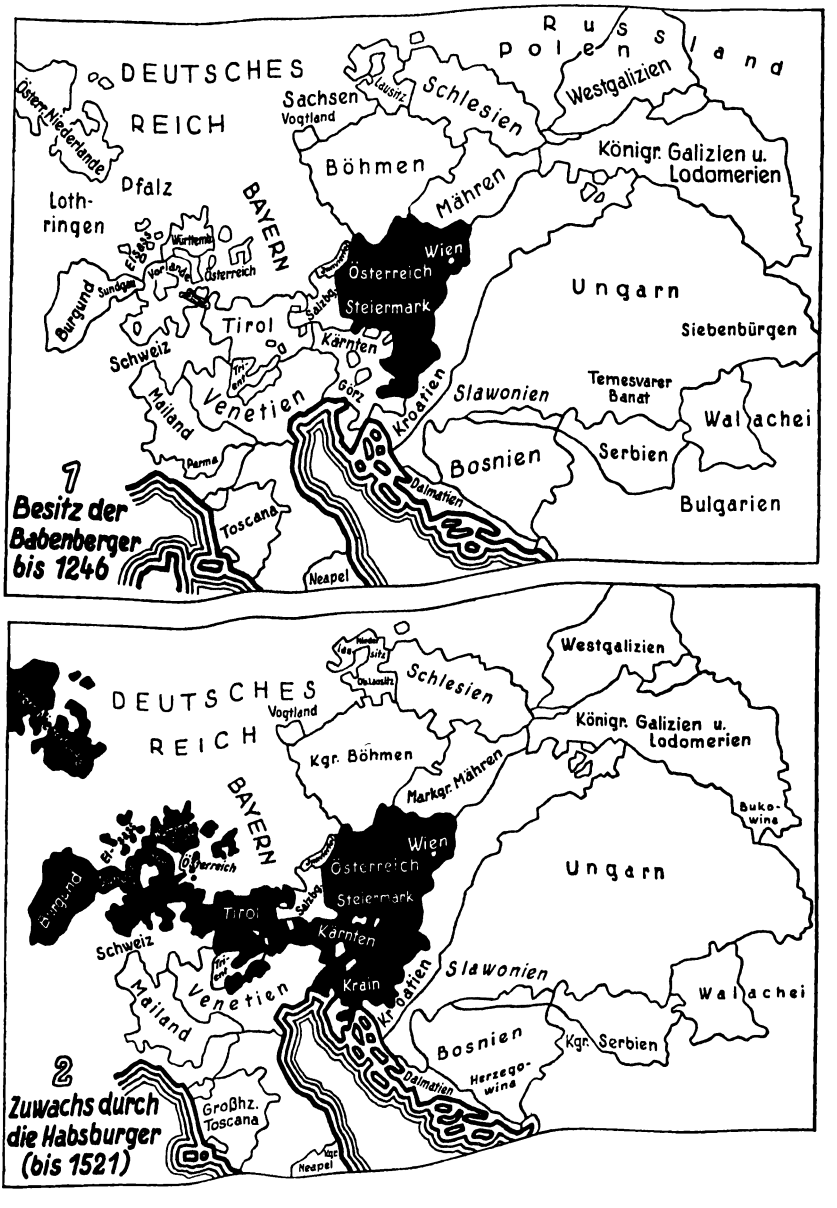
Österreichs Raumwanderung in der Geschichte

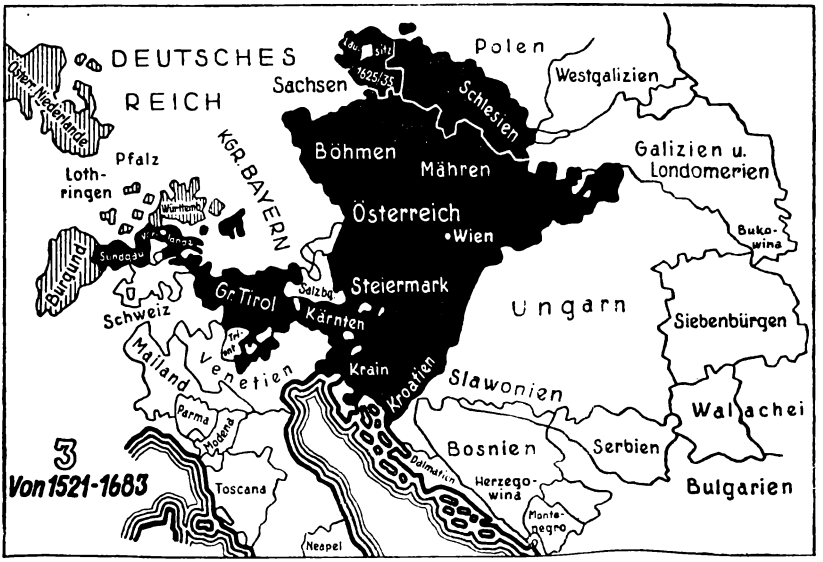
Wir entnehmen diese Kartenfolge dem Beitrag H. Steinacker: Auswirkungen des Raumes in der österreichischen Geschichte in unserem Österreich-Heft (VIII. Jg. 1931, Heft 1, S. 44 ff.), auf das auch der folgende Beitrag Bezug nimmt. Die ausführlichen Erläuterungen bitten wir dort nachzulesen. Hier geben wir einen Auszug:

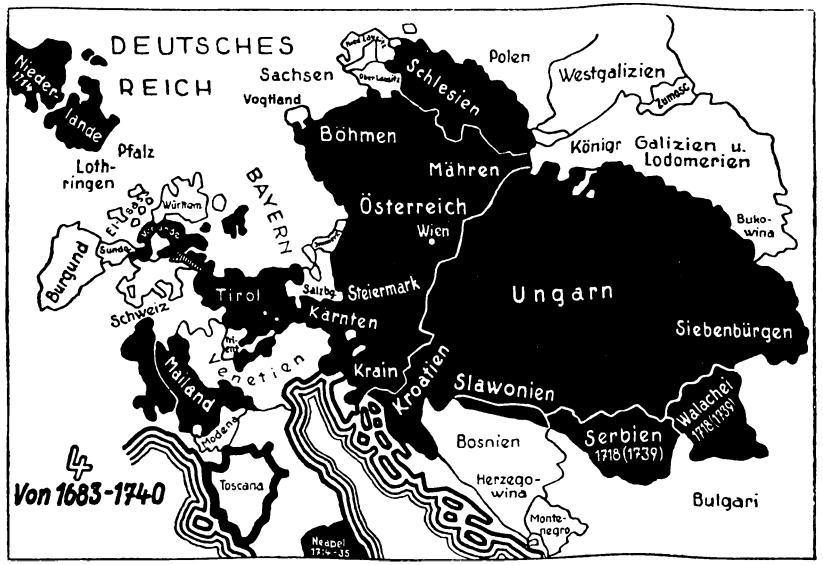
Die Karten deuten in durchgängig gleichbleibendem Bilde alle Gebiete an, die je zu Österreich gehörten (Sizilien und der größte Teil von Neapel fehlen, um den Maßstab, bei dem ohnehin viele Einzelheiten verschwinden, nicht noch mehr verkleinern zu müssen). Auf jeder Karte ist der in den betreffenden Zeitraum fallende Zuwachs schwarz, der Abgang gestrichelt gegeben. Bei Gebieten, wo beides in einen Zeitraum fällt, ist wenigstens das Jahr des Abgangs zugesetzt.

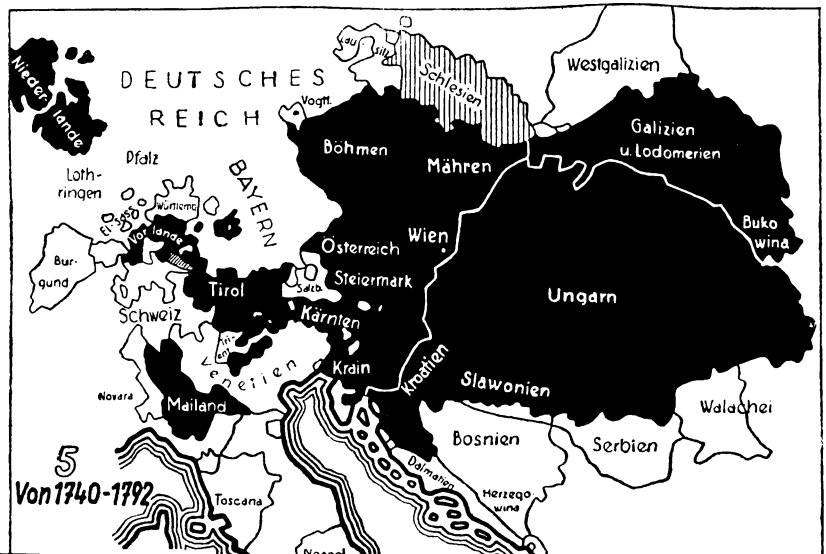
Das Österreich, das jetzt Bestandteil des großdeutschen Reiches wurde, entspricht etwa dem Territorium der Babenberger mit einem kleinen Verlust im Süden, aber einem Zuwachs um Kärnten, Salzburg, Tirol (ohne Südtirol) und Vorarlberg.

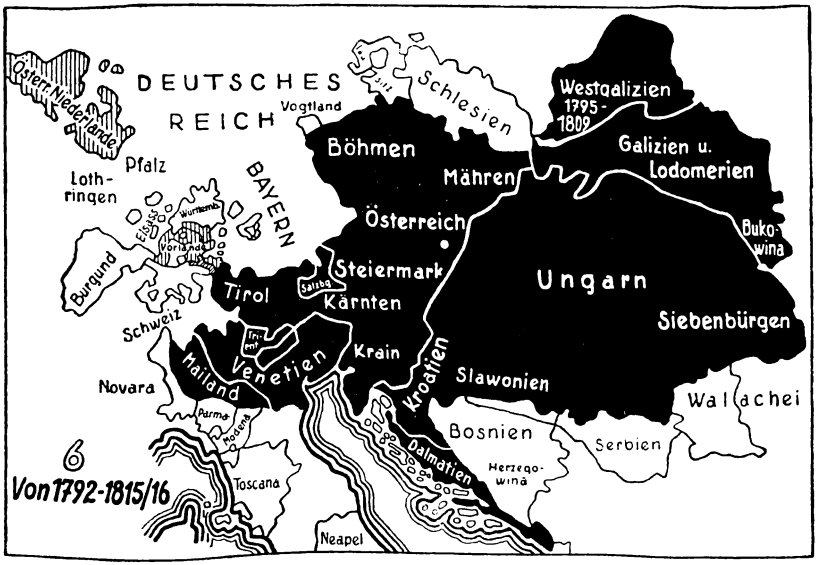
Die Schriftleitung.

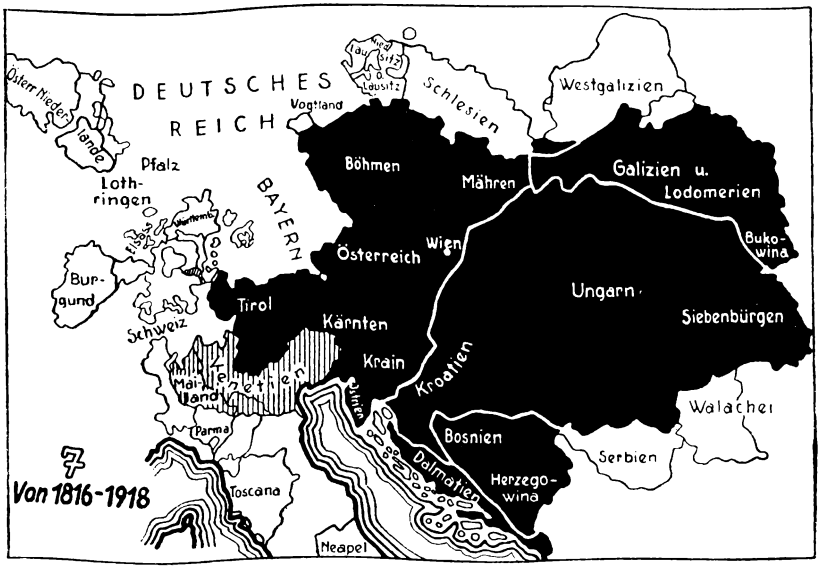


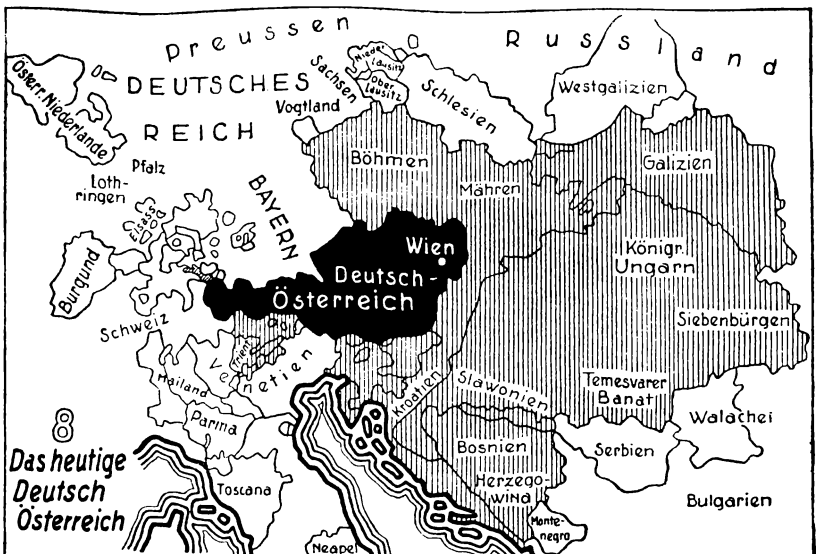

DEUTSCHES
REICH
Sachsen
Polen
Westgalizien
Schlesien
Böhmen
Mähren
Galizien u.
Londomerien
Österreich
•Wien
Buko-
wina
KGR. BAYERN
Pfalz
Loth-
ringen
Württemb.
Burgund
Schweiz
Gr. Tirol
Salzbg.
Steiermark
Kärnten
Ungarn
Siebenbürgen
Mailand
Venetien
Krain
Kroatien
Slawonien
Wallachei
Parma
Modena
Bosnien
Serbien
Dalmatien
Herzego-
wina
Monte-
negro
Bulgarien
Toscana
Neapel
3
Von 1521-1683


DEUTSCHES
REICH
Sachsen
Voqtland
Polen
Schlesien
Westgalizien
Zamosc
Böhmen
Mähren
Königr. Galizien u.
Lodomerien
Österreich
Wien
Buko-
wina
BAYERN
Pfalz
Loth-
ringen
Elsass
Württem.
Burgund
Schweiz
Tirol
Salzbg.
Steiermark
Kärnten
Ungarn
Siebenbürgen
Mailand
Venetien
Krain
Kroatien
Slawonien
Walachei
1718/1739
Serbien
1718 (1739)
Modena
Bosnien
Herzego-
wina
Monte-
negro
Bulgari
Toscana
Neapel
4
Von 1683-1740


DEUTSCHES
REICH
Schlesien
Westgalizien
Vogtl.
Böhmen
Mähren
Galizien
u. Lodomerien
Pfalz
Loth-
ringen
BAYERN
Württemb.
Wien
Buko
wina
Österreich
Bur-
gund
Tirol
Steiermark
Ungarn
Schweiz
Kärnten
Krain
Kroatien
Slawonien
Novara
Mailand
Venetien
Walachei
Bosnien
Serbien
Dalmatien
Herzego
wina
Toscana
5
Von 1740-1792


DEUTSCHES REICH
Österr. Niederlande
Vogtland
Schlesien
Westgalizien 1795-1809
Böhmen
Mähren
Galizien u. Lodomerien
Pfalz
Loth-ringen
BAYERN
Österreich
Bukowina
Burgund
Elsass
Württemb.
Vorarlberg
Tirol
Salzbg.
Steiermark
Kärnten
Ungarn
Siebenbürgen
Schweiz
Krain
Venetien
Mailand
Kroatien
Slawonien
Walachei
Novara
Parma
Modena
Bosnien
Serbien
Dalmatien
Herzego-wina
Toscana
Neapel
6
Von 1792-1815/16


DEUTSCHES REICH
Österr. Niederlande
Vogtland
Schlesien
Westgalizien
Böhmen
Mähren
Galizien u. Lodomerien
Pfalz
Loth-ringen
BAYERN
Österreich
Wien
Bukowina
Burgund
Elsass
Württemb.
Tirol
Kärnten
Ungarn
Siebenbürgen
Schweiz
Krain
Venetien
Mailand
Kroatien
Illyrien
Walachei
Parma
Bosnien
Serbien
Dalmatien
Herzego-wina
Toscana
Neapel
7
Von 1816-1918


preussen
Russland
DEUTSCHES REICH
Österr. Niederlande
Sachsen
Vogtland
Schlesien
Westgalizien
Böhmen
Mähren
Galizien
Pfalz
Loth-ringen
BAYERN
Wien
Deutsch-Österreich
Königr. Ungarn
Burgund
Elsass
Württemb.
Siebenbürgen
Schweiz
Venetien
Mailand
Kroatien
Slawonien
Temesvarer Banat
Walachei
Parma
Bosnien
Serbien
Herzego-wina
Bulgarien
Toscana
Monte-negro
Neapel
8
Das heutige Deutsch Österreich

ALBRECHT HAUSHOFER:
Ein Volk, ein Staat!

Die Zeitschrift für Geopolitik brachte im Januar 1931 ein Österreich-Heft heraus, dessen einleitenden Aufsatz wir — ohne Zusatz und Streichung — noch einmal zum Abdruck bringen. Wir tun das aus dem Bewußtsein einer niemals verleugneten und niemals unterbrochenen gesamtdeutschen Haltung heraus — auch wenn der eine oder andere Satz, geschrieben unter den Umständen des Winters 1930/31, im Frühling 1938 nicht mehr zutreffend oder verständlich ist. Damals: ein unter Reparationen stöhnendes, nicht aufgerüstetes Reich ohne einheitliche Führung; eine volksfremde Wirtschaftsführung, die in immer höherem Maße staatliche Funktionen an sich riß, eine Verfassung, die schnellen Entschluß nicht erlaubte. Dazu der ständige Einfluß fremder Mächte im deutschen Raum, ausgeübt mit den Mitteln des Staates, der Wirtschaft und der öffentlichen Meinung — kurzum jener Zustand deutschen Lebens der Nachkriegszeit, den die jüngste Generation, die am 10. April zur Abstimmung antritt, sich überhaupt nicht mehr vorstellen kann. Damals mochte im Gedanken an den Anschluß manche Sorge ausgesprochen werden, die heute sinnlos und wesenlos wäre. Aus dem Abstand dessen, was damals zu sagen nötig war, von der heutigen Wirklichkeit läßt sich auch für den Nachdenklichsten ein Maßstab für das gewinnen, was in den letzten Jahren vom Führer geleistet worden ist.

Gedanken zur Gliederung Großdeutschlands

Die meisten Beweisführungen, ob wissenschaftlicher oder politischer Art, gründen sich auf stumme Voraussetzungen. Daraus entstehen sehr viele Mißverständnisse. Um wenigstens einen Teil davon von vornherein auszuschalten, seien zunächst einige der Voraussetzungen, von denen wir ausgehen, genannt; auch solche, die man sonst gern unausgesprochen läßt.

Als erste: Das gesamtdeutsche Bewußtsein, das zwischen Staats- und Volkszugehörigkeit scharf unterscheidet, innerhalb des Volkes aber keinen Unterschied macht, ob einer aus Flensburg oder aus Klagenfurt, aus Eupen oder aus Hermannstadt kommt — dieses gesamtdeutsche Bewußtsein, das noch 1918 im Reich in beklagenswerter Weise gefehlt hat, ist heute deutsches Gemeingut.

Als zweite: Die Vereinigung der im geschlossenen Siedlungsgebiet lebenden Deutschen in einem Staat ist wünschenswert. Das Hauptstück dieser Vereinigung ist der Zusammenschluß Österreichs mit dem jetzigen deutschen Reichskörper. Statt „Zwei Staaten, ein Volk" (Schober) soll es einmal heißen dürfen: Ein Volk, ein Staat.

Als dritte: Ob der Anschluß innerhalb der heutigen europäischen Ordnung durchführbar ist oder nicht, bleibt eine offene Frage. Es soll an dieser Stelle nicht versucht werden, sie zu beantworten.

Als vierte: Gleichviel, wie man die Möglichkeiten der Durchführung von außen her beurteile, darf im innerdeutschen Bereich nichts geschehen, was sie von innen her unmöglich macht oder wesentlich erschwert.

Diese vier Punkte werden im folgenden vorausgesetzt. Es bleibt höchstens zu sagen, daß wir sehr wohl wissen: Es gibt Widerspruch gegen diese Punkte nicht nur

im Ausland, sondern auch in Österreich und im Reich. Der Widerspruch wird auch dann nicht unterschätzt, wenn er aus guten Gründen stumm bleibt oder höchstens im Gespräch die Formel findet: Immer davon reden, nie daran denken! Oder wenn ohne Bedenken veränderlichen privatwirtschaftlichen Interessen der Vorrang vor bleibenden volkspolitischen gegeben wird.

Nur wer gewillt ist, auch die vierte Voraussetzung nicht nur theoretisch gelten zu lassen, wird fruchtbaren Widerspruch melden können. Damit kommen wir zum Thema. Es will uns scheinen, als ob erhebliche meinungsbildende Teile des deutschen Volkes im Reich und seiner führenden Schichten die vierte Voraussetzung zwar bejahen, in der Praxis aber keineswegs die Folgerungen ziehen. Es wird oft genug davon gesprochen, daß das heutige Reich ein verstümmelter Teilkörper sei; es steht im Widerspruch dazu, wenn dann gehandelt wird, als ob es ein organisches Ganzes wäre.

Hier ist nicht der Ort aufzuzeigen, wie häufig dieser Widerspruch sichtbar wird; noch weniger kann die Aufgabe sein, zu sagen, wie er im Fall dieses oder jenes Gesetzes hätte vermieden werden können. Es kommt gerade jetzt auf die große Linie an; Umbauten des reichsdeutschen Staatskörpers stehen bevor: so muß deutlich gesagt werden, nach welcher Art von Bauplan allein der gesamtdeutsche Bau der Zukunft gedeihen kann.

Geographie und Geschichte haben bewirkt, daß auch der jetzige Reichskörper Teile von recht verschiedenem Eigenleben enthält. Die unbestrittene Tatsache, daß man eine Reihe dieser Teileinheiten verschieden umgrenzen kann, beweist nicht ihr Totsein oder Fehlen; und die Stimmkraft (im wörtlichen wie im übertragenen Sinn) ist keineswegs ein zuverlässiger Maßstab für die Stärke des Eigenlebens. Nirgends im Deutschen Reich, auch nicht im Bereich des altpreußischen Zentralismus, sind alte Gliederungen so völlig erstorben oder vielmehr erschlagen worden wie die französischen Provinzen nach 1789. Aber es gibt Abstufungen. Beweisbar sind sie nicht, denn Raumbewußtsein und (gleichzeitig sonderndes) Zusammengehörigkeitsgefühl sind keine mathematischen Größen. Aber es ist keine Kränkung, wenn man anerkennt, daß Schlesien mehr Eigengewicht nicht nur im Sinn der Wirtschaft hat als Pommern; wenn man feststellt, daß Württemberg eine stärkere Einheit ist als Baden; daß in Hannover mehr Gestaltungswille für einen Teilraum steckt als in Kassel, und daß Altbayern oder Westfalen sehr viel eigenwilliger sind als das Land der Ostsachsen zwischen Erfurt und Görlitz, Magdeburg und Plauen.

Der Geograph wird darin zum Teil die Wirkung von Hauptstadtnähe oder Hauptstadtferne sehen (Berlin ist schon für das heutige Reich eine exzentrische Hauptstadt; daher nur ungleichmäßig resorptionsfähig); zum Teil auch die Wirkung einzelner besonders einheitlicher und wirksamer Landschaften. Der Historiker wird den Einfluß des in Jahrhunderten deutscher Geschichte Gewordenen feststellen; der Mann der Wirtschaft die Korrekturen anbringen, welche sich aus der grundlegenden Umgestaltung ergeben, denen einzelne Teillandschaften des deutschen Raumes im Zeitalter der Industrie unterlegen sind. Alle werden die vorhandenen Unterschiede sehen. Wo sie die Grenze ziehen zwischen dem, was im gesamtdeutschen Interesse an Vereinheitlichung geschehen, was an Sonderwesen erhalten werden muß, bleibt meistens persönlichem Gefühl überlassen. Häufig auch mangelnder Kenntnis; — wie oft schreiben „Föderalisten", ohne diejenigen Teile Norddeutsch-

lands zu kennen, für die es neben der Willensbildung Berlins keine andere mehr gibt! Wie oft schreiben „Unitarier", ohne Altbayern oder die Hansestädte zu kennen! Unkenntnis und Gefühl sind unzuverlässige Führer. Reichsdeutsche Gliederung und Einheit können nur nach einem Maßstab in gültiger Weise geprüft werden: nach dem, der sich ergibt, wenn man fragt, ob er für Gesamtdeutschland paßt.

Der „Anschluß" ist das erste Hauptstück gesamtdeutschen Aufbaus. So heißt die Frage: In welchen Formen läßt sich das heutige Österreich samt Wien mit dem Reich zusammenschließen? Gestaltungen, die sich hierzu als unfähig erweisen, sind ungeeignet auch für reichsdeutschen Hausgebrauch.

Österreich und Wien verkörpern auch heute noch ein gewisses Maß von Macht und Einfluß im Alpen- und Donauraum. Es ist altes Erbe, das sich erhielt: heute vielleicht mehr die Erbschaft des Spätmittelalters als die der Habsburger nach den ungarischen Heiraten. Immerhin: auch davon ist noch manches lebendig; vieles, das dem Deutschtum des heutigen Österreich schädlich sein möchte; manches, das für eine größere gesamtdeutsche Einheit fruchtbar gemacht werden könnte. Noch immer lebt in Wien eine alte Tradition; eine Tradition, die der Berliner höchstens militärisch unterlegen, politisch zum mindesten gleich und kulturell vielleicht übergeordnet ist. Und noch immer lebt in den bajuvarisch besiedelten Alpenländern eine Eigengestaltung, die sicher nicht schwächer ist als die bayerische innerhalb des Reiches. Das sind Tatsachen. Man mag sie freundlicher oder weniger freundlich beurteilen — vorhanden sind sie. Die Wirkung des Anschlusses in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht ist in Österreich früher und folgerichtiger durchdacht worden als im Reich. Die Selbstverwaltungsorgane der österreichischen Wirtschaft sind sich darüber klar, daß ein recht erheblicher Teil ihrer Betriebe geschlossen werden müßte, sobald der Anschluß vollzogen wäre. Staat und Länder wissen, daß sie manches Recht, das ihnen selbstverständlich ist, zugunsten eines größeren Ganzen aufgeben müßten. Trotzdem bejahen sie den Zusammenschluß. Aber sie haben ein Recht darauf, daß ihnen nur soviel an Opfern abverlangt werde, als für das Ganze noch eben tragbar ist. Mehr werden sie nicht gewähren können, ohne die Sache selbst zu gefährden.

Die reichsdeutsche Entwicklung seit 1871 ist gekennzeichnet durch sich steigernde Zentralisierung. Man mag im Zweifel sein, ob diese Entwicklung innerhalb des jetzigen Rahmens sich weitertreiben läßt, ohne gefährliche Spannungen hervorzurufen. Wir nehmen hier nicht grundsätzlich Stellung. Aber es ist kaum möglich, Österreich und seinen Ländern eine geringere Summe innerstaatlicher Rechte vorzubehalten, als Bayern und Württemberg etwa gegenwärtig noch besitzen[1]). Im Gegenteil! Wien hat eine stärkere Stellung als Stuttgart oder München; wer sich dem Gewicht der Tradition und der mit Vorsicht zu wägenden Zahl verschließt, nehme einen Atlas zur Hand und betrachte die geographische Lage.

Schon die direkte Verbindung von Berlin nach München führt, wo nicht an der sudetendeutschen Volksgrenze, so doch hart an der tschechischen Staatsgrenze vorbei. Die direkte Linie von Berlin nach Wien geht mitten durch Böhmen; die

1) Wie sich diese Rechte dann zwischen Wien und den heutigen Länderregierungen verteilen, ist eine völlig andere Frage. Hier gibt es viele Möglichkeiten, deren Abwägen gegeneinander wir an dieser Stelle unterlassen dürfen. Auf die Summe territorialen Eigenlebens, nicht auf die Untergliederung kommt es an.

schnellste Verbindung läuft durch die mährische Senke. Nur über fremdes Volks- und Staatsgebiet ist die zweitgrößte deutsche Stadt von der größten aus zu erreichen, wenn man nicht einen großen Umweg nehmen will. Daran wird nicht nur die verhängnisvolle Zerlapptheit der volksdeutschen Ostgrenze sichtbar, sondern auch die seltsame Hauptstadtlage Berlins. Es ist verständlich, daß man sich über die Hauptstadtlage Berlins nach 1871 wenig Gedanken gemacht hat. Als Hauptstadt des unzerstückelten Preußens das Gegebene, bedurfte Berlin keiner Rechtfertigung, als es die Hauptstadt auch des kleindeutschen Reiches wurde. Die Zentralisierung konnte sogar stillschweigend verschärft werden, ohne die Lagenungunst Berlins als Hauptstadt stärker hervortreten zu lassen. Für einen gesamtdeutschen Staatskörper liegen die Dinge anders: Um Wien von Berlin aus zu regieren, bedarf es längerer Zügel, als wenn man es nur mit Köln und München zu tun hat; und es wird einer über den altpreußischen wie über den neupreußischen Rahmen hinausgreifenden Staatskunst bedürfen, um die Aufrollung der Hauptstadtfrage für ein großdeutsches Reich zu verhindern.

Die territoriale Zerschneidung und die Zerrüttung des Volkskörpers durch Abwanderung und Vertreibung von Hunderttausenden aus Posen und Westpreußen haben den preußischen Nordosten geschwächt. Es ist nötig, dem Nordosten die wenigen Ansatzpunkte starker Wirtschaftskraft zu erhalten, die er besitzt. Zu diesen gehört Berlin; es wäre gefährlich, wenn seine Stellung als Hauptstadt für die Zukunft gefährdet würde durch Mißverstehen dessen, was Altdeutschland an Rhein und Donau nötig hat. Zu Altdeutschland gehört auch Österreich: es vertritt eine ältere Kolonialschicht als Preußen, und hat, vom Reich getrennt, auch manches neuere Kulturgut bewahrt, das dadurch eigenwilligere Prägung gegenüber Berlin behielt, als gleiches an Rhein und Isar. Reichsprovinz im Sinne derer, für die wirtschaftlich, politisch und kulturell alles „Provinz" ist, was außerhalb Berlins liegt — das wird Österreich niemals werden. Das wird auch niemand im Reich von Österreich verlangen dürfen. Eine europäische Hauptstadt, die durch Jahrhunderte die Hauptstadt Deutschlands war, läßt sich nicht so rasch „provinzialisieren". Im Gegenteil — sie wird immer versuchen, Teile ihrer alten Bedeutung zu wahren oder wieder aufzunehmen.

Das führt in Gedankengänge, die hier nicht weiter verfolgt werden sollen. Deutsche Neuordnung ist ein Teilstück der mitteleuropäischen. Wenn schon für einen gesamtdeutschen Staat starre Zentralisierung nicht möglich ist, so gilt das verstärkt von jeder Neuordnung in größerem Raum, die von Bestand sein soll. Es soll auch in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, daß der kürzeste Weg von Oberschlesien nicht nur nach Wien durch die Tschechoslowakei geht, sondern auch nach München; Oberschlesien liegt näher an Wien als an Berlin; es ist nur ein Zeugnis der Verkehrszerreißung, wenn die Reisedauer nach Berlin heute geringer ist. Daß der Anschluß zu einer Neuordnung der Beziehungen nicht nur zwischen dem Reich und der Tschechoslowakei, sondern auch zwischen den beteiligten Völkern führen muß, leuchtet ein. Damit wird er zum Eckstein mitteleuropäischer Neuordnung, wie er, richtig verstanden, zum Prüfstein reichsdeutscher Neuerungen werden muß.

In beiden Fällen wird man mit starren Dogmen irgendwelcher Art nicht auskommen. Differenzierende Lösungen müssen gesucht werden. Sie sind leicht zu

finden, wenn man sich als Muster nicht an den phantasiearmen Logizismus französischer Verfassungen, sondern an das meisterhafte Abstufen britischen Reichsbaus hält. Auch deutsche Vergangenheit mit ihrem reichen politischen Formenschatz bietet manches nützliche Beispiel. Der Gedanke an das Reichsland Österreich aber gibt den besten Maßstab für das, was an straffer Einheit auf der einen, an vielfältiger Freiheit auf der anderen Seite nicht entbehrt werden kann.

Zu lernen bleibt in Berlin heute mehr als in Wien. Die Ursache sehen wir darin, daß beide Städte zweierlei gemeinsam haben; nur ist beides in Wien stärker ausgeprägt und darum bewußter: unmittelbare Grenzlage und Exzentrizität gegenüber dem regierten Staatskörper. Die Grenzlage Wiens ist unmittelbarer: man kann vom Stephansturm in fremdes Land schauen; Berlin kann nur mit weittragenden Geschützen aus entfremdetem Land beschossen werden. Die meisten Wiener kennen die Grenze; die wenigsten Berliner sind mit ihr vertraut. Und auch die exzentrische Lage wirkt unmittelbarer; sie hat sehr früh jene Auseinandersetzungen mit lebensfähigen und lebenswilligen Ländern hervorgerufen, die Berlin erst bevorstehen; das Bewußtsein, in dem Staat, dessen Hauptstadt man ist, nicht nur geographisch am Rande zu liegen, nicht nur im biologischen Sinn auf lebenskräftigere, überwiegend ländliche Gebiete angewiesen zu sein, hat heilsame Folgen. Man gibt sich geringeren Täuschungen über die verfügbaren Machtmittel hin, und verliert nicht so leicht den Maßstab für das, was man als „Provinz" bezeichnen darf, was nicht. So kann die kleindeutsche Hauptstadt von heute von der großdeutschen Hauptstadt von einst in manchen Punkten lernen; je mehr sie in ihrem ganzen Wesen Weltstadt wird, desto mehr wird man hinweisen müssen auf ihre Grenzfunktion; desto mehr müssen gegenüber den Nachteilen, die eine Millionenstadt als Hauptstadt immer geboten hat und immer bieten wird, bodenständig stabile Körperschaften bewahrt und ausgebaut werden. Je mehr Schotten ein Schiff hat, desto schwerer sinkt es. Einheitsräume sind bequemer überschaubar, aber um vieles mehr gefährdet. Man wird erhalten müssen, was an lebenswilligen Gliedern noch vorhanden ist; keinesfalls darf man den Abstand vergrößern zwischen dem, was die süddeutschen Staaten noch an Eigenleben sich bewahrt haben, und dem, was man Österreich von vornherein zubilligen muß. Man würde damit großdeutschen Aufbau erschweren.

Aber man wird — schon um der Klärung willen, die großdeutscher Ausblick in dieser wie in vielen anderen Fragen erzwingt — nicht darum herumkommen, zu scheiden zwischen Lebenswilligem und Lebensfähigem auf der einen, unbrauchbar Gewordenem auf der anderen Seite. (Daß dazu neben einigen norddeutschen Kleinländern auch die meisten Großstadt-Selbstverwaltungen gehören, hat inzwischen manchen landentfremdeten Befürworter von Einheitszwang stiller werden lassen.) Solche Scheidung muß behutsam und streng zugleich erfolgen. Daß dabei nichts geschehen darf, was dem Ziel eines organischen gesamtdeutschen Aufbaus schaden kann — das darf vor weitem Kreis einmal gesagt werden in einer Zeit, in der ein erfolgreicher Kanzler sich mit einer Kassensanierung bescheiden weder darf, noch kann, noch wird.

GERHARD V. TEVENAR:

Verteidigungsprobleme Niederländisch-Indiens

1.

Die japanischen Aktionen in China haben auch in Holland von neuem die Aufmerksamkeit auf die pazifischen Probleme gelenkt und begreiflicherweise vor allem über die strategische Position und den Verteidigungszustand Niederländisch-Indiens eine lebhafte Diskussion herbeigeführt. Es kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß die verantwortlichen Kreise in Den Haag ebenso wie Hollands öffentliche Meinung heute nicht unerheblich anders über die Bedrohung und den Schutz ihres Inselarchipels denken als noch vor einem Jahrzehnt. Bei dieser Entwicklung hat der innenpolitische Faktor einer warnenden Propaganda nationaler Kreise ebenso mitgespielt wie die schnell zunehmende Bewölkung am politischen Himmel des Fernen Ostens. Die mehr oder weniger bewaffnete Neutralität der Niederlande während des letzten Weltkrieges — in der Tat mußte die Umklammerung Indiens durch Briten und Japaner sowie des Mutterlandes durch die deutschen Heere eine Parteinahme recht schwierig machen — hatte in den ersten Nachkriegsjahren die Meinung aufkommen lassen, daß das Nicht-Mittun immer und in jedem Fall die beste und einbringlichste Art der Selbsterhaltung sei, und dementsprechend eine wahre Hochflut pazifistischer Abrüstungslosungen und humanitärer Träume von kolonialer Selbstverwaltung und anderen Fortschrittsidealen ausgelöst. Auch die letzten nur denkbaren Gefahren schienen durch die Gründung eines Völkerbundes gebannt, dessen Mitglieder sich zu solidarischer Abwehr jedes an irgendeinem Ende der Welt etwa auftretenden Angreifers feierlich verpflichtet hatten. Unter dem Eindruck solcher Vorstellungen bewegte sich denn auch zunächst die holländische Indienpolitik sowohl in der Flotten- wie der Eingeborenen- oder der Freihandelsfrage mit dem allergrößten Optimismus auf der Linie des geringsten Widerstandes und der kleinstmöglichen Unkosten. Denselben Geist atmen die 1927 von der Regierung beschlossenen „Grundlagen für die Verteidigung von Niederländisch-Indien", eine Art von politisch-strategischer Dienstvorschrift für die holländische Wehrmacht in Indien, in denen die „Erfüllung der militärischen Pflicht als Mitglied der Völkergemeinschaft gegenüber anderen Völkern" ausdrücklich als eine von deren Hauptaufgaben bezeichnet wird und die uns weiter unten noch einmal beschäftigen werden.

An der Zerstörung dieser Illusionen war gewiß nicht nur das offensichtliche und beständige Versagen der Genfer Liga schuld. Auch andere Faktoren, wie die gerade auf Indien schwer lastende Weltwirtschaftskrise, die sich in Streiks und einem unerhörten Parteienpluralismus äußernde innerpolitische Zersetzung im Mutterlande, und endlich eine oft von fremder Hand geschürte Eingeborenenbewegung dürfen in diesem Zusammenhang keineswegs übersehen werden. Es ist bekannt, daß die nur durch Bombenflugzeuge zu bändigende Meuterei des indischen Panzerschiffes „Zeven Provinciën" und die ebenfalls im Jahre 1933 erfolgte Berufung des früheren Kriegsministers und Indienoffiziers Hendrik Colijn eine neue Politik „der starken Hand" eingeleitet haben, die im Zuge der allgemeinen Besinnung und Ernüchterung auch eine zunehmende Anteilnahme an den fernöstlichen Problemen zur Folge hatte.

Mit einigem Zögern sah man schließlich doch ein, daß die bisherige Vernachlässigung von Flotte und Luftwaffe die Erfolgsaussichten auch nur einer bloßen Neutralitätswahrung im Falle eines pazifischen Konfliktes nahezu auf Null herabgedrückt hatte; erst vor wenigen Wochen haben denn auch die holländischen Kammern mit überraschender Einmütigkeit ein verhältnismäßig ansehnliches Aufrüstungsprogramm bewilligt und damit die Verteidigung von Indien wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

2.

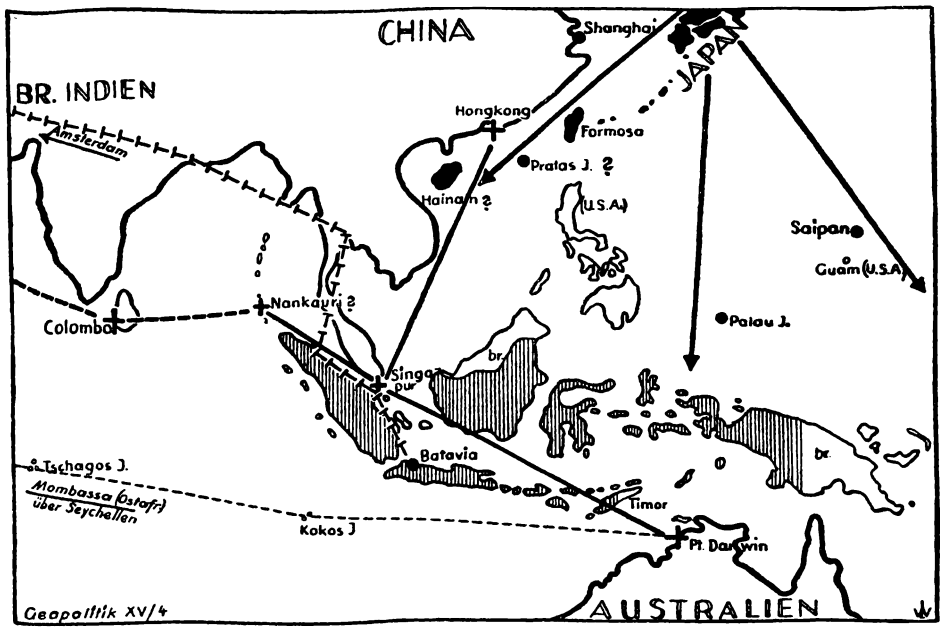
Man sagt, daß die geheimnisvollen Admiralskonferenzen an Bord des Kreuzers „Kent", von denen die fernöstliche Studienreise des britischen Feldmarschalls Allenby im Anfang 1934 begleitet war, in allererster Linie für die neuen Einsichten verantwortlich gewesen seien, die in London den weiteren großzügigen Ausbau von Singapur entschieden haben und von da bis nach Den Haag gedrungen sein dürften. Seit dieser Zeit hat man verschiedentlich von einem zusehends wachsenden Interesse der britischen und holländischen Marinekrise für einander gesprochen, und auch das Gerücht von britischen Verhandlungen mit Den Haag und Lissabon über die Anlage eines Luftstützpunktes auf der Insel Timor hat sich hartnäckig gehalten. In diesem Zusammenhang sei nur kurz auf die zum Teil heftigen Aussprachen in der holländischen Kammer zu Beginn dieses Jahres verwiesen, in deren Verlauf immer wieder das Bestehen einer geheimen britisch-holländischen Abmachung über gemeinsames Handeln sowohl am Rhein wie im Südwestpazifik behauptet und bestritten worden ist. In jedem Falle sind es einige grundlegende Veränderungen auf dem Schachbrett der Pazifikpolitik, denen Holland angesichts der eminent wichtigen Schlüsselstellung seiner Besitzungen heute Rechnung zu tragen sich genötigt sieht und denen wir nunmehr unsere Aufmerksamkeit zuwenden wollen.

Da ist zunächst der unerwartete amerikanische Rückzug aus der Philippinenstellung und damit aus dem australasiatischen Bereich überhaupt. Ein Blick auf die Karte lehrt, daß gerade die Philippinen einer nördlichen Bedrohung von Insulinde wirkungsvollen Widerstand entgegenstellen können. Geben nun die USA., so argumentiert der Holländer, langsam aber sicher dieses Sperrfort auf, so kann auch ihre vielbesprochene Luftverbindung über Guam nach Manila und Hongkong das Gefühl der Unsicherheit in Batavia nicht mehr beseitigen. Dem amerikanischen Abzug kann, so meint man, nach Lage der Dinge auf die Dauer doch nur Japans Einzug in Manila folgen, und also scheiden die Vereinigten Staaten in Zukunft nicht nur aus der sogenannten weißen Front aus, die man dem japanischen Raumhunger im Südwestpazifik entgegensetzen möchte, sondern sie laden darüber hinaus durch diese Haltung Japan geradezu ein, sich den Anmarschweg nach Singapur und Java durch die Inbesitznahme der Philippinen um fast die Hälfte zu verkürzen. Hierzu kommt noch das Argument, das rohstoffarme Japan werde sich bei einem Konflikt mit den USA. zur Sicherstellung seiner durch den Ausfall des kalifornischen Öles aufs äußerste gefährdeten Brennstoffversorgung zur Besetzung und Ausbeutung der holländischen Ölfelder auf Ostborneo entschließen müssen, die ihm bereits heute rund 20% seiner gesamten Einfuhr stellen. Wie man sieht, gehen alle holländischen Überlegungen, zumal seit den Veränderungen in der philippinischen Position, ausschließlich und einstimmig von der Annahme aus, daß Niederländisch-Indien in Wirklichkeit einzig und

allein durch Japan bedroht sei und dementsprechend seine Verteidigung nur auf diese eine Gefahr abgestimmt zu werden brauche.

Damit wird es notwendig, einen Augenblick die japanische Politik in Indonesien zu verfolgen und zu untersuchen, welche Rückwirkungen sie dort hervorgerufen hat.

Schon vor vielen Jahren erregte in diesem Zusammenhang in Holland ein Dokument beträchtliches Aufsehen, das nach Angaben des Marineblattes „Onze Vloot" am 25. Juli 1927 durch den Ministerpräsidenten General Tanaka in Gestalt eines Memorandums über die Mandschureipolitik dem japanischen Kaiser vorgelegt worden sein soll. Darin heißt es u. a.: „Wenn es uns gelingt, China zu erobern, werden alle anderen Länder in Asien und in der Südsee uns fürchten und vor uns kapitulieren. Die Welt wird dann begreifen, daß Ostasien uns gehört, und wird unsere Rechte nicht mehr anzutasten wagen Sobald wir einmal Chinas Hilfsquellen zu unserer Verfügung haben, werden wir uns anschließend an die Eroberung von



Britisch- und Niederländisch-Indien ... machen. Die Kontrolle der Mandschurei und der Mongolei kann nur der erste Schritt hierzu sein."

In ähnlicher Weise schien eine Rede des Admirals Takahashi vor einer Industriellenversammlung in Osaka die niederländischen Befürchtungen zu rechtfertigen, in der die Bemerkung vorkam: „Japans wirtschaftlicher Aufmarsch muß nach Süden gerichtet sein, mit Formosa und den Südseeinseln als Sprungbrett. Der Aktionsradius der japanischen Marine kann dann schnell bis nach Neu-Guinea, Borneo und Celebes ausgebreitet werden." Gewiß darf man solchen bemerkenswerten Zielbeschreibungen nicht weniger, aber auch nicht mehr Wert beimessen als anderen marktschreierischen Kriegsprophezeiungen aus dem indopazifischen Spannungsfeld vom Schlage des Buches „Japan must fight Britain". Eines ist jedoch festzuhalten: die Tatsache nämlich, daß das Reich der aufgehenden Sonne seinen wirtschaftlichen Aufmarsch in Insulinde während des letzten Jahrzehntes ernsthaft betrieben und die „friedliche Durchdringung" des holländischen Besitzes mit allen Mitteln versucht hat. Batavias großzügige Politik der offenen Tür erlaubte den japanischen Waren und Schiffen schon bald nach dem Kriege mehr und mehr festen Fuß zu fassen, so daß sich tatsächlich während der schlimmsten Krisenjahre jede europäische oder amerikanische Konkurrenz von dort verdrängt

sah. So kam es, daß die billigen japanischen Fertigwaren auf Java und Sumatra für die Einheimischen geradezu unentbehrlich wurden; allerdings dachten die Exporteure in Tokio und Yokohama je länger je weniger daran, sich mit dieser Marktbeherrschung zu begnügen: nein, sie wollten auch Schiffahrt und Kleinhandel ganz in ihre Hände bringen. An diesem Punkte aber konnte schließlich energischer Widerstand nicht ausbleiben. Die ersten Verhandlungen über eine Kompromißformel in der Schiffahrtsfrage sowie der immer mehr zurückgehenden niederländisch-indischen Ausfuhr nach Japan scheiterten an dessen Forderungen, und das gleiche Schicksal traf die Besprechungen in Batavia vom Jahre 1934. So blieb dem Holländer letzten Endes nichts anderes übrig, als die japanische Einfuhr stark zu drosseln und dabei zugleich an die eigenen Schiffahrtsinteressen im australasiatischen Mittelmeer zu denken. In demselben Augenblick sah sich der japanische Absatz nun zum erstenmal ernstlich bedroht, und so ist seit dieser Zeit zu beobachten, wie das in der ersten Nachkriegszeit zunächst glänzende Verhältnis zwischen Holländern und Japanern langsam, aber sicher durch Mißtrauen und Nervosität untergraben wird. In Niederländisch-Indien gewöhnte man sich mit der Zeit an, in jedem japanischen Händler, Badegast oder Friseur einen spionierenden Offizier der Kaiserlichen Marine zu sehen und in den im ganzen Archipel recht zahlreich auftretenden japanischen Fischerbooten deren Vorpostenschiffe (nach japanischen Zeitungsberichten sollen rund 350 000 Boote über den ganzen Südpazifik verstreut sein). Tatsächlich führte diese Spannung denn auch zu den verschiedensten Zwischenfällen, von denen hier nur der letztjährige Zusammenstoß im Riau-Archipel (in unmittelbarer Nähe Singapurs) erwähnt sei, in dessen Verlauf holländische Polizeistreifen zwei japanische Fischer erschossen, die der Aufforderung zum Verlassen der Territorialgewässer nicht hatten Folge leisten wollen. Andererseits beschäftigte sich Tokio offenbar eine Zeitlang eingehend mit den indonesischen Nationalisten, wie das ja früher schon von kommunistischer Seite geschehen war. Es scheint jedoch, daß der mißtrauische Javaner sehr bald gemerkt hat, daß Japan ihm anstatt der erstrebten Freiheit lediglich ein anderes und gewiß strengeres Kolonialregime bringen würde, und daß er sich nun doch weit besser mit der wirklich großherzigen holländischen Obrigkeit abzufinden weiß.

Auch in einem anderen Punkte haben diese japanischen Durchdringungsversuche offenbar das Gegenteil des Beabsichtigten erreicht. Die etwa 2 Millionen zählenden Chinesen in Insulinde halten dort von altersher den gesamten Kleinhandel in ihren Händen und haben zudem einen gewissen Zusammenhang mit den geistigen und politischen Strömungen ihres Mutterlandes niemals ganz aufgegeben. Seit dem Mandschureikonflikt, und vor allem natürlich bei der heutigen chinesischen Kriegslage, gelangten diese Inselchinesen ebenso wie die Kuomintang immer mehr dazu, im Holländer weniger einen lästigen Fremden als vielmehr einen möglichen Verbündeten gegen Japan zu sehen, und so hält das chinesische Element heute loyaler zu Batavia als je zuvor. Nach solchen Erfahrungen erscheint es verständlich, wenn sich nun auch dort die Ansichten von der Harmlosigkeit der japanischen Aktivität in Insulinde mehr und mehr gewandelt haben.

3.

Neben diesem mehr psychologischen Faktor dürften aber ganz ähnliche strategische Überlegungen in Niederländisch-Indien wirksam gewesen sein, wie sie für den beschleunigten Ausbau von Singapur und neuerdings von Hongkong und Port Darwin entscheidend waren. Zwei bisher für die indische Verteidigung maßgebende Umstände haben in den letzten zehn Jahren eine beträchtliche Veränderung erfahren: einerseits die Schrumpfung des Abstandes zwischen der Basis Singapur-Surabaja-Port Darwin und den Ausgangshäfen der japanischen Streitkräfte im Norden und andererseits die schnelle Ausweitung der Aktionsräume des Flugzeuges sowie dessen in gleichem Maße wachsende Bedeutung als Abwehrwaffe.

Es muß die Aufmerksamkeit des Holländers, der einst auch Formosa sein eigen nannte, ganz besonders in Anspruch nehmen, wenn Japan jetzt nicht nur über Formosa und sogar die Palau-Inseln als Flottenstützpunkte gebieten kann, sondern auch über das näher liegende Hainan und die Pratas-Inseln, die es kürzlich in aller Stille hat besetzen lassen. Auf solche Weise ist der gewaltige Abstand Yokohama-Batavia (3000 sm) auf die Hälfte herabgemindert und der Anmarsch einer Schlacht- oder Transportflotte in demselben Maße erleichtert worden. Wenn der Holländer dazu noch die Möglichkeit einer japanischen Festsetzung auf den Philippinen ins Auge faßt, so wird man ihm nachfühlen, wenn er den immer deutlicheren Eindruck bekommt, daß Japan ihm auf den Leib rücke. In Palau endet heute bekanntlich eine von Tokio ausgehende Luftverbindung, und von da sind es nur noch ganze drei Flugstunden bis zur niederländischen Nordküste von Neu-Guinea, dessen leeres Gebiet (auf den qkm nur 0,5 Einwohner — in Australien sind es 0,9!) für den japanischen Raumhunger (Bevölkerungsdichte von 190 auf den qkm!) recht verlockend sein kann. Seit der Ausdehnung des pazifischen Luftnetzes — ich erinnere nur an die britischen und niederländischen Australienflüge und den regelmäßigen Dienst des China-Clipper — weiß jedermann, daß Entfernungen von 3000 km für die modernen Maschinen kein Problem mehr sind (daß die in den letzten Jahren auf Java stationierten Glenn-Martin-Bomber vollbelastet nur 1000 km Aktionsradius besitzen, spricht lediglich für die unzureichende Ausrüstung der indischen Fliegerei, nicht aber gegen die Wahrscheinlichkeit, daß auch auf dem Abstand Palau-Surabaja mit dem Einsatz der Luftwaffe wird gerechnet werden müssen). Übrigens scheint das holländische Bestreben, die seit Oktober 1937 dreimal wöchentlich mit gutem Erfolg betriebene KLM.-Linie Amsterdam-Batavia bis Australien weiterzuführen, gerade darum zunächst ohne Erfolg geblieben zu sein, weil die britische Reichsverteidigung das so entscheidende Zwischenstück Singapur-Port Darwin selbst in der Hand behalten wollte. Die australische QANTAS-Gesellschaft hat die Aufnahme ihres Dienstes denn auch für den Frühsommer 1938 angekündigt, nachdem der niederländisch-indischen Luftverkehrsgesellschaft KNILM. erst im Februar dieses Jahres die Zustimmung zur Einrichtung eines Australiendienstes erteilt worden ist.

4.

Entsprechend dem Fortfall der früheren Vorstellung, daß eine japanische Angriffsflotte 3000 sm zu überwinden haben würde und daß Luftoperationen ausschließlich von den sehr empfindlichen Flugzeugträgern aus möglich seien, sieht sich also der holländische Stratege heute zu neuen Forderungen an die Verteidigungsmittel seines indischen Archipels genötigt. Der vor dem Kriege vorherrschende Gedanke, daß die Marine ebenso wie das Heer auf Java in erster Linie Ruhe und Ordnung unter der einheimischen Bevölkerung zu wahren und allenfalls noch die Abwehr feindlicher Truppenlandungen auf Java zu gewährleisten habe, mußte fallen gelassen werden. Daher erscheinen bereits in den obenerwähnten „Grundlagen für die Verteidigung von Niederländisch-Indien", vor allem in ihrem inzwischen neugefaßten Wortlaut, einige andere Gesichtspunkte. Es heißt dort, daß die Wahrung der niederländischen Neutralität auf Java die Aufgabe des von der Flotte zu unterstützenden Heeres, in den Gebieten außerhalb Javas jedoch die Aufgabe der Flotte sei, die an besonders wichtigen Punkten den Beistand des

Heeres erhalten solle. Als solche besonders verletzbaren und wichtigen Punkte werden einstweilen nur die beiden Ölhäfen Tarakan und Balik-Papan (Ostborneo) ausdrücklich genannt. Der erste Platz gewinnt durch seine weit nördliche Lage und die Tatsache, daß sein Öl ohne Aufbereitung sofort verheizbar ist, außergewöhnliche Anziehungskraft. Beide Plätze sind daher heute befestigt und ständig besetzt und sollen im Falle übermächtiger Bedrohung gründlich zerstört werden. Merkwürdigerweise ist aber in den „Grundlagen" von der Luftwaffe noch so gut wie garkeine Rede. Wohl sprechen sie von einer „maritimen Luftmacht" sowie von „Hilfswaffen" des Heeres und meinen mit der letzteren Bezeichnung gewiß ebenso den Pionier wie das Aufklärungsflugzeug. Daß eine solche Auffassung von der Verteidigung Indiens zumindest lückenhaft ist, hat man denn auch in Holland bereits eingesehen. So kann es nicht wundernehmen, daß seitdem gerade um die Rolle der Luftwaffe bei der Abwehr eines japanischen Angriffes auf Niederländisch-Indien in der Fachpresse ebenso wie in der Öffentlichkeit eine lebhafte Auseinandersetzung entstanden ist. Die modernere Schule meint, man solle angesichts der „beschränkten holländischen Geldmittel" (sonderbarerweise werden die zwei Milliarden Gulden Goldreserve und das umfangreiche holländische Kapital in Amerika nicht erwähnt, sobald es sich um die Unkosten der indischen Verteidigung handelt) das entscheidende Gewicht auf den Ausbau einer großen Luftmacht legen und auf die dann für entbehrlich gehaltenen Kreuzer völlig verzichten. Der konservative Standpunkt erkennt die Notwendigkeit einer Luftrüstung an, hält aber gleichzeitig an einer Kreuzerwaffe von mindestens vier Einheiten fest. Die Regierung hat sich mit ihrem Haushaltsplan für 1938 auf den sehr naheliegenden vermittelnden Standpunkt gestellt und sowohl den Kreuzerersatz in Angriff genommen wie minimal 72 große Marineflugzeuge für erforderlich erklärt. Ein besonders für die Zwecke der indischen Verteidigung von den deutschen Dornier-Werken entworfenes dreimotoriges Flugboot befindet sich im Anbau und soll zu Anfang des nächsten Jahres in mindestens 42 Einheiten in Dienst gestellt sein. Auch die kürzlich beschlossene Errichtung einer Flugzeugfabrik auf Java kann für die indische Luftwaffe große Bedeutung gewinnen. Damit ist endlich einmal der Anfang zu einem systematischen Ausbau der gesamten indischen Streitkräfte gemacht, wenn auch natürlich noch immer hier und da schwache Punkte bleiben. Zu diesen gehört ohne Zweifel die Unterlassungssünde, die Luftwaffe sowohl im Mutterlande wie in Indien bei der Heeres- und bei der Flottenleitung, z. T. auch noch bei den zivilen Luftfahrtinstanzen zu verzetteln, anstatt sie entsprechend ihrer heutigen Bedeutung selbständig und einheitlich auszugestalten. Die einzige Konzession in dieser Richtung wird sich demnächst beim indischen Heer vollziehen, dessen bisherige Fliegerabteilungen in Zukunft neben Infanterie, Artillerie, Kavallerie und Genie eine besondere Waffe im Heeresverband bilden.

5.

Die große Streitfrage, ob selbst mit diesen Mitteln die zahlreichen Aufgaben der indischen Verteidigung mit einer gewissen Erfolgsaussicht angepackt werden können, ist natürlich auch durch das neue Bauprogramm noch keineswegs aus der Welt geschafft. Je mehr sich die geopolitische Einsicht in die Entwicklungstendenzen des indopazifischen Raumes durchsetzt, desto größeres Gewicht erhält die Position

Niederländisch-Indiens, die ja nicht nur das einzige Tor zwischen dem Stillen und dem Indischen Ozean, sondern auch die einzige Brücke zwischen Australien und Asien darstellt. Es ist unverkennbar, daß in Holland mit dem Verständnis für die Größe der indischen Aufgaben zugleich das Bewußtsein von einer schicksalhaften Interessengemeinschaft mit Großbritannien an Deutlichkeit sehr gewonnen hat. Die Überschattung Niederländisch-Indiens und demzufolge auch des kleinen europäischen Mutterlandes durch die Macht des britischen Empires hat in dem „uneinnehmbaren" Singapur und der australischen Aufrüstung ein treffendes Symbol gefunden. Dieses Gefühl des Angewiesenseins auf große Verbündete birgt ebenso eine Beruhigung wie eine Warnung für Holland in sich. Wenn es wahr ist, daß — nach Berichten des Deli Courant (Sumatra) — gewisse holländische Kreise Indien doch lieber durch Großbritannien verteidigen lassen und dafür das niederländische Heer dort als dessen Vorhut gegen Mitteleuropa einsetzen möchten, wo nach Auffassung des Herrn Baldwin Englands Grenze liegt — am Rhein —, so wird das Gefährliche einer so verstandenen „schicksalhaften Interessengemeinschaft" für Holland offenkundig. Wenn es sich neuerdings mit großer Beflissenheit an die Erkundung des Siedlungslandes und der Bodenschätze in den noch kaum ausgenutzten Gebieten Borneos und Neu-Guineas macht, um so den nicht selten und nicht ohne gewisse Berechtigung im Ausland auftauchenden Vorwürfen zu begegnen, so darf hier auch daran erinnert werden, daß wie in manchen australischen Kreisen so auch in den Niederlanden Stimmen laut geworden sind, die die Einsetzung von Japan in die deutschen Südseepositionen aufrichtig bedauern und Deutschlands Mitwirkung an der Erschließung und natürlich auch der Verteidigung dieser Räume gern gesehen hätten. So bleibt außer dem Empire nur noch das in Ostasien sehr schwache Frankreich; und das Zusammenwirken dieser drei Mächte in dem Dreieck Hongkong—Singapur—Port Darwin darf wohl in jedem Fall als sicher gelten. Daß übrigens England ebensowenig wie Holland ausschließlich an die Sicherung des Hauptweges durch den Suezkanal und die Straße von Malakka (man spricht neuerdings wieder von einer künftigen Flottenstation auf den Nikobaren) denkt, zeigen die britischen Vorbereitungen für eine subsidiäre Luftverbindung von Onslow (Westaustralien) über die Kokos- und Tschagos-Inseln und Seychellen nach dem ebenfalls befestigten Mombassa (Ostafrika) wie auch die neuen Pläne zur Erweiterung des südafrikanischen Stützpunktes Simonstad zu einer großen, gemeinschaftlich britisch-niederländischen Flottenbasis zum Zweck verstärkter Sicherung des Indienweges um das Kap.

MANFRED SELL:

Das Sorgenkind der niederländischen Landesverteidigung in Europa: Um einen besseren Schutz von Limburg

Außer den allgemeinen Sorgen um ihre politische Selbstbestimmung, wie sie auf allen kleineren Mächten lasten, kennt die heimatliche Landesverteidigung der Niederlande noch ein besonderes Sorgenkind. Es ist die Provinz Limburg. Das hat zweierlei Grund. Zum einen ragt sie in einer strategisch höchst ungünstigen und bedenklichen räumlichen Gestalt aus dem geographischen Aufbau des Gesamtstaates heraus und stellt der Landesverteidigung damit äußerst schwierige, ja vielleicht

unlösbare Aufgaben. Zum andern aber ist gerade sie wehrwirtschaftlich für die Niederlande unentbehrlich, ihr Besitz eine Lebensfrage ihrer wirtschaftlichen Kraft in friedlichen und ihrer Widerstandskraft in kriegerischen Zeitläuften. Unmögliches und Unumgängliches in Einklang zu bringen, aus der Not eine Tugend zu machen ist immer ein mißlich Ding, nirgends mehr als in Fragen des Kriegswesens. Höchst interessant und lehrreich ist aber, wie die Niederlande dennoch mit beachtlichem Mut an das Problem herangegangen sind und es anpacken.

1.

Erwachsen ist es ihnen aus ihrer eigentümlichen Geschichte, deren entsprechende Zusammenhänge hier kurz ins Gedächtnis gerufen seien.

Bekanntlich begann sie mit ausgeprägter politischer, wirtschaftlicher, kultureller Eigennote im Zeichen des Freiheitskampfes gegen Spanien. Bei seinem Ausbruch ums Jahr 1566/67 ergriff er ursprünglich das Gesamtgebiet niederländischer Bevölkerung, also die Niederlande und Belgien. Doch gelang es der anfangs sehr geschickten spanischen Kriegsführung und Politik, ihn bald auf den Norden zu beschränken, zunächst auf Holland, Seeland und einiges Hinterland. Schließlich mündete dieser „Achtzigjährige Krieg" aus in das Hinundher des militärischen und politischen Geschehens im übrigen Europa, zuletzt den Dreißigjährigen Krieg, nachdem er den Niederländern überreiche Gelegenheit geboten hatte, der Welt glänzende Proben ihres fanatischen Freiheitswillens und ihres großen Könnens in Kriegführung und Seewesen, Staatskunst und Geistesleben, Wirtschaft und Technik zu geben.

1648 hatten sich die Niederlande nicht nur ihre absolute politische Selbstbestimmung von Spanien wie auch vom Heiligen Römischen Reiche Deutscher Nation ertrotzt. Sie waren auch eine europäische Großmacht geworden, dank ihrer erstaunlich entwickelten See- und Überseebeziehungen. Nur eine große Sorge beschattete ihr europäisches Dasein, die räumliche Enge der heimatlichen Grundstellung. Daraus ergaben sich ganz bestimmte Ansprüche und Ziele. Während sie auf See auf ihr eigenes Können und letztlich auf die erprobte Schutzwirkung der schwierigen heimischen Küstengewässer vertrauten, sorgten sie sich um die Landfronten. Wohl war im Unabhängigkeitskrieg gründlich erprobt worden, wie eine feindliche Invasion mit Hilfe des Wassers des Meeres und der Flüsse, der Kanäle und des Grundes abgeschlagen werden kann. Aber das hatte doch auch recht empfindliche Einbußen an Gut und Arbeit erfordert, die heimische Basis noch mehr eingeengt und die Angst vor dem feindlichen Endsieg nicht restlos behoben. So waren sie bestrebt, die Landverteidigung tiefer in den mitteleuropäischen Raum vorzuverlagern. So wurde die 1632 den Spaniern abgenommene Festung Maastricht 1648 festgehalten.

Es war ein bedeutsamer Entschluß, dessen Berechtigung sich in der Folge immer wieder erwies, so etwa in dem Raubkrieg, den Ludwig XIV. 1672/77 gegen die Niederlande führte. Bei Einbeziehung des mit 123 m ü. d. M. das Vorgelände überhöhenden St. Pietersberges beherrscht Maastricht mit dem Brückenkopf Wijk ja das Maastal, also sämtliche Anmarschwege aus Frankreich und Belgien gegen Norden. Immer wieder hat es die Invasionsarmeen erst auf sich gezogen, von den eigentlichen Niederlanden abgelenkt oder zum wenigsten den Angriff auf diese zeitlich hinausgeschoben. Umgekehrt war es längere Zeit die feste Basis für die Geltendmachung niederländischer Besatzungsrechte in einer Reihe fester Plätze im spanischen, später österreichischen Belgien. Obwohl es vom geschlossenen niederländischen Staatskörper räumlich durch Streifen des Bistums Lüttich und des Herzog-

tums Jülich getrennt war, erfüllte es also die von ihm erwartete Sicherungsaufgabe bis in die alle europäische „Ordnung" niederreißenden Stürme der Großen Französischen Revolution.

Als sich die vom Wiener Kongreß 1815 etwas künstlich zusammengelegten nördlichen und südlichen Niederlande 1830/1839 gewaltsam wieder trennten, übrigens nicht ohne erinnernswerte sehr tätige Mitwirkung der an einem wirklich starken, widerstandsfähigen Staatswesen an den Mündungen von Rhein, Maas und Schelde herzlich wenig interessierten englischen und französischen Staatskunst, versuchte Belgien, sich Maastrichts zu bemächtigen. Das schlug fehl. So blieb die Brückenfestung den Niederlanden erhalten, obwohl sie völkisch vielleicht, religiös bestimmt Belgien oder aber auch den nahen deutschen Rheinlanden näherstehen mag. Die geschichtliche Erinnerung triumphierte über alle andern Prinzipien. Kein Zweifel, daß auch die Masse der Bevölkerung der nunmehr definitiv begründeten niederländischen Provinz Limburg diesen Entscheid niemals bereut hat.

Für die niederländische Landesverteidigung aber ergaben sich nunmehr erneut die erwähnten Sicherungsaufgaben, die durch den Abstieg des Landes zur kleinen europäischen, wenn auch großen kolonialen Macht wesentlich erschwert wurden. Zwar war die Stellung etwas breiter geworden. Außer im St. Pietersberg ragte sie nunmehr im Dreiländereck bei Vaals mit 325 m ü. d. M. sogar auf Mittelgebirgshöhe hinauf. Auch war sie durch einen „Korridor" über die früheren „Barriere-Festungen" und Maasbrückenköpfe Roermond und Venlo nordwärts räumlich fest ans niederländische Staatsgebiet angegliedert worden. Aber gerade dieser Korridor bereitet die Hauptsorge. Über 50 km in der Luftlinie springt Limburg von Roermond aus noch nach Süden vor, schiebt sich zwischen deutsches und belgisches Gebiet in eine Sperrlage, deren militärische und politische Bedeutung sich im Auftakt wie im Ausklang des Weltkriegs mit den sogenannten „Durchmarsch-Märchen" genugsam abzeichnete. In der West-Ost-Achse aber mißt dieser Südzipfel an breitester Stelle ganze 32 km, an der engsten Einschnürung hart nördlich Sittard gar nur 5 km, eine Fußmarschstunde! Solche Entfernungen fallen im Zeitalter der Motorisierung und der Luftwaffe überhaupt nicht mehr ins Gewicht. Ihretwegen scheint Südlimburg heute militärisch — „unhaltbar".

Galt es schon im Weltkrieg nahezu für ein Wunder, daß seine Neutralität erhalten blieb, so war das internationale Urteil in der Folge, daß die niederländische Landesverteidigung es wohl zu Verlust geschrieben haben dürfte. Wenigstens begegnete man dieser Ansicht in der internationalen Presse mit einer gewissen Selbstverständlichkeit — nur nicht in den Niederlanden, wo der alte Wahrspruch noch einige Geltung hat, daß ein fester Willen auch einen Weg findet. Maastricht ist ja immer noch die Sperrstellung im Maastal, die Sicherung im Vorfeld gegen alle Angriffe auf die Niederlande aus südlicher Richtung. Die belgische Politik tat das ihre, die Niederlande daran zu erinnern. Als sich bald nach dem Weltkrieg Belgien, durch den mit einer geringen europäischen Raumerweiterung belohnten Erfolg seines Widerstandes angespornt, verleiten ließ, an seine „historischen" Ansprüche auf das für die Niederlande ja doch „unhaltbare", völkisch und religiös der belgischen Provinz Limburg zuzurechnende niederländische Limburg, zum wenigsten den Südzipfel in seiner geographischen Unnatur, außerdem auch auf Seeflandern bis zur Scheldemündung zu erinnern, wurde der strategische Wert der alten Maasfestung in den Niederlanden wieder lebhaft erörtert. Aus alledem ergab sich leider auch eine bis heute noch nicht wieder so recht behobene niederländisch-belgische Spannung — so sinnlos sie auch im Schatten dreier Weltmächte sein mag —, denn

in den Niederlanden durfte man um so weniger an irgendein „Entgegenkommen" denken, als inzwischen die wehrwirtschaftliche Bedeutung gerade des südlichen Landeszipfels sehr deutlich geworden war.

2.

Um die Jahrhundertwende wurden im Südosten Limburgs, um Heerlen und Kerkrade, Hoensbroek und Sittard im Anschluß an die seit einigen Jahrzehnten hart auf der deutsch-niederländischen Grenze betriebene „Domaniale Mijn" eine Reihe weiterer großer Zechen in Betrieb genommen. Mit deren Ausbau, zuletzt durch die Eröffnung der „Staatsmijn Maurits", eines der größten europäischen Bergwerke, blühten die genannten Plätze zu ansehnlichen Mittelstädten auf; im Weltkrieg und kurz danach belebten sich Handel und Wandel in Limburg in einem geradezu nordamerikanischen Tempo. Die Niederlande standen im Zeichen eines einzigartigen wirtschaftlichen Fortschritts, einer Verbreiterung ihrer sonst an allen Voraussetzungen einer modernen Kraftwirtschaft, an Holz, Erdöl, Wasserkraft so bitter armen Wirtschaftsbasis. Inzwischen ist dieser Wandel noch mehr gefördert, der Nachweis erbracht, daß die Lagerstätten der Steinkohlen, vereinzelt auch Braunkohlen, noch viel reichhaltiger sind. Sie erstrecken sich in Fortsetzung schon erschlossener deutscher Felder auch ins mittlere Limburg — „Vlodrop", „Peelmijnen" — und sogar nördlich des Rheins ins östliche Gelderland — „achterhoek" um Winterswijk. Mengenmäßig reichen sie auf viele Generationen aus für die nationale Versorgung und für eine ansehnliche Ausfuhr.

Doch leiden sie, von ihrer Erstreckung unmittelbar längs der Grenzen abgesehen, unter zwei Nachteilen. Meist ist ihre Kohle nicht oder nicht gut verkokbar. Daher muß ein Teil der Erzeugung ausgeführt und gegen andere Kohle und Kokssorten eingetauscht werden. Immerhin besteht im Zuge des allgemeinen technischen Fortschritts die begründete Hoffnung, daß man auch noch zu besseren technischen Ausnutzungsmöglichkeiten gelangen wird, etwa bezüglich einer vervollkommneten Umwandlung in elektrische Energien. Empfindlicher ist der zweite Nachteil, oder war es vielmehr. Bisher lagen, vom niederländischen Standpunkte aus gesehen, die Zechen ausnahmslos in der schlechtesten Verkehrsrichtung, nämlich abseits der nationalsten Verkehrswege, der so ungeheuer reichentwickelten, in ihren Transportmöglichkeiten so billigen Wasserstraßen. Vorübergehend dachte man als Abhilfe an die Errichtung großer Kraftwerke auf der limburgischen Kohlenbasis und Verteilung der gewonnenen Energien auf dem noch weitaus „billigeren" Wege, nämlich per Starkstromschiene, über das ganze Land. Dagegen türmten sich aber die wehrpolitischen Bedenken haushoch. Es ging schlechterdings nicht an, noch abhängiger von der kaum mehr zu verteidigenden Provinz zu werden, als man es wehrwirtschaftlich sowieso schon war. Aus der klaren Problemstellung gelangte man dann zu einer andern, ebenso bemerkenswerten wie einzigartigen Lösung, die wehrpolitisch-strategisch wie wehrwirtschaftlich gleich mustergültig durchdacht ist.

Parallel zur Maas entstand seit 1927 zwischen Maasbracht, einem Platz am Strom, knapp südwestlich Roermond, am Einlaß zur stärksten West-Ost-Einschnürung der Provinz, und Maastricht eine ganz neue Kunstwasserstraße, der Juliana-Kanal, für Schiffe bis zu 2000 t, also von beachtlicher Breite und Tiefenrinne. Damit war zu-

nächst einmal die wegen ihres schwanken Wasserstandes nur bedingt schiffbare Maas ausgeschaltet, die wichtige nationale Kohlentransportlinie von der belgischen Grenze weg auf rein niederländisches Gebiet verlegt. Ferner erhielten die Zechen, zum Teil durch Stichkanal, Häfen und direkte Wasserverbindung mit allen Ecken des niederländischen Staatsgebietes. Im Zuge der weitgreifenden Elektrifizierung von Wirtschaft und Verkehr auf der Kohlenbasis war es möglich, die Energieerzeugung in dem wehrpolitisch empfehlenswerten Umfange zu dezentralisieren und über das ganze Land zu verteilen, äußersten Falles unter Beibehaltung der Möglichkeit, ihren Kohlenbedarf auch noch durch Einfuhr zu ergänzen. Endlich aber gewann man auch, rein militärisch gesehen, in Südlimburg eine bessere Sicherheit — gegen die belgischen Wünsche. Bisher bot nur die Maas einen einzigen natürlichen Widerstandsabschnitt in westlicher Richtung. Nunmehr ist dieser wesentlich verstärkt durch Überschwemmungszonen, die vorgesehen sind, und durch die zweite Widerstandslinie des Kanals, dem zu zürnen Belgien um so weniger Anlaß sehen sollte, als er ja schließlich auch ein weiteres Hindernis vor seiner Ostfront aufbaut.

Ohne uns indessen in müßige politische Kombinationen zu verlieren, wollen wir feststellen, daß ein mutiger Wehrwille unter Zuhilfenahme einer nationalsten Tradition, der Wasserbaukunst, aus einem recht unangenehmen Dilemma einen ebenso strategisch glücklichen wie wirtschaftlich vorteilhaften Ausweg gefunden hat — mit einem Instrument nicht so sehr des Krieges, als vor allem des friedlichen Aufbaues und Verkehrs! Es ist eine in aller Welt beachtens- und beherzigenswerte Lehre, die ein an Zahl kleines, an Geist und Tatkraft aber sichtlich noch immer großes Volk gibt.

GERHARD HERRMANN:
Italiens Imperium im Aufbau II

I.

Vier Triebkräfte sind es gewesen, aus denen heraus sich die italienische Kolonialpolitik der Gegenwart gestaltet hat. Keine wäre für sich allein zur Erreichung des Endziels ausreichend gewesen. Erst ihr Zusammenwirken hat zur Erringung des Imperiums geführt.

Erstens, der italienische Bevölkerungsüberschuß, der zur Zeit jährlich etwa 400 000 Köpfe beträgt, und der nur zum kleinen Teil im Mutterland Arbeit und Brot finden kann, dem aber auch im Gegensatz zur Vorkriegszeit die überseeische Auswanderung verschlossen ist, ganz abgesehen von der sich hieraus ergebenden Schwächung des Volkskörpers.

Zweitens, der Mangel des Mutterlandes an zahlreichen wichtigen Rohstoffen, die für die industrielle Entwicklung und die Beschäftigung einer erhöhten Volkszahl unentbehrlich sind.

Drittens, die völlige Umgestaltung des staatlichen und völkischen Denkens in Italien unter der Staatsidee des Faschismus, die mit größter Konsequenz und bis in die kleinsten Einzelheiten des öffentlichen Lebens hinein an die zweitausendjährige Überlieferung des antiken Imperiums anknüpfte und von hier aus nicht nur den Anspruch auf die Vormachtstellung im Mittelmeer erhob, sondern auch anknüpfte an die frühere Herrschaft des kaiserlichen Roms über die nordafrika-

nische Gegenküste. Erst in diesem Zusammenhang gewinnt die reiche Ausgrabungstätigkeit in Libyen unter der Initiative von Marschall Balbo ihre volle Bedeutung. Hier wird weit mehr verwirklicht als Wunschträume emsiger Archäologen. Nicht zufällig ist das zu neuem Glanz erweckte Leptis Magna der Geburtsort des Kaisers Septimius Severus.

Viertens aber darf der Wunsch, für Adua Rache zu nehmen und die italienische Waffenehre wieder reinzuwaschen, nicht gering veranschlagt werden, gerade weil dieses Bewußtsein besonders unmittelbar auf den leicht entzündlichen Italiener wirkt.

Gewiß hat der italienische Raum- und Rohstoffmangel schon immer bestanden. Diese Faktoren waren aber allein nicht stark genug, um die italienische Kolonialpolitik in entsprechende Bahnen zu lenken. Sie mußten sich mit der Kraft und Zielsicherheit des Faschismus und seines Duce verbinden, damit das neue italienische Imperium endlich Gestalt annehmen konnte.

Rohstoffbeschaffung und Siedlungsraum sind selbst heute noch Aufgaben der Zukunft. Denn die fünfzehn Jahre Aufbautätigkeit in Libyen, die erst seit der Amtsübernahme von Marschall Balbo als Gouverneur intensiv getrieben wurde, können nicht über die geringen Möglichkeiten Libyens hinwegtäuschen. Noch im Jahre 1936 lebten dort nur 66 000 Europäer, meist Italiener, von denen aber die übergroße Mehrzahl in den Städten der Küste, vor allem Tripolis und Bengasi tätig war. Die Zahl der Siedler belief sich nur auf wenige Tausend. Die Möglichkeiten, diese Zahl wesentlich zu steigern, erscheinen nur gering, da ja für eine landwirtschaftliche Ansiedlung von Italienern nur der sehr schmale Küstenstreifen und die anschließende Steppe in Betracht kommen, während der weitaus größte Teil der Kolonie aus Wüste besteht.

Ebensowenig ist zu erwarten, daß die wirtschaftlichen Kräfte Libyens in einem wirklich ins Gewicht fallendem Ausmaße zur Versorgung des Mutterlandes beitragen könnten. Es rächt sich heute, daß Italien seinerzeit nur den letzten Rest der noch verfügbaren nordafrikanischen Küste erwerben konnte. So liegt die Bedeutung Libyens für das Mutterland in erster Linie in seiner strategischen Lage, in der Flankenstellung zu Ägypten bzw. Tunis. Immerhin aber konnte Italien in Libyen wertvolle Erfahrungen für die Methoden europäischer Siedlung und die Behandlung der Eingeborenen erwerben, die ihm nun beim Ausbau des Imperiums von größtem Nutzen sind.

2.

Schon wenige Wochen nach der Ausrufung des Imperiums, am 1. Juni 1936, wurde ein Verfassungsgrundgesetz erlassen, das die Verwaltung und Rechtsprechung des Imperiums auf eine einheitliche Grundlage stellt. Hiermit hörten Äthiopien, Eritrea und Somaliland in ihrem bisherigen Umfang auf zu bestehen. Italienisch-Ostafrika wurde als politische und rechtliche Einheit begründet. Es zerfällt in die fünf Gouvernements Eritrea, Amhara, Harrar, Galla und Sidamo und Somaliland und den „Governatorato" (Klein-Gouvernement) von Addis Abeba. Die Abgrenzung der fünf Gouvernements erfolgte soweit als möglich entsprechend der landschaftlichen und völkischen Gliederung des Landes. Hierbei wurde Eritrea um die früher abessinischen Gebiete von Tigré und Danakil, Somaliland um die Steppe von Ogadén erweitert.

Den Eingeborenen bleibt die Regelung ihrer lokalen Angelegenheiten selbst überlassen. Nur die Dorfhäuptlinge sind der italienischen Verwaltung gegenüber verantwortlich. Hierdurch entlasten sich die Italiener weitgehend von dem Kleinkram der Verwaltungstätigkeit und tragen so den großen völkischen und rassischen Verschiedenheiten der eingeborenen Bevölkerung Rechnung. Die religiösen Bekenntnisse sind gleichberechtigt, was sich praktisch in dem Verlust der bisherigen Vormachtstellung der koptischen Kirche auswirkt, der die frühere Herrenschicht, die Amharen, angehören, die aber nur etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung von rund 7 600 000 ausmachen. Tatsächlich ergibt sich aber eine Begünstigung des Islam seitens der Italiener, dem weitaus die Mehrzahl der Bevölkerung in Italienisch-Ostafrika anhängt. Da auch die ganze Bevölkerung Libyens mohammedanisch ist, so folgt schon aus innerpolitischen Erwägungen das italienische Streben nach der Schirmherrschaft über den Islam. Darüber hinaus aber spielen natürlich der Gegensatz zu Großbritannien und die Absicht, sich dessen Schwierigkeiten mit den um ihre Freiheit kämpfenden Völkern des nahen Orients zunutze zu machen, eine große Rolle.

Abgesehen von der Befriedung und der Gewinnung der Eingeborenen — u. a. durch Ausbau des Schulwesens und Bekämpfung der Volkskrankheiten — worauf hier nicht näher eingegangen werden soll, sieht sich die italienische Regierung in Ostafrika drei Aufgaben gegenüber: der Verkehrserschließung, der Rohstoffgewinnung und industriellen Verarbeitung und der Ansiedlung von Italienern.

3.

Da eine lohnende Rohstoffgewinnung und Siedlung erst möglich ist, nachdem das Land verkehrsmäßig erschlossen ist, ist der Straßenbau heute und in den nächsten Jahren vordringlich. Der im Sommer 1937 mit einem Kostenaufwand von 12 Milliarden Lire in Gang gebrachte Sechsjahresplan sieht bis zum Jahre 1943 den Bau von 10 000 km Autostraßen vor. Für die Einzelheiten des Verkehrserschließungsprogrammes sei auf den Aufsatz von Giordano im Märzheft hingewiesen. Von dem Bau von Eisenbahnen ist vorläufig abgesehen worden.

Es bleibt abzuwarten, wie sich der Ausbau eines Straßennetzes auf die Bahn Dschibuti-Addis Abeba auswirkt, mit der das ohnehin schon völlig umklammerte Französisch-Somaliland steht und fällt. Nach der Fertigstellung der Autostraße nach Assab im Jahre 1939 steht ein entsprechender Rückgang des Verkehrs auf der Bahn zu erwarten, die ohnehin wenig leistungsfähig ist und kostspielig arbeitet. Es ist nicht einzusehen, welchen Wert Dschibuti für Frankreich noch haben soll, nachdem Abessinien in italienischer Hand ist. Eine gütliche Einigung zwischen beiden Ländern über Französisch-Somaliland wäre für jede französische Regierung das Klügste, da andernfalls hier Reibungsmöglichkeiten entstehen müssen, deren Gefährlichkeit in keinem vernünftigen Verhältnis zum Anlaß stände. Bei dem Ausbau des Straßennetzes können sich die Italiener die Erfahrungen zunutze machen, die sie anläßlich des Baus der lybischen Küstenstraße von fast 2000 km Länge gemacht haben, und die im März 1937 von Mussolini dem Verkehr übergeben worden war.

Die potentiellen wirtschaftlichen Kräfte des Landes sind unverhältnismäßig größer als etwa die Libyens. Das ostafrikanische Gebiet steigt vom Meeresspiegel bis zu dem Hochplateau vom Habesch (2000—2500 m) auf, umfaßt also trotz seiner

Äquatornähe alle wirtschaftlich nutzbaren Klimazonen. Der Anbau von Baumwolle und Ölsaaten ist ebenso möglich wie Viehzucht und Getreidebau in den höheren Lagen. Fast alle wichtigen mineralischen Rohstoffe, mit Ausnahme des Erdöls, kommen vor, wenn auch teilweise in sehr abgelegenen Gebieten. Weitere wichtige Faktoren sind der Holzreichtum und die zahlreichen Möglichkeiten zur Elektrizitätserzeugung, die vor allem am Tana-See und den wichtigeren Nebenflüssen des Blauen Nils, sowie im Oberlauf des Webi Schebeli und des Juba bestehen.

Italienische Fachleute rechnen damit, daß nach der Beendigung der Verkehrserschließung der Bedarf des Mutterlandes an Baumwolle, Ölsaaten, Getreide, Kaffee, Fleisch, Milchprodukten, Häuten und Fellen, Holz und Edelmetallen in Ostafrika gedeckt werden kann. Über die Größe der Vorkommen von Eisenerz, Kupfer, Blei, Zinn und Kohle liegen zuverlässige Angaben noch nicht vor, doch steht außer Zweifel, daß zum mindesten ein Teil dieses Rohstoffbedarfes in der Kolonie gedeckt werden kann. Die Elektrizitätserzeugung wird dem Bedarf der Kolonie entsprechen.

Jedoch zeigt sich heute bereits ein sehr wesentlicher Unterschied der italienischen Erschließungsarbeit im Vergleich zu der der alten Kolonialmächte. Italienisch-Ostafrika soll mehr sein als bloß der Nahrungsmittel- und Rohstofflieferant des Mutterlandes. Nicht etwa nur um Transportkosten zu sparen, sondern um die Kolonie im Laufe der Zeit zu einer in sich geschlossenen wirtschaftlichen Einheit zu entwickeln, beabsichtigt man, auf den vorhandenen Rohstoffen eine Verarbeitungsindustrie aufzubauen.

So ermöglichen die reichen Holzvorräte Abessiniens die Errichtung von Sägewerken, Zellulose- und Papierfabriken, Anlagen für die Holzverölung und weitere Zweige der Holzchemie, wodurch ein erheblicher Teil des Treibstoffbedarfs an Ort und Stelle gedeckt werden kann, der besonders hoch sein wird, da man sich ja unter Verzicht auf Bahnbauten auf den Autoverkehr konzentriert hat.

Auf Betreiben des italienischen Baumwollinstituts in Rom z. B. wurde die „Compagnia per il Cotone d'Etiopia" und der amtliche „Ente del Cotone per l'Afrika Orientale" gegründet. Diese Gesellschaften sollen zur vollen Auswertung der Baumwollkulturen Anlagen für die Weiterverarbeitung, wie Ölpressen, Ölreinigungsfabriken, Seifenfabriken usw. errichten. Die Baumwollpflanzer, deren Tätigkeit an die Erteilung einer Konzession gebunden ist, werden verpflichtet sein, die geerntete Baumwolle bei den obengenannten Gesellschaften abzuliefern und einzulagern, wodurch eine genaue Überwachung der Baumwollwirtschaft möglich ist.

Die Eisen- und Kohlenschätze, die sich im Gouvernement Harrar befinden, sollen die Grundlage für die Errichtung großer Stahlwerke bilden. Zunächst ist hier nur die Herstellung von Eisenbahnschienen und von Halbzeug für Brückenbauten usw. vorgesehen, doch soll es nach den Plänen von Sachverständigen bereits in fünf Jahren möglich sein, auch Automobile an Ort und Stelle zu bauen.

Diese großangelegten industriellen Erschließungspläne erfordern natürlich eine entsprechend ausgebildete Arbeiterschaft. Selbstverständlich sind die Eingeborenen für derartige Arbeiten nicht geeignet. Seit dem Sommer 1936 hat daher ein großer Zustrom italienischer Bau- und Industriearbeiter und Handwerker eingesetzt. Im Sommer 1937 befand sich eine Arbeitsarmee von 116 000 Personen in der Kolonie, eine Zahl, die sich inzwischen wesentlich erhöht hat.

4.

Der wirtschaftliche Ausbau der Kolonie unterscheidet sich grundsätzlich von den bisher üblichen Methoden kolonialer Erschließung, und zwar in doppelter Hinsicht: Italienisch-Ostafrika wird nicht nur organisatorisch, sondern auch wirtschaftlich als Einheit betrachtet, dessen Produktivkräfte unter volkswirtschaftlichen und nicht unter kapitalistischen Erwerbsgesichtspunkten entwickelt werden. Wenn auch die Ergänzungsmöglichkeiten, die das Imperium dem Mutterlande bieten kann, mit besonderem Interesse studiert werden, so ist dies doch nicht der allein maßgebende Gesichtspunkt. Gerade weil das Imperium so weit vom Mutterlande entfernt ist und nur durch den Engpaß des Suezkanals erreicht werden kann, muß es so rasch als möglich wirtschaftlich auf eigene Füße gestellt werden, um, wenn auch nur begrenzte Zeit, auch ohne Verbindung mit dem Mutterland bestehen zu können.

Hieraus aber ergibt sich weiter, daß die gesamte Erschließungstätigkeit sich auf Grund staatlicher Planung vollzieht. Dies steht in schroffem Gegensatz zu den kolonialen Methoden früherer Zeiten, wo sich besonders in jungen Kolonien ein wirtschaftliches Freibeutertum übelster Art breitmachte. Die staatliche Planung verzichtet aber klugerweise darauf, alles in eigene Regie zu nehmen. Man bleibt vielmehr bemüht, sich trotz aller staatlichen Lenkung, ähnlich wie in Deutschland, der privaten Initiative zu bedienen.

So sind zwar bei der Erforschung der Kolonie nach mineralogischen Reichtümern staatliche oder halbamtliche Institute maßgebend beteiligt. Der Staat verzichtet aber darauf, sich selbst wirtschaftlich zu betätigen, sondern vergibt für bestimmte Gebiete und bestimmte Produkte Konzessionen an bestehende oder zu errichtende private Gesellschaften, deren Betätigungsmöglichkeiten je nach Lage des Einzelfalles durch die Festsetzung der Konzessionsgebühren und Preise usw. entsprechend belebt oder gedrosselt werden kann.

Gegenüber der wirtschaftlichen Erschließung ist die landwirtschaftliche Siedlung bewußt an die zweite Stelle gesetzt worden. Erst wenn die Anbaumöglichkeiten für die einzelnen Produkte in den verschiedenen Gebieten der Kolonie sorgfältig erforscht sein werden, wenn erst das im Entstehen begriffene Straßennetz billige Verbindungen mit den größeren Orten des Landes, insbesondere mit den Häfen herstellen wird, soll eine Ansiedlung von Italienern im großen Stil erfolgen.

Die Auswahl des für Siedlung geeigneten Menschenmaterials ist die wichtigste Vorfrage hierzu. Ihre Lösung wird dadurch erleichtert, daß ein großer Teil der heute schon im Lande weilenden Bau- und Facharbeiter, bereits unter dem Gesichtspunkt der Siedlungseignung ausgewählt, für dauernd in der Kolonie zu bleiben beabsichtigt, ebenso wie ein erheblicher Teil der früheren Feldzugsteilnehmer, soweit sie bereits ihre Klimaeignung bewiesen haben.

Nach den Erklärungen des früheren Kolonialministers Lessona sind die folgenden Arten der Siedlung vorgesehen: Erstens, Bezirke für rein weiße Siedlungen, in denen Eingeborene nicht einmal als ständige Lohnarbeiter, sondern höchstens als Saisonarbeiter oder als Hausbedienstete zugelassen werden. Durchweg soll hier in der Form gesiedelt werden, wie sie sich in den Pontinischen Sümpfen und in der Cyrenaika bewährt hat, daß nämlich die Siedler zuerst als Pächter auf Staatsgrund nach festgesetztem Anbauplan zu wirtschaften haben und erst späterhin Eigentümer werden.

Die für weiße Vollsiedlung nicht geeigneten Gebiete sollen in drei Formen erschlossen werden: a) durch Industrialisierung unter teilweiser Beschäftigung farbiger Arbeitskräfte in Bergbau und Forstwirtschaft, sowie in Aufbereitungs- und Nahrungsmittelindustrien; b) durch Plantagenwirtschaft in der Hand italienischer Gesellschaften (diese Form soll vor allem in Somaliland weiter ausgebildet werden) und c) durch eine ausfuhrorientierte, höherentwickelte Eingeborenenwirtschaft unter staatlicher Anleitung.

Vorerst gibt es in Italienisch-Ostafrika nur wenige Tausend italienischer Siedler, meist in Eritrea und Somaliland. Von den Neusiedlungen sind vor allem die Ortschaften Oletta und Biscioftu im Bezirk von Addis Abeba zu nennen, die ausschließlich mit Feldzugsteilnehmern besiedelt sind und zusammen 700 Familien umfassen. Hier in der Nähe der Hauptstadt bot natürlich die Absatzfrage keine Schwierigkeiten.

Italienische Fachleute schätzen, daß im Verlauf von etwa zehn Jahren eine Million Italiener für dauernd im Imperium angesiedelt werden können. Selbst wenn man diese Zahl als reichlich optimistisch betrachtet, so würde sie doch nur die Unterbringung der Bevölkerungszunahme von zweieinhalb Jahren darstellen. Es kann also vom italienischen Imperium durch Siedlung allein nicht eine grundsätzliche Lösung der italienischen Übervölkerungsfrage erwartet werden. Mindestens ebenso wichtig ist die Ernährung einer zusätzlichen Bevölkerung vermittels einer durch die Produktivkräfte des Imperiums ermöglichten vermehrten Industrialisierung im Mutterland wie in der Kolonie selbst.

Die Größe der wirtschaftlichen Reichtümer und der Siedlungsmöglichkeiten in Italienisch-Ostafrika darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hierbei um Möglichkeiten auf lange Sicht handelt. Zunächst und auch noch in den nächsten Jahren ist weder eine tiefgreifende Rückwirkung auf das italienische Bevölkerungsproblem noch auf die wirtschaftliche Struktur des Mutterlandes zu erwarten. Der Ausbau des Imperiums erfordert zunächst die äußerste Anspannung aller ideellen und materiellen Kräfte des Mutterlandes. Wie sehr die Kolonien heute noch Zuschüsse erfordern, geht besonders deutlich aus dem Warenverkehr zwischen Italien und seinem Kolonialreich hervor. Während Italien aus seinen Kolonien 1937 Waren im Werte von 348 Millionen Lire einführte, betrug die Ausfuhr dorthin 2 518 Millionen Lire, also etwa das Siebenfache. Gewiß hat sich hierbei im Vergleich zu 1936 die Einfuhr verdoppelt, aber auch die Ausfuhr hat um 50 Prozent zugenommen, so daß sich an der Schärfe des Mißverhältnisses zwischen kolonialer Ein- und Ausfuhr nur wenig geändert hat. Im Jahre 1937 betrug die italienische Einfuhr aus den Kolonien nur 2,6 Prozent der Einfuhr aus der übrigen Welt, wogegen die Ausfuhr nach dem eigenen Kolonialreich 32 Prozent der sonstigen Ausfuhr betrug. Es versteht sich, daß diese Ausfuhr sich aus Maschinen und Materialien für die wirtschaftliche Erschließung des Imperiums und die Versorgung des Arbeiterheeres und Beamtenapparates zusammensetzte, während die Einfuhr aus Rohmaterialien bestand, deren Erzeugung sich erst in der allerersten Entwicklung befindet.

5.

Diese Gestaltung der Handelsbilanz ist typisch für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Mutterland und noch unentwickeltem Kolonialbesitz. Für die

politische Beurteilung ist hierbei die Frage wichtig, in welchen Zeiträumen mit einer Umkehrung dieses Austauschverhältnisses zu rechnen ist. In anderen Worten, wann eine Kolonie wirtschaftlich soweit entwickelt ist, daß sie sich nicht nur selbst trägt, sondern darüber hinaus, direkt oder indirekt, Überschüsse für das Mutterland abwirft.

Eine tiefgreifende geopolitische Folge hat die zwangsläufige Konzentration Italiens auf sein Imperium bereits gehabt. Es hat bewußt auf eine außenpolitische Aktivität in Europa verzichtet. Es hat sein Gesicht vom Brenner nach Sizilien gewandt, das nach jahrhundertelangem politischem Schlaf nun wieder in das politische Blickfeld Italiens getreten ist. Sizilien aber bedeutet Nordafrika, bedeutet das Mittelmeer.

In diesem Zusammenhang gewinnt natürlich für die Beurteilung der geopolischen Lage des italienischen Imperiums die bisher immer wieder hinausgeschobene Auseinandersetzung mit Großbritannien entscheidende Bedeutung. Die endgültige Beantwortung dieser Frage wird erst möglich sein, wenn das Ergebnis der noch laufenden britisch-italienischen Verhandlungen vorliegt. Schon heute aber wird man im Auge behalten müssen, daß für Italien der Zeitfaktor entscheidende Bedeutung besitzt.

Während der Abessinien-Feldzug selbst, im Wettlauf mit dem Sanktionskrieg, so rasch als möglich beendet werden mußte und auch beendet wurde, handelt es sich heute umgekehrt darum, recht viel Zeit für den ruhigen Ausbau des Imperiums zu gewinnen. Stand vor drei Jahren die Auseinandersetzung mit dem Völkerbund unter dem Motto: „Mit Genf, ohne Genf, gegen Genf!", so steht Italien heute vor der Schicksalsfrage seiner Kolonialpolitik: „Mit Großbritannien, ohne Großbritannien oder gegen Großbritannien!?"

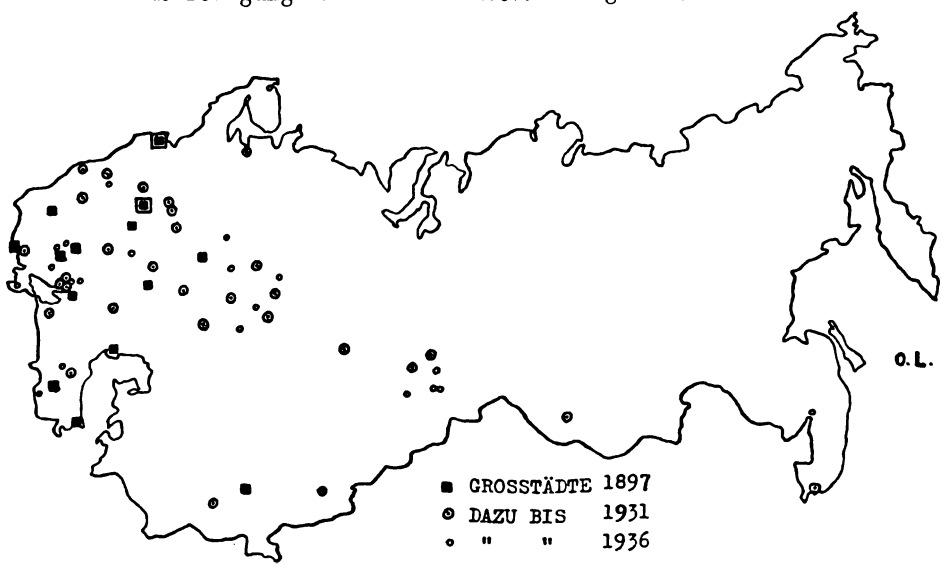
Literatur

Annuario dell' Impero Italiano, ANNO XV, Istituto Coloniale Fascista, Rom, 1937 (mit reichen Bibliographien). — Rivista delle Colonie, Rom (Amtliche Monatsschrift des Ministeriums für It. Afrika, mit Chronik und Bibliographien). — Badoglio, Pietro, Der Abessinische Krieg, 2 Bde. C. H. Beck, München, 1937. — De Bono, Emilio, Die Vorbereitungen und die ersten Operationen zur Eroberung Abessiniens. C. H. Beck, München, 1936. — Graziani, R., Cirenaica Pacificata, Mailand 1932. — Grühl, Max, Die Wiedergeburt des Imperiums, Schlieffen-Verlag, Berlin, 1937. — Herre, Paul, Nordafrika als Objekt der europäischen Kolonialpolitik in „Welt als Geschichte", 2. Jg. (1936) S. 169ff. — Herrmann, Gerhard, Abessinien, Raum als Schicksal, B. G. Teubner, Leipzig, 1935. — Immanuel, Friedrich, Der Untergang Abessiniens, Verlag Offene Worte, Berlin, 1936. — Mondaini, Gennaro, Manuale di Storia e Legislazione Coloniale del Regno d'Italia, 2 Bde. Rom, 1924 und 1927. — Pfalz, Richard, Die koloniale Betätigung des neuen Italien in „Geographischer Anzeiger", Bd. 35 (1934) S. 217ff. — Pfalz, Richard, Bei Faschisten und Senussi. Mussolinis Kolonialpolitik in der Cyrenaica, Max Möhring Verlag, Leipzig 1933. — Schopen, Edmund, Weltentscheidung im Mittelmeer, Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig 1937. — Toscano Mario, Das italienische Kolonialproblem während des Weltkrieges und auf der Pariser Friedenskonferenz in „Berliner Monatshefte", 15. Jg. (1937) S. 929ff. — Toscano Mario, Il Patto di Londra, Bologna, 1934. — Vossler, Otto, Die Italienische Expansion 1881—1935 in „Historische Zeitschrift", 156. Bd. (1937) S. 284ff. — Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten, Bd. 3, 1935 bis 1936. Internationale Politik. Herausgegeben von Werner Frauendienst. Essener Verlagsanstalt, Essen, 1937 (S. 1—276).

OTTO LANGBEIN:

Wandlungen in der Raumverteilung der UdSSR-Städte

Zu den wichtigsten Veränderungen, die das geopolitische Bild der Erde seit dem Weltkrieg erfahren hat, gehört zweifellos die umfangreiche Schwergewichtsverlagerung, die innerhalb der Sowjetunion aus wehrgeopolitischen Gründen vorgenommen wurde und wird. Das bekannte und oft besprochene Ostwärtswandern der Industrie bedingt dort nicht nur eine allmähliche Verkehrsaufschließung früherer Leerräume, sondern selbstverständlich auch ein bevölkerungspolitisches Vordringen in diese asiatischen Gebiete[1]). Der ganze Umfang der gewaltigen bisherigen Verschiebungen läßt sich noch nicht mit Sicherheit übersehen; nur für die großen Städte liegen brauchbare Berechnungen über die Einwohnerzahlen auch aus jüngster Zeit vor. Wenn auch die Bewegung der städtischen Bevölkerung selbstverständlich nicht ein-



fach als Spiegelbild der gesamten Bevölkerungsdynamik aufgefaßt werden kann, so mag sie doch einen Hinweis auf die Raumwandlungen des Volkskörpers im Sowjetreiche geben.

Auf dem beigefügten Kärtchen sind die Großstädte (nach der üblichen Einteilung alle Orte mit mehr als 100 000 Bewohnern) der UdSSR. eingetragen, gesondert nach dem Alter ihres Wachstums. Als frühester Zeitpunkt wurde 1897 angenommen — das Jahr der ersten und einzigen Volkszählung im Vorkriegsrußland. Ein anderes Zeichen gibt die Städte wieder, die bis 1931, ein drittes jene, die seither die 100 000-Grenze überschritten haben. Durch diese Teilung soll die Entwicklung der letzten Jahre verdeutlicht werden. (Karte 1.)

Von den 14 Großstädten, die das heutige Staatsgebiet um die Jahrhundertwende aufwies, entfielen 7 auf den großrussischen Kernraum, dessen Grenzpunkte durch

1) Aus der umfangreichen einschlägigen Literatur über diese Fragen sei besonders erinnert an: Oskar v. Niedermayer — Juri Semjonow: „Die Sowjetunion. Eine geopolitische Problemstellung." Schriften zur Geopolitik, Heft 7. Berlin-Grunewald, 1934.

Petersburg, Kasan und Astrachan bezeichnet sind, während die andere Hälfte in den südlich gelegenen Räumen der Fremdvölker lag, in der Ukraine, in Kaukasien und Turkestan. — In Nordrußland, im Ural und in ganz Sibirien (i. w. S.) gab es keinen Ort mit 100 000 Einwohnern. Mit Ausnahme des entlegenen Taschkent waren also die wenigen Großstädte ziemlich gleichmäßig über eine Fläche verteilt, die die Mitte des europäischen Teils, den Westen und Süden des Reiches umfaßte. Demgegenüber waren die Riesenräume des Kolonisationslandes im Osten und Norden völlig großstadtleer.

Unter den 30 Großstädten, die bis zum Jahre 1931 zu den alten dazukamen, fallen jene nicht weiter auf, die im genannten Herzraum liegen. Ihre Einwohnerzahl kam schon um die Jahrhundertwende dem 100 000-Punkt mehr oder minder nahe, ihr Aufstieg zu Großstädten ist bei normaler Entwicklung zu erwarten gewesen. Gorkij (früher Nishnij Nowgorod), Kujbyschew (fr. Samara), Pensa, Woronesh, die weißrussischen Städte u. a. fügen sich nach Lage und Verteilung durchaus in das beschriebene Bild. Ungleichmäßiger wird dieses gegen Norden, wo außer den Wolgastädten Kalinin (fr. Twer) und Jaroslawl die Textilstadt Iwanowo (fr. Iw.-Wosnjessensk) stark gewachsen ist. Hier wirkt sich das allmähliche Vorrücken des Kraftfeldes in die wehrgeopolitisch geschützteren nördlichen Waldgebiete aus. Dieses Vorrücken erhält eine kräftige Betonung durch das rasche Wachstum von Archangelsk, dessen Volkszahl sich in den besprochenen $3\frac{1}{2}$ Jahrzehnten verzehnfacht hat. Das erscheint nicht so erstaunlich, wenn man in Betracht zieht, daß sich hier im Nordwesten der einzige Zugang der Union zum Weltmeer befindet, der nicht von fremden Mächten kontrolliert wird. Die planmäßige Aufschließung des Nordens — es sei hier nur an die aktive Polarpolitik erinnert — mit ihrer Schutzanlehnung ans Eismeer gehört ja zu den hervorstechendsten geopolitischen Merkmalen des Sowjetstaates.

Sie wird an Bedeutung nur von der Durchdringung des Ostens übertroffen, die sich deutlich auch in unserem Kärtchen spiegelt. Nicht weniger als 10 von den neuen Großstädten liegen in dem bisher „leeren" Raum östlich des Wolgatales, die mittelasiatischen Städte Alma-Ata (fr. Wjernyj) und Samarkand nicht gerechnet. Orenburg und Tomsk, das durch seine Lage abseits der Sibirischen Bahn benachteiligt ist, gehören zu den Städten mit normaler Wachstumsgeschwindigkeit; sie zählen heute zwei- bis dreimal soviel Bewohner wie 1897. Stärker hat die Volkszahl von Ufa zugenommen, das Hauptstadt der Baschkiren-Republik geworden ist. Stürmisch aber war das Wachstum von Omsk, von Wladiwostok, dem die Bedeutung als Kriegshafen und äußerster Vorposten im Fernen Osten neue Bewohnermassen brachte, und besonders der Bergbaustädte Swerdlowsk (fr. Jekaterinburg) und Tscheljabinsk. Darin, daß jenes nahe an die halbe Million heranreicht, dieses aufs Dreizehnfache angewachsen ist, äußert sich die Verlagerung der Schwerindustrie in dem grenzfernen Ural, der zusammen mit dem asiatischen Kusnezker Revier das neue räumlich aufgelockerte Industriegebiet bildet. Als Verwaltungsmittelpunkt dieses Raumes entstand am Übergang der Sibirischen Bahn über den Ob die junge Hauptstadt Westsibiriens Nowosibirsk (fr. Nowo-Nikolajewsk), die das alte Tomsk schnell überflügelt hat und heute schon 300 000 Ew. zählt.

Ähnlich starkes Wachstum findet sich bei Stalingrad (fr. Zarizyn) an der unteren Wolga und der nordkaukasischen Erdölfundstätte Grosnyj, die zusammen mit

Krasnodar (fr. Jekaterinodar) die Ausdehnung der mit Großstädten besetzten Fläche nach Südosten bezeichnen. — Schließlich fällt bei Betrachtung der Großstädte von 1931 noch die beginnende Bevölkerungsballung zwischen Donez und Asowschem Meer auf, im „Donbaß" (Donezbecken), dem wichtigen ukrainischen Bergbau- und Industriegebiet[1]). Hier begegnet uns die aus den alten Industriestaaten so bekannte Erscheinung, daß zahlreich dicht nebeneinanderliegende kleine Orte binnen kurzem zu großen Städten zusammenwachsen.

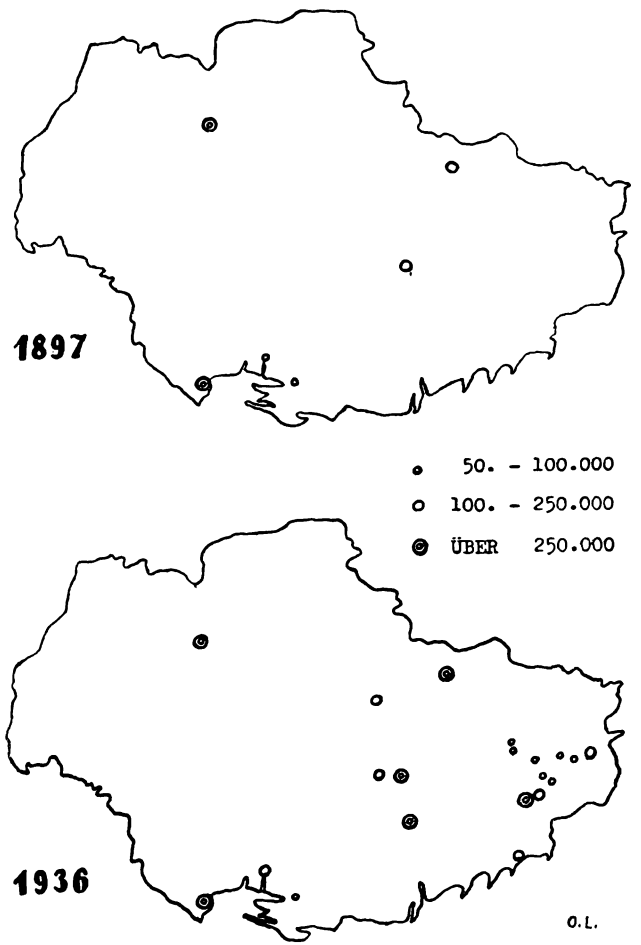
Noch augenfälliger ist die geschilderte Entwicklung hinsichtlich der jüngsten Großstädte. Im innerrussischen Raum finden sich hier nur die alten Verwaltungssitze Tambow und Smolensk, hingegen im Nordosten Kirow (fr. Wjatka) und Ishewsk und im äußersten Nordwesten, jenseits des Polarkreises, der Tundrenhafen Murmansk, dessen eigenartiger und gleichsam naturwidriger Aufschwung nur aus seiner geopolitischen Lage als einziger eisfreier und nicht absperrbarer Hafen der UdSSR. erklärlich ist. Im Ural erwuchsen drei neue Industrieorte zu Großstädten: Nishnij-Tagil, Slatoúst und das neugegründete Magnitogorsk; ebenso im „Kusbaß" (Kusnezker Revier) Stalinsk (fr. Kusnezk), Prokopjewsk und Kemerowo; zwischen beiden Schwerindustriegebieten die neue Kohlenstadt Karaganda in der Kirgisensteppe. Entlang der asiatischen Grenze, die eilig zu einem kräftigen Organ des Riesenstaates ausgebaut werden soll, schwollen neben Wladiwostok und Irkutsk, die weiter sehr stark zunahmen, Chabarowsk, Krasnojarsk, Barnaúl und Semipalatinsk zu Großstädten an.

Von den 24 Städten, die zwischen 1931 und 1936 über das Maß von Mittelstädten hinauswuchsen, liegen somit nicht weniger als 14 in den bisher fast jungfräulichen Räumen des Ostens und Nordens. Von den übrigen finden sich zwei in Kaukasien: Eriwan und Ordshonikidse (fr. Wladikawkas), zwei im Donezgebiet: Woroschilowgrad (fr. Lugansk) und Makejewka (fr. Dmitrowsk) und noch zwei andere junge ukrainische Industrieorte: Saporoshje (fr. Alexandrowsk) und Dnjeprodsershinsk (fr. Kamenskoje), beide am Dnjepr. Neben diesen neuen und sehr rasch gewachsenen Siedlungen fallen die beiden restlichen Großstädte aus der Reihe. Poltawa und Simferopol, alte Gouvernementshauptstädte, haben ihre Einwohnerzahl seit der Zählung von 1897 kaum verdoppelt. Sie liegen nicht sehr weit von der Westgrenze der Union entfernt und deuten auf die Kehrseite der besprochenen Entwicklung hin, auf die Verlagerung des Schwerpunktes vom Westen weg.

Dieser Einfluß der gegen das Innere zu verschobenen Grenze, der sich beispielsweise auf einer wirtschaftlichen Standortskarte sehr auffällig durch einen breiten Gürtel ohne industrielle Neuanlagen äußert, bildet einen anderen wesentlichen Faktor in der Nachkriegsentwicklung der Sowjet-Städte. Daß die grenznahen weißrussischen Orte und Smolensk nicht in dem Ausmaß größer geworden sind wie die meisten anderen Großstädte der Union, wurde schon angedeutet. Leningrad ist in der gleichen Zeit, in der sich Moskau fast vervierfacht hat, nur auf nicht viel mehr als das Doppelte angewachsen. — Am besten veranschaulichen aber die westukrainischen Städte die lähmende Wirkung der europäischen Unionsgrenze, da sie

1) Vgl. dazu u. a. Wladimir Kubijowytsch (Krakau): „Das Donetzbecken" in „Osteuropa" XII, Heft 2, Nov. 1936 und derselbe: „Bevölkerungsveränderungen letzter Jahre in der Ukraine in USSR." (in ukrainischer Sprache) in „Mélanges de Géographie" (Švambera-Festschrift), Prag 1936.

in der Nachbarschaft sowohl Polens als auch Rumäniens liegen und dadurch lange Zeit als sehr gefährdet galten; ist doch bekanntlich die Dnjestrgrenze mit Rumänien sogar heute noch nicht amtlich anerkannt. — Unser Unionskärtchen läßt den Stillstand des Städtewachstum in der Westukraine erkennen. Es sei nur hinzugefügt, daß Odessa heute nicht viel mehr Einwohner zählt als 1897, daß Nikolajew damals bereits 92 000, heute noch nicht 140 000 Ew. hat und daß das ziffernmäßige Verhältnis von Kijew zu Charkow genau das von Leningrad zu Moskau widerspiegelt; erst in den letzten Jahren, seit es ukrainische Hauptstadt geworden ist, beginnt Kijew wieder stärker zu wachsen.



Zwei Kärtchen der Sowjetukraine mögen diese Entwicklung anschaulich machen. Sie zeigen die Städte mit mehr als 50 000 Ew. in den Jahren 1897 und 1936. (Karte 2 und 3.) Der Stillstand in der westlichen Hälfte ist unverkennbar: Cherson, Shitomir, Kirowo (damals Jelisawetgrat), Krementschug und Berditschew waren damals ebenso in der Größenklasse 50—100 000 Ew. wie heute. Nikolajew und Poltawa sind bloß sehr langsam aus ihr aufgestiegen und nur Winniza ist in die Reihe der Mittelstädte dazugekommen. Die mehrfache erwähnte industrielle Entwicklung der südöstlichen Ukraine unterstreicht mit ihren auffallenden Wachstumserscheinungen diese Lähmung im Westen besonders. Durch die reichen Bodenschätze wird das Bild der gesamten Union, die Verlagerung nach dem Osten, hier übermäßig verstärkt. Der 1897 städteleere Raum der Ostukraine erscheint auf der gegenwärtigen Karte als der am meisten veränderte Teil des Landes, die Zahl der Großstädte ist heute hier doppelt so groß wie in der Westhälfte.

Gerade diese rasche und starke Wandlung erinnert aber auch wieder daran, daß Schlüsse aus Veränderungen in Größe und Verteilung der Städte auf solche im ganzen Volkskörper nur mit recht begrenzter Annäherung gezogen werden können.

ALBRECHT HAUSHOFER:
Berichterstattung aus der atlantischen Welt

Wenn das deutsche Volk am 10. April mit einstimmiger Wahl einem Führer dankt, der zum Einiger des Volkes und zum Mehrer des Reiches geworden ist, so mögen die Ereignisse dieser Wochen allen europäischen Völkern und ihren Staatsmännern zu denken geben. Aus den vielen Meldungen dieser Tage halten wir eine fest, die kaum bemerkt worden ist. Unter den zahlreichen englischen Staatsmännern, die Frankreich als ihre zweite Heimat betrachten, ist der letzte überlebende „Vater" von Versailles gewiß einer der merkwürdigsten. Vor kurzem war Lloyd George wieder in Paris. Es wird berichtet, daß er sich in einem Wagen nach Versailles habe fahren lassen, in einer stillen Stunde habe er sich in das verlassene Königsschloß führen lassen. Er sei in den Spiegelsaal gegangen und habe lange dort gestanden. Allein und schweigsam Ist es zu viel, wenn wir die Hoffnung aussprechen, daß sich Erkenntnisse dieses Besuches auch einmal in Unterhausreden umsetzen?

Hätte man im Jahr 1919 einen Frieden auf der Grundlage des echten Selbstbestimmungsrechtes der Völker geschlossen, dann hätte man heute keinen Grund, einen Schock zu empfinden, wenn das lange genug unterdrückte Recht nationaler Selbstbestimmung sich durchsetzt. Die „Times" freilich will uns klarmachen, daß alles, was im März erreicht worden ist, auch mit „friedlichen Methoden", unter vollem Einverständnis der westlichen Demokratien hätte erfolgen können. Warum ist man in London erst nach dem Ereignis so klug? Wir suchen vergeblich nach englischen Stimmen und englischen Vorschlägen aus der Vergangenheit. Wir erinnern uns nur daran, daß es nicht nur ein französisches, sondern auch ein englisches Ultimatum gewesen ist, das die Abhaltung von Volksabstimmungen in den österreichischen Ländern verbot, nachdem Tirol und Salzburg mit 99 Prozent der Stimmen ihren Anschlußwillen erklärt hatten. Und die Zollunion des Jahres 1931 ist an dem vereinigten Widerstand der drei Stresa-Mächte gescheitert. Die Zeiten der Stresa-Front sind vorbei — und wenn Mussolini in einer meisterhaften Rede seine vergangene und seine gegenwärtige Politik miteinander zu verbinden wußte, so beweist er damit, daß man im Heimatland des großen Florentiner Staatsschreibers auch die praktische Politik zur Zeit geschickter handhabt als im England der Völkerbundliga. Freilich wird man zugeben müssen, daß Chamberlain und Halifax keinen leichten Stand haben, daß eine staatsmännische Leistung von nicht geringem Rang — unter demokratisch-parlamentarischen Verhältnissen — auch darin lag, daß Chamberlain so lange zu schweigen verstand, bis der erste Sturm einer teils künstlich aufgepeitschten, teils echten öffentlichen Meinung vorüber war.

Im Vordergrund des britischen Interesses steht nun nicht mehr Österreich, sondern die Tschechoslowakei. Es ist kein Zweifel daran möglich, daß die führenden Staatsmänner der Tschechoslowakei nun eine Gelegenheit haben, die Struktur ihres Staates den neuen politischen Gegebenheiten anzupassen — Gegebenheiten, die ja nur ein Wiederaufdecken eines geschichtlichen Tatbestandes sind, der jedem Kenner der Lage Böhmens im alten Deutschen Reich geläufig sein muß. Dreimal in der Geschichte ist den Tschechen ein erfolgreicher Aufstand gegen den deut-

schen Einfluß in Böhmen und Mähren gelungen; zweimal schon waren sie genötigt, nach Zeiten eines hemmungslosen Kampfes einen Ausgleich mit den Deutschen zu unterschreiben. Der dritte Aufstand war 1918 Wird man auf dem Hradschin begreifen, daß gute Nachbarschaft in Lundenburg und Oderberg nur möglich ist, wenn es keine Unterdrückung von Deutschen in den Ländern der böhmischen Krone mehr gibt, wenn Prag darauf verzichtet, über den deutschen Körper hinweg deutschfeindliche Außenpolitik mit Paris und Moskau zu machen?

Der Führer hat in seiner Königsberger Rede betont, daß es noch einige Ungerechtigkeiten aus den Verträgen von Versailles und St. Germain gebe, an deren freiwilliger Beseitigung man den guten Willen der europäischen Mächte werde erkennen können Vielleicht ist die „Times" nun in der Lage, positive Vorschläge friedlicher Revisionen zu machen!

So verlockend es ist, den Versuch zu machen, die Fernwirkungen des großdeutschen Zusammenschlusses auf die gesamte europäische Struktur zu untersuchen, so sehr sind wir hier gebunden an die Notwendigkeit, über den Entwicklungen des großdeutschen und mitteleuropäischen Raumes nichts zu übersehen, was sich aus fremdem Willen oder in fremden Machtbereichen vollzogen hat. Das ist gerade in den letzten Wochen nicht wenig.

Neben den österreichischen Vorgängen stehen in diesem bewegten März die polnisch-litauische Spannung, die herannahende Entscheidung über Katalonien und der englisch-italienische Ausgleich — sofern er gelingt. Dazu kommen sehr bemerkenswerte Aktivitäten der amerikanischen Politik, und nicht zuletzt das Vorgehen der Mexikaner gegen die englischen und amerikanischen Ölgesellschaften.

Daß Polen die Gelegenheit zu einer wirkungsvollen Demonstration seiner Macht gegenüber Litauen ausnutzt, läßt sich aus der Zusammenschau der europäischen Ereignisse nur begreifen. Für Polen sind dabei innere Gründe ebenso maßgebend gewesen wie äußere. Der Zustand der litauisch-polnischen Grenze konnte auf die Dauer nur zum Krieg oder zur Aufnahme der üblichen Beziehungen führen. Polen hat mit ziemlich scharfen Mitteln die Aufnahme von Beziehungen erzwungen. Litauen hat nachgegeben — unter Druck. Es betont ausdrücklich, daß ein innerer Verzicht auf die alte litauische Hauptstadt Wilna damit nicht verbunden sei. Das bedeutet, daß der litauisch-polnische Ausgleich auf lange Sicht ebenso fragwürdig ist, wie seinerzeit der rumänisch-sowjetrussische über Bessarabien. Das Gebiet, um das es zwischen Polen und Litauen geht, ist dabei in völkischer Hinsicht weder polnisch noch litauisch, sondern weißrussisch mit einem hohen Prozentsatz von städtischem Judentum. Um dieses osteuropäische Judentum setzt neuerdings eine sehr seltsame Bewegung der amerikanischen Außenpolitik ein. Es ist recht bezeichnend, daß der erste Fall von schlechter Behandlung einer „Minderheit", der die Gefühle der westeuropäischen Demokratien erregt hat, die Gefährdung des rumänischen Judentums durch Goga war; und daß nunmehr die Sorge der amerikanischen Diplomatie der Gesamtheit des mittel- und osteuropäischen Judentums zugewandt werden soll. Es lassen sich Entwicklungen auch der amerikanischen Innenpolitik denken, die sogar die Herren Baruch und Morgenthal einmal bedauern lassen könnten, daß sie der amerikanischen Außenpolitik Wendungen gegeben haben, die mit amerikanischen Interessen nichts mehr zu tun haben. Auch Palästina mit sei-

nem immer stärkeren Gegensatz zwischen jüdischen Einwanderungs- und britischen Reichsinteressen könnte zu denken geben...

Inzwischen haben die angelsächsischen Wirtschaftsinteressen in Mexiko durch die Maßnahmen des Präsidenten Cardenas einen heftigen Schlag erlitten. Enteignung großer Konzerne ist immer etwas Schmerzliches; und wenn es sich um Petroleum handelt, hört auch für die großen Weltmächte die Heiterkeit auf. Es ist sehr bezeichnend für die veränderten Machtverhältnisse auf der Erde, daß sich England und Amerika einen solchen Schritt wie den jetzigen der mexikanischen Regierung gefallen lassen, ohne mehr zu tun, als zu protestieren und einen gewissen wirtschaftlichen Druck anzusetzen — der auf Mexiko keinen entscheidenden Eindruck zu machen braucht. Auch in Südamerika müssen Pfund- und Dollar-Diplomatie immer weiter zurückweichen.

Allerdings bilden die „latein-amerikanischen" Staaten alles andere als eine einheitliche weltpolitische Front. Zwischen der Kommunistenverfolgung, wie sie in Brasilien geübt wird, und der mexikanischen Einstellung zum spanischen Krieg ist ein weiter Unterschied. Mexiko ist in den Verhandlungen des Völkerbundes der sicherste Bundesgenosse Litwinows. Waffenlieferungen der Mexikaner an die Gegner Francos sind an der Tagesordnung. Ihre militärische Wirksamkeit ist allerdings umstritten. Jedenfalls ist die mexikanische Einmischung sehr viel harmloser als die, welche in der dritten Märzwoche von den Herren Paul-Boncour und Blum erwogen, beinahe schon beschlossen war. Es ist nicht gerade beruhigend, wenn man feststellen muß, daß die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens in diesen Tagen einzig und allein an dem nüchternen Verstand des Generals Gamelin (der im März 1936 gegenüber Sarraut eine ähnlich mäßigende Wirkung ausgeübt hat) und an dem Geschick des britischen Nachrichtendienstes gehangen hat, der es der englischen Regierung möglich machte, ihre sehr entschiedene Auffassung in Paris geltend zu machen, bevor französische Truppen „zur Rettung Barcelonas" die Grenze von Port-Bou überschritten... Gewiß ist die Lage der französischen Linksregierung nicht angenehm. Nach der Haltung, die sie gegenüber Franco eingenommen hat, kann es für Frankreich nur unangenehm sein, ein wirklich nationales Spanien als Nachbarn zu haben. Von dem Transport nordafrikanischer Truppen durch Spanien, von der Benutzung Minorcas als Zwischenstation zwischen Algier—Oran und Marseille—Port Vendres kann dann nicht mehr die Rede sein. Das alles aber hätte man früher bedenken müssen, bevor man sich erlaubte, Steine in das Haus des Nachbarn zu werfen. Darin ist England klüger gewesen. Es hat sich wenigstens bemüht, neutral zu sein, und bereitet sich darauf vor, seine starken wirtschaftlichen Möglichkeiten im Notfall auch einem siegreichen Franco zur Verfügung zu stellen...

Die Wahrscheinlichkeit eines endgültigen Sieges für Franco ist inzwischen erheblich gewachsen. In methodischem Vorgehen ist zunächst das südliche Arragon zwischen dem Vorsprung von Teruel und dem Ebro bis an die Schwelle des Randgebirges heran erobert worden. Ein zweiter Stoß nördlich des Ebro hat zunächst Huesca aus der Umklammerung befreit, in der es sich fast seit Beginn des Bürgerkrieges befand. Darüber hinaus ist jede Bedrohung von Saragossa beseitigt, der Vormarsch gegen die katalanische Grenze auch nördlich des Ebro angetreten worden. Gewiß dürfen die Geländeschwierigkeiten, die sich besonders am Ebro selbst an der alten Grenze von Arragon und Katalonien ergeben, nicht unterschätzt wer-

den. Aber es scheint, als ob die Kampfkraft der Barcelona-Truppen sich erheblich verringert hätte. Wenn Frankreich daran verhindert wird, neue Verstärkungen zu senden, wird sich der spanische Konflikt von selbst erledigen. Franco wird siegen, und die internationale Hilfe auf beiden Seiten wird überflüssig geworden sein. Die Aufgaben politischer Rekonstruktion, die dann vor der spanischen Regierung liegen, sind gewaltig. Franco wird an eine aktive Außenpolitik erst denken können, wenn die Wunden des Bürgerkrieges verheilt sind, wenn Spanien in seinem sozialen und wirtschaftlichen Gefüge erneuert ist. Das wird Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern. Insofern sind alle französischen Befürchtungen wegen der Pyrenäengrenze übertrieben.

Die englisch-italienischen Verhandlungen über das Mittelmeer und Afrika schreiten vorwärts. Sowohl aus Rom wie aus London kommen Meldungen von einem bald bevorstehenden Abschluß. Deutschland kann aus den Reden Churchills und anderer Träger der Gedanken von Versailles und Stresa mit Beruhigung entnehmen, daß die Klärung der mitteleuropäischen Lage jeden Versuch unmöglich gemacht hat, einer englisch-italienischen Einigung negative Elemente beizumischen. Was nun erfolgen wird, ist eine Entscheidung darüber, ob der Suez-Kanal zu gleicher Zeit eine Lebensader zweier Großmächte sein kann. Kompensationen im Bereich der europäischen Kontinentalpolitik, wie sie von Versailles bis Stresa üblich waren, können heute nicht mehr angeboten, und nicht mehr angenommen werden.

KARL HAUSHOFER:
Bericht über den indopazifischen Raum

Die herbe Lehre: „Schau den Tatsachen ins Gesicht!" (Face facts) — der in Deutschland und Italien die Führer, in England Chamberlain und Halifax, ohne Eden, folgen, zu der sich mit Ausnahme der Tschechoslowakei auch die Nachfolgestaaten zu bequemen schienen, die bis jetzt, im Gegensatz zu einigen ihrer Reden, auch Roosevelt und Hull praktisch anerkennen, sie fängt an, auch im Fern-Ost-Kampf gehört zu werden.

Allerdings mag es noch bis zum Herbst dauern, bis die Erkenntnis der geopolitischen Grenzen und Möglichkeiten aus Japans Daseins- und Zukunftringen reift. Dann erst werden die blutigen Schleier zurückgedrängt werden, die sich über das unglückliche China breiten. Sie entstehen nach Lenins Weisung aus dem Grundsatz „China im Brodeln zu erhalten", als Nebenherd der Weltrevolution; die in ihrem Hauptherd zunächst von Moskau aus erbarmungslos ihre eigenen, ehedem bevorzugten Kinder und Träger frißt.

Einen Sucherstrahl nach dem künftig möglichen festen Grunde der Tatsachen entsendet die erste Jahresnummer der „Far Eastern Review" (Anhang 1). Sie bringt dankenswerterweise in guter Übersicht die Erklärungen von Hirota, von Matsuoka — (mit der entscheidenden Frage: „Wird Japan sein Kreuz tragen können?") —, den wohl richtigen Inhalt des chinesisch-russischen Geheimvertrags, Japans Mindestforderungen in der Entwicklung seit dem Tangku-Abkommen vom Mai 1933, dem Umezu-Ho-Abkommen vom Mai 1935 (mit der Unmöglichkeit, mit China zu festen Vereinbarungen zu gelangen), endlich den Werdegang des roten Einflusses in China seit Sianfu. Ist der Plan, eine Kraftwagenstraße nach

Nordwesten, eine russisch-chinesische Bahn Chungking—Chengtu—Sungpan—Tsinghai—Sinkiang nach Sowjetrußland, 4000 km lang, mit acht Millionen chinesischer Arbeiter unter russischer Leitung zu errichten, eine Fata Morgana oder Wirklichkeit auf weite Sicht dahinter? Die Sowjets sollen sie auf eine vierprozentige Anleihe Chinas hin bauen, die fünf Jahre nach dem Krieg mit der Rückzahlung beginnen und zwanzig Jahre danach abgezahlt sein soll, bis dahin als Machtwerkzeug den Russen gehören wird. Das kann ebenso das Werden eines binnen-chinesischen Sowjetstaats unter Moskauer Führung gegen einen japanisch geführten Randstaat bedeuten, wie ein Druckmittel oder eine Seifenblase, einen Bluff.

Aber dafür ist der geopolitische Gedanke, vom Sowjethirn aus gesehen, zu „verwünscht gescheit". Er würde zuletzt eine Erweiterung Sowjet-Innerasiens auf Kosten der Randkultur bedeuten!

So weit liegen noch Wunschträume und Wirklichkeit auseinander. Daß es unter solchen Verhältnissen bei dem durch deutsche Vermittlung — (einen großen Vertrauensbeweis beider kriegführenden Parteien) — angebahnten Friedensgespräch nur zu einem sehr vorläufigen Meinungsaustausch zwischen China und Japan kommen konnte, konnte nicht überraschen.

Vor dem Herbst 1938 rechnet, abgesehen von unvorhersehbaren Zufällen, in Japan niemand mit einem Abschluß; man erklärt nur, daß man die Rechnung allein herausschreiben und keinerlei Einmischung dulden werde. Man weist nach, daß man wirtschaftlich noch vier Jahre in der gegenwärtigen Weise Krieg führen könne, ehe Japan einen ähnlichen Erschöpfungsgrad erreichen würde, wie ihn die abendländischen Mächte des letzten Weltkriegs sich zugefügt hätten. Daß dies kein wünschenswertes Schlußziel ist, wird nicht geleugnet. Noch wird nicht in Abrede gestellt, daß bei vollem Gang der Wirtschaftsmaschine kaum mehr als zwei Millionen Menschen aus ihr für Wehrzwecke außerhalb des Inselreichs herausgezogen werden können; das würde bei noch so guten Ergebnissen am mittleren Hwangho, bei Aufreibung der chinesischen Kräfte an der Tsingpu- und Lunghai-Bahn um Hsuchow, doch mit dem Erreichen des Eisenbahnrückgrats Peking—Hankau—Kanton wehrgeopolitische Grenzen der Raumüberwindung festlandeinwärts erkennen lassen. Es käme dann darauf an, ob man diesen Raum im Gegensatz zur chinesischen Binnenregierung mit Kompromiß-Chinesen zu organisieren vermag. Von Japan wird behauptet, daß die Erhaltung des Heeres auf chinesischer Erde billiger zu stehen käme als auf japanischer. Es wird betont, daß Japan keinen Landerwerb anstrebe, nur Zusammenwirken auf antikommunistischer Grundlage, Schaffung entwehrter Zonen mit Sonder-Regime, engen Wirtschaftszusammenschluß von China, Japan und Mandschurei ohne Schädigung wohlerworbener Rechte Dritter und eine dem Aufwand entsprechende, also wohl schwer tragbare Kriegsentschädigung. Das ist nur möglich bei unbestrittener Fern-Ost-Führung durch Japan und Fernhaltung fremder Einmischung, die praktisch schon jetzt durch die Sowjets erfolgt. Bereitet Frankreich für diesen Fall die Kamranh-Bucht, halbwegs zwischen Singapore und Hongkong, als Flug- und Flottenstützpunkte vor? Bis jetzt war Saigon mäßig beschützt.

Entscheidende Bedeutung kann in solchem Fall schnell und überraschend dem erneuerten, aber mit dieser Erneuerung unter japanischer Hilfe noch nicht ganz fertigen Siam zufallen; größere noch natürlich den nun bis zu 87% ihrer zer-

lappten Landfläche auf 7083 Inseln und Riffen, darunter 466 größeren vermessenen Philippinen. Wie gefährlich, auch für Seekriegsverwicklungen, deren Fahrwasser ist, zeigen die 74 Schiffbrüche von Dampfern über 1000 t innerhalb eines Jahrzehnts. Eine solche Inselgruppe läßt sich mit einer darauf eingeschulten Küstenflotte kleiner, flinker Einheiten leicht in einen gefährlichen Fuchsbau verwandeln.

Aber der ganze Westpazifik ist ja ein solcher Fuchsbau des Seekriegs; mit Recht spricht Russell E. Hall (Anhang 2) in einer der besten Übersichten aus neuerer Zeit von „Reichsaußenposten im Südpazifik", dabei offenlassend, wessen Reiches Außenposten er damit meint. Denn die geopolitische Schwierigkeit ist ja eben, daß sich vierer Reiche Außenposten und noch allerlei alte Rechte dort ineinanderschlingen, — ganz abgesehen von den inneren Reibungen, wie der Inderfrage auf Fiji, den Missionskämpfen, den Kopraschwankungen, den Kondominiumsorgen in den Neuen Hebriden mit zwei gegensätzlichen Kolonialgrundsätzen, den unentbehrlichen Chinesen auf Nauru, dem raschen Ansteigen der rund 55 000 Japaner im ehemals deutschen Mandat gegenüber von nur mehr 50 000 Inländern und ganzen 109 Fremden. Dazu kommt der unberechenbare Wert einzelner Gruppen als Flugstützpunkte zum Erreichen von Australien und Neuseeland von Hawaii und den beiden Flugkurtinen der USA. aus. Die eine geht von Hawaii über Midway, Wake, Guam nach Korregidor-Manila, mitten durch Japans Südsee; die andere hängt von Dutch Harbour in den Aljuten über Hawaii, die Phönixgruppe (Canton und Enderbury) bis Pago-Pago, und von dort nach Neuseeland, wohin auch der britische „Centaurus" flog. Es ist ein Flugvorhang von 7000 km Länge — (die japanische Chinafront ist „nur" rund 3000 km!) — hinter dem sich die amerikanischen Flotten- und Luftübungen abspielen. Wie unbefangen sie dabei ihre amerikanisch-pazifische Basis gestalten, verraten uns Nachrichten, wie die vom Anflug von 58 Kriegsflugzeugen über Guatemala weg zur Panamakanalzone im Februar 1938, das i. G. 100 dorthin passierten.

Luft- und Seemanöver sind zum großen Teil über Hoheitsgebiet von Nicaragua und Costarica, um den Fonsecagolf abgehalten worden. Ein japanisches Fischereiunternehmen soll aus dem angeblich selbständigen Panama verdrängt werden, versucht, nach Costarica auszuweichen, begegnet aber auch dort dem nicht unberechtigten Bedenken, man wolle nicht durch Gestattung japanischer Stützpunkte für einen späteren pazifischen Krieg zum Belgien Mittelamerikas, zum Kriegsgebiet für fremde Belange werden. Deshalb hat man auch im „Balkan Amerikas" (frei nach Colin Ross) die Träger des großen Stocks der USA. mit Pomp aufgenommen; ebenso im März die französische U-Boots-Flottille, die von Venezuela durch den Panamakanal zum Besuch von Salvador kommt, — vielleicht nach den ehedem beanspruchten Clippertoninseln schauen soll?

Auch der uralte Streit um die Moskitoküste flackerte zwischen Honduras und Nicaragua wieder auf, bis ihn Washington und Guatemala wieder vorläufig beilegten, nachdem es schon einmal früher der König von Spanien getan hatte. Dabei tauchte ein sonderbares Projekt einer nordamerikanischen Weltfriedensgesellschaft auf, den Streitgegenstand den Rotariern als neue unabhängige Landwirtschaftsrepublik mit dem Generaldirektor der United Fruit Company als Präsident zu stiften, und durch jüdische Auswanderer aus den faschistischen Län-

dern zwecks Bananenbaus zu bevölkern. Diese würden dort freilich in Teufels Küche kommen, „wo der Sumpf am größten und Gottes Hilfe am weitesten ist" (wie uns ein freundlicher Mitarbeiter schreibt), Moskitos, Fieber und Hitze dagegen am nächsten sind.

Selbst dort aber lernt der Eingeborene vom Fremden das Arbeiten und bekommt zum Dank für den ihm unerwünschten Antrieb Anfälle von Fremdenfeindlichkeit: wieviel mehr erst gegenüber jeder gelben Zuwanderungsmöglichkeit. Insofern also können sich die Vereinigten Staaten im Bedarfsfall auch auf die stark rückindianisierten Länder des pazifischen Ostufers verlassen und sie getrost in ihr „Manövergelände" einbeziehen. Dennoch sieht es auch im Frühjahr noch so aus, als ob die beiden Altkulturvölker des Fernen Ostens bei ihrer Auseinandersetzung allein blieben, wenn auch Hirota die Lage mit den Sowjets „heikel" nannte.

So wird es also in erster Linie darauf ankommen, was beide an Willen zur Führung und zur Macht in ihrer Volksseele verfügbar haben, um ihrer weiten Räume und der Zeiten, mit denen sie rechnen müssen, Herr zu werden.

An Anhaltspunkten zu deren Abschätzung fehlt es nicht, auch wenn man reichlich Abstriche für Kunjunkturschrifttum und Propaganda macht, worin sich China und Japan den Rang begreiflicherweise abzulaufen suchen.

Je höher diese Versuche geistig, kulturpolitisch stehen, um so besser die Dauerwirkung, wie etwa bei dem, was Eduard Spranger nach seiner Rückkehr von einem Jahr in Japan über „Japanische Kulturfragen" zu sagen hat, oder, im gleichen Heft von „Nippon" (Anhang 3) Miyamoto Kinshichi über „Jugendbewegung und Jugenderziehung in Japan." — Dort hat man das Gefühl, zugleich im schwersten äußeren Daseinskampf und in einem inneren Umbruch von ähnlicher Tragweite, wie in Deutschland und Italien, zu stehen und sehr viel auf einmal tun und aushalten zu müssen.

Aber nicht minder stark ist dieses Gefühl in China, wofür weniger die Nachrichtenblätter des „Neuen China (Anhang 4 z. B. No. 142—148 aus Hankow) ins Gewicht fallen (denn reine Kriegsberichte sind beschränkte historische Wahrheit in Ost und West), sondern die mit Begeisterung und Wärme geschriebenen Informationsblätter, No. 15 und 16 (Anhang 5), über „Bomben auf Japan" und „Mißverständnisse und die Voraussetzungen zu ihrer Beseitigung — zu der Anerkennung ‚Mandschukuos' durch Deutschland."

Wir verstehen durchaus den Schmerz vaterlandsliebender Chinesen, wenn die „reale Tatsache", die „Wirklichkeit" Mandschukuo auf dieselbe Ebene gestellt wird, wie die des Äthiopischen Imperiums Italiens: haben wir doch auch die noch viel weniger begründete und gebotene Zustimmung Chinas im Völkerbund zur Zerstörung des hochentwickelten wirtschaftlichen Uhrwerks Oberschlesien, zur Zwangsverschickung Deutscher aus China nach Friedensschluß erlebt. Aber die Wirklichkeit Mandschukuo könnte nur durch eine Eroberung mit bewaffneter Hand aus dem Bereich der Wunschträume in eine andere Wirklichkeit überführt werden. Das ist eine Wirklichkeit, die sich Jung-China von 1931—1938 nicht klarmachte.

Fast so unmöglich, wie der Versuch, den hochgespannten, sich jenseits der Wirklichkeit bewegenden Wunschträumen einzelner chinesischer Staatsdenker gerecht zu werden, ist — bei aller Hochachtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der Völker — der andere, das gleiche für Indien zu versuchen. Aber das gilt auch

für europäische Schriftsteller, die in dem gewaltigen Bau des britischen Weltreichs nur die Stärke seiner Flotte, des Dreiecks Singapore—Hongkong—Port Darwin, und nicht auch, wie Großbritanniens besonnene gegenwärtige Führer, die schwachen volkspolitischen Baufugen sehen. (Anhang 6.)

Sie schließen es aus, daß sich das Weltreich zumuten könne, gleichzeitig eine mitteleuropäische Erschütterung, ein Ringen auf Tod und Leben im Mittelmeer, einen Aufbruch im Nahen Osten, eine indische Unabhängigkeitsbewegung mit von außen geschürter Stoßkraft und eine vollwertige Verteidigung seiner Chinastellung, sei es auch Arm in Arm mit USA. auszuhalten. Daher die begreifliche Neigung zu Kompromissen, soweit sie nur das Gesicht wahren.

Dafür ist das durch jahrhundertelange Entwicklung vollendet ausgeglichene Gleichgewicht zwischen monarchischen, aristokratischen und demokratischen Antrieben innerhalb der britischen Staatsbiologie im höchsten Grade geeignet; aber es widerstrebt aus dieser Natur heraus allen Einseitigkeiten (Exzessen), so namentlich dem einseitig demokratischen Ausschlag des Pendels, das die radikalen Führer der indischen Kongreßpartei in Schwung setzen. (Z. B. Pandit Jawaharlal Nehru, 1. 2. 1938 in der United Press; Anhang 7.)

Aus diesem innersten Grund heraus — nicht nur aus politischem Opportunismus — kommt das Verständnis für das Streben der rund 78 Millionen indischer Islam-Anhänger, nicht von der Tyrannei einer demokratischen Hindu-Mehrheit erdrückt zu werden. (Anhang 8: Gegensatz M. N. Roy-Fazlul Huq.) Dabei ist vom demokratischen Britenflügel der indische Unabhängigkeitstag in London, Manchester, Edinburgh, Oxford, Cambridge, Reading und Glasgow geräuschvoll mitgefeiert worden, als ob er nicht einen schweren Reichsverlust bedeuten müßte.

Dort nahmen neben Sir Stafford Cripps und Lord Middleton auch Professor Laski und der Labourvertreter Strauss, nicht eben alles Rassebriten, die Gelegenheit wahr, wider Farben- und Rassenschranken, wider Italien, Deutschland und Japan Sturm zu laufen, allerdings auch neben dem Protest gegen die Bombenwürfe auf Madrid, Kanton und Abessinien die Bomben der Briten auf die Nordwestprovinz Indiens zu erwähnen. Wenn sie betonten, Freiheit und Demokratie seien nicht nationale, sondern internationale Glaubenssache, für die die britische Labourbewegung überall eintrete — doch wohl mit Machtmitteln des Empire —, und im selben Atemzug mit dem Ruf „Bande mataram" und „Inquilab Zindabad" eigentlich das eigene Weltreich zu drei Fünfteln seiner Volkszahl gegenstandslos machten, gehört das zu dem vielen schwer Begreiflichen, an der so vieldeutigen Formel: „Imperium et libertas" — die doch wohl Freiheit nur für die Herrschenden meint und ihre Herrschafts-Erstgeburt mit dem Freiheitsruf für alle preisgibt, ebenso wie das Daseinsprinzip der „Herrschaft der Besten", der „Aristokratie", die vorläufig Britanniens Reich noch immer zusammenhält und deshalb von seinen Gegnern berannt wird. (Anhang 9.)

Wohin hier letzte Folgerungen führen, zeigte der Zusammenstoß zwischen dem südafrikanischen Minister Hofmeyer und Sir Raza Ali in Gegenwart des High Commissioners Sir William Clark in Johannesburg über die „Nichteuropäische Front der Inder und Banturassen", und die leise Drohung des Inders, daß sie zustande käme, wenn die Behandlung der Inder in Südafrika so bliebe, wie in den letzten fünfzig Jahren und auch ein Gast, wie Sir Raza Ali, tauben Ohren predige.

Aber dort, wo sie herrschen wollen, stellen die Hindu ihrerseits das Minderheitenproblem in Abrede und proklamieren die 51% Mehrheitstyrannei, die doch ganz gewiß in Indien den Großteil der 78 Millionen Mohammedaner, die 4 Millionen Sikhs trifft, während das Problem für Allindien Zahlen umfaßt, die nahe an die Gesamtzahl der Deutschen auf Erden heranreichen, also nicht gut völlig totgeschwiegen und totgeteilt werden können.

Hinter dem Unabhängigkeitsproblem richtet sich also das geopolitische Neuaufbauproblem — eine Raumfrage ersten Ranges — vor den Führern Jungindiens fast drohender als das erste vor den Führern des Weltreichs auf. Daran ändert ein mühsam erlangtes Kompromiß in der Regierungsbeteiligung einzelner Länder wenig.

Welchen ungeheuren Grad von Verstraffung aber würde zur Bewältigung auch nur der nächstliegenden Aufgaben ein selbständiges Indien mit seiner zerlappten und unmöglichen Ländereinteilung nötig haben — (die ohne diktatorische Gewalten gar nicht anzupacken wären, wie das letzte Kompromiß beweist) — wenn schon Japan, ganz ebenso wie vor ihm Deutschland und Italien, zu solcher straffer Staatsführung durchstoßen muß, wie sie das nationale Mobilisierungsgesetz mit sich bringt.

Chinas ganzes Unglück war, viel zu spät zu erkennen, daß solche Umformungen im heutigen Weltgedränge nur durch Führer von Gottes Gnaden, nicht parlamentarisch durchgeführt werden können, so daß es die Macht dazu viel zu spät in Chiang Kai-Sheks Hände legte, vielleicht auch, daß er viel zu spät die etwa schon früher vorhandene Möglichkeit ergriff.

Steht erst der Feind im Land, ist erst der Kampf aller gegen alle entbrannt, — der in Indien gewiß nicht auf sich warten ließe, so wenig, wie er China von 1911 bis heute verschont hat —, dann bedarf es großer Schicksalsgnade, wenn einem Führer mit überragenden, in Massen gewiß nicht vorhandenen geopolitischen Einsicht, die rettende Tat gelingen soll, wie etwa der Reihenfolge Sulla-Cäsar-Augustus in ähnlichen Zersetzungszuständen des Römischen Reiches auf seinem Wege vom aristokratischen Gefüge durch eine herrschaftsunfähige Demokratie zum Führerstaat.

Das ist der Grund, warum Japan aus Erkenntnis seiner eigenen Geschichte mit beständigen, zur Evolution abgebogenen Revolutionen von oben her, und im Besitz der Erfahrungen der Ententemächte mit ihren Diktaturen und Parlamenten im Weltkrieg, dem Werdegang Deutschlands und Italiens wie Brasiliens, jetzt nicht wartet, bis sein Schicksalskampf durch demokratische und parlamentarische Künste gefährdet oder verloren wird, sondern unter der Sonnenfahne der 2600jährigen Dynastie, im Spiel auf Tod und Leben, die ganze Volkskraft wirklich einsetzt, ehe es das Spiel aus der Hand gibt. (Anhang 10.)

Was es dabei wagt, das wissen seine Führer und Leiter so genau wie der deutsche Führer und Italiens Duce. Andere ahnen es wenigstens, daß sie in solchen Fällen an Hochspannungen rühren, aus denen wilde und unberechenbare Wetterschläge hervorbrechen können. Tiger-Jahr!

Anhang zum Geopolitik-Bericht über den indopazifischen Raum IV/38

1. „Far Eastern Review", Bd. XXXIV Januar 1938; No. 1: „Japans position in the conflict (Japans Stellung in den Fernost-Wirren); Japans economical strength (Japans Wirtschaftsstärke); Trends of the warfare in China (Grundzüge der Kriegführung in China); The

action of typhoons on structures (Die Taifun-Wirkung auf Bauten, auch Schiffe!); Changing Siam (Die Wandlung Siams); Coast and geodetic work in Philippine progress (Küstenaufnahme und Vermessungsleistungen in den Philippinen bis zu 87% aufgenommen!) —

2. „Outposts of Empire in the Southern Pacific" Far Eastern Survey, American Council of Pacific Relations, Bd. VII No. 4; New York City; 16. 2. 38. Vorzügliche Überschau mit Karte der Pazifischen Inselwolken und Quellen — die Notwendigkeit einer beständigen Revision einer „Geopolitik des Pazifischen Ozeans" (K. Vowinckel; 3. Aufl. 1938) deutlich machend. (Karte! Tafel mit Volkszahlen!); Flugdienst.

3. „Nippon" D. Jahrg. H. 1 „Japanische Kulturfragen" (Eduard Spranger); Miyamoto Kinshichi: „Jugendbewegung und Jugenderziehung in Japan."

4. Nachrichtenblätter No. 142—148 des Herausgebers „Das neue China", Sektion der Kuo-Min-Tang in Deutschland (die chinesische Nationalpartei), Berlin W 15, Kurfürstendamm 218 — vom 14. 2. bis 26. 2. aus Hankow datiert.

Kämpfe bei Tsining, am Hwai-Fluß; an der Peiping-Hankow-Bahn; bei Kaifeng; in Shansi (wo Yen Shi Shan ähnliches Los zu ereilen scheint, wie seinem Kollegen-General in Schantung). Bombenangriffe auf Formosa, auf Hang-chow. Japanische auf Hankow und Ichang.

Einspruch gegen die Anerkennung von Mandschukuo durch Deutschland.

Überfall auf Prof. Dr. Birt und seinen Begleiter in Shanghai.

5. „Das neue China"; Informationsblätter No. 15 und 16: „Bomben auf Japan" (Angriffe auf Takao, Taihoku; Alarm in Nagasaki, rund 1000 km, $2^1/_2$ Flugstunden von der chinesischen Küste); Annahme, daß z. Z. etwa 800 000 Japaner auf rund 3000 km auseinandergezogen auf chinesischem Boden stehen.

Zeit und Raum als Hauptwaffen Chinas bezeichnet. „Japan marschiert heute in China ins Endlose, wird sich müde laufen müssen." Drohen mit russischen Flugstreitkräften, 800 km, 2 Flugstunden von Tokyo.

„Mißverständnisse und die Voraussetzungen zu ihrer Beseitigung — zu der Anerkennung ‚Mandschukuos' durch Deutschland."

Ist ein konstruktiver Friede in Ostasien nur durch die Vernichtung der Wirklichkeit Mandschukuo und ihren Ersatz durch ein völlig einem zentralisierten China eingeschmolzenes Nordostgebiet denkbar, was die Mandschurei in ihrer ganzen Geschichte niemals war — dann freilich steht Ostasien noch so weit von jeder Verwirklichungsmöglichkeit eines solchen Friedens, daß wir für seine Zukunft nur sehr dunkel sehen können.

Denn an der geschichtlichen Wahrheit ist nichts zu ändern, daß die Selbstbestimmung der Mandschurei zuerst durch einen Geheimpakt zwischen Rußland und China, das Li-Lobanow-Abkommen preisgegeben worden ist. Aus ihm hat sich alles Unheil entwickelt; nicht zuletzt der Russisch-Japanische Krieg und alles, was daraus folgte. China hatte von 1911 bis 1931 zwanzig kostbare Jahre Zeit, seine „Einheit und Freiheit" ganz, wie sie der leidenschaftlichste Patriot ersehnt, zu verfestigen.

Ein wirklich einiges China wäre unbezwinglich; ist sein Erwachen, wie gesagt wird, eine historische Realität, so wird es das aus eigener Kraft zu erweisen haben und darin, aber auch nur darin, von seinem Gegner und von den Gegnern seiner gegenwärtigen kommunistischen Freunde — siehe Sino-Sowjet-Agreement — mit voller Betätigungsfreiheit der Komintern in China volles Verständnis finden.

6. Z. B. Walter Pahl: „Der angelsächsische Aufmarsch zur See." Deutsche Rundschau, März, 1938 in großzügiger Überschau. — Schärfer die Fugen zeigt: Otto Welsch: „Die wehrpolitische Lage im Nahen Orient und ihre gestaltenden Kräfte" (Englands Landbrücke; Nördliche Nachkriegs-Islam-Staaten; Großarabische Bewegung).

7. United Press vom 1. 2. 1938: Pandit Jawaharlal Nehrus Warnung vor allzu sklavischer Nachahmung britischer Bräuche bei der Parlamentarisierung Indiens (Rolle der „neutralen" Sprecher). „Wir müssen diese Fesseln abwerfen" — „Wir können keine Neutra werden" — „Der Freiheitskampf ist das wahre Ziel, dem wir mit ganzer Überzeugung und Temperament dienen müssen."

Dieser Exzeß des Temperaments ist es ja, den wir für Indiens Zukunft fürchten. Seine Zügelung war die Stärke des „british raj!"

8. Wortlaut der höchst bemerkenswerten Gegensätze in den Reden von M. N. Roy (zentralistischer Hindu-Vertreter) und Fazlul Huq (Vorkämpfer der bedrohten Islam-Minderheit mit Herrschafts-Überlieferung) in „Amrita Bazar Patrika", 28. 1. 38, S. 6.

9. In der gleichen Zeitung S. 9, London-Kabel vom 26. 1. über die indische Unabhängigkeitsfeier dort, mit Jawaharlal Nehrus Gruß: „Es gibt keine Lösung des Indien-Problems ohne völlige Unabhängigkeit."

Das setzt aber eine vollkommen neue Kräftverteilung der Alten Welt voraus, für deren Vorbereitung es nicht zweckmäßig ist, Mächten der Erneuerung zugleich mit denen des Beharrens Fenster einzuwerfen!

10. Japans National-Mobilisations-Gesetz, Ende Februar, Anfang März vor dem Reichstag umkämpft, erfährt vielleicht seine schärfste Beleuchtung in der Debatte vom 2. 3., Konoye gegen Uyehara („Times", 3. 3. 38, S. 13), mit Konoye als Vertreter des altjapanischen Evolutions-Prinzips, daß Wandlungen, wenn unvermeidlich, von oben gemacht werden „short cut to power for Nazis of Japan", und Uyehara als Vertreter angelsächsischer Umwandlungs-Gedanken „since the assassinations and outbreeaks of 1932 and 1936 the people felt, that reason no longer ruled in the public affairs of Japan."

Dazwischen ist es nicht leicht, Einigungs-Formeln zu finden!

Hans Hummel: Kurznachrichten

ADEN. — Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß England die Kohlenstation auf der Perim-Insel in der Bab-el-Mandeb aufgeben wird, da man sie nicht mehr als sicher betrachtet. Man plant dafür, in Makalla im Gebiet von Hadramaut eine ähnliche Station zu errichten. Damit würden sich die Pazifikationsvorgänge des vorigen Jahres hinreichend erklären, die vor allem Hadramaut betrafen.

BRITISCHES REICH. — „News Chronicle" vom 29. März behauptet, daß im Verlauf der britisch-italienischen Besprechungen, die in den letzten Wochen laufend weitergeführt wurden, am 27. März eine Einigung in der Stützpunktfrage erzielt worden sei. Dieser Mittelmeerpakt sehe den Austausch von Informationen über den Stand der Stützpunkte im Mittelmeer und im Roten Meer der beiden Staaten vor. Neue Stützpunkte sollen nicht mehr errichtet werden: unter dieses Verbot würde der Ausbau von Pantelleria und dem Dodekanes, ferner die Errichtung eines Stützpunktes an der Bab-el-Mandeb gegenüber Aden für Italien fallen, England müsse dagegen den Ausbau Cyperns fallen lassen und über Gibraltar, Malta und die Befestigungen am Suezkanal Auskunft geben. Italien habe sich laut „News Chronicle" bereit erklärt, den größeren Teil seiner Truppen von der lybisch-ägyptischen Grenze zurückzuziehen. Die Besprechungen selbst gehen weiter.

CHINA. — Die Behauptung Sütschaus, Knotenpunkt der Lunghai- und der Tientsin—Pukau-Bahn, durch die Chinesen hat eine Fronterweiterung nach Westen und Süden zur Folge gehabt, da die Japaner versuchten, die starke Sütschaustellung westlich in Schensi und Honan, südlich in Nganhwei, zu umgehen. Dabei wurde der Gelbe Fluß von den Japanern an verschiedenen Stellen überschritten. In Honan geht es vor allem um den japanischen Vorstoß längs der Peking—Hankau-Bahn. — Gegen Ende März ist durch die Japaner die Regierung für Zentralchina endgültig errichtet worden. Sie wird in Nanking ihren Sitz haben und ihre Verwaltung auf die Provinzen Kiangsu, Tschekiang und Nganhwei erstrecken. Mit einer späteren Verschmelzung mit der Pekingregierung ist zu rechnen.

DEUTSCHES REICH. — „Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches", lautet der Art. 1 des Bundesgesetzes über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938, mit dem der Anschluß Österreichs vollzogen und die großdeutsche Einheit wiederhergestellt worden ist. Innerhalb des Landes Österreich bleiben die Bundesländer als Verwaltungsbezirke erhalten. Am 15. März faßte der Führer und Reichskanzler des Deutschen Reiches die Ereignisse zwischen dem 12. und 14. März 1938 auf dem Wiener Heldenplatz zusammen: „Als Führer und Kanzler der deutschen Nation melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich." — Der Wiederaufbau Österreichs wurde unverzüglich in Angriff genommen. Generalfeldmarschall Göring gab als Beauftragter für den Vierjahresplan am 26. März in Wien die ersten wirtschaftlichen und sozialen Programmpunkte bekannt. Er verkündete die Aufhebung der Zollschranken zwischen Österreich und dem Deutschen Reich, den Ausbau der Rüstungsindustrie, der Wasserenergiewirt-

schaft (Errichtung eines Wasserkraftwerkes in den Hohen Tauern, bei Grein an der Donau und die Regulierung der Donau), ferner die stärkere Auswertung der Bodenschätze (Vergrößerung der Alpinen Montan, Errichtung der Reichswerke Hermann Göring, die für Franken geplant waren, in Linz), Steigerung der Kupferförderung in Tirol und Kärnten, der Erdölförderung im Wiener Becken. Er gab die Linienführungen für die Reichsautobahnen in Österreich bekannt; soweit sie sofort in Angriff genommen werden sollen: Salzburg—Linz—Wien, Passau—Linz, Wien—Radstadt—Salzburg mit Abstecher nach Graz. Zwei neue Donaubrücken werden, eine bei Linz, errichtet werden, der Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals wird beschleunigt und ein Donaugroßhafen in Wien gebaut. Für landwirtschaftliche Verbesserungen erwähnte Generalfeldmarschall Göring die Wildbachregulierung, die Melioration der Hochtäler und Hochmoore usw. — Die Erklärungen Görings wurden ergänzt durch Dr. Todt, der am 28. März in Wien als weitere Reichsautobahn die Strecke Kufstein—Schwaz—Innsbruck angab. Insgesamt werden in Österreich 1100 km Reichsautobahnen gebaut werden. — Die bayrische Landesregierung teilte am 29. März mit, daß im Jahre 1938 der Rhein-Main-Donau-Kanal beschleunigt bis Würzburg ausgebaut wird. — Durch preußisches Staatsgesetz vom 26. März mit Wirkung für Schlesien vom 1. April 1938, für die übrigen Provinzen vom 1. Oktober 1938, ist die Auflösung der preußischen Provinzen Oberschlesien und Grenzmark Posen-Westpreußen erklärt worden. Oberschlesien wird mit Niederschlesien zu einer Provinz Schlesien vereinigt. Die Grenzmark wird an Brandenburg als Regierungsbezirk angeschlossen, jedoch ohne den Landkreis Fraustadt und 10 Gemeinden des Landkreises Bomst, die zu Schlesien kommen. In den neuen Regierungsbezirk Grenzmark werden die Landkreise Arnswalde, Friedeberg und Soldin aus dem Regierungsbezirk Frankfurt a. d. O. und die Landkreise Dramburg und Neustettin aus der Provinz Pommern eingegliedert; dafür werden die Landkreise Meseritz und Schwerin an Frankfurt a. d. O. und die Landkreise Greifenberg und Regenwalde aus dem pommerschen Regierungsbezirk Stettin an den pommerschen Regierungsbezirk Köslin abgetreten. Der Sitz des Regierungspräsidenten für die Grenzmark ist Schneidemühl, der Sitz des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg wird nach Frankfurt a. d. O. verlegt. — Nach einem Projekt der hessischen Landesregierung werden die Frankfurter und Offenbacher Abwässer zur Melioration des Rodgaus (zwischen Odenwald und Maintal) verwendet werden. Das Projekt soll in $3^1/_2$ Jahren durchgeführt sein.

FINNLAND. — Die finnische Regierung hat mit der Stadt Abo eine Vereinbarung getroffen, nach der in Abo ein Kriegshafen errichtet werden wird.

FRANKREICH. — Seit Mitte März werden wieder Pläne diskutiert, die obere Rhône bis zum Genfer See auf französischem und Schweizer Boden schiffbar zu machen. Im Zusammenhang damit erklärte Herriot, der Bürgermeister von Lyon, Frankreich würde als Ersatz für den fehlenden Zugang zum Meer der Schweiz Freihafenzonen in Lyon und Sête einräumen.

IRAK. — Am 25. März wurde der große Zivil- und Marineflughafen von Basra nach sechsjähriger Bauzeit durch König Ghasi eröffnet.

ITALIEN. — (Siehe Britisches Reich.)

JAPAN. — (Siehe Mexiko.)

LITAUEN. — In der Nacht vom 10. zum 11. März ereignete sich an der litauisch-polnischen Grenze ein schwerer Zwischenfall, bei dem ein polnischer Grenzsoldat von litauischer Polizei erschossen wurde. Die Lage spitzte sich sehr schnell zu und führte zu einem Ultimatum der polnischen an die litauische Regierung, das am 19. März von der litauischen Regierung positiv beantwortet wurde. Das polnische Ultimatum bestand im wesentlichen aus der Forderung nach der endlichen Herstellung normaler zwischenstaatlicher Beziehungen zwischen den beiden Staaten, also nach dem Austausch von Gesandten und der Errichtung von Post-, Eisenbahn- und Flugverkehr, die seit zwanzig Jahren nicht mehr bestehen. Bereits am 31. März werden die neuen Gesandten in Kowno und Warschau ihr Amt antreten. Bei Verhandlungen in Augustowo wurden für den Landverkehr drei Übergangsstellen und für den Flugverkehr eine Zone vereinbart. Am 24. März erklärte die litauische Regierung, daß von der Normalisierung der polnisch-litauischen Beziehungen die litauische Forderung nach Herausgabe des Wilnagebietes nicht beeinträchtigt würde.

MEXIKO. — Durch Dekret der mexikanischen Regierung ist das gesamte Eigentum der englischen und USA.-Ölgesellschaften in Mexiko am 19. März enteignet worden, weil sich die Gesellschaften weigerten, einen Lohnschiedsspruch der Regierung anzunehmen. Die englischen Ölinvestitionen werden auf 60 Mill Pfd. St. geschätzt, die Investitionen der Standard Oil auf 450 Mill. Dollar. Die Gesellschaften sollen innerhalb von 10 Jahren entschädigt werden. Die Haltung Englands und der USA. zu der mexikanischen Entscheidung steht noch nicht fest. Eine Reihe japanischer Privatgesellschaften sollen sich bereits bereit erklärt haben, mexikanisches Öl nunmehr in großen Mengen abzunehmen. Ferner hat Japan angeboten, gegen ein Entgelt von 500000 Faß Öl eine Ölleitung über den Isthmus von Tehuantepec von Minatitlan nach Salina Cruz zu bauen, die der Ausfuhr mexikanischen Öls nach Japan dienen und den Panamakanal für Ölverschiffungen nach Asien unnötig machen soll.

PHILIPPINEN. — Der amerikanische Oberkommissar der Philippinen, McNut, erklärte in einer Rundfunkansprache am 15. März, daß der Unabhängigkeitsplan für die Philippinen angesichts der veränderten Lage am Pazifik einer neuerlichen Überprüfung bedürfe. Aufrechterhaltung des Versprechens würde nur einen Wechsel in der Oberhoheit über die Philippinen bedeuten.

POLEN. — (Siehe Litauen.)

SCHWEIZ. — (Siehe Frankreich.)

SPANIEN. — Mitte März wurde die Aragonschlacht wiederaufgenommen und führte schließlich zu einem schnellen Vormarsch der Nationalspanier, da sich die Roten überall zurückziehen mußten. Nach der Einnahme Caspes am Einfluß des Guadalupe in den Ebro in der Provinz Saragossa und der Stadt Alcaniz im Nordosten der Provinz Teruel zog sich die Front von Teruel etwa die Alfambra aufwärts und den Guadelupe abwärts an den Ebro, der an mehreren Stellen nach Norden überschritten werden konnte. Gegen Ende des Monats wurde dann von Caspe und Huesca aus der noch rote Ebrowinkel nördlich des Flusses, nordöstlich von Stadt Saragossa, eingedrückt, die Aragonfront vereinfacht und der Vormarsch auf Lérida begonnen. Nach der Eroberung der Sierra de Albucierre und des strategisch wichtigen Ortes Bujaraloz an der Bahn nach Lérida konnten sich die Roten nicht mehr halten. Lérida fiel am 30. März. Die Cinca wurde von Fraga bis aufwärts an die Pyrenäen in voller Frontbreite überschritten.

TSCHECHOSLOWAKEI. — Fast alle sudetendeutschen Parteien, die noch außerhalb der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins standen, haben sich der Sudetendeutschen Partei angeschlossen. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Hodscha erklärte am 25. März dem Pariser Journalisten Sauerwein des „Paris Soir", daß die Regierung zur Zeit daran arbeite, einen Modus vivendi zu finden. Man denke an eine Lokalregierung für das sudetendeutsche Mehrheitsgebiet und wünsche, den Sudetendeutschen volle Gleichberechtigung zu geben. Die Forderungen der Sudetendeutschen werden angesichts der immer noch schroffen Haltung der Prager Regierung immer dringlicher. — Auch die polnische Minderheit in der Tschechoslowakei hat sich am 27. März zum „Verband der Polen in der Tschechoslowakei" zusammengeschlossen und fordert ebenfalls für die polnische Bevölkerung in Mährisch-Schlesien an der polnischen Grenze die völlige Autonomie.

TÜRKEI. — 25 Meilen von Istanbul, in Yeshilkeuy, ferner in Ankara, Smyrna und Adana sollen Flughäfen errichtet werden.

SPÄNE

der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

Eine italienische Stimme zur Geopolitik (LA NUOVA ANTOLOGIA, Rom, Jan. 1938/XVI):

Eine der harmlosesten, aber beunruhigendsten Folgen des Weltbürgertums der jüngsten Vergangenheit war die allgemein üblich gewordene Mode, sich irgendwo in Stadt oder Land ein Häuschen in ausländischem Stil bauen zu lassen: die russische Isba (Bauernhütte) erhob sich neben dem kolonialen Bungalow und das deutsche Giebelhaus ragte hoch auf neben dem flachen Dach eines ganz im arabischen Stil errichteten Hauses. So bot ein grüner Hügel in unserem Voralpengebiet von Ferne gesehen einen Anblick, als ob sich dort eine Reisekarawane von Cook eine barocke Andenkensammlung errichtet habe; und der Himmel weiß, ob jene eilfertigen Reisenden gerade im Rufe stehen, einen besonders erlesenen Geschmack und viel Sinn für Harmonie zu besitzen! Und schließlich war nicht nur der Gesamteindruck eines solchen Bildes erstaunlich, auch jedes einzelne Stilelement war weit davon entfernt, „echt" auszusehen. Jene zarten Farben mochten wohl unter dem blaßblauen deutschen Himmel am rechten Platze sein, jene winzigen engen Fensterchen schützten sicherlich gut vor dem Ansturm rauher Winde, aber hier wirkt beides absurd. Die Farben stehen in wenig glücklichem Gegensatz zu unserer starken, grellen Sonne und dem tiefen Blau unseres südlichen Himmels, während die winzigen Fensterchen hier sinnlos erscheinen, wo jeder Tag mit schönem Wetter die Luft so weich macht, daß man nur wünscht, sie möchte das ganze Haus durchfluten. Aber heutzutage, wo auf der einen Seite die Philosophie darauf verzichtet, irgendwelche schönen skizzenhaften Gedanken in die Form irgendeines -ismus verwandelt auf den Schild zu erheben, lernt jeder von uns begreifen, daß bestenfalls die Gedanken unbegrenzt übertragbar sind, während die Dinge selbst sich verhalten wie die Knoten im geknüpften Teppich. Diese sind wohl, jeder einzelne für sich betrachtet, Knoten, aber wenn man nur einen davon auftrennen will, lösen sich Teppich und Knoten auf. Denn an der Stelle des bisherigen Knotens wird nur noch ein kleines Loch übrig bleiben. Während

die anderen Knoten noch das Gewebe zusammenhalten, wird der einzelne herausgehobene Knoten nicht mehr bestehen und nirgends mehr zu finden sein. Mit anderen Worten: wir haben gelernt, uns von der Tatsache Rechenschaft zu geben, daß eine schöne Sache wohl schön sein kann, aber deshalb noch nicht die absolute Schönheit darstellen muß. Das heißt, ein schöner Gegenstand ist unter bestimmten örtlichen und zeitlichen Bedingungen als schön zu bezeichnen. Er kann aus diesen örtlichen Zusammenhängen gelöst noch schön sein, aber in anderer Weise, er kann schließlich auch weniger oder gar nicht mehr schön sein, je nach dem Gesichtswinkel, unter dem der Beschauer ihn zu betrachten vermag. Das bedeutet aufs Allgemeine angewandt, daß der Rationalismus in sachlicher und menschlicher Beziehung eine große Ungerechtigkeit begangen hatte, wenn er Gegenstände und Menschen isoliert und aus ihren Zusammenhängen gerissen betrachtete, also rein begrifflich und losgelöst von der Atmosphäre ihrer Umwelt, in die jeder von uns hineingestellt ist. Das ist der Weg, der von der Philosophie des Carthesius zur Philosophie des Daseins führt, vom Klaren und Exakten zum Konkreten, Natürlich-Greifbaren. Wie alle menschliche Entwicklung verlief dieser Weg im Zickzack. Die Betrachtung der Gegenstände in ihrer Isoliertheit führte ihn ins Materialistische, die Auffassung vom Menschen als Einzelwesen brachte einen romantisch-idealistischen Zug hinein. Dann folgte die Vorstellung vom Menschen im zeitlichen Ablauf der Geschlechter, die zur geschichtlichen Methode führte. Schließlich die zeitliche Gegenüberstellung von Mensch und Materie oder Materie und Mensch. Und auf dieser Plattform sind wir heute stehengeblieben. Dabei werden wir hier und dort einen Sprung in diesem geistigen Gebäude entdecken und dann unseren Weg fortsetzen. Im Augenblick aber wollen wir Umschau halten und die Dinge mit der neuen Maßeinheit messen und die Maßeinheit wiederum an den Dingen nachprüfen.

So entstehen neue Wissenschaften, d. h. neue andersartige Möglichkeiten, die Wirklichkeit zu betrachten. Die Geopolitik z. B. ist eine solche neue Wissenschaft und sie ist es auch wiederum nicht. Ihre Anhänger nennen sie eher eine Kunst, eine neue Art zu sehen. Und es ist kein Zufall, daß sie in Deutschland begründet worden ist, wo der mythisch-philosophische Hintergrund der politischen Erneuerung nur eine volkstümliche Umprägung alter Lehrsätze bedeutet, nämlich der Wahrheitslehren, die die Daseinsphilosophie verkündet. Der Begriff des Raumes als der Umwelt, in der ein Volk lebt und von der es beeinflußt wird, auf die es selber im Wechselspiel wiederum Einfluß ausübt, ist ein Begriff der nationalsozialistischen Weltanschauung. Er bedingt die ganze neue deutsche Anschauungsweise, das landwirtschaftliche Problem und das Leben der Bauern usw. zu betrachten. Er bildet gleichzeitig den Untergrund, aus dem die Geopolitik als Wissenschaft erwächst. Da diese ursprünglich dem politischen Arbeitsgebiet entstammt, muß sie in ihren Ergebnissen dahin führen, „daß das politische Handeln sicherer, umfassender und umsichtiger wird, als wenn es allein auf den natürlichen Instinkt angewiesen wäre“ (Wolfgang Scheibe, Formkräfte der Landschaft, Heidelberg-Berlin, 1936, Kurt Vowinckel Verlag, Schriften zur Geopolitik, Heft 3, Seite 39ff., RM. 1.—). Und ein anderer Anhänger der geopolitischen Wissenschaft (Karl Haushofer, Geopolitik des pazifischen Ozeans, Studien über die Wechselbeziehungen zwischen Geographie und Geschichte, mit 42 Karten und Tafeln, III. Auflage, Heidelberg-Berlin, 1938, Kurt Vowinckel Verlag, 337 Seiten) sagt: „Die Geopolitik als die wissenschaftliche Grundlage des politischen Handelns im Kampf um die Selbstbehauptung staatlicher Organismen und Sicherung des Lebensraumes auf der Erde hat die Aufgabe und das Ziel, die Grundzüge der Erdoberfläche als die einzig feststehenden Faktoren in diesem Kampfe zu erforschen und zur empirischen Nutzanwendung der sich ergebenden Grundgesetze zu gelangen.“ Mit anderen Worten läßt sich der Hauptinhalt der Geopolitik wie folgt umschreiben: der Mensch wird nicht mehr als abstraktes, beliebig übertragbares Einzelwesen betrachtet, vielmehr schafft ihm seine räumliche Umgebung, in der er handelnd auftritt, von vornherein ganz bestimmte Bedingungen, die seine Daseinsformen schöpferisch oder hemmend beeinflussen, die anregend oder abstumpfend wirken, erleichtern oder modifizieren, umformen oder abstufen. Daraus entsteht die Notwendigkeit, die Lebensräume des Menschen zu erforschen, um zu Feststellungen oder möglicherweise zu Voraussagen zu gelangen, welches wohl seine künftigen Handlungen sein werden, zum mindesten innerhalb jenes beschränkten Sektors, in dem sich die räumlichen Bedingungen auswirken können. Es handelt sich dabei wohlverstanden nicht um einen neuen geschichtlichen Materialismus. Dieser war reiner und plumper Determinismus und rief deshalb die Reaktion des Idealismus gegen sich auf den Plan. Wir sprechen hier besser von einem „Relationismus“, der nicht Gesetze, sondern wechselseitige Einflüsse aufdecken will in Auswirkung einer Auffassung, die den Menschen in den Mittelpunkt eines ständig fließenden Systems von Verbindungen und Beziehungen — Relationen — hineinstellt. In dieser Kunst oder besser mit dieser auf die Praxis gerichteten Wissenschaft will die Geopolitik aus den Ergebnissen der physischen Geographie (d. h. unveränderlichen Elementen) und der politischen Geographie und Geschichte (d. h. veränderlichen Elementen, die aber unter dem Gesichtswinkel der „Tatsachen“ zu unveränderlichen Elementen werden) zu einer Vorausschau

gelangen, zu einer Determinierung der Handlungen, um so als Helferin für den politisch tätigen Menschen aufzutreten. Alles dieses entspricht dem allgemeinen Aufschwung im Geistesleben des deutschen Volkes, das heute in einen vorwiegend politisch bestimmten Zeitabschnitt eingetreten ist. Während Scheibe in großen Umrissen die Formkräfte der Landschaft beschreibt (Landschaft bedeutet in diesem Zusammenhang soviel wie Mutterboden als Quelle allen Lebensunterhaltes und Vorratsraum unterirdischer Reichtümer. Sie ist die Grundlage, auf der sich das geistige Leben entwickelt mit allen seinen Bedingtheiten für die Ausbildung des Charakters, der Erziehung, das Schaffen künstlerischer Werke usw.), so bewegt er sich dabei ausschließlich auf theoretischem Gebiet und zeichnet mit klarer sauberer Linienführung den Grundriß seiner Wissenschaft auf. (Die schönen und zahlreichen Bemerkungen z. B. über den Wert der verschiedenartigen Gestaltung der natürlichen Grenzen eines Landes, dem Vorhandensein von Flüssen und Pässen dienen nur zum Veranschaulichen seiner Theorien.) Im Gegensatz zu ihm geht Haushofer auf praktische Einzelheiten ein und behandelt die Nutzanwendung dieser Wissenschaft im konkreten Fall. Dabei wird hier mehr als dort sichtbar, daß diese Wissenschaft zu Recht eine Kunst genannt wird, auch im eigentlichen Sinne dieses Begriffes: nämlich der subjektiven Art und Weise, die Dinge zu betrachten.

Gegenstand der Geopolitik kann jede beliebige territoriale Einheit sein, wobei nur zu beachten ist, daß einer bestimmten territorialen Einheit möglicherweise auch ein bestimmtes Kräftesystem zugrunde zu legen ist. So hat Haushofer eine Studie über den Pazifischen Ozean verfaßt in Hinblick auf die gewaltige Ausdehnung der Wasserfläche und das System der Inseln und Küsten. Die Unterlagen, die er bei seiner Arbeit verwendet, sind uns allen aus der Geographie und Geschichte bekannt, nur die Art, sie zu betrachten, ist leicht verändert. Und in dieser Änderung des Gesichtswinkels besteht hauptsächlich die Neuartigkeit der Geopolitik. Jeder weiß, daß der Pazifische Ozean erst ziemlich spät in den Gesichtskreis der Völker der alten Welt gerückt worden ist. Auch ist bekannt, daß in einer noch gar nicht weit zurückliegenden Epoche alle jene Netze der Verkehrslinien geknüpft worden sind, die heute die asiatische Küste mit der amerikanischen verbinden, so daß sich unserem Handel ein neues Tätigkeitsfeld erschließt. Fragt man nun die Geopolitik: „Was soll das alles bedeuten?" So antwortet Haushofer: Wie sich unsere einstmaligen Mittelmeerinteressen mit der Entdeckung Amerikas in atlantische Interessen umgewandelt haben, so wenden sie sich heute vom Atlantik zum Pazifik. Man muß also die Augen offen haben für diese Welt der Zukunft. Wie wirkt sich das für uns aus? In zweifacher Weise, je nach der Nähe oder Ferne des Betrachters. Von der Nähe gesehen, stellen die physischen und völkischen Bedingungen dieser Erdzone Faktoren von allerhöchster Bedeutung dar, über die sich derjenige Rechenschaft abgeben muß, welcher sich diese Häfen erschließen und in dieses Kraftfeld eintreten will, ohne Gefahr zu laufen, dort an die Wand gedrückt zu werden. Von der Ferne gesehen, hat jede sich unserem Tätigkeitsdrang öffnende Gegend die Eigenschaft der Anziehung oder des Abstoßens. Man sehe hier bloß auf die Namen, ein Beispiel genügt: Wladiwostok bedeutet aus dem Russischen übersetzt „Beherrsche den Osten". In diesem Namen allein liegt schon ein geistiges Kapital.

Aber wenn es wahr ist, daß unsere Weltinteressen sich allmählich vom Atlantik zum Pazifik hin verschieben, so bedeutet dieses Buch für das deutsche Volk ein wertvolles Werkzeug. In einem Augenblick, in dem das Interesse des deutschen Volkes mit Macht sich der Wiedergewinnung seines Kolonialreiches und seines früheren Außenhandels zuwendet, erfüllt dieses Buch die wertvolle Aufgabe, alle in Jahrhunderten von Europäern im Fernen Osten gesammelten Erfahrungen zu inventarisieren und systematisch zu ordnen. Hierdurch werden alle für die Praxis wichtigen Einzelheiten in ein klares Licht gerückt, insbesondere werden alle jene vielen kleinen „Stacheln" aufgedeckt, an denen wir uns so oft und immer wieder die Kleider zerrissen und die Haut geritzt haben. Unter diesen vielen Stacheln verstehen wir, mit anderen Worten gesagt, die Unkenntnis der wirklichen Lebensbedingungen des Landes, in das man eindringen will. Die Geopolitik ist also die Wissenschaft von den Lebensbeziehungen, den Aktionen und Reaktionen in Hinblick auf mögliche wechselseitige menschliche Verbindungen.

Ein Engländer über deutsche Kolonialpolitik

Einen interessanten Reisebericht veröffentlicht Patrick Balfour in WORLD REVIEW, London, November 1937, S. 19ff. Wie aus einer Besprechung von Balfours Buch „Lords of the Equator" im selben Heft (S. 84) hervorgeht, hat Balfour auf Reisen durch ganz Afrika besonders das deutsche Kolonialproblem studiert. Eingehend beschäftigt er sich mit den Arbeiterfragen. Er kritisiert die liberalen englischen Methoden, und seine Sympathien sind auf Grund zahlreicher Erkundungen auf seiten der Deutschen.

In unserem Aufsatz befaßt er sich mit Kamerun und dem Tanganyika-Gebiet.

Im englischen Mandatsteil von Kamerun sind 12 von den 13 Großplantagen am Kamerunberg heute in deutschen Händen. Das ist mehr oder weniger ein Glückszufall: als 1925 in London die Plantagen versteigert werden sollten, setzte plötzlich der Kamerunberg mit vulkanischer Tätigkeit ein. Darauf zogen sich die englischen

Bieter fluchtartig zurück, und ein deutscher Agent erwarb, was er bekommen konnte.

Balfour berichtet nun, wie zwar der jüngere Afrikaner sich nicht mehr an das Vorkriegsregime erinnert, wohl aber der ältere: „Als die deutschen Pflanzer 1925 in das Land zurückkamen, wurden sie von zahlreichen alten Askaris willkommen geheißen, die wieder für sie arbeiten wollten. Zur Zeit meines Besuchs war mein Gastgeber ein paar Monate vorher durch das plötzliche Ausreißen seines ersten Dieners überrascht worden, der, als er hörte, daß sein alter deutscher Herr zurückgekehrt sei, einfach losgegangen war, um ihn wiederzutreffen. Soweit man das überhaupt verallgemeinern kann, steht fest, daß die ältere Generation der Eingeborenen die deutsche Regierung bevorzugt, während die jüngere mehr der englischen oder französischen zuneigt."

Die Älteren schätzten die Deutschen vor allem wegen der Bestimmtheit ihrer Methoden. Ein Eingeborener meinte, als man ihn danach fragte: „Der Deutsche kommt. Er sagt, er wolle den heiligen Hain unserer Ahnen niederschlagen, um eine Straße zu machen. Wir protestieren gegen die Entheiligung der Gräber unserer Ahnen. Aber der Deutsche schlägt den Hain nieder. Er macht die Straße. Und wenn wir die Straße haben, ist sie eine Wohltat für uns, denn wir können unsere Waren darauf zum Markt bringen. — Der Franzose kommt. Er sagt, er wolle den heiligen Hain unserer Ahnen niederschlagen, um eine Straße zu machen. Wir protestieren. Der Franzose schlägt den Hain nieder. Aber er macht die Straße nicht." Balfour fügt hinzu: „Der Deutsche mag rauh gewesen sein. Aber er war zuverlässig. Man wußte bei ihm, woran man war, weil er das auch wirklich tat, was er versprochen hatte. Unter den alten Eingeborenen hört man weniger den Vorwurf deutscher Brutalität, als das Lob deutscher Strenge.

Die jüngere Generation ist nicht so diszipliniert. Die Männer können arbeiten, wenn sie wollen, oder nicht, wenn sie gerade nicht dazu aufgelegt sind.

Die ältere Generation erklärt, die jüngere sei indolent und demoralisiert: Sie gehen zur Schule und schlendern umher in europäischen Kleidern und füllen die Reihen der Arbeitslosen, die zwar Schulbildung haben, aber zu stolz sind, um noch mit den Händen zu arbeiten, wie ihre Väter es in den deutschen Tagen taten." — Für das Tanganyika-Gebiet sieht Balfour die Dinge für die Deutschen — die auch dorthin nach dem Kriege verhältnismäßig zahlreich zurückgekehrt sind — entschieden komplizierter. Der Versuch einer europäischen Kultivierung der Eingeborenen durch die Engländer, verbunden mit der Einführung des Native- oder Indirect Rule, hat hier in weit höherem Maße um sich greifen können als in dem tropischen Kamerun.

Heute sind die Eingeborenen in zwei Lager geteilt. Sie wissen, daß die Deutschen im gegebenen Falle ihre Vorkriegspolitik grundsätzlich fortsetzen würden. So ist es natürlich, daß in erster Linie die höhergestellten Häuptlinge, die den Verlust ihrer Autorität voraussehen, und die „gebildeten" Eingeborenen, die in der Verwaltung tätig sind und eine Herabsetzung ihres neugegründeten sozialen Standings befürchten müssen, *gegen* eine Ausbreitung der Deutschen eingestellt sind.

Die Stämme des Innern, denen es (nach Balfour) noch an Ehrgeiz zu fehlen scheint, ihre Unabhängigkeit anzustreben (weil ihnen das zu mühsam erscheint?), neigen sehr dazu, für eine deutsche Herrschaft zu stimmen.

So ruft die Indirect Rule einen spürbaren Klassenunterschied unter den Eingeborenen hervor: auf der einen Seite stehen die Herrscher, die dem Mandat zuneigen, auf der andern Seite die Stämme des Innern, die den Deutschen mehr zugetan sind.

Balfour erzählt, wie in manchen Gebieten Tanganyikas der Eingeborene etwas erstaunt ist über das fortschrittliche und aufgeklärte Regierungssystem unter dem Mandat, besonders über sein Gerichtssystem. „Vor dem Kriege", sagt er, „schlug mich mein deutscher Herr, wenn ich unrecht tat. Das war eben so. Wenn ich heute unrecht tue, gibt es lange Palaver bei den Gerichtshöfen, vielleicht komme ich ins Gefängnis, vielleicht werde ich aber auch überhaupt nicht bestraft, und das verstehe ich nicht. Es war vorher besser. Mein deutscher Herr war strenger als mein englischer Herr."

Balfour sagt: „Der Afrikaner ist noch ein Kind." Und er fährt fort: „Wenn Deutschland nach Afrika zurückkehrte, würde es seine (des Afrikaners) Uhr zurückstellen. Die Politik von Genf ist aber dabei, sie vorzustellen."

Dies Schlußurteil geht, was uns Deutsche betrifft, zweifellos fehl. Sehen wir unsere neueste Kolonialliteratur an: Wir werden als einheitliche Richtlinie für eine moderne Eingeborenenpolitik eins überall feststellen können: daß es dem Deutschen gar nicht darauf ankommt, den Schwarzen zu seinem bloßen Gehilfen zu machen oder ihn rein als sein Mündel zu behandeln.

Heute würde eine Eingeborenenpolitik vielmehr darauf abzielen, den Eingeborenen als Wirtschaftspartner gerade *wertvoll* zu machen, und ferner, sich den unentbehrlichsten Helfer, gerade bei der Erschließung der tropischen Kolonien, in seiner Eigenart zu erhalten.

Das geschieht aber nicht durch Einführung des Eingeborenen in die europäische Kultur, sondern nur durch Entwicklung des Eingeborenen, entsprechend seinem rassischen Erbe. Eine dezentralisierte Verwaltung muß dafür Sorge tragen, daß das Dorf immer die Heimat bleibt, so daß auch bei Arbeiten in fremden Betrieben die Landwirtschaft als Rückhalt dienen kann.

R. P.

HANS HUMMEL: Büchertafel

Mittelmeerraum.

Martin Hürlimann: Das Mittelmeer. 400 S., 320 Abb. Atlantis-Verl., Berlin 1937. Ln. RM. 14.—.

Margret Boveri: Das Weltgeschehen am Mittelmeer. 480 S., 24 Sk., 1 Kt. Atlantis-Verl., Berlin 1936. Ln. RM. 7.60.

H. legt uns nun in der bekannten Bildbandreihe „Orbis terrarum" einen sehr gepflegten Band über das Mittelmeer vor, der zum Teil aus anderen Einzelbänden zusammengestellt ist, nun aber in einer wunderbaren Auslese die landschaftliche und kulturelle Harmonie des Mittelmeerraumes vor Augen führt. Sicher einer der schönsten Bände der Reihe, die mit Recht Weltberühmtheit als Zeugnis deutschen Buchgeschmacks erlangt hat. B. hat von dem empfindsamen Standpunkt der Frau auf vielen, zum Teil inhaltsreichen, zum Teil flüchtigen Seiten die politische Einheit des Mittelmeerraumes darzustellen versucht. Wo sie feuilletonistisch beschreibt und schreibt, ist sie sehr gut, wo sie sich aber auf Gebiete begibt, die hartes Männerhandwerk sind, nämlich auch die verschlungenen Wege der Politik, fällt das Buch leider etwas ab, es kompiliert dort entweder aus Büchern — und nicht einmal immer aus den richtigen oder mit richtigem Abschätzungsvermögen, oder es kompiliert aus Tageszeitungen, wozu jedoch eine größere Kombinationsgabe gehört, als sie eine schriftstellernde Frau besitzt, und wenn es noch so von strategischen Fachausdrücken wimmelt. Es wäre vielleicht besser gewesen, Frau B. hätte uns feinfühlig in Landschaft und vergangenen und lebenden Ausdruck der Kultur eingeführt und dort jene Einheit bewiesen, die sie nach den kühnen Worten ihrer Einleitung universalistisch zu beweisen verspricht. Solche, im Gedanken schönen Bücher leiden in der Ausführung an der Tatsache, daß der Mensch kein vollkommenes Wesen ist, nicht Feuilletonist, Historiker, Politiker, Stratege, Kunstbetrachter in einem, sondern leider immer nur eins davon.

Manfred Zapp: Portugal als autoritärer Staat. 87 S., 5 Kt., 15 Abb. Deutscher Verl. f. Wirtsch. u. Polit., Berlin 1937. Geb. RM. 2.90.

Der handliche Abriß einer portugiesischen Staatenkunde, der zum Teil aus Aufsätzen in der „Börsenzeitung" zusammengestellt ist, gibt uns nach dem großen wissenschaftlichen Werk von Lautensach erstmals wieder eine Übersicht über den heutigen Staat Portugal, seine Entstehung und Geschichte, vor allem über das korporative und autoritäre System Salazars und Carmonas. Es wird schon deswegen interessieren, weil Portugal in den letzten Jahren zunehmend seine selbständige Stimme im Konzert der großen Politik erhoben hat.

José Ortega y Gasset: Stern und Unstern. Gedanken über Spaniens Landschaft und Geschichte. 248 S. Deutsche Verlagsanst., Stuttgart 1937.

Fünf verschieden lange Essays des berühmten spanischen Kulturphilosophen sind in dieser Ausgabe gesammelt. Das zweite ist ein geistvoller Abriß einer Theorie Andalusiens, den wir besonders hervorheben möchten. Ebenso die längere Arbeit über Zerfall und Aufbau einer Nation, in der O. das spanische Schicksal erstehen läßt: Partikularismus, Separatismus, das Fehlen der Besten und der Auslese. Eine Fundgrube geistreicher Aperçus.

Georg Schreiber: Deutschland und Spanien. 528 S., 155 Abb. Schwann, Düsseldorf 1936.

In den Forschungen zur Volkskunde erschien diese umfangreiche und sehr genaue Arbeit, deren Titel nur etwas irreleitet. Es handelt sich ausschließlich um eine Darstellung der katholisch-religiösen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, die aber jahrhundertelang für die Beziehung überhaupt maßgeblich gewesen sind. Nach Abstrich der nur speziell interessierenden sakralen Kulturbeziehungen bleibt doch ein sehr großer Rest lesenswerter Information.

Anton Mayer: Imperium — Faschismus: unsterbliches Rom. 352 S., 8 Abb. Buchhandlung des Waisenhauses, Halle 1937. Geb. RM. 5.80.

Max Grühl: Die Wiedergeburt des Imperiums. 110 S., 7 Kt. Schlieffenverl., Berlin 1937. Kt. RM. 2.30.

M. gibt einen umfassenden Überblick über die Geschichte Italiens seit dem Römischen Reich. Seine Kapitel über Kaisertum, Päpste, Reich der Kunst und Faschismus sind gut abgewogen, wenn auch die lange Darstellung des abessinischen Feldzuges nicht recht hereinpassen will. Das ganze Werk ist spannend geschrieben, gelegentlich fällt jedoch M. aus seinem guten Stil heraus und wird zum Reporter. Das ist schade, denn Anlage und Durchführung sind sonst aus einem Guß. G. schrieb ein anspruchsloses Büchlein, das den Titel „geopolitisch" trägt und dem Duce gewidmet ist. Es ist in seinem historisch-politischen Teil sehr unvorsichtig, zum Teil falsch, auch die Karten sind mangelhaft; der Hauptteil nimmt eine Darstellung des Abessinienkrieges ein, die G. als Kenner des Landes besser gelingt.

Arturo Marpicati: Die Faschistische Partei. 100 S. Duncker u. Humblot, München 1937. Br. RM. 4.80.

Reichsminister Frank schrieb das Vorwort zu der deutschen Ausgabe dieser knappen Zusammenstellung. Sie gibt einen Abriß der Geschichte und Organisation der Partei, anschließend im Anhang gut ausgewählte Angaben über Parteiereignisse, Verwaltung und Aufbau und eine Auslese aus Reden Mussolinis über den Faschismus.

C. u. M. Scharten-Antink: Der Narr aus den Maremmen. Dt. von E. Schumann. 614 S. Rascher, Zürich 1936.

Ein Schriftstellerehepaar schreibt einen Roman der mittelitalienischen Landschaft, aus der die Gestalt eines Malers zum Sinnbild herauswächst. Was dieses Buch neben der wunderbaren Landschaftsdarstellung so schön und lesenswert macht, ist die Auseinandersetzung, die dieser Maler nun mit der neuen Zeit hat, mit dem Aufstieg des Faschismus, in den er sich mit der Langsamkeit der Erfahrung hereinlebt, ohne den Generationsgegensatz zu verwischen.

Richard Wichterich: Giuseppe Mazzini. 274 S., 1 Abb. Keilverl., Berlin 1937. Br. RM. 4.30, Ln. 5.80.

Eine Biographie des vom Faschismus als Vorläufer betrachteten Rebellen und ewigen Revolutionärs Mazzini hat seit langem gefehlt. W. füllt diese Lücke mit einer Arbeit, die nun allerdings so ganz auf Mazzini konzentriert ist, daß sie zu einem recht pathetischen Heldenepos wird. Cavour und Garibaldi stehen völlig zurück und sind nur Gegner Mazzinis. Ideologisch mag die Hervorhebung berechtigt sein, für den Ablauf der Historie aber nicht. W. kommt sehr der vom Faschismus hartnäckig ausgebildeten Lehrmeinung von den Vorläufern entgegen.

Ferdinando Milone: Il porto di Napoli. 202 S., Kt. u. Abb. Anon. Rom. Edit., Rom 1937. Lire 30.—.

Eine wirtschaftsgeographische Arbeit, die den Verkehr des bedeutenden Hafens Neapel analysiert, nach Richtungen und Schiffsarten und Frachten. Ein Kapitel über die Wirtschaft des Hinterlandes, besonders der Campania, rundet die sorgfältige Arbeit ab.

Lothar Loose: Die völkerrechtlichen und politischen Beziehungen Albaniens zu Italien und die Frage seiner Unabhängigkeit. 61 S. Triltsch, Würzburg 1936. Br. RM. 2.50.

Einer kurzen Darstellung von Geschichte, Wirtschaft und Landesnatur Albaniens folgt im Hauptteil die Schilderung der Beziehungen zu Italien, wobei die Verträge verschiedenster Art zugrunde gelegt werden. Eine nützliche Arbeit über eine schwer zu klärende völkerrechtliche, um so leichter zu klärende politische Frage.

Richard Seewald: Zu den Grenzen des Abendlandes. 189 S., 160 liebevolle Zeichnungen. Manz, München 1937. Kt. RM. 7.—.

Eine wirklich reizvolle und besinnliche Reise nach Griechenland, den Inseln, Cypern und Palästina unternimmt S. mit sich selbst, das ist: dem Realisten, dem Dichter, dem Maler und dem Knaben. Diese vier unterhalten sich über Kultur und Schönheit an den Grenzen des Abendlandes, etwas weich, unter dem Zwange dieses Meeres.

Orient.

Paul Schmitz-Kairo: All-Islam! Weltmacht von morgen? 256 S., 30 Abb., viele Kt. Goldmann, Leipzig 1937. Kt. RM. 6.—, Ln. 7.50.

Nach den informierenden und spezielleren Büchern von Hans Kohn endlich ein Werk von wirklicher Qualität, das über Islam und Weltmacht einwandfrei, geschlossen und vollständig unterrichtet. Sch., Korrespondent deutscher Zeitungen, besitzt eine gründliche Sachkenntnis, um den Stoff richtig, aber auch lebendig zu verarbeiten. Gute Karten und eine kleine Bildauslese unterstützen den Text, den Sch. in Kapitel über die Aufschließung des Orientraumes in der Gegenwart, die Erneuerungsbewegungen im Islam (Jungtürken, Jungperser, Al Azhar, aber auch Wahhabismus), den heutigen Zusammenschluß des Islams auf der Grundlage eines gemeinsamen religiösen Nationalismus, die wirtschaftlichen und realpolitischen Kräfte und das Verhältnis zu den Mächten, vor allem zu den Sowjets, England und Frankreich, aufgliedert. Wir können dieses klare, warnende, aber nicht Zeter und Mordio schreiende Buch unseren Lesern nur empfehlen.

Friedrich-Wilhelm Fernau: Der Orient im Britischen Weltreich. 68 S. Hanseat. Verlagsanst., Hamburg 1937. Kt. RM. 1.80.

F.s „wehrwirtschaftliche Untersuchung", die in den Schriften zur kriegswirtschaftlichen Schul. u. Forsch. erschienen ist, bringt nach einer Einleitung über die wehrwirtschaftlichen Kräfte des Empire und die Wirtschaft des Orientraumes selbst eine knappe Darstellung der Position Englands im Orient, das Herrschaftssystem, die Beziehungen zur Rohstoffwirtschaft und vor allem die Bedeutung des Orients als Knotenpunkt der britischen Reichsstraßen, also sein Wert als Station auf den Zufuhrwegen vom Osten. Eine gediegene und durchaus geopolitische Arbeit.

Reinhard Hüber: Deutschland und der Wirtschaftsaufbau des Vorderen Orients. In: Strömungen der Weltwirtsch., Bd. III. 115 S., 1 Kt. Enke, Stuttgart 1938. Br. RM. 6.—, geb. 7.60.

H. ist ein Kenner der orientalischen Wirtschaftsfragen und berufen, gerade die Beziehungen Deutschlands zum Orient sachlich und gründlich darzustellen. Er schickt dieser Spezialarbeit einen guten Abriß über die politische und wirtschaftliche Struktur des Orients voraus. Umfangreiches Zahlenmaterial vervollständigt den Band.

Hans Lührs: Gegenspieler des Obersten Lawrence. 218 S., 12 Abb., 1 Kt. Vorhutverl. Schlegel, Berlin 1936. Kt. RM. 4.—, Ln. RM. 5.—.

L. setzt den deutschen Offizieren ein Denkmal, die im Orient das politische Spiel gegen England geführt haben, also Männern wie Wassmus oder Niedermayer. Er berichtet spannend von seiner eigenen Tätigkeit zur Zerstörung der Pipeline in Südwestpersien und von seiner Beteiligung an den Irakkämpfen.

Dagobert von Mikusch: Gasi Mustafa Kemal. Bearb. Neuauflage. 342 S., 1 Abb. List, Leipzig 1935. Ln. RM. 4.80.

Herbert Melzig: Kamal Atatürk. Untergang und Aufstieg der Türkei. 295 S., 16 Abb. Sozietätsverl., Frankfurt a. M. 1937. Ln. RM. 6.80.

Die Literatur über Atatürk und die neue Türkei wächst rapide an, und es wird schwer, noch originelle Dinge mitzuteilen. Bewährt aber hat sich das fast schon klassische Buch Mikuschs, das in einer lebensprühenden Biographie den türkischen Staatsführer durch sein abenteuerliches Leben begleitet, um ihm zum Schluß das Denkmal des Neuaufbaus der Türkei zu setzen. Die dynamische, mitreißende Kraft Atatürks wird aus diesem Buche lebendig. Melzigs Buch ist ganz ähnlich aufgebaut, aber im Stil erzählender, nicht so genau wie Mikusch in der Darstellung vieler historischer Einzelheiten, dafür aber ausmalender, wo es sich um die großen Ereignisse handelt. Es ist vielleicht spannender als das Buch Mikuschs, aber nicht so unterrichtet und unterrichtend. Vielleicht sollte das auch gar nicht seine Aufgabe sein.

W. Barthold: 12 Vorlesungen über die Geschichte der Türken Mittelasiens. Dt. von Th. Menzel. 278 S. Deutsche Ges. f. Islamkunde, Berlin 1935.

Es ist sehr dankenswert, daß diese wertvollen Vorlesungen des deutschstämmigen Turkologen, die er in Konstantinopel gehalten hat, der deutschen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Denn sie enthalten neben rein orientalistischem Material eine Unmenge historischer Erkenntnisse, die uns gerade heute von Wert sind, wo die offizielle türkische Geschichtslehre die Beziehungen zu Mittelasien besonders betont.

Hermann Wenzel: Forschungen in Inneranatolien. II.: Die Steppe als Lebensraum. In: Schr. d. Geogr. Inst. d. Univ. Kiel, Bd. VII, 3. 144 S., 7 Kt., 35 Abb. Harrassowitz, Leipzig 1937.

Nach einer rein geographischen Einführung über Klima, Boden und Pflanzenwelt seines Beobachtungsgebietes, nach einem weiteren Hinweis auf die Wasserfrage, gibt W. einen historischen Abriß über den Wechsel der Besiedlung etwa seit der römischen Zeit, der kulturgeographisch und in der Frage der Versteppung besonders interessant ist. Im zweiten Teil wird der heutige Siedlungs- und Wirtschaftszustand geschildert, vor allem der wichtigen landwirtschaftlichen Maßnahmen der nationalen Regierung Erwähnung getan. Ein äußerst sorgfältiges Buch ausschließlich monographischen Charakters.

Clemens Laar: Kampf um die Dardanellen. 240 S., 21 Abb. Neff, Berlin 1936. Kt. RM. 3.50, Ln. 4.80.

Die dramatische Schilderung des Dardanellenkrieges vom Durchbruch der Goeben und Breslau bis zur endgültigen Abwehr der Landungsgefahr. Erzählend berichtet L. und baut doch auf guten Quellen auf. Er nimmt vor allem den deutschen Anteil an den Dardanellenkämpfen heraus und beschreibt ihn in packenden Reportageszenen. Historischen oder wissenschaftlichen Anspruch stellt das Buch nicht.

Herbert Melzig: Resa Schah. Irans Aufstieg und die Großmächte. 160 S., 8 Abb. Union Dt. Verlagsges., Stuttgart 1936. Ln. RM. 5.80.

Das Buch M.s ist die erste deutsche umfangreichere Darstellung der Machtergreifung Resa Schahs und der Inthronisierung der Dynastie Pahlawi. Die iranische Nachkriegsgeschichte mit dem Kampf des Nationalismus gegen den Parlamentarismus, mit dem Rückzug der Engländer und den Versuchen der Komintern zieht vorüber und mündet in einen kurzen, zu kurzen Abschnitt über die Entwicklung Irans seit der Ernennung Resas zum Schah.

Gisela Fürstenau: Das Verkehrswesen Irans. Diss. Erlangen. 139 S., 1 Kt. Druck von Krause, Sagan 1935.

Diese sehr sorgfältige Dissertation unterrichtet recht vollständig über Stand und Probleme des iranischen Verkehrs. Sie enthält sich allerdings jeder Erörterung der größeren weltpolitischen Fragenkrise, in die ein Teil der iranischen Verkehrsfragen seit Jahrzehnten gestellt sind. Es bleibt also eine rein verkehrsgeographische Arbeit, die als Unterlage für politische Veröffentlichungen wegen ihrer Gründlichkeit sehr nützlich ist.

Charles M. Doughty: Die Offenbarung Arabiens. 613 S., 1 Kt., 1 Abb. List, Leipzig 1937. Ln. RM. 11.

Hans Helfritz: Vergessenes Südarabien. 177 S., 96 Abb. Bibliogr. Inst., Leipzig 1936. Ln. RM. 5.80.

Das klassische Buch der ersten zögernden Reisen nach Innerarabien ist nun auch deutsch erschienen. D. erzählt in einem köstlichen, humorvollen Stil von seinen Entdeckungsreisen nach Dschebel Schammar, Nedschd und Hedschas. Oberst Lawrence, der das Buch einleitet, bekennt freimütig, daß D. sein Lehrmeister gewesen ist. Dem Verlag ist für die schöne Auswahl und für die Herausgabe sehr zu danken. Ebenso fesselnd ist der Reisebericht von H., der durch Zufall in die Lage versetzt war, unbekannte und verbotene Gebiete Hadramauts zu bereisen. Von neuerlichen Fahrten bringt er nun wunderbares Photomaterial und eine packende Erzählung mit, die den Erlebnissen D.s kaum nachsteht.

Hans Alexander Winkler: Bauern zwischen Wasser und Wüste. 214 S., viele Abb. Kohlhammer, Stuttgart 1934. Br. RM. 15.—.

W. legt die Ergebnisse der volkskundlichen Untersuchung eines oberägyptischen Fellachendorfes vor. Genaues Material ist über die Volkssitten dieses Dorfes als Typus zusammengetragen: Siedlungs- und Wirtschaftsweise, Weltanschauung, Lebensablauf und seine besonderen Ereignisse, das übliche Frageformular des Volkskundlers ist sorgsam ausgefüllt.

Herbert Monath: Die Rechtslage am Suezkanal. 89 S. Verl. d. Inst. f. Intern. Recht, Kiel 1937.

M. stellt die völkerrechtlichen Unterlagen für die Politik mit dem Suezkanal in Auswahl zusammen, behandelt vor allem die Konvention von 1888, den Ägypten-Marokkovertrag von 1904 und die englische Protektoratserklärung über Ägypten. So nützlich aka-

demische Betrachtungen über die völkerrechtliche Situation Ägyptens und des Kanals sind, so müßig sind sie andererseits im Hinblick auf die politische Zukunft, die gerade in Ägypten am ehesten über völkerrechtliche Grundsätze hinwegzugehen verspricht.

Carlo Cito de Bitetto: Méditerranée — Mer Rouge — Routes Impériales. 243 S. Grasset, Paris 1937.

Mit scharfer Argumentation wird in diesem Buch die Animosität Italiens gegen England und umgekehrt zerredet. Sie sei nicht da, und der Konflikt um Abessinien sei ein Irrtum gewesen. Vielmehr ergänzen sich Italien und England im Mittelmeer und Orient, und es steht dem nichts im Wege, über die uneigennützige Vermittlung Frankreichs die Stresafront wiederherzustellen. Doch tausend Zungen dieser Art werden nicht reichen. Im übrigen ist das Buch sehr interessant und erlaubt eine Reihe von überraschenden Einblicken in die Abessinienpolitik, um die es sich hauptsächlich dreht. Nur ein kleiner Abschnitt ist rein mittelmeerischen Fragen gewidmet, aber dieser ist präzis formuliert und von politischem Wert.

H. Arthur Steiner: The government of Italian East Africa. Sonderdr. aus American Political Science Review. 18 S., 1 Kt. New York 1936.

Durchaus objektiver Abriß der ersten italienischen Verwaltungsmaßnahmen in Abessinien.

Vittorio Mussolini: Bomber über Abessinien. 148 S., 19 Abb. Beck, München 1937. Kt. RM. 2.50, Ln. 3.—.

Der Sohn des Duce berichtet von seinen Fliegererlebnissen im abessinischen Krieg mit einer großartigen Frische und Unbekümmertheit. Es setzt sich in die Reihe der Erinnerungsliteratur neben de Bono, Badoglio und Starace, gleicht aber nur dem letzteren in seiner ungezwungenen Erzählform. Der Einfluß der Luftwaffe im Kolonialkrieg wird hier besonders deutlich.

Afrika.

Oskar Karstedt: Der weiße Kampf um Afrika. I. Bd. Englands afrikanisches Imperium. 324 S., Abb. u. Kt. Stollberg, Berlin 1937. Ln. RM. 15.—.

Ein sehr eingehendes Handbuch der englischen Afrikakolonien, geordnet nach den einzelnen Verwaltungseinheiten, wobei auch Inseln wie Tristan da Cunha ein besonderes Kapitel gewidmet ist. Selbst Einzelheiten der Kolonialgeschichte werden nicht vergessen, ein Nachschlagewerk ersten Ranges und gleichzeitig eine Anklage gegen die koloniale Schuldlüge. Dieses Buch eines wirklichen Kenners der Verhältnisse gehört in jede politische Bücherei.

Ludwig Schoen: Rohstoffkammern der Weltwirtschaft. Bd. I: Afrika. 175 S. Freiheitsverl., Berlin 1937. Br. RM. 3.60, Ln. 4.50.

Handbuchartig angelegt wie der große Band von Karstedt wird hier auf gedrängtem Raume ein ebenso sorgfältiger Überblick über die Wirtschaft der einzelnen Afrikakolonien gegeben, begonnen mit Südafrika, beendet mit Tunis, wobei auch die Inseln nicht vergessen werden. Der Band enthält sehr gutes und wertvolles statistisches Material und gibt über die Zukunftsmöglichkeiten Auskunft.

Diedrich Westermann: Der Afrikaner heute und morgen. 384 S., 14 Abb., 3 Kt. Essener Verlagsanst., Essen 1937. Br. RM. 5.—, Ln. 6.50.

Der bekannte Afrikagelehrte, Vorsitzende des Internationalen Afrika-Institutes, wirft mit diesem Buch das Problem der Umwandlung des Afrikaners nach der europäischen Durchdringung vom Eingeborenen mit eigenen Gemeinschaftsformen und eigenen ethischen Gesetzen zum europäisierten, von Technik und Handel bestimmten Zwischenwesen auf. W. gibt einen genau unterteilten Abriß afrikanischer Volkskunde, die geistige, wirtschaftliche und künstlerische Substanz des Negers, seine familiären und stammesmäßigen Gemeinschaftsformen, und stellt diesem Eigenlegen das Eindringen europäischer Kolonialnotwendigkeiten gegenüber.

Afrika im Luftverkehr. Sonderheft der Afrikarundschau, Jg. III, H. 1. Hanseat. Verlagsanst., Hamburg 1937. RM. 1.—.

Erstmalig werden nach Geleitworten der Minister Göring und Pirow die transkontinentalen und die einzelnen regionalen Luftverbindungen Afrikas von Sachkennern dargestellt, ein begrüßenswertes Sonderheft der rührigen Zeitschrift.

Günter Tessmann: Die Baja. Ein Negerstamm im mittleren Sudan. 182 S., 63 Abb. Strecker u. Schröder, Stuttgart 1937. Br. RM. 15.—, Ln. 18.—.

Emmy Bernatzik: Afrikafahrt. Eine Frau bei den Negern Westafrikas. 240 S., 101 Abb., 1 Kt. Seidel u. Sohn, Wien 1936. Kt. RM. 4.—, Ln. 5.50.

Richard Wyndham: Der sanfte Wilde. 264 S., viele Abb., 1 Kt., Rowohlt, Berlin 1937.

T.s zweiter Bajaband berichtet über die geistige Kultur und die gesellschaftlichen Beziehungen des beobachteten Stammes. Es entsteht das genaue Sittenbild des unberührten Sudanvolkes, dessen Grenzdörfer aber schon durch die freieren Sitten der Haussa und Fulbe in Mitleidenschaft gezogen werden. Anders als der rein wissenschaftliche T. plaudert Frau B. von einigen ebenfalls aus volkskundlichen Gründen besuchten Stämmen in Portugiesisch-Guinea, unterstützt von den sehr schönen Aufnahmen ihres Mannes. Auch ihr sind arterhaltende und falsch europäische Stämme begegnet, während W. in seinem mit der Routine eines englischen Reporters geschriebenen Buch von einigen Stämmen am oberen Nil in der typisch britischen, etwas schnoddrigen, gerade darum aber sehr reizvollen Art erzählt. Auch ihm helfen einzigartige Aufnahmen für den Erfolg seines Buches, dessen freundlicher Inhalt den Titel rechtfertigt.

Pierre Daye: Stanley. Die Eroberung von Zentralafrika. 256 S., 8 Abb. Goldmann, Leipzig 1937. Ln. RM. 7.50.

Schon ist vergessen, daß Henry Stanleys Ruhm nicht nur aus der sensationellen Suche eines Journalisten nach Livingstone bestand, sondern daß dieser Mann Wesentliches zur Erschließung Zentralafrikas beigetragen hat, daß er als Mitarbeiter Leopolds von Belgien im Kongo wirkte, um schließlich in Einsamkeit einen kurzen Lebensabend zu verbringen. D. holt dieses Entdeckerleben mit einer packenden Biographie wieder in unsere weltfreudige Gegenwart hinein, heroisiert und dramatisiert vielleicht etwas, hält sich aber doch in dem Rahmen einer sachlich einwandfreien Biographie.

Werner Seidel: Die Verbreitung der Inder in Ost- und Südafrika. 85 S., 1 Kt. Leopold, Rostock 1937. Br. RM. 2.75.

Das große Rassenproblem Ostafrikas wird hier mit der Nüchternheit des Statistikers abgehandelt. Und aus den nüchternen Zahlen wächst das Gespenst des Problems zu unerwarteter Größe. S. gibt einzeln für alle ost- und südafrikanischen Kolonien Angaben statistischer Art, über die Geschichte der Indereinwanderung und das heutige Verhältnis der Inder zur anderen Bevölkerung. Die Arbeit, die als Beiheft zu den Mitt. d. geogr. Ges. zu Rostock erschienen ist, füllt eine alte Lücke aus.

Gerhard Heurich: Restvölker und Rückzugsgebiete in Südafrika. Sonderdr. aus den Mitt. d. Sem. f. Orient. Spr. Berlin 1936.

H. faßt Beobachtungen über einzelne südafrikanische Stämme wie Sulus, Sutos, Hottentotten, Buschmänner, Damas und Hereros zu einem Überblick über heutige Organisation und Rückzugsgebiete zusammen, der für die Kenntnis der Eingeborenenpolitik Südafrikas von Wichtigkeit ist.

C. Louis Leipoldt: Holland gründet die Kapkolonie. Jan van Riebeecks Leben u. Werk. 220 S., 12 Abb. Goldmann, Leipzig 1937. Ln. RM. 6.80.

Der südafrikanische Professor setzt dem Gründer der Kolonie ein schönes biographisches Denkmal, einem Weltenwanderer und Kolonialpionier, wie es wenige, zumal unter den Holländern, gegeben hat. Alle Fragen, die ein unerforschtes und umkämpftes Kolonialland an seinen Verwalter zu stellen hat, treten an Riebeeck heran, dessen schweres Leben von aufreibenden Kämpfen mit seiner Kolonie und der Heimatverwaltung erfüllt ist.

Otto W. A. Hoops: Der Status der Südafrikanischen Union. 95 S. Christians, Hamburg 1935. Br. RM. 2.40.

Ein schwieriges Thema, dessen Klärung auch durch die Endfeststellung, daß die Union innen- und außenpolitisch völlig frei und nur durch Personalunion an die Krone Britanniens gebunden ist, noch nicht erledigt ist. Es gibt auch andere Meinungen, und mit ausschließlich staats- und völkerrechtlichen Darlegungen ist es nicht immer getan, wenn es sich um Fragen des Empire handelt. Um so mehr ist diese Arbeit zu begrüßen, die die Unterlagen gibt und die südafrikanische Stellungsnahme, wie sie auch von Ihren Ministern betont wurde, festlegt.

EINZELBESPRECHUNGEN

Rauecker, Bruno: Die sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Elsaß-Lothringen und dem Saargebiet 1920—1935. Heidelberg-Berlin, K. Vowinckel Verlag, 1937. 174 S., 2 Tab.

In der internationalen Diskussion der Saarfrage hat die Frage der wirtschaftlichen Zugehörigkeit des Saargebietes bekanntlich eine große Rolle gespielt; man wird sich der Art und Weise noch erinnern, wie die Gegner Deutschlands im Saargebiet mit den wirtschaftlichen „Schwierigkeiten" der Rückgliederung Abstimmungspropaganda trieben. Abgesehen davon, daß dieser Versuch, die nationale Entscheidung zu einer materiellen „Wahl zwischen dem deutschen und dem französischen Zollgebiet" umzufälschen, an der unbeirrbaren Haltung der Saarbevölkerung kläglich scheiterte: der Erfolg der wirtschaftlichen Rückgliederung hat auch die sachliche Unrichtigkeit der antideutschen Wirtschaftspropaganda bewiesen, wie dies ja auch schon während des Abstimmungskampfes seitens der deutschen Wirtschaftsführer im Saarland wiederholt ausgesprochen worden ist. Die Arbeit von Rauecker, der im letzten Jahre des Saarkampfes sich vielfach den mit der Lösung der Saarfrage zusammenhängenden sozialpolitischen Fragen gewidmet hatte, behandelt — ohne sich mit der wirtschaftlichen Rückgliederung selbst zu beschäftigen — rückschauend die Gesamtheit des wirtschaftlichen und sozialen Feldes, auf dem die französische Politik und die Abstimmungspropaganda 15 Jahre hindurch im Saargebiet gearbeitet hat. Die von der französischen Auffassung immer wieder angeführte Einheit des sogenannten saarländisch-lothringischen Wirtschaftsblocks (der in seiner Vorkriegsgestalt ungeachtet der einschneidenden Veränderungen auch für die Nachkriegszeit Geltung haben sollte) läßt es dabei verständlich erscheinen, wenn der Verfasser innerhalb der wirtschaftlichen Orientierung der Saar die Beziehungen zwischen Saarland und Elsaß-Lothringen herausgreift und einer besonders kritischen Untersuchung unterzieht. Das Ergebnis ist die Herausstellung all der Versuche der Völkerbundsregierung, auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete die Eingliederung des Saargebietes in das französische Wirtschaftsgebiet zu fördern. Auch die Widerstände der Saarbevölkerung und der deutschen Saarwirtschaft gegen diese frankophile Wirtschaftspolitik finden ihre Würdigung. Soweit die wirtschaftliche Rückgliederung des Saarlandes im Hinblick auf die saarländisch-elsaß-lothringischen Wirtschaftsbeziehungen berührt wird, ist zu erkennen, daß die von Frankreich verursachte Einschränkung der saarländisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen nicht so sehr — wie man wohl gehofft hatte — dem Saarland geschadet hat, das in ein im wirtschaftlichen Aufschwung befindliches Mutterland zurückkehrte, als vielmehr der Wirtschaft Elsaß-Lothringens.

Fr. Hellwig.

Der deutsche Volkscharakter. Eine Wesenskunde der deutschen Stämme und Volksschläge. Herausgegeben von Martin Wähler. Eugen Diederichs Verlag in Jena.

Am Anfang der Erkenntnis unseres Daseins als Volk steht die Frage nach seiner seelischen Eigenart, nach den ihm eigenen Wesenszügen, und je mehr wir ein Volk werden, um so häufiger und dringender wird diese Frage gestellt und beantwortet. Heute tritt sie in ihrer vollen Bedeutung hervor, und wir suchen aus den Antworten Vorbild und Kraft für den Aufbau unseres völkischen Lebens zu gewinnen. Die Antworten auf die Frage nach unserer völkischen Eigenart machen es sich häufig einfach, indem sie als Grundgesetze deutschen Wesens — als deutscher Art — einzelne Begriffe kennzeichnen, die Ausdruck des eigenen Wollens sind, nun aber als Grundformel alles geschichtlichen Geschehens dienen sollen. Wollte man hier nebeneinander stellen, was einmal als Grundzug deutschen Charakters gekennzeichnet wurde, so würde dies ebenso wie der Vergleich dessen, was die Alltagssprache als „typisch deutsch" zu benennen geneigt ist, zeigen, wie einseitig diese Begriffe im einzelnen oft sind. Das wesentliche Ergebnis einer solchen Zusammenstellung aber würde sein, welcher Reichtum, welche weiten Spannungen in den Ausprägungsformen des deutschen Charakters möglich sind.

Ein anderer, häufig begangener Weg der Erfassung deutschen Wesens ist die idealisierende Heraushebung einer einzelnen Epoche der deutschen Geschichte. Diese wird dann als die Zeit bezeichnet, in der das Wesen des

Deutschen in besonders reiner Form hervorgetreten sei, und der gegenüber andere Epochen als Entartung oder Abfall zu buchen seien. Da man es dabei dann nicht gern wahrhaben will, daß deutsche Größe wiederholt entstand in der leidenschaftlichen Begegnung, Auseinandersetzung und Verarbeitung einer von außen eindringenden geistigen Einwirkung, und da man in dieser Aufnahme nur eine „Überfremdung" sieht, so führt dies oft dazu, das Wesen des Deutschtums in seiner wahren Gestalt allein in der germanischen oder in der vorgeschichtlichen Zeit ausgeprägt zu sehen. Hierzu kommt dann häufig noch die Neigung — das geschichtliche Bild fälschend —, Züge und Willensrichtungen der eigenen Zeit in die bevorzugte geschichtliche Epoche hineinzulegen.

Wir deuten kurz auf diese oft begangenen Wege deutscher Charakterdeutung — die teils bedeutungsvoll sind durch die Anregung und Förderung in unserer völkischen Selbsterkenntnis, häufig aber auch schnell überwundene Einseitigkeit und ungeschichtliche Darstellungen gebracht haben —, um auf diesem Hintergrunde die Deutung deutschen Wesens abzuheben, die das Buch „Der deutsche Volkscharakter" unternimmt. Martin Wähler stellt sich auf die lebendige Wirklichkeit ein, in der sich in vielgestaltiger Weise das deutsche Wesen in den deutschen Landschaften ausprägt, und er läßt die Charakterzüge der deutschen Stämme und Volksschläge zur Darstellung kommen in dem Sinne, wie Riehl einmal sagte: „Um für die Einheit reif zu werden, müssen wir erst reif werden für das Verständnis und die Würdigung des Sonderlebens."

Die deutsche Volkskundeforschung bildet den Hintergrund der Einzelbeschreibungen der Stämme und Volksschläge durch eine Reihe namhafter Autoren. Dabei ist die Lösung von der Fülle des Einzelmaterials vorgenommen, das lediglich als Ausdruck bestimmter Charakterhaltungen und bestimmter Lebensanschauungen herangezogen wird. Haus, Siedlungsform, Sprache, Sitte, Brauchtum und Kunst werden als Ausdruck seelischer Haltungen gedeutet.

Es ist wesentlich, daß wir in Wählers Werk nicht nur die Altstämme und die Neustämme dargestellt finden, sondern auch die Volksschläge außerhalb der Grenzen des Reiches, die einmal abgesplittert wurden, aber ihr Deutschtum aller fremden Umgebung und Einwirkung zum Trotz lebendig bewahrt haben. Ebenso beachtlich ist der Versuch, einige der deutschen Großstädte heranzuziehen und zu zeigen, wie diese auf der Grundlage eines Stammestums in der kurzen Zeit der Großstadtbildungen eigene typische Charakterzüge in ihrer Bevölkerung zu formen vermochten.

Ein besonderes Interesse muß den Beobachtungen der gestaltenden Kräfte geschenkt werden, die die einzelnen Charakterformen hervorgerufen haben. Wähler selbst hat in einem Einleitungskapitel zusammenhängend Grundsätzliches gesagt, wie in Rasse, Landschaft und geschichtlichem Schicksal diese Kräfte liegen. Die Abhandlungen selbst zeigen dann in vielen einzelnen aufschlußreichen Beobachtungen die geopolitischen Zusammenhänge zwischen Klima, Bodenart, Lage, rassischer Zusammensetzung, geschichtlichem Schicksal und der charakterlichen Ausprägung eines Stammes und seiner Kulturform. Ein reiches Material von Einzelbeobachtungen macht das Buch zu einem lebendigen Unterrichtungsbuch über unser deutsches Volk, das auf der Grundlage gewissenhafter Deutung ein lebendig-anschauliches Bild des deutschen Heimatlebens entwickelt.

Eine entscheidende Frage bleibt bei dem Buche offen, wie Wähler selbst bekennt: die Summe der deutschen Stammescharaktere, die in dem Buche gegeben ist, ergibt nicht den deutschen Volkscharakter. Es fehlt dem Buche die Zusammenfassung und die Einheit des Baues, der aus den einzelnen Bausteinen errichtet werden mußte. Denn daß diese Einheit eines deutschen Volkscharakters vorhanden ist, daß dieser nicht nur aus der Summe stammesmäßiger Einzelcharaktere besteht, davon sind wir ebenso fest überzeugt wie Wähler selbst. Der Weg zur Darstellung dieser Einheit müßte wohl über die Heranziehung der politischen Kräfte, die am deutschen Nationalcharakter formend sich betätigten, gefunden werden. Seine letzte Abrundung und klare Herausstellung würde der deutsche Volkscharakter dann erhalten, wenn er die Gegenüberstellung zu den Charakterformen der anderen Völker und Rassen finden würde.

Wir begrüßen das Buch von Wähler, in dessen einzelnen Beiträgen wissenschaftliche Haltung und persönliche Gebundenheit an den Gegenstand sich verbinden, als eine geisteswissenschaftliche Herausarbeitung der seelischen Gestalt des deutschen Volkes, die einen erfolgreichen Anfang und zugleich ein weites Programm darstellt. W. Scheibe.

Hans R. Wiese, Uns rief Polen! R. Voigtländers Verlag in Leipzig. 1937. 242 S. In Leinen RM. 4,20.

Es ist begrüßenswert, daß Wiese den Versuch gemacht hat, im Stile volkstümlicher Geschichtsdarstellung mit volkspolitischer Ausrichtung die uralte Frage des Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen darzustellen. Das Büchlein ist zweifellos fesselnd genug und auch in dieser Aufmachung so ansprechend, daß es auch der Nichtfachmann gern zur Hand nehmen wird. Darin liegt sein Wert und man kann um dieses Zieles willen über einige Ungenauigkeiten, die die deutsche Geschichte (Sachsen und Staufen) oder die Namensfrage betreffen, hinwegsehen. Die rote Linie, die das Buch durchzieht, ist der Grundgedanke, daß ein Jahrtausend lang Deutsche nach Polen zogen, weil sie gerufen wurden und ihre Aufbauarbeit geschätzt wurde. Die tragische Liquidierung dieses Ostzuges nach 1918 erklärt Wiese aus den schicksalhaften Verhältnissen, die das befreite Polenvolk in den deutschen Minderheiten nur Reste einer früher gehaßten fremdvölkischen Verwaltung erblicken ließ. Mit herzhafter Offenheit nennt er die Dinge beim rechten Namen, klagt er die Nationaldemokraten und ihre Parteigänger an. Immer wieder betont er, daß die Staatspolitik eines Pilsudski und seiner Richtung nicht von jenem verblendeten Haß getragen war, wie ihn ein ausufernder Chauvinismus der Oppositionsparteien bis auf den heutigen Tag pflegt.

Wieses Buch ist dazu angetan, das politische Bewußtsein für die Fragen des Ostens in Deutschland zu wecken und damit der Gefahr entgegenzutreten, daß das deutsche Volk die staatlichen Vereinbarungen von 1934 für eine restlose Beilegung aller Volkstumsfragen im Osten hält.

Walther Jantzen.

Hans Kiderlen: Das Gesicht Ostasiens. 8°. 157 S., 1 Kte., RM. 3.80. (Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg.)

„Das Gesicht des Ostens ist rapide im Wachsen begriffen", heißt es im Schlußkapitel dieses Buches. Das ist bereits ostasiatisch gesprochen. Das „Gesicht" ist insbesondere für den Chinesen das, was man vorstellt. Es kann zu- oder abnehmen, man kann es verlieren oder wiedergewinnen. In jedem Falle aber ist es das Wichtigste und Entscheidendste, etwas, das alle Entschlüsse des Einzelnen, der Familie wie der Gesamtheit tiefgehend beeinflußt.

In der klaren Erkenntnis der Bedeutungszunahme des ostasiatischen „Gesichtes" liegt der Wert dieser knappen Darstellung des Japan und China von 1937. Ihr Verfasser ist ein junger deutscher Nationalsozialist, dem jahrelanger Aufenthalt in USA. den weltpolitischen Horizont weitete. Daß seine Sympathien mehr bei Japan als bei China liegen, kann er nicht ganz verleugnen, und infolgedessen kommen die Kultur Chinas wie die menschlichen Werte der Chinesen vielleicht schlechter weg, als sie es verdienen. Aber das hindert den Autor nicht, auch Chinas letztlich unvermeidlichen Aufstieg zu erkennen. Er spricht es klar aus: Ostasien ist im Begriff, sich zu einer selbständigen, Europa und Amerika ebenbürtigen Gruppe von Staaten zu entwickeln.

Es ist wichtig, daß das deutsche Volk sich in seiner Gesamtheit mit dieser Entwicklung vertraut macht und sie in sein weltpolitisches Bild einbezieht.

Colin Ross.

Kurt Roepke: Bibliographie der Geopolitik

Bemerkung: Die Bibliographie verzeichnet laufend die neueste deutschsprachige Literatur zur Geopolitik mit Ausnahme der in der „Zs. f. Geopolitik" erscheinenden Aufsätze. In der Titelfassung dient das „Lit. Zbl. f. Deutschland" als Vorbild. Selbständig erschienene Arbeiten sind durch *, Aufsätze usw. durch „In:" gekennzeichnet. Ergänzungen der Titelaufnahmen durch den Verfasser stehen in ( ), wenn sie dem Objekt selbst, in [ ], wenn sie anderen Quellen entnommen sind.

1. Allgemeine Fragen

Bramstedt, P.: Sozialwirtschaftliche Sätze im Dienste der Raumordnung. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 2, 1938, 1. S. 5–10.

***Braucht Deutschland Kolonien?** 8 Aufsätze zur Kolonialfrage. Hrsg. im Auftr. d. Dt. Kulturpolit. Ges. v. H. Grothe. Berlin: H. Schröder Verl. (1937). 55 S. gr. 8°. 1,20 RM. – Aus: Archiv f. Wanderungswesen u. Auslandskunde. Jg. 9, 1937, 1/2. – Enth. Abh. von H. W. Bauer, K. Hänel, E. G. Jacob, A. Püllmann u. a.

Büdel, J.: Die Aufgaben der Geographie in der Raumforschung. In: Zs. f. Erdkunde. Jg. 6, 1938, 1. S. 1–16.

Bülow, Fr.: Wilhelm Heinrich Riehl / Die Wissenschaft vom Volk und seiner Arbeit. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 2, 1938, 1. S. 1–5.

Christaller, W.: Siedlungsgeographie und Kommunalwissenschaft. In: Petermanns Geograph. Mittn. Jg. 84, 1938, 2. S. 49–53. – Vortrag, geh. auf d. Tagung

süddt. Geographen in Freiburg i. Br., am 15. Oktober 1937.

Durach, M.: Ausland- und Grenzlanddeutschtum. In: Zs. f. Deutschkunde. Jg. 51, 1937, 10. S. 633–643. – Ein Schrifttumsbericht, umfassend 70 Titel.

Forschungsarbeit im Dienst an Volk und Staat. Ein Jahr erfolgreiche Gemeinschaftsarbeit. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 2, 1938, 1. S. 19–31.

***Hasenkamp, G.: Allgemeine politische Geographie.** Grundriß einer Vorlesung. Tübingen: Pietzcker in Komm. 1938. 91 S. gr. 8°. 1,50 RM.

Heiser, H.: Wasserhaushalt und Raumordnung. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 2, 1938, 1. S. 31–36.

Hoover, E. M.: Versuch einer Theorie der raumwirtschaftlichen Umgliederung. In: Weltwirtschaftl. Archiv. Bd 47, 1938, 1. S. 1–22.

Jantzen, W.: Der Raum in der Geschichte. In: Weltanschauung u. Schule. Jg. 2, 1938, 1. S. 31–36.

Ipsen, G.: Riehl und die deutsche Volkslehre. In: Mitteilungen d. Akademie z. wiss. Erforschung u. z. Pflege d. Deutschtums. Jg. 12, 1937, 3. S. 317–321.

***Irmer, J.: Raumordnung durch Umschichtung des Arbeitsnachwuchses** (unter bes. Berücks. d. Ruhrgebietes). Emsdetten: Lechte 1937. XIII, 130 S. gr. 8° = Universitas-Archiv. Wirtschafts- u. sozialwiss. Abt. Bd 8 = Bd 87 [d. Gesamtreihe]. 2,80 RM.

Kühn, A.: Die Fortschritte der Wehrgeographie im Schrifttum der letzten Jahre. In: Petermanns Geograph. Mittn. Jg. 83, 1937, 5. S. 142–145.

Kunart, H.: Volk und Staat in faschistischer und nationalsozialistischer Auffassung. In: Dt. Adelsblatt. Jg. 56, 1938, 2. S. 33–35.

***Leers, J. von: Deutsche – die Kolonialpioniere Europas.** Stuttgart: Bohnenberger (1937). 76 S., 5 Bl. Abb. gr. 8°. 3,50 RM.

***Loesch, K. C. von: Die außenpolitischen Wirkungen des Geburtenrückganges,** dargelegt am Beispiel der Franzosen. Berlin: Junker & Dünnhaupt. 1938. 40 S. gr. 8° = Schriften d. Deutschen Hochsch. f. Politik. 1, H. 31. –,80 RM.

(Manthe, H.): Die Staaten im Kampf um den Raum. In: Dt. Wehr. Jg. 42, 1938, 5. S. 65–66; 6. S. 86.

Muhs, H.: Raumordnung und Grenzland. In: Die Deutsche Volkswirtschaft. Jg. 7, 1938, 1. S. 46–49.

Petersen, J.: Die Kolonialfrage völkisch gesehen. In: Geograph. Anz. Jg. 39, 1938. 1. S. 1–4.

Püllmann, A.: Das geopolitische Schrifttum der Gegenwart. In: Der ostpreuß. Erzieher. Jg. 1938, 1. S. 2–4.

Puttkammer, W.: Raumordnung und industrielle Planung. In: Braune Wirtschaftspost. Jg. 6, 1937, 24. S. 667–771.

Roloff, H.: Raumordnungspläne. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 2, 1938, 1. S. 10–18.

Schnoeckel, P.: Brennpunkte des Weltgeschehens – kolonialpolitisch gesehen. In: Dt. Kolonial-Dienst. Jg. 3, 1938, 1. S. 1–7.

Schumacher, R. v.: Grundlagen der Grenzsiedlung. In: Neues Bauerntum. Jg. 30, 1938, 1. S. 3–7.

Steinbrecht: Raum, Rohstoff und Rasse. In: Wehrtechn. Mhe. Jg. 42, 1938, 1. S. 1–7.

Taut, W.: Raumnot als Ursache für den Untergang und die Versklavung wertvoller deutscher Menschen in Übersee. In: Der Thüring. Erzieher. Jg. 5, 1937, 20. S. 566–569.

***Vogel, J.: Geopolitische Skizzen und Betrachtungen für die Schule.** H. 4. 6. Breslau: Handel (1938). 8° = Schriften zu Deutschlands Erneuerung. Nr. 93. 95. Je –,15 RM. – 4. Weltmeer u. Wehrpolitik. 16 S. mit Abb. – 6. Rohstoffe u. Weltpolitik. 16 S. mit Abb.

Zeck, H. F.: Geopolitik tut not! In: Geograph. Anz. Jg. 38, 1937, 24. S. 571–572.

2. Regionale Arbeiten

Mehrere Erdteile

Benzing, J.: Bolschewismus, Turkvölker und Islam. In: Osteuropa. Jg. 13, 1937, 3. S. 187–194.

***Carow, R.: Kennst du dein Volk jenseits der Grenze?** Als Schülerheft bearb. u. zsgest. H. 1. 2. Leipzig: Dürrsche Buchh. (1938). gr. 8°. – 1. Europa. Mit 7 Abb. 63 S. 1,20 RM.; 2. Übersee. Mit 4 Abb. 47 S. –,90 RM.

Eschmann, E. W.: Die politische Entwicklung im Mittelmeer seit der Konferenz von Nyon. In: Mhe f. Ausw. Politik. Jg. 4, 1937, 12. S. 860–866.

Haase, K.: Die Meerengenfrage. (Diss. Greifswald.) Lengerich i. W. 1937: Lengericher Handelsdr. XII, 133 S. 8°.

***Krainz, O.: Das Schwert des Islam.** (Herrsching): Deutscher Hort Verl. (1938). 153 S., 5 Bl. Abb., 1 Kt. gr. 8°. Lw. 4,80 RM.

Püllmann, A.: John Bull und der Fernost-Konflikt. In: Länder u. Völker. Jg. 68, 1938, 1. S. 8–12.

Schmidt, A.: Die Fremdvölker-Frage in der Sowjetunion. In: Die Hilfe. Jg. 44, 1938, 1. S. 4–7.

Der Vorstoß der Sowjets in die Arktis. In: Contra Komintern. Jg. 1938, Februar. S. 62–68.

Deutschland
(deutsches Sprachgebiet)

***Boekholt, K.: Erträge und Leistungsreserven des Getreidebaus.** Ein Beitrag zur landwirtschaftl. Erzeugungsordnung im dt. Raum. Heidelberg, Berlin: Vowinckel 1937. VII, 198 S. mit Abb., 1 Tab. gr. 8° = Beiträge zur Raumforschung u. Raumordnung. Bd 4. Lw. 5,50 RM.

***Brennecke, F.** – Handbuch f. d. Schulungsarbeit in der HJ. **Vom deutschen Volk und seinem Lebensraum.** München: Eher 1937. 176 S. kl. 8°. –,90 RM.

Brepohl, W.: Das Ruhrvolk und die Volkstumsforschung. In: Rhein. Vierteljahrsblätter. Jg. 7, 1937. 4. S. 341 bis 372.

Brill, E. H.: Mecklenburg und der Norden. In: Volk u. Reich. Jg. 14, 1938, 2. S. 84–90.

***Drechsler, A.: Die Bevölkerungsdichte von Ostthüringen.** (Diss. Jena.) Zeulenroda: Sporn 1936 [Ausg. 1938]. 93 S., 2 Kt. 8°. 3,– RM.

Feldmann: Landesplanung in Baden. In: Siedlung u. Wirtschaft. Jg. 20, 1938, 1. S. 27–30.

***Deutsches Grenzland.** Jahrbuch d. Inst. f. Grenz- u. Auslandstudien. Hrsg. v. M. H. Boehm, K. C. v. Loesch. [4.] 1938. Berlin: Deutsche Buch-Vertriebsstelle [1937]. 128 S. mit Abb. u. Kt. Skizzen. 8°. Lw. 3,50 RM.

Gross, W.: Die bevölkerungspolitischen Gefahren der Abwanderung aus den sächsischen Grenzgebieten. In: Polit. Erziehung. Jg. 1938, 1. S. 17–20.

Harmsen, H.: Vom deutschen Volkstum in Polen. In: Archiv f. Bevölkerungswiss. u. Bevölkerungspolitik. Jg. 7, 1937, 5/6. S. 408–414.

Heinrichs, Charlotte: Danzig – „port de la Pologne". In: Deutschlands Erneuerung. Jg. 22, 1938, 2. S. 65-70.

***Herrmann, C.: Schlesien.** Geschichte einer Grenzmark. Frankfurt a. M.: Diesterweg 1938. 83 S. mit Abb. gr. 8°. 1,20 RM.

***Hinrichs, E., u. W. Weber: Das neue Reich im Erdkundeunterricht.** Frankfurt a. M.: Diesterweg 1938. 64 S. mit Abb. gr. 8°. –,85 RM.

Kallweit, E.: Das ostpreußische Bevölkerungsproblem. In: Der ostpreuß. Erzieher. Jg. 1938, 1. S. 9–11.

***Kampf um deutschen Lebensraum.** Ein raumpolitischer Atlas mit Erl. Berlin: Kameradschaft (1938). 155 S. 4°. Loseblattausg. 8,25 RM.

Kampmeier, A.: Vierjahresplan und Bevölkerungspolitik. In: Neue Bahnen. Jg. 48, 1937, 12. S. 366–373.

(Körholz, L.): Pforten und Straßen zur deutschen Westgrenze. In: Mschr. f. höh. Schulen. Bd 36. 1937, 6. S. 333–343. – Eine geopolit. Betrachtung.

***Kraus, F.: Der Deutsche im Alpenraum.** Jena: Diederichs (1937). 44 S. 8° = Österreichdeutsche Schriften. 0,90 RM.

***Lange, Fr: Oberschlesien.** Um Annaberg und Teschen. Berlin: Verl. Grenze u. Ausand 1937. 96 S., 12 Bl. Abb. 8°. 2,40 RM.

***Lehmann, E.: Vom Gefüge des Volkes.** Aufriß e. deutschen Volkssoziologie auf volkskundl. Grundlage. Reichenberg: Kraus [1937]. 123 S. gr. 8°. 3,50 RM.

Lochner, R.: Gesamtschlesien und Sudetenland. In: Die Volksschule. Jg. 33, 1937, 18. S. 563–573.

Meynen, E.: Deutschland. In: Der Schulungsbrief. Jg. 5, 1938, 1. S. 3–33.

***Möckel, K.: Die Bedeutung der Ausfuhr für die sächsische Industrie.** Leipzig: Buske 1938. 145 S. 8° = Der sächsische Wirtschaftsraum. H. 1. 4,80 RM.

Naumann, R.: Werden und Wandlungen der sächsisch-böhmischen Grenze. In: Die höhere Schule. Jg. 15, 1937. 12. S. 300–305.

***Neumann, G.: Saint Germain.** Jena: Diederichs (1938). 39 S. 8° = Österreichdeutsche Schriften. 0,90 RM.

Scharlau, K.: Probleme der deutschen Kulturlandschaft. In: Zs. f. Erdkunde. Jg. 6, 1938, 2. S. 55–67.

***Schriften zu Deutschlands Erneuerung.** Sachbd 11. Breslau: Handel [1938]. 100 S. in getr. Pag. mit Abb. 8°. Hlw. 1,50 RM. – Geopolit. Skizzen u. Betrachtungen.

Schwarz, E.: Deutsche Siedlung in den Sudetenländern im Lichte sprachlicher Volksforschung. In: Das Sudetendeutschtum. Festschrift z. 75-Jahr-Feier d. Vereines f. Gesch. d. Deutschen in Böhmen. Bd 1. (Brünn, Prag, Leipzig 1937.) S. 85–108.

Tessin, G.: Mecklenburgs geschichtliche Entwicklung im nordostdeutschen Raum. In: Volk u. Reich. Jg. 14, 1938, 2. S. 76–84.

Weicker, G.: Sachsens geopolitische Aufgabe im Laufe der deutschen Geschichte. In: Die höhere Schule. Jg. 15, 1937, 12. S. 294–299.

***Der sächsische Wirtschaftsraum.** Leipziger Beiträge zur Raumforschung, hrsg. v. H.-J. Seraphim, E. H. Sieber, K. C. Thalheim. Leipzig: Buske 1938. 8°.

Wunderlich, E.: Raum und Volk in Württemberg. In: Siedlung u. Wirtschaft. Jg. 19, 1937, 12. S. 766–771.

Übriges Europa

Bielstein, H. H.: Völker, Grenzen und Rassen. In: Durch alle Welt. Jg. 1938, 5. S. 9–10; 6. S. 9–10; 7. S. 20–21; 8. S. 23–24. – Beh. Österreich, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien.

Burgdörfer, Fr.: Die neue deutsche Bevölkerungsentwicklung im gesamteuropäischen Rahmen mit besonderer Berücksichtigung der zahlenmäßig erfaßbaren Auswirkungen bevölkerungspolitischer Maßnahmen. In: Archiv f. Bevölkerungswiss. u. Bevölkerungspolitik. Jg. 7, 1937, 5/6. S. 321–347.

Burkardt, A.: Ein volksbiologischer Querschnitt durch die Schweiz nach dem Kriege. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung. Jg. 2, 1938, 1. S. 171–202. – Mit 2 Textabb. u. 2 Ktn.

Doubek, F. A.: Die Ostgrenze der polnischen Volkstumsmehrheit. In: Jomsburg. Jg. 1, 1938, 4. S. 474 bis 481.

Fischer, R.: Jugoslavien im europäischen System. In: Volk u. Reich. Jg. 14, 1938, 1. S. 60–65.

Früchtl, H. J.: Das größere Portugal. In: Weiße Blätter. Jg. 7, 1938, Januar. S. 15–22.

***Geisler, W.: Der Grenzraum zwischen West- und Mitteleuropa.** Berlin: Volk u. Reich Verl. 1937. 107 S. mit Kt., 4 Kt. Bl. gr. 8° = Zur Wirtschaftsgeographie d. dt. Westens. Bd 1. 4,80 RM.

***Geller, K.: Die Strukturänderung der ungarischen Volkswirtschaft nach dem Kriege und die Stellung Ungarns im mitteleuropäischen Wirtschaftsraum.** Münster: Buschmann 1938. IX, 154 S. 8°. 4,20 RM.

Genoff, G. P.: Bulgarien in der internationalen Politik. In: Europ. Revue. Jg. 14, 1938, 1. S. 3–11.

Halbfass, W.: Irland als Beispiel insularer Abgeschlossenheit. In: Geograph. Anz. Jg. 39, 1938, 3. S. 59–62.

Harth, W.: Baito-skandinavische Bewegungen. In: Volk im Werden. Jg. 6, 1938, 1. S. 21–25.

Hildebrandt, W.: Das rätoromanische Alpenvolk in Bewegung. In: Schweiz. Mhe. Jg. 17, 1938, 11. S. 489 bis 498.

***Hoven, V.: Flämische Selbständigkeitsbestrebungen und ihre politische Vorgeschichte.** Zeulenroda: Sporn 1937. 95 S. 8°. 3 RM. – Zugl. Diss. Frankfurt.

Jantzen, W.: Geopolitische Reise durch Südslawien. In: Zs. f. Erdkunde. Jg. 6, 1938, 2. S. 49–55.

Irk, V. C.: Das Rumänentum über die Lebensrechte seiner eigenen außerstaatlichen Volksgruppen. In: Volk im Osten. Jg. 4, 1937, 36. S. 1229–1239.

Irland taucht aus dem Nebel von F. J. In: Die Tat. Jg. 29, 1938, 10. S. 685–699.

***König, L.: Die Deutschtumsinsel an der Wolga.** Ein Beitr. zur länderkundl. Darst. d. dt. Wolgakolonien u. d. natürlichen Grundlagen ihrer Wirtschaft. Dülmen: Laumann 1938. XII, 310 S. 4° = Deutschtum u. Ausland. H. 64/65. 12 RM. Mit 1 Übersichtskt. im Anh., 5 Kt. Beilagen, 27 Textabb., 8 Bildtaf.

Krannhals, D.: Die Rolle der Weichsel in der Wirtschaftsgeschichte des Ostens. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung. Jg. 2, 1938, 1. S. 59–86.

März, J.: Jugoslaviens Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. In: Volk u. Reich. Jg. 14, 1938, 1. S. 52–60.

Mairinger, H.: Nationalitätenverschiebungen in der Tschechoslowakei 1921–1930. In: Mittn d. Geogr. Ges. Wien. Bd 80, 1937, 11/12. S. 341–343.

Miaker, R.: Die Tschechoslowakei. Eine kurze wehrgeograph. Betrachtung. In: Mittn d. Geograph. Ges. Wien. Bd 80, 1937, 9/10. S. 281–289.

Neef, E.: Der ostländische Wirtschaftsraum. In: Petermanns Geograph. Mittn. Jg. 84, 1938, 1. S. 15 bis 25. – Mit 5 Kt. u. 2 Abb. im Text.

***Pfiffl, Erna: Deutsche Bauern in Ungarn.** Mit einführ. Beiträgen v. A. Haberlandt u. E. Rieger. Berlin: Verl. Grenze u. Ausland 1938. 64 S. mit Abb. 4°. 7,80 RM.

***Pohl, Irmgard: Deutsche im Südosten Europas.** Vorposten d. Volkstums. Leipzig: J. Klinkhardt 1938. 64 S. mit Skizzen. gr. 8° = Neuland in d. dt. Schule. H. 13. 1,80 RM.

Raschhofer, H.: Die Tschechoslowakei und die Minderheitenfrage auf der Friedenskonferenz. In: Volk u. Reich. Jg. 14, 1938, 2. S. 115–135.

***Rebholz, J.: Lothringen und Frankreich im Saarraum.** Dt.-franz. Grenzverhandlungen 1735–1766. Frankfurt a. M.: Diesterweg 1938. XII, 121 S. gr. 8° = Schriften d. Wiss. Inst. d. Elsaß-Lothringer im Reich an d. Universität Frankfurt. N. F. Nr 19. 4 RM.

(Rogmann, H.): Bevölkerungsbewegung im Osten. In: Ostland. Jg. 19, 1938, 3. S. 48–50.

Rosting, H.: Die Entwicklung der Minderheitenfrage in Europa. In: Europ. Revue. Jg. 14, 1938, 1. S. 12 bis 21.

***Schaumann, W.: Die gewaltsame Vertschechung des deutschen Igellandes.** Erl. durch Kt., Tab. u. Lichtbilder. Wien u. Leipzig: Braumüller 1938. X, 127 S. gr. 8° = Dokumente d. Entnationalisierung. 1. 3,50 M.

Schier, B.: Die Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Slawen in volkskundlicher Sicht. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung. Jg. 2, 1938, 1. S. 1–22.

***Schüßler, W.: Mitteleuropa als Wirklichkeit und Schicksal.** Köln: Schaffstein (1937). 63 S. kl. 8° [= Schriften zur völkischen Bildung]. Kart. 0,40, geb. 0,80 RM.

Stoye, J.: Republik Eire. In: Velhagen & Klasings Mhe. Jg. 52, 1938, 6. S. 525–529.

Ungern-Sternberg, R. v.: Die Überfremdung Frankreichs. In: Weiße Blätter. Jg. 6, 1937, Dezember. S. 359–362.

Welsch, O.: Bündnisse und Bündnispolitik im Nahen Osten. In: Marine-Rdsch. Jg. 42, 1937, 12. S. 755–761.

Welte, A.: Raum, Volk und Staat im mittleren Donaubecken. In: Mittn d. Geograph. Ges. München. Bd 30, 1937. S. 137–177.

Wolters, E.: Tschechen und Slowaken. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung. Jg. 2, 1938, 1. S. 203 bis 211. – Mit 2 Ktn.

Wührer, K.: Der Skandinavismus. In: Jomsburg. Jg. 1, 1938, 4. S. 409–422.

Zeck, H. F.: Untergegangenes Deutschtum in Spanien. In: Archiv f. Bevölkerungswiss. u. Bevölkerungspolitik. Jg. 7, 1937, 5/6. S. 415–418.

Zeiss, H.: Sozialbiologische Fragen europäischer auslandsdeutscher Volksgruppen. In: Archiv f. Bevölkerungswiss. u. Bevölkerungspolitik. Jg. 7, 1937, 5/6. S. 378–384.

Zimmermann, W.: Deutschlands geopolitische und wirtschaftliche Beziehungen zum Norden. In: Die Westmark. Jg. 5, 1938, 4. S. 195–198.

Zu der Luth, R.: Europa in wehrgeographischer und wehrpolitischer Betrachtung! In: Mittn d. Geograph. Ges. Wien. Bd 80, 1937, 11/12. S. 333–338.

Asien

Ghambaschidse, D.: Der gesamte Orient im Jahre 1937. In: Der neue Orient. Jg. 12, 1938, 1. S. 3–7.

Hashagen, J.: Die „Verselbständigung" Syriens und des Libanons. In: Geograph. Zs. Jg. 43, 1937, 12. S. 445–452.

Kempki, J. v.: Der Kampf um die Sicherheit Indiens. In: Dt. Adelsblatt. Jg. 56, 1938, 6. S. 161–163.

Kolb, A.: Raumkräfte und politisches Schicksal der Philippinen. In: Geograph. Zs. Jg. 44, 1938, 1. S. 1 bis 12.

Lehmann, H.: Die Bevölkerung der Insel Sumatra. In: Petermanns Geograph. Mittn. Jg. 84, 1938, 1. S. 3–15. – Mit 3 Kt. u. 4 Abb. im Text.

Walter, R.: Fernöstliche Probleme. I. Die Außenmongolei; II. Ostturkestan; III. Innenmongolei. In: Europ. Revue. Jg. 14, 1938, 1. S. 21–28; 2. S. 105 bis 121; 3. S. 191–199.

***Wenzel, H.: Forschungen in Inneranatolien.** 2. Die Steppe als Lebensraum. Kiel. (Leipzig: Harrassowitz in Komm.) 1937. VIII, 144 S. gr. 8° = Schriften d. Geograph. Inst. d. Univ. Kiel. Bd 7, H. 3. 8 RM.

Afrika

Dietzel, K. H.: Die englisch-französische Mandatsgrenze in Kamerun und ihr politischer Sinn. In: Zs. d. Ges. f. Erdkunde. Jg. 1937, 9/10. S. 321–348.

***Leutwein, P.: Das deutsche Afrika und seine Zukunft.** Mit 96 farbenphotogr. Abb. v. R. Lohmeyer u. 4 Kt. Berlin: C. A. Weller [1938]. 172 S. gr. 8°. Lw. 9,20, Hldr 13,50 RM.

Sander, E.: Afrika als Problem. In: Geograph. Anz. Jg. 39, 1938, 2. S. 29–36.

***Schmidt-Pretoria, W.: Der Kulturanteil des Deutschtums am Aufbau des Burenvolkes.** Hannover: Hahnsche Buchh. 1938. 303 S., 17 Taf., 1 Kt. gr. 8° = Sonderveröffentlichung d. Geograph. Ges. zu Hannover. 2. Lw. 8 RM.

Amerika

***Kämpfendes Deutschtum.** Jahrbuch d. Amerikadeutschen Volksbundes. Hrsg. vom Bundespressewart S. Winterscheidt. Jg. 2, 1938. New York: A(merikadeutscher) V(olksbund) Corp. [1937]. 26 Bl. mit Abb. 4°.

(Kappe, W.): Vom Deutschamerikaner zum Amerikadeutschen. In: Der Auslandsdeutsche. Jg. 20, 1937, 12. S. 736–746. – Das Werden einer dt. Volksgemeinschaft in USA.

Oberacker, K.-H.: Karl von Koseritz und der Kampf des brasilianischen Deutschtums um seinen staats- und volkspolitischen Standort im Kaiserreich Brasilien. In: Dt. Archiv f. Landes- u. Volksforschung. Jg. 2, 1938, 1. S. 87–127.

Australien

Ruprecht, P.: Australien als wirtschaftliche Grundlage der englischen Rüstung im fernen Osten. In: Wehrtechn. Mhe. Jg. 41, 1937, 11. S. 481–486.

Dieser Ausgabe liegt in der Auflage von 5000 Stück ein Werbeblatt des B. G. Teubner Verlages, Leipzig, für sein Werk „Macht und Erde" bei, das wir der freundlichen Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Welt-Rundfunk

STÄNDIGE BEILAGE ZUR ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Schriftleitung: Dr. Kurt Wagenführ, Berlin

II. Jahrgang April 1938/Nr. 2

KURT WAGENFÜHR:

Rundfunkwende in Österreich

In der ersten Hälfte des März 1938 hat sich im österreichischen Rundfunk eine entscheidende Wandlung vollzogen, deren Auswirkungen heute noch nicht zu übersehen sind. Die Änderungen sind im Zusammenhange mit den politischen Ereignissen jedoch von solcher einschneidenden Bedeutung, daß selbst bei einer vorläufig noch ungeklärten Rechtslage an den Vorgängen nicht vorübergegangen werden kann, ohne sie im Ablauf darzustellen.

Österreich ist ein Teil des Deutschen Reiches geworden. Der Gang der politischen Ereignisse, die mit dem 11. März ihren Anfang nahmen, ist bekannt, er braucht deshalb an dieser Stelle nicht noch einmal aufgezeichnet werden.

Für jeden, der sich mit Fragen der politischen Auswirkungen des Rundfunks oder auch nur mit seiner Rolle im politischen Leben einer Nation befaßt — in das übrigens auch privatwirtschaftliche Rundfunkorganismen in größeren Umfängen als oft auf den ersten Blick erkennbar einbezogen sind — konnte in den Abendstunden des 11. März 1938 einen Eindruck von ungewöhnlicher Bildkraft über die Stellung des Rundfunks im Wirbel von historischen Ereignissen erhalten, der sich so bald nicht wieder verwischen wird. Wir stehen zu nah an dem Geschehen, um endgültige Wertungen aufzustellen, aber gerade diese Nähe und Tuchfühlung mit den Ereignissen ist es, die uns die Berechtigung zur Betrachtung der augenblicklichen Lage gibt.

Österreich hat in der RAVAG (Österreichische Radio-Verkehrs AG.) eine Art halbstaatlichen Rundfunk. Wir erinnern uns daran, daß erst vor wenigen Wochen von der RAVAG ein energisches Dementi ausgegeben wurde, daß sich gegen Meldungen richtete, die von einer Verstaatlichung des Rundfunks sprachen. Da an der Aktiengesellschaft staatliche Institutionen und auch die frühere Bundeshauptstadt Wien neben industriellen und sonstigen Unternehmungen beteiligt sind — der Anteil der staatlichen Institute beträgt 21% — kann man einen staatlichen Einfluß sehr wohl annehmen. Die passende Formulierung dürfte vielleicht am besten gefunden werden, wenn man feststellt, daß der Rundfunkdienst als staatliches Monopol einem privatwirtschaftlichen Unternehmen — der RAVAG nämlich — auf Grund einer Konzessionsurkunde, die bis zum Jahre 1952 in Kraft sein sollte, übertragen wurde.

Wenn sich der österreichische Rundfunk seit langem bereits in den Zwischenbezirken einer „neutralen" Haltung und politischen Stellungnahme bewegte, wobei zumal durch vorsichtige Handhabung des Instrumentes Rundfunk die Grenzziehungen nicht scharf vorgenommen werden können, so hat er sich doch in der letzten Zeit immer eindeutiger zu einem Faktor der früheren Regierungspolitik gewandelt, der sich von der Funktion eines staatlichen Rundfunks eigentlich in nichts mehr unterschied. Für diese Feststellung sprechen alle Beobachtungen und Handlungen, die vorgenommen wurden.

Wir haben uns bisher in unseren Artikeln stets bemüht, den Rundfunk in der Gesamtheit seiner Auswirkungen und seiner Bedingungen zu zeigen. Wir gingen dabei von den verschiedensten Betrachtungsarten aus: einmal von den geographischen Gegebenheiten, ein andermal von den Formen des politischen und kulturellen Einsatzes, dann wieder von den rechtlichen Konstruktionen. Bei dem Umbruch, der sich im Rundfunkwesen Österreichs vollzog, müssen wir allein Tatbestände sprechen lassen.

Der ehemalige Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hatte über den Rundfunk die Volksabstimmung verkündet, der Rundfunk wurde als ein wichtiges Mittel dieses Vorhabens systematisch eingesetzt. Am 11. März spitzte sich die politische Lage immer mehr zu, der im europäischen Äther einigermaßen bewanderte Hörer wußte, daß er in den Abendstunden seinen Empfänger auf die österreichischen Sender einstellen mußte. Am Abend des 11. März, um 19.47 Uhr, sprach der ehemalige Bundeskanzler zum letzten Male vom Bundeskanzleramt aus, in dem sich seit Mitte 1935 eine besondere Verstärkeranlage befindet, über den Rundfunk. Die Rede war um 19.50 Uhr beendet.

Die RAVAG, die für diesen Abend laut Programm ein Hörspiel vorgesehen hatte, änderte ihr Programm. Es wurde jedem Hörer bewußt, daß in den nächsten Minuten irgendeine Verlautbarung erfolgen mußte, durch die allein die unerträgliche Spannung gelöst werden konnte. Um 20.18 Uhr sprach der (damalige) Innenminister Dr. Seyss-Inquart seinen ersten Aufruf. Deutlicher und eindringlicher konnte nicht das Rücken des Sekundenzeigers der Geschichte verlebendigt werden, jeder Hörer dieser beiden Sendungen war nicht nur Zeuge, sondern zutiefst erregter Teilnehmer, der zwangsläufig in den magischen Kreis des durch den Rundfunk zur außerordentlichen Breiten- und Weitenwirkung gebrachten Geschehens einbezogen worden war.

Im Anschluß an diese Verlautbarung, die mehrfach — zunächst in längeren, dann in kürzeren Abständen — wiederholt wurde (von Schallaufnahme), sandte die RAVAG klassische Musik deutscher Meister. Ohne die Vorgänge zu kennen, wußte jeder Hörer um die Verhandlungen, die jetzt geführt wurden. Man wartete auf die erlösenden Worte, die erst um Mitternacht fielen. Um diese Zeit wandelte sich auch das Programm, es wurden Märsche und Kampflieder der Bewegung gesendet, und zwar von Schallplatten, die Hörer in das Rundfunkhaus brachten oder die in den späten Nachtstunden besorgt worden waren. Inzwischen waren andere europäische Sender bereits in ihren Nachrichtendiensten auf die Ereignisse eingegangen. Im allgemeinen wurden die Tatbestände richtig wiedergegeben, die Kombinationen, die

sich — auf Grund von nicht kontrollierbaren Nachrichtenquellen — anschlossen, waren allerdings bedenklich. Klarheit wurde durch die nach 1 Uhr verkündete Ministerliste geschaffen. Mit dieser Nachricht erst legte sich die Hauptspannung. Die Nacht der politischen Wandlung eines Landes war — vom Standpunkt der unzähligen europäischen Hörer aus betrachtet — vornehmlich in der Wirkung nach außen hin eine Nacht des politischen Rundfunkeinsatzes gewesen. (Der deutsche Rundfunk hatte sich in den kritischen Stunden auf Grund einer Bitte der RAVAG dem österreichischen Rundfunk sofort zur Verfügung gestellt. Er verlängerte seinen Dienst, er schloß die Reichssender zusammen und übernahm bald von der RAVAG den Nachrichtendienst und die Hörberichte.)

*

Am 13. März vollzogen sich bereits die ersten Umwandlungen in der RAVAG. Sie wurde in Deutsch-Österreichischer Rundfunk umbenannt, zu ihrem kommissarischen Leiter wurde Dr. Franz Pesendorfer ernannt, der bereits am 11. März, um 23 Uhr, den Sicherheitsdienst in der RAVAG übernommen hatte. Die künstlerische und Programmgestaltung wurde Dr. Ernst Gautebrück unterstellt.

Aber, um noch einmal im Buch der Geschichte zurückzublättern, schon am 12. März hatte sich eine tatsächliche Wandlung vollzogen, die aus den Eintragungen im Dienstbuche der RAVAG eindeutig hervorgeht. Um 6.45 Uhr begann nämlich das erste nationalsozialistische Programm, und zwar mit den Worten: „Der erste Gruß des nationalsozialistischen Österreichs gilt dem Führer." Es folgte das Deutschland- und Horst-Wessel-Lied, anschließend die Verlesung eines Zitates aus „Mein Kampf". Und kurze Zeit darauf, um 10.50 Uhr, wurde schon der erste Vortrag über das Thema: „Die Frau im nationalsozialistischen Staat" gesendet.

Es muß späteren Betrachtungen vorbehalten bleiben, diese Ereignisse und Tatbestände ordnungsmäßig auszuwerten, sie seien deshalb erst einmal nur festgestellt. Daß sich der neue österreichische Rundfunk seiner gewandelten Funktion in ganzem Umfange bewußt ist, beweist eine Äußerung seines kommissarischen Leiters, die er am 13. März dem Verfasser dieser Zeilen machte. Dr. Franz Pesendorfer erklärte, daß der neue Rundfunk der Träger des deutschen Gedankens im südosteuropäischen Rundfunkraum werden würde.

*

Zunächst aber wollen wir uns mit den nächstliegenden Aufgaben befassen, die der Rundfunk im neuen deutschen Lande Österreich zu erfüllen hat. Er wird, in Gemeinschaftsarbeit mit dem Reichsrundfunk, abgesehen von den aktuellen Tagesaufgaben, seine Hauptkräfte auf den Wahlkampf konzentrieren müssen. Was bedeutet sein Einsatz? Wir müssen uns dabei zunächst einmal vergegenwärtigen, daß der Sender Wien in der äußersten Ecke des Landes Österreich steht, rundfunkgeographisch also ungünstig gelegen ist, da das Land eine langgestreckte Form zeigt, die Längsausdehnung beträgt rund 550 Kilometer, deren schmalste Stelle in Tirol kaum 40 Kilometer breit ist. Der Osten des Landes ist ziemlich flach und dicht besiedelt, der Westen und Süden ist durch die Alpenkette beherrscht, die die von ihr bestimmten Gebietsteile in hohem Grade zu „rundfunkfeindlichen" Gegenden macht. Die Besiedlung ist dünn.

Wie ist nun die Hörerverteilung?

Land	Einwohnerzahl	Angemeldete Rundfunkhörer	Hörerdichte etwa
Wien	1 860 308	289 582	15,6%
Niederösterreich	1 514 252	114 012	7,5%
Burgenland	298 491	8 203	0,28%
Oberösterreich	906 590	58 495	6,4%
Salzburg	248 211	19 282	7,7%
Tirol	351 174	24 398	6,9%
Vorarlberg	157 370	11 576	7,4%
Steiermark	1 018 920	66 939	6,6%
Kärnten	407 371	19 655	4,8%
Totale	6 762 687	612 142	9,5%

Von rund 600 000 Hörern entfallen auf

Wien (Stadt) = 48,5%,
Niederösterreich und Burgenland = 19,8%,
Steiermark = 10,8%,
Oberösterreich und Salzburg = 12,2%,
Tirol und Vorarlberg = 5,6%,
Kärnten = 3,1%.

Wir haben also in Wien eine Massierung der Hörerschaft, gegenüber der die anderen Gebiete stark zurücktreten. Es muß auffallen, daß das Burgenland an weitaus letzter Stelle zu finden ist; dies wird auf die mangelhafte Elektrizitätsversorgung und auf eine nicht hochentwickelte Wohnkultur zurückgeführt. Bei den Bauern ist die wirtschaftliche Lage einer der Hauptfaktoren, die eine so geringe Rundfunkdichte bedingen. Der Einfluß der Ablehnung des bisherigen Rundfunkprogramms aus den verschiedensten Gründen kann zur Zeit noch keiner Analyse unterzogen werden, daß er maßgeblich mitbestimmend ist, braucht nicht betont zu werden.

Die Wiener Hörerschaft, d. h. rund 300 000 Rundfunkteilnehmer, wird in einem Wahlkampf leicht zu erreichen sein; schwieriger wird dagegen die Erfassung der übrigen Bevölkerungsgruppen sein. Man wird also zusätzlich Verbreitungsmittel einsetzen, das heißt Großlautsprecher, provisorisch aufgestellte Empfänger in Schulen, Gastwirtschaften usw., die einem organisierten Gemeinschaftsempfang dienen.

*

Wir kommen zum Schluß noch einmal auf die Mission des Senders im südosteuropäischen Rundfunkraum zurück. Der Großsender Wien spielte in ihm schon immer eine bedeutsame Rolle, ja, er beherrschte ihn mit Budapest und Bari eine Zeitlang fast ausschließlich, bis vor mehreren Jahren Bukarest hinzutrat. Im vergangenen Jahr haben sich Belgrad und Sofia mit Großsendern eingeschaltet, Griechenland wird nicht mehr lange auf sich warten lassen, und selbst die Türkei kann sich später einfügen. Daß Wien in Zukunft eine Reihe bedeutsamer Aufgaben zu erfüllen haben wird, steht außer Zweifel, und zwar nicht nur in den südosteuropäischen Raum hinein. Ohne diese Frage heute näher untersuchen zu wollen, sei doch — um ein Beispiel zu nennen — auf die veränderte Lage des Prager Senders hingewiesen, der bisher einen Teil der Dreiecke München—Prag—Leipzig und Breslau—Leipzig—Prag bildete, in einer anderen Kombination zu München mit Wien zusammen und zu Breslau mit Wien zusammen sogar eine beherrschende Stellung einnahm. Heute ist er der Mittelpunkt eines Vierecks München—Leipzig—Breslau—Wien geworden, ein Umstand, der sicher bemerkenswert ist.

(Anmerkung der Schriftleitung:
Diese Zeilen wurden am 15. März in Satz gegeben, sie werden wahrscheinlich kurz vor dem Wahltag im Druck erscheinen und können in Einzelheiten überholt sein.)

M. VAN SOUST DE BORKENFELDT:

Der Rundfunk und die Nationalsprachen in Belgien

Der Verfasser ist der Verwaltungs-Generaldirektor des Institut National Belge de Radiodiffusion (I.N.R.), ein weit über die Grenzen seines Landes bekannter Rundfunkfachmann. Wir verweisen auch auf den Beitrag von P. Borsinger über das gleiche Thema im Blick auf den Schweizer Rundfunk.

Belgien scheint wie ein Schmelztiegel, in dem sich zwei Zivilisationen vermischen. Das germanische mengt sich mit dem romanischen Element, um das belgische Volk zu formen, beide Teile bewahren indessen ihre charakteristischen Eigentümlichkeiten. So spiegelt sich in der belgischen Einheit die Zweiheit seiner Bevölkerung: die flämische einerseits und die wallonische andererseits.

Belgien hat keine eigene Sprache; es gibt keine belgische Sprache, wie man mitunter im Ausland annimmt. Die belgische Bevölkerung (8 Millionen) spricht entweder Flämisch (etwa 53%) — das ist nur eine andere Bezeichnung für Niederländisch oder die in Holland gesprochene Sprache — oder Französisch (etwa 45%). Ein kleiner Teil spricht schließlich Deutsch (etwa 1%).

Das Bestehen von zwei großen Sprachgruppen in Belgien stellt den Rundfunk vor ein besonderes und verwickeltes Problem. Es handelt sich ja tatsächlich nicht allein darum, Sendungen in den beiden verschiedenen Sprachen zu veranstalten, sondern auch — und dies in erster Linie — in der Ausarbeitung der Programme den einzelnen Wünschen und charakteristischen Merkmalen jeder Gruppe Rechnung zu tragen. Das hat das Institut National Belge de Radiodiffusion zu verwirklichen und etappenweise durchzuführen.

Belgien ist ein Schrittmacher für den Rundfunk gewesen und verdankt es seinem König Albert, das erste europäische Land gewesen zu sein, das regelmäßige Rundfunkkonzerte durchführte, sie wurden seit März 1914 an jedem Sonnabend über den Sender Laken-lez-Bruxelles verbreitet. Nach dem Kriege finanzierte die Privatinitiative den regelmäßigen täglichen Programmrundfunk vom 24. November 1923 ab, also drei Jahre nach Inbetriebnahme des Marconi-Senders Chelmsford in England. So begann „Radio Belgique", das eine Privatgesellschaft war und sich darauf beschränkte, Sendungen in französischer Sprache zu veranstalten. Als sich einige Jahre später eine flämische Kulturgruppe, die „N. V. Radio", als Aufgabe stellte, eine flämische Station zu schaffen, verständigten sich die beiden Organisationen und bauten gemeinsam die Doppelstation Veltem, die dann 1931 das Institut National Belge de Radiodiffusion (I. N.R.) übernahm, das in dem Gesetz vom 18. Juni 1930 verankert wurde.

Mit dem Beginn seiner Tätigkeit (1. Februar 1931) schuf das I. N. R. eine ausschließlich französische und eine ausschließlich flämische Welle. Die musikalischen Sendungen sowie der technische und Verwaltungsbetrieb standen unter einer Direktion, die Wortsendungen dagegen waren in „Sendungen in Französisch" und „Sendungen in Flämisch" getrennt.

Die Nachrichten, Vorträge, Mitteilungen, Hörberichte, Hörspiele usw. in französischer Sprache wurden auf Welle 483,9 m (Brüssel I), die in Flämisch auf Welle 321,9 m (Brüssel II) gesendet und gaben so von Beginn an die Aktivität und das kulturelle Wesen der beiden Sprachgruppen wieder. Von Anfang an wurden auch die Programme in beiden Sprachen veröffentlicht, seit 1936 erweiterte man diesen Teil durch die Herausgabe von regelmäßigen Publikationen in flämischer und französischer Sprache.

Auch im Conseil de Gestion, der das I. N. R. verwaltet, drückt sich die Zweisprachigkeit Belgiens aus, er umfaßt gleichzeitig Vertreter der großen nationalen politischen Strömungen und führende Persönlichkeiten der französischen und flämischen Bewegungen.

Im Jahre 1937 wurde bei den verschiedensten Gelegenheiten von den einzelnen kulturellen Organisationen der Wunsch ausgedrückt, eine noch stärkere Abgrenzung der Sendedienste vorzunehmen; es wurde daher dem inneren Betrieb eine vollständige kulturelle Autonomie zugesprochen, indem eine flämische und eine französische Generaldirektion geschaffen wurde, die beide — über die erwähnten Wortsendungen hinaus — auch einen selbständigen musikalischen Sendedienst umfaßten. Die technische und verwaltungsmäßige Leitung blieben gemeinsam — in einer dritten zweisprachigen Abteilung — unter der Führung eines Generaldirektors.

Diese Reformen sind durch die Schaffung von Kulturausschüssen kürzlich vervollständigt worden, für französische und flämische Belange, die sich aus 21 Mitgliedern zusammensetzen, die den verschiedensten kulturellen Organisationen und Instituten angehören, z. B. Universitäten, Lehranstalten, Akademien, französischen und flämischen Schriftstellervereinigungen usw. Sie haben die Aufgabe, die Generaldirektion in ihrer kulturellen Arbeit zu unterstützen. Es ist wichtig, an dieser Stelle die Erklärung zu veröffentlichen, die der Postminister bei der feierlichen Einsetzung der beratenden Kulturausschüsse abgab [1]):

„Le regroupement des Services de l'I. N. R. en deux départements culturels qui constituent, l'un et l'autre un ensemble homogène, l'un d'expression française, l'autre d'expression néerlandaise, répondait à des occupations qui s'étaient manifestées aussi bien en Wallonie qu'en Flandre et auxquelles il convenait de donner satisfaction dans une égale mesure.

Il avait pour but de réaliser à notre Institut National de Radiodiffusion ce que l'on s'est habitué à appeler „l'autonomie culturelle" laquelle implique la création au sein des institutions qui régissent notre vie culturelle, d'un cadre organique propre à assurer l'épanouissement libre des possibilités intellectuelles et artistiques des Wallons et des Flamands, et ce, sans nuire au patrimoine commun que constitue pour tous l'indispensable unité de la Belgique."

Die Möglichkeit, auch Sendungen in deutscher Sprache zu organisieren wird gleichzeitig mit anderen Problemen untersucht, wie z. B. die Frage der Sondersendungen für die Kolonie Belgisch-Kongo, die einen Teil der Zukunftswünsche des Rundfunks in Belgien bedeuten.

---

1) Wir geben die Erklärung wegen der Sorgsamkeit der weittragenden Formulierungen im Original wieder. Die Schriftleitung.

Paul Borsinger:

Der Mehrsprachenrundfunk und die Schweiz

Der Verfasser ist Leiter der Programmkontrolle der Schweizerischen Rundspruchgesellschaft.

Die Schweiz ist das klassische Land der Vielsprachigkeit. Ihre drei offiziellen Landessprachen: Deutsch, Französisch und Italienisch sind gleichberechtigt. Trotz den großen Unterschieden in den entsprechenden Bevölkerungszahlen bildet keines dieser drei Idiome eine sprachliche Minderheit.

Auf diesen nationalen Grundsätzen ruht der sprachliche Aufbau des schweizerischen Rundspruchwesens. Die Lösung des Mehrsprachenproblems — wenn in der Schweiz überhaupt von einem solchen gesprochen werden kann — wurde daher in der Schaffung dreier gleichberechtigter Landessender gefunden, von denen jeder seinem Landesteile ein vollständiges Programm vermittelt: Beromünster den Hörern deutscher, Sottens denen französischer und Monte Ceneri denen italienischer Sprache.

Diese Gleichberechtigung dieser Landessprachen ist für die Schweiz Lebensnotwendigkeit. Rassenmäßig ist ihre Bevölkerung einheitlicher, als sie es oberflächlichen Beurteilern erscheinen könnte. Im ganzen Lande ging über die keltische Urbevölkerung die gleiche römische und später die gleiche germanische Völkerwelle, die lediglich in relativ junger Zeit zufolge der verschiedenartigen Verarbeitung dieses keltisch-römischen Grundelements durch die Alemannen, Burgunder und Longobarden sich in drei Gruppen sprachlich differenziert hat. Vor allem aus diesem Grunde fällt es wohl dem Schweizer so leicht, auch unter dem Eidgenossen einer anderen Sprache den Volksgenossen zu sehen; aus dem gleichen Grunde findet er es so selbstverständlich, in keinem von ihnen den Vertreter einer Minderheit zu erblicken, rede er nun italienisch, französisch oder schweizerdeutsch.

Auch aus der geschichtlichen Entwicklung der schweizerischen Eidgenossenschaft blickt immer wieder dieses gemeinsame Fundament aller Teile hervor, denen die scheinbare Spaltung in drei Sprachgebiete unwesentliche Äußerlichkeit ist. Während in andern Staaten Sprachungleichheit trennend wirkte, fanden sich in der Schweiz trotz dieser Zersplitterung im Laufe der Jahrhunderte alle jene Tal- und Landschaften wieder zusammen, die schon vor der Römerherrschaft das Land zwischen Jura und Alpen bevölkerten. Die gleiche Liebe zur Freiheit, die schon Cäsar bekämpfte, ließ sie sich wiederfinden, der gleiche höhere Zusammenhalt, der schon damals alle Stämme zwischen Bodensee und Genfer See den Individualismus der einzelnen überwinden ließ. Noch heute ist die Spannung zwischen freiheitlichem Individualismus und Gemeinschaftssinn das fruchtbarste Agens schweizerischer Innenpolitik.

Die Respektierung des Rechts jedes Eidgenossen auf seine Sprache, die in den drei Landessendern so augenscheinlich zum Ausdruck kommt, ist nur eine Konzession des Rundspruchs an die Freiheit des Individuums. Eine weitere Konzession in dieser Richtung ist die in der Regel streng innegehaltene Einsprachigkeit jedes der drei Landesprogramme. Hinzukommt das Bewußtsein, daß die Geschichte

jedem einzelnen Volksteil durch seine Verknüpfung mit je einer der großen europäischen Kulturkreise eine besondere Aufgabe zugewiesen hat im Rahmen der Mission des Schweizervolkes, Berührungspunkt und Brücke zwischen diesen drei Kulturen zu sein. Jeder Teil unseres Landes hat die Pflicht, die Kultur seines Kreises möglichst rein zu pflegen und darzustellen, da nur auf diese Weise das dreieinige Gleichgewicht des wahrhaft europäischen Menschen im Herzen unseres Erdteils möglichst unverfälscht verwirklicht werden kann.

Doch ob dem Besondern der Teile wird auch das allen Gemeinsame immer wieder betont. Sogenannte Gemeinschaftssendungen, die bald zwei, bald alle drei Landessender zusammenschließen, dienen diesem Zwecke. Jeden Nachmittag einmal findet eine solche Gemeinschaftssendung statt, wobei in strengem Turnus bald dieser, bald jener Landesteil das Programm bestreitet. Dreisprachige Ansagen als Ausdruck freundeidgenössischen Gemeinschaftssinnes sind die Regel dabei. Gelegentlich können sich die Landessender aber auch zu anderen Tageszeiten zusammenfinden, wenn ein Programm inhaltlich oder künstlerisch allen Volksgenossen zugleich etwas zu sagen hat. Höhepunkt dieser dreisprachigen, im wahren Sinne nationalen Sendungen sind die einmal wöchentlich stattfindenden Großprogramme für die Auslandschweizer, die sich auch im Lande selber großer Beliebtheit erfreuen.

Aber nicht nur sprachlich und inhaltlich, auch materiell kommt der Wahlspruch der alten Eidgenossen „Einer für alle, alle für einen" im Schweizer Rundspruch zum Ausdruck: in der Verteilung seiner finanziellen Mittel. Wohl drei Viertel der Einnahmen aus Hörergebühren entstammen dem deutschen Sprachgebiete. Das Prinzip der Gleichberechtigung aller Landessprachen bewirkt aber, daß aus diesen Geldern beträchtliche Summen als Zuschuß an den technischen und programmlichen Sendebetrieb der beiden anderen finanziell schwächeren Landesteile fließen, ohne daß darin etwas anderes als eine nationale Selbstverständlichkeit erblickt würde. Der Deutschschweizer weiß, daß er an kultureller und geistiger Befruchtung von seinen französisch und italienisch sprechenden Eidgenossen ein Vielfaches für seine finanzielle Hilfeleistung zurückerhält.

Eine sprachliche Sonderstellung nehmen endlich die seit einigen Jahren eingeführten wöchentlichen Kurzwellensendungen für die Schweizer in Übersee ein, indem bei ihnen das „Schwizertütsch" den Platz der hochdeutschen Schriftsprache einnimmt. Wohl sind auch viele Sendungen Beromünsters in diese Sprache des Verkehrs, die in ihren verschiedenen Akzenten die eigentliche Muttersprache des Deutschschweizers ist, eingekleidet. Der Großteil aber der Beromünster-Sendungen bedient sich der Sprache der Schrift, sei es, daß es sich um literarische Kunstwerke der Schriftsprache handelt, die dem Deutschschweizer ja ebenso vertraut sind wie dem Deutschen des Reichs, sei es, daß es Sendungen sind, die nicht nur den Deutschschweizer, sondern auch den Ausländer, vor allem aber die anderssprachigen Landsleute interessieren können, denen zumeist die deutsche Schriftsprache geläufiger ist als Schweizerdeutsch. Bei den Sendungen für die Überseeschweizer fallen diese Gründe, den Gebrauch der Sprechsprache einzuschränken, dahin. Sie wenden sich ja bewußt nur an Schweizerhörer, die hier den direkten Kontakt mit der Heimat suchen, und ihre Dreisprachigkeit erlaubt auch, die soeben erwähnte Rücksichtnahme auf die welschen und italienischen Miteidgenossen für einmal hintanzustellen, da diese ja ebenfalls in der gleichen Sendung auf ihre Sonderrechnung kommen.

Bei alledem darf die Tatsache nicht übersehen werden, daß die Mehrzahl der Schweizer aller drei Landesteile polyglott veranlagt sind. Die meisten Deutschschweizer können ohne allzu große Mühe den Darbietungen des welschen Landessenders folgen, wenn ihnen dessen Programm einmal mehr zusagen sollte als das des eigenen, und auch viele welsche und tessinische Hörer sind in einer ähnlichen Lage. Um so fruchtbarer sind daher die Bemühungen aller drei Landessender, ihr eigenes Kulturgebiet möglichst hochwertig zum Ausdruck zu bringen.

Zum Schluß sei noch auf die allerjüngste Entwicklung im schweizerischen Sprachenwesen hingewiesen, auf die am 20. Februar 1938 Tatsache gewordene Anerkennung des Romanischen als vierte, wenn auch inoffizielle Landessprache durch das Schweizervolk. In diesem Sonderfalle war die Schaffung bzw. Anerkennung einer sprachlichen Minderheit innerhalb der offiziellen Dreisprachigkeit aus praktischen Gründen gegeben. Nur etwa 60 000 Bergbewohner Graubündens hängen dieser uralten Sprache der romanisierten Rhätier an, die zudem in drei verschiedenen Schreibarten weiterlebt. Sie sind auch nicht die Vertreter eines eigenen europäischen Kulturkreises, wie die Schweizer der drei offiziellen Sprachen. Man konnte sich daher, im Falle des Rhätoromanen, mit der Anerkennung des Rechtes jedes Schweizers auf seine Sprache begnügen und ihnen den Gebrauch ihrer Sprache innerhalb ihrer Täler Graubündens, ja ihres Kantons zuerkennen. Auf interkantonalem, d. h. eidgenössischem Boden dagegen haben sie sich nach wie vor einer der drei anderen, offiziellen Landessprachen zu bedienen, die die Schweiz mit ihren großen Nachbarvölkern verknüpfen.

Im Rundspruch wirkt sich diese Anerkennung des Romanischen vorläufig nur durch gelegentliche Sondersendungen in romanischer Sprache aus. Sie finden abwechselnd über alle Landessender statt, vorwiegend aber über Beromünster, das in den Tälern Graubündens am besten gehört werden kann. Später werden vielleicht regelmäßig an bestimmten Tagen und zu bestimmten Stunden über Beromünster und Monte Ceneri romanische Sondersendungen durchgeführt werden, um auf diese Weise die sprachliche Freiheit innerhalb der gemeineidgenössischen Solidarität noch besser zu verdeutlichen.

Für die Außenstehenden mögen also die Sprachverhältnisse am Schweizer Radio recht kompliziert erscheinen. Dem Schweizer selber aber sind sie weiter nichts als ein Ausdruck dessen, was die Eidgenossen zusammenführte und heute noch zusammenhält: der Liebe zur Freiheit aller, die einem jeden gleiches Recht auf seine Besonderheit garantiert, und ein Weg zu ihrem höchsten Ziel: der europäischen Verständigung.

W. G. Kuyck:
Der Rundfunk in Niederländisch-Ostindien

Der Direktor der NIROM-Amsterdam stellt uns einen Überblick über den niederländisch-indischen Rundfunk zur Verfügung, wobei besonders die Empfangsverhältnisse berücksichtigt werden.

Im Äquatorgebiet, zwischen Südostasien und Australien, liegt das große Inselreich Niederländisch-Ostindien, vom Großen und Indischen Ozean umspült. Die Gesamtbevölkerung betrug im Jahre 1930 rund 60 Millionen, sie nimmt jedes Jahr

um etwa 1 Million zu; 97,4% sind Eingeborene von zahlreichen verschiedenen Rassen, von denen die bekanntesten die Malaier, Javaner und Sundanesen sind. Zwei Drittel der Bevölkerung wohnt auf Java, der wichtigsten Insel des Archipels, mit der Hauptstadt Batavia.

Die Entfernungen in Niederländisch-Indien sind im Vergleich zu Europa sehr groß: das Gebiet streckt sich von Batavia fast 2000 km nach Nordwesten und mehr als 3500 km nach Osten und weist stark ausgeprägte Höhenunterschiede (gebirgische Inseln neben großen Meerestiefen) auf; es besitzt mehr als hundert tätige Vulkane (aktiv oder im Solfataren-Stadium) und wird oft von Erdbeben heimgesucht.

Das Klima ist feucht und warm, aber sehr gleichmäßig und auch für Europäer gut erträglich. Die atmosphärischen Verhältnisse sind für den Rundfunkhörer sehr ungünstig. Auf langen und mittleren Wellen sind die Luftstörungen in den Tropen so stark, daß ein Rundfunkbetrieb in den Nachmittag- und Abendstunden mit Sendern, wie wir sie in Europa kennen, nicht möglich ist. Auf Grenzwellen und besonders auf Kurzwellen liegen dagegen die Verhältnisse viel besser. Die Störungen haben einen andern Charakter, sind weniger hinderlich, weil der Störpegel niedriger liegt; auch bei kleineren Empfangsstärken ist erträglicher Rundfunkempfang erreichbar.

Die Kurzwellen haben noch einen weiteren Vorteil: die längeren Wellen erreichen nur ein direktes, mit sogenannten Bodenwellen bestrahltes Gebiet. Je kürzer man die Wellenlängen wählt, um so stärker wird die indirekte Strahlung, so daß ein zweiter Wirkungskreis auf größere Abstände entsteht. Jedoch zeigen die kürzeren Wellenlängen unangenehme „Fadings", Phänomene, die sich mit Tageszeit, Jahreszeit und Wellenlängen ändern, so daß eine bestimmte kurze Wellenlänge nicht als Universallösung gefunden werden kann.

Seit vielen Jahren hat man in Niederländisch-Indien kleine Lokal-Rundfunkstationen gehabt; die erste arbeitete schon 1925. In den größeren Städten wurden von Amateurvereinen und Radiogeschäften Rundfunksender gebaut, und allmählich suchte man Wellenlängen unter 200 Meter auf. Der PHOHI-Sender arbeitete von Holland aus mit Rücksicht auf seinen Weltrundfunk nur auf Kurzwellen.

Mit dem Ziele, ganz Niederländisch-Indien mit Rundfunk zu versorgen, wurde die „Nederlandsch-Indische Radio Omroep Maatschappij" (NIROM) gegründet. Diese Gesellschaft erlangte eine Konzession von der Regierung und baute einen 10-kW-Rundfunksender in Tandjong Priok in der Nähe von Batavia und noch drei kleinere Sender in Surabaja, Bandung und Semarang und fing am 31. März 1934 den regelmäßigen Rundfunk an.

Im Rahmen der Konzession war ein System von Rundfunkgebühren eingeführt, nach dem jeder Hörer 3 Gulden monatlich an die Behörde zahlte, von welcher Summe 80 Prozent der NIROM ausgezahlt wurde. Mit der Zunahme der Hörerzahl wurde die Gebühr herabgesetzt, sie betrug:

Januar 1935 bei 10000 Hörern 2½ Gulden,
Januar 1936 bei 24000 Hörern 2 Gulden,
Januar 1937 bei 40000 Hörern 1½ Gulden.

Zuerst baute die NIROM mehrere kleine Sender in verschiedenen Orten. Am Ende 1934 waren schon 16 Stationen im Betrieb, und Ende 1935 arbeiteten 22 Rundfunkstationen. Jetzt sind es 24, wovon 17 ein europäisches Programm aussenden und 7 mit der Sendung für Eingeborene betraut sind.

Die 6 größeren Sender, die auf Kurzwellen und einer Grenzwelle arbeiten, sind überall im Archipel gut hörbar, außerdem dienen 16 Stationen für lokale Zwecke, die verschiedene Wellen zwischen 90—200 Meter im Grenzwellengebiet benutzen. Ein Teil der gewählten Wellen (zwischen 90—130 m) wird auch außerhalb des lokalen Hörkreises gut empfangen und eignet sich deswegen auch für Landschaftsrundfunk. Die meisten Hörer können also mehrere NIROM-Stationen empfangen und nach Tagesstunde und Jahreszeit die besten auswählen.

Im September 1937 war eine Zahl von 50000 Hörern erreicht, monatlich kommen etwa 1000 Hörer dazu. Von den Hörern sind jetzt 60% Europäer, 23% Eingeborene und 17% Asiaten.

Den Ansprüchen aller Hörer gerecht zu werden, ist kaum lösbar in einem Lande mit so großen Unterschieden in der Bevölkerung. Der Eingeborene liebt sehr die orientalische Musik, wovon der Gamelan am meisten bekannt ist. Charakteristisch ist der Klang der bronzenen Gongs, die in verschiedener Größe und Tonhöhe in javanischen Orchestern gebraucht werden. Die jüngere Generation der Eingeborenen hört jedoch auch gern europäische Musik.

Die NIROM sendet etwa 10 Stunden pro Tag, wovon 75% auf Musik entfallen. Die europäischen Programme werden hauptsächlich von Batavia, bisweilen auch von Surabaja, Bandung oder Semarang bestritten. Die orientalischen Programme werden von Surabaja und Batavia oder Bandung gesendet, bisweilen auch von Djokjakarta oder Surakarta. — Täglich sind 1200 km Telephonleitung für das europäische Programm und 750 km Telephonleitung für das orientalische Programm im Betrieb.

Neben den NIROM-Sendern werden im Kurzwellengebiet sehr viele ausländische Stationen in Niederländisch-Indien empfangen. Wir erwähnten schon den holländischen PHOHI-Sender mit seinem Weltrundfunk, besonders erfreuen sich die Weltsender Daventry, Zeesen und Radio-Paris-Coloniale bei den Kurzwellenliebhabern einer großen Aufmerksamkeit. Alle diese Sender benutzen auch mehrere Wellenlängen, doch der gute Empfang ändert sich oft mit der Tageszeit. Die besten Wellenlängen liegen in den 16- und 19-m-Bändern. Auch viele näherliegende Sender in Ostasien sind am Nachmittag und am Abend hörbar. Am besten sind Hongkong und Manila zu empfangen, außerdem noch einige australische Stationen. Nach Mitternacht sind viele europäische 25-m-Sender gut hörbar, zu denen auch noch gut durchdringende südafrikanische Sender kommen. In den frühen Morgenstunden kann man amerikanische Sender auch in den 31- und 49-m-Bändern empfangen, die den internationalen Chor ergänzen, an dem viele Niederländisch-Indische Rundfunkamateure ihre Freude erleben.

HABIBUR RAHMAN (Delhi): Rundfunkwesen in Indien

Der Verfasser ist ein führender indischer Journalist und seit langem Vertreter einer großen Anzahl von Zeitungen seines Heimatlandes in Berlin.

Stellt man einen Grundsatz für den Stand des Lebens und Treibens im Orient auf, so erkennt man, daß sich der Orient und damit auch Indien nach dem Weltkrieg erneuert haben. Man kann seit dieser Epoche eine bedeutende Entwicklung und Technisierung auf allen Gebieten beobachten. Um sich nur auf die indischen Reiche zu beschränken, muß zugegeben werden, daß Indien vor der englischen Fremdherrschaft eines der reichsten Länder des ganzen Erdballes war. Von der Natur mit allen Reichtümern gesegnet, hat Indien der westlichen Zivilisation wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Dagegen ist aber die hohe Kultur Indiens noch heute auf Schritt und Tritt zu finden, besonders in den Wunderwerken der Baukunst. Die Technik, die für die indische Bevölkerung notwendig war, ist auch vorhanden gewesen. Die Geschichte Indiens, rein objektiv betrachtet, beweist uns hohe indische Industrie vor der Fremdherrschaft. Es ist heute klar, daß die englische Herrschaft systematisch die hochentwickelte Industrie lahmgelegt hat. England nahm die indischen Rohstoffe aus dem Lande, ließ sie in Lankershire und Manchester verarbeiten und führte nun die fertigen Textilwaren wieder in Indien ein. Durch diese Aktion zerschlug England z. B. die in hoher Blüte stehende Textilindustrie in Dacca (Bengalen).

Es wird versucht in der ganzen Welt die Meinung zu erwecken, daß England die so notwendige Industrialisierung Indiens in jeder Weise fördere. Dieses wird auch in einem gewissen Sinne zugegeben, aber die Eisenbahnen und Post sowie die Luftlinien und Telegraphenstationen dienen in erster Linie den Zwecken, die Beförderung der Rohmaterialien sowie die Truppentransporte bei vorkommenden Unruhen sicherzustellen. Wie die Luftwaffe arbeitet, hat man bei den jüngsten Ereignissen in Indien gesehen. Die von englischer Seite angeführten Neueinrichtungen auf technischem Gebiete berühren stark englische Interessen und Investierung des ausländischen Kapitals. Nach den neuesten Angaben in dem Buch „Poverty and Kinderd Oeconomic Problems in India" von G. Findlay Shirras sind folgende statistische Zahlen verzeichnet:

1088,2 Millionen Pfund ausländisches Kapital sind in Indien investiert. Dieses Kapital ist angelegt in der Textil- und Juteindustrie, in Straßenbahnen, Eisenbahn usw. Weitere Kommentare erübrigen sich. Alle die erwähnten Tatsachen illustrieren, warum die Industrie in Indien heute noch in den Anfangsgründen steckt.

Ein weiterer Faktor ist auch die grenzenlose Armut des indischen Volkes. Trotz allen Betrachtungen ist Indien, das eine Fläche von 4 684 298 qkm umfaßt und eine Bevölkerungszahl von 353 Millionen aufweist, ein guter Boden zur modernen Industrialisierung. Damit ist auch die Möglichkeit nahe gerückt, daß der Rundfunk eine weitgehendste Verbreitung finden dürfte. Der Rundfunk hat eine besondere Chance aus dem einfachen Grunde, weil Indien ein Land der Analphabeten ist. Die statistischen Zahlen bringen den Beweis, daß von der Gesamtbevölkerung nur der

geringe Prozentsatz von 8% des Lesens und Schreibens kundig ist. In diesen 8% sind natürlich solche einbegriffen, die gerade nur ihren Namen schreiben können. Das Analphabetentum ist auch schuld daran, daß Indien heute noch nicht politisch reif ist. Es gibt genügend Zeitungen in Indien sowie Bücher und Literatur auf jeglichem Gebiet, es fragt sich aber, ob die 8% der lesekundigen Bevölkerung eine Bedeutung für das so ausgedehnte Gesamtgebiet besitzen. Aus diesem Grunde veranstaltet die größte indische politische Partei „The All India National Congress" Massenkundgebungen, um durch diese Versammlungen die Ideen und Wünsche des Kongresses unter die Massen zu bringen. Auf dieser Basis ist es allein vorläufig möglich, dem Volke zu der so nötigen nationalen Erziehung und Schulung behilflich zu sein.

Es ist sehr wichtig, die indische Bevölkerung in ihren Schichten zu analysieren. In der letzten Zeitspanne von 10 Jahren ist die Bevölkerung um 10,6% gestiegen. 67% der Gesamtbevölkerung ernährt sich durch Landwirtschaft und Viehzucht, denn Indien ist ein ausgesprochenes Agrarland; es ist das Land der Dörfer, man findet Dörfer von geringster Flächengröße und kleinster Einwohnerzahl, die völlig von der Außenwelt isoliert sind. Die landwirtschaftlichen Geräte sind noch so primitiv wie vor undenklichen Zeiten. Das Ackerland des indischen Bauern erhält keinerlei Pflege durch Dung, und die Bearbeitung ist so unvollkommen, daß die Ernte erheblich darunter leidet. 9,7% der Bevölkerung sind in der Industrie beschäftigt, 5,4% treiben Handel und 1,5% arbeiten im Verkehrswesen.

Wenn also der Rundfunk eine allgemeine Einführung in Indien finden sollte, so müßte vor allen Dingen die Landbevölkerung berücksichtigt werden. Die Bauern, die weder bildungsmäßig noch finanziell in der Lage sind, eine Zeitung zu lesen, sehen ihr einziges Vergnügen darin, nach getaner schwerer Tagesarbeit auf einem Platze im Freien, bei kaltem Wetter um ein Feuer gelagert, im Kreise ihrer Familien und Freunde, die beliebte Wasserpfeife „Hukka" zu rauchen. Ihre Informationen über das Geschehen außerhalb ihres Dorfes erhalten sie von den Wanderern, die zu Fuß das Land durchstreifen und in jedem Dorfe haltmachen, um gleichfalls am Feuer zu lagern und einen Zug aus der begehrten Wasserpfeife zu tun. Als Dank dafür erwartet man von dem Fremdling, daß er über seine Erlebnisse und Ereignisse des Landes berichtet. Daß durch diese Erzählung mitunter die tollsten Gerüchte zustande kommen, läßt sich denken. Aus diesem Grunde ist es ein Haupterfordernis für die Landbevölkerung, den Rundfunk allgemein zu verbreiten, damit sie ihre Informationen unverfälscht erhalten. Bis 1931 hatten private Unternehmer einen Rundfunkbetrieb unterhalten, dann hat die indische Regierung die Organisation des Rundfunks unter dem Namen „All India Radio" übernommen.

Zuerst stieß die Einführung des Rundfunks bei der Landbevölkerung auf einen gewissen Widerstand. Als aber dem Bauer mit der Zeit zum Bewußtsein kam, daß dieser sprechende Kasten kein Dämon ist, sondern die Stimme seiner Führer vermitteln konnte, als der Bauer Musik hörte, die er sehr liebt, da verschwand die Skepsis und verwandelte sich allmählich in Vertrauen. Es blieb nur noch die eine Frage offen, wie man das Programm zusammenstellen sollte, damit der Bauer für den Rundfunk erobert würde. Die größte Schwierigkeit liegt hier auf sprachlichem Gebiet. Wenn es auch übertrieben ist, daß Indien mit seinen 225 Sprachen einen Wirrwarr bildet, so gibt es doch keine Einheitssprache, die in ganz Indien ver-

standen und gesprochen wird. Die wichtigsten Hauptsprachen sind Hindustani, Bengali, Gujra, Gurmuka, Andrat, Marhatta, Tamil. Es ist aber doch die Möglichkeit vorhanden, daß man Rundfunkübertragungen in Hindustani ausführen kann, da diese Sprache als eine Mischsprache von verschiedenen Sprachen fast von allen Indern verstanden wird. Es gibt aber noch genügend technische Schwierigkeiten, welche nicht zu übersehen sind.

Trotz dieser vielen Hemmnisse werden alle Versuche unternommen, Indien in kürzester Frist rundfunkreif zu machen. Es werden überall neue Sender errichtet. Über die Stärke und Zahl der Sender hat man aber vorläufig noch kein genaues Bild, da sich die Einführung des Rundfunks erst im Anfangsstadium befindet. Auch die Frage der Organisation des Rundfunks wird von verschienen Meinungen beherrscht. Die bekannte indische Zeitung „Amrita Bazar Patrika" (Kalkutta) machte der indischen Regierung harte Vorwürfe, daß sie sich wenig um die Einführung des Rundfunks kümmere und zitierte:

„Deutschland ist stark bestrebt, allen Bevölkerungsschichten das Radio zugänglich zu machen. Es ist eine Volksangelegenheit. Dr. Goebbels hat bei der Eröffnung der Radioausstellung in Berlin proklamiert, daß er den Volksempfänger einführen wird, welcher 5½ Pfund kosten solle. Sein Ziel ist, die Zahl der Hörer des Deutschen Reiches stark zu erhöhen."

Die Zeitung schreibt weiter, wann denn eigentlich die verantwortlichen indischen Stellen zu der allgemeinen Volksbildung beitragen werden! Die Einführung des Rundfunks wird auch deshalb bekämpft, weil die verschiedensten Untersuchungen und Experimente auf Kosten des indischen Steuerzahlers vorgenommen werden. Die Presse behandelt diese Angelegenheit als eine akute und schreibt, daß Indien sich solche Extravaganzen nicht leisten könne. Die „All India Radio" ist auf indischem Kapital basiert, und es sei die höchste Zeit, daß indische Sachverständige die Angelegenheit in die Hand nehmen. — Der Verfasser dieses zitierten Aufsatzes, Prof. E. Meghnad Saha F.R.S., hat die indische Regierung aufgefordert, Gegenbeweise zu bringen, daß seine Angaben nicht stichhaltig wären.

Diese Hemmungen durch die falsche Organisation hindern aber nicht, daß sich der Rundfunk in den verschiedenen Provinzen doch behauptet. Nach den Angaben vom 25. April 1937 wurden in der Ratsversammlung des indischen Parlamentes verschiedene Anfragen beantwortet. Für die Errichtung von drei Stationen wurden im Jahre 1935/36 rund 838000 Rs. = Reichsmark gewährt. Die Stärke der Stationen sind: Kalkutta mit 22 kW, Delhi mit 20 kW, Bombay mit 2 kW. Der Rundfunk hatte einen Verlust von 165710 Rs. im Jahre 1930/31 und im Jahre 1931/32 einen Verlust von 109506, während im Jahre 1932/33 ein Gewinn von 80649 Rs. zu verzeichnen ist. Die Ergebnisse 1933/34 stehen noch aus. Es sind Versuche in die Wege geleitet worden, eine Verbilligung für die Hörer zu gewähren. Das Indische Post and Telegraphs Departement hat die Ermäßigung der Gebühren bis Ende 1938 verlängert, und zwar sind anstatt 10 Rs. nur 8 Rs. pro Jahr zu zahlen. Nach dem neuesten Stande, ungefähr Ende des Jahres 1937, sehen einige Sender folgendermaßen aus: Zwei Radiostationen mittlere Welle von 5 kW, Sender Lahore — Kurzwelle 10 kW, Sender Delhi — bereits seit 16. Dezember 1937 in Betrieb.

Der Lahore-Sender wird mit einer Welle von 276 m arbeiten, der Delhi-Sender

mit 86 m. Es sind verschiedene Untersuchungen im Gange, deren Ergebnisse noch abzuwarten sind. Augenblicklich ist geplant, daß ein Sender auf mittlerer Welle sowie einer auf kurzer Welle in Madras im April 1938 in Betrieb kommen soll, gleichzeitig sollen je ein Mittelwellensender in Trichnopoly und Dacca Ende 1938 in Betrieb genommen werden. Kalkutta soll ebenfalls im Juni 1938 einen Kurzwellensender bekommen, in Lucknow ist ferner ein Mittelwellensender geplant.

Die Wellenlänge des Senders in Bombay ist geändert worden, und zwar wegen Überlagerungen mit indischen Sendern. Nach den Untersuchungen hat man beschlossen, Bombay eine Wellenlänge von 244 m zu geben, welche seit 15. November 1937 arbeitet. Der Delhi-Sender arbeitet nach dem letzten Stand vom 16. Dezember 1937 mit 10 kW und einer Länge von 493 m. Nach den neuesten Informationen haben die drei Fürstenstaaten Hyderabad, Mysore und Gwalior „All India Radio" gebeten, ihnen bei der Durchführung des Rundfunkprogrammes behilflich zu sein und sie entsprechend zu beraten.

Die Stärke der Rundfunksender am 25. April war folgendermaßen festgesetzt:

Lahore	100 kW
Madras	200 kW
Peschawar	250 kW
Madras	150 kW
Deradun	100 kW
Hyderabad	weniger als 1 kW.

Die Zahl der ständigen Hörer betrug in der Zeitspanne vom 1. März 1935 bis 29. Februar 1936 etwa 27042. Nach den neuesten Informationen von offiziellen Stellen in Neu-Delhi hat sich die Hörerzahl im September 1937 ganz erheblich gesteigert, und zwar auf 47771.

Seit Anfang 1938 sind Bestrebungen zur Einführung des Kurzwellensenders in Indien im Gange. Mr. L. Fielden, der Kontrolleur des „All India Radio" hat im Zusammenhang mit diesen Bestrebungen eine Rede gehalten, in welcher er die Notwendigkeit des Kurzwellensenders in Indien darlegte. Dieser ausländische Sachverständige gibt bekannt, daß die in Europa verwendeten Mittelwellensender für Indien zu kostspielig seien und man in Indien nur den Kurzwellensender einführen könne. Außerdem herrschen in den Sommermonaten solche Störungen, daß ungeheure Energien verwendet werden müßten, die einen enormen Geldaufwand erforderlich machten. Dazu kommt die technische Schwierigkeit: Es ist nicht möglich, eine Verständigung z. B. mit Madras und Peschawar herbeizuführen. Deswegen sei es ratsam, die Kurzwelle zwischen 50 und 100 m einzuhalten.

Die indischen Nationalisten haben nach dieser Rede Mr. Fielden scharf angegriffen und ihm den Vorwurf gemacht, daß er zuerst die B. B. C. Transmitter verkauft und nun den Versuch macht, Kurzwellenempfänger in den indischen Markt einzuführen, damit die englischen Geschäfte florieren. Es ist bekannt, daß die ganzen Kontrakte zur Errichtung des Radio von der Marconi-Gesellschaft übernommen werden.

Das Programm der verschiedenen Sender ist nicht so mannigfaltig wie in Europa. Das Programm von Kalkutta, Delhi, Bombay sowie das Daventry-Programm (britisch) sieht ungefähr so aus:

8 Uhr morgens, Gesang,
9.10 Uhr, Nachrichten in Englisch und dann in Hindustani-Sprache.
Anschließend Gesang und Musik, dann wieder Gesang und indische Musik.
Verschiedene Reden durch indische Frauen.
2.30 Uhr, Zeitsignal. — Bis 5 Uhr Pause.

Delhi-Programm:

Englisches Konzert, Heilige Sikh-Musik,
8 Uhr, eine Debatte in Hindustani-Sprache,
8.15 Uhr, Gesangsdarbietungen,
9.15 Uhr, Nachrichten und Wetterberichte in Hindustani-Sprache,
9.30 Uhr, Nachrichten und Wetterberichte in englischer Sprache.
10 Uhr, englischer Vortrag. Anschließend Gesang.
10.55 Uhr, letzte Nachrichten. Schluß.

Dieses Programm wird fast von allen Sendern gesendet.

Daventry:

Früh 7.45 Uhr, musikalische Darbietungen, Nachrichten, Zeitangabe nach Greenwich. Musik, Nachrichten usw. Schluß abends 11.45 Uhr.

Hans Falck:
Der Rundfunk in der Türkei

Der Verfasser lebt seit langen Jahren in der Türkei und ist ein ausgezeichneter Kenner der politischen und kulturellen Verhältnisse des Landes. Seine Analyse ist die erste umfassende Darstellung über den türkischen Rundfunk.

Es ist leicht, auf knappem Raume einen Überblick über den technischen Stand des Rundfunkwesens in der Türkei zu geben — bis heute sind die beiden Sender Istanbul und Ankara vorhanden —, aber außerordentlich schwer, eine sozial-psychologische Studie über die Hörerschaft und das Programm des türkischen Rundfunks zu schreiben. Die neue Türkei ist das Werk des Kamalismus, und er ist auch der Wegbereiter für den Rundfunk gewesen. Mit klarem Blick erkannte Atatürk von Anfang an die hohe kulturelle Sendung, die dem Rundfunk im Dienste der Völkerverständigung zukommt. Aber zunächst fehlte es an fast allen technischen Voraussetzungen, um die Ziele und Bestrebungen der jungen Republik, die erst nach dem siegreichen Ausgange des Freiheitskampfes von dem stets mit Unheil geschwängerten Hintergrunde der überwundenen Zeit des Osmanischen Reiches klar hervortraten, über die Ätherwellen dem eigenen Volke und der Welt zu verkünden. Der gewaltige Umbruch, den die Revolution Atatürks auf allen Gebieten einleitete und der in einer radikalen Abkehr von der zum Untergang führenden Vergangenheit seinen sichtbarsten Ausdruck fand, konnte nicht von heute auf morgen zum Abschluß kommen, sondern mußte in vielen Einzelabschnitten verwirklicht werden. Die Türkei hat heute nach vierzehnjährigem mühevollem Wirken eine Grundlage geschaffen, auf der sie — gefestigt nach außen und innen — die für die kommenden Generationen entscheidenden Erziehungsreformen der Jugend mit Umsicht und ohne Überstürzung aufbauen kann.

Der junge türkische Staat fußt auf keiner Tradition, denn Anatolien — sein Kernstück — war im alten Osmanischen Kaiserreich nur eine Provinz neben vielen anderen, wenn auch seine Bevölkerung am meisten ihr Blut und Gut für den Bestand dieses morschen Staatsgebildes geopfert hat. Heute ist das Kennzeichen der neuen Türkei ihre nationale Geschlossenheit und ihre von allen Fesseln befreite Souveränität. Erst jetzt ist die Türkei auf Grund ihrer geographischen Lage zum wirklichen Mittler zwischen dem Orient und dem Okzident geworden.

Von dieser Warte aus gesehen, leuchtet es ohne weiteres ein, daß dem türkischen Rundfunk ein großes Feld schöpferischer Betätigung beschieden ist. Doch bevor diesen hochgespannten Erwartungen in jeder Hinsicht Rechnung getragen ist, wird sicherlich noch eine gewisse Zeit verstreichen. Zunächst gilt es, den Rundfunk technisch so leistungsfähig auszubauen, daß er überall ohne Schwierigkeiten eingesetzt werden kann. Das ist jedoch leichter gesagt als getan.

Obwohl die türkische Republik rund eineinhalbmal so groß wie Deutschland ist, genügen diese beiden Stationen durchaus den Erfordernissen und Ansprüchen des Landes, denn ganz abgesehen davon, daß große Strecken Inneranatoliens sehr dünn besiedelt sind (nach der jüngsten Volkszählung hat die Türkei rund 16 bis 18 Millionen Einwohner), fehlen vorläufig in vielen Gegenden überhaupt noch die Vorbedingungen zu einem Massenempfang. Zwar nimmt in dem neuen Fünfjahresplan die Elektrifizierung des Landes die erste Stelle ein, aber ehe das umfangreiche Programm nicht vollständig zum Abschluß gebracht worden ist, kann an eine wirklich intensive Werbung für den Rundfunk gar nicht gedacht werden. Auf Grund dieser Zwangsläufigkeiten sind einstweilen auch die Ausnutzungsmöglichkeiten verhältnismäßig beschränkt. Außerdem waren bis vor wenigen Monaten Gesetzesbestimmungen in Kraft, die in keiner Weise den letzten Errungenschaften der Rundfunktechnik gerecht wurden. So war es beispielsweise Ausländern nicht erlaubt, eine Außenantenne zu besitzen.

Einen wesentlichen Fortschritt stellt das neue Rundfunkgesetz vom 9. Juni 1937 dar. Aus den allgemeinen Bestimmungen sind folgende von besonderer Bedeutung:

Laut Beschluß des Ministerrates kann die Regierung jederzeit die Besitzer von Rundfunkanlagen einschließlich der Hochantennen und aller übrigen Ersatzbestandteile auffordern, diese außer Betrieb zu setzen oder gegen Empfangsbestätigung vorübergehend dem Staate zu übergeben. — Die Inbetriebnahme von drahtlosen Sendestationen ist allein den Behörden und den öffentlichen Anstalten vorbehalten, doch bedürfen auch sie zum Betriebe dieser Anlagen eine Genehmigung des Ministerrates.

Wie über das gesamte Schriftwesen, so übt der Staat auch über den Rundfunk die oberste Kontrolle aus. Besondere Rundfunkgesellschaften gibt es in der Türkei nicht. Die beiden Sender in Istanbul und Ankara — vor einem Jahre gehörte der Istanbuler Sender noch einer Privatgesellschaft — unterstehen unmittelbar dem Ministerium für öffentliche Arbeiten. Obwohl die Gebühren für den Empfang sehr niedrig sind — jährlich 10 Türk-Pfd. (20 Reichsmark) in der Stadt und 5 Türk-Pfd. (10 Reichmark) auf dem Lande —, ist die Zahl der Hörer keineswegs sehr groß. Infolge des Fehlens jeglicher Organisation lassen sich genaue Angaben überhaupt

nicht ermitteln. Die Schätzungen schwanken zwischen 30000 bis 50000. Dieser erstaunliche Unterschied ist in erster Linie durch die Schwarzhörer bedingt. — Der türkische Markt ist für Rundfunkapparate noch außerordentlich aufnahmefähig, denn eine eigene Rundfunkindustrie ist nicht vorhanden, aber trotzdem sind dem Absatz in Anbetracht der Armut der überwiegend ländlichen Bevölkerung in absehbarer Zeit Grenzen gezogen, zumal, wie bereits an anderer Stelle ausgeführt wurde, die technischen Voraussetzungen für den Empfang noch sehr viel zu wünschen übriglassen. Infolge hoher Zollabgaben lagen bis vor kurzem die Preise für die Apparate bedeutend höher als beispielsweise in Deutschland. Erst in letzter Zeit ist auf Grund neuer gesetzlicher Bestimmungen ein Wandel zugunsten der Käufer eingetreten. Dennoch ist im allgemeinen für die große Masse des Volkes ein Radioapparat immer noch ein Luxusgegenstand.

Und nun ein Wort über die Programmgestaltung. Die großen Richtlinien für die Sendungen werden von einer besonderen Abteilung im Innenministerium ausgegeben. Aber da zwischen dem „Sender" und dem „Empfänger" nur eine lose Fühlung besteht, so ist gegenwärtig noch nicht die Gewähr einer fruchtbaren Zusammenarbeit vorhanden. Die Führung liegt ausschließlich in den Händen der staatlichen Organe, die Abonnenten haben nur selten die Initiative ergriffen. Dieser eigenartige Tatbestand mag vielleicht auf den ersten Blick hin überraschen, er ist jedoch letzten Endes nichts anderes als ein Kennzeichen der gesellschaftlichen und bildungsmäßigen Schichtung des türkischen Volkes.

Da Istanbul trotz der Verlegung der Hauptstadt nach Ankara immer noch die einzige wirkliche Großstadt (700000 Einwohner) und das maßgebende Handelszentrum der Türkei ist, so ist es kein Wunder, daß die Istanbuler Bevölkerung rund 65% der gesamten Hörerschaft des Landes stellt. Erst in weitem Abstande folgen Ankara und Izmir (Smyrna). Izmir ist zwar die zweitgrößte Stadt der Republik, kulturell aber bedeutungslos, so daß sein Einfluß auf die Entwicklung des Rundfunks nicht in Betracht kommt.

In Istanbul überwiegt zwar das türkische Element, doch trägt die Stadt stark ausgeprägte levantinische Züge. Neben den sogenannten Levantinern, die durchweg französisch eingestellt sind, spielen Griechen und Armenier eine nicht zu unterschätzende Rolle. Hinzukommt der Umstand, daß die nicht rein türkischen Kreise vielfach sehr vermögend sind und im Gegensatz zu den Türken durchweg über einen Radioapparat verfügen. Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren ergibt sich, daß die Programmgestaltung des Istanbuler Senders auf erhebliche Schwierigkeiten stößt, da innerhalb der Hörerschaft sich vielfach überschneidende Kulturströmungen vorhanden sind. Die unterschiedlichen Ansprüche vollauf zu befriedigen, ist praktisch ganz ausgeschlossen. Infolgedessen verlegte sich die Leitung des Istanbuler Senders auf das Experimentieren. Sicherlich ließe sich diese Lösung für eine gewisse Zeit rechtfertigen, aber auf die Dauer ist sie weder wünschenswert, noch trägt sie dazu bei, das künstlerische Niveau zu heben. Da aber bis heute das Problem der Programmgestaltung nicht einwandfrei geklärt ist, so setzt sich zwangsläufig immer stärker das seichte Repertoir durch, das, teilweise sogar schlecht wiedergegeben, auf lange Sicht gesehen, verhängnisvolle Auswirkungen zeitigen muß.

Nur ein Grund schwächt dieses Urteil ab: das ist die Tatsache, daß der junge Staat im Zuge der Angleichung an die europäische Kultur und Zivilisation in künst-

lerischer Hinsicht gerade der abendländischen Musik den Weg bereiten wollte. Aber er übersah in seiner Reformfreudigkeit den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen orientalischer und okzidentaler Musik. Die übergangslose Abkehr von der Vergangenheit hätte zur Not verantwortet werden können, wenn genügend geschulte Kräfte vorhanden gewesen wären, um diesen Umbruch dem Volke verständlich zu machen. In Ermangelung dieser Vorbedingungen setzte dann auch eine Reaktion aus den Kreisen der Hörer ein, so daß die Rundfunkleitung gezwungen war, den Rückzug anzutreten. Das wichtigste Zugeständnis bestand in der Aufhebung des Verbotes türkischer Musik. Allerdings nimmt sie heute nicht mehr die vorherrschende Stellung ein, doch bestreitet sie immer noch einen großen Teil der Sendefolge. Dieses Abweichen vom ursprünglichen Wege fällt um so mehr ins Gewicht, als die Sendezeit im ganzen nur 5 bis $6^1/_2$ Stunden täglich beträgt. Vormittags und nachmittags ist Funkstille. Schon allein diese Tatsache hindert den Istanbuler Sender — das gleiche gilt auch für den noch schwächeren Ankara-Sender —, mit den großen europäischen Stationen in Wettbewerb zu treten. Hinzukommt, daß der Auslandsempfang in allen Jahreszeiten (abgesehen vom Hochsommer) durchweg gut ist. Zieht man außerdem in Betracht, daß von den schätzungsweise 18 000 bis 22 000 Besitzern von Rundfunkapparaten in Istanbul gut ein Drittel Ausländer und Levantiner sind, die niemals regelmäßig den Ortssender einschalten, dann erkennt man, daß im Bereich des türkischen Rundfunks noch sehr viel Brachland vorhanden ist.

Die Hauptschuld an diesem Zustand trägt zweifellos das Fehlen jeglicher Organisation der Hörerschaft und die erschreckende Eintönigkeit des Programms. Trotz wiederholter Wechsel in der Leitung vermißt man noch immer einen zielbewußten künstlerischen Willen zu schöpferischer Arbeit und nationaler Prägung. Dieser Sachverhalt ist zum großen Teil dadurch bedingt, daß in der Türkei erst in der jüngsten Zeit Bestrebungen einsetzten, den künstlerischen Nachwuchs nach einheitlichen und allgemein gültigen Richtlinien auszubilden. Die neue, unter staatlicher Aufsicht stehende Schauspiel- und Opernschule in Ankara ist ganz nach europäischem Vorbild aufgezogen. Das gleiche gilt für die Konservatorien in Istanbul und in der Landeshauptstadt.

Das alte türkische Theater kommt für den Rundfunk als aufbauendes Element nur in ganz beschränktem Maße in Betracht, denn seine Entwicklung unterscheidet sich wesentlich von dem Werdegang der abendländischen Bühne. Allerdings erfreut sich das türkische Volksschauspiel (eine Oper im europäischen Sinne gibt es nicht) noch immer einer großen Beliebtheit, und dieser Umstand hemmt auch bis zu einem gewissen Grade den Werbefeldzug für den Rundfunk. Jedoch ist ein ernster Wettstreit zwischen beiden ausgeschlossen, da die Waffen nicht nur ungleich verteilt sind; türkisches Theater und Rundfunk können sich sehr wohl in ihren volkserzieherischen Aufgaben ergänzen.

Auch der Film scheidet als Konkurrent aus. Da es in der ganzen Türkei kaum 35 Lichtspielhäuser, von denen allein 10 bis 12 auf Istanbul entfallen, gibt, so ist von vornherein sein Wirkungsfeld äußerst begrenzt. Dagegen ist das „Kaffeehausleben" — das Besucherkontingent wird ausschließlich von Männern gestellt — für den häuslichen Rundfunk eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Man muß dabei bedenken, daß die meisten Besitzer dieser kleinen und armseligen Gast-

stätten nicht in der Lage sind, sich einen Radioapparat anzuschaffen, so daß auch die mittelbare Rundfunkpropaganda ausschaltet.

Die Möglichkeit, einer national-türkischen Rundfunk ins Leben zu rufen, liegt angesichts der Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse noch in weiter Ferne. Dieser Wunsch kann erst in dem Augenblick in Erfüllung gehen, wenn die kamalistische Revolution auch die letzte Spur einer den völkischen Grundsatz verleugnenden Epoche ausgelöscht hat. Die vordringlichste Aufgabe der Leitung des türkischen Rundfunks besteht im Augenblick darin, das Programm so zu gestalten, daß es keinen Vergleich mit dem Auslande zu scheuen hat. Gegenwärtig entspricht das Programm der beiden türkischen Sender kaum den Bedürfnissen der Hörerschaft. (Es ist zu bemerken, daß sich sowohl Istanbul als auch Ankara ganz selten einer europäischen Ringsendung anschließen.) In erster Linie werden Schallplatten gegeben; hinsichtlich der Auswahl könnte man noch eine größere Sorgfalt walten lassen. Außerdem spielt abends ein kleines Kammerorchester. Wetterdienst, politische Tagesneuigkeiten und Börsenmeldungen bestreiten den „aktuellen Teil". Ferner werden mehrmals in der Woche deutsche, französische oder englische Sprachkurse abgehalten. Übertragungen von politischen oder anderen bedeutsamen Reden finden nur bei ganz besonderen Anlässen statt; erst in der letzten Zeit wendet man in zunehmendem Maße volkserzieherischen Vorträgen das ihnen gebührende Interesse zu. Auch der Pflege des türkischen Schauspiels schenkt man immer größere Beachtung.

Die Lücken, die das türkische Rundfunkprogramm im Vergleich zu den europäischen Sendern aufweist, werden sicherlich eines Tages ausgefüllt, doch fehlt es im Augenblick an den erforderlichen finanziellen Mitteln. Die bestehenden Mängel etwa mit der Kurzsichtigkeit der verantwortlichen Organe zu erklären, hieße den Geist der neuen Türkei völlig verkennen. Die Schwungkraft des kamalistischen Systems liegt gerade darin, daß es sich aller neuzeitlichen Errungenschaften bedient oder bedienen möchte, um die Ideen der nationalen Revolution dem Volke zu verkünden. Wären die technischen Voraussetzungen für die Verbreitung des Rundfunks gegeben, so würde das Reform- und Aufbauwerk der Regierung in Anbetracht der Tatsache, daß es heute noch in der Türkei eine große Anzahl von Analphabeten gibt, außerordentlich erleichtert werden. Angesichts der im Lande vorhandenen großen kulturellen und sozialen Gegensätze kann der Rundfunk nur dann für sich selbst werben, wenn er dem stark unterschiedlichen Aufnahmevermögen seiner Hörer Rechnung trägt.

Aus diesem Grunde dürfte es ratsam erscheinen, wenn den beiden Sendern ganz bestimmte und fest abgegrenzte Aufgabenbereiche übertragen würden. Bestrebungen in dieser Richtung sind bereits im Gange. Da Istanbul — wie schon erwähnt — einen durchaus kosmopolitischen Charakter trägt, und das rein nationale Ankara das Sinnbild der jungen Republik ist, liegt es nahe, den Sender am Goldenen Horn zum Sprachrohr der Türkei für das Ausland zu machen. Dagegen könnte sich die Tätigkeit des Senders in der Hauptstadt vornehmlich auf die innerstaatliche Angelegenheiten konzentrieren.

Anmerkung: Vor kurzem wurde ein neuer 120 kW-Langwellensender und ein 20 kW-Kurzwellensender in Auftrag gegeben.

Fünf Jahre Deutscher Kurzwellensender

Das Wirken unseres Kurzwellensenders richtet sich grundsätzlich über die Reichsgrenzen hinaus, er spricht zu jenen 30 Millionen Deutschen, die in allen Kontinenten und Zonen verteilt sind, ihnen ist er die „Stimme Deutschlands". Wer einmal im Auslande war und sich dort umhörte, konnte feststellen, wie eng verbunden die Hörer mit „ihrem" Sender sind, wie der Kurzwellensender zu einem Begriff geworden war, der ein außerordentliches Aktivum unserer gesamten Auslandsarbeit darstellt.

Vom August 1929 bis zum Jahre 1932 führte Deutschland mit einem 5-kW-Sender einen Versuchsbetrieb durch, um zunächst einmal Erfahrungen über Reichweiten, Empfangsmöglichkeiten, Reagenz der unbekannten Hörerschaft usw. zu sammeln. 1932 wurde der erste Richtstrahler — bis dahin arbeitete man mit weit weniger wirksamen Rundstrahlern — nach Nordamerika eingesetzt, wodurch eine Reihe neuer Arbeitsunterlagen gewonnen wurden. Mit dem 1. April 1933 begann dann die Periode des systematischen Programmbetriebes, der in die Hände des früheren Intendanten des Reichssenders München, Dr. Kurt von Boeckmann, gelegt wurde.

Nach den ersten fünf Jahren erklärt der Intendant: „Alles dies ist nur ein Anfang, es wurde nur der große Rahmen geschaffen, dessen Felder immer reicher zu beleben sind." Das zeigt eine klare Erkenntnis der Aufgaben und Zukunftsmöglichkeiten und eine große Bescheidenheit, denn der Sender ist in den ersten fünf Jahren mit einer vorbildlichen Systematik organisiert worden. Es wurde zunächst der Rundfunkraum der Welt in sechs Zonen eingeteilt, die nach den Gesichtspunkten der günstigsten Empfangszeit in der herrschenden Verkehrssprache mit Programmen versorgt wurden. Diese Grundlage für alle weitere Arbeit wurde in Gemeinschaft mit der Deutschen Reichspost geschaffen, die den technischen Aufbau durchführte. (Den schönsten Beweis für den gelungenen Aufbau brachte der Großeinsatz des Kurzwellensenders während der Olympischen Spiele.) Nach der Gliederung in Sendezonen mußten für die Programmgestaltung zunächst einmal völlig neue Grundsätze gefunden werden, deren psychologische Bedingungen ganz anders sind als für den innerdeutschen Hörer. Es lagen für eine solche Arbeit keinerlei Erfahrungen vor, sie konnten nur aus Analogieschlüssen von Beobachtungen allgemeiner Art und aus den Hörerzuschriften gewonnen werden. Auch hier mußte eine bis ins letzte intensivierte Kleinarbeit einsetzen, deren Früchte sich heute deutlich zeigen. So wie die Menschen in anderen Zonen sich anders entwickeln, so bildete sich nach diesen Menschen ausgerichtet neue Programmformen, die in den nächsten Jahren immer eingehender nach rundfunkpsychologischen Gesetzen gestaltet werden.

Vergessen wir dabei nicht die Schwierigkeiten, die zu erkennen und zu überwinden waren. Der Kurzwellensender steht mit jeder einzelnen Darbietung in schärfster Konkurrenz zu den Programmen der Kurzwellensender anderer Staaten. Aus diesem Wettbewerb wird nur der erfolgreich herausgehen können, der die bessere Leistung aufweisen kann. Denn nur mit Höchstleistungen sind die Menschen zu gewinnen, die außerhalb der Heimat eine vielfältige Senderauswahl haben — so muß der

Deutsche Kurzwellensender täglich und stündlich in Bereitschaft sein. Er hat das wunderbare Bewußtsein, vielleicht den größten und gleichzeitig differenziertesten Hörerkreis aller deutschen Sender zu haben, ein Tatbestand, der für die Programmführung bestimmend ist und fast unerfüllbar scheinende Forderungen an jeden einzelnen Mitarbeiter richtet. Es tritt hinzu, daß der Empfang der Sendungen durch Schwunderscheinungen, atmosphärische Störungen in den tropischen Ländern usw. beeinträchtigt ist — das bedingt eine bestimmte Konstruktion der Einzelsendung, die selbst bei Ausfallserscheinungen noch sinnvoll für den Hörer bleiben muß.

Das sind nur einige Gesichtspunkte für die Arbeit des Senders. Daß sie bisher erfolgreich gewesen ist, zeigen einige Zahlen. Die Zuschriften stiegen von 3000 im ersten Jahre auf rund 50000 im letzten Jahre, von diesen stammen 65% aus der Feder nicht-deutscher Hörer! Das sind beweisende Zahlen, die durch zahlreiche Veröffentlichungen in allen führenden Weltblättern unterstrichen werden, die sich immer wieder unter den verschiedensten Gesichtspunkten mit dem „Phänomen" Deutscher Kurzwellensender beschäftigen, und seine hervorragende Rolle im Ätherraum bestätigen. Wir wollen auch nicht übersehen, welche Mission der Deutsche Kurzwellensender in Zeiten politischer Hochspannung zu erfüllen hat. Es ist heute eine Gegebenheit, mit der jeder Staat rechnen muß, daß eine Meldung über ein Ereignis unmittelbar oder fast unmittelbar mit dem Geschehen zusammen authentisch über den Erdball getragen wird, daß es ferner heute möglich ist, im Wechsel zweier Stunden jede Falschmeldung — von welcher Seite sie auch kommen mag — richtigzustellen! Der Kurzwellensender ist ein Bollwerk gegen jede Lüge.

Wir brauchen hier nicht näher zu beleuchten, welche Rolle der Kurzwellensender als Brückenbauer von der Heimat zu den Deutschen in allen Teilen der Erde spielt, er ist Bewahrer und zum großen Teil Wiedererwecker des Deutschtums. Er wußte aber auch ehemalige Gegner, die sich im Weltkriege gegenüberstanden, zu Freunden zu machen und führte so die Deutschen im fernen Lande und die Völker, deren Gastfreundschaft sie genießen, enger aneinander. Gerade diese letztgenannte Auswirkung wird leider häufig übersehen.

Was sollen wir dem Deutschen Kurzwellensender für die nächsten Jahre wünschen? Zunächst einmal eine Erfüllung seines Bestrebens, die Zonenprogramme restlos auszubauen; an Mitteln wird nicht gespart werden dürfen, denn jeder Pfennig bringt tausendfachen Gewinn. Wir nehmen an, daß nach der Zeit des inneren Ausbaues unsere Kurzwellenleute — dem ausländischen Vorbild folgend, wobei wir besonders an USA., Schweden und England erinnern —, die Hörergruppen im Auslande selbst besuchen werden, um so aus Wünschen und Hinweisen neue Erfahrungen und Grundlagen für ihre Arbeit zu sammeln. Wir hoffen, daß im Zuge der Neubaupläne des Reichsrundfunks der Kurzwellensender ein schönes, großes Heim bekommen möge, das ihm ja bereits zugesagt worden ist.

Über seinen Zukunftsweg aber stehe in jeder Sekunde die verpflichtende Losung: „Hier spricht Deutschland!"

BLICK IN DIE RUNDFUNK-WELT

I. Europäischer Rundfunk

Deutschland Hörerzahl 1. Febr.: 9 356 888, am 1. März: 9 489 337. — Unter den europäischen Großstädten hat Stuttgart die größte Rundfunkdichte erreicht, von 120 580 Haushaltungen haben rund 93 000 Empfänger, was einer Dichte von 77 % entspricht. — Eine im Ausland verbreitete Meldung, daß in Westdeutschland ein Sender für Programme in französischer Sprache errichtet werden soll, wird energisch dementiert. — Am 25. Februar wurde der Ausschuß für Rundfunkrecht in der Akademie für Deutsches Recht konstituiert; es sprach der Präsident der Reichsrundfunkkammer über die Zukunftsaufgaben der Rundfunkrechtsentwicklung. — Im gesamten Reichsgebiet werden Reichs-Lautsprechersäulen errichtet werden, die der öffentlichen Übertragung von wichtigen Rundfunksendungen dienen; in sechs Jahren werden 6000 Säulen in Betrieb genommen. — Am 22. März bestand der Fernsehprogrammbetrieb drei Jahre. Die Deutsche Reichspost hat in Berlin ein größeres Gelände erworben, auf dem Freilichtaufnahmen für den Fernsehbetrieb gemacht werden können.

Österreich Hörerzahl am 1. Febr.: 590 276. — Im Zuge der politischen Neugestaltung wurde am 13. März Dr. Franz Pesendorfer mit der kommissarischen Leitung der früheren RAVAG., Dr. Ernst Gautebrück mit der künstlerischen Leitung und Programmgestaltung betraut. Der Rundfunk wurde der Hauptabteilung VII, Propaganda der Landesabteilung Österreich der NSDAP. unterstellt. Die bisherige Leitung wurde bis auf die Direktoren Dr. Kunsti und Prof. Schwaiger abberufen. Der Name wurde zuerst in Deutsch-Österreichischer Rundfunk, dann in Sender Wien geändert. Mit dem 12. März fand eine grundlegende Programm-Umgestaltung statt.

Belgien Hörerzahl am 1. Januar: 1 018 108.

Dänemark Hörerzahl am 1. Febr.: 715 708. — Es ist geplant, aus den Überschüssen des Jahres 1937 zwei neue Kurzwellensender zu bauen, die auf Welle 16,90 m und 19,78 m arbeiten werden; die Sendungen sollen sich in erster Linie an USA. richten.

Danzig Hörerzahl am 1. Febr.: 38 324.

Estland Hörerzahl am 1. Febr.: 51 500. — Es haben 735 Schulen mit 43 000 Schülern Empfangsgeräte. — In Reval soll ein Rundfunkhaus gebaut werden.

Finnland Es haben 2572 Schulen mit 173 492 Schülern Rundfunkempfänger.

Frankreich Hörerzahl am 1. Febr.: 4 243 410. — Bei dem letzten Kabinettswechsel am 14. März wurde Lebas Postminister, der in gleicher Eigenschaft dem vorletzten Kabinett angehörte. — Der Nationalsender Bourges soll im Mai eingeweiht werden, er arbeitet auf Welle 1648 m (bisher Radio-Paris, das er ersetzt). — Der neue 100-kW-Kurzwellensender Essarts-le-Roi hat seine ersten Sendeversuche auf Welle 16 m, 18 m, 25 m und 41 m aufgenommen. — Es verlautet, daß in Lille und Lyon Fernsehsender errichtet werden, desgleichen soll ein Spezialkabel von Paris nach Bordeaux gelegt werden, das Abzweigungen nach Limoges und Toulouse haben soll.

Großbritannien Hörerzahl am 1. Febr.: 8 537 860, am 1. März: 8 563 000. — In Belfast wird ein neues Rundfunkhaus erbaut. — Man schätzt die Schulfunkanlagen auf 8000—9000. — Mit Argentinien wurde ein Programmaustausch vereinbart. — Vom Schatzamt wurden der BBC. zusätzliche Mittel für Fernseh- und Fremdsprachendienste überwiesen. — In der Nach vom 14./15. März wurde der Fremdsprachendienst in Spanisch und Portugiesisch eröffnet. — Eine Ausdehnung des Fernsehdienstes auf Provinzstädte ist noch nicht beabsichtigt. — Das Bootsrennen Oxford-Cambridge wird im Fernseher übertragen. —

Griechenland Hörerzahl am 1. Januar: 17 964.

Irland Hörerzahl am 1. Febr.: 135 212. — Es ist ein 1,5-kW-Kurzwellensender für Athlone in Auftrag gegeben.

Italien Hörerzahl am 1. Febr.: 815 000. — Mailand soll einen dritten 1-kW-Sender (Welle 209,9 m) erhalten. — Es wurde ein Interkorporatives Fachkomitee für Rundfunk eingerichtet, daß alle wirtschaftlichen, kulturellen, technischen und handelsmäßigen Fragen prüft und begutachtet, Sekretär des Ausschusses ist Dr. Purpura.

Lettland Hörerzahl am 1. Febr.: 115 928.

Litauen Hörerzahl am 1. Febr.: 47 940. — Es soll eine eigene halbstaatliche Rundfunkgerätefabrik errichtet werden. — Es sind 598 Volksschulen mit Empfängern versehen.

Norwegen Hörerzahl am 1. Febr.: 318 505. — Der Preis des Volksempfängers wurde von 85,— Kronen auf 79,— Kronen, für Schulen auf 70,— Kronen gesenkt.

Niederlande Hörerzahl am 1. Januar: 1 071 869.

Polen Hörerzahl am 1. Febr.: 891 715. — Es wurde der Bau von drei Kurzwellensendern mit zusammen 100 kW und 16 Richtstrahlern beschlossen.

Portugal Hörerzahl am 1. Febr.: 70 203.

Rumänien Es wurden in der letzten Zeit 25 000 Schwarzhörer festgestellt.

Schweden Neben Hörby sollen vier weitere 100-kW-Sender erbaut werden, der erste in der Provinz Dalarne, der die Welle des Privatsenders Falun erhält. — Es werden Drahtfunkversuche unternommen.

Schweiz Hörerzahl am 1. Febr.: 510 753.

Tschechoslowakei Hörerzahl am 1. Januar: 1 044 382, am 1. Febr.: 1 061 767. — Prag II wurde stillgelegt, Mährisch-Ostrau ging am 1. März von 269,5 m auf 249,2 m, die bisher Prag II benutzte; Melnik übernimmt Welle 269,5 m. — Das Episkopat hat dem Rundfunk eine Denkschrift mit ihren Forderungen zum Programm überschickt. Der Kurzwellensender hat seine Versuchssendungen aufgenommen.

Türkei Der Langwellen- und Kurzwellensender werden in Etimesut bei Ankara errichtet. — (Siehe auch Afrika: Palästina).

UdSSR Es soll ein Fernsehstudio gebaut werden, das Fernsehen will mit 343 Zeilen (Bildgröße 14 × 19 cm) arbeiten.

Jugoslawien Hörerzahl (Laibach) am 1. Febr.: 17 213.

Centre de contrôle Ab Mitte März lautet die neue Anschrift der Wellenkontrollstelle: 32, avenue Lancastre, Uccle 3, Brüssel (Telephon: 44 17 97, 43 24 25, Telegrammadresse: „Interadio-Bruxelles").

II. Außereuropäischer Rundfunk

USA Die NBC hat mit dem Bau eines neuen Rundfunkhauses in Hollywood begonnen, das auch schon Anlagen für einen Fernsehprogrammdienst vorsieht. — CBS hat einen regelmäßigen Kurzwellendienst in Portugiesisch aufgenommen. Es sollen in USA 25 Ultrakurzwellensender für Schulfunkzwecke in Betrieb genommen werden.

Kanada Die Rundfunkgebühr wurde von 2 auf 2,50 Dollar erhöht.

Südamerika Argentinien traf mit England ein Programmaustauschabkommen. — Italien und Brasilien senden Austauschprogramme über Kurzwellen. — In Peru sind den Sendern Programme mit politischer Tendenz untersagt, desgleichen fremdsprachige Nachrichtendienste.

Afrika Hörerzahlen: Algerien am 1. Januar: 74 445, Marokko am 1. Febr.: 34 666, Tunesien am 1. Januar: 17 684. — In Tripolis wird ein 100-kW-Sender erbaut. —

Asien Palästina will ein- bis zweimal wöchentlich Programme in türkischer Sprache übertragen, die die türkische Regierung zusammenstellt. — Irak will einen Sender im Norden von Bagdad bauen; es wurde ein besonderes Ministerialbüro für Rundfunkfragen geschaffen. — Iran hat einen 25- bis 30-kW-Kurzwellensender in Auftrag gegeben (bei Telefunken), der wahrscheinlich auch später für Rundfunkzwecke verwendet werden soll. — Britisch-Indien: Hörerzahl am 1. Dez.: 49 425, am 1. Januar: 50 680. — Niederländisch-Indien: Hörerzahl am 1. Januar: 54 462.

Japan Hörerzahl am 1. Dez.: 3 348 362. — Es soll in Tokio ein 100-kW-Mittelwellensender errichtet werden, eine Reihe neuer Kurzwellensender sind geplant; der Kurzwellenprogrammdienst sendet zur Zeit in sieben Sprachen (japanisch, chinesisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch).

Australien Hörerzahl am 1. Januar: 1 008 595. — Es werden neuerdings regelmäßige Sendungen aus England übernommen. In Sydney soll ein Fernsehsender erbaut werden. Die Regierung hat vier neue Sender gebaut, die auch Reklamesendungen verbreiten dürfen.

SCHRIFTTUM

Die Bibliothek der Reichs-Rundfunk GmbH.

In engster Verbindung mit der Entwicklung des Rundfunks in Deutschland wuchs auch das Rundfunk-Schrifttum schnell und umfangreich an, so daß bald seine Sammlung und Ordnung aus wissenschaftlichen und praktischen Gesichtspunkten nötig wurde. 1925, zwei Jahre nach der Eröffnung des Rundfunks in Deutschland, wurde mit der Gründung der Bibliothek der RRG der Grundstock zu einer Fachbibliothek des Rundfunks gelegt, in der das wesentliche deutsch- und fremdsprachige Schrifttum über seine Geschichte, Organisation, Technik, künstlerischen und kulturellen Aufgaben, juristischen Grundlagen und Voraussetzungen, insbesondere auch nach der urheberrechtlichen Seite hin, gesammelt werden sollte. Aber erst die neue Rundfunkleitung hat das Vorhandene systematischer und zweckmäßiger ausgebaut und in eine brauchbare, modernen bibliothekstechnischen Grundsätzen entsprechende Bibliothek umgewandelt. So ist durch eine völlige Um-, ja teilweise Neugestaltung der Bibliothek in wenigen Jahren die zentrale Fachbibliothek geworden, wo das wichtige deutsch- und fremdsprachige Schrifttum über den Rundfunk systematisch überprüft und gesammelt, fachlich und sachgemäß katalogisiert und für eine theoretische und praktische Beschäftigung mit dem Rundfunk bereitgestellt wird.

Diese Fachbibliothek umfaßt heute einen Bestand von rund 5000 Bänden, angefangen von allgemeinen Handbüchern, Einführungswerken und Wörterbüchern bis zu Jahrbüchern, Kalendern und Veröffentlichungen über Spezialfragen und Dissertationen. Dazu kommen noch als wesentliche Ergänzung und als notwendiges Mittel der Aktualisierung des Bestandes ungefähr 150 deutsche und ausländische allgemein-physikalische und rundfunktechnische Zeitschriften, ferner verschiedene kulturelle Rundfunk- und eine Vielzahl von Programmzeitschriften, die, wenn sie sich auch in vielem gleichen, wegen ihres redaktionellen und funktechnischen Teiles in dieser Bibliothek nicht fehlen dürfen. Die Fachbibliothek des deutschen Rundfunks ist heute nicht nur in der Lage, für den internen Betrieb das wesentliche Rundfunkschrifttum zur Verfügung zu stellen — sei es für den Techniker, den literarischen oder musikalischen Mitarbeiter, den Juristen oder den Mann der Verwaltung, den Programmgestalter oder den Sprecher des Zeitfunks —, sondern infolge ihrer Sonderstellung erfüllt sie neben ihren rundfunkeigenen Zwecken auch im gesamten deutschen Bibliotheksbetrieb wichtige und von ihr allein zu lösende Aufgaben als Bibliothek und bibliographische Auskunftsstelle über Fragen des Rundfunks auf senderechtlichem, urheberrechtlichem, funkgeschichtlichem, rundfunkpolitischem oder allgemeinkulturpolitischem Gebiet.

Eine grundlegende Erweiterung ihrer Ziele erfuhr die Fachbibliothek im August 1933. Es waren bis dahin an den Berliner Sendern keine Büchereien vorhanden, die in der Lage waren, die quellenmäßigen, bibliographischen und literarischen Unterlagen für ihre kulturpolitischen, künstlerischen und propagandistischen Aufgaben und Ziele zur Verfügung zu stellen oder sichere umfassende und schnelle Auskunft zu erteilen. So wurde es nötig, für die Bedürfnisse des Berliner Rundfunks eine eigene zentrale Bibliothek zu schaffen, die in Bestand und Aufbau die Forderungen erfüllen konnte, die die Sendung, insbesondere also alle künstlerischen und kulturellen Abteilungen an sie stellten. Infolgedessen wurden der Fachbibliothek die ganz anders gearteten Bestände der Büchereien des Deutschlandsenders und des Reichssenders Berlin zur zentralen Verwaltung angegliedert. Dadurch erwuchsen ihr Aufgaben, die mit ihrer ersten Bestimmung als Fachbibliothek nichts mehr zu tun hatten, und für deren Erledigung deshalb nur die allergeringsten bibliothekarischen Voraussetzungen gegeben waren. Durch die Zusammenlegung bekam sie über den begrenzten und festumrissenen Rahmen einer Fachbibliothek hinaus die neuartige und nur sehr lose zu umschreibende Aufgabe einer „Senderbibliothek". Als Grundlage der bibliothekarischen und bibliographischen Tätigkeit wurden in erster Linie die wichtigsten allgemeinen universalen Lexika und biographischen Nachschlagewerke, die umfassendsten allgemeinen und speziellen Bibliographien, alle wichtigen Fachlexika und Wör-

terbücher sowie Handbücher der verschiedensten Gebiete, Anonymen- und Pseudonymenverzeichnisse usw. angeschafft und zu einem brauchbaren bibliographischen Handapparat ausgebaut. Daneben wurde selbstverständlich der Bestand durch die wichtigsten Standardwerke ergänzt, so daß heute aus allen Epochen deutscher Geistes- und Kulturgeschichte die Hauptvertreter in ihren Originalwerken vorhanden sind. Rund 250 der wichtigsten kulturpolitischen, politischen und fachwissenschaftlichen Zeitschriften geben dem Bestand die wünschenswerte und notwendige Aktualität. Durch die systematische Erweiterung an Schrifttum aus allen Wissens- und Kulturgebieten, soweit es bibliographischen, allgemein unterrichtenden und quellenmäßigen Charakter trug, erhöhte sich die Zahl der Bände von rund 3000 im Jahre 1933 auf die heutige Zahl von 17 000 Bänden. Die Bibliothek ist heute für den Berliner Rundfunkbetrieb zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel geworden, und mit ihrer Hilfe wird ein sehr hoher Prozentsatz der literarischen Vorarbeiten für die Programmgestaltung aller Gebiete geleistet.

Es war selbstverständlich, daß mit der Vergrößerung des Bestandes seine katalogmäßige Inventarisierung und Erfassung Hand in Hand gehen mußte. Ein Alphabetischer Verfasserkatalog, dessen Aufnahmen nach den Regeln der Preußischen Instruktion erfolgen, und ein Alphabetischer Schlagwortkatalog helfen diese Aufgaben erfüllen. Während der erste keine besonderen Probleme stellte, mußte bei der Einrichtung des Schlagwortkataloges ein besonderer Weg gegangen werden. Wohl wurde das übliche Katalogschema als Gerüst verwandt, aber es konnte doch nur Rahmen sein, in dem sich ein persönliches, aus den Forderungen des Rundfunks sich entwickelndes System bilden mußte. Infolgedessen wurde der Aufbau eines engmaschigen Schlagwortkataloges mit zweckmäßigen jeweils aus der besonderen Lage sich ergebenden individuellen Einteilungen und Zusätzen in Angriff genommen. Die schlagwortmäßige „Verzettelung" des Buches, d. h. die bibliothekarische Aufteilung und Verwendung von Titel und Inhalt eines Werkes zur Einteilung im Katalog mußte weitreichend und vielseitig sein, um auch bei oft recht unbestimmten Fragen das Buch unter den verschiedensten Gesichtspunkten finden zu können. Als besonders vorteilhaft hat es sich erwiesen, im Schlagwortkatalog auch wichtige Zeitschriftenaufsätze zu verzeichnen, sowie ihn mit Hinweisen auf ganze bibliographische Zusammenstellungen u. ä., die in Büchern oder Zeitschriften versteckt sind, zu durchsetzen und ihn so bis zu einem gewissen Grade als Bibliographie zu benutzen.

Entsprechend dem Aus- und Aufbau der Bibliothek nahm auch die Benutzung in erfreulichem Maße zu. Wurden 1933 nur rund 2400 Bände dienstlich entliehen, so ist die Leihziffer 1936 auf rund 12 300 Bände gestiegen. Dazu kommt noch die starke Inanspruchnahme der Bibliothek als bibliographische und wissenschaftliche Auskunftsstelle.

Dr. Hans Richter.

Anläßlich seines fünfjährigen Programmbetriebes hat der Deutsche Kurzwellensender eine Reihe von kleinen Veröffentlichungen herausgegeben, unter denen die Broschüre des Intendanten **Dr. Kurt v. Boeckmann: „Von der Arbeit des Deutschen Kurzwellensenders"** auf nur zehn Seiten einen ausgezeichnet gegliederten, klaren und alle wichtigen Gesichtspunkte umfassenden Überblick über Vorgeschichte, Aufgaben und Zukunftspläne des Kurzwellensenders gibt. Die sachlichen und bestimmt gehaltenen Aufzählungen, die feinen Abwägungen und Formulierungen, die durchaus die wesentlichen Probleme des Programmbetriebes herausschälen, bilden die beste Übersicht, die auf knappen Raume über das gewaltige Arbeitsgebiet gegeben werden konnte.

Ein weiteres Heft von rund 50 Seiten **„Die Hörer gratulieren"** bietet eine einstweilige Auswahl aus überseeischen Zuschriften anläßlich des fünfjährigen Bestehens. Die Zuschriften geben ein eindringliches Bild über Wesen und Wirken des Senders, über seine Rolle im Leben der Auslandsdeutschen und der Ausländer aller Erdteile, die regelmäßig unseren Sender abhören. Es würde uns freuen, wenn die Reihe dieser Veröffentlichungen fortgesetzt würde.

In mehreren Sprachen wurde in kleinen, hübsch bebilderten Broschüren das hochwertige und geschmackvolle **Festprogramm** des Senders, das er vom 1. bis 10. April verbreitet, zusammengestellt. Die Hefte sind hübsche Erinnerungsbüchlein, deren Werbewert noch besser sein würde, wenn der Bilddruck klarer herausgearbeitet wäre. Der Bildbericht **„Deutscher, deine Heimat spricht zu Dir!"** zeigt dagegen ganz hervorragende Reproduktionen und gibt in Fotos und mehrsprachigem Text einen schönen Gesamtüberblick. Wgf.

Christel Reinhardt: Der Jugendfunk. Sein Aufbau und seine Aufgaben unter besonderer Berücksichtigung seines publizistischen Wirkungsstrebens (Schriftenreihe „Zeitung und Leben", hersg. v. Univ.-Prof. Dr. Karl d'Ester, München, Bd. 48). 1938. 130 Seiten.

Die Untersuchung, eine Münchener Dissertation, gibt einen Überblick über die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand des deutschen Jugendfunks. Bei der schnell zunehmenden Bedeutung, die heute allen Fragen und Einrichtungen der Jugend im gesamten öffentlichen Leben zukommt, ist es verdienstlich, wenn im Zusammenhang das Problem dargestellt wird, welche Wege und Brücken der Rundfunk zur Jugend finden kann. Freilich wird nur hier und da die Frage in dieser Breite gestellt; im wesentlichen bleibt sie eingegrenzt auf die vom Rundfunk geschaffene Sondereinrichtung des „Jugendfunks", der ausschließlich dem erwähnten Ziele dient, die Jugend anzusprechen und in den Kreis seiner Arbeit einzubeziehen. Diese Sicht nur vom Organisatorischen und Institutionellen her hat freilich in einer Beziehung einen fühlbaren Nachteil: Die theoretische Fundierung, die man von einer wissenschaftlichen Spezialuntersuchung erwartet, ist zu schmal, und es fehlt an der Aufspürung vieler wirklich fruchtbarer Probleme und entwicklungsfähiger Ansatzpunkte für Fortführung und Vertiefung der Jugendfunkarbeit, vor allem aber eine selbständige kritische Untersuchung ihrer Möglichkeiten und ihrer Grenzen — wenigstens in mehreren wichtigen Teilen der Darstellung. Wir tragen diesen Maßstab der Kritik nicht willkürlich von außen heran; denn in einem Kapitel, das einen Überblick über die Jugendfunkhörerschaft gibt, ist diese wissenschaftliche Grundlegung und Problemführung gut gelungen, indem die Verfasserin ihre Fragen in den größeren Zusammenhang der Erkenntnisse stellt, die die moderne Jugendpsychologie — vor allem in den Untersuchungen Eduard Sprangers — erarbeitet hat. Es wäre deshalb wünschenswert gewesen, wenn auch die übrigen Darlegungen über Aufbau und Wirkungsweise des Jugendfunks sich die Ergebnisse oder wenigstens die Untersuchungsmethoden der Psychologie oder Soziologie und auch der Pädagogik stärker zunutze gemacht hätten. Jedoch hat die Arbeit ein nicht zu unterschätzendes wichtiges Ziel erreicht: Es bietet eine geschlossene Materialsammlung mit vielen Literaturhinweisen. Wer einmal selbst Rundfunkliteratur bearbeitet hat, weiß genau, wie mühsam es ist, die sehr verstreuten Stoffe zu einer Übersicht nach klaren Gesichtspunkten zu formen, und er erkennt es deshalb auch dankbar an, wenn eine Arbeit wie die vorliegende erscheint, die eine geeignete Grundlage für die Bearbeitung jeder weiteren Einzelfrage auf dem Gebiet des Jugendfunks bietet.

W—e.

•

Air Law Review, Heft 3, 1937. Herausgegeben von Prof. Alison Reppy, Universität New York. Verlag: Washington Square East, New York City.

Die „Air Law Review" der Amerikanischen Akademie für Luftrecht enthält als einzige amerikanische Zeitschrift ständige Erörterungen über nationales und internationales Rundfunkrecht. Diese von wissenschaftlicher Gründlichkeit zeugenden Abhandlungen bieten nicht nur dem Rechtswahrer des Rundfunks Einblick in die Entwicklung des Rundfunkrechts der anglo-amerikanischen Staaten, sondern sie sind darüber hinaus ein getreues Spiegelbild der Rundfunkgestaltung überhaupt. Beweis hierfür ist der Leitartikel des dritten Heftes der „Air Law Review" in Jahrgang 1937. Rechtsanwalt R. Jardine Brown, der geschäftsführende Direktor der BBC., schildert das englische Verfassungsrecht und die Geschichte des Rundfunks in Großbritannien. Vom 14. November 1922, als der Generalpostmeister sechs englischen Firmen die Sendeerlaubnis erteilte, bis zum 1. Januar 1937, als der BBC. durch königlichen Erlaß die Sendeerlaubnis für weitere zehn Jahre erteilt wurde, ist es ein breiter, weiter Weg ... Er führt über die Berichte Sykes und Crawford zur Charter vom 20. Dezember 1926, welche für ein Jahrzehnt zur Grundlage des britischen Reichsrundfunks wurde. Brown versteht es dabei meisterhaft, die Hauptlinien der englischen Rundfunkentwicklung herauszuarbeiten. In wenigen, knappen Sätzen entsteht so ein Abriß der bis vor kurzem noch in Führung liegenden europäischen Rundfunkmacht, deren Teilnehmerzahlen inzwischen nur von Deutschland überflügelt wurden.

Die „Air Law Review" enthält außer Abhandlungen auch einen umfangreichen Textteil, der Gesetze, Verordnungen und Rechtsprechung vor allem der amerikanischen Staaten erstmalig und einmalig zur Veröffentlichung bringt. Diese Ausrichtung der amerikanischen Zeitschrift steht in Übereinstimmung mit dem deutschen „Rundfunk-Archiv" und der in Paris erscheinenden „Revue Internationale de la Radioélectricité".

Pridat-Guzatis.

Die Broadcasting Publications Inc, Washington, D. C. legt ihr **„Yearbook 1938"** vor, dessen Umfang in den letzten zwei Jahren um rund 100 Seiten vermehrt worden ist. (Die Hälfte des Buches, etwa 200 Seiten, sind allerdings Anzeigen.) Wie immer bietet das Sammelwerk einen ausgezeichneten Überblick über den Rundfunk in USA und Kanada, zahlreiche Zusammenstellungen nach den verschiedensten Gesichtspunkten — Hörerzahlen, Hörerdichte, Sendertabellen, wirtschaftliche Statistiken, Anschriften, Literaturnachweise, Besitzverhältnisse bei den Sendern usw. — bilden eine zuverlässige und umfassende Informationsquelle. In diesem Jahre ist eine übersichtliche Karte der Senderstandorte beigefügt. Das Jahrbuch ist die beste Grundlage für alle Arbeiten über den Rundfunk in den Vereinigten Staaten. Die auf der Havanna-Konferenz am 13. Dezember 1937 getroffenen Vereinbarungen sind im Wortlaut veröffentlicht worden; auf über 10 Seiten ist eine Wellenaufteilung von 10—300 000 kHz zusammengestellt. Wgf.

•

La Télevision. Son histoire, ses progrès et son avenir. Von J. van Reysschoot. (1937, Imprimerie Veuve Monnom, Brüssel.)

Eine kleine Schrift, die in großen Zügen sehr klar und verständlich das Wesen des Fernsehens erklärt, kurz auf seine Geschichte eingeht, den augenblicklichen Stand in den Ländern der Welt streift und Zukunftsmöglichkeiten aufzeigt. Die Broschüre ist besonders bemerkenswert, weil sich der Verfasser größter Objektivität befleißigt. Der Absatz über Deutschland z. B. beginnt wie folgt: „Deutschland, das dank seines berühmten Gelehrten Paul Nipkow die Wiege des Fernsehens ist, mußte eine der Hauptnationen sein, die sich für die neue Technik einsetzt." Der Verfasser sagt an anderer Stelle, daß die beiden einzigen Länder, in denen das Fernsehen wirklich etwas werden konnte, England und Deutschland seien, weil nur hier eine gewisse Standardisierung durchgeführt wurde, während die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten noch geradezu „chaotische" seien. Von den französischen Fernsehempfängern wird behauptet, daß sie sich in einem noch ziemlich „rudimentären" Zustande befänden und regelmäßige Fernsehsendungen zu erwarten blieben. Das italienische Fernsehen läge, gemessen an der englischen, deutschen und amerikanischen Technik, im Hintertreffen. Ein Abschnitt befaßt sich mit den Ländern, in denen das Fernsehen noch nicht eingeführt ist. Wir geben, da die Bemerkungen an dieser Stelle von allgemeinem Interesse sind, einen kurzen Auszug:

Australien: Einführung erst dann, wenn Erfahrungen in anderen Ländern gesammelt sind. — Österreich: Bis heute keinerlei offizielle Entscheidung. — Belgien: Weiß noch nicht, auf welches System es sich festlegen soll, Einführung steht jedoch bevor. — Kanada: Bisher ist noch nichts geschehen. — Tschechoslowakei: Noch keine offiziellen Versuche, abwartende Haltung. — Dänemark: Man scheint das Fernsehen einführen zu wollen, und zwar auf Grundlage englischer Erfahrungen. — Finnland: Nichts. — Holland: Kein öffentliches Fernsehen, aber bedeutsame Versuche der Firma Philips. — Ungarn: Es besteht die Absicht, einen Fernsehsender zu errichten. — Norwegen: Noch kein öffentlicher Fernsehdienst. — Polen: Einführung in nächster Zeit zu erwarten. — Portugal: Nichts. — Südafrika: Man wird sich mit dem Fernsehen erst befassen, wenn die neue Rundfunkgesetzgebung festliegt. — Schweden: Es wurden bereits verschiedene Versuche durchgeführt, doch gibt es noch keine Fernsehempfänger im Publikum. — Schweiz: Steht vor der Einführung. — Sowjetrußland: Moskau sendet, aber nur mit 30 Zeilen und 25 Bildern!! Ein neuer Sender mit 240 Zeilen ist in London bestellt worden.

Der Verfasser schließt seine Ausführungen mit einer optimistischen Betrachtung der Zukunftsmöglichkeiten des Fernsehens.

Bü.

Anschriften: M. van Soust de Borkenfeldt, Brüssel, rue de Bastion, Institut National Belge de Radiodiffusion. – Paul Borsinger, Bern, Schweizerische Rundspruchgesellschaft, Neuengasse 30. – Hans Falck (über Schriftleitung zu erreichen). – Direktor W. G. Kuyck, Amsterdam, Keizersgracht 562 (NIROM). – Habibur Rahman, Berlin-Halensee, Paulsbornerstr. 20. – Dr. Hans Richter, Berlin-Charl. 9, Adolf-Hitler-Platz (Bücherei RRG., Amerika-Haus). – Dr. Kurt Wagenführ, Berlin-Charl. 4, Schlüterstr. 38.

KLAUS MEHNERT:

USA. annektiert pazifische Inseln

Die Walfischer von Nantucket

Im März 1938 ist Edward A. Stackpole ein reicher Mann und angesehener Bürger von Nantucket geworden. Nantucket — Insel und Städtchen gleichen Namens — ist heute ein beliebter Sommerkurort für die Bewohner Neu-Englands, eine Art amerikanisches Sylt, aber vor hundert und mehr Jahren war es der Heimathafen kühner Yankeefischer, die von hier aus alljährlich in alle Welt auf Walfang zogen. Manch spannendes Garn ist in Nantucket an Winterabenden von den glücklich Heimgekehrten gesponnen worden, von neubefahrenen Meeren und neuentdeckten Inseln, und einige dieser Geschichten fanden auch Aufnahme in das kleine Lokalblättchen „Nantucket Inquirer and Mirror", das seit 1821 die lesekundigen Bewohner der Insel über das Weltgeschehen auf dem laufenden hielt. So bilden die vergilbten Jahrgänge der Zeitung eine spannende Lektüre, in die sich ein Angestellter des Blattes, Mr. Stackpole, in den letzten Jahren viele Abende versenkte.

Vielleicht wurde sein Interesse an den alten Papieren weiter gehoben, als er vor zwei Jahren feststellte, daß er nicht der einzige war, dessen „hobby" im Durchstöbern alter Zeitungen und Dokumente bestand. Es tauchten einige Herren auf, die große Teilnahme an dem Schicksal längst zu Staub zerfallener Walfischfänger bekundeten und von denen gemunkelt wurde, sie seien im Hauptberuf britische Seeoffiziere (New York Times, 3. März 1938). Dann erschienen andere, die offensichtlich denselben Beruf in der US.-Navy ausübten, und ebenfalls in die Archive des erstaunten Blättchens tauchten. Es ist uns nicht bekannt, wieweit Mr. Stackpole die Absichten dieser sonderbaren Sommerfrischler durchschaute, aber das Rätsel löste sich für ihn, als zur Überraschung der Welt am 3. März 1938 Präsident Roosevelt folgende „Order" unterschrieb (New York Times, 6. März 1938):

„Kraft und gemäß der mir als Präsident der Vereinigten Staaten verliehenen Autorität ist angeordnet, daß Canton Island, ein 50 bis 600 Yard breites und eine etwa 9 Meilen lange Lagune umschließendes Korallenatoll, gelegen im Pazifischen Ozean ungefähr auf der südlichen Breite 2° 49′ und der Länge 171° 43′ westlich von Greenwich; sowie Enderbury Island, $2^1/_2$ Meilen lang und eine Meile breit, gelegen im Pazifischen Ozean etwa auf der südlichen Breite 3° 7′ und auf der Länge 171° 3′ westlich von Greenwich, hiermit reserviert, beiseitegesetzt und unter die Kontrolle und Gerichtsbarkeit des Sekretärs des Inneren gestellt werden soll und ist."

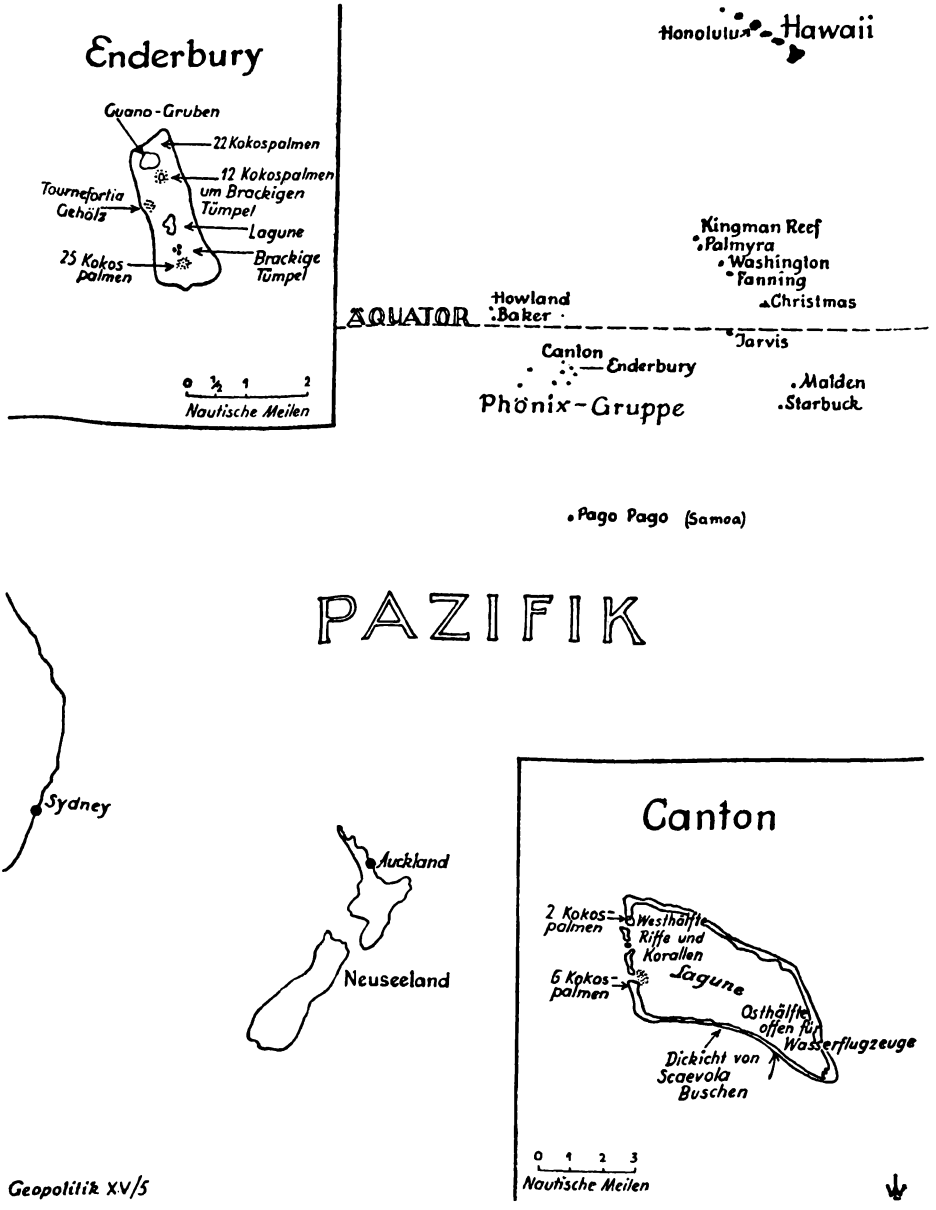
Kein Wunder, daß Journalisten sich eiligst nach Nantucket begaben, als sich herausstellte, daß die amerikanische Regierung ihren Anspruch auf die Insel erst erhob, nachdem sie in den Archiven des Kurorts deren erstmalige Entdeckung durch die Walfischfänger von Nantucket festgestellt hatte. Mr. Stackpole wurde ein vielbegehrter Mann, der alle Hände voll zu tun bekam und Amerikaner genug war, um die Gelegenheit nicht vorübergehen zu lassen, unter eigenem Namen ausführliche Artikel über die Geschichte der Walfischerei im Pazifik der Presse zu verkaufen. Auf Grund seiner Aufsätze (der eingehendste in der New York Times vom 13. März 1938) und des Materials, das mir die hiesige, für die neuen Inseln zuständige Behörde zur Verfügung stellte, ergibt sich über die Geschichte der beiden Inseln folgendes Bild:

Seit 1818 gingen die Walfischer von Nantucket auch zwischen den Inseln des südlichen und mittleren Pazifik ihrem schweren Beruf nach. Auf jeder Fahrt entdeckten sie neue Inseln und benamten sie nach sich, ihren Eheliebsten oder was ihnen sonst in den Kopf kam. 1823 kam Kapitän James Coffin aus Nantucket auf einem englischen Fangschiff zu einer der acht Inseln der Phönixgruppe und taufte sie wohl nach dem Namen des Londoner Walhändlers Enderby (jetzt gewöhnlich Enderbury geschrieben). Etwa zur gleichen Zeit benannte einer seiner Landsleute eine andere Insel der Gruppe Mary's Island. (Später erhielt sie den Namen Canton Island, weil ein Walfangschiff dieses Namens aus dem Nantucket benachbarten Fischerdorf New Bedford dort 1854 Schiffbruch erlitt.) Ob dies wirklich die ersten weißen Entdecker waren, wird schwer sein je mit Sicherheit festzustellen, da das Wort „entdeckte" cum grano salis zu nehmen ist. So hören wir z. B., daß ein gewisser Charles Wilkes im Sommer 1840 in derselben Phönixgruppe nicht nur Hull Island „entdeckte", sondern auch gleichzeitig auf ihr einen kranken Franzosen in Begleitung von einem Dutzend Tahitier.

Guano

In den dreißiger und vierziger Jahren verloren die Inseln vorübergehend an Bedeutung, da das Aussterben der Wale die Fischer weiter nach dem Norden trieb, bis um die Mitte des Jahrhunderts das von Generationen von Vögeln auf ihnen abgelagerte Guano ein von der Landwirtschaft Amerikas begehrtes Düngemittel wurde und sich zahlreiche Gesellschaften zu ihrer Ausbeutung bildeten. Um Amerikanern den Gewinn zu sichern, nahm der Kongreß 1856 die sogenannte Guano-Akte an. Danach konnten Inseln, die keinem andern Staat gehörten und auf denen amerikanische Staatsbürger Guanolager fanden, von diesen in Besitz genommen und nach dem Belieben (discretion) des Präsidenten als den Vereinigten Staaten zugehörig angesehen werden. Der Wortlaut läßt es wahrscheinlich erscheinen, daß solche Inseln, die, abgesehen von Guano, als ganz wertlos galten, nur für die Dauer der Ausbeutung ihrer Guanolager von Interesse waren und nicht als integrierender Bestandteil amerikanischen Territoriums betrachtet wurden. (Far Eastern Survey, 23. März 1938.) Unter den Inseln, auf welche die Guano-Akte in Anwendung gebracht wurde, gehörten auch sechs von den acht der Phönixgruppe, einschließlich Canton und Enderbury. 1859 begann die Verfrachtung des gewonnenen Guano, der Betrieb wuchs rasch, 1870 wurden von den Phönixinseln 6000 Tonnen transportiert und 1876 arbeiteten allein auf Enderbury 4 Weiße und 55 Hawaier an der Guanoausbeutung. Aber im nächsten Jahre zogen die Amerikaner ab, und wieder blieben die Inseln sich selbst und den Vögeln überlassen.

Anfang der achtziger Jahre kamen Engländer, eine Londoner Firma, John T. Arundel & Co. Das war in der Epoche rascher kolonialer Ausdehnung der europäischen Großmächte und im Zuge dieser Entwicklung, wohl auch auf Bitten von Arundel & Co. wurde auf den meisten Inseln der Phönixgruppe — ob auch Canton und Enderbury, ist hier mit Sicherheit nicht festzustellen — die britische Flagge gehißt und das Protektorat erklärt, ohne daß unseres Wissens USA. deswegen protestiert hätte. Seit damals gelten die Phönix-Inseln als britische Besitzung und sind als solche auf den meisten Karten verzeichnet, sogar auf der neuesten amerikanischen, der ausgezeichneten im Dezember 1936 in Washington erschienen Karte der



National Geographic Society „Pacific Ocean". 1899 pachtete die Pacific Islands Co (Sydney) zwei Inseln, darunter Enderbury, und 1916 die Samoan Shipping and Trading Co die sechs übrigen mit Canton Island auf 87 Jahre zur Gewinnung von Kopra.

Wie konnte es kommen, daß diese winzige Inselgruppe, die außer Guano und einigen Kokospalmen nichts zu bieten und deren staatliche Zugehörigkeit niemand besonders beschäftigt hatte, plötzlich politische Bedeutung erlangte und den ame-

rikanischen Präsidenten zu der auffallenden Aktion veranlaßte, britische Besitzungen dem amerikanischen Innenministerium zu unterstellen? Für unsere Leser ist diese Frage leicht zu beantworten. Nicht der Vogelmist der beiden Inseln trieb amerikanische Marineoffiziere in die Archive von Nantucket und den Präsidenten zur diplomatischen Spannung mit Großbritannien, sondern ihre luftstrategische Bedeutung.

Washingtons neue Doktrin

Nach der Eröffnung der Fluglinie der Pan-American Airways San Francisco—Hawai—Midway—Wake—Guam—Manila (deren einmal wöchentlich in jeder Richtung fliegender „Klipper" auch diesen Bericht nach San Francisco zum Anschlußflugzeug nach New York befördern wird) ist USA. gegenwärtig dabei, die Zweiglinie Hawai—Kingman Reef—Pago Pago (Samoa)—Auckland (Neuseeland) auszubauen. Der regelmäßige, auf zwei Flüge monatlich abgestellte Dienst, war (für die ersten Monate nur für Post, später auch für Passagiere) im Dezember 1937 aufgenommen worden, ist aber nach dem Absturz des Samoa-Klippers am 12. Januar 1938 vorübergehend eingestellt. Der weitere Ausbau der Strecke ist dadurch natürlich nicht aufgehalten, vielmehr hat das Bestreben, zu den wenigen vorhandenen noch neue Flugstützpunkte unter amerikanischer Flagge zu schaffen, durch das Unglück einen neuen Anstoß erhalten.

Auf die luftpolitische Entwicklung des Pazifik näher einzugehen, sei einer besonderen Studie vorbehalten, hier genüge es zum Verständnis der neuen amerikanischen Expansionspolitik (in einem Washington-Bericht der New York Times vom 5. März „die größte Übersee-Expansion in der amerikanischen Geschichte" genannt), darauf hinzuweisen, daß bis vor drei Jahren USA. von Hawai nach Süden nur Kingman Reef, Palmyra und Samoa als mögliche eigene Flugstützpunkte zur Verfügung hatte. Amerika besitzt Samoa seit der Teilung mit Deutschland 1900; das von dem amerikanischen Schiff „Palmyra" 1802 entdeckte Palmyra seit 1898 als Bestandteil der damals annektierten Hawaischen Inseln. (Palmyra besteht in sich selbst wieder aus 53 Inselchen, deren größte nur 47 acres Fläche hat.) Und Kingman Reef, ein niedriges, kaum aus dem Wasser ragendes Riff, ursprünglich von dem amerikanischen Kapitän Kingman entdeckt, aber wegen seiner Beschaffenheit bis 1921 als „existence doubtful" bezeichnet; 1922 unter Flaggenhissung annektiert.

Das ist nicht viel für die ehrgeizigen Pläne der amerikanischen Fluggesellschaften. Aber zum Glück für sie steht das Department of State in Washington auf dem Standpunkt, daß es im Stillen Ozean zweierlei Inseln gibt: solche, die eindeutig Amerika, Großbritannien, Frankreich usw. gehören und zu denen wohl auch die Deutschland genommenen Mandatsinseln gerechnet werden, und solche, deren staatliche Zugehörigkeit in den Augen Washingtons rechtlich keineswegs feststeht, darunter in erster Linie die Gruppen am Äquator. Da Washington nie die Oberhoheit Englands über diese Inseln anerkannt hat, betrachtet es britische Hoheitserklärungen als lediglich einseitige Akte ohne internationale Rechtskraft. Amerika vertritt die Ansicht, daß nicht die theoretische Hoheitserklärung, sondern nur Entdeckung und dauernde Besetzung völkerrechtlich gültigen Anspruch auf ein Territorium verleiht.

Diese, die Besitzverhältnisse im Stillen Ozean revolutionierende Theorie hat Amerika nicht mit dem Gewicht einer Monroe-Doktrin proklamiert, aber in der Praxis nun schon zweimal in Anwendung gebracht. Das erstemal am 20. Mai 1935, als es

die drei Inseln Jarvis, Baker und Howland annektierte. Jarvis, die größte unter ihnen, liegt fast genau im Zentrum des Pazifik, Baker und Howland etwa 1000 Meilen westlich. Am Tage der Annexion setzte der in Honolulu stationierte Küstenwachkutter „Itasca" (2000 t), um den Tatbestand der „Besetzung" zu schaffen, je vier junge Hawaier, Schüler der Kamahameha-School in Honolulu, auf den drei Inseln aus. Auf den elf seither nach diesen Inseln von Honolulu durchgeführten Fahrten wurden die Jungen jeweils nach einigen Monaten Dienst als Robinsons wieder heimgeholt und durch andere Kameraden abgelöst. Allmählich sind Gebäude errichtet worden, Wetterstationen, Radio, und auf Howland haben die jungen Kolonisten mit Hilfe mühselig gelandeter Traktoren drei Fluglandeplätze in verschiedenen Windrichtungen angelegt, je 150 Fuß breit und 2400, 3000 und 5200 Fuß lang.

Der nächste Schlag erfolgte genau drei Jahre später mit der Order des Präsidenten vom 3. März 1938.

Canton und Enderbury

Was hat USA. mit der Annexion der beiden letzten Inseln gewonnen? Wie sind die beiden Inseln beschaffen, über denen nun im Passatwind das Sternenbanner flattert? Von den hiesigen zuständigen Behörden freundlich zur Verfügung gestelltes Material gibt die Antwort:

Die Phönix-Gruppe liegt hart südlich des Äquators zwischen dem 170. und 174. westlichen Längegrad, nur um ein paar Meilen westlich von einer mit dem Lineal gezogenen Linie Hawai—Auckland. Canton Island, die nördlichste Insel der Gruppe ist ein Atoll, ein schmaler, 50—600 Yard breiter Landrand, der eine etwa 8 Meilen lange und fast 4 Meilen breite Lagune umschließt (siehe Skizze). Dieser Rand ragt 10—20 Fuß aus dem Meere und ist mit niedriger Vegetation, Büschen und einigen Kokospalmen bewachsen. Vier Zugänge, alle im Westen gelegen, öffnen die Lagune. Davon sind zwei ganz trocken, einer nur knietief und lediglich der vierte und südlichste tief genug, um ein Ruderboot durchzulassen, jedoch im Innern von so zahlreichen Riffen und Korallen umlagert, daß auch er kaum zu gebrauchen ist.

Dieses Atoll, das als Schiffshafen nicht in Frage käme oder nur durch sehr umfangreiche und kostspielige Sprengungen brauchbar gemacht werden könnte, ist ein idealer Flugplatz. In erster Linie und ohne irgendwelche weiteren Investitionen natürlich für Wasserflugzeuge. Im Unterschied von der mit Riffen durchsetzten Westhälfte der Lagune ist die östliche ganz frei von ihnen und bietet Flugzeugen ein geschütztes Bassin von drei Meilen Länge und einer Meile Breite. Die Bedeutung von Canton Island erhöht sich weiter dadurch, daß es auch für Landflugzeuge mit geringen Kosten einen Flughafen abgeben würde. Der größte Teil des Atoll-Randes ist flach und hart; schon heute könnten Landflugzeuge auf der Westhälfte der Nordseite ohne weiteres landen und mit zusätzlicher Arbeit ließen sich Bahnen in den verschiedenen Richtungen des Windes anlegen. Mit diesen Eigenschaften ist Canton Island eine von der Natur geschaffene erstklassige Flugbasis gerade an der richtigen Stelle des Stillen Ozeans.

Enderbury Island ist nicht ganz so günstig und wohl nur aus strategischen Gründen mit annektiert. Die Insel liegt 36 Meilen südöstlich von Canton Island, ist drei Meilen lang und im Durchschnitt weniger als eine Meile breit. Sie erhebt sich am Rande etwa 15—20 Fuß über den Meeresspiegel und hat in der Mitte eine Mulde.

Im Westen erhebt sich ein Hügel 18—20 Fuß über das übrige Niveau. Enderbury hat etwas mehr Vegetation, einige Morgen sind mit Tournefortia-Bäumen bedeckt. Etwas südlich der Mitte befindet sich eine Lagune, die sich aber für Wasserflugzeuge nicht eignet, da sie, obgleich fast eine Meile lang und 200—300 Yard breit, nur ein paar Fuß tief und mit einigen flachen Sandinseln gefüllt ist. Bei den ausgezeichneten Eigenschaften von Canton ist kaum anzunehmen, daß sich die Sprengungskosten für die Schaffung eines Wasserflughafens lohnen würden, doch ist denkbar, daß Canton in erster Linie für Wasser- und Enderbury für Landflugzeuge ausgebaut wird.

Bei der Beurteilung der beiden Inseln als Flughäfen kommen noch einige weitere Gesichtspunkte in Frage: Günstig ist ihre meteorologische Lage. Es ist beobachtet worden, daß heranziehende Stürme durch die gewöhnlich über den Inseln vorhandene Säule heißer Luft gespalten werden und die Gruppe umgehen. Das hat aber den Nachteil geringer Regenmenge (knapp 6—10 inches im Jahr) und damit des Mangels an Trinkwasser. Enderbury hat einige brackige Wasserlöcher, Canton nicht einmal das. Die Hitze dagegen ist trotz der Nähe des Äquators wegen der herrschenden Passatwinden erträglich. Von den acht Inseln der Gruppe sind zu verschiedenen Zeiten alle kürzer oder länger bewohnt gewesen, sogar von Frauen und Kindern.

Eine erhebliche Schwierigkeit liegt in der ungünstigen Landemöglichkeit für Schiffe. Wegen der Riffe und Brandung ist nicht nur das Herankommen der Schiffe ans Land unmöglich, sondern auch das Ankern wegen des steil abfallenden Meeresbodens gefährlich. Aber so wenig das die Guano-Händler abhielt, so wenig werden sich die Vereinigten Staaten im Ausbau der beiden Inseln stören lassen.

Und England?

So sind die beiden Inseln wohl einen kleinen diplomatischen Zwischenfall mit den britischen Vettern wert. Und dieser Zwischenfall ist im Augenblick, da diese Zeilen abgefaßt werden, noch keineswegs behoben. Nach der amerikanischen Aktion in Jarvis, Howland und Baker vor drei Jahren merkten die Engländer, daß etwas in der Luft lag, und um sicher zu gehen, erließ der König am 18. März 1937 eine Proklamation, wonach die gesamte Phönix-Gruppe zu Großbritannien gehöre. Das verhinderte nicht einen ersten leichten Zusammenstoß, als anläßlich der großen Sonnenfinsternis vom 8. Juni 1937 sowohl eine amerikanische als eine neuseeländische, also britische, Forschungsexpedition Canton Island für ihre Beobachtungen wählten und dort landeten. Als die Amerikaner — eine gemeinsame Expedition der Marine und der National Geographic Society — einige Wochen vor der Finsternis von der „Avocet" landeten, stellten sie fest, daß sechs Monate vorher ein kleines neuseeländisches Kriegsschiff (sloop of war), die „Wellington", den Union Jack auf Canton gehißt, die Insel im Namen des Königs in Besitz genommen hatte und wieder abgedampft war. Kurz nach Ankunft der amerikanischen Expedition kam die „Wellington" wieder mit einer Gruppe neuseeländischer Forscher. Ihrem Verlangen, daß die Amerikaner die Insel räumen sollten, leisteten diese keine Folge. Infolgedessen waren die Beziehungen zwischen den beiden Expeditionen offiziell, wenn auch nicht persönlich, etwas gespannt, vor allem auch, als die Amerikaner ein Denkmal aus Stein mit einer Nachahmung des Sternenbanners aus Metall er-

richteten. Als die Sonne ihr Abenteuer hinter sich hatte, fuhren beide Expeditionen nach Hause und die Inseln waren wieder sich selbst überlassen, bis sie die Order Roosevelts aus dem Schlafe riß.

Um ihren Anspruch auf die Inseln durch Tatsachen zu erhärten, sind von Hawai aus unmittelbar nach der Erklärung des Präsidenten vier Hawaier auf Enderbury und sieben auf Canton abgesetzt worden, die sich auch jetzt dort als „Kolonisten" befinden. Übrigens hat Amerika auch Weiße genug, die sich zur Ansiedlung auf die Inseln melden. Beim Besuch der hiesigen zuständigen Behörde fand ich den Beamten bei der Durchsicht von Bewerbungsschreiben, in denen Leute, z. B. ein unverheiratetes Pärchen aus New York, sich dringend als Kolonisten empfahlen und ausgesetzt zu werden baten.

Die Rechtslage ist somit recht kompliziert. Amerika gründet seine Ansprüche auf die Heldentaten der wackeren Männer von Nantucket, auf die Guano-Akte von 1856, die Ausbeutung durch amerikanische Guano-Gesellschaften und die Order vom 3. März. England auf die Flaggenhissungen von 1889—1892 (obgleich diese möglicherweise gerade auf den beiden strittigen Inseln nicht erfolgten) und vor allem auf die Proklamation des Königs vom März 1937.

Die juristische Seite der Angelegenheit ist in diesem Falle aber nebensächlich, da sie in erster Linie politisch zu werten ist. Es ist wohl anzunehmen, daß England gute Miene machen wird. Bei der Weltlage in Europa und Fernost kennt Washington seinen Preis für England recht gut. Am 4. März — also noch vor der am 5. erfolgten Veröffentlichung der Order — machte der Washingtoner Korrespondent der New York Times, wohl nicht ohne Andeutung von oben, in seinem Bericht über die Möglichkeit einer Annexion im Pazifik die vielsagende Bemerkung: „In der letzten Zeit hat die britische Regierung sich recht begierig gezeigt, daß die Vereinigten Staaten im Hinblick auf die kritische Lage in Fernost und die guten Beziehungen zwischen Washington und London größere Verantwortung im Stillen Ozean übernehmen." Damit ist gesagt, was wohl auch der neue amerikanische Botschafter in London zu betonen nicht versäumt hat, daß England es durch Konzessionen an Amerika, wie die Preisgabe der beiden Inseln, in der Hand habe, USA. stärker für den Fernen Osten zu engagieren.

Hält man die Insel-Annexionen im Pazifik, die sichtlich wachsende Opposition gegen die bevorstehende Unabhängigkeit der Philippinen, die neuerdings angemeldeten Ansprüche in der Arktis und Antarktis, den Umfang der Befestigungen von Hawai und der gegenwärtigen riesigen Flottenmanöver hier zusammen, so ergibt sich durchaus die Möglichkeit, daß die sonderbar sprunghafte amerikanische Außenpolitik wieder an einem Wendepunkt angelangt ist und statt zu dem allgemein angenommenen Rückzug aus Übersee, zu neuer Expansion führt. Der Nachdruck, mit dem hier betont wird, daß mindestens siebzig weitere Inseln im Pazifik den Walfischern aus Nantucket und anderen benachbarten Fischerdörfern ihre Entdeckung verdanken oder unter die Guano-Akte fielen, legt die Vermutung nahe, daß die Annexionen von 1935 und 1938 lediglich ein Anfang sind. Die Inseln Washington, Fanning, Christmas, Starbuck, die sechs übrigen der Phönix-Gruppe sowie Clipperton (ca. 600 Meilen südwestlich von Mexiko und wichtig für den Kalifornia-Südamerika-Flugdienst, zur Zeit allgemein als französisch angesehen) wären dann das nächste logische Ziel.

ZBIGNIEW DOMANIEWSKI:

Geopolitische Grundlagen der Industrialisierung in Polen[1])

Polen konnte bis in die Neuzeit hinein als Bauernstaat gelten. Schon die Tatsache, daß die Bauernbevölkerung noch heute rund 60% der Gesamtheit ausmacht, charakterisiert eine Wirtschaftsstruktur, die nur in beschränktem Umfange von der industriellen Entwicklung im 19. und im Anfange des 20. Jahrhunderts beeinflußt worden ist.

Heute erfolgt aber eine weitgehende Wandlung. Der wirtschaftliche Charakter des modernen Krieges, die fast völlige Zertrümmerung und Auflösung der einstigen arbeitsteiligen Weltwirtschaft gaben den verantwortlichen Männern Polens einen starken Antrieb zu weitgehender staatlicher Förderung der Industrialisierung. Zur unmittelbaren und eigenstaatlichen Notwendigkeit aber wurde sie vor allem durch die binnenwirtschaftliche Entwicklung. Eine „allzu überwiegende Landwirtschaft" könnte nur „auf Kosten der höheren Kulturforderung" (Kjellén) bestehen, ja die Wirtschaft in ihrer bisherigen Form müßte einfach ersticken. Denn in diesem fast rein agrarischen Staat reicht der Boden als Lebensgrundlage für das Bauerntum nicht aus.

Der Zuwachs der Dorfbevölkerung ist stark. 1921—1930 betrug er im jährlichen Durchschnitt 281 900 (12‰) und 1931—1936 260 800 (10,6‰) — Zahlen, die nicht nur durch natürliche Fruchtbarkeit, sondern auch durch fast völlige Stockung der Abwanderung bedingt sind. Vor dem Weltkrieg war zwar die Volksvermehrung auf dem Gebiete des heutigen Polens noch stärker, aber damals waren die Städte u. a. dank lebhaften Kapitalzuflusses aus dem Westen in blühender Entwicklung und konnten die überschüssige Landbevölkerung aufnehmen, die überseeischen Länder öffneten gastfreundlich ihre Tore allen Einwanderern, und Deutschland beschäftigte Jahr um Jahr Hunderttausende von polnischen Landarbeitern (Sachsengänger). Nach dem Kriege aber hörte der Zustrom fremden privaten Investitionskapitals fast völlig auf; damit waren die Städte der wesentlichen Antriebskraft zu ihrer Entwicklung beraubt. Die Industrie verlor ihren natürlichen Absatzmarkt im russischen und deutschen Hinterland und vermochte nicht mehr, dem überschüssigen Landvolk Brot und Existenz in den Fabriken zu bieten. Von den überseeischen Ländern schloß eines nach dem andern (Nordamerika!) die Kolonisationsgebiete. Die nächste Folge dieser Entwicklung äußerte sich darin, daß die heranwachsende polnische Bauernjugend weder im In- noch im Ausland Arbeit fand, sondern in ihrer Heimat bleiben mußte. Selbst zur Zeit der weltwirtschaftlichen Hochkonjunktur 1926—1929 hatte Polen Jahr für Jahr einen Zuwachs von etwa 150 000 arbeitslosen jungen Bauern. Diese Lage verschärfte sich zusehends, als später die Städte, die 1921—1930 etwa 42,4%, aber 1931—1936 nur 23,3% des Volksüberschusses aufnahmen, selber in wirtschaftliche Stagnation gerieten.

Die heranwachsende Bauernjugend bleibt also infolge der geringen Arbeitsmöglichkeiten der Städte und der sehr beschränkten Auswanderungsgelegenheiten seit einigen zehn Jahren im heimatlichen Dorf. Sie bildet hier eine im volkswirtschaftlichen Sinne arbeitslose Schicht, obschon diese Menschen tatsächlich Arbeit leisten und in keiner amtlichen Statistik als Arbeitslose geführt werden. Nach Angaben des polnischen Landwirtschaftsministeriums entfallen gegenwärtig auf eine Fläche von 100 Berechnungshektar in Estland 37, Dänemark 38, Deutschland 51, Ungarn 63, Tschechoslowakei 68, Schweden 73, in Polen aber 88 Menschen, die von der Landwirtschaft leben. Das ist die höchste Ziffer in ganz Europa. Stellt man

1) Die Unterlagen für die Karten entstammen dem Planungsbüro beim polnischen Finanzministerium.

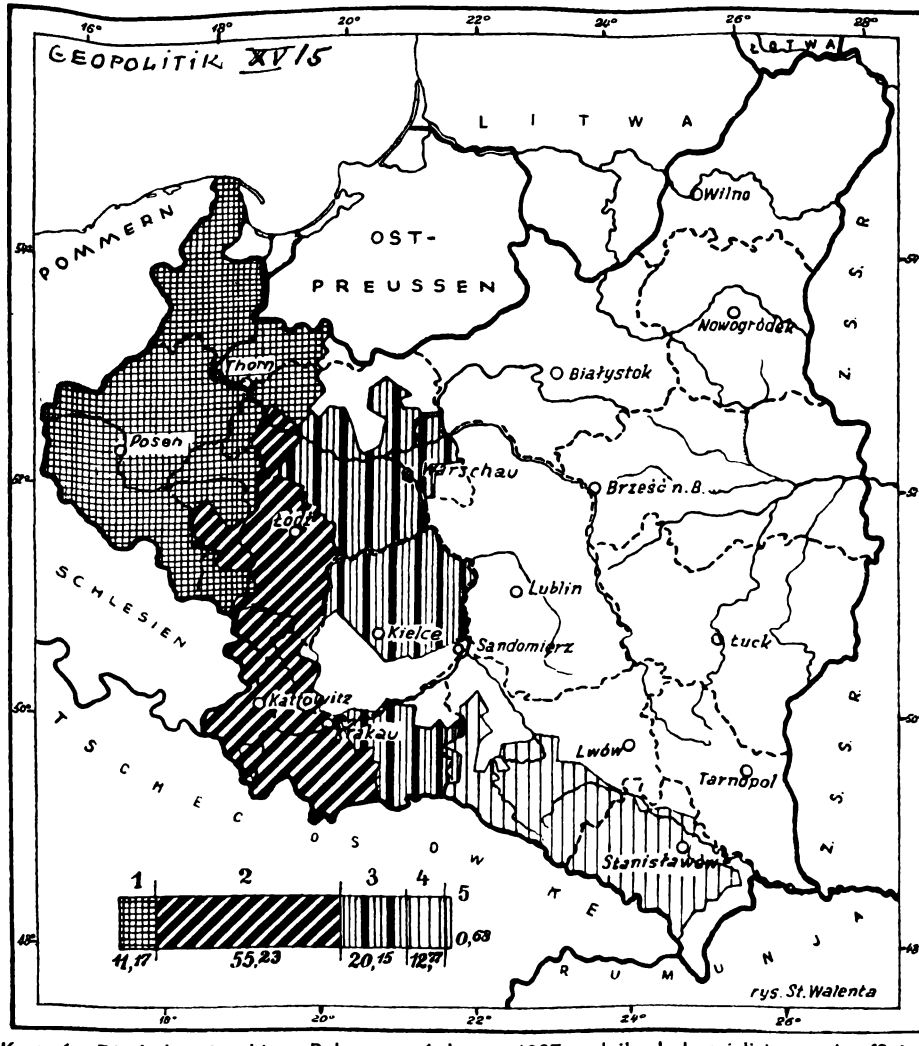
nun gewisse Grundsätze auf, nach denen die auf den polnischen Bauernhöfen lebenden ersten, zweiten bzw. weiteren Söhne als wirtschaftlich unnötig erscheinen, oder setzt man ein wirtschaftliches Optimum der bäuerlichen Volksdichte fest, so haben wir hier die schwere Situation vor Augen, daß es im polnischen Dorf 1,2—2,2 Millionen Männer im Alter von 18—60 Jahren, oder, die zugehörigen Familien eingerechnet, etwa 5—8,8 Millionen Menschen zuviel gibt[1]). Diese überflüssige Masse stellt rund 25—44% der gesamten Bauernbevölkerung Polens dar! Sie könnten aus dem landwirtschaftlichen Produktionsprozeß getrost herausgelöst werden, ohne daß dadurch die geringste wirtschaftliche Störung verursacht würde; höchstens müßten die, die auf den Höfen blieben, die volle Arbeit ausführen.

Die Gefahren aus dieser raumbedingten Lage sind ernst. Die Tatsache, daß 100 Bha 88 Menschen (bzw. 100 ha 80 Menschen) ernähren müssen, bevor der Überschuß an Bodenprodukten auf den Markt gebracht wird, zwingt zur selbstverständlichen Annahme, daß im Vergleich zu andern Ländern der polnische Bauer angesichts des niedrigeren Hektarertrags (Roggen: Polen 10,9 q — Deutschland 17,4 q pro ha; Kartoffeln: 113,7 und 156,2, beides in den Jahren 1931/32 bis 1935/36) auf viel notwendige Nahrung verzichten muß, um überhaupt etwas verkaufen zu können. Diese ungenügende Ernährung in Verbindung mit den allgemeinen unhygienischen Folgen der starken Bevölkerungsdichte bei niedrigem Lebensniveau müssen, falls der Zustand längere Zeit andauerte, naturgemäß die biologischen Qualitäten der 60% Bauerbevölkerung stark beeinträchtigen. Noch bedenklicher, da unmittelbar und auf kurze Sicht gefährlich, erscheint aber die Tatsache, daß Millionen arbeitsfähiger Männer und Frauen keine Arbeit oder nur Halbarbeit leisten. Sie sind mit ihrem ziellosen, unbefriedigten Dasein der gegebene Nährboden für die Saat moralischer Zersetzung und der Urgrund politischer und sozialer Unruhe. Wenn diesem Zustand nicht rechtzeitig ein Ende gemacht wird, so könnte gerade das Dorf, das doch sonst in der ganzen Welt und in jedem Volk die verläßliche Stütze der staatlichen Ordnung und der vernünftigen Mäßigung darstellt, sich in Polen zu einer Quelle von Gefahren ausbilden. Anderseits wieder ist heute das Dorf in Polen ein fast unerschöpflicher Born von Arbeitskräften für eine großzügige Industrialisierung des Landes. Es stehen ohne weiteres 2,5 bis 4,5 Millionen Männer und Frauen der wachsenden Industrie zur Verfügung bei einer Gesamtzahl von 2,8 Millionen Arbeitern, die heute die polnische Industrie beschäftigt. Und gar für Kriegszeiten mit ihren ungeheuren Anforderungen an die menschliche Arbeit stellt diese bisher ungenützte Menschenmasse einen beachtlichen potentiellen Kraftfaktor dar.

Das Problem der wirtschaftlichen Entwicklung Polens führt, vom bevölkerungspolitischen Standpunkt aus gesehen, in erster Linie zum Problem der Arbeitsbeschaffung für die Millionen „ökonomisch arbeitsloser" Bauern. Die vielberufene Innenkolonisation kann nur wenigen von ihnen Arbeitsraum und Existenz beschaffen.

---

1) Den agrarischen Bevölkerungsüberschuß berechnen verschiedene polnische Wirtschaftsforscher von Ruf verschieden. Über dieses Thema wird seit drei Jahren in der Fachpresse eine umfangreiche Polemik geführt, besonders die hohe Ziffer von 8,8 Mill., die Józef Poniatowski aufgestellt hat, wird allseits stark aufgezweifelt. Die Ziffer von 5 Mill. ist von Dr. Rajmund Buławski aufgestellt worden.



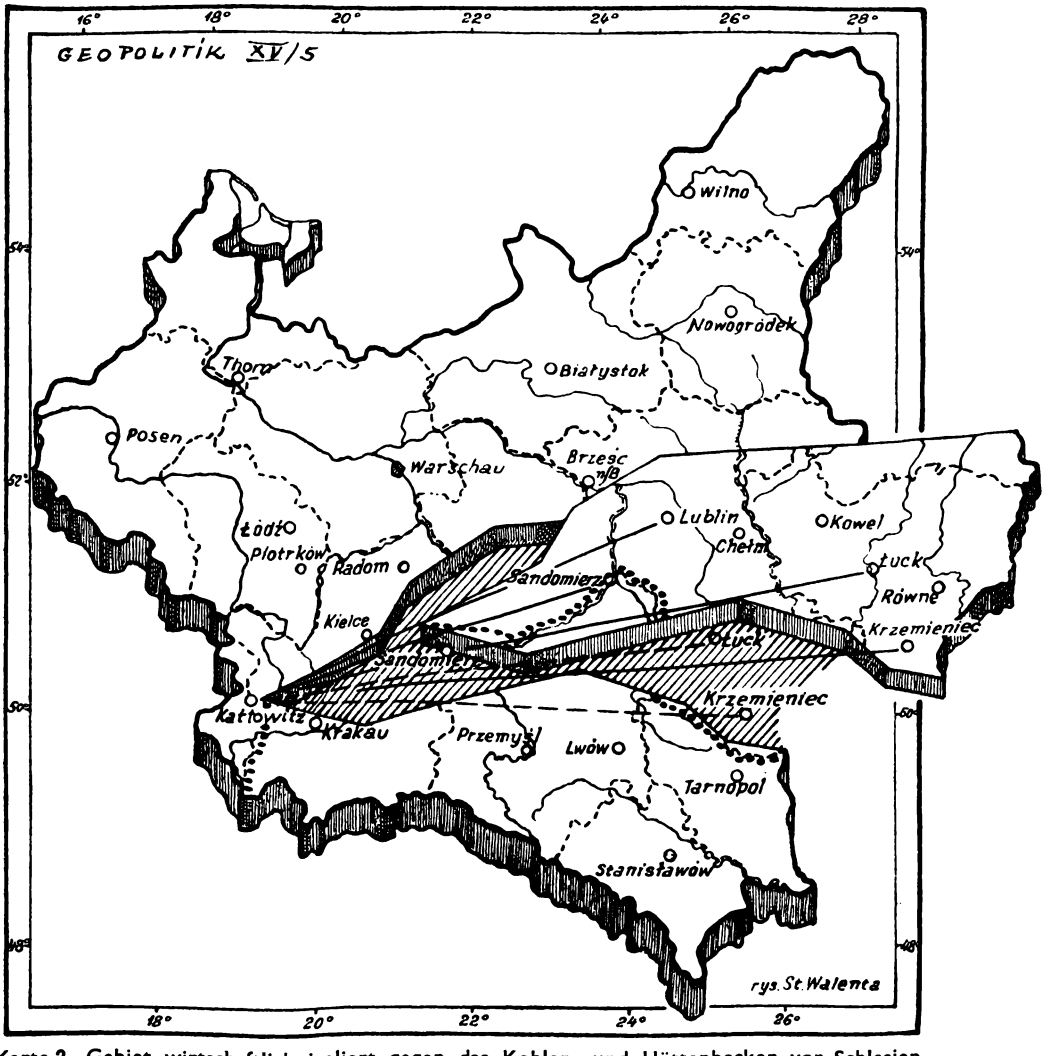
Karte 1. Die Industriegebiete Polens am 1. Januar 1937 und ihr Industrialisierungskoeffizient

Die noch verbliebenen Großgüter — in den Jahren 1919—1937 sind fast 3 Mill. ha in Bauernhände übergegangen — umschließen rund 49,8% Waldung, also Produktionsstätte des Rohstoffs für die volkswirtschaftlich so wichtige Holz-, Papier-, Zellstoffindustrie. Diese Wälder sollen übrigens aus dem Großgrundbesitz allmählich in Staatseigentum übergeführt werden. Der für das Bauerntum noch verfügbare Raum weist auf:

bei Durchführung des heute gültigen Parzellierungsstatuts 1 Mill. ha;
bei etwaiger Revision dieses Statuts und des Konkordats (Kirchengüter) fast 3 Mill. ha;
bei einer vollkommenen Liquidation aller Güter über 50 ha etwa 5 Mill. ha;

wirtschaftlich durchführbare Meliorationen können noch ungefähr weitere 2 Mill. ha erbringen (Antoniewski), also alles in allem höchstens 7 Mill. ha bei über 1 Mill. bodenhungriger Männer und 1,09 Mill. Zwergwirtschaften (bis 5 ha), die unbedingt auf Zuweisung weiterer Ackernahrung warten, um überhaupt lebensfähig zu bleiben.

Selbst bei weitgehender Intensivierung der Landwirtschaft, die übrigens schon in



Karte 2. Gebiet wirtschaftlich isoliert gegen das Kohlen- und Hüttenbecken von Schlesien, Dabrowa und Krakau. Sein westlicher Teil — westlich vom Bug, ist auch gegen Norden, Osten und Süden abgedrosselt. (Zustand am 1. 1. 37.) Punktiert = österreichisch-russische Grenzlinie 1914.

vollem Gang ist, würde eine rein agrarische Lösung der Bauernfrage nur eine Teillösung bleiben; nach bestimmter Zeit würde sich dasselbe Problem in noch größerer Schärfe wieder stellen. Die vollkommene Lösung: Vollbeschäftigung von rund 2,5—4,5 Millionen überschüssigen Männern und Frauen aus dem Dorfe und zugleich die der alljährlich ins arbeitsfähige Alter hineinwachsenden Jugend ist nur bei weitgehendster Industrialisierung möglich. So gesehen erscheint uns die Industrialisierung Polens, trotz der unwidersprochenen außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Bedingtheit, vor allem als eine innenpolitische und innenwirtschaftliche Zwangsläufigkeit.

Industrialisierung und Raumordnung

Industrialisierung bedeutet Ausbau der Wirtschaftsmöglichkeiten in einem gegebenen Raum. Im liberalen Zeitalter freilich konnte sie fast als vertikaler Wirtschaftsprozeß erscheinen, da die Raumbedingtheit damals beschränkt war. Staatliche Führung in der Volkswirtschaft und geopolitische Planung in der Staatsführung haben heute die Industrieentwicklung untrennbar mit der allgemeinen Raumordnung verbunden. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Industrialisierung als teilweiser Produktionsumstellung ist also für Polen nur eine Richtlinie. Die Richtlinie schlechthin wird die Erkenntnis sein, daß die Notwendigkeit der industriellen Entwicklung auch die Forderung nach einem Umbau des Wirtschaftsraumes umschließt.

Die Industrieplanung Polens stützt sich nun auf folgende Ausgangsstellung (am 1. Januar 1937) als objektive Grundlage: die schon bestehende polnische Industrie verteilt sich auf fünf Gebiete (Karte 1). Das erste und zweite liegt hauptsächlich in jenen Territorien, die vor dem Weltkriege zu Deutschland und zum Teil zu Rußland gehörten. Gebiet 1, das wesentlich aus Posen und Pomerellen besteht, 13,12% der Fläche und 12,76% der Bevölkerung Polens umfaßt, leistet 11,85% der Arbeitermonate; sein Industrialisierungskoeffizient beträgt 11,17. Gebiet 2 ist am stärksten industrialisiert, hauptsächlich unter dem Einfluß von Kohle und Metall des Schlesisch-Dąbrowa-Beckens. Sein Industrialisierungskoeffizient beträgt 55,23. Auf dieses Revier allein entfallen 51,52% der in Polen jährlich geleisteten Arbeitermonate, 17,55% der Gesamtbevölkerung, bei nur 7,94% der gesamten Staatsfläche. Gebiet 3, mit Warschau und Krakau, besteht aus zwei wirtschaftlich noch getrennten Teilen. Bei einem Koeffizienten von 20,15 umfaßt es 9,41% der Fläche, 15,14% der Bevölkerung und leistet 21,66% der Arbeitermonate. Gebiet 4 — Ostkarpaten mit dem Erdölrevier — hat bei 5,53% Fläche, 6,21% Bevölkerung und 2,76% Arbeitermonate einen Koeffizienten von beträchtlicher Höhe: 12,77. Das riesige Gebiet 5 hingegen mit 64% Fläche und 48,32% Bevölkerung leistet nur 12,21% Arbeitermonate und sein Industrialisierungskoeffizient ist äußerst gering — 0,68! Hier liegt Polens industrielles Tiefdruckgebiet. Verschärft wird die Situation noch durch den Umstand, daß dieses Gebiet — Wolhynien und Podolien ausgenommen — nur mittelmäßige, schlechte und schlechteste Bodenqualität aufweist. Abgesehen von Wolhynien, Podolien und einigen Inseln ist das Gebiet 5 nicht nur industriell leer, sondern auch noch Getreidezuschußgebiet. Zu der sinkenden Industrialisierung in der Richtung West-Ost gesellt sich sinkender Bodenertrag bei gleichbleibender, teilweise sogar steigender Volksdichte auf 100 ha Bauernbesitz.

Polens wirtschaftsgeographische Struktur ist bestimmt durch einige Zentren fortgeschrittener Entwicklung, die hauptsächlich im Westen liegen. Daran schließt sich, wirtschaftlich betrachtet, eine schiefe Ebene: je weiter von diesen Zentren nach Osten, desto tiefer die Stufe technischer Entwicklung, desto stärkere Mängel zivilisatorisch-technischer Natur, desto tiefere soziale Gegensätze, desto mehr Elend. Dazu treten kulturelle und politische Momente. Gerade in den Ostprovinzen spielte sich in der Teilungs- und Zerrissenheitsperiode Polens jene Tragödie ab, wo russische Verwaltung, Beamtentum und Militär, Vertreter der östlich-asiatischen Kultur, oft politisch bestimmter Kulturwidrigkeit, mit dem Polentum, als Träger der

westlichen Kultur, in endlosem erbittertem Kampfe lagen. Vom Bug zur Ostgrenze Polens hin überschneiden sich die zwei Kulturkreise. Und dazu steht im Osten als Nachbar das Reich des raumüberwindenden Bolschewismus (Rundfunkpropaganda!), der gerade dort seinen Nährboden findet, wo die sozialen Gegensätze am tiefsten und das menschliche Elend am größten ist. Innenpolitisch wirkt sich noch das demographische Moment aus. Während die östlichen Woiwodschaften (Wilna, Nowogródek, Polesien, Wolhynien) einen natürlichen Bevölkerungszuwachs von 15,8‰ haben, weisen die westlichen (Pomerellen, Posen, Schlesien) einen Zuwachs von 12,4‰ auf (Durchschnitt 1931—1935); die zentralen nehmen eine Mittelstellung an. Der Osten gravitiert also zum Westen, dem reicheren und demographisch druckschwächeren. Daraus ergibt sich für die polnische Staatsführung klar die geopolitische Aufgabe: West-Ost Bewegung in der Wirtschaftsentwicklung bzw. Industrialisierung als Kulturträgerin des Westens und Abwehrstoß gegen die Geister der russisch-asiatischen Steppe. Und diese Aufgabe ist von den Männern der polnischen Staatsführung denn auch als eine der Hauptaufgaben anerkannt worden.

Die wirtschaftliche Stärkung der Randgebiete im Osten ist eine sehr allgemeine und breite Aufgabe. Eine Teilaufgabe mit schnellerer Verwirklichungsmöglichkeit ergibt sich bei genauer Prüfung von Polens wirtschaftsgeographischer Struktur. Wir sehen ein großes, den östlichen Teil des Kleinpolnischen Hochlandes das Lubliner Plateau und das Becken von Sandomir umfassendes, wirtschaftlich weitgehend isoliertes Gebiet, das den wirtschaftlichen Blutumlauf Polens stark stört; es ist die wirtschaftliche Folge der einstigen Grenzen der Teilungsmächte und ihrer strategisch bestimmten Eisenbahnsysteme (Karte 2). Im Süden verläuft die ehemalig österreichisch-russische Grenzlinie. Längs dieser Grenzlinie führt die Eisenbahn Krakau—Lemberg—Tarnopol mit den einstigen österreichischen Festungen Przemyśl und Lemberg. Die Karte von 1914 zeigt von hier aus Stichbahnen nach Norden, die an der Grenze abbrachen. Im ehemals russischen Teil dieses Gebietes sehen wir die Haupttransversale Mińsk—Brześć n. B.—Warschau, von der wieder die strategisch bestimmten Linien nach Kowel, Chełm, Lublin, Radom und Piotrków ausstrahlen; sie enden in der Nebentransversale Równe, Kowel, Lublin, Warschau. Das Innere dieses von strategischen Bahnen umschlossenen Raumes kannte nur den uralten Pferdespannverkehr. Um diesen Kern bildete sich ein etwas größeres Gebiet, das wirtschaftlich isoliert war, schob sich keilartig gegen das Schlesisch-Dombrower-Krakauer Becken (damals verteilt auf Deutschland, Rußland, Österreich) vor, war aber ohne jede direkte Verbindung; von Österreich und Rußland wurde es als strategischer Puffer betrachtet und dementsprechend auch verwaltet, von den polnischen Schriftstellern das „gottvergessene Land" genannt. Trotz der im Kriege dann erbauten Bahnen und der späteren Entwicklung ist dieser Zustand nach Einverleibung des Gebietes in den polnischen Staat fast unberührt geblieben, ja die Isolierung gegen das Schlesisch-Dombrower-Krakauer Becken wurde selbst in Wolhynien fühlbar.

Diese Erscheinungen lassen sich leicht an Hand einiger statistischer Daten illustrieren. Über die Binnenwasserstraßen, die ihrer Gestaltung nach ein ideelles Gefüge des inländischen Warenaustausches Polens bilden, geht gegenwärtig nur 1% der inländischen Warentransporte. Das heutige Polen erbt hier die Folgen der Wirtschaftspolitik der russischen und österreichischen Verwaltung, die — im Gegensatz zu Deutschland — die Flüsse größtenteils unreguliert ge-

lassen haben. Heute spiegelt sich auch noch die Verteilung der Eisenbahntransporte aus der Vorkriegszeit wieder: 80% der Eisenbahntransporte Polens konzentrieren sich auf die Linien Schlesien—Gdingen und Danzig, Schlesien—Warschau, Lodz und Radom, Schlesien—Lemberg und Warschau—Lemberg; auf dieser letzten Strecke entwickelt sich der Warenaustausch hauptsächlich zwischen den Stationen an den Enden der Strecke. Zur wirtschaftlicher Isolierung Wolhyniens vom Westen ist anzuführen, daß die Ausfuhr seines Hauptproduktes — Mehl — zu 84% im Gebiet der östlichen Woiwodschaften, der Woiwodschaft Lemberg und im östlichen Teil der Woiwodschaft Krakau ihre Abnehmer findet. Nur 6% gehen (über Jarosław und Krakau) zum Schlesisch-Dombrower-Krakauer Becken. Schlesien bezieht seine Mehlzuschüsse hauptsächlich aus Posen und Pomerellen, mit denen es vor 1918 in geschlossener Staatsgrenze wirtschaftlich zusammenlebte.

Die geopolitische Folge des Bestehens solch wirtschaftlich isolierter Gebiete wirkt sich vor allem dahin aus, daß die südlichen Produktionszentren der West- und Ostmarkgebiete weitgehend im Bereich eines nord-südlich gerichteten regionalen Warenverkehrs in den Grenzen der West- und Ostmarken mit ihren geschlossenen Minderheitsproblemen, mit ihren geschlossenen kulturellen Traditionen und dazu einheitlichen außenpolitischen Gefahren liegen, aber durch das „gottvergessene Land" voneinander getrennt leben: Wirtschafts- und Verkehrslage vertiefen noch das Negative der politischen Situation.

Man erkennt also auf den ersten Blick, daß die Schaffung einer Eisenbahnlinie als Verbindung zwischen dem Schlesisch-Dombrower-Krakauer Becken und Wolhynien eine brennende Notwendigkeit ist. Der Wirtschaftler kommt allerdings zu viel weiteren Folgerungen. Wie der Vizepremier- und Finanzminister Kwiatkowski am 5. Februar 1937 in seiner großen Programmrede vor dem Sejm ausführte, müßte das trennende, zentralpolnische Gebiet in ein großes Industriegebiet umgewandelt werden, das „einen Absatzmarkt für die landwirtschaftlichen Produkte der Ostgebiete und gleichzeitig für Rohstoffe und Halbfabrikate der Westbezirke sein wird und dazu Abnehmer der Energie aus Wasserkraft und Erdgas im Süden. An Hand sachlichen Materials läßt sich nachweisen, daß jede Anstrengung zur wirtschaftlichen Belebung der Ostmarken zur Hälfte erfolglos bleiben wird, wenn wir zwischen Osten und Westen eine tote Öde, einen Pfeiler der Ohnmacht, einen übervölkerten, elenden und wirtschaftlich unbestimmten Bezirk fortbestehen lassen. Man kann sogar behaupten, daß die Widerstandsfähigkeit der polnischen Grenzen gegen äußeren Druck um so größer sein wird, je härter in wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht das Land ist, das die zentralen Bezirke zwischen Weichsel und San umfaßt."

Mit diesen letzten Worten begibt sich der Wirtschaftler auf das Gebiet der Geopolitik und steht nun vor der Tatsache, daß das Gebiet rings um den Zusammenfluß von Weichsel und San das natürliche, wehrgeographische Verteidigungszentrum Polens ist. Der Schwerpunkt der militärischen Gefährdung Polens würde in einem künftigen Krieg voraussichtlich im Nordosten, Norden oder Nordwesten liegen. Diese Erkenntnis führte schon zum Gesetz vom 22. März 1928, das erhebliche Vergünstigungen für lebenswichtige Industrien schuf, soweit sie in diesem Gebiete lagen oder dort sich ansiedeln würden.

Jetzt erkennen wir unschwer das Ziel, zu dem die Richtlinie der Industrieentwicklung zunächst führen soll: die Schaffung eines wirtschaftlichen Kraft- und Verteidigungszentrums Polens, wie die Hauptstadt Warschau das geistige ist. Das

Karte 3. Industrieterritorien (schraffiert) im „Zentralen Industriebezirk" — C.O.P. Im schraffierten Feld sind Zonen stärkerer Verdichtung eingetragen.

wird der „Zentrale Industriebezirk" — C.O.P. („Centralny Okręg Przemysłowy") — sein. Eine Synthese von kriegs-, volkswirtschaftlichen und geopolitischen Lösungen, ein Zentrum wirtschaftlicher Tätigkeit des ganzen Landes.

Der Entschluß zur Schaffung des C.O.P. wurde in der obenerwähnten Rede des Vizepremierministers am 5. Februar 1937 bekanntgegeben. Mit einem Aufwand von 2400 Millionen Złoty wird der Staat bis 1941 im C.O.P. die lebenswichtigsten Werke und Verkehrslinien fertiggestellt haben. Parallel baut die von der staatlichen Initiative befruchtete Privatwirtschaft.

Der „Zentrale Industriebezirk" — C.O.P.

Bisher haben wir in erster Linie versucht, die gewichtigsten Gründe geopolitischer Natur zu zeigen, die für den Entschluß zur Schaffung des C.O.P. entscheidend waren. Jetzt widmen wir die Betrachtung dem werdenden Industriebezirk selber.

Er umfaßt ein Gebiet von 48029 qkm, begrenzt im Westen von der mittleren

Pilica, im Norden von der unteren Pilica und dem unteren Wieprz, im Osten vom oberen Bug und im Süden von den Vorbergen der Karpaten (Karte 3). Der Raum des C.O.P. wieder ist in drei wirtschaftlich differenzierte Teilgebiete — „Rayons" — aufgeteilt. Geographisch umschließt der Rayon A — der westliche — einen Teil des Kleinpolnischen Hochlandes und die Ebene zwischen Weichsel und der Pilica, der östliche — Rayon B — besteht hauptsächlich aus dem Lubliner Plateau und der Ebene zwischen Weichsel, Bug und Wieprz, der südliche — Rayon C — umschließt das Becken von Sandomir und die Randgebiete der anliegenden Hochlandschaften.

Vom Standpunkt der Bevölkerungsgliederung stellt der C.O.P. sozusagen die Struktur Polens in übertriebenen Hauptmerkmalen dar. Beträgt z. B. die Anzahl der Zwergwirtschaften (bis 5 ha) in Polen 58,9% der gesamten Landwirtschaft, so steigt sie im Rayon C des C.O.P. bis zu 80% an und bleibt für alle drei Rayons auf 68,9%. Polen zählt durchschnittlich 80 Menschen die von der Landwirtschaft auf 100 ha landwirtschaftlich genutzten Landes leben, diese Zahl aber steigt im C.O.P. auf 99 (Rayon A—96, Rayon B—86, Rayon C—112). In Polen stellt die Stadtbevölkerung 27,4% der Gesamtheit, im C.O.P. nur 15,6%. Sind in Polen 19,4% der Berufstätigen in Industrie und Bergbau beschäftigt, so im C.O.P. nur 13,9%. Der C.O.P. ist also agrarischer als ganz Polen, agrarisch auch stärker übervölkert, besonders von Zwergbauern.

Dieser Überblick erklärt uns nun, daß die Schaffung des C.O.P. zugleich eine Maßnahme zur Entwicklung eines Wirtschaftsgebiets ist, das besonders an Strukturmängeln leidet. Die bisherigen Maßnahmen zur Milderung des Bevölkerungsdruckes im C.O.P. erschöpften sich in dem Streben, die Bauern aus dem Hochdruckgebiet, d. h. aus Vorgebirge (Rayon C) in die parzellierten Freiräume des übrigen Polens abzuleiten. Der Erfolg war nur gering — aus dem obenerwähnten Grunde: Mangel an Siedlungsraum. Die Industrialisierung aber öffnet ganz andere Aussichten auf Erfolg. Allerdings, die damit angeregte Umschichtung in der Bevölkerungsstruktur ist nicht ganz einfach. Denn die handwerkliche oder gar technische Schulung der Bevölkerung des C.O.P. steht recht tief; industrielle Überlieferung gibt es nur in wenigen Gegenden. Wenn der C.O.P., gemessen mit dem Maßstab der agrarischen Bevölkerungsdichte, ein Hochdruckgebiet darstellt, so ist er vom Standpunkt der speziellen Arbeiterschulung ein Unterdruckgebiet, keineswegs an industrieller Arbeitslosigkeit leidend. Wenn also bis heute die Siedler aus den Gebieten des C.O.P. nach ganz Polen, vor allem nach Westpolen abwanderten, so beginnt nun eine Wanderung der Stadtbevölkerung aus den Industriezentren Polens: Spezialarbeiter, Kaufleute, Ingenieure usw. nach dem C.O.P. Nicht nur die im C.O.P. ansässige Bauernbevölkerung findet in den entstandenen und entstehenden Werken Arbeit. Die Industrialisierung gibt ihr auch mittelbar Beschäftigung, nämlich in Bau- und Erdarbeiten. Die in Angriff genommenen Regulierungen an Weichsel und San mitten im Gebiet des C.O.P. werden z. B. die einfachsten Arbeitskräfte anziehen und auf Jahre hinaus beschäftigen. Die Jugend hingegen drängt zu den neuen Berufsschulen in den entstehenden Industriezentren, um die Fachausbildung zum besserbezahlten Spezialisten zu erhalten. So entwickelt sich unversehens der Prozeß der kulturellen Umbildung der ansässigen Bevölkerung und gleichzeitig beginnt unmerklich die soziologische Mischung mit den Zuwanderern aus anderen Gebieten Polens von verschiedenartiger kultureller Prägung. In Zeiträumen von Generationen wird sich im C.O.P. die Formung eines neuen Menschentyps vollziehen, eine Synthese aller kulturellen und charakterlichen Wesenszüge der pol-

nischen Gaue. Der C.O.P. wird also in Zukunft auch bevölkerungsmäßig eine neue Kulturlandschaft sein.

Die innige, organische Verbindung des C.O.P. mit dem übrigen Polen ergibt sich weiter aus der Lösung der Energieversorgungsfrage. Sie leidet in Polen vornehmlich unter der Ungunst der Randlage der traditionellen Energieträger: Kohle und Erdöl, die ja an den Grenzen liegen. Für den C.O.P. wirkt sich das verkehrswirtschaftlich nicht besonders ungünstig aus. Denn einige Erdölquellen liegen fast innerhalb seiner Grenzen, und anderseits bietet das Stromsystem von Weichsel und San billige Transportmöglichkeiten der schlesischen Kohle in alle Richtungen des C.O.P. Doch die wehrpolitisch ungünstige Lage der für die Industrie so wichtigen Kohlenlager zwingt zur Ausnützung anderer Energiequellen, die in besser gedeckten Bezirken liegen.

Diese anderen Energiequellen sind das Erdgas und die Gewässer. Die wichtigsten Erdgasvorkommen Polens finden sich in den Satteln von Jasło — Krosno und Górki — Strachocin, in Borysław, bei Bitków und in Daszawa bei Stryj. Dieses letzte ist das größte, wurde 1923 entdeckt und liefert seit einigen Jahren das Erdgas u. a. für Lemberg und Drohobycz, die Erdölindustriestadt. Die Wasserkraft liefern natürlich die Flüsse auf ihren Gebirgstrecken. 1936 wurde eine Talsperre auf der Soła bei Porąbka fertiggestellt, und der Bau eines Elektrizitätswerkes von 27 Mill. kWh jährlicher Leistung in Angriff genommen. 1935 begann die Errichtung einer Talsperre am Dunajec bei Rożnów; sie wird 1940 fertig sein mit Kraftwerken für Lieferung von 150 Mill. kWh jährlich. Außerdem erstehen Kraftwerke bei Czorsztyn und Łukawica am Dunajec, in Solin, Myczkowce am San. Alles in allem sollen in Polen 27 Talsperren und Staubecken im Stromgebiet der Weichsel, 19 im Flußsystem des Dnjestr errichtet werden. Sie dienen nicht nur zur Energieerzeugung, sondern auch zur Förderung der Flußschiffahrt. Das Staubecken von Rożnów, das größte Europas mit einem Fassungsvermögen von 228 Mill. cbm, wird z. B. nach seiner Fertigstellung die Schiffahrtsmöglichkeit auf der Weichsel um 30—40 Tage im Jahr verlängern.

Die Energietransportfrage wurde in dem Sinn gelöst, daß vornehmlich das Erdgas als Energieträger befördert wird. Im Rahmen des Vierjahresplans wird (1937—1938) die Erdgasfernversorgung der Rayons A und C des C.O.P., vielleicht auch Warschaus durchgeführt. Das Gas stammt vorläufig aus der Quelle von Roztoka bei Jasło, die pro Minute 615 cbm ausströmt, und wird durch ein Rohrliniensystem von 350 km Länge weitergeleitet. Einen viel größeren Raum beansprucht das Problem des Transportes der veredelten Energieform — der Elektrizität. Die wirtschaftliche Fortentwicklung vieler Gebiete Polens ist schlechthin bedingt durch die Forderung nach einem in Anlage und Betrieb billigen Antriebsmotor, dem Elektrizitätsmotor. Die großen Wasserkraftwerke im Süden dienen nicht nur der Wehrsicherheit, sie erfüllen vorerst die Forderung nach billigem Strom als Entwicklungsgrundlage der Hausindustrie und des Gewerbes. Der Bau von Wasserkraftwerken erreicht in der industriellen Entwicklung der breiten Bevölkerungsmassen zwar sein Ziel, erhält aber auch dadurch gleichzeitig die eigene wirtschaftliche Grundlage — den Massenkonsum, ein Erfolg, der sich dann dank entsprechender Planung auch wehrwirtschaftlich auswirkt. Der wehrwirtschaftliche Sinn drückt sich wohl am stärksten aus in der Anwendung des Prinzips der Ver-

bundwirtschaft, besonders in der Schaffung der „subkarpatischen Sammel- und Austauschlinie". In dieser sind Energieträger und Quellen auf einer ziemlich engen Zone zusammengefaßt, die sich in Südpolen von Westen nach Osten zieht, politisch — geographisch — von der Grenze des einen mächtigen Nachbarn zu der Grenze des andern. Die zentralen Anlagen sind theoretisch wohl wehrgeographisch am besten gelegen; aber es wäre eine geopolitische und auch wehrwirtschaftliche Fehllösung, die gesamte Energieerzeugung an den zentralen Wasserkraft- und Erdgasquellen zu massieren. Die praktisch getroffene Lösung schafft drei Zentren der Energieerzeugung: im Süden des Rayons C des C.O.P. bzw. in seiner unmittelbaren Nähe (Wasserkraft, Erdgas, Kohle), in Schlesien (Ausbau des schon bestehenden: Kohle) und im Südosten des Staates (Erdgas und Wasserkraft). Diese drei Kraftzentren werden nun durch die subkarpatische Hauptsammel- und Austauschlinie untereinander so verbunden, daß sowohl im Kriegsfall im Osten wie im Westen die Stromerzeugung für das ganze Land leicht zu sichern ist. Diese Linie wird im Rahmen des Vierjahresplanes (1937—1941) auf der Strecke Chorzów (Königshütte), Krakau, Mościce, Rzeszów, Przemyśl, Lemberg fertiggestellt sein. Derselbe Plan bringt weiter den Ausbau der Höchst- und Hochspannungsleitungen und Ortsnetze im C.O.P., vorwiegend in dem am stärksten übervölkerten Rayon C als Basis des Gewerbes und der Klein- und Hausindustrie; Rayon B wird u. a. von den Werken am San gespeist, Rayon A steht schon seit Ende 1937 durch eine 150 000 Volt-Überlandleitung mit den Elektrizitätswerken von Mościce in Verbindung. 1940 wird er seinen Strom von den Wasserkraftwerken Rożnów-Czchów erhalten und nach dem Abnahmegebiet Warschau weiterleiten.

Der C.O.P. ist das Kreuzungsfeld des gesamtpolnischen Elektrizitätsversorgungssystems, wie er auch das Kreuzungsfeld der menschlichen Energien Polens ist und bleiben wird. Er wird aber auch das Kreuzungsgebiet in verkehrswirtschaftlicher Hinsicht sein. Es würde wohl zu weit führen, alle Auswirkungen des C.O.P. auf die Neugestaltung des Warenverkehrs in Polen, oder die begonnenen Verkehrsbauten einzeln aufzuzählen. Wir müssen aber wenigstens auf einige Zusammenhänge eingehen, die auf die Industrieplanung im C.O.P. von Einfluß sind.

So sind für die örtliche Ansiedlung der Schwerindustrie neben den Rohstofflagern die Wasserwege bestimmend. Die Eisen-, Zink- und Kupfererze finden sich im Rayon A, Eisen auch im Rayon C. Im Rayon A („Altpolnisches Becken"; hier stehen auch einige, nach 1918 erst gegründete oder ausgebaute Metallwerke, z. B. in Starachowice) — finden sich diese Erzlager in den paläosoischen Formationen des Łysa Góra-Gebirges und in den Trias- und Juragebieten um Opoczno, Końskie und Iłża. Kohle, Roheisen und Halbfabrikate aus dem Schlesisch-Dombrower-Krakauer Becken, sowie Rohmetalle aus dem Auslande, haben hier auf der Kamienna, einem Nebenfluß der Weichsel, einen billigen Zufahrtsweg. Diese zwei Faktoren — örtliche Erzlager und Binnenwasserstraßen — bedingen die Anlage des ersten Schwerindustriegürtels: Końskie, Skarżysko, Wierzbnik, Ostrowiec, der sich teilweise längs der Kamienna und der Bahn Sandomir—Lodz entlang hinzieht. Die zweite Schwerindustriezone des C.O.P. liegt im Rayon C, im großen Gebiet der Limonite, die zwischen der Wisłoka, Weichsel, dem linken Sanufer und dem Wisłok, sowie am rechten Sanufer auftreten. Auch hier haben die Wasserwege die Industrieplanung entscheidend beeinflußt: der zweite Schwerindustriegürtel des

C.O.P. führt an der Wisłoka und Weichsel entlang von Mielec über Baranów, Tarnobrzeg und Sandomir nach Zawichost, von wo er nach Südosten abbiegt und dem San entlang nach Nisko führt (Mitte 1938 werden die neuen Stahlwerke südöstlich von Rozwadów in Betrieb gesetzt und etwa 3500 Arbeiter beschäftigen); ein Ausläufer dieser Zone verläuft nach Kraśnik—Lublin.

Der Standort der neuen Metall-Verarbeitungsindustrie wurde einerseits diktiert von der Lage der Produktionsstätten des Rohmetalls, was zur Ansiedlung längs der beiden Schwerindustriegürtel führte, andererseits von der Anziehungskraft der Absatzmärkte; Standorte der Metall-Verarbeitungsindustrie wurden nach diesem zweiten Gesichtspunkte die Städte: Kielce, Radom, Kozienice, Puławy, Włodawa, Zamość, Rzeszów, Tarnów und Sandomir. In Rzeszów z. B. entstehen im Verfolg des Vierjahresplanes wichtige Flugzeugmotoren-, Maschinen- und Werkzeugfabriken. Wehrgeographische Momente sprachen ein gewichtiges Wort für die augenscheinliche Dezentralisation. Wirtschaftsgeographisch bedeutet diese Standortwahl u. a. eine Annäherung an die heutigen Hauptagrargebiete Polen — Posen, Pomerellen, Kujawen, Wolhynien — sowie an das künftige: Polesien (Abwässerung begonnen). Zu beachten ist auch die Lage von Sandomir, Kozienice, Puławy, Włodawa und Rzeszów an den Binnenwasserstraßen. In die südöstlichen Städte der Rayons B und C führte gewisse Metallindustriezweige die Anziehungskraft der agrarischen Absatzgebiete des C.O.P. selber. Die Rayons B und C locken auch die Textil- und Nahrungsmittelindustrie an, da sie nicht nur über gute Böden für Gemüse- und Obstbau verfügen, sondern auch dem Flachs- und Hanfbau sowie der Schafzucht günstige Bedingungen bieten. Doch die landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden bei stärkerer Entwicklung der Industrie des C.O.P. auch von den Landwirtschafts- und Viehzuchtsgebieten des Ostens und des Westens geliefert werden müssen (Rohstoff für die Industrie, Nahrung für die Stadtbevölkerung), ganz abgesehen von der Baumwolle aus Übersee. Die Weichsel, die Warthe (Kanalprojekt Weichsel-Warthe), der Bug (Kanalprojekt Wieprz-Bug) und das Flußgebiet der Prypeć mit seinem Kanalnetz bieten eine natürliche Verbindung des C.O.P. mit Gdingen (Baumwolleinfuhrhafen; direkte Flußdampferverbindung über Danzig) und den Agrargebieten Polens, eine Verbindung, die durch den Ausbau der Eisenbahnverbindungen Sandomir—Kłodawa (Posen)—Gdingen, Sandomir—Lublin—Brześć n. B. und Sandomir—Zamość—Łuck noch vervollkommnet wird. Die Ansiedlung der Textil- und Nahrungsmittelindustrie — unter Berücksichtigung der örtlichen Agrargebiete und der Verbindungen nach Osten und Westen — beschränkt sich nicht auf die Städte allein, sondern erfaßt ganze Landkreise (Powiate), da ja hierin Klein- und Hausindustrie (Flachs und Hanf!) stark vertreten sein wird. Es sind die südöstlichen Kreise der Rayons B und C und die Kreise Włodawa und Stopnica, die die Textilindustrie beherbergen werden. Die Stadt Włodawa wird das zweite Textilzentrum des polnischen Ostens neben Białystok sein. Die Nährindustrie hat sich wieder die Kreise Pinczów, Stopnica, Sandomir, (Bodenbaukreise) und Rzeszów, Ropczyce (Gefrierfleisch- und Konservenfabrikation in Dębica — Neubetrieb), Łańcut, Przeworsk, Jarosław, Lubaczów (Viehzuchtkreise) ausgewählt. Die Kreise Chełm, Hrubieszów, Zamość, Biłgoraj, Tarnobrzeg, Mielec und Rzeszów sind ferner für die Lederindustrie bestimmt.

Die Industrie, die Holz als Rohstoff benutzt, baut sich in zwei Gebieten auf. Der Schwerpunkt wird im Dreieck Weichsel-San liegen, da hier einerseits riesige Waldungen zur Verfügung stehen, andererseits der San die natürliche Zufuhrstraße für das Holz aus den Karpaten bildet (Kanalprojekt San-Dnjestr); hier soll die Papier- und Holzverarbeitungsindustrie entstehen. Ein weiteres Gebiet bilden die Kreise an der westlichen und nördlichen Grenze des C.O.P.: Tarnów, Stopnica (Zellstoffabrik in Niedomice — Neubetrieb), Pinczów, Końskie, Opoczno, Iłża und Kielce, wo die holzverarbeitende Chemieindustrie im Entstehen ist. Die übrige Chemieindustrie konzentriert sich im Rayon A und im Nordwesten des Rayon C inmitten der Minerallager: im Süden von Kielce, in der Richtung auf Chmielnik-Busko (Kalk, Marmor, Gips, Schwefel, Pyrite), wobei auch die verkehrswirtschaftliche Bedeutung der Nida eine Rolle spielte. Die chemische Industrie wird sich weiter bei Annopol und Kazimierz, in der Nähe der Phosphoritlager, und bei Opatów (Zement) ansiedeln. Die Keramik hat ihren Standort in der Gegend von Leżajsk, Tarnobrzeg, Nisko, Mielec, Sandomir, Rzeszów, Tarnów, Opatów, Kraśnik, Lublin, Chełm und Tomaszów-Lub. In den landwirtschaftlichen Kreisen Pinczów und Stopnica wird die Industrie der Pflanzenfette entstehen und im Kreis Janów die Lanitalindustrie. In Dębica (Kreis Ropczyce) entsteht ein Werk für synthetischen Kautschuk (Rohstoff: Spiritus) und eine mit ihr verbundene Reifenfabrik.

Der Sinn der Entwicklung

Ein Überblick auf dieses mosaikartige Industrienetz, das teils schon im Werden begriffen ist, teils in genauer Berechnung der Produktionselemente seiner Entstehung harrt, belehrt uns, daß die Schaffung des C.O.P. den achten Teil des polnischen Staatsraumes einer neuen, glänzenden Zukunft entgegenführt, und daß es in ganz Polen kein Wirtschaftszentrum gibt, das nicht schon heute an der Befruchtung durch die Aufbauarbeit im C.O.P. teilhätte.

Verfolgen wir die psychologisch-wirtschaftlichen Wirkungen der Tatsache, daß der Beschluß zur Schaffung des C.O.P. von Minister Kwiatkowski dem Volke verkündet wurde, von jenem Staatsmann also, der auch den Ostseehafen Gdingen schuf und damit sein einst dem polnischen Volk gegebenes Versprechen restlos einlöste — so werden wir nicht nur unmittelbare, sondern auch mittelbare Auswirkungen des C.O.P. feststellen können. Das Vertrauen zu dieser erprobten Führung schafft im polnischen Volke eine Zuversicht in sein Geschick, als ob der C.O.P. schon in seiner ganzen Macht und Kraft existierte. Diese unsichtbare Ausstrahlung eines wirtschaftlichen Bewußtseins löst bis in die entlegendsten Winkel des Landes Regsamkeit aus: zwar vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete, aber nicht minder auf allem übrigen. Die Industrialisierung Polens ist somit mehr als nur ein materiell-ökonomischer Vorgang, wie es dem oberflächlichen Beobachter erscheinen könnte, sie ist in gewissem Sinne eine von den Trägern der nationalen Ordnung entfesselte Revolution!

Der C.O.P. hinwieder ist dem polnischen Volk nicht lediglich ein Industriebezirk geblieben, nein, er ist eine nationale Losung, eine Ehrensache geworden; die negativen, wirtschaftlichen Folgen der verderblichen Teilungsperiode soll er durch konzentrische Zusammenballung aller Volkskräfte rasch ausmerzen und die heutige Entwicklung an bestimmte, gesunde Überlieferungen des alten Polens anknüpfen.

H. OUVRIER:

Ukrainer und Polen / Ein Vergleich

Die sogenannten Friedensverträge haben nicht vermocht, im osteuropäischen Raum grundlegende Ordnung zu schaffen. Die reinen Machtverhältnisse haben die Entscheidung gefällt. Die Polen hatten den Gewinn, die Ukrainer das Nachsehen. Beide Völker wohnen in ähnlichen Räumen. Ihre geschichtliche Entwicklung weist viele Parallelen auf. Obgleich beide das Schicksal der Unterdrückung durch Rußland tragen mußten, blieben sie im Grunde einander fremd.

Beide Völker haben in den Karpaten eine Rückendeckung; nach den anderen drei Himmelsrichtungen liegen ihre offenen Grenzen schutzlos da. Die polnische Südostgrenze gegen die Ukraine war stets auch die Stelle polnischer Angriffslust. Die zweite Blickrichtung polnischer Kräfte richtet sich gegen Nordwesten, zur Ostseeküste hin. Beide Richtungen wurden in der polnischen Geschichte immer wieder lebendig. Nach ihren historischen Vertretern werden die beiden Richtungen die jagiellonische und piastische Außenpolitik genannt. Gegen Nordosten zu waren die Polen immer in der Verteidigung. Rußland war dort ihr Gegner. Der Staatsstreich gegen Litauen (Wilna 1920) war der erste polnische Angriff in Nordostrichtung. Die Ukrainer erfuhren vom Norden her durch Rußland den gleichen Druck wie die Polen. Aus Südosten liefen Asiens Horden gegen sie Sturm. Im Südwesten besetzten die Türken ukrainische Gebiete, und im Nordwesten bedrängten die Polen den ukrainischen Volksboden. Nur in den Karpaten wurden sie wenig beunruhigt.

Die machtpolitischen Kräfte, die auf beide Völker von außen wirkten, schufen zusammen mit den ähnlich gelagerten Gegebenheiten der Natur fast gleiche politische Landschaften. Die Wohngebiete beider Völker lagern sich um einen nach Osten zu gekrümmten Fluß: die Weichsel bei den Polen, der Dnjepr bei den Ukrainern. Doch haben beide Völker nicht das ganze Flußgebiet als Volksboden gewinnen können. Der Unterlauf der Weichsel ist deutsch, der Oberlauf des Dnjepr weißrussisch. Die Hauptdichte der Bevölkerung und die Hauptstädte Warschau und Kiew liegen am Mittellauf der Flüsse. Die Gebiete der Schwerindustrie befinden sich bei beiden Völkern in den Randzonen des Volksbodens.

Neben räumlichen Parallelen weist auch die Geschichte beider Völker viele ähnliche Züge auf. Zur Völkerwanderungszeit wurde ganz Ost- und Mitteleuropa in gleicher Weise von germanischen Stämmen durchzogen. Auch Polen und Ukrainer gerieten in Bewegung. Bald zeigten sich bei den ost- und westslawischen Stämmen Ansätze zur Staatenbildung. Nordische Menschen führten diese Organisations- und Herrscheraufgabe durch. Die Gefolgschaften Ruriks, Askolds und Dirs (die den Staat von Kiew gründeten) zeigten die gleichen germanischen Züge wie die Gefolgschaft des polnischen Piastenfürsten Misika. In ihren Anfängen hatten Polen und Ukrainer keine Reibungsflächen. Die piastische Politik der Polen fand ihre Kämpfe im Westen, in Pommern und Schlesien. Die Eroberungszüge der Ukrainer gingen nach Süden an die Küste des Schwarzen Meeres. Der Kiewer Staat zersplitterte im 12. und 13. Jahrhundert. Ebenso begann auch nach dem Tode von Boleslaw Schiefmund 1138 in Polen ein Kampf der Teilfürstentümer untereinander, der bis ins 14. Jahrhundert reichte. Unterdessen wurde die Ukraine von der Goldenen Horde der Tataren überrannt, die sich in den Landschaften am Schwarzen Meer festsetzten. Der nördliche Hauptteil des ukrainischen Volksbodens gelangte an das großlitauische Reich, und die Umgebung von Halicz fiel an Ungarn. Damit war die Ukraine aufgeteilt; und seit jener Zeit kämpft sie um einen eigenen Volksstaat.

Als 1386 Polen und Litauen unter Jagiello vereinigt wurden, begann der Gegensatz zwischen Polen und Ukrainern. Die jagiellonische Politik Polens suchte ihr Kraftfeld im Osten. Im ukrainischen Volk blieb der Selbständigkeitsdrang erhalten. Die Kosaken waren seine Hauptträger. Ihnen gelang es im Kampfe gegen die Polen, einen Teil der Ukraine von fremder Herrschaft frei zu machen. Aber da sie nicht den gesamten ukrainischen Volksboden befreien konnten, mußten sie Anlehnung an eine Großmacht suchen. Nur ihr Nachbar Rußland kam dafür in Frage. 1654 stellten sich die Kosaken mit ihrem Hetman unter die Lehnsherrschaft Rußlands, das den Vertrag gegenseitiger Achtung und Anerkennung brach und alsbald mit der Russifizierung der Ukraine begann.

Bald ereilte Polen ein ähnliches Geschick. Nach dem Aussterben der Jagiellonen erhielt Polen ein Wahlkönigtum. Es wurde dadurch zum Spielball zwischen Schweden, Russen, Habsburgern und Litauern. Bald fiel auch der polnische Adelsstaat dem russischen Machtstreben ebenso zum Opfer wie der ukrainische Adelsstaat der Kosaken. Die polnischen Teilungen, die das Schicksal der Polen für das folgende Jahrhundert besiegelten, waren zugleich auch ukrainische Teilungen. Die Dreiländerecke von 1795 am Bug unterhalb von Brest lag im Mischgebiet der polnischen und ukrainischen Bevölkerung. Nun wurden sowohl Polen als Ukrainer in Österreich und Rußland zu Minderheiten. Im österreichischen Gebiet hatten sie freies Spiel. Der Adel beider Völker behielt die Führung bei, der ukrainische Adel in Österreich wurde sogar polonisiert. Das Widerstandszentrum der Polen lag in Paris, das die Gegnerschaft der Polen zum Deutschen Reich sofort erkannte und pflegte. Die Ukrainer hatten weder Reibungszonen noch Reibungsstoffe mit den Deutschen. Daher interessierte sich Paris auch nicht für sie. Das ukrainische Widerstandszentrum lag in Lemberg und wurde von der Wiener Regierung unterstützt. Hier wurden ihre Führer ausgebildet, hier empfing die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung ihre Kraft und ihre Anregungen.

Beide Völker ohne Staat erhielten durch die deutsche Romantik einen kulturellen Aufschwung. Ihre alte Kultur wurde von den Deutschen wieder entdeckt. Polnische und ukrainische Dichter und Politiker nahmen diese Anregung dankbar an und pflegten sie. Dabei waren die Ukrainer entschieden im Übergewicht gegenüber den Polen, denn ihre Volkskultur ist die ältere. Das beweist zum Beispiel die alte ukrainische Gesetzessammlung „Pradwa ruskaja" aus dem 11. Jahrhundert, die „Reußische Chronik" des Kiewer Mönches Nestor und das Heldenlied von Igor (gest. um 1200). Unzählig sind die ukrainischen Volkslieder. Zur Schriftsprache wurde das Ukrainische erst um 1840. Manches Volksgut von den Kosakengesängen bis zu den schönen Trachten, das uns heute als „russisch" vorgesetzt wird, ist ukrainisch.

Die Großrussen verstanden es, der Kultur der Ukrainer den russischen Namen zu geben. Sie arbeiteten 200 Jahre daran, die Theorie von der Einheit der russischen Nation zu verbreiten. Seit Peter dem Großen versuchte Rußland der Welt weiszumachen, daß die Groß-, Klein- und Weißrussen nur drei im Dialekt verschiedene Stämme seien. Die Ukrainer bäumten sich gegen diesen geistigen Terror auf, bekamen aber den politischen Terror des Zarenreiches nur noch schlimmer zu spüren. Das zaristische Rußland hielt alle polnischen und ukrainischen Bestrebungen geistiger und kultureller Art mit eiserner Faust nieder. Rußland verbot 1720 den Gebrauch des Ukrainischen in der Literatur und 1876 die Sprache überhaupt.

Die Zeit um die Jahrhundertwende benutzten beide Völker zur inneren Erneuerung. Dabei gingen die Polen bei den Preußen in eine gute Lehre, während die

ukrainische Bewegung in Galizien wenig Praxis im Nationalitätenkampf lernte. Für die Ukrainer trat noch erleichternd hinzu, daß ein Teil ihres Volkes dem 1878 von den Türken unabhängig gewordenen Rumänien eingegliedert wurde, also nicht mehr unter der brutalen türkischen Herrschaft stand.

Beide Völker standen mit der sozialen Umgestaltung im 19. Jahrhundert vor der Aufgabe, einen Mittelstand aufzubauen. Das ist ihnen in den wesentlichsten Teilen ihrer Wohngebiete gelungen; im Norden und Osten mußten sie den Juden den Vorrang im Handel lassen. Bei beiden Völkern sind rund 20% der Bevölkerung Städter. In ihren Gebieten wohnen etwa 15% Juden. Da die Juden fast nur Städter sind, findet man in polnischen und ukrainischen Städten oft 80% Juden.

Mit dem Weltkrieg stiegen die Hoffnungen der beiden staatenlosen Völker auf die Staatswerdung. Ihr Hauptdruck ging gegen Rußland, das sie terrorisiert hatte. Trotzdem mußten beide im russischen Heer gegen die Heere der Mittelmächte kämpfen. Beide Völker bildeten später Legionen, die sich auf die Seite der Mittelmächte stellten. Dann aber trennten sich ihre Wege wieder. Die Mittelmächte riefen am 5. November 1916 das Königreich Polen aus. Dieser Staat war nur eine Übergangserscheinung. Dank vieler internationaler Beziehungen konnte Dmowski ein der Entente genehmes Polen vorbereiten, das dann nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte Wirklichkeit wurde. Es wurde als Kampfstaat gegen Deutschland gegründet. Auch das ukrainische Volk stellte sich 1917 auf die Seite der Mittelmächte. Es erhoffte 1919 nach den Wilsonschen Punkten sein Selbstbestimmungsrecht; aber das wurde ihm versagt. Poincaré sah in einem ukrainischen Staat eine Gefahr für seine kommende antideutsche Bündnispolitik. Ein ukrainischer Staat hätte die Verbindung zwischen Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien und Rußland empfindlich gestört und damit die Einkreisung Deutschlands, Österreichs und Ungarns bedroht. So war der ukrainischen Republik nur die kurze Dauer von 1917 bis 1920 beschieden. 1919/20 setzte eine neue ukrainische Teilung ein. Polen eroberte durch Pilsudskis Heerzüge die Westukraine mit Wolhynien und Ostgalizien. Sowjetrußland erhielt im Rigaer Frieden (18. März 1921) den Hauptteil der Ukraine östlich des Dnjestr. Rumänien bekam mit Bessarabien und der Bukowina neue Teile des ukrainischen Volksbodens hinzu, und der ehemals im ungarischen Staatsgebiet wohnende Teil der Ukrainer wurde der Tschechoslowakei zugeschlagen.

Die Polen gingen aus dem Weltkrieg als Nationalitätenstaat, die Ukrainer als staatenlose Nationalität hervor. Der Kampf der beiden Völker gegen den Bolschewismus war sehr verschieden. Pilsudski wehrte in Polen die bolschewistischen Angriffe tatkräftig ab und eroberte sogar noch einen Teil ukrainischen Volksbodens. Die ukrainische Nationalbewegung dagegen wurde von den Weißgardisten bekämpft und mußte sich gegen die Polen und Bolschewisten wenden. Das Ergebnis war die Errichtung der ukrainischen Sowjetrepublik ohne Zustimmung des ukrainischen Volkes. Die Polen hatten in ihrer staatenlosen Zeit politisch gelernt. Sie wendeten nun gegenüber den Ukrainern ähnliche Methoden der Minderheitenpolitik an wie die Sowjets. Nach außen hin leugnen beide das Bestehen eines ukrainischen Volkes, obwohl sie ihm im Innern den Gebrauch der Sprache gestatten und kulturellen Bestrebungen wenig Widerstand entgegensetzen. Die Westukrainer in Polen werden nun zwischen nationalen und kommunistischen Ideen hin und her gerissen. Der größte Teil ihrer Führerschicht ist in Gefängnissen oder im Ausland. Der

deutsch-polnische Freundschaftsvertrag und der polnisch-russische Nichtangriffspakt haben die ukrainischen Hoffnungen auf staatliche Selbständigkeit stark herabgesetzt, denn beide Verträge bedeuten eine außenpolitische Entlastung Polens zugunsten stärkerer innerpolitischer Aktivität gegenüber dem Ukrainertum.

Die Sowjetukrainer bilden einen ständigen Unruheherd in Sowjetrußland. Kiew wird meist zur sichtbaren Zentrale des Widerstandes. Fast in jedem Halbjahr entstehen Bauernunruhen oder Angriffe auf die kommunistische Partei in der Ukraine. Die Ukrainische Kommunistische Partei ist überfremdet, hauptsächlich durch Juden und Großrussen; ebenso finden wir in Beamtenstellen und im Offizierkorps der Roten Armee nur wenige Ukrainer. Die Gewalt der bolschewistischen Regierung hat es bisher immer vermocht, die ukrainischen Selbständigkeitsbestrebungen niederzuhalten, wenn nötig mit sehr blutigen Mitteln. Da fast 90% der Ukrainer Bauern sind, die kommunistische Partei hauptsächlich aber eine Stadtpartei ist, ist der Einfluß der Ukrainer auf die Geschicke der „Ukrainischen Sowjetrepublik" tatsächlich äußerst gering.

Wenn das ukrainische Volksgebiet als Staat organisiert wäre, würde es außer Rußland der größte europäische Staat sein. Der geschlossene ukrainische Volksboden umfaßt etwa 800 000 qkm, der Gesamtvolksboden etwa 850 000 qkm (nach Rudnitzky). Die Gesamtzahl der Ukrainer beträgt 44,1 Millionen. Sie verteilen sich wie folgt (1935):

In der Sowjetukraine etwa 35 000 000 = 21% der Russen,
in Polen etwa 4 800 000 = 14,3% der Bevölkerung,
in Rumänien etwa 700 000 = 4,1% d. Bevölkg.,
in der Tschechoslowakei etwa 600 000 = 3,7% der Bevölkerung,
in Sibirien etwa 3 000 000.

Die Ukrainer haben also eine etwa doppelt so hohe Bevölkerungszahl wie die Polen. Die Bevölkerungsdichte ist im polnischen Staat fast gleich der des ukrainischen Volksbodens (rund 76 Einwohner auf 1 qkm). In beiden Gebieten sind Landwirtschaft und Industrie in reichem Ausmaß vorhanden. Beide Gebiete haben die Möglichkeit einer autarken Wirtschaft. Bei beiden überwiegt jedoch in ihren augenblicklichen Organisationsformen die Landwirtschaft. Das bewirkt für Polen einen Ausfuhrdruck, der sich vor allem auf die deutschen Ostprovinzen und die Tschechoslowakei richtet. Die Ukraine hingegen ist heute trotz der Vernichtung der Landwirtschaft durch die Bolschewisten die Kornkammer Rußlands. Die jährliche Getreideproduktion beträgt immerhin noch schätzungsweise 400 Millionen Doppelzentner. Die Ukraine besitzt natürliche Bodenschätze (Kohlen, Eisenerze, Erdöl, Salz, Silber, Quecksilber, Mangan) in ungeheuren Mengen. Polen hat sich einen großen Teil dieser Schätze durch die Besetzung Oberschlesiens und Galiziens angeeignet. Die jetzt getrennten Gebiete haben jedes eine andere politische Aufgabe erhalten. Polens Wirtschaft dient dem Aufbau des neuen Staates. Die Wirtschaft der Sowjetukraine ist Objekt bolschewistischen Wirtschaftsraubbaus.

Beide gehen auf getrennten Wegen der Zukunft entgegen. Gegensätze zwischen den beiden parallel entwickelten Gebieten schweigen im Augenblick. Jedes geht seinen politischen Aufgaben nach, dabei wird das ukrainische Volk wie seit Jahrhunderten rücksichtslos zum Spielball der Politik. Die Polen genießen eine günstige politische Lage. Die Zukunft wird bei beiden Völkern ähnliche Probleme stellen, deren Lösungen dank der natürlichen Ausstattung ihres Volksbodens wieder Parallelitäten aufweisen werden.

MARC MARKWART:

Die Ukrainer in den Vereinigten Staaten

1.

Die in Stärke von knapp einer Million Seelen in den Vereinigten Staaten lebenden Ukrainer nehmen unter allen völkischen Gruppen der Welt eine besondere Stellung ein. Obwohl sie weniger als den hundertfünfundzwanzigsten Teil der Bevölkerung ihrer Wahlheimat ausmachen und an Zahl den Einwanderern anderer Nationalitäten nachstehen, gebührt ihnen und ihren Bestrebungen Beachtung: denn sie sind der ausgewanderte Zweig des größten und wichtigsten aller Völker ohne Staaten. Sie sind ein lebender Beweis dafür, daß Volkstum eine eigenständige Substanz auch dann ist, wenn es, fern vom Heimatboden, an keinem Mutterstaat eine moralische oder materielle Stütze hat.

Obwohl sie in der alten Heimat seit Jahrhunderten der Herrschaft fremder Staaten unterstehn und beständiger Entnationalisierungspolitik ausgesetzt sind, obwohl in ukrainischen Landen keine privaten oder staatlichen Verbände kulturelle Beziehungen mit den Volksgenossen jenseits des Atlantik pflegen können, lebt und erhält sich in den Ukrainern, die sich in Amerika niedergelassen haben, ein völkisches Bewußtsein, das in organisatorischem Zusammenschluß Ausdruck findet. Daß der gewaltsame Wechsel der Staatsangehörigkeit im Laufe europäischer Machtkämpfe ihr Volkstum nicht vernichten konnte, ist viel. Daß der freiwillige Staatenwechsel hunderttausender Einzelner deren völkisches Gemeinschaftsgefühl nicht zerstören konnte, ist mehr.

2.

Die ersten Einwandererscharen aus der Ukraine landeten in den Vereinigten Staaten um 1870. Doch erst nach 1899 trafen sie in größerer Anzahl ein. Der Krieg unterbrach die Einwanderung zeitweilig, und seit 1930 ist sie fast zum Stillstand gekommen.

Nur der kleinere Teil der Ukrainisch-Amerikaner stammt aus der Ostukraine um Kiew. Annähernd 85% von ihnen kommen aus der heute zu Polen gehörenden Westukraine und bekennen sich zu der dort vorherrschenden griechisch-katholisch-unierten Konfession. Wie bei Millionen anderen Auswanderern aus Europa war politische und soziale Bedrückung der entscheidende Anlaß zum Verlassen der Heimat. Gleich jenen anderen versprachen sie sich von Amerika Freiheit und angenehmere Lebensbedingungen. Sie fanden Arbeit in den Bergwerken und Stahlwerken Pennsylvanias, in der Industrie der Staaten New Jork, New Jersey, Illinois, Michigan und Ohio. Auch ukrainische Farmer leben teils in kleinen Gemeinschaftssiedlungen, teils auf einzelnen Farmen verstreut, in Pennsylvania, New York, New Jersey, Michigan und anderen Staaten. So ist die Mehrheit der Ukrainer in USA. als Arbeiter, eine Anzahl als Bauern tätig. Daneben haben sie eine Intelligenzschicht hervorgebracht, die sich die Leitung ihrer kulturellen und politischen Organisationen und ihrer Presse angelegen sein läßt.

3.

Die älteste Form ukrainischen Gemeinschaftslebens auf amerikanischem Boden ist die griechisch-katholisch-unierte Kirche, deren erstes Gotteshaus 1886 in Shenandoah, Pa., errichtet wurde. Sie ist in den Vereinigten Staaten in einem Bistum mit 150 Gemeinden zusammengefaßt, dessen Bischof seinen Sitz in Philadelphia hat. Ihr Ritus ist der griechische, ihr Kalender der Julianische, doch erkennt sie zum Unterschied von der orthodoxen Kirche den römischen Papst als Oberhaupt an. Liturgische Sprache ist das alte Kirchenslawische. Die Bedeutung der Kirche für die Erhaltung des Volkstums liegt darin, daß sie die ukrainischen Sprachschulen unterhält, wo die ukrainisch-amerikanische Jugend in der Muttersprache unterrichtet wird, während sie gleichzeitig die amerikanischen Schulen besucht.

Die Ukrainisch-Amerikaner besitzen mannigfaltige weltliche Verbände. In der Grand Street in Jersey City steht ein dreistöckiges Geschäftshaus, die Zentrale der „Ukrainian National Association", die, 1894 gegründet, heute die älteste und zahlenstärkste ukrainische Organisation auf amerikanischem Boden ist. Das Erdgeschoß des Hauses birgt eine Druckerei, wo die in USA. am meisten gelesene ukrainische Zeitung, die tägliche „Svoboda", herausgegeben von der „Ukrainian National Association", in 16 000 Exemplaren gedruckt wird. Sie hat eine Wochenbeilage in englischer Sprache für die junge Generation: „Ukrainian Weekly". In den Redaktionsstuben der „Svoboda" und den Büros der „U. N. A." trifft man führende Persönlichkeiten des nationalen Lebens der Ukrainer in USA., die zum Teil schon in der alten Heimat eine Rolle spielten. Unter ihnen ist der Schriftleiter der „Svoboda", Dr. Luke Myshuha, der gegen Ende des Weltkrieges als Vertreter der Westukrainischen Republik nach Amerika kam, ohne jedoch in dieser Eigenschaft lange wirken zu können. Das Personal der Druckerei und der Buchhandlung besteht natürlich ausschließlich aus Ukrainern. Außer der Zeitung erscheinen hier Bücher und Propagandaschriften in ukrainischer und in englischer Sprache.

Die „Ukrainian National Association" ist ein ganz einzigartiger Typ völkischer Gemeinschaftsbildung im fremden Staat. Man nennt sie hier eine „fraternal organisation". Sie vereinigt wirtschaftliche mit kulturellen Aufgaben: es ist eine Versicherungsanstalt mit idealem Nebenzweck und kultureller Wirksamkeit. Gegründet, um den nahezu mittellosen Einwanderern aus der Ukraine die wirtschaftliche Zukunft zu sichern, hat sie zur Zeit 30 000 Mitglieder in 400 Ortsgruppen, und schüttete insgesamt bisher 4,5 Millionen Dollar aus. So wurde sie zum größten ukrainischen Finanzinstitut der Welt. Zum Unterschied von gewöhnlichen Versicherungsgesellschaften ist bei der „U. N. A." nicht der Profit der Zweck, sondern die wirtschaftliche und kulturelle Erhaltung des Volkstums. Regelmäßige Tagungen des gesamten Verbandes, sowie Versammlungen der Ortsgruppen im „Ukrainischen Nationalheim" mit Vorträgen und Darbietungen dienen der Wacherhaltung des nationalen Gedankens. Im „Jubilee-Book", das 1936 zum Gedächtnis ihres 40jährigen Bestehens von der „Svoboda Press" herausgebracht wurde, nennt der Verfasser eines Beitrages die „U. N. A." das „Rückgrat der Gruppe der Ukrainer".

Daneben gibt es noch zwei andere bruderschaftliche Organisationen unter den hiesigen Ukrainern: In Philadelphia die „Providence Association" mit dem dreimal wöchentlich in ukrainischer Sprache erscheinenden Blatt „America"; in Scranton, Pa., die „Ukrainian Workingmen's Ass." mit ihrer Zeitung „Narodna Wola". Ein Zweig der Hetmanschen Sitsch, des Kosakenverbandes, sitzt in Detroit. Die ukrainische Jugend ist zum Teil in der „Ukrainian Youth's League of North America" organisiert. Diese Jugendliga veranstaltete im September 1936 die erste „Ukrainisch-Amerikanische Olympiade" in Philadelphia, wo die zahlreichen ukrainischen Sportklubs des Landes miteinander wetteiferten. Dieser Olympiade ging der „Vierte Ukrainische Jugendkongreß von Amerika" voran.

Die Vielfalt der Verbände wird von vielen hiesigen Ukrainern als Zersplitterung beklagt. Der Zusammenhalt, den die „Obyednanye" (englisch: „United Ukrainian Organizations of America") bietet, ist nur lose.

Wie in Europa, bestehn auch in Amerika in weltanschaulicher und temperamentlicher Hinsicht zwei Lager unter den Ukrainern.

Die bisher angeführten Verbände sind von bürgerlich gemäßigter Einstellung und Haltung sowohl in bezug auf die völkische Freiheitspolitik der Heimat als auch in ihrer Stellung zur neuen Umwelt. Ihre Leiter und Mitglieder sind nicht wenig vom liberalen und demokratischen Geiste Amerikas beeinflußt. Gewiß ist die unabhängige Staatlichkeit der Ukraine ihrer aller Ideal. Aber in der Frage der anzuwendenden Mittel und in der weltanschaulichen Grundhaltung scheiden sich die Geister. Im „Ukrainian Weekly", wo Raum für freie Diskussion geboten ist, werden sogar manchmal Stimmen des Zweifels an der nationalen Sache laut, und ein Verfasser empfahl in einer Artikelfolge über das Verhältnis des Ukrainertums zum Amerikanertum „eine allmähliche Aufnahme der amerikanischen Kultur", da die zweite Generation schließlich ja doch amerikanisiert würde[1]). Im „Jubilee-Book" von 1936 steht eine lange Abhandlung über „ukrainischen Kulturwandel", worin das Wesen des Volkstums bloß in der Kultur gesehn wird, „in dem, was erworben ist, nicht biologisch vererbt". Abgesehn davon, daß der Verfasser, Stephen Mamchur, Kultur mit Zivilisation verwechselt, mißt er dem Faktor der Rasse gar keine Bedeutung zu. Wenige Seiten danach gebraucht ein anderer Verfasser wieder den Ausdruck „ukrainisches Blut". Leitartikel im „Ukrainian Weekly", wo Klage über ungenügende Beteiligung der Jugend am völkischen Leben geführt wird, sind keine Seltenheit.

Diese Beispiele dienen der Kennzeichnung der mehr oder weniger liberal bürgerlichen Geisteshaltung dieses zahlenmäßig größeren Lagers der Ukrainer in USA. Die Kennzeichnung des einen Lagers hilft, die Ideologie des anderen klarer zu verstehen.

Seine Organisation ist das „O. D. W. U.", oder englisch: „Organization for rebirth of Ukraine" (Verband für die Wiedergeburt der Ukraine). „O. D. W. U." steht unter Leitung des Universitätsprofessors Granovsky und hat 100 Ortsgruppen in USA. Es ist die Gruppe der nationalistischen Aktivisten, in gewissem Sinne der

1) Ukrainian Weekly, 19. IX. 1936.

jungen Generation, wobei dieser Begriff sich jedoch nicht ohne weiteres mit dem biologischen Alter deckt. Es ist der amerikanische Zweig einer Verbindung ukrainischer Nationalisten, die überall da Gruppen haben, wo ihr Volk lebt. Ihre Zeitung in USA. ist „Der Nationalist", der mit englischer Beilage zweimal monatlich erscheint. Unter einer Führung mit „O. D. W. U." steht das „Ukrainian Red Cross", das sich ukrainischer Flüchtlinge aus Europa annimmt, und der Jugendverband „Young Ukrainian Nationalists of America", dessen Monatsschrift „The Trident" in Chicago erscheint. In den Ausgaben von November und Dezember 1936 des „Trident" wurde eine Rede abgedruckt, in der der Schriftleiter des „Nationalist", Volodymyr Dushnyk, auf der sechsten Tagung von „O. D. W. U." in Cleveland die ideologischen Prinzipien des ukrainischen Nationalismus entwickelte. Darin lesen wir folgende Sätze: „Das wesentliche Ziel des ukrainischen Nationalismus ist die politisch-soziale Neubildung der Nation auf Grund des Ideals der Einigung und die Schaffung greifbarer Mittel und einer wirklichen Grundlage für deren Verwirklichung. Die nationalistische Bewegung strebt nach verschiedenen Formen der Zusammenarbeit unter dem Motto: Eine große Idee unter einer Führung Wir müssen unsere Rechte durch Kampf gewinnen ... Wer am meisten arbeitet, führt! Wer nicht führt, muß gehorchen! Führen heißt, den Mut haben, wichtige Probleme zu entscheiden und Entscheidungen zu verantworten Der Weg zur Freiheit der Ukraine geht durch eine nationale Revolution, die jede Zusammenarbeit mit dem Feinde ablehnt O. D. W. U. muß den Gedanken der Freiheit unter unseren Einwanderern in Amerika durchsetzen; es muß allen und jeden Krebsschaden in Gestalt des Sozialismus und Kommunismus aus ukrainischen Kreisen vertreiben ..."

Die Verwandtschaft solcher Grundsätze mit im weiteren Sinne faschistischen oder nationalsozialistischen ist unverkennbar. Persönlicher Gedankenaustausch mit den willensstarken und feurigen Führern des „O. D. W. U." bestätigt den Eindruck des gelesenen Wortes. Für diese Nationalisten hat das Volkstum sehr wohl blutsmäßige Substanz. Gleich den jugendlichen Leitern der bretonischen Freiheitsbewegung sind die des „O. D. W. U." von jenem Schlage völkischer Führer, die alles einsetzen, um alles zu gewinnen. Der scharfe Wind, der in ihrem Lager weht, paßt nicht in die gemäßigte Zone des anderen. Sie polemisieren gegen alles, was ihnen lau dünkt. Zum Beispiel stehn sie im Gegensatz zu Skoropadsky, dem Leiter der Hetman-Organisation.

Dennoch ist keine Meinungsverschiedenheit so stark, um die gemeinsame Arbeit aller volksbewußten Ukrainer Amerikas für die großen Ziele zu hemmen. So sind mitunter die gleichen Mitarbeiter in der bruderschaftlichen und in der nationalistischen Organisation oder an deren Zeitschriften tätig.

4.

Die Wirksamkeit der ukrainischen Verbände aller Schattierungen in den Vereinigten Staaten verfolgt zwei Zwecke: ihr Volkstum in der Neuen Welt zu erhalten und in der Alten Welt zu unterstützen.

Die ukrainische Presse hält durch Nachrichten aus der alten Heimat, mit Aufsätzen über ukrainische Geschichte, Kultur und Persönlichkeiten die Erinnerung an das Land der Väter wach. Schulen lehren die Muttersprache. Versammlungen mit künstlerischen Darbietungen bringen die Gemeinschaft zusammen. An der Columbia University in New York City wurde 1935 die Einrichtung eines ukrainischen Sprachkursus durchgesetzt. Professor Alexander Koschetz, hervorragender ukrainischer Dirigent von Ruf, kam 1920 und 1936 nach Amerika, das letztemal, um die „Vereinigten Ukrainischen Volkschöre", die von jungen Ukrainisch-Amerikanern gebildet sind, in Carnegie Hall in New York zu dirigieren.

Derartige Veranstaltungen im weitesten Rahmen dienen beiden Zwecken zugleich: sie geben den Ukrainern eine Anregung ihres Nationalgefühls und machen die amerikanische Öffentlichkeit mit der ukrainischen Kultur bekannt. Das aber ist die eine Art von Unterstützung, welche die Ukrainer in USA. ihrem Volk in der Heimat angedeihen lassen: die moralische auf dem Wege der Aufklärung und Propaganda. Es geht darum, die hiesige Öffentlichkeit aufmerksam zu machen auf die Verfolgungen und Ungerechtigkeiten, denen Ukrainer namentlich in Polen und der Sowjetunion ausgesetzt sind. Schon 1915 brachte die „Ukrainian National Association" ein Buch in englischer Sprache heraus, worin unter dem gemeinsamen Titel „Der Anspruch der Ukraine auf Freiheit" u. a. Aufsätze von Hrushewsky und Otto Hötzsch zusammengefaßt sind. Im Vorwort wird die Hoffnung ausgesprochen, „daß im geeigneten Zeitpunkt die Stimme der amerikanischen Meinung zugunsten der Ukraine gehört werden möge". Eine Hoffnung, die sich damals ebenso wie heute nur in geringem Maße erfüllte. Nur in ganz schweren Fällen nimmt die amerikanische Presse Notiz von dem Schicksal der Ukraine. Als 1930 ein polizeilicher Terror über ukrainische Dörfer in Galizien hereinbrach, berichtete sie davon ausführlich und mit Sympathie für die Bedrückten, — nicht zum wenigsten dank der Bemühungen der hier lebenden Ukrainer. In Philadelphia bildeten 15 000 Einwohner ukrainischer Herkunft einen Demonstrationszug zum Protest gegen die Zustände in ihrer galizischen Heimat. Die „United Ukrainian Societies of Chicago" richteten am 17. November 1930 an den Präsidenten Hoover eine Denkschrift mit dem Gesuch, sein Ansehn für eine Erleichterung der Lage nationaler Minderheiten in Polen in die Waagschale zu werfen. Der Staatssekretär des Äußeren erwiderte, daß seine Regierung „nicht in der Lage sei, Vorstellungen bei einer ausländischen Regierung zu erheben in bezug auf Angelegenheiten, die nicht unmittelbar amerikanische Bürger oder Interessen betreffen"[1]).

Das gleiche Ergebnis hatten die Anstrengungen der Ukrainisch-Amerikaner anläßlich der Hungersnot in der Sowjetukraine 1933. Vergeblich war es, daß ein Abgeordneter des Repräsentantenhauses, Mr. Hamilton Fish jr., auf Anregung von Ukrainern hin dem Hause einen Entschließungsentwurf vorlegte, worin es seine Sympathie mit den Leidenden und die „ernstliche Hoffnung" ausdrücken sollte, „daß die Regierung der UdSSR. baldigst ihre Politik hinsichtlich der Hungersnot

1) Polish Atrocities in Ukraine, Svoboda Press, Jersey City, N.Y., 1931.

in der Ukraine ändern würde ..." Die Entschließung versank in einem „Committee on Foreign Affairs".

Ein Memorandum ukrainischer Verbände von New York über Hunger und Schreckensherrschaft in der Sowjetukraine an den Präsidenten der Vereinigten Staaten wurde als Broschüre auch führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zugestellt und forderte eine Antwort der Sowjetbotschaft heraus, weiter jedoch nichts. In New York zogen Mitte November 1933 Tausende von Ukrainern durch die Straßen, mit Plakaten, worauf zu lesen stand: „Wir verurteilen die mörderische Aushungerung der Ukraine durch die Sowjetregierung!" Es war eine Kundgebung gegen die Anerkennung der Sowjetunion durch die Vereinigten Staaten. Kommunistische Horden überfielen die Demonstranten, versuchten, den Umzug auseinanderzutreiben, und verletzten viele Ukrainer und Polizisten. Am nächsten Morgen berichteten alle Zeitungen auf der Titelseite den Vorfall.

Indem die Ukrainer in den Vereinigten Staaten um Sympathie für das Verhängnis ihres Volkes unter roter Herrschaft werben, leisten sie der Abwehr gegen den Bolschewismus in aller Welt einen Dienst.

Im „Trident", der Monatsschrift junger Nationalisten (September 1936), heißt es in einer Betrachtung zum spanischen Bürgerkrieg: „Ein heimtückisches, schlangenhaftes Element hat seinen Weg in das Herz jeder Demokratie gefunden. Kommunismus! Kommunismus und Nationalismus sind wie Feuer und Wasser Die Ukraine wird durch eine nationale Revolution frei werden." In einer Rede über den „Kommunismus und unsere Jugend", die auf dem vierten ukrainischen Jugendkongreß gehalten wurde, erklärte der Sprecher: „Die ukrainisch-amerikanische Jugend ist vielleicht wachsamer als manche anderen Gruppen in der Beobachtung der heimtückischen Einflüsse des Kommunismus in diesem Lande, infolge der furchtbaren Erfahrungen ihrer Stammesgenossen unter der Sowjetherrschaft. Und wegen dieser geschichtlichen Lage werden und sollen wir vorbereitet sein, jede kommunistische Bewegung unter der Jugend Amerikas anzugreifen, wo immer sich die Gelegenheit bietet[1])."

In dieser Kampfstellung, die sie gegen den Marxismus bezogen hat, liegt eine besondere Bedeutung der ukrainischen Volksgruppe in Amerika. Allerdings darf nicht übersehen werden, wie gering ihre publizistische Wirkung im Vergleich mit dem Einfluß der großenteils sowjetfreundlichen amerikanischen Presse und zahlloser kommunistischer Werbezeitschriften ist[2]), und wie wenig ihr Widerstand in einer Gesellschaftsordnung ausmacht, wo die rote Aktion in vielen bürgerlichen und sogar in einigen kapitalistischen Kreisen in ein Vakuum der geistigen Widerstandslosigkeit stößt, nachdem ihr liberale Autoren aus der internationalen Schule des „Bolschewismus für die kultivierte Bourgeoisie"[3]) den Weg geebnet haben. —

Außer mit Propaganda unterstützen die Ukrainisch-Amerikaner ihr Volk in

---

1) Ukrainian Weekly, 17. X. 1936. 2) Vgl. Marc Markwart: Sympathien für die Sowjet-Union in USA. in „Hochschule und Ausland", März 1937. 3) Ein ironischer Ausdruck Trotzkys in seinem neuesten Buch: The Revolution betrayed", Neuyork 1937, S. 3.

Europa noch mit einem wirksameren Mittel: mit Geld. Die „Ukrainian National Association" hat eigens dafür einen „National Fund". Mehr als 250 Millionen Dollar sind seit Beginn der Einwanderung von Amerika allein nach Ostgalizien geflossen, um dort ukrainische Schulen zu stützen, Parteien zu finanzieren und persönliche Bedürfnisse zu stillen. Die Zahlungen gehen durch die Vermittelung der „U. N. A." oder des „O. D. W. U.". Wenn einmal die unabhängige Ukraine geschaffen sein sollte, hofft man, werden Ukrainer mit amerikanischer Ausbildung hinübergehn können, um am Aufbau des neuen Staates mitzuarbeiten.

5.

Ganz so wie die Einwanderer aller übrigen Nationalitäten stehn auch die Ukrainer der Frage der Assimilation gegenüber. Das heißt, sie haben ein Verhältnis zur neuen Umwelt zu gewinnen. Es ist ja gewiß nicht so, daß der Freiheitskampf der Heimat das einzige sie bewegende Problem ist. Der Einsatz für ihr Volkstum in der Ukraine mag bei ein paar Idealisten im Vordergrund stehn, die meisten einzelnen haben vor allem anderen sich um ihr eigenes Dasein in der gewählten Heimat zu bekümmern. Nur der kleinere Teil von ihnen ist überhaupt in den ukrainischen Verbänden zusammengefaßt. Zahllose von den Nichtorganisierten mögen als dem Prozeß der Einschmelzung verfallen gelten. Selbstverständlich wollen auch jene, aus ihrer zweiten Generation, die sich weiter als Ukrainer fühlen, nicht den Anschluß an den Kreislauf amerikanischen Lebens versäumen. So ist also eine gewisse Assimilation auch bei den jungen Nationalisten nichts als natürlich. Die Angleichung zeigt sich zum Beispiel in der Sprache. Die ukrainische Sprache in Amerika hat eine Anzahl englischer Ausdrücke aufgenommen: dreska—dress, vinda—window, hala—hall, shapuvaty—to shop, und viele andere[1]).

Wie die junge, in Amerika geborene, aber ihrem Volkstum getreue Generation sich zur Frage der doppelten Treupflicht stellt, hat einer von ihnen Anfang 1935 vor der Konferenz über Einwanderungspolitik im Rathaus von New York ausgeführt: „Wir wissen, wir können hier in Amerika keine Rechte und Vorzüge genießen ohne Pflichten und Verantwortungen. Wir wissen, daß Amerika uns Schutz, Erziehung und Möglichkeiten gibt, und daß wir dafür unsere Liebe, Gehorsam, Dienst und Treue schulden Und doch, wir können nicht vergessen, daß wir Amerikaner sind — von ukrainischer Herkunft Wir, die amerikanische Jugend von ukrainischer Abstammung, werden uns bemühen, würdige und nützliche Bürger unseres Amerika zu werden, und dabei gleichzeitig streben, unseren kleinen Teil beizutragen zur Verwirklichung jenes jahrhundertealten Traumes — der Schaffung eines freien und unabhängigen Staates der Ukraine[2])."

1) Vgl. Ukrainian Weekly, 16. V. 1936. 2) Jubilee Book, 1936, S. 496.

Dr. Wladimir von Korostowetz:
Vor- und Nachkriegspolitik Rußlands

Es hat jemand ganz richtig gesagt: die Geschichte ist die Vergangenheit der Politik, die Politik ist die Geschichte der Gegenwart. Um also die laufenden Ereignisse verstehen zu können, muß man sie aus diesem Blickwinkel betrachten, muß Kenntnis der Vergangenheit und Wissen über die Gegenwart besitzen.

Zum Verständnis der russischen Politik — ob der zaristischen oder der roten — muß man sich stets vor Augen halten, daß Rußland vor der Revolution eine absolute Militärmacht war. Das Russische Reich umfaßte ein Sechstel der Erdoberfläche und vereinigte innerhalb seiner Grenzen 48 verschiedene Nationalitäten — verschieden in Sprache, Religion und Tradition. Alle diese Völker bildeten das sogenannte „einzige und unteilbare", absolutistisch-zaristische Rußland. Der Prozeß der Vereinigung der einzelnen Völker mit Rußland begann in den meisten Fällen mit dem Eingehen eines Bündnisses mit Moskowien, dem Leitungszentrum des Reiches. Danach folgten Vertragsbrüche, die schließlich mit Eroberungen, Unterwerfungen und Annexionen endeten, wobei dei Initiative immer von der im Steigen begriffenen Militärmacht des Kaiserlichen Rußland ausging. Es war jedoch für das Zentrum Rußlands nicht so leicht, wie es vielleicht auf den ersten Blick erscheinen mag, seine Bundesgenossen, die sich auf Verträge stützten, unter seine absolute Herrschaft zu bringen; es stieß im Verlaufe dieser Bemühungen auf heftigen Widerstand der in ihrer Selbständigkeit bedrohten Völker, der gewöhnlich in Auflehnung und Krieg überging und mit der Annexion des betreffenden Volkes endete.

Im Zentrum des Russischen Reiches lag die Macht in den Händen einer dünnen Schicht, die wir gewissermaßen als „Aristokratie" bezeichnen können. Der Mittelstand, als homogene ausgeprägte Klasse, existierte dort nicht; dafür gab es eine heterogene Masse der „Intelligenzia" (Intellektuellen), die einerseits jeden Kontakt mit den unteren Volksmassen verlor, andererseits aber auch keine Verbindung mit der Oberschicht angeknüpft hat. Unter den oberen Vertretern dieser „Intelligenzia" überwog das Gefühl der Unzufriedenheit, dominierten die Minderwertigkeitskomplexe, verbunden mit dem Fehlen des Staatlichkeitsgedankens. Und dieser Stand als solcher stand in dauernder Opposition zu „S. M. dem Zaren". Als aber die Revolution von 1917 kam, wurde, wie Seine Majestät mit der Oberschicht, so auch die Opposition Seiner Majestät weggewischt und vernichtet.

Die dritte Schicht bildeten die analphabeten Massen der Bauern und Kleinbürger, die dem Herrscher des absolutistischen Reiches als „Kanonenfutter" dienten. Ein guter Landwirt sorgt für sein Vieh und ernährt es; so ungefähr war die Einstellung der Regierung des zaristischen Rußland zur Bauernmasse, was zur Folge hatte, daß die Mentalität des Bauern (besonders in Zentralrußland, wo der Boden arm ist) sich nicht über die eines Leibeigenen hob; diese knechtische Mentalität wurde zur Gewohnheit, beinahe zur historischen Tradition.

Das kaiserliche Rußland war ein Kontinentalstaat, in Methoden und Ideen das Gegenteil eines Kolonialstaates. Sein Ziel war die Expansion auf Kosten seiner nächsten Nachbarn und die Durchführung der Entnationalisierung von eroberten Gebieten. Im Russischen Reich gab es keinen Platz für Tataren, Finnen, Ukrainer,

Georgier, Kalmüken — sie alle wurden zu Russen erklärt. Ein Kolonialstaat dagegen breitet seine Macht hauptsächlich durch kaufmännische und Handelsunternehmungen aus, erkennt aber, indem er die unter seinen Einfluß geratenen Territorien zu Kolonien oder Dominien macht, die nationalen Rechte der Einheimischen an. Die Interessen einer solchen Kolonie sind unter diesen Umständen mit dem Mutterlande auf natürlicher Basis eng verbunden. Das Mutterland ist aber seinerseits weise genug, um seinen Kolonien nicht alle Verpflichtungen aufzulegen und sich selbst nur die Rechte anzuerkennen; es ist bestrebt, ein „fair-play"-Verhältnis, günstig für beide Teile, auszubauen.

*

Betrachten wir die auswärtige Politik des Russischen Reiches, so sehen wir, daß Rußland — vom Drang nach Expansion getrieben — mit seinen unmittelbaren Nachbarn gewöhnlich im Zustand des heimlichen Ringens lebte; mit den Nachbarn seiner Nachbarn aber schloß es Bündnisse.

Innerhalb des Russischen Reiches regierte man mit strengen polizeilichen Maßnahmen, und sogar die Kirche wurde zum „instrumentum regni" in den Händen der Regierung. Rußland brauchte eine starke, gut gerüstete Armee, und das war der Grund für einen gewissen Kontakt mit Westeuropa. Peter der Große verlegte seine Hauptstadt von Moskau nach Westen, zu welchem Zweck er St. Petersburg gründete, das er selbst „Fenster nach Europa" nannte. Er konnte dieses Fenster je nach Bedürfnis verschließen oder öffnen und so die erwünschten Fachleute, wie Techniker, Schiffsbauer usw., nach Rußland hereinlassen, die revolutionären und evolutionären Ideen Westeuropas aber ausschalten und ihnen den Weg versperren. Im Jahre 1918 hat Lenin auch dieses einzige Fenster nach Europa hermetisch abgeriegelt, die europäische Hauptstadt wurde von Petersburg wieder nach dem asiatischen Moskau zurückverlegt und somit der enorme russische Kontinent zu einem in sich geschlossenen Kessel der Weltrevolution gemacht. Diesen Kessel können die Bolschewiken nach Wunsch öffnen und die revolutionären Ideen in die Welt strömen lassen, wenn den Führern der bolschewistischen Partei der Moment dafür geeignet erscheint.

Im zaristischen Rußland waren zwei voneinander abhängige und einander unterstützende Faktoren Hauptstützen der absolutistisch-zentralisierten Macht: die Polizei und die Armee. Die erste sorgte für die Ruhe innerhalb Rußlands, die zweite war für außerhalb bestimmt. Die eine sorgte für Sicherheit, die andere für die Machtausdehnung.

Jedes Regime hat seine Ethik und seinen Moralkodex für die Rechtfertigung und zur Unterstützung seiner Politik, seiner Ziele und Bestrebungen. Das zaristische Regime beanspruchte in erster Linie die Rolle der Hauptstütze der „Rechtgläubigen Religion" („prawoslawie"), deren Vertretung die russische griechisch-orthodoxe Kirche übernahm. An zweiter Stelle beanspruchte das zaristische Regime die Rolle eines Trägers der Kultur und des europäischen Einflusses in den „barbarischen" asiatischen Ländern. Diese Erklärungen genügten aber für den Westen nicht; somit bediente sich die russische Expansionspolitik hier eines anderen Vorwandes: Rußland sei verpflichtet, für die gesunde Reaktion gegen die „napoleonischen revolutionären Ideen" durch Unterstützung des Prinzips einer erblichen Monarchie von Gottes Gnaden zur Verbreitung zu sorgen und sie zu schützen. Nach

den Napoleonischen Kriegen und dem Ende der Heiligen Allianz von Wien, nach der Unterdrückung der Revolution gegen den legitimen Monarchen Ungarns in den Jahren 1848—49 durch die Armeen des von Gott gesalbten russischen Zaren — wurden diese Schlagworte über Napoleon fallen gelassen. An ihre Stelle traten die slawophilen Ideen; Rußlands Expansion nach Westen geht jetzt unter der Parole, die vom Islam unterdrückten slawischen Völker schützen zu müssen, was symbolisch als Aufrichtung des Heiligen Kreuzes auf der Hagia Sophia in Konstantinopel proklamiert und erstrebt wurde. Diese Richtung mit gewissen kleinen Abweichungen wurde in der Politik bis zum großen Krieg von 1914 verfolgt. Der russische Außenminister Ssasonow, in dessen Kanzlei ich tätig war, sagte mir 1913, daß ein Krieg mit Deutschland und Österreich unvermeidlich sei, daß er Konstantinopel und die Balkanländer unter der russischen Herrschaft sehen möchte, was aber nur durch einen Krieg zu erreichen sei; deswegen bereiten sich die Zentralmächte und die russische Regierung fieberhaft zum Kriege.

Fassen wir nun die Außenpolitik des zaristischen Rußland zusammen, so können wir es folgendermaßen ausdrücken: Rußlands Tendenz war die territoriale Ausbreitung nach außen und die Ausrottung jeder separatistischen Bestrebung bei den eroberten Minderheiten; es wollte sie zwingen, in den zentralrussischen (moskowitischen) Formen aufzugehen.

*

Nun kamen Lenin und Stalin — beide ebenso absolutistisch. Ich erinnere mich der interessanten Unterhaltung — ja, ich möchte sogar sagen, der prophetischen — die ich mit Lenin (damals Uljanow) im Jahre 1908 in Zürich hatte, wo er als politischer Emigrant lebte und seine revolutionären Theorien ausarbeitete.

In einem kleinen Kreis sprach er über die Einführung des 100prozentigen, durch nichts abgeschwächten Kommunismus in Rußland. Als ich die Bemerkung fallen ließ, daß ein solcher Versuch Wahnsinn wäre, da die russischen, zum großen Teil analphabeten Massen nicht imstande sind, die Prinzipien des Sozialismus aufzunehmen und zu begreifen, daß die Massen in Westeuropa, obwohl im Vergleich mit den russischen viel fortgeschrittener und kultivierter, auch kaum reif für solche Experimente sind — erwiderte mir Lenin, daß es für ihn gleichgültig sei, ob die Massen seine Lehre „aufnehmen" oder „begreifen", er würde sie ihnen mit Wucht beibringen: „Die Zaren regieren über Rußland mit ihren 300 auserwählten Adligen und setzen ihren Willen durch; warum werde ich mit meinen Auserwählten — der Kommunistischen Partei — nicht herrschen und meinen Willen in Rußland nicht durchsetzen können?!" (Die Kommunistische Partei in Rußland bildet jetzt weniger als 1% der Gesamtbevölkerung.) Ich bemerkte wieder, daß zirka 90% der russischen Bevölkerung Bauern sind und sich für die sozialistischen Experimente nicht eignen, worauf sich Lenin sehr scharf gegen das Bauerntum äußerte; er sagte, die Bauern seien in der Tat große Gegner des Sozialismus, er würde sie aber schon zu Gehorsam zwingen. Er weiß, es wird viel Blut kosten, er gibt jedoch seine Idee nicht auf und ist bereit, sie trotzdem „seinen Experimenten zuliebe" durchzuführen. Er fügte noch hinzu, daß seine Herrschaft, falls es ihm gelänge, die Macht an sich zu reißen, von kurzer Dauer sein würde; die Reaktion werde vorübergehend wieder die Oberhand gewinnen. Aber gerade die Tätigkeit der Reaktionäre werde es ihm ermöglichen, wieder und diesmal definitiv ans Ruder zu kommen.

Lenin, ein Revolutionär in Theorie und Praxis, zog die andere Möglichkeit — die Evolution — überhaupt nicht in Rechnung. Im Jahre 1917 kam er zur Macht. Aber die Schlagworte des roten Absolutismus mußten bei gleicher Zielsetzung selbstverständlich anders klingen als die des zaristischen. Lenin proklamierte die „Selbstbestimmung der Völker" innerhalb des russischen Kontinents und die „Be-

freiung der unterdrückten Völker" für außerhalb. Das sollten seine „Auserwählten" — die Kommunistische Partei — zur Wirklichkeit werden lassen. Seine Taktik bestand darin, die Zwistigkeiten zwischen den einzelnen nichtkommunistischen Staaten zu entfachen, sie gleichzeitig von innen aus durch die Parole: „Nieder mit dem Krieg, es lebe die Revolution!" zu unterwühlen, und danach die roten revolutionären Armeen marschieren zu lassen, um tabula rasa mit der alten Welt zu machen und den neuen kommunistischen, utopistischen Staat aufzubauen. War es aber den Sowjets geglückt, mit Hilfe der Losung „Selbstbestimmung der Völker!" ihre Hand auf irgendeinen nichtrussischen Teil des früheren Russischen Reiches zu legen — so versank diese Losung; die betreffenden Völker mußten sich dem Willen des roten Moskau bedingungslos fügen. Im nächsten nichtkommunistischen Lande aber trieben die Sowjets wieder dieselbe „Befreiungspolitik" des „unterdrückten" Volkes.

Seit der Besitzergreifung des russischen Kontinents durch die Banden der III. Internationale Lenins und Stalins bedient sich ihre Außenpolitik des neuen Schlagwortes: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" — lies: unter Moskau. Die III. Internationale übernahm die Führung, während die Sowjetregierung zu ihrer Exekutive wurde (Stalin bekleidete nie einen Posten in der roten Regierung, war aber immer das wirkliche Haupt und das Zentrum der III. Internationale). Die Weltrevolution wurde zum Ziel und zur Hauptidee, und alles wurde ihr untergeordnet. Deshalb strebt jetzt Stalins Außenpolitik, einen europäischen Krieg zu provozieren, die nichtkommunistischen Länder von innen aus zu revolutionieren und die Rote Armee gegen sie marschieren zu lassen.

Die Berichte der Stalinschen Agenten im Ausland versichern ihm, daß man dem Ziele nahe sei und für den Ernstfall bereit sein müsse, wofür eine gehorsame Rote Armee notwendig ist. Deshalb gerät Stalin bei jeder Andeutung, seine Rote Armee könne „thermidorisch" werden und sich gegen den Kommunismus wenden, in Raserei und räumt unter den verdächtigen roten „Generälen" rücksichtslos auf. Jetzt hat er die im Kriegsfalle unverlässigen Elemente des Regierungsapparates mit Hilfe der GPU. beseitigt, dann wird er die GPU. mit Hilfe der Roten Armee und schließlich die Rote Armee mit Hilfe der GPU. säubern. Heute sind Stalin und Dimitroff, die waschechten Weltrevolutionäre, die unbestrittenen Machthaber Moskaus.

Gibt es einen Unterschied zwischen der früheren Außenpolitik von Lenin und der jetzigen von Stalin? Kaum daß Lenin im Sattel festsaß, schien er das Schlagwort „Selbstbestimmung der Völker" für Rußland vergessen zu haben. Das Beispiel der bolschewistischen Politik in Georgien oder der Ukraine beweist es nicht weniger als das Experiment, das Moskau in Spanien zwangsweise durchzuführen versucht. Obwohl nach dem Paragraphen 117 der neuen Verfassung in der UdSSR. jeder einzelnen Republik das Recht vorbehalten ist, durch einfache Erklärung aus der UdSSR. auszutreten, halten 17 rote Divisionen und 100000 Mann „besonderer Bestimmung" der GPU. (jetzt Komwnudel genannt) die Ukraine besetzt, während die Sowjetadministration der sogenannten „Unabhängigen" Ukrainischen Sowjetrepublik zu 80% aus Juden und zu 20% aus Russen besteht, die vom Georgier Stalin aus Moskau ernannt werden.

Und wie hat sich die russische Außenpolitik in den letzten Jahren in Asien

gestaltet? Im Jahre 1924 erkannte Stalin die Äußere Mongolei als integralen Bestandteil Chinas an. Ungeachtet dessen wurden danach Stalins Agenten dorthin geschickt, die Revolten und Unruhen stifteten; im Jahre 1934 unterzeichnete Stalin ein Bündnis mit der „Regierung" der Äußeren Mongolei und versprach ihr militärische Unterstützung der Sowjets „im Falle eines Überfalles". So wurde die Äußere Mongolei zur Sozialistischen Sowjetrepublik im Schlepptau Moskaus. Die jungen Leute aus der Mongolei werden zur Schulung nach Moskau geschickt, die Führer der mongolischen Armee stehen unter Moskaus Vormundschaft; die Verbindung zwischen der Mongolei und China wird allmählich immer mehr gelockert. Denselben Prozeß kann man in Sinkiang beobachten, wo zur Zeit Terror herrscht. Mit der Zeit wird es ebenfalls sowjetisiert und an Rußland als besiegtes Territorium angegliedert.

In meinem Artikel „Das bolschewistische Pendel und die Ukraine" (Geopolitik, November 1936) habe ich schon darauf hingewiesen, daß Sowjetrußland das Ziel verfolgt, sich innerlich zum Sprungbrett der Weltrevolution und zu ihrer materiellen Basis vorzubereiten; alle diese neuen Kanäle, Eisenbahnen, Kriegsindustriewerke usw. — alles das ist dazu bestimmt, eine Zitadelle der zukünftigen Weltrevolution aus Sowjetrußland zu machen.

Zieht man die Schlußparallele zwischen der Politik des imperialistischen zaristischen Rußland und der des roten Imperialismus von Sowjetmoskau der III. Internationale, so kann man wohl behaupten, daß der rote Imperialismus von seinem Vorgänger viel geerbt hat und dasselbe System von Intrigen, Eroberungen, Okkupationen und Unterwerfungen anwendet — mit dem einen Unterschied, daß dieser es viel dreister innerhalb und außerhalb Rußlands durchführt, wie es sich die Zaren jemals träumen ließen. Die Schlagworte, mit denen man die Ausländer zu betäuben versucht, klingen wohl anders, die Angriffspolitik aber ist dieselbe geblieben, ist sogar noch aggressiver geworden; sie droht der zivilisierten Welt und insbesondere der Zivilisation Europas. Nur die echte nationale Erhebung der europäischen Völker kann Rettung gegen Zersetzung und Revolution bedeuten.

Jedes Volk richtet auf sein Gebiet alle seine Kräfte und Fähigkeiten, um für seine kulturliche und politische Entwicklung daraus den größtmöglichen Nutzen zu ziehen. Seine Entwicklung ist ein Kampf mit seinem Wohngebiet, in dem für die politische Organisation die Vorteile gewonnen werden, deren dieser Boden fähig ist. Je mehr das Gebiet solche Vorteile hat, desto leichter lebt das Volk in sein Gebiet sich ein. Das Volksganze will ein Naturganzes werden, will ebendeswegen ein geschlossenes oder doch übereinstimmend geartetes Gebiet für sich haben. Die politische Zersplitterung hemmt nur zeitweilig die durch Nachbarlage und gleiche Naturbedingungen hervorgerufene Gemeinsamkeit der Entwicklung in diesem Gebiete. Ohne es zu wollen, streben doch aus der Zerteilung heraus die mannigfaltigsten Gebilde auf die Einheit zu, die der Natur des Gebietes unverändert eingeprägt blieb.

Friedrich Ratzel — Politische Geographie — III. Aufl. — München 1923 — S. 129

ALBRECHT HAUSHOFER:

Berichterstattung aus der atlantischen Welt

Der 10. April hat mit einer Einmütigkeit, wie sie wohl selten in Volksabstimmungen erreicht worden ist, die großdeutsche Einheit besiegelt. In Deutschland selbst ist niemand davon überrascht worden; an manchen ausländischen Stellen hat man Gelegenheit gehabt, dieselben Erfahrungen zu machen, die man schon einmal bei der Saar-Abstimmung gemacht hatte.

Nun gilt es, in Deutschland selbst den Tagen der Feste die Tage der Arbeit folgen zu lassen. Die Einfügung Österreichs von den Karawanken bis zum Böhmer Wald, von Bregenz bis zum Neusiedler-See in den deutschen Gesamtstaat ist eine innerdeutsche Aufgabe, die mit allem, was sie in den Bereichen der staatlichen und der wirtschaftlichen Organisation mit sich bringt, nicht nach Wochen oder Monaten zu bemessen ist. Zugleich aber stellen sich nach außen eine Fülle von Fragen, die mit der geographischen Lage Österreichs zusammenhängen. Großdeutschland hat an wirtschaftlicher Bedeutung in allen Ländern der unteren Donau eine ganz bedeutende Vermehrung seines Einflusses erfahren. Zählt man die Einfuhr- und Ausfuhrwerte Österreichs denen des Deutschen Reiches in den letzten Jahren hinzu, so ergibt sich, daß ein freundlicher Wirtschaftsverkehr mit dem Deutschen Reich für die gesamte Staatenwelt von der Tschechoslowakei bis nach Bulgarien und Griechenland schon vor der Heimkehr Österreichs wichtig war: nunmehr ist er lebensnotwendig. Am schärfsten ist das wohl ausgesprochen worden in einer Unterhausrede Winston Churchills. Wenn auch in diesem Fall feindliche Gesinnung den Scharfsinn der Beobachtung vermehrt hat, so haben wir auf deutscher Seite keinen Anlaß, die Tatsachen zu leugnen. Allein vom Wirtschaftlichen her hat Großdeutschland eine besondere Verantwortung im ganzen südöstlichen Europa, der es sich nicht entziehen kann, ohne das Gefüge der gesamten Nachfolgestaaten zu stören. Dieser Erkenntnis müssen politische Folgerungen entsprechen. Der Staat, der davon in erster Linie betroffen ist, bleibt die Tschechoslowakei. Es sind in den letzten Wochen seitens der Prager Regierung einige Maßregeln angekündigt worden, deren loyale Durchführung zweifellos zu einer Entspannung der inneren Lage dieses Vielvölkerstaates führen könnte. Je weniger man sich in Prag darauf verläßt, auf Hilfe von Paris und Moskau zu hoffen — die in jedem Ernstfall vermutlich zu spät käme —, desto leichter wird sich die Sicherung der tschechischen Volksexistenz auf lange Sicht erreichen lassen, wenn auch der tschechische Staat in seiner Gestalt als Nationalstaat mit alleiniger Führung durch die Tschechen die Voraussetzung seines Bestehens verloren hat. Ein tschechischer Nationalstaat in den Grenzen, die heute den Umzug der Tschechoslowakei bezeichnen, war nur denkbar in einer Zeit, in der es eine deutsche Macht nicht mehr gab. Das ist ein Zustand, der in der europäischen Geschichte durch ein volles Jahrtausend immer nur ein paar Jahre lang bestanden hat — und die letzte Periode dieser Art ist nun endgültig abgeschlossen. Daß es sich so verhält, wird übrigens auch in Westeuropa von weitblickenden Staatsmännern gesehen. Es ist bemerkenswert, daß in England z. B. ein Mann von linksliberaler Herkunft, der eine Zeitlang Minister des Labour-Kabinetts Macdonald war, Lord Noel-Buxton, mit dem Vorschlag einer Volksabstimmung in den Sudetenländern hervorgetreten ist, der seinerseits einen recht interessanten Leitartikel der „Times"

zur Folge gehabt hat. Eduard Benesch ist unter den Staatsmännern Europas vielleicht derjenige, dem die längste Amtserfahrung zur Verfügung steht. Von vielen Staatsmännern hat die Geschichte die größten Leistungen in den Anfängen ihrer Laufbahn verlangt; ihm hat sie eine Abschlußaufgabe gestellt, die mehr verlangt als das Geschick der Rede, die Gewandtheit des Zeitgewinns und die List der Menschenbehandlung.

In Rumänien scheint König Carol den Weg zu gehen, den ein Jahrzehnt vor ihm König Alexander in Südslawien gegangen war: die Königsdiktatur wird stärker und sichtbarer. Manches von dem, was Codreanu wollte, wird nun vom König durchgeführt — freilich unter vorläufigem Verzicht auf den Antisemitismus. Dafür wird mit den regionalen Traditionen — wiederum ähnlich wie in Südslawien — kräftig umgegangen. Die neue rumänische Gebietseinteilung in Provinzen nimmt keine Rücksichten mehr auf die überkommenen geschichtlichen Länder. Bis jetzt hat die südslawische Neugliederung nicht vermocht, die alten Einheiten aufzulösen. Es ist nicht zu erwarten, daß in Rumänien die Verschiedenartigkeit der historischen Tradition schneller ausgelöscht werden wird. Um regionale Überlieferung zu zertrümmern, muß eine lange Aushöhlung vorangegangen sein. Die Beseitigung der alten Provinzen in Frankreich z. B. wäre auch der Revolution und Napoleon nicht so leicht gelungen, wenn nicht Richelieu, Mazarin und Ludwig XIV. vorangegangen wären. Der bourbonische Absolutismus hat die Departement-Einteilung der Revolution erst möglich gemacht.

Wird es in Frankreich zu einer Wiedererweckung alter und scheinbar überwundener Spannungen in gefährlicher Form kommen? Wir haben bis jetzt immer die Meinung vertreten, daß die gesunde ländliche Besitzverteilung Frankreichs das Land vor schweren sozialen Erschütterungen schützen werde. Gerade deshalb sind wir verpflichtet, jetzt darauf hinzuweisen, daß die schleichende Inflation, der sich Frankreich seit einigen Jahren hingibt, die Gefahr einer Erschütterung dieses sozialen Gleichgewichts sehr viel näher bringt. Stößt ein verarmter Mittelstand, eine unzufriedene Bauernschaft zu den Kräften, die in Frankreich schon jetzt auf revolutionäre Wege drängen, dann sind plötzliche Überraschungen nicht mehr ganz ausgeschlossen. Das Klima von Paris ist launisch; Daladier und Gamelin müßten sehr starke Persönlichkeiten sein, wenn sie den Wirbeln gewachsen sein sollen, die für Frankreich aus der Innenpolitik emporsteigen. Der Gürtel der Vororte um Paris ist genau so rot, wie es der um Wien einmal war. Marseille und Toulon, Brest und der nordfranzösische Industriebezirk sind gefährliche Gegenden, und die jüdische Bevölkerung von Paris wird augenblicklich auf etwa 400 000 geschätzt. Das Gefährlichste an der Entwicklung aber dürfte sein, daß sich nach dem Abschluß des spanischen Krieges eine riesige Emigrantenwelle sämtlicher Internationalen aus Barcelona nach Frankreich ergießen wird. Die Volksfront-Mehrheit der Kammer wird kaum die Stärke haben, diesen Zustrom zu sperren, selbst wenn Daladier die Einsicht haben sollte, es zu wollen. Die Propaganda gegen eine Sperrung der Pyrenäen wird zu stark sein — handelt es sich doch bei den in Spanien Unterlegenen um die landlosen Flüchtlinge der Linken aus vielen Ländern der Welt. Die Staaten, in die sie noch entweichen können, sind nicht zahlreich. Am nächsten läge es natürlich, sie nach Rußland abzuschieben. Hier stellen sich aber merkwürdige Hemmungen der Begeisterung ein. Auch dem Herrn des Kreml scheint ein Zustrom verzweifelter

Revolutionäre nicht gerade erwünscht. Südamerika fällt als Asyl zum größten Teil aus. Weder Brasilien noch die La-Plata-Staaten haben Bedarf; und Mexiko hat nur eine beschränkte Aufnahmefähigkeit. So bleibt Frankreich übrig; es gibt kluge Beobachter, die prophezeien, daß die französische Krise beginnen werde, sobald die spanische zu Ende sei...

Daß der spanische Konflikt entschieden ist, wird nunmehr von fast allen Beobachtern angenommen. Im nördlichen Katalonien hat der Vorstoß Francos die Segre-Linie erreicht. Lérida ist erobert worden, und im Norden sind die Zentren der Elektrizitätsversorgung von Barcelona in die Hände der Nationalisten gefallen. Wichtiger noch ist der Durchstoß zum Mittelmeer, der südlich von Tortosa gelungen ist. Die Mittelmeerküste ist zur Zeit (22. 4.) in einer Breite von etwa 70 km in der Hand nationalspanischer Truppen und italienischer Freiwilliger. Wenn es auch den Anschein hat, als ob der Ebro noch eine schwer zu nehmende Schranke sein könnte, so scheint der Vormarsch nach Süden mit geringeren Hemmungen vor sich zu gehen. Es ist leicht möglich, daß Valencia wesentlich schneller erreicht werden kann als Barcelona. Jedenfalls müßte ein Wunder geschehen, wenn noch eine Wendung des Krieges zugunsten der spanischen Linken eintreten sollte. Dieses Wunder könnte nur in einem stärkeren Waffeneinsatz Frankreichs oder Sowjetrußlands bestehen. Beides ist unwahrscheinlich. Wenn Frankreich das Risiko eines europäischen Krieges der spanischen Linken zuliebe auf sich nehmen wollte, dann hätte das früher geschehen müssen; die Sowjetunion aber scheint (darauf deutet auch der Ablauf des polnisch-litauischen Konflikts) zu größeren militärischen Aktionen außerhalb ihres eigenen Bereiches zur Zeit nicht in der Lage zu sein. Das hat offensichtlich innere Gründe, deren genaue Kenntnis auch den wenigen guten Beobachtern versagt ist, die heute noch innerhalb der Sowjetgrenzen geduldet werden.

Die Wahrscheinlichkeit, daß aus den spanischen Verwicklungen ein europäischer Konflikt wird, ist zu Ostern 1938 geringer, als sie jemals seit dem Sommer 1936 gewesen ist. Es ist selten, daß in politischen Verträgen noch nicht eingetretene Ereignisse mit solcher Sicherheit vorweggenommen werden, wie das in dem englisch-italienischen Ostervertrag geschehen ist.

Das Inkrafttreten dieses Vertrages ist formal an die Erledigung der spanischen Frage geknüpft. Da die britische Regierung ein Interesse daran hat, daß er bald in Kraft trete, hat sie sich damit indirekt auch über ihre Beurteilung der spanischen Entwicklung ausgesprochen. Der Herzog von Alba wird wohl nicht mehr lange auf die volle Zubilligung diplomatischer Rechte warten müssen.

Man soll bei guten diplomatischen Verträgen, ähnlich wie bei kaufmännischen, nicht immer fragen: Wer hat wen betrogen? Es ist das Wesen politischen Ausgleichs, daß beide Teile zufrieden sind — wenn solcher Ausgleich Bestand haben soll. Was enthält der britisch-italienische Vertrag? Wie ist er politisch zu bewerten? Der Vertrag enthält folgende Teile: Erstens: eine Bestätigung der status-quo-Verpflichtung vom Januar 1937 über das Mittelmeer; zweitens: eine Abrede, daß man sich von Zeit zu Zeit über die militärische Kräfteverteilung in der ganzen Zone vom Mittelmeer bis zum Golf von Aden, vom Dodekanes bis nach Kenya und Uganda gegenseitig unterrichten werde. Das gilt besonders für die Errichtung neuer Stützpunkte im Ost-Mittelmeer und im Roten Meer. Drittens: Einvernehmen darüber, daß der Status von Saudi-Arabien und Jemen nicht geändert werden darf. Italien

verzichtet auf jeden Übergriff nach Arabien, England auf eine weitergehende Ausdehnung des Aden-Protektorats. Die Inseln im Roten Meer sollen unbefestigt und unannektiert bleiben. Viertens: Gegenseitiger Verzicht auf feindselige Propaganda; fünftens: italienische Bereitschaft, nach der Erklärung vom April 1936 die besonderen Interessen des Sudan und Ägyptens am Tana-See zu achten; sechstens: Verzicht Italiens auf Bewaffnung der Eingeborenen Italienisch-Ostafrikas; siebentens: italienische Bestätigung der Rechte britischer Missionen; achtens: nochmalige Bestätigung der Suez-Kanal-Konvention von 1888; neuntens: italienische Mitteilung über die Verminderung der Truppenzahl in Libyen auf den Friedensstand; zehntens: italienische Bereitschaft, dem Londoner Flotten-Vertrag von 1936 beizutreten; elftens: italienische Zustimmung zu der englischen Spanien-Formel bezüglich der Freiwilligen in Spanien mit anschließendem italienischem Verzicht auf alle territorialen Ziele und alle privilegierte Stellung im gesamten spanischen Machtbereich. Zwölftens: britische Bereitschaft, die Anerkennung des Italienischen Imperiums in Genf anzuregen. Soviel zum tatsächlichen Inhalt. Nun die politische Bedeutung der einzelnen Punkte!

Ein großer Teil des Vertragswerks ist weiter nichts als eine Bekanntgabe der gegenseitigen Absicht, künftighin keine neuen Drohungen gegeneinander aufzubauen. Hieher gehören die Bestimmungen über die Propaganda, ebenso wie die über die britischen Missionen in Ostafrika, die Rechte am Tana-See und die Durchfahrt im Suez-Kanal. Hieher gehört im großen auch das gesamte Netzwerk von Bestimmungen über die Stützpunkte im Mittelmeer und im Roten Meer und über die gegenseitige Neutralität in Arabien. All das verändert den status quo nicht. Wohl aber enthält das Abkommen an zwei Stellen sehr entscheidende Veränderungen des status quo: an der östlichen und an der westlichen Flanke des behandelten Interessengebietes. Im Osten scheint Italien allein der Gewinner zu sein: das Britische Reich erkennt das Italienische Imperium an. Zwar wird noch ein Völkerbund-Vorbehalt gemacht, aber niemand zweifelt daran, wie er gemeint ist. Doch das ist nur das äußere Bild. In einer sehr verdeckten Form werden gleichzeitig auch britische Eroberungen anerkannt: die Bestimmung über die Respektierung von Jemen und Saudi-Arabien enthält indirekt die italienische Anerkennung der umfangreichen Annexionen, die England in jüngster Zeit im Hinterland von Aden und in Hadramaut vorgenommen hat. Das Geschäft ist also nicht ganz einseitig, wenn es auch vom Standpunkt des äußeren Gesichts einen erheblichen italienischen Gewinn darstellt. Die beiden militärischen Reservate, die England aus dem Vertrag auf italienischen Kolonialbesitz herleiten kann, sind von recht verschiedener Bedeutung. Das Zurückziehen der italienischen Stoßtruppen aus Libyen bedeutet eine wesentliche Entlastung Ägyptens — dessen freundschaftliche Beziehungen zu Italien in einem besonderen Teil des Römischen Abkommens enthalten sind. Die italienische Zusicherung, daß in Italienisch-Ostafrika keine Truppen ausgehoben werden dürfen, hat für die Gegenwart überwiegend theoretische Bedeutung. Die Sorge Italiens muß heute noch, und wahrscheinlich auf viele Jahre hinaus, viel mehr sein, die Eingeborenen zu entwaffnen, als sie zu bewaffnen. Die Einfügung dieses Paragraphen in das Vertragswerk zeugt vielleicht am besten für den Weitblick und die ehrlichen Absichten Chamberlains. Militärische Bedeutung kann dieser Punkt für das britische Weltreich vielleicht in zehn Jahren haben; durch seine Einfügung bestätigt man,

daß man mit der Dauer des Italienischen Imperiums rechnet. Damit darf angenommen werden, daß auch einige Punkte geregelt worden sind, von denen in dem Vertragswerk nichts zu lesen ist — wahrscheinlich deshalb, weil ihre Erwähnung erwiesen hätte, daß man sich gegenseitig auch mit Mitteln bekämpft hat, an die man sich ungern erinnert, wenn man sich zum Versöhnungsmahl setzt. Hiezu gehören die englischen Waffenlieferungen an abessinische Freiheitskämpfer in Italienisch-Ostafrika vermutlich ebenso wie die italienischen Waffenlieferungen an arabische Freiheitskämpfer in Britisch-Palästina. Es sind schlechte Zeiten für eingeborenen Nationalismus, wenn sich zwei bisher feindliche Kolonialmächte einigen!

Die große Gegengabe für die englischen Konzessionen im Osten sind die italienischen im Westen. Hier gewinnt die italienische Beteiligung an den spanischen Ereignissen nachträglich ein solches Maß von Idealismus, daß der künftige Historiker vielleicht Mühe haben wird, einmal die realpolitischen Phasen des Unternehmens aufzuzeigen. Palma de Mallorca und Ceuta sind sehr schöne Stützpunkte. Wer sie einmal besetzt hat, muß schon ein ungewöhnliches Maß von Enthaltsamkeit militärischer Art aufbringen, wenn er sie nach einem beendigten Bürgerkrieg wieder räumt. Hier hat England dafür gesorgt, daß sich die Erfahrung von Gibraltar nicht wiederholt. Schließlich gibt es noch einen Punkt, der nicht verzeichnet ist und dennoch der Bedeutung nicht ermangelt, wenn man glaubt, daß der alte General Montecucculi noch recht hat und daß zum Kriegführen wie zu vielen anderen nützlichen Dingen Geld, Geld und noch einmal Geld gehöre. Gewiß wird die Förderung des Außenhandels und der Anleihebegebungen in England „nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten" entschieden. Bisher waren nun alle Bestrebungen, aus denen sich eine wirtschaftliche Förderung Italiens ergeben hätte, „aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu rechtfertigen". Das wird wohl demnächst anders werden — und die italienische Wirtschaft kann eine Aufhebung der Sanktionen de facto, nicht nur de jure, sehr wohl gebrauchen.

So ergibt eine Überschau, daß beide Reiche mit dem Römischen Vertrag kein schlechtes Geschäft gemacht haben; und man braucht nicht einmal nach dem geschädigten Dritten zu suchen. Man trifft sich nicht mehr am Lago Maggiore — und wenn wir nach Stellen suchen, die eine gewisse weltpolitische Betrübnis nicht verbergen können, dann sind sie (außer bei wenigen militärischen Heißspornen in Tokio, denen die flottentechnische Entlastung Englands unwillkommen ist) nur bei den Roten in Barcelona, in Paris und in Moskau zu finden.

Gleichzeitig mit der Befriedung im Mittelmeer hat sich die englische Politik gemeinschaftlich mit der amerikanischen zu der längst erwarteten Flottenankündigung entschlossen. Die Gleitklausel für Schlachtschiffe wird in Anspruch genommen werden — ein Vorgang, der aus dem Atlantischen in den Pazifischen Bereich hinüberführt.

In den Vereinigten Staaten steht Roosevelt wieder vor einer schwierigen Wirtschaftslage. Zehn bis zwölf Millionen Arbeitslose sind auch für die Vereinigten Staaten zuviel. Der Streit mit Mexiko spitzt sich zu, und gleichzeitig kommen aus Südamerika Nachrichten, die darauf deuten, daß der Chaco-Friede vielleicht doch nur ein Waffenstillstand war. Verschärfungen der inneren Lage sind aus mehreren der südamerikanischen Staaten zu melden — darunter leider ein sehr unverständiges Sprachen- und Schulgesetz des brasilianischen Staates Santa Catharina.

KARL HAUSHOFER:
Bericht über den Indopazifischen Raum

Angesichts der Bedeutung und Breite, mit der sich das Dreieck Berlin-Rom-Tokio, oder ozeanisch gesehen, das Dreieck zwischen Ostseeraum, Rotem Meer und Japansee (Geopol. III/1938, S. 201) vom atlantischen in den indopazifischen Raum hinüberlegt (so daß die Achsenverbesserung in Österreich zwischen Berlin und Rom als Dreieckstandseite im Weltschachspiel zur Selbstverständlichkeit wurde), ist es gut, von Zeit zu Zeit die Einstellung der maßgebenden politischen Führer und Lenker der Erde dazu auf einer festen Ebene auszurichten. Solche Ausrichtungen der Weltpolitik erfolgen zuweilen, neben dem geräuschvolleren Unterhaus zuwenig beachtet, im britischen Hause der Lords, in dem sich immer noch die größte Zahl von geopolitisch erfahrenen und weltkundigen Männern in einer Körperschaft vereinigt.

In solchem Sinne betrachtet, ist die grundlegende Aussprache im britischen Oberhaus über den leisen Steuerruck des Weltreiches, der mit dem scheidenden Eden und dem Hervortreten von Chamberlain und Halifax erfolgte, bedeutsam genug, um auch in einem Bericht über den Indopazifischen Raum an erste Stelle gesetzt zu werden. Namentlich verdienen diese Stelle die Reden von Lord Lothian, der als eine der Hauptursachen der Dreieckspannung Berlin-Rom-Tokio die Starrheit der Völkerbundsrechtgläubigkeit und die Unmöglichkeit der Dauer einer europäischen Anarchie von 26 Nationen und Souveränitätchen nannte; und von Lord Halifax, der die Notwendigkeit des Durchbrechens eines ewigen Sichdrehens in einem unfruchtbaren Kreise (des Circulus vitiosus) am Beispiel seiner eigenen Erlebnisse in Indien bewies, also aus Erfahrungen des indopazifischen Raumes heraus. (Anhang 1.)

Viel Starrheit und manche Hemmungen fallen in der Tat ganz von selbst aus den Zukunftswegen der Menschheit heraus, wenn man immer wieder versucht, ihre Entwicklung in so großen Linien zu sehen, daß tagespolitische Advokatenkniffe, Bußfertigkeitserklärungen, Entschuldigungsgesten für geopolitisch Notwendiges und Unvermeidliches in ihrer ganzen Lächerlichkeit bloßgestellt werden, der nur der Formalismus und Paragraphenkram der ewig Gestrigen in Genf eine Scheinbedeutung gab.

In solchem Lichte wurde die großdeutsche Lösung zur Selbstverständlichkeit.

Von solchem Standpunkte wird auch ein ehrliches Buch wie „Japan over Asia" (Anhang Nr. 2) nur begrüßt werden können, weil es versucht, der japanischen Mandschureipolitik seit dem 18. September 1931 aus dem Gang der Tatsachen heraus gerecht zu werden, und ebenso den Gründen, die aus dem ursprünglichen Dreifrontengesicht des Inselreiches erstens nach der Mandschurei zu, zweitens gegen das eigentliche China und drittens in den Pazifik hinein zum einseitigen Festlandvorstoß führten.

Diese Wendung widerstrebt an sich dem insularen angelsächsischen Staatsdenken ebensosehr, wie die Oberhausdebatte letzte geopolitische Verständnishemmungen gegenüber Deutschland und Italien deutlich genug erkennen läßt. Immerhin verrät es viel Einsicht des Verfassers, daß er im Grunde bei der Abwägung der Sozial-

struktur und Wirtschaftskraft Japans zu der Überzeugung kommt: „Eine kommunistische Revolution sei in Japan so gut wie unmöglich; eine weitere Steigerung der politischen Kraft der Wehrmacht aber viel wahrscheinlicher." Auch er also erkennt, daß eine Entwicklung im Sinne des Nationalsozialismus, mit Antrieb von obenher, in Japan durchaus möglich ist und zu einer unberechenbaren Leistungssteigerung führen könnte.

Auf dieser Linie liegt, im letzten Bericht schon angedeutet, der Zusammenstoß des Ideengangs der neuen Richtungen in Japan unter dem Altaristokraten Fürst Konoye als Fürsprecher, mit dem Vorkämpfer des parlamentarischen Japan, dem Schriftsteller G. E. Uyehara im japanischen Reichstag (Anhang 3).

Wie sehr neben der nationalsozialistischen die geopolitische Auseinandersetzung zwischen ozeanischen und kontinentalen Leitmotiven — (augenblicklich im japanischen Vorgehen in Ostasien aufs höchste gesteigert) — sich riesengroß hinter den Tagesereignissen aufrichtet, das beweisen zwei Aufsätze des bekannten Journalisten Kawakami (Anhang 4). Sie ergehen sich über die diplomatischen Hintergründe der Flottenauseinandersetzungen auf der einen Seite und über die Vergewaltigung der menschlichen Natur durch das Sowjetsystem auf der andern, gegen das der Rückschlag zu einem riesigen Pendelschwung aushole, so sehr man diesem Pendelschwung durch Schauprozesse in Moskau vorzubeugen suche. Nebenher wird den Vereinigten Staaten scharf nachgewiesen, daß ihre Grundsätze der „offenen Tür" draußen, über See, und der geschlossenen Tür zu Hause (dem übrigens auch Japan stellenweise huldigt) unvereinbar sind. — „Offene-Tür-Politik ist eine Form der Einmischung" — nichts weiter! — Wer große Schiffe im Übermaß baut, sagt zugleich, daß er den Krieg in fremde Gewässer tragen will, im Falle der Vereinigten Staaten in japanische Gewässer. Ihr bevorzugter Bau, neuerdings von Roosevelt und Hull bekräftigt, verschleiert also eine Angriffsabsicht, die nur noch nicht hervortritt, weil Senat und Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten und die öffentliche Meinung noch nicht genügend dafür vorbereitet sei.

Ganz ähnlich wie in den Vereinigten Staaten halten sich im Sowjetreich vorläufig noch zwei Ansichten das Gleichgewicht, von denen die eine behauptet, die Sowjetmacht könnte allen inneren Reibungen Herr werden und Weltstürme überwettern, wenn sie sich nur in keinen äußeren Krieg einlasse, während die andere fatalistisch behauptet: „Krieg mit Japan muß zwangsläufig kommen." Neben dem Meer-Festland-Gegensatz wirkt noch ein anderes Leitmotiv ganz gewiß aus dem Hintergrund auch bei der Verschärfung der indopazifischen Spannungen mit. Das ist, wie Karl Kekoni-Ekenäs-Finnland (Anhang 4) richtig sieht, „der mehr oder minder hohe Grad von Verstädterung, der Einfluß der Großstadt oder von Städtegruppen auf die Staatsführung im Gegensatz zu dem des flachen Landes und seines gesünderen Gleichgewichts." Auch auf diesem Gebiet lebt Japan auf einem zu engen Lebensraum mit seinen vielen dicht geballten verstädterten Räumen in einem Übergangs- und Zerrungszustand. Die ausgesprochen unter dem Druck der öffentlichen Meinung hysterischer Großstädte stehenden Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetbünde, noch vor kurzer Zeit selbst weite Agrarlandschaften, stehen heute aus diesem Grunde überschneller Verstädterung mit tiefer Verständnislosigkeit dem mit seiner Bevölkerung zu 80% bodenverhafteten China, dem zu 89% bodenverhafteten Indien gegenüber. In Indien selbst aber wird

die öffentliche Meinung nicht etwa von der überwältigenden Mehrzahl der Landbevölkerung gemacht, sondern von der großenteils stadtlebigen Kongreßpartei, die sich nebenher unter Moskauer Einfluß in eine Japanfeindlichkeit hineinsteigert, die leider auch auf die beiden anderen Führerstaaten des Dreiecks Berlin-Rom-Tokio, auf Deutschland und Italien, gelegentlich überspringt. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang (Anhang 5) ist die Vorliebe Deutschlands, Italiens und Japans, übrigens auch der Sowjetbünde, für viele kleine Einheiten, für U-Boote und die schnellen kleinen Motorschiffe mit ganz hohen Geschwindigkeiten, in deren Ausbau namentlich Italien hervorragt, die aber auch ein wesentliches Abwehrmittel der künftigen Philippinenverteidigung werden sollen.

Gerade in dieser Vorliebe liegt doch eine Grundrichtung zur berechtigten Abwehr aus eigenen, zu verteidigenden Küstengewässern; während die Befürworter der großen schweren Schiffseinheiten mit ihrem Massenbau bekunden, daß sie den Angriff in fremde Meere tragen wollen, wie der gewiß nicht deutsch- oder italienfreundliche Kawakami mit seiner scharfen weltpolitischen Wahrnehmungsgabe klar herausstellt.

Wichtiger aber ist das innere Gefüge der großen Seemächte als der technische Vorbereitungsapparat, bei dem sich die wichtigsten Wettbewerber scharf auf die Finger sehen, bei dessen Aufrüstung, wie richtig gesagt wurde, „die großen Musterdemokratien der Erde zwar mit wehendem Banner einige Staatsmänner vor dem Frieden einherschreiten lassen, Seelords und Marineminister aber unablässig ohne Rücksicht auf die Kosten die größten und gewaltigsten schwimmenden Festungen zu bauen bemühen", — wobei aber Japan für Abwehrstöße auf nahe Entfernung in seinem Reichsbau geopolitische Vorteile hat.

Auf Stärken und Schwächen im Volksgefüge der geopolitischen Reichsbauten haben einige Männer von Urteil für beide Inselreiche, für Großbritannien und Japan vor Frühlingsanfang scharfe Lichter geworfen.

Die wertvollsten Urteile darunter stammen für wichtige Teile des Britenreichs teils von Lord Lothian, über Indien nach der Beilegung des ersten Kraftprobestreits innerhalb des neuen Verfassungslebens zwischen Regierung und Kongreß (Anhang 7); teils von Sir Evelyn Wrench über Canadas blut- und bodenmäßige Zusammenhänge mit dem Reich in seiner Verbindungsrolle zwischen Atlantischem und Pazifischem Ozean (Anhang 8); von Jawaharlal Nehru in seinem Ringen um die Seele der Nordwestgrenze (Anhang 9); für die Schaukelrolle des Balkanbundes zwischen Dreiecks- und Genfer-Kreis-Mächten aus Angora (Anhang 10), wo sich eben die Tagung zwischen Griechenland, Rumänien, Türkei und Südslawien in Wohlgefallen auflöste; für Japan von General Sadao Araki (Anhang 11) und von Toshio Shiratori (Anhang 12) über das Verhältnis Deutschlands und Italiens zu Japans Reichscharakter, die beide in Japan mit hochgradigem Verständnis rechnen könnten. Italien habe 10 Millionen seiner Söhne in unmittelbarem Verhältnis zum Bodenbau außerhalb seiner Grenzen, und „für die Deutschen sei es undenkbar, diese virile Rasse in ein engbegrenztes Gebiet Zentraleuropas einzubannen" — wofür sie ja Proben geliefert hat.

Ergänzend gab S. D. Palmer (Anhang 13) Stoff über den Wirtschaftswert und das Ausgleichsgewicht der Mandschurei für das Japanische Reich: Wachstum innerhalb eines Fünfjahresdaseins von 30 Millionen auf 36 Millionen Einwohner

mit rund 1,5 Million Fremden, wovon 900 000 Koreaner (sicher zu wenig!) und 450 000 Japaner in der gegenwärtigen Konstellation kaum als Fremdkörper wirken, nur die 45 000 landflüchtigen weißen Russen und die 7000 Roten, dann 6000 andere Fremde; Monopole auf Opium, Salz, Öl, Zündwaren; Hauptausfuhrgut Soya mit 400 Millionen Yen, während Kauliang zwar fast die gleiche Anbaufläche hat, aber zu 90% inneren Verbrauch deckt und wegen seiner wehrgeopolitischen Deckungseigenschaft nur auf 1½ Kilometer an Bahnen und Verkehrswege herangebaut werden darf. Auch sonst finden sich hervorragende Voraussetzungen einer selbstgenügsamen Wirtschaft.

In der Ansetzung der XII. Olympiade auf die Zeit vom 21. September bis 6. Oktober 1940 in Tokio brachten sich geopolitische Motive ebenfalls zur Weltgeltung.

Bodenform und Klima sprachen weiterhin deutlich mit beim Verlauf der zwei Hauptoperationen auf dem nordchinesischen Kriegsschauplatz in Shansi und Süd-Shantung: dort war es das schwierige ausgewaschene Felsgelände „westlich der Berge", des Nordsüd-Rückgrats von China, die um Lingshi, südlich von Taiyüan, zuerst langen Widerstand mäßiger Truppen in schwierigstem Gebirgsgelände ermöglichte, dann aber auch unter jähen Umgehungstößen einen ebenso raschen Zusammenbruch und den Zugriff auf die obere Lunghai-Bahn begünstigte; hier war es das unergründliche Bodennässe erzeugende nordchinesische Winterwetter, in dem die Einkreisung nur langsame Fortschritte machen konnte.

Eine typisch geopolitische Schöpfung ist auch der Japan-See-Wirtschaftsbund, der alle in der Japan-See tätigen kulturpolitischen, wirtschaftlichen, in Siedlungs- und Wanderungsaufgaben werbenden Kreise, Verbände und Wirtschaftsgruppen dachartig zusammenfassen soll. Das bedeutet eine stärkere Zusammenfassung der meerumspannenden Belange für Handel und Industrie, Kulturwerbung und Siedlung, Verkehrswege, Wanderungswesen, hinter der natürlich Machtzwecke stehen, die klug verschleiert werden, denen vor allem Wladiwostok und sein Hinterland im Wege steht, was gewiß auch dort zu denken gibt.

Ähnlich folgerichtige Züge, wie Japan sie mehr regional im Nordwestpazifik durchbildet, treten wahrhaft weltumspannend bei Sir Evelyn Wrench und Lord Lothian hervor.

Für Canada, das bei pazifischen Wirren eine sehr bedeutende Rolle spielen müßte, beleuchtet der Kenner das Anschwellen und Schwinden jener Bewegung, die 1867 den Zusammenschluß der damaligen vier Provinzen herbeigeführt und damit die Einschließung der auf 5 Million angewachsenen Nachfahren der 60 000 französischen Canadier ins Britenreich vollendet habe. Längst ist Sir Wilfrid Lauriers stolzer Traum von 1906 von den 30 Millionen Canadiern bis 1946, bei einer damaligen Zuwanderung von 4½ Millionen von 1900 bis 1930, aufgegeben.

Was aber nicht nachließ, war die Kinderfreudigkeit der französischbürtigen Canadier, so daß man mit Seufzern der Erleichterung die Loyalitätserklärung von Kardinal Villeneuve vom VIII/37 zu Sherbrooke und die Abneigung der französichsprechenden „Dominion" am Sankt Lorenzo gegen die US.-amerikanische „Hollywood-Zivilisation" begrüßte.

Denn niemand verkannte an sich, daß die natürlichen Zusammenhänge Canadas nicht ost-westlich, sondern nord-südlich liefen, daß die Küstenlandschaften am Atlantik mit Neuengland korrespondierten, am San Lorenzo ein französisch-

sprechendes, aber den Ideen von 1789 fremdes Gebiet lag; Ontario mit den Oststaaten der Union starke, auch geistige Bande gemeinsam hatte; daß die Prärie-staaten nördlich und südlich der sogenannten internationalen Grenze zusammenklangen und Britisch-Columbia mit den pazifischen Küstenstaaten der Union.

Gab es demgegenüber ein zusammenhaltendes canadisches Staatsgefühl, wirkte Canada als Einheit in diesem Sinne?

Ganz überzeugend wirkten die Antworten in Canada so wenig wie in Südafrika. Sicher schien, daß in 30—40 Jahren in Canada eine französischsprechende Mehrheit leben würde. Drei Canadier, die einen Freund von Sir E. Wrench zu einem Jagdausflug als Führer, Koch und Diener begleitet hatten, wiesen zusammen 39 Kinder auf; Höfe mit 20 Kindern und mehr waren keine Seltenheit. „Wenn das englischsprechende Canada ernst mit dem Erhalten seiner Rassenüberlegenheit machen will, werden seine Einwohner ihre Familienverpflichtungen ernster nehmen müssen."

Starke kulturpolitische französische Vorstöße kommen hinzu; Bucherfolge, wie „Maria Chapdelaine" des jungen Bretonen Louis Hémon; vor allem das gemeinsame Band des bretonischen und normannischen Blutes, das im Großteil der Siedler vorherrscht.

Noch viel größeren Belastungsproben als Canada müßte aber bei einer indopazifischen Branderweiterung Indien gewachsen sein, das Lord Lothian nach einer sechsjährigen Besuchspause daraufhin untersuchte.

Würde Indien der Belastungsprobe eines pazifischen Krieges gewachsen sein? Heute sitzen in sieben großen Ländern Kongreßpartei-Ministerien und in vieren Islam-Premiers. Dafür, daß die Partei 20 Jahre in wilder Abwehr und Aufruhr stand und die Regierung einige 100000 ihrer Anhänger in schwere Strafen steckte, geht es leidlich; und gewiß hat Lothian recht, zu behaupten, die Verantwortung mache vernünftig und das Unabhängigkeitsproblem trete bei vielen hinter die unmittelbaren Sorgen ihrer Wählermassen zurück: die allgemeine, entsetzliche ländliche Armut und Verschuldung, Unwissenheit, Arbeitslosigkeit neben Arbeitermangel, Zamindar-(Steuerpächter)Problem, Alkoholmißbrauch, Verwaltungsfragen.

Aber allgemein widerstrebe man doch der „Verheiratung" des feudalen Fürsten-Indiens mit dem „demokratischen" britischen Indien — (das nebenbei alles eher als wirklich demokratisch ist!) — bei einer Mitgift von 33% „Palast-Ernannten" im Unterhaus und 40% im Oberhaus.

Man spricht von einem „Wald von Vorbehalten und Sonderverantwortungen in der Hand des Vizekönigs".

„Die Moslims mißbilligen die Verfassungsakte, weil sie ihnen zwar Herrschaft in vier Provinzen und ‚Gewicht' anderwärts gibt, aber doch zur Hindu-Herrschaft (Hindu-Raj) führen werde."

Ein Irland von $3\frac{1}{2}$ Millionen kann ein Weltreich tragen; ein Irland von 363 aber nicht! Die indischen Fürsten fühlen sich im Grunde preisgegeben und verfügen doch noch über weitgehende hemmende Kraft. „Unter 109 vollwertigen Fürstenstaaten und über 500 anderen sind alle Abstufungen von Unruhe vertreten, auch alle erdenklichen Verfassungsformen, vom erleuchteten Mysore zum mittelalterlichen Bikanir und schwärenden Alvar. Nur etwa 20 verfügen über einen ernsthaft zu nehmenden Verwaltungsapparat!"

In Hyderabad und Kaschmir regieren winzige Minderheiten abweichender Weltanschauung über Mehrheiten, die sie innerlich zum Teufel wünschen. Das ist mit „communal complexion" schonend ausgedrückt. Schon steht, was Lothian für Europa „Anarchie der Souveränitäten" nannte, auch für Indien an die Wand gemalt, in diesem Falle aber noch deutlicher als in Europa, als Großbritanniens große, gutzumachende Schuld!

Anhang zum Geopolitik-Bericht über den indopazifischen Raum V/38

1. Grundlegende Aussprache im britischen Oberhaus — mit Reden von Lord Lothian über die Ursachen der Dreieckspannung Berlin—Rom—Tokio in der Völkerbund-Orthodoxie und der Unmöglichkeit einer europäischen Anarchie von 26 Nationen und Souveränitäten, und Lord Halifax über die Notwendigkeit des Durchbrechens eines circulus vitiosus am Beispiel Indiens. „Times", 25. 2. 1938, S. 8 u. 9. Wortlaute von geopolitisch bedeutsamen Reden.

2. William Henry Chamberlin: „Japan over Asia", London 1938, Duckworth, 16 Bilds., 15 Sh. — Versuch, der japanischen Mandschureipolitik seit 18. 9. 31 so gerecht zu werden, auch im Zusammenhang mit ihrem ursprünglichen Dreifrontengesicht zur Mandschurei, gegen das eigentliche China und in den Pazifik hinein; und in Abschätzung der dahinterstehenden Wirtschaftskraft zur Entwicklung, soweit es angelsächsisches Staatsdenken vermag. Deshalb vor allem wertvoll, um hier Grenzen zu erkennen, wie sie gegenüber Deutschland und Italien die Oberhausdebatte zu 1. erkennen läßt.

„Eine kommunistische Revolution so gut wie unmöglich; eine weitere Steigerung der politischen Macht der Wehrmacht viel wahrscheinlicher —" also doch wohl im Sinne eines japanischen Nationalsozialismus.

3. Zusammenprall der neuen Richtungen in Japan unter Fürsprache von Fürst Konoye und des parlamentarischen Japan, Vorkämpfer G. E. Uyehara — „Times", 3. 3. 1938, S. 13 in höchst kennzeichnenden Wortlauten.

4. K. K. Kawakami: „Dipolomacies stifle naval conversations" und „Human nature poses major Soviet Problem" — „The Post"-Aufsatzreihe des bekannten Korrespondenten v. „Osaka Mainichi" und „Tokyo Nichi Nichi" erklärt Flottenpolitik nur als Reflex tieferer geopolitischer Gründe des Gegensatzes zwischen „Offner Türpolitik" draußen und geschlossener Tür (z. B. der USA., aber auch Japans — wo es oben ist —) zu Hause. „Offene Türpolitik ist eine Form der Einmischung" (Intervention). (Tyler Dennett.) Belege der USA.-Admirale Jones und Bristol, daß große Schiffe den Krieg in japanische Gewässer tragen müssen, ihr Bau also das Zeichen von Angriffsabsicht sei! Japans Politik sei im Gegensatz dazu regional. Bestärkt d. Washington-Ber. d. „Times" vom 26. 2. 38, S. 11.

„Die menschliche Natur sei der größte Gegner des Sowjetregimes", das sie schließlich besiegen werde. Die „Zustände Rußlands seien schlimmer als je".

Noch halte die Meinung: „Die Sowjetmacht könne alle inneren Reibungen überwettern, wenn sie sich nur in keinen äußern Krieg einlasse", der andern die Waage: „Krieg mit Japan muß zwangsläufig kommen".

5. Karl Kekoni-Ekenäs, Finnland: „The Problem of the City. The fundamental problem of human geography." The Scientific Monthly: Bd. XLV, S. 547—554, USA.

6. „Retourn of Fleets" Cmd. 5666 Stationery Office: Flottenübersicht Britenreich, Deutschland, Frankreich, Italien, Japan vom 1. 2. 38, USA. vom 15. 12. 37, Sowjet vom 1. 2. 35!!! — mit sichtlichem Vorwalten der kleinen Einheiten.

7. Lord Lothian: „India in the new era." I u. II. „Times" 9. und 10. 3. 1938, S. 1.

8. Sir Evelyn Wrench: „Canada and the Empire." „Times" 1. 3. 38, I., S. 17.

9. Jawaharlal Nehru in Dera Ismail Khan über die Einheitsziele aller indischen Länder zur Stärkung des Kongresses, mit Achtungsworten für den Fakir von Ipi, die Tapferkeit der Grenzstämme, die Einschmelzungsfähigkeit Indiens für Arier, Skythen, Turkvölker, Hunnen, den Kulturausgleich zwischen Indien, China und Graeco-Romanischer Kultur, für friedlichen Austausch zwischen Arabern und Indern, bis sich zentralasiatische Eroberer ins Spiel gemischt und die Spaltung zwischen Islam und Hindu veranlaßt hätten, die keine Notwendigkeit und überwindbar sei.

„Nun hat die Regierung 40 000 Mann, alle modernen Kriegsmittel, auch die in Spanien und Äthiopien so sehr verpönten Flugangriffe auf wehrlose Bevölkerung, Frauen und Kinder losgelassen. Aber das alles war für die Bürokratie nur eine ‚militärische Operation'. Die Worte ‚Krieg' oder ‚Schlacht' kamen in den Depeschen nicht vor — ganz wie anderwärts, wo das gleiche Verfahren getadelt wird!"

10. Angora-Meldung der „Times" vom 1. 3. 38, S. 15, „Balkan-Entente".

11. Araki-Interview Transpacific vom 11. 2. 38 mit stark nationalsozialistischem Einschlag.

12. Ebenda Toshio Shiratori, S. 5.

Die Bemerkungen von Toshio Shiratori über das, was Deutschland und Italien beim Umgang mit Japan beachten sollten, stecken voll von wirklich brauchbaren völkerpsychologischen Lehren, wenn sie auch von reichlichem Selbstgefühl geschwellt sind. U. a. ist wertvoll. „Die Tatsache, daß Großbritanniens Haltung seit dem Ausbruch des China—Japanzwischenfalls das antibritische Gefühl in Japan in so hohem Grad verstärkt hat, ist kein Meisterstreich seiner Diplomatie." Hier kommt 10 000 km weiter östlich das gleiche Kompliment für Eden!

„Wenn alles gesagt und getan ist, hängt das Problem des Krieges oder Friedens in Europa davon ab, ob Deutschland und Italien die Gelegenheit zu volkspolitischer Ausdehnung gegeben wird oder nicht."

„Alles andere ist kein Problem erster Ordnung; das größte Weltproblem aber die Sowjetunion, die in Japan als europäisches, im europäischen Gefühl als asiatisches Land gilt." „Bekehrung Chinas in eine Nation von Kommunisten wird unmöglich sein, solange Japan eine solche Wandlung bekämpfen kann." — „Die Sowjetunion aber hat die Augen auf China und Indien geworfen, wo die Millionen Bauern so unwissend wie ihre eignen sind."

Nach längeren Auseinandersetzungen über die Zersetzung Rußlands: „Im Lichte dieser Tatsachen würde folgen, daß wenn Rußland die Waffen mit einer mächtigen Nation kreuzen sollte, die Unzufriedenen gegen den Kreml aufstehen würden, um Nutzen von der Lage zu ziehen. Die Moskauer Herren (authorities) wissen das besser, als irgendein anderer." — „Das Beste, was Rußland tun könnte, wäre, die 80 Millionen rein russischen Blutes zu einem Staat zusammenzuschmelzen und alle andern unter Zwang gehaltenen Rassen freizulassen" usw.

13. S. D. Palmer: „Manchukuos industries gain with increase in population." „Transpacific", Tokio 11. 2. 1938, S. 25.

Hans Hummel: Kurznachrichten

ÄGYPTEN. — Das am 16. April in London unterzeichnete britisch-italienische Abkommen enthält in Teil III ein Abkommen über gute Nachbarschaft zwischen Italien und Ägypten. Es dient zur Überbrückung des Zeitraumes bis zur Beendigung der im Hauptabkommen vorgesehenen Vorarbeiten für besondere ostafrikanische Angelegenheiten, vor allem die Anti-Sklaverei-Gesetze und die Indienststellung von Eingeborenen in militärische Formationen, ferner über die Truppen an der libysch-ägyptischen Grenze. Die ägyptische Regierung hat von dem Abkommen Kenntnis genommen. — Am 11. April wurde der Freundschafts- und Niederlassungsvertrag zwischen Ägypten und der Türkei in Kairo unter Anwesenheit des britischen Botschafters Sir Miles-Lampson ratifiziert.

ALASKA. — Am 25. März wurde ein Abkommen zwischen Japan und den USA. veröffentlich, das die Bestätigung der japanischen Lachsfischereiflotten an den Küsten Alaskas einschränkt. —

BELGIEN. — Die Anfrage eines flämischnationalen Abgeordneten in der Kammer, ob der französische Botschafter in Brüssel mit der Regierung darüber verhandelt habe, daß Belgien Frankreich das Durchmarschrecht gestatten solle, wenn französische Truppen der Tschechoslowakei zu Hilfe geschickt werden sollen, führte zu heftigen Zwischenfällen. „Standaard" äußert sich dazu, es müsse sogar Aufgabe des belgischen Heeres sein, im Falle eines Durchmarschversuchs französischer Truppen Widerstand zu leisten. Belgien wünsche unter keinen Umständen in einen Konflikt wegen der Tschechoslowakei hineingezogen zu werden. —

BOLIVIEN. — Bolivien lehnte nach Nachrichten aus Rio de Janeiro vom 14. April die Vorschläge der Kommission, die den Chaco-Streitfall lösen soll, ab. In La Paz wurde in Demonstrationen erneut die Entscheidung mit der Waffe gefordert. —

BRASILIEN. — Eine Verordnung vom 12. April erklärt sämtliche Erdöl-, Erdgas- und Heliumvorkommen in Brasilien für Staatseigentum. —

BRITISCHES REICH. — England, Frankreich und die USA. haben am 2. April bekanntge-

geben, daß die Unterzeichnermächte des Londoner Flottenvertrages die Gleitklausel für Schlachtschiffe einführen und sich nicht mehr in Höchsttonnagen gebunden halten. Japan, Deutschland, Italien und die Sowjetunion werden von dem Beschluß amtlich in Kenntnis gesetzt. In der Note der britischen Regierung heißt es: „Die Gründe für die vorgeschlagene Abweichung bestehen in den Berichten, welche die britische Regierung erhalten hat und welche dahin gehen, daß Japan den Bau von Großkampfschiffen einer Tonnage unternimmt oder genehmigt hat, die sich nicht in Übereinstimmung mit den Begrenzungen ... des Vertrages befindet." Japan hat dagegen protestiert, daß der Beschluß mit geheimen Bauplänen Japans begründet wird und erklärt sich zu Gegenmaßnahmen gezwungen. — Lord Winterton erklärte am 13. April im Unterhaus, die britische Regierung prüfe die Möglichkeiten für den Einkauf von Kriegsflugzeugen aus Kanada und USA., um die Aufrüstung zu beschleunigen. Eine Kommission ist nach USA. unterwegs, hat aber nach Meldungen aus USA. nur wenig Aussicht auf Erfolg. —

CHINA. — Die „Erneuerungsregierung der Republik China" in Nanking, die später mit der Pekingregierung zusammengeschlossen werden wird, hat am 29. März festgestellt, daß sie die Verträge ausländischer Mächte mit der früheren Regierung nicht anerkennt. — Die Kämpfe im südwestlichen Schantung und nordwestlichen Kiangsu halten mit unverminderter Stärke an. Um Hsütschau an der Tientsin-Pukau-Bahn entwickelt sich seit Mitte April eine Entscheidungsschlacht. —

DEUTSCHES REICH. — Der Landeshauptmann von Tirol verkündete im Sofortprogramm für die Arbeitsbeschaffung am 1. April u. a. eine Fernstraße München—Achensee—Innsbruck, den Ausbau der Arlbergstraße, den Ausbau der Bahn Kufstein—Woergl als zweigleisige Strecke. — Die Vorarlberger Illwerke haben beschlossen, das Wasserkraftwerk Obervermunt mit der Silvretta-Staumauer und das Großkraftwerk Rodund am Ill sofort mit erheblichem Aufwand auszubauen. — Die „Schuldt-Orient-Linie" wird nach einer Mitteilung der „Deutschen Verkehrsnachrichten" einen deutschen Liniendienst von Triest nach der Levante aufnehmen, der vorwiegend für deutsche Verlader aus dem Land Österreich und für Verlader aus dem Donauraum berechnet ist. — Die Schiffsbrücken von Speyer und Karlsruhe-Maxau sind durch feste Neubauten ersetzt worden, die dem Eisenbahn- und Straßenverkehr dienen. Sie wurden am 3. April feierlich in Betrieb genommen. — Ein Dornierflugboot hat auf der Strecke Kanal—Brasilien mit 8500 km ohne Zwischenlandung einen neuen Langstreckenweltrekord für Wasserflugzeuge aufgestellt. Der alte Rekord Stoppanis wurde um 1500 km übertroffen. —

FRANKREICH. — Die Note der französischen Regierung, die am 2. April den Eingang der englischen und der USA.-Note über die Gleitklausel für Schlachtschiffe bestätigt, stellt fest, daß Frankreich so lange nicht von den Begrenzungen des Londoner Vertrages abzugehen gedenkt, als nicht andere kontinentale Mächte von der Grenze abweichen. — Bereits am Tage des Abschlusses des britisch-italienischen Abkommens wurden Versuche gemeldet, ein französisch-italienisches Abkommen vorzubereiten. Die Pariser Presse vom 19. April führt bereits folgende Punkte als Verhandlungsprogramm auf: 1. Anerkennung des italienischen Imperiums. 2. Gutnachbarliches Verhältnis in Nordafrika. 3. Festlegung der Grenze zwischen Italienisch-Ostafrika und Französisch-Somaliland, Abkommen über die Djibuti-Bahn. 4. Abkommen über das Mittelmeer. 5. Abkommen über das Rote Meer. 6. Gleichberechtigung Italiens in Tanger. 7. Syrien und Libanon. —

IRLAND. — Anfang April fand in Dublin eine Konferenz über die Eröffnung eines nordatlantischen Flugdienstes Irland — Neufundland zwischen Vertretern Englands, Kanadas, Irlands und der USA. statt. Die Probeflüge sollen im Juni beginnen. Irischer Ausgangspunkt ist Foynes am Shannon-Fjord, neufundländischer der Hafen von Botwood. —

ITALIEN. — Griechenland und die Türkei haben das italienische Imperium am 5. April anerkannt. — Bei der großen Rede Mussolinis über die italienische Wehrmacht vor dem Senat am 30. März erklärte der Duce u. a.: „Die beste passive Verteidigung bei Luftangriffen besteht in der Entvölkerung der großen Städte. Ich rate jedem, der in kleinen Ortschaften oder auf dem Lande leben kann, sich die Sache keine 18 Stunden zu überlegen." —

JAPAN. — Der Sprecher des japanischen Marineministeriums erklärte am 7. April, die Erhöhung der amerikanischen Tonnagen bedeute die Verlegung der amerikanischen Seefront in den westlichen Pazifik. Jede Bedrohung des westlichen Pazifik sei eine Bedrohung Japans. Die Ausdehnung der von Japan beanspruchten Kontrollzone im Westpazifik sei durch die nationale Sicherheit bestimmt. — Unter dem Vorsitz von Fürst Konoye wurde ein „Wissenschaftlicher Forschungsrat" gegründet, der die Rohstofflage und die Erzeugung neuer Werkstoffe prüfen wird. —

KANADA. — Der Präsident der International Nickel Co. of Canada, Stanley, erklärte Anfang April, ein Nickelausfuhrverbot als Kriegsverhinderungsmaßnahme sei angesichts der möglichen Ersatzlieferungen aus Norwegen, Deutschland, Neukaledonien, Burma und Brasilien bedeutungslos. —

LITAUEN. — Am 12. April nahm der Landtag des Memelgebietes einen Dringlichkeitsantrag an, daß das Direktorium ersucht wird, die Aufhebung des Kriegszustandes zu erreichen. —

MEXIKO. — Eine britische Note vom 8. April an die mexikanische Regierung fordert in schärfstem Tone die Herausgabe des enteigneten Besitzes der Mexican Eagle Co. Die ablehnende Antwort Mexikos wurde am 14. April veröffentlicht. —

NICARAGUA. — Der Hauptsitz der Nationalbank von Nicaragua ist von New York nach Managua verlegt worden. —

PHILIPPINEN. — Mitte April verlautete, daß die USA.-Regierung mit den Niederlanden Verhandlungen über die gegenseitige Gewährung von Landungsrechten auf den Philippinen und Niederländisch-Indien einleiten werde. Die Strecke Manila—Batavia soll dabei von den Panamerican Airways und der KLM. in Gemeinschaftsdienst beflogen werden. —

POLEN. — Ein „Geologischer Rat" ist als oberste staatliche Instanz für Rohstofffragen ins Leben gerufen worden. — Am 13. April wurde die Grenze zwischen Polen und der Slowakei vorübergehend für den Touristenverkehr gesperrt, um gegen die Aktionen tschechischer Kommunisten an der polnischen Südgrenze zu protestieren. —

RUMÄNIEN. — In Rumänien wurde eine zentralistische Gebietsreform angekündigt, die die alten Provinzbezeichnungen und die historischen Komitatsnamen aufhebt. An deren Stelle tritt eine Einteilung in 7 Provinzen, die keine historischen Grenzen mehr haben, sondern den Wehrkreiskommandos entsprechen. —

SOWJETRUSSLAND. — Am 9. April ist dem Leiter der GPU. Jeschow das Volkskommissariat für Wassertransport gegeben worden. Gleichzeitig wurde im Volkskommissariat für das Eisenbahnwesen ein Kollegium gebildet, in dem die GPU. vertreten ist. Damit ist das gesamte Verkehrswesen der Sowjetunion unter der direkten Kontrolle der GPU. — Im Fernen Osten ist die Einrichtung folgender Fluglinien geplant: Amur—Sachalin, Chabarowsk—Petropawlowsk, Chabarowsk—Sowjetskaja Gawanj, Iman—Tetjyche, Swobodnyj—Eskitschman, Rychlowo—Jakutsk und Bureja—Umaljtinski Rudnik. — Die Lage des bekannten sowjetischen Polarforschers Professor Schmidt wird als hoffnungslos betrachtet. Ihm wird die Vernichtung etwa der halben Sowjet-Eismeer-Flotte vorgeworfen. —

SPANIEN. — Durch einen Beschluß des Kabinettsrates der nationalspanischen Regierung vom 6. April wurde die Autonomie Kataloniens aufgehoben. —

SÜDWESTAFRIKA. — Ein Antrag auf Anerkennung der deutschen Sprache als dritter Staatssprache wurde von der gesetzgebenden Versammlung des Mandatsgebietes in Windhuk am 8. April mit neun gegen sechs Stimmen abgelehnt. —

SYRIEN. — Da eine Einigung über die Aufteilung der Zolleinnahmen zwischen Syrien und Libanon nicht erzielt werden konnte, beschlossen die Kaufleute von Damaskus, Waren in Zukunft nur noch über Haifa, nicht mehr über Beiruth zu handeln. —

TUNIS. — Die „Neue Destour-Partei", eine nationale und sozialistische Vereinigung, der gelegentlich Verbindungen nach Moskau nachgesagt wurden, hat durch heftige Demonstrationen das Land wieder in Unruhe versetzt. Die französische Verwaltung nahm Verhaftungen und Parteischließungen vor. —

UNGARN. — Am 18. April brachte Daranyi das Judengesetz ein, mit dem der Anteil der Juden am ungarischen Leben auf 20% zurückgeschraubt wird. — Prag hat nunmehr eine Luftverbindung Warschau—Budapest genehmigt, die aber von der ungarischen Gesellschaft „Malert" bedient werden muß. Die Linie wird ab Juli eingerichtet werden. —

VEREINIGTE STAATEN VON NORDAMERIKA. — Nachdem die USA. in einer Note den Übergang zur Gleitklausel für Schlachtschiffe verkündet hatten, genehmigte der Senat am 15. April den veränderten Marineetat, in dem bereits Mittel für den Bau von drei Großkampfschiffen mit je 45 000 Tonnen vorgesehen sind. — Unter dem Namen „Stratoliner" bringen die Boeing-Werke in Seattle demnächst einen Flugzeugtyp heraus, der für einen planmäßigen Luftverkehr in 6000 m Höhe eingesetzt werden soll. — Am 1. April wurden die Abänderungen zum Heliumgesetz veröffentlicht. Danach muß der Käufer eine Kaution für die Innehaltung der Bedingungen stellen, muß sich die Untersuchung seiner Luftschiffanlagen und Luftschiffe gefallen lassen und geht der Kaution verlustig, wenn der Innenminister der Überzeugung ist, daß das verkaufte Helium zu militärischen Zwecken verwandt wird. —

Verweisungen:

Ägypten s. a. Britisches Reich. — Britisches Reich s. a. Mexiko. — Frankreich s. a. Belgien. — Griechenland s. Italien. — Italien s. a. Britisches Reich, s. a. Frankreich. — Ital.-Ostafrika s. Britisches Reich. — Japan s. a. Alaska, s. a. Britisches Reich. — Libanon s. Syrien. — Libyen s. Britisches Reich. — Neufundland s. Irland. — Niederl.-Indien s. Philippinen. — Palästina s. a. Britisches Reich. — Polen s. a. Ungarn. — Saudien s. Britisches Reich. — Spanien s. a. Britisches Reich. — Tschechoslowakei s. a. Polen, s. a. Ungarn. — Türkei s. Ägypten, s. Italien. — Vereinigte Staaten von Nordamerika s. a. Britisches Reich. — Yemen s. Britisches Reich.

(Abgeschlossen am 20. April 1938.)

"Le Canard Enchaîné."

99,73%
oder wie Franzosen den Anschluß sehen:

„Müssen wir da nicht eingreifen?"
„Nein, nein! Da scheinen sich lange getrennte Brüder wiederzufinden."

SPÄNE
der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

Die „Geopolitik" wies im Märzheft mit dem Beitrag von Albert: Der Kunstforst, auf einige wichtige Funktionen des Waldes hin. In Ergänzung dessen entnehmen wir dem Februarheft (II. Jahrg., 1938, Heft 2) der RAUMFORSCHUNG und RAUMORDNUNG (mtl. 2.—, vtlj. 5.50 RM.) Auszüge aus einem Beitrag von Wilhelm Hüttlinger: Die Schutzwaldanlagen im Dr.-Hellmuth-Plan, nach dem das Notgebiet der Rhön umgestaltet wird:

„Der Dr.-Hellmuth-Plan nimmt es nicht als etwas Unabänderliches hin, daß die der Windwirkung schutzlos preisgegebenen Kahlflächen der Hochrhön verhagert sind und weiter verhagern, und daß ihr oberflächlich verdichteter Boden, der in der kühleren Jahreszeit vernäßt und im Sommer meist stark austrocknet, fast durchweg eine dürftige, vermooste, aus minderwertigem Borstengras oder aus Sauergräsern bestehende Grasnarbe trägt. Er findet sich nicht damit ab, daß der jetzige Heu- und Weideertrag nur einen Bruchteil dessen ausmacht, was der an sich kräftige Boden unter günstigeren klimatischen Voraussetzungen — so wie sie vor der völligen Entwaldung gegeben waren — zu leisten vermag. Der Dr.-Hellmuth-Plan will Wandel schaffen; er will die Rhönödungen der Volkswirtschaft zurückerobern; er will durch eine teilweise Wiederbewaldung das Lokalklima dieses weiten Geländes so umgestalten, daß es nach vorheriger Melioration einer rationellen Grünlandwirtschaft zugeführt und besiedelt werden kann.

Hie und da werden Zweifel laut, ob in den Hochlagen der Rhön Wald überhaupt lebensfähig ist und Forstkulturen Aussicht auf Erfolg haben. Demgegenüber ist festzustellen, daß sich auf einer Reihe von Kuppen und Kämmen der ursprüngliche Wald erhalten hat. Auch finden sich aus den sechziger und neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts vereinzelte Aufforstungen, die an exponiertesten Örtlichkeiten zur Ausführung kamen, während ihrer Jugend sehr skeptisch beurteilt wurden und sich schließlich doch zu einem guten Gedeihen durchrangen.

Die forstlichen Anlagen im Zuge des Dr.-Hellmuth-Plans sind nicht als Nutzwaldungen, sondern als Schutzwaldungen gedacht. In erster Linie sollen sie gegen die heftigen Winde schützen, die eine Besonderheit der Hochrhön sind. Windstärken von 12 und 15 sk/m, 1,5 m über dem Boden gemessen, sind hier keine Seltenheit. Wollte man auf die Aufforstungsmaßnahme verzichten, so wäre in den Hochlagen der Rhön eine Dauersiedlung unmöglich. Der Windschutzzweck des neu zu schaffenden Waldes ist bestimmend für seinen Aufbau.

Bei der Schutzwaldplanung muß man sich immer wieder die Frage vorlegen: Wie, in welcher Verteilung und in welchem Ausmaß ist der Wald in die Landschaft hineinzustellen, damit dieselbe in den Genuß eines ausreichenden Windschutzes gelangt? Es wäre verfehlt, wenn man diese Frage nach dem Gefühl entscheiden wollte. Man macht sich kaum einen Begriff, wie weit hier die gefühlsmäßigen Meinungen auseinandergehen. Will man festen Boden unter den Füßen haben, so muß sich die Schutzwaldplanung

auf Erfahrungstatsachen und wissenschaftliche Forschungsergebnisse gründen. Die Möglichkeit ist gegeben.

In dem zu schützenden Gelände ist es erforderlich, mit Front gegen die Hauptwindrichtung, die sich am besten aus der Sturmform der vereinzelt vorhandenen Bäume und Sträucher erkennen läßt, und zwar im allgemeinen mit Front gegen Westen ein System hintereinander gestaffelter Schutzwaldstreifen anzulegen. Dieselben sollen nicht weiter als 200—300 m voneinander entfernt sein, weil nur so das ganze zwischenliegende Freiland einen mehr oder minder großen Windschutz erhält — den ausgiebigsten natürlich auf der Leeseite des Schutzwaldes.

Um auch den rauhen Nordwinden zu begegnen, hat man senkrecht zu dem vorgenannten System ein zweites System von Schutzstreifen zu begründen. Sie sollen in der Regel von Osten nach Westen verlaufen, möglichst auf den Kamm von Geländewellen zu liegen kommen und auf das Notwendigste beschränkt werden, damit die den Landwirten besonders unwillkommenen, ostwestwärts streichenden Waldränder in nicht allzu großem Umfang auftreten. Die vorhandenen Hochmoore sind zwecks Zurückstauung der Kaltluft mit einem Waldgürtel zu umgeben. Wo in Mulden Spätfrostgefahr besteht, sind auf der Muldensohle die Aufforstungsstreifen zu unterbrechen, damit der Kaltluft eine Abflußschleuse geöffnet wird. Selbstverständlich muß man bestrebt sein, den Schutzwald auf weniger wertvolle Böden abzudrängen und die der Grünlandwirtschaft am besten zusagenden Böden dem Freiland und damit der landwirtschaftlichen Kulturart zuzuweisen.

Da in der Hochrhön der Wald auf der Wetterseite unter der Einwirkung des Sturmes und unter Eis-, Luft- und Schneebruch zu leiden hat, und da sich erst hinter dieser Kampfzone der Baumhöhenwuchs voll entwickelt, ist den Schutzwaldstreifen eine Breite von etwa 50 m zu geben. Dadurch wird auch erreicht, daß sie in hundert und mehr Jahren, wenn sich der aufstockende Bestand seiner natürlichen Lebensgrenze nähert, zonenweise verjüngt werden können, und daß dann seinerzeit die erste Verjüngungszone schon wieder Windschutz gewährt, ehe die letzte Altholzzone der Axt verfällt. Der westlichst gelegene Schutzwaldstreifen muß als vorderster Sturmbrecher eine größere Breite erhalten, um besonders standfest zu werden.

Für das Gedeihen der Schutzwaldanlagen ist die Pflanzenherkunft von ausschlaggebender Bedeutung. Es kommen nur Pflanzen in Frage, welche in entsprechender Hochlage aus Hochlandsamen gezogen sind. Daß sich die Hochlandrassen für die Hochrhön besser eignen als die Tieflandrassen, bedarf in der heutigen Zeit, die auch dem Laien die großen biologischen Zusammenhänge klargemacht hat, keiner besonderen Begründung. Bei den bisherigen Rhönaufforstungen wurden durchweg Pflanzen aus dem Hochschwarzwald verwendet. Was die Wahl der Holzarten anbelangt, so ist der Fichte die erste Stelle einzuräumen. Ihr haben sich zuzugesellen: die Weißerle, die Rotbuche, der Bergahorn und in beschränkterem Umfang die Lärche, die Bergkiefer, die Moorbirke und die Vogelbeere. Die Nadelhölzer und die Rotbuche gehören mehr in die trockneren Lagen, während in den feuchteren die Weißerle den Vorzug verdient. Auf die Erziehung von Mischwald ist hinzuarbeiten; derselbe ist bodenpfleglicher als der reine Fichtenwald und liefert ein zackiges Kronendach, welches den Wind besser bricht wie ein ebenes Kronendach.

Der Pflanzenverband darf nicht zu eng gewählt werden, damit die einzelnen Stämmchen sturmgewohnt aufwachsen und sturmfest werden. Ob auf dem kräftigen Boden der Hochrhön durch künstliche Düngung das stockende Jugendwachstum, das sich bei forstlichen Ödlandkulturen in der Regel einstellt und auch bei den Rhönaufforstungen infolge der oberflächlichen Bodenverdichtung zu erwarten ist, beschleunigt werden kann, müssen erst die im Vorjahr eingeleiteten Düngungsversuche zeigen.

Die besprochenen Aufforstungsmaßnahmen bedeuten eine 20%ige Wiederbewaldung der Hochrhönödungen. Wald in solchem Umfang und in solcher Verteilung beeinflußt über die Windschutzwirkung hinaus — wenn auch meist in Zusammenhang mit derselben — das Lokalklima in weitgehendem Maße, und zwar allgemein in der Richtung, daß zugunsten von Mensch, Vieh und Nutzpflanzen die nach der einen oder anderen Seite ihres klimatischen Optimums auftretenden Klimaextreme gemildert werden. Im einzelnen läßt sich von den Schutzwaldlagen des Dr.-Hellmuth-Plans bezüglich Verbesserung des Lokalklimas folgendes erwarten:

Da es im Wald am Tag kühler und des

Nachts wärmer ist als im Freiland, werden die Rhönaufforstungen, wenn sie erst einmal hochgewachsen sind, auf die Lufttemperatur ihrer Umgebung eine ausgleichende Wirkung ausüben. Die gleiche Tendenz besteht bezüglich der Luftfeuchtigkeit. Die Wärmebilanz des Bodens wird sich günstiger gestalten. Während der Wind auf den jetzt kahlen Hochflächen die Wärme, die der Boden infolge der hier besonders intensiven Sonnenbestrahlung in reichem Maße aufnimmt, rasch wieder wegspült, wird nach Erstarken der Aufforstungsstreifen der von ihnen ausgehende Windschutz den Wärmeentzug herabmindern. Im Windschatten des Waldes wird die Verdunstung sinken, der Tau und die sehr wichtige Bodenkohlensäure werden sich besser erhalten, der Verhagerung wird gesteuert werden, und das Borstengras, das bei dem jetzt mangelnden Windschutz vermöge seiner geringen Verdunstungsfläche den wertvolleren Gräsern im Daseinskampf überlegen ist, wird den letzteren wieder Raum geben.

Schließlich spielt der Wald auch noch im Wasserhaushalt der Gegend eine Rolle; er wird hier zum regulierenden Faktor, weil er einerseits das aus der Schneeschmelze und aus Regengüssen herrührende Wasser zunächst zu speichern vermag, und weil er andererseits mehr wie jede andere Vegetationsform die Fähigkeit besitzt, überschüssiges Wasser durch Verdunstung aufzubrauchen .Mag sich auch die einzelne Wohlfahrtswirkung des Waldes in bemessenen Grenzen halten, in ihrer Gesamtheit liefern sie einen Nutzeffekt, der für die Dauerbesiedlung der Hochrhön von ausschlaggebender Bedeutung ist."

EINZELBESPRECHUNGEN

Ukraine

„Atlas of Ukraine and adjoining countries." Hrsg. v. Dr. Wolodymyr Kujbowytsch. Ukrainisches Verlags-Institut, Lemberg 1937. 4°. XLVIII u. 66 S. (Text ukrainisch und englisch). RM. 20.—.

Der Herausgeber Dr. Kujbowytsch ist seinen deutschen Fachgenossen durch seine wichtigen Arbeiten über die bevölkerungswissenschaftlichen Probleme Osteuropas bekanntgeworden. Das vorliegende, unter seiner Leitung entstandene Werk ist das Ergebnis jahrzehntelanger Forschungsarbeit eines großen Mitarbeiterstabes. Die einzelnen Gebiete: Landkarten, Tabellen und Text sind von insgesamt achtzehn Fachgelehrten bearbeitet worden. Der Stoff ist in sechs Abschnitte eingeteilt: I. Natur (Geologie, Klima, Pflanzen- und Tierwelt), II. Bevölkerung (nationale Verteilung, Dichte und Bewegung), III. Landwirtschaft, IV. Bodenschätze, Industrie und Gewerbe, V. geschichtl. Entwicklung, VI. Anhang (Stand der ukrainischen Wirtschafts- und Kulturorganisationen in Polen) — insgesamt sind es 143 Landkarten und zirka 100 Diagramme und Tabellen. Eine äußerst mühsame Arbeit des kritischen Vergleichs amtlicher Statistiken verschiedener osteuropäischer Staaten und der Nachprüfung ihrer meist sehr schwankenden Ergebnisse mußte geleistet werden, ehe die einzelnen Zahlenangaben als wissenschaftlich gesichert und zuverlässig betrachtet werden konnten.

Im Vorwort gibt der Herausgeber eine Übersicht der geographischen und ethnographischen Einteilung der ukrainischen Länder sowie der ukrainischen Übersiedlungen. Zu jedem Abschnitt sind die Quellenangaben und ihre kritische Beurteilung vom jeweiligen Bearbeiter hinzugefügt.

Bemerkenswert sind die Angaben über die Bevölkerungsänderungen. Die Westukraine (insbesondere Galizien) weist eine starke Verringerung der Geburtenzahl auf, ohne daß die Sterblichkeit, namentlich die Kindersterblichkeit, wesentlich kleiner würde. Im Westen tritt also eine Bevölkerungsverschiebung zuungunsten der Ukrainer ein, die jedoch mit 6 257 000 Einwohnern immerhin noch zirka 18,6% der Gesamtbevölkerung Polens ausmachen. Völkisch günstiger sind die Verhältnisse in den zentralukrainischen Gebieten, in denen Dank der außerordentlich hohen Geburtenzahl (die nach Burgdörfer wohl eine der höchsten in der Welt ist) und trotz der schweren Verluste während der Hungerkatastrophe 1933/34 die Bevölkerungsdichte sogar zugenommen hat (zum Teil allerdings durch die Rückwanderung). Die Karte der ukrainischen Siedlungen in Asien ist übrigens im Novemberheft der Geopolitik bereits abgebildet worden, wobei sie einen recht weiten Umweg über Mandschukuo gemacht zu haben scheint. Ganz vortrefflich sind die historischen Landkarten der Ukraine bearbeitet, doch ein Fehler ist dabei leider zu vermerken: auf der Karte des ukrainischen Staates im XVII. J. ist das benachbarte Moskovien als „Rußland" bezeichnet worden. Diesen Namen hat bekanntlich erst Peter I.

seinem Reiche offiziell verliehen, um den angeblichen Zusammenhang Moskoviens mit dem alt-ukrainischen Reich Kiever-Rus (IX. bis XII. J.) zu betonen und seinen Ansprüchen auf die Ukraine den Anstrich der Tradition und Legimität zu geben. Im 17. J. bestand dieser Name noch gar nicht.

Der Atlas kommt einem spürbaren Bedürfnis der Wissenschaft entgegen. Durch die Fülle und die unbedingte Zuverlässigkeit seines Materials wird er jedem Osteuropaforscher und Kartographen als Quelle unentbehrlich sein.

v. Pantschenko-Jurewicz.

Rußland[1])

In der Literatur, die in den letzten Monaten über den russischen Raum erschienen ist, lassen sich deutlich vier große Gruppen unterscheiden: die Werke, die sich mit dem russischen Menschen und Raum schlechthin befassen, die Werke, deren Inhalt der russischen Geschichte bis zur bolschewistischen Revolution gewidmet ist, weiter Bücher über das unheimliche und grauenhafte Erlebnis der Sowjetrevolution und der daran anschließenden Kriege und zuletzt Werke, die sich mit dem heutigen Regime Rußlands befassen.

Sementowski-Kurilo, Nikolaus: Der heilige Kreis. 228 S. Societäts-Verlag, Frankfurt a. M.

von Mende, Gerhard: Der nationale Kampf der Rußlandtürken. 196 S. Weidmannsche Buchh., Berlin.

Daß in dem Buche „Der heilige Kreis" ein Russe schreibt, wird von der ersten Zeile an sichtbar, ein Russe, dem es gilt, jenseits der sowjetrussischen Herrschaft das Verhältnis Europa-Rußland zu untersuchen. Smentowski-Kurilo lehnt Westeuropa ab und stellt ihm „die russische Welt, die asiatische Welt des Russentums, die Hingabe an das Seiende" entgegen. Ein Werk, das tiefe Einblicke in die Seele des russischen Menschen vermittelt.

Von Mendes Studie ist in den „Mitteilungen des Seminars für orientalische Sprachen, Berlin" erschienen. Damit ist für die wissenschaftliche Durchführung der Untersuchung die Gewähr gegeben. Neben den Erscheinungen in europäischen Sprachen verwendet der Verf. auch russische, türkische und tatarische Quellen und hat darüber hinaus aus persönlicher Kenntnis wertvolles Material beigesteuert. Von Mende untersucht den Vorstoß Europas in die mohammedanische Welt und die Bildung des Nationalbewußtseins bei den russischen Turkvölkern, sowohl unter dem Zarenregiment wie auch besonders unter dem Sowjetregime. Seine Arbeit kann als grundlegend bezeichnet werden; jede Behandlung der Rußlandtürken wird auf diesem Werke fußen müssen.

Breitner, Erhard: Peter, der große Zar. 353 S. R. A. Höger-Verlag, Berlin-Wien-Leipzig.

Sethe, Paul: Europäische Fürstenhöfe — damals. Der russische Zarenhof. 173 S. Societätsverlag, Frankfurt a. M.

Schwertfeger, Bernhard: Der neue franko-russische Zweibund im Lichte französischer Vorkriegsakten. 70 S. Akad. Verlagsgesellschaft Athenaion m. b. H., Potsdam.

Friedrich-Johann Graf von Alvensleben-Erxleben, der Deutsche Botschafter in Petersburg während des Russisch-Japanischen Kriegs. 39 S. Breitkopf & Härtel, Leipzig.

Freiherr von Taube, Michael: Der großen Katastrophe entgegen. Die russische Politik der Vorkriegszeit und das Ende des Zarenreiches. 2. Aufl., 415 S. K. F. Koehlers Antiquarium, Leipzig.

Fünf Bücher, die sich mit dem Rußland der Zaren beschäftigen. Während Breitner eine jener so beliebt gewordenen Biographien gibt, bei dem über dem vielen, allzu vielen Persönlichen die große weltpolitische Linie zu kurz kommt, während auch die Schrift von Sethe lediglich als geschickte und flüssig geschriebene Reportage erscheint und wohl auch erscheinen will, verdienen die Werke von Schwertfeger und Freiherrn von Taube ernstliche Beachtung. Schwertfeger gibt die verschiedenen französisch-russischen Militärkonventionen und Protokolle über Generalstabschefbesprechungen zumeist im Wortlaut wieder und übermittelt damit ein anläßlich des französisch-sowjetrussischen Vertrags vom 2. Mai 1935 recht aktuell gewordenes Material. Freiherr von Taube hat sein auf eingehender persönlicher und wissenschaftlicher Kenntnis beruhendes Werk, das vor sieben Jahren in deutscher Sprache erstmals erschienen war, neu herausgegeben und, soweit spätere Publikationen dies nötig machten, das neue Material verarbeitet. Beide Werke, das von Schwertfeger und das von Freiherrn von Taube, geben einen anschaulichen Einblick in die für Europa so verhängnisvoll gewordene russische Vorkriegspolitik, die durch das Schriftchen über Graf von Alvensleben-Erxleben weiter aufgehellt wird.

Sakharow, Konstantin W.: Die tschechischen Legionen in Sibirien. 3. Aufl., 143 S. Volk und Reich Verlag, Berlin.

1) Die nachfolgenden Besprechungen über Rußlandbücher verfaßte Gustav Fuhrmann.

Sundsval Christian: Sieger von morgen. 325 S. Paul List Verlag, Leipzig.

Agricola: Das Wunder an der Weichsel, Polens schwerste Stunde. 160 S. Gerhard Stalling, Verlagsbuchh., Oldenburg-Berlin.

Schon in der 3. Auflage erscheint Sakharows Kampfschrift gegen die tscheschischen Legionen in Sibirien und ihre Verherrlichung durch maßgebende Führer des tschechoslowakischen Staates. Schonungslos deckt Sakharow die Lüge von der heldenhaften Anabasis der tschechischen Legionen auf und zeigt deren Rolle als Schmarotzer im Rücken der Weißen Armee in Sibirien, als Räuber wertvollsten russischen Staats- und Privatgutes, als Verräter an dem russischen Reichsverweser Koltschak. Sakharow stellt nicht nur Behauptungen auf; selbst an hervorragender Stelle in der Koltschakarmee tätig gewesen, hat er Zeugnisse aus der erschienenen Literatur und von Mitkämpfern gesammelt, um seine Angriffe zu erhärten und eine der mit dem Weltkriege verbundenen Geschichtslügen zu entlarven.

Agricola verwertet bei seiner Darstellung des Russisch-Polnischen Kriegs und besonders der Schlacht an der Weichsel am 16. August 1920 die Aufzeichnungen eines sowjetrussischen Generalstabsoffiziers. Das gibt der Schilderung des fast bis nach Mitteleuropa vorgetragenen Vorstoßes der Sowjetrussen und dessen Abwehr durch das junge Polen einen dokumentarischen Wert. Christian Sundsval schildert in „Sieger von morgen" in romanhafter Einkleidung die russischen Revolutionskriege zwischen Weiß und Rot in Sibirien.

Bockhoff, E. H.: Völkerrecht gegen Bolschewismus, mit einem Geleitwort des Reichsrechtsführers Reichsministers Dr. Hans Frank. 251 S. Nibelungen-Verlag, Berlin-Leipzig.

Kriegk, Otto: Hinter Genf steht Moskau. 137 S. Nibelungen-Verlag, Berlin-Leipzig.

Sturm, Robert: Europa brennt, Moskau am Werk. 183 S. Gauverlag Bayerische Ostmark, Bayreuth.

Lengauer, Rudolf: Wir rufen Europa, die antibolschewistische Front die Rettung des Abendlandes. 205 S. F. Bruckmann A.-G., München.

Russinow, A.: Die große Täuschung. Aufzeichnungen, die der GPU. entgangen sind. 317 S. H. Wollermanns Verlagsbuchh., Braunschweig.

Sowjetrußland und die Gottlosenbewegung. 31 S. Verlag Butzon & Becker, Kevelaer.

Greife, Hermann: Zwangsarbeit in der Sowjetunion. 47 S. Nibelungen-Verlag, Berlin-Leipzig.

Iwanow, A. N.: Kurze Zusammenstellung über die Russische Armee. 149 S. 2. Aufl. Verlag R. Eisenschmidt, Berlin.

Wohl das ideenreichste Werk der obengenannten Schriften über die Sowjetunion ist Bockhoffs Studie über Völkerrecht und Bolschewismus. In dieser völkerrechtlichen Abhandlung bestreitet der Verf. der Sowjetunion die Eigenschaften eines Staates und Völkerrechtssubjektes. „Die Völker Rußlands sind als völkische Tatsachen souverän... Das bolschewistische Weltrevolutionssystem ist von ihnen abgetrennt, weder juristisch erreichbar, noch ihnen gegenüber vertretungsberechtigt... Die Sowjetunion hängt rechtlich völlig in der Luft, da sie vom russischen Volke juristisch abgetrennt ist und sich von allen organischen Verwurzelungen losgelöst hat. Sie existiert nur als krimineller Tatbestand!" Bockhoffs Werk, dem Reichsminister Dr. Frank ein Geleitwort vorausschickte, enthält eine Fülle neuer Gedanken, die sicherlich das Völkerrecht stark befruchten werden.

Die Bücher von Lengauer und Sturm sind Aufrufe an die europäischen Völker zur Sammlung gegen die geheime und offene Zersetzungsarbeit der Bolschewisten in Europa. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn auch dem außereuropäischen Treiben der Sowjetagenten ein größerer Raum gewährt worden wäre. Gerade hier leisten die bolschewistischen Sendlinge nachhaltige Arbeit, und gerade hier wird Europa durch die Aufhetzung der Farbigen gegen die weiße Rasse an einer besonders gefährlichen Stelle getroffen.

Nach Rußland führt die Schrift von Russinow, der besonders von den Holzkombinaten bei Archangelsk aus eigenem Erleben ein düsteres Bild vor uns entrollt. Die Broschüre von Greife zeigt unter Benutzung von sowjetrussischen Quellen, wie der vielgerühmte Weißmeerkanal zustande kam — mit dem Opfer von Tausenden politischer Gefangener. Aus Sowjetquellen schöpft auch das Heftchen über Sowjetrußland und die Gottlosenbewegung. Über die eigenartige Tätigkeit der Sowjetvertreter in Genf berichtet Kriegks Schrift. Iwanows Zusammenstellung über die russische Armee erscheint in völlig neuer Bearbeitung und bietet außerordentlich wichtiges Material für jede wehrgeopolitische Behandlung Rußlands. Die Kartenskizzen über die Truppenverteilung können jedoch, da die Angaben über die Bodenverhältnisse usw. fehlen, nur unter Zuzug eines Atlasses verwendet werden.

(Fortsetzung in Heft 6)

Neue geopolitisch zu beachtende Karten und Atlanten

Zusammengestellt von Prof. Dr. E. Wunderlich, Leiter des Volksdeutschen Kartendienstes Stuttgart

(Die erklärenden Vorbemerkungen über Zweck und Einteilung der Bibliographie, vgl. Heft 9, S. 768, 1937.) Nähere Auskünfte über die Karten erteilt jederzeit gern und unentgeltlich der Volksdeutsche Kartendienst, Stuttgart, Haus des Deutschtums.

Brockhaus-Atlas: Die Welt in Bild und Karte; 670 Erdkunde-Geschichts- und -Sonderkarten; 840 Bilder sowie Namensverzeichnis. Leipzig: F. A. Brockhaus 1937. RM. 24.—.

Freytag & Berndt, Taschenatlas; 121 S. mit Karten Kl.-8°; mit einem geograph. Namenverzeichn. Statist. Angaben über alle Staaten d. Erde v. Dr. Alois Fischer. Wien-Leipzig: Freytag & Berndt. RM. 2.90.

Deutschlands Beziehungen zur Welt, i. M. etwa 1 : 30000000. Bearb. v. Rud. Krone. Format 135 : 100 cm. Mehrfarbendruck. Berlin-Lichterfelde: Columbus-Verlag Paul Oestergaard 1937. Mit Textheft. Unaufgez. RM. 12.—; auf Lw. m. St. RM. 18.50.

Internationale Weltkarte (Carte internationale du monde), 1 : 1000000. NP 32: Trondheim, hrsg. v. Norges geografiske Opmäling, Oslo 1938. NM 34: Krakow, hrsg. v. Wojskowy Instytut Geograficzny Warszawa, 1937. NJ 50: Peiping, hrsg. v. Geogr. Section, General Staff Nr. 2555, War Office. London 1937. NC 16: Lago de Nicaragua, hrsg. v. American Geogr. Society of New York, 1937. NB 16: Tegucicalpa, hrsg. v. American Geogr. Society of New York, 1937 (Prov. Edition). SG 10: Tucuman, hrsg. v. American Geogr. Society of New York, 1936. Je Blatt etwa RM. 3.— bis 6.—.

*

Türkiye, 1 : 800000, 8 Blätter, Format je Blatt 56 : 45 cm, mehrfbg. hrsg. v. Harta Genel Direktorlügü New Hakki Makfuzdur Ikinci Basilis, Ankara 1936. Etwa RM. 10.—.

Afrique, Carte des Aerodromes, 1 : 5000000, 6 Kartenblätter. Format 60 : 55 cm, mehrfbg., hrsg. v. Ministère de l'air et Service Géographique de l'armée, Paris 1937. RM. 9.—.

Africa, 1 : 2000000. Bl. North F 36—37/G 36—37: Upper Egypt. Format 61 : 45,5 cm, mehrfbg., hrsg. v. Geogr. Section, General Staff 2871, London 1937. RM. etwa 5.—.

Territoires du Cameroun, Carte Générale, 1 : 1200000 (Administrative etc.). Format 83 : 110 cm, mehrfbg., hrsg. v. Service Cartographique du Territoire, Paris 1936. RM. 8.25.

Übersichtskarte der Blumenauer Landschaft, mit 2 Deckblättern. 1. Die Bevölkerung der Blumenauer Landschaft nach Verteilung und Volkstum. 2. Der Gang der Besiedlung in der Blumenauer Landschaft. 1 : 500000. Format 38 : 25 cm, einfbg. Kartenbeilg. zu Dr. Endress: Blumenau, Wesen und Werden einer deutschbrasilianischen Landschaft, Schriften d. Deutschen Ausland-Institutes, Neue Reihe, Band V, Oehringen, Hohenlohesche Buchhandlung Rau 1938.

*

The Mile Map of Great Britain, 1 : 633600, 3 Blätter. Format 96 : 66 cm, mehrfbg., hrsg. v. Ordnance Survey Office, London 1937. RM. 10.50.

Generalkarta över Finland, 1 : 400000, Bl. A 1, B 1, E 4, E 5. Fomat je Blatt 40 : 48 cm, mehrfgb. hrsg. v. Suomi, Maanmittaushallituksen Toimittama, Helsingfors 1937.

Ekonomisk Karta över Finland, Bl. 51: Savitaipale, 1 : 100000. Format 56 : 40 cm, mehrfbg., hrsg. v. Soumi, Maanmittaushallituksen Toimittama, Helsingfors 1937.

Atlas of Ukraine and Adjoining Countries, 1 : 5000000. Format 4°, farbg., 66 Kartenbl., bearb. v. Dr. Volodymyr Kubijovyc, hrsg. v. Ukrajinskyj Vydavnycyj Instytut, Lwów-Lemberg (Ukrainisches Institut), 1937. RM. 20.—.

*

Atlas des Deutschen Lebensraumes in Mitteleuropa, im Auftr. d. Preuß. Akademie d. Wissenschaften hrsg. v. Prof. Krebs. Format 47,5 : 35 cm. 10 Lfgn. mit etwa 50 großen Kartenblättern. Leipzig: Bibliographisches Institut 1937 ff. Gesamtlfg. RM. 19.50; Einzellfg. RM. 3.—. Bisher ersch. 1. Lfg.

Das Deutsche Reich seit dem 13. März 1938, mit den Reichsstatthalterbezirken, 1 : 2000000, Format 62,5 : 61 cm, mehrfbg. Leipzig: Velhagen & Klasing 1938. RM. 1.50.

Vogels Karte von Mitteleuropa, 1 : 500000, Blatt N 33—SW Berlin (mit Luftfahrteintragungen). Format 41 : 45 cm, mehrfbg. Gotha: Perthes 1935. RM. 3.20.

Burckhardt: Das deutsche Siedlungsgebiet im Donaulande Ungarns und die natürliche Bevölkerungsvermehrung — Geburtenüberschuß im westlichen Ungarn, 1 : 1200000. Format 23 : 23 cm. Kartenbeilage zum Heft 3 des Deutschen Archives für Landes- und Volksforschung, 1937. Leipzig: Hirzel.

Politické a Soudní Rozdelní Ceskoslovenské Republiky (Verwaltungskarte der tschechoslowakischen Republik), 1 : 800000. Format 115 : 48 cm, mehrfbg., hrsg. v. Voj. Zamepisny ustav v praze, Prag 1937. RM. 1.80.

Topographische Übersichtskarte der Tschechoslowakei, 1 : 750000, Bl. C 2 Brno (Brünn), D 3 Sklabiná, mehrfbg., hrsg. v. Vojensky zemepisny ustav, Prag 1937.

Generalni Mapa Zeme: Moravskoslezske (Verwaltungskarte von Mährisch-Schlesien), 1 : 200000, 2 Blätter. Format je Blatt 80 : 120 cm. Brünn: Komurku 1936. RM. 9.60.

Mapa Polski i Krajów osciennych, 1 : 500000. Bl. N 34 III Warszawa-Zachod, N 34 I Gdynia, N 33 II Slupsk, N 33 IV Paoznan. Format je Blatt 39 : 44 cm. Hrsg. v. Wojkowy Instytut Geograficzny, Warschau 1937.

W. Kuhn: Deutsche Siedlungsräume im Osten, 1 : 6000000. Format 30 : 25 cm, mehrfbg., Kartenbeilage zum Deutschen Archiv für Landes- und Volksforschung, Heft 3. 1937. Leipzig: Hirzel.

Max Schmidt, Walther Neumann: Die steirische Sprachgrenze nach den Ergebnissen der amtl. Zählung von 1910, ca. 1 : 143000. Format 53 : 31 cm, mehrfbg. Kartenbeilage zum Heft 3 des Deutschen Archives für Landes- und Volksforschung, 1937. Leipzig: Hirzel.

Dieser Ausgabe liegt ein Werbeblatt des Verlages Grenze und Ausland, Berlin für sein Werk „Land an der Memel" bei, das wir der freundlichen Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Staatenwirtschaft

Beiträge zum Staatshandeln in den Außenwirtschaften

STÄNDIGE BEILAGE ZUR ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Schriftleitung: Dr. Arnold Seifert, Leipzig

1938 Mai Nr. 3

ROBERT VON KELLER:

Totale Statistik

Im Blickpunkt der Statistik steht immer ein Ganzes: der Welthandel, eine Volkswirtschaft, eine Regionalwirtschaft, die oder jene Wirtschaftsgruppe. An dieses Ganze kann die Statistik jedoch nur eine begrenzte Reihe von Fragen stellen[1]; in der Auswahl dieser Fragen spiegelt sich die politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Problemstellung jeder Epoche wider. Daher schreibt man mit der Aufzeigung dieser Auswahlvorgänge zugleich auch ein gutes Stück der Geschichte der Statistik.

Schon die vorstatistischen, listenmäßigen Erhebungen, welche die Geschichte aufweist: Erhebungen der Steuerpflichtigen, der Heeresdienstpflichtigen, der Einkünfte aus Fronhöfen und Abgaberechten entspringen besonderen politischen Bedürfnissen ihrer Zeit. Die Statistik selbst konnte sich erst voll entfalten, als mit dem neuen Aufschwung von Mathematik und Naturwissenschaften die Zahlentabelle als Werkzeug der Erkenntnis neu ins Gesichtsfeld trat. In dieser Zeit erzeugte der Kampf gegen den Wucher die ersten laufenden Preisstatistiken in Paris; dort verlangte die Versorgung der werdenden Großstadt am Ende des 14. Jahrhunderts auch schon Übersichten über die Ernten in der umliegenden Landschaft. Der absolute Staat der Renaissance, berauscht von der Aussicht, das vielverschachtelte Feudalgebilde der Vergangenheit zu einem Bau von mathematischer Klarheit umzugestalten, versuchte immer wieder auch in zahlenmäßiger Form klare Übersichten herzustellen. So entstanden die „*cabinets complets*", Geheimschränke, in denen Angaben über das Gesamtgeschehen im Staate gesammelt werden sollten,

1) Dies hängt mit dem Wesen der Statistik zusammen: Es gibt zwei Erkenntnisweisen, mit denen sich uns die wirtschaftliche und soziale Wirklichkeit immer neu erschließt: die unmittelbare, erlebnishafte Anschauung und das Zahlenbild. Die Anschauung, die am intensivsten durch eigene Mitarbeit am Wirtschaftsprozeß, weniger intensiv durch Gespräche mit Wirtschaftern und Wirtschaftspolitikern erworben wird und die durch Betriebsbesichtigungen und durch Lektüre wirtschaftskundlicher Monographien nur dürftig zu ersetzen ist, muß ihre Lebensnähe damit erkaufen, daß sie immer nur Teilabschnitte des Ganzen sieht. Die Statistik hingegen, die mehr das Ganze von vielerlei Fragestellungen aus überblickt, muß dieses Ganze notwendig schematisieren, um es überhaupt menschlichem Begreifen zugänglich zu machen; sie ist aber auch für den in der Anschauung großgewordenen Sachkenner unersetzlich, wenn er nicht in die Gefahr kommen will, die erworbenen Einzeleindrücke je nach ihrer Erlebnisstärke zu verallgemeinernden Urteilen über das Ganze zu mißbrauchen.

um dem Souverän und seinem Minister zur Verfügung zu stehen. Die Frage nach dem Bevölkerungsstand als der Grundlage der Besteuerung und nach den öffentlichen Einkünften überhaupt standen vorn an; hier setzte auch die wissenschaftliche Statistik ein, die zum erstenmal von außen her — unter erheblichen Gefahren — hinter das „*secret des finances*" zu gelangen versuchte. Im späteren Merkantilismus rückten die Fragen des Außenhandels in den Vordergrund: Vorbilder waren die französische und englische Handelsstatistik. Die statistische Wissenschaft folgte dem Staatsgedanken ihrer Zeit: sie kompilierte, wie Petty, in echt barocker Weise alle erreichbaren Daten, „um Größe und Bedeutung der britischen Krone aufzuzeigen", oder plante, wie Leibniz, ausgedehnte Erhebungen, die eine neue Ära staatlicher Wirtschaftsförderung einleiten sollten. Viel ist aus dieser und der folgenden Zeit in unsere Gegenwart übergegangen, neben der Statistik des Außenhandels und der Finanzstatistik vor allem die periodischen Berufs- und Betriebszählungen, die das 18. Jahrhundert ausbildete.

Dem Staat des 19. Jahrhunderts konnte, was das 17. und 18. an Statistik für den Gebrauch der Wirtschaftsführung geschaffen hatte, im allgemeinen genügen; die bürgerliche Periode brauchte das Erbe nur auszugestalten, zu systematisieren und in die laufende Behördenarbeit einzubauen. Nicht mehr vom Staatswollen, das je nach dem Grade des Ansturms der Individual-Initiative die „*Laissez-faire*"-Haltung einnahm, sondern vor allem von den Bedürfnissen der Sozialwissenschaft gingen jetzt die Fragestellungen aus. So verlieh die Frage nach den Zusammenhängen von Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit der Statistik der Bevölkerungsbewegung ein besonderes Gewicht. Sie war wegen der Regelmäßigkeit und der großen Zahl der beobachtbaren Fälle für das damals vorherrschende naturwissenschaftliche Verfahren besonders geeignet und daher schon im 18. Jahrhundert ein beliebtes Thema der wissenschaftlichen Statistik; auch heute nimmt sie über das rein Bevölkerungspolitische hinaus einen breiten Raum im Schrifttum ein. Die Frage nach den äußeren Bedingungen des moralischen Verhaltens gebar die Kriminalstatistik. Untersuchungen über den Geldwert hoben die Preisstatistik aus dem Dunkel lokaler Polizeiaufzeichnungen oder abwicklungstechnischer Börsennotizen in das Blickfeld volkswirtschaftlicher Betrachtung. Außerdem war die Statistik ein beliebtes Mittel, Handel und Gewerbe zu fördern; so stellte der damalige Staat als echter „Diener der Wirtschaft" Übersichten über wichtige Daten der Produktion, des Geld- und Kreditverkehrs der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Trotz dieser geringeren wirtschaftlichen Eigeninitiative der Obrigkeiten wäre es jedoch ein Irrtum, zu glauben, der Staat des 19. Jahrhunderts sei ganz ohne Planung ausgekommen; in der Finanzpolitik war sie unerläßlich, und nur in wenigen Staaten hat die Zollpolitik keine Rolle gespielt; dazu kamen die vielfachen Aufgaben der Förderung von Handel und Verkehr nach innen und nach außen. Als Grundlage dieser mehr ordnenden als vorstoßenden Planungen reichte jedoch eine Statistik des betreffenden Teilgebietes meist völlig aus; außerdem gab der Gegenstand selbst vielfach das notwendige Material her. Man brauchte nur an den Personenkreis, den man fördern oder besteuern wollte, dem man Konzessionen erteilte oder den man zu einer Anmeldung gesetzlich verpflichtete, die entsprechenden Fragen zu stellen. Aufgabe des Statistikers war es vor allem, diese Fragen geschickt zu formulieren, das Ergebnis tabellarisch aufbereiten zu lassen und dann auf Irrtümer hin zu prüfen. Vor allem die amtliche Statistik blieb im allgemeinen an das Material gebunden. Auch wo Schätzungen, wie etwa bei der Statistik der Bodenbenutzung und der Ernteerträge, unumgänglich waren, wurden diese mittels einer Erhebung aus den Schätzungen vieler einzelner Individuen zusammengestellt; was aus den eingegangenen Fragebogen nicht hervorging, darüber konnte keine Auskunft gegeben werden.

Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts kam mit der sozialen Frage wieder ein wesentlich politisches Moment in die Statistik hinein. Die Statistik der Arbeitsbedingungen, vor allem des Lohnes, der Arbeiterverbände und der Arbeitskämpfe, der Lebenshaltung in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten sollte die Vor-

bedingungen für jene Sozialpolitik schaffen, die sich immer stärker als wichtigste Forderung der Gegenwart aufdrängte. Dann kam der Weltkrieg, der die großen Staaten Europas mit einemmal vor die dringende Notwendigkeit umfassender Gesamtplanungen stellte und eine Fülle meist ungeordneter und schlecht aufgearbeiteter Rundfragen erforderlich machte. Als darauf die Nöte der Nachkriegszeit, die Umwälzung von Gläubiger- und Schuldnerverhältnissen in der internationalen Wirtschaft, von Einkommen und Vermögen in der Binnenwirtschaft, ferner die Schwierigkeit der Kapitalbeschaffung in einzelnen Ländern und schließlich die Weltkrise den Völkern neue Rätsel aufgaben, und als sich in allen Ländern immer lauter der Ruf nach der schützenden und bald darauf der lenkenden Hand des Staates erhob, begann auch die neue Zeit der Statistik.

Dieses Neue, das sich nach dem Krieg anbahnt, läßt sich von der inhaltlichen Seite her als Drang zur totalen Statistik, von der formalen Seite her als Vordringen der systematischen Schätzung charakterisieren. (Beides ist eng miteinander verknüpft, wenngleich selbstverständlich auch Totalstatistiken auf dem Erhebungsweg gewonnen und einzelne Tatbestände mittels Schätzung ermittelt werden können.) Dabei sind es nicht nur die Ideen vom totalen Staat und vom totalen Krieg gewesen, die eine Gesamtübersicht über das wirtschaftliche Geschehen erforderlich gemacht haben; das Bedürfnis entstand vielmehr schon aus dem neuerwachten Bewußtsein von der Verflochtenheit aller wirtschaftlichen Geschehnisse untereinander, das — der Wissenschaft schon seit jeher gegenwärtig — der übrigen Welt erst durch Reparationen und Weltkrise nahegebracht worden ist.

Totalität jedoch, die alles Wissenswerte enthält, läßt sich durch Erhebungen nur dann gewinnen, wenn man gewillt ist, für Fragebogenmaterial und Aufbereitung Riesensummen auszugeben, und wenn man sich darauf verlassen kann, daß der Befragte auch einigermaßen richtig antworten kann, will oder muß. Fehlen aber diese Voraussetzungen, dann muß mit repräsentativen Erhebungen, Teilerhebungen oder Schätzungsberechnungen gearbeitet werden. Der Fragende ist die lenkende Hand, der Staat. Daher steht die Methode stets ganz im Banne einer Fragestellung; gibt das vorhandene Material keine genauen Zahlen ab, so muß mindestens die wahrscheinliche Zahl gesucht werden. Dabei darf die Schätzungsberechnung, die auf einem System sorgfältig kombinierter Größenordnungen, Verhältniszahlen und Kontrollrechnungen beruht, keinesfalls mit dem gefühlsmäßigen „Greifen" irgendwelcher Größenordnungen verwechselt werden[1]). Auch der echte Schätzungsstatistiker wird nie vergessen, daß er die wahre oder, bescheidener gesagt, die wahrscheinlichste Zahl für einen Tatbestand zu ermitteln hat. Selbst wenn er auf Verlangen der Wirtschaftsführung für Tatbestände, die noch niemand zu berechnen wagte, binnen weniger Tage Größenordnungen angeben muß, wird er dieser Verantwortung nicht ledig. Es gibt Beispiele genug dafür, daß auch der Schätzungsstatistiker einen Ruf zu verlieren hat.

In allen Ländern läßt sich diese inhaltliche und formale Ausdehnung der Statistik beobachten. Immer sind es die großen nationalen Probleme, die hier den Weg weisen: das Recht auf Arbeit, die Erzeugung heimischer Rohstoffe, die

1) Vgl. dazu das ausgezeichnete Lehrbuch von Otto Donner: Statistik (Grundzüge der Rechts- und Wirtschaftswissenschaft, Reihe B) Hamburg 1937.

Befreiung von ausländischen Kapitaleinflüssen, die Steigerung und bessere Verteilung des Sozialproduktes. Wo die Fragen die Grenzen der Länder überschreiten, da bemühen sich internationale Institute oder auslandstatistische Abteilungen innerhalb der statistischen Behörden um eine Zusammenfassung. Immer geht es vom Teil zum Ganzen: so wird die Außenhandelsstatistik zur Statistik der Zahlungsbilanz, die Einkommensteuerstatistik zur Statistik des Volkseinkommens, die Statistik der Aktiengesellschaften zur Statistik der volkswirtschaftlichen Investionen, die Kostenstatistik zur Statistik der volkswirtschaftlichen Umsatzverflechtungen, die Statistik der Bankbilanzen zur Statistik der Kreditverschuldung und des Geldvermögens, die Statistik der wichtigsten Produktionszweige zum industriellen oder gar zum gesamtwirtschaftlichen Produktions- und Absatzzensus erweitert.

Dazu kommt ein zweites: Die Weltkrise hat die Wandelbarkeit so gut wie aller wirtschaftlichen Daten neu zum Bewußtsein gebracht; die Staatsführung muß immer die Hand am Puls der Wirtschaft haben, um rechtzeitig eingreifen zu können. So wird die Jahresstatistik zur Monatsstatistik, ja sogar die Monatsstatistik zur Wochenstatistik umgebaut; an die Seite der großen Berufs- und Betriebszählungen treten die kurzfristigen Statistiken von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, die monatliche Industrieberichterstattung, die jährliche Fortschreibung der landwirtschaftlichen Betriebszählung. Die Tabelle wird das Dokument, auf dem sich Stand und Entwicklung der Wirtschaft immer umfassender und gleichzeitig immer eingehender abzeichnet.

Diese Entwicklung stellt, gerade weil sie in allen Ländern vor sich geht, sowohl den in der Außenwirtschaft handelnden Staatsmann als auch den Beobachter der Außenwirtschaft vor eine ganz neue Lage. Zunächst füllt sie zusehends eine Lücke, die jeder, der sich mit internationalen Wirtschaftsfragen beobachtend befaßt, empfunden hat. Denn bisher stand einer ausgebildeten — ja selbst in den kleinsten und abgelegensten Ländern leidlich entwickelten — Außenhandelsstatistik vielfach eine mangelhafte Statistik des Binnenhandels der binnenländischen Produktion und des binnenländischen Verbrauchs gegenüber, die auf der Karte des Wirtschaftslebens weite Strecken als weiße Flächen erscheinen ließ. So genau man Ausfuhr und Einfuhr jeder Warengattung nach Wert und Gewicht angeben konnte, so unsicher war man darüber, welche Bedeutung diese Austauschgüter für die gesamte Produktion und den gesamten Verbrauch jener Länder hatten. Auch die Marktbeobachtung, die an Hand einzelner Wirtschaftsdaten die zukünftigen Absatzchancen bestimmter Waren berechnet, mußte bei einem solchen Zustand vielfach im Dunkeln tappen. Hier schafft die totale Statistik Wandel, allerdings unter einer Voraussetzung: daß die erwünschten Daten nicht nur erhoben oder errechnet, sondern auch veröffentlicht werden.

Daß statistische Ergebnisse auch veröffentlicht oder zumindest der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, war — von wenigen Ausnahmen abgesehen — in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fast selbstverständlich. Hatte der reine Absolutismus noch das Geheimnis der Staatstabellen, die zu kennen Macht bedeutete, streng gehütet, so empfand schon der aufgeklärte Absolutismus das Bedürfnis, vor seinen Untertanen, vor allem vor der Bildungsschicht, auch zahlenmäßig Rechenschaft über sein Tun abzulegen. Noch heute lesen wir mit Interesse die statistischen Berichte, die Friedrich der Große durch seinen Minister, den Grafen Hertzberg, der preußischen Akademie der Wissenschaften vorlegen ließ. Später, im konstitutionellen und parlamentarischen Staat, wurde die veröffentlichte

Statistik eine der Hauptgrundlagen der wirtschaftspolitischen Diskussion. Selbst im autoritären Staat unternimmt es die Führung, dem Volk in bestimmten Abständen mit ausführlichen statistischen Angaben Rechenschaft von ihrer Verwaltung zu geben. Doch machen sich in so gut wie allen Ländern auch die Gründe immer stärker bemerkbar, die den Anteil des veröffentlichten Materials an den gesamten Ergebnissen zurückdrängen. In den meisten Fällen handelt es sich dabei nicht, wie oft vermutet wird, darum, mißverständliche Zahlen vor der Ausschlachtung durch staatsfeindliche Propaganda zu schützen; viel wichtiger ist, daß die Wehrpolitik immer stärker in alle Gebiete der Wirtschaft eingreift und dabei befürchtet, allzu eingehende Veröffentlichungen könnten den Gegner auf besondere Rüstungsaktionen oder auf schwache Punkte in der Verteidigung aufmerksam machen. Auch kann der die Außenwirtschaft lenkende Staat gegenüber einzelnen Ländern, in denen er selbst oder seine Unternehmer stark als Käufer auftreten, seine Marktposition dadurch verbessern, daß er die Kenntnis des eigenen Bedarfs für sich behält oder nur intern — dirigierend — den Unternehmern zugänglich macht. Meist aber sind die Gründe, die von der Veröffentlichung abraten, weit harmloserer Natur: alles zu veröffentlichen, was eine Staatsführung wissen und erheben muß, würde viel zu kostspielig sein.

Der Beobachter, der über fremde Volkswirtschaften Aufschluß sucht, findet dort, wo das Material aus Gründen der Staatssicherheit nicht veröffentlicht wird, eine absolute Grenze. Wo der Veröffentlichung nur die Kosten im Wege stehen, können die Zahlen von der zuständigen Stelle erbeten werden, vorausgesetzt, daß diese bereit ist, einem Ausländer eine Abschrift zu übermitteln; meist aber wird der Wirtschaftsbeobachter im Ausland gar nicht wissen, daß solches Material überhaupt vorhanden ist.

Trotz dieser Einschränkungen zeigt ein Blick auf jede Zusammenstellung internationaler Statistiken, so auf das vom deutschen Statistischen Reichsamt mit jährlichen Ergänzungen herausgegebene „Statistische Handbuch der Weltwirtschaft", daß das allgemein zugängliche Material, international gesehen, noch ständig wächst. Auf diese Weise wird die Wirtschaft der fremden Länder immer übersehbarer, selbst, wo die zunehmenden und nicht leicht vorausberechenbaren Lenkungsmaßnahmen des Staates den primitiven Barometerprognosen ihren letzten Wirklichkeitswert nehmen; denn auch das Staatshandeln selbst wird oftmals Wirtschaftsvorgänge auslösen, die sich ihrerseits wieder statistisch verfolgen lassen, und umgekehrt. Diese wachsende Übersehbarkeit wird voraussichtlich nicht ohne Rückwirkungen auf die Weltwirtschaft bleiben. Treibt nämlich auf der einen Seite die Autarkisierung der einzelnen Länder die Weltwirtschaft immer mehr hinweg vom Optimum der billigsten Arbeitsteilung, so kann die zunehmende Übersichtlichkeit des Weltmarktes — z. B. die größere Stabilität der zu handelnden Mengen und, in unserem Zusammenhang, das größere Wissen um den möglichen und wahrscheinlichen Umfang der einzelnen Tauschvorgänge von Wirtschaftsperiode zu Wirtschaftsperiode — auf anderem Wege wiederum den Austausch erleichtern. Brachte ehedem der Preis Nachfrage und Angebot zusammen, so verlagert sich jetzt diese Funktion immer stärker auf die Führung der einzelnen Staaten. Diese kann ihre Entschlüsse um so zweckmäßiger einrichten, je besser sie neben den Außenhandelsziffern die Verflechtung der Zahlungsbilanzen sowie die Verteilung der Produktions- und Verbrauchsmengen vor allem auch bei den Fertigwaren kennt[1]); sie kann ihre Wäh-

1) Dabei ist allerdings unvermeidlich, daß der junge Nachwuchs in Verwaltung und Wirtschaft das Handwerkszeug beherrscht, mit dem allein die Fülle neuer Statistik gemeistert werden kann. Mit Statistik „lügen" und „alles beweisen" kann nur, wer bei seinem Partner die Unkenntnis der Methoden voraussetzen darf; und wer eine Zahlenreihe, die er irgendwo vorfindet, ohne näheres Wissen über ihre Entstehung frischfröhlich handhabt, kann

rungsparität um so besser festsetzen, je mehr die Statistik der einzelnen Länder einen internationalen Vergleich von Lebenshaltung, Produktionskosten, Steuerbelastung und Volkseinkommen möglich macht[1]).

Schon öfter hat in internationalen Verhandlungen die Frage, welcher Staat seine Statistiken besser auf dem laufenden hatte und welcher Unterhändler die Statistik des anderen besser kannte, den Verlauf der Wirtschaftsverhandlungen wesentlich beeinflußt. Gerade die Frage, ob mittels internationaler Übereinkünfte bei bewußter Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Souveränität einzelner autoritär geführter Staaten eine neue Form des internationalen Güteraustausches erwachsen kann, hängt im wesentlichen davon ab, ob die führenden Köpfe, die „Lenkenden", die eigenen und die fremden Wirtschaften wirklich kennen. Zu dieser Kenntnis ist die Statistik nicht der einzige, wohl aber der wichtigste Schlüssel.

Herbert Helmuth Schmolck:

Die wirtschaftliche Souveränität der lateinamerikanischen Staaten

Die neue Sicht, die wir unter dem Eindruck des wiedererwachenden autoritären Staatsgedankens vom wirtschaftsgeschichtlichen Geschehen der europäisch-amerikanischen Kultur nach dem Krieg erlangt haben, läßt auch das Schicksal der lateinamerikanischen Wirtschaft seit den Tagen der Entdeckung der Neuen Welt in einem anderen Lichte erscheinen. Von diesem veränderten Standort der Betrachtung aus gliedert sich dieses Schicksal sinnfällig in drei große Abschnitte: in eine Zeit der kolonialen Planwirtschaft unter spanischer Krone, in eine Epoche zwischen Scheinliberalismus und Konzessionswirtschaft, die sich in je eine Phase vorherrschenden europäischen und nordamerikanischen Einflusses unterteilt, und schließlich in einen gegenwärtigen Zeitabschnitt, in welchem sich das Amerika spanisch-portugiesischer Zunge auf dem Wege zu einer Ordnung staatlich gelenkter Nationalwirtschaften befindet.

I. Koloniale Planwirtschaft unter spanischer Krone

Die Eroberung der Antillen, Karibiens, Mexikos, Mittelamerikas und Südamerikas durch die Spanier geschah nicht um des Ruhmes der Konquistadoren oder der Ver-

oft die schwersten Enttäuschungen erleben. Dies gilt vor allem, wenn man fremde Schätzungen verwendet oder eigene versucht — ein Verfahren, das für den Außenwirtschafter bei Lücken in den Statistiken fremder Staaten ebenso notwendig wie gefährlich ist. Aber auch wo sichere Erhebungen vorliegen, ergibt die Fülle des Vorhandenen oft, daß selbst Sachverständige keine Kenntnis davon haben.

Wir betonen dieses Anliegen vor allem, weil in der deutschen Öffentlichkeit die Erkenntnis, daß Statistik als Handwerk wie als Wissenschaft gelernt sein will, durchaus noch nicht verbreitet ist. In den volkswirtschaftlichen Prüfungen ist die Statistik nicht mehr Pflichtfach, so daß junge Kräfte, die in die vielen neuentstehenden statistischen Stellen eintreten, oftmals gegenüber den auftauchenden Problemen einen schweren Stand haben. Wo immer unser Volk seinen Weg durch die Hindernisse der Außenwelt gebahnt hat, hat es dazu vornehmlich sein fachliches Können eingesetzt. In der Wirtschaftspolitik wird die Fähigkeit zum theoretischen Denken, zu lebendiger Anschauung und zum Erfassen von Größenordnungen in gleicher Weise von uns verlangt. Wir glauben nicht, daß beim Einbau Deutschlands in eine neue staatliche Ordnung der Wirtschaft der Welt eine dieser Eigenschaften entbehrt werden kann.

1) Vgl. dazu das in diesem Heft besprochene Buch von Anton Reithinger: Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsordnung, Leipzig 1937, S. 94 f.

vollständigung des Sonnenkreislaufs über dem Reich des spanischen Monarchen willen, sondern von der ersten Ausfahrt des Christoph Kolumbus an bewegten diesen und die Konquistadoren wirtschaftliche Gründe. Die Ausrüstung der Expeditionen durch den Staat, d. h. durch die spanische Krone, geschah weniger unter dem Gesichtspunkt der Gebietserweiterung oder der Heidenbekehrung, als in der Erwartung der Anknüpfung von Handelsbeziehungen — dachte man doch ursprünglich auf Asiens konstituierte Reiche zu stoßen — und auch des Einbringens von Beute. Der Besitzergreifung und der Flagge folgte unmittelbar die Sicherung der neu gewonnenen Länder, zwar nicht so sehr wie heute als Märkte für die heimische Erzeugung, doch ebensosehr wie heute als Rohstofflieferanten für das Mutterland.

Daß diese Rohstoffe zu Anfang „Menschenmaterial", Sklaven für die heimischen Märkte, weiter Gold für die Krone waren, ändert nichts an dieser Tatsache. Vom „Menschenmaterial", dessen Handel bald beschränkt, schließlich verboten wurde, und Gold und Silber, das noch lange Zeit als erster Rohstoff der amerikanischen Kolonien galt, ging man zur eigentlichen Landesmünze, Kakao und Vogelfedern, und schließlich zu Baumwolle, Holz, Farbstoffen, Geweben usw. über. Sobald die ersten Niederlassungen gegründet und formelle Verwaltungen eingesetzt waren, begann die Krone, d. h. der im absolutistischen Sinne autoritäre Staat, die Rohstoffproduktion in der Kolonie zu regeln, d. h. Verfügungen zu treffen, die nach und nach zu einem vollständigen System einer frühen staatlichen Planregelung zusammenwuchsen. Solche Verfügungen betrafen die Besitznahme von Land, den Erwerb und die Verwendung von Sklaven (später die Verwendung und Arbeitsleistung von Hörigen), die Ausbeutung von Goldwäschereien und Bergwerken, das Anpflanzen von Nutzpflanzen, und, hauptsächlich, die Einbringung von Tributen, Abgaben und Steuern. Die erste ausgesprochene Kolonialgesetzgebung oder koloniale Planverfassung, die Mittelamerika — von dem aus wir diese Entwicklung betrachten — in dieser Hinsicht ordnete, gab Karl V. im Jahre 1542. Sie enthielt bereits die Aufhebung des Sklavenhandels und der Kopfjagden, die Einschränkung von Beutezügen und die Regelung weiterer Eroberungen.

Von allem Anfang an behielt sich Spanien den Handel seiner Kolonien als Monopol vor. Die Verbindung mit dem Mutterland wurde durch ein- oder zweimal im Jahre gesandte eskortierte Flotten hergestellt, deren Ladung sich in der Zwischenzeit ansammelte. Fremde Schiffe durften in den Häfen der Kolonien nicht anlegen. 1556 stand im Reyno de Guatemala sogar die Todesstrafe auf den Handel mit Angehörigen anderer Nationen. Die monopolwirtschaftliche Politik ging sogar so weit, daß der Handel der verschiedenen spanischen Kolonien untereinander verboten oder von besonderen Genehmigungen abhängig gemacht wurde. Alle Planung zielte darauf ab, dem spanischen Staat den ganzen Handel und die vollen Produktionsquellen jeder einzelnen Kolonie zu sichern. Versuche, von den mexikanischen und mittelamerikanischen Pazifikhäfen einen Handel mit China anzuknüpfen, scheiterten, und auch die Verbindung mit den Philippinen kam nicht in Gang, als dies später versucht wurde.

Wenn diese Monopolstellung, die der spanische Staat in den Außenhandelsbeziehungen seiner Kolonien gehabt hat, sich nicht in einer kräftigen Wohlstandsmehrung des Mutterlandes und einem Aufblühen der Kolonie auswirkte, so hatte dies — neben den aus der politischen Geschichte Spaniens geläufigen Gründen — seine Ursache darin, daß die Zeit für eine wirtschaftliche Planregelung über solche große Räume hinweg noch längst nicht reif war. Das sehen wir heute — da wir nun wissen, welches Maß von ideeller Homogenität der handelnden Energien, von Verwaltungszentralisation, Verkehrskonzentration, Einspielung und Interdependenz der wirtschaftlichen Größenordnungen, wechselseitiger Kontrolle und Disziplinierung der nicht erwerbsgerichteten Menschen usw. dazu gehört — ganz deutlich. Damals scheiterte das Experiment allein an den großen Entfernungen, an der Unsicherheit der Meere und der damit verbundenen langwierigen bürokratischen Behandlung aller Kolonialfragen in beiden Richtungen.

Die Wirtschaft der lateinamerikanischen Länder und besonders ihr Außenhandel begannen nach vielversprechenden Anfängen bald zu stagnieren. Einerseits fehlte es, nachdem Indianer

nicht mehr überall als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden konnten und auch die Einfuhr von Negersklaven beschränkt wurde, bald an Händen auf den Pflanzungen, andererseits widmeten sich die (nicht sehr zahlreichen) spanischen Einwanderer nur zum geringsten Teil landwirtschaftlichen und kommerziellen Tätigkeiten, sondern suchten ein bequemeres Dasein in der Verwaltung und als Kleriker. Lokale Interessen erschwerten und verteuerten noch den wenigen Handel, schließlich fehlte es gar an Schiffen. Der Handel Mittelamerikas mußte den Landweg bis zum Mexiko-Hafen Veracruz nehmen, der des westlichen Südamerika ging über die Landengen von Panamá oder Honduras. Krone und Verwaltung verteuerten ihn durch Zölle und Abgaben, die sie auf Aus- und Einfuhr erhoben; einzelne Produkte, die in Konkurrenz mit den heimischen kamen, durften nicht mehr verladen werden, und Mitte des XVIII. Jahrhunderts belief sich zum Beispiel der gesamte Außenhandel Mittelamerikas nur noch auf 600 000 Pesos, der Mexikos vielleicht auf eine Million, zusammen für dieses ausgedehnte Wirtschaftsgebiet auf etwa drei Millionen Goldmark.

II. Scheinliberalismus und Konzessionswirtschaft

Jede schlechte Planwirtschaft muß zwangsläufig die wirtschaftliche Initiative dem zur Selbstverantwortung bereiten Individuum in die Hände spielen, und so führte denn auch gerade diese dreihundertjährige negative Erfahrung den Lateinamerikaner hinüber in das Zeitalter des wirtschaftlichen Liberalismus, das ihm indessen alles andere als eine Freiheit im Sinne einer wirtschaftlichen Souveränität brachte. 1771 erlaubte Spanien den Handel der Kolonien unter sich in größerem Umfang, und der mit dem Mutterland wurde erleichtert und angeregt. Dies und der steigende Verbrauch tropischer Erzeugnisse im damaligen Europa, die etwas intensivere Landwirtschaft in den großen mittelamerikanischen Latifundien, zusammen mit dem Einrücken der Mischlinge in die Verbraucherschaft des Landes selbst, brachte bereits eine etwas lebhaftere Entwicklung mit sich. Daneben versuchten fortschrittliche Kreise in den Kolonien, eine eigene Wirtschaft zu schaffen und die Schranken, die den interamerikanischen Handel und den mit nichtspanischen Ländern behinderten, wegzuräumen, teils auf dem Wege über Eingaben an die Krone, teils durch eigenmächtiges Vorgehen. In Venezuela, Peru, Mexiko und Guatemala, den damaligen Zentren des lateinamerikanischen Raumes, wurde mehrfach versucht, die am Handel interessierten Kreise zu Interessengemeinschaften zusammenzuschließen und eine Art Hanse durch die Gründung großer Handelskompanien zu schaffen. Von allem Anfang an bemühte man sich stark um den Export und sogar um die Schaffung eigener Flotten, welche die säumigen Reeder Spaniens im Verkehr mit der Iberischen Halbinsel ablösen und die Küstenschiffahrt entlang den amerikanischen Küsten versehen sollten. In der Tat haben diese Gründungen — in Mittelamerika kamen sie erst 1795 zustande — für den wirtschaftlichen Aufschwung Lateinamerikas höchst segensreich gewirkt.

Diese Ansätze zur Eigenwirtschaft der Kolonien, die vielleicht in einem Listschen Sinne zu einer wirtschaftlichen Souveränität als gemäßigt freihändlerische Staaten hätten führen können, gingen jedoch unter in der dann folgenden Periode der uferlosen „freien" Weltwirtschaft, die durch die Unabhängigkeitserklärungen all dieser Länder im Anfang des 19. Jahrhunderts Auftrieb empfing; denn die nordamerikanische Unabhängigkeitserklärung, 1776, die französische Revolution, 1789, der Freiheitskampf des Mutterlandes selbst, 1808, die liberale Verfassung Spaniens von 1812, deren Gedankengut sich in den Unabhängigkeitserklärungen Mexikos, Mittel- und Südamerikas, 1821, auswirkte — sie alle bereiteten den Boden auch für den wirtschaftlichen Liberalismus Lateinamerikas vor. Mit dem Abwerfen des politischen unnd zugleich auch des wirtschaftlichen Jochs wurde der Handel frei, vielleicht „zu frei". Die Häfen und Grenzen wurden geöffnet, die Erzeugnisse des Raubbaus und der steigenden landwirtschaftlichen Arbeit

flossen nach außen ab, Waren kamen herein, Kaufleute, Handels-, Erschließungs- und Pflanzungs-Kompanien ließen sich nieder.

Es wird oft von Ausländern betont, und es ist wohl auch richtig, daß erst diese zweite Eroberung und Einwanderung die lateinamerikanischen Länder zur Entfaltung und die Lateinamerikaner zum Bewußtsein ihres natürlichen Rohstoffreichtums gebracht habe. Aber Tatsache ist jedenfalls, daß dabei die Einheimischen selbst ins Hintertreffen kamen. Wie einst die Indianer den Spaniern, so wurden jetzt die Criollos den neu ins Land kommenden Ausländern hörig. Es würde zu weit führen, hier darüber Untersuchungen anzustellen, inwieweit dabei rassische Verschiedenheiten, die größere Ausdauer und Energie des Nordländers gegenüber der größeren Bequemlichkeit und Gleichgültigkeit des akklimatisierten Südländers schon beim einzelnen Individuum in Betracht kamen und inwiefern die politischen Verhältnisse und das Verhalten einzelner Regierungen und Politiker diesen Prozeß begünstigten. Im großen ganzen dürfte wohl die größere Stoßkraft und Macht des beweglichen ausländischen Kapitals gegenüber dem latenten und dispersen Reichtum der Oberschicht der Einheimischen und der notorischen Armut der niederen Bevölkerungsschichten den Ausschlag gegeben haben.

Die höchst interessante Zeitspanne in der Wirtschaftsentwicklung Lateinamerikas, und in ausgeprägtester Form Mittelamerikas und Mexikos, die wir als „Scheinliberalismus und Konzessionswirtschaft" bezeichnen, ist in diesem Sinne ein Musterbeispiel für die liberalistische Wirtschaft, wie sie in den Jahren von 1850 bis zum großen Krach 1929 die Welt umspannte. Denn gerade in den lateinamerikanischen Ländern, die als Objekte in den Kreis dieser „Weltwirtschaft" kamen, hat sich recht deutlich gezeigt, wohin es führt, wenn Wirtschaftsmächte, die durch keine nationalen Schranken gehemmt sind, sich ausleben können und wenn sich schließlich solche private Wirtschaftsmächte der „großen Politik" zur Erlangung ihrer Ziele bedienen, Völker unterjochen und Regierungen und Nationen hinter sich her in Verwicklungen zerren.

Wir wollen in dieser scheinliberalen konzessionswirtschaftlichen Epoche zwei Phasen, eine europäische und eine nordamerikanische, unterscheiden. Die erste Phase dieser zweiten Eroberung Lateinamerikas begann mit der Einzeleinwanderung von Europäern, die dort Ländereien erwarben und den Ausfuhr- und Einfuhrhandel an sich nahmen bzw. erst richtig einrichteten. Sie beginnt in den mittleren Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und kam etwa in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts zum Stehen. Sie ist die Vorläuferin der eigentlichen Konzessionswirtschaft. In ihr wurde der Grund gelegt zu dem bis in unsere Zeit bestehenden Verhältnis, in dem die Schlüsselstellungen in der Landwirtschaft, im Außenhandel und im Bankwesen in vielen Ländern Lateinamerikas in europäischen Händen liegen. In Argentinien und Peru waren es vorzugsweise Engländer, in Chile, Mittelamerika und Mexiko Deutsche, in anderen Ländern Franzosen und Belgier. Etwa von 1850 an kann man verfolgen, wie diese ersten Einwanderer der zweiten Periode Landsleute nach sich zogen, Land aufkauften, in ihren Geschäften reüssierten und einer um den anderen reich wurden oder stärkeres Kapital von draußen nach sich zogen. Die Weltkonjunktur ging aufwärts, der Ausländer hatte Fühlung mit den Weltmärkten, er konnte die Rohstoffe seines Wirtslandes absetzen und für dessen Bedürfnisse günstig einkaufen. Er war es auch, der eine ganze Reihe Rohstoffe erst für die Ausfuhr entdeckte, neue Kulturen anpflanzte, neue Bedürfnisse im Wirtslande schuf und befriedigte, und es ist ganz natürlich, daß er dabei sein Geschäft machte, während der noch im kolonialen Trott weiter-

laufende Einheimische daraus nur einen indirekten Nutzen zog. Der Ausländer wußte hierbei auch besonders die Währungsverhältnisse auszuwerten, übervorteilte durch Spekulation den unkundigen Einheimischen und schlug neben dem guten Gewinn aus Landwirtschaft und Handel auch aus den ungeheuren damaligen Zinsfüßen im Lande Kapital.

Wenn wir diese ersten zwei Drittel der Gründer- und Niederlassungszeit, etwa von 1850 bis 1900, mit unter den Begriff Konzessionswirtschaft fassen, so darum, weil Ausländer und ausländisches Kapital in dieser Zeit die stillschweigende Konzession der Niederlassungs- und Handelsfreiheit in diesen Wirts- und vorherigen Kolonialländern genossen und ausnutzten. Auch gehen typische Einzelkonzessionserteilungen schon auf jene Zeit zurück, in denen wichtige Rohstoffquellen und Wirtschaftsmittel — z. B. Eisenbahnen, Wasserkraft, Straßenbahnen, elektrische Energie — an Ausländer ausgeliefert wurden. Aber interessanterweise konnten fast alle solche frühen Konzessionen von den europäischen Inhabern nicht gehalten werden. Sie gingen mit wenigen Ausnahmen — Öl in Mexiko, Bahnen in Südamerika, Salpeter in Chile, später Luftfahrt in Kolumbien — nachher in nordamerikanischen Besitz über, und zwar dies um so mehr und um so schneller, je weniger sich europäische Regierungen bereitfanden, solche europäischen Wirtschaftsinteressen in Lateinamerika im Sinne der obenerwähnten Unterstellung der Politik unter Privatinteressen zu decken. Dieser Rückzug europäischer Interessen und damit der Eintritt der eigentlichen Konzessionswirtschaft traten erst stärker hervor, als Nordamerika, genauer gesagt, Wallstreet und Washington, von der Jahrhundertwende an in Lateinamerika auf den Plan traten und — wie dies nun einmal die Yankees an sich haben — dann gleich in ganz großem Stil „ins Geschäft gingen".

Diese zweite nordamerikanische Phase der Konzessionswirtschaft ist zeitlich ziemlich genau auf die Jahre zwischen 1898 und 1929 festlegbar. Sie entwickelte sich im wesentlichen nach der Vorbereitung des Feldes durch europäische Einwanderer und Gründer und sieht die Nordamerikaner in der vordersten Front. Das ist das Unterscheidungsmerkmal der beiden Phasen: es bestand und besteht ein Unterschied zwischen der, sagen wir einmal, Kolonisationstätigkeit der Europäer und derjenigen der Nordamerikaner. Die europäische fußte auf der Einwanderung, die die lateinamerikanische Wirtschaft mit der ihres Heimatlandes und den Weltmärkten verknüpfte und allmählich privates Anlagekapital ins Land zog; die nordamerikanische bestand in der Hauptsache in der Erwerbung großer Ausbeutungskonzessionen und besonders in der Beteiligung des nordamerikanischen Bankkapitals an den Finanzen der in Entwicklung begriffenen Länder, wodurch bei geringer Einwanderung unverhältnismäßig hohe ausländische Interessen geschaffen wurden.

Wenn man in Europa von den großen amerikanischen Interessen spricht, welche in Lateinamerika die europäischen hintanzuhalten suchen, so ist man sich, besonders in Deutschland, wohl selten im klaren darüber, wie sehr verschieden diese amerikanischen Interessen von allem Anfang an von den europäischen sind und welche Kräfte hinter ihnen stehen. Der europäische, zumal der deutsche Pflanzer, Kaufmann, Industrielle oder Bankier, der sich in diesen Ländern niederließ, tat dies, und tut es noch, im wahrsten Sinne des Worten „für eigene Rechnung und Gefahr". Er handelt privat, individuell, und schon der Fall, daß ihm einmal eine amtliche Stelle der Heimat etwa bei der Reklamation eines Revolutionsschadens behilflich ist, ist selten. Er baut seine Existenz und seine Geschäfte aus eigenen Kräften auf, wozu ihm vielleicht Kredite aus der Heimat zur Verfügung stehen. Er macht mit seiner Pflanzung, seinem Ladengeschäft oder sonstigen Betrieb dem Einheimischen Konkurrenz und wird diesem als Grundbesitzer oder Gläubiger unbequem (reiche Nachbarn und Hypothekengläubiger sind immer unbeliebt!). Für Unternehmungen großen Stils standen ihm

selten die Mittel zur Verfügung. Die Nordamerikaner dagegen schickten keine Einwanderer, keine Pflanzer und keine Kaufleute. Sie schickten „promotors", Experten und Financiers, mit großen Trusts oder Banken hinter ihnen, die ein Projekt an Ort und Stelle studierten, sich eine Konzession geben ließen und dann sofort das große Kapital hineinwarfen. (Der Fall der United Fruit Co., die aus kleinen Anfängen in diesen Ländern sich zum 50-Millionen-Unternehmen entwickelte, steht ziemlich vereinzelt.) Man muß es den Amerikanern lassen, sie verstanden sich darauf, und verstehen sich auch heute noch darauf, Geschäfte im Großen zu machen, und, ehe sich's der Einheimische versah, die ganzen Wasserkräfte, die ganzen Eisenbahnen, das ganze Petroleum oder die ganze Währung eines Landes in der Hand zu haben, um sie dann aber auch eisern festzuhalten.

Während der europäische Unternehmer im Lande ansässig wird, seine Arbeit und seine Person einsetzt, werden von Nordamerika aus nur die „Interessen" seßhaft, und wo hinter dem Rücken des europäischen Unternehmers eine Leere gähnt, steht hinter den Interessen des amerikanischen Trusts oder Bankiers *Uncle Sam* mit seinen Kriegsschiffen und Marinesoldaten. Wenigstens bis zum *New Deal* war das so.

Wenn wir uns für diese Betrachtungen auf Mittelamerika und Karibien beschränken, so darum, weil in diesem Raum diese Phase der Konzessionswirtschaft am deutlichsten zutage tritt. Daß sie sich nicht auf diesen Raum beschränkte, auch mit dem *New Deal* nicht unbedingt zu Ende ist, zeigen einige, weiter unten noch gestreifte Beispiele; und daß sie sich nicht stärker auf Südamerika auswirkte und dort schneller zu Ende zu kommen scheint, ist nur auf die Veränderung der Verhältnisse in den Vereinigten Staaten und auf die Schlüsse, welche die südamerikanischen Staaten aus den Auswirkungen der Konzessionswirtschaft im mittelamerikanischen Raum rechtzeitig gezogen haben, zurückzuführen. Wir können auch noch die Fälle von Santo Domingo, Portorico, Panama und der Insel Sankt Thomas ausnehmen, wo es sich mehr um strategische als um wirtschaftliche Interessensphären handelt.

Kuba war während und nach dem „Freiheits"- und amerikanischen „Krieg" gegen Spanien das erste Objekt für die Betätigung nordamerikanischer Interessen. Nach der Besetzung der Insel und einleitenden Zugeständnissen an den hilfreichen Freund sehen wir dort im Jahre 1904 New Yorker Bankhäuser die erste „Sanierungs"-Anleihe von 35 Millionen Dollar und 1909 eine zweite von $16^1/_2$ Millionen Dollar unterbringen. 1906 bis 1909 gingen dann unter den kundigen Händen eines amerikanischen Konsuls und des Befehlshabers der vom ersteren zum Schutz der amerikanischen Interessen herbeigeführten zweiten militärischen Intervention die gesamten Arbeiten zur Sanierung Kubas, die Drainage und Asphaltierung der Hauptstadt, der Straßenbau, weiter die gesamte Elektrizität, die Straßenbahn und der größte Teil der Eisenbahnen an amerikanische Gesellschaften über. Die Sanierung und die Intervention kosteten Kuba 25 Millionen Dollar. Als Kaufpreis für den Eintritt Kubas in den Krieg gegen Deutschland lieh der amerikanische Staatsschatz sogar 30 Millionen Dollar an Kuba und sandte Finanzberater und Streikschlichter. 1923 gaben J. P. Morgan & Co. weitere 50 Millionen Anleihe und sicherten sich dafür die Kontrolle über die Staatsfinanzen und über alle weiteren von der kubanischen Regierung zu vergebenden Konzessionen, nachdem vorher schon die National City Bank, die mit 24 Niederlassungen dort arbeitete, Konzessionen auf den Bahnbau erhielt und sich die Kontrolle der gesamten Bahnen und der meisten Hafenanlagen sicherte. 1924 kontrolliert die American Sugar Refining Co. in New York 85% der kubanischen Rohrzuckererzeugung, deren Gewinne, durch darauf abgestellte Preis- und Zollpolitik, nicht mehr in Kuba, sondern in New York liegen. 1927 waren für 1250 Millionen Dollar nordamerikanisches Kapital in Kuba angelegt — davon 36 Millionen in einem Elektrizitätsunternehmen, das jährlich 5 Millionen Dollar Überschuß nach New York abführt.

1904 gaben amerikanische Bankiers das erste Geld an Nicaragua, wenige Jahre vordem hatten sich amerikanische Minenkonzerne dort festgesetzt. 1909 macht ein Angestellter einer dieser Minengesellschaften Revolution und hatte dafür 600 000 Dollar an Hand. Die Bankiers sicherten sich die Zolleingänge eines Hafens zur Sicherstellung ihres Kredits. 1910 entsandte das Staatsdepartement von Washington einen Finanzberater, der für Brown Brothers und J. & W. Seligmann das Terrain vorbereitete, die 1911 der neuen Regierung mit einer Anleihe von 15 Millionen Dollar unter die Arme griffen und dafür die Kontrolle der Zolleingänge erhielten. Von der Nationalbank dieser mittelamerikanischen Republik erhielten die Herren Brown und Seligmann in New York 51% Anteil. 1912 verpfändete Nicaragua die Steuern auf Alkohol und Tabak. 1913 gaben die Bankiers eine weitere Million für die Eisenbahn und

sicherten sich die Option auf den Rest des Kapitals der Nationalbank. Im selben Jahr ließ sich die Regierung der Vereinigten Staaten für 3 Millionen Dollar auf 99 Jahre die Rechte für einen Kanalbau durch Nicaragua und eine Flottenbasis am Fonsecagolf übertragen. 1920 gaben Brown und Seligmann nochmals 9 Millionen Dollar für die Eisenbahn und sicherten sich weitere Rechte. Zeitweilig kontrollierten die nordamerikanischen Treuhänder überhaupt das Staatsbudget Nicaraguas.

1911 finanziert Wallstreet die Nationalbank von Haiti. Die National City Bank, Speyer & Co., Hallgarten & Co., Ladenburg Thalmann & Co. teilten sich in das Geschäft, aus dem 1917 die National City Bank den letzten französischen Teilhaber auskaufte. 1919 verliehen die National City Bank, Speyer & Co. und Lee, Higginson & Co. nochmals 40 Millionen Dollar in das Land. 1924 befanden sich die gesamten Zolleingänge, fast alle Steuereingänge, die Straßenbahn, Licht und Kraft und fast alle öffentlichen Anlagen und Arbeiten in nordamerikanischen Händen.

Santo Domingo, das 1921 und 1922 10 Millionen Dollar von der Equitable Trust Co., Speyer & Co. und Lee, Higginson & Co. geliehen bekam, verpfändete dafür seine Zolleinnahmen bis 1942.

Bolivien — um auch einen südamerikanischen Staat zu nennen — gab 1922 für eine Anleihe von 26 Millionen Dollar die Kontrolle seiner Nationalbank, seiner Zölle, die Bergwerks- und Alkoholsteuer und weitere Steuern, rund zwei Drittel seiner Staatseinnahmen, an die Herren Stiefel und Nikolaus, Spencer, Trask & Co. und die Equitable Trust Co.

Der kürzliche amerikanische Versuch, Brasilien mit einigen abgelegten Torpedobooten für eine ähnliche Anleihe zu ködern, ist noch in frischer Erinnerung.

Die Überlegung, daß dies alles legale Bankgeschäfte sind und daß Staatsanleihen, wie jeder andere Kredit, durch bankmäßige Garantien gesichert werden müssen, ändert nichts an der Tatsache, daß durch diese Geschäfte — auf privatwirtschaftlicher Grundlage der liberalistischen Weltwirtschaft — Hoheitsrechte der betreffenden Staaten kompromittiert worden sind und zur Eintreibung der privaten Kredite wiederholt amerikanische Marinesoldaten auf dem Plan erschienen; und daß ein großer Teil dieser Kredite gegeben wurden, um Werke zu finanzieren, für deren Errichtung und Betrieb ausschließliche Konzessionen an amerikanische Gesellschaften vergeben wurden. Wem weiter die Umstände bekannt sind, unter welchen derartige Anleihen und Konzessionen zustande kamen — oft gegen den Willen und die bessere Einsicht der betroffenen Regierungen oder Völker —, der wird verstehen, in welch einschneidender Weise diese „Konzessionswirtschaft" eine Eigenwirtschaft all dieser Staaten störte bzw. unmöglich und von ausländischen Gläubigern abhängig machte, also das Wirtschaftszentrum letzten Endes ins Ausland verlegte.

Dieses Überwuchern der eigenen Wirtschaft durch die Interessen von Konzessionären tritt dort ganz besonders in Erscheinung, wo das größte ausländische Interesse auftritt: der Drang nach dem Erdöl. Das bekannteste Beispiel dafür bietet Mexiko. 1901 wurde das erste Erdöl in Mexiko erbohrt. 1911 waren in Mexiko von nordamerikanischen Banken, Öltrusts und Unternehmern 1058 Millionen Dollar, von Engländern 321, von Franzosen 143, von anderen Ausländern 119 Millionen Dollar angelegt. Das Erdöl wurde Mexiko zum Schicksal: von 1913 an trafen sich auf seinem Boden die englischen und nordamerikanischen Interessen. Diaz fiel, weil er die englischen Interessen förderte, Madero um der amerikanischen willen. Huerta focht für die englischen, Villa und Carranza siegten für die amerikanischen. Das mexikanische Volk blutete für die Weltmacht Öl — bis die zur Gewohnheit gewordene Revolution alles verschlang und eine neue Phase einleitete. Die Royal Dutch-Shell-Gruppe suchte sich ein neues Feld in Venezuela, das sie auf Grund dort erhaltener Konzessionen zu einer ungeahnten Entwicklung brachte und sicherte sich Konzessionen in Guatemala. Die Standard Oil Co. begann in Kolumbien.

Zählt man dazu, daß, wo diese großen Interessen hintrafen, alle kleineren gekappt wurden, so kann man sich ein Bild davon machen, in welchem Ausmaße die „friedliche Durchdringung" im konzessionswirtschaftlichen Stil diesen alten Kolonialländern der spanischen Krone ihre Entwicklung vorschrieb, sie in neue Bande schlug und die Generalkapitäne, Vizekönige, Comendadores und Auditores der Kolonialzeit nur durch Finanzkontrolleure, Trustmagnaten, Präsidenten und Superintendenten ausländischer Organisationen ersetzte.

Um nur einen annähernden Überblick dieser „Durchdringung" zu geben: Zu Ausgang dieser Epoche betrugen allein die in ihren Zahlen erfaßbaren größten Investierungen des Auslandes, vorwiegend der USA., in Lateinamerika über 5 Milliarden Dollar. Allein die äußere Staatsschuld Mittelamerikas (außer Panama, Mexiko und Karibien) betrug z. B. im Jahre 1923 rund 200 Millionen Dollar, d. h. ca. 33 Dollar auf den Kopf der Bevölkerung. Konzessionswirtschaftlich orientiertem Finanzkapital gehörten die gesamte Bananenernte Mittelamerikas und Karibiens, das Erdöl fast restlos, etwa 30% des mittelamerikanischen Kaffees, so gut wie die ganze Goldproduktion südlich Mexiko bis weit nach Südamerika hinein, die ganze Chicleausbeute aus den Wäldern Mexikos und Guatemalas, fast der ganze Edelholzexport, die Eisenbahnen in Kuba, Mittelamerika und auf vielen südamerikanischen Strecken, das gesamte Flugnetz, fast überall die elektrische Energie, die Schiffahrt, die Aufbereitungs- und Verladeanlagen, unzählige Bergwerke, Transportunternehmungen, ein großer Teil des Bodenkredits und des Groß- und Kleinhandels.

Wenn also nach dem Ende der Kolonialzeit und der Kolonialwirtschaft die ehemaligen Kolonialländer sich „dank der Hilfe des Auslandes" in teilweise rapidem Aufstieg entwickelten, d. h. ihre natürlichen Reserven in Produktion nahmen, so brachte diese Gründer- und Konzessionszeit ihnen selbst doch recht wenig Nutzen, denn die Überfremdung ihrer Wirtschaft trug die Ernten wieder ins Ausland. Nicht die aktiven Außenhandelsbilanzen der meisten dieser Länder, sondern die Zahlungsbilanzen, die die Verzinsung der Milliarden-Anlagen ausweisen, legen davon Zeugnis ab.

III. Auf dem Weg zu staatlich-national gelenkten Eigenwirtschaften

Diese Einsichten dämmerten mit der allmählich aufkommenden nationalwirtschaftlichen Denkweise und im Gefolge der durch die Überfremdung auf das politische Feld übergreifenden Beeinträchtigungen schließlich auch in diesen Staaten selbst. Die Einheimischen lernten im Dienst ausländischer Gesellschaften und von den im Land ansässigen Ausländern. Der Wunsch nach nationalen Gründungen, die Konkurrenz des Einheimischen gegen den Ausländer tauchten auf; dazu wurde der Einheimische, als gegen Ausgang der zwanziger Jahre die Konjunktur des Krieges und Nachkrieges verebbte, vor seine eigenen Probleme, und als Absatz- und Finanzkrisen auftraten, auf seine eigenen Füße gestellt.

Die Befreiung von der scheinbar auf liberaler Grundlage stehenden konzessionswirtschaftlichen Herrschaft des ausländischen Finanzkapitals ist das Kennzeichen der Epoche, in der sich die lateinamerikanischen Staaten heute befinden. Sie trat natürlich dort am frühesten auf, wo die Schäden und Nachteile der Überfremdung am größten und sichtbarsten waren: in Kuba, in Mexiko, in Mittelamerika. Bereits 1917 hatte die aus der Revolution geborene Regierung Carranza in Mexiko in ihrer neuen Verfassung ein Verbot der weiteren Konzessionsvergebung an Ausländer, den Rückkauf von in ausländischer Hand befindlichem Grundbesitz, den Vorbehalt an allen mineralischen Bodenschätzen und die Revision aller früheren Konzessionen vorgesehen. 1918 ging dieselbe Regierung den Erdölgesellschaften mit schweren Sonderbesteuerungen zu Leibe. Ähnlich wollte man später nach dem Sturz Machados in Kuba radikal gegen

die nordamerikanischen Interessen vorgehen. Seit der Regierung Calles in Mexiko liegt dieses Land gegen die ausländischen Interessen im Kampf, und heute verdrängt man dort die Ausländer, löscht ihre wirtschaftlichen Interessen oft durch krasse Mittel, wie Enteignung, Konfiskation und Bedrohung, aus. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die ausländischen Interessen und Unternehmungen aus Mexiko abwandern [1]).

In Mittelamerika bemüht man sich, die Währungen zu stabilisieren, die Nationalbanken von der New Yorker Hochfinanz unabhängig zu machen, lehnt neue Anleiheangebote von Wallstreet ab und zahlt die alten Schulden ab, um von den Finanzkontrollen frei zu werden. Auch dort hat die Vergebung von Konzessionen aufgehört, neue Gesetze haben die alten Konzessionen beschränkt, man behält sich die Mineralschätze für die eigene Zukunft vor. Selbst die Einwanderung ist stark gedrosselt worden. Sondersteuern sind auf im Lande arbeitende ausländische Gesellschaften gelegt worden. Bei der Vergebung von Arbeiten und Kontrakten aller Art und bei Grundstücksverkäufen wird Bevorzugung des einheimischen Angebots gegenüber dem ausländischen empfohlen, alte Reklamationen von Ausländern sind niedergeschlagen oder billig abgegolten worden. Selbst große öffentliche Arbeiten, die früher Objekte für ausländische Anleihen, Kontraktvergebungen und Konzessionen waren, werden heute mit Landesmitteln bewältigt, wenn auch langsamer und ohne ausländische Hilfe. Siedlungs- und Erschließungsprojekte, wie sie noch vor zehn Jahren Prospektoren unterbreiteten, werden rundweg abgelehnt.

Gerade von den Hauptleidtragenden der Konzessionswirtschaft, Mexiko und Nicaragua, aus hat sich die nationale und nationalwirtschaftliche Strömung, die Tendenz zum Kampf um eine echte wirtschaftliche Souveränität, die sich mit dem autarkischen Gedanken der Erstarkung aus eigener Kraft verbindet, über Karibien, Mittelamerika, ja ganz Lateinamerika verbreitet. Der Ursprung dieesr ideologischen Wandlung aus der leidenschaftlichen Verneinung der Konzessionswirtschaftspolitik war, wie erwähnt, in Südamerika nicht so ausgeprägt. Jedoch mögen einige Hinweise auf den Kampf der Erdölinteressen in Argentinien und Brasilien, auf die Entwicklung der Getreidemühlen und der Fleischpackerei in Argentinien, auf die Erdölfrage in Peru und die Salpeterausbeutung in Chile genügen, um darzutun, daß auch dort hinreichende Anlässe vorhanden gewesen sind, die die spontane Verbindung des nationalen Gedankens mit dem Unmut über die „Spielball-Rolle" gegenüber ausländischen Finanzinteressen erklären.

Ganz Lateinamerika — daran ist nicht zu zweifeln — steht heute unter dem Einfluß von solchen stark im Wirtschaftlichen verankerten nationalen Ideen. Wieweit diese über das Iberische und Criollische zurück im wirklich bodengebundenen indianischen Bewußtsein wurzeln, läßt sich schwer abschätzen; für Mexiko hat Colin Ross kürzlich die Diagnose gestellt, daß der Indianer selbst den Ibero-Amerikaner wieder aus dem Sattel hebt. Auf jeden Fall hat auf allen Gebieten, und besonders dem der Wirtschaft, in Lateinamerika die Emanzipation vom ausländischen Einfluß eingesetzt. Allenthalben ist die nationale Wirtschaft im Aufbau begriffen, wobei jedes Land — auch das ist ein neues Entwicklungselement — auf seine Weise vorgeht. Mexiko wird — nach Zertrümmerung der Konzessionen, der großen Aufbereitungsanlagen für seine Mineralien und Landwirtschaftsprodukte und des ausländischen Bodenkredits — vermutlich auf eine selbstgenügsame Binnen-

1) Siehe auch die Ausführungen Arnold Seiferts über den jüngsten Erdölstreit in Mexiko auf S. 417 ff.

wirtschaft hinauskommen. Die fünf Mittelamerika-Republiken versuchen, in Anlehnung aneinander einen eigenen Wirtschaftsraum zu schaffen, den von außen herantretenden Forderungen gemeinsam zu begegnen, ihre eigene Finanzkraft zu stärken, den Bodenkredit selbst zu übernehmen und eine staatliche Wirtschaftslenkung in Erzeugung und Verbrauch einzuleiten; Kolumbien, Ecuador, Chile und Peru suchen ihren eigenen Weg, Brasilien und Argentinien haben gerade gegenüber nordamerikanischen Insinuationen ihre wirtschaftliche Selbständigkeit betont. Überall in Lateinamerika wird in der Gesetzgebung und in der Usance, in Schutzzöllen und der staatlichen Stimulierung der heimischen Industrie und mit der Einschränkung von Konzessionen und der Nationalisierung des Bodens auf den Abbau der ausländischen Interessen und die planmäßige Stärkung der nationalen Wirtschaft hingearbeitet. Innerhalb der letzten zehn Jahre hat mehr oder weniger jedes dieser Länder eine Bestandaufnahme seines Besitzes, seiner Rohstoffe und Produktionsquellen und seiner Verschuldung ans Ausland aufgenommen und Wege gesucht, seine Währung zu stabilisieren, seine Finanzen vom Ausland „abzuhängen", sich nach seinen eigenen Notwendigkeiten einzurichten und Herr im eigenen Hause zu werden.

Diese wirtschaftliche Entwicklung geht Hand in Hand mit der politischen[1]). Die Stärkung des Nationalbewußtseins und die Minderung des Einflusses der Ausländer wurzelt letzten Endes auch mit in der Hineinziehung lateinamerikanischer Staaten als gleichberechtigte Teilnehmer in den Weltkrieg, in der Anstiftung zur Konfiszierung ausländischen (deutschen) Eigentums, in der seinerzeitigen Hetzpropaganda gegen die Mittelmächte, der späteren gegen Italien während des abessinischen Feldzugs und gegen das nationalsozialistische Deutschland, was alles eine Minderung des Ansehens des Ausländers im Gefolge hatte. Sie kam wirtschaftlich aber erst zum Durchbruch mit der Schaffung starker Staatsführungen, d. h. mit dem Auftreten verantwortungsbewußter Regierungen und der Stabilisierung der politischen Verhältnisse. Dabei haben ohne Zweifel die neuen wirtschaftsnationalistischen Planungsgedanken, die die ganze Nachkriegswelt erfaßt haben, Schrittmacherdienste geleistet. So wäre es wohl kaum möglich gewesen, das Netzwerk der Wallstreet- und Trustinteressen bereits so stark abzubauen, wenn nicht Roosevelt selbst den lateinamerikanischen Emanzipationsbestrebungen dadurch in die Hände gearbeitet hätte, daß er mit seinem „*New Deal*" selber die Trusts und Hochfinanz zu zerschlagen trachtete, ja mit der „Politik des Guten Nachbarn" geradezu zur Abstreifung von Finanzkontrollen einlud und mit der Zurückziehung der Marinetruppen aus Nicaragua und Kuba auch praktisch den Weg dafür freimachte.

Ob unter diesen Umständen der vor allem von Washington aus betriebene Panamerikanismus imstande sein wird, die Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet zu einer „Emanzipation von Europa" abzubiegen und aus der Konzessionsperiode die wirtschaftliche Vormachtstellung der USA. in die Gegenwart hinüberzuretten, scheint mehr als fraglich. Je mehr die lateinamerikanischen Länder zu einer auf nationale Ideengrundlage eingestellte Eigenwirtschaft übergehen, um so mehr werden sie sich auch bewußt werden, daß ihre eigenen Interessen in großen Wirtschaftsbelangen nicht mit den nordamerikanischen zusammenfallen, viel eher noch mit korrespondierenden europäischen[2]). Gerade in dieser Hinsicht

1) Vgl. hierzu: F. H. Schmolck: „Der Panamerikanismus von Amerika aus", in Geopolitik XIV, Heft 5 ff. und „Stabilität in Mittelamerika" in Geopolitik XIV, Heft 10.

2) Im Außenhandel zeigt sich, daß nur ganz bestimmte Rohstoffe zum Austausch mit der USA. geeignet sind und für andere die Absatzmärkte in Europa liegen, daß in den Außen-

sind sich natürlich die großen südamerikanischen Länder, voran Argentinien und Brasilien, viel klarer über die vorhandenen Grundlagen als z. B. Mittelamerika, wo man, wohl im Sturm der Begeisterung für den Panamerikanismus, geneigt ist, sich mehr an den nordamerikanischen Partner anzulehnen.

Wie es nicht anders sein kann, schießt man im Drang der Verselbständigung auf manchen Gebieten über das Ziel hinaus. Ehe noch die Aufbereitung der eigenen Landesprodukte bis zum End- oder wenigstens Halbfertigfabrikat organisiert ist — erst jetzt beginnt man die einheimischen Fasern zu Kaffeesäcken zu verarbeiten —, versucht man sich schon an Veredlungsindustrien mit importierten Rohstoffen (Weberei mit importierter Baumwolle, statt Baumwollanpflanzung und Spinnerei) oder gar an Fertigindustrien mit von A bis Z importierten Materialien (Länder, die kein Eisen haben und Kohle sackweise auf 1500 m Höhe schleppen, versuchen Nägel und Stacheldraht zu fabrizieren und Flugzeuge herzustellen). Aber gerade solche Versuche zeigen am deutlichsten, wie weit das Streben zur eigenen Wirtschaft schon Gemeingut der Wirtschaftsteilnehmer geworden ist. Wo die Hand kundiger Staatsmänner hier die richtige Bahn vorzeichnen kann, wird der Übergang zur einsichtig gelenkten eigenstaatlichen Wirtschaft sich sehr schnell vollziehen lassen.

Der Kampf der lateinamerikanischen Länder um volle wirtschaftliche Souveränität heißt Abbau der Konzessionswirtschaft, Ausschaltung aller ausländischen Kontrollen; selbständige Preispolitik auf den Weltmärkten der eigenen Produkte, Erschließung neuer Absatzmärkte vom Rohstoffland aus; Nationalisierung des Bodens und Kreditwesens (Gründung von Hypothekenbanken), Stabilisierung der Währungen, Abtragung der alten Auslandsschulden, Einwanderungsbeschränkung, Vorbehalt des Arbeitsmarkts für die Einheimischen[1]), Anlernung der Einheimischen zur Wirtschaft und Industrie[2]); Intensivierung des Anbaus, Verarbeitung der eigenen Rohstoffe und schließlich Anlage eigener Industrien. Diese Punkte stehen auf dem Wirtschaftsprogramm fast aller lateinamerikanischen Regierungen; ihre Verwirklichung ist im Gange, und je nach den Persönlichkeiten an der Spitze der einzelnen Staaten und der sachlichen Stärke der Stellung der Staatsführung sind sie schon mehr oder weniger weit fortgeschritten.

Lateinamerika ist im Aufschwung begriffen. Seine Länder rücken in eine Weltwirtschaft ein, in der sie eine Stellung erstreben als Nationalwirtschaften, die von starker staatlicher Hand gelenkt werden und eine materielle Gleichberechtigung erwarten. Vielleicht erfüllt sich dann in einem ganz neuen Sinn das, was der kolonialwirtschaftlichen Planregelung des spanischen Staates als Ideal planmäßiger wirtschaftlicher Entfaltung vorschwebte.

---

handelsbilanzen häufig die Aktivposten im Verkehr mit Europa und die Passivposten in dem mit Nordamerika liegen. Je mehr sich das Prinzip des Austauschs von Waren gegen Ware, das „Kaufe von deinem Kunden" einführt, um so weniger wird, bei aller Emanzipation und allem Panamerikanismus, Europa in der lateinamerikanischen Wirtschaft ausgeschaltet werden können.

1) In vielen lateinamerikanischen Ländern sind Gesetze herausgegeben worden, welche die Arbeitsplätze in bestimmten Wirtschaftsbetrieben, oder bestimmte Prozentsätze im allgemeinen, oder hohe Prozentsätze (75—90%) in Geschäften von Ausländern dem Einheimischen vorbehalten.

2) Besondere Gesetze verfügen die Einstellung von Einheimischen zum Anlernen in vielen Betrieben, besonders industriellen, in der Petroleum- und Minenindustrie; ausländische Professoren werden an Lehrstühle berufen, ausländische Techniker mit der Anlernung Einheimischer in Laboratorien, beim Wege- und Hochbau usw. betraut.

ARNOLD SEIFERT:

Staatenwirtschaftliche Länderschau

Am 15. Januar erklärte Präsident Roosevelt vor einer Pressekonferenz in Washington, er werde dem Kongreß eine Änderung des Gesetzes zur Begründung der vollkommenen Unabhängigkeit der Philippinen vom 24. März 1934 (Philippine Independence Act) vorschlagen. Statt der fünfjährigen Periode von 1914 bis zum Unabhängigkeitstage am 4. Juli 1946, innerhalb der die Einfuhr aus den Philippinen nach den Vereinigten Staaten einer allmählich steigenden Zollbelastung unterworfen werden sollte, bis die Philippinen schließlich nach 1946 den vollen amerikanischen Einfuhrzoll zu zahlen hätten, soll diese allmähliche Angleichung an den allgemeinen amerikanischen Zolltarif nunmehr sofort beginnen und bis 1960 dauern. Roosevelt hat dann am 7. April mit Don Manuel Quezon, dem Präsidenten der Philippinischen Commonwealth, auch ein entsprechendes Übereinkommen getroffen. In diesem bleibt es dabei, daß die Selbstverwaltung bis zum Jahre 1946 vollständig verwirklicht wird, während andererseits die Vereinigten Staaten auch noch für die Zeit nach 1960 eine Art Protektorat über die Philippinische Republik übernehmen, und zwar im Stile des Verhältnisses Mutterland zu Dominion, wie es im Britischen Weltreich besteht.

Das staatenwirtschaftliche Gesicht der Philippinenfrage

Das Übereinkommen, das noch der Ratifizierungen durch den Amerikanischen Kongreß und die Philippinische Nationalversammlung bedarf, hat also im wesentlichen wirtschaftliche Züge, und es ist auch in der amerikanischen Öffentlichkeit mit wirtschaftlichen Argumenten begründet worden. Soll man sich da noch wundern, daß es daraufhin prompt von der ganzen übrigen Welt nur politisch-strategisch in Form von Randbemerkungen zum gegenwärtigen Fernostkonflikt kommentiert worden ist? Die Gelegenheit war zu günstig, von einer neuen Aktivität in der amerikanischen Außenpolitik sprechen zu können; die Haltung auf der Brüsseler Neunmächtekonferenz, der Griff nach den Phönixinseln und nun der neue „Schachzug" auf den Philippinen — — alles das läßt sich sehr bequem dahin ausdeuten, daß die Vereinigten Staaten „endlich" ihre weltpolitische Aufgabe als Großmacht im Ost- und Westpazifik erkannt haben. Gerade weil aber mit solchen Deutungen sicherlich manches Richtige gesagt wird, wird ihre Korrektur und Ergänzung nach dem Wirtschaftlichen hin um so dringlicher.

Die staats- und völkerrechtlichen Daten der „Philippinenfrage" können hier im wesentlichen vorausgesetzt werden: Das nach dem amerikanisch-spanischen Friedensvertrag vom 10. Dezember 1898 von den Vereinigten Staaten formell annektierte Inselreich der Philippinen, das heute auf einer Fläche von 296 300 qkm (etwa 7000 Inseln) rund 13 Millionen Einwohner hat, sollte auf Drängen der nationalen Bewegung unter den Philippinos und nach Wunsch und Willen der Administration Roosevelt im Jahre 1946 die völlige nationale Unabhängigkeit erlangen. Die Philippine Independence Act wollte die zehn Jahre bis dahin zu einem politischen und wirtschaftlichen Erziehungs- und Angleichungsstadium gestalten, in welchem die „Philippinische Commonwealth' bereits weitgehende Selbstverwaltungsrechte erhielt und schon aus eigener Initiative diejenigen Maßnahmen treffen sollte, die sie bis zum Jahre 1946 zu einer *de facto*-Souveränität als ostasiatischer Staat führen würden. Am 14. Mai 1935 wurde die am 8. Februar 1935 von der philippinischen Nationalversammlung beschlossene Verfassung durch eine allgemeine Volksabstimmung gebilligt. Am 15. November 1935 wurde die erste philippinische Regierung feierlich in ihr Amt eingewiesen; gleichzeitig leistete Quezon den Eid als erster Präsident. Aber damit war nur das Formale proklamiert, und jedermann war sich schon damals darüber im klaren, daß das amerikanische Vorgehen nichts anderes als die Auslieferung der Phi-

lippinen an eine andere Großmacht bedeutete. Die weltpolitische Chance Japans, in dessen unmittelbarem Lebensbereich die neue Republik zu liegen kommen würde, lag auf der Hand. Alles, was die Vereinigten Staaten im Unabhängigkeitsgesetz zum Schutze der Inseln zu unternehmen versprachen, war die Erwirkung einer allgemeinen Neutralitätserklärung sämtlicher interessierter Mächte zwei Jahre vor Ablauf der Commonwealth-Periode.

Viel ist schon seinerzeit darüber geschrieben worden, daß hinter der Bereitschaft, die Philippinen freizugeben, nicht nur die Ideale der antiimperalistischen und antiplutokratischen Amerikanerschicht gestanden haben, sondern auch sehr konkrete Interessen der amerikanischen Rübenzuckerindustrie, die sich durch den billigen und zollfrei eingehenden Rohrzucker von den Philippinen in ihrer Existenz bedroht sah, ferner ähnliche Sorgen anderer Wirtschaftszweige und schließlich der Unmut darüber, daß man der farbigen Einwanderung von den Inseln die Tür nicht verschließen konnte. Daß diese Interessen die Gesetzgebung damals praktisch beeinflußt haben, ist ohne weiteres daran zu erkennen, daß im Gesetz alle diese Wünsche berücksichtigt worden sind. Damit aber tauschten die Philippinos für das Recht der Selbstregierung nicht mehr und nicht weniger als die Zerreißung des für sie lebenswichtigen wirtschaftlichen Zusammenhangs mit den Vereinigten Staaten ein. Durch die 36jährige Bindung an das amerikanische Absatzfeld und Kapital sind die Philippinen zu einem Monokulturland *par excellence* geworden. Es wurden und werden außer einigen Mineralien (Gold, Silber, Chrom und Mangan) eigentlich nur drei Welthandelswaren erzeugt: Zucker, Hanf und die Produkte der Kokospalme. An der Gesamtausfuhr des Jahres 1937 in Höhe von 302,5 Mill. Pesos waren Zucker, Hanf und Kopra und Kokosöl mit 253,0 Mill. Pesos, also mit rund 84% beteiligt! Dieser fast grotesken Einseitigkeit der Erzeugungswirtschaft entspricht eine mindestens ebenso große Einseitigkeit der Absatzrichtung: von den mit 302,5 Mill. Pesos bezifferten Ausfuhrwaren des Jahres 1937 gingen für 274,7 Mill., also für 90,8%, in die Vereinigten Staaten! Darüberhinaus sind die Amerikaner mit rund 60% an der Einfuhr beteiligt und haben nicht zuletzt im Interesse dieses Industriewarenabsatzes (Autos, Textilien, elektrische Maschinen und Apparate u. a.) das Preis- und Lebensniveau der Einheimischen so hochgeschraubt, daß es beträchtlich über demjenigen der Eingeborenen in den Wettbewerbsgebieten der südostasiatischen Zone liegt. Dadurch wird es dem philippinischen Exporteur auch preislich besonders schwer gemacht, mit jener gleichgerichteten Erzeugung auf anderen als dem zollgeschützten amerikanischen Markt zu konkurrieren.

Wie das Land auf einer so schmalen und labilen Basis und ohne das Rückgrat des amerikanischen Absatzfeldes seine wirtschaftliche Souveränität erreichen sollte, ist jedermann ein Rätsel geblieben. Nur die Amerikaner selbst haben dafür ein Rezept zur Hand gehabt. Nach Geist und Wortlaut der von Präsident Roosevelt genehmigten Verfassung sollten die Philippinos in den zehn Übergangsjahren einen vollständigen Umbau der wirtschaftlichen Struktur ihres Landes vornehmen, d. h. sie sollten die Einseitigkeit ihrer Erzeugungswirtschaft und den gefährlichen Zwang zur Anlehnung an eine fremde Wirtschaftsmacht dadurch beseitigen, daß sie durch eine Agrarreform (Aufteilung der Latifundien) auf einen möglichst selbstgenügsamen kleinbäuerlichen Mittelstand zukämen, der das Wirtschaftsleben der Inseln auf eine breite und stabile Grundlage stellen würde. Das ist das gleiche Rezept, das die amerikanische Foreign Policy Association ebenfalls im Frühjahr 1935 und ebenfalls als Beigabe zur Stiftung der „Unabhängigkeit" dem Monokulturland Kuba empfohlen hatte: Vermannigfaltung des Wirtschaftslebens durch Landnahme, Entwicklung kleiner unabhängiger Bauerngüter und Beschränkung des Zuckeranbaus.

Ob die Amerikaner selbst daran geglaubt haben, daß sich eine Strukturverschiebung solchen Ausmaßes in diesem Zeitraum ohne schwere Erschütterungen des wirtschaftlichen Organismus bewältigen läßt, steht dahin. Die Schwierigkeiten, die Mexiko auf dem gleichen Gebiet seit 20 Jahren durchmacht und auf die wir noch zu sprechen kommen, hätte ihnen zu denken geben sollen. Jedenfalls ist anzunehmen, daß die Philippinos, wenn sie dem Unabhängigkeitsvertrag dennoch zustimmten, dies in erster Linie taten, weil sie im Grunde wohl nie — oder zum mindesten nicht auf diese kurze Sicht — die Absicht hatten, nach dem Rezept der Amerikaner zu verfahren. Sie wollten zunächst nichts anderes als ihre „Freiheit", und das Entscheidende ist, was sie selbst darunter verstanden. Hat der philippinischen Unabhängigkeitsforderung überhaupt jemals das angelsächsisch-demokratische Ideal der Freiheit innegewohnt? Vielleicht haben die Philippinos unter „Freiheit" nie sehr viel mehr als den freien Zugang zu den Schöpfrädern des Reichtums verstanden, der handgreiflich vor ihren Augen aus ihrem Lande floß. Meinten sie aber diese Freiheit, so hatten sie auch in der Commonwealth-Periode alles Interesse an der Aufrechterhaltung des außenwirtschaftlichen *Status quo*. Denn nur, wenn die Wirtschaft in der gleichen Richtung schwang, in der sie die koloniale Erschließung der Amerikaner und Europäer gebracht hat, war jener Reichtum weiter zu erwarten, wie er aus Zucker, Hanf und Kopra fließt. Auf den Philippinen, so hat es Albrecht Haushofer noch vor der jüngsten Entwicklung dem Sinne nach ausgesprochen, wächst eine selbstbewußte Eingeborenenbevölkerung heran, die gewiß ihren Anteil an der Bestimmung ihres Geschicks nehmen will. Aber ihre Führer sind gern bereit, die Früchte der kolonialen Erschließung der Amerikaner zu übernehmen, und wenn sie auch hoffen, den amerikanischen Vormund bald entbehren zu können, so haben sie doch nicht die geringste Neigung, diesen reichen und bequemen Vormund der fremden Rasse vorzeitig und bevor sie selbst mächtig genug sind, mit einem armen, aber energischen und unbequemen Vormund des eigenen Rassekreises zu vertauschen. So liegen denn die Alternativen der nationalen philippinischen Politik klar auf der Hand: Entweder erstens „Anhängung" der Zucker-Kopra-Hanf-Kultur an eine europäische oder die amerikanische Wirtschaftsgroßmacht mit ihrer Möglichkeit der Ausschöpfung des Erbes oder zweitens Auslieferung der gleichen Kultur an Japan mit weit geringerer „Ausschöpfungs"-Möglichkeit oder drittens mühe- und dornenreicher Strukturumbau zu selbstgenügsamer Kleinbauernwirtschaft mit rückläufigen Ausfuhrerträgen.

Präsident Quezon hat in den letzten drei Jahren ernsthaft nur die erste dieser drei möglichen politischen Linien verfolgt. Er war sich schon 1935 darüber im klaren, daß er sein Land unter allen Umständen an einen bequemen Vormund anlehnen würde. Damals hat er einen seinerzeit viel besprochenen Aufsatz des ihm befreundeten amerikanischen Publizisten Roy Howard inspiriert, in dem dieser erklärte, die Regierung der Philippinischen Commonwealth würde sich genötigt sehen, der britischen Regierung vorzuschlagen, dem Britischen Weltreich unter dem Status eines Dominions beizutreten, wenn die Vereinigten Staaten einer Ausdehnung des wirtschaftlichen Vorzugsverhältnisses über 1946 hinaus ablehnend gegenüberstehen sollten. Wenn etwas die Absichten des philippinischen Präsidenten kennzeichnet, dann dieser „*ballon d'essay*", und man wird nicht fehlgehen, wenn man ihm ein gut Teil der Initiative in den jüngsten Ereignissen zuspricht. Die kritischen Monate des Fernostkonfliktes waren Wasser auf seine Mühle, und er hat die günstige Lage zwischen den Interessen der Großmächte geschickt genutzt. Das von ihm stammende Wort von den Philippinen als der „Ostasiatischen Schweiz" ist nicht ohne tieferen Sinn.

Autoritäre Wirtschaftslenkung unter amerikanischem Oportunismus

Diese Beurteilung versetzt allerdings der Auffassung, daß das neue Abkommen lediglich der erwachenden machtpolitischen Initiative Washingtons zu danken sei, einen kräftigen Stoß. Die Vereinigten Staaten haben in der ganzen Frage eine nicht gerade von besonderer außenpolitischer Weisheit und Tatkraft zeugende Haltung eingenommen. Auch die Philippinenfrage spiegelt in mehr als einer Beziehung ihren Zickzackkurs wider, der zwischen Isolierungsideal und weltpolitischem Verantwortungsgefühl, zwischen sozialen Rücksichten und innerpolitischen Verbeugungen vor der Macht des Finanzkapitalismus hin und her pendelt. Es waren amerikanische Wirtschaftskreise, die 1934 von der Administration Roosevelt die wirtschaftliche Verselbständigung der Philippinen forderten und damit Quezon diejenige Operationsbasis verschafften, von welcher aus er heute, 1938, mit Erfolg an das außenpolitische Verantwortungsgefühl der gleichen Administration Roosevelt appellieren konnte. Die Amerikaner haben also dem philippinischen Präsidenten mit der Einsetzung einer Nationalregierung selbst die entscheidende politische Plattform für eine staatliche Lenkung der Wirtschaft gegeben, von der aus allein er zunächst einmal wirklich Herr im eigenen Hause werden konnte. Die Verfassung gab dazu buchstäblich die Handhabe. Im Kapitel „Erhaltung und Nutzbarmachung der natürlichen Hilfsquellen" heißt es:

„Abschnitt 1. Aller landwirtschaftliche Besitz, Forsten und Bergwerke der öffentlichen Domänen, Wasser, Erze, Kohle, Petroleum und andere Erdöle, alle elektrische Energie und die übrigen natürlichen Hilfsquellen der Philippinen gehören dem Staat, und ihre Anlage, Ausbeutung, Entwicklung oder Nutzung soll den Bürgern der Philippinen oder Gesellschaften und Verbänden vorbehalten bleiben, deren Kapital zu mindestens 60% in Händen von philippinischen Bürgern ist, unbeschadet der bestehenden Rechte . . Natürliche Hilfsquellen, mit Ausnahme von öffentlichen landwirtschaftlichen Gebieten, sollen nicht veräußert werden, und keine Lizenz, Konzession oder Pacht für ihre Ausbeutung, Entwicklung oder Nutzung soll für länger als fünfundzwanzig Jahre ausgegeben werden. Sie können auf weitere fünfundzwanzig Jahre verlängert werden .

Abschnitt 4. Die Nationalversammlung kann unter Zahlung einer gerechten Entschädigung die Enteignung von Land autorisieren, das in kleine Parzellen aufgeteilt und gegen Zahlung an Einzelpersonen abgegeben werden soll."

Im Sinne des Weißen Hauses sollten diese Bestimmungen die Voraussetzung für eine Agrarreform, der Ausgangspunkt für den Strukturumbau, ein Durchgangsstadium zu einer autonom-autarken Entfaltung auf neuer Grundlage sein, für Quezon waren sie vorläufiger Endzweck zur Zusammenfassung und Beherrschung aller wirtschaftlichen Schlüsselstellungen, und tatsächlich hat er auch mit ihrer Hilfe in den letzten drei Jahren planmäßig die Nationalisierung der philippinischen Wirtschaft betrieben. Aber ruft er damit nicht dennoch die Geister, deren er sich erwehren will? Zwar sind die philippinischen Monokulturen vorerst wieder auf 20 Jahre den Anfechtungen der Preis- und Absatzschwankungen des Weltmarktes entrückt, aber das entfremdet sie in Inlandspreisen und Lebenshaltungskosten nur noch verhängnisvoller ihrer asiatischen Umwelt, in deren scharfer politischer und sozialer Zugluft die Ausfuhrpreise bis auf die Knochen heruntergeschnitten werden. So wird der Zusammenhang mit der Union immer schicksalhafter, und wenn gegen Ende der neuen zweiundzwanzigjährigen Periode nicht wieder eine Gelegenheit winkt, für einen politischen Preis ein Stück nationalwirtschaftlicher Sicherheit und Bereicherung einzuhandeln, so wird wohl kaum noch ein anderer Ausweg bleiben als der energische Weiterbau an der Agrarstruktur nach dem Washingtoner Rezept von 1935. Dem begonnenen Nationalisierungsverfahren wohnt an sich die Tendenz zur Autarkisierung und zur Bindung eines nennenswerten Teiles der Bevölkerung an aufgeteiltes Land inne, und eine staatskapitalistische Ausdehnung der Großkulturen verbietet sich von selbst

durch das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten. Man darf schließlich nicht übersehen, daß die Amerikaner auch in der Neuregelung vom 7. April weiter an dem Gedanken des Strukturumbaus festhalten. Sie wollen nur den zeitlichen Spielraum um weitere 14 Jahre ausgedehnt wissen. Zunächst hat also amerikanischerseits lediglich der Zweckoptimismus, im Blitztempo einen Strukturwandel „tätigen" zu können, vor der wirtschaftlichen Wirklichkeit kapituliert.

Die mexikanische Defensivmacht im Erdölstreit

In den gleichen Tagen, in denen in Washington Roosevelt und Quezon den — vorläufigen oder endgültigen — Bankerott des Schnellheilungsrezeptes von 1935 besiegelten, befand man sich dort und in Wallstreet wegen der vom mexikanischen Staat am 18. März vollzogenen Enteignung der amerikanischen und englischen Erdölgesellschaften in heller Aufregung.

Mexiko steht in der Erdölförderung der Welt an siebenter Stelle. Im Jahre 1937 wurden rund 41 Mill. Faß = 6,9 Mill. Tonnen Öl gefördert; das sind 4% der Weltförderung. Die Förderung liegt zu 90% in den Händen von 17 ausländischen Firmen, darunter die Mexican Eagle Oil Co. (Compania Mexicana de Petroleo „El Aguila" S.A.), die (1936) 59% des ganzen mexikanischen Öls produziert und zu 85% in den Händen der britischen Royal Dutch-Shell-Gruppe ist, und einer Reihe anderer Gesellschaften, die von der amerikanischen Standard Oil-Gruppe beherrscht werden. Das investierte Kapital wird auf 400 bis 450 Mill. Dollar geschätzt. Dieses ganze Kapital ist am 18. März vom mexikanischen Bundespräsidenten Cardenas kurzerhand enteignet worden. Die Angestellten der fremden Firmen wurden zur Übergabe ihrer Ämter an fachkundige Offiziere der mexikanischen Armee veranlaßt und verließen zum größten Teil bald darauf das Land.

Der unmittelbare Anlaß zu dem Vorgehen war ein Lohnkonflikt. Nach einem Generalstreik (Mai/Juni 1937) waren die ausländischen Gesellschaften durch einen Schiedsspruch zu Betriebsrätekontrollen, Lohnerhöhungen und anderen Zuwendungen an die 18000 Arbeiter der Industrie genötigt, deren Umfang nach ihren Angaben weit über die Jahresgewinne hinausging. Als die Gesellschaften die Anerkennung des Schiedsspruches verweigerten, verfügte Cardenas die Enteignung. Zwar hat er gleichzeitig damit die feierliche Versicherung abgegeben, daß die Gesellschaften voll entschädigt würden, daß er Teile seines agrarpolitischen Reformprogrammes zurückstellen wolle, nur um dieser Entschädigungsverpflichtung nachkommen zu können und daß er eine innere Anleihe von 100 Mill. Pesos auflegen würde, deren Erlös zu den Entschädigungszahlungen verwandt werden solle. Aber in England und Amerika — und das ist der Hauptgrund für die scharfe Ablehnung, die das mexikanische Vorgehen dort ausgelöst hat — hat man dieser Versicherung zunächst keinen Glauben geschenkt. Mexiko hat seit einem Vierteljahrhundert seine Auslandsschulden, die ohne die Schuldsummen für die enteigneten Eisenbahnen auf 275 Mill. Dollar beziffert werden, nicht mehr bezahlt, ja es hat nicht einmal Anstalten gemacht, auch nur die Zinsen zu leisten, von denen inzwischen ebenfalls 275 Mill. Dollar von den Gläubigern gestrichen worden sind.

Von beiden betroffenen Ländern sind Versuche unternommen worden, Mexiko durch Ausübung von Druck zu einer Zurücknahme der Maßnahmen zu veranlassen. Die britische Regierung hat in einer Note vom 12. April von der mexikanischen Regierung die bedingungslose Rückgabe der Mexican Oil Co. gefordert. Die amerikanische Regierung hat zunächst nur zu verstehen gegeben, daß sie eine rasche und gerechte Entschädigung für erforderlich halte. Später jedoch, am 1. April, hat sie den Versuch unternommen, Mexiko auf einem Umweg zur Zurücknahme der Enteignung zu zwingen. Sie kündigte ein im Januar 1938 mit Mexiko geschlossenes Währungsabkommen, unter welchem sie sich verpflichtet hatte, monatlich für 5 Mill. Unzen mexikanisches Silber (d. i. fast die ganze mexikanische Produktion = 32% der Weltproduktion) zu dem durch die Silberankaufspolitik des amerikanischen Schatzamtes künstlich hochgehaltenen Weltmarktpreis für Silber abzunehmen. Um Mexiko daran zu hindern, seine Silbermengen über andere Weltmarktplätze doch an den Mann zu bringen, senkte Washington den Silberpreis um mehrere Cents pro Unze. Diese Maßnahme brachte die mexikanische Währung ernstlich in Gefahr, doch lenkte die amerikanische Regierung bald darauf wieder ein. Staatssekretär Hull erklärte Anfang April, daß mit den Maßnahmen am Silbermarkt nicht beabsichtigt sei, Mexiko unter Druck zu setzen. Das Schatzamt verlautbarte am 15. April, daß es zum Ankauf von mexikanischem Silber zum Marktpreis bereit sei, wenn es in New York angeboten würde, und am 22. April gab Schatzamtssekretär Morgenthau auch zu, daß Silberkäufe dieser Art bereits wieder getätigt worden seien. So blies das Schatzamt diesen Kampf ab, den es — allerdings unter

Opferung des durch die Silberkäufe ermöglichten starken Exportes der Vereinigten Staaten nach Mexiko — nur hätte gewinnen können, wenn es den Weltmarktpreis für Silber bis zu dem Punkt gesenkt hätte, zu dem die hauptsächlich in amerikanischem Besitz befindlichen mexikanischen Silberbergwerke, in der etwa 84 000 Arbeiter beschäftigt sind, nicht mehr rentabel gewesen wären. Der Stoß ist also, abgesehen von der empfindlichen Rückwirkung auf die Peso-Währung, ein Schlag ins Wasser gewesen.

Die Gesellschaften beantragten zunächst auf rechtlichem Wege beim Obersten Mexikanischen Bundesgericht eine Ungültigkeitserklärung der Enteignungsverordnung, über die im September verhandelt werden dürfte. Indirekt haben die Gesellschaften die mexikanische Regierung gezwungen, die Produktion auf den Ölfeldern einzuschränken, weil der zur Stapelung des Öls vorhandene Raum erschöpft war, Tankschiffe aber so gut wie nicht verfügbar waren, denn die Welttankerflotte ist zu 83% in den Händen der beiden in Mexiko enteigneten Weltölkonzerne, die ihre Schiffe für den Transport nicht freigaben. Außerdem stockte der Absatz zunächst völlig, und es ist damit zu rechnen, daß die staatliche mexikanische Erdölexportstelle in nächster Zeit noch beträchtliche Mengen unter Preis verkaufen muß. Diese Schwäche bringt natürlich auch einen Ausfall an Devisen mit sich, und dies und die in gleicher Richtung wirkende amerikanische Silberpolitik haben das Austauschverhältnis des Peso von 3,60 für 1 Dollar bis zum 30. März auf 4,80 für 1 Dollar verschlechtert.

Ob die Mexikaner dem augenblicklichen Druck standhalten können, ist nicht das, was den staatenwirtschaftlichen Beobachter an der ganzen Auseinandersetzung am stärksten fesselt. Das eigentlich Erregende und Neue an dem Vorgang ist die Tatsache, daß die beiden „liberalen" Wirtschaftsgroßmächte England und Amerika von Mexiko in die Defensive gedrückt werden, und zwar dies nicht so sehr durch den Akt der Enteignung selbst, sondern durch eine Idee! So drohend alle diese diplomatischen und wirtschaftspolitischen Druckmittel aussehen, es sind Maßnahmen, die nur auf solche Länder mit Erfolg wirken, in denen die Angst des Rentners die Staatsmoral bestimmt, die jedoch an dem Willen eines Volkes scheitern müssen, daß für den Preis seiner wirtschaftlichen Souveränität bereit ist, unter Umständen — wie es Cardenas ausgesprochen hat — „den Riemen enger zu schnallen". Und in der Tat: alle diese Maßnahmen haben auf jene ernste Art von Ländern ganz folgerichtig gewirkt! Die Silberaktion zum Beispiel ist sehr rasch abgeblasen worden, weil sich auf der Seite des Angreifers eine ganze Reihe von unangenehmen Wirkungen für das eigene Säckel bemerkbar machte: die Interessen der amerikanischen Ausführer im Mexikogeschäft (Mexiko bezieht über 62% seiner Einfuhr aus der Union und kann dafür praktisch nur aus den Silbererlösen bezahlen); die Vorstellungen, die die amerikanischen Besitzer der mexikanischen Silberbergwerke erhoben haben; die Rückwirkungen der Silberpreissenkung auf die Weltwarenmärkte, auf die internationale Währungslage und ganz allgemein auf die an sich schon stark in die Brüche gegangene Weltkonjunktur und andere.

Und was bedeutet schließlich ein scharfer Protest der britischen Regierung, wenn es von vornherein allgemein als höchst unwahrscheinlich gilt, daß britische Maschinengewehre dem Prestige dieses Protestes notfalls aufhelfen werden? Diesen Weg wird niemand gehen, weder London noch die politischen Kreise des Weißen Hauses, die im Sinne der Rooseveltschen „Good Neighbor"-Politik vorziehen möchten, dem mexikanischen Volk die eigene Lebensform selbständig finden zu lassen. Die Erdölleute werden in Washington wenig weitere Unterstützung finden, wenn ein Abkommen zustande kommt, das Höhe und Raten der Entschädigung festlegt, einigermaßen eingehalten zu werden verspricht und auch die Transferierung halbwegs sichert. Für eine „inoffizielle" bewaffnete Intervention aber — nach klassischem mexikanischen Muster, nach dem die Ölmagnaten die Gegenpartei des amtierenden Präsidenten mit Geld und Waffen versorgen und dieser dafür in einer Revolte beseitigt wird — ist die Zeit vorbei! Im Weißen

Haus hat man schon durchblicken lassen, daß an einem Sturz des Präsidenten Cardenas kein Interesse bestünde, da damit „wahrscheinlich nur noch Schlimmeres" heraufbeschworen würde. Auch hier zeigt sich die Verschiebung der Ebenen, auf denen heute und gestern der Kampf geführt worden ist. Selbst die stattlichste Dollarsumme macht sich für Abenteurer kaum mehr bezahlt, denn gegen das sozialrevolutionär-nationalistische Empfinden des mexikanischen Volkes, wie es aus den von H. H. Schmolck an anderer Stelle dieses Heftes skizzierten, bitteren Erfahrungen seiner wirtschaftlichen Vergangenheit erwachsen ist, kann heute keine mexikanische Regierung mehr verstoßen.

Der mexikanische Agrarsozialismus in der neuen Staatsidee

So sehen sich die Amerikaner und Engländer heute in Mexiko einem neuen Etwas gegenüber, das stärker ist als alle diplomatischen Schritte und alle wirtschaftspolitischen Druckmittel: einer neuen Staatsidee! Mit ihr setzt der Mexikaner der liberalen wirtschaftlichen *ratio* ein Element entgegen, das ihr notwendigerweise überlegen sein muß: die nationale Opferwilligkeit. Er will gar nicht mehr in derjenigen weltwirtschaftlichen Ordnung vorankommen, in der ihm jene Druckmittel gefährlich werden können. Er ist bereit, dafür Opfer zu bringen, und das ist schon ein Teil seines Sieges, denn Opferwilligkeit ist eine den „Spielregeln" der liberalen Ordnung fremde Größe. In den letzten Wochen haben die mexikanischen Frauen in nationaler Begeisterung ihren Gold-, Silber- und Juwelenschmuck „auf dem Altar des Vaterlandes" zugunsten eines Fonds geopfert, aus dem die Erdölentschädigung gezahlt werden soll. Das ist nicht viel mehr als eine symbolische Handlung, aber sie rückt die Frage in den Vordergrund, aus welchen Quellen die neue Staatsidee ihre Kräfte schöpft, und diese Frage läßt sich ziemlich eindeutig beantworten: Wir haben in dem neuen Mexiko einen Staat vor uns, der den Kampf um seine wirtschaftliche Freiheit nicht in erster Linie mit dem Beutegut nationalisierter Ausländerbetriebe, sondern durch einen Strukturumbau in Richtung einer selbstgenügsamen Agrarwirtschaft bestreiten will. Seit der Revolution von 1910, mit besonderem Nachdruck aber in den letzten Jahren, seitdem im Jahre 1934 Cardenas sein Programm in die Form eines Sechsjahresplanes faßte, bemüht sich der mexikanische Staat um einen planmäßigen Strukturumbau durch Enteignung des vorwiegend in ausländischen Händen befindlichen Großgrundbesitzes und die Entwicklung eines kleinbäuerlichen Mittelstandes aus den bisherigen Peons und den Indianern. Erst wenn man dieses Ringen um ein eigenständiges Leben auf neuverteiltem Boden kennt, wird man die Lage in Mexiko richtig beurteilen. Fast alle Konflikte, die das Land heute erlebt, erklären sich ohne weiteres aus den Schwierigkeiten, einen solchen Strukturwandel, der die Lebensgewohnheiten der beteiligten Menschen radikal zu verändern unternimmt, zu „organisieren". Über 20 Jahre sind seit den ersten Landenteignungen vergangen, und die Reform steckt immer noch in den Anfängen. Erfolge sind so gut wie noch nicht zu verzeichnen. Die Zerschlagung des Großgrundbesitzes hat im Gegenteil zu einem dauernden Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugungsleistungen geführt, weil die Ansetzung der neuen Kleinbauernschicht die Bodenerträge zunächst nur verringert hat.

Damit aber kehren wir auch zurück zur Frage der Erdölenteignung: Der Mangel an Ausbildung fachkundlicher Leitung und Betriebskapital, schließlich auch die Auffassung der neuen Landeigentümer, daß sie nunmehr eher weniger als mehr zu arbeiten nötig hätten, alles das hat das Angebot von Nahrungsmitteln auf dem mexikanischen Binnenmarkt so stark vermindert, daß die Nahrungsmittelpreise und die Lebenshaltungskosten der städtischen und Industriebevölkerung dauernd

steigen. Die Reallöhne sind also in den letzten Jahren fortgesetzt gesunken, und das ist eine der Hauptursachen der Lohnkämpfe. Wir können daher der englischen Argumentation, der Lohnkonflikt wäre nur vom Zaun gebrochen worden, um einen Anlaß zur Enteignung zu haben, nicht ganz folgen. Sicher mag das in den letzten Entscheidungen eine Rolle gespielt haben, aber die Lohnfrage, d. h. die soziale Notlage der mexikanischen Arbeiterschaft, ist in dieser Rechnung ein mindestens ebenso echter Faktor wie es die Äußerungen ihrer sozialrevolutionären Gesinnung und schließlich auch der Wille des Staates sind, im Kampf um das Agrarprogramm um jeden Preis durchzuhalten. Aus diesen Besonderheiten der sozialen Frage ergibt sich eine Form des Autarkiestrebens, die unlöslich mit der Idee der agrarwirtschaftlichen Erneuerung verknüpft ist. Nicht zu Unrecht nennen die Mexikaner diese Form „spezifisch mexikanisch" und lehnen alle Vergleiche mit anderen aliberalen Wirtschaftssystemen — auch mit dem sowjetrussischen — ausdrücklich ab.

So erschließen sich aus den Ereignissen der letzten Wochen die drei Haupttriebkräfte des sozialen Lebens im neuen mexikanischen Staat: einmal die den Staat beherrschende Idee der Neuverteilung des Grund und Bodens, die nach mexikanischer Volksmeinung nur durch die Machenschaften des ausländischen Kapitals, das das Land auch politisch nicht zur Ruhe kommen ließ, in den Anfängen steckengeblieben ist; zum anderen die sozialrevolutionäre Bewegung der Industriearbeiterschaft, die bisher aus der Opposition gegen das ausländische Kapital so gut wie ausschließlich ihre revolutionären Parolen bezog; und zum dritten das dem ganzen Volk eigentümlich gewordene Ressentiment gegen jede Form ausländischen Einflusses, das sich in dem Begriff „Mexiko den Mexikanern" aktiviert. Aus diesen drei Triebkräften, wie sie in dem Erdölstreit sichtbar geworden sind, setzt sich die neue mexikanische Staatsidee zusammen, eine Idee, der der generationenlange überwältigende Einfluß äußerer Wirtschaftskräfte einen spezifisch wirtschaftlichen Verwirklichungsdrang verliehen hat.

Industrialisierung und Rüstungszölle in Niederländisch-Indien

In den kritischen Tagen der Absatzstockung und der Lagerschwierigkeiten für das produzierte Öl war in Mexico City, New York und London viel von der japanischen Abnahmebereitschaft die Rede. Zunächst regten sich Zweifel, denn die bestehenden Rohrleitungen gehen alle an die Golfküste, so daß die japanischen Tankschiffe die hohen Gebühren der Panamakanal-Durchfahrt aufwenden müßten. Mexiko würde unter diesen Umständen reine Verlustpreise stellen müssen, um mit den kalifornischen Produzenten konkurrieren zu können. Dann aber kam aus New York die Meldung, daß Japan 500 000 Faß Öl von Mexiko beziehen und es mit dem Bau einer Rohrleitung über den Isthmus von Tehuantepec von Minitatlan nach Salina Cruz bezahlen werde.

Natürlich ist gegenüber solchen Stimmungsmeldungen Vorsicht am Platze. Nichtsdestoweniger sind sie symptomatisch: schon meldet sich derjenige Partner der Weltwirtschaft, der in wachsendem Maße die Preise im pazifischen Raum bestimmt. Wie lange wird Mexiko genötigt sein, aus schwacher Hand zu niedrigen Preisen zu verkaufen? Würde die Rohrleitung an die Pazifische Küste das Land dem pazifischen Preis- und Lebensstandard näherbringen? Abgesehen davon ist Mexiko als „outsider" der amerikanischen und britischen Ölmacht auch kriegswirtschaftlich eine nicht zu unterschätzende Stütze für Japan, sei es auch nur in bezug auf die Lieferwilligkeit bei Verwicklungen mit Dritten.

Wie im Fall der Philippinen, so hat Japan auch im mexikanischen Erdölstreit durch seine bloße Existenz als wirtschaftlicher, kriegswirtschaftlicher und politischer

Machtfaktor den Ablauf der Ereignisse beeinflußt. Diese Allgegenwart des japanischen Faktors ist das Charakteristikum der staatenwirtschaftlichen Ereignisse dieses Frühjahrs rund um den Pazifik. Daher mag dieser Bericht mit der Erwähnung eines Landes schließen, das sich ebenfalls mit dem Blick auf Japan preispolitisch und wehrwirtschaftlich zu Maßnahmen entschlossen hat, die es noch vor wenigen Jahren, ja Monaten allein aus seinen wirtschaftlichen Prinzipien weit von sich gewiesen hätte: auf Niederländisch-Indien. Wir verweisen auf die im Abschnitt „Materialien" wiedergegebenen „Richtlinien zur Industrialisierung Niederländisch-Indiens", die einer verantwortlichen Regierungsstelle entstammen. Die holländische Obrigkeit ist dabei, das Land zu industrialisieren, wobei die Erzeugungsbedingungen „an die im Bereich des Pazifischen Ozeans herrschenden Preise angepaßt werden" sollen. Industrialisierung aber bedeutet zugleich auch Erhöhung der wehrwirtschaftlichen Potenz und Schaffung einer Versorgungsbasis im Raum zwischen Singapore, Hongkong und Port Darwin. Ja, mehr noch: Im Gefolge der englisch-holländischen Besprechungen über die Rüstungsgestaltung in diesem Raum ist im Februar gesetzlich geregelt worden, wie holländischerseits diese Aufrüstung finanziert werden soll. Am 25. Februar hat der Niederländisch-Indische „Volksraad" eine Verordnung zum Zwecke der Schaffung von Mitteln für die Landesverteidigung erlassen (Indisch Staatsblad no. 97, Ordonnantie van 18 Februari 1938, Instelling van een tijdelijk defensie-uitvoerrecht), die bis zum 31. Dezember 1939 einen Verteidigungs-Wertzoll von 1% auf alle Ausfuhrwaren legt. Ausfuhrzoll — Tee-, Gummi-, Zinn-, Tabakpreis — Kanonen!

MATERIALIEN

Wirtschaftspolitische Richtlinien für die Industrialisierung Niederländisch-Indiens

(Als Ausarbeitung der Abteilung Industrie des Wirtschaftsministeriums im Haag unter dem Titel „De nijverheidspolitieke richtlijnen voor de industrialisatie van Nederlandsch-Indië" erschienen in Nr. 12 des „Economisch Weekblad vor Nederlandsch-Indië" vom 19. März 1937, S. 551—552.)

Das Problem der Industrialisierung Niederländisch-Indiens ist nach der 1929 eingetretenen scharfen Wirtschaftsschrumpfung in den Mittelpunkt des Interesses von Staatsführung und Öffentlichkeit getreten. Der Preissturz in den Exportprodukten der Plantagenwirtschaft und die Einschränkung des Anbaues bestimmter agrarischer Erzeugnisse verursachte einen starken Rückschlag im Nationaleinkommen, was wiederum eine starke Schrumpfung des Verbrauchs zahlreicher ausländischer Industriewaren durch die einheimische Bevölkerung zur Folge hatte. Die Krise beleuchtete schlaglichtartig die Einseitigkeit der wirtschaftlichen Struktur Niederländisch-Indiens als Rohstofferzeugungsland. Sie zwang die Regierung zur Erwägung von Maßnahmen zur Stärkung der inneren Wirtschaft Niederländisch-Indiens: Maßnahmen, die sich überdies aufdrängten, wenn man der dauernd zunehmenden Bevölkerung lohnende Beschäftigung verschaffen wollte. (Die Volkszählung von 1930 hatte in dieser Beziehung interessantes Zahlenmaterial geliefert.) So kam es, daß die Regierung neben der Unterstützung der Auswanderung von Java nach den Außenbezirken und neben der Intensivierung der Landwirtschaft die Förderung der Industrialisierung als ein wesentliches Instrument ihrer wirtschaftlichen Aufbauarbeit, als Angelpunkt ihrer wirtschaftspolitischen Linie ansehen lernte.

So richtig dies aber auch ist, so sind dem dennoch gewisse Grenzen gesetzt, und zwar nicht zuletzt eben in der eigentümlichen wirtschaftlichen Struktur des Landes selbst. Der freie Tauschverkehr hat überall einem obrigkeitlich vielfältig geregelten Handelsverkehr Platz machen müssen, und das dürfte sicher auch in der nächsten Zukunft so bleiben. Da das in Niederländisch-Indien investierte ausländische Kapital laufend agrarische und mineralische Rohstoffe

und Nahrungs- und Genußmittel ausführt, muß als Gegenwert für diese Ausfuhr auch die Einfuhr von bestimmten industriellen Fertigwaren gestattet werden. Daher wird die Industrialisierung vor allem so betrieben werden müssen, daß in Niederländisch-Indien keine industriellen Ausfuhrwaren produziert werden, die die Ausfuhr von Bodenprodukten in Gefahr bringen können, das heißt vor allem, daß Industriewaren, die als Tauschobjekte für die Ausfuhr von Bodenprodukten in Frage kommen, nicht angefertigt werden, es sei denn, daß durch die Eigenerzeugung eine wesentliche Steigerung der Kaufkraft erzielt wird, auf Grund welcher dann eine größere Einfuhr industrieller ausländischer Fertigwaren erwartet werden kann.

Die Industrialisierung Niederländisch-Indiens wird sich ferner — neben ihrer Abstimmung auf die eigentümliche Wirtschaftsstruktur — den sozialen und geographischen Gegebenheiten anpassen müssen. Das große Angebot an Arbeitskräften auf Java — die Bevölkerungsdichte dieser Insel ist einunddreißigmal größer als die der Außenbezirke — wird natürlich für die Unternehmer ein Anreiz sein, ihre Industrieunternehmen auf Java zu gründen, was außerdem den Bemühungen um die Arbeitsbeschaffung entgegenkommen würde. Der insulare Charakter Niederländisch-Indiens macht einen vielfältigen Seetransportverkehr erforderlich, d.h. die Kosten des Seetransportes werden für die Betriebe ziemlich hoch sein. Aber dennoch wird die billige Arbeitskraft Java zu dem ausgesprochenen Industriegebiet Indiens machen, während sich zwangsläufig die von Unternehmern und von der Bevölkerung betriebene Bodenbewirtschaftung hauptsächlich in den Außenbezirken ausbreiten wird. Auf Java werden infolge der Querlagerung von Hoch- und Tiefland die Transportkosten auf Grund des kapitalintensiven Charakters des Eisenbahnbetriebes beträchtlich sein, und dieser Faktor wird es wünschenswert machen, den industriellen Aufbau dezentralisiert anzulegen.

Der Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung für die dichte Bevölkerung Javas legt in erster Linie die Förderung arbeitsintensiver Betriebsformen nahe, und zwar vor allem solcher, die mit inländischen Rohstoffen arbeiten, deren Erzeugung wiederum Beschäftigung gibt. Wirtschaftspolitisch sind daher die nachstehenden Betriebsformen in der Reihenfolge ihrer wirtschaftlichen und sozialen Wichtigkeit als förderungswert zu betrachten:

a) die Hausindustrie,
b) die nichtmechanische Kleinindustrie,
c) die teilweise mechanisierte Kleinindustrie,
d) die mechanisierte Mittelindustrie,
e) der stark mechanisierte Großbetrieb.

Angesichts des niedrigen Lebensniveaus der einheimischen Bevölkerung müssen die der Bevölkerung für die Förderung der Industrialisierung aufzuerlegenden Opfer so klein wie möglich sein. Nötig sind Zuwendungen an Betriebe, die noch in der Entwicklung begriffen sind und mit leistungsfähigen ausländischen Wettbewerbern zu kämpfen haben; aber diese Zuwendungen werden nur dann zu rechtfertigen sein, wenn sie innerhalb einer angemessenen Zeit entbehrlich werden. Es soll also jeder neuen Industrie die Bedingung gestellt werden, daß sie letzten Endes hier im Lande Verkaufspreise erreicht, die entweder genau so hoch oder niedriger sind als die unter normalen Umständen geltenden ausländischen. Die Erzeugungsbedingungen werden also an die im Bereich des Pazifischen Ozeans herrschenden angepaßt werden müssen. Wenn dieser Grundforderung Genüge getan ist, so sind Unterstützungsmaßnahmen für neue oder bestehende Industrien möglich. Sie können folgende Formen haben:

a) Zollmaßnahmen zur Verringerung der Produktionskosten (z.B. Befreiung vom Einfuhrzoll auf Rohstoffe),
b) handelspolitische Maßnahmen zur Sicherung des Auslandsabsatzes (z.B. Kontingentierung),
c) zollpolitische Maßnahmen zur Preissicherung (z.B. Erhöhung der Einfuhrzölle auf Fertigwaren),
d) handels- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Sicherung des Preises und des Absatzes (Länderkontingente mit preisregulierender Wirkung).

Natürlich wird die Wirtschaftspolitik eine ausgedehnte, dem Volkscharakter angepaßte Belehrung in Technik und Wirtschaft als einen wesentlichen Teil ihrer Arbeit ansehen. Ferner soll durch die Schaffung von Finanzierungsinstituten und Wirtschaftsräten, die alle Kräfte der Industrie zusammenfassen, eine gesunde Entwicklung der Wirtschaft erleichtert werden.

Angesichts der Kapitalarmut Niederländisch-Indiens muß jede Vergeudung der in der Industrie investierten Gelder vermieden werden. Das bedeutet, daß die Regierung — obgleich sie den Grundsatz der Privatinitiative als Grundlage der industriellen Produktion absolut beibehalten will — die industrielle Erschließung in eine gewünschte Richtung lenken wird, wodurch unerwünschte Zustände vermieden bzw. eingeschränkt werden können. Die Regierung verfügt bereits über das gesetzliche Instrument zur Erreichung der hier gesetzten Zwecke: das Betriebs-Reglementierungsgesetz von 1934, durch das eine gegenseitige Vernichtungskonkurrenz als Folge von zu schnellem und unharmonischem Wachstum bestimmter Industriezweige beseitigt werden kann.

Die letzte und zugleich wichtigste wirtschaftspolitische Richtlinie aber ist, daß es zur Obliegenheit der Regierung gehören muß, eine der Industrie gedeihliche Atmosphäre zu schaffen, in der der Vollzieher des Industrialisierungsprozesses — der Unternehmer — die gestellten Ziele voll erreichen kann.

Staatsblatt von Niederländisch-Indien 1934, Nr. 595: Betriebs-Reglementierungsgesetz (Bedrijfsreglementeeringsordonnantie).

Artikel 1. In Anwendung dieses Gesetzes und der dafür zu erlassenen Ausführungsbestimmungen sollen unter „Betriebe" alle Betriebe verstanden werden, sofern sie keinen Landbau betreiben...

Artikel 2. Durch Regierungsverordnung kann bestimmt werden, daß die folgenden Vorschriften auf bestimmte Kategorien von Betrieben in ganz Niederländisch-Indien oder in einem Teil davon Anwendung finden sollen...

Artikel 3. Alle bereits bestehenden Betriebe müssen eine Lizenz besitzen, die von der Regierung ausgestellt wird...

Artikel 4. Alle neu zu errichtenden Betriebe müssen vor ihrer Errichtung um eine Genehmigung durch die Regierung einkommen...

Artikel 6. (1) Die Lizenzen und die Genehmigungen werden auf den Namen des Antragstellers ausgestellt.

(2) Die Regierung kann dem Inhaber der Lizenz oder der Genehmigung bestimmte Bedingungen auferlegen.

(3) Die im vorigen Absatz erwähnten Bedingungen können Bezug haben

a) auf die Nationalität der beschäftigten oder zu beschäftigenden Personen und die Beschaffung von Rohstoffen, Mineralien und Arbeitsgeräten von innerhalb Niederländisch-Indiens gelegenen Betrieben,

b) auf die Arbeitsordnung für die Belegschaft,

c) auf die Zusammensetzung des Kapitals.

Batavia, den 22. Oktober 1934.

SCHRIFTTUM

Anton Reithinger: Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsordnung. Verlag von Felix Meiner in Leipzig, 1936. Mit einem Nachtrag 1937. 183 S., geh. RM. 6,50, geb. RM. 7,80.

Das Buch, dessen Autor im letzten Jahr in einem Nachtrag die Verbindung mit dem Leser neu aufgenommen hat und, wie wir hoffen, diese Verbindung weiter aufrechterhalten wird, ist mit Recht schon bei seinem Erscheinen freudig begrüßt worden. Der Grund dafür, auch an dieser Stelle darauf hinzuweisen, liegt vor allem darin, daß hier an vielen praktischen Beispielen die Methoden vorgeführt werden, mit denen ein Gremium von Sachkundigen die Wirtschaftsentwicklung, vor allem auch des Auslands, zu verfolgen pflegt. Die Frage nach der Wirtschaftsordnung interessiert jeden, der sich mit staatenwirtschaftlichen Problemen befaßt, mehr als alles andere; denn die „Hand des

Staates" in der Wirtschaft muß sich am klarsten über Stand und Fluß der Dinge sein. Die hier im Auszug dargestellten Arbeiten, vor allem Währungs- und Preisprognosen, Außenhandels- und Marktanalysen sind keine Dissertationen; sie sind unter Leitung des Verfassers in der Volkswirtschaftlichen Abteilung des großen deutschen Farbenkonzerns zur Information der Unternehmungsleitung in meist knapp bemessener Zeit entstanden. Sie fassen mit sicherem Griff in die Vielfalt der Statistik hinein; es lohnt sich daraus zu lernen, wie erstaunlich viel Material für jede beliebige Fragestellung bei guter Quellenkenntnis und klugem Spürsinn schon aus den vorhandenen Zahlen geschöpft werden kann. Bei aller Unmittelbarkeit bleibt die nötige Sauberkeit des Forschens, bei aller Bindung an die Unternehmung das Ethos und der Weitblick des Volkswirts gewahrt; zwischen allen Einzeluntersuchungen aber und den großen Strukturwandlungen in Wirtschaft und Politik schlägt die wache Geistigkeit des Verfassers eine lebendige Brücke.

R. v. Keller.

Mihail Manoilesco: Die nationalen Produktivkräfte und der Außenhandel. Theorie des internationalen Warenaustausches. Berlin, Junker & Dünnhaupt Verlag 1937. 400 S. Gr.-8°, geb. RM. 14,—, geh. RM. 12,—.

Der Verfasser, ehemaliger rumänischer Handelsminister und jetziger Professor der Nationalökonomie in Bukarest, legt in dem vorliegenden Werke die Neubearbeitung eines Buches vor, das zuerst im Jahre 1929 in französischer Sprache erschien, seither in verschiedene Fremdsprachen übersetzt worden ist und bereits nach seinem ersten Erscheinen erhebliche Beachtung gefunden hat. Es ist recht begrüßenswert, daß das Manoilescosche Buch nunmehr auch in deutscher Sprache vorliegt; denn es ist ohne jede Frage ein sehr bedeutsamer Beitrag zur Außenhandelstheorie, gesehen aus den besonderen wirtschaftsstrukturellen Voraussetzungen der südosteuropäischen Agrarstaaten heraus. Wichtig daran ist vor allen Dingen, daß der Verfasser in ihm mit streng wirtschaftstheoretischen Methoden einen Angriff gegen die dem Freihandelssystem zur Grundlage dienenden Anschauungen von den Vorteilen der internationalen Arbeitsteilung führt. Der Maßstab der Bewertung ist für ihn dabei die „Arbeitsproduktivität", ein Begriff, der nicht nur theoretisch sehr eingehend auseinandergesetzt, sondern auch statistisch nachgewiesen wird. In der sehr viel höheren Arbeitsproduktivität der Industrie im Verhältnis zu einer wenig entwickelten Landwirtschaft sieht der Verfasser das Hauptargument dafür, daß das Schutzsystem, das der Entfaltung einer eigenen nationalen Industrie dient, in jedem Falle — und zwar nicht nur in einer späteren Zukunft, sondern sogleich — wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen müsse. Es ist hier nicht der Ort, die Stichhaltigkeit der Manoilescoschen Beweisführung zu überprüfen; jedenfalls ist sie bisher einer der wichtigsten Angriffe gegen die Theorie von den wirtschaftlichen Vorteilen der internationalen Arbeitsteilung und ein sehr ernstzunehmender Versuch der theoretischen Fundierung des Industrialisierungsstrebens der bisherigen Agrarstaaten. Von besonderer Wichtigkeit für die „Staatenwirtschaft" ist der Versuch des Verfassers, auf Grund seiner Theorie das Ausmaß eines wirtschaftlich vorteilhaften Industrieprotektionismus exakt aufzuzeigen. Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, daß die entscheidenden Argumente für den Protektionismus zum überwiegenden Teile auf außerwirtschaftlichem (politischem und sozialem) Gebiete liegen. Mit den Mitteln der Manoilescoschen Theorie ist z. B. der Agrarschutz in Industrieländern nicht zu begründen. Deshalb ist diese Theorie nicht schlechthin als die Theorie des Protektionismus anzusehen; wohl aber bildet sie einen sehr wesentlichen Beitrag dazu. Für die Fortentwicklung der Manoilescoschen Anschauungen wäre besonders die Frage zu erörtern, wieweit die Richtigkeit seiner Ergebnisse an bestimmte wirtschaftsstrukturelle Voraussetzungen gebunden ist. Mir scheint, daß sie wohl unter den besonderen Voraussetzungen der südosteuropäischen Agrarstaaten weitgehend richtig ist — wenn sie auch nicht alle wirtschaftlichen Argumente für die eigene Industrieentwicklung in diesen Ländern umschließt —, daß sie aber nicht schlechthin einschränkungslos auf alle Agrarstaaten Anwendung finden kann.

Karl C. Thalheim.

Anschriften der Mitarbeiter dieses Heftes: Dr. Robert von Keller, Berlin NW 87, Siegmundshof 16; Herbert H. Schmolck, Guatemala, C. A., Apartado 171; Schriftleitung: Schriftleiter Dr. Arnold Seifert, Leipzig S 3, Dohnaweg 11.

KARL HAUSHOFER:
Geopolitik um Neapel und sizilischen Frühling

Noch bröckeln die Steine der Hochwarten von Capri und Ischia und der andern Höhen rings um den Golf von Neapel von den Tritten der Hunderttausende, die sehen wollten, wie der Duce des erneuten Mittelmeer-Impero dem nordischen Führer als Königs-Kaisers-Gast das Wehrgefüge für das nasse Dreieck Neapel—Messina—Palermo in der Luft und auf dem Meere zeigte.

Denn dieses innersten nassen Dreiecks muß sicher sein, wer mit richtigem Scharfblick den Schwerpunkt eines Mittelmeer-Reiches in Sizilien sah und verkündete. Es ist zugleich, — von dem Vulkan Neapels oder Siziliens oder auch vom Stromboli herunter betrachtet — ein aufgeschlagenes Früh-Lehrbuch der Erd-Macht-Lehre — (wenn man Geopolitik fremdwortfrei machen will!) — voll augenfälliger Kleinkunst-Darstellungen einer in Wirklichkeit als Ganzes sehr großen, die Menschheit lenkenden Kunst.

Warum ist Pan-Hormos, Palermo, „Ganz-Hafen" das in und von seinem Hafen lebende, trotz mancher historischer Charakterschwäche und Schwankung heute das von Menschen und Mitteln wimmelnde Herz seiner Insel in seiner goldenen Schale (Conca d'oro) zu Füßen des Monte Pellegrino, aber das einst so viel mächtigere, reichere und stolzere Agrigent ein Mittelstädtlein, das hinter weltberühmten Ruinen hinunter nach dem Hafen des Empedokles lauert und spekuliert? Weil Palermo das Grundgesetz der Insel begriff: Wer sich vom Meere abdrängen läßt, ist verloren, Agrigent aber nicht. Darum konnte über Palermo Hamilkar, der geniale Vater des genialsten Punier-Feldherrn Hannibal, jahrelang vergeblich wie ein Stoßgeier vom Pellegrino herunterlauern, aber mit Himilko ein mittelmäßiger anderer Hannibal Agrigent zum Selbstmord zwingen, weil er sich zwischen die Stadt und das Meer hineindrängen durfte. Vom Meere ferne oder abgeschnittene Hochwarten, wie das zackige Enna-Castro Giovanni oder die sturmfreie Akropolis von Taormina waren wohl uneinnehmbar, bis das letzte Brot verzehrt und das Wasser versiegt oder abgegraben war: dann aber kam schicksalhaft ein letzter Sturm mit blutigem Nachruf, ob ihn nun Afrikaner, Punier und Sarazenen, oder Normannen und Schwabenkaiser schrieben.

Der Hafen aber weckte immer neues Leben, wie hart seinem Hinterland mitgespielt worden war: in Neapel, in Castellamare-Stabiae, in Palermo, im so oft zerstörten Messina, in dem so schwer von der Weltgeschichte mißhandelten Syrakus. Nur Naxos, die erste großgriechische Kolonie auf sizilischem Boden, hat sich nicht wieder erholt: vor allem weil sie kein guter Hafen war.

Wohl lag für die burgenfrohen Wehr-Kulturen von Hellas, Rom, der Normannen wie Romanen immer eine große Versuchung zum Akropolen-Bau in einer jäh abstürzenden Kalk-Platte oder Zacke mit ihrem festen und doch gestaltungsfähigen Untergrund. Wo natürliche Wucht des Eindrucks nicht vorhanden war, da schuf sich wohl ein Riesengeist, wie Friedrich II., der Staufer-Normanne, in einem Castel del monte künstlich ein landragendes Denkmal der eigenen, hoch über jeder Form von Masse stehenden Herrengestalt.

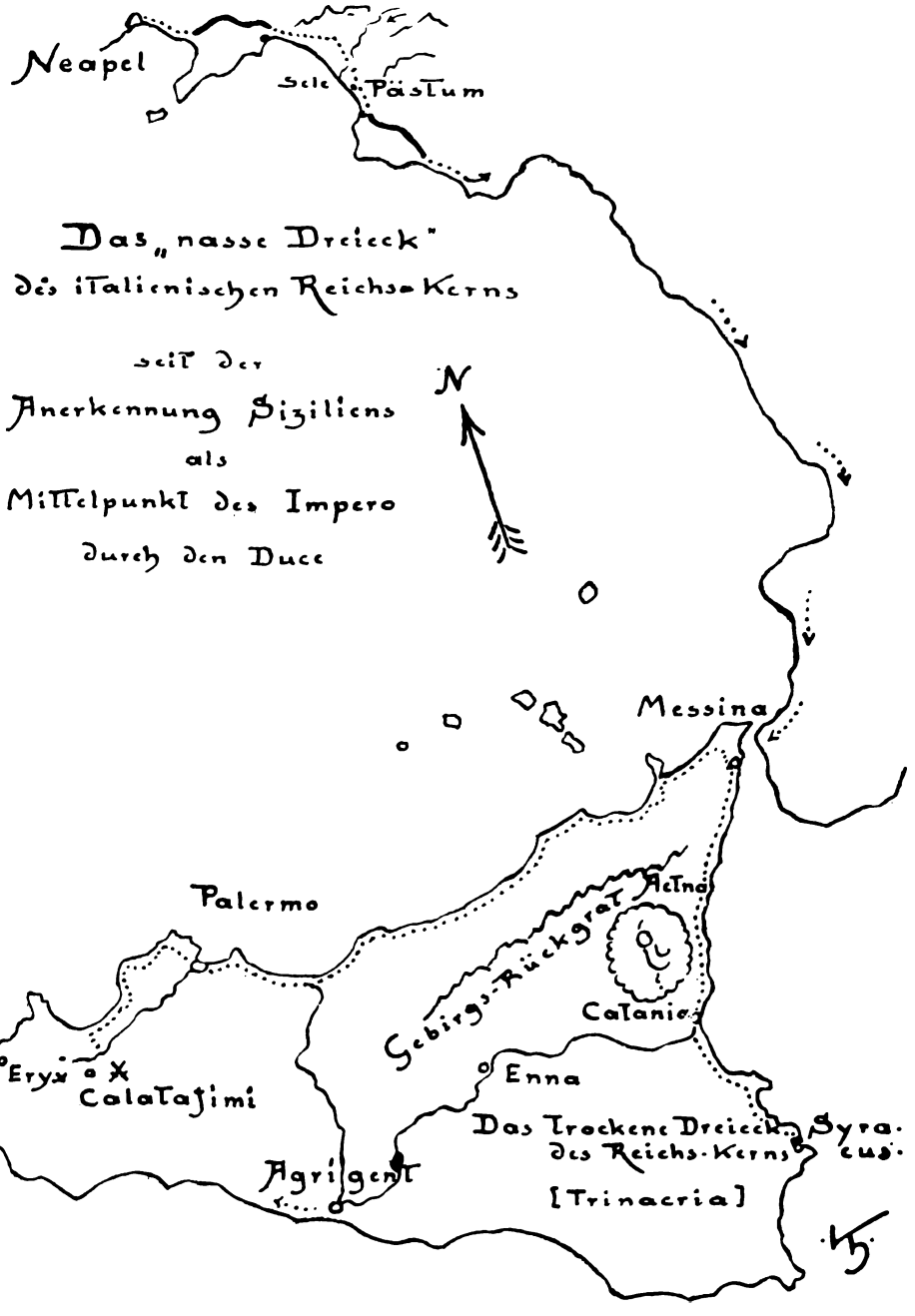
Auf solchem festen Untergrund aber, wie ihn Hellas und Großgriechenland aus bodenwüchsigen Zügen so klassisch boten, steht als Urbild die Akropolis von Athen, stehen die Königspaläste und Zentral-Vesten von Neapel und Palermo, steht das herrische Ravello über Amalfi und das von so jähen Glückswechseln zeugende Salerno, stehen Ortygia und Euryalo, die Schlüssel von Syrakus: heute noch, in ihren Trümmern, nur mit gutem und reichlichem Wurffeuer überwindbar. Diesem Lockruf waren auch Pästum, Taormina, Agrigent, Egesta gefolgt, schon die erste sizilische Griechen-Kolonie Naxos, die darüber gute Häfen rechts und links liegen ließ.

Es ist von höchstem Reiz, gerade in einer sonst von kunstwissenschaftlichem Wortgepränge überschütteten Kulturlandschaft die wehrgeopolitischen Grundlinien zu suchen, das Gegenspiel zwischen den geopolitischen Stützen überseeischer Atemweite und dem davon untrennbaren gefährlichen Leben und zwischen binnenländischer Abschließung, Wehrsicherheit, „sûreté" zu verfolgen.

Selten liegt es so deutlich in einem Rahmen von höchster landschaftlicher Schönheit zutage, wie in der bergumkränzten, meerumrauschten, klassischen Flußebene des Sele (Silaros). Wer sie von den hohen Fenstern des Herrensitzes von Ponte Barizzo aus seinem uralten heiligen Hain der Diana, oder vom Felsensitz der zur Madonna del granato gewandelten lukanischen Hera oder posidonischen Persephone herab überschaut, dem erscheint sie als das Idealgebiet einer griechischen Polis. Es mochte nicht zu geringerem Schicksal vorbestimmt sein, als die Stadt der Athene am Ilissos, der nur zur rechten Stunde geopolitische Weitsicht die langen Mauern zum Hafen baute, über die gewiß viele Athenienser schimpften, die das reiche Agrigent vergaß und die der Sele-Silaros mit seiner üppigen Wasserführung der Tempelstadt Pästum trotz ihrem blühenden Umschlagsverkehr und ihren in Rom so berühmten Rosen versandete und versumpfte.

So hinterließ Posidonia-Pästum, zuletzt von den Bergbauern wieder den Seefahrern abgenommen und sein Griechisch vergessend, eine Geschichte des Verzichts, nicht eine der Werbung, wie Athen; und diese Geschichte ist Blatt für Blatt von der Felskanzel Alt-Capaccios herab aus der Landschaft zu lesen, wohin versöhnend als Zukunftshoffnung zur Madonna des Granatapfels und der Granaten, der Göttin der Fruchtbarkeit und Herrin der Unterwelt, die Madonna delle rose emporschwebt — allerdings, weil das nasse Dreieck Italiens so stark ist, daß keine fremde Flotte mehr ungestraft den Golf von Salerno gefährdet. Das edelste Kulturdenkmal in dieser Polis des Verzichts aber, die Tempel, darunter das schönste Zeugnis für das Verhältnis der Hellenen zum Jenseits und zum Meer-Gott, die Ehrenhalle des Poseidon ist der Nachwelt erhalten durch eine geopolitische Tatsache: die unbändige, verlandende und versumpfende Kraft des wasserreichen Sele, die Vorbedingungen schuf für die Brutstätten der Tücke der unbefriedigten Anophelesweibchen, der Träger der Malaria, vor denen die letzten Bewohner von Pästum ins Gebirge, nach Capaccio wichen, das wieder als Ort vor politischen Mächten ausweichen mußte und nur ein einsames Heiligtum zurückließ.

So ist die Umwelt der Stätte, in der jüngst wieder Weltgeschichte in Landschaft geschrieben wurde, von solchen Runen voll; und es liegt nur an uns, dreitausendjähriges geopolitisches Weistum daraus zu lesen und unsere Schlüsse daraus zu ziehen.



—— wehrsichere Küstenstrecken

offene, ohne Flottenschutz nicht wehrverkehrsichere Küstenverbindungen

WULF SIEWERT:

Die Seemachtlage im Fernen Osten

Der chinesisch-japanische Konflikt zeigt mit aller Deutlichkeit den großen Einfluß der Seemacht auf die Politik der großen Mächte, sei es in Europa oder im Fernen Osten. Eine Beurteilung des japanischen Vorgehens und der angelsächsischen Haltung ist unmöglich ohne die Erkenntnis der Seemachtlage im Fernen Osten bzw. im Pazifischen Ozean.

Japan, das seinen Aufschwung zur Großmacht als reiner Inselstaat begann, mußte erfahren, daß seine Außenpolitik um ein Vielfaches schwieriger wurde, als es begann, auf dem asiatischen Kontinent Fuß zu fassen. Mit der Beherrschung Koreas und der Mandschurei war Japan gezwungen, starke Teile seiner Armee dorthin zu verlegen und sie immer weiter zu verstärken. Es ist, als ob der asiatische Landkoloß die japanische Armee geradezu ansaugt und zum weiteren Festlegen zwingt. Das erste Ziel der Japaner war dasselbe, das jede Seemacht beim Fußfassen an der Gegenküste hat, nämlich die Entstehung einer zweiten Seemacht zu verhindern. Japan vernichtete 1905 die russische Seemacht, nachdem es vorher schon die chinesischen maritimen Anfänge im Keim erstickt hatte. Die russisch-japanische Auseinandersetzung verlagerte sich von nun an immer weiter in den Kontinent hinein und nahm immer größere Formen an. Seitdem besteht Japan mit dem Doppelgesicht des See-Land-Staates. Die Armee verfocht ihr kontinentales Programm zur Eroberung Ostasiens, die Marine bestand auf ihrem maritimen Programm zur Erschließung der Südsee.

Zum Jahrestag der Schlacht bei Mukden am 10. März 1936 gab das japanische Kriegsministerium eine Denkschrift heraus, welche die Lage auf dem Festland gegenüber den Russen darstellte. Es heißt darin unter anderm:

„Durch das Mandschukuo-Protokoll rückte unsere vorderste Linie an die russische Grenze vor. Jenseits stehen die schwerbewaffneten Streitkräfte der fernöstlichen russischen Armee. Seit jenem Kriege hat sich die russische Staatsform geändert, aber die angriffslüsterne russische Politik bleibt bestehen. Die Chinesen haben die Lage noch nicht begriffen. Sie sehen nicht, daß sie durch Japan vor dem Schicksal einer europäischen oder amerikanischen Kolonie bewahrt wurden. Sie sind immer noch eine Lockspeise für westlichen Angriff. Großbritannien und die USA., die Japan während des Russisch-Japanischen Krieges moralisch und materiell geholfen hatten, betrachten jetzt unsern Aufstieg mit Eifersucht. Wir müssen feststellen, daß unsere Lage unter den Nationen sich ernstlich verschlechtert hat. Der ‚Kaiserweg' (Kodo) unserer Politik will die Beseitigung von Streitigkeiten unter den Völkern, er will leben und leben lassen. Sollte ein Land uns an unserer Sendung in Ostasien zu hindern suchen, so werden wir das Hindernis mit allen Mitteln beseitigen. Dazu rufen wir die ganze Nation auf." Nach einer Schilderung des schnellen Anwachsens der sowjetrussischen Armee und Luftwaffe im Fernen Osten wurden zum Vergleich die verhältnismäßig geringen japanischen Ziffern angegeben und zu einer Verstärkung der japanischen Armee und Luftwaffe aufgefordert.

Das Kriegsministerium sprach sich damit eindeutig für die Schwerpunktverlagerung auf den Kontinent aus, der zur Zeit die Hauptfront Japans bildet.

Während für die Armee die Seemacht nur die Rückendeckung für die Durchführung der kontinentalen Aufgabe darstellt, huldigt die Marine der entgegengesetzten Ansicht. Sie betrachtet die Mandschureipolitik nur als Rückendeckung für die Durchführung der Südseepolitik mit Hilfe der Schlachtflotte. Im Mai 1936 legte die japanische Marine ihre Ansichten ebenfalls in einer Denkschrift nieder,

die von der Nachrichtenabteilung des Marineministeriums unter dem Titel „Beobachtungen über die heutige Weltlage und die Einstellung der japanischen Marine hierzu, unter Berücksichtigung der Erfahrungen und Lehren aus dem Russisch-japanischen Kriege" veröffentlicht wurde.

Die Denkschrift befaßt sich vor allen Dingen mit der Rohstoffarmut Japans, der mangelnden Ölversorgung und der Notwendigkeit der Ausdehnung über See. Es heißt in ihr unter anderm: „Japan, arm an Rohstoffen, klein an Raum, hängt in seiner Wirtschaft von der Einfuhr aller wichtigen Rohstoffe von seinen ozeanischen Nachbarn ab. Erst ihre freie Zufuhr über See und der Austausch von Fertigwaren mit jenen Nachbargebieten sichern das Leben des Volkes und ermöglichen die Beschaffung von Rohstoffvorräten für den äußersten Fall. Das weite Gebiet der Südsee, eine Schatzkammer, die der Erschließung harrt, kann zur Lösung des Bevölkerungsproblems beitragen und Japans Reichtum rasch vergrößern. Dieses Problem ist brennend. Die Ausdehnung des Außenhandels und der Auswanderung ist die Voraussetzung für die Erschließung. Arbeit und Kapital müssen auf den neuen Böden zusammenwirken. Die überseeische Ausbreitung verstärkt die nationale Kraft."

Im Marineministerium wurde außerdem ein marinepolitisches Amt gebildet, das die Interessen der Marine in Fragen der Landesverteidigung und operativen Maßnahmen, der Brennstoffversorgung und Entwicklung der Südseestellung bearbeiten soll. Gerade der letztere Punkt erscheint wichtig und wurde im britischen Weltreich natürlich besonders beachtet.

Auf den ersten Blick mag durch die sich widersprechenden Zielsetzungen der Armee und der Marine der Eindruck von Widersinn und Ziellosigkeit hervorgerufen werden. Wenn man aber die geopolitische Zwitterstellung Japans betrachtet, so erkennt man die Logik beider Programme. Sie können natürlich nicht gleichzeitig durchgeführt werden, aber sie haben sich in der Geschichte zeitweilig abgelöst und wechselseitig unterstützt, so daß man sagen kann, daß tatsächlich das eine immer die Rückendeckung des andern bildet. Es war die japanische Seeherrschaft, die im Russisch-japanischen Krieg die Überführung der japanischen Truppen nach Korea und damit die Kriegführung auf dem Festland überhaupt erst ermöglichte! Im Verlauf jenes Krieges zeigte sich mit aller Deutlichkeit die ausschlaggebende Rolle der japanischen Seemacht. Wäre es der russischen Flotte gelungen, die japanische frühzeitig zu vernichten, wäre weder die Schlacht am Yalu noch die bei Mukden geschlagen worden.

Heute ist es wieder die starke japanische Seestellung, die es ihm ermöglicht, seine Kontinentalpolitik durchzuführen. Auch sie steht im Zusammenhang mit der russisch-japanischen Auseinandersetzung. Alle japanischen Äußerungen sind sich darüber einig, daß die chinesische Haltung gegenüber Rußland zu diesem Konflikt trieb. Japan ist der Ansicht, daß der russische Einfluß in China, verbunden mit dem englischen, China als Prellbock gegen Japan benutzte. So ist der chinesisch-japanische Krieg nur ein kleiner Ausschnitt aus dem viel größeren russisch-japanischen Kampf, der sich drohend am Horizont abzeichnet und der sich als Spannung heute schon über mehrere tausend Kilometer in gewaltigem Bogen von Wladiwostok über die Mongolei bis nach Chinesisch-Turkestan (Sinkiang) spannt. China liegt als Kriegsschauplatz zwischen zwei ringenden Kräften. Aus Innerasien dringen die sowjetrussischen Einflüsse in Gestalt von kommunistischer Agitation, Rubeln und Waffen nach Innerchina vor. Die Äußere Mongolei und Sinkiang sind schon der russischen Durchdringung zum Opfer gefallen. Hinter der in der Mongolei stehenden russischen Armeeabteilung aber steht die gesamte Rote Armee als

schweigende Drohung. Von der Küste aus dringt der maritime Gegner, Japan, in China ein. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die beiden großen Gegner sich treffen werden. China aber wird das Schlachtfeld für beide abgeben. Es liegt eine tiefe Tragik über dem chinesischen Volk, das trotz seiner Größe in Gefahr steht, wie ein Weizenkorn zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben zu werden.

Einfluß der japanischen Seemacht auf die Operationen in China

Der Wesenszug der Seemacht ist anders als der der Landmacht. Es ist nicht immer nötig, Seeschlachten zu schlagen, um eine Entscheidung zu erzwingen, — das wird oft übersehen. Schon der schweigende Druck der Seemacht, das bloße Vorhandensein einer Flotte (fleet in being) genügt, um Entscheidungen herbeizuführen. So ist auch heute wieder die japanische Seeherrschaft die Rückendeckung für die Operationen der japanischen Armee in China.

Die Aufgaben der japanischen Flotte im Rahmen des derzeitigen Konfliktes sind vierfacher Art: 1. Die Offenhaltung der japanischen und chinesischen Gewässer von jeder fremden Einmischung. Das ist bisher gelungen. 2. Die Sicherung und Durchführung der Seetransporte von Truppen und Material vom Mutterland zum Operationsgebiet. Auch das ist auf Grund der zur Verfügung stehenden Handelstonnage reibungslos gelungen. 3. Die Kontrolle und Blockade der chinesischen Küsten und Häfen. Das konnte mit Rücksicht auf die angelsächsischen Seemächte nicht vollkommen durchgeführt werden. Trotzdem hat die Blockade für China die Kriegführung außerordentlich erschwert. 4. Die Unterstützung der Operationen der Armee an den Küsten und auf den Flüssen Chinas. Auch diese Aufgabe kann man als gelungen bezeichnen. Gerade bei den Kämpfen um Schanghai zeigte sich die wichtige Rolle der japanischen Marine, die immer wieder vom Fluß aus die Landoperationen mit ihren schweren Schiffsgeschützen entscheidend beeinflußte. Vor Schanghai hat der Panzerkreuzer „Idzumo", das älteste Schiff der japanischen Marine (Baujahr 1899 bei Armstrong, Elswick), mit seinen vier 20,3-cm-Geschützen bewiesen, wozu selbst ein so altes Schiff noch gut sein kann. Auch bei der Eroberung von Nanking haben die japanischen Seestreitkräfte sehr weit flußaufwärts eine wichtige Rolle gespielt. Wie weit die schwachen chinesischen Seestreitkräfte, die aus einigen Kreuzern und Kanonenbooten bestanden, zum Einsatz gelangt sind und heute noch bestehen, ist schwer festzustellen. Auf jeden Fall dürfte ihre Bedeutung von ganz untergeordneter Natur sein.

Der chinesisch-japanische Zusammenstoß zeigt wieder, wie stark eine Macht im Vorteil ist, die imstande ist, den Gegner von der Seezufuhr abzuschneiden. Da China nicht genügend eigene Kriegsindustrie besaß, war es auf die Einfuhr fremden Kriegsmaterials angewiesen. Der größte Einfuhrhafen Schanghai fiel von vornherein aus. Die südchinesischen Häfen, besonders Kanton, wurden von den Japanern erst offensichtlich geschont, dann aber auch nach Möglichkeit in die Blockade einbezogen, obwohl dies wegen der englischen Interessen dort sehr gefährlich und nur höchst lückenhaft durchführbar erscheint. Als letzte sichere Einfuhrmöglichkeit bleibt China daher nur der Landweg über die Yünnanbahn aus Französisch-Indochina und im weiteren Abstand die Karawanenwege über Sinkiang nach Sowjetrußland. Wie die Blätter meldeten, machen die Chinesen jetzt die größten Anstrengungen, um die Karawanenstraße nach Urumtschi, die dem Lauf der historischen „Seidenstraße" folgt, für den Transport schweren Materials auszubauen.

Die japanischen Operationen wurden deswegen mit solcher Schnelligkeit durchgeführt, weil man in Tokio unter der Befürchtung einer Einmischung dritter Mächte lebte. Von zwei Seiten konnte eine ernstliche Intervention eintreten.

Einmal von Sowjetrußland aus; sie mußte außerordentlich ernst genommen werden; denn durch sie hätte die japanische Armee in einen sehr peinlichen Zweifrontenkrieg verwickelt werden können. Wenn diese Intervention bisher nicht erfolgt ist, trotzdem die russische Fernostarmee immer weiter verstärkt wurde, so höchstwahrscheinlich aus innerpolitischen Gründen. Denn nach der „Reinigungsaktion" der kommunistischen Parteiführer und der Erschießung der fähigsten russischen Generale mußte die Schlagkraft der Roten Armee empfindlich gesunken sein. Dieser Umstand war also für Japan sehr günstig.

Eine andere Interventionsmöglichkeit drohte von der Seite der angelsächsischen Seemächte, die in China wirtschaftliche und politische Interessen zu verteidigen haben und die das Anwachsen der japanischen Weltmacht mit größter Besorgnis betrachten. Um die vorsichtige Haltung Englands und Amerikas zu verstehen, ist es nötig, sich die strategische Lage Japans und die Seemachtverhältnisse in den chinesischen Gewässern klarzumachen.

Japan ist insofern in günstiger strategischer Lage, als es die einzige große Seemacht ist, die im Fernen Osten ihre Wiege hat. Das japanische Mutterland liegt in der Nähe des Kriegsschauplatzes, die japanische Flotte fährt in ihren heimischen Gewässern und doch in der Nähe des Operationsfeldes. Sie weiß ihre Heimathäfen mit Reparatur- und Ergänzungsmöglichkeiten in erreichbarer Nähe. Daher muß man bei der Beurteilung der Lage die gesamte japanische Schlachtflotte in Rechnung stellen, während die europäischen Seemächte und USA. in chinesischen Gewässern nur mit leichten Seestreitkräften vertreten sind. Es ist wenig bekannt, daß auch England im Fernen Osten kein einziges Schlachtschiff stationiert hat. Der britische Flottenverteilungsplan sieht nur eine Heimatflotte und eine Mittelmeerflotte vor, die mit Großkampfschiffen ausgerüstet sind. Die übrigen ausländischen Stationsgeschwader unterhalten in Ostasien gleichfalls nur leichte Seestreitkräfte. So besteht das englische Chinageschwader nur aus dem 5. Kreuzergeschwader unter dem Vizeadmiral Noble mit 6 Kreuzern, dem Flugzeugträger „Eagle", 10 Zerstörern, 15 U-Booten und zahlreichen Kanonenbooten. In erreichbarer Nähe befinden sich nur das 4. Kreuzergeschwader in Ostindien, das aber nur aus 3 Kreuzern besteht, und ferner die 5 Kreuzer der australischen und neuseeländischen Stationen. Wollte England Japan energisch entgegentreten, so müßte es Schlachtschiffe aus dem Mittelmeer heranziehen und mindestens nach Hongkong verlegen. Die Japaner wissen genau, daß England bei der gegenwärtigen Spannung in Europa eine derartige Schwächung im Mittelmeer nicht vornehmen kann!

Während England wenigstens über seine Stützpunktkette eine ungefährdete Heranführung seiner Flotte an den Kriegsschauplatz vornehmen könnte, stellt sich diese Aufgabe für die amerikanische Marine wesentlich schwerer. Denn wenn sie auch zur Zeit ihre gesamte Schlachtflotte in pazifischen Häfen versammelt hat, muß sie doch auf dem Marsch in die chinesischen Gewässer japanisches Seegebiet durchfahren; sie würde sich damit unter ungünstigen Bedingungen, nämlich mit leeren Bunkern in große strategische Gefahr begeben. Man vergißt zu leicht die riesigen Entfernungen des Pazifischen Ozeans[1]) (San Franzisko—Manila 6200 Seemeilen,

1) Über die große Scheidekraft des Pazifik vergleiche Karl Haushofer, „Geopolitik des Pazifischen Ozeans". 3. Aufl. 1938, Kurt Vowinckel, Berlin-Heidelberg.

Honolulu—Manila immer noch 4750 Seemeilen). Das dürfte auch der Grund sein, weshalb die amerikanische Marine ihr Ostasiengeschwader nicht verstärkt. Denn das würde dem betreffenden Geschwader im Fall eines Konflikts nicht viel nützen, die Schlachtflotte aber schwächen. Eine Bedrohung Japans durch USA. scheint somit am allerwenigsten zu bestehen. Es ist auch hier der weite Raum, der den besten Schutz gegen Angriffe bietet. Weder kann die japanische Flotte heute Amerika angreifen, noch umgekehrt die amerikanische Japan. Das muß einmal festgestellt werden zur Richtigstellung der durch sensationelle Überspitzungen verwirrten Auffassungen. Die Angstpsychose der Amerikaner gegenüber einer japanischen Gefahr ist ebenso lächerlich wie übertrieben. Sie kann nur erklärt werden aus dem Gefühl einer strategischen Unterlegenheit im Hinblick auf die Philippinen, die allerdings im Ernstfall von USA. nicht zu halten sein werden. Darüber sind sich amerikanische Marinekreise völlig klar. Ein amerikanischer Admiral gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Philippinen für Amerika nur eine „Quelle strategischer Schwäche" seien. Das Autonomieversprechen der Roosevelt-Regierung an die Philippinen läßt sich daher leicht verstehen und strategisch begründen.

Die Ergebnislosigkeit der Brüsseler Konferenz über den Chinakonflikt läßt sich aus der Überlegenheit der japanischen Seemacht in den chinesischen Gewässern mühelos ableiten. Ebenso wie jede tatkräftige Unterstützung der angelsächsischen Mächte für China in Brüssel mißlang, ebenso erfolglos endeten die Verhandlungen in Genf. Die fluchtartige Abreise der Herren Eden und Delbos aus Genf, als der chinesische Delegierte um Hilfe bat, beleuchtet in tragikomischer Weise die Handlungsunfähigkeit dieser großen Seemächte im Fernen Osten. Dabei soll man keineswegs die tiefe Interessengemeinschaft der angelsächsischen Großmächte unterschätzen. Sie sind sich zweifellos einig über ihre antijapanische Haltung, über ihre Verteidigungsbereitschaft des weltpolitischen status quo und last not least ihrer „demokratischen Ideale". Wenn trotzdem keine gemeinsame Aktion erfolgte, dann eben wegen der Stärke der japanischen Seemacht!

Die englische Militärzeitschrift „United Services Review" schrieb in ihrer Nummer vom 30. Dezember 1937, „daß es nicht unmöglich sei, daß eine Zeit kommt, in der die ‚Gelbe Gefahr' zu einer gegenseitigen Betrachtung in England und USA. führt. Diese beiden großen Weltmächte stehen für dieselben Ideale ein, und diese Ideale finden keinen Platz bei Japan. Eine vereinigte, wenn auch nicht notwendigerweise alliierte Front von Großbritannien und USA. würde wahrscheinlich genügen, um ein Halt der Eroberungen zu erzielen, ohne einen einzigen Schuß abzugeben. Aber der Druck der Kampfkraft hängt vollständig von der Bereitschaft ab, jene Kraft in Bewegung zu setzen. Singapore ist eine Schlüsselstellung der britischen Seeverteidigung im Fernen Osten. Hawai ist ein Außenposten der USA. zur Seeverteidigung der Pazifikzone. Die beiden Plätze sind sehr weit entfernt voneinander, doch repräsentieren sie gut die Flanken eines möglichen Widerstandes, außerhalb deren kein Feind etwas zu unternehmen wagen würde. Eine britische Schlachtflotte auf Singapore basiert und eine amerikanische Schlachtflotte auf Hawai basiert, deuten einen sehr überzeugenden Hintergrund an für diplomatische Vorstellungen." Nach der amerikanischen Auffassung liegt der strategische Wert Hawais in seiner Fähigkeit, jede Annäherung an die kalifornische Küste zu decken[1]). Doch kann der Platz auch noch einen weiteren Einfluß ausüben. Die defensive Stärke von Singapore ist bekannt. Über die Einzelheiten üben die britischen Behörden Zurückhaltung. Offener sind die Amerikaner, die kürzlich Maßnahmen bekanntgaben, um Hawai

1) Wir werden in Kürze einen eingehenden Augenzeugenbericht über Anlage und Erfahrungen der großen USA.-Flottenmanöver im Pazifik veröffentlichen und damit unseren heutigen Beitrag ergänzen. Die Schriftleitung.

„uneinnehmbar zu machen von See, Land und Luft". Dieser Prozeß verlangt eine Ausgabe von $7^1/_2$ Millionen Pfund. Der Hickman-Flugplatz wird in den größten Flottenflugplatz der Welt umgewandelt. Unterirdische Magazine werden für eine Reserve von 2 Millionen Gallonen Öl, für Munition und chemische Kriegsführung (also doch?) vorbereitet. Batterien von 16 Zoll (40,6 cm) werden alle Landungsplätze decken, an denen ein Feind Fuß fassen könnte. Die ständige Garnison wird auf 20000 Mann verstärkt, ausgerüstet mit den letzten Tanktypen. Die ständige Zahl der Kriegsschiffe mit der Station Pearl-Harbour wird sehr verstärkt. Soweit die englische Militärzeitschrift.

Sicherlich steht Hawaii nach seiner Fertigstellung nicht hinter Singapore zurück. Was den Ausbau von letzterem anbetrifft, so erfuhr die Welt bei dieser Gelegenheit, daß die Engländer dort neue Geschütze von 45-cm-Kaliber einbauten. Zahlreiche Manöver erhärten immer wieder die Stärke dieser Seefestung. Trotzdem gibt es in England Menschen, die an der Stärke Singapores Zweifel hegen.

In der Nummer vom 23. Dezember 1937 beschäftigt sich zum Beispiel Sir Herbert Russell in „United Services Review" mit einer Äußerung des Generals Sir Jan Hamilton, Singapore könnte durch eine Belagerungsarmee ebenso genommen werden wie Port Arthur. Russell hält ihm aber entgegen, daß das Fußfassen auf Malaya die Beherrschung von über 3000 Seemeilen Seewege voraussetzt, um eine Landungsarmee mit dem nötigen Material zu versorgen. Die strategische Stärke Japans liegt in seiner Fähigkeit, die eigene Kriegszone zu wählen im nahen Bereich seiner Küsten. Die chinesischen Gewässer sind dazu sehr günstig. Schon die Einnahme von Hongkong würde schwierig genug sein. Aber Singapore liegt weit außerhalb der erwähnten Zone. Es ist nicht allgemein bekannt, daß die Entfernung von Malaya zum nächsten japanischen Heimathafen 2980 Seemeilen beträgt, ungefähr soweit wie von Liverpool nach New York. Jede Belagerung dauert Zeit, und es wäre möglich, eine genügende Flottenmacht bei Singapore zusammenzuziehen. Wo auch eine Armee gelandet sein mag, ihre Seeverbindungen würden hoffnungslos bedroht sein. Alle unsere Überseefeldzüge haben die Beherrschung der See und ihre Freiheit für unsere Militärtransporte vorausgesetzt. Selbst wenn Sir Jan Hamilton recht hätte, würde Singapore von den Japanern nicht gehalten werden können gegen die furchtbaren Angriffe, die die britische Flotte unternehmen würde. Zum Schluß erklärt Russell es als äußerst bedauerlich, daß ehemalige hohe britische Offiziere oft erklären, Gibraltar, Malta, Singapore oder Hongkong wären „unhaltbar" gegen gewisse Mächte. Man dürfe wohl annehmen, daß die verantwortlichen Männer darüber besser Bescheid wissen.

Im übrigen steht England bei Singapore kaum allein. Auch Frankreich und Holland haben Interessen dort zu verteidigen. Die Gerüchte, daß diese drei Kolonialmächte sich gegenseitig ihre Kriegshäfen zur Verfügung stellen wollen, erscheinen durchaus glaubwürdig. Die französische Seemacht im Fernen Osten stützt sich vor allem auf Indochina (22 Millionen Einwohner), wo zahlreiche gute Häfen vorhanden sind. Saigon-Pointe St. Jacques, an einer großen Flußmündung gelegen, ist die Hauptmarinestation mit Docks für Kreuzer und Reparaturmöglichkeiten für leichte Schiffe. In den letzten Monaten wurde die Ausrüstung und die Luftverteidigung von Saigon im Hinblick auf die Lage im Fernen Osten verbessert. Ähnliche Aufmerksamkeit wurde dem wertvollen Hilfsstützpunkt von Camranh (wo Admiral Rodjewensky auf seinem unglückseligen Weg nach Tsushima 1904 mit seiner Flotte rastete) und der Bay d'Along-Haiphong zugewendet, wo ein Seeflughafen besteht. Schwere Batterien schützen diese Flottenstützpunkte, die durchweg gute Ankerplätze bieten.

An Seestreitkräften haben die Franzosen dort die Division des Fernen Ostens unter Vizeadmiral Le Bigot stehen mit 2 Kreuzern von 8000 ts, 3 Kolonialavisos von 2000 ts, die in Wirklichkeit kleine Kreuzer sind, und einige Küsten- und Flußkanonenboote. In Saigon liegen noch 2 alte U-Boote, die demnächst durch 2 moderne U-Boote verstärkt werden. Der Schulkreuzer „Jeanne d"Arc" bleibt anschei-

nend vorläufig in Indochina. Diese Streitmacht wurde kürzlich noch verstärkt durch die 4. Kreuzerdivision, die eigentlich dem Atlantikgeschwader angehört. Sie umfaßt 3 eben fertiggestellte Kreuzer, „Georges Leygues" als Flaggschiff, „Montcalm" und „Gloire". Sie zählen zu den schnellsten Einheiten ihrer Serie (Höchstgeschwindigkeit 36 Knoten). Der Chef des Geschwaders, Konteradmiral Godfroy, ist ein bekannter Flieger. Sein Chef des Stabes, Perrot, gilt auf Grund seiner früheren Kommandos als derjenige französische Seeoffizier, der am besten mit Fernoststrategie vertraut ist.

Wie man sieht, haben auch die Franzosen nur leichte Seestreitkräfte hier draußen liegen. Bei der politischen Auffassung in Paris ist auch nicht damit zu rechnen, daß wesentliche Verstärkungen, die die Heimatwehrmacht schwächen würde, nach Indochina verlegt werden. Die Indochinapolitik ist in Frankreich immer denkbar unpopulär gewesen und brachte seinerzeit dem Ministerpräsidenten Jules Ferry den Spottnamen „Tongkinois" ein. Durch das benachbarte Siam, das unter zunehmendem japanischem Einfluß steht, ist die französische Stellung etwas bedrückt. Sie läßt sich nur halten mit englischer Hilfe. Das aufstrebende Siam eifert mit großem Erfolg dem Vorbild Japans in der Modernisierung nach; es muß heute immerhin als Machtfaktor gewertet werden. Seine Wehrmacht, die über eine gut ausgerüstete Armee von 60 000 Mann (bei 300 000 Mann Reserve) und über eine kleine Marine verfügt, gilt als ausgezeichnet. Die Luftwaffe entstand bereits 1913. Wenn im Zusammenhang mit dem japanischen Einfluß immer wieder Meldungen in der Weltpresse über den Kanal von Kra auftauchen, so muß man dies als Zweckpropaganda oder Zeitungsente betrachten. Denn ein solcher Kanal würde zweifellos von England nicht geduldet werden und Siam in gefährliche politische Situationen hineinziehen, denen es auf keinen Fall gewachsen sein dürfte.

Der niederländische Inselbesitz hat in dieser Beziehung eine freiere Stellung. Aber auch er dürfte auf die Dauer nur in Anlehnung an eine stärkere Macht gehalten werden können. Die geringen Streitkräfte, die Holland hier unterhält, können allein den Schutz nicht übernehmen. Parallel mit einer bescheidenen Aufrüstung gehen daher Bemühungen um eine Zusammenarbeit mit andern Mächten. Im November 1936 trafen bereits in Singapore englische, amerikanische, holländische und französische Kolonialbeamte und Offiziere zusammen. Seitdem haben sich derartige Besuche oft wiederholt. Singapore wurde immer mehr zur Schlüsselstellung der Kolonialmächte alten Stils. Nicht umsonst waren bei der feierlichen Einweihung der Dockanlagen von Singapore, die Schiffe bis zu 50 000 t aufnehmen können, zahlreiche fremde Kriegsschiffe anwesend, darunter auch drei amerikanische Kreuzer. Diese Geste besitzt in der heutigen Zeit einen besonderen Wert für England. Ebenso wichtig ist die Fertigstellung der neuen englischen Flottenbasis für Holland, dessen Presse schon seit langem die Interessengemeinschaft der beiden dicht benachbarten Kolonialmächte England und Holland betont. In einem Vortrag im Haag betonte kürzlich der Generalmajor der niederländischen Kolonialarmee Kies („Die Sicherheit Niederländisch-Indiens innerhalb des Weltsystems"), daß dem indonesischen Archipel an der Südostspitze Asiens eine beherrschende Rolle zukomme.

„Alle Handelsverbindungen Europas und Afrikas mit Ostasien und mit der östlichen Hälfte Australiens liefen durch die Meeresstraßen des holländischen Archipels und könnten von dort aus kontrolliert und nötigenfalls abgeriegelt werden, wenn eine starke Macht diese wichtigen Inseln in ihren Besitz bringen würde. Hieraus ergebe sich, daß es besonders das Britische

Imperium niemals zulassen würde, daß seine dort hindurchlaufenden Verbindungen zu andern Weltteilen von einer andern Großmacht beherrscht werden würden. Die Erwägung, daß dieser Archipel sich nicht in den Händen einer Großmacht befinden dürfe, gelte auch für andere Großmächte. In der allseitigen Erkenntnis dieses strategischen Gleichgewichtszustandes habe bisher die natürliche Sicherheit Niederländisch-Indiens gelegen. Dagegen müsse man in Holland ernstlich die Möglichkeit bedenken, daß Indonesien bei einem eventuellen Konflikt in bestimmten Teilgebieten zum Kriegsschauplatz gemacht werden könne. Aus diesem Grunde müsse die niederländisch-indische Wehrmacht stark genug sein, um Verletzungen der holländischen Neutralität erfolgreich abwehren zu können."

Die Kräfteverteilung

Im wesentlichen erhält der Pazifische Ozean seine Dynamik heute von der japanischen Politik. Dementsprechend liegt der Kern der Spannung am Westrande des Pazifik in den chinesischen Gewässern. Wenn man die Seemachtlage in dem Raum zwischen Singapore und Sachalin auf Grund der dort stehenden Seestreitkräfte untersucht, dann kommt einem erst richtig die Kräfteverschiebung in den letzten 30 Jahren zum Bewußtsein. Die Zeiten sind vorüber, in denen die europäischen Seemächte durch ihren Einspruch die ostasiatische Politik beherrschten. Japan hat nicht vergessen, daß es durch den Druck der Seestreitkräfte der Interventionsmächte, die in Ostasien nicht weniger als 53 Einheiten stehen hatten, um die Früchte des Friedens von Shimonoseki 1895 gebracht wurde. Seine eigene Seemacht reichte damals noch nicht aus, um diesem Druck zu widerstehen. Heute ist das Bild ein völlig anderes. Die Anzahl der Seestreitkräfte im Raum zwischen Singapore und Sachalin, der gewissermaßen eine strategische Einheit bildet, läßt gut auf die Interessen der einzelnen Mächte im Fernen Osten schließen. Besonders deutlich wird das Bild, wenn man die Liste der in Ostasien befindlichen Schiffe mit den dazugehörigen Heimatstreitkräften vergleicht. An der Spitze steht Japan mit seiner gesamten Schlachtflotte, die hier kein Kolonialgebiet, sondern das Mutterland und seine Lebenslinie verteidigt. Dann folgt dichtauf Holland, dessen niederländisch-indische Seestreitkräfte zumindest an Qualität die Heimatflotte übertreffen, ein Zeichen der geopolitischen Bedeutung der ostindischen Inseln für das kleine Mutterland. England hat verhältnismäßig schon weniger Einheiten in Fernost, ebenso USA. und Frankreich, bis herunter zu Portugal, das nur durch ein einziges Kanonenboot vertreten ist. Das japanische Übergewicht ergibt sich deutlich aus der unten folgenden Tabelle. Die Verluste der dort aufgeführten chinesischen Streitkräfte sind schwer festzustellen. Die meisten der Schiffe dürften nicht mehr vorhanden sein. Über die Stärke der sowjetrussischen Fernostflotte gehen die Ansichten auseinander, da Angaben hierüber von den Sowjets verweigert werden. Große Schiffe scheinen nicht vorhanden zu sein, dagegen zahlreiche Unterseeboote, deren Zahl in den Angaben zwischen 58 und 200 schwankt. Die Neubautätigkeit soll sehr rege sein. Ebenso wie die russische U-Bootflotte, muß auch die in Wladiwostok stehende Luftflotte als eine ernsthafte Waffe gegen den japanischen Inselbogen angesehen werden.

Diese Liste ergäbe natürlich ein falsches Bild, wenn sie nicht ergänzt würde durch die Gegenüberstellung der Gesamtflotten der großen Seemächte. Während Japan seine Flotte zusammenhalten kann, sind die andern Mächte zu einer Verteilung gezwungen, besonders die am meisten ozeanische Macht unter ihnen, das Britische Weltreich. Die Kräfte, die es in kurzer Zeit nach dem Fernen Osten werfen kann, sind nur gering. Im Ernstfall könnten die Kreuzer der indischen Station bei

Seestreitkräfte im Fernen Osten Anfang 1938

	Schlachtschiffe	Flugzeugschiffe	Kreuzer	Zerstörer u. Torpedoboote	U-Boote	Kanonenboote
Japan	9	6	40	107	60	11
England	—	1	6	10	15	25
Frankreich	—	—	6	6 [1]	4	9
Holland	—	—	3	4	4	1
USA	—	—	4 [2]	13	6	9
Rußland	—	—	—	6	200 ?	12
China	—	—	8 ?	4 ?	—	27 ?
Italien	—	—	1	—	—	1
Siam	—	—	—	16	4	5
Portugal	—	—	—	—	—	1

[1]) Avisos. [2]) Normal nur 1 Kreuzer.

mittlerer Marschfahrt (20 sm) von Kolombo aus in drei Tagen in Singapore und in weiteren drei Tagen in Hongkong sein. Das Mittelmeergeschwader, das allein außer der Heimatflotte über Schlachtschiffe verfügt, kann bei 20 sm Marschgeschwindigkeit erst nach 12 Tagen in Singapore und nach 15 Tagen in Hongkong sein (Entfernung von Malta bis Singapore 5969 sm = 10744 km). Von der Heimat entsandte Streitkräfte brauchen bis Singapore 16 Tage. Bei einer Sperrung des Suezkanals beträgt der Weg von Malta um Afrika herum nach Singapore 10700 km mehr. Das Heranziehen der Mittelmeerflotte benötigt dann also 12 Tage mehr[1]). Ähnliche Entfernungen hätte die amerikanische Flotte zurückzulegen. Abgesehen von der Zeitverzögerung, die sich für die angelsächsischen Mächte bei den riesigen Entfernungen ergibt, wird die politische Lage in andern Weltteilen einen solchen Abzug wichtiger Seestreitkräfte kaum erlauben. Die amerikanischen wirtschaftlichen Fernostinteressen sind in den letzten Jahren ständig zurückgegangen. Auch der englische Handel in China hat sich auf Grund der japanischen Konkurrenz wesentlich verschlechtert. Würde man deswegen einen Krieg in Kauf nehmen? Man darf annehmen, nein. Die amerikanische Philippinenpolitik begünstigt diese Auffassung.

Die Kriegsmarinen der drei großen Seemächte Anfang 1938

	Schlachtschiffe	Flugzeugträger	Kreuzer	Zerstörer	U-Boote
England	15	8	60	160	52
USA	15	6	29	217	84
Japan	9	6	40	107	60

Läßt sich bei diesem Kräfteverhältnis eine gemeinsame angelsächsische Blockade zum Zwecke von Sanktionen gegen Japan durchführen? Das wäre bedeutend schwerer als bei Italien, das auf die beiden Zugänge des Mittelmeeres angewiesen ist. Als Ausgangspunkte einer Fernblockade (und nur eine solche käme in Frage) könnten Singapore und Panama-Hawai dienen. Eine solche Blockade könnte niemals lückenlos sein. Außerdem bleibt so viel Raum zur Verfügung, aus dem Japan Rohstoffe schöpfen könnte, daß der Erfolg nicht den Mitteln entsprechen würde. Hinsichtlich fehlender Nahrungsmittel und Rohstoffe kann Japan heute mehr und mehr auf China zählen (Reis, Baumwolle, Kohle, Erze). Die stärkste Abhängigkeit besteht noch in Öl, wovon 1935 noch 3,26 Millionen Tonnen eingeführt wurden. 75% davon stammten aus den Vereinigten Staaten, 11% aus Niederländisch-Indien und 6% aus Britisch-Indien. Aber auch diese Abhängigkeit vom Öl dürfte auf

1) Vgl. Th. Arps: „Der Stille Ozean in wehrgeographischer Betrachtung" in: Kleine Wehrgeographie des Weltmeeres. Berlin 1938. S. 20.

Grund der italienischen Erfahrungen während der Sanktionszeit nicht entscheidend sein. So ergibt sich, im ganzen gesehen, eine beachtenswert starke Stellung Japans.

Als auf der Washingtoner Flottenkonferenz 1922 das Stärkeverhältnis der drei großen Seemächte England-Amerika-Japan auf 5 : 5 : 3 festgelegt wurde, empfand man das in Japan als eine große Niederlage und einen starken Prestigeverlust. Und doch war dieser Verteilungsschlüssel für Japan, objektiv betrachtet, sehr günstig. Dazu kam noch, daß Japan seine Vertragstonnageziffer bis zum letzten ausnutzte, während die angelsächsischen Mächte einige Lücken eintreten ließen. In Wirklichkeit wurde also das Verhältnis für Japan noch günstiger. Trotzdem stellte man von Japan aus mit unbeugsamer Energie die Gleichberechtigungsforderung, weil man die geringere Ziffer als eine nationale Beleidigung empfand. Die Folge war, daß Japan zu Ende 1936 den Washingtoner Vertrag kündigte und von nun an von allen Bindungen vertraglicher Natur frei war. Japan hatte sich in seinem jahrzehntelangen Kampf um moderne Seegeltung endlich seine Freiheit erkämpft. Da auf der Londoner Flottenkonferenz 1936 nur die Größenbeschränkungen der Kriegsschiffe aufrechterhalten wurden, aber nicht mehr die Globaltonnage beschränkt wurde, verweigerte Japan seine Unterschrift. Es forderte Begrenzung der Größe und des Kalibers sowie der Anzahl der Kriegsschiffe bei voller Gleichberechtigung mit den großen Seemächten. Diese Forderung, die praktisch ein japanisches Übergewicht in Ostasien bedeuten würde, lehnten USA. und England ab. Die japanische Delegation verließ daraufhin die Londoner Konferenz. In einer Erklärung legte sie ihre Haltung und ihre Gründe so dar:

„Angesichts der derzeitigen bemerkenswerten Entwicklung der Kriegsschiffe, der Luftfahrt und der andern Kriegswaffen können die gegenwärtig bestehenden Flottenverträge, die nicht nur eine verschiedene Flottenstärke unter den Mächten zulassen, sondern auch die Beibehaltung von Angriffswaffen gestatten, nicht länger mehr als ausreichend für die Sicherheit unserer nationalen Verteidigung angesehen werden. Die Zubilligung einer niedrigeren Verhältnisziffer ist unserm nationalen Ansehen so schädlich, daß schwere Rückwirkungen in unserm Lande entstehen müssen, weil diese ungünstige Verhältnisziffer einen Quell dauernder und tiefer Unzufriedenheit für unser Volk darstellt." (Vgl. hierüber das eingehende Werk von Gustav Jensen, Japans Seemacht. Berlin 1938.)

Nachdem Japan die Flottenkonferenz verlassen hatte, setzten sofort Gerüchte ein über eine geheime Bautätigkeit Japans. Man behauptete, daß auf japanischen Werften Schlachtschiffe und Kreuzer im Bau seien, die die Größenbestimmungen des Londoner Vertrages übertreffen. Von der japanischen Regierung wurden diese Gerüchte der Weltpresse immer dementiert. Da die Marine im übrigen über ihre Bautätigkeit beharrlich schwieg, mußten sich die Gerüchte natürlich weiterhin erhalten. England, Amerika und Frankreich machten einen letzten Versuch, über die Absichten der Japaner Klarheit zu erlangen, indem sie Anfang Februar 1937 gleichlautende Noten in Tokio überreichen ließen, mit der Frage, ob Japan erklären wolle, daß es keine Schlachtschiffe über 35 000 Tonnen und 40,6 cm Kaliber baue. In ihrer Antwortnote vom 12. Februar erklärte die japanische Regierung, daß sie nicht in der Lage sei, dem Wunsch nach Bekanntgabe ihres Flottenbauprogramms zu entsprechen. Damit sind die Bindungen des Londoner Flottenabkommens 1936 auch für die übrigen Mächte hinfällig geworden.

Die Gründe für das japanische Verhalten sind schwer zu erklären. Am nächsten kommt wohl die Vermutung, daß Japan durch den sprunghaften Übergang zu größeren Schiffen die bisherigen Schiffstypen entwerten will, um somit einen Vorsprung vor den andern Seemächten

zu erreichen. Man stände damit vor einer ähnlichen Lage, wie sie England 1906 durch den Übergang zur „Dreadnought-Klasse" schuf. Ob diese Ansicht zutrifft, muß die Zukunft erweisen. Vielleicht erwarten auch die Japaner, daß die amerikanische Marine wegen der Größenverhältnisse der Panamaschleusen nicht zu größeren Schlachtschiffen übergehen können. Bei der Weltreise des englischen Schlachtkreuzers „Hood" (42 000 t), des derzeit größten Kriegsschiffes der Welt, zeigte es sich nämlich, daß die Panamaschleusen nur noch ein Minimum an Spielraum ließen, so daß sogar Beleuchtungskörper beschädigt wurden. Das trifft allerdings nur für die Schiffsbreite zu. Auf jeden Fall hat sich Japan nunmehr in ein gefährliches Wettrüsten eingelassen, von dem es fraglich ist, ob es das gegenüber den finanziell, wirtschaftlich und technisch stärkeren angelsächsischen Mächten auf die Dauer durchhalten kann.

Wie ist die Lage zur Zeit in bezug auf die Neubauten? Der Meinungsstreit zwischen Schlachtschiff und Flugzeug hat sich inzwischen zugunsten des ersteren entschieden. Man hat sich wieder daran gewöhnt, die Kampfkraft einer Kriegsflotte nach der Zahl und dem Zustand ihrer Großkampfschiffe zu bewerten. Betrachten wir also vor allem diese Schiffsklasse. England hat 5 Schlachtschiffe der „King George V."-Klasse (zu 35 000 Tonnen mit zwölf 35,6-cm-Geschützen) auf Stapel, denen im Laufe dieses Jahres voraussichtlich fünf weitere mit schwererem Kaliber folgen werden. Alle diese Schiffe können vor 1940—1941 nicht fertig sein. Dann aber verfügt England über 25 Großkampfschiffe; mit ihnen kann es den sog. Jellicoe-Plan durchführen, d. h. drei Linienschiffsflotten bilden: die Heimatflotte, die Mittelmeerflotte und die Ostasienflotte mit dem Stützpunkt Singapore. Mit diesem Schlachtgeschwader, dem ausgebauten Kriegshafen Singapore und dem verstärkten Hongkong wird sich die britische Stellung in Fernost wieder festigen.

Die Vereinigten Staaten haben 2 Schlachtschiffe im Bau von ebenfalls 35 000 Tonnen mit neun 40,6-cm-Geschützen. Einige weitere sind soeben bewilligt worden; sie werden vermutlich eine Tonnage über je 40 000 Tonnen haben. Admiral Leahy sagte vor der Kongreßkommission, daß die amerikanische Kriegsflotte um 1943 bis 1944 herum 21 große Schlachtschiffe (statt bisher 15) zählen wird. Auch die übrige Flotte wird natürlich vergrößert. Dazu kommt der fieberhafte und streng geheimgehaltene Ausbau der großen pazifischen Flotten- und Luftstützpunkte auf den Alëuten (Dutch Harbor), in Alaska (Sitka) und auf den Hawai-Inseln (Oahu). Es ist übrigens interessant, daß Admiral Leahy vor der Kommission eine Schlachtflotte mit größtem Aktionsradius forderte, die auch für den Angriff geeignet sei.

Welches Programm die Japaner den angelsächsischen Absichten entgegenstellen, ist nicht bekannt. Es wird von der Vertragsfreiheit sicherlich weitesten Gebrauch machen. Das eine steht fest; auf Grund der heutigen Seemachtlage hat Japan bis zum Jahr 1940 eine große Chance für die Durchführung seiner politischen Ziele in Ostasien. Infolge der langen Bauzeit der neuen Schiffe, wird sich bis dahin das Stärkeverhältnis nicht wesentlich ändern. Von 1941 an wird sich die Lage für Japan voraussichtlich allmählich ungünstiger gestalten, denn die technischen Mittel Englands und US-Amerikas sind eben doch größer als diejenigen Japans. Allerdings soll man das zahlenmäßige gegenseitige Verhältnis nicht allein betrachten; letzten Endes sind es die Menschen und nicht die Maschinen, die die geschichtlichen Entscheidungen erzwingen.

F. W. BORGMAN:

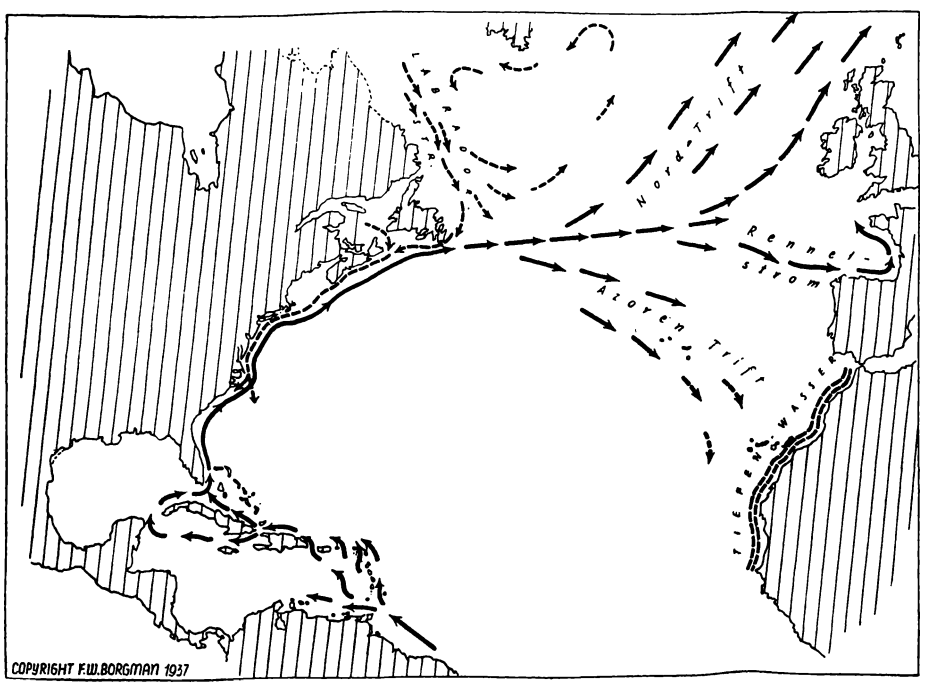
Klima und Politik im Eismeer

Die Temperaturverschiebungen in der eurasischen Arktis

Auch der Durchschnittsgebildete verbindet mit der unter dem Namen Eiszeit geläufigen europäisch-sibirisch-nordamerikanischen Vergletscherung nicht mehr den Begriff eines einheitlichen, durchlaufenden Zeitablaufs, sondern ist sich des Wellencharakters der Eiszeit bewußt; doch knüpft er an diese vor- oder rückwärtsbewegenden Kältewogen die Vorstellung sehr großer, mit Jahrhunderten und -tausenden bewerteter Zeiträume und entsprechend langsamer Temperaturverschiebungen.

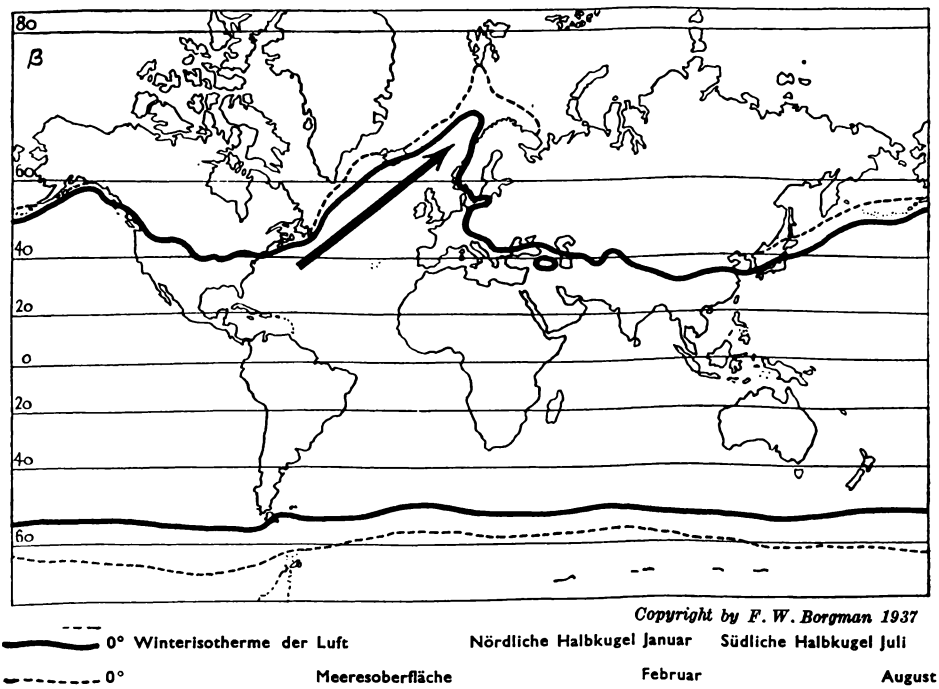
Auch der Wissenschaftler sieht das sog. eiszeitliche Problem fast ausschließlich unter diesem Gesichtswinkel, fast „sub specie aeternitatis", und beide, Fachmann wie Laie, nehmen zu den tatsächlichen Auswirkungen dieser Temperaturschwankungen Stellung etwa in dem Sinne, als beträfen sie entsprechend lange Generationsfolgen, seien aber unwesentlich, wo es eine so kleine Einheit wie das lebende Geschlecht, kurz die Gegenwart betreffe.

Und doch ist dies nicht richtig. Übersehen wird gemeiniglich, daß neben den bisher fast ausschließlich beachteten langperiodischen Temperaturschwankungen kurzfristige bestehen, die entsprechend weniger tiefe, ja fast gar keine geologischen und archäologischen Spuren hinterlassen, aber dennoch — und auf das kommt es uns hier an — auf die menschliche Dynamik der betroffenen Räume von bestimmender Einwirkung gewesen sind und noch sind.



Karte 1: Golfstrom und Ausläufer

Der Einfluß des Golfstroms auf das europäische Klima ist bekannt. In drei Ausläufern strahlt er auf die europäisch-nordamerikanische Küste zu. Ein südlicher Arm steuert über die Azoren auf die nordafrikanische Küste; bevor er sie erreicht, kühlen ihn jedoch die dort aufsteigenden atlantischen Tiefenwasser ab. Der mittlere Arm findet in dem die Biskaya-Bucht ausrundenden Rennelstrom seinen Abschluß. Hingegen streift die nördliche Trift die ganze europäische Nordwestküste entlang, treibt die o-Isotherme der Januarluft, die auf dem Großteil der nordamerikanischen und eurasischen Landmasse bis zu 40° N und noch weiter südlich heruntergreift, zwischen Jan Mayen und dem Nordkap bis auf 70° N hinauf und ermöglicht damit — einzig dastehend auf unserem Erdball — zivilisiertes Leben in Breiten, über denen an allen anderen Gebieten der Erde der Kältehauch polaren und subpolaren Klimas lastet.



Karte 2: Winter-0-Isotherme

Es ist mehr als einmal die spekulative Frage aufgeworfen worden, welches die Folgen für unser europäisches Dasein würden, wenn der Golfstrom, der unser Klima — und damit eine der Grundlagen unserer Existenz — entscheidend beeinflußt, eine Veränderung erfahren würde, sei es nach der positiven (Temperaturerhöhung), sei es nach der negativen Seite hin (Temperatursenkung). Über diesen spielerischen Erwägungen wird meist die Wirklichkeit übersehen: daß solche Schwankungen tatsächlich stattgefunden haben und noch stattfinden.

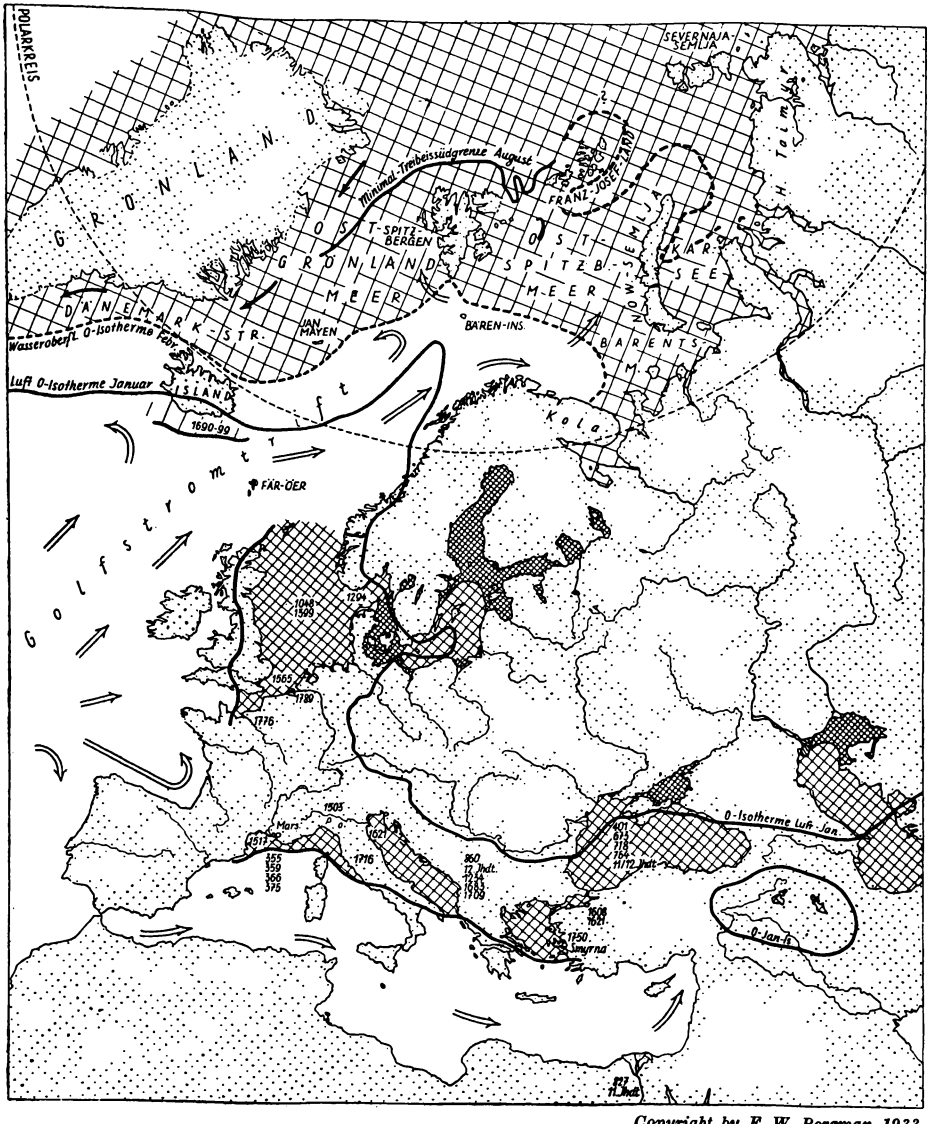
Es gibt natürlich — denn dafür ist die systematische meteorologische Beobachtung viel zu jung — noch kein statistisches Material von der Ausführlichkeit und Strenge,

die erforderlich ist, um unserer im folgenden ausgesprochenen Vermutung und Überzeugung bereits heute den Charakter einer wissenschaftlich unanfechtbaren Tatsache zu verleihen. Immerhin liegen doch schon so viele geschichtliche Zeugnisse vor, daß der Geodynamiker die hier angeschnittene Frage dem Fachgelehrten als eine der wichtigsten Aufgabestellungen übergeben darf und muß. Nicht in dem Sinne eines bequemen: ‚mach du die Arbeit, zu der ich selber nicht imstande bin', sondern mit der gleichen Berechtigung und Notwendigkeit, mit der der Reeder oder General den Schiffsbauer oder Geschützbauer vor eine große dankbare Aufgabe stellen.

Vorhandene Unterlagen sind in nachstehender Tabelle zusammengetragen. Noch mehr: es ist bereits versucht worden, das Ergebnis in eine Karte einzutragen und dadurch die Vorteile des graphischen Verfahrens auch bei unserer Untersuchung nutzbringend anzuwenden.

Zeittafel scharfer Temperatur-Rückschläge in geschichtlicher Zeit (in Europa)

300	355	Küsten Südeuropas vereist.
	359	Ebenso.
	366	Ebenso.
	375	Ebenso.
400	401	Kältejahr.
	431	Kältejahr.
500	500–99	eine Reihe Kältejahre.
600	600	Milde Periode.
	673	Schwarzes Meer: Eis mehrere Ellen dick. Schmelzwasser über die Mauern Konstantinopels.
700	718	Strenger Winter in Europa. Konstantinopel 100 Tage Schnee.
	764	Strenger Winter in Europa. Schwarzes Meer und Dardanellen wochenlang gefroren. Schneedecke tief und lange liegend. Beim Auftauen Überschwemmungskatastrophe im Bosporus.
800	827	Nil gefroren. Europa 6 Monate Schneedecke.
	860	Über die gefrorene Adria Verkehr mit schweren Lasten von Italien nach Dalmatien.
	874	Europa 120–130 Tage Schneedecke.
900	900–99	MildePeriode.
1000	1000–99	sehr kalte Periode. Nil und Schwarzes Meer verschiedene Male vereist.
	1048	Nordsee gefroren. Norwegische Wölfe über das Kattegatt nach Dänemark.
1100	1100–1299	Vierundzwanzig Winter mit starker,
1200		anhaltender Kälte. Po, Adria, Schwarzes Meer vereist.
	1234	Adria vereist.
	1294	Reiter von Jütland nach Norwegen über Kattegatt.
1300	1306	Dänische Inseln 14 Wochen eingefroren. Verkehr über die gefrorene Ostsee.
	1323	Dänische Sunde und Belte vereist. Herbergen auf dem Eise für den Verkehr Schonen–Seeland.
	1399	Wie 1323. Nordsee vereist.
1400	1400–99	Fünfundzwanzig strenge Winter.
	1408	Lange strenge Kälte in ganz Europa.
	1424	Ostsee zu. Regelmäßiger Verkehr Lübeck–Danzig über das Eis. Herbergen auf demselben.
	1456	Wagenverkehr auf der gefrorenen Ostsee.
	1460	Verkehr über die gefrorene Ostsee Reval–Schweden–Deutschland–Dänemark.
	1466	Verkehr über Ostsee-Eis Deutschland–Schweden–Dänemark.
1500	1500–99	Im allgemeinen milde Periode.
	1503	Geht Pabst Julius mit Artillerie über den gefrorenen Po.
	1517	Hafen von Marseille mit dickem Eis belegt.
	1545	Trägt Ostsee-Eis zwischen Mecklenburg–Dänemark.
	1573	Unmittelbar vor Pfingsten noch direkter Verkehr über das Ostsee-Eis Reval–Schweden.
1600	1608	Bosporus vereist.
	1621	Bosporus und Bucht von Venedig vereist.
	1636	Noch am 21. März Verkehr über Ostsee-Eis Schonen–Bornholm.
	1643	Öresund zu.
	1658	Übergang der Schweden über den Kleinen Belt. Rom tief verschneit.
	1690–99	Mehrere strenge Winter. Vom höchsten Berge Islands kein offenes Wasser zu sehen, was beispiellos.
1700	1709	Berüchtigter Kältewinter. Dänische Sunde und Belte zu. Von Danzigs Kirchturm kein offenes Wasser zu sehen. Adria vereist.
	1716	In Deutschland und Italien Kältejahr. Eisboden bis 3 m tief.
	1729	Kältejahr.
	1740	Nächst 1709 kältester Winter des Jahrhunderts. In Paris 69 Tage unter 0°. In Oberitalien kälter als 1709.
	1750	Eis im Hafen von Smyrna. Jedoch in Uppsala am 28. Januar 8° Celsius warm.
	1767	Kalte Winter.
	1776	Kalte Winter.
	1780	Kalte Winter.
	1785	Kalte Winter.
	1789	Kalte Winter.
	1776	Seine bei Le Havre gefroren. Dänische Sunde und Belte vereist, jedoch Alandsmeer offen.
	1784	19. Februar bis 20. April Schlittenverkehr Finnland–Schweden über Alandsmeer. Von Rügen aus kein offenes Wasser zu sehen.
	1789	Ab Weihnachten Ostsee bei Aland und Gotland gefroren. Alands-Meer eisbelegt zum zweiten Male am 2. März und Fahrverkehr bis 14. April. 16. Mai noch Treibeis bei Aland. Im Januar Meer bei Ostende soweit von Küste zu sehen vereist. Wagenverkehr über Hollands Diep, was nicht einmal 1709 und 1740.
1800	1848	Flüsse und Seen in Süd- und Mitteleuropa vereist.
	1888	Großer Verkehr Finnland–Schweden über Alandsmeer, das vereist.
	1893	Strenger Winter. Dann Eintritt milderer Periode.
	1929	Dänische Sunde und Belte zu.
	1937	Lange Eis in den dänischen Sunden und Belten.



Copyright by F. W. Borgman 1933

Karte 3: Eiszeitartige Temperaturrückschläge in geschichtlicher Zeit

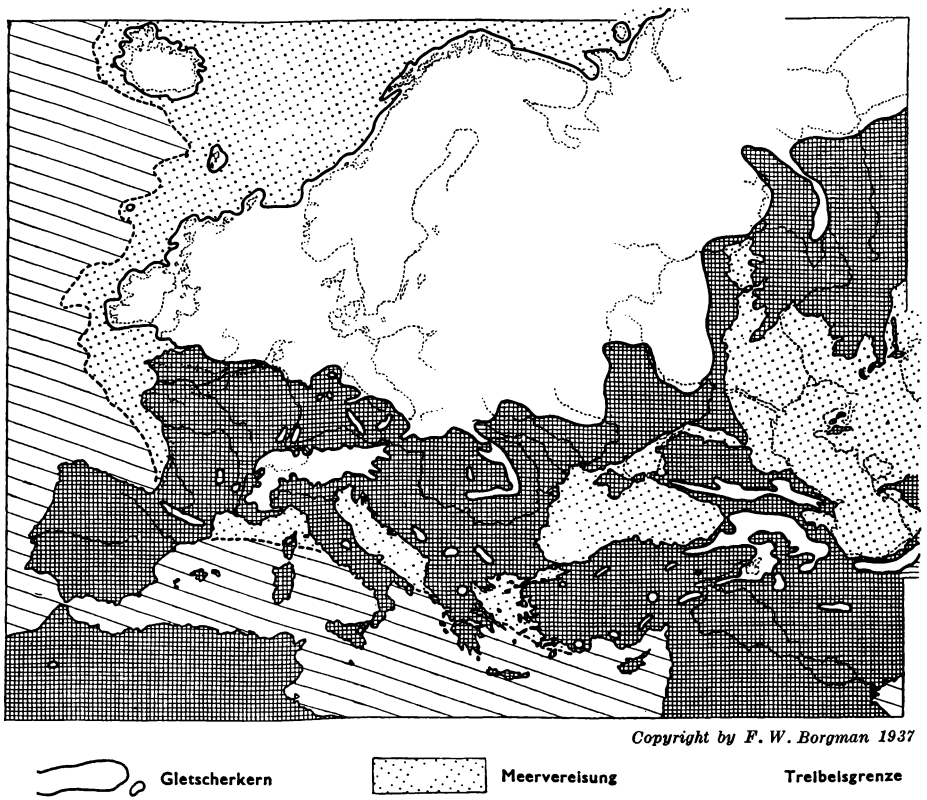
Ungeachtet des fragmentarischen Charakters unserer Unterlagen werden doch schon folgende Tatsachen mit festerer Kontur sichtbar:

1. Das Vorhandensein einer gürtelförmigen europäischen Rückschlagszone, deren Grenzen gegen den Norden von der 0-Isotherme (Luft) des Januar gebildet werden, deren südliche Ausdehnung — dies ist sowohl auf-

fällig wie bemerkenswert — mit der Kältezone der eiszeitlichen europäischen Vergletscherung in ihrer größten Ausdehnung deckt, wie nachstehende Karte veranschaulicht.

2. Ein Pendeln, darin bestehend, daß die Rückschläge meist nicht die ganze Zone überziehen, sondern entweder den nördlichen Teil (Nord-Ostseeraum) oder den südlichen (Mittelmeerraum).

3. Der sprunghafte, kurzwellige Charakter der Rückschläge.

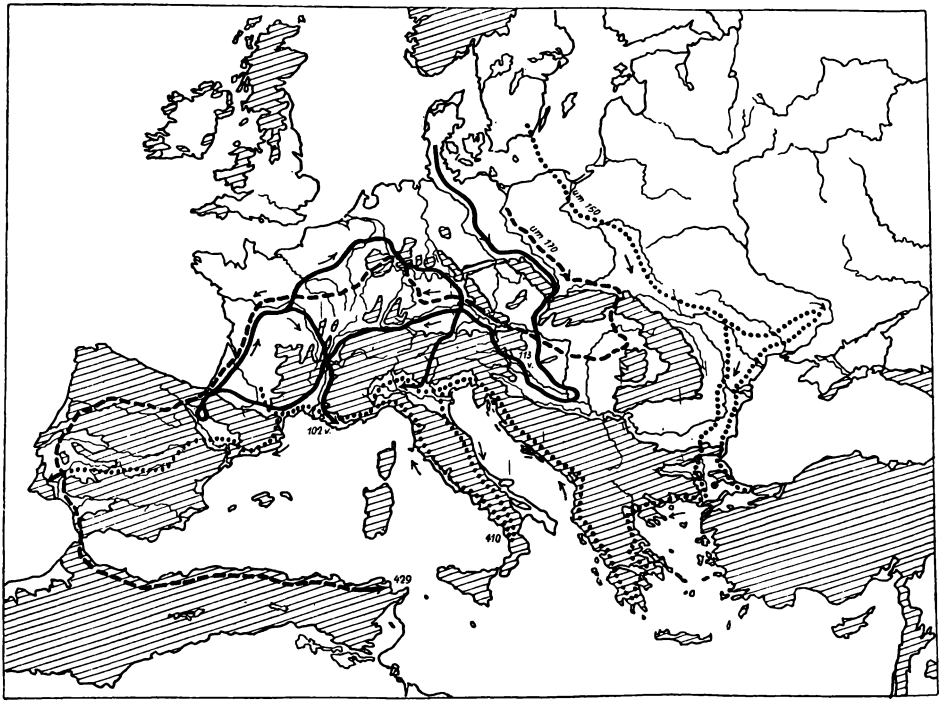


Karte 4: Maximalausdehnung der europäischen eiszeitlichen Kältezone und Vergletscherung

Während für den Fachgelehrten besonders Punkt 2 der wichtigste und interessanteste ist, indem er ihm über die Ursache der Temperaturverschiebungen Aufschluß gibt (Pendelbewegung des Golfstroms), interessiert uns vor allem Punkt 3.

Es leuchtet ein, daß langfristige, d. h. allmählich-langsame Temperaturveränderungen auf den Menschen und seine Lebensdynamik einen geringeren Einfluß haben als kurzwellige, jähe. Sich an erstere zu gewöhnen, hat er Zeit. Letztere aber brechen in mehr oder minder ausgeprägt katastrophaler Form über ihn herein. Dann gibt es nur eine Alternative: Vernichtung oder Flucht aus dem Raum! Sie ist um so zwingender, auf je naturnäherer Stufe er sich befindet: es gibt keine Technik und Wissenschaft, die ihn den Kampf mit den anstürmenden Naturmächten aufzunehmen befähigen.

Noch heute findet man in geschichtlichen Werken, die sich mit der germanisch-europäischen Völkerwanderung befassen, die sonderbarsten Ursachen angegeben: Übervölkerung des Nordens, Wanderlust der germanischen Völker. Die Germanen hatten ebensoviel und ebensowenig Wanderdrang wie alle anderen Nationen unter gleicher Bedingung: waren die Bedingungen des Lebensraums, in dem man sich befand, erträglich, verblieb man in demselben. Wurden sie unerträglich, so wurde



Copyright by F. W. Borgman 1937

Kimbern und Teutonen — Vandalen ..... Goten

Karte 5: Abzug nordgermanischer Völker vor eiszeitlichen Kälterückschlägen in den Mittelmeerraum

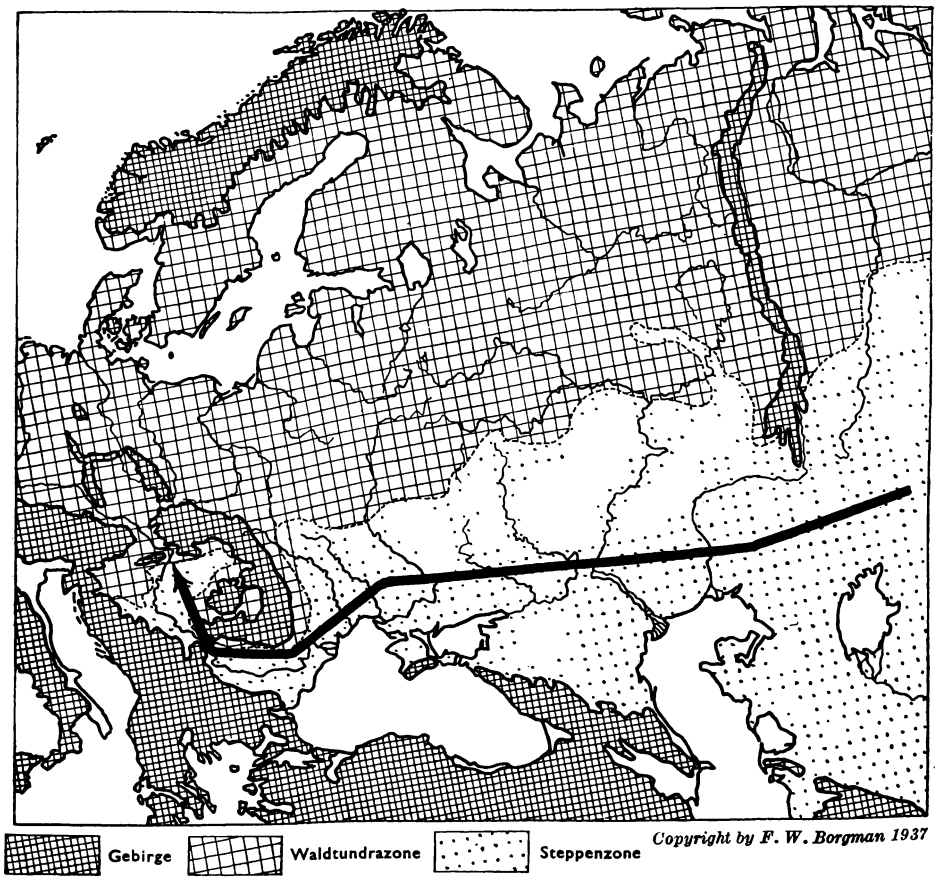
man zur Wanderschaft gezwungen. Es waren jähe Kälterückschläge, vor denen für die germanischen Völker die Rettung nur in der Flucht in wärmere Zonen lag.

Wir haben in vorstehender Karte die Flucht vor der Kälte einiger germanischer Stämme eingezeichnet. Sie strebt zunächst, der wegweisenden Dynamik der mitteleuropäischen Flüsse folgend, in den weniger bevölkerten europäischen Südosten, wird aber bald durch den Druck, den der ständig durch die südrussische Steppe vordringende eurasische Völkerstrom ausübt, westwärts gedrängt. Die Tragik ihrer Versuche, sich an den bereits besetzten Ufern des Mittelmeerraums nationalen Lebensraum zu erwerben, ist uns aus der Geschichte bekannt.

*

Als im 16. Jahrhundert die durch die päpstliche Aufteilung der Welt (Vertrag von Tordesillas 1493) in eine spanische und portugiesische Zone ausgeschlossenen

damaligen nordischen Seefahrernationen Holland und England ihre Aufmerksamkeit und Aktivität auf den nordöstlichen Seeweg um Sibirien herum nach China richteten, stand das Golfstrompendel in günstiger, nördlicher Stellung. 1503 bzw. 1517 werden für Po und Marseiller Hafen dickes Eis, sonst im allgemeinen für Europa ein mildes Säkulum verzeichnet. Das Nördliche Eismeer gestattete nicht nur den hölzernen, segelgetriebenen Entdeckerschiffen der Engländer und Holländer die



Karte 6: Eurasische Völkerstraße Ost-West

Befahrung der Barrents- und Ostgrönländischen See, sondern sogar das Eindringen in die Karische See (Linschoten 1594, 1595), die mit ihren unberechenbaren Eisverhältnissen noch heute ein Gebiet der Sorge für die arktische Seefahrt ist.

Nach dieser großen Gunst, die es Linschoten gewährt, schwenkt das Pendel. Weitere Versuche scheitern am Widerstand des sich wieder weiter südlich ausbreitenden Eises. Es stoppt 1653 die Dänen, 1678 den Engländer John Wood. Das 18. Jahrhundert bringt Kälte über ganz Europa. Erst 1878/79 (Nordenskjöld, Vega) kommt eine neue, stärkere Zeit herauf und zugleich die Maschine, die des Menschen Möglichkeiten im Norden erweitert.

*

Wenn wir die heute in arktischer Seefahrt erzielten Erfolge betrachten, fällt in die Augen, welche entscheidende Rolle moderne Wissenschaft und Technik hierbei gespielt haben. Die Fahrzeuge selbst sind zweckentsprechender, widerstandsfähiger, Antriebskraft und Aktionsradius vervielfacht. Luftaufklärung und Wetterdienst erleichtern die Wegwahl (offene Wasserstrecken). Dieser Beitrag von Wissenschaft und Technik ist so stark, daß wir heute allzuleicht ihre Möglichkeiten überschätzen und darüber einen Faktor vergessen, der, wenn nicht durch alles, so doch durch vieles Erreichte einen Strich machen kann: das Klima. Auch das Klima hat an den Erfolgen mitgeholfen, die der Mensch in unseren Tagen in der arktischen Seefahrt erzielt hat. Das Golfstromklimapendel steht in selten günstiger Notlage! Wie lange noch, das ist die Frage.

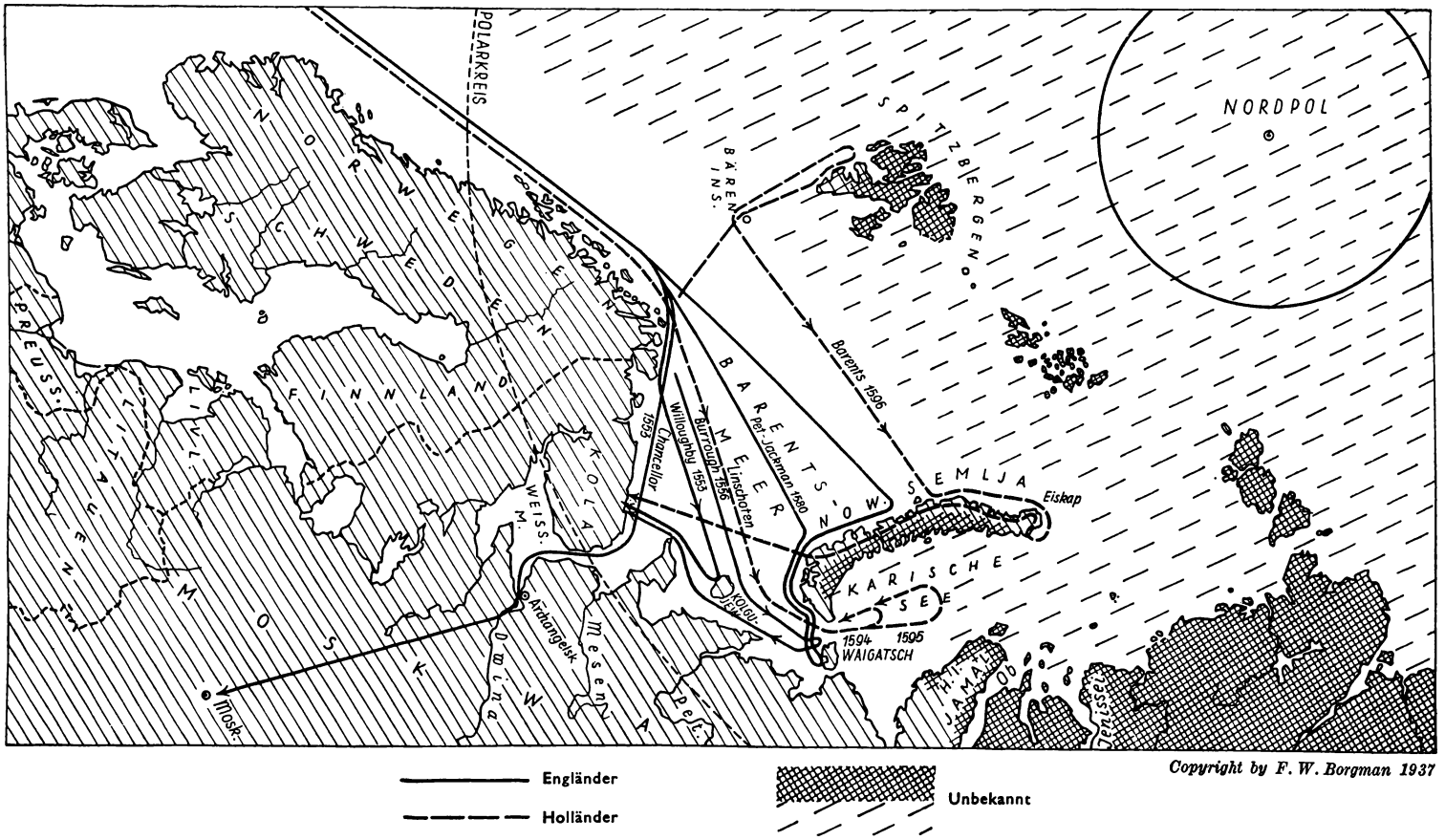
Vor mir liegt der Bericht[1]) des norwegischen Meteorologen B. J. Birkeland über die Temperaturveränderungen auf Spitzbergen, dem Raum also, wo die Pendelhaftigkeit der Golfstromeinwirkung am deutlichsten und sichersten festzuhalten ist. Und hier besitzen wir auch erstmalig Material von solcher Zuverlässigkeit, daß es jeden zweifelnden Einwand ausschließt, wie ihn die fragmentarische Natur der bisherigen Unterlagen leicht herauslocken kann.

Die Beobachtungen setzen mit Herbst 1911 ein. Bis 1917 hält eine kältere Periode an, die mit — 2.38° von der Normalen abweicht. Dann erfolgt ein auffälliger Umschlag. Für den folgenden Zeitraum 1918—1934 erhält die Abweichung von der normalen Temperatur positives Vorzeichen: + 1.34°. Noch auffälliger als bei diesen Jahresmitteln, ist sie bei denen der Monate. Das Januarminus der ersten Periode (1912—1917) von — 4.77° wird zu + 7.78°, die entsprechenden Februarziffern steigen sogar von — 5.47° auf + 8.46°. Durchschnittlich ist die Abweichung von der Normalen im Jahresmittel von 1918—1934 um 3.7°, im Sommer um 1.3, im Winter aber um über 7 Grad gestiegen. „Diese Ziffer ist", sagt Birkeland, „soweit wir wissen, einzig dastehend auf dieser Erde. Bei uns in Norwegen sind zwar auch die Winter seit ungefähr 1900 milder geworden. Aber das ist eine reine Bagatelle gegen Spitzbergen. Ein Unterschied in der Wintertemperatur von über 7° entspricht ungefähr dem normalen Unterschied der Wintertemperatur von Oslo und Venedig!"

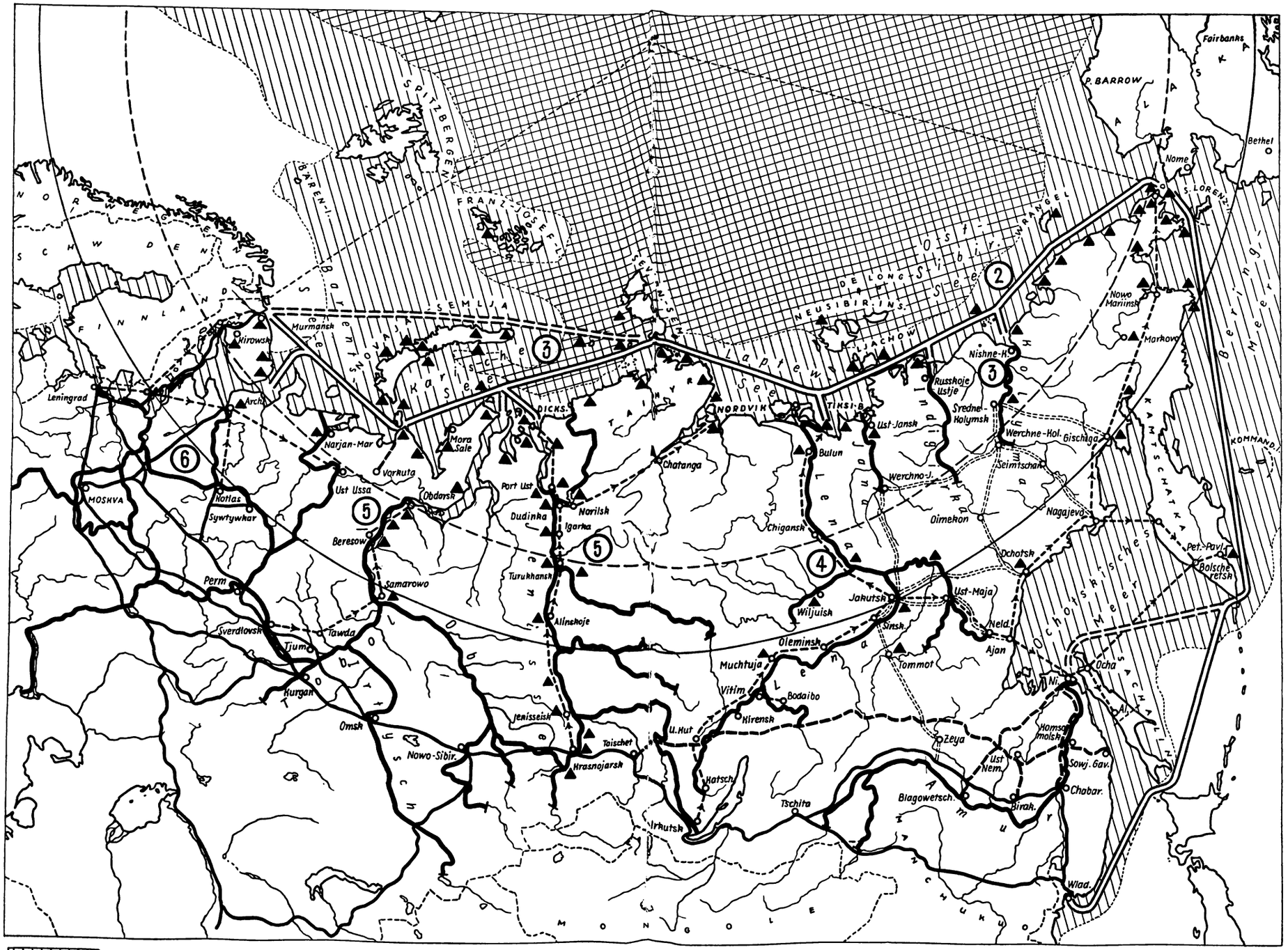
In die gleiche Richtung weisen weitere Beobachtungen der von der nördlichen Golfstromtrift berührten arktischen Zone. Die meteorologischen Stationen von Jan Mayen und Island melden steigende Temperaturen. Im Sommer 1934 stellte die russische Expedition auf dem Eisbrecher Sadko unter G. A. Uschakow, die zur Erforschung der meteorologischen und hydrographischen Verhältnisse nördlich der Spitzbergen- und Franz-Joseph-Gruppe ausgesandt war, nördlich 80° teilweise offenes Wasser fest. Die neueste Meldung ist die Entdeckung einer warmen Strömung in 700 Meter Tiefe unter dem Pol durch die 1937 dort arbeitende russische Station.

So kurz auch das angeführte Material ist, bringt es uns neben anderen weitreichenden Ausblicken die wichtige wissenschaftliche Bestätigung des Vorkommens zwar kurzfristiger, aber steilkurviger Wärmeschwankungen, die wir auf Grund der vorliegenden loseren geschichtlichen Daten zunächst nur als Vermutung äußern konnten. Das Pendel bewegt sich zur Zeit in positiver Richtung. Wie lange noch, das ist die Kernfrage für uns, die wir vom Einflusse des Klimas auf die Politik ausgegangen sind und jetzt zu dieser Grundfrage zurückkehren.

1) Es sei an dieser Stelle dem Leiter des norwegischen Eismeerinstituts (Norges Svalbard- och Ishavs-Undersökelser) Dozenten Adolf Hoel herzlich gedankt für die Überlassung dieses und anderen einschlägigen Materials.



Karte 7: Entdeckungsdynamik des 16. Jhdts. im Eismeer



Karte 8: Entwicklung des sibirischen Arktissektors der UdSSR. Stand Mitte 1937

Mit großer Aktivität betreibt die UdSSR. die Erschließung der sibirischen und polaren Arktis. Der ganze Riesensektor zwischen dem 62° N und den 32° 4′ 35″ bis 168° 49′ 30″ W bildet ein arktisches Kolonialreich, dessen Erforschung und Ausbeutung in Händen der staatlichen Glavsermorputj liegt, der Hauptverwaltung des Nördlichen Seeweges. Ihre Tätigkeit darzustellen, übersteigt den hier vorliegenden Raum, doch sei zur übersichtlichen Information eine Karte beigegeben, in die die wichtigsten und neuesten Daten eingezeichnet sind.

Wie schon der Name angibt, bildet der Nordöstliche Seeweg das Rückgrat dieser Entwicklungsdynamik. Es leuchtet ein, daß der Erfolg, den die im vorigen Jahrhundert wieder einsetzende Eismeerforschung gegenüber den Expeditionen des 16. Jahrhunderts errang, zu einem großen Teil der besseren technischen Ausrüstung (Maschine) zu verdanken ist. Aber auch das Klima ist weitgehend beteiligt.

Das 16. Jahrhundert, in dem die ersten Vorstöße stattfanden, war eine milde Periode. Gleicher Art war das 19. Jahrhundert, in dem der Mensch erneut den Kampf mit der Arktis, das ist mit ihrem Klima, aufnimmt. Dies müssen wir uns vor Augen halten, auch wenn die Sowjetpropaganda diese Tatsache totschweigt.

Gewiß, ganz zurückgetrieben wie nach dem 16. Jahrhundert wird der Mensch wohl kaum, auch wenn der Klimaumschwung kommen wird: ihm verbleibt die Maschine, die Technik, die Wissenschaft, die ständig weiterentwickelt werden und seine Kraft vervielfachen. Aber bei einem Rückschlag wird der Kampf in dem arktischen Klima mit größerer Schärfe entbrennen, als er heute geführt wird. Es werden gegenwärtig in Sowjetrußland zwei Großeisbrecher gebaut: 12 000 Tonnen groß, mit 10 000 PS. (bisheriges Maximum: Krassin 8700 Tonnen, Jermak 8000 Tonnen, doch nur 3000 PS.). Mit ihnen will man der Arktis das abzwingen, was die bisher eingesetzten Kräfte noch nicht vermögen. Wer aber weiß, ob nicht ihre Aufgabe die Defensive sein wird: das bisher Erreichte vor der zum Gegenangriff ausholenden Arktis zu halten?

Es ist ein Steckenpferd der Meteorologie von jeher gewesen, aus den Kurvenlinien ihrer Tafeln Gesetzmäßigkeiten, wiederkehrende Perioden herauszulesen, um sie im Dienste der Voraussage zu verwerten. Wenn dies Ziel auch noch unerreicht geblieben ist, steht doch der ständige Wechsel an sich fest. Auf die wärmeren Perioden des 7., 10., 16. Jahrhunderts folgten die Rückschlagzeiten im 8., 9., 11., 17. und 18. Jahrhundert. Die im vorigen Jahrhundert einsetzende warme Periode hält noch an und erstreckt sich schon über ein ganzes Drittel des unsrigen.

Niemand kann mit Bestimmtheit ihren Abbruch voraussagen. Aber ihre lange Dauer darf, ja muß uns mißtrauisch machen. Denn der Wechsel ist ein Kennzeichen aller Lebensform; er wird auch hier eintreten. Es ist nur die Frage wann.

Birkeland, auf dessen wissenschaftliches Material wir uns hier stützen, sagt: „Der Umschlag wird kommen, und wir glauben sagen zu dürfen — ohne den Anspruch eines Propheten zu erheben —, daß da Dinge sind, die darauf deuten, daß es nicht mehr lange dauern wird."

Daß dies aber für die Arktispolitik der UdSSR. einen Rückschlag bedeuten würde, der sie unter Umständen ganz in Frage stellen kann, liegt auf der Hand. Auf diese Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit aufmerksam zu machen, ist Notwendigkeit angesichts des Umstandes, daß die Gunst des Klimas eine der Voraussetzungen ihrer Erfolge ist.

WALTHER KIEFER:

Völker und Meere

Gedanken zur Eröffnung des Seegeltungs-Instituts Magdeburg des Reichsbundes deutscher Seegeltung

Eine Betrachtung der Gesamtheit aller Völker der Erde zeigt, daß es kaum einen größeren Gegensatz gibt als den zwischen Völkern, denen das Meer ein Fremdes und Unfaßbares und zwischen solchen, denen das Meer Lebensraum und Weg ist, auf dem sie sich über die ganze Welt hin verbreiten.

Wohl haben fast alle Völker der Erde schon in den ältesten Zeiten Fluß- und Küstenschiffahrt getrieben; aber die wenigsten sind im engeren Sinne Seefahrer geworden. Berichte über die Völker des Südseegebietes besagen, daß die Malaien und Polynesier einst weite Gebiete des Großen Ozeans befahren haben, ebenso wissen wir von weiten Fahrten der Araber von beiden Indien über die Monsunstrecken nach Ostafrika; hingegen haben wir keine Kunde von Fahrten zwischen Südamerika und Afrika.

Alle diese Fahrten sind heute ohne Bedeutung — die Blütezeit der polynesischen Schiffahrt liegt um das Jahr 1000 n. Chr. und noch früher. Wenn man im Sinne Spenglers an das Aufblühen, Kräftigwerden und Welken einer Kultur glaubt, könnte man deuten, daß eben zu jener Zeit die Schiffahrtskultur der Polynesier auf besonderer Höhe stand und ihre „Blütezeit" erlebte.

Gegen eine solche Deutung stellen wir die Frage: Wie ist es möglich, daß ein solches späteres „Welken" im nordeuropäischen Schiffahrtskreise nicht stattgefunden hat? Wie ist es möglich, daß seit der Zeit, in der an der nordeuropäischen Küste Menschen wohnen, die Seeschiffahrt kraftvoll geblieben ist, ja, daß sie sich dort von ihren ersten Anfängen an bis in die Gegenwart hinein stetig entwickelt hat, während doch die Polynesier, solange sie Schiffahrt trieben, keine grundsätzliche Änderung in ihrem Schiffbau kennen? Auch die Araber verwenden übrigens, fast könnten wir sagen: seit Jahrtausenden, die gleichen Boote, wie sie heute noch zur Fischerei benutzt werden.

Wenn wir so bei den Südseevölkern eine Blütezeit und ein Nachlassen der Hochseeschiffahrt feststellen, taucht die Frage auf, ob sie nicht im Zusammenhang steht mit einer Einwirkung auf das rassische und völkische Gefüge in der Südsee bzw. des arabischen Seeraumes von außen: es liegt die Annahme nahe, daß die Anregung zur Hochseeschiffahrt dorthin einst durch Wellen anderer Rassen gelangt ist, die — in vielleicht nur geringer Anzahl — dorthin kamen.

Eine Betrachtung der gegenwärtigen Verhältnisse wird uns einer solchen Folgerung noch näher bringen: die afrikanischen Neger wie auch die mongolischen Völker in ihrer Gesamtheit sind keine Meerfahrer, wobei man allerdings bei Betrachtung des ostasiatisch-pazifischen Raumes gerade dann, wenn man das japanische Volk berücksichtigt, sehr oft geneigt sein möchte, dies in Zweifel zu ziehen. Wer jedoch die Japaner näher kennt, wird feststellen müssen, daß wir dort zwei weit auseinanderliegende Bevölkerungstypen antreffen: einen, der sehr stark nach der mongolischen Rasse tendiert, während der andere, sehr viel größer gewachsen, unverkennbar außerasiatische Einflüsse aufweist. Solche Bevölkerungsbilder, die einen für den ostasiatischen Raum fremden Bevölkerungstyp zeigen, lassen sich

auf nahezu allen Einzelgebieten nachweisen. Wir erinnern nur an die Philippinen, wo ja auch neben sogenannten „Vorrassen" der hochgewachsene Typ vorhanden ist, der nachweislich aus dem Nordosten bzw. Südosten eingewandert ist.

Die rein mongolischen bzw. negriden Rassen und Völker machen, soweit sie noch selbständig und von europäischen Einflüssen unberührt sind, bei ihren Wanderungen an den Grenzen ihrer Kontinente bzw. an den Grenzen des Festlandes halt und treten nur dort auf benachbarte Gebiete über, wo Meerengen diese Kontinente auf Sichtweite verbinden. Das gibt uns die Berechtigung zu unterstellen, daß, soweit die Rassen in vor- und frühgeschichtlicher Zeit dieselben waren wie heute, auch ihre Einstellung gegenüber dem Meere bis in die Gegenwart hinein dieselbe geblieben ist. Vor dem Einfluß europäischer Völker, sei es in Afrika, in Asien oder in Amerika, bedeutete für jene Völker das Meer nichts. Das sagt nicht, es habe dort keine Schiffahrt gegeben; aber diese Schiffahrt hatte nie den Zug zum Weltumspannenden.

Seit frühen Zeiten ist aber andererseits die Befähigung zur Hochseeschiffahrt und ihre Fortentwicklung an die in Europa wohnenden Völker gebunden. Nur dort ist der Gedanke immer lebendig gewesen, daß die See eine Fortsetzung des Landes ist und als Lebensraum und Verbindungsmöglichkeit zu Überseebeziehungen in die Überlegungen und Berechnungen der Staatsmänner wie der Wirtschaft eingesetzt werden kann. Durch diese Erkenntnis gelangen wir zu einer neuen und tieferen Auffassung der Völkergeschichte.

Man hat versucht, die Tatsache, daß von Küsten und Gestaden der Nord- und Ostsee die Hochseeschiffahrt in der ganzen Welt ihren Ausgang genommen hat, zu erklären: in diesen Gebieten seien durch die günstige Lage, durch inselreiches Gewässer usw. besonders günstige Vorbedingungen gegeben. Es ist aber nicht einzusehen, warum dann die Hochseeschiffahrt nicht etwa in dem ebenso günstigen Westindien, im Gebiete der Sunda-Inseln oder im japanischen Meer hätte entstehen können. Zunächst wird sich allerdings auch im nordeuropäischen Raum nur eine Küstenschiffahrt entwickelt haben — auf ihr mußte man schon in sehr früher Zeit ins Mittelmeer kommen. Man erkennt jedoch deutlich den Unterschied zwischen den außereuropäischen Völkern: dort macht die Schiffahrt an der Grenze des eigenen Heimatgebietes — oder doch wenigstens bei den Rassengrenzen — im allgemeinen halt. Jene Völker vermochten nicht die Schwierigkeit zu überwinden, die ihnen technisch und seelisch entgegenstand, um weitere Gestade und ferne Räume zur See zu befahren. Wir müssen einmal ganz naiv die Frage stellen: Warum wurden etwa die Gestade von Frankreich, England oder Norwegen nicht von Arabern und Chinesen oder von amerikanischen Indianern besucht, warum hingegen kamen die nordischen Völker in die Gebiete aller anderen Reiche und Völker? Wenn wir z. B. die Meeresströmungen, die so weitgehend zur Ausdehnung der Schiffahrtsreisen beitragen können, berücksichtigen, wäre es naheliegend anzunehmen, daß etwa die Bewohner Westindiens und des südlichen Nordamerika vermittels des Golfstromes hätten nach Europa gelangen und diese Seestraße ausbauen können; ebenso hätte eine voreuropäische Bevölkerung Indiens, durch die Monsunwinde begünstigt, nach Afrika gelangen können und von dort durch das Rote Meer eventuell weiter nach Südeuropa. Es ist uns nichts derartiges bekannt. Freilich haben in früheren Zeiten Chinesen weite Seefahrten unternommen und sind bis Basra und Sokotra gelangt. Es ist aber die Frage, unter welchen Einflüssen und unter welcher

Leitung diese Fahrten stattgefunden haben. Leider sind wir darüber zu wenig unterrichtet.

Afrikanische, asiatische und amerikanische Völker haben ihren Lebensraum im wesentlichen immer nur durch Landwanderungen erweitert; dort, wo sie an die Küsten ihres Landes kamen, war auch das Ende ihres Lebensraumes. So finden wir fast nirgendwo in Ländern, die unbeeinflußt sind von europäischer Kultur, die Hauptstädte im Mündungsgebiet der großen Flüsse; sie haben entweder zentrale Lage in einem Flußgebiet, oder aber sie sind ohne jegliche Verbindung mit den Wasserstraßen angelegt.

Gliedern wir die Kräfte, die bei der Entwicklung eines Staatsraumes in Erscheinung treten, in die Gesamtgeisteshaltung eines Volkes ein, so gelangen wir zu der Feststellung: Es gibt Rassen bzw. Völker, die sich in ihrer Raumentwicklung derart genügen, daß sie nicht über das Sichere, Feste des Landes hinausgreifen, während andere Völker in dieser Beschränkung kein Genüge finden. Das Unsichere beginnt dort, wo man sich in Gebiete wagt, die nicht mit einem Blick zu erkennen, zu umfassen und zu erforschen sind, kurz dort, wo man das Meer einbezieht. Nur bei Völkern, die in solcher Weise das „Fest"-Land aufgeben bzw. den Landraum um den Meerraum erweitern, können wir von einer Wesenseigentümlichkeit sprechen, die zur großen Seefahrt befähigt. Der Staat, der sich nur etwa bis zu den Grenzen einer Wüste oder eines Gebirges ausbreitet, macht im Sichtbaren halt. Man hat kaum je daran gedacht, einmal einen Blick zu werfen auf die grundverschiedene Stellungnahme zu diesen Gegebenheiten des Raumes, wie sie im Staat und in der Politik europäischer und asiatischer großer Staatsmänner in Erscheinung tritt. Der Staat, der nur nach einer, nämlich nach der „Fest"-Landseite hin sich ausbreitet, hat auch nur eine Entwicklungsseite. Er ist nicht nach der Ganzheit entwickelt, wie auch — um ein Vergleichsbeispiel aus einem ganz anderen Gebiet zu haben — die Plastik des ostasiatischen Raumes nicht nach der Ganzheit entwickelt ist. Ja, wir brauchen nicht so weit zu gehen: schon der Staat der Ägypter, so vollendet er in seiner Art ist, ist doch völlig verschieden vom europäisch-griechischen Staatswesen des Mittelmeergebietes. Er zeigt nicht das Streben zur Ganzheit aller räumlich möglichen Entwicklungslinien, sondern ein Genügen an dem von der Natur in sich abgeschlossen dargebotenen Raum.

Wir können also nicht sagen, ein Staatsraum sei in seiner Raumlage vollendet, wenn er gewisse landschaftlich zusammengehörige Räume umfaßt, wenn er, wie man so oft gesagt hat, ein „natürliches Raumgefüge" als Grundlage hat. Wir können nur dort von einem vollendeten Staat sprechen, wo sein Raum den Fähigkeiten und den Wesensmerkmalen der ihn bewohnenden Rasse ganz entspricht. Jeder Staatsraum hat dort sein Ende, wo Lebenskraft und Lebenswille des ihn bewohnenden Volkes ihr Ende erreichen. Deswegen findet beim Neger der Lebensraum im allgemeinen in der Dorfgemeinschaft seine Begrenzung, denn keinerlei Bedürfnisse und Fähigkeiten jener Rasse machen eine höhere Staatsgestaltung oder etwa gar ein im europäischen Sinne räumliches Kunstgebilde notwendig. Der europäische Staat nordischen Gepräges ist in seiner Vollendung schlechthin nur denkbar durch die Einbeziehung des Meeres in das Staatsgeschehen; die Geschichte zeigt dies von der Zerstörung Trojas bis zur „Welt-" und damit „Seeschlacht" von Verdun an unzähligen Stellen. Das gerade macht die tiefste Bedeutung dieses europäischen

Staates aus: die Möglichkeit seiner Entwicklung nach dem Binnenlande und nach der See zugleich. Wir haben Beispiele genug, wie schon unsere nächsten Nachbarn, etwa in Kleinasien oder im Ostraum, zum Meere eine vollständig andere Einstellung haben als die eigentlich europäischen Völker, die ihren Ursprung im Nord-Ostseeraum genommen haben. Die positive Einstellung gegenüber der „Unendlichkeit" der Meere ist für die europäische — und damit für die Weltgeschichte — grundlegend.

Wie der europäische Naturforscher nicht geneigt ist, vor irgendeinem Problem haltzumachen, wie er die Unendlichkeit der Erde und des gesamten Lebens zu einer Endlichkeit zu machen bestrebt ist, so ist der in unserem Sinne europäische Staatsmann bestrebt, die Unendlichkeit des Meeres dadurch zu einem Endlichen zu machen, daß er sie in klarer Erkenntnis bejahend in seine Politik mit einbezieht.

Zu solcher Einsicht kann man nur dann gelangen, wenn man alle Tatsachen, die einem Raume Wert für den Menschen verleihen, berücksichtigt. Wenn man einen Asiaten fragen wollte, wie er sich das Ideal seines Staates — d. h. seines Lebensraumes — vorstellt, so wird er eben den abgeschlossenen, für alle Zeiten festgelegten Raum — etwa das Reich der Mitte — als das Ideal bezeichnen; der Europäer benötigt das Wirken der gesamten Weltkräfte zur jeweiligen Entwicklung seines Staates. Der „europäische" Staat ist — im Gegensatz zu reinen Neger- und Mongolenreichen — letzten Endes nie vollendet; er wird immer abhängig sein von der Entwicklung auf der gesamten Erde, weil er allein zur ganzen Welt Beziehungen hat. — Es gibt kein „Welt"-Geschehen ohne die völkerverbindenden Wasserstraßen und ohne die Fähigkeit, sie zu befahren. Der gesamte Einfluß europäischer Kräfte etwa in Asien ist nur möglich durch die Schiffahrtslinien, ja, ohne die Verbindungen zur See — die von Europa ihren Ausgang genommen haben — wäre selbst die einzige Weltmacht Asiens, Japan, unmöglich.

Das Volk, das das Meer als Brücke zu neuem Lebensraum anerkennt, stellt damit seinem Staat, wenn wir seine innere Festigkeit und Tragfähigkeit berücksichtigen, eine weit größere Aufgabe als Völker, die Fahrten über das Meer ablehnen. Denn hier kommen zu dem eigentlichen Heimatgebiet fremde Gebiete hinzu, die, nur über das Meer erreichbar, dem Heimatraum angegliedert werden müssen. Nur so kann es sich auch ereignen, daß um den Besitz einer Kolonie bzw. um die Macht und die Herrschaft in einem Meere in einem ganz anderen Kontinent die Waffen gekreuzt werden, daß sogar das Meer selbst zum Tummelplatz über die Entscheidung von Staatsgebieten wird. Gerade in der Geschichte Europas sehen wir, wie auf verhältnismäßig kleinem Boden über fremde Erdteile Kämpfe und Entscheidungen ausgetragen wurden. Erst mit diesem Nachweis, daß alle Kontinente mehr oder weniger von einem, dem europäischen, Raume aus beeinflußt werden, können wir von einer inneren Linie des Weltgeschehens sprechen. Vor dieser Erkenntnis ist „Weltgeschichte" ein Mosaik, eine bloße Zusammenfassung von Einzelgeschehen. Wirkliche, innerlich verbundene Weltgeschichte kann es nur geben, wenn es eine räumlich sich auswirkende Kraft gibt, die über die ganze Erde hin unmittelbare Verbindungen anknüpfen und damit Spannungen hervorrufen kann. Diese Erkenntnis ist oft übersehen worden, und dies konnte geschehen, weil man oft genug nicht von weltweiten und weltoffenen Voraussetzungen, sondern von dogmatischen Einstellungen ausgegangen ist. Hier wie nirgends zeigt sich der katastrophale Irr-

tum, durch den die Entwicklung unseres Lehrgebäudes der Geschichte einst festgelegt worden ist: der Glaube, daß alle Menschen in ihren Grundveranlagungen gleich wären, also auch in ihrer Einstellung gegenüber dem sie umgebenden Raum. Wo dieses Dogma nicht mehr als allgemein gültig angesehen werden kann, kann weder die Geschichte noch auch die Lehre vom Raum — wie sie gelegentlich geschrieben wurde — unbeschränkte Gültigkeit haben: ihre letzten Voraussetzungen können nicht als allgemein verbindlich anerkannt werden. Es ist für uns nicht mehr oberste Richtschnur und wesentliches Geschichtsmoment, daß wir Staatsgebilde und deren Wachsen und Vergehen sehen, sondern es gilt, sich deren Staats- und Raumnotwendigkeiten bewußt zu werden. Der Historiker wie der Geopolitiker werden zu untersuchen haben, ob und wieweit ein Volk zu irgendeiner Zeit alle Möglichkeiten und Notwendigkeiten seines Seins erfaßt und sich untertan gemacht hat.

Der Deutsche hat lange in der Welt das Ansehen des Dichters und Denkers allein gehabt; und oft genug hat die deutsche Geschichte aus Mangel an Verständnis für die Raumnotwendigkeiten heraus tragische Augenblicke erlebt. Es ist auch heute noch eine Aufgabe, dem deutschen Menschen alle Fragen, die die Gestaltung seines Lebensraumes in Europa betreffen, nahezubringen. Aber nur dann kann das Verständnis für den Staat, der Land- und Meerraum umfaßt, und im weiteren Sinne für eine neue europäische — und damit weltweite — Raumordnung wachsen, wenn man einsehen gelernt hat, daß auch der Staatsraum ein rassegeborenes Kunstwerk wie jedes andere ist, daß er aus der gleichen Geisteshaltung entspringt, die im Kunstwerk vor unsere Augen tritt.

Wir werden nicht von heute auf morgen diese Grundeinsicht zum Allgemeingut der Forschenden und Denkenden machen können. Es ist jedoch offensichtlich, daß ohne diese Erkenntnis das Problem „Europa" geschichtlich und in seiner zukünftigen Aufgabe: der Erhaltung seiner Völker und seiner Kultur, nicht erfaßt werden kann. Da nach einem Worte Nietzsches die Geschichte vor allem dem Tätigen gehört, dem, „der einen großen Kampf kämpft", glauben wir, daß Untersuchungen im Sinne unserer Überzeugung dazu beitragen werden, die europäischen und deutschen Überseeaufgaben aus dem Raume und der Geschichte für Gegenwart und Zukunft deutlich werden zu lassen.

In Asien hat das Meer keine Bedeutung; im Gegenteil, die Völker haben sich gegen das Meer verschlossen. In Indien ist es positiv durch die Religion verboten, auf das Meer zu gehen. In Europa dagegen ist gerade das Verhältnis zum Meere wichtig; da ist ein bleibender Unterschied. Der europäische Staat kann wahrhaft europäischer Staat nur sein, wenn er mit dem Meere zusammenhängt. Im Meere liegt das ganz eigentümliche Hinaus, das dem asiatischen Leben fehlt, das Hinaus des Lebens über sich selbst. Das Prinzip der Freiheit der einzelnen Person ist dadurch dem europäischen Staatsleben geworden.

G. W. F. Hegel. Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Besondere Einleitung II: Der Naturzusammenhang oder die Geographische Grundlage der Weltgeschichte. Hsg. v. Gg. Lasson, Leipzig 1917, S. 231.

AUGUST WEBER:

Moltke als Geopolitiker

Sein Urteil über die geopolitische Lage in Südosteuropa und in Kleinasien vor 100 Jahren

Wenn auf irgendeinem menschlichen Betätigungsfeld der Raum eine beherrschende Rolle spielt, so unbestritten auf dem Gebiete der Kriegskunst. Man braucht keine tieferen militärwissenschaftlichen Studien zu treiben, um diese Tatsache zu begründen; jeder Unterführer, ja jeder einfache Soldat hat dies begriffen. Man kann zur Vertiefung der Fragen aber auch auf die reichhaltige militärische Literatur hinweisen, vor allem auf Clausewitz, der in seinen Grundgedanken über Kriegführung dem Raum eine große Bedeutung zukommen läßt und die Operationsbasis, die Bedeutung des Geländes für Festungen, für Angriff und Verteidigung, der Flüsse und der Gebirge für die Kriegführung eingehend untersucht und von dem Feldherrn die „eigentliche" Geistesanlage verlangt, „sich von jeder Gegend schnell eine geometrische Vorstellung zu machen".

Er verlangt vom Feldherrn, daß er das Operationsgebiet erfaßt „teils durch das körperliche Auge, teils durch den Verstand, der mit seinen aus Wissenschaft und Erfahrungen geschärften Einsichten das Fehlende ergänzt und aus den Bruchstücken des körperlichen Blicks ein Ganzes macht". — „Müssen sich Husar und Jäger auf einer Patrouille in Weg und Steg leicht zurechtfinden, und bedarf es daher immer nur weniger Kennzeichen, einer beschränkten Auffassungs- und Vorstellungsgabe, so muß der Feldherr sich bis zu den allgemeinen geographischen Gegenständen einer Provinz und eines Landes erheben, den Zug der Straßen, Ströme und Gebirge immer lebhaft vor Augen haben, ohne darum den beschränkten Ortssinn entbehren zu können." Er muß aber auch die Leute und die vorherrschenden Ideen kennen: „Der Feldherr braucht weder ein gelehrter Geschichtsforscher, noch Publizist zu sein, aber er muß mit dem höheren Staatsleben vertraut sein, die vorliegenden Fragen, die handelnden Personen kennen und richtig ansehen." Er muß ebenso auch die Hilfsmittel seines Landes und des fremden Gebietes kennen, das er zur Operationsbasis macht.

Ein Blick auf die großen Heerführer zeigt denn auch, daß sie die geopolitischen Verhältnisse und Beziehungen am tiefsten erfassen.

Gerade Clausewitz verblüfft uns heute noch durch sein treffendes Urteil über die Entwicklung Deutschlands zu einem Großmachtstaat oder Italiens zum Einheitsstaat, über die geopolitische Lage Frankreichs „der Schwerpunkt des französischen Reiches liegt in seiner Kriegsmacht und in Paris die Herzgrube Frankreichs liegt zwischen Paris und Brüssel", oder über die Sendung Preußens im deutschen Raume! Ja, aus der Erkenntnis des deutschen Charakters und der Lage Deutschlands verlangt er schon vor 100 Jahren eine Staatsverfassung mit einem Führer und verstehender Gefolgschaft, die nicht in kleinen Dingen an dem Staatsleben beteiligt sein soll, aber in den großen Richtlinien den Führer mit ihrem Wollen begleiten soll, er verlangt ferner aus geopolitischen Erwägungen heraus — als geeignet für das deutsche Volk und den deutschen Raum — eine Staatsverfassung, in der das „Geheimnis und die Entschlossenheit" vorherrschen soll.

Ein Meister in der geopolitischen Beurteilung ist auch Moltke. Seine Untersuchungen über die westlichen Grenzen sind unentbehrlich für jeden, der die westlichen Grenzfragen studieren will. Er kennt aber auch den europäischen Osten, Südosten und die Türkei aus eigener scharfer Beobachtung und feinem Verständnis für die treibenden Kräfte im politischen Geschehen. Seine Berichte sind deshalb nicht nur für seine Zeit das Wertvollste, was über Balkan und Türkei geschrieben wurde, sondern auch für uns noch eine wahre Fundgrube zum Verständnis der orientalischen und Balkanfragen.

In den Jahren 1836 bis 1839 war Moltke zum Sultan der Türkei kommandiert. Er sollte Vorschläge für die Reform des Heeres ausarbeiten und war beratend tätig mit Vorschlägen für den Ausbau der Festungen am Schwarzen Meere. Zwei Jahre war er bei der türkischen Armee in Kleinasien, wo er mit anderen preußischen Offizieren „zur Ordnung der türkischen Militärverhältnisse in allen Richtungen mitwirkte". Diese Zeit benutzte er, um das Land zu erforschen, das bis dahin so gut wie unbekannt war. Über seine Tätigkeit schreibt er:

„Die beste Karte (sc. über die Türkei), welche wir besaßen, war damals die Reichardtsche, welche weite Flächen ganz offen läßt, andere aus der Phantasie ergänzt und wichtige Flüsse in unrichtige Stromgebiete verlegt. Bei unseren vielfachen Reisen sammelten wir eine sehr große Zahl von Wege — Itineraires, die, nach einigen vorhandenen astronomischen Ortsbestimmungen zusammengestellt, der Kartendarstellung des Landes eine neue Gestalt gegeben haben. Die von mir in dieser Art zurückgelegten Ritte haben eine Ausdehnung von nahezu 1000 Meilen und führten hauptsächlich in Gegenden, welche der Reisende damals und auch jetzt wieder nur im Gefolge einer bewaffneten Macht betreten kann, in das Gebiet der Kurden, der Aschwaren und die mesopotanische Wüste ... In der Beobachtung des Durchbruchs des Euphrat durch das kurdische Gebirge ist (freilich) Xenophon mein nächster Vorgänger ... Auf aufgeblasenen Hammelhäuten, wie Xenophon den Fluß überschritten, fuhren wir in seinen Stromschnellen hinab."

Seine Euphratexpedition diente nicht nur wehrpolitischen Zielen, sondern sie sollte auch versuchen, den verschütteten Handelsweg nach Indien wiederherzustellen. Er schreibt darüber in einem Briefe vom 8. März 1838: „Heute nun trachtet der Ostindische Handel nach dem alten Zug. Die Euphratexpedition war ein erster Versuch in dieser Richtung."

So hatte der junge Generalstabsoffizier Gelegenheit, ein unerforschtes Land zu beobachten und die Bevölkerung sowie ihre Zustände zu erforschen. Als gelehriger Schüler des Geographen Ritter hat er diese Aufgabe gut gelöst.

Wenn wir heute nach 100 Jahren seine Berichte über die Zustände in der Türkei lesen, sind wir erstaunt über die Schärfe seines geopolitischen Urteils. Er sieht den Verfall der Türkei als Folge der den Raum erfüllenden buntscheckigen Bevölkerung und der nachlassenden Spannkraft des Islams voraus. Ja, er sagt die zukünftige Aufteilung der Türkei fast genau so voraus, wie sie 1920 eingetreten ist.

In einem Briefe von Pera, am 7. April 1836, gibt er einen Überblick über die Entwicklung der türkischen Mittelmeermacht.

Über die Lage des Osmanischen Reiches schreibt er:

„Es ist lange die Aufgabe abendländischer Heere gewesen, der Osmanischen Macht Schranken zu setzen; heute scheint es die Sorge der europäischen Politik zu sein, diesem Staat das Dasein zu fristen. Die Zeit liegt nicht so fern, da man ernstlich fürchten dürfte, der Islam könnte in einem großen Teil des Abendlandes die Oberhand gewinnen, wie er im Orient gesiegt. Die Bekenner des Propheten hatten Länder erobert, in denen das Christentum seit Jahrhunderten Wurzel gefaßt. Der klassische Boden der Apostel, Korinth, Ephesus, Nicäa, die Städte der Synoden und Kirchen, wie Antiochien, Nikomedien und Alexandrien, waren ihrer Gewalt unterworfen. Selbst die Wiege des Christentums und das Grab des Erlösers, Palästina und Jerusalem, gehorchten den Ungläubigen, die ihren Besitz gegen die gesamte abendländische Ritterschaft behaupteten. Ihnen war es vorbehalten, die lange Dauer des römischen Reiches zu beenden und die Sophienkirche, in der fast 1000 Jahre Christus und die Heiligen verehrt wurden, Allah dem Propheten zu weihen. Der vornehmste Fürst des damaligen Europa, der römische König, floh vor ihnen aus seiner Hauptstadt, und wenig fehlte, so wurde der Stephan zu Wien eine Moschee wie die Sophia zu Byzanz.

Damals gehorchten die Länder von der afrikanischen Küste bis zum Kaspischen Meer und vom Indischen Ozean bis zum Atlantischen Meer dem Padhischah. Venedig und die deutschen

Kaiser standen im Tributregister der Pforte. Ihr gehorchten Dreiviertel der Küsten des Mittelländischen Meeres; der Nil, der Euphrat und fast auch die Donau waren türkische Flüsse, der Archipel und das Schwarze Meer türkische Binnenwasser geworden. Und kaum 200 Jahre später stellt dasselbe weltliche Reich uns ein Gemälde der Auflösung vor Augen, das ein nahes Ende zu verkünden scheint."

Er sieht, daß die Türkei ein „großes hilf- und wehrloses Land" ist, und daß alle Reformversuche von europäischen Staaten scheitern müssen, weil sie fremdartige Institutionen und Anschauungen einem Volke aufpfropfen, das sie nicht vertragen kann.

„Wenn eine Regeneration des türkischen Reiches als solche möglich ist, so kann sie nur von einer erst zu erziehenden Generation und aus muselmännischen Wurzeln hervorgehen. Alle Bekehrungs- und Europäisierungsversuche, alle feindlichen Angriffe so gut wie freundschaftlichen Dazwischenkünfte führen nur zum völligen Ruin. Die Pforte wurde schwächer durch den russischen Schutz, als sie nach dem Fall von Warna gewesen; sie ist schwächer heute, wo England ihr Syrien schenkt, als da sie die Schlacht von Nisib verlor. Der Marasmus einer gänzlichen Teilnahmslosigkeit hat die Masse des Volkes ergriffen, und die Regierung, nur noch dem Impuls folgend, den die Fremden ihr geben, ist in eine Unmacht versunken, die jedem glücklichen Abenteurer Aussicht auf das Gelingen seiner ehrgeizigen Pläne gewährt... Einige Stimmen haben es gewagt, es auszusprechen, daß dem türkischen Staatskörper kein eigenes Leben mehr innewohne, daß der Islam weder eine Fortbildung noch eine Umänderung gestatte, daß die Reform die muselmännische Kraft gebrochen und sie durch fremde Institutionen nicht zu ersetzen vermocht habe."

—·—·— Grenze der Türkei nach 1920
— — — Von Moltke vorausgesagte Grenze

So fristet dieses Staatengebilde sein Leben nur durch die Eifersucht der europäischen Mächte, da jede „den kostbaren Solitär, Konstantinopel, besitzen" will. Mit fremden Stützen kann sich aber eine solche Gewalt auf die Dauer nicht erhalten, und so wird sie eines Tages zerfallen und in ihre völkischen Bestandteile auflösen.

„Wir vermögen uns den Fortbestand des Osmanischen Reiches nur unter der Bedingung einer engen Beschränkung auf naturgemäßen Grenzen zu denken. Diese würden in Europa nur Konstantinopel und den Thrazischen Isthmus mit Adrianopel umfassen, in Asien hingegen den weiten reichen Länderstrich, der von beiden Meeren bespült, südlich aber durch eine Linie beschlossen ist, die Erzerum, Musch, Malatia, Kaisarieh und Konieh noch zum türkischen Gebiete schlüge. Alles übrige, wie legitime Ansprüche der Padischah auch daran haben mag, ist einmal nicht mehr zu halten, und selbst Bagdad, Diarbekir und Orfa sind nur Inseln in dem fremdartigen arabisch-kurdischen Meer."

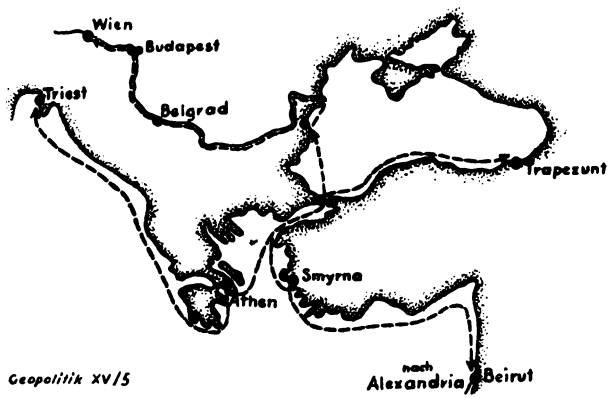
Wenn wir diese Voraussagungen mit der Teilung von 1920 vergleichen, so sehen wir, daß in großen Zügen die Diagnose Moltkes sich erfüllt hat. Wir sehen daraus, daß Raum und Volk Kräfte ausstrahlen — Bindungen und Hemmungen — die Jahrhunderte überdauern und durch einzelne Persönlichkeiten höchstens vorübergehend überwunden werden können.

In einer Hinsicht ist seine Prognose allerdings nicht eingetreten: in seiner Anschauung über die Bedeutung Österreichs für den Balkan und die aufzuteilende

Türkei. Nach seiner Meinung war Österreich als die Vormacht im deutschen Südosten in erster Linie dazu berufen, das Erbe der Türkei auf dem Balkan anzutreten. Die Flotte im Schwarzen Meer, die die Verbindung zwischen Kleinasien und dem Abendland herstellte, gehörte Österreich. Zwar zeigte sich schon stark der Einfluß Rußlands, Frankreichs und Englands, während man von Österreich in der Türkei nicht sprach.

„Aber leider sehen wir die abgezweigten Provinzen und Länder (sc. Algier, Ägypten, Griechenland und Balkanfürstentümer) unter dem Einfluß Rußlands, Frankreichs und Englands, nur nicht unter deutschem Einfluß. Es ist sehr auffallend, in der Türkei immer nur von jenen drei Mächten, nie von Österreich reden zu hören, und doch sollte gerade dieses vor allen anderen dort in Ansehen stehen, denn Österreichs Schwert ist es, das einst in die Waage der Entscheidung geworfen werden wird. Alle Flotten in der Welt können weder die Teilung der Türkei vollziehen noch sie verhindern. Österreichs Heere können das eine vielleicht, das andere gewiß."

In einem Briefe aus dem Jahre 1838 hatte er schon auf die Kraftlinien hingewiesen, die von der Donaumonarchie nach der Türkei ausstrahlten.



– – – – – Österreichische Schiffahrtslinien z. Z. von Moltkes Aufenthalt in der Türkei (1840)

„Persische Kaufleute besuchten auch früher schon die Leipziger Messe, von wo sie Fabrikwaren und Pelzwerk holten. Die Reise dauerte gewöhnlich 15 Monate und war zahllosen Gefahren und Beschwerden ausgesetzt. Heute geht derselbe Handelsmann von Trapezunt mit dem Dampfschiffe in 34 Tagen über Konstantinopel und Wien nach Leipzig und kehrte in 20 Tagen zurück. Ich glaube, daß eben diese Dampfschiffe eines der wichtigsten Mittel zur Zivilisation des Orient sein werden und daß Österreich durch seine großartige Unternehmung in dieser Beziehung mehr Verdienst als irgendein anderer Staat hat. Zum Mittelpunkt der Unternehmungen hat es die Hauptstadt eines fremden Landes gemacht, dessen Regierung zu kurzsichtig ist, um auch nur den lukrativen Gesichtspunkt der Sache aufzufassen; österreichische Schiffe stellen regelmäßige Verbindungen dar zwischen Konstantinopel und Triest, Athen, Alexandrien, Beirut, Smyrna, Trapezunt, Warna und Wien. Der ‚Metternich' hatte für eine Million Fabrikate an Bord ... Aus den kleinen asiatischen Häfen bringt das Dampfschiff Tabak, Früchte, rohe Seide, persische Schals, Galläpfel (die einen großen Handelsartikel ausmachen) und persische Gold- und Silbermünzen, die in Konstantinopel zu schlechtem Gelde ausgeprägt werden."

Es ist gut, sich das Urteil dieses Kenners der geopolitischen Lage vor 100 Jahren vor Augen zu führen, um einen richtigen Maßstab für die Bewertung der deutschen Vorgänge zu haben. Wir können heute nur bedauernd feststellen, daß Österreich diese von Moltke erhoffte Aufgabe nicht erfüllen konnte, weil es nicht die Unterstützung des gesamten deutschen Volkes als Vorposten des deutschen Mitteleuropa fand, ja im Gegenteil durch die Auseinandersetzung in der deutschen Frage gehemmt wurde. Man denke nur an den Krimkrieg, in dem Österreich nicht vorgehen konnte, weil Preußen bewaffnete Neutralität wahrte, und an die unglücklichen Folgen des deutschen Krieges für diese Balkanfrage.

Wie hätte sich das Bild im Südosten wandeln können, wenn das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die Aufgabe erkannt hätte, die Moltke ihm damals zuwies, der schon an eine große Siedlungspolitik dachte, die die Fürstentümer mit deutschem Volke erfüllen sollten:

„Heute drängen sich die nach Emanzipation ringenden Fürstentümer, insbesondere Serbien seinem (sc. Österreichs) Schutz auf. Soll denn Rußland dort ganz freies Feld finden, um seinen Einfluß noch mehr auszubreiten?

Welches deutsche Gemüt ergreift nicht Wehmut beim Anblick der langen Züge unserer Landsleute, die mit Weib und Kind und Habe eine neue Heimat jenseits des Weltmeeres suchen? Die Walachei ist ein Land, das ihnen allen zur Aufnahme dienen könnte und auch für den Ärmsten auf der jetzt gebahnten Straße der Donau leicht in wenigen Tagen und mit geringen Kosten zu erreichen ist. Dort finden sie einen überreichen Boden, die Wälder, die rauschenden Bäche und die Berge oder die Ebenen ihrer Heimat wieder. Sie finden eine christliche Regierung und den Anfang zu geordneten Zuständen, die schon um vieles weiter vorgeschritten sein würden, wenn man den Hospodaren die Erblichkeit in ihrer Familie erteilte... dann brauchte deutscher Fleiß nicht mehr nach den verpesteten Sümpfen und dem glühenden Himmel fremder Weltteile zu flüchten, und an den Ufern der stolzen Donau würde deutsche Sprache erklingen, deutsche Sitte wohnen von den schwäbischen Bergen bis zur Mündung der Sulina."

Moltke folgt hier den Gedankengängen eines andern großen Feldherrn — die dieser aber auch in die Tat umzusetzen wußte! —, des Prinzen Eugen, der den Brückenkopf an der Donau — Belgrad — besetzte und befestigte, damit „nicht allein aus dem dort zu stabilisierenden Commercio ein großer Nutzen, sondern dem ganzen Königreich und sämtlichen Erbländern, ja der Christenheit selbst eine beständige Vormauer verschafft würde" (Brief des Prinzen an den Kaiser, 25. August 1717), und aus dem Donauquellgebiet die letzte Kolonisation des deutschen Ostens einleitete, die zu Moltkes Zeit gerade aufhörte.

Ahnte Moltke nichts davon? — Er erwähnt jedenfalls nichts von diesen Vorgängen.

Zwischen Prinz Eugen und Moltke liegen allerdings die Friderizianischen Kriege und Napoleonischen Siege, die den deutschen Donaustaat ins Mark getroffen hatten und den slawischen Osten ungestörter das türkische Beutefeld beschreiten ließen.

Reifes geopolitisches Verständnis zeigen auch seine Berichte über die wehrpolitische Lage nach der Gründung des Deutschen Reiches. Sie haben nicht nur historischen Wert, sondern können auch heute noch unseren Blick vertiefen und schulen.

Moltke weist in der Denkschrift von 1871 schon auf den kommenden Zweifrontenkrieg hin, den er als gefährlichste Probe für den Fortbestand des neuen Deutschen Reiches ansieht. Er zeigt, daß Rußland trotz seiner unermeßlichen Landfläche nicht gesättigt ist. „Seine Eroberungen der Küsten im Norden und Süden haben nur an Binnenmeere geführt, der Sund und die Dardanellen sind noch in fremden Händen."

Einen Angriff auf die Türkei kann aber Rußland nicht wagen wegen der gefährlichen Flankenstellung Österreich-Ungarns in Siebenbürgen. Auch muß es befürchten, daß in diesem Kriege die unterworfenen Randstaaten abfallen. „Außerdem muß Rußland, sobald es sich gegen die Donau wehrt, jederzeit ein starkes Heer an der Weichsel belassen, wo der slawische Großstaat in der slawischen Bevölkerung, den Polen, seinen erbittertsten Feind weiß." — Die alte Freundschaft zwischen Rußland und Preußen ist geschwunden, seitdem das neue Deutsche Reich Rußlands Wünschen in den Weg treten kann. „Nun ist plötzlich das zersplitterte und kaum

beachtete Deutschland ein mächtiger und unmittelbarer Nachbar geworden, und in dem Maße, wie eine dauernde Verständigung zwischen beiden (sc. Deutschland und Österreich) sich anbahnt, dürften die russischen Sympathien schwinden."

Deutschland und Österreich haben keine Interessen an einem Kriege mit Rußland. Österreich kann die Donaufürstentümer nicht auch noch „amalgamieren" oder nur „beherrschen", Deutschland hat kein Interesse an Kurland oder Polen, „eine Eroberung von zweifelhaftem Wert, deren Einverleibung dem Grundprinzip eines Deutschen Reiches widerspricht".

„Zwar ein neuerrichtetes Königreich als Vormauer gegen das halbasiatische Rußland könnte im Interesse aller europäischen Staaten liegen; aber ein selbständiges Polen vermag ohne jede Verbindung mit dem Meer unmöglich zu bestehen. Da wir nun niemals Königsberg und Danzig herausgeben können, so kann ein solcher Staat nur in Personalunion mit Preußen, oder im Süden bis zum Schwarzen Meer erweitert gedacht werden, also Wolhynien und Podolien umschließend und im Besitz der Mündungen des Bug und Dnjepr."

Rußland wird einen Krieg nicht allein wagen, sondern nur in Verbindung mit Frankreich. Eine Invasion nach Rußland ist gefährlich. Raumweite, Klima und Wirtschaftsstufen schützen es davor. Aber auch die Randstaaten sind gefährdet.

„Andererseits aber erschweren sie auch die Versammlung der russischen Streitkräfte an der Grenze, und an der Grenze liegt Petersburg, liegen eroberte Provinzen, deren Bewohnér weit davon entfernt sind, in Abstammung, Sitte und Glauben mit dem großen homogenen Kern von 64 Millionen Russen verschmolzen zu sein."

Zwischen dieser Denkschrift und dem Bericht über den Zustand der Türkei liegen 30 Jahre: Die völkischen Bewegungen von 1848, die kriegerische Lösung der deutschen Frage und die Gründung des Deutschen Reiches. Wir sehen, wie diese Ereignisse, an denen Moltke selbst entscheidenden Anteil nahm, sein Urteil über die Bedeutung Österreichs im europäischen Südosten geändert haben. Daß er 1840 diesen Gang der Entwicklung nicht vorausahnte, zeugt nicht von mangelnder politischer Begabung des jungen Generalstabsoffiziers, sondern zeigt eher die Grenzen menschlichen Denkens. Daß sein Urteil über die geopolitische Lage der Türkei und Rußlands richtig war, haben der Weltkrieg und auch die heutige Lage bewiesen.

*

Nachtrag

Vorstehender Aufsatz wurde im Januar geschrieben, als an die Lösung der österreichischen Frage noch nicht zu denken war.

Moltkes Aufzeichnungen lassen ahnen, welche Aussichten das deutsche Volk durch den — vom Schicksal verhängten — Bruderkampf im Südosten Europas verscherzt hat. Um so größer ist jetzt die Freude darüber, daß durch die glanzvolle Tat des 12. März Österreich in die Aufgaben, wenn auch in veränderter Form, hineingestellt ist, die seiner als Vorposten des Deutschtums im Südosten harren.

Was Prinz Eugen von Belgrad erhoffte und nicht durchsetzen konnte, wird fortan Wien als Hauptstadt der Südostmark erreichen. Es wird ein Bollwerk des Deutschtums, „ja der Christenheit selbst" gegen die bolschewistischen Vorfeldkämpfe auf dem Balkan werden, und aus dem „dort zu stabilisierenden Commercio" wird der deutschen Volkswirtschaft der Weg zu den Rohstoffländern in Südosteuropa im Frieden und im Kriege eröffnet.

ALBRECHT HAUSHOFER:
Berichterstattung aus der atlantischen Welt

Chronistenpflicht gebietet, auch in einem Monat, der allen Wissenden in Europa Stunden und Tage voll äußerstem Ernst gebracht hat, wichtiger Vorgänge zu gedenken, die sich in jenen Zonen abgespielt haben, aus denen nicht so leicht innerhalb vierundzwanzig Stunden ein Weltkrieg entstehen kann. Zu diesen Bereichen gehören Süd- und Mittelamerika sowie große Teile von Afrika. Aus diesen Bereichen ist zu melden:

Die Niederschlagung einer integralistischen Revolution in Brasilien: Präsident Vargas hat in seinem Kampf gegen die Traditionen von São Paulo und Minas Geraes eine Zeitlang versucht, sich der wachsenden Kräfte einer jungen brasilianischen Nationalbewegung unter Plinio Salgado zu bedienen. Als er merkte, daß diese Bewegung, die sich nebenbei in scharfer Weise gegen die nichtportugiesischen Volksgruppen Brasiliens wandte, auch für seine persönliche Macht gefährlich werden könnte, wandte er sich gegen sie, und verlängerte seine Macht als Präsident durch einen Staatsstreich. Der jetzige Aufstandsversuch der Integralisten war die Antwort darauf. Er ist an zwei Umständen gescheitert: einmal daran, daß es nicht gelang, den Präsidenten persönlich zu überrumpeln; vor allem aber daran, daß die Armee zum größten Teil zu Vargas hielt. Ein niedergeschlagener Aufstand ist aber noch längst keine Lösung der schwierigen innerpolitischen Probleme, denen Brasilien gegenübersteht, solange der jetzige Präsident an seiner persönlichen Diktatur festhält.

Der Austritt Chiles aus dem Völkerbund: Hier vollzieht ein südamerikanischer Staat, der im eigenen Haus Ordnung halten will, einen Schritt, den eine Reihe von anderen Staaten schon vorher getan haben. Chile kann sich gegenüber den Vorwürfen, die Lord Robert Cecil und seine Freunde nun erheben, damit trösten, daß es sich nicht in schlechter Gesellschaft befindet. Auch die Schweiz hat sich bekanntlich so weit vom Völkerbund entfernt, daß sie sich im Mai ihre volle Neutralität hat bestätigen lassen. Andere kleine Staaten werden folgen.

Die Zuspitzung des Konfliktes zwischen Mexiko und den britisch-amerikanischen Ölinteressen: Hier hat England gegenüber den Vereinigten Staaten die direktere Gegnerschaft gezeigt. Mexiko hat seinen Gesandten in London abberufen; darauf mußte auch der britische Gesandte aus Mexiko weichen. Kampfmaßnahmen wirtschaftlicher Natur folgen einander auf beiden Seiten mit steigender Wirkung. Die Vereinigten Staaten halten sich äußerlich stärker zurück als England. Damit ist aber nicht gesagt, daß sie nicht für General Cardenas der gefährlichere Gegner sein könnten. Es sieht so aus, als ob sie nach bewährten Methoden im Begriff ständen, gegen den unbequemen mexikanischen Präsidenten ein schon oft erprobtes Manöver neu zu erproben: eine mexikanische Revolution mit fremdem Geld. Diese Methode hat schon viel Unglück über Mexiko gebracht. Wir haben keinen Anlaß, die linksradikale Regierung Cardenas' besonders in Schutz zu nehmen; aber es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, wenn man feststellen kann, wie der edle Begriff der Nicht-Intervention von den Gralswächtern demokratischer Tugend in angelsächsischen Landen gehandhabt wird, wenn ihre eigenen Wirtschaftsinteressen auf dem Spiele stehen.

Wahlen in der Südafrikanischen Union: Der Wunsch nach einem echten Ausgleich zwischen britischen und burischen Interessen, wie er von der Regierung Hertzog-Smuts verkörpert wird, hat sich noch einmal in den Wahlen durchgesetzt. Die Regierung behält ihre überwältigende Mehrheit im Parlament. Die Stimmziffern im Lande selbst sind nicht ganz so überzeugend. Auf die rund 450 000 Stimmen der Regierung entfallen immerhin 350 000 der Opposition. Innerhalb dieser Opposition wird weitaus der größte Teil von den burischen Nationalisten unter Malan gestellt, die vor allem im Oranje-Freistaat eine starke Stellung haben. Das unzufriedene Britentum bildet eine geschlossene, wenn auch nicht zahlenstarke Gruppe in Natal. Als politisches Ergebnis läßt sich festhalten, daß die englandfreundliche Politik des Südafrikanischen Dominiums auf eine Reihe von Jahren sichergestellt ist.

Nach diesem kurzen Blick über Außengebiete wenden wir uns Vorgängen zu, die, von Mitteleuropa gesehen, am Rande zu liegen scheinen, die aber doch von höchster Bedeutung sind, weil in ihnen ein zwar verdecktes, aber sehr wichtiges Stück englischer Kriegsvorbereitungen steckt. Wir meinen den Abschluß des Vertrages mit Irland, den Malcolm Macdonald Ende April mit De Valera unterzeichnet hat, und die Verhandlungen britischer Wirtschaftskommissionen mit Kanada und den Vereinigten Staaten über die Einschaltung Nordamerikas in den britischen Rüstungsaufbau für den nächsten Weltkrieg. Wir hatten schon bei der Besprechung der amerikanischen Neutralitätsgesetzgebung darauf hingewiesen, daß der Präsident bei seinem Nachgeben gegenüber den Isolierungspolitikern in Amerika dafür gesorgt hat, daß in der damaligen Gesetzgebung eine wichtige Lücke blieb: der ausdrückliche Ausschluß Kanadas von allen für den Kriegsfall vorgesehenen Hemmungen. Mit Hilfe dieser Lücke wird im Augenblick das Wirtschafts- und Kriegsbündnis zwischen dem Britischen Reich und den Vereinigten Staaten geschlossen, das dem englischen Weltreich und seinen Verbündeten die militärische, weil rohstoffwirtschaftliche Überlegenheit für jeden längeren europäischen Krieg garantieren soll. Das östliche Kanada soll dabei zum großen Arsenal des britischen Heeresbedarfs werden — jedem Luftangriff aus Europa oder aus Ostasien unerreichbar. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Wirksamkeit dieser britischen Kriegsvorbereitungen und die Bereitschaft des englischen Volkes, einen Krieg zu führen, unterschätzt würde. Damit ist noch nicht gesagt, daß England zur Zeit einen Krieg will. Das britische Weltreich hat in einem Krieg nichts zu gewinnen, nur zu verlieren. Wenn es sich dazu entschließen sollte, ihn zu führen, dann könnte das nur geschehen, weil sich die englische Regierung und das englische Volk von der Unvermeidbarkeit eines neuen Weltkriegs überzeugt hätten. Einstweilen hat sich Lord Halifax noch einmal mit großer Schärfe gegen die Formel von der Unvermeidbarkeit des großen Krieges gewandt; man wird ihm zubilligen müssen, daß er den Versuch macht, die Fehler zu vermeiden, die sein Verwandter und Vorgänger, Lord Grey, vor 1914 gemacht hat. Aber man wird hinzufügen müssen, daß die sogenannte öffentliche Meinung in England ihm seine Arbeit nicht erleichtert. Das hat sich in erschreckender Weise gezeigt in den Tagen vom 20. bis 22. Mai, in denen es nur an der großartigen Disziplin der Sudetendeutschen und an der strengen verantwortungsvollen Zurückhaltung des Deutschen Reiches gelegen hat, daß ein europäischer Konflikt von größten Ausmaßen vermieden worden ist.

Die Hintergründe dieser Tage zu durchleuchten, wird auch für den späteren Historiker keine leichte Aufgabe sein. Es wird nicht leicht sein, festzustellen, welcher Provokateur den schon halb gescheiterten Versuch, einen europäischen Ausgleich durch Zuführung neuen Brennstoffes in Spanien zu verhindern, dadurch ergänzen wollte, daß man das deutsche Volk in Böhmen vor unerträgliche Belastungsproben seiner Geduld zu stellen versuchte. Es ist dabei mit allen Mitteln der Brunnenvergiftung gearbeitet worden: falsche Meldungen, ob sie nun in Paris oder in Prag gebraut worden sind, haben dazu geführt, daß man im Bereich der großen und der kleinen Demokratie die Nerven verlor, und mitten im friedlichen Mitteleuropa eine willkürliche Mobilisierung begann — ausgerechnet in den Tagen, wo man der Welt beweisen wollte, daß die Sudetendeutschen gar nicht unterdrückt seien und sich aller Rechte einer friedliebenden demokratischen Bevölkerung erfreuten. So sind die Gemeindewahlen in ihrem ersten Teil unter dem Druck militärischer Besetzung vor sich gegangen. Daß sie trotzdem dazu geführt haben, daß niemand in der Welt mehr die alleinige Legitimation Konrad Henleins als Wortführer der Sudetendeutschen bestreiten kann, ist ein großer Erfolg. Eines aber muß mit allem Nachdruck festgehalten werden: eine mehrfache Wiederholung von Krisen dieser Art werden sich weder die Tschechen noch ihre großen Verbündeten erlauben können. Es ist höchste, allerhöchste Zeit dafür, daß den Versprechungen der Prager Regierung endlich einmal Taten folgen!

Einen Hinweis an England aber können wir uns nicht versagen. Vorstellungsvermögen ist nicht die stärkste Seite des englischen Wesens. Der Engländer kennt meistens keine mitteleuropäische Geschichte. Deswegen muß man ihm zuweilen mit Beispielen aus seinem eigenen Erlebnisbereich nachhelfen. Wir bitten daher unsere britischen Leser, sich einmal folgendes vorzustellen: England hätte den Weltkrieg verloren. Ein siegreiches Deutschland wäre töricht genug gewesen, auf dem Wege des Diktats einen irischen Freistaat zu errichten, und diesem irischen Freistaat zu erlauben, Ulster gewaltsam zu besetzen. In Belfast und Londonderry wären irische revolutionäre Freischaren eingezogen; es hätte auf britischer Seite Tote gegeben. Der große britische Besitz wäre enteignet, die Arbeitslosigkeit des gesamten Landes auf Belfast und Umgebung abgewälzt worden; jeder verfügbare Posten in Verwaltung und Wirtschaft wäre den Ulsterleuten weggenommen und an Südiren gegeben worden. Ein solcher Irischer Freistaat hätte außerdem ein Militärbündnis mit Deutschland abgeschlossen zu dem ausgesprochenen Zweck, die Wiederherstellung einer britischen Großmacht nach Möglichkeit zu verhindern und durch ständiges Bereithalten von Flottenstützpunkten und Flughäfen „die Sicherheit Deutschlands gegen einen englischen Angriff zu fördern". Nach zwanzig Jahren wäre England trotzdem wieder zur Großmacht geworden. Der Irische Freistaat aber weigerte sich weiterhin, sein Militärbündnis mit Deutschland aufzugeben, versagte dem britischen Ulster jede wirkliche Selbstverwaltung und gestattete Wahlen nur unter dem Schutz des Bajonetts. Wie verhielte sich in diesem Fall die englische öffentliche Meinung? Was wären in diesem Fall die Forderungen von Lord Craigavon?

Wir Deutschen haben ein Recht, eine Beantwortung dieser Fragen von allen jenen Engländern zu verlangen, die sich bemüßigt fühlen, dem deutschen Volk Vorschriften über sein Verhalten gegenüber dem tschechischen Staat zu machen.

KARL HAUSHOFER:
Bericht über den indopazifischen Raum

„Asien tritt auf die Weltbühne... Dieses Asien kann und wird mitentscheidend auf die Politik der europäischen Staaten, somit auch unseres Vaterlandes, einwirken." — Das schrieb Erwin v. Bälz im Mittsommer 1905 in sein Tagebuch! Asien war schon früher mehr als einmal riesengroß auf der Weltbühne gestanden, aber zeitweilig abgetreten. Nun erhofft sich der Mitteleuropäer eine Zusammenfassung der seither errungenen geopolitischen Erkenntnisse, wenn von einer ebenso anregungsreichen, wie eigenwilligen Persönlichkeit, wie Siegfried Passarge, in seiner Geographischen Völkerkunde ein 5. Band: „Asien" erscheint (Anhang 1). Die Erwartung wird nicht ganz erfüllt; so findet sich z. B. im Literaturnachweis für Japan nichts über die Rassenfrage als ein ehrwürdiger Aufsatz von Koganei aus dem Jahre 1903; nichts von dem reichen Werkstoff, den Georges Montandon oder Griffith Taylor (z. B. in „Environment and race") boten, — wenn sich der Verfasser schon der Arbeit der deutschen Japanforscher verschloß.

Auch das Weizen bauende Pendschab finden wir überrascht in der Abbildung 4 Reis-Asien zugeteilt, und Hokkaido von Japan zu Kälte-Asien abgegliedert. So können wir zu unserem Leidwesen diesen willkürlichen Einteilungen weder dem Blute, noch dem Boden nach folgen; die Fragestellung nach einer Geopolitik von Ostasien bleibt noch ungelöst und das Wort: „Sartoidisierung" (nach Passarge) weckt unangenehme Empfindungen, weil der fremdstämmige Ballast ohnehin schwer genug ist, ohne den die Erdkunde nicht auszukommen glaubt.

Wie sich innerhalb der „interessanten Persönlichkeit Asiens" ihr im Augenblick unbestritten am meisten Kraft ausstrahlender Anteil, das japanische Volk, darzustellen wünscht, erhellt aus zwei bemerkenswerten Werbeschriften von Professor Kanichiro Kamei (Anhang 2) und Naoshi Shimanouchi (Anhang 3). Die Umwelt Japans, die nähere und weitere, bedarf auch dringend solcher Selbstdarstellungen in möglichst deutlicher, gedrängter Form, wenn nicht eintreten soll, was bisher fernzuhalten gelang: die ortsfremde Einmischung in die wichtigste innere Auseinandersetzung Asiens — trotz allen Begleitgeräuschen im Nahen und Mittleren Osten und in den mehr und mehr zur Selbstzersetzung neigenden Sowjetbünden.

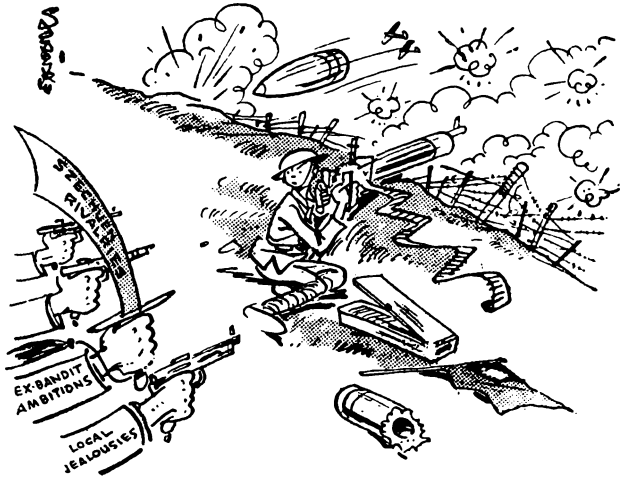
Wir versuchen (wie schon zuweilen mit Erfolg, was uns Zustimmungen bewiesen), die geopolitisch am meisten brennenden Fragen aus der fernöstlichen Spottzeichnung teilweise zu beantworten: siehe den „Bilderbogen" auf den folgenden Seiten.

Weiter fügen wir eine vereinfachte Darstellung der zu Frühlingsanfang gültigen Reibungszonen und Kraftlinien für unsere Leser bei (S. 469).

Aus dieser derben Übersichtskarte dürften die Leser erkennen, daß — auch nach der japanischen Besetzung von Amoy — drei große Atemwege des chinesischen Widerstandes: der südliche über Hongkong—Kanton—Hankau, der fast gleichläufige Indochina-Weg nach Yünnan und die Kraftwagenstraßen nach Sinkiang und der äußeren Mongolei immer noch frei sind, und daß vor einer Entscheidung am Eisenbahnkreuz um Hsüchow — (wo die japanischen Nord- und Südstreitkräfte mit weiten Lücken immer noch 150 km Mitte Mai auseinanderstanden) — trotz der Eroberung von Schansi und der Bahnbedrohung bei Kaifeng — von einer

"Chronicle" San Francisco

1.
Anschaulich die Überlastung des im Grunde in seinen wichtigsten Lebensbedingungen ozeanischen japanischen Reiches durch zu viele bis an die Grenze der Schwimmfähigkeit und Wirtschaftstragkraft in das Boot gepackte, mit Gewalt harpunierte Fische, mit deutlichem Hinweis auf die Gefahren eines Vorgehens südlich der Straße von Formosa. Dort ist denn auch die Hauptwaffeneinfuhrzentrale für China in Honkong.(Anh.4: North China Herald, 1938, S. 200, mit dem Nachweis: „Allein die aus der Tschechoslowakei eingeführte Munition genügt, um den Krieg noch ¼ Jahr aufrechtzuerhalten.") Das Mun.-Ministerium Chinas sitzt in Hongkong!—Ein gefährliches Spiel!



2.
Die Hauptschwierigkeit von Marschall Chiang Kai Shek: seinen Rücken im eigenen Lande von Dolchstoß-Politik freizuhalten.

zwingenden Einwirkung nicht die Rede sein konnte. (Vgl. wehrgeopolitische Lageskizze S. 470 und Anhang 9.)

Noch war — trotz dem Fall von Hsüchow — die bäuerliche Kraft des weiten Hinterlandes Mitte Mai ungebrochen; ihre gesunde Struktur bei 80% der Bevölkerung wirkte sich in einem Grad von Krisenfestigkeit aus, den manche andern Mächte im gleichen Falle von Gebietsverlust und Hauptstadtbesetzung nicht gezeigt hätten. Glückliche Fügung für unparteiischen Einblick will, daß die zähe Kraft chinesischen Agrar-Gefüges durch eine vorzügliche Aufnahme von Professor John

RETURN TO PROSPERITY BY SAPAJOU

3.

Die unvermeidliche zunehmende Auswirtschaftung des Schauplatzes d.„Abwesenheit des Friedens", aus dem glaubhaft etwa 40 Millionen Menschen verzogen sind, um dann kleinweise „Wohlstands-Wiederkehr" zu feiern.

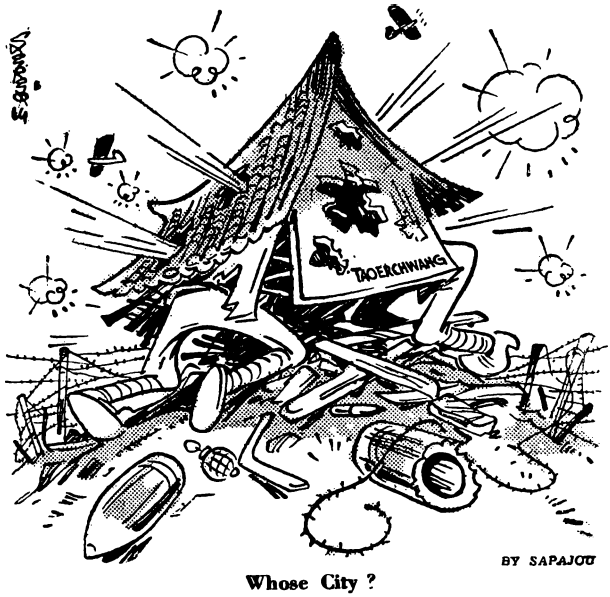
Whither ? BY SAPAJOU

4.

Die schwierige Lage der Chinesen im besetzten Gebiet — die bei freier Wahl sich wohl in überwältigender Mehrheit für die Träger ihres Selbstbestimmungs-Gedankens entscheiden würden, denn Selbstbestimmung wird nun einmal nicht durch Andere bestimmt — Beneficia non obtruduntur!

Lossing Buck (Anhang 5) gerade vor dem Eintritt einer unvermeidlichen Veränderung übersichtlich festgehalten ist; ein Vorläufer dazu war seine „Chinesische Bauern-Wirtschaft" von 1930.

Freilich zeigt er auch die ungeheure Menschenverschwendung der Gelben Erde, die der gleichen Bodeneinheit etwa ein Vierzehntel des Ertrags der USA mit einem Vielfachen der Menschenkräfte abringt. Die Besitzgrößen Japans zu China zu



Whose City ?

5.

Die so lange festgefahrene Lage an der Lunghai-Bahn, wo der Mitteleuropäer leicht die ungeheuren Geländeschwierigkeiten eines vielfach nur auf schmalen Dämmen in langgezogenen Reihen durchschreitbaren Sumpflandes ebenso unterschätzt, wie die Kampfzähigkeit fernöstlicher Rassen.

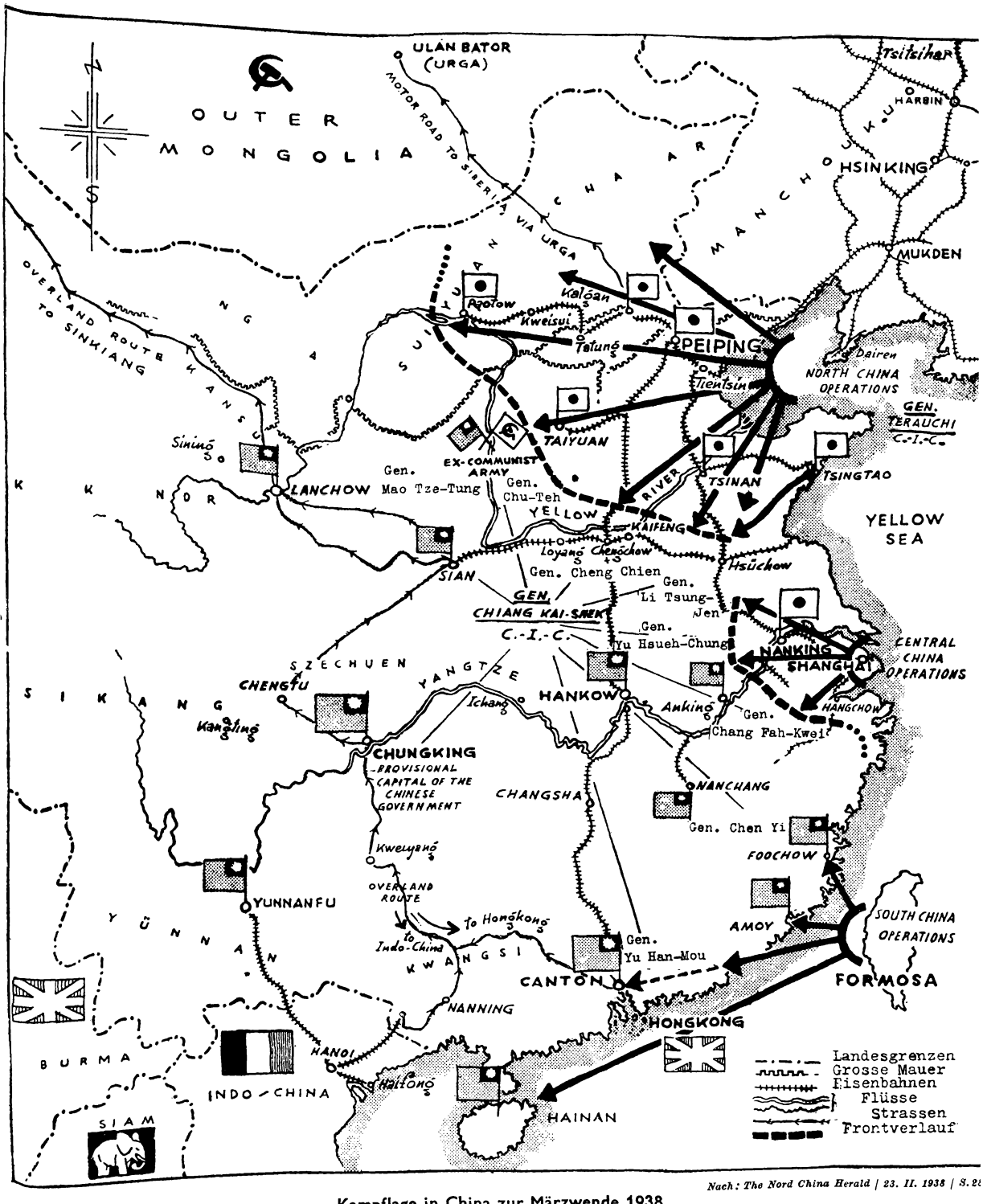
AMBASSADORS RECALLED

6.

Ein Beispiel für die Schwarz-Weiß-Auffassung europäischer Vorgänge im Fernen Osten, die nicht so eindeutig sind, wie sie von dorther gesehen werden.

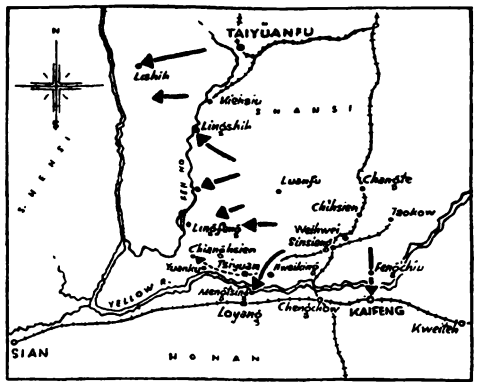
Deutschland zu England und den Vereinigten Staaten verhalten sich wie 3 zu 4 zu 22 zu 63 zu 157: Menschenfülle zu Menschenleere und Maschinenkultur! Aber die Kehrseite ist eben die Krisenfestigkeit gegen Niederbrüche der Volksseele, trotzdem etwa 40 Millionen im Augenblick bodenverdrängt sind, und die Möglichkeit, fast unbegrenzt Menschen zu verschwenden. Prüfung des chinesischen politischen Schrifttums zeigt denn auch gegenüber dem Kriegsbeginn eine versteifte geistige Haltung, z. B. „The Peoples Tribune" (Anhang 8) — etwa in ihrem März- und Aprilheft, die über Hongkong noch immer Weltumlauf haben. Scharf werden natürlich auch die Sowjetbünde beobachtet, so z. B. (Anhang 6) durch die „Far Eastern Review", der gute Einblicke in deren fernöstliche Lauerstellung zu danken sind, so „Zwanzig Jahre Bolschewismus" u. a.

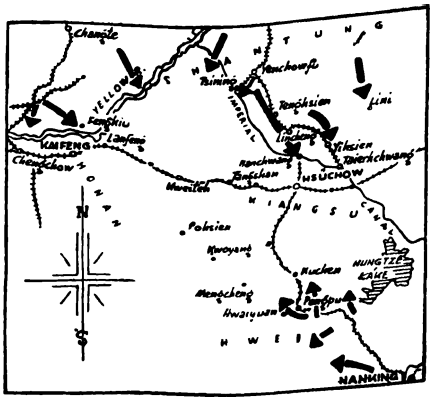
Diese Lauerstellung — der gegenüber, wie Fürst Konoye feststellte, Japan aus



Nach: The Nord China Herald | 23. II. 1938 | S. 2

Kampflage in China zur Märzwende 1938





guten Gründen viel Geduld beweist — hält aber nach unseren Schätzungen wohl 500 000 Mann von den Entscheidungen auf chinesischem Altkulturboden fern. Es ist bezeichnend, daß deren erste, die den scharfen Übergang vom „Strafexpeditionsverfahren" mit unzulänglichen Kräften zum Krieg ohne Worte bedeutet, am Eisenbahnkreuz der Lung-Hai-Bahn und Tientsin-Pukau-Bahn und am Kaiserkanal fällt. Auch die Art der Einkreisung ist von der wehrgeographischen Eigenart dieser Seenlandschaft und Reissümpfe nicht zu trennen. Gewiß hat die Begegnung der von Süden und von Norden an die Bahn aus dem Hinterland herangestoßenen hochbeweglichen japanischen Abteilungen etwas von dem Reiz der Begegnungen bei Königgrätz und Sedan. Wie weit das dünnmaschige japanische Einkreisungsnetz nicht doch einen Durchbruch von zu allem entschlossenen chinesischen Massen gestattet, wie viel von den um Hsütschau geballten 450 000 bis 500 000 Mann sich dem Würgegriff der Anakonda-Schlinge zu entwinden vermag, war Mitte Mai noch nicht zu übersehen. Jedenfalls sind auf beiden Seiten die Opfer schwer im Verhältnis zum Erfolg.

Selbst wenn die Heeresleitungen beiderseits alles Mögliche taten, um die Leiden der Bevölkerung, der Verwundeten auf das kleinstmögliche Maß einzuschränken, wird die Welt noch lange von Greuelbildern erfüllt werden, wie sie über den Schreckensmonat von Nanking umliefen. Die Leidensfähigkeit des chinesischen wie des russischen Bauern ist noch immer unterschätzt worden; und vielleicht trägt künftig auch noch die des indischen Bauern zur Vermehrung des Unheils bei, das bodenfremde, verstiegene Ideologien über die Menschheit ausschütten. Einstweilen führen deren Vertreter in Moskau eine sehr gehobene Sprache gegen alles in Ost und West, was nicht nach ihrer Pfeife tanzt und Dämme gegen sie baut. Jeder, der etwas zu verlieren hat, mache sich aber klar, welche Folgen auch für ihn das Brechen solcher Dämme nach dem Beispiel Chinas und Spaniens, auch wohl Mexikos, haben mag, womit die Gruppe um Mendel-Rothschild und andere in Frankreich spielt, die kaltblütig auf Verlängerung der spanischen Kämpfe ausgeht, um Faschisten zu ärgern. Das wird man wohl Süpplein am Weltbrand kochen heißen dürfen.

Welche Rolle bei dieser Entwicklung Afrika spielt, das beleuchtet für unsere südamerikanischen Landsleute an der Westküste der Neuen Welt in großartiger Schau Frh. v. Wangenheim im „Westküsten-Beobachter" (Anhang 7 — Nr. 231,

10. März 1938, S. 9—13). Er zeichnet drei große geopolitische Grundzüge, deren wir bei der Forderung auf Rückgabe unserer Kolonien eingedenk sein müßten:

1. der Fernzielsetzung der südafrikanischen Union nach einem größeren weißen Südafrika im Gegensatz zur reichsbritischen Neger- und Inderpolitik in Ost- und Westafrika;

2. der italienischen Blockbildung an der Ostküste, mit der die Idee der Kap-Kairo-Linie endgültig abgetan sei, die also beweise, daß es eine kontinental gedachte Kap-Kairo-Linie nicht gebe;

3. des weiter bestehenden politischen und wirtschaftlichen Minderinteresses an der tropischen Westküste (was eine Druckentlastung für Togo und Kamerun bedeuten würde!).

So gering — abgesehen von Frankreichs farbigen Truppen — das gegenwärtige geopolitische Rüstungspotential Afrikas für indopazifische Auswertung angeschlagen werden muß, so groß ist es allein im italienischen Block mit seinem Zukunftswert anzuschlagen.

Kommt schon im jetzigen chinesisch-japanischen Abringen die Raumtiefe Chinas stark zur Geltung, die Chiang-Kai-Shek im Widerstand an der Lunghaibahn klug benützt hat, so würde sich die der eurasiatischen Sowjeträume mit ihren Bodenschätzen noch mehr auswirken, wenn man nicht ethnopolitisch dort vor einer solchen Verwüstung stände, daß selbst den Verbündeten, Franzosen und Tschechen, davor graut. Immerhin wird (siehe Anhang 6 u. a.) die Sowjet-Entwicklung im Osten scharf beobachtet und manches im Westen nicht so Bekannte dabei erspäht. Vorbeugendes Handeln auf weite Sicht kommt dabei zur Geltung. Es spielt auch eine Rolle bei der Besitzergreifung von pazifischen Stützpunkten, die von USA und Frankreich neue Antriebe empfingen.

Als nachträglicher hinkender Bote zu dem breitspurigeren arktischen und antarktischen Imperialismus der Großraumbesitzer der Erde sei gemeldet, daß nun auch Frankreich auf Grund seiner volkspolitisch so schlimm vernachlässigten pazifischen Besitzungen Ende April Ansprüche auf Souveränität über alle Gebiete zwischen dem 136. und 142. Längengrad südlich des 60. Breitegrades anmeldet. Es liegt damit etwas zurück im Rennen um die südpazifischen Flugstützpunkte mit England und den Vereinigten Staaten. Wenn es je ein Gebiet gab, auf dem der Völkerbund schöpferische Arbeit hätte leisten können, so wäre es die Behauptung von Arktis und Antarktis und einiger international zu verwaltenden Insel-Flugstützpunkte auf weiten Meeresstrecken als gemeinsames Gut der Menschheit gewesen. Schon Alt-Hellas hatte mit seiner Anschauung, das „Meer sei der Menschheit gemeinsames Gut" eine Art von Rechtsgewissen dem freien, hohen, offenen Meer gegenüber geoffenbart. Genf ahnte nichts davon; und so griff die Macht überall fetzenweise nach dem herrenlos gelassenen Gut. War es ein Wunder, daß die Beraubten und Betrogenen dem Klüngel den Rücken kehrten, der sich mehr und mehr nur als eine Besitz-Rückversicherung einzelner Raumraffer für ein in einem günstigen Augenblick zusammengeraubtes Gut, statt als einen künftigen Hort gerechter Raumverteilung auf Erden erwies? Eigennutz ging in Genf vor Gemeinnutz — nicht Gemeinnutz der Menschheit vor Eigennutz der an sich schon Raub-Übersättigten.

Soviel Deutsche sind gegen ihren Willen in die Tschechoslowakei hineingesperrt worden, als Jren in Eire wohnen! Warum nahm sich denn Genf niemals dieses Raumunrechts an? Weshalb sollen Großdeutschland, Italien und Japan, auch Chile und Argentinien jetzt Australien, Neuseeland, Frankreich Ausschnitte aus dem Großen Ozean gewährleisten, in denen sie den Ureinwohnern Lust und Raum zum

Leben verleidet haben, mit Ausnahme der scheinbar schon auf dem Aussterbeetat stehenden Maori, die durch ein Willenswunder zu neuem Leben erwachen? Der Gipfel von Heuchelei ist, wenn man Deutsche und Italiener jetzt um der Erhaltung der Weißen Rasse willen beschwört, Japan in den Arm zu fallen! Wer schleppte denn die Deutschen nach dem Kriegsende aus China fort und ließ sie durch Gelbe, Braune und Schwarze austreiben, wo sie noch waren? „Lest we forget!" Auch wir wollen nicht vergessen.

Anhang zum Geopolitik-Bericht über den indopazifischen Raum VI/38

1. Siegfried Passarge: „Geographische Völkerkunde. Bd. 5 Asien." Frankfurt a. M., 1938; Verlag Moritz Diesterweg; 140 S.; 7 Abbldg., wovon 1—4 bes. bemerkenswert. — 2. Kanichiro Kamei: „Japanologie; Das japanische Volk, seine Kultur und Weltanschauung." Auf Anregung S. E. d. Herrn Ministers v. Ribbentrop gedruckt, durch Deutsch. Jap. Ges. erreichbar. — 3. Naoshi Shimanouchi: „The underlying factors of Japan's Foreign Policy", in Anlehnung an Prof. Albert E. Hindmarsh: „The basis of Japanese foreign policy. — 4. North China Herald 1938, S. 200 bringt den Nachweis der Organisation der chinesischen Rüstungsbelieferung in Hongkong und den leitenden Anteil der Tschechoslowakei dabei. — 5. John Lossing Buck: „Landutilization in China." A study of 16 736 farms in 168 localities and 38 256 farmfamilies in 22 provinces in China 1929 bis 1933. 3 Bände; 30 $; für China: Commercial Press, Shanghai; für USA. University of Chicago Press; für Europa: Oxford University Press. Wichtigster Bd. I (10 $); Atlas II. Bd. 10 $; Statistik, III. Bd. 20 $ allein. Standwerk über die chinesische Vorkriegslandwirtschaft, durch die Aufnahme in letzter Stunde einzig in seiner Art für 80% der chinesischen Volksmasse. — 6. „Far Eastern Review" Bd. XXXIV S. 45 „Twenty years of bolschewism", Heft II, und ebda. S. 81: „Present conditions in Russia" in guter Auswahl aus der Londoner und der New York Times — wie überhaupt die Auswahl des in Abendland und Amerika Beobachteten der großen Fernost-Ing.-Zeitschr. oft sehr bezeichnende Einblicke eröffnet. Z. B. S. 75 d. gl. Nr. mit dem Kärtchen zu „Progress of irrigation in Nordchina" die verkehrspolitische Bedeutung des Lunghai-Schlachtfeldes dort, wo Bahnkreuz, Kaiserkanal als Binnenfluchtweg von der Küste und alter Hwangho-Durchbruch am nächsten zusammenkommen. Auch der O. Y. Schmidt-Aufsatz aus der Prawda: „Warum wir den Nordpol erforschen?" gehört dazu (S. 78; Engl.). — 7. Westküsten-Beobachter. Santiago de Chile; 30. 3. 38 H. 231 S. 9—12: „Kolonialpolitik in Afrika", v. H. U. Frh. v. Wangenheim. Gute zusammengefaßte Ausblicke, die gerade das treffen, was unsere Deutschen über See auch am Pazifik von deutschen Kolonialforderungen und ihren geopolitischen Möglichkeiten wissen müssen. — 8. Die Schrifttumsabwehr Chinas kämpft mit viel Geschick z. B. in den Beiträgen zu „The People's Tribune" (jetzt in Hankow und Hongkong herausgebracht) z. B. im Märzheft: „World security in the balance" (H. H. Kung; „China in defence of world-peace" (General Wu Te-Chen); „Why Japan has failed" — dabei vieles dem Schicksal vorweggenommen! — (General Hsu-Pei-Kan); und vieles andre; auch in den Flugschriften des China Information Committee, mit Beiträgen von Wang-Ching-wei, der Darstellung der Postleistungen, die wohl auf Chi-Chua-Hua zurückgeht, Y. C. James Yens Massen-Erziehungs-Bewegung, in denen jene Denkart auf weite Sicht und lange Frist zum Ausdruck kommt, auf der Chinas fast unheimliche Fähigkeit zum Einschmelzen auch sehr aktiver Fremdrassen auf seinem Boden und zur Rassenkonstanz bei frühem Instinkt für Rassenhygiene beruhen mag, dessen Beweise Schallmayer heute noch kaum übertroffen zusammengestellt hat (Schallmayer, „Vererbung und Auslese"; Abschn. „Betrachtungen über die älteste lebende Kulturnation"). — 9. Einzelheiten zu dem Ringen am Eisenbahnkreuz, am Kaiserkanal und alten Hwangho-Lauf in Südwest-Schantung bringt gut und lebendig in der deutschen Presse Wolf Schenke. Im chinesischen Licht: „Das Neue China." Nachrichtenblätter 185—192, herausgegeben von der Sektion der Kuomintang in Deutschland, Berlin, Kurfürstendamm 118, mit übersichtlicher Karte 1: 1 000 000 mit deutscher und chinesischer Beschriftung; im japanischen Licht Blätter 758 ff. des japan. Vereins in Deutschland, Berlin-Wilmersdorf; Kaiserallee 200 — bis zum Fall von Hsüchow.

ERNST WISBERT:

Völlige Unabhängigkeit oder Dominionstatus der Philippinen?

Manila, im März 1938.

Am 14. Mai 1935 hatte das philippinische Volk mit überwältigender Mehrheit für das neue Verfassungsgesetz gestimmt, das unter Wahrung eines Übergangszustandes vom 4. Juli 1946 ab völlige Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten vorsieht. Mit diesem Tage fallen auch die Quoten der philippinischen Stapelprodukte — Zucker, Kokosnußöl und Hanf —, die bis dahin von den Philippinen zollfrei in die Vereinigten Staaten eingeführt werden dürfen. Nachdem die tönenden Wahlreden verklungen waren, machte sich bald in amerikanischen wie in philippinischen Kreisen eine Stimmung breit, die nicht unrichtig mit Katzenjammer bezeichnet wurde. Nunmehr verdichtet sich diese Stimmung bereits zu positiven Abänderungsvorschlägen. Für uns ist die Lösung des Problems insofern wichtig, als in ihr die Frage eingeschlossen liegt: werden sich die Vereinigten Staaten als Machtfaktor im Fernen Osten zurückziehen oder nicht?

Als bedeutungsvollstes Dokument muß man die am 15. März 1938 vom amerikanischen High Commissioner der Philippinen Paul V. McNutt gehaltene Rundfunkansprache werten, die in den Philippinen Sensation hervorgerufen hat.

Die augenblicklichen Ereignisse des Fernen Ostens, so meint McNutt, haben auch den Philippinos die Augen geöffnet. Völlige Unabhängigkeit kann leicht auf einen Wechsel des Herrn hinauslaufen. Gesetze, die eine rassische Überfremdung der dünn bevölkerten Philippinen durch das überquellende Volkstum der Nachbarn verhindern sollen, können von einem schwachen unabhängigen Staat nicht aufrecht erhalten werden. Unabhängigen Philippinos droht daher rassische Vernichtung. Mit dem Verlust des freien amerikanischen Marktes bricht auch die philippinische Wirtschaft zusammen. Aber können die Vereinigten Staaten selbst einen Rückzug aus den Philippinen verantworten? Sie würden sich dann aus der Diskussion fernöstlicher Angelegenheiten völlig ausschalten. Fallen die Philippinen in fremde Hände, so ist der Inselkranz von Kamtschatka bis Borneo geschlossen und amerikanischer Handel und Verkehr mit China blockiert. Auch ethische Momente kommen hinzu. Die Philippinen leuchten mit ihrem Wohlstand und Frieden wie ein heller Punkt in einem unglücklichen Fernosten. Mit Recht würden spätere Generationen die Amerikaner D e s e r t e u r e nennen, wenn sie die Philippinen ihrem Schicksal überließen. Die Abänderungsvorschläge, die McNutt dann vorbringt, laufen darauf hinaus, der philippinischen Wirtschaft durch Beibehaltung des Quotensystems einen Teil des freien amerikanischen Marktes zu erhalten, und in politischer Hinsicht die schützende Hand der Vereinigten Staaten von den Philippinen nicht zurückzuziehen.

Während noch vor einem Jahre der High Commissioner von den Philippinos nach einer derartigen Rede als öffentlicher Feind Nr. 1 bezeichnet worden wäre, lassen sich jetzt nicht nur in den Cafés, sondern in breitester Öffentlichkeit zustimmende philippinische Äußerungen vernehmen. Es wird sogar vermutet, daß McNutt die Rede im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Commonwealth der Philippinen Manuel Quezon gehalten hat, wenn auch dieser in der Öffentlichkeit ein anderes Gesicht machen muß. Quezon verdankt sein Emporkommen und seine heutige Stellung dem leidenschaftlichen Kampfe für die Unabhängigkeit. Er muß also als der Geschobene und nicht als der Schiebende erscheinen. Nach der heutigen philippinischen Verfassung amerikanischen Musters kann er eine Änderung überhaupt nicht von sich aus vollziehen, sondern bedarf hierfür einer 3/4-Majorität der Kammer mit nachfolgender Zustimmung durch Volksabstimmung. Außer der philippini-

schen Zustimmung ist selbstverständlich auch die des amerikanischen Kongresses erforderlich. Sie zu erreichen, hat McNutt mit seiner Rede den ersten Schritt getan. Die Vereinigten Staaten werden sich vor den nächsten Präsidentenwahlen in dieser Frage kaum entscheiden.

Wenn auch der japanisch-chinesische Konflikt nur in losem Zusammenhang mit der Unabhängigkeitsfrage der Philippinen steht und wegen der Bindung Japans auf dem asiatischen Kontinent von den Independence-Wütigen sogar als Faktor erhöhter Sicherheit und Grund für die Unabhängigkeit angeführt wird, — er hat doch den entscheidenden Anstoß für die Schwenkung gegeben. Die Mehrheit der Philippinos hat das Gefühl: Barometer steht hier im Osten auf Sturm; besser wir überlassen unser Schiff nicht allein der stürmischen See. Natürlich haben sich die alten Gegner völliger Unabhängigkeit und des hiermit verbundenen Verlustes des amerikanischen Marktes — die Zucker- und Kopra-Interessenten — die Stimmung zunutze gemacht.

Der Präsident der Philippine Sugar Association Rafael R. Alunan sieht den Tod der philippinischen Zuckerwirtschaft, an der allein das Wohl von 15% der philippinischen Bevölkerung und 40% der Staatseinnahmen hängen, nicht erst im Jahre 1946 voraus, sondern infolge der Zuckerexportabgabe, die zur Sicherung der amerikanischen Schuldentilgung bereits fünf Jahre vor diesem Zeitpunkt in Kraft tritt, bereits viel früher. Wenn der weit überlegene javanische Zucker schon heute bei leidlichen Preisen aus verschiedenen Gründen — Ausfall des indischen und chinesischen Marktes ist einer der Hauptgründe — schwer um seine Existenz ringt, dann werden die philippinischen Zuckerfabriken bei freier Konkurrenz und ohne den guten amerikanischen Markt mit Sicherheit ihre Tore schließen müssen. Ähnlich liegen die Dinge bei Kokosnußöl.

Der verhältnismäßig hohe Lebensstandard der Philippinos war sicherlich ein schönes Geschenk Amerikas; werden die Inseln aber jetzt dem scharfen Wind des Weltmarktes ausgesetzt, wirkt er sich als überhöhter Produktionskostenfaktor vernichtend aus. Eine Kommission ist eingesetzt, die Vorschläge der philippinischen und amerikanischen Regierungen vorlegen soll, wie man die wirtschaftlichen Bestimmungen der Unabhängigkeitsgesetze ändern kann, um den beiderseitigen Interessen besser zu dienen. Einige philippinische Zeitungen haben jetzt ein brauchbares Schlagwort gefunden: „Keine politische Autarkie ohne vorhergehende Wirtschaftsautarkie." Da die wirtschaftliche unmöglich ist, wird die letztere auch nicht Tatsache zu werden brauchen.

Während es sich bei der Wirtschaft um Pläne und Projekte handelt, hat man das Problem der politischen Sicherheit immerhin schon angepackt. Die allgemeine Wehrpflicht ist eingeführt; man rechnet bis 1946 mit ca. 400000 ausgebildeten und bewaffneten Truppen. Kriegsmaterial soll, soweit es nicht im Lande hergestellt werden kann, gestapelt werden. Über 40 Flugplätze sind bereits vorhanden. Die Verbindungswege der Hauptinseln — d. h. die inneren Linien im Falle eines Einfalls — werden ausgebaut. Ohne mit dem Hinüberkommen der großen amerikanischen Flotte zu rechnen, will man einem angreifenden Gegner so starken Widerstand entgegensetzen, daß er nur mit Aufbietung großer Machtmittel, unter schweren Verlusten und Schwächung für weitere kriegerische Unternehmungen überwunden werden kann. Als Ideal schwebt eine durch eigene defensive Stärke aufrecht erhaltene ewige Neutralität, ähnlich der Schweiz, vor. Ohne dahinterstehende Großmächte aber bleibt das ein Phantom.

HANS HUMMEL: Kurznachrichten

ÄGYPTEN. — Am 28. April veranstalteten Studenten und Professoren der Azhar-Universität in Kairo eine große Kundgebung gegen den englischen Palästinateilungsplan. Eine Denkschrift der Professorenschaft, die ein Eingreifen Ägyptens im Kampf um Palästina verlangte, beantwortete der Ministerpräsident Mohamed Mahmud Pascha am 6. Mai und erklärte u. a.: „Die ägyptische Regierung wird nicht verfehlen, nachdrücklich zu fordern, daß das Palästinaproblem eine schnelle Lösung erhält, die ... bei allen Orientalen ... wieder das Vertrauen zur englischen Justiz herstellt." — Der Abtransport der britischen Truppen aus Kairo und Alexandrien, der von Ägypten entsprechend den Bestimmungen des britisch-ägyptischen Vertrages dringlich gefordert wird, verzögert sich dadurch, daß Ägypten sich weigert, die Kosten für die Kasernenbauten am Suezkanal zu übernehmen, wohin die Truppen überführt werden sollen.

ALBANIEN. — Am 19. April wurde in Tirana ein albanisch-jugoslawisches Luftverkehrsabkommen unterzeichnet. Danach soll baldmöglichst eine Luftlinie Belgrad—Tirana eröffnet werden.

ARGENTINIEN. — In einiger Entfernung von San Antonio im Territorium Los Andes sind reiche Zinnvorkommen entdeckt worden.

AUSTRALIEN. — Nach einem Bericht der „Straits Times" wird ein australisches Freiwilligenbataillon in Singapore garnisoniert werden.

BRASILIEN. — Anfang Mai erließ der Bundespräsident das neue Einwanderungsgesetz, das die neuen Quoten festlegt, die Kolonieschulen der Einwanderer den Nationalisierungsbestimmungen unterwirft, nach denen bis zum 14. Lebensjahr keine Fremdsprachen gelehrt werden dürfen und der Unterricht nur in Portugiesisch und nur von brasilianischen Lehrern gegeben werden darf, und das die Gründung bestimmter Siedlungszonen für die Einwanderer bestimmt, die eine schnellere Assimilierung ermöglichen sollen.

CHILE. — Am 14. Mai kündigte Chile seine Mitgliedschaft beim Völkerbund.

CHINA. — Nachdem die Japaner am 21. April die wichtige Stadt Linyi an der Hsütschaufront eingenommen hatten, gelang die Einkreisung der chinesischen Schlüsselposition Hsütschau am 16. Mai durch die Vereinigung japanischer Nord- und Südtruppen 50 km westlich von Hsütschau an der Lunghaibahn. Die Chinesen räumen die Hsütschaustellung und wichen teils nach Südwesten, teils in Richtung Nanking nach Südosten aus. Der Sieg der Japaner an der Hsütschaufront leitet eine neue Phase des Krieges ein. Eine Vereinigung der autonomen Regierungen von Peking und Nanking ist nun möglich. — Am 10. Mai landeten die Japaner starke Streitkräfte in Amoy und besetzten die Stadt. — Fürst Konoe erklärte am 21. April vor der Presse, daß die chinesische Politik von Chinesen gemacht würde und daß deshalb Japan vermeiden müsse, sich in chinesische Angelegenheiten einzumischen. — Nach einer Tokioter Nachricht vom 27. April wurde zwischen England und Japan ein Abkommen abgeschlossen, nach dem England die Nankingregierung als berechtigt anerkennt, die Seezölle zu erheben und die Zahlungen aus den Seezolleinnahmen an die ausländischen Mächte zu verwalten. — Mitte Mai wurde unter dem Schutz der Nankingregierung in Schanghai eine chinesisch-japanische Ausbeutungsgesellschaft für Eisenvorkommen in Mittelchina „Central China Iron Mining Co." gegründet. Dabei wurde betont, daß die Eisenerzvorkommen im Jangtsetal die besten und größten im ganzen Fernen Osten seien. — Ende April wurde der Plan zu einer Gründung einer Nordchinesischen Petroleumgesellschaft gemeldet, der für Nordchina eine Art Monopol übertragen werden soll.

DEUTSCHES REICH. — Generalfeldmarschall Göring eröffnete auf einer Reise durch das Land Österreich u. a. den Bau der Linzer Eisenwerke, die er die „größten des Donauraumes" nannte, und des Tauernkraftwerks. — Mit einem Reichsgesetz vom 11. Mai wird der Termin für die Baubeendigung der Rhein-Main-Donau-Großschiffahrtsstraße auf das Jahr 1945 festgelegt. — Nach Ausführungen Dr. K. Friedls vor der Technischen Hochschule Hannover betrug die Erdölförderung im Land Österreich 7500 t in 1936, 33 000 t in 1937 und in den ersten vier Monaten 1938 bereits 16 000 t. Das Hauptfördergebiet ist das Zistersdorfer im Wiener Becken, aber auch die Grazer Bucht, das Alpenvorland und die Flyschzone bieten Aussichten. — Die Hamburger Abwässer werden in Zukunft durch Pumpleitungen für die dürftigen Böden zwischen Hamburg und Bad Bramstedt (25 000 ha) und östlich Hamburgs auf beiden Seiten des Lübecker Kanals (17 000 ha) als Düngung nutzbringende Verwendung finden. — Am 14. Mai wurde eine neue Reichsbahnstrecke Hannover—Celle über Groß-Burgwede eröffnet, die den Kopfbahnhof Lehrte umgeht.

ESTLAND. — Im Zusammenhang mit dem neuen Verfassungsgesetz wurden 14 Orten Stadtrechte gegeben, so daß Estland jetzt 33 Städte hat. Gleichzeitig wurde ein Gesetz zur Änderung nichtestnischer Ortsnamen in estnische veröffentlicht.

FRANKREICH. — In einem Bericht an den Staatspräsidenten über die Verwendung der beschlossenen außerordentlichen Rüstungskredite von 4,7 Milliarden Franken wird betont, daß vor allem auch die Verteidigung Französisch-Westafrikas, Indochinas und Französisch-Somalilands verstärkt werden müsse. — Im Rahmen des französischen Dreijahresplans wurde der Bau einer Staustufe der Rhone bei Génissiat in Angriff genommen, die nicht nur durch ein Wasserkraftwerk mit einer Jahresleistung von 1,8 Milliarden kWh ausgenutzt werden soll, sondern auch den Ausbau des Verkehrs Marseilles und der Rhonehäfen mit dem Rhein bis Rotterdam dienen soll.

GRÖNLAND. — An der Südwestküste Grönlands wird zum erstenmal eine ständige Garnison dänischer Truppen errichtet werden.

GROSSBRITANNIEN. — In einem vom Wirtschaftsministerium Ende April veröffentlichten Plan zur englischen Kriegsversorgung ist neben der Einführung einer Staatsaufsicht über den Lebensmittelhandel das Land außer London in 15 Verpflegungsgebiete eingeteilt worden. — Am 26. April wurden vom nordirischen Ministerpräsidenten die vier Hauptpunkte der englisch-nordirischen Abmachungen verkündet: 1. Unterstützung Englands für die nordirische Landwirtschaft, 2. englische Hilfe für die nordirische Arbeitslosigkeit, 3. finanzielle Unterstützung für Nordirland, wenn sich der Vertrag Englands mit Irland nachteilig auf Nordirland auswirken würde, 4. Errichtung von Rüstungsindustrien in Nordirland.

IRAN. — Täglich kehren verelendete und ausgetriebene Rückwanderer aus der Sowjetunion nach Iran zurück. Mitte Mai wurde von iranischer Seite die zu erwartende Zahl der Rückwanderer auf etwa 15 000 beziffert.

IRLAND. — Am 25. April wurde ein Wirtschaftsvertrag zwischen England und Irland in London unterzeichnet, nach dem Irland seine vollständige Wehrhoheit zurückerhält, die Frage der Abfindung der englischen Grundherrn in Irland geregelt wird und neue Zolltarife die irische Landwirtschaftsausfuhr nach England erleichtern. Obgleich die Zusammenarbeit in den Verteidigungsfragen späteren Besprechungen vorbehalten bleiben soll, hat Irland bereits anerkannt, daß eine Bedrohung Englands auch als Bedrohung Irlands angesehen werden wird.

ITALIEN. — Der Besuch des Führers in Italien vom 2. bis 9. Mai fand seinen äußeren politischen Ausdruck durch die Trinksprüche, die am 7. Mai zwischen dem Führer und dem Duce gewechselt wurden. In dem Trinkspruch des Führers hieß es u. a.: „Es ist mein unerschütterlicher Wille und mein Vermächtnis an die deutsche Nation, daß es die von der Natur zwischen uns beiden aufgerichtete Alpengrenze für immer als eine unantastbare ansieht. Ich weiß, daß sich dann für Rom und Germanien eine große und segensreiche Zukunft ergeben wird." — Der italienische Finanzminister erklärte bei der Verabschiedung des neuen Haushaltsvoranschlags am 19. Mai in der Kammer, daß Italien die aus der Gründung des Imperiums erwachsenen Lasten im Krieg wie im Frieden ausschließlich aus eigenen Mitteln gedeckt habe. — Der Duce legte am 25. April den Grundstein für das neue Siedlungszentrum Pomezia, dessen Ausbau die Trockenlegung der Pontinischen Sümpfe beenden wird.

JAMAIKA. — Anfang Mai ist es auf Jamaika zu schweren Sozialunruhen der Arbeiterschaft gekommen.

JAPAN. — In der Zeitschrift „Diamond" schrieb der japanische Reeder Murata, Vorsitzender der Osaka Shosen Kaisha, über die Aussichten der japanischen Schiffahrt, die er für die nächste Zeit pessimistisch beurteilt. Für die weitere Zukunft erwartet er aber eine Steigerung der japanischen Handelstonnage auf mindestens 8 Mill. NRT. „Japan ist das Land, das vom Außenhandel abhängig ist. Die Voraussetzung für die Vermehrung der nationalen Kraft muß die Förderung der Schiffahrt sein."

JUGOSLAWIEN. — In Belgrad wurde am 20. April ein jugoslawisch-bulgarisches Abkommen über den Schutz der gemeinsamen Grenze unterzeichnet, das im Freundschaftsvertrag von 1935 vorgesehen war.

KANADA. — Dem Wunsche Englands nachkommend, hat die kanadische Regierung bei 700 Fabriken eine Untersuchung über ihre Verwendung für die Rüstungsindustrie als sogenannte Schattenfabriken eingeleitet.

MEXIKO. — Am 13. Mai kündigte die mexikanische Regierung im Zusammenhang mit den als unfreundlich bezeichneten Noten Englands in der Ölenteigungsfrage den Abbruch der diplomatischen Beziehungen an, der dann auch erfolgte. — Mitte Mai verlautete in Washington wieder gerüchtweise, daß ein mexikanisch-japanisches Ölabsatzabkommen abgeschlossen worden sei.

NIEDERLÄNDISCH-NEUGUINEA. — In Amsterdam steht die Gründung einer Erschließungsgesellschaft für Neuguinea bevor, die sich vor allem land- und forstwirtschaftlichen Planungen widmen wird.

NORWEGEN. — Eine Erklärung zur Neutralitätsfrage der Staaten Norwegen, Schweden, Dänemark und Finnland soll demnächst in Stockholm unterzeichnet werden, während das seinerzeit beschlossene gemeinsame Neutralitätsabkommen (Anwendung des Art. 16, VB-Satzung) erst ausgearbeitet werden soll.

PALÄSTINA. — „Daily Herald" kündigte am 19. Mai die Entsendung einer weiteren Infanteriebrigade nach Palästina, die militärische Okkupation eines großen Teiles und

die Bevollmächtigung der Militärkommandeure als Gouverneure an. Der Vertrag mit einer jüdischen Firma über die Errichtung eines 80 km langen, 3 m hohen elektrisch geladenen Stacheldrahtzaunes an der Grenze zwischen Palästina und Syrien ist Ende April abgeschlossen worden. Ingenieure der Irak-Petrol-Co. sind zur Zeit mit der Vorbereitung für eine Absperrung des durch dauernde Terrorakte gefährdeten Haifa-Stranges der Pipeline beschäftigt. — „Times" weisen in einem Palästina-Artikel vom 20. April auf die strategische Bedeutung hin und erklären u. a.: „Eine Teilung würde keinen Vorteil bringen, wenn sie auf unbestimmte Zeit die Unterbringung größerer Truppenmengen zur Aufrechterhaltung des Friedens notwendig macht." — Die Einwanderung nach Palästina betrug 1937 12 475 Personen (davon 10 536 Juden) gegen 31 671 (davon 29 727 Juden) im Jahre 1936.

POLEN. — Am 27. April wurde ein polnisch-englischer Flottenvertrag unterzeichnet, der nach dem Muster des deutsch-englischen quantitative und qualitative Beschränkungen vorsieht. — Der Geburtenüberschuß in Polen betrug für 1937 10,9 Prom. gegen 12,0 in 1936 und 18,5 in 1900. Die Gesamtbevölkerung Polens betrug am 1. Januar 1938 34,53 Mill. Einwohner. — Mitte Mai verlautete, daß die polnische Luftverkehrsgesellschaft LOT ihre baltische Luftlinie künftig über Wilna—Kowno nach Riga führen wird, um Litauen in die Linie einzuschließen. — Anfang Mai hat die UNDO (Ukrainische Nationaldemokraten) die Forderung auf territoriale Autonomie der Ukrainer in Polen aufgestellt, nachdem die Normalisierungsverhandlungen mit Warschau als gescheitert zu betrachten sind.

RUMÄNIEN. — Das bereits angekündigte neue Verwaltungsgesetz sieht als Hauptorte der nunmehrigen Provinzen vor: Craiova, Bukarest, Kischinew, Jassy, Kronstadt, Klausenburg und Temesvar.

SANDSCHAK ALEXANDRETTE. — Die Istanbuler Zeitung „Cümhuriyet" erklärte am 19. Mai im Zusammenhang mit der unruhigen Lage während der Wahlen im Sandschak, daß eine feindliche Macht, nämlich Frankreich, das nicht nur Gegner der Türken, sondern auch der Araber sei, sich an der türkischen Südgrenze festgesetzt habe. „Kurun" betont, die türkische Geduld sei nunmehr erschöpft. Der türkische Botschafter hat in Paris Protest gegen die Übergriffe der französischen Verwaltung im Sandschak gegen die Türken eingelegt.

SCHWEIZ. — Am 14. Mai nahm der Rat des Völkerbundes den Schweizer Neutralitätsantrag an, nach dem die Schweiz von einer Beteiligung aus der Anwendung des Art. 16 der Völkerbundssatzung befreit wird.

SINKIANG. — Mitte April soll nach englischen Meldungen in Westsinkiang ein Aufstand gegen die Sowjets ausgebrochen sein, der zu einer teilweisen Sperrung der chinesisch-sowjetischen Verbindungswege geführt haben soll.

SOWJETRUSSLAND. — Die seit langem im Aufbau begriffene 50 km breite „tote Zone" an der sowjetischen Westgrenze wird nach neueren Meldungen mit Minenfeldern versehen, die sich also ununterbrochen von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer erstrecken. — Die antisowjetische Agitation in Usbekistan nimmt dauernd zu. Anscheinend sind viele nach Afghanistan geflohene Nationalusbeken von dort zurückgekehrt und sind Träger der Agitation.

SPANIEN. — Im Mai wurden die von den Nationalen im April eroberten Stellungen ausgebaut, so u. a. das Arantal in den Pyrenäen bis zur Grenze erobert und der noch von den Roten besetzte Sack zwischen Teruel und dem Meer eingedrückt, so daß sich dort eine Frontverkürzung um 90 km und ein Geländegewinn von 3000 qkm ergab.

TSCHECHOSLOWAKEI. — Auf der Haupttagung der Sudetendeutschen Partei in Karlsbad formulierte Henlein am 24. April die Forderungen des Sudetendeutschtums: 1. völlige Gleichberechtigung der deutschen Volksgruppen mit den Tschechen, 2. Anerkennung der sudetendeutschen Volksgruppe als Rechtspersönlichkeit, 3. Feststellung und Anerkennung des deutschen Siedlungsgebietes, 4. Aufbau einer deutschen Selbstverwaltung in diesem Siedlungsgebiet, 5. gesetzliche Schutzbestimmungen für Sudetendeutsche, die nicht im Siedlungsgebiet leben, 6. Beseitigung und Wiedergutmachung des seit 1918 zugefügten Unrechts, 7. im Siedlungsgebiet nur deutsche öffentliche Angestellte, 8. Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung. — Für das wachsende Interesse des gesamten Auslandes an der Entwicklung der sudetendeutschen Frage seien als typisch herausgegriffen: „Gringoire" vom 20. April: Die Tschechoslowakei sei ein Geistesgebilde ohne jede geographische und völkische Einheit; „Pesti Hirlap": Mit falschen Landkarten, falschen Statistiken und verdrehten geschichtlichen Wahrheiten hätten Benesch und seine Helfer die Großmächte überredet, eine lebensunfähige Mißgeburt zu schaffen; Lord Rothermere fragt im „Daily Mail" vom 29. April die englischen Pazifisten, ob sie denn wüßten, daß fast die halbe Bevölkerung der Tschechoslowakei die Prager Regierung als Tyrannen ansehe.

VEREINIGTE STAATEN VON NORDAMERIKA. — Marineminister Swanson lehnte Ende April die vorgeschlagene Beschränkung der amerikanischen Flotte auf ein bestimmtes Verteidigungsgebiet im Stillen und Atlan-

tischen Ozean ab. — Am 12. Mai wurde vom Marineausschuß eine Vorlage zum Ausbau weiterer Flottenstützpunkte im Pazifik genehmigt. Es handelt sich dabei um den erstmaligen Ausbau der Inseln Kodiak vor Alaska, der Midway-Insel und der Inseln Wake und Canton. Dutch Harbour auf den Aleuten wird vergrößert, ebenso Pago-Pago auf Samoa. Die Streitigkeiten über die Zugehörigkeit der Phönix-Insel Canton mit England stehen vor einem friedlichen Abschluß. — Am 19. Mai wurde eine Vorlage vom Abgeordnetenhaus angenommen, nach der 375 Mill. Dollar für Flußregulierungen und den Bau von 250 Dämmen zum Schutze gegen Überschwemmungen bewilligt werden. — Anläßlich der Vorbereitungen für den Bau des Grand-Coulee-Dammes wurden Angaben über die Bodenverhältnisse der USA. gemacht: durch den Raubbau und viele Naturkatastrophen werden für ein Drittel des USA.-Bodens künstliche Bewässerung benötigt. Bisher waren 8 Mill. ha künstlich bewässert worden, in der gleichen Zeit aber sind durch Dürren 80 Mill. ha fruchtbaren Ackerlandes wieder vernichtet worden. Die Bewässerungsgebiete des Grand-Coulee-Dammes sollen nun 400 000 Menschen Platz für Siedlung geben.

Verweisungen:

Britisch-Malaya s. Australien. — Bulgarien s. Jugoslawien. — Dänemark s. Norwegen. — Deutsches Reich s. a. Italien. — Finnland s. Norwegen. — Großbritannien s. a. Irland, Mexiko, Polen. — Japan s. a. China, Mexiko. — Jugoslawien s. a. Albanien. — Litauen s. Polen. — Palästina s. a. Ägypten. — Schweden s. Norwegen. — Sowjetrußland s. a. Iran, Sinkiang. — Türkei s. Sandschak Alexandrette.

(Abgeschlossen am 23. Mai 1938.)

SPÄNE

der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

Außenarbeit der AfG.

Frucht nicht nur des Abkommens, das die Zusammenarbeit zwischen dem Nationalsozialistischen Lehrerbund und der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik e. V. regelt, sondern mehr noch Ergebnis einer langen und fruchtbaren Pionierarbeit war die große geopolitische Tagung, die NSLB und AfG gemeinsam in Wuppertal am 23. April veranstalteten. Sie stand unter der geschickten Leitung des Kreiswalters Großkorthaus und wurde seitens unserer Arbeitsgemeinschaft im wesentlichen getragen von F. Plümer, dem Abschnittsleiter West. Die Fachvorträge fanden vor einem überfüllten Saal von rund 800 Hörern statt; die Abendveranstaltung hatte 2000 Zuhörer in die Stadthalle geführt.

Die Gruppe Wuppertal trat zum erstenmal mit einem neuen Kartenverfahren vor die Öffentlichkeit, das in Vortrag und Ausstellung den Teilnehmern vorgeführt wurde. Es handelt sich um Wandkarten für Schulzwecke, die durch Anwendung der Reliefdarstellung ein viel stärkeres Raumempfinden, durch eine der tatsächlichen Bedeckung des Bodens entsprechende Farbgebung eine Sinnfälligkeit der Anschauung schaffen, die alle Besucher der Ausstellung überraschte und zur Bewunderung hinriß.

In seinem Einleitungsvortrag entwickelte F. Plümer an Hand von vielen Lichtbildern die von ihm und dem eigentlichen Zeichner, E. Beul, aus der geopolitischen Grundeinstellung heraus sinngemäß entwickelten Arbeitsrichtlinien für Kartengestaltung in unserem Sinn. Es war die notwendige Einführung zu der Ausstellung, die anschließend eröffnet und von Plümer und Beul erklärt wurde.

Mittags sprach unser Leiter, SS-Oberführer Dr. R. Wagner, in nachdrücklicher Weise über Nationalsozialismus und Geopolitik zu der Versammlung. Er entwickelte aus der Weltanschauung des Nationalsozialismus heraus die Grundgedanken der Geopolitik: die aus der Einheit von Blut und Boden geschöpfte Erkenntnis von der Rasse- und Raumbedingtheit geschichtlicher Vorgänge. An Beispielen zeigte er, wie auch wissenschaftlich der aus der politischen Erdkunde geborene geographische Materialismus zu unsinnigen Folgerungen führe. Ihn zu bekämpfen, in den geopolitischen Gegebenheiten den Stoff zu sehen, den der führende Mensch formt, erklärte Dr. Wagner als eine der Kampfaufgaben unserer Arbeitsgemeinschaft.

Meisterhaft gestaltete Professor Dr. E. Obst, Breslau, der Mitbegründer unserer Zeitschrift, seinen Vortrag über geopolitische Fragen Afrikas. Er zeigte, wie verschieden die Großkolonisatoren Afrikas ihren Besitz sehen und anfassen, entwickelte daraus die geopolitische Eigenart des französischen, des englischen Besitzes und insbesondere Südafrikas. Aus ihr konnte er feststellen, daß weder auf französischer noch auf englischer oder südafrikanischer Seite ein stichhaltiger Grund vorliegt, uns unseren Kolonialbesitz vorzuenthalten.

Die von künstlerischen Darbietungen in reizvoller Weise durchflochtene Tagung war vorbildlich für die Zusammenarbeit zwischen NS-Lehrerbund und der Geopolitik; die Teilnehmer bekundeten ihre Zustimmung und ihre Begeisterung teilweise stürmisch.

Kurt Vowinckel

EINZELBESPRECHUNGEN

Walter Malmeten Schering. Die Kriegsphilosophie von Clausewitz. Eine Untersuchung über ihren systematischen Aufbau. 135 Seiten. Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg, 1935.

Die Bedeutung von Clausewitz als Kriegstheoretiker und Kriegsphilosoph ist allgemein anerkannt. Verschiedene Neuausgaben seines Hauptwerkes „Vom Kriege" zeugen davon. Dennoch fehlte es bisher, da seine grundsätzlichen Gedanken überall in den kriegstheoretischen Schriften verstreut dargeboten wurden, an einer systematischen Darstellung der philosophischen Grundbegriffe seines Wirkens. Schering gibt nun diese Systematik, die als Einführung in die Gedankenwelt von Clausewitz gute Dienste leisten wird.

Richard von Kühlmann: Entwicklung der Großmächte vom Sturz Napoleons bis zur Gegenwart. 122 S. Verlag Karl Siegismund, Berlin 1396.

Das Buch entstand aus einer Reihe von Vorträgen, die Staatssekretär a. D. von Kühlmann vor kalifornischen Studenten hielt. Dies erklärt es, daß die Ausführungen von Kühlmanns gelegentlich auch recht bekannte Tatsachen bringen. Das Werk ist wegen seiner in einfacher und klarer Sprache gehaltenen Darstellung der Außenpolitik der Großmächte, die dennoch überall die Hand des langjährigen Außenpolitikers verrät, zur Einführung in die Außenpolitik der letzten 100 Jahre gut verwendbar.

Deutschland

Kühn, Dr. Erich: Schafft anständige Kerle! Zeitlose Zeitgedanken. 170 S. Verlag Theodor Weicher, Berlin—Leipzig.

Der bekannte Hauptschriftleiter der „Deutschen Wochenschau" stellt hier in einem frischen, lebendig geschriebenen Büchlein wahren Nationalsozialismus allen Versuchen einer Verfälschung als Spiegel gegenüber. Ein erfreuliches Werk, das weiteste Verbreitung verdient.

Deutschland und der Südwesten. Auslandkundliche Vorträge der Technischen Hochschule Stuttgart, Bd. 14/15. Mit Beiträgen von Prof. Wunderlich, Prof. Machatschek, Prof. Wentzke, Dr. Brill und Dr. Siedentop. 121 S. Verlag Fleischhauer und Spohn, Stuttgart.

In der bekannten Reihe auslandkundlicher Vorträge der TH. Stuttgart ist ein weiterer Sammelband erschienen, der eine Anzahl von Vorträgen über das Elsaß, Lothringen und die Schweiz in sich vereinigt. Die Namen der Verfasser bürgen für eine eingehende, auch dem geopolitischen Gesichtspunkt gerecht werdende Behandlung dieser Gebiete, die im Buchtitel nicht ganz klar unter dem Begriff „Südwesten" zusammengefaßt sind. Ein schönes Literaturverzeichnis vervollständigt das Werk, das, wie auch die früheren Bände, für die politische Schulung wertvolle Dienste leisten wird.

Finnland und baltische Staaten

Räikkönen Erkki: Svinhufvud baut Finnland, Abenteuer einer Staatsgründung. 221 S. Albert Langen-Gg. Müller, München.

Talvio, Maila: Die Kraniche. 306 S. Albert Langen-Gg. Müller, München.

Prinzhorn, Fritz: Memelgebiet und Baltische Staaten, eine Bibliographie mit besonderer Berücksichtigung von Politik und Wirtschaft. Danziger Verlagsgesellschaft, Danzig.

Finnlands großem „alten Mann" widmet Erkki Räikkönen sein Werk. Damit aber gibt er gleichzeitig eine Schilderung der Entstehung des finnischen Staates; denn der Name Svinhufvud ist untrennbar mit Finnlands Wiedergeburt verbunden. Die Ereignisse in Finnland waren bei uns, verursacht durch den Weltkrieg und die Wirren der Nachkriegszeit, nicht genügend beachtet. Es ist erfreulich, daß nun hier ein Werk vorliegt, das in einfacher Sprache, auf Zeugnissen finnischer Staatsmänner fußend, die Befreiung Finnlands vom bolschewistischen Joch und die Rolle von Finnlands großem Führer in diesem Befreiungskampf schildert. Fast gleichzeitig mit diesem Werke erschien das Buch von Maila Talvio, Finnlands größter Dichterin, in dem sie den Befreiungskampf des finnischen Volkes an Einzelschicksalen deutlich und sichtbar werden läßt.

Die Bibliographie über das Memelgebiet und die baltischen Staaten wird vom Bibliotheksdirektor der Technischen Hochschule Danzig, Dr. Prinzhorn, herausgegeben. Als Mitarbeiter sind das Institut für osteuropäische Wirtschaft und das Wirtschaftsinstitut für Rußland und die Oststaaten, beide in Königsberg, mit herangezogen. Die Untergliederung ist übersichtlich und klar. Bei jedem Werke ist angegeben, durch welche Bibliothek es erreichbar ist; dies bietet bei den oft schwer erhältlichen Werken in lettischer, litauischer und estnischer Sprache eine angenehme Arbeitserleichterung. Für die Bearbeitung von Problemen des baltischen Raums stellt die Bibliographie ein Rüstzeug ersten Ranges dar. Gustav Fuhrmann.

JOSEF MÄRZ: Balkanbücher

Heymann, Egon: Balkan. Kriege, Bündnisse, Revolutionen. 150 Jahre Politik und Schicksal. Berlin 1938, Junker & Dünnhaupt Verlag. 440 Seiten.

Der Beobachter des Balkanschrifttums gewinnt die Überzeugung, daß die großen Lücken, die seit langem bestanden, nun allmählich ausgefüllt werden. Lange hatte die Verarbeitung des Stoffes nicht recht Schritt gehalten mit dem Fortschreiten der politischen Ereignisse. Heute ist eigentlich nur noch die am stärksten empfundene Lücke: das Fehlen eines wirklich neuzeitlichen Buches über Rumänien und über seine Geschichte. Denn ein anderer Wunsch ist durch das vorliegende Buch Heymanns erfüllt worden: wir besitzen mit ihm einen ausgezeichneten Überblick über den ganzen Zeitraum, der seit der Befreiung der Balkanvölker verflossen ist. Der Verfasser wird seiner eigenen Leistung nicht gerecht, wenn er sein Buch nur einen kleinen und bescheidenen Betrag zu den Freundschaftsbeziehungen zwischen den Balkanländern und dem neuen Deutschen Reich nennt; er hat vielmehr diesen Beziehungen einen recht wesentlichen Dienst geleistet. Wer, wie Heymann, sieben Jahre lang in Belgrad als Vertreter mehrerer großer deutscher Zeitungen tätig war und die öffentliche Meinung über manches Balkanland mit formen half, hat einen vollen Anspruch darauf, in seinem Verdienst gewürdigt zu werden. Denn es ist nicht leicht, Balkanpolitik und -geschichte verständlich darzustellen, viel eher kann eine kleine Entgleisung die nationale Empfindlichlichkeit verletzen. Die notwendige Einfühlungsgabe besitzt Heymann, der seit einem guten Jahr als Pressevertreter nach Rom übergesiedelt ist, in vollem Maße. Die vielverschlungenen Wege balkanischer Politik darzustellen, ihre Voraussetzungen zu erklären und ihre vorsichtige Bewertung vorzunehmen, ist Heymann ausgezeichnet geglückt. Der Schwerpunkt liegt zeitlich auf der Nachkriegszeit und räumlich auf Jugoslawien, wofür Heymann überzeugende Gründe anführt. Daß der Verfasser einige Grundbegriffe eingangs erläutert, die der Benützer des Buches kennen muß, wenn er sich auf dem Balkan zurechtfinden will, ist dankenswert. Unausweichlich war ein Eingehen auf die orientalische Frage, mit der der Aufstieg der christlichen Balkanvölker untrennbar zusammenhing; mit Berliner Kongreß, Balkankrieg und dem südslawischen Nationalismus mündet sie zwangsläufig in den äußeren Anlaß des Weltkrieges ein. So treffend wie bei Heymann haben wir noch nie die neuen Wege gekennzeichnet gefunden, die der Balkan heute einschlägt; einige der Überschriften dieses Abschnittes zeigen gleichzeitig, daß Heymann, als Journalist, die Gabe einer flüssigen und spannenden Darstellung besitzt: „Nichts über uns ohne uns" und „Die Kleine Entente — Gendarm Frankreichs a. D.". Mittelmeerpolitik, Donaufragen und Meerengenneuregelung sind mit Recht einbezogen, da sie die gesamte Politik der Balkanstaaten stark beeinflußt haben. — Der beigegebene Apparat ist reichhaltig. Die Karte „Geopolitik des zentralen und östlichen Mittelmeeres" ist etwas zu unübersichtlich, weil sie zu viel auf einmal zeigen will: man wird über diesen häufig anzutreffenden Fehler einmal nachdenken müssen. Außer im Literaturverzeichnis sind auch in den Anmerkungen reichliche Quellenangaben. Ein Namen- und ein sachliches Schlagwortverzeichnis schließen sich an. Besonders freudig begrüßen wir eine Zeittafel von 1919 bis Anfang 1938. Heymann hat allen, die mit dem Südosten zu arbeiten haben, eine vorzügliche Handhabe geschenkt und erspart ihnen viele Mühe des Zusammensuchens, als Leistung geht sein Buch aber weit über eine bloße Quellensammlung hinaus.

Martin, Dr. Friedrich: Eisenbahngeographie Jugoslaviens. Die historische Entwicklung und das heutige Eisenbahnnetz des Königreiches Jugoslawien, geographisch betrachtet. Würzburg 1937, Konrad Triltsch Verlag.

Diese Arbeit, eine Leipziger Dissertation, verdient Lob. Sie beruht auf persönlicher Anschauung und mehreren Reisen. Die Aufgliederung in Verkehrsräume ist gerechtfertigt. Die Karten gehen auch auf die Leistungen der Strecken ein. Mehrmalige Zitate zeigen, wie brauchbar auch heute noch u. a. ein Buch, wie die „Eisenbahngeographie" Max Haushofers von 1875, ist.

Rupert von Schumacher: Büchertafel

Deutschland und Deutschtum

Richard Suchenwirth: Das Tausendjährige Österreich. 288 S., 16 Bildtaf., 2 Kt. F. Bruckmann, München 1936. RM. 6.50.

Dieses Buch ist anderthalb Jahre vor dem Anschluß Österreichs an das Reich erschienen. Es ist die Arbeit eines der ältesten und seit jeher in der vordersten Kampffront stehenden Nationalsozialisten der Ostmark, der sein Land unter dem Schuschnigg-Terror verlassen mußte und im Reich eine Wirkungsstätte an leitender Stelle fand.

Es ist notwendig, diese persönliche Notiz voranzustellen, um Mißverständnisse von vornherein auszuschalten. Suchenwirth liefert aus souveräner Kenntnis der österreichischen Geschichte und als Historiker dazu berufen, die erste nationalsozialistische Geschichte Österreichs. Viele seiner Auffassungen mögen gerade darum überraschen, vor allem seine positiven Deutungen einzelner Habsburger. Aber weit davon entfernt, eine dynastische Geschichte zu schreiben — im deutschen Südosten stand immer die Volksgeschichte im Vordergrund —, kann er nicht darauf verzichten, wenn er Nutzen und Schaden fürs Reich und Deutschtum abwägt. Rudolf I., Rudolf der Stifter, Maximilian I., Maria Theresia und Josef der Deutsche, aber auch Josef I. können aus der deutschen Geschichte nicht ohne Verlust gestrichen werden. Um so deutlicher treten neben diesen Gestalten die Schwächlinge und Verräter auf dem habsburgischen Thron hervor. Man wird deshalb die Urteile und Wertungen Suchenwirths der gesamtdeutschen Geschichtsschreibung zugrunde legen müssen, wobei man sich auch bewußt sein muß, daß Suchenwirth aus jenem inneren Abstand gegen die frühere Geschichte Österreichs heraus schreibt, der für den Österreicher der Nachkriegszeit überhaupt maßgebend war. Denn trotz der lächerlichen Experimente des parma-bourbonischen Otto in den letzten Jahren hatte der österreichische Stamm seit 1918 überhaupt keine Beziehung mehr zu dem verflossenen Herrschergeschlecht. Habsburg ist seit 1918 auch für den nichtnationalsozialistischen Österreicher tot gewesen. Der Österreicher blickte nach vorn: auf sein Deutschtum, nicht nach hinten auf eine verfallene Dynastie. Wie gering die Schicht der Unentwegten war, zeigten die verschiedenen Anschlußabstimmungen, am stärksten die vom 10. April 1938. Dieser Abstand gegenüber dem Gestrigen ist es, der auch das Werk Suchenwirths durchzieht und wenn der reichsdeutsche Leser da und dort eine positive Stellungsnahme zu der einen oder anderen Habsburgerpersönlichkeit vergangener Jahrhunderte findet, so braucht er in dem nationalsozialistischen Fanatiker Suchenwirth keinen Anwalt Habsburgs oder auch nur habsburgischer Geschichte erblicken. Suchenwirths österreichische Geschichte ist unter einem einzigen Blickwinkel gesehen: unter dem gesamtdeutschen. Sie mag darum Richtschnur sein.

Ein Kapitel über „des Ostmarkdeutschen Wesen und Wert" beschließt das Buch. Hier zeichnet Suchenwirth mit feinen Strichen ohne viel Worte den Charakter seines Stammes, in dem er die Legende von dem Phäakenleben richtigstellt — der Hinweis auf das karge Leben der Bergbevölkerung und die Tatsache, daß Österreich nie reich war, genügt — und zeigt, wie der Ostmarksdeutche gelernt hat, auch im Elend jeden Augenblick unbeschwerter Freude zu nutzen, um dafür mit um so stärkeren Kräfteeinsatz in den Kampf zu gehen.

Im gesamten ist das Buch ein geistiges Denkmal aus der größten Leidenszeit des österreichischen Deutschtums, ein Beweis der Glaubens- und Hoffnungsstärke dieses Stammes, der niemals sein Volkstum geleugnet hat, mochte auch der stärkste Terror es bedrücken.

Mayer-Kaindl-Pirchegger: Geschichte und Kulturleben Deutsch-Österreichs. Bd. 1: Von den ältesten Zeiten bis 1526; Bd. 2: Von 1526 bis 1792; Bd. 3: Von 1792 bis nach dem Weltkrieg. Zus. 1123 S. W. Braumüller, Wien 1929, 1931, 1937. Zus. RM. 25.—.

In diesen drei Bänden hat eines der populärsten österreichischen Geschichtswerke seine völlig neu bearbeitete Neuauflage erfahren. Die Namen der drei Historiker verbürgen eine unter gesamtdeutschen Gesichtspunkten abgefaßte Arbeit, die denn auch im dritten 1937 erschienenen Band mit dem stolzen Hinweis auf die Herkunft Adolf Hitlers aus österreichischen Landen schließt. Daß Verfasser und Verlag sich nicht scheuten, trotz des politischen Terrors in einem hauptsächlich für Studierende bestimmten Werk der Wahrheit die Ehre zu geben, darf auch noch nachträglich als Verdienst gewertet werden.

Das Werk berücksichtigt die neuesten Forschungen und ist überhaupt erstaunlich reichhaltig und umfangreich. Vor allem dem aus dem alten Reichsgebiet stammenden deutschen Leser gibt es den besten und übersichtlichsten Einblick in die verwickelte territoriale Entstehungsgeschichte der Ostmark, in den Werdegang des deutschen Ostalpenraums. Immer auf die Hineinstellung der österreichischen Vorgänge in das gesamtdeutsche Geschehen bedacht, vermeidet das Werk den Charakter einer Lokalgeschichte, so daß es für jeden deutschen Leser gleich wichtig ist. Eine kleine Ungleichmäßigkeit ließ sich durch die Eigenart der Bearbeiter nicht vermeiden: Band 1 ist noch mehr in die Banden pragmatischer Geschichtsschreibung verwickelt als die folgenden von Pirchegger neu gestalteten. So kann man die ausführliche Wiedergabe der Severin-Legende usw. wohl überblättern. In den folgenden Bänden vermissen wir dagegen eine gründlichere Behandlung der Militärgrenze, dieser einzigartigen Leistung südostdeutscher Staatskunst. Das sind aber nur geringfügige Dinge, die am Wert des Gesamten nichts ändern. Für die Objektivität der Verfasser zeugt, daß sie Licht- und Schattenseiten der österreichischen Geschichte mit gleicher Liebe und Sorgfalt beschreiben und bewerten und daß sie verschiedene heikle Kapitel wie die Stellung der Dynastie zur Kirche und die Geschichte des Protestantismus in den Alpenländern mit Freimut behandeln. Manchen norddeutschen Leser wird es dabei überraschen, daß Österreich bereits völlig der Lehre Luthers anhing und daß viele Habsburger in heftiger Fehde mit der Kirche standen, wie Rudolf I., Rudolf der Stifter, Josef I. und Josef der Deutsche, ja sogar Franz Josef I. Daß mit der Legende einer deutschen Politik Ottokar Premysls aufgeräumt wird und seine gegen das Reich gerichteten päpstlichen Bindungen und seine betont slawische Bündnispolitik herausgestrichen werden, ist gut, weil auf Grund seiner Bestrebungen, die Deutschen als Kulturdünger zu benützen, manche Historiker ihm eine deutsche Note erteilen.

Das Werk, in dem auch die deutsche Kultur-, Wirtschafts-, Sozial- und Verwaltungsgeschichte Österreichs in vollem Umfang zu Wort kommen, ist in der Tat gerade im gegenwärtigen Augenblick ein wertvoller Wegweiser in das geschichtliche Leben und die Leistung Deutschösterreichs.

Gottfried Zarnow: Verbündet — verraten! Habsburgs Weg von Berlin nach Paris. Die unbekannte Seite der Weltgeschichte. 296 S., 12 Abb. Buchverlags-A.-G., Berlin 1936. 5. Aufl. RM. 6.—.

Unbekannt ist diese traurige Seite der Weltgeschichte nicht, vielmehr sind die Akten über Haltung Kaiser Karls und seiner Gemahlin Zita gegenüber dem Reich und den Deutschen Österreichs in der Geschichtsschreibung längst geschlossen. Z. will aber auch nicht Geschichte schreiben, sondern rollt das ganze Geschehen in journalistischer Form an Hand der Dokumente für die breitere Öffentlichkeit auf, um über Karls Treubruch und die Haltung der Frau Zita aus dem Hause Parma-Bourbon gründliche Aufklärung auch in der Nichtfachwelt zu schaffen. Daß Z. im Vorwort erwähnt, vom letzten Hohenzollern eine besondere Anerkennung für das Buch erhalten zu haben, mindert etwas den Wert der Arbeit in den Augen einer Generation, die froh ist, daß die Dynastien aus der deutschen Geschichte gestrichen sind. In einem Punkt irrt übrigens Z.: Die territorialen Wünsche Italiens gingen damals längst (seit 1848) viel weiter, als daß sie mit der Abtretung des Trentino, Dalmatiens und der Künsteninseln zu kompensieren gewesen wären. Schon die Verhandlungen zwischen Berlin und Rom 1915 waren daran gescheitert. Der Text des Vertrages zwischen Italien und der Entente vom 26. April 1915 gibt darüber eindeutig genug Auskunft.

E. Ritter von Steinitz und Th. B. Edler von Aarenau: Ergänzungsheft 10 zum Werke „Österreich-Ungarns letzter Krieg": Die Reichsbefestigungen Österreich-Ungarns zur Zeit Conrads von Hötzendorf. 80 S., 16 Beil. Verlag der „Militärwissenschaftlichen Mitteilungen", Wien 1937. RM. 2.50.

Die schwierige politische und strategische Lage der alten Donaumonarchie, die mit Gegnern an allen Fronten mit Ausnahme an der deutschen Grenze zu rechnen hatte und geographisch und strategisch ganz verschieden gearteten Kriegsschauplätzen gegenüberstand, ergab ein außerordentlich vielseitiges und lehrreiches Befestigungssystem, um dessen Ausbau sich besonders Hötzendorf bemühte, ohne jedoch bei dem chronischen Geldmangel des Staates und den inneren Widerständen auch nur einen Teil des Geplanten zu erreichen. Was trotzdem geschaffen werden konnte, hat sich bestens bewährt und die Tradition einer alten Kriegserfahrung rühmlich aufrechterhalten. Hötzendorf hat richtig vorausgesehen, daß zusammenhängende Befestigungsfronten künftighin eine größere Rolle spielen werden als einzelne Gürtelfestungen. Der Weltkrieg hat seine Ansichten bestätigt. Die belgischen Festungen sind einem weit geringeren Aufwand an Angriffsmitteln erlegen, als ihn die Südtiroler Befestigungen trotz zahlreicher schwacher Stellen erfolgreich aushalten konnten. Die besondere Gebirgserfahrung auf dem Gebiet der Befestigungen kommt übrigens nun der gesamtdeutschen Wehrmacht zugute, ein nicht zu unterschätzender Erfolg des Anschlusses. Bemerkenswert sind die verteidigungsfähigen Defensionskasernen. Solche Anlagen benützen vorzüglich die Engländer heute noch in den Kolonialgebieten; sie werden vielleicht unter dem Gesichtspunkt der Behinderung motorisierter Überraschungsstöße wieder an Bedeutung gewinnen, vor allem an Nebenfronten. Sehr beachtlich ist die Tatsache, daß Österreich auf die Befestigung der Donauübergänge großen Wert legte, obwohl der Strom die Mitte des Staatsgebietes durchzog. Die Idee, die Strombarriere einem hinhaltenden Widerstand nutzbar zu machen und den Gegner in der Raumweite des jeweiligen Gegenufers totlaufen zu lassen, mag dabei mitgespielt haben. Das vorliegende Heft hat nicht nur geschichtlichen Wert.

Georg Nitsche: Österreichisches Soldatentum im Rahmen deutscher Geschichte. 296 S., 15 Abb., 20 Kartenskizzen, 1 Kt. G. Freytag, Berlin 1937. RM. 7.—.

Wenn in den letzten Jahren ein Geschichtswerk gesamtdeutscher Prägung geschrieben wurde, dann ist es dieses. In selten nüchterner Betrachtung — die den Wert des Werkes ausmacht —, ohne billige Lobhudelei oder unbegründete Kritik und allein von gesamtdeutscher Ausrichtung geleitet, blättert der Verfasser Blatt um Blatt der Geschichte der österreichischen Wehrmacht in ihren deutschen und europäischen Zusammenhängen auf. Ihre Schwächen und Nachteile werden ebenso schonungslos herausgestellt wie jene der preußischen, ihre Größe ebenso gewürdigt wie die des brandenburgisch-preußischen Heeres. Gerade dieses Abwägen ist hier zu einer vorbildlich fruchtbaren Methode entwickelt, indem beiden Teilen das beste abgewonnen wird zu Nutz und Frommen künftiger deutscher Kriegsgeschichte und Kriegstheorie. Die österreichische Armee kann weniger als die preußische nicht ohne ihre politischen Bindungen betrachtet werden. Sie war die kaiserliche Armee des Reiches, die den Schutz der Rheingrenze und der deutschen Sendung im Osten getreulich durch die Jahrhunderte erfüllte, ehe Preußens Heer diese Aufgaben übernehmen konnte. Wenn in diesem Zusammenhang das Wort fällt, daß Preußens Wehrmacht dem Deutschtum die Idee der äußersten Pflichterfüllung um den Preis des Vergessens der deutschen Aufgabe im Donauraum einhauchte und daß einst eine weniger kleinstaatliche Einstellung Berlins das Hinaustragen der deutschen Macht durch Österreich bis an die Ufer des Schwarzen Meeres ermöglicht hätte, so ist solches Urteil aus einer übergeordneten Betrachtungsweise gefällt, die die alte Tradition in eine großdeutsche überführt hat. Auch die Bemerkung, daß das Zweite Reich wohl seine überseeischen Besitzungen ins Herz geschlossen hatte, aber ganz auf jenen ohne deutsche Ordnung zum Chaos verurteilten Donauraum vergessen hatte, besteht zu ihrem Recht. Man hat zu oft in der deutschen Geschichtsschreibung in kritikloser Übernahme der Meinung habsburgischer Hofchronisten die deutsche Eroberung des Donauraumes als Werk dynastischer Interessenpolitik bezeichnet und — verurteilt, aber vergessen, daß dieses Einigungswerk schon von den Babenbergern und Hohenstaufen erstrebt, vom deutschen Ritterorden vorgezeichnet, von den Grundlinien der bayrischen Kolonisation und den karolingischen und ottonischen Ostmarken eingeleitet und auch von den Gegnern erstrebt wurde. Bismarck hat erkannt, daß diese Aufgabe eine deutsche ist, er glaubte aber, sie dem österreichischen Deutschtum überlassen zu können und wollte — woran N. erinnert — keinen pommerschen Grenadier dafür opfern. Eine solche Meinung übersah aber, daß dem deutschen Volk in Mitteleuropa vielfältige Aufgaben gestellt, daß es nicht einfach die eine oder andere aus seiner Rechnung streichen kann, wenn es nicht ein Versailles erleben will. Und das Ergebnis des Ausschlusses Österreichs aus dem kleindeutschen Reich — rätselvoll als Schicksal — hat dann eben den Balkan bis an die Grenzen Sachsens und Bayerns herangeführt, in der Umkehrung ist dann eben dieser Raum aktiv geworden, nachdem ihm nichts mehr geopfert werden sollte. In diese Grundgedankengänge ist die Geschichte der österreichischen Armee hineingestellt. Ihre Führergestalten, ihre Tradition, ihre unermeßlichen Schwierigkeiten in der Zusammensetzung, die deutsch-österreichische Führungsleistung während des Weltkrieges und Erfahrungen usw. werden lebendig und reihen sich ein in das deutsche Soldatentum, das ebenso Pate stand bei der Schaffung der preußischen, wie auch der bayrischen und alten Reichsarmee. N. — selbst kein Österreicher, sondern Preuße — richtet noch die schmerzvolle Frage an die Zukunft, wann denn endlich der tragische Konflikt im Deutschtum beendet sein würde. Heute ist seine Frage beantwortet: die deutschen Regimenter Österreichs, in deren Reihen das älteste Regiment Europas und die ältesten Deutschlands stehen, sind eingereiht in die gesamtdeutsche Wehrmacht zum Schutz des großdeutschen Reiches und über den Irrwegen der Vergangenheit leuchtet die Stärke untrennbarer Einheit in die Zukunft. Das Buch soll aber als Baustein gesamtdeutschen Denkens weiterhin seinen gebührenden Platz einnehmen.

Kurt Borries: Preußen, Österreich und Deutschland in den letzten hundert Jahren (1815—1918). 48 S. J. C. B. Mohr, Tübingen 1937.

Kluge Gedanken zur deutschen Politik im Jahrhundert der Einigungsvorkämpfe, ein begrüßenswertes Zeugnis für die Verbreitung und Vertiefung gesamtdeutschen und volksdeutschen Denkens.

Adalbert Schmidt: Deutsche Dichtung in Österreich. Eine Literaturgeschichte der Gegenwart. 207 S. A. Luser, Wien 1935.

Das Buch wäre insofern gut, als es eine Übersicht über die dichterische Leistung des österreichischen Deutschtums in den letzten Jahrzehnten liefert. Es wäre auch zu begrüßen, wenn es konsequent die jüdischen Autoren als solche bezeichnen würde. Das ist aber keineswegs immer mit aller Deutlichkeit durchgeführt und da es überhaupt den Juden unseres Erachtens viel zu viel Platz einräumt, können wir das Buch nicht bejahen. Sein Titel hätte zu einer ganz anderen Stoffauslese verpflichtet, was in richtiger Form auch vor den Ereignissen von 1938 bei einem in Österreich erscheinenden Buch möglich gewesen wäre. Es besitzt in der vorliegenden Fassung keine Berechtigung.

Florian Perl: Ramsau bei Schladming. 119 S., 15 Abb. Styria, Graz. RM. 1.—.

Eine ausführliche Geschichte der Ortschaft und Landschaft Ramsau am Fuße des Dachstein. Dem Leser aus dem Altreich sei dazu gesagt, daß es sich um eine der herrlichsten Landschaften Österreichs fernab von jedem Verkehr in einer der wildromantischsten Gegenden des Landes handelt, die besonders dadurch ausgezeichnet ist, daß der Protestantismus hier im geheimen alle Stürme der Gegenreformation überdauert hat und daß das tapfere Volk der Ramsau unendliche Opfer im Kampfe gegen das Schuschnigg-System — viele Ramsauer sind in den letzten Jahren

im Kampf gefallen oder heimtückisch ermordet worden — gebracht hat. Wenn jetzt der Urlauberstrom in die Alpenländer einsetzt, dann soll dieses Ländchen nicht vergessen werden, aber auch dieses kleine, gefällige, einführende Büchlein nicht.

Hans Karlinger: Im Raum der oberen Donau. Kunst, Landschaft und Volkstum. 314 S., 42 Abb. A. Pustet, Salzburg 1937. RM. 6.80.

Das Gemälde eines deutschen Raumes, der baiwarischen Kernlandschaft zwischen Lech und Enns, und seines Stammestums. In Essays entworfen von dem Münchener Kunsthistoriker Karlinger. Soweit der Inhalt. Doch in welche Form ist dieses Bild gegossen. In der gleichnisreichen, lebendig-anschaulichen Sprache des bairischen Bodens, ganz aus der Gefühlswelt des Stammes heraus läßt K. das Werden und Wesen des Baierntums und seiner Landschaft erstehen. Der Stammescharakter und seine Kunstäußerungen von der Wanderzeit bis heute gewinnen in diesen Schilderungen blutvolles Leben und über Raum und Zeit hinweg erwächst die Einheit des Stammes, seines Wirkens und seiner Seele. Die Kunst des Schilderns, beschaulicher Betrachtung fern der jagenden Hast des Tages, das Einfühlen in die heimlich wirkenden Kräfte der Gesamtheit ist baiwarisches Erbgut, von Stifter zum höchsten gesteigert, in Karlingers vorliegendem Band aber zum wissenschaftlichen Erlebnis gestaltet.

Franz Voggenreiter: Die Stadt Regensburg, ihre Erscheinung und ihre Entwicklung zum neuzeitlichen geographischen Raumorganismus. Ein Beitrag zur Heimatkunde der Bayrischen Ostmark. 176 S., 24 Abb. L. Voggenreiter, Potsdam 1936. RM. 3.20.

In eines der interessantesten Zeugnisse bairischen Lebens, in die Entwicklung der Stadt Regensburg, die die ältesten Bauformen auf deutschem Boden bewahrt hat, führt das Buch von V. ein, wie schon der umfangreiche Titel sagt, in liebevollem Eingehen auf die kleinsten Einzelheiten und dabei doch nicht die großen raumpolitischen Zusammenhänge, in die vor allem heute wieder die Stadt gestellt ist, vergessend. Eine gründliche und gedankenreiche Untersuchung.

R. Kötzschke und W. Ebert: Geschichte der ostdeutschen Kolonisation. 251 S., zahlr. Karten und Pläne. Bibliographisches Inst., Leipzig 1937.

Eine zusammenfassende Betrachtung der ostdeutschen Kolonisation von der Ostsee bis zur Adria. In seinen Einzelheiten bietet das Werk nichts Neues, sein Wert liegt aber darin, daß es die erste gesamtdeutsche Darstellung der ostdeutschen Kolonisation ist, denn obwohl die deutsche Leistung im Osten vielleicht die größte des Deutschtums überhaupt ist, hat sich bis jetzt kein Verfasser gefunden, der ihr eine umfassende Arbeit gewidmet hätte. Aus diesem Grund ist das Buch als ein Bahnbrecher zu bezeichnen.

Fritz Markmann: Vom deutschen Stadtrecht. 60 S., mehrere mehrfarb. Abb. Bibliographisches Inst., Leipzig 1937.

Ein Sondergebiet aus der ostdeutschen Kolonisationsarbeit behandelt M. als Fachmann der Stadterschließung des Ostens: das Stadtrecht. Das kleine Bändchen gibt eine klare Übersicht über das Wesen und die kulturelle Bedeutung der Ausbreitung des Stadtrechts, seine Entwicklung aus dem Marktrecht und seinen Verfall unter den Einwirkungen des römischen Rechts. Ein besonderes Augenmerk wendet M. als Geopolitiker den Verbreitungsrichtungen nach Osten zu, die in drei Strömen deutsches Recht weiterleiteten: Längs der Küste von Lübeck aus, im Süden über Wien und dann mit überragendem Einfluß und die Einheit zwischen Nord und Süd herstellend von Magdeburg her, das nicht nur in dieser Hinsicht Schlüsselstellung war und auch heute wieder wird. Eine sorgfältige Bildausstattung unterstützt den Wert der Schrift.

W. F. Boyens: Untergegangene Bauerndörfer auf ostdeutschem Boden. 107 S., 64 Abb. Deutsche Landbuchhandlung, Berlin 1936.

B. führt in ein ganz anderes, reichlich schmerzliches Kapitel ostdeutschen Lebens. Er sucht die Wirkungen der ostelbischen Bauernvernichtung durch Kriegsläufte, Bauernlegen, Bauern-„Befreiung" und grundkapitalistische Wirtschaft auf und entrollt ein erschütterndes Ergebnis vor den Augen des Lesers. Selbst die skeptischste Betrachtung der ostelbischen Entwicklungen in den drei Jahrhunderten bis 1933 wird übertroffen von den Tatsachen, die B. in Wort und Bild enthüllt. Ruine um Ruine, verfallenene Kirchen, Klöster, Gehöfte, Dörfer, ausgekaufter Bauernbesitz wandern vorüber und hinterlassen einen eindrucksvollen Maßstab für die ungeheure Arbeit, die der Nationalsozialismus zu leisten hat, wenn er alle diese volkspolitischen Schäden beseitigen will. Nur wenn aus allen diesen Ruinen wieder neues Bauernleben blüht, ist der Osten jenseits der Elbe auch volkstumspolitisch wieder gesichert.

Heinz Rogmann: Die Bevölkerungsentwicklung im preußischen Osten in den letzten hundert Jahren. 270 S. Volk und Reich, Berlin 1937. RM. 8.—.

Das kompendiöse, mit zahlreichen Tabellen und graphischen Darstellungen ausgestattete Werk schneidet eine andere unerfreuliche Frage des ostdeutschen Raumes an: seine allmähliche Entvölkerung und Aufsiedlung mit Fremdstämmigen in den letzten hundert Jahren. R. kommt auf Grund seiner Beweisführungen zu dem Schluß, daß nicht biologische Ursachen, sondern soziale und wirtschaftliche die Folgen der Entvölkerung gezeitigt haben. Die Bevölkerungspolitik des Zweiten Reiches, die den Bevölkerungsüberschuß des Ostens in die Industriegebiete des Westens warf, hat entscheidend an der völkischen Substanz des Ostens gezehrt und ihre Antwort in Versailles erhalten. Die Ausdehnung der Industrie nach dem Osten hat dann der Zuwanderung fremdvölkischer Elemente Tür und Tor geöffnet, die bis 1933 statt abgenommen noch zugenommen hat. Die Abwehr des Bevölkerungsdrucks von jenseits der Grenzen kann nur durch die vom Nationalsozialismus eingeleitete Ostwendung des deutschen Volkstums herbeigeführt werden, denn: „das Gesetz der Grenze ist das Gesetz der Nation!" Eine ernste Mahnung auf Grund einer nüchternen, volksbewußten wissenschaftlichen Analyse.

B. Hoffmann - Th. Hurtig: Ostpreußen — Land und Leute. 200 S., 84 Abb. u. Karten. Gräfe & Unzer, Königsberg i. Pr. 1935. RM. 6.50.

Eine gefällige, heimatkundliche Darstellung des ostpreußischen Landes, ausgehend von der raumpolitischen Lage und Landesgeschichte Ostpreußens alle Lebensgebiete streifend. Den größeren Teil nehmen Schilderungen der einzelnen ostpreußischen Landschaften ein.

Irene Scheibe: Weibliche Landjugend im Grenzland Ostpommern. 148 S., 16 Abb. K. Vowinckel, Heidelberg 1938. RM. 5.50.

Daß Konrad Meyer in der von ihm herausgegebenen neuen Schriftenreihe „Beiträge zur Raumforschung und Raumordnung" den dritten Band einem der exponiertesten deutschen Grenzländer gewidmet hat, trägt ihm den besonderen Dank aller raumpolitisch Tätigen ein. Besonders bemerkenswert ist jedoch, daß Irene Scheibe den Mut hatte, gleich das schwierigste Problem des gesamten deutschen Nordostens, nämlich die Frauenfrage, anzuschneiden. Hillen-Ziegfeld war einer der ersten, der darauf hinwies, daß die gesamte Bevölkerungs- und Siedlungspolitik in Ostelbien steht und fällt mit der Verwurzelung der Frau im Lande. Auf sie wirken die Gefahren der Verstädterung, die Lockungen der Großstadt viel stärker als auf den Mann, besonders unter der Monotonie des ländlichen Lebens im östlichen Land. Verläßt aber die weibliche Jugend landflüchtend die Heimat, dann folgt der Mann mehr gezwungen als freiwillig dem Beispiel, da die Gründung eines häuslichen Herdes immer schwieriger wird. Irene Scheibe untersucht nun am ostpommerschen Beispiel bis ins einzelne die Lage der weiblichen Landjugend, ihrer Arbeitsbedingungen, gesellschaftlichen und gesundheitlichen Verhältnisse, ihrer kulturellen Wünsche, ihres Verwurzelunggrades. Sie kann dabei alle jene Dinge feststellen, die im Osten beseitigt werden müssen: Unkenntnis der Kinderbehandlung durch die Mütter, Monotonie der Arbeit, verhältnismäßig geringes Gemeinschafts- und Kulturleben trotz reichen Brauchtums usw. und die schnelle moralische Entwurzelung beim Wegzug in die Stadt. Sch. gibt auf Grund ihrer Analysen aber auch mit dankenswerter Klarheit die Mittel und Methoden an, mit denen aufbauend auf vorhandenen reichen Aktiven in der weiblichen Jugend das Grenzland im Ganzen gestärkt

werden kann, wobei ihr reiche Erfahrungen zugute kommen. Wir betrachten das Buch als Muster einer dem Grenzland gewidmeten Untersuchung und hoffen, daß es in seinem Rahmen zur Stärkung des Grenzlandbewußtseins und -denkens beiträgt, wie auch, daß noch weitere Arbeiten dieser Art in der genannten Reihe erscheinen.

Colin Ross: Unser Amerika. 301 S. F. A. Brockhaus, Leipzig 1936. RM. 4.—.

Einmal ein anderer Stoff aus der Feder eines unserer bekanntesten Weltreisenden und Weltbeobachter: eine Geschichte der Amerikadeutschen, populär aber umfassend betrachtet und unter den Gesichtspunkt gestellt, daß das am Aufbau der USA. beteiligte deutsche Blut im zeitlichen Schnittpunkt zwischen dem amerikanischen Niedergang und dem deutschen Wiederaufstieg noch zu einer besonderen Sendung erwachen und mit Berechtigung seine Note im Leben Amerikas zur Geltung bringen wird. Wenn wir auch bezüglich des bereits anglisierten Deutschtums etwas skeptischer sind, weil die seelischen Voraussetzungen hierzu — wie übrigens R. selbst feststellt — besonders vom zweiten Reich zerstört wurden, so teilen wir seine Ansicht, daß die Anglisierung heute nicht mehr dieselben Erfolge an dem noch seiner Volkszugehörigkeit bewußten Deutschtum erzielen kann wie ehedem. Aber davon abgesehen ist das Buch ein Beispiel und auch eine Mahnung dafür, in der gesamtdeutschen Geschichtschreibung die Leistungen des Auslandsdeutschtums nicht zu vergessen, wenn das Fazit auch traurig ist: nämlich daß diese Leistungen im Dienste und zum Nutzen einer fremden Welt vollbracht wurden.

Easum Ch. V.: Vom Einwanderer zum Staatsmann. Wie der Deutsche Carl Schurz Amerikaner wurde. Übersetzt von P. Fohr. 232 S., 1 Abb. H. Böhlaus Nachf., Weimar 1937. RM. 5.50.

Eine ausführliche Biographie des „größten Amerikadeutschen", geschrieben von einem Amerikaner mit größtem Verständnis für den Deutschen und seine Leistung. Die zahlreichen Belegstellen aus den Reden, Schriften und Briefen dieses weitschauenden Staatsmannes geben zu gleich einen guten Querschnitt durch die Mentalität des Deutschamerikanertums aus der Zeit seiner zahlenmäßig größten Stärke: Schurz sah die unentrinnbare Anglisierung und bejahte sie mangels anderer Möglichkeiten. Die Lektüre dieser Schrift hilft viel in den deutschamerikanischen Entwicklungen verstehen, womit ihr Zweck erfüllt ist.

Erna Piffl: Deutsche Bauern in Ungarn. 64 S., 40 Abb. Verlag Grenze u. Ausland, Berlin 1938. RM. 7.80.

40 prachtvolle Trachtenbilder in Mehrfarbendruck nach Bildern von E. Piffl. Man kann sich kaum reizvollere Farbenharmonien vorstellen, wie sie sich in den mit natürlichem Farben- und Formsinn geschaffenen bäuerlichen Trachten enthüllen. In ihnen lebt unverbildet der ganze Kunstsinn des deutschen Bauerntums weiter, wie er nur in einer von städtischen Einflüssen kaum berührten Lage konnte erhalten bleiben. Zugleich ein Dokument für die Lebendigkeit des Deutschtums in Ungarn.

Georg Niemeier: Die deutschen Kolonien in Südspanien. Beiträge zur Kulturgeographie der untergegangenen Deutschtumsinseln in der Sierra Morena und in Niederandalusien. 126 S., 42 Abb. C. Behre, Hamburg 1937.

Eine gründliche Untersuchung der geographischen, soziologischen und volkstumspolitischen Verhältnisse im Ansiedlungsgebiet der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nach Spanien gekommenen deutschen Kolonisten. Die Deutschen haben hier die Erschließung des Gebirges am weitesten getrieben und für die Fähigkeiten der Siedler spricht, daß unter der heutigen Bevölkerung des Gebietes die Ortsvorsteher mit deutschen Namen einen viel größeren Hundertsatz ausmachen als der deutsche Siedleranteil. Durch Uneinheitlichkeit der stammesmäßigen Herkunft usw. und durch eine systematische, gesetzlich von der spanischen Regierung vorgeschriebene Mischehenpolitik, religiöse Verfolgungen usw. waren die Siedler bereits in der ersten Generation entnationalisiert, was der Verfasser mit Recht als einen traurigen Rekord in der Geschichte deutscher Bauernsiedlung im Ausland ansieht. Das Buch ist nicht nur ein wertvoller Beitrag zur Geschichte des Auslandsdeutschtums, sondern auch ein deutlicher Hinweis auf die Gefahren, die jedem Volkssplitter im fremden Volkstum drohen.

A. Schwägerl: Das Auslandsdeutschtum im niederländischen Kolonialbereich. 365 S. H. Böhlaus Nachf., Weimar 1937. RM. 12.50.

Das umfangreiche Werk geht bis in die letzten Einzelheiten den Spuren des Deutschtums im vorgezeichneten Bereich nach. Derartige Arbeiten dürften nur wenige vorliegen. Die Ausführlichkeit der Forschungen des Verfassers beweist, daß er für alle Lebensgebiete — Militär, Verwaltung, Wissenschaft, Medizin, Kirche und Mission, Landwirtschaft, Bergbau, Wirtschaft — alle überhaupt in der niederländischen Kolonisationsgeschichte feststellbaren deutschen Einzelpersonen behandelt und so nicht nur eine Lücke in unserer auslandsdeutschen Literatur schließt, sondern auch eine vorbildliche Darstellung des Streudeutschtums gibt. Eine beachtliche Leistung! Wenn auch an schmerzlichem Gegenstand.

Karl Alnor: Handbuch zur schleswigschen Frage. III. Band: Die Teilung Schleswigs 1918—1920. Heft 6. 200 S. K. Wachholtz, Neumünster 1927. RM. 5.—.

Im vorliegenden Heft des Sammelwerks sind die offiziellen und inoffiziellen dänischen Programme für die Siegerkonferenz, die Berichte der Pariser Kommission und die Kanalstaatspläne an Hand der wichtigsten Dokumente monographisch dargestellt. Besonders dieser dritte Teil enthüllt ein wenig bekanntes und über seinen engeren geographischen Bereich hinaus sehr aufschlußreiches historisches Kapitel. Eine Karte im Maßstab 1:500000 mit sämtlichen Grenzlinien und Grenzvorschlägen, den Zonengrenzen und den Wahlergebnissen der Reichstagswahl von 1912 im Herzogtum Schleswig ist dem Heft beigelegt.

Hans Richter: Die Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei nicht unterdrückt! Tschechoslowaken antworten der tschechoslowakischen Regierung. 64 S. W. Braumüller, Wien 1937. RM. 1.—.

Eine Sammlung tschechischer Aussprüche über die sudetendeutsche Frage, die an Deutlichkeit über die tschechische Politik nichts zu wünschen übriglassen. Die Sammlung ist für den redaktionellen und Schulungsgebrauch besonders zu empfehlen.

Werner Schaumann: Die gewaltsame Vertschechung des deutschen Igellandes. 137 S., 4 Kt. W. Braumüller, Wien 1938. R.M 3.50.

Gegenstand ist die Entnationalisierungspolitik gegen eine der ältesten deutschen Sprachinseln im Osten, das Igelland in der Tschechoslowakei. Die Spezialbehandlung macht die tschechischen Methoden, die sonst nur im allgemeineren Rahmen dargestellt zu werden pflegen, in ihrer totalen Wirkung im Einzelfall sichtbar. An Hand von Dokumenten, Zahlenmaterial, Diagrammen und Kartogrammen und einer Geschichte der letzten Jahrzehnte werden alle Arten von Wahlgeometrie und -arithmetik, Volkszählungs- und Verwaltungsgeometrie, Personalpolitik, Schulpolitik, Agitation, Erpressungsmitteln, Bodenreform, Wirtschaftszerstörung usw. behandelt, diegegen die Sprachinsel zur Anwendung kamen und künstlich tschechische Mehrheiten züchteten, wo urdeutsches Land ist. Man soll nicht vergessen, daß sich das Iglauer Land bei der Auflösung als nationale Exklave zu Deutschösterreich bekannte und gewaltsam der Tschechei angegliedert wurde. Man wird darum auf den Karten des Reiches, die die gewaltsam abgetrennten Gebiete kennzeichnen, künftighin auch das Igelland vermerken müssen.

Ein Trost liegt für den Leser heute darin, daß die nationale Enteignung von Deutschen durch alle möglichen Druckmittel infolge des Aufstiegs der Partei Henleins unterbunden ist und die wirtschaftliche Selbsthilfe der Sudetendeutschen und ihr steigendes Selbstbewußtsein weitere Absplitterungen nicht mehr zuläßt. Der nach strategischen Gesichtspunkten durchgeführte Aufmarsch der Tschechen gegen die deutsche Volksinsel wird damit endgültig gehemmt.

Das Büchlein gehört in die Hand vor allem jedes deutschen Lehrers, weil er in dieser Schrift einen Gesamtüberblick über die Entnationalisierungsmethoden und -mittel erhält, wie kaum in einem anderen Werk.

KURT ROEPKE: Bibliographie der Geopolitik

Bemerkung: Die Bibliographie verzeichnet laufend die neueste deutschsprachige Literatur zur Geopolitik mit Ausnahme der in der „Zs. f. Geopolitik" erscheinenden Aufsätze. In der Titelfassung dient das „Lit. Zbl. f. Deutschland" als Vorbild. Selbständig erschienene Arbeiten sind durch *, Aufsätze usw. durch „In:" gekennzeichnet. Ergänzungen der Titelaufnahmen durch den Verfasser stehen in ( ), wenn sie dem Objekt selbst, in [ ], wenn sie anderen Quellen entnommen sind.

1. Allgemeine Fragen

Barenscheer, Fr.: Eine Feldflur geopolitisch gesehen. In: Die Neue Dt. Schule. Jg. 12, 1938, 3. S. 165–170.

***Bauer, H. W.: Deutschlands Kolonialforderung und die Welt.** Forderungen d. dt. Raum- und Rohstoffnot. Mit e. Geleitw. v. Gen.-Konsul Karlowa. Leipzig: R. Bauer (1938). 110 S. 8°. 2,60 RM.

Bülow, Fr.: Raumordnung, Raumforschung und Wirtschaftswissenschaft. In: Weltwirtschaftl. Archiv. Bd 47, 1938, 2. S. 300–321.

Burgdörfer, F.: Bevölkerungspolitisches Gespräch mit Mussolini. In: Archiv f. Bevölkerungswiss. u. Bevölkerungspolitik. Jg. 8, 1938, 2. S. 117–120.

Durach, M.: Wandlungen des Grenzlandgedankens im Erdkundeunterricht. In: Geograph. Anz. Jg. 39, 1938, 7. S. 148–150.

[Harms, P.]: Geopolitische Irrtümer. In: Leipziger Neueste Nachrichten. Jg. 1938, Nr 118. S. 1–2.

Herrmann, G.: Wesen und Aufgabe der Geopolitik. Einführung in das wichtigste Schrifttum. In: Der Buchh. im neuen Reich. Jg. 3, 1938, 3. S. 108–111. – Sammelreferat mit Bibliographie. (48 Nrn.)

Horstmann, K.: Die Vergewerblichung. Ein Hilfsmittel zur Unterscheidung von Stadt u. Land. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 2, 1938, 3. S. 110–119.

Kallbrunner, A.: Zum Einfluß der Wirtschaft auf die Bevölkerungsbewegung. In: Mittn d. Geograph. Ges. Wien. Bd 81, 1938, 1/2. S. 16–18.

***Knieper, F.: Geopolitik für die Unterrichtspraxis.** Mit e. Geleitw. v. Prof. Dr. K. Haushofer. 5. verb. Aufl. Bochum: Verlags- u. Lehrmittelanst. Kamp 1937. 194 S.; 1 Bl. mit Kt. Skizzen. gr. 8°. Lw. 4,50 RM.

Kretschmar, H.: Zur Problematik der politischen Wirtschaftsführung und Raumordnung. In: Zs. f. d. ges. Staatswiss. Bd 98, 1938, 2. S. 247–279.

Langbein, O.: Die jüngsten Staaten der Erde. In: Mittn d. Geograph. Ges. Wien. Bd 81, 1938, 1/2. S. 26–37. – Zum Problem d. Staatwerdung in d. polit. Geographie.

(Lochner, R.): Im Grenzraum des Volkes. In: Weltanschauung u. Schule. Jg. 2, 1938, 2. S. 77–81.

Lohr, W.: Grenzlandschaft – Glacis oder Kulturbrücke? In: Nation im Aufbau. Jg. 6, 1938, 3/4. S. 8–15.

Mangold, E.: Rasse, Geographie und Weltmacht. In: Rasse. Jg. 5, 1938, 2. S. 60–63.

Manthe, H.: Geopolitische Schularbeit. Grundlagen u. Beispiele. In: Die Dt. Höhere Schule. Jg. 5, 1938, 5. S. 142–152.

(Pleyer, K.): Die Kräfte des Grenzkampfes. In: Die Schule im Volk. Jg. 1, 1938, 4. S. 74–77.

(Püllmann, A.): Eine Kunst oder eine Wissenschaft? Betrachtungen zu neuen geopolitischen Schriften. In: Bücherkunde. Jg. 5, 1938, 4. S. 201–205.

***Rohrbach, P.: Politische Weltkunde für den Deutschen.** Potsdam: Athenaion [1938]. 486 S. gr. 8°. Lw. 9,80 RM.

Ruprecht, P.: Bodenschätze und Politik. In: Weiße Blätter. Jg. 7, 1938, Februar. S. 47–53.

Schmeling, [K.-W.] von: Aufgaben und Aufbau der Landesplanung. In: Der Gemeindetag. Jg. 32, 1938, 1. S. 6–8.

Schmidt, A.: Geopolitik und Politik. In: Die Hilfe. Jg. 44, 1938, 4. S. 73–75.

Schneefuß, W.: Weltreiche und Herrschaftsformen. In: Der getreue Eckart. Jg. 15, 1938, 5. S. 318–328.

(Schumacher, R. von): Die Grenze als Erziehungsaufgabe. In: Die Schule im Volk. Jg. 1, 1938, 4. S. 83 bis 88.

Troebs, K.: Volkhafte Raumpolitik. In: Gasschutz u. Luftschutz. Ausg. A. Jg. 8, 1938, 1. S. 1–5.

***(Vogel, J.): Geopolitische Skizzen und Betrachtungen.** T. 2. Breslau: Handel [1938]. 16, 16 S. mit Abb. 8°= Schriften zu Deutschlands Erneuerung. Sachleseh. 13. –,60 RM.

Volk und Reich. Jg. 14, 1938, 3. – Bestandsaufnahme d. jüd. Weltposition. Inhalt: Loesch, K. C. von: Juden u. bodenständige Völker; Grazian: Judentum u. Minderheitenschutzverträge; Riedl, F.: Die Juden in Österreich; Riedl, F.: Die Juden in Ungarn; Hartmann, G.: Die Judenfrage in d. Tschechoslowakei; Theil, K. H.: Die Judenfrage in Rumänien; Seraphim, P.-H.: Das Judentum in Polen.

2. Regionale Arbeiten

Mehrere Erdteile

Beistler, H.: Die Welt des Mittelmeeres. In: Die Scholle. Jg. 14, 1938, 6. S. 353–75. – Unterrichtl. Betrachtung eines weltpolit. Raumes.

***Das Deutschtum im Auslande.** Breslau: Handel [1938]. 16, 16, 16 S. mit Abb. 8° [Umschlagt.] = Schriften zu Deutschlands Erneuerung. Sachleseh. 22. –,60 RM.

Donner: Der Ausbau der russischen Position am Nördlichen Eismeer. Sein gegenwärtiger Stand u. Streiflichter auf s. wirtschaftl. u. militär. Auswirkung. In: Nauticus. Jb. f. Deutschlands Seeinteressen. Jg. 21, 1938. S. 71–91.

Eschmann, E. W.: Die beiden Imperien. In: Die Tat. Jg. 30, 1938, 2. S. 73–89. – Betrachtungen im Anschluß an d. englisch-italienische Abkommen.

Fahrenkamp, R.: Völkerkampf im Mittelmeer. In: Volk u. Führung. Jg. 4, 1938, 3. S. 121–126.

Maull, O.: Übersicht über die Erde (Geopolitischer Bericht). In: Zs. f. Erdkunde. Jg. 6, 1938, 3. S. 116 bis 119.

Müller, N. J.: Die treibenden Kräfte des britischen Imperiums. In: Gelbe Hefte. Jg. 14, 1938, 5. S. 225 bis 232.

Pahl, W.: Der angelsächsische Aufmarsch zur See. In: Dt. Rundschau. Jg. 64, 1938, März. S. 161–169.

***Plümer, Fr.: Das britische Weltreich.** Die geopolit. Grundlagen seiner geschichtl. Entwicklung. Dortmund, Breslau: Crüwell 1938. 124 S. mit Abb. gr. 8°. 2,10 RM.

***Rohrbach, P.: Abriß des Deutschtums im Ausland und in den deutschen Kolonien.** Leipzig: Kohlhammer, Abt. Schaeffer 1938. 73 S. 8° = Schaeffers Abriß aus Kultur u. Geschichte. H. 7. 1,80 RM.

Santos, C. T. A. dos: Der Wiederaufbau des portugiesischen Kolonialreichs unter Oliveira Salazar. In: Europ. Revue. Jg. 14, 1938, 3. S. 181–191.

***Schneefuß, W.: Gefahrenzonen des britischen Weltreiches.** Leipzig: Goldmann (1938). 120 S. mit 6 Kt. Skizzen. 8° = Weltgeschehen. 2,50 RM.

Schönemann, Fr.: Die Vereinigten Staaten und Japan. In: Mhe f. Ausw. Politik. Jg. 5, 1938, 3. S. 214–226.

Schultze, J. H.: Geopolitik des Pazifischen Ozeans. In: Deutschlands Erneuerung. Jg. 22, 1938, 4. S. 209 bis 211. – Nach Karl Haushofer.

Svetschin, A.: Rote Eismeerpolitik. In: Volk im Werden. Jg. 6, 1938, 3. S. 103–109.

Zapp, M.: Fällt das Weltreich auseinander? In: Wille u. Macht. Jg. 6, 1938, 6. S. 21–28. – Das Britische Empire von den Dominions aus betrachtet.

Deutschland

(deutsches Sprachgebiet)

Bildstein, K.: Der Dr. Hellmuth-Plan. Seine Grundlagen u. seine Entwicklung. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 2, 1938, 2. S. 46–53. – Betr. Mainfranken u. d. Rhön.

***Burgdörfer, Fr.: Bevölkerungsentwicklung im Dritten Reich.** Tatsachen u. Kritik. [Neue Aufl.] Heidelberg, Berlin: Vowinckel 1938. VIII, 84 S. mit Abb., 2 Taf. 8°. 2,40 RM.

Craemer, R.: Die Reichseinheit der deutschen Volksgeschichte. In: Volk u. Reich. Jg. 14, 1938, 4. S. 263–277.

Eibl, H.: Räume und Kraftlinien des Reiches. In: Europ. Revue. Jg. 14, 1938, 4. S. 276–286.

Eschmann, E. W.: Die große Heimkehr. In: Die Tat. Jg. 30, 1938, 1. S. 2–20. – Betr. Deutsch-Österreich.

***Folkers, J. U.: 24 Umrißkarten zur Rassen- und Raumgeschichte des deutschen Volkes.** Schülerh. Langensalza, Berlin, Leipzig: J. Beltz (1938). 21 × 30 cm. –,40 RM.

Fugmann, E.: Der südthüringisch-nordwestoberfränkische Wirtschaftsraum. In: Petermanns geograph. Mittn. Jg. 84, 1938, 4. S. 113–120.

Gerholt, F.: Die deutsche Volksgruppe in Posen und Pommerellen in der Nachkriegszeit. In: Dt. Mhe in Polen. Jg. 4, 1938, 8. S. 315–325.

Harmsen, H.: Deutsch-Österreich, Teil des deutschen Volksreiches. In: Archiv f. Bevölkerungswiss. u. Bevölkerungspolitik. Jg. 8, 1938, 2. S. 81–83.

Hasselblatt, W.: Österreichs Heimkehr zum Reich. In: Nation u. Staat. Jg. 11, 1938, 6. S. 350–353.

Heiß, E.: Die deutsche Volkskunde. Geschichte, Strömungen, Ziele. In: Die Westmark. Jg. 5, 1938, 5. S. 227–234.

***Keyser, E.: Bevölkerungsgeschichte Deutschlands.** Leipzig: Hirzel 1938. XI, 360 S. gr. 8°. 10,– RM.; Lw. 11,80 RM.

Köhler, E.: Die politische und wirtschaftliche Bedeutung des Grenzgaues Bayerische Ostmark. In: Dt. Wirtschafts-Zeitung. Jg. 34, 1937, 44. S. 1317–1322.

Kötzschke, R.: Epochen der Siedlungsgeschichte in Sachsen und im nördlichen Böhmen. In: Forschungen z. Geschichte Sachsens u. Böhmens (Dresden 1937). S. 1–27.

(Kurzweil, H.): Aufgaben der Bevölkerungspolitik in Österreich. In: Archiv f. Bevölkerungswiss. u. Bevölkerungspolitik. Jg. 8, 1938, 1. S. 52–58.

Machatschek, F.: Österreich – ein Land des Deutschen Reiches. In: Geograph. Zs. Jg. 44, 1938, 4. S. 121 bis 126.

***Peters, Carl. – Carl Peters' nationalpolitisches Vermächtnis.** Der Deutsche und sein Lebensraum. [Werke, Ausz.] Hrsg. v. H. Böhme. Hannover: Helwing (1938). 106 S., 1 Titelb. kl. 8°. 1,30 RM.

***Rothe, Ingeborg: Mensch und Wirtschaft im erzgebirgischen Dorf.** Leipzig: Buske 1938. 196 S. gr. 8° = Der sächsische Wirtschaftsraum. H. 2. 5,– RM.

Scherer, F.: Der Einsatz des Reichsarbeitsdienstes in Mainfranken. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 2, 1938, 2. S. 65–69.

Schleinitz, H.: Die Verteilung und Dichte der Bevölkerung in der südlichen Grenzmark im Jahre 1933. In: Grenzmärk. Heimatblätter. Jg. 14, 1938, 1. S. 3–34.

Schlesinger, W.: Egerland, Vogtland, Pleißenland. In: Forschungen zur Geschichte Sachsens u. Böhmens (Dresden 1937). S. 61–91.

Schrepfer, H.: Der Raum Mainfranken. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 2, 1938, 2. S. 56–60.

***Schumacher, R. von: Deutschland-Fibel.** Volk, Raum, Reich. Mit e. Geleitw. v. K. Haushofer. Mit 111 Bildern, Kt. u. Tab. 4. verm. u. auf d. neuesten Stand gebrachte Aufl. Berlin: Verl. „Offene Worte" (1938). 143 S. 8°. 1,50 RM.

Schwarz, E.: Wirtschaftliche Ausblicke in den südostdeutschen Raum. In: Die Hilfe. Jg. 44, 1938, 7. S. 146–150.

Springenschmid, K.: Österreichs geopolitische Stellung im deutschen Raum. In: Der Ackermann aus Böhmen. Jg. 6, 1938, 1/2. S. 32–36.

***Das Sudetendeutschtum.** Sein Wesen u. Werden im Wandel der Jahrhunderte. Festschrift zur Fünfundsiebzigjahrfeier d. Vereins f. Geschichte d. Deutschen in Böhmen. (Hrsg. v. G. Pirchan, W. Weizsäcker, H. Zatschek.) Bd 2. Brünn, Prag, Leipzig, Wien: Rohrer [1938]. gr. 8°.

– 2. Neuzeit. S. 251–595. – Bd 1. 2 zus. 18,– RM.; geb. 20,– RM.

Voggenreiter, F.: Raum und Mensch in der Bodenseelandschaft. In: Das Bayerland. Jg. 49, 1938, 3. S. 65–72.

***Volk will zu Volk.** Österreichs deutsche Stunde. Mit e. Geleitw. v. Reichspressechef Dr. O. Dietrich. Hrsg. v. H. Hansen. Dortmund: Westfalen Verl. ([Komm.: F. A. Brockhaus, Leipzig] 1938). 120 S. mit Abb., 4 Bl. Abb. gr. 8°. 3,85 RM.

Die nichtdeutschen Volksgruppen des Landes Österreich und der Anschluß. In: Nation u. Staat. Jg. 11, 1938, 6. S. 359–361.

Winkler von Hermaden, A.: Der deutsche Bauer im österreichischen Alpenraum. In: Dt.-österr. Mhe. Jg. 1, 1938, 2. S. 39–48.

***Zeck, H. F.: Österreich im großdeutschen Volksreich.** (Berlin): Runge 1938. 90 S. mit Abb. 8°. 1,40 RM.

Zeck, H. F.: Die alte Ostmark jüngstes Bollwerk der geeinten Nation! In: Geograph. Anz. Jg. 39, 1938, 8. S. 169–174. – Mit 6 Ktn.

Übriges Europa

***Bahr, R.: Volk jenseits der Grenzen.** Geschichte u. Problematik d. dt. Minderheiten. 3. Aufl. Hamburg: Hanseat. Verl. Anst. [1938]. 476 S. 8°. 8,– RM.; Lw. 9,50 RM.

***Brinkmann, C.: England seit 1815.** Politik, Volk, Wirtschaft. 2. Aufl. Berlin: Junker u. Dünnhaupt 1938. 342 S., 4 Bl. Abb. gr. 8°. 7,50 RM.; 9,50 RM.

(Burkardt, A.): Die volksbiologische Lage des osteuropäischen Deutschtums. Eine Übersicht nach d. neuesten Stand. In: Dt. Arbeit. Jg. 37, 1937, 11. S. 473–477; 12. S. 503–508.

Clomberg, A.: Die bevölkerungspolitische Lage des Deutschtums im Südosten. In: Baltische Mhe. Jg. 1938, 3. S. 151–156.

Dittrich, E.: Die Tschechoslowakei im europäischen Verkehrssystem. In: Leipziger Vierteljahrsschr. f. Südosteuropa. Jg. 1, 1938, 4. S. 62–70.

Fittbogen, G.: Die Lage der Deutschen in Slawonien und Syrmien. In: Nation u. Staat. Jg. 11, 1938, 6. S. 362–370.

Gayda, V.: Die Achse, Österreich und die europäische

Lage. In: Europ. Revue. Jg. 14, 1938, 4. S. 270 bis 276.

***Geisler, W.: Das östliche Mitteleuropa als Verkehrsraum.** Mit 2 farb. Kt. v. H. Morawe. Berlin: Volk u. Reich Verl. 1938. 73 S. gr. 8° = Zur Wirtschaftsgeographie d. dt. Ostens. Bd 15. 4,20 RM.

Giere, W., u. P. H. Seraphim: Die Ostsee als Wirtschafts- und Verkehrsraum vor und nach dem Weltkriege. In: Zs. f. Erdkunde. Jg. 6, 1938, 7. S. 265 bis 277. — I. Die räumlichen Grundlagen von W. Giere; II. Die Strukturveränderungen d. Ostseeverkehrs von P. H. Seraphim.

Glahn, H. O.: Die wehrpolitische Bedeutung der Balearen einst und jetzt. In: Wehrfront Jg. 5, 1938, 5. S. 111—112.

Gley, W.: Bevölkerungs- und Siedlungsfragen. Die bevölkerungspolit. Lage Europas im Jahre 1936. In: Zs. f Erdkunde. Jg. 6, 1938, 3. S. 119—123.

***Gloger, K.: Baltikum.** [Berlin]: Runge 1938. 160 S. 4 Bl. Abb. 8°. Lw. 3,— RM.

Golf, A.: Die Beziehungen der deutschen Landwirtschaft zum Südostraum. In: Leipziger Vierteljahrsschr. f. Südosteuropa. Jg. 1, 1938, 4. S. 21—29.

Gross, H.: Die Wirtschaftskräfte Südosteuropas und Deutschland. In: Leipziger Vierteljahrsschr. f. Südosteuropa. Jg. 1, 1938, 4. S. 30—41.

Gruber, H.: Spannungen im Nordosten. In: Osteuropa. Jg. 13, 1938, 4. S. 256—265. — Eine Umschau zur 7. Baltischen Außenministerkonferenz.

Grüßner, A.-J.: Die Ålands-Inseln im Ostseeraum. In: Dt. Geograph. Blätter. Bd 41, 1937, 3/4. S. 207—282.

Haushofer, A.: Deutsch-englische Beziehungen. In: Wille u. Macht. Jg. 6, 1938, 6. S. 9—16.

***Heymann, E.: Balkan.** Kriege, Bündnisse, Revolutionen. 150 Jahre Politik u. Schicksal. Berlin: Junker u. Dünnhaupt 1938. XII, 440 S. mit Kt. Skizzen, 16 Bl. Abb., 3 Kt. gr. 8°. 7,— RM.; geb. 8,50 RM.

In der Maur, G.: Die Ereignisse in Rumänien. In: Dt. Volkstum. Jg. 20, 1938, 3. S. 154—162.

(Isbert, O. A.): Die deutsch-ungarische Nachbarschaft. In: Der Auslandsdt. Jg. 21, 1938, 1. S. 8—12. — Zur Herausgabe d. Burgenland-Atlasses.

Käubler, R.: Tschechisiertes deutsches Land in Innerböhmen. In: Auslandsdt. Volksforschung. Bd 2, 1938, 1. S. 56—65.

Küppers-Sonnenberg, G. A.: Die Schokazen der Batschka und Baranya. In: Volk u. Rasse. Jg. 13, 1938, 3. S. 77—84.

***Leers, J. von: Europas Auswanderungsrückgang und seine Folgen.** Stuttgart: Enke 1938. 79 S. 8° = Wirtschaftlich-soziale Weltfragen. H. 9. 3,— RM.

***Leibrock, Fr. O.: Bulgarien gestern und heute.** Berlin: VDI-Verl. (1938). XII, 175 S. mit 1 Kt. 8° = Technik u. Wirtschaft im Ausland. 6,75 RM.

***März, J.: Jugoslawien.** Probleme aus Raum, Volk und Wirtschaft. Mit e. Geleitw. v. K. Haushofer. [Mit] 10 Kt. u. 19 Bildern. Berlin: Deutscher Verl. f. Politik u. Wirtschaft 1938. 167 S. gr. 8°. Hlw. 5,80 RM.

Maull, O.: Einheit und Gliederung Südosteuropas. In: Leipziger Vierteljahrsschr. f. Südosteuropa. Jg. 1, 1938, 4. S. 3—20.

Meder, W.: Zwanzig Jahre Freistaat Estland. In: Osteuropa. Jg. 13, 1938, 5. S. 328—333. — Von d. liberalen zur autoritären Demokratie.

Mlaker, R.: Jugoslavien. Eine kurze wehrgeograph. Würdigung. In: Mittn d. Geograph. Ges. Wien. Bd 81, 1938, 1/2. S. 5—13.

Neumann, G. K. L.: Graubünden als Paßstaat und in seiner Bedeutung für die volksdeutsche Südgrenze. In: Geograph. Anz. Jg. 39, 1938, 5. S. 112—114.

***Pauser, F.: Spaniens Tor zum Mittelmeer und die katalanische Frage.** Mit 11 Kt. Leipzig u. Berlin: Teubner 1938. 71 S. 8° = Macht u. Erde. H. 9. 1,60 RM.

(Pfeil, E.): Zur Bevölkerungsfrage in England. In: Archiv f. Bevölkerungswiss. u. Bevölkerungspolitik. Jg. 8, 1938, 1. S. 62—67.

Piesold, W.: Katalonien. In: Zs. f. Politik. Bd 28, 1938, 2. S. 98—103.

Salvotti, T.: Das faschistische Italien im Mittelmeer. In: Wille u. Macht. Jg. 6, 1938, 5. S. 4—12.

Sattler, W.: Die deutschen Siedlungen in Slawonien. In: Auslandsdt. Volksforschung. Bd 2, 1938, 1. S. 72 bis 80.

***Schacht, H. H.: Das Judentum im „bolschewistischen Vorfeld".** Dortmund: Crüwell (1938). 45 S. 8°. 1,10 RM. — Über das Treiben d. Judentums im östl. u. südöstl. Raum.

Schmitz-Forst, J.: Luxemburg, Raum, Volk und Schicksal. In: Die Westmark. Jg. 5, 1938, 6. S. 285 bis 290.

***Schumacher, H.: Das neue Hellas.** Berlin: Stilke 1937. 206 S. gr. 8° = Schriftenreihe d. Preuß. Jahrbücher. H. 46. Lw. 5,50 RM.

Seraphim, H.-J.: Wirtschaftliche Nationalitätenkämpfe in Ostmitteleuropa. In: Leipziger Viertelsjahrsschr. f. Südosteuropa. Jg. 1, 1938, 4. S. 42—58.

Seraphim, P. H.: Umbau der inneren Gliederung Polens. In: Raumforschung u. Raumordnung. Jg. 2, 1938, 3. S. 132—139. — Bevölkerungspolit. u. wirtschaftl. Rückwirkungen für d. Westgebiete Polens.

***Siewert, W.: Der Ostseeraum.** Mit 9 Kt. Leipzig u. Berlin: Teubner 1938. 99 S. 8° = Macht u. Erde. H. 8. 1,80 RM.

***Srbik, H. von: Mitteleuropa.** Das Problem u. d. Versuche s. Lösung in d. dt. Geschichte. (Vortr. bei d. Jahresversammlg d.) Ges. f. rhein. Geschichtskunde. 2. Aufl. Weimar: Böhlau 1938. 42 S. 4°. 1,50 RM.

Stoye, J.: Der Einfluß des spanischen Bürgerkrieges auf die Politik Portugals. In: Zs. f. Politik. Bd 28, 1938, 2. S. 87—97.

***Stoye, J.: Spanien im Umbruch.** Die räumlichen u. geistigen Grundlagen d. span. Wirren. 2. durchges. u. erg. Aufl. Mit 9 Kt. Skizzen. Leipzig u. Berlin: Teubner 1938. 67 S. 8° = Macht u. Erde. H. 2. Kart. 1,40 RM.

Stoye, J.: Der politische Umbau in Franco-Spanien. In: Zs. f. Politik. Bd 28, 1938, 1. S. 19—31.

***Ungern-Sternberg, R. v.: Bevölkerungsverhältnisse in Frankreich.** Eine sozialbiolog. Studie. Berlin: R. Schoetz 1938. 147 S. mit Abb. gr. 8° = Veröffentlichungen aus d. Gebiete d. Volksgesundheitsdienstes. Bd 50, H. 8. 5,60 RM.

Ungern-Sternberg, R. von: Die Ursachen des Geburtenrückgangs im westeuropäischen Kulturkreis während des 19. und 20. Jahrhunderts. In: Archiv f. Bevölkerungswiss. u. Bevölkerungspolitik. Jg. 8, 1938, 1. S. 1—19. — Vortrag geh. a. d. Internat. Kongreß f. Bevölkerungswiss. Paris Juli 1937.

Die neue rumänische Verfassung und die Volksgruppenrechte. In: Nation u. Staat. Jg. 11, 1938, 6. S. 370 bis 380.

Wagner, P.: Ungarn einst und jetzt. In: Die höhere Schule. Jg. 16, 1938, 2. S. 38—47. — Ein politisch-geograph. Vergleich.

(Welsch, O.): Englands Werben um Portugal. In: Dt. Wehr. Jg. 42, 1938, 14. S. 210—211.

***Die Welt vor der Entscheidung.** Vom Kampf d. nation. Erneuerungsbewegungen Europas. (Vorw.: F. Volkmann.) München: Eher 1938. 151 S. mit Abb. kl. 8° = Kampfschriften d. Obersten SA-Führung. Bd 7. 1,— RM.

Welte, A.: Die wehrgeographische Struktur des deutsch-französischen Grenzraumes. In: Zs. f. Erdkunde. Jg. 6, 1938, 4. S. 129–150.

Asien

***Barckhausen, J.: Das gelbe Weltreich.** Lebensgeschichte einer Macht. (6.–9. Tsd.) Berlin: Schützen-Verl. [1938]. 291 S. 8°. 3,75 RM.; Lw. 4,50 RM.

Fochler-Hauke, G.: Die Mandschurei (mit Dschehol). (1927–1936.) In: Geograph. Jb. Jg. 53, 1938. S. 275–326. – XV. Bevölkerung, Siedlungsfragen u. Kolonisation. S. 308 ff.; XXII. Politik, Geopolitik u. Völkerrecht. S. 323 ff.

Haushofer, A.: Kulturboden und Volksdruck in Japan. In: Zs. d. Ges. f. Erdkunde Berlin. Jg. 1938, 1/2. S. 26–36.

***Haushofer, K.: Alt-Japan.** Werdegang v. d. Urzeit bis zur Großmacht-Schwelle [1868, Meiji]. Mit 8 Kt. Berlin, Leipzig: de Gruyter 1938. 126 S. kl. 8° = Sammlung Göschen. 1120. Lw. 1,62 RM.

Loeber, Irmgard: Hollands westindischer Kolonialbesitz. In: Dt. Kolonial-Dienst. Jg. 3, 1938, 2. S. 7–12.

Manthe, H.: Mandschukuo – Wall gegen Sowjetrußland. In: Wehrfront. Jg. 5, 1938, 6. S. 143–144.

***Passarge, S.: Geographische Völkerkunde.** Bd 5. Asien. Frankfurt a. M.: Diesterweg 1938. VIII, 140 S. gr. 8°. 4,50 RM.

Rahman, H.: „Dschihadistan" die friedlose Nordwestgrenze Indiens. In: Zs. f. Politik. Bd 28, 1938, 2. S. 121–125.

***Sorge, W.: Erlebtes Mandschukuo.** Die Jugend e. altneuen Kaiserreichs. Mit vielen Orig.-Photogr. u. 1 Kt. Berlin W 8 [Kronenstr. 36]: Kommodore Verl. (1938). 308 S., 24 Bl. Abb. 8°. Hlw. 8,20 RM.

Welsch, O.: Die wehrpolitische Lage im Nahen Orient und ihre gestaltenden Kräfte. In: Wissen u. Wehr. Jg. 1938, 2. S. 97–116.

Wilberg, E.: Wladiwostok und Mongolei. In: Osteuropa. Jg. 13, 1938, 5. S. 317–327. – Eine Betrachtung zum ostasiatischen Konflikt.

Zeck, H. F.: Nordische Elemente in Zentral- und Ostasien. In: Volk u. Rasse. Jg. 13, 1938, 4. S. 117–121.

Ehe wir seine grenzbildenden Einzelerscheinungen betrachten, möge zuerst das Meer als Ganzes in seiner verbindenden wie seiner scheidenden Kraft, lockend hinausglänzend, drohend herantobend vor uns hinfluten. Wir wollten gerade als Binnenländer von den planetarischen Erscheinungen immer die uns zunächst fernerliegenden, die Gegensätze unserer gewohnten Umwelt ins Auge fassen, ehe wir vertrauteren Bildern gegenüber versuchen werden, uns in Einzelheiten zu verlieren! Beim Meer als Ganzem aber, bei den ineinandergleitenden Ozeanen finden wir mit der fortschreitenden Entwicklung der Schiffahrt die Scheidekraft immer mehr von der vermittelnden, verbindenden Rolle überwogen: das Meer wird also als Grenze untauglicher, der Reiz der Ausdehnung darüber hinweg nimmt zu — die Schutzkraft ab. Nur ganz große Weiten erhalten sie noch.

Eine der schönsten großen geopolitischen Aufgaben ist eigentlich noch zu lösen: die Untersuchung des Hereinrückens zuerst der kleinen, dann immer größeren, zuletzt der größten Seeräume in die Geschichte . . .

Karl Haushofer in der Neuauflage von „Grenzen i ihrer geographischen und politischen Bedeutung" (Einleitung zu Abschnitt VI: Das Meer als Grenze). Das Werk erscheint im Spätsommer.

Dieser Ausgabe liegt bei den ständigen Beziehern das Inhaltsverzeichnis für den I. Halbjahresband, ferner liegen 8 Werbeblätter bei, die wir der freundlichen Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen: Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion, Potsdam für ihr Werk „Politische Weltkunde für den Deutschen"; Blut und Boden Verlag, Goslar für sein Werk „Bauern unterm Sowjetstern"; Deuerlich'sche Buchhandlung, Göttingen für ihre antiquarischen Werke mit günstigen Vorzugspreisen; Goldmann-Verlag für seine Neuerscheinungen; Verlag Grenze und Ausland, Berlin für sein Werk „Hilfsmittel volkspolitischer Erziehung"; Haack-Sparbleistift GmbH, Berlin für seine Haack-Sparstifte; Hans von Hugo Verlag, Berlin für sein Werk „Bodenreuth"; Kulmbacher Bierversand, Kurt Benker, Kulmbach für seine Biere.

Welt-Rundfunk

STÄNDIGE BEILAGE ZUR ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Schriftleitung: Dr. Kurt Wagenführ, Berlin

I. Jahrgang Juni 1938/Nr. 3

KURT WELLNER:

Ibero-Amerika im Brennpunkt der Kurzwellen-Richtstrahler

Die nachfolgenden Betrachtungen eines ausgezeichneten Kenners der Kurzwellenlage sind die erste eingehende Analyse des südamerikanischen Rundfunkraumes. Kartenentwurf vom Verfasser.

Der Kurzwellenrundfunk hat auch die überseeische Welt stärker und vor allem schneller als je zuvor in den Prozeß der Weltmeinungsbildung eingeschaltet. Während früher nur der Telegraph und das Telephon spielten und den Zeitungslesern die Möglichkeit gaben, sich ein — durch die Brille einer bestimmten Nachrichtenagentur gesehenes — Bild des Weltgeschehens zu machen, bietet der heute von fast allen Ländern betriebene Rundfunk auf kurzen Wellen jedem die Möglichkeit, an Stelle des sozusagen eindimensionalen Pressebildes eine plastische Vorstellung zu gewinnen. Der Rundfunk beschränkt sich ja nicht auf die Wiedergabe von Nachrichten — er bringt darüber hinaus Musik, Unterhaltung, Interviews, Vorträge, kurz, er bietet ein ziemlich allseitiges Hörbild der sendenden Nation. Man braucht heute nur den Lautsprecher einzuschalten, um tatsächlich die Stimmen der Völker zu hören.

Diese Entwicklung im Kurzwellenrundfunk beschäftigt in letzter Zeit immer lebhafter die Presse und auch die Regierungen. Meist wird der Gegenstand dabei in Ländern, denen diese breite Möglichkeit einer Unterrichtung der Weltöffentlichkeit unbequem ist, unter den sensationellsten Schlagworten wie „Krieg im Äther", „Kurzwellengift", „Propaganda-Offensive" usw. behandelt. Erstaunlicherweise erfolgt das gerade in den sogenannten Demokratien, wie z. B. in den Vereinigten Staaten, den Britischen Dominien usw., die ja doch gerade für die Freiheit des Wortes, der Presse und des Äthers eintreten.

Dem gegenüber muß einmal gesagt werden, daß jedes Volk nicht nur ein Recht, sondern sogar die Pflicht hat, sich und seine Art so weit wie möglich auch im Rundfunk in einer Weise vorzustellen, die auch dem Ausland verständlich ist.

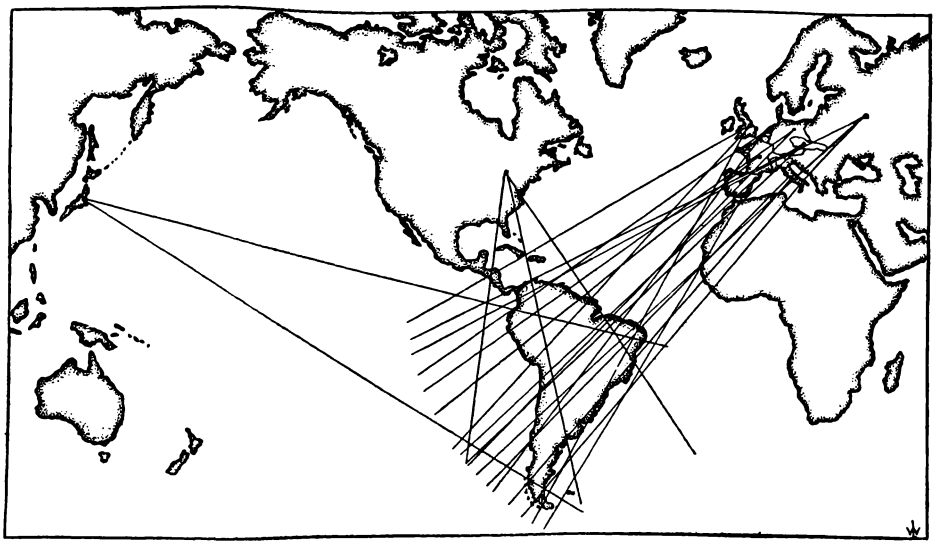
Es läßt sich um so weniger dagegen einwenden, als diese „Propaganda" fast durchweg mit positiven Mitteln arbeitet, und wenn man von den Kurzwellensendungen Moskaus und Rotspaniens absieht, nicht andere Völker verunglimpft,

sondern bemüht ist, der Welt eine klare kulturelle Selbstdarstellung des eigenen Landes zu bieten. Außerdem ist ja niemand verpflichtet, sich Sendungen dieser Art, die noch dazu gratis geboten werden, anzuhören.

Durch die Einführung der Richtstrahler haben sich bestimmte Kurzwellenräume herausgebildet, die die besonderen, durch diese Wellenart ermöglichten Zielsetzungen deutlich veranschaulichen. Da ist einmal das Ziel, eine Verbindung zwischen Mutterland und überseeischem Kolonialreich zu schaffen, wofür z. B. Daventry, der britische Empire-Rundfunk, der holländische Kolonialrundfunk der Phohi und der französische Kolonialrundfunk typisch sind, wobei letzterer allerdings durch die kürzliche Änderung seines Namens von „Radio Colonial" in „Radio Mondial" eine Erweiterung seiner Zielsetzung andeutet. Da ist der Deutsche Kurzwellensender in Zeesen mit seiner Sonderaufgabe, eine Brücke zur Heimat für die Millionen in Übersee lebenden Auslandsdeutschen und Volksdeutschen zu sein, Aufgaben, wie sie in engerem Maßstabe auch vom Kurzwellenrundfunk Italiens, Japans und einiger anderer Länder verfolgt werden. Da ist weiter die Pflege der kulturellen Zusammengehörigkeit eines Raumes, dessen frühere Bindungen kolonialer Art erloschen sind, wie z. B. im Falle des Südamerika-Rundfunks Spaniens und Portugals.

Die Richtstrahler und die neben ihnen vielfach noch immer verwendeten Rundstrahler der Kurzwellensender der Welt tasten heute von ihren Standorten aus den ganzen Erdball ab, und ihre Wellenkegel überschneiden sich in vielen Brennpunkten mit mehr oder weniger großer Dichte. Nordamerika, Südafrika, Australien und Neuseeland, der Orient und der Ferne Osten sind solche Gebiete, die grell im Scheinwerferlicht des Weltrundfunks liegen. Derjenige Raum, auf dem sich seit etwa Jahresfrist, und zwar durch das Eingreifen der Vereinigten Staaten die Kurzwellen-Richtstrahler am stärksten konzentrieren, ist aber heute wohl Iberoamerika, von Mexiko bis zum Kap Horn. Die Nachfahren der Inkas und der spanischen Conquistadoren brauchen heute nur ihre Lautsprecher einzuschalten — und die gibt es dort in rund 2,5 Millionen Exemplaren — um zu jeder beliebigen Zeit aus aller Herren Länder eine Flut von Tönen und Worten in fremden, aber vor allem auch in den eigenen Sprachen auf sich einstürmen zu lassen. Wir nennen nur diejenigen Länder, die einen Sonder-Kurzwellendienst mit Richtstrahlern und einem besonderen Programm für Südamerika eingerichtet haben:

USA, die aus 5 verschiedenen Senderstandorten mit einer Energie von 6—35 kW auf 17 Wellen täglich 46 Stunden Sonderprogramme für Iberoamerika senden; Großbritannien, das seine Empire-Sender mit 50 kW auf 5 Wellen für 7 Programmstunden einsetzt; Frankreich, das von Pontoise und Essarts-le-Roi mit 12 bzw. 25 kW auf 6 Wellen 7 Stunden arbeitet; Deutschland aus Zeesen mit 40 kW, 6 Wellen und 9 Stunden; Italien mit 2 RO Rom, 25 kW, 2 Wellen, 1 Stunde 45 Minuten; Japan aus Tokio mit 50 kW auf 2 Wellen täglich 1 Stunde; aus den Niederlanden Eindhoven mit 60 kW auf 1 Welle bis zu 3 Stunden 15 Minuten; die Tschechoslowakei mit Prag, 30 kW, 2 Wellen, 2 Stunden 30 Minuten; aus Portugal die Emissora Nacional in Lissabon 5 kW, deren Welle 6 Stunden hörbar ist; Nationalspanien führt mindestens 3 Sender mit 6stündigem Programm ins



Treffen, während Rotspanien ebenfalls 2 Sender mindestens mit 20 kW und 4 stündigem Programm einsetzt.

Außer den Sendungen dieser 11 Länder, die mit Richtstrahlern arbeiten, werden auch noch spanische und portugiesische Programme, die ebenfalls in Südamerika hörbar sind, durch Rundstrahler verbreitet, wie z. B. von Moskau, das etwa 4 Stunden sendet, und schließlich auch noch von den zahllosen, wenn auch meist nur schwachen Kurzwellensendern der iberoamerikanischen Länder selbst.

Kaum ein anderes Gebiet ist so dicht mit Auslandsrundfunk überzogen, wie dieser Kontinent. Warum nun dieser allgemeine Wettbewerb um das Ohr Ibero-Amerikas?

Iberoamerika mit seinen 120 Millionen Menschen und 20 Republiken ist von allen überseeischen Räumen abendländischer Kultur zweifellos derjenige, der heute noch am unabhängigsten dasteht, und zu keinem der großen Weltkonzerne gehört, in die die Überseewelt sonst eingegliedert ist. Es ist keine Kolonie. Das einstige Mutterland, Spanien und Portugal, hat sogar den Einfluß verloren, der sich sonst aus der Gemeinsamkeit der Sprache ganz von selbst erhält. Trotz der Monroe-Doktrin und des Panamerikanismus ist der Kontinent weder außen- noch innenpolitisch festgelegt. Die Regierungsformen und das Regierungsideal sind durchaus schwankend. Es ist weiter ein Land großen Reichtums, mit Rohstoffen und Bodenschätzen, die zum Teil nicht nur unerschlossen, sondern sogar noch unerforscht sind. Zu all dem kommt auf der andern Seite die Vielfältigkeit und Intensität der Beziehungen, die Iberoamerika mit einer Reihe von Ländern in aller Welt verknüpfen: geschichtlich mit der iberischen Halbinsel; völkisch, außer mit dieser, vor allem mit Deutschland, Italien, und neuerdings auch Japan. Rund 1,5 Millionen Menschen deutschen Stammes leben in Süd- und Mittelamerika, davon rund 800 000 allein in Brasilien. Italienischen Ursprungs sind in Brasilien und

Argentinien je 35% und in Uruguay 30% der Bevölkerung, während die Zahl der Japaner in Brasilien auf 500 000, in Peru auf 50 000 geschätzt wird und auch in Paraguay erheblich ist. In wirtschaftlicher Hinsicht ist seit dem Kriege der Güteraustausch mit den Vereinigten Staaten an die Spitze getreten, aber kapitalmäßig besteht nach wie vor eine sehr starke Bindung an England, während in technischer Beziehung Deutschland vielfach führend ist, vor allem auf dem Gebiet der Entwicklung des Luftverkehrs. Es ist daher keineswegs erstaunlich, daß zur Pflege dieser Beziehungen sowohl zu den Angehörigen des eigenen Volkstums, wie auch zu allen anderen Iberoamerikanern, seit die Kurzwelle die Möglichkeit gab, Entfernungen, wie die zwischen Europa und Südamerika zu überbrücken, auch der Rundfunk immer stärker zum Einsatz kam, und zwar nicht nur mit Sendungen in der Sprache des sendenden Landes, sondern auch in den beiden großen Verkehrssprachen Iberoamerikas: Portugiesisch für Brasilien und Spanisch für alle anderen Republiken.

Iberoamerika ist rundfunkmäßig ein stark aufstrebendes Land, und der Rundfunk hat hier eine um so größere Bedeutung, als er — eine noch nie dagewesene Situation — der moderne Zeitgenosse der noch nicht überwundenen Pionierepoche eines Kontinents ist. In den Cafés, entlang zum Teil noch ungepflasterter Straßen, auf den Plätzen noch unfertiger Städte tönen aus den Lautsprechern Musik und Stimmen der älteren Welt. Selbst in den Autobussen, wie z. B. in Guayaquil, gibt es Lautsprecher. Der Rundfunk erreicht alle, die sonst isoliert wären. Für die Beliebtheit dieser Überseeprogramme sprechen ihre Auswirkung und ihr Echo. Man schätzt vor allem den Nachrichtendienst, der von allen Richtstrahlern mehrmals täglich gesendet wird. Man schätzt aber auch die künstlerischen Kräfte, die drüben nicht in dem Maße zur Verfügung stehen, denn gerade die hohe musikalische Kultur und der Geschmack an klassischer und symphonischer Musik sind für Südamerika bezeichnend.

Die Europaprogramme bringen einen Querschnitt durch alles, was die Alte Welt zu bieten vermag, mit besonderer Betonung solcher Sendungen, die der Pflege freundschaftlicher Beziehungen von Volk zu Volk dienen, wie z. B. Sendungen anläßlich nationaler Feiertage, Feste oder Gedenktage im Empfangslande, Sendungen, bei denen in Europa weilende iberoamerikanische Künstler, Diplomaten und führende Persönlichkeiten mitwirken.

Insbesondere der Deutsche Kurzwellensender, der bereits Anfang 1934 als einer der ersten ein Südamerika-Programm schuf, hat hier Bahnbrechendes geleistet und ein Vorbild dafür geschaffen, wie man internationale Freundschaften zu pflegen vermag, nicht durch Angriffe gegen Dritte, sondern durch ruhige, sachliche Offenbarung eigenen Wesens, Könnens und Wollens.

Trotzdem sind diese Bestrebungen häufigen Mißdeutungen ausgesetzt. Sie haben in den um Iberoamerika bemühten angelsächsischen Ländern offenbar nicht nur die Furcht ausgelöst, dort rundfunkmäßig ins Hintertreffen zu geraten, sondern ihrem in letzter Zeit mit großer Energie aufgebauten Richtstrahldienst nach Südamerika bedauerlicherweise dadurch auch einen falschen Start gegeben, daß dieser Dienst gewissermaßen im Zeichen einer Kampfansage gegen die Südamerika-

dienste Deutschlands, Japans und vor allem Italiens aufgezogen wurde. Man scheint diesen „non-democratic and non-American countries" ohne weiteres zuzutrauen, daß sie, wie weiland der Rattenfänger von Hameln, mit ihren Rundfunkprogrammen imstande wären, die armen Südamerikaner in die Finsternis der Diktaturen zu verlocken. Dieser Kampfton zeigt sich aber zunächst mehr in den Begleitkommentaren der angelsächsischen Presse als — wie man objektiverweise feststellen muß — im Inhalt der Rundfunksendungen selbst.

Dieses Eingreifen Englands und Amerikas erfolgte nach sehr sorgfältigen Studien der Rundfunklage. Ihre Ergebnisse, die zum Teil der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind, vermitteln zugleich ein interessantes Bild der Auswirkungen und des Erfolges, die der Richtstrahl-Rundfunk in einem ganzen Kontinent haben kann. Der britische Richtstrahldienst nach Südamerika in spanischer und portugiesischer Sprache, der am 15. März 1938 eröffnet wurde und mit der Welle GSB auf 31,55 m, die doppelt eingesetzt wird, arbeitet, fußt auf den Erfahrungen, die der New Yorker Vertreter der BBC (British Broadcasting Corporation) in Südamerika gesammelt und in einem Bericht dem Parlament vorgelegt hat. Dieses Sonderprogramm dauert 1 Stunde, von 2—3 Uhr MEZ., wobei von 2.30—3 Uhr MEZ. Nachrichten gesendet werden. Außerdem wird aber auch noch ein großer Teil der sonstigen nach Amerika gerichteten Sendungen von Daventry in Südamerika gut empfangen. Wie planmäßig und weitblickend die BBC diesen Dienst ausgestaltet, geht schon daraus hervor, daß sie nicht nur spanische und portugiesische Sprecher, sondern auch Nachrichtenredakteure und vor allem Propagandisten für die Pflege der Beziehungen zwischen Sender und Hörer (Public Relations Officers) in großer Zahl eingestellt hat. Das ist aber nur ein Anfang. Zwei neue Sender mit je 100 kW sind im Bau und werden Anfang 1939 für die Erweiterung dieses Dienstes zur Verfügung stehen.

Noch eingehender und umfassender waren Vorbereitung und Aufbau des amerikanischen Südamerikadienstes. Bereits seit Anfang 1937 sammelte das State Department in Washington Material über die Auswirkungen des europäischen Rundfunks in den Ländern jenseits des Rio Grande. Außerdem aber haben zahlreiche führende Persönlichkeiten des amerikanischen Rundfunks sowohl als der Öffentlichkeit die Lage an Ort und Stelle studiert. Ich nenne nur den Programmdirektor der NBC (National Broadcasting Company), John F. Royal, den Berater des Präsidenten der General Electric Company, William van Bergen van Dyk, den Leiter des Institutes of International Education, Prof. Duggan, und den Leiter der journalistischen Abteilung der Columbia University, Karl W. Ackermann. Hinzu kommen die umfassenden systematischen Studien des in Washington für die Pflege der Beziehungen zwischen Nord- und Südamerika bestehenden Pan-American Institute. Aus all dem ergaben sich unter anderem folgende Feststellungen, die, wie die New York Times vom 12. Februar 1938 schreibt, sowohl das State Department wie auch das Department of Commerce mit „ernster Sorge" erfüllen:

1. Der Außenhandel Südamerikas ändert in direkter Folge des Rundfunks seine Richtung, vor allem in dem Nachbarland Mexiko. Die Rohstoffe fließen immer stärker nach Europa und Japan, während die Ausfuhr deutscher, italienischer und japanischer Erzeugnisse nach Südamerika steigt.

2. Die Kapital-Investierungen (England und USA haben zusammen in Südamerika ca. 5 Milliarden Dollar angelegt) scheinen nicht mehr sicher, wobei als Beispiel nur auf den derzeitigen Streit wegen der Enteignung der englischen und amerikanischen Ölgesellschaften in Mexiko hingewiesen zu werden braucht.

3. Die weltanschauliche Lage ist unsicher geworden und beeinflußt damit auch die politische Situation. Der geistige Einfluß des „Faschismus" ist, vor allem in Brasilien, gewachsen und hat eine Entfremdung gegenüber den USA und ein Schwinden des Verständnisses für sie zur Folge gehabt. Wo die USA-Presse zumeist von Streiks und Verbrechen berichtet, kann es nicht wundernehmen, daß die von den Richtstrahlern der Diktaturländer verbreiteten Berichte über Ruhe, Ordnung und Aufbau ihre Wirkung nicht verfehlen.

In seinen Einzelheiten besonders interessant ist ein auf Grund von Umfragen der Handelsattachés zusammengestellter Bericht des Leiters der Elektrowirtschaftlichen Abteilung des Department of Commerce, John H. Payne, vom 19. Oktober 1937. Demnach ist der europäische Richtstrahl-Rundfunk überall in Iberoamerika ausgezeichnet zu hören, ja z. T. übertönt er sogar den Ortsrundfunk.

An erster Stelle, sowohl was die Empfangsqualität wie die Beliebtheit der Programme anlangt, stand dabei in Brasilien, Argentinien, Chile, Columbien, Mexiko, Peru, Venezuela und Panama der Deutsche Kurzwellensender, an zweiter Stelle England. Nur in Cuba und Guatemala war dieses Verhältnis umgekehrt.

Überall aber wurde der USA-Rundfunk nur schlecht empfangen (von seinen 12 Kurzwellensendern wurden meist nur 2 gehört) und stand in weitem Abstand an dritter Stelle. Besonderer Beliebtheit erfreuten sich die iberoamerikanischen Sonderprogramme und Nachrichtensendungen Deutschlands, wobei namentlich die sachliche Berichterstattung aus Spanien ihm viel Freunde erworben hat. Aber auch sonst ist der Einfluß Deutschlands im iberoamerikanischen Rundfunk groß, wie z. B. durch den Programmaustausch mit den Ortssendern, Schallplattenlieferung, Pflege deutscher Musik im südamerikanischen Rundfunk, Senderbau usw., wenn auch hier überall die USA, die ja auch an vielen südamerikanischen Sendern finanziell beteiligt sind, noch die Führung haben. Der Bericht fordert sofortige Gegenmaßnahmen, und zwar: Richtantennen, Sendungen auf Spanisch und Portugiesisch, mehr Sender, Energie und Wellen, mehr seriöse Musik, um die USA vor noch stärkerer Ausschaltung zu bewahren.

Zu diesen Ergebnissen kam noch eine andere, die USA mit Sorge erfüllende und die Monroe-Doktrin erschütternde Erkenntnis. Argentinien und Brasilien, die beiden führenden Länder Südamerikas, sind heute nicht nur rundfunkmäßig, sondern auch verkehrsmäßig näher an Europa als an die Vereinigten Staaten gerückt. Nicht nur, daß die schönsten Luxusdampfer der Südamerikalinien die deutsche Flagge führen, — man fährt auch heute von Buenos Aires nach New York schneller über Southampton, als auf direktem Wege mit einer amerikanischen Linie. Die Post von Europa ist schneller als die von New York, und auch der Reiseverkehr mit Europa ist viel reger und stärker als mit USA. Es wird daher immer schwieriger, die beliebte Fiktion von der Zusammengehörigkeit der „Amerikas" aufrechtzuerhalten.

Das alles veranlaßte, daß sowohl die Regierung wie die Privatinitiative seit etwa einem Jahr fieberhaft tätig sind mit dem Ziel, nicht nur den Vorsprung der anderen aufzuholen, sondern alle europäischen Rundfunkländer in Südamerika zu überflügeln. Da der Rundfunk in Amerika kein öffentlicher Dienst, sondern eine Großindustrie ist, so war dazu schon ein gewisser Druck, und die krasse Schilderung einer Gefahr nötig. Die Lizenzen der amerikanischen Kurzwellensender gestatten es ihnen nicht, ihre Programme mit Reklamesendungen zu finanzieren, so daß der Kurzwellendienst nach Südamerika ein reines Verlustgeschäft ist. Man stand daher zunächst einmal vor der entscheidenden Frage, ob die „Rundfunkindustrie" diesen Dienst aus patriotischen Gründen aufziehen sollte oder ob man das der Regierung selbst überlassen sollte. Ein von Roosevelt eingesetzter Ausschuß hat sich eingehend mit allen Fragen des Auslandsrundfunks beschäftigt und sich dabei für den ersteren Weg entschieden.

Die Industrie vermied damit einen Einbruch der Regierung auch in den Rundfunk, und behält die Karten, deren Trümpfe noch nicht erkennbar sind, in der Hand.

Allerdings hat die Regierung im Innenministerium zwei eigene Senderäume für panamerikanische Programme eingerichtet und die Verteilung ihrer panamerikanischen Frequenzen an gewisse Bedingungen geknüpft, u. a. enge Programmzusammenarbeit mit der Pan-America Union und eine täglich mindestens dreistündige Benutzung der Wellen.

Träger des fremdsprachlichen Richtstrahl-Rundfunks der USA nach Iberoamerika sind also die großen Rundfunkgesellschaften, vor allem die NBC, die ihre seit 1936 auf diesem Gebiet betriebenen Experimente am 26. Juli 1937 zu einem regulären Dienst ausbaute, wobei Richtstrahler nicht nur nach dem Süden, sondern auch nach Europa eingesetzt wurden, und in 6 Sprachen gesendet wird. Die „NBC from Coast-to-Coast" hat sich in eine „NBC around-the-world" verwandelt. Das Schwergewicht ruht aber auf dem Südamerikadienst. Die NBC verfügt dafür über drei Richtstrahl-Anlagen:

1. Die International Broadcasting Station W3XAL in Bound Brook bei New York, die mit einer Energie von 15—35 kW 8 Stunden täglich, von 23.00—7.00 Uhr MEZ., auf den Wellen 16,87 und 49,18 m nach Südamerika sendet. Zwei neue 25-kW-Sender mit vier noch schärfer gebündelten Richtantennen sind hier bereits errichtet und werden demnächst in Betrieb genommen.

2. Die beiden GEC-Sender W2XAD und W2XAF in Schenectady bei New York, die mit 18 bzw. 25 kW auf den Wellen 13,93, 19,56 und 31,48 m von 13.00 bis 17.00 Uhr und 23.00—4.00 Uhr MEZ. 9 Stunden Programm senden. Für den Sender W2XAD hat die NBC außerdem im März 1938 von der FCC (der Bundes-Radiobehörde) als weitere Kampfmaßnahme zwei der auf der Panamerikanischen Konferenz in Montevideo 1933 für den Programmaustausch zurückgestellten fünf panamerikanischen Kurzwellen erhalten und die Erlaubnis, die Sendeenergie auf 100 kW zu erhöhen. Eine solche ungewöhnlich hohe Energie ist insofern auch erforderlich, als die USA im Vergleich mit Europa, Südamerika gegenüber richtstrahlmäßig in einer ungünstigeren geographischen Lage ist. Die Richtstrahler müssen entweder so scharf gebündelt sein, daß sie nur einen kleinen Teil des Kon-

tinents erfassen, oder die Streuung ist so groß, daß der wesentliche mittlere und südliche Teil Südamerikas nicht mehr ausreichenden Empfang hat. Schenectady hat daher z. B. auch eine Gabelung seiner Richtstrahler vorgenommen, und während W2XAD Brasilien mit portugiesischen Sendungen bedient, betreut W2XAF die spanische Westhälfte des Kontinents. Um die gleiche Wirkung zu erzielen wie die europäischen Richtstrahler, müssen die USA-Richtstrahler etwa die vierfache Sendeenergie aufwenden. Auch in Schenectady ist ein weiterer Ausbau im Gang; man spricht von zwei neuen Richtstrahlern mit je 100 kW.

3. W8XK Pittsburgh mit 6—28 kW auf den Wellen 13,93, 19,72, 25,26, 48,83 m, das von 11.45—6.00 Uhr MEZ ca. 18 Stunden sendet. Die Fremdsprachen- und Auslandsabteilung der NBC, die unter Leitung ihres Vizepräsidenten Frank E. Mason steht, hat einen gewaltigen Aufschwung genommen. Während im Juli 1937 nur 174 Auslandsprogramme hinausgingen, betrug diese Zahl im ersten Vierteljahr 1938 durchschnittlich 550 im Monat. Die Gesellschaft gibt auch fremdsprachliche Programmschriften heraus, für deren Verbreitung im Ausland die amerikanischen Handelsattachés eingesetzt werden. Auf einer im April 1938 in New York veranstalteten Tagung, die dem Thema „Kurzwellenrundfunk als Mittler besserer interamerikanischer Beziehungen" gewidmet war und an der außer den Vertretern der Rundfunkgesellschaften die Generalkonsule 17 iberoamerikanischer Länder und 150 Fachleute auf dem Gebiet der Pflege dieser Beziehungen teilnahmen, hielt Mr. Mason das Hauptreferat.

Die zweite große Sendegesellschaft, das CBS (Columbia Broadcasting System) hat ihren Südamerikadienst bereits am 15. Juli 1937 begonnen. Sie verfügt über den Sender W2XE in Wayne bei New York, der eine Sendeenergie von 10 kW hat und auf den Wellen 25,36 und 49,36 m von 23.30—5.30 Uhr MEZ 6 Stunden arbeitet. Auch die dritte der Netzwerk-Gesellschaften, die Mutual Broadcasting Company, erscheint mit einem neuen Richtstrahler, W2XJI, auf dem Plan, und schließlich muß auch noch die World Wide Broadcasting Foundation in Boston mit ihrem Sender W1XAL erwähnt werden, der von der FCC die beiden anderen panamerikanischen Frequenzen für den Ausbau ihres Südamerikadienstes erhielt und von der Pan-American Union für ihre Freitagsprogramme benutzt wird. Diese Programme haben dadurch eine besondere Resonanz, als sie von den Sendern sechs südamerikanischer Staaten übernommen werden und als auch Schallaufnahmen davon für spätere Verwendung hergestellt und verbreitet werden. W1XAL benutzt 5 Wellen und sendet qa. 7 Stunden. Man spricht davon, daß auch noch in San Diego (Kalifornien) ein großer Richtstrahler für Südamerika errichtet werden soll.

Außer diesen Richtstrahlsendern verfügt der amerikanische Rundfunk noch über eine große Anzahl etwa 10 kW starker Rundstrahl-Kurzwellensender, u. a. in Philadelphia, Cincinnati, Chicago, die auch für Auslandssendungen einsetzbar sind. Nach Südafrika arbeitet außerdem der Richtstrahler W1XK, Boston, und für den Fernen Osten ist ein Großsender in Belmonte bei San Francisco im Bau.

Diese Sender werben nun täglich um den iberoamerikanischen Hörer, wobei der Programmgestaltung große Bedeutung beigemessen wird. An erster Stelle stehen Nachrichten. Die besten Programme der Inlandnetzwerke werden übertragen,

wie z. B. die Sinfoniekonzerte mit Toscanini und die Sendungen aus der Metropolitan Opera. Immer mehr aber geht man dazu über, eigene Auslandsprogramme zu schaffen, wobei auf die großen Erfahrungen und das reiche Material des Pan American Institute für die Ausgestaltung von Sondersendungen, Freundschaftsveranstaltungen usw. zurückgegriffen werden kann. Die Fest- und Feiertage Iberoamerikas finden ausgiebige Berücksichtigung. Künstler und Besucher von dort werden herangezogen. Bezeichnend für die Entwicklungsrichtung dieser Programmgestaltung sind zwei Reihenveranstaltungen der NBC und der CBS, die beide gleichzeitig am 8. Mai 1938 begannen: die Vortragsserie, die der NBC-Reporter Linton Wells von einer vier Monate dauernden Reise durch Südamerika bringt, und die CBS-Reihe „Economic Co-operation in the Americas". Die Reihe wurde von einer, vom Staatssekretär Hull verlesenen Botschaft des Präsidenten Roosevelt eröffnet, und es sprachen außerdem die Außenminister elf iberoamerikanischer Länder und die Washingtoner Gesandten der neun anderen Staaten. Überhaupt ist für diese Sendungen bezeichnend, daß sie unter vielfacher Teilnahme höchst offizieller Persönlichkeiten, wie Hull, des Leiters der Lateinamerikanischen Abteilung des State Department, L. Duggan, Diplomaten, Außenminister usw. stattfinden. Interessant ist auch noch die NBC-Sendereihe „The New World salutes the Old", die den Zweck hat, nicht nur Europa mit Amerika, sondern auch die einzelnen iberoamerikanischen Länder untereinander mehr bekanntzumachen, und zwar auf dem Wege über die USA. Spezialprogramme dieser Art gibt es mindestens einmal täglich.

Dieser gewaltige Aufmarsch des angelsächsischen, insbesondere des amerikanischen Rundfunks, der aber nur ein Anfang ist im Kampf um die Geister Südamerikas, hat der Rundfunklage in diesem Raum ein neues Gesicht gegeben und eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses angebahnt.

Die Vereinigten Staaten haben damit den Kampf um die Erhaltung ihres Einflusses und um die Durchsetzung der Monroe-Doktrin auch im Äther aufgenommen.

Man kann der weiteren Entwicklung dieses Sängerkrieges des 20. Jahrhunderts, wenn er in fairer Weise geführt wird, ruhig entgegensehen. Die Völker Iberoamerikas sind mündig. „Demokratie gegen Diktatur", „Europa gegen Pan-Amerika", „Angelsachsentum gegen andersvölkische Einflüsse" — so viel Schlagworte, so viel Mißverständnisse! Das für uns wesentliche aber ist, daß hier im Kampf um die Orientierung eines ganzen Kontinents der Rundfunk mit seinen modernsten Mitteln berufen ist, eine führende Rolle zu spielen und nicht nur dem „good neighbor", sondern allen Völkern eine früher nie geahnte Möglichkeit des Einsatzes ihrer Mitarbeit und ihrer Kräfte für die Entfaltung eines Erdteils, dem die Zukunft gehört, gibt. Daß das keine „Gefahr" sein kann, wird von den davon betroffenen Hörern selbst immer wieder bestätigt und auch die amerikanische Presse wird gut daran tun, diese Entwicklung besser unter dem Gesichtspunkt zu sehen, den Staatssekretär Hull bei der Eröffnung der Südamerika-Sendungen von WIXAL mit den Worten andeutete, daß „wir noch kaum begonnen haben, die Möglichkeit auch nur zu ahnen, die der Rundfunk als Faktor auf dem Gebiet der Pflege freundschaftlicher internationaler Beziehungen und gegenseitigen Sichverstehens der Völker eröffnet."

KURT VON STEINITZ:
Rundfunksender in Südamerika

Nach einer Reise durch ganz Südamerika gibt der Verfasser einen allgemeinen Überblick über seine Eindrücke vom Rundfunkwesen, die wir durch einige statische Angaben ergänzen.

Die Organisation des Rundfunks in Südamerika ist grundverschieden von Europa. Mit wenigen Ausnahmen sind die Sender in den Händen von Privatpersonen, die natürlich weniger erzieherische oder national-propagandistische Ziele verfolgen, sondern den Wunsch haben, ihr „Unternehmen" gewinnbringend zu führen. Nur dort, wo die Zahl der örtlichen Sender sehr groß ist — es gibt z. B. in Buenos Aires etwa 30, in Montevideo etwa 20 Stationen —, werden von den Sendereigentümern auch wertvolle Programme gesendet, während sonst fast den ganzen Tag über Tangos, Cariocas und Rumbas zu hören sind.

So erfreulich nun die leichte Musik, die mit viel Schwung und sehr rhythmisch vorgetragen wird, für die Abende ist, an denen man sie nach der aufreibenden Arbeit in oft unerträglich heißem Klima als Begleiterscheinung zur Zeitungslektüre oder zum Glas Whisky genießt, auf die Dauer ist besonders für den Europäer diese Art Kunstgenuß problematisch. Er kann nämlich den Reklamedurchsprüchen nicht entgehen, die sich immer wieder in das Programm einfügen und zu einer Plage werden können. Abgesehen von dem Inhalt, der natürlich nicht jeden Hörer interessiert, hetzt der Sprecher seine Anzeigen in höchster Eile herunter, denn bei der Lizenzvergabe für einen Rundfunksender wird die Zeit, die für Reklamesendungen verwandt werden darf, genau vorgeschrieben. Der Sendereigentümer ist naturgemäß glücklich, wenn er möglichst viel „Zeit" verkauft hat; es kommt vor, daß gute Sendestationen bereits für die Dauer eines Jahres ihre Reklamesendezeit fest vergeben haben. Industrie und Handel leiten ihre Anzeigen aus Gründen der Wirksamkeit natürlich an die Sender, die gern gehört werden. Von den 30 Sendern in Buenos Aires hört das breite Publikum im allgemeinen nicht mehr als vier. Bei diesen vier Sendern kostet dann die Anzeige ein Vielfaches des sonst üblichen Tarifes, sie gelangt aber auch mit großer Sicherheit an die Hörer.

Man kann sich manche Rundfunksender in Südamerika und vor allem ihre Studios nicht primitiv genug vorstellen. Der Sender ist in der Regel wenige 100 Watt, maximal aber 3—5 kW stark, denn alle fangen klein an und vergrößern bei gutem Geschäft langsam die Sendestärke. Das Studio ist zuerst vielfach ein gewöhnliches Zimmer, vorzugsweise im höchsten Stock eines Hauses. Die Programme dieser Stationen bestehen schätzungsweise zu 80—90% aus Schallplatten. Deshalb verfügen auch kleine Sender über ein Plattenlager von 2—3000 Stück. Neben den amerikanischen erfreuen sich deutsche Platten großer Beliebtheit. Bei einigen Sendern ist mit Liebe und Fleiß das Lager in bester Ordnung gehalten, und man findet sogar Karteien, wie sie nirgends besser geführt werden könnten. Neben diesen Plattensendungen gibt es am Abend bisweilen Konzerte, zu denen sich für recht niedrige Honorare die Musiker des Ortes oder Amateursänger usw. zur Verfügung stellen. Eine wichtige Rolle spielt natürlich der Nachrichtendienst.

Die Regierungen vergeben die Lizenzen, die Sendegenehmigungen an Privatleute auf eine bestimmte Zeitdauer nur über eine mehr oder minder starke Kontrolle

über die vorschriftsmäßige technische Einrichtung der Stationen, zum Teil auch über den Sendungsinhalt aus. Verschiedentlich bestehen staatseigene Sender, desgleichen Provinzial- oder städtische Stationen, die Instruktionen für die Verwaltungsdienststellen geben und auch hygienische und landwirtschaftliche Ratschläge für die Bevölkerung. Mit der Zeit werden auch in Südamerika Verstaatlichungsbestrebungen an Boden gewinnen. Man hält heute schon mit der Ausgabe neuer Lizenzen zurück, und hier und dort entstehen neue staatliche Sender, die durch eine größere Sendestärke die privaten Sendestationen auf die Zeiten zurückdrängen, in denen der Regierungssender schweigt.

Jährlicher Gesamt-Apparate-Umsatz

Brasilien	100000 Stück	Dominikanische Republik	1200 Stück
Argentinien	150000	Republik Haiti	600
Uruguay	20000	Jamaica	1500
Paraguay	800	Kuba und Portorico	40000
Chile	15000	Republik Panama	3500
Bolivien	800	Kostarika	2000
Peru	20000	Nikaragua	500
Ekuador	1500	Honduras	1000
Kolumbien	20000	San Salvador	1000
Venezuela .	15000	Guatemala	2500
Curacao	800	Mexico	100000
Trinidad	700	Restliche Länder	1600 „
			500000 Stück

Hans Muth (Rio de Janeiro): Rundfunk in Brasilien

Der Verfasser lebt seit langen Jahren in Brasilien und ist ein besonderer Kenner der rundfunkwirtschaftlichen Verhältnisse des Landes.

Brasilien ist eines der Länder, die sich rühmen können, bereits zu einer Zeit Rundfunksendungen durchgeführt zu haben, in der man in anderen Ländern den Rundfunk nur vom Hörensagen kannte. In Rio de Janeiro wurde schon im Jahre 1922 gelegentlich der Jahrhundertfeier ein (Western Standard) Sender von etwa 500 Watt Antennenkreisleistung auf dem bekannten eigenartigen Berg, dem Corcovado, aufgestellt. Der unmittelbare Einfluß Nordamerikas brachte es mit sich, daß bald eine größere Anzahl von Privatpersonen neben den Kurzwellenamateuren sich auch der Rundfunksende- und Empfangstechnik widmeten.

Bereits am 20. April 1923 wurde die erste p r i v a t e Rundfunkgesellschaft mit der Radio Sociedade do Rio de Janeiro ins Leben gerufen. In allen Städten und größeren Siedlungen Brasiliens erstanden im Laufe der folgenden Jahre Radiogemeinschaften mit eigenen sendetechnischen und Programmorganisationen, die ohne direkte Beeinflussung oder Kontrolle staatlicher Behörden jahrelang sendeten und so im Lande einen Rundfunkdienst einrichteten. Die Eigenart Brasiliens, die riesigen Entfernungen und die über weite Gebiete zerstreute dünne Bevölkerung, läßt die praktischen und kulturellen Vorteile des Rundfunks in einem besonderen Lichte erscheinen, zumal wenn man sich vergegenwärtigt, daß ein außerordentlich hoher Prozentsatz der Bevölkerung (etwa 80%) Analphabeten sind und von der Zeitung als Nachrichtenmittel nicht Gebrauch machen kann. Daher flossen den zahlreichen, vielfach schlecht organisierten und ohne jegliche staatliche Unterstützung arbeiten-

den privaten Körperschaften doch aus Mitgliedsbeiträgen genügend Mittel zu, um sich am Leben erhalten zu können.

In Brasilien, wie auch in fast allen anderen Ländern Südamerikas, kennt man keine Rundfunkgebühren, die dem Sendedienst zugute kommen. Seit wenigen Jahren besteht lediglich eine Anmeldepflicht für Empfangsgeräte bei den örtlichen Post- und Telegraphenämtern. Die Anmeldegebühr beträgt je Apparat und Jahr 2 Milreis, etwa 0,40 RM. Obwohl das Schwarzhören mit Einziehung der Empfangsapparatur bedroht wird, meldet doch nur der geringste Teil der Hörer seine Geräte an. Die Einführung von Hörgebühren, wie sie in Deutschland erhoben werden, stößt in Brasilien auf die größten Schwierigkeiten. Abgesehen davon, daß für eine solche Gebühr die gesetzliche Grundlage fehlt, würde für das Einziehen der Beiträge erst eine besondere Organisation geschaffen werden müssen, die wahrscheinlich kostspieliger sein würde als der Wert der einkommenden Beträge; denn in Brasilien kennt man nicht die in Deutschland so bewährte und für das Publikum bequeme Einziehung der Zeitungs-, Fernsprech- und anderer Gebühren durch die Post, da alle diese Dienste in Privathänden liegen. Auch die Schaffung der gesetzlichen Grundlage wird Schwierigkeiten bereiten; denn dem freiheitlich gerichteten Sinn des Brasilianers will es nicht eingehen, daß er für das Auffangen und Verwerten der Ätherwellen, die ungerufen über sein Grundstück hinweggehen, etwas zahlen soll. Diese Wellen sind für ihn herrenloses Gut, über das er, zumal auf eigenem Grund und Boden, frei verfügen kann und darf. So kommt es, daß Brasilien bis heute noch nicht über einen staatlich organisierten und wirtschaftlich entwickelten Rundfunkdienst verfügt.

Sehen wir uns einmal das Senderverzeichnis an, so stellen wir fest, daß Brasilien über 13 eigene ausschließliche und 35 Gemeinschaftswellen verfügt, die in den letzten beiden Jahren in internationalen Konferenzen, die in Buenos Aires und Rio de Janeiro stattfanden, in Übereinkunft mit den übrigen Staaten Südamerikas festgelegt wurden. Diese Wellen wurden unter 61 Sendegesellschaften aufgeteilt. Außerdem wurden auch 5 Wellen in den Kurzwellenbändern reserviert. Der Ausbau des Kurzwellensendernetzes steht jedoch erst bevor. Es ist zu vermuten, daß die ersten größeren Kurzwellensender ihrer außen- und handelspolitischen Bedeutung wegen Staatseigentum sein bzw. vom Staat in Auftrag gegeben werden.

Die bisherige Entwicklung des brasilianischen Sendernetzes vollzog sich bisher ohne höheren Leitgedanken, mehr dem Zufall gehorchend. Es wird der nahen Zukunft überlassen bleiben, Ordnung zu schaffen und bestehende Mängel zu beseitigen. Für diese Arbeit ist bereits die gesetzliche Basis geschaffen worden. So gibt es bereits feste Richtlinien für elektrische Mindestleistungen, Aufstellungsort in bezug auf die Siedlungszentren, technische Mindestforderungen, Organisation und Programm. Auch sind bereits strenge Vorschriften erlassen, die Zulassung des technischen und Verwaltungspersonals betreffend. Es sind Fristen gesetzt, innerhalb deren unzulängliche Stationen durch vorschriftsmäßige zu ersetzen sind. Das amerikanische Tempo, das sich in Brasilien, wenigstens in den Großstädten, sehr bemerkbar macht, wird vermutlich bald grundlegend Wandel geschaffen haben.

Das Interesse des Brasilianers am Rundfunk ist beträchtlich. Auch in den Jahren schwerer Handelskrise war das Empfängerverkaufsgeschäft immer von Bedeutung. Dabei ist zu betonen, daß überwiegend Viel-Röhren-Apparate (Superhets) verkauft

werden. Diese Tatsache ergibt sich aus der Notwendigkeit, angesichts der geringen Senderleistungen und örtlichen Anhäufungen von Sendern hochempfindliche und selektive Geräte zu verwenden. (So sind z. B. in Rio 11, in São Paulo 13 Sender in Betrieb!) Man rechnet zur Zeit mit ungefähr 350000 Empfängern, die nach Brasilien aus dem Auslande importiert wurden. Dazu kommen einige Tausend im Lande gebauter Geräte. Die Gesamteinwohnerzahl wird mit etwa 43 Millionen angegeben. Wirtschaftlich wirklich leistungsfähige Haushaltungen, die sich die Anschaffung eines Radioapparates leisten können, wird es aber wohl kaum mehr als 3 Millionen geben. Verläßliche Zahlen sind mangels amtlicher Statistik nicht zu erhalten.

Selbstverständlich beschränkt sich die Haupthörerzahl auf die Städte und Siedlungen mit elektrischem Licht- und Kraftnetz. Das Innere des Landes ist für den Rundfunk noch Zukunftsland. Für die Siedlungen ohne elektrische Netze muß noch der geeignete, billige, hochleistungsfähige Empfänger geschaffen werden, der aus der Autobatterie gespeist wird. Hier ergeben sich noch große Geschäftsmöglichkeiten. Gerade das Innere Brasiliens bedarf des Rundfunks am dringendsten aus kulturellen und verkehrstechnischen Gründen. Man macht sich in Deutschland recht unvollkommene Vorstellungen über die riesigen Entfernungen und die schlechten Verkehrsverhältnisse, mit denen der Bewohner des Innern zu rechnen hat. Man muß selbst im Innern gereist sein und längere Zeit auf einer entlegenen Fazenda gelebt haben, um die Wertschätzung zu verstehen, die dem Rundfunkempfänger dort zu Lande entgegengebracht wird.

Das Rundfunk p r o g r a m m besteht zum weitaus größten Teil aus Unterhaltung leichter Art. Vor allem bringt es Volksgesänge und Volkstanzmelodien (Zamba, Maxixe, Tango, Rancheira). Dazu kommen vereinzelt belehrende Vorträge und Sendungen politischen und religiösen Charakters. Die Programmgestaltung und Überwachung untersteht dem Ministerium des Innern, während den technischen Teil das Verkehrsministerium betreut. Die Regierung selbst bedient sich des Rundfunks täglich während einer bestimmten Zeit, der „Hora do Brasil" (Brasilianische Stunde). Die Sendegesellschaften müssen sich laut Konzessionsvertrag zu einer kostenlosen Übertragung des Regierungsprogrammes verpflichten. Ein besonderer staatlicher Rundfunkdienst nach dem Auslande wird durch die Touristen- und Wirtschafts-Propagandaabteilung des Ministeriums des Innern geleitet. Dieser Dienst führt einen Programmaustausch mit überseeischen Ländern durch, vor allem mit Deutschland und Italien. Mangels eines leistungsfähigen, staatseigenen Kurzwellen-Rundfunksenders wird dieses Auslandsprogramm auf Welle 3640 m von dem Sender PXF, einem Verkehrs-Telephoniesender, übertragen.

Einzelne große S c h u l e n beginnen, sich eigene Rundfunksender aufzustellen, um über diese mit einem Belehrungs- und Aufklärungsrundfunk auf die nähere Umgebung einzuwirken. Ein solches Projekt größeren Stiles besteht zur Zeit in Bahia. Auch die Ärzte versprechen sich viel von der Aufstellung eines eigenen Senders, mit dem man einmal hygienisch aufklärend auf das Volk einwirken, zum andern aber Fortbildungskurse für die weit entlegen wohnenden Landärzte abhalten will. Im allgemeinen scheitern solche Projekte außer an den fehlenden Geldmitteln besonders an der Tatsache, daß keine freien Wellen mehr zur Verfügung stehen. Solche können erst durch straffe Organisation und Zusammenlegung von Einzelkonzessionen gewonnen werden. Dies bedeutet aber politischen Kampf...

GERHARD REINBOTH (Neapel):
Italienischer Rundfunkjournalismus

Unser Mitarbeiter, einer der besten Kenner des italienischen Rundfunkwesens, behandelt ein Thema, das im Blick auf die aktuellen Übertragungen der EIAR anläßlich des Führerbesuches in Italien besonders interessant ist. Wir verweisen dabei auf die Veröffentlichungen in Heft 1/1937 und Heft 2/1937, die einen Beitrag aus deutscher und ungarischer Feder zur Frage des Nachrichtendienstes enthielten.

Italien hat sehr früh eine besondere Art von Sendungen ausgebildet und die vorhandenen und geeigneten Kräfte an den Rundfunk herangezogen: es ist die journalistische Seite des Rundfunks. Vielleicht ist es auch die italienische Intelligenz, die die Fähigkeit hat, die Aktualität eines Sendungsstoffes besonders journalistisch auszunutzen. Die begrenzte Zahl der italienischen Zeitungen steht ja eigentlich kaum in einem rechten Verhältnis zu der sehr hohen Zahl von schreibgewandten, schreibbegabten oder noch genauer gesagt journalistisch begabten Italienern. Wenn die italienischen Zeitungen über eine große Zahl bedeutender Journalisten verfügen, deren Begabung über dem Durchschnitt der Berufskollegen in vielen anderen Ländern liegt, so erklärt sich dies daraus, daß die wenigen Zeitungen unter den vielen Berufsbegabten auswählen können. Die Programmleitung des italienischen Rundfunks hatte es infolgedessen recht leicht, Menschen an sich heranzuziehen, die für Reportagen, journalistische Übertragungen und neuartige Sendeformen geeignet waren, zumal die Rundfunkführung selbst zweifellos von der Regierung — und zwar über das Oberkomitee für Überwachung der Rundfunksendungen — zu einer schnellen und zielsicheren Entwicklung der journalistischen Seite der Übertragungen angehalten worden ist.

Man kann hier von jenen Sendungen absehen, die ausschließlich für das Ausland bestimmt sind und in fremden Sprachen ausgestrahlt werden. Die Entwicklung der inländischen Rundfunkjournalistik ist bedeutend und hat ihren entscheidenden Ausbau fraglos durch den abessinischen Krieg erhalten, wenngleich schon vorher die Radiozeitung („Giornale Radio") über die reine Nachrichtenübermittlung hinausgewachsen war. Man strebte ganz deutlich unter Anlehnung an die Traditionen der Tageszeitungen an eine Entwicklung der „Sparten". Neben dem politischen Teil war selbstverständlich ein sehr umfangreicher Sportteil notwendig; in den feuilletonähnlichen Darbietungen hat man bewußt eine kritische und nicht nur wiedergebende Darstellung angestrebt. Der aktuellste Teil waren die Reportagen, denen man in der Zeitung am ehesten vielleicht das Interview an die Seite stellen kann; desgleichen ist der „Leitartikeldienst" systematisch ausgebaut worden.

Einige Sparten haben in der Zeitung kaum ihresgleichen, wie z. B. die Sendereihe für Polemiken, die zwar sehr bescheiden „Aktualitäten und Stimmen aus der Welt" heißt, die aber in Zeiten politischer Hochspannung die bedeutendste Darbietung des ganzen Rundfunkjournalismus gewesen ist. Es muß schließlich noch auf die spezialisierten Rundfunkzeitungsdienste hingewiesen werden, die nur in wenigen Fällen in der Tageszeitung eine Parallele haben: das sind die „Viertelstunden" des Soldaten, des Arbeiters, des Seemannes, das ist der gesamte, weit ausgebaute Landfunk, der an die Stelle einer Fachzeitschrift zu setzen ist. Schließlich

tritt noch der ausländische Dienst hinzu, die Sondersendungen für die Italiener im Auslande, unter denen eine besondere Abteilung die Sendungen für das Mittelmeer einnehmen; in ihnen spricht man die Hörer als die Italiener an, die eigentlich schon nicht im reinen Auslande, sondern im italienischen Interessengebiet, am italienischen Meer, am „Mare nostrum" wohnen. Das zeigt sich im sehr unterschiedlichen Aufbau dieser Sendungen im Gegensatz zu jenen, die z. B. für die Newyorker Italiener (New York ist immer noch die größte italienische Stadt) oder aber für die Italiener Südamerikas bestimmt sind. Eine besondere Note hat auch der Programmdienst für Italienisch-Afrika.

Am eindrucksvollsten erkennt man die große „Zeitungsarbeit" des italienischen Rundfunks aber erst, wenn man die einzelnen Sparten gesondert betrachtet. An der Spitze steht der Kern, das „Giornale Radio", der reine Nachrichtendienst. Er hat wie die Tageszeitungen ein ausgebautes Netz ständiger Korrespondenten im In- und Auslande. Die Nachrichten erfahren eine sehr funkische Bearbeitung, sie werden unter dem Gesichtspunkt der äußersten Kürze, des Allgemeininteresses und der Klarheit bearbeitet, so daß oft aus mitunter sehr umfangreichen Berichten nur eine Dreizeilennotiz entsteht, die allerdings alles Wesentliche enthält. Die wichtigsten Auslandskorrespondenten sind für Deutschland und die baltischen Länder in Berlin, für das frühere Österreich und die Donaustaaten in Wien und für die arabischen Länder und das Ostmittelmeerbecken in Kairo. Mit einem großen amerikanischen Nachrichtenbüro besteht ein Nachrichtenaustauschvertrag.

Der Leitartikeldienst war eine persönliche Schöpfung des Direktors der „Tribuna", Senator Forges Davanzati. Mit dem Tode des Senators schien ein Ende des Artikeldienstes, der den Namen „Regime-Chroniken" trägt, gekommen zu sein, erst nach einer größeren Unterbrechung hat die Sendeleitung eine Reihe führender Persönlichkeiten des politischen Lebens Italiens zur Fortführung dieser Sparte gewinnen können. Es sind stets die gleichen Männer, die nun zu den festen Leitartiklern des Rundfunks gehören: so für die Außenpolitik der Direktor des „Giornale d'Italia", Virginio Gayda, bekanntlich das Sprachrohr Mussolinis für außenpolitische Fragen, der Abgeordnete Ezio Maria Gray, der seit der Machtübernahme durch den Faschismus immer mit Sonderaufgaben betraut war, und Ugo d'Andrea. Für die Innenpolitik hat man den früheren Korporationsminister und Gouverneur von Rom, den gegenwärtigen Erziehungsminister Exc. Bottai, den Präsidenten des Senates Exc. Federzoni und den Abg. Pavolini herangezogen. Die im faschistischen Staat außerordentlich wichtige Sozialpolitik wird durch Bottai und Nello Quilici betreut. Für die Finanz- und Wirtschaftspolitik hat man den Finanzmann des Senates, Senator Bevione gewonnen. Die Behandlung militärischer Fragen schließlich hat man zwei Generälen, dem Inspekteur der Pre- und Postmilitare Grazioli und Aldo Valori übertragen. Durch diese Aufteilung sind natürlich vielfältigere und speziellere Betrachtungen möglich als früher, als nur eine, wenn auch überragende Persönlichkeit sämtliche Fragen behandelte.

Interessant sind die kleinen Feuilletonnachrichten, die sich stark durchgesetzt haben und nach den Angaben der Sendeleitung stets auf eine große Hörerschaft zählen können. Sie behandeln in kürzester Form alle Nachrichten aus der Theater-, Kunst-, Konzert- und Filmwelt, neuerdings auch aus dem wissenschaftlichen Leben, die eine ganz besondere Beachtung verdienen.

Die Reportagen fallen durch den großen Anteil, den sie innerhalb der Gesamtprogramme haben, durch ihre Aktualität, zum Teil auch durch die fast sensationelle Themenbehandlung aus. Ihre Zahl ist auch im Jahre 1937 weiterhin gesteigert worden. Das ist besonders beachtlich, weil im ersten Vierteljahr 1936 immerhin noch der abessinische Krieg war und infolgedessen für Reportagen große Möglichkeiten gegeben waren. 1936 wurden 157 Reportagen gesendet, die meist über alle Sender Italiens gingen, 1937 steigerte sich die Zahl auf 222 Hörberichte, von denen nur 72 politischen Charakter hatten. 74 Reportagen fallen in das Gebiet des Sports, dessen hohe Bedeutung daran besonders deutlich wird. Die restlichen 76 Reportagen verteilen sich auf die verschiedensten Themen. Die Berichtsprecher der EIAR sind zum größten Teil ausgezeichnet. Liegt es schon im Wesen und in der Begabung des Lateiners, Vorgänge und Probleme sehr schnell aufzufassen und ebenso schnell wiederzugeben — ein Haupterfordernis für jeden Rundfunkbericht —, so vereinigen mit dieser Eigenschaft einige der italienischen Berichtsprecher eine sehr gute Sprachbegabung und ein glückliches Vermögen, das Gesehene bildhaft im Wort zu formen. Der abessinische Krieg hat außerdem eine Reihe von Korrespondenten der großen Zeitungen in engste Berührung mit dem Rundfunk gebracht, und diese Verbindung ist teilweise (mit Einverständnis der Zeitungen) erhalten geblieben.

Als die letzte der bedeutungsvollen rundfunkjournalistischen Sendefolgen wird man die „Aktualitäten und Stimmen der Welt" bezeichnen müssen. Diese Sparte, in der sich im Abessinien-Krieg die gesamte Polemik widerspiegelte, die Italien führen mußte, hat danach gestrebt, die reinen Rundfunkvorträge abzulösen, die für italienische Ohren keine glückliche Sendeform sind. Die Zahl der Vorträge hat ganz erheblich abgenommen; an ihre Stelle setzt sich die buntere Darstellung in den „Aktualitäten und Stimmen der Welt", die zwar die Themen kürzer behandelt und durch die Mannigfaltigkeit wie auch häufig durch die Quellenangaben und -nachweise höchst anregend wirkt. Man kann sie mit der Allgemeinen oder Bunten Seite in den Tageszeitungen vergleichen. Die gesprochenen Sendungen Italiens haben sich auch recht stark im Programmaustausch mit dem Auslande durchgesetzt, von insgesamt 128 Sendungen nach dem Auslande waren 30 Übertragungen Wortsendungen. Vom Auslande übernahm Italien aber nur 23 gesprochene Sendungen (von insgesamt 79).

Die kleinen spezialisierten Sparten für den Arbeiter, den Soldaten, den Seemann usw. sind teilweise noch zu jung, um heute schon eine endgültige Wertung fällen zu können. Sie sind auf Gemeinschaftsempfang abgestimmt, finden zu genau festgelegten Zeiten statt, und an die Fabrikleiter, die Kapitäne und die Kommandeure der Truppenteile sind Verfügungen erlassen, den Gemeinschaftsempfang durchzuführen.

Die journalistische Seite ist, wie diese nicht einmal vollständige Darstellung zeigen will, eine der gepflegtesten Programmrubriken des italienischen Rundfunks. Rechnet man — wie es richtig ist — noch die in fremden Sprachen verbreiteten Sendungen hinzu, so steht man vor einem journalistischen Apparat von fast einmaliger Eigenart und großer Vollkommenheit, der sich noch systematischer ausbauen wird, wenn die italienische Hörerzahl wächst und wenn — was aussichtsreicher erscheint — der Gemeinschaftsempfang auch in den Städten noch planvoller organisiert sein wird.

S. D. Spicer (England):
Das BBC-Rundfunkinstitut

Der Direktor der BBC Staff-School stellt uns folgende Zeilen zur Verfügung, die im Rahmen der Diskussionen über eine deutsche Rundfunkakademie von besonderem Interesse sein dürften.

Die Ausbildungsabteilung der British Broadcasting Corporation (BBC), die allgemein als BBC Staff School bekannt ist, wurde im Oktober 1936 eröffnet. Der Hauptgrund für ihre Einrichtung war die außerordentliche Ausdehnung des Programm- und Verwaltungsstabes, die seit 1932 stattfand und keine Abnahme zeigt, da der Umfang der Rundfunkarbeit ständig zunimmt. Infolgedessen wurden zahlreiche Spezialisten auf den musikalischen, dramatischen, journalistischen und anderen Gebieten herangebildet, die — so sehr sie auch Fachmänner auf ihrem besonderen Arbeitsfelde waren — allgemein wenig Kenntnisse von der Technik des Rundfunks hatten, die in vergangenen Jahren von einem vergleichsweise kleinen Stab von Männern entwickelt worden war, die seit Beginn des Sendedienstes der Gesellschaft angehörten.

Es erwies sich deshalb als notwendig, eine Einrichtung zu schaffen, in der die später Hinzugekommenen mit dem technischen Wesen des neuen Organismus, in dessen Dienst sie stehen, vertraut gemacht werden. Seit der Eröffnung im Jahre 1936 haben 130 Angestellte — Neulinge und „Veteranen" — als Hörer an den Kursen teilgenommen, außerdem 15 Gasthörer von ausländischen Rundfunkgesellschaften, und zwar 5 aus Indien, 5 aus USA., 2 aus der Türkei sowie je 1 aus der Schweiz, Palästina und Jamaika.

Die Schule hat, wie nach einem Arbeits- und Erfahrungsjahr festgesetzt wurde, folgende Ziele:

1. den Teilnehmern ein umfassendes Wissen von der Organisation und den Aufgaben der BBC zu geben und ihnen ein Studium der Programme, Verwaltung und technischen Einrichtungen zu ermöglichen;
2. den BBC-Angestellten eine Eignungsbescheinigung für Beförderungen oder Versetzungen auszustellen;
3. ein Versuchszentrum für die Erforschung und Entwicklung neuer Programmideen und Technik zu schaffen;
4. eine Zentralstelle zum Gedankenaustausch zwischen Angehörigen der BBC und Angehörigen von Rundfunkorganisationen in anderen Ländern einzurichten.

Die Schule ist in einem besonderen Gebäude auf einem Grundstück des Londoner Rundfunkhauses untergebracht und mit ihm verbunden. Sie ist wie ein Miniatur-Rundfunkhaus eingerichtet und hat fünf Senderäume verschiedener Größe und akustischer Bedingungen, ein Kontrollpult, Aussteuerungs- und Mischpulte, einen Verstärkerraum, einen Vorlesungsraum, einen Gemeinschaftsraum und Büros. Die Ausstattung umfaßt eine Rundfunkbücherei und Schallplattensammlung.

Das Personal besteht aus einem Direktor, einem Hauptdozenten, einem Technischen Dozenten und Ingenieur sowie zwei Angestellten. Unter der Aufsicht der Schulleitung werden Kurse auf Spezialgebieten von höheren Angehörigen der Hauptverwaltung der BBC und der Bezirkssender abgehalten, und ältere Teilnehmer werden für die Gebiete als Lehrer herangezogen, über die sie auf Grund ihrer Erfahrung etwas zu sagen haben.

Der Lehrplan besteht jährlich aus drei selbständigen Kursen, die je zwölf Wochen dauern: von Oktober bis Dezember, von Januar bis März und von April bis Juli. Jeder Kursus ist in zwei aufeinanderfolgende Teile gegliedert, die je sechs Wochen dauern und A-Abteilung und B-Abteilung genannt werden. Beide ergänzen sich, die Mehrzahl der Hörer nimmt am ganzen Kursus teil.

Die A-Abteilung bringt hauptsächlich eine ausführliche Erläuterung des englischen Rundfunkwesens in Form von Vorlesungen, die von besonders geeigneten Angehörigen des Rundfunks über ihr Arbeitsgebiet gehalten werden, sie erstrecken sich von der Verfassung des BBC (hierüber spricht der Generaldirektor selbst) über die Programmgestaltung bis zum Vortragswesen, Hörspiel, Nachrichtenwesen, Musik, Unterhaltungssendungen, Fernsehen und Technik. Eine Reihe von Elementarübungen zu den einzelnen Programmsparten sind in die A-Abteilung eingebaut, einmal um eine Belebung zu erzielen, ferner um die Hörer früh mit der täglichen Praxis der Programmarbeit vertraut zu machen. So muß z. B. jeder Teilnehmer einen Rundfunkvortrag halten, einen Hörbericht geben, eine Schilderung und ein Hörspiel gestalten (siehe hierzu Anhang I).

Die B-Abteilung jedes Kursus ist in erster Linie auf praktische Programmübungen abgestellt, in denen die Teilnehmer in bestimmter Reihenfolge Programme aller Art entwerfen, zusammenstellen, Rollen verteilen, Sendungen gestalten und durchführen; diese Programme werden auf Schallplatten aufgenommen und zur Besprechung und Analysierung dann wieder abgespielt. Die Programme, die die Teilnehmer selbst entwerfen und die oft neue Versuche darstellen, werden in jeder Weise so behandelt, als würden sie wirklich gesendet. Alle nehmen in irgendeiner Weise an der Vorbereitung und Durchführung teil und können so in kurzer Zeit und unter durchaus funkischen Bedingungen reiche praktische Erfahrung sammeln. In der B-Abteilung wird in hohem Umfange eine Spezialisierung durch Einteilung der Hörer in Studiengruppen nach Eignung und besonderen Wünschen erzielt (vergleiche Anhang II).

Sowohl in der A- als auch B-Abteilung wird der größte Wert auf eine technische Ausbildung gelegt, da es als dringend erforderlich angesehen wird, daß richtig ausgebildete Rundfunkleute — sei es im Programm- oder Verwaltungsdienst — eine tiefgehende Kenntnis der elektrischen Vorgänge haben müssen, auf denen der Rundfunk beruht. In der A-Abteilung wird diese Materie in einer umfassenden Vortragsweise von älteren Ingenieuren über die gesamten technischen Vorgänge zwischen Senderaum und Lautsprecher behandelt; für diejenigen, die es wünschen, geht ein kurzer Kursus über elementare Elektrizitätslehre voraus. Dieser wird in der B-Abteilung durch einen Unterricht in einfacher Rundfunktechnik ergänzt.

Die Durchschnittszahl der Teilnehmer zwecks Kursus liegt zwischen 20 und 25, die aus den verschiedensten Arbeitsgebieten kommen. In erster Linie nehmen neue Angestellte der Programm- und Verwaltungsabteilung usw. der BBC entweder vor oder einige Monate nach Antritt ihrer Stellung an einem Kursus teil;

zweitens: bereits seit längerer Zeit Angestellte der gleichen Abteilungen, wenn sie in eine andere Abteilung hinüberwechseln wollen oder eine vertiefte Ausbildung in einem speziellen Arbeitsgebiet suchen;

drittens: (versuchsweise) eine Reihe langjähriger Angestellte der technischen Abteilung mit dem Wunsche, ihre technische Arbeit dem Wesen und Erfordernissen der Programmarbeit enger anzupassen;

viertens: durchschnittlich zwei bis drei Gasthörer aus Übersee unter dem besonderen Gesichtspunkt des Empire- oder ausländischen Rundfunks.

Es gibt keine formellen Prüfungen während oder am Ende eines Kursus, es werden jedoch die Fortschritte und Fähigkeiten der Teilnehmer auf Grund ihrer Anteilnahme und Mitarbeit am Unterricht gewertet, und dementsprechend werden Berichte für zukünftige Empfehlungen gegeben, über deren Inhalt jeder Hörer vor seinem Abgang aus dem Kursus in Kenntnis gesetzt wird.

Zusammenfassend ist ausdrücklich zu betonen, daß die BBC-Schule in erster Linie und vor allem eine Ausbildungsabteilung ist. Die BBC zahlt für alle ständigen oder neu hinzugekommenen Teilnehmer, die Gasthörer ausgenommen. Die Schulleitung unterhält eine ständige, sehr enge persönliche und amtliche Fühlungnahme mit dem Direktorium der BBC, mit dem Erfolg, daß die Lehrarbeit in engster Beziehung zu der täglichen praktischen Arbeit der BBC steht, die ihrerseits in der Schule ein wertvolles Instrument für ihre Versuche hat.

Anhang I

Zeit	Stundenplan vom 11. Mai 1938	Dozent	Teilnehmer	Verantwortlich
10 Uhr	Vorträge von Hörern A = 15 Minuten B = 5 Minuten C = 5 Minuten D = 5 Minuten	Hauptdozent	alle	
11,15 Uhr	Vorlesung über „Sender- und Nebensender-Organisation“	Leitender Ober-Ingenieur	alle	Direktor
2,30 Uhr	Abspielen von Hörberichten von Teilnehmern	Leiter der Aktuellen Abteilung	alle	Hauptdozent
4,15 Uhr	Vorlesung über Fernsehen mit anschließendem Besuch von Alexandra-Palace (Fernsehhaus) und Teilnahme an einer Sendung	Fernseh-Ingenieur	alle	Ingenieur der BBC Schule
6—7 Uhr	Unterricht im Abhörraum und Senderaum, Bau von Verstärkern, Einrichtungen (wöchentlich)	Ingenieur der BBC-Schule	alle	

Anhang II

Zeit	Programm-Übungen usw. Donnerstag, den 24. März 1938	Raum
täglich	Arbeit im Fernsehdienst	Alexandra-Palace
10—13 Uhr	Teilnahme an Probe von „Showmen of England" oder Abspielen von „Cotton People" (nach Wahl)	Senderaum 8 A
10,30—13,30 Uhr	Leseprobe von „Khyber Pass"-Programm	
10—11 Uhr	Abspielen von „Cotton People" (aufgenommen am 23. 3. 1938)	Gemeinschaftsraum
11,30—13 Uhr	Probe von „Rat"-Programm (am Verstärker)	Senderaum 2
15,15—18 Uhr	Aussteuerungs-Übungen	Senderaum 7 B, 7 C, 7 D, 7 E
14,30—17,30 Uhr	Vorlesung von der Vortragsabteilung	
16,45—17,50 Uhr	Probe und Aussteuerung von „Illustrated Musik Talks"	Senderaum 1
14,30—17,30 Uhr	Einzelarbeit an kommenden Programmen	
18—19 Uhr	Teilnahme an der Sendung von „Showmen of England"	
19—21,30 Uhr	Generalprobe und Aussteuerung von „The Two Mice"	Senderaum 7 B, 7 C, 7 D

Tagung des Weltnachrichtenvereins in Kairo

Der Weltnachrichtenverein tagte vom 1. Februar bis 8. April 1938 in Kairo. Rund 600 Vertreter der Verwaltungen von 65 europäischen und außereuropäischen Ländern und von etwa 60 Telegraphen- und Funkbetriebsgesellschaften sowie eine große Zahl von Sachverständigen zwischenstaatlicher Körperschaften haben an den Beratungen teilgenommen. Es handelte sich bei der Tagung darum, die Vorschriften für die verschiedenen Dienstzweige (Telegraphie, Fernsprechen, Funk), die in den zum Madrider Weltnachrichtenvertrag gehörenden Vollzugsordnungen für den Telegraphen-, Fernsprech- und Funkdienst zusammengefaßt sind, auf Grund der zahlreichen Änderungsvorschläge (rund 1600), zu überprüfen und der Fortentwicklung der Technik sowie der Handhabung des Dienstes anzupassen. Die Arbeit wurde in 10 Ausschüssen und 81 Unterausschüssen bewältigt.

Aus den zahlreichen Sachgebieten veröffentlichen wir an dieser Stelle allein die Ergebnisse, die für die kommende Rundfunkentwicklung maßgebend sind.

Für Europa sind dem Rundfunk am unteren Ende des Mittelwellenbereiches (bei 200 m) 60 kHz mehr zugeteilt worden. Sonst ist die grundsätzliche Wellenverteilung im Lang- und Mittelwellenbereich im allgemeinen beibehalten worden. Es wurde für den europäischen Rundfunk beschlossen, spätestens zum 1. Februar 1939 auf einer europäischen Regierungstagung in der Schweiz einen neuen „Europäischen Rundfunkvertrag" (mit einem neuen Wellenverteilungsplan) abzuschließen, der an die Stelle des am 1. September 1939 ablaufenden Luzerner Rundfunkvertrages treten soll. Bis dahin dürfen die Länder keine Änderung im Rundfunk vornehmen, die dem Luzerner Plan widersprechen und die die Gesamt-

heit der Funkdienste wesentlich berühren. Mit den Vorarbeiten und der Ausarbeitung eines Vorschlages zum Wellenverteilungsplan wurde der Weltrundfunkverein beauftragt. Die hauptsächlich für den Kurzwellenrundfunk zur Verfügung stehenden Wellenbänder (6 Bänder mit insgesamt 850 kHz) sind auf 7 Wellenbänder mit insgesamt 1350 kHz, also um rund 59% erhöht worden. Die Forderung, auch für den Kurzwellenrundfunk eine Einzelwellenverteilung vorzunehmen und dazu eine Welt-Tagung einzuberufen, ist aufgeschoben worden. Um Störungen der europäischen Funkdienste zu vermeiden, ist die Benutzung der in den Tropen für den Rundfunk zugelassenen Wellenbänder geregelt worden.

Für das Fernsehen können zwischen 40,5 und 70,5 MHz in jedem Lande drei Bänder zu je 6 MHz verwendet werden. Ein viertes Fernsehband von 9 MHz ist noch ab 85 MHz vorgesehen und außerdem wurden 30 MHz am Ende dieses Bandes dem Fernsehen und Rundfunk zugewiesen (170 bis 200 MHz). Ferner ist die „Einteilung der Aussendungen" (nach Wellenarten) den neuzeitigen Bedürfnissen angepaßt und der 1. Januar 1940 als Zeitpunkt für das völlige Verbot der B-Sender (gedämpfte Sender) mit einer Leistung von mehr als 300 Watt beibehalten worden. Die Vorschriften über die Frequenzgenauigkeit der Funksender sind verschärft, für die Oberwellenfreiheit der Funksender sind Vorschriften neu festgelegt und die für die von einem Funksender belegte Bandbreite sind den neuzeitigen Bedürfnissen entsprechend ergänzt worden.

Die nächste Weltnachrichtentagung soll 1942 in Rom stattfinden.

Der Weltrundfunkverein wird sich auf seiner Juni-Tagung in Lausanne und auf einer Sondertagung des Technischen Ausschusses im Herbst (in Brüssel) mit den Vorarbeiten für einen neuen Wellenplan beschäftigen. Der neue Plan wird frühestens am 1. September 1939 in Kraft treten.

BLICK IN DIE RUNDFUNKWELT

I. Europäische Länderberichte

Deutschland Hörerzahl am 1. April: 9 574 791, am 1. Mai: 9 622 925. — Auf Antrag der Fakultät für Maschinenwesen wurde Dr. ing. Claus Hubmann, Direktor der Reichsrundfunk-GmbH., in Anerkennung seiner Verdienste um die Technische Hochschule Berlin, zum Ehrensenator ernannt. — Die 15. Große Deutsche Rundfunkausstellung, die vom 5.—21. VIII. stattfindet, steht unter dem Motto: „Rundfunk-Stimme der Nation" und zeigt u. a. eine große Fernsehschau. — In einem Vortrag in der Deutschen Hochschule für Politik gab Präsident Kriegler den Plan einer Rundfunkakademie bekannt, die vornehmlich der Nachwuchsschulung und in Zusammenarbeit mit den Universitäten der Rundfunkwissenschaft dienen soll. — Heidelberg hat eine Rundfunkdichte von 102,81% erreicht. — Im Jahre 1937 sandte der Reichsrundfunk 75 009 Stunden, er beschäftigte freie Mitarbeiter in 572 056 Fällen, von 869 internationalen Austauschprogrammen wurden 540 Sendungen abgegeben, 329 übernommen; Teilnehmerdichte in ländlichen Gemeinden und Landstädten (bis 5000 Einw.) 8,5%, in Kleinstädten (5000—20 000 Einw.) 12,6%, in Mittelstädten (20 000—100 000 Einw.) 15,5%, in Großstädten (über 100 000 Einw.) 17,6%. Es wurden 1937 in Deutschland 1 643 731 Geräte hergestellt und 1 681 704 Geräte abgesetzt. — Beim Wahlkampf und anläßlich des Führerbesuches in Italien fand ein Großeinsatz des Rundfunks statt.

Belgien Hörerzahl am 1. März: 1 002 045. — Es ist ein verstärkter Programmaustausch mit Frankreich geplant.

Dänemark Hörerzahl am 1. März: 720 161, am 1. April: 719 871. — Der Kurzwellensender Skamlebaek (Welle 31,51 m) hat seine Energie auf 6 Kw erhöht. — Es ist nicht geplant, einen Fernsehprogrammbetrieb in naher Zukunft einzurichten, man will die Erfahrungen und Ergebnisse in anderen Ländern abwarten.

Danzig Hörerzahl am 1. März: 39 029, am 1. April: 39 444.

Estland Hörerzahl am 1. März: 54 000, am 1. April: 55 445.

Finnland Hörerzahl am 1. April: 249 929. — Der 1-Kw-Kurzwellensender (Welle 31,38 m) soll auf 25 Kw verstärkt werden.

Frankreich Hörerzahl am 1. März: 4 302 423. — (Hiervon 1 590 674 Hörer in Paris und Umgebung.) — Beim letzten Kabinettswechsel wurde Jules Julien Postminister. — Radio-Normandie ist auf Welle 212,6 m übergegangen. Lyon soll, da Tunis seine Welle erhält, später auf Welle 514,6 m (bisher Grenoble) übergehen, für Grenoble ist noch keine neue Welle bestimmt. — Der neue 150-Kw-Langwellensender wird Mitte 1939, die beiden 100-Kw-Sender Boreaux und Limoges werden Ende 1939 eröffnet. Korsika, das von Nizza aus mit Programmen beliefert wird, erhält ein eigenes Studio. — Es wurde eine Kammer für Rundfunkreklame gegründet. — Mit Belgien ist ein verstärkter Rundfunkaustausch geplant. — Der frühere Rundfunk-, jetzige Kolonialminister Mandel hat einen besonderen Ausschuß für die Überseeprogramme des neuen Kurzwellensenders geschaffen. — Am 8. April wurde der neue 25-Kw-Fernsehsender des Eiffelturm (Welle 6,52 m) eingeweiht, er soll auf 30 Kw verstärkt werden. Es wurden in den Pariser Rathäusern neue Fernsehstuben eröffnet.

Großbritannien Hörerzahl am 1. April: 8 590 750. — Auf der Insel St. Helena soll ein Rundfunksender („Radio-Napoleon") errichtet werden. — 1937 sandte die BBC. rund 100 000 Stunden (Vorjahr 87 000 Stunden), davon 23 779 Stunden Empire-Dienst. Der Fernsehsender arbeitete 1619 Stunden. — Die Rundfunkausstellung findet vom 21. VIII.—3. IX. statt, sie soll u. a. ein vollständig ausgerüstetes Fernsehstudio zeigen. — Um dem Einfluß der Reklamesendungen vom Auslande zu begegnen, werden die Sonntagsprogramme erweitert und heiterer gestaltet. Es sollen Verhandlungen englischer Firmen mit dem 100-Kw-Sender Reykjavik über Reklamesendungen in englischer Sprache stattfinden. — Es sind große Umbauten des BBC.-Hauses geplant, die rund 1 Million £ kosten sollen; Rundfunkhäuser sind ferner in Birmingham und Cardiff geplant. — Zum ersten Male fand eine Sendung von einem Dominion (Kanada) nach England statt. — Durch Kabel sollen Birmingham und Manchester, später auch Liverpool an den Fernsehdienst angeschlossen werden. Die Fernsehübertragung des Derbys ist genehmigt worden; seit dem 3. April finden Sonntagssendungen, seit dem 21. März abendlich Nachrichtensendungen statt. 16 Firmen stellen Fernsehempfänger her, die zwischen 360.— und 720.— Mark kosten; kombinierte Rundfunk-Fernsehempfänger kosten von 840.— bis 2100.— Mark.

Ungarn Hörerzahl am 1. Februar: 389 056; am 1. März: 392 251; am 1. April: 394 711. — Alle Rundfunksprecher müssen neuerdings die italienische Sprache beherrschen.

Irland Hörerzahl am 1. März: 139 534, am 1. April: 140 087.

Island Es sollen Verhandlungen von englischen Firmen über Reklamesendungen in englischer Sprache vom 100-kW-Sender Reykjavik stattfinden.

Italien Hörerzahl am 1. März: 820 500, am 1. April: 826 300. — Der Sender Ancona wird in Kürze seinen Betrieb aufnehmen. — Es sind Sondersendungen für höhere Schulen eingeführt worden. — Zum Führerbesuch wurden von der EIAR. 35 km Kabel verlegt, 46 Aufnahmestationen mit 91 Mikrofonen und 600 Verstärkern eingebaut und 6 neue Autostationen eingesetzt; 12 Sonderberichterstatter und 60 Ingenieure wurden verpflichtet. Die Sendungen umfaßten 18 Stunden. — Die EIAR. hatte 1937 Einnahmen von 171 544 051 Lire, einen Gewinn von 2 701 753 Lire (Dividende 7%). Es wurden 128 Sendungen an das Ausland abgegeben, 79 Sendungen übernommen. Die Zahl der Sendestunden stieg um 30%, auf 22 Stunden täglich. Werbeveranstaltungen umfaßten 7050 Stunden, mit Übernahmen auf verschiedene Sender 47 532 Stunden. — Mit Brasilien wurde ein Programmaustausch

vereinbart. — Marconis Yacht soll in ein schwimmendes Museum umgewandelt werden. — Der Funkindustrielle Quintavalle erhielt wegen seiner Verdienste um die Entwicklung der Funkindustrie den Grafentitel. — Der Ultrakurzwellensender änderte seine Wellenlänge von 6,9 m auf 7,4 m. — Der Kurzwellendienst hat Sendungen in russischer Sprache aufgenommen.

Lettland Hörerzahl am 1. März: 117 190, am 1. April: 118 269.

Litauen Hörerzahl am 1. März: 50 184. — Der neue 120-Kw-Großsender wird in Bobti (25 km von der Hauptstadt) errichtet werden. — Ein 60-Kw-Kurzwellensender hat die Versuchssendungen aufgenommen. — Am 1. März hatten 649 Schulen Empfängsgeräte.

Norwegen Hörerzahl am 1. März: 322 395, am 1. April: 326 866, am 1. Mai: 331 001. — An Telefunken und Marconi sind drei 1-Kw-Sender für Misjoen, Grong und Bergern in Auftrag gegeben. — Der 5-Kw-Kurzwellensender ist fertiggestellt, er wird auf fünf Wellenlängen arbeiten.

Polen Hörerzahl am 1. März: 912 255, am 1. April: 927 047. — Der bisherige Leiter der Sendestelle Posen, Dr. Zenen Kosidowski, wurde Programmdirektor in Warschau, sein Nachfolger in Posen wurde der Schriftsteller Zdislaw Marynowski.

Portugal Hörerzahl am 1. März: 71 563, am 1. April: 73 292. — Zum Vertreter in der UIR. wurde neben Direktor Bivar auch Ing. P. B. de G. Calheiros bestimmt.

Rumänien Hörerzahl am 1. Februar: 225 000, am 1. März: 228 704. — Seit 1. April wird auch ein Nachrichtendienst in englischer Sprache gesendet.

Schweden Der neue 12-Kw-Kurzwellensender Motala hat seine Sendungen aufgenommen. — Es wurde ein Beratungsausschuß für eine Reihe von Hygienevorträgen eingesetzt. — An Stelle von vielen Kleinsendern sollen neben den Großsendern Stockholm, Motala und Hörby noch weitere vier 100-Kw-Stationen errichtet werden.

Schweiz Hörerzahl am 1. März: 504 572, am 1. April: 508 909, am 1. Mai: 511 528. — Das Rundfunkorchester Lausanne wird aufgelöst, Sottens bekommt ein neues Orchester, das das „Orchestre Romand" in sich aufnimmt. — Die Gebühren sollen von 15 Franken auf 18 Franken erhöht werden.

Tschechoslowakei Hörerzahl am 1. März: 1 072 631, am 1. April: 1 083 064. — Es wurde ein „Gesamtstaatlicher Verband der Teilnehmer des tschechoslowakischen Rundfunks und der Television" gegründet. — Der Beginn des Fernsehversuchsbetriebes ist verschoben worden.

Jugoslawien Hörerzahlen am 1. April: Belgrad = 75 514, Laibach = 17 500, Agram = 27 303, am 1. April: Belgrad = 75 756, Laibach = 17 539, Agram = 27 516.

Völkerbund „Radio Nations" sendet ab April neben Nachrichten und Mitteilungen auch Musikprogramme.

II. Außereuropäische Länderberichte

USA Die NBC besitzt zur Zeit 150 Sender und 12 Kurzwellensender. — Zum Direktor des Kurzwellendienstes wurde Vizepräsident Frank E. Mason, zum Fernsprechprogrammdirektor Eduard Padula ernannt. — 1937 hat die NBC von 134 Firmen für Reklamesendungen 38 651 286 Dollar eingenommen; die Gesamteinnahmen des amerikanischen Rundfunks aus Reklamesendungen betrugen 140 000 000 Dollar, von denen 50% auf die drei großen Gesellschaften entfallen. — Toscanini wurde auf drei Jahre von der NBC verpflichtet. — Es wurden zwei neue 25-kW-Kurzwellensender in Betrieb genommen. — Das CBS hat ein Rundfunkhaus in Hollywood eingeweiht. — Das Mutual Broadcasting System wird Kurzwellensendungen aufnehmen. — Die Universität Michigan hat die erste Rundfunkbücherei gegründet. — Dem „Don Lee Broadcasting System" in Los Angelos wurde eine Fernsehgenehmigung erteilt.

Neufundland Es wird nach Plänen der BBC ein Sender in St. Johns erbaut, der neben eigenem Programmbetrieb auch Sendungen von England übernehmen soll.

Südamerika In Argentinien wurde die erste Senderkette eingerichtet, die acht Stationen umfaßt; sie führen regelmäßig Austauschsendungen durch.

Afrika Hörerzahlen: Algerien am 1. Februar: 75 977, am 1. März: 78 578. — Marokko am 1. April: 35 666. — Der für Tunis geplante Großsender wird Staatsender werden. — Der 100-kW-Sender Tripolis wird am 28. Oktober in Betrieb genommen

werden. — Der 1-kW-Kurzwellensender in Addis Abeba wird zunächst auf 5 kW, später auf 25 kW verstärkt, er wurde anläßlich des Führerbesuches in Betrieb genommen. Er erhält seine Programme vorerst von Rom.

Asien Hörerzahlen: Britisch-Indien am 1. Februar: 51 014. Niederl.-Indien am 1. Februar: 55 732, am 1. März: 57 096. — In Syrien werden mit einem 1-kW-Sender Versuchssendungen in französischer und arabischer Sprache unternommen; er soll später auf 6 kW verstärkt werden.

Japan Hörerzahl am 1. Januar: 3 402 489. — Der Kurzwellendienst wurde auf täglich sechs Stunden in sieben Fremdsprachen erweitert.

Neuseeland Hörerzahl am 1. Dezember: 273 056, am 1. Januar: 279 054. — Die Regierung hat vier neue Sender gebaut, die auch Reklamesendungen verbreiten.

WIRTSCHAFT UND RECHT

Argentinien Es wurde eine Verordnung über Nachrichten vom Spanischen Bürgerkrieg erlassen, weil die bisherigen Berichte „die öffentliche Ruhe stören, Zwischenfälle und Gewalttätigkeiten hervorrufen, umstürzlerische Gedanken begünstigen, was vermieden werden muß". Die Sendungen von Nachrichten, die sich auf die spanische Frage beziehen, hat sich auf die Wiedergabe von Tatsachen zu beschränken. Sendungen über das geistige und künstlerische Leben Spaniens dürfen keine Anspielung auf den Krieg enthalten und müssen in jedem Fall vom Generalpostdirektor vorher genehmigt sein.

Polen Verordnung über die Ermäßigung von Rundfunkgebühren vom 1. April 1938. Die Angehörigen des Postministeriums und seine Dienststellen sowie die Sendegesellschaft Polskie Radjo zahlen für die Teilnahme am Rundfunk jährlich 1 Zloty. Die Gebühr ist im voraus zu entrichten. Während für die Beamten und Angestellten der Postverwaltung ein Unterschied im Gehalt nicht gemacht wird, erhalten die Angestellten der polnischen Sendegesellschaft die Vergünstigung nur, wenn ihr Einkommen 350 Zloty monatlich nicht übersteigt.

Britisch-Indien In der Stadt Porna betrieb der Besitzer eines Caféhauses ein Rundfunkempfangsgerät ohne Genehmigung. Er wurde am 2. Februar 1938 vom Stadtgericht wegen unbefugten Rundfunkbetriebes zu einer Strafe von 150 Rupien verurteilt. Ersatzfreiheitsstrafe: 1 Monat Gefängnis. Die Verurteilung erfolgte auf Grund der Artikel 4 und 20 des Indischen Telegraphengesetzes.

SCHRIFTTUM

Bücherei und Archive des Weltrundfunkvereins

Alle die zahlreichen internationalen Verbände, die die verschiedensten Ziele verfolgen — sei es auf religiösem, politischem, wirtschaftlichem oder anderen Gebieten — haben eine gemeinsame Aufgabe: Material über ihr Arbeitsgebiet zu sammeln und zu sichten.

Der Weltrundfunkverein (UIR.) macht hiervon keine Ausnahme. Wenn er — neben anderen Aufgaben — nach seinen Satzungen zum Ziel hat, „die Interessen des Rundfunks zu vertreten und alles Material zu sammeln, die Fragen allgemeinen Interesses oder der zukünftigen Entwicklung auf dem Rundfunkgebiet betreffen", so weiß er, daß eine so umfangreiche Aufgabe in der Praxis nur durch sorgsame Abgrenzung und Aufteilung gelöst werden kann. Es wurden daher zwei gesonderte Büros geschaffen: das eine am Sitz des Vereins in Genf, das sich mit Verwaltungs-, Rechts- und künstlerischen Fragen befaßt, das andere mit dem Sitz in Brüssel — die Wellenkontrollstelle —, die ausschließlich technische Fragen bearbeitet.

Wir wollen in der vorliegenden kurzen Betrachtung nur die Bücherei des UIR. und die Materialsammlung des Genfer Büros betrachten.

Es muß zunächst betont werden, daß eine nationale Bücherei nicht mit einer internationalen Bibliothek verglichen werden kann. Im

ersten Fall wird die Bücherei alles umfassen, was in engerem oder weiterem Sinne auf den Rundfunk und besonders auf den eigenen Rundfunk Bezug hat, von rein technischen Arbeitsgebieten bis zur Biographie der Autoren, die einmal gelegentlich vor dem Mikrophon gesprochen haben. Im zweiten Fall wird sich die Anlage darauf beschränken, die Sachgebiete zu behandeln, die die Institution selbst verarbeitet; sie werden eine sehr große Anzahl von Ländern betreffen.

Die Bücherei des Genfer Büros ist in drei große Abteilungen eingeteilt, und zwar in

1. Bücher und Broschüren,
2. Zeitschriften,
3. Rundfunk-Programmzeitschriften.

Jede Abteilung ist zunächst nach Sachgebieten und dann im Rahmen dieser Aufteilung wieder nach Ländern geordnet. Daneben ist eine zweite Katalogisierungsbezeichnung vorhanden, die die Werke alphabetisch nach dem Gegenstand kenntlich macht, und ein Index der Verfasser.

Die Abteilung „Bücher und Broschüren" ist bei weitem die umfangreichste, sie ist gewissermaßen das Kernstück der Bücherei und umfaßt so viele Sachgebiete, daß sie hier nicht alle einzeln aufgezählt werden sollen. Die Abteilung „Zeitschriften" besitzt alle Fachzeitschriften, die in den europäischen und außereuropäischen Ländern erscheinen, besonders juristische Veröffentlichungen. Hier sind auch die Jahrbücher und Jahresberichte der verschiedenen Rundfunkorganisationen untergebracht. Die dritte Abteilung umfaßt eine vollständige Sammlung der besten wöchentlich erscheinenden Rundfunkprogrammzeitschriften jedes Landes.

Die Bücherei ist ein wichtiger Quellennachweis. Sie kann jedoch nicht mit dem Archiv des Weltrundfunkvereins verglichen werden. Seit 1925 (dem Gründungsjahr) hat er von seinen Mitgliedern Unterlagen über die Hauptthemen gesammelt, die geeignet sind, auf einer internationalen Grundlage untersucht zu werden. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Weltrundfunkverein bei seiner Gründung 11 Mitglieder hatte und heute 49, die 41 Länder vertreten, dann kann man sich leicht eine Vorstellung von dem Wert dieses Archivs machen, dem nichts Gleichartiges an die Seite gestellt werden kann.

Im Laufe der Entwicklung des Rundfunks wurde es notwendig, die Forschungsgebiete, die von der UIR. untersucht werden, zu erweitern. So national der Rundfunk in seinen Anfängen gewesen ist, so bald wurde er in seiner Wirkung international, um heute durch die Kurzwellensendungen interkontinental zu wirken. Der Weltrundfunkverein berücksichtigt diesen Tatbestand und hat im Rahmen der Mittel und Möglichkeiten seine Untersuchungen und Forschungen entsprechend ausgedehnt. Er besitzt heute Unterlagen über 130 Länder (Dominien, Kolonien usw.) einbegriffen.

Das Genfer Büro erhält seine Informationen aus vier Quellen:

1. Berichte von den UIR.-Mitgliedern.
2. Antworten auf Umfragen, die von der UIR. veranstaltet werden.
3. Auskünfte auf Anfragen, die die UIR. über bestimmte Sachgebiete aussendet.
4. Auszüge aus Büchern, Zeitschriften und anderen Veröffentlichungen.

Das so gesammelte Arbeitsmaterial wird in drei große Gebiete gegliedert: Kunst, Recht und Verwaltung. Die Ergebnisse der Umfragen werden in Form von Sonderdrucken zusammengefaßt und den Mitgliedern des Weltrundfunkvereins zugestellt. Die übrigen Informationen sind in den Monatsberichten der UIR. zusammengefaßt, die einen allgemeinen (wenn auch nicht erschöpfenden) Überblick über den Tätigkeitsbereich der UIR. geben; sie sind folgendermaßen gegliedert:

Verwaltungsfragen: Anschriftenänderungen, Ernennungen, Organisationsänderungen.

Sendefragen: Neue Sender, Wellenlängen und Verstärkungen usw., Sender im Bau und geplante Sender, Kurzwellensendungen und -sendestunden, neue Senderäume.

Empfangsfragen: Hörerzahlen, Teilnehmerzahlen für Drahtfunk, Maßnahmen gegen Störungen, Untersuchungen über Hörerfragen, Rundfunk-Schrifttum, Maßnahmen gegen Schwarzhörer.

Programmfragen: Neue Programmsparten, Sondersendungen, Schul-, Erziehungs-, Landwirtschafts- und Reiserundfunk, Rundfunkwetterwarte, Hörspiele, Fernsehen, Programmaustausch.

Rechtsfragen: Gesetzgebung (Gesetze, Verordnungen, Beschlüsse), Rechtsprechung, Verträge u. ä., Tagungen, Schrifttum, Verschiedenes.

Das gesamte Material wird in zahlreichen Einzelabteilungen gegliedert und dem Archiv eingeordnet, entsprechend der Aufteilung der Bücherei also nach Sachgebieten und in

diesen nach Ländern. Die Sachgebiete sind alphabetisch geordnet und numeriert. (Ähnlich ist übrigens auch der gesamte Briefwechsel registriert.) Die in den Monatsberichten des Weltrundfunkvereins veröffentlichten Materialien, die eine sehr wichtige Arbeitsunterlage für die Tagesarbeit des Genfer Büros darstellen, sind gesondert nach vereinfachten Gesichtspunkten geordnet.

Die sehr wesentlichen statistischen Angaben sind übrigens gleichfalls gesondert aufbewahrt und geordnet.

Die so gegliederten Büchereien und Archive des Weltrundfunkvereins stellen ein beträchtliches „Nachrichten-Sammelbecken" dar. Man findet da von jedem europäischen Lande ebenso Angaben über die geschichtliche Entwicklung des Rundfunks, seiner Anfänge und ersten Sendungen, Stand der Entwicklung und Organisation, wie auch z. B. über die Gesetzgebung, die beliebtesten Hörspiele, den Landfunk oder über das Wesen und Ziel des letzten Hörerwettbewerbes. — Alle diese Unterlagen stehen den Mitgliedern des UIR. jederzeit zur Verfügung; sie dienen daneben als wertvollste Grundlage für alle Arbeiten im Rahmen des Weltrundfunkvereins.

Maurice Dovaz
(stellvertretender Generalsekretär des UIR.).

*

Welt-Rundfunk 1937/1938. Ein Jahrbuch, herausgegeben von **Kurt Wagenführ.** (Kurt Vowinckel Verlag, Heidelberg-Berlin 1938. 200 Seiten. 5.— M.)

Die Entwicklung des Rundfunks in den einzelnen Kulturländern ist an dem Punkt angelangt, wo es nicht nur möglich, sondern schon notwendig ist, zusammenfassende Rechenschaftsberichte der Öffentlichkeit vorzulegen. Dem steht keineswegs die Tatsache entgegen, daß auf einer Weltkarte des Rundfunks weite Gebiete gewissermaßen „weiß" bleiben müssen, weil dort eigene Sendeanlagen noch fehlen. Wesen des Rundfunks ist es ja, nicht an den Ort der Ausstrahlung gebunden zu sein, sondern sich — wenn auch mit dem Vorbehalt seiner Abhängigkeit vom technischen Einsatz — die Welt zu erschließen.

Das von Dr. Kurt Wagenführ jetzt herausgebrachte Jahrbuch „Welt-Rundfunk 1937 bis 1938" stellt einen ersten Versuch dar, das große Geschehen im Rundfunk der Welt zu erfassen und berichtmäßig festzuhalten. Es ist weniger Wert auf eine absolute Vollständigkeit gelegt als darauf, über die ausgewählten Länder erschöpfend zu berichten. In allen Beiträgen ist das Grundsätzliche stets klar herausgestellt. Trotzdem ordnet sich auch das kleinste Spezialgebiet in seiner Darstellung dem großen Leitgedanken unter, dem das Buch dienen will: eine Schau vom Wirken des Rundfunks in der gesamten Welt zu sein.

Mehr als ein Viertelhundert Aufsätze sind vereinigt. H.-J. Weinbrenner behandelt mit weitreichender Zielsetzung das Thema „Grenzenloser Rundfunk", eine gegenwärtige Ergänzung bedeuten die Beiträge „Rundfunk und Ausland" (H. Dressler-Andress) und „Deutscher Rundfunk und Völkerverständigung" (Dr. K. v. Boeckmann). Auf bisher unberücksichtigt gebliebene Faktoren bei der Errichtung von Sendern macht Dr. H. Schaefer mit seinem Material „Zur kulturellen Standortfrage des Rundfunks" aufmerksam. Das sind neben den vielen Auslandsberichten aus der Feder hervorragender Fachmänner nur einige wenige Arbeiten, die herausgegriffen wurden um zu zeigen, wie das Jahrbuch angelegt ist, das den Rundfunk kulturell, wirtschaftlich, organisatorisch und technisch in seiner Totalität behandeln wird, und das bei dem beabsichtigten jährlichen Erscheinen ein wertvolles Nachschlagewerk zu werden verspricht.

Hierbei spielt auch das reiche statistische Material eine entscheidende Rolle, das den Anhang zu dem Jahrbuch bildet und in Tabellen, Karten und Skizzen einen klaren Überblick vom gegenwärtigen Stand gibt. Nicht minder wichtig ist das Verzeichnis der Sendegesellschaften in Europa, USA. und Japan mit ausführlichen personellen Angaben und Hinweisen auf Programmgestaltung, Organisation, Schrifttum usw.

Band.

Dr. oec. publ. **Hans Wipplinger: „Rundfunkstatistik".** (Herausgegeben vom Bayer. Statistischen Landesamt, Heft 125 der Beiträge zur Statistik Bayerns. München 1937, J. Lindauersche Universitätsbuchhandlung, 97 Seiten.)

Die zahlenmäßige Erfassung der Rundfunkentwicklung geht in den einzelnen Ländern, je nach der staatlichen oder freiwirtschaftlichen Trägerschaft des Rundfunks, verschiedene Wege. So baut z. B. die amerikanische Rundfunkstatistik hauptsächlich auf der Verkaufsstatistik der Geräte, Wirkungszahlen einzelner Reklamesendungen für bestimmte Wirtschaftsgebiete usw. auf. Der

deutsche Rundfunk verfügt über mehr Möglichkeiten einer unmittelbaren, genauen Erfassung der Rundfunkzahlen. Die Deutsche Reichspost liefert auf Grund der monatlichen Rundfunkgebühreneinnahme und der Ausgabe der Rundfunkgenehmigungen laufend genaue Zahlen der Teilnehmerentwicklung, die Reichsrundfunkgesellschaft führt eine für ihre Bedürfnisse zugeschnittene sehr genaue Statistik der Rundfunksendung (Programmstatistik) und die verschiedenen Kartellverbände der Rundfunkwirtschaft (insbesondere die „Wirtschaftsstelle der deutschen Rundfunkindustrie") sammeln die für die Wirtschaftsdisposition notwendigen Zahlen. Eine einheitliche Systematik des Gesamtgebietes „Rundfunkstatistik" war jedoch aus den verschiedensten Gründen bisher leider nicht zu erkennen.

Die Grundlage jeder Rundfunkarbeit ist die sinnvolle Auswertung vorhandener Zahlenunterlagen. Nach Jahren stürmischer Entwicklung ist jetzt die Zeit einer systematischen, klaren und organischen Führung des Gesamtgebietes Rundfunk gekommen. Die Arbeit von Wipplinger stellt den Versuch einer methodischen Klärung der Frage der Rundfunkstatistik dar. Sie kann zweierlei für sich in Anspruch nehmen: sie erscheint einmal zu einem Zeitpunkt, an dem die Klärung der Probleme akut wird; ferner bleibt sie nicht an einigen augenblicklich vorhandenen Zahlen stehen, sondern sieht das Gesamtgebiet der Rundfunkstatistik als organische Arbeitseinheit, deren Aufgliederung sie nach einer gesunden Methode vornimmt.

Der erste Teil des Buches enthält die begrifflichen und rechtlichen Grundlagen des Rundfunkwesens, sowie die Entwicklungsgeschichte des deutschen Rundfunks, wobei dem Werdegang der Rundfunkwirtschaft besonderes Augenmerk gewidmet ist. In der folgenden Betrachtung über die Grundlagen der Rundfunkstatistik werden ihre Aufgaben gut herausgearbeitet, wobei der Verfasser auch auf die Bedeutung der Rundfunkstatistiken bei internationalen Vergleichen hinweist, wie sie oft als Arbeitsgrundlagen für den Weltrundfunkverein Verwendung finden. Die klare Gliederung in Statistik der Sendung, Statistik des Empfangs und Statistik der Rundfunkwirtschaft hat ihr praktisches Echo heute bereits in den laufenden statistischen Veröffentlichungen des „Rundfunk-Archivs" gefunden.

In diesem Zusammenhang ist es von Interesse zu wissen, daß auf Anregung des Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zwischen der Deutschen Reichspost und dem Statistischen Reichsamt eine Vereinbarung zur Neuordnung der jährlich am 1. April durchgeführten Erhebung getroffen worden ist. Diese rundfunkstatistische Erhebung wird einmal jährlich so durchgeführt, daß eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den übrigen Reichsstatistiken bis in die politischen Kreise der Provinzen möglich ist. Die bisherige Erhebung hatte zur Gebietseinheit die postalischen Bezirke, die sich nicht mit der politischen Gliederung des Landes decken. Die Erhebung wurde in der neuen Form bereits am 1. April dieses Jahres durchgeführt.

Wir können die erfreuliche Tatsache feststellen, daß in Deutschland der wissenschaftlichen Rundfunkarbeit auch von der Rundfunkstatistik her die Wege geebnet werden. Dieser Aufgabe dient auch Wipplingers Arbeit, die er als wissenschaftlicher Mitarbeiter des bayr. Statistischen Landesamtes durchgeführt hat. H. Schaefer.

Jahrbuch des elektrischen Fernmeldewesens 1937, herausgegeben von Diplom-Ing. Friedrich Gladenbeck, Oberpostrat im Reichspostministerium, erschienen im Verlag für Wissenschaft und Leben Georg Heidecker, Berlin-Friedenau, mit einem Geleitwort des Reichspostministers Dr. Ing. E. H. W. Ohnesorge.

Das Werk — als solches muß man die Zusammenstellung grundlegender Arbeiten bekannter Fachleute wohl bezeichnen — umfaßt nahezu 450 Seiten, ein breiter Raum, der trotzdem schon wieder zu eng ist, um den vielen Wissensgebieten, die das elektrische Fernmeldewesen umfaßt, gerecht zu werden. Der Reichspostminister sagt in seinem Geleitwort u. a.: „Das elektrische Fernmeldewesen hat in den letzten Jahren, weiterbauend auf den Erkenntnissen abstrakter Wissenschaft, ein ausdrucksvolles und wesenseigenes Gepräge erhalten, das jedoch mit der fortschreitenden Technik ständigen Wandlungen unterliegt. So kommt dem Fernmeldewesen die Stellung einer besonderen angewandten Wissenschaft von hohem Rang zu, die mit Recht stetes Interesse beanspruchen darf." Das große Schrifttum über dieses Gebiet ist Beweis für das starke Interesse, das man nicht nur in Fach-, sondern auch in Laienkreisen dem Wesen und der Wissenschaft der Fernmeldetechnik entgegenbringt. Das Jahrbuch 1937 wendet sich in der Hauptsache an Fachkreise, für die es einen außerordentlich wertvollen Inhalt bietet. Eine große Zahl von Einzel-

gebieten findet aufschlußreiche Behandlung, so der Gleichwellenfunk, der Hochfrequenzdrahtfunk, das Fernsehen, die Breitbandkabeltechnik. Andere Beiträge befassen sich mit Gegenwartsfragen der Fernsprechtechnik, mit der Fernschreibtechnik, mit dem Einfluß schwundvermindernder Antennen auf die Rundfunkversorgung usw. Eine empfehlenswerte Zusammenstellung von technischen Wissensgebieten, die jeder Fernmeldetechniker seinem Bücherschatz einverleiben sollte.

*

The Empire Short-Wave Station Daventry, eine Veröffentlichung der British Broadcasting Corporation, London. 1 sh.

Diese kleine Broschüre, die wie alle Veröffentlichungen der Britischen Sendegesellschaft sehr lebendig aufgemacht ist, bringt auf nur 27 Seiten eine technische Beschreibung des Kurzwellensenders Daventry. Ohne überflüssiges Beiwerk behandelt sie sachlich und klar alles Wissenswerte. Die erläuternden Photos wirken, obwohl sie rein technische Dinge darstellen, wie schöne künstlerische Illustrationen. Büscher.

BBC Handbook 1938. Herausgegeben von der British Broadcasting Corp., London, 128 Seiten.

Wir haben zum zweiten Male das Vergnügen, in unseren Buchbesprechungen das englische Rundfunkjahrbuch anzuzeigen. Es ist diesmal in einem neuen Gewande erschienen: kleiner als seine Vorgänger in Format und Umfang, aber wie stets zuverlässig, aufschlußreich und vielseitig im Inhalt. Wir bezeichnen diese BBC-Jahrbücher als musterhaft. Das Handbuch 1938, das wieder mit schön ausgewählten Bildern versehen ist, bringt wichtige Artikel, gute Rückblicke und Statistiken, es ist eine ausgezeichnete Informations- und Arbeitsunterlage.

„Anthologie des pièces radiophoniques de langue française" von **André Lumanoff.** (Jahrgang 1937, gedruckt bei Georges Subervie, Rodez. 36 Seiten.)

Der Leiter der Bücherei des französischen Staatsrundfunks nennt seine kleine Veröffentlichung bescheiden einen Versuch. Nun, wir können die begrüßenswerte Zusammenstellung als gelungen bezeichnen. Sie umfaßt Namen, Anschriften und Titel der Werke von Rundfunkschriftstellern, vom Werk selbst eine kurze Bezeichnung der Kunstform und zum Teil Aufführungsdauer sowie Personenzahl. Eine sorgsame Übersicht, die jährlich fortgesetzt werden soll.

*

Im Verlag „Neuheiten und Erfindungen", Bern, erschien eine kleine, nur 16 Seiten umfassende Lebensbeschreibung Marconis, die wir hiermit anzeigen.

*

Das Centre International de Radiophonie Rurale, Rom, gibt das erste Heft „Radiophonie Rurale" heraus (September-Dezember 1937). Es enthält einen Bericht über die Tagung in Holland, einen Arbeits- und Forschungsplan und einige weitere Beiträge von führenden Fachleuten, dazu eine Übersicht über den Stand des Landfunks in einer Reihe von Ländern. Wir begrüßen diese sehr gute Spezialveröffentlichung, die nach diesem erfolgversprechenden Beginn eine wichtige internationale Fachzeitschrift werden wird.

K. W.

*

Die **„EDITORIAL V. I. R."** Buenos Aires, übergibt den Fachkreisen ein **„ALBUM RADIOTELEFONICO V. I. R."**, in dem die Entwicklungsgeschichte des Rundfunks, zurückgehend bis auf die Anfänge der Elektrizität und ihre Pioniere, die Wellenlehre, Telegraphie und Telephonie, in knapper, übersichtlicher Form geschildert wird. Die Schlußkapitel der Einführung behandeln Fernsehen und Fernsteuerung, während der nachfolgende, größere Teil des Werks ausschließlich ein bislang fehlendes Informationsmaterial über den argentinischen Funk, die Geschichte der bedeutendsten Sender, Sprecher, Rundfunkkünstler, Komponisten und das zur Sendung gelangende Musikgut vermittelt. Wir erfahren auch das wichtigste über den Rundfunk im Dienste der Politik, Polizei, Armee und Medizin, über Programmprobleme und die Zusammenarbeit mit der Presse. Eine reiche Bebilderung unterstützt die Lektüre dieses Handbuches, für dessen Erscheinen man Herrn Edmundo Mera Taybo und seinen Mitarbeitern die Anerkennung nicht versagen kann. Py.

Anschriften: Kurt Wellner (Anschrift über Schriftleitung. – Kurt von Steinitz (z. Zt. Bombay, Anschrift über Schriftleitung). – Hans Muth, Rio de Janeiro, Rua General Camara 78. – Gerhard Reinboth, Neapel, Discese Coroglio 9, Villa Marie Jeanne. – S. D. Spicer, London W I, Broadcasting-House. – Maurice Dovaz, Genf, 51 Quai Wilson (UIR.).

ZEITSCHRIFT FUR

GEO POLITIK

XV. JAHRGANG 1938

1.

HEFT / JANUAR

SONDERHEFT SÜDAFRIKA

Schmidt-Pretoria: Der Große Trek der Buren
van Rensburg:
Das südafrikanische Recht in seiner geopolitischen Gestaltung
Drascher: Zur Rassenfrage in der Südafrikanischen Union
Obst: Die britischen Eingeborenenprotektorate in Südafrika
Krahmann: Die Lebensdauer des Goldbergbaues am Witwatersran

R. v. S.: Staatswerdung in drei Teilen

STAATENWIRTSCHAFT
„Hermann Göring — Werk und Mensch" — Thalheim: Der „Lenkende" und di
Wirtschaftsstruktur — Seifert: Staatenwirtschaftliche Länderschau (Antarktis) ·
Materialien — Schrifttum

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480 444

SCHRIFTLEITUNG:

Kurt Vowinckel, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36
Fernsprecher: Heidelberg 3742

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten

XV. JAHRGANG / HEFT 1 / JANUAR 1938

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

S. F. N. Gie: Das Bleibende ist auch das Gegebene . 1
W. Schmidt-Pretoria: Der Große Trek der Buren . 2
J. F. J. van Rensburg: Das südafrikanische Recht in seiner geopolitischen Gestaltung . 7
W. Drascher: Zur Rassenfrage in der Südafrikanischen Union 13
R. Krahmann: Die Lebensdauer des Goldbergbaues am Witwatersrand 19
E. Obst: Die britischen Eingeborenen-Protektorate in Südafrika 27

BERICHTE

A. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt 34
K. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum . . 38
H. Hummel: Kurznachrichten 44

SPÄNE *der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik* 47

SCHRIFTTUM

K. Haushofer: In fremdem Licht! . 52
E. Wunderlich: Neuere Karten und Kartenwerke über Afrika. 54
E. Wunderlich: Neue geopolitisch zu beachtende Karten und Atlanten. 56

BEILAGE: STAATENWIRTSCHAFT

„Hermann Göring — Werk und Mensch“ . 57
Thalheim: Der „Lenkende“ und die Wirtschaftsstruktur. 62
Seifert: Staatenwirtschaftliche Länderschau (Antarktis) 71
Materialien. 80
Schrifttum. 82

Preis: Vierteljahr RM 5.50 / Studenten RM 4.40 / Einzeln RM 2.— / Jahrgang mit Inhaltsv. RM 22.—
Österreich und das Ausland (ohne die Schweiz): Vierteljahr RM 4.13, bei Zahlung in fremder Währung.
Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM —.90 / Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—
Postscheckkonten: Kurt Vowinckel Verlag / LUDWIGSHAFEN 12461 / WIEN 55918 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 62730

KURT VOWINCKEL VERLAG / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36

OTANOX
zyszczanie
II 2015

ELBLĄG

CZ.140.23
nr inw. 33133